

UNIV. OF
TORONTO
LIBRARY





41 1/2

Kaw
F

DIE FRIEDENS-WARTE

Zeitschrift für zwischen-
staatliche Organisation

Herausgegeben

von

ALFRED H. FRIED

■ ■

XV. JAHRGANG



13 2943
2/6/14

BERLIN ■ WIEN ■ LEIPZIG
1913

JX
1903
F7
Jg. 15

LAW LIBRARY
APR 5 1963
FACULTY OF LAW
UNIVERSITY OF TORONTO

LC
Mar 8 1963
NY

A. Spezial-Artikel.

	Seite		Seite
Angell, Norman, Ein offener Brief an die Kriegs- und Friedensgesellschaft an der Universität Cambridge	51	Haskell, Henry S., Brief aus den Vereinigten Staaten	311
Bellardi, Dr. W., Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes	44	— Brief aus den Vereinigten Staaten	388
Bourgeois, Léon, Ueber das Haager Werk	385	— Brief aus den Vereinigten Staaten	422
Bryan, William Jennings, Unsere auswärtige Politik	443	— Brief aus den Vereinigten Staaten	461
Carnegie, Andrew, Ein Brief von	2	Hervé, Gust., Ueber die Ursachen zum Kriege	377
Dumas, Jacques, Miss P. H. Peckover. Zum 27. Oktober 1913	387	Jong van Beek en Donk, de, Brief aus den Niederlanden	220
Duméril-Hallberger, Edmond, Das junge Frankreich	252	Kammerer, Dr. Paul, Kampf und Hilfe in der untermenschlichen Lebewelt	372
Eickhoff, Prof. Richard, Die XVIII. interparlamentarische Konferenz (3. bis 5. September 1913)	337	Koetschke, H., Die deutsch-französische Journalistenkonferenz in Gent	386
Federn, Walther, Das Rüstungs-Elend in Oesterreich-Ungarn	410	Korff, Professor Baron S. A., Brief aus Rußland	459
Fernau, Hermann, Frankreichs Großmachtstellung und Kulturziele	10	Lamszus, Wilhelm, Vom Anarchismus zum Gesetz. (Die Diagnose eines europäischen Krieges.)	58
— Zu den neuen Rüstungsvorlagen	129	Lange, Chr. L., Albert Gobat	137
— Die französischen Sozialisten und die Verständigung mit Deutschland	375	Liszt, Dr. Eduard Ritter von, Kanonenfutter	50
Fisher, Garret, Ueber die F-Strahlen	424	Lochner, Louis P., Ein internationaler Studentenkongreß	96
Francke, Pastor, Berliner Konferenz pazifistischer Pastoren	419	Mead, Edwin D., Deutschland, England und die Vereinigten Staaten	403
Friedrichs, Elsbeth, Der XX. Weltfriedenskongreß im Haag (18. bis 23. August)	328	Meider, Egon, Zweiter Kongreß des Verbandes der internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen	217
— Ein heimgegangener Friedensfreund	420	Mühsam, Erich, Paul Scheerbart	57
Gädke, Richard, Abrüstung!	47	Müller-Lyer, F., Friedensbewegung und Schule	368
— Die Politik Deutschlands während des Balkankrieges	83	Ojserkis, Iro, Pazifisten der antiken Welt	13
— Die Irrtümer des Militarismus	126	Perris, Georg Herbert, Die Internationalität des Waffenhandels	340
— Zwischen Deutschland und Frankreich	211	Persius, L., Verständigung in der Flottenrüstung	245
— Die Furcht der Franzosen	250	— Das bedenkliche Treiben des deutschen Flottenvereins	407
— Die Sünden Bulgariens	306	— Patriotismus und Dividendenhunger	446
— Der Irrtum der Rüstungswut	379	Pilóty, Prof. Robert, Friedens- und Kriegshysterie	171
Gothein, Georg, Wettrüsten und Rüstungsverständigung	123	Plener, Ernst Frhr. v., Dr. Heinrich Lammasch	174
Grosch, Dr. G., Der Deutsche Bund als Vorbild der Staatenorganisation	8	Politis, Prof. N., Der 70. Geburtstag Prof. Renaults	172
— Die gesellschaftlichen Verbände der Menschheit	143	Ritter, Prof. Dr., Goethe über den Krieg	101
Grote, cand. phil. Adolf, Die angebliche und die wahre Höhe der deutschen Rüstungslasten	169	Sandstedt, Knut, Brief aus Schweden	423
Haskell, Henry S., Brief aus den Vereinigten Staaten	91	Schmid, Dr. Karl Fr., Maupassant, ein Vorkämpfer der Friedensbewegung	259
— Brief aus den Vereinigten Staaten	137	Schücking, Prof. Walther, Kultur und Krieg. Vortrag, gehalten am 6. Oktober 1913 am II. Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung zu Nürnberg	382
— Brief aus den Vereinigten Staaten	176		
— Die XIX. Lake Mohouk-Konferenz (4. bis 16. Mai)	222		
— Brief aus den Vereinigten Staaten	256		

	Seite		Seite
Seber, Dr. Max, Geburtenrückgang und Internationalismus	100	Das kleine Heer. Von einem Offizier	90
Seufert, Dr. O., Das Christentum und der Kampf gegen den Krieg. Eine Entgegnung	98	Die englisch-deutsche Flottenformel. Von besonderer Seite	92
Seufert-Wieber, Dr., Tolstoi und die Idee des universalen Friedens	254	Kiderlen-Waechter. Von J. S.	93
Siemering, C. L., „Deutschland in Waffen“	175	Im Namen Europas	121
— Daten aus dem Leben der Baronin von Suttner	207	Das Weltfeierjahr im Flottenbau	131
Strupp, Dr. Karl, Eine Lanze für die Rechtsnatur des Völkerrechts	97	Kundgebungen gegen die Rüstungen	133
Südekum, Dr. Albert, Kriegsindustrie	163	Ein offizieller Vorstoß gegen die Kriegshetzer in der Presse	136
Suttner, Bertha von, Gerhart Hauptmanns Festspiel	242	Die Ueberwindung des Balkankonfliktes	161
Umfrid, O., Die fromme Diplomatie	85	Die Jubilare des 21. Mai	172
— Mobilmachung der Kirchen gegen den Krieg	208	Die moderne Friedensbewegung und die österreichische Schule. Von einem Schulmann	182
— Der deutsche, der englische und der humane Gedanke in der Welt	301	Kaiser Wilhelm und der Weltfrieden	201
— Die Unlösbarkeit der Abrüstungsfrage in der Zeit der zwischenstaatlichen Anarchie	343	An Baronin Bertha von Suttner. Zu ihrem 70. Geburtstage	204
Wagner, L., Das internationale Friedensseminar und die Ferienkurse für Ausländer in Kaiserslautern. Ein Beitrag zur „Erziehung zum Frieden“	413	Der Carthage- und Monoubafall vor dem Haager Schiedshof. Offizielle Kundgebung für die Veranstaltung der Feier des ersten Friedensjahrhunderts zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten	214
Wehberg, Dr. Hans, Ein Handbuch des Völkerrechts	3	Der „dritte“ Balkankrieg	225
— Die Zukunft der Haager Friedenskonferenzen	139	Vom XX. Weltfriedenskongreß	241
— Die Zukunft der Haager Friedenskonferenzen (Schluß)	178	Brief aus Japan	255
— Bryans Friedensvorschlag	248	Eine Rundfrage über das Haager Werk	257
— In wessen Namen wird im Haager Friedenspalaste Recht gesprochen werden?	286	Die Aufgaben des XX. Weltfriedenskongresses	288
— Minister Asser, ein Bahnbrecher der Völkerverständigung	305	Die vitale Frage. Zur Montreal-Rede des Lordkanzlers Haldane	304
— Offener Brief an Seine Exzellenz den Generalleutnant z. D. von Reichenau in Düsseldorf	310	Rund um den Friedenskongreß	320
— Geheimrat von Bar, ein Bahnbrecher des Völkerrechts	342	Die Einweihung des Haager Friedenspalastes	324
W s, C., Korrespondenz aus England	6	Völkerschlachtdenkmal	335
Westphal, Dr. A., Hauptversammlung der deutschen Friedensgesellschaft in Mannheim	215	Der zweite Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung zu Nürnberg. Ein französischer Sozialist über die Ursachen zum Kriege	361
White, Andrew D., Zur Vorgeschichte des Haager Friedenspalastes	281	Verständigung ohne „Preisgabe der Idee“	377
Krise	1	Erlauschtes, Erlebtes, Erdachtes in Frankreich. Ernste Betrachtungen von einem patriotischen deutschen Studenten	401
Die Bewegung in den Vereinigten Staaten zugunsten der schiedlichen Erledigung des Panamakanalstreites mit Großbritannien	5	Der Balkankrieg als pazifistisches Dokument	417
Konservative Neujahrsfreude	7	Knistern im Gebälk	441
Die gefundene Formel	41	Die Friedens-Warte und die Wissenschaft	449
Ueber uns die Sintflut	81		452
Der Fall Maurenbrecher	87		

B. Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Brief aus Amerika Seite 17
 Das neue System. — Der angesagte Krieg.
 — Das Handschreiben Kaiser Franz Josefs. —
 Das pazifistische Gift. — Das letzte Auf-
 flackern. — Italienische Schule. — Was heißt

vermitteln? — Human und militärisch. —
 Schämen muß man sich, Zeitgenosse zu sein.
 — König Alfonso. — Die Vermilitarisierung
 Oesterreichs. — Zwangstaufen. — Das englisch-
 deutsche Marineabkommen Seite 62

Alle Wirren noch unentwirrt. — Die Suffragettes. — Der Ueberrüstungswahnsinn in Deutschland und Frankreich. — Was geht auf dem balkanischen Kriegstheater vor? — Durchsickernde Greuelberichte. — Erinnerungsfeiern für 1813. — Ein Doppelmanifest der deutschen und französischen Sozialisten. — William Jennings Bryan und seine letzte Friedensrede. — Ein Sacrilegium. — Internationale Abordnung, eine Anregung. — Woodrow Wilson, Ehrenpräsident der amerikanischen Friedensgesellschaft Seite 104

Der Kampf zwischen Krieg und Frieden. — Das neu auftauchende Gebilde „Europa“. — Die Friedenspolizei. — Die einigen Großmächte. — Neuer Ausbruch des Rüstungswahnsinns. — Bethmanns Rede. — Die Milliarde als Deckung. — Churchills Vorschlag, ein Jahr zu pausieren. — Sasonows Sieg über die Pan-slavisten. — Skutari oder den Tod. — Der König von Griechenland ermordet. — Parlamentseröffnung in China Seite 115

Skutari geräumt. Der europäische Friedenswille. — Die Wirkung der Blockade. — Europäische Föderation als Ziel. — Sir Max Wachers Aufruf. — Resolution der Elsässischen Zweiten Kammer. — Wie die Fäden hin und her laufen. — Blicke in das Lager der Kriegsfreunde. — Lied an das Maschinengewehr. — Die Aussichten unseres nächsten Krieges. — Wilsons und Bryans Friedensaktion. — Das Buch des deutschen Kronprinzen. — Eine neue Kanonenfabrik. — Albanien. Seite 185

Das Ende des Balkankrieges. — Streit zwischen den verbündeten Siegern. — Generalstabsobers Redl, Spionage und Kontrespionage. — Ein Augenzeuge über die Beschießung von Skutari. — Japan stimmt dem Wilson-Bryanschen Weltfriedensplan bei. — Das Schwert des Brennus. — Die Hochzeitsgäste am Berliner Hof. — Georg V. über seinen Vater. — Vorgeführte Gefechte. — Titanic und Nevada. — Satan in der Luft. — Berner Konferenz und andere verheißungsvolle Zeichen. Seite 226

Der dritte Balkankrieg. — Der Versuch des Zaren, dem Kriege vorzubeugen. — Eine neue Verhetzungsparole. — Rumänien mobilisiert. — Das europäische Gleichgewicht. — Scheidemann über das neue deutsche Wehrgesetz. — Ein General über das Wehrgesetz. — Kaiser Wilhelms Regierungsjubiläum. — Pazifistische

Worte des Kaisers. — Interpellation im englischen Unterhause. — Der Aufruf König Konstantins an sein Volk Seite 260

Ende des Beuteaufteilungskrieges. — Ein neues Schlagwort: Gleichgewicht; die Politik der Balancierstange. — Der Bukarester Friede. — Vergleichende Berechnung der Verlustziffern. — Weitere Probleme und Gefahren. — Greuelthaten, gegenseitige Anklagen. Eine Depesche König Konstantins. — Barbarisierung der Luft. — Der Prozeß Krupp. — Die Sanktion der internationalen Polizei. — Politische Hygiene. Seite 312

Das Ende des Balkankrieges. — Die Zukunft im Lichte der Tagesbefehle. — Adrianopel wieder türkisch. — Die Einweihung des Friedenspalastes. — Telegramm des Zaren. — Die Katastrophen auf den Uebungsplätzen. — Die F-Strahlen des Italiener Uliva. — Die Cholera. — König Konstantin lobt die deutsche Kriegskunst. — China und Japan. — Nationalistisches Harakiri. — Zuversicht trotz alledem. Seite 345

Der Balkan und kein Ende. — Triumph des Maschinengewehrs. — Aus dem Motivenbericht der italienischen Regierung. — Europäischer Staatenbund. — Heeresverstärkung in Oesterreich. — Die chinesische Republik. — Vorbereiteter Bürgerkrieg in Irland. — Präsident Poincaré in Madrid. — Das Gleichgewicht im Mittelmeer. — Die Vollendung des Panamakanals Seite 390

Das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien. — Unausgesetzte Rüstungen. — Winston Churchills Vorschlag. — Das Echo in Washington. — Der Parlamentsschreck. — Von den Kriegsindustrien. — Fortgesetzte Balkanwirren. — Italien und Griechenland. — Der Brand des Volturmo. — Verbotene Luftzonen. — Ein abscheulicher Lügenartikel gegen d'Estournelles. — Der Bodenreformplan von Lloyd George. — Ritualmordprozeß in Kiew. Seite 425

Die Unruh der Welt. — Gehäufte Vorschläge zum Einhalt der Rüstungen. — Die Neue Freie Presse gegen die Rüstungspolitik. — Der enthüllte militärische Geheimvertrag. — Die Sensationsaffäre von Zabern. — Sturz des französischen Ministeriums. — Die italienische Thronrede. — Deutsche Instruktionen in der türkischen Armee. — Die Botschaft Wilsons Seite 463

C. Aus der Zeit.

I. Völkerrecht.

Ein neuer Schiedsfall zwischen England und Amerika. — Verschiedene Mitteilungen zur Schiedsentwicklung. — Die „Amerikanische Gesellschaft für die richterliche Beilegung internationaler Schwierigkeiten“ Seite 20

Interparlamentarische Union Seite 65
Vorbereitung der III. Haager Konferenz. Seite 108

Vom Haager Schiedshof. — Die organisatorische Bedeutung der Haager Konferenzen. Von v. L. — Zwischenstaatliche Exekution. Von C. L. Siemering Seite 148

Die Schiedsgerichtsbarkeit in der portu-

giesischen Verfassung. — Bryans Aktion zur Sicherung des Weltfriedens Seite 188

Das alte und das neue Haager Schiedsabkommen. — „Das Werk vom Haag“. — Besitzergreifung von Ada Kaleh Seite 230

Die Bryanschen Verträge. — Das internationale Wechselrechtsabkommen im deutschen Reichstag Seite 264

Haager Schiedshof Seite 316

Die Haager Völkerrechtsakademie. — Das Institut de Droit international Seite 347

Verlängerung von Schiedsverträgen. Seite 392

Vorbereitung der dritten Haager Konferenz Seite 466

II. Rüstungsproblem.

- Deutschlands Militärausgaben für 1913. — Austriaca Seite 21
 (Kein Geld für Kulturnotwendigkeiten. — Friedrich Naumann über den Zusammenhang zwischen Rüstungsfrage und Schiedsgerichtsbarkeit Seite 66
 Die Rüstungsbeschränkung in den Vereinigten Staaten. — Gemeinsame Kundgebung der deutschen und französischen Sozialdemokratie gegen die Rüstungen Seite 108
 Von den unsichtbaren Rüstungslasten. — Der gemeinsame deutsch-französische Aufruf Seite 189
 Die deutsche Heeresvorlage. — Gegen die Rüstungsindustrie. — Die Friedensindustrie Seite 264
 Von der Kriegsindustrie Seite 348
 Neue Wehrvorlage in Deutschland. — Neue Rüstungslasten für Oesterreich-Ungarn. — Vom Rüstungsgeschäft. — Glückliches Land! Seite 393
 Unterirdische Arbeit. — Das Flottenfeiernjahr. — Rüstungsgrößmacht und soziales Elend. — Die russischen Rüstungen. — Vom internationalen Rüstungsgeschäft Seite 428
 Unterirdische Arbeit. — Wiener Protestversammlung gegen das internationale Wettrüsten Seite 467

III. Verschiedenes.

- v. Kiderlen-Wächter †. — Eine pazifistische Rede im österreichischen Reichsrat. — Kaiser Friedrich gegen den Krieg. — Die Gießener Burschenschaft. — Deutsche Intelligenzträger gegen den Krieg. — „Warum baut man im Haag einen Friedenspalast?“ — Ein Fasttag für den Frieden. — Die „Vermehrung der internationalen Reibungsflächen“. Von Dr. J. Mez. — Die Vertreibung der Türken aus Europa. — Kurze Mitteilungen Seite 22
 Die Greuel des Balkankrieges. — Deutschland und England. — Elsaß-Lothringen im deutschen Reichstag. — Zunahme der internationalen Korrespondenz Seite 67
 Norman Angells Propaganda in deutschen Studentenkreisen. — Des „ausländischen“ Pazifisten Heimkehr. — Militärische Kriegshoffnungen. — Ein Künstler gegen den Krieg. — Kurze Mitteilungen Seite 109

- Wie man Kriege „macht“. — Die „Brücke“ und der Internationalismus. Von Dr. J. M. — Richard Dehmel und die internationale Kulturbewegung. Von Dr. Walther Berendsohn. — Pazifistische Kundgebung des Fürsten Albert von Monako. — Ein deutscher Feldherr über den Krieg. — Nach Maurenbrecher Horneffer. Von J. M. Seite 149
 Gibt es in Oesterreich eine Kriegspartei? — Deutschland und Frankreich. — Ein gefährlicher Zwischenfall und seine vernunftgemäße Erledigung. — „Du sollst nicht töten“ oder Anpreisung einer ungesetzlichen Handlung. — Kurze Mitteilungen Seite 191
 Der Tag von Bern. — Bryans Friedensplan. — Die Schönheiten des Krieges. — Von der Sensationspresse. — Der heutige Stand der Friedenssache. — Vom 8. national-französischen Friedenskongreß. — Was ist ein Pazifist? Seite 231

- Parlamentarierzusammenkünfte in der Vergangenheit. — Die Adresse der englischen Kirchen an den Kaiser. — Das wahre Antlitz des Krieges. — Die pazifistische Durchdringung. — Kurze Mitteilungen Seite 266
 Das Elend des Balkankrieges. — Festgaben zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. — Oesterreichische Kommission für die Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz. — Die 18. Interparlamentarische Konferenz. — Der „ewige Friede“. — Kurze Mitteilungen Seite 316
 „Der schlimmste Feind“. — Billige Reiseerfahrungen. — Ein Ausland-Pflichtjahr für die deutsche wie französische Jugend. — Alldeutsche Philosophie. — Seltsame Friedensfreunde Seite 350

- Die österreichische Industrie gegen die auswärtige Politik der Regierung. — Das Elend in Galizien. — Reichthumsvermehrung und dennoch Rückgang der Lebenshaltung. — Zum Kapitel: Wissenschaft und Pazifismus. — Das ungeheure Hazardspiel. — Die französische Jugend gegen den Revanchekrieg Seite 394

- Offizielle Gedankengänge über die Leipziger Schlachtenfeier. — Die bulgarischen Verluste: 44 892 Tote, 104 586 Verwundete. — Der Bericht über die Balkangreuel. — Vom Nachrichtenschwindel. — Kriegseindrücke. — Der Gebirgsrückgang. — Die Gefahr für die Zukunft Deutschlands Seite 431
 Lamprecht gegen Keim Seite 469

D. Aus der Bewegung.

- Felix Moscheles' 80. Geburtstag. — Richard Feldhaus' 600. Friedensvortrag. — Drei Tote: (Albert K. Smiley, Graf Leonid Kamarowsky, John Lund). — Revolution des Zentralvorstandes des Verbandes für internationale Verständigung Seite 27
 Kongreß-Kalendarium. — Den Beer Poortugael †. Von Dr. Hans Wehberg. — Die Entwicklung der internationalen Studentenvereine in Deutschland. — Zwei neue Zeitschriften. — Eine Denkschrift über die Reform der Friedenskongresse. — Todesfälle. — Kurze Mitteilungen Seite 69
 Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. — Von der Feldhaustournee. — Studienreise nach den Vereinigten Staaten Seite 112

- Kongreß-Kalendarium. — Interparlamentarische Union. — Endgültige Tagesordnung für den 20. Weltfriedenskongreß. — Die Mülhausener Versammlungen. — Der zweite Weltkongreß der internationalen Verbände. — Professor Emanuel v. Ullmann †. — Der 21. Mai 1913. — Kurze Nachrichten Seite 153
 Der 70. Geburtstag der Baronin Suttner. — Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. — Generalversammlung der russischen Friedensgesellschaft Seite 194
 Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. — Lord Avebury †. — Ein internationales pazifistisches Seminar Seite 235
 Der XXI. Weltfriedenskongreß in Wien. — Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen

tungen. — Der 70. Geburtstag der Baronin Suttner. — Friedensgesellschaft in Mülhausen i. E. Seite 269
 Zu Monetas achtzigstem Geburtstag. — Kalendarium der pazifistischen Bewegung. — Die Gewinner des Seabury-Preises von 1913. —

Kleine Mitteilungen Seite 351
 Charles Richet und Edoardo Giretti. — Das Auslandspflichtjahr betreffend Seite 431
 Der Friedenspreis der Nobelstiftung 1913. — Baron Carl Carlsson Bonde †. — Aus Holland Seite 469

E. Pazifistische Chronik.

Seite 19, 65, 107, 147, 188, 229, 263, 315, 317, 392, 428, 465.

F. Literatur und Presse.

	Seite		Seite
I. Anzeigen.			
Der Koloß von Brüssel	92	Lange, Hendr. J. de, Oorlog en Arbitrage	33
Eine neue japanische Friedenszeitschrift	30	Laukhard, Sein Leben und seine Schicksale, von ihm selbst beschrieben	195
Eine Norman-Angell-Zeitschrift	396	Limán, Der Kaiser	272
„Das Werk vom Haag“	470	v. Liszt, Das Völkerrecht	30
Zu Weihnachtsgeschenken	470	Loreburn, Capture at sea	318
II. Besprechungen.			
Andrews, The Promotion of Peace	195	Mead, Lucia, Swords and Ploughshares or the supplanting of the System of War by the System of Law	114
Angell, Peace Theories and the Balkan War	32	Meyer, Das Weltscheckrecht	318
Angell, Die falsche Rechnung	73	Meyer, Das Weltwechselrecht	318
Bernhardi, Unsere Zukunft	31	Moritz, Karl Philipp, Anton Reiser	195
Böhme, Friedensbewegung und Lebens- erziehung	113	Neurath, Die Kriegswirtschaftslehre als Sonderdisziplin	195
Cellini, Benvenuto, Das Leben des	195	Nippold, Der deutsche Chauvinismus	317
Classics, the, of International Law	115	Nippold, Vorfragen des Völkerrechts	319
van Daehne van Varick, Bijdrage tot de Geschiedenis der Oostersche Kwestie	319	Nithack-Stahn, Barbareien	274
Darby, The Claim of „the new Pacifism“	114	Nithack-Stahn, Kirche und Krieg	274
Diederich, Krieg. Ein Buch der Not	32	Oppenheim, The Panama Canal Conflict between great Britain and the United States of America	74
Emerson, Ueber den Krieg	436	Oppenheim, International law	319
D'Estournelles de Constant, Les Etats-Unis D'Amérique	271	Peace Year-Book, The 1913	33
Friedenskongreß, V. Deutscher Für den Frieden	74	Pinon, France et Allemagne 1870—1913	273
Gießwein, Alexander, Der Friede Christi	156	Platters, Thomas und Felix, Lebensbeschreibungen	195
Goethe, Aus meinem Leben	195	v. Puttkammer, Die Mißerfolge in der Polenpolitik	196
„Grotius“ International jaarboek voor 1913	272	Root, The Obligations of the United States as to Panama Canal Tolls	113
Heim, Um der Gerechtigkeit willen	236	Rosenberg, A Békenapra az iskolákknak	236
Hüttenhein, Die Handelsschiffe der Kriegführenden	33	Rousseau's Bekenntnisse	195
Jahrbuch des Völkerrechts	437	Sieper, Deutschland und England in ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen	275
Jerusalem, Einleitung in die Philosophie Johnson, The „coastwise exemption“. Nation against it	113	Sombart, Krieg und Kapitalismus	73
Die Kaiser Nummer der New York Times	271	Sozialdemokratische Flugschriften	33
Key, Die junge Generation	236	Strauss, The American Spirit	272
Kohler, Moderne Rechtsprobleme	236	Sturm, Die Einteilung des Rechts und die Abtrennung des internationalen Privatrechts sowie des Friedensrechts, eine rechtspsychologische Abhandlung	74
Lammasch, Die Rechtskraft internationaler Schiedssprüche	196	Svenske, Harald, Antwort auf Sven Hedins Warnungsruf	156
Lamprecht, Die Nation und die Friedensbewegung	436		
Landmann, Weltstaat und Weltfrieden	318		
Lange, Chr. L., Annuaire de l'Union Interparlementaire	318		

Umfrid, Europa den Europäern	Seite 435
Union interparlementaire	114
Wertheimer, Graf Julius Andrassy . .	196
White, Sieben große Staatsmänner im Kampfe der Menschheit gegen Unvernunft	72

III. Eingegangene Druckschriften,
Zeitschriften - Rundschau, Fach-
presse, Artikel (Rundschau und
Bibliographie).

Seite 33, 71, 115, 156, 197, 237, 275, 352,
396, 438, 471.

G. Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

Deutsche Friedensgesellschaft: Ortsgruppe Cöln	Seite 119
Frankfurter Friedensverein	Seite 200
Oesterreichische Friedensgesell-	

schaft Seite 39, 80, 119, 160, 200, 239,
279, 320, 360, 400, 472.
Pfarrer O. Umfrid . Seite 200, 239, 279.





Januar 1913.

Krise.

Es geht etwas vor in Europa, das sich wohl zu unterscheiden scheint von den sonstigen diplomatischen Krisen. Es handelt sich nicht bloß um die Entwirrung eines augenblicklich gegebenen Konfliktes, um die Herstellung des gewohnten, durch einen Krieg in Schwankung geratenen Gleichgewichts. Die gegenwärtige Krise scheint vielmehr nur der Auftakt zu einer viel größeren zu werden, die sich nicht heute noch morgen beruhigen wird. Es ist so, als ob jetzt die Entscheidung über die Stellung Europas in der Welt fallen solle. Unsere Diplomaten haben jahrzehntlang vom „kranken Mann am Bosphorus“ gesprochen und haben dabei ganz übersehen, daß ganz Europa dieser kranke Mann ist. Krank an der internationalen Anarchie, zerfressen vom Chauvinismus und Militarismus, die an den Lebenssäften aller Nationen dieses unglücklichen Erdteils nagen. Bei allen Krankheiten gibt es ein Stadium der Krise, wo es sich zeigt, ob der Organismus stärker ist als die ihn bedrohenden Kräfte, oder ob diese die Oberhand erlangen. Zwischen Gesundheit oder Vernichtung schwankt dann die Wage.

Wir Pazifisten sind Optimisten. Wir glauben an die gesunde Logik der Dinge, die wir erkannt haben, und deren Walten uns berechtigt, an die schließliche Gesundheit dieses Erdteils zu glauben, dessen Bewohner trotz all der traurigen Perioden, die sie bereits durchlaufen haben, und unter deren Einflüssen sie noch leiden, der Menschheit die Kultur gegeben haben. Wir sind nicht Optimisten aus Bequemlichkeit oder aus Kurzsichtigkeit, sondern aus der Erkenntnis der Zusammenhänge heraus, auf Grund unseres unerschütterlichen Glaubens an eine Entwicklung der Menschheit. Die Gegner lassen sich vom Lärm des Tages betören und sprechen triumphierend vom „Bankrott des Pazifismus“. Sie sehen die

Zusammenhänge nicht und nehmen die Krummlinie einer Episode für eine nach abwärts gerichtete Kurve. Nicht, daß sie meinen, Recht zu haben, betrübt uns, sondern daß sie dabei triumphieren erfüllt uns mit Schmerz. Die Resignation auf das Menschentum, die darin liegt, ist das Entsetzliche.

Die Episode der Wirren und Greuel, die wir jetzt durchleben, kann die Richtlinie der Entwicklung erschüttern, aber nicht ablenken. Das Gesetz, das das Weltall beherrscht, beherrscht auch die Menschheit; sonst hätte sie den Aufstieg vom Kannibalen zu Kant und Goethe nicht zurücklegen können.

Europa hat das blutige Gemetzel auf der Balkanhalbinsel über sich ergehen lassen müssen, die Werte schaffende Menschheit hat das schädigende Gebaren jener Träumer, die an eine befruchtende Wirkung der Gewalt glauben, jener Spekulanten, die auf Strandgut hoffen, ertragen müssen. Noch sind Kräfte am Werke, die sich nicht scheuen, eine Uebertragung des Krieges auf Europa zu versuchen. Aber auch die Gegenkräfte sind am Werke. Im Momente der ärgsten Gefahr zeigte sich Europa wieder einmal als Organismus, als Gemeinschaft. Die Botschafterreunion in London ist mehr als eine zwanglose Diplomatensitzung. Sie ist die schüchterne Andeutung einer großen Entwicklung. Dort denkt, spricht und handelt der Wille zum Leben des unglücklichen Erdteils, sein Wille zum Aufbau, zur Höherentwicklung, zur Kultur. Dort festigt sich der neue Organismus unter den Krampfanfällen, die der Ansturm der Kräfte der Vernichtung des Rückfalles in die Tierheit verursachen. Wieder sehen wir, wie ganz ungewollt von den daran beteiligten Menschen aus jener Handlung eine andersgeartete, höhere Wirkung ausgeht; wieder der Beweis für die „Radioaktivität der ge-

sellschaftlichen Arbeit". Wo Menschen sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen, ergibt sich immer etwas Höheres aus dieser Handlung; etwas, das gar nicht in ihrer Absicht lag. Ich habe diese Erkenntnis noch immer und überall bestätigt gefunden. Jeder kann, wenn er will, die gleiche Erfahrung machen. In ihr liegt ein gut Stück unseres Optimismus verankert. Erkennen wir doch daraus, daß es nicht nötig ist, erst die Macht zu erringen, um einer Idee zum Durchbruch zu verhelfen, daß vielmehr auch aus den Handlungen der Gegner ungewollte fortschrittliche Werte hervorgehen müssen. Die Logik der Dinge!

Die Botschafterreunion wird den Willen Europas durchsetzen, jenes Europas, das man nur als geographischen Begriff gelten lassen will, und das dennoch schon eine politische Realität geworden ist. Denn was einen Willen hat und demgemäß handelt, ist „Cogito ergo sum“ lautet der Beweis des Cartesius für die Existenz des Individuums. Auch Europa denkt und handelt; es ist da her.

Aber es ist noch nicht fertig. Es wird auch noch nicht fertig sein an dem Tage, an dem die Balkanerschütterung vorläufig ausgeglichen und die inmitten dieses Erdteils mobilisierten Heere wieder zu ihren Arbeitsstätten entlassen sein werden. Die Kräfte des Rückschlages sind dann noch nicht überwunden, und man wird auf neuen Alarm gefaßt sein müssen. Es wird eine lange Krise sein, die wir durchleben müssen, die wir ja auch schon seit langem durchleben. Aber da sie immer zugespitzter wird, immer entscheidender, hat es den Anschein, als ob wir ihrer Endphase nahekommen. Es ist daher eine ereignissschwere, wichtige Zeit. Weniger wichtig durch die Umwälzungen auf der Landkarte und die glitzernden Eroberungen der einzelnen Kabinette, als durch die Betätigung Europas als Organismus, die Schulung des Gesamtwillens und des Gesamthandelns dieses alten Erdteils und die dadurch bewirkte Herauentwicklung seiner vollwertigen Lebensorgane.

Lassen wir uns daher durch Rückschläge nicht beirren. Wir wohnen dem Geburtsakt einer neuen Zeit bei und dürfen die Wehen nicht als Symptome des Unterganges ansehen. Es wird eine höhere Menschheitsorganisation geboren; eine Gemeinschaft, die über den Kleinlichkeiten der Nationen steht, und die berufen ist, die Aufgaben, die der isolierte Staat nur zum geringsten Teile lösen konnte, voll zu erfüllen. Schwierige

Arbeit harret derer, die dieser neuen Zeit vorarbeiten. Seien wir dabei des Dichterswortes eingedenk, das da lautet:

„Nur in schweren Prüfungsstunden
Sproßt die Palme, die den Sieger krönt.“
A. H. F.

Ein Brief von Andrew Carnegie.

Die englische Ausgabe von Alfred H. Fried's Buch „Der Kaiser und der Weltfriede“, die vor einiger Zeit bei Hodder & Stoughton in London erschien, wurde von den englischen Verlegern an Andrew Carnegie gesandt. Dieser, um seine Meinung über das Buch befragt, richtete an das Verlagshaus folgendes Schreiben, das bis jetzt nicht veröffentlicht wurde, es aber wohl verdient, in Deutschland bekannt zu werden, zumal es für englische Leser bestimmt war:

„Es gereicht mir zum großen Vergnügen, infolge Ihrer Aufforderung Herrn Fried's Ansicht zu bestätigen über einen der hervorragendsten Herrscher der Welt, den Deutschen Kaiser, der in so ausgezeichnete Weise für den internationalen Frieden eintritt. Das habe ich seit langem gewußt. Seinem Einfluß ist es auch zu danken, daß das Duell in der deutschen Armee und Flotte von 1200 Fällen im Jahre auf zwölf hinabgegangen ist. Auch die Mäßigkeit hat in dem Kaiser den stärksten Anwalt. Er ist in der Tat ein Mustermonarch.

Das gegenwärtige Anwachsen der Rüstungen rührt aus Englands Inangriffnahme des Dreadnought-Typen her. Nach Hirst ist es klar, daß England die erste Macht war, die diesen ersten verhängnisvollen Schritt tat, und völlig verdient es das Urteil, das ihm zuteil geworden. Die Einführung der Dreadnoughts ließ in gewissem Grade die Hunderte von Kriegsschiffen, die England hatte, veraltet erscheinen. Als Deutschland mit dem Bau von Dreadnoughts begann, hatte es keine große Flotte, die dadurch wirkungslos wurde. Dies gab ihm in gewissem Grade einen gleichen Status mit England.

Andererseits muß man anerkennen, daß Deutschlands so sehr über seine Bedürfnisse hinausgehende Betätigung im Kriegsschiffbau England unvermeidlich zwingt, zu folgen, da seine Existenz von der Vorherrschaft zur See abhängt, damit es seine Nahrungszufuhr sichere. So beharren die beiden Nationen in einem verderblichen Wettbewerb, der wiederum andere Nationen in größerem oder kleinerem Maße zwingt, dasselbe zu tun.

Zugunsten Deutschlands ist noch zu sagen, daß es bereitwilligst seinen Wunsch ausdrückte, in den Schiedsvertrag mit Amerika einzutreten, dem sich auch Frank-

reich und England anschlossen. Wenn diese vier Mächte durch ein solches Abkommen verbunden sein werden, ist nur ein Schritt nötig, um den anderen Nationen der Welt anzudeuten, daß sie, die übereinkommen, alle internationalen Streitigkeiten schiedlich zu lösen, mit Mißfallen jede andere Nation betrachten würden, die den Weltfrieden brechen wollte.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Zeit nicht so entfernt ist, wo sich diese Mächte wieder einander nähern und den Weltfrieden durch gegenseitige Abkommen sichern werden. Kommt dieser Tag, dann glaube ich, daß Deutschland unter der Führung seines friedlich gesinnten Kaisers so handeln wird, wie es neulich handelte, und seinen lebhaften Wunsch zum Ausdruck bringen wird, sich mit seinen Schwesternationen zu vereinigen.

Das scheinbar unlösbare Problem unserer Tage ist folgendes. Es gibt keinen Herrscher noch klugen Staatsmann in der Welt, der nicht wüßte, daß der Friede das größte Interesse für sein Land bedeutet. Dementsprechend gibt es keinen, der nicht die Herrschaft des Friedens wünschen würde. Die erste Frage ist nun: Wie ist das zu sichern, was jede Nation für das Beste hält und wirklich von Herzen wünscht, nämlich der Friede mit ihren Nachbarn?

Wenn jede Nation, wie sie es neulich anläßlich der Londoner Konferenz*) tat, ihre zwei hervorragendsten und fähigsten Männer ernennen würde, damit diese zusammentreten mit der Aufgabe, ihre gemeinsame Aktion mit ihren gemeinsamen nationalen Wünschen in Einklang zu setzen, so würde, glaube ich, ein Ergebnis erreicht werden, wie es einstimmig auf der Londoner Konferenz erreicht wurde. Unlösbar ist das Problem nur, weil die Staatsmänner der verschiedenen Länder sich gegenseitig als ständige Feinde betrachten, statt auszuführen, was sie alle fühlen, daß nämlich der internationale Friede das Beste für alle ist.

In einer solchen Konferenz würden die Schwierigkeiten verschwinden; sollte sie aber doch scheitern, so hätten wir wenigstens die Befriedigung, daß wir die Bahn des Giftes kennen, welches die Adern der Nationen noch immer füllt. „Wir hassen nur, was wir nicht kennen.“ Wenn Deutschland, England, Amerika, Rußland, Frankreich, Oesterreich, Italien nur wüßten, wie aufrichtig alle den Frieden wollen, würde alles gut sein und eine mit dieser Erkenntnis übereinstimmende Aktion würde unternommen werden. Es ist das gegenseitige Mißtrauen, ein Mißtrauen, das auf keiner festen Grundlage beruht, das die Kulturvölker heute vom internationalen Frieden abhält.

Ich glaube, daß dieses Mißtrauen nicht andauern kann.“

*) Gemeint ist die Londoner Seerechtskonferenz.

Ein Handbuch des Völkerrechts.

Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf.

Die deutsche Völkerrechtswissenschaft erlebt gegenwärtig unzweifelhaft eine besondere Blütezeit. Im Jahre 1912 ist ein „Jahrbuch für den internationalen Rechtsverkehr“ von Rechtsanwalt Dr. Wertheimer begründet worden, und Anfang 1913 erscheint ein noch viel großartiger angelegtes „Jahrbuch des Völkerrechts“ (herausgegeben von Professor Niemeyer und Dr. Strupp), so daß wir auf dem Gebiete des internationalen privaten wie öffentlichen Rechts fortan wertvolle Nachschlagwerke in Form von Jahrbüchern besitzen. Die Erörterung der tiefgreifenden Probleme der Haager Konferenzen ist durch die Sammlung „Das Werk vom Haag“ in besonders weitschauender Weise begonnen worden. Auch wurde kürzlich eine „Deutsche Vereinigung für internationales Recht“ auf Anregung Niemeyers begründet. Nun beginnt zu alledem ein großartiges „Handbuch des Völkerrechts“*) zu erscheinen, das ein Meisterwerk der systematischen Bearbeitung des gesamten Völkerrechts sein wird. Da ist in der Tat die Behauptung von einer Renaissance der deutschen Völkerrechtswissenschaft begründet.

Im Gegensatz zu den anderen großen Staaten, die auf völkerrechtlichem Gebiete eine besondere Rolle spielen, haben wir in Deutschland nur sehr wenige systematische Werke über das gesamte Gebiet des Völkerrechts. Nur v. Liszt und v. Ullmanns Bücher gehören zu den größer angelegten Werken dieser Art. Das Buch von Albert Zorn ist recht knapp gehalten, und das Werk von Quaritsch verfolgt keine eigentlich wissenschaftlichen Zwecke. Es kann daher nicht bestritten werden, daß der Gedanke, ein „Handbuch des Völkerrechts“ zu begründen, ein vortrefflicher war. Wir Pazifisten müssen es besonders freudig begrüßen, wenn die wertvollen Probleme des Völkerrechts weiten Kreisen bekannt gemacht werden.

An die Lektüre der ersten Lieferung des Handbuches und des darin abgedruckten Vorberichtes von Stier-Somlo bin ich nicht ohne eine gewisse Furcht gegangen, wir können in diesem Handbuche ein Werk erleben, das in aller und jeder Beziehung, so auch in der Tendenz, dem 1885—1889 erschienenen „Handbuche des Völkerrechts“ von Holtzendorff gleiche. Bereits Professor Schücking hat in seiner „Organisation der Welt“ (S. 65) darauf hingewiesen, „in welcher unglaublich reaktionärer und verständnisloser Weise in dem Holtzendorffschen Buche die Probleme der internationalen Organisation behandelt worden sind“, und daß „z. B. ein gewisser Professor Lueder aus Erlangen die geistvolle Betrachtung anstellt, das Aufhören der Kriege sei nicht das richtige Kulturideal, weil es der

*) Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

göttlichen Weltordnung widersprüche.“ Heute, wo das Interesse an völkerrechtlichen Dingen so ungemein gewachsen ist, müßte eine antipazifistische Tendenz eines von so kompetenter Seite herausgegebenen Werkes noch größeres Unheil anrichten.

Aber es ist im Gegegensatze zu dem Werke von Holtzendorff festzustellen, daß der diesmalige Herausgeber Stier-Somlo, wie man das ja von einer Persönlichkeit mit so weitem Blicke nicht anders erwarten konnte, in ganz hervorragender Weise den modernen pazifistischen Tendenzen gerecht geworden ist. In der Vorbemerkung redet er gleich von den „großen Bestrebungen des Pazifismus“; er weist bei der Charakterisierung der modernen Entwicklung vor allem auf die Haager Friedenskonferenzen und die Schiedsgerichtsfälle hin, und er hat — dies ist das größte Verdienst — von den vierzehn Kapiteln seines Handbuchs nicht weniger als zwei ausschließlich den Haager Friedenskonferenzen und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gewidmet. Diese große Berücksichtigung des Schieds- und Friedensgedankens erhebt das Werk über alle bisher vorhandenen Lehrbücher des Völkerrechts. In der Tat haben die neueren Lehrbücher von Oppenheim, Liszt, v. Ullmann u. a., wie hoch bedeutsam diese Publikationen auch sind, die welthistorische Bedeutung der Haager Konferenzen nicht genügend berücksichtigt. Daß hier der Angelpunkt aller weiteren Entwicklung zu suchen ist, tritt in keinem jener anderen Werke mit ausreichender Deutlichkeit hervor. Man bedenke, daß Stier-Somlos Werk vor der bahnbrechenden Arbeit Schückings über den „Staatenverband der Haager Konferenzen“ erschienen ist, und man wird diese Eigenart daher ganz besonders schätzen müssen.

Sehr wichtig ist, daß die beiden Kapitel über die Schieds- und Friedensbewegung von so hervorragenden Männern wie Lammasch und Zorn geschrieben werden. Gerade die maßvolle Art der beiden Verfasser wird unsere Ideen außerordentlich propagieren. Auch die übrigen Mitarbeiter an dem Handbuche sind als durchaus fortschrittlich bekannt: Heilborn, Frhr. v. Dungern, Schönborn, Fleischmann, Huber, Hold v. Ferneck, Zitlmann, Kohler und Stier-Somlo selbst. Has Handbuch soll in drei bis vier Bänden erscheinen und etwa 1914 fertig sein. Der erste Band umfaßt die „Grundbegriffe und Geschichte des Völkerrechts“ von Professor Heilborn. Eine ausführliche Erörterung dieser ersten vortrefflichen Lieferung gehört nicht in diesen Zusammenhang. Es muß hier genügen, auf einige allgemeine Gesichtspunkte hinzuweisen.

Außerordentlich erfreulich ist bei der Heilbornschen Darstellung die fortwährende Berücksichtigung der neuesten Völkerrechtsentwicklung, insbesondere des Schiedsgerichtswesens, der Haager Friedenskonferenzen, des zentralamerikanischen Gerichtshofes usw.

Zahlreiche Hinweise auf alle diese neuesten Errungenschaften finden sich in seiner Darstellung, und die Würdigung ist in allen Fällen sehr gerecht und fortschrittlich. Auf S. 15 sagt er: „Dem völkerrechtlichen Schiedsverfahren steht vermutlich eine große Zukunft bevor.“ Wie ausgezeichnet findet sich auf Seite 23 die Bemerkung: „Zwischen dem Völkerrecht und dem Krieg besteht in der Tat ein Widerspruch, welcher nicht vertuscht werden soll. Als Ordnung des staatlichen Verkehrs und Zusammenlebens will und muß das Völkerrecht das von ihm anerkannte subjektive Recht schützen, ihm, nicht aber der Macht zum Siege zu verhelfen. Die Tendenz des Völkerrechts muß deshalb auf Beseitigung, zunächst auf allmähliche Verminderung der Kriege gerichtet sein.“

Freilich wäre vielleicht ein noch ausführlicheres Eingehen auf den Zusammenhang zwischen Völkerrecht und Friedensbewegung wünschenswert gewesen. Heilborn will, wie er ausdrücklich bemerkt, das Problem des ewigen Friedens nicht erörtern. Aber die Frage, in welchem Zusammenhang Völkerrecht und Pazifismus stehen, ist doch zu grundlegend und neuerdings zu oft aufgeworfen worden, als daß man bei der Erörterung der Grundbegriffe des Völkerrechts dieses Problem so gut wie ganz beiseite lassen könnte. Heilborn gibt, wie aus den obigen Bemerkungen hervorgeht, den innigen Zusammenhang zwischen beiden, der vor allem durch Schücking betont worden ist, ohne weiteres zu. Aber andere, z. B. Giese (Literarisches Zentralblatt vom 21. IX. 1912), behaupten, beide hätten nicht den geringsten Zusammenhang. Namentlich deshalb wäre eine Erörterung dieses Problems wünschenswert gewesen. Es ist aber wahrscheinlich, daß dies erst in der von Zorn in Aussicht gestellten Abhandlung geschehen soll, da ja die Haager Friedenskonferenzen in dem denkbar größten Zusammenhange mit dem Pazifismus stehen und bei dem Ueberblick über die Verhandlungen dieser Konferenzen eine Stellungnahme zur Friedensbewegung notwendig sein wird.

Sehr schade ist, daß Heilborn Schückings Werk nicht mehr benutzen konnte. Er leugnet, daß wir eine organisierte Gemeinschaft haben und beschränkt sich in der Hauptsache auf die Widerlegung der v. Lisztschen Anschauungen über diese Frage.

Im übrigen ist die Heilbornsche Darstellung eine ausgezeichnete Einleitung für das ganze Werk. Sie ist sehr übersichtlich angeordnet und benutzt eine sehr reichhaltige deutsche, französische, englische, italienische, holländische usw. Literatur.

Nach alledem dürfen wir ein Werk von der Tendenz und der Anlage des Stier-Somloschen Buches mit großer Freude begrüßen. Welchen Fortschritt hat doch unsere Idee in den letzten 25 Jahren gemacht, daß sie so weite

Kreise ergriffen hat! Die Friedensbewegung ist nicht mehr auf die Vertretung durch einige Außenseiter angewiesen, sondern die Wissenschaft des Völkerrechts selbst hat den Kampf aufgenommen und trägt das Banner des Fortschritts voran. Von diesem fast einheitlichen Auftreten der deutschen Völkerrechtswissenschaft und dem Emporblühen des „Verbandes für internationale Verständigung“ wird sich in der Hauptsache die Weiterentwicklung der durch die deutsche Friedensgesellschaft zuerst angeregten Friedensbewegung in Deutschland vollziehen. In den nächsten Jahren müssen die Regierungsbeamten, Richter, Staatsanwälte sowie alle Intellektuellen außer den Chauvinisten gewonnen werden. Wir Jüngeren werden noch den Sieg der großen Idee erleben, das Eintreten des offiziellen Deutschlands für den Pazifismus. Wer die Richtung unserer Zeit begriffen hat, dem muß der Sieg unserer Sache gewiß sein.

Die Bewegung in den Vereinigten Staaten zugunsten der schiedlichen Erledigung des Panama-Kanal-Streits mit Großbritannien.

Am 16. August vorigen Jahres nahm der amerikanische Senat mit 48 gegen 18 Stimmen eine Bill an, worin unter anderem bestimmt wurde, daß die amerikanische Küstenschiffahrt den Panamakanal gebührenfrei wird benutzen können. Darin erblickte England eine Verletzung des Hay-Pauncefote-Vertrages vom 18. November 1901, wonach der Kanal allen Nationen auf gleicher Grundlage offen sein soll. (Siehe über den Streit die Ausführungen in der „Friedens-Warte“ 1912, S. 341 u. f.) Das Verlangen Großbritanniens, den Streitfall vor das Haager Schiedsgericht zu bringen, wurde merkwürdigerweise von amerikanischer Seite dahin erwidert, daß es sich um eine „innere Angelegenheit“ der Vereinigten Staaten handle, der Fall daher nicht arbitral sei. Eine gewisse Presse in Europa erblickte darin triumphierend eine Niederlage der Schiedsgerichtsbarkeit!

Nunmehr hat sich aber in den Vereinigten Staaten eine Bewegung zugunsten der schiedlichen Lösung jenes Streitfalles entwickelt, von der in der europäischen, namentlich aber in der deutschen, Presse nur sehr spärlich Notiz genommen wird, trotzdem sie von hoher Bedeutung ist.

An die Spitze dieser Bewegung hat sich Präsident Taft selbst gestellt, der am 4. Januar, bei einem ihm von der Gesellschaft „International Peace Forum“ im Hotel Waldorf-Astoria gegebenen Bankett, eine Rede zugunsten der schiedlichen Erledigung der Panamafrage hielt.

„Wenn die Zeit kommt,“ so sagte er, „unterliegt es keinem Zweifel, was ich bezüglich einer Unterwerfung der Frage zur Entscheidung vor einem unparteiischen Tribunal tun werde. Ich bin bereit, mit England zur Schiedsgerichtsbarkeit zu gehen, sobald wir zu dem strittigen Punkt gelangen . . . Ich würde mich schämen, mit England nicht zur Schiedsgerichtsbarkeit bereit zu sein, über den Inhalt des Vertrages, wenn wir den genauen Streitpunkt erreicht haben werden, in dem wir differieren. Man sagt, ich solle das nicht tun, weil wir verlieren würden. Das ist unser Kanal, und England würde wegen dieses Streites keinen Krieg führen. Warum daher nachgeben, wenn es unwahrscheinlich ist, daß wir ein befriedigendes Schiedsurteil erreichen. Aber ohne Eier zu zerbrechen, kann man keine Omelette machen. Man muß manchmal gefaßt sein, besiegt zu werden. Eine sichere Sache wird unter Gentlemen nicht als eine ehrenvolle Wette angesehen.“ Nach Taft sprach der Bankier M. Henry Clews, der ebenfalls die Schiedsgerichtsbarkeit für die Kanalfrage forderte, obwohl er sagen mußte: „Wir sind im Unrecht und werden wahrscheinlich eine Niederlage erleben, wenn die Sache nach dem Haag kommt, um dort entschieden zu werden.“ Später soll sich Präsident Taft geäußert haben, daß er es vorziehen würde, den Fall einem aus Engländern und Amerikanern zusammengesetzten Sondertribunal zu unterbreiten, statt dem Haager Hof, im Hinblick darauf, daß ganz Europa an der Entscheidung interessiert ist, und das Übergewicht des europäischen Einflusses einer unparteiischen Entscheidung Abbruch täte. Diese Anschauung, die nach Lage der Sache absolut keinen Vorwurf gegen die Haager Institution enthält, sahen sich einige deutsche Zeitungen bemüßigt, unter der Ueberschrift „Präsident Taft gegen das Haager Schiedsgericht“ zu veröffentlichen.

Diese Erklärung des Präsidenten ist nicht die einzige Aktion zugunsten der schiedlichen Erledigung des Streitfalles in den Vereinigten Staaten.

Am 22. November trat Elihu Root bei einem Handelskammer-Bankett in New York gegen die Kanalbill auf und sagte, daß diese Amerika in die Lage eines treubruchigen Kaufmannes bringe.

Josef H. Choate, der Hauptdelegierte der Vereinigten Staaten auf der II. Haager Konferenz und Charles Francis Adams, der bekannte Historiker, protestierten, am 14. Dezember bei einer Sitzung der New-Yorker genealogischen und biographischen Gesellschaft, der auch der großbritannische Gesandte, James Bryce, beiwohnte, gegen die Haltung des Senats in dieser Frage.

Die New York World veröffentlicht in ihrer Nummer vom 18. Dezember eine Enquête, die sie telegraphisch bei den Präsidenten der amerikanischen Universitäten und

Kollegien unternommen hatte, in der in überwältigender Weise die schiefliche Erledigung des Panama-Falles verlangt wird. Als eine „ewige Schande“ wird es da bezeichnet, wenn die Panamabill nicht zurückgezogen wird; „eine nichtswürdige Politik ist es, einen Vertrag zu verletzen,“ sagt Starr Jordan. „Die Vertragsbestimmungen müssen heilig gehalten werden“ telegraphiert Burton aus Northampton. „Unbegreiflich,“ „ehrlos“ sind die Worte, die in fast jeder Antwort vorkommen, und alle fordern Rücknahme der Bill oder Schiedsentscheidung. In seiner Antwort an die „World“ sagte Nicholas Murray Butler, daß Amerika durch die Ablehnung der schiedsrichterlichen Erledigung des Streitfalles „dauernd entehrt“ sein werde. „Wir erkaufte das Recht zur Erbauung des Kanals durch ein Pfand,“ sagte er, „und dieses Pfand war die Verpflichtung, die Schiffe aller Staaten gleichmäßig zu behandeln. Nun sind welche unter uns, die jetzt dieses Pfand gewaltsam zurückweisen, und so in einer Angelegenheit des nationalen und internationalen Verkehrs eine ehrlose Handlung begehen wollen, die sie in ihren Privatangelegenheiten keinen Augenblick in Erwägung ziehen würden.“

Auf der Jahresversammlung der „American Society of Judicial Settlement of international Disputes“, die am 20. Dezember in Washington tagte, brauchte Präsident P. Wheeler von New York scharfe Worte gegen diejenigen, die sich weigern, den Streitfall dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Er sagte am Schluß seiner denkwürdigen Ausführungen, „es würde tausendmal besser sein, der Panamakanal wäre nie gebaut worden, als daß die Vereinigten Staaten ihre verpfändete Treue brechen und die Stellung einer Nation einnehmen, die dringlichst darauf bestand, daß Großbritannien Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreite, die die Vereinigten Staaten nicht einmal direkt berührten, nun aber, wo sie selbst angerufen werden, dem Haager Hofe eine Frage dieser Art zu unterbreiten, es verweigern.“ F.

Korrespondenz aus England.

Zur Jahreswende blickt man natürlicherweise zurück auf die Ereignisse des vergangenen Jahres, insofern dieselben die Beziehungen zwischen England und Deutschland beeinflußt haben. Mit großer Freude bestätigen wir in England, daß zu Anfang 1913 diese Beziehungen sich außerordentlich verbessert haben, so daß man sagen kann, daß bei den jüngsten Verhandlungen der beiden

Regierungen zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens das intime Verhältnis der beiden verwandten Nationen zueinander herzlicher war, wie schon lange nicht. Und doch haben auf englischer Seite viele Umstände, wie z. B. die letzten öffentlichen Reden Churchills und Lord Roberts, dahin gewirkt, daß deutsche Chauvinisten sich noch immer schroff gegen eine engere Annäherung stellen.

Wer hier die deutsche auswärtige Politik gegenüber England verfolgt hat, muß freudig zugeben, daß Kaiser Wilhelm, wenn auch nicht öffentlich, hierin eine leitende Rolle gespielt hat. Denn wie freundlich auch das deutsche Volk — die Sozialdemokraten sowie auch viele der bürgerlichen Parteien — dem Inselreich gesinnt ist, so liegt doch die Leitung der auswärtigen Politik schließlich in Allerhöchsten Händen, was auch immer die Alldeutschen dazu sagen mögen. Die Wahl geeigneter Persönlichkeiten, wie die des so früh verstorbenen Grafen Marschall und des jetzigen Botschafters Fürst Lichnowsky, hat in England allgemein Beifall gefunden, und dürfen englische und deutsche Pazifisten sich besonders freuen, daß ihre Bestrebungen von den deutschen Botschaftern in London sowie von dem englischen Auswärtigen Amt unterstützt worden sind. Als Resultat kam dann Ende Oktober die Verständigungskonferenz in London zustande, die, obwohl nicht offiziös, doch etwas beigetragen hat zu der jetzigen besseren Stimmung zwischen England und Deutschland. Ueber die Konferenz selbst hat die Friedens-Warte ausführlich Bericht erstattet. Der Gedanke, eine Konferenz abzuhalten, wurde schon im November 1911 von dem National Peace Council aufgeworfen, und dann im Laufe des Jahres 1912 von dem Kirchlichen Komitee energisch, von der British German Friendship Society aber nur zögernd unterstützt. Dennoch sind wir jetzt alle einstimmig der Ansicht, daß das Zusammenkommen angesehener Männer Deutschlands und Englands ihre öffentlichen Auseinandersetzungen und vielleicht ganz besonders die geselligen Veranstaltungen, bei denen die Delegierten sich persönlich kennen lernten, der Sache der Verständigung bedeutend geholfen hat. Ein privates Zusammensein der führenden Persönlichkeiten dürfte besonders erwähnt werden. Auf Einladung des Vorsitzenden des National Peace Council, Mr. Gordon Harvey, liberales Mitglied, und des Oberst Williams, konservatives Mitglied des englischen Unterhauses, kamen einige Teilnehmer der Konferenz bei einem Privat-Diner mit englischen Parlamentariern im House of Commons zusammen. Von dieser Festlichkeit ist natürlich wenig an die Öffentlichkeit gedrungen, aber es ist bekannt, daß von englischen Staatsmännern, die Minister Lloyd George und Lewis Harcourt, der ehemalige konservative Minister Balfour, der jetzige Führer der Konservativen, Bonar Law, und der Führer der Sozialisten,

Ramsay Macdonald, anwesend waren. Wir vernahmen ferner, daß unser Minister des Auswärtigen Amtes, Sir E. Grey, mit einem bekannten deutschen Teilnehmer eine Unterredung hatte. Ein Bericht über die Konferenz ist wohl auch in allerhöchste Kreise in Deutschland gedrungen!

Und wie steht es nun um unsere weitere Arbeit zum Legen der Vorurteile hüben und drüben? Das Komitee der Konferenz führt zurzeit seine Arbeit fort, da wir aus Deutschland erfahren, daß das entsprechende deutsche Komitee im laufenden Jahre eine zweite, ähnliche Konferenz wahrscheinlich in Berlin einberufen wird, und ist es zweckmäßig, daß dieselbe Organisation, die mit den Regierungskreisen in enger Fühlung steht, bis dahin bestehen bleibt.

Einstweilen aber gibt es für jeden in England lebenden Deutschen sowie für alle englischen Freunde Deutschlands noch viel zu tun. Und hier muß man besonders die Arbeit zum Verständnis Deutschlands und deutscher Verhältnisse sowie zur Annäherung der beiden Völker betonen, die von Deutschen, wie dem an der Universität Cambridge tätigen Prof. Dr. Karl Breul und dem deutschen Konsul in Manchester, Hauptmann d. R. Schlagintweit, geleistet wird. Dasselbe kann leider von vielen in England lebenden Deutschen nicht gesagt werden, die oft englischer sind wie die Engländer!

Was englische Pazifisten vor allem zu bekämpfen haben, ist der von englischen Chauvinisten geschürte Militarismus. Denn wir haben in England auch unsere Bernhards — den greisen Feldmarschall Lord Roberts — und andere Militärs und Junker, die von der Furcht vor Deutschland beseelt sind! Arme, blinde Menschen! Sie sollten doch einmal die große Friedensbewegung in Deutschland studieren und sich unter das deutsche Volk begeben, statt immer nur den Worten der deutschen Chauvinisten zu lauschen. Sogar einer der bekanntesten Schriftsteller, der sonst vernünftige Frederic Harrison, der in seinem Alter überall nur die sogenannte deutsche Gefahr erblickt, gibt im Neujahrshefte der „English Review“ dem englischen Volke eine nochmalige Warnung und unterstützt Lord Roberts und die englischen Militärs a. D. in der Propaganda zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht als einziges Mittel, die „deutsche Gefahr“ zu legen. Ueber diesen letzten Punkt möchte ich, mit Erlaubnis der Redaktion, später einmal zurückkommen.

C. W...s.

London, 5. Januar 1913.

Konservative Neujahrsfreude.

Randglossen zu einem Artikel des Herrn Dr. Adolf Grabowsky, Berlin.

Die neubegründete „Wochenschrift für konservativen Fortschritt“ (eine eigentüm-

liche contradictio in adjecto), die den Titel „Das neue Deutschland“ führt, befaßt sich an der Spitze ihrer Nummer vom 11. Jan. mit der Broschüre „Der Weg zum Weltfrieden“, die den Herausgeber dieser Blätter zum Verfasser hat. Wir sind gewiß weit entfernt davon, die Berechtigung einer konservativen Weltanschauung nicht anzuerkennen, wenn wir auch einer anderen Weltanschauung zugewandt sind und für diese arbeiten. Die Berechtigung des Konservatismus soll jedoch in dieser Welt der Gegensätze und Rundungen nicht bestritten werden. Ebenso können wir verstehen, daß das Programm des Pazifismus mit dieser Weltauffassung nicht harmoniert und demgemäß von ihr bekämpft werden muß. Gerade deshalb fordern aber wir von unseren politischen Antipoden dieselbe Erkenntnis, die gleiche Gerechtigkeit und Anerkennung, ein über dem Parteigesichtspunkt stehendes Verstehen unseres Wirkens.

In dem erwähnten Artikel vermissen wir jedoch diese Objektivität. Der Verfasser freut sich über den „Bankerott des Pazifismus“, der ihm in jener Broschüre zum Ausdruck zu kommen scheint. Er sieht nicht, daß es eigentlich der Bankerott seiner Auffassung des Pazifismus ist, die er sich ungerechtfertigterweise gebildet hat.

Daß er den Herausgeber dieser Blätter gleich in der ersten Zeile als „Friedensapostel“ anspricht, beweist zwar seine völlige Unkenntnis über den Pazifismus, es sei ihm aber verziehen, da es schwer ist, sich von solchen Klischees zu emanzipieren. Daß er es aber als „Heiterkeit“ empfindet, weil in der der Broschüre beigegebenen Chronik auch „sämtliche kriegerischen Konflikte, ebenso auch alle militärischen Rüstungen“ angeführt werden, läßt erkennen, daß er nicht vorurteilslos der Sache gegenübertrat; denn bei etwas weniger guter Laune hätte er erkennen können, daß in jener Chronik nicht nur die Masse der auf die Völkerverständigung hinielenden Daten angeführt worden ist, sondern — und zwar zum besseren Verständnis des Geschehens — auch alle Äußerungen des noch lebenden alten Geistes in der Politik. Die „Heiterkeit“, die den Beurteiler darob befiel, entspringt nicht der Ueberlegenheit oder einer überragenden Sachkenntnis. Dann heißt es:

„Fried zieht die Bilanz für 1912 und hält für das Hauptergebnis des abgelaufenen Jahres, daß der den Pazifisten so liebgewordene und schöne Gedanke von der Beseitigung des Krieges durch die Schiedsgerichtsbarkeit nun endgültig fallen gelassen oder wenigstens auf das richtige Maß zurückgeführt werden müsse. Schiedsgerichte seien nur bei Rechtsstreitigkeiten wirksam. Wo bleibt der Traum vom Haag?“

Diese Darstellung ist unrichtig. Nicht die richtige Klassifizierung des Schiedswesen be-

zeichnete ich als das Hauptergebnis dieses Jahres, sondern (S. 6) das Werk der anglo-deutschen Verständigung.

Die richtige Klassifizierung der Schiedsgerichtsbarkeit habe ich aber auch nicht erst im Jahre 1912 angeregt, sondern schon vor zehn Jahren und habe sie seither mit wachsendem Erfolg in meinen Schriften vertreten. Die Mehrheit der denkenden Pazifisten ist dieser Ansicht; sie brauchen sie nicht erst jetzt zu entdecken. Ich schrieb lediglich, daß „Viele“ von uns den ihnen liebgewordenen Gedanken nunmehr endgültig fallen lassen müssen. „Viele“ sind aber nicht „alle“.

Damit habe ich aber keineswegs die Schiedsgerichtsbarkeit verworfen, wie der Verfasser jenes Artikels glaubt und glauben machen will. Ich habe sie nur richtig eingeordnet, indem ich sagte: „Ihre (der Schiedsgerichtsbarkeit) Rolle wird um so größer sein, je höher das internationale Recht entwickelt sein wird in der Menschheit. Die Schiedsgerichtsbarkeit wird die Krönung der Weltorganisation sein, aber nicht ihr Fundament.“ Damit ist die Antwort auf die naive Frage „Wo bleibt der Traum vom Haag?“ gegeben; denn im Haag ist es ja, wo das internationale Recht immer weiterentwickelt wird.

Ich habe immer daran festgehalten, daß wir der gewaltlosen Streitschlichtung zusteuern müssen, die gegeben ist a) durch diplomatische Verhandlungen, b) durch die Schiedsgerichtsbarkeit, c) durch die ordentliche Staatengerichtsbarkeit. Diese Dreiteilung ist angepaßt den Erfordernissen der Praxis, für Interessen-, Macht- und Rechtsfragen. Der Umstand allein, daß unsere Gegner glauben, wir predigen die Schiedsgerichtsbarkeit als Allheilmittel, veranlaßte sie, unsere Bestrebungen für utopisch zu halten. Wir betrachten sie aber nur als eine für besondere Fälle bestimmte Art der mannigfaltigen pazifistischen Streitschlichtungsmethoden. Nicht wir haben unsere Ansicht geändert, die Gegner sollen anfangen, die ihre über uns zu revidieren.

Es ist auch nicht richtig, wenn in jenem Artikel gefolgert wird, daß Schiedsgerichte nur bei untergeordneten Streitigkeiten möglich seien. Ein Blick auf die Schiedsfälle der letzten Jahre beweist das Gegenteil. Rechtsfragen sind im heutigen Völkerleben nicht immer untergeordnete Streitigkeiten.

Im übrigen geht der Verfasser, wie alle Gegner des Pazifismus, von dem grundlegenden Irrtum aus, als wollten wir den Krieg aus den politischen Verhältnissen, so wie diese heute sind, beseitigen, was uns natürlich nie einfällt. Wir wollen nicht das Symptom des Uebels beseitigen, sondern dessen Ursachen. Darum treten wir für eine Veränderung dieser heutigen politischen Verhältnisse ein, für eine Umwandlung der Politik der Gewalt in eine Politik der Verständigung durch starke Infiltration mit der internatio-

nen Rechtsidee, für eine Organisation der heute zum Teil noch anarchischen Staaten-gesellschaft. Und in Verbindung mit diesem Grundproblem unserer Bewegung bewegt sich die Forderung einer nach diesen Grundsätzen handelnden „modernen Diplomatie“, was Dr. Grabowski als unsern „allerletzten Rettungsanker“ bezeichnet. Es ist unser Fundament! Wir betreiben eben nur die Prophylaxis des Krieges, die Hygiene des internationalen Lebens, was uns vernünftiger erscheint als die Doktor Eisenbart-Kuren der Blut- und Eisen-Apostel. Noch einmal sei's gesagt: Man vergleiche uns nicht mit einer Feuerwehr, die berufen ist, einen Brand zu löschen, wenn er schon ausgebrochen ist, sondern mit einer Agentur für Imprägnierungsmittel, deren Anwendung den Ausbruch des Brandes verhindern kann. So aufgefaßt, wird es den Gegnern vielleicht doch möglich sein, unsere Bewegung etwas objektiver zu beurteilen. Sie würden sich nur selbst ehren, wenn sie zu einer solchen Beurteilung kommen würden. Unseren Glauben an den Erfolg brauchen sie ja nicht zu teilen, nur als Dummköpfe und Narren sollen sie aufhören, uns hinzustellen, denn es könnte ihnen passieren, daß die öffentliche Meinung diese Vorwürfe auf ihre Urheber zurückwirft.

A. H. F.

Der Deutsche Bund als Vorbild der Staatenorganisation.

Von Dr. phil., jur. et sc. pol. G. Grosch.

Für die Realisation der Staatenorganisation, welche letztere sich juristisch als völkerrechtlicher Staatenbund darstellen wird, kann der frühere Deutsche Bund ein Vorbild abgeben. Mutatis mutandis kann die Friedensorganisation des Erdballs so konstituiert werden wie seinerzeit der Deutsche Bund. Darum soll auf seine hauptsächlichsten Institutionen, soweit sie für die eben erwähnte Verwirklichung eines Zusammenschlusses der Staaten in Betracht kommen, einmal die Aufmerksamkeit gelenkt werden.

Der Zweck des genannten Bundes war — gemäß der deutschen Bundes-Akte vom 8. Juni 1815 — die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten. Die Mitglieder des Bundes versprachen, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen einen Angriff in Schutz zu nehmen; sie garantierten sich gegenseitig ihre sämtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen. Deshalb machten sie sich verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt — d. i. durch Krieg — zu verfolgen, sondern bei der Bundesversammlung anzubringen.

Die Bundesversammlung war zusammengesetzt aus Delegierten der Staaten. Ihr lag bei einem entstehenden Zwist zwischen den Mitgliedstaaten ob, die Vermittlung durch einen Ausschuß zu versuchen. Schlug dieser Versuch fehl, und wurde demnach eine richterliche Entscheidung notwendig, so sollte diese durch eine wohlgeordnete Austrägal-Instanz bewirkt werden, deren Ausspruch die streitenden Teile sich sofort zu unterwerfen hatten.

Das Austrägalverfahren war durch eine besondere Ordnung vom 16. Januar 1817 geregelt. Der inkriminierte Staat — wenn von dessen Seite gezögert wurde, hatte es die Bundesversammlung zu tun — mußte drei Mitglieder benennen, die an dem entstandenen Zwist unbeteiligt waren. Der beschwerdeführende Staat wählte aus den dreien sich einen aus, und dessen höchstes Gericht verhandelte und entschied den Streit „im Namen und anstatt der Bundesversammlung, sowie vermöge derselben Auftrags“. Es wurde das Urteil gefällt und publiziert; es war damit rechtskräftig und konnte, wenn nötig, von Bundes wegen exequiert werden.

Damit war der Krieg als rohes Zwangsmittel aus den gegenseitigen Beziehungen der Bundesstaaten eliminiert. Nur als Rechtsschutzmittel blieb der Krieg auch weiter anerkannt. „In einem Falle war der innere Krieg nicht zu vermeiden: nämlich wenn ein Bundesstaat in Erfüllung seiner durch den völkerrechtlichen Grundvertrag übernommenen Bundespflichten säumig und zu ihrer Einhaltung anders als mit den Waffen nicht herbeizubringen war; denn das schließliche völkerrechtliche Exekutionsmittel ist der Krieg.“ Hierfür war eine Exekutionsordnung — vom 3. August 1820 — aufgestellt, so daß der Zwang innerhalb der Schranken des Rechts gehandhabt wurde.

Schon St. Pierre hat für die „Union de l'Europe“, die er vorschlägt, auf das damalige Deutsche Reich exemplifiziert, das ja nicht viel fester organisiert war als der spätere Deutsche Bund. Er führt etwa aus: Durch die kaiserliche Acht würden die Verwegensten abgehalten, Krieg mit den übrigen zu beginnen, weil sie sonst fürchten müßten, depossediert zu werden; und geschähe es doch, so sei daran schuld die Verbindung mit auswärtigen Souveränen, die sie gegen die Gefahr der Acht deckten. Wenn nun diese Glieder des deutschen Reichkörpers keine Nachbarn hätten, die sich in die Angelegenheiten jener einmischten, würde es niemals Krieg zwischen ihnen geben; wenn also diese Vereinigung, anstatt sich auf Deutschland allein zu beschränken, alle Souveräne, alle Staaten Europas umfaßte, würde es keinen Krieg mehr geben, weder im Deutschen Reich noch im übrigen Europa.

Das „tertium comparationis“ ist nicht — wie etwa ein Gegner einwerfen könnte —

daß das frühere Deutsche Reich sich aufgelöst habe und der Deutsche Bund gesprengt worden sei, daß also einer eventuellen Friedensorganisation der Staaten das gleiche Schicksal drohe; jenes sind politische Bewegungen gewesen, die ja ihren Abschluß in dem neuen Deutschen Reiche, einem durchaus festen staatlichen Gefüge, gefunden haben. Nein, wenn wir vergleichsweise auf das alte Deutsche Reich und den Deutschen Bund hingewiesen haben, so wollten wir damit nur sagen, daß ähnliche Institutionen, wie die künftige Friedensorganisation der Staaten, bereits bestanden haben.

Einen weiteren Einwurf, den man noch machen könnte, lehnen wir gleichfalls ab; nämlich den, daß es sich bei unseren Beispielen um Zugehörige zu demselben Volke gehandelt habe. Dem können wir ruhig das Argument entgegensetzen, daß der Verkehr in der heutigen Staatenwelt viel intensiver, der Austausch der Kulturerrungenschaften viel leichter, das Herüber- und Hinüberfluten von einem Staate zum andern — nicht nur etwa bloß der Waren, sondern ebenso der Personen und Geistesprodukte — viel häufiger geschieht als in dem früheren Deutschen Reiche. Diesen Internationalismus können die erpichtesten Rassenfanatiker nicht mehr leugnen, denn er ist tagtäglich geradezu mit Händen zu greifen. Die gegenseitige Annäherung der Völker vollzieht sich unaufhaltsam, und der Menschheit einend Band wird sich um die heutigen Staaten sicherlich ebenso fest schließen wie früher das Bewußtsein der Volksgemeinschaft um die Territorien des Deutschen Bundes.

Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, daß das Unvollkommene durch immer Vollendetes abgelöst, daß das weniger Gute durch Besseres ersetzt, daß nach schwächlichem Vorbild ein starkes, ragendes Monument gestaltet wird. So kann der Deutsche Bund als vorbildlich für die Friedensorganisation der Staaten angesehen werden; indes, diese wird jenen weit übertreffen. Schon der Umstand, daß es sich um die Organisation der Menschheit und nicht bloß um einen, wenn auch noch so bedeutsamen Bruchteil von ihr handelt, erhellt zur Genüge, welcher Fortschritt mit der Befriedigung der heutigen Staatenwelt erreicht wird.

Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, daß die rechtliche Ausgestaltung der Staaten-gemeinschaft schon längst in Angriff genommen wurde. Das Völkerrecht, das zwischenstaatliche Recht, ist schon Jahrhunderte alt; und gerade in unserer Zeit ist ein neuer Aufschwung zu konstatieren: die Haager Friedenskonferenzen, der durch dieselben konstituierte Schiedshof, all das sind herrliche Ansätze, gesunde Keime, die auf reiche Früchte hoffen lassen.

Gewiß, die Gegner jubeln, daß nicht mit einem Schlage schon alles erreicht worden ist,

daß immer noch der Krieg als roher Zwang wütet, daß immer wieder Rückfälle eintreten. Diese kleinlichen Geister stellen sich wie blind gegen die Erwägung, daß der Aufstieg der Menschheit ein gar langsamer und mühsamer, von Rückfällen bedrohter gewesen ist. Aber gerade wer diesen ehrlich ins Auge faßt, der ist voller Genugtuung darüber, daß schon so Großes erreicht worden ist, Größeres bereits in die Wege geleitet wird. Wir befinden uns in einer neuen Phase der Menschheitsgeschichte; wir gehen einem neuen, einem Völkerfrühling entgegen.

Frankreichs Großmachtsstellung und Kulturziele.

Von Herm. Fernau, Paris.

Frankreich ist heute unbestreitbar die friedliebendste Großmacht in Europa geworden. Allerdings dürfen wir unsere Vogesenachbarn nicht mit den Wissenschaften und Beobachtungsfähigkeiten der „führenden“ Tagespresse beurteilen, wenn wir ehrlich feststellen wollen, inwieweit die französische Nation seit etwa 40 Jahren ihre „glorreiche“ napoleonische Tradition verleugnet. Alles zielt heute bei den Franzosen auf eine neue Kultur hin, die keinen Platz mehr hat für Waffenruhm und nationalen Eigensinn und in direktem Gegensatz zu jener „Großmachtspolitik“ steht, von der seit Bismarck in Europa so viel geredet wird und die wie eine beständige Bedrohung des Friedens über den Völkern Europas hängt.

Für den denkenden Menschen gibt es nicht leicht einen sinnloseren Begriff als er in Worten wie Großmachtspolitik, Großmachtstellung usw. usw. zum Ausdruck kommt. Vergeblich bemühe ich mich seit Jahren, hinter das Geheimnis dieser und ähnlicher Worte unserer Diplomatensprache zu kommen. Ich bin ganz unfähig, zu verstehen, inwieweit die Großmachtspolitik zum menschlichen Glück unentbehrlich ist. Mein Respekt vor den Diplomaten und Zeitungsschreibern, die seit Jahrzehnten mit dieser Ware so lärmend beim Volke hausieren gehen, ist darob nicht sonderlich gewachsen. Sie sind mir verdächtig und auch ein bißchen lächerlich die Leute, die mit einem Auge immer in China herumseheln, mit dem anderen „unsere Interessensphären“ in Marokko und am Bosphorus beobachten, die beständig von der Bedrohung „unseres Einflusses“, „unserer Machtstellung“ und anderer kostbarer Dinge reden, und deren Weisheit letzter Schluß immer derselbe ist: Wir müssen rüsten und wieder rüsten, zu Wasser und zu Lande, auf, unter und über der Erde, damit wir unsere Großmachtstellung erhalten, damit man uns nicht „einkreise“, nicht erdrücke, sondern „im Konzert der Großmächte“ respektiere, usw. usw.

Aber damit, daß uns Pazifisten die Großmachtpolitiker und Diplomaten allenthalben verdächtig und lächerlich zu werden beginnen, ist es nicht getan. Es gilt zu beweisen, daß sie überflüssig und schädlich in der modernen Welt sind, daß wir, die Bürger der Kulturnationen, fähig und willens sind, unsere Geschäfte fortan ohne diplomatische Vermittlung zu machen. Es gilt dem Volke klarzumachen, daß die „hohe“ Diplomatie eine Gefahr für den Frieden und Fortschritt der Menschheit bildet. Wir müssen den Großmachtpolitikern und allen, die ihrer Art sind, endlich ein neues, vornehmeres und ehrlicheres Kulturideal entgegensetzen, eine Kultur, in der man nicht mehr so balkenbrechend lügt, sondern in der man die geheimen Ursachen der sogenannten Großmachtpolitik beim richtigen Namen nennt, auf die Gefahr hin, einige patriotische Empfindlichkeiten zu verletzen. Wenn es uns nicht gelingt, den Diplomaten den Wind aus den Segeln zu nehmen, ihren Einfluß beständig zu schwächen und sie so allmählich überflüssig in der modernen Welt zu machen, dann werden wir noch auf lange hinaus ohnmächtig bleiben.

Da ist nun Frankreich, das bekanntlich auch überall seinen „großen Stein im Welt-schachbrett“ hat. Prinzipiell sollte eine Republik mit dem hohlen Phrasengewirr der Diplomatie aufräumen und eine ehrlichere Sprache reden, als sie bisher in der internationalen Politik geführt wurde. Aber die Zeiten, wo wir nur noch sprechen werden, um verstanden zu werden, jenes goldene Zeitalter, wo die Bildung der Massen gebieterisch fordern wird, daß nur noch diejenigen reden und schreiben, die wirklich etwas zu sagen haben, ist trotz der republikanischen Etikette selbst in Frankreich noch nicht angebrochen. Auch in Frankreich regiert man noch mit hohlen Worten. Ganz ebenso wie anderswo redet man auch in Frankreich noch von der „nationalen Ehre“, von der Schönheit und Notwendigkeit der kolonialen Expansion, der „friedlichen“ Durchdringung Marokkos und ähnlichen Kinkerlitzchen mehr. Drei Viertel aller Leute, die täglich ihre Zeitung lesen, verstehen trotzdem nichts von dieser „hohen Politik“, mit der man nichtsdestoweniger über das Wohl und Wehe, über Krieg und Frieden der Bürger entscheidet. Das letzte Viertel verhält sich dieser diplomatisch-finanziellen Metaphysik der Neuzeit gegenüber zwar mißtrauisch, aber es weiß trotz aller Aufklärung noch immer nicht recht, welche ureinfachen Dinge die Sprache der Diplomaten im Grunde verdeckt; sehr viele ahnen dunkel, daß es sich dabei um Geschäfte handelt, die nicht ihre Geschäfte sind, daß man ihre Haut verpfändet, um die Dividenden einer Bank zu erhöhen usw., aber . . . sie sind in der Minderzahl. Ihre Proteste verhallen. Und darum regieren heute die Könige der Finanz in Frankreich mit einer Art moderner Metaphysik, die als Basis die Glaubhaftmachung von der

Notwendigkeit einer starken Großmachtpolitik hat und die sich im übrigen mit den demokratischen Prinzipien der Republik ganz geschickt abzufinden weiß. In der Monarchie regiert man noch mit der Glaubhaftmachung der göttlichen Autorität, in der weltlichen Republik dagegen mit dem latenten Respekt der Volksmassen vor den Weisheiten der „geheimen Diplomatie“. Die Mittel sind verschieden, das Ergebnis dasselbe: Dienstbarmachung des Volkswillens für die (rein materiellen) Geschäfte einer Dynastie, eines Banktrusts usw., Bearbeitung der Volksmeinung nötigenfalls bis zur Kriegsbegeisterung. — Und doch besteht zwischen dem Respekt vor dem Uebernatürlichen (Diplomatie der Monarchie) und dem Respekt vor dem bloß Unverständlichen (Diplomatie der Republik) jener kleine Abstand um den uns die Franzosen in der Kultur voraus sind. Der Respekt vor der von Gott eingesetzten Monarchie ist nämlich viel schwerer durch die freie Kritik zerstörbar als jener andere. Und deshalb sehen wir, daß sich seit einiger Zeit in Frankreich eine Kritik gegen das Vorhandensein der Diplomatie breit macht, die den Regierenden ernstlich unangenehm zu werden beginnt. Frankreichs Bürger werden nämlich mit Hilfe ihrer demokratischen Erziehung von Tag zu Tag respektloser und neugieriger in Sachen der „hohen Politik“. Sie nehmen nicht alles mehr für „bare Münze“, was man ihnen bietet. Zudem erlaubt ihnen ihre Staatsverfassung schon heute Rechenschaft zu fordern über die kulturelle, prinzipielle und soziale Notwendigkeit ihres diplomatischen Apparates. Oder, um es anders auszudrücken: Die französische Demokratie ist im Begriff, eine gründliche Umwertung der Werte auf diesem Gebiete vorzunehmen.

Diese Umwertung wird erst dort möglich, wo alles das, was wir in Deutschland noch als erstrebenswertes nationales Ideal, als nationale Kraft, Pflicht, Würde usw. verehren, in Dekadenz gerät. Wenn wir die französische Demokratie mit der deutschen Monarchie vergleichen, ist Frankreich in der Tat ganz und gar dekadent, das heißt viele „Staatsbürger-tugenden“, die nur noch im Gewissenszwang und in der Dummgläubigkeit der Massen ihren Halt finden, sind in der Freiheit der Demokratie schon längst verschwunden. Ueberall sind dergestalt heute in Frankreich die Breschen und Brücken zu einer ehrlicheren Kultur geschlagen. — Am deutlichsten läßt sich diese Dekadenz des alten Frankreich wohl am Militarismus feststellen. Nicht nur, daß die nicht wachsende Bevölkerung dem Militarismus heute bereits eine numerische Kräftezunahme verbietet, nicht nur, daß die Zahl der Deserteure (trotz der fehlenden Soldatenmißhandlungen) in Frankreich zehnmal größer ist als in Deutschland, daß der französische Offizier ganz im Gegensatz zu seinem deutschen Kollegen wenig Kriegsbegeisterung zeigt und daß die immer lauter zur Herrschaft drängende

Arbeiterklasse immer klarer die Zwecklosigkeit des heutigen Militarismus nachweist, nein, auch die Lehrerschaft ist heute bereits in Frankreich deutlich antimilitaristisch, das heißt pazifistisch gesinnt*). — Es ist eine für uns erfreuliche Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der französischen Lehrer der Jugend heute bereits die Ideale des Pazifismus lehrt, denn eben damit wird auf die wirksamste Weise der Boden vorbereitet, auf dem in Frankreich eine neue Kultur erblühen kann. Wenn die Leute à la Millerand seit einiger Zeit so viel Bemühungen um die Wiederbelebung der nationalen und militaristischen Tradition anstellen, wenn sich Frankreichs Regierung seit etwa zwei Jahren so krampfhaft bemüht, diesem Gassenjungen der europäischen Kultur einen neuen Flitter um die kriegsdrohende Stirn zu wickeln, so sind eben diese Bemühungen für jeden Einsichtigen ein Beweis, daß Frankreichs Militarismus (ich meine hier den Militarismus als aggressive Kraft, auch als Kaste und Karriere für Raufbolde; daneben gibt es noch einen Militarismus der guten Art, den auch der Pazifist in Kauf nehmen kann) in unaufhaltsamer Dekadenz begriffen ist. Würde man sonst die Volksbegeisterung für Militärparaden und Ruhmfassaden schon allenthalben künstlich beleben müssen?

Wie also wird jene Kultur aussehen, die sich allem Anschein nach ganz ebenso aus dem gegenwärtigen dekadenten Frankreich zu entwickeln beginnt, wie sich die bürgerliche Demokratie von heute aus der Greisenhaftigkeit und Sittenverlotterung der französischen Monarchie am Ende des 18. Jahrhunderts entwickelt hat?

Ich habe es oben bereits anzudeuten versucht: Die militaristische Dekadenz unserer Nachbarn muß die Republik zu einer allmählichen Verzichtleistung auf Großmachtpolitik, Außendiplomatie usw. usw. führen. Marokko war die letzte Tat dieser dekadenten Außenpolitik. Man weiß heute in Frankreich, für wen man eigentlich Marokko „erobert“ hat. Und wohl niemals hat ein Volk die Erwerbung einer Kolonie gleichgültiger aufgenommen, als die Franzosen 1911 ihr Marokko. — Fortan wird sich Frankreich in Sachen der Weltpolitik immer mehr seinem schweizerischen Vorbilde nähern. Und als gute Pazifisten können wir die Franzosen zu dieser Entwicklung und Abkehr von der Hohlheit der Großmachtpolitik nur beglückwünschen. Denn jene Nationen, die keine Großmachtpolitik treiben, die nicht bis an die Zähne bewaffnet stehen, um ihre „Interessensphären“ und Expansionsmähen gewaltsam zu verteidigen, jene Völker, die die Kultur erst innen suchen, ehe sie sich unterfangen, sie nach außen zu tragen, haben sich bisher im kommerziellen Wettstreit (und auf diesen allein kommt es in der modernen Welt noch an) mindestens ebenso wacker gehalten

**) Siehe hierzu meinen Aufsatz: „Die französischen Lehrer und der Pazifismus“ in „Das freie Wort“, zweites Novemberheft 1912.

als die sogenannten Großmächte. Die Schweizer zum Beispiel sind ohne Kolonien, Großmachtpolitik und anderen Diplomatenunsinn glücklicher, vaterlandsstolzer und friedliebender als die Bürger jener Nationen, deren angeblich „große Ziele“ sich für den einzelnen nur immer durch eine fortwährende Erhöhung der Steuern fühlbar machen. Was kümmert den Schweizer (den Norweger, Schweden, Holländer, Belgier usw.) die Marokkoaffäre, die Balkankrise und die sonstigen Hinterländer der Diplomaterie? Er ist frei von Befürchtungen. Er kann den zwecklosen Kämpfen der Großmachtfritzen mit glücklicher Verachtung zusehen. Und dabei entwickeln sich seine Industrien ebenso gut, seine Reichtümer nehmen ebenso schnell zu, ja seine Finanzen sind sogar in besserer Ordnung als die der Großmächte. Die Bürger dieser Länder sind ein für allemal frei vom Alpdruck der Großmachtpolitik, frei vom Alpdruck der Kriegsmöglichkeit. Ihr unaufhaltsamer Fortschritt in Industrie und Handel, insonderheit die Zunahme ihrer Exporttätigkeit, sollte doch nachgerade auch den Blindesten beweisen, daß man in unserer Zeit keiner Armeen und Flotten bedarf, um der Vorzüglichkeit seiner Produkte auf dem Weltmarkt zum Siege zu verhelfen. Wählen wir ein noch krasserer Beispiel für die Zwecklosigkeit der großmächtigen Kriegsrüstungen: Eben jetzt beklagen sich die Franzosen sehr lebhaft über die „deutsche Invasion“, das heißt über den ständig zunehmenden Import deutscher Erzeugnisse. Und Gott weiß, daß man in Frankreich die „camelote allemande“ nicht liebt. Wenn nun die deutsche Industrie die französische Konkurrenz im eigenen Lande trotz der hohen französischen Zollmauern für gewisse Artikel schlägt, welcher Esel möchte uns dann wohl beweisen, daß wir einer schlagfertigen Armee bedürfen als Voraussetzung und Garantie für die friedlichen Siege der deutschen Industrie in Frankreich? Wie, die Franzosen könnten (wenn keine deutsche Armee bereit stände) die deutsche Einfuhr einfach durch prohibitive Zölle vernichten? Und ihr eigener Export nach Deutschland? Und die im Hintergrund lauernde Revolte der Volksmassen gegen die dadurch bedingte Preissteigerung? Unsere Armee ist, wie gesagt, überflüssig zum Schutze unseres Exports nach Frankreich. Das gleiche läßt sich auch für andere Länder nachweisen, wo „unsere Interessensphären“ und Absatzgebiete angeblich in Gefahr sind.

Wir stolzen Bürger der Großmächte, die wir mit hohlen Phrasen und diplomatischer Verlogenheit unser Leben und unseren Geist vergiften in dem kindlichen Glauben, daß die Diplomaten einem Bedürfnis entsprechen und an unserem Glücke arbeiten, wir sollten die schweizerische Anspruchslosigkeit in Sachen der Großmachtpolitik als das höhere Glück, das heißt als die gesündere Kultur beneiden. An der Schweiz und einigen anderen Klein-

staaten sehen wir sehr deutlich, daß sich die Lebenskraft, Gesundheit und Entwicklungsfreudigkeit der Nationen in Wirklichkeit an ganz anderen Dingen mißt als an Kolonialpolitik und hochtönendem Geschwätz über Großmachtstellung, nationale Wehrkraft und dergleichen. — Ich begehe wahrscheinlich eine Ketzerei wider den heiligen Geist des Patriotismus, aber ich sage es offen: Für die Großmachtstellung Deutschlands bin ich (als guter Deutscher, wenn ich bitten darf) nicht einmal bereit, meinen kleinen Finger zu opfern, denn mein kleiner Finger dient mir zum Abstäuben der Asche, wenn ich Zigaretten rauche und ist mir darum dienlicher als Deutschlands Großmachtstellung.

Ich komme auf mein Thema zurück: Auch Frankreich beginnt zu begreifen, was hier eigentlich Kultur ist: nämlich das Fallenlassen jenes kostspieligen, verlogenen und gefährlichen „Bluffs“, den wir Großmachtpolitik nennen. Die wahre Republik, die ehrlich auf das Allgemeinwohl bedachte Demokratie braucht weder stehende Heere noch diplomatische Schwere um ihre Lebenskraft zu beweisen und ihr Ideal zu verwirklichen. — Das so überaus fragwürdige und gefährliche Ding, das wir zum Beispiel heute noch „nationale Ehre“ nennen, wird in einer nahen Zukunft jeden kriegerischen Eigensinn verlieren müssen. In dem Maße nämlich, als der einzelne Bürger zum Verständnis dessen erwacht, was die Dynastien oder Finanzmensen eigentlich nationale Ehre nennen, in dem Maße auch, als die Beziehungen der Menschen immer internationaler werden und die Staatsgrenzen immer stärker im Handel und Wandel der Zeit verwischen, wird es allmählich unmöglich, sich dieses Dinges als einer Kriegsursache oder als Kriterium der menschlichen Glückseligkeit zu bedienen. Die Republik wird darum aufhören müssen, mit den im neunzehnten Jahrhundert geschaffenen Dreipfeignisweisheiten der Diplomaten noch länger beim Volke hausieren zu gehen. Heute besteht im französischen Volke bereits ein instinktiver Wille zum Frieden und zur Einfachheit der guten Nachbarschaft, den nur noch die „führende“ Presse zu leugnen wagt und den alle jene Chauvinisten totsichweigen, die mit Patriotismus und Armeelieferungen ihr Geld verdienen.

Die verjüngte französische Demokratie wird im zwanzigsten Jahrhundert auf den Blödsinn der Großmachtpolitik, auf den Wortschwall der Diplomaten und auf die Fiktion von der „biologischen“ Feindseligkeit der Rassen verzichten; sie wird als erste Großmacht ihren „Feinden“ die versöhnende Hand bieten zur gemeinsamen Weiterarbeit an den Schicksalen der Menschheit.

An uns ist es, den herrschenden deutschen Imperialismus so zu schwächen, daß er diese versöhnende Hand annehmen muß. Das ist keine leichte Aufgabe. Sehr viele Aktienkurse werden nämlich mit diesem Händedruck herab-

gedrückt, sehr gewinnbringende Operationen der Großbanken usw. auf immer unmöglich gemacht werden. Es gehört viel vornehme Selbstüberwindung dazu, mit 2 % Dividenden zufrieden zu sein, wo man früher 10 % verteilte. Und darum wird es bei dieser Umwertung der nationalen Ehre und Heere hüben und drüben genug Leute geben, die in einer solchen Friedenserklärung eine neue Kränkung der nationalen Integrität und Autonomie, eine Fälschung der „biologisch-historischen Mission“ der Völker, eine Bedrohung der deutschen Kultur und dergleichen herausrechnen werden.

Aus allen diesen Gründen gehört es zu den vornehmsten Aufgaben der deutschen Pazifisten der Gegenwart, die deutsche Demokratie vorzubereiten. Denn die Verwirklichung der deutschen Demokratie wäre heute eine der sichersten Friedensgarantien in Europa. Erst mit der deutschen Demokratie und . . . Republik wird nämlich erst jene Verbrüderung der feindlichen Nachbarn von heute möglich, deren „diplomatische Spannung“ Europa seit 40 Jahren zerteilt und beunruhigt: A bon entendeur, salut . . .

Pazifisten der antiken Welt.

Von Iro Ojserkis, Wien.

Es mag wohl paradox erscheinen, in der antiken Welt, in welcher Götzenkulte mit ihren grauenhaften Menschenopfern, Schaukämpfe mit reißenden Tieren, die Blutrache, die Sklaverei als Institution, großzügige Kriegsunternehmungen heimisch waren, in jener Gesellschaft, welche Vergehen gegen die bestehende Ordnung mit Kreuzigung, Steinigung und anderer körperlicher Verstümmelung ahndete, Spuren einer Friedenspropaganda oder auch nur eines vereinzelt auflickernden, ernstesten Sehns nach dauernder Eintracht und Freundschaft unter Staaten und Nationen suchen zu wollen. Und doch verlohnt es sich, auf diese Frage näher einzugehen, zumal wir auch eine sympathische Kehrseite des Altertums kennen. Diese Periode der Menschheitsgeschichte war nämlich reich an ideellen Regungen des Geistes und Herzens, sie brachte Männer hervor, welche theoretisch und nach Möglichkeit auch praktisch die umfassendste Menschenliebe, wahrhaft demokratische Freiheit, weitherzige soziale Gerechtigkeit, Vorurteilslosigkeit im Verkehre von Individuen und Nationen mutig verfochten. Wir können in der Antike Fälle leicht nachweisen, wo die Kriege ihre zureichende Begründung hatten, wo echter Patriotismus dem Bürger das Schwert in die Hand zwang, als rohe Gewalt von außen dessen Haus- und Gemeinwesen überfiel und sich darin selbstherrlich festzusetzen suchte. Man denke beispielsweise an die kleinen semitischen Völker, die gegen die mächtigen, erobersüchtigen Assyrer und Babylonier sich ihrer Haut fortwährend er-

wehren mußten — man beachte, wie die gallischen Stämme dem genialen Cäsar verzweifelten Widerstand leisteten, als er sich anschickte, auf den Trümmern ihrer Bauerngehöfte und ihrer respektablen Kultur die römische Herrschaft zu etablieren, — man vergegenwärtige sich schließlich, was aus den zahllosen Stadtstaaten Griechenlands geworden wäre, wenn sie sich nicht aufgerafft und zusammengeslossen hätten, um die persische Invasion zurückzuschlagen, die der hellenischen Freiheit, dem hellenischen Genius den Garaus zu machen drohte. Und noch ein wichtiger Umstand soll nicht übersehen werden, daß nämlich die antike Kriegführung im Vergleich mit der modernen — wenn auch bloß wegen der ganz primitiven Waffentechnik — einfacher und, fast möchte man sagen, humaner war.

1. Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir nun der Besprechung der einschlägigen antiken Literatur uns zuwenden. Da tritt uns zunächst die grandiose, Ehrfurcht einflößende Persönlichkeit des jüdischen Propheten **Jesaias** entgegen. Dieser gottbegeisterte Seher wird nicht müde, im Hinblick auf die eifrigen Expansionsbestrebungen der assyrischen Könige Tiglath-Pileasar II., Salmanassar IV., Sargon und Sanherib, die insbesondere gegen Israel, Juda und Aegypten gerichtet waren, sein Ideal der Universaltheokratie, d. h. eines Reiches, das alle Nationen der Erde, regeneriert und ausgesöhnt, unter Führung von Jahve umfassen sollte, zu propagieren. Mit überwältigenden Worten verkündet er im Kapitel 2, 4-5 diesen politischen Umschwung, der von Jerusalem ausgehen soll: „Und er (Jahve) wird zwischen den Heiden richten und vielen Völkern Recht sprechen, und sie werden ihre Schwerter zu Karsten umschmieden und ihre Spieße zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben und nicht mehr werden sie den Krieg erlernen.“ Und Kap. 57, 19 sagt Jesaias: „Ich will Frucht den Lippen schaffen, die da predigen: Friede, Friede, beides denen in der Ferne und denen in der Nähe — spricht der Herr und will sie heilen.“ Bevor aber diese selige Zeit erblüht, meint dieser überzeugte Volksmann und mannhafte Streiter für Recht und Wahrheit, müsse ein furchtbares Strafgericht über die Laster der Reichen und Mächtigen aller Völker gehalten werden, wodurch die Herzen geläutert und zur Betätigung von wahren Gottesglauben, Gerechtigkeit und Frieden bekehrt werden. Sogar wilde Tiere werden in diesen Weltfrieden einbezogen, denn nach Jesaias 11, 5 würden selbe in jener Zeit der allgemeinen göttlichen Erkenntnis ihre Schädlichkeit ablegen und sich unter den Menschen harmlos herumtreiben. Mag man in dem Entwurfe dieses Zukunftsbildes lediglich einen poetisch-utopischen Erguß eines Schwärmers erblicken, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß die erhabene Idee der Völkerveröhnung und Abrüstung, allerdings in reli-

giösem Gewande gefaßt, schon vor über 2500 Jahren gedacht, klar ausgesprochen und der Nachwelt im Buche der Bücher überliefert wurde. Wenn wir uns vollends vor Augen führen, daß im Jahre des Heils 1912 die österreichische Armeeverwaltung an der Frontseite ihres neuen Heimes das nur allzu prosaische, aufreizende Motto „Si vis pacem, para bellum“ anbringen läßt, so werden wir des grellen Kontrastes erst recht gewahr und die angeführten Jesaiastellen in kulturhistorischer Hinsicht nach Gebühr zu würdigen veranlaßt.

* * *

2. Im Neuen Testamente, der Hauptquelle des Christentums, findet sich nicht die geringste Spur von einer Stellungnahme gegen die Institution des Krieges. Wohl ist das Verbot „Du sollst nicht töten“ daselbst mehrmals hervorgekehrt, doch ist ohne Zweifel nur der Einzelmord gemeint. Zu einer Verdammung des Massenmordes vermochten sich die Verfasser der Evangelien, so sehr sie von der Notwendigkeit der Eintracht, der Nächstenliebe und des gerechten Lebenswandels durchdrungen waren, nicht emporzuschwingen. Im Gegenteil, in richtiger Voraussicht kommender Dinge prophezeien sie wiederholt Kriege, Völkerrevolutionen, Greuel der Verwüstung, Hungersnot und Erdbeben (vgl. Lukas 21, 9—15, Markus 13, 7—26, und mehrere andere Stellen). In Matthäus 10, 34 meint Jesus, er sei nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert, und Lukas 12, 49, er sei gekommen, um Feuer und Spaltung auf die Erde zu werfen. Bezeichnend ist die Stelle des Lukasevangeliums 3, 14, wo Johannes den Kriegseleuten auf ihre Frage, wie sie denn in würdiger Weise Buße tun sollten, erwidert, sie mögen niemanden beunruhigen, von niemandem erpressen und sich mit ihrem Solde begnügen. Nach dem Zusammenhang der Rede, wo der Evangelist die Massen, die zur Entgegennahme der Taufe herbeiströmten, wegen ihrer Sünden eine Otternbrut schildert und ihnen als „würdige Frucht der Buße“ Altruismus predigt („wer zwei Röcke hat, teile mit dem, der keinen hat, und ebenso tue der, der Speisen hat“, Luk. 3, 7f.) hätten wir etwa folgenden energischen Protest erwartet: „Lasset von Euerem schändlichen Mordhandwerk, denn Ihr könnet nicht selig werden, solange Ihr Waffen gegen Euere Mitmenschen führt.“ In der Epistel an die Hebräer, Kap. 11, werden im Namen des Glaubens vollbrachte Kriegstaten aus dem Alten Testament angeführt. Auch sonst gefällt sich das Neue Testament in kriegerischen Bildern, z. B. in seiner zweiten Epistel, Kap. 2, 3—6, ermahnt Paulus den Timotheus, für die Lehre Christi wacker zu streiten, denn „wer in Kriegsdienst geht, der verpflichtet sich nicht in Geschäfte der Nahrung, damit er dem, der ihn zum Dienst geworben hat, gefalle“, und „auch einer, der den Ring-

kampf mitmacht, wird nicht bekränzt, er kämpfe denn ordnungsmäßig“, vgl. dazu Luk. 14, 31—34, Paul. an die Epheser 6, 11—17. In den Evangelien wird zwar der Friede häufig erwähnt, so in der orientalischen Grußformel „Friede dem Hausel“, „der Gott des Friedens sei mit Euch!“, „Gnade Euch und Friede von Gott“ — wir lesen Paulus an die Kolosser 3, 15, „der Friede Christi führe das Wort in Euerem Hause“, Petrus Ep. I, 5, 14, „Friede Euch allen, die in Christus sind“ — wir hören Paulus Ep. an die Philipper 4, 7 von einem Frieden Gottes, der höher sei als alle Vernunft, und Paulus an die Epheser 2, 14 von einer Identifizierung Christi mit dem Frieden („er ist unser Friede“) — der Friede wird mit unter die zu erstrebenden Früchte des Geistes gezählt (Paul. an die Galater 5, 19f.), jedoch bezieht sich immer die Friedfertigkeit lediglich auf diejenigen, „die den Herrn anrufen von reinem Herzen“ (2. Timotheus 2, 22), also auf Gesinnungsgenossen, auf Mitglieder der christlichen Glaubensgemeinde. Allgemeiner äußert sich Paulus an die Römer 12, 17—20, „Wo möglich, so viel an Euch ist, Frieden halten mit allen Menschen, nicht Euch selbst Recht schaffen, Geliebte“, auch Ep. an die Hebräer 12, 14 heißt es: „Jaget nach dem Frieden gegen jedermann.“ Gemeint ist natürlich hier wie überall im Neuen Testamente der Friede im privaten Leben.

Diese Haltung der ersten Verkünder des Christentums ist eine natürliche Konsequenz ihrer Anschauungen über Zweck und Inhalt des menschlichen Lebens im allgemeinen und über die individuelle Freiheit im besonderen. Ihr Gedankengang ist im wesentlichen folgender: Eitel und nutzlos ist das gewöhnliche Streben der Menschen nach irdischen Gütern, all ihr Sinnen und Trachten soll vielmehr auf die Erlangung „eines Schatzes, der nicht eingeht“, der Seligkeit im Himmel konzentriert sein, die Sorge um die täglichen Lebensbedürfnisse kann ganz getrost Gott überlassen werden, die Lust des Fleisches und der Augen wie auch das Großtun des Geldes — wie Johannes Ep. I, 2, 16 sagt — müssen gemieden werden, den Lehrern, den Besitzenden, den Herren, insbesondere aber jeder Obrigkeit als Vertreterin Gottes auf Erden, die überall dazu eingesetzt ist, um die Bösen zu schrecken und zu strafen, hingegen die Guten zu loben, gebührt bedingungslose Unterwürfigkeit und blinder Gehorsam, um des Zorngerichtes, des Gewissens und des Herrn willen“ (vgl. Paulus Ep. an die Römer 13, 7, „Gebet jedem, was er zu fordern hat, Steuer dem Steuer, Zoll dem Zoll, Furcht dem Furcht, Ehre dem Ehre gebührt“, ebenso Petrus Ep. I, 2, 13—15). Da jede Opposition als Auflehnung gegen die göttliche Ordnung angesehen wird, so dürfen wir mit Recht schließen, daß eine schwere Sünde begeht, wer beispielsweise

sogar aus edlen Motiven, wie Menschenliebe oder Schonung fremden Gutes, sich weigert, auf seines Fürsten Befehl in den Krieg zu ziehen. Es ist klar, daß das unermüdlche Hoffen auf eine bequeme, gemeinsame Seligkeit im Jenseits, wie auch der sklavische Autoritätsglaube, da sie einmal als Grundsätze im privaten und öffentlichen Leben gelehrt und betätigt wurden, den Gesichtskreis so beengten und für das Aufkommen der Idee eines Weltfriedens, der Idee einer wirklichen Verbrüderung aller Menschen ohne die Schranken der Geburt, der Konfession, des Landes und der Rasse keinen Raum ließen. Angesichts dessen mußte auch die von den Evangelisten häufig gepredigte Nachricht mit menschlichen Schwächen, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit, vornehmlich aber die in allen Tonarten gepriesene Nächstenliebe (vgl. z. B. die erste Epistel des Johannes, besonders den ehrungsvollen Hymnus auf die Liebe, Paulus Ep. I an die Korinther, Kap. 13, 1—11) verblassen und zu einer bloß auf die Glaubensgenossenschaft beschränkten Anhänglichkeit und Solidarität erstarren.

Daß auch heute die Offiziösen der Christenheit, namentlich der katholischen Kirche, an der alten Anschauung über die Friedensfrage festhalten, weiß jedermann. Wer etwa im Zweifel sein sollte, den möchte ich auf eine charakteristische Aeußerung des Fürsten Zdenko Lobkowitz, des Präsidenten der katholischen Union für Oesterreich, in der Nummer 420 der streng katholischen „Reichspost“ am 11. September v. J. erschienen, aufmerksam machen. Seiner Meinung nach wird der Völkerfriede nach menschlichen, materiellen Gesichtspunkten allein und ohne Stütze der göttlichen Autorität nicht begründet werden können; nur die katholische Kirche, die frei sei von Einflüssen einer materiellen Macht wie von Opportunitätsrücksichten und Sonderinteressen, habe die Kraft und den Beruf, die Individuen und Nationen aus der Wildnis und dem Elend unserer sozialen und politischen Verhältnisse zur geistigen Wiedergeburt und zur Verbrüderung im Sinne eines gemeinsamen Strebens und Vervollkommnung zu führen. Offenbar will uns der hochmögende Herr glauben machen, daß die Aktionäre der katholischen Banco di Roma, darunter Kirchenfürsten, keine materiellen Interessen verfolgen, als sie den berüchtigten italienischen Spaziergang nach Lybien mit inszenierten. Nach derselben Logik hätte die „Reichspost“ samt ihren Hintermännern ausschließlich das Seelenheil der katholischen Albaner im Auge, da sie seit Wochen deren vielfache Leiden registriert und Oesterreich mit einem ganzen Arsenal von schwachbeinigen Argumenten (vgl. die poetische Regung vom 20. Nov. v. J., „vor unserer Südostgrenze rast die serbische Bora durch die Schluchten, tollt über die

karstigen Gebirge und wühlt die albanische Adria in ihren Tiefen auf“) zu einer Intervention mit den Waffen zu überreden sucht.

* * *

3. Ist die Untersuchung im Neuen Testamente negativ ausgefallen, so dürfen wir mit um so größerer Zuversicht an den **Buddhismus** herantreten. Diese im 6. Jahrhundert vor Christi entstandene schwermütige Religion mit ihrer Abneigung gegen alles Uebernatürliche und Außerweltliche, wie auch gegen Gebete und Opfer, mit ihrer Ausschaltung jeder Autorität, mit ihrer größten Toleranz und edlen, durchgebildeten Moral bekundete eine hohe, geradezu rührende Respektierung des Lebens in jedem Wesen. So meint der erhabene Religionsstifter Buddha, wer ein Tieropfer bringen wolle, der greife nach drei unheilbringenden Schwertern, und zwar nach den auf die Tiertötung abzielenden Gedanken, Worten und Handlungen, durch welche er sich selbst zugrunde richte. Wollte jemand in die buddhistische Religionsgemeinde aufgenommen werden, so mußte er sich verpflichten, das erste Gebot einzuhalten, das da lautete: „Man soll kein lebendes Wesen töten noch töten lassen, noch die Tötung durch andere billigen, sondern man soll sich enthalten, allen Geschöpfen ein Leid anzutun, sowohl denen, die stark sind, als auch jenen, die sich in der Welt ängstigen“ (Dhammika Sutta 19). Mit dieser Vorschrift hängt auch die Sitte des sogenannten Regenzeithaltens (alljährlich von Juni bis Oktober) zusammen, während welcher Buddha und seine Jünger in Hallen, Hütten und Hainen Aufenthalt nahmen und daselbst den Volksmassen predigten, da sie bei einer Fortsetzung ihrer Wanderschaft die Keime von Pflanzen und Insekten auf dem aufgeweichten Boden vertreten und dadurch eine schwere Sünde auf sich laden hätten müssen. Ueberhaupt durfte kein Blut, ausgenommen das eigene, vergossen werden, deshalb verpönten die Buddhisten die Hinrichtungen, die Jagd und den Krieg. Interessant ist, daß König Asoka Priyadarsin (im 3. Jahrhundert vor Christi), der den Buddhismus zur Staatsreligion erhob und für die Fixierung der reinen Lehre in eigens hergestellten buddhistischen Schriften wie für die Ausbreitung dieses Glaubens weit über Indiens Grenzen hinaus außerordentliches leistete, auf einer Inschrift die Grausamkeiten tief bedauert, welche er früher bei der Eroberung des Landes Kalinga begangen hatte. In einem Edikte erzählt von sich derselbe Monarch, er habe an vier griechische Könige Gesandte geschickt und nicht durch das Schwert, sondern durch die Religion einen Sieg errungen. Ebenso vernehmen wir, daß diese „Wonne der Götter“ — wie Asoka genannt wird — in Nachbarländern Krankenhäuser für Menschen und Tiere errichten, Arzneikräuter

DIE FRIEDENS-WARTE

und fruchttragende Bäume pflanzen und Brunnen an den Straßen graben ließ. Von den Lehrsprüchen (Dhammapada) Buddhas verdient der 201. hervorgehoben zu werden: „Haß ist des Sieges Kind, weil Besiegte fühlen Des Unglücks schmerzlichen Druck.

Wer weder Sieger sein noch Besiegter will, dem Wird Glück und Ruhe zuteil.“

Die ganze Religion ist von einem Geiste der Sanftmut, der gegenseitigen Wertschätzung, der opferwilligen Entsagung und beschaulichen Weisheit durchdrungen; im Mittelpunkt steht die uneingeschränkt und fortwährend zu betätigende Nächstenliebe (-Metta). Durch Verbrüderung aller Menschen soll nach Buddhas Ideal ein Reich der Gerechtigkeit und des Lichtes geschaffen, ein Zustand der absoluten Leidlosigkeit (Nirvana) und Vollkommenheit auf Erden herbeigeführt werden. Kein Wunder, daß der Buddhismus, der als einzige von allen großen Religionen ohne Anwendung von Gewalt unzählige Bekenner gewann, die nationalen Schranken durchbrochen, die grausamen und rohen Völker Zentral- und Ostasiens zur Mäßigkeit und Selbstbeherrschung erzogen und in ihnen die Abneigung gegen andere Rassen beinahe ausgelöscht hat. —

* * *

4. Von den **griechischen Philosophenschulen** kommt für unsere Zwecke die kynische und stoische in Betracht. Die griechische Denkweise konnte sich bei der heraklitischen Lehre vom Kriege als dem Vater und König aller Dinge (frg. 53) auf die Dauer nicht beruhigen, sie erreichte vielmehr später in der Ethik eine Höhe, die sogar uns Modernen ob ihrer Erhabenheit imponieren muß. Die ersten Kyniker des 5. und 4. Jahrhunderts v. Chr., jene volkstümlichen Prediger der Bedürfnislosigkeit und Selbstgenügsamkeit, drangen allerdings zu einer Friedenspropaganda noch nicht vor; schätzten sie doch trotz der Mißachtung von herkömmlicher Kultur und Sitte die Jagd, die Palästra und den Krieg als Mittel zur Abhärtung der Seele und des Körpers (Diogenes Laërtius VI, 30 und 31). Allein einen anziehenden Punkt in ihrem Denken bildet der Kosmopolitismus. Antisthenes, das Haupt der kynischen Schule, empfand die Ungerechtigkeiten im Leben der Nationen, den Gegensatz der Unfreien zu den Freien und der Eingeborenen zu den Fremden — und Diogenes von Sinope hat als erster in der Weltgeschichte den Ausspruch getan, er sei Weltbürger. Ueberhaupt müßten die Kyniker, da sie absolute Illusionslosigkeit als letzten Zweck des Daseins erklärten, die einseitige Verehrung eines Menschen in der Liebe nicht minder wie die einseitige Wertschätzung eines bestimmten Volkes oder Landes im Patriotismus nur als Wahn und Einbildung, *ψευδος* ansehen und bekämpfen.

Präziser äußerten sich über den Kosmopolitismus die Stoiker, die das Reifste

und Höchste, was das sittliche Leben des Altertums hervorgebracht hat, in ihrer Ethik lehrten. Nach stoischer Anschauung gehören alle Menschen als gleiche Vernunftwesen, zumal es in Wirklichkeit nur ein Recht gibt, einer umfassenden Rechts- und Lebensgemeinschaft in einem Weltstaate an, welcher keine Schranken der Nationalität oder des historischen Staates kennt. Der Wertunterschied von Hellenen und Barbaren, die Privilegien der Geburt und des Standes sind überwunden und lediglich die Vernunft gilt als Gradmesser des Unterschiedes unter den Menschen. Aus der Idee des Vernunftreiches ergibt sich den Stoikern das Postulat der umfassenden Gerechtigkeit und allgemeinen Menschenliebe, in die auch die Sklaven einbezogen werden sollten. Eine direkte Stellungnahme gegen den Krieg als solchen würden wir bei den drei Säulen der Stoa Zenon, Kleantes und Chrysippos vergebens suchen. Immerhin aber ist ein Ausspruch Senecas, des edelgesinnten Stoikers und Erziehers des Kaisers Nero, beachtenswert, wonach ein nie gestörter Friede ohne Zweifel mehr glückbringend sei als ein durch vieles Blutvergießen wieder hergestellter (Epist. IV, 66, 40). Im fortgeschrittenen Kosmopolitismus des letzteren tritt die Menschenliebe und das Mitleid stärker hervor als bei den Altstoikern.

Eine genauere Betrachtung verdient der wandernde Sittenprediger und Sophist des ersten nachchristlichen Jahrhunderts, **Dio von Prusa**, genannt Chrysostomos, der in seiner Moral an die alkynische und stoische Lehre anknüpfte. Seine Reden, und zwar 38., 39., 40., 41., 48., sind eigentlich salbungsvolle Friedenspredigten. Der Verfasser hat sich da zur Pflicht gemacht, mit würdevollem Ernst für Eintracht und Frieden einzutreten, so oft es sich um die Regelung der Grenz- und Rangstreitigkeiten benachbarter Städte oder um Ausgleichung sozialer Gegensätze im Innern einer Gemeinde handelte. So verherrlicht er in oratio 38, 11 die Eintracht, *ὁμόνοια*, da sie einen göttlichen Ursprung habe und die Freundschaft, Versöhnung und Verwandtschaft umfasse, in oratio 39 feiert er die Eintracht als höchstes Gut. Jeder Friede, heißt es or. 40, 26, ist besser als ein Krieg und jede Freundschaft wenigstens in den Augen der Vernünftigen weit wertvoller und nützlicher als die Feindschaft sowohl für ein einzelnes Haus als auch für eine ganze Stadt. Es gibt nichts Schöneres und Göttlicheres über die Freundschaft und Eintracht im gegenseitigen Verhältnisse von Männern und Städten (oratio 41, 13). Die Brüderlichkeit, *ἀδελφότης*, gilt ihm als höchste Wonne (or. 38, 16). Er bedauert aufrichtig, daß nicht alle Menschen für die Eintracht Sinn haben, sondern daß manche die Zwietracht vorziehen, deren Bestandteile und Förderungsmittel Kriege und Kämpfe sind, welche unter Staaten und Völkern wie die Krankheiten im Körper wüten.

Sehr treffend räsoniert Dio über den Krieg, or. 38, 16—21: Manche haben den Krieg dem Frieden vorgezogen, nicht weil sie ihn für das Bessere, Angenehmere oder Gerechtere hielten, sondern die einen wollten einen Königsthron, die anderen die Freiheit, wieder andere Länderbesitz oder die Seeherrschaft erringen. Doch wenn man ohne genügenden Grund zu den Waffen greife, was sei dies anderes als heller Wahnsinn und ein Rennen ins Verderben? Bei natürlichen Uebeln wie Seuche oder Erdbeben murren die Menschen wider die Götter, halten dieselben für ungerecht und menschenfeindlich, selbst wenn diese Strafen durch ihre Sünden vollkommen gerechtfertigt erscheinen. Den Krieg aber, der nicht weniger Unheil anrichtet als ein Erdbeben, wählen wir selbst und machen dessen Urheber keinen Vorwurf, wir halten sie sogar für Volksfreunde, hören recht gerne ihren Reden zu, befolgen ihre Ratschläge und üben für das von jenen angerichtete Uebel keinerlei Vergeltung — wir müßten sonst folgerichtig mit einem Kriege gegen sie, die Urheber, uns revanchieren —, vielmehr zollen wir ihnen noch Dank, Ehre und Lob, so daß sie arge Toren wären, wenn sie diejenigen schonten, die ihnen für das Böse noch erkenntlich sind.

Um seiner Friedenspropaganda wirksameren Nachdruck zu verleihen, zieht Dio Chrysostomos Analogien aus der elementaren und animalischen Welt heran (or. 40, 35 f. und or. 48, 14—16): Himmel, Sterne und die Elemente überhaupt kennen keine Zwietracht, sie werden durch Gesetzmäßigkeit, gegenseitige Liebe und Eintracht zusammengehalten. Die Vögel bauen ihre Nester nahe beieinander, ohne über das Futter in Streit zu geraten; die Ameisen aus benachbarten Haufen, die sich aus derselben Tenne Körner holen, gehen sich höflich aus dem Wege, ja sie helfen einander oft bei ihrer Arbeit; mehrere Bienenschwärme sammeln auf derselben Wiese Honig und geraten trotzdem in keinen Streit untereinander; Rinder und Rosse, Schafe und Ziegen vermischen sich friedlich auf der Weide, so daß aus zwei Herden anscheinend eine wird. Nur der dumme und verdorbene Mensch ist der einzige Friedenstörer, er scheint in bezug auf Verträglichkeit und Zusammenhalten schlechter als die Tiere zu sein. Mit Bitterkeit meint er or. 38, 17 an die Nikodemier: „Wir Menschen hassen die wilden Tiere hauptsächlich deswegen, weil wir uns mit ihnen in einem nie beizulegenden Kriege befinden, aber viele verfahren gegen die Menschen genau so wie gegen wilde Tiere und haben ihre Freude an dem Kampfe gegen stammverwandte Wesen.“

Bei drei Persönlichkeiten verschiedener Rassen und Kulturen des Altertums — Jesaias, Buddha, Dio Chrysostomos — haben wir in

unseren Ausführungen eine schwärmerische Begeisterung für dauernden politischen Frieden und eine starke Opposition gegen den Krieg vorgefunden. Wiewohl jene Männer von konkreten Vorschlägen zur Sicherung des Weltfriedens, von der Idee der allgemeinen Abrüstung und des internationalen Schiedsgerichts noch weit entfernt waren, können wir ihnen dennoch unsere vollste Anerkennung und Bewunderung nicht versagen. Die Tatsache, daß die Pazifisten schon im grauen Altertum beachtenswerte Ansätze zu ihren Bestrebungen nachweisen können, muß ihnen die Friedensidee in einem viel höheren Glanze strahlen lassen und zugleich lichte Ausblicke in die Zukunft eröffnen, die trotz des allgemeinen Rüstungsfiebers und des greuelvollen Balkankrieges ihnen gehört. —

II RANDGLOSSEN II ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

An Bord des St. Paul, 15. Dez. 1912.

Dies ist der letzte Bericht meiner Amerikafahrt. Gestern haben wir uns in New York eingeschifft, und nun geht es wieder dem heimatlichen Kontinente zu, der eben von allein möglichen Kriegerschütterungen heimgesucht ist. Zwar lauteten die letzten Nachrichten etwas beruhigend; aber wie werde ich die Zustände drüben finden? Jetzt werde ich ein paar Tage zwischen Wasser und Himmel dahinschaukeln, ohne Kunde von den das Festland bewegenden politischen Ereignissen, und diese Ruhefrist will ich benutzen, um die Erlebnisse und Eindrücke zu schildern, die sich seit meinem vorigen Bericht aus Amerika dem Gedächtnisse eingepägt haben.

Ich war geblieben bei dem großen Frauenstimmrechts-Konvent in Philadelphia, an dem die Bevölkerung so lebhaften Anteil nahm, daß der Opersaal zu klein war, das Publikum zu fassen, so daß auf offener Straße vor verschiedenen Gruppen Vorträge gehalten wurden. Am 25. November abends Schlußversammlung im ausverkauften Opernhaus. Rednerinnen: Frau Catt (über Mädchenhandel — „white slavery“), Jane Adams und ich. — Am folgenden Tage gab mir der „Political Club“ ein Diner mit darauffolgendem Vortrag im großen Drexelsaal. Oskar Strauß, der ehemalige Botschafter in Konstantinopel, präsidiert und spricht über den Balkankrieg. Dieser ist auch mein Thema, denn seit dieser Krieg ausgebrochen ist, spreche ich nicht mehr in abstraktem Sinne von der Friedenssache, sondern von der aktuellen Lage. Ich trete der Auffassung entgegen, die sich eines großen Teiles des amerikanischen Publikums bemächtigt hat, daß dieser Krieg zur Befreiung der

Christen im Balkan notwendig war und durch die Verdrängung der Türken aus Europa vielleicht günstige Folgen nach sich ziehen wird. Kein Krieg ist notwendig heutzutage, behaupte ich, und keiner kann günstige Folgen bringen. Die Verquickung der Schlächtereien mit religiösen Fragen ist Anachronismus, Heuchelei und Blasphemie.

Von Philadelphia fuhren wir wieder nach Winchester bei Boston, in das herrliche Heim E. Ginns, wo der „Thanksgiving day“ gefeiert wurde. Es ist dies einer der größten Feiertage der Vereinigten Staaten — die Erinnerung an eine große rettende Ernte. Da wird überall in den Familien gefestet und ein Truthahn verzehrt. In Boston hatte ich noch drei Vorträge zu absolvieren: im Centuryclub, in Dr. Everett Hale's Kirche und in Fordhall, vor einem Arbeiterpublikum.

Nun ging es nach Buffalo. Wieder eine riesengroße, reiche Stadt, mit Prachtanlagen und -bauten und über einer halben Million Einwohner. Die Metropolen wimmeln nur so in den Vereinigten Staaten; die meisten sind jüngsten Ursprungs und wachsen, wachsen... Was wird das erst in den nächsten 50 Jahren werden? In Buffalo sprach ich in dem schönsten Frauenklub, den ich noch je gesehen — ein Palais.

Auch in Pittsburg hielt ich mich auf. Das ist die Stahl- und Eisenstadt, die rechte Krösusstadt. Hier hat Carnegie sein Vermögen erworben und hier steht auch die Carnegie-Hall, ein Volksheim in großem Stil. Ich war Gast im Hause eines andern Industriekönigs, namens Kennedy. Zur Charakteristik des amerikanischen Mädchenerziehungs-Systems möchte ich erwähnen, daß die jungen Töchter Kennedys nicht etwa auf „moderne“ Vergnügungen oder Phantasie-Handarbeiten ihre Interessen beschränkten, sondern daß sie das Gefängniswesen studierten, unter Leitung die Gefängnisse besuchten, um an der Reform des Strafwesens mitzuarbeiten. Irgend etwas zur Hebung der menschlichen Gesellschaft zu leisten: das ist in der amerikanischen Welt sozusagen Anstandspflicht bei vornehm und gering, jung und alt, Mann und Frau.

In Baltimore waren wir im Hause der Geschwister Marburg aufgenommen. Auch ein mit den reichsten Kunstschätzen gefüllter Palast. Leider war einer der Brüder Marburg, der ein hervorragender Pazifist ist, da er ja die Gesellschaft für „Judicial settlement of international disputes“ gründete und leitet, von Baltimore abwesend, weil er vor wenigen Tagen nach Brüssel abreisen mußte, um dort seinen Posten als neuernannter Gesandter der Vereinigten Staaten anzutreten. Wenn solche Diplomaten Schule machen . . .

In Washington habe ich einen schönen, bedeutenden Tag erlebt. Dr. James Brown Scott, den ich vom Haag her kenne, wo er einer der hervorragendsten amerikanischen

Delegierten an der zweiten Konferenz war, früherer Solicitor des Staatesdepartements und jetzt oberster Leiter der Carnegiestiftung, hat mir die Honneurs dieses Tages gemacht. Einen tätigeren, überzeugteren Friedensarbeiter als diesen prächtigen Menschen gibt es nicht. Was desto wertvoller ist, als er seine Karriere im andern Lager begonnen hat. Er kennt den patriotisch-martialischen Begeisterungs-„frisson“ und hat als Freiwilliger den spanisch-amerikanischen Krieg mitgemacht. Der Krieg selber mit seinen Greueln und das Studium des Völkerrechts und der Friedensbewegung hat ihn bekehrt, und seine warme Begeisterungsfähigkeit betätigt sich jetzt im Dienste der internationalen Justiz. Sehr Interessantes hat er mir von einer vor kurzem nach Rom unternommenen Reise erzählt, wo er mit dem Papst und dem Kardinal Mery del Val Fühlung nahm wegen einer gegen den Krieg gerichteten Enzyklika.

Bei einer Automobilerundfahrt durch die Stadt unter sonnigem Himmel, habe ich wieder den Eindruck gewonnen, daß Washington mit seinen weitgestreckten Plätzen, mit seinem Kapitol, seinem Obelisk, seinem Bibliotheksgebäude den Charakter der Großartigkeit, der Erhabenheit an sich trägt; — diesmal kam auch noch der neuerbaute Palast der „Pan-American Union“ hinzu, der mit seinen herrlichen Sälen, seinen Symbolen und Inschriften an sich einen Tempel des Begriffes Pax darstellt.

Abends wurde mir ein Bankett gegeben, bei dem Mr. Scott präsiidierte. Hundertfünfzig geladene Gäste, darunter viele Vertreter des diplomatischen Korps, wohnten dem prunkvollen Feste bei. Ich fühlte mich bei dergleichen immer etwas beschämt und muß mir innerlich wiederholen: die Sache, die Sache wird gefeiert!

Mein letzter Aufenthalt in den Vereinigten Staaten war — eine Woche lang — in New York, wo ich neun Vorträge gehalten habe, darunter in der Columbia-Universität, im deutschen Friedensverein (dessen Vorsitzender, Professor E. Richard mit Eifer und Geschick für unsere Sache tätig ist. Auch sein eben erschienenes Buch „Kulturgeschichte Deutschlands“ ist von pazifistischem Geist durchweht); ferner im Opernhaus von Brookline, in mehreren Mädchenschulen, im Political Club, in der New-Yorker Friedensgesellschaft und bei den mir gebotenen Banketten. Das eine, von Mrs. Elmer Black veranstaltete, vereinte 350 Damen der Gesellschaft, unter ihnen die Präsidentinnen von 26 Frauenklubs, die Gattinnen des Gouverneurs von New York-City, und des Gouverneurs von New York-States, mit offiziellen Grüßen von Stadt und Staat; von Mrs. Taft war ein Telegramm eingelangt. Auf dem zweiten Bankett — im Hotel Astor — präsiidiert von Andrew Carnegie, wurden bedeutende politische Reden gehalten. Nach N. Murrey Butler, dem Präsidenten der Columbia-

Universität, der in meisterhafter Weise über die kriegerischen Ereignisse des Tages, gesehen im Lichte der pazifistischen Doktrin, Betrachtungen anstellte, betrat Josef Choate die Tribüne. Der greise Rechtsgelehrte und Diplomat (er ist geboren 1832), der Botschafter in London war und auf der II. Haager Konferenz an der Spitze der amerikanischen Delegation stand, hat dort die Errichtung eines ständigen Schiedshofes vertreten und sich erfolgreich für die Periodizität der Haager Konferenzen eingesetzt. Hier, in seiner Bankettede polemisierte er mit allem Freimut gegen die Haltung der Regierung in der Panama-Zoll-Angelegenheit und verteidigte den klaren Sinn des Vertrages — bei dessen Abschluß er mitgearbeitet hatte — wonach Gleichberechtigung für die Schiffe aller Nationen und Rekurs an das Schiedsgericht bei etwa auftauchenden Schwierigkeiten unzweideutig stipuliert war.

Am 14. Dezember nahm ich von Amerika Abschied und segle nun dem alten Weltteil zu, voll der großartigsten und neuartigsten Eindrücke. Ich behalte mir vor, darüber soviel als mir möglich ist, meinen Landsleuten mitzuteilen, um so für mein Teilchen beizutragen, etwas von dem Unverständnis und der Verkennung zu verscheuchen, die noch in Europa der neuen Welt gegenüber vorherrscht. Was werde ich nun auf unserm Kontinent finden, Krieg oder Frieden? . . .

*

Wien, 12. Januar 1913.

Nun bin ich auf dem Schauplatz der europäischen Wirrnisse zurückgekehrt und kann das Glossieren der Tagesereignisse wieder aufnehmen. Auf die bange Frage: „Finde ich Krieg oder Frieden,“ fand ich die Antwort — kein Krieg, Gott sei Dank, aber noch lange keinen Frieden, Gott sei's geklagt! Aber die Signatur des Tages ist die höchste Potenz der Unsicherheit. Nicht nur nicht voller Geigen, sondern voller Damoklesschwerter hängt der Himmel. Und das nennen die Leute „Frieden“, den sie mittels Gleichgewichtbalancierungen, Drohungen, Bluffs und dergleichen Methoden zu erhalten sich bemühen. Die Haare, an denen jene Schwerter über den Häuptern der armen Völker baumeln, ändern mit jedem Tag ihre Namen. Heute heißen sie Adrianopel und Silistria. Wie werden sie morgen heißen? Etwas Gutes hat diese hohe Politik. Sie verschafft uns sehr genaue geographische Kenntnisse. Wer hätte vor Jahresfrist noch sagen können, ob „Durazzo“ der Name eines Briganten, eines Tenors oder eines Berges sei? Heute weiß jedes Kind in Oesterreich, daß es ein Adriaahafen ist, dessen Verbleiben in serbischen Händen nicht zu dulden sei, koste es auch einen Weltbrand.

Und doch, und doch: — das pazifistische Bedürfnis der Welt, das Durchdringen des

Völkersolidaritätsprinzips hat sich in diesen kriegerischen Tagen doch durchgerungen und der Ungeduld der verschiedenen europäischen Kriegsparteien zum Trotz, ein friedensvermittelndes Europa — wenn auch erst als Schattenriß — entstehen lassen. Dreibund und Tripleentente und Türkei und Balkanstaaten haben sich in London um einen größeren Tisch gesetzt. „Friedenskonferenz“ ist zwar ein viel zu hoch klingender Name für diese Zeiterscheinung, aber als solche ist sie symptomatisch. Das Bedürfnis, Kriege nicht fortzusetzen und nicht fortsetzen zu lassen, macht sich schon bei allen Teilen geltend; aber so lange das mit den alten Formeln und nach den alten Methoden versucht wird, kann der Friede, „den wir meinen“, nicht erlangt werden. Sie sitzen nebeneinander — das ist schon viel — aber sie arbeiten noch gegeneinander. Sie vertreten Interessen, die sie so gern vital nennen, obwohl ihre Verfechtung so letal ist — aber es sind widerstreitende winzige Interesselchen. Das große, gemeinsame Interesse — die Ruhe und das Leben sämtlicher beteiligter Nationen auf sichere Basis zu stellen — ist noch nicht aufgefaßt. Es fehlt die „Vision“ davon. Wir armen Pazifisten, die man ja so gern Visionäre nennt, wir haben sie. Mit dieser Bezeichnung glaubt man etwas Geringschätziges zu sagen, als ob die Fähigkeit, mit dem geistigen Auge die Konturen eines zukünftigen Bildes zu sehen, nicht die Grundlage jedes schöpferischen Wirkens wäre — sei der Visionär nun Künstler, Ingenieur oder Politiker. Aber nicht etwa nur wir zünftigen Pazifisten malen uns den Grundriß des kommenden organisierten kriegslosen Zeitalters aus — das Bild lebt schon in den Massen des arbeitenden Volkes, das hat der große Tag von Basel bewiesen, es schwebt einer Anzahl hochmöglicher Politiker vor, das zeigt sich in den verschiedenen offiziellen Verständigungs- und Versöhnungsaktionen in Europa; es hat sich in Universitätskreisen, in staatsmännischen Kreisen — bis zum Staatsoberhaupt hinauf — zu einer Weltanschauung und zu einem politischen Programm verdichtet; das habe ich in Amerika erfahren.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

15. Dez. Die Generalföderation der französischen Arbeiter veranstaltet als Demonstration gegen den Krieg einen 24stündigen Generalstreik

16. Dezember. Ein aufklärendes Communiqué des öst.-ung. Ministeriums des Aeussern stellt die Affäre des Konsuls Prochaska in Prizrend als harmlos dar. Beruhigung der gängigsten öffentlichen Meinung.

16. Dezember. Erste Sitzung der Friedenskonferenz in London. Sir Edward Grey Ehrenvorsitzender, eröffnet mit einer Ansprache.

17. Dezember. Im österreichischen Abgeordnetenhaus beginnen die Tschechen eine Obstruktion gegen das Kriegslistungsgesetz. Der Abg. Fresl spricht 18 Stunden.

18. Dezember. In der italienischen Kammer erklärt der Marquis di San Giuliano, dass der Dreibund für ganz Europa eine Bürgschaft des Friedens ist.

19. Dezember. Die Londoner Botschafterkonferenz empfiehlt die Autonomie Albanien. Dadurch Beseitigung der akuten austro-serbischen Kriegsgefahr.

21. Dezember. In der französischen Kammer sagt der radikale Deputierte François Deloncle: In Europa gibt es einen Mann, dessen Friedensliebe eine feste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens bildet: Das ist der Deutsche Kaiser.

29. Dezember. Der russische Kriegsminister Suchomlinow in Berlin und Dresden.

30. Dezember. Im österreichischen Herrenhaus tritt Frhr. v. Plener für eine Politik der Verständigung Oesterreich-Ungarns Serbien gegenüber ein.

4. Januar. Präsident Taft erklärt bei einer Versammlung des „International Peace Forum“, die Panama-Abgaben-Angelegenheit mit England vor ein Schiedsgericht zu bringen.

DAVS DER ZEIT

Völkerrecht.

Ein neuer Schiedsfall zwischen England und Amerika.

In einem New Yorker Briefe der „Kreuzzeitung“ (3. Januar) wird Mitteilung gemacht von einer weiteren schiedlichen Entscheidung in der Sache der Robbenfrage. Es gibt in bezug darauf, heißt es in dem Berichte, mehrere Fragen, die noch einer weiteren schiedsgerichtlichen Entscheidung bedürfen. „Es handelt sich z. B. um die Zulässigkeit des „Robbenschlages“, der neuerdings in Alaska verboten ist. Man weiß nicht recht, ob der schnelle Rückgang der Robbenherden mehr der Jagd auf dem Lande oder der auf dem Meere zuzuschreiben ist. Auch die Neufundländer Fischereifrage ist noch nicht ganz erledigt. Es soll darüber ein Tribunal entscheiden, das im nächsten Frühjahr zusammenzutreten wird. Die erste Sitzung soll in Washington stattfinden. Sir Charles Fitzpatrick, der Oberrichter von Kanada und britisches Mitglied des Schiedsgerichts im Haag für die Entscheidung über die Streitigkeiten bezüglich der Ausübung der Fischerei an der nordatlantischen Küste vom Jahre 1910, wird England vertreten, während die Vereinigten Staaten mit ihrer Vertretung Chandler Anderson, Rechtsberater des Staatsdepartements, beauftragt haben. Diese beiden Juristen haben sich über ein drittes Mitglied zu verständigen, welches als unparteiisches fungiert und weder

dem britischen noch dem amerikanischen Staatsverbände angehören darf. Man soll sich über den „dritten Mann“ schon einig sein, hält seinen Namen aber noch geheim.“

Verschiedene Mitteilungen zur Schiedsentwicklung.

Die Schiedsgerichtsklausel in internationalen Verträgen macht weitere Fortschritte. Jetzt enthält auch das spanisch-französische Marokkoabkommen ebenso wie vorher das deutsch-französische die Schiedsklausel.

Die Tavignano-Affaire zwischen Italien und Frankreich ist dem Haager Schiedshofe übergeben worden, um Ende März gleichzeitig mit dem Manouba- und Carthagekonflikte entschieden zu werden. Bekanntlich hatte man den Fall zuerst einer internationalen Untersuchungskommission überwiesen. Doch ist auf Grund des Berichtes dieser Kommission eine direkte Einigung zwischen den Parteien nicht erfolgt.

Dem letzten Berichte von Darby an die International law association ist zu entnehmen, daß man 1911 den zentralamerikanischen Gerichtshof von Cartago nach San José verlegt hat. Carnegie soll für die Errichtung eines neuen Palastes für den Gerichtshof 400 000 M. gestiftet haben. Wahrscheinlich, weil der Palast des Schiedshofes in Cartago vor drei Jahren durch Erdbeben zerstört wurde.

Staatsrat Dr. Ch. Schanzer, Deputierter, ist von der italienischen Regierung an Stelle von Guarnaschelli zum Mitglied des Haager Hofes ernannt worden.

Die „amerikanische Gesellschaft für die richterliche Beilegung internationaler Streitigkeiten“ :: :: ::

hielt am 21. Dezember v. J. in Washington ihre diesjährige Jahresversammlung ab, bei der Joseph H. Choate zum Präsidenten, der frühere Präsident der Harvard-Universität, Dr. Charles Eliot, zum Vizepräsidenten der Gesellschaft ernannt wurden. James Brown Scott übernahm die Funktion des Sekretärs.

Nach den kurzen vorliegenden Berichten handelt es sich wiederum um einen hervorragenden Kongreß, auf dem der erleuchtete Zeitgeist voll zum Ausdruck kam. Prof. Paul S. Reinsch trat in einer Rede für die Verantwortlichkeit eines Staates für die den Bürgern eines anderen Staates auf seinem Gebiet zugefügte Rechtsverletzungen ein. Mac Farland, Prof. Henry Wade Rogers u. a. sprachen über die Errichtung eines internationalen Staatengerichtshofes. Es wird sich Gelegenheit bieten, auf die bedeutsamen Verhandlungen noch zurückzukommen.

Rüstungsproblem.

Deutschlands Militärausgaben für 1913. :: :: :: :: ::

Die Ausgaben für militärische Zwecke im Deutschen Reich stellen sich für das Jahr 1913 folgendermaßen dar:

Auswärtiges Amt:	
Auslandszulagen für Militärbevollmächtigte usw.	212 220 M.
Geheime Ausgaben	1 000 000 "
Reichsamt des Innern:	
Unterstützung von Familien der zu Uebungen eingezogenen Mannschaften	3 909 000 "
Verwaltung des Reichsheeres	637 761 687 "
Reichsmilitärgericht	536 247 "
Marineverwaltung	197 051 989 "
Reichsschatzamt:	
Dispositionsfonds des Kaisers	1 500 000 "
Unterstützungen, Erziehungsbeiträge, Pensionszuschüsse	1 556 000 "
Rayonsentschädigungsraten für Beschränkung d. Grundeigentums in der Umgebung von Festungen	1 013 674 "
Lagerung von Baumaterialien zu militärischen Zwecken	50 000 "
Beihilfen an hilfsbed. Kriegsteilnehmer	31 000 000 "
Einmalige Rayonenentschädigungen usw.	3 343 825 "
Reichskolonialamt	2 918 767 "
Reichsschuldverzinsung	150 000 000 "
Allgem. Pensionsfonds	138 000 000 "
Allgem. Finanzverwaltung:	
Quoten an Bayern	102 803 282 "
Reichsamt des Innern:	
7.Ratef.d Kaiser-Wilhelm-Kanal	56 000 000 "
Reichsheer, einmalige Ausgaben Garnisonbauten, Festungen	138 545 232 "
Marineverwaltung, einm. Ausgab.	219 239 971 "
Reichskolonialamt, einm. Ausgab.	24 508 718 "
Allgem. Finanzverwaltung:	
Einmalige Ausgabe: Quote an Bayern	17 340 748 "
Vervollständigung d. Eisenbahnnetzes zu Zwecken der Landesverteidigung	2 838 270 "
Abbüderung der Vorausbeschaffungen der Heeresverwaltung	106 106 878 "
Außerordentl. Etat:	
Festungsbauten	12 700 000 "
Marineverwaltung	51 150 000 "
Summa	1 910 672 514 M.

Diesen Ausgaben für militärische Zwecke stehen folgende Einnahmen aus militaristischen Quellen gegenüber:

Verwaltung des Reichsheeres:	
Einnahmen aus den Militäreisenbahnen, Grundstückverkäufen usw.	29 826 403 M.
Reichsmilitärgericht	394 "
Marineverwaltung	1 103 822 "
Reichskolonialamt	1 568 757 "
Reichsschuld:	
Zinsen von der Reichsanleihe an Togo	248 330 "
Zinsen von der Reichsanleihe an Südwestafrika	1 413 239 "
Verzinsung der chines. Kriegsentschädigung	10 564 197 "
Verzinsung der chines. Kriegsentschädigung außerord. Etat	1 688 334 "
Erlös vom Verkauf von Festungsgrundstücken	3 176 352 "
Summa	49 589 878 M.
Ausgaben	1 910 672 514 M.
Einnahmen	49 589 878 "
Endsumme der Ausgaben	1 861 082 636 M.

Hierzu macht der „Vorwärts“ (1. Dezember 1912) folgende höchst beachtenswerte Bemerkung:

„Trotz Abzugs dieser Einnahmen in Höhe von 49,5 Millionen gelangen wir also zu dem ungeheuerlichen Endresultat, daß die militärischen und weltpolitischen Ausgaben des Etatsjahres 1913 nicht weniger als 1861 Millionen betragen, während die gesamten Einnahmen des Etatsjahres 1913 sich nur auf 1820 Millionen beziffern. Wir geben also für unseren Militarismus in seinen verschiedensten Erscheinungsformen noch 41 Millionen mehr aus, als sämtliche Nettoeinnahmen aus den Zöllen, Steuern, Gebühren und Betriebsüberschüssen des Deutschen Reiches ausmachen!“

Daß das Deutsche Reich 1913 überhaupt noch Mittel für andere als militaristische Zwecke übrig hat, dankt es erstens seiner Anleihe von 33 Millionen und zweitens dem Zuschuß von 187 Millionen, der von dem Ueber-schuß des Jahres 1911 auf das Jahr 1913 verrechnet wird. Fehlten diese 220 Millionen Zuschuß, so würde das Deutsche Reich aus seinen Einnahmen, aus den Erträgnissen des Jahres 1913 nicht einmal seine Militärausgaben decken können!“

Austriaca. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Eine lehrreiche Aufstellung zeigt, wie in wenigen Jahren Oesterreich, zwar nicht auf dem Gebiete der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialpolitischen Entwicklung, wohl aber in bezug auf Militärausgaben den Vorsprung größerer und reicherer Mächte einzuholen versucht hat. 1909, mit der Annexion Bosniens und der daraus entstandenen Gefahr des Serbenkrieges, begann es. Hunderte Millionen wurden ausgegeben, die „Lücken“ in der Rüstung zu stopfen. Da bekam

jedes Regiment zwei Maschinengewehre, Feldtelegraph, Feldtelephone, Signalapparate wurden eingeführt. Die Artillerie bekam Haubitzen. Dann kam die Flotte. 312 Millionen Kronen wurden bewilligt, vier Dreadnoughts gebaut. Darauf das Programm des Kriegsministers Schönaich: 100 Millionen einmalige, 100 Millionen Jahresausgaben bewilligt. Noch schneller stiegen die Bewilligungen für die Landwehr. Zuletzt wieder die außerordentlichen Rüstungskredite für Artillerie, Festungen, Kriegsschiffbau.

Die Krise, die die Sorge um den serbischen Hafen an der Adria hervorgerufen, läßt sich schon jetzt in Zahlen bewerten:

Nach authentischen Quellen setzen sich die bisherigen Auslagen, die Oesterreich-Ungarn aus Anlaß der politischen Krise hatte, wie folgt zusammen: Nicht der bedeutendste Posten sind die Kosten der Erhaltung des um 130 000 Mann erhöhten Friedensstandes, das sind 7,2 Millionen Kronen monatlich. Dazu kommen dann Ausgaben vorübergehenden Wertes, wie für Arbeitslöhne, Beschaffung von Tragtieren und Pferden (die nach der Krise wieder verkauft werden müssen), und vor allem die hohen Kosten der Transporte der Mannschaft. All dies zusammen kommt einer Ausgabe von etwa 100 Millionen Kronen bis Ende Dezember 1912 gleich. Außerdem sind aber auch Ausgaben für Investitionen erforderlich geworden, wie Beschaffung von Winterkleidung, von Maschinengewehren, Aeroplanen, Feldküchen, technischen Mitteln usw. im Umfang von etwa 150 Millionen Kronen. Der Kriegsminister erhielt weiter im voraus zur beschleunigten Durchführung der Reorganisation der Artillerie, die für 1914 und 1915 fällig gewesen waren, Raten des 125-Millionen-Kredits in der Höhe von 84 Millionen Kronen und wurde außerdem ermächtigt, weitere 125 Millionen, die ihm erst nach dem Jahre 1915 zugeordnet waren, nach Bedarf flüssig zu machen.

Schon hat aber der Marinekommandant mit seinem Rücktritt gedroht, wenn die 20 Jahre alten Schiffe der Monarchenklasse nicht durch Dreadnoughts ersetzt werden sollen, was wieder einige hundert Millionen ausmachen wird.

Zu den Geldbewilligungen die Steigerung der persönlichen Leistungen. Das neue Wehrgesetz erhöhte den Rekrutenstand um die Hälfte. Zehntausende werden statt zu acht Wochen Ersatzreserveausbildung auf zwei bis drei Jahre eingestellt. Die Zahl der Waffenübungen und ihre Dauer wurde vermehrt. Und eben erledigte der Reichsrat das Kriegsdienstleistungsgesetz, das schon zu Beginn einer Mobilmachung die Militärbehörde zum Herrn über Besitz und Person der Untertanen macht, Koalitionsrecht, Freizügigkeit, Vereins-

recht, alle modernen Rechte zugunsten des Militarismus kassiert. Dafür hat der Staat kein Geld für Schulen und Spitäler. Die Sozialversicherung ist noch immer nicht fertig. Staatsarbeiter, Staatsbeamte schlecht bezahlt.

Vor kurzem erschien der Jahresbericht des Wiener Wärmestubenvereins. Vom 15. November 1911 bis 5. März 1912 suchten 1 218 000 Personen, darunter 209 500 Frauen und 597 000 Kinder, die Wärmestuben auf. 98 857 waren obdachlos; 810 auf den Tag. Auf den Tag kamen fast 5000 Kinder, die stundenlang vor den Stuben warteten, um dann eine Suppe mit Brot als Mittagessen zu erhalten. 715 Kinder, allnächtlich im Durchschnitt 6, mußten, ohne ein Nachtquartier, in den Wärmestuben übernachten: in einer Ecke auf nassen Lumpen, die die Eltern hingebreitet hatten, angekleidet und in Schuhen, während diese, mit andern auf den Bänken sitzend, die Nacht verbringen. Für jedes Nachtquartier mit Frühstück zahlt die Gemeinde dem Verein — 20 Heller! Für das tägliche Essen von 5000 Kindern und über 4300 Erwachsenen aber zahlt die Stadt Wien gar 6000 Kronen zu: einen halben Heller für jede Portion! — Wäre es bei solch jammervollen Zuständen, so schreibt die „Leipziger Volksztg.“, der wir teilweise diese Daten entnehmen, eine vermessene Lästung der göttlichen Ordnung und der Großmachtspflichten Oesterreichs, wollte man fordern, daß etwa die Kosten eines einzigen Bataillons oder einer Dreadnoughtbatterie gespart und zur Beseitigung des Jammers dieser Unglücklichen verwandt würden?

Verschiedenes.

v. Kiderlen-Wächter † :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In politisch bewegter Zeit ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes durch den Tod von seiner Arbeit abberufen worden. Vor vier Jahren wurde Herr von Kiderlen-Wächter, der als der Mann der starken Tonart galt, nach der Wilhelmstraße berufen. Viel Hoffnungen setzten die Pazifisten nicht auf ihn. Aber er hat sie angenehm enttäuscht. Die Macht der Tatsachen, der Friedenswille Europas scheint auch hier den erzieherischen Einfluß auf die Persönlichkeit nicht verfehlt zu haben. Kiderlen war zwar der Mann von Agadir, er war aber auch der Mann vom 4. November 1911, an welchem Tage der schwere Marokko-Konflikt kriegslos erledigt wurde. Das Gespräch, das er im Sommer 1912 mit einem französischen Journalisten hatte, berührte uns ganz eigentümlich. Er soll von der Notwendigkeit einer Organisation Europas gesprochen haben, von dem Widerwillen, den die Kriege hervorrufen. Der „Mann von Agadir“ bewegte sich in pazifistischen Gedankengängen.

Eine Pazifistenrede im Oesterreichischen Reichsrat.

In der 129. Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses am 19. Dezember 1912 hielt der liberale Abgeordnete Dr. Ofner eine Rede gegen das Gesetz über die Kriegsleistungen, das zur Debatte stand. Dabei sagte er nach dem stenographischen Protokoll nachstehende, in der gesamten Tagespresse todgeschwiegenen Worte:

„Bevor ich auf die weiteren Punkte übergehe, erlaube ich mir, eine allgemeine Bemerkung einzulegen. Ich bin ein überzeugter, ein leidenschaftlicher Vertreter des Friedensgedankens, ein leidenschaftlicher Vertreter des Grundsatzes, daß Streitigkeiten von Staaten ähnlich wie die von den Staatsbürgern, wenn nicht durch Uebereinkommen, so vor einem Schiedsgerichte auszutragen sind. Diese meine Haltung hat mit Aengstlichkeit und Todesfurcht nichts zu tun. Ich bin ein alter Mann und habe den Tod jeden Tag und jede Stunde zu erwarten; ich schaue ihm gelassen, ruhig ins Auge. Allein, ich bekenne, ich schaue dem Tode ruhig für mich entgegen und fürchte ihn auch nicht für alte Menschen, so wie ich es bin. Aber ich bin allerdings immer bestürzt, wenn der Tod ein junges, frisches Leben fordert, und mich erfaßt ein unsägliches Grauen, wenn ich an die Menschenschlächtereidenke, die ein jeder moderne Krieg im Gefolge hat, an eine Menschenschlächtereide, welche Hunderttausende solch junger, frischer, hoffnungsvoller Menschenblüten knickt und eine viel größere Menge anderer Menschen um ihr Lebensglück betrügt, nicht gerechnet die Milliarden an Volksvermögen, welche ein solcher Krieg verschlingt. Allein wir Freunde des Friedens sind darum nicht weniger um die Kraft und um das Ansehen unseres Staates besorgt als andere. Wir finden nur die Kraft und das Ansehen des Staates anderswo: wir finden sie in der Kultur, in dem Charakter, in der Arbeitskraft des Volkes, und wir glauben, daß das Ansehen des Staates durch diese Faktoren viel mehr gesichert ist, als durch einen siegreichen Krieg. Ich gebrauche auch absichtlich das Wort „Ansehen“ und nicht das Wort „Ehre“, denn Ehre ist ein Schlagwort, und Schlagwörter sind immer gefährlich; Schlagwörter sind empfindlich und aufreizend, und namentlich das Schlagwort „Ehre“ hat schon ganze Hekatomben von Menschenopfern gefordert. Ansehen ist mehr als Ehre, aber es ist nüchterner, konkreter, es hat größeren Wirklichkeitsgehalt, und wir wissen wohl, daß man das Ansehen behalten kann, wenn man auch auf gewisse eingebilddete Ehrenpunkte verzichtet.“

Kaiser Friedrich gegen den Krieg. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Aus dem Nachlaß des Schweizer Pfarrers Frédéric Godet, der jetzt durch die von dessen Sohn Philipp Godet veröffentlichte

Biographie (Neuchatel 1913) bekannt wird, werden bisher unbekannt Briefe Kaiser Friedrichs bekannt, die dieser an den ehemals in preußischen Diensten stehenden Pfarrer gerichtet hatte. In einem aus dem Hauptquartier in Versailles geschriebenen Briefe äußerte sich der damalige Kronprinz über den Krieg. Da heißt es:

„Ich beuge mich vor diesem Gott, der uns bis hierher geführt und beschützt hat und der über der Wohlfahrt unseres endlich geeinigten Deutschlands wachen wird, und der schon so viele edle Patrioten in diesen blutigen Gemetzel geopfert hat. Möge er uns endlich den Frieden gewähren, auf den alle Welt hofft! ... Ich versichere Sie, daß ich ein wahres Grausen vor dem Krieg empfinde und daß meine heißen Gebete sich an Gott wenden, damit das der letzte sei, dem ich beizuwohnen gezwungen sei. Sind wir wirklich im 19. Jahrhundert, wo Kultur und Moral ihren Gipfel erreichen? Und die Heiden, die wir möchten teilnehmen sehen an den Segnungen unserer Aera, was müssen sie von zwei Völkern denken, die sich morden und dabei erklären, daß ihre Sache allein den Titel heilig und gerecht verdient? Man muß eigentlich die Augen vor den Barbaren senken, die nicht mehr und nicht weniger machen, als wir. Aber was tun? Ist man einmal provoziert, so muß man sich wohl verteidigen, bis man die Garantie eines sichern Friedens hat. ... Was mich betrifft, so ist mein Verlangen, unser großes deutsches Vaterland die Segnungen eines sichern und fruchtbaren Friedens genießen zu lassen. Ich habe nie daran gedacht, mir einen Namen durch Blutvergießen und Leichenhaufen zu machen, und wenn auch die von meinen tapfern Truppen erfochtenen Siege in der Geschichte einen Platz haben werden, so werde ich doch nie den drückenden Gedanken (cauchemar) los werden, daß ich so viele Leben in der Jugendblüte habe opfern müssen. Gott schenke mir eines Tages die Möglichkeit und die Fähigkeit, den Frieden wieder herzustellen ...“

Ein andermal schreibt er: „Glauben Sie mir, mitten im Auf und Ab des Krieges kann einen Menschen, der wie ich den Krieg verabscheut und doch pflichtgemäß daran teilnehmen muß, nichts mehr stärken, als ein Zeichen der Freundschaft und Liebe zu empfangen ...“

Die Gießener Burschenschaft. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Zu einer Vortragsangelegenheit der Gießener Freien Studentenschaft hat die Gießener Burschenschaft Stellung genommen. Die auf diese Angelegenheit bezugnehmende Erklärung, die der Vertreter der drei Gießener Burschenschaften Alemania, Frankonia und Germania

im allgemeinen Studentenausschuß abgegeben hat, lautet:

„Am 4. Dezember 1912 fand im Hotel Schütz ein von dem Präsidium der Gießener Freien Studentenschaft veranstalteter Lichtbildervortrag des Vertreters der internationalen Friedensgesellschaft E. Feldhaus-Basel statt über: Der Krieg, wie er ist. (Unter Berücksichtigung der neuesten großen Kriege, auch des türkisch-italienischen und des Balkankrieges.)

In dieser Angelegenheit haben die drei Gießener Burschenschaften im Studentenausschuß, als der Vertretung der gesamten Gießener Studentenschaft, folgendes zu erklären: Wenn es auch der Freien Studentenschaft überlassen bleiben muß, was sie in ihren vielen Abteilungen treiben will, so muß andererseits die Gießener Burschenschaft in der Ankündigung und Abhaltung dieses Vortrages im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem unser Vaterland jederzeit in einen Weltkrieg verwickelt werden kann, und vielleicht um sein Sein oder Nichtsein gekämpft werden muß, ein trauriges Zeichen mangelnden nationalen Verständnisses sehen. Sie glaubt im Namen aller national gesinnten Studenten der Gießener Universität zu handeln, wenn sie hierüber ihr tiefstes Bedauern ausdrückt.“

Die in dieser Erklärung geäußerte Ansicht über die Friedensbewegung beruht auf einem bedauerlichen Irrtum. Die Friedensidee ist nicht antinational. Sie bekämpft nicht den Krieg an sich, sondern jene Ursachen, die „unser Vaterland jederzeit in einen Weltkrieg verwickeln“ können. Sie will die internationale Unsicherheit beseitigen, jenen unerträglichen Zustand, der es mit sich bringt, daß die Nationen ihres Besitzes nicht froh werden können und jederzeit bereit sein müssen, um für ihr „Sein oder Nichtsein“ zu kämpfen. Sie will, daß dieses Sein einer jeden garantiert wird. Danach entwickelt die Friedensbewegung, deren Bedeutung für die Nation heute von den bedeutendsten Gelehrten anerkannt wird (es sei nur z. B. an Geheimrat Lamprecht erinnert, der in diesen Blättern, Jahrg. 1910 S. 41 und Folge*) in einem „Die Nation und die Friedensbewegung“ betitelten Artikel die Bedeutung der Friedensbewegung vom nationalen Standpunkt dargelegt hat), ein hohes Maß nationalen Empfindens.

Dessen sind sich auch weite Kreise der deutschen Burschenschaft schon klar geworden. Hervorragende Burschenschaftler, wie Prof. Rich. Eickhoff, Geh.-Rat Sturm, Dr. Hans Wehberg gehören zu den Vorkämpfern der Friedensidee, Burschenschaftliche Zeitungen haben noch vor kurzem Artikel zugunsten der Friedensbewegung veröffentlicht, und in der „Burschenschaftliche Bücherei“ ist eine Broschüre über die „Internationale Schiedsgerichtsbarkeit“ erschienen.

*) Abzüge dieses Artikels stehen Interessenten kostenlos zur Verfügung.

Es ist daher dieser Protest unbegreiflich. Ihn rückgängig zu machen, wäre eine schöne Handlung und sicherlich eine vom nationalen Standpunkt erfreuliche.

Deutsche Intelligenzträger gegen den Krieg. :: ::

Bei der Zuerteilung des Nobelpreises für Dichtkunst hat Gerhart Hauptmann am 10. Dezember 1912 in Stockholm eine Rede gehalten, in der er die pazifistische Bedeutung aller Nobelpreise hervorhob. Er sagte u. a.: „Und nun trinke ich darauf, daß das der Stiftung zugrunde liegende Ideal seiner Verwirklichung immer näher geführt werde: ich meine das Ideal des Weltfriedens, das ja die letzten Ideale der Wissenschaft und der Kunst in sich schließt. Die dem Kriege dienende Kunst und Wissenschaft ist nicht die letzte und echte, die letzte und echte ist die, die der Friede gebiert und die den Frieden gebiert. Und ich trinke auf den großen, letzten und rein ideellen Nobelpreis, den die Menschheit sich dann zusprechen wird; wenn die rohe Gewalt unter den Völkern eine ebenso verfehlmte Sache geworden sein wird, als es die rohe Gewalt unter den menschlichen Individuen der zivilisierten Gesellschaft bereits geworden ist.“

Kurz vorher hatte der Dichter im „Zeitgeist“ vom 11. November einen „Duldsamkeit“ betitelten Artikel veröffentlicht, aus dem wir nachstehende Stelle hier festhalten wollen:

„Wahre Religion hat nichts mit Unterjochung und mit Götzen zu tun, sie ist synonym mit dem Worte Frieden.“

Nicht die Könige, sondern die Pfaffen, die Schöpfer der Götzen, haben die Welt unterjocht. Um der Götzen der Pfaffen willen ist das meiste Blut geflossen. Wo aber Blut um religiöse Dinge fließt, so fließt es immer nur um der Götzen willen.

Götzendienst ist die ärgste und furchtbarste Greuel. In der Reihe der Unterjochungen ist diese besonders grausig, die der schlechte Künstler durch sein schlechtes, angebetetes Werk erfährt. Er besitzt sein Werk und wird noch mehr durch sein Werk besessen. Also wird der Pfaff ein Besessener.

Unter diesen Besessenen lebt, statt des ewigen Friedens, der ewige Krieg.

Wer von diesem ewigen Kriege erzählen will, der versinkt in Blut. Man spricht davon, daß im rohen Heidentum nicht selten Menschen den Götzen geopfert wurden. Zweifelloso war es der Fall. Die Menschenopfer der alten Ägypter, Babylonier, Juden, der alten Karthager, Inder und Germanen sind bekannt. Man glaubt, in diese Epochen wie in Zeiten überwundener Barbarei zurückblicken zu können. Aber diese Opfer sind sehr gering, im Vergleich zu denen, die man indirekt den Götzen darbrachte. Was sind nicht in grausamsten Götzenkriegen bis noch zuletzt im Dreißigjährigen

Krieg für unzählbare Menschenmassen geopfert worden. Wir haben einstweilen nicht den geringsten Grund, mit hochmütiger Genugtuung auf die Zeiten vor Christi Geburt herabzublicken.“

Als „Neujahrswunsch für 1913“ schreibt Herbert Eulenberg:

„Kein größerer Fluch könnte uns Menschen treffen, als wenn wir in unserem schönen zwanzigsten Jahrhundert um irgendwelcher veralteter nationaler Vorurteile willen in einen allgemeinen europäischen Krieg gerieten. Endlich sind wir Menschheit zur Vernunft gekommen und haben eingesehen, daß ein jeder Krieg für die Völker, die ihn führen, nur Schaden mit sich bringt. Und nun sollen wir den Weg zur Gesundung des großen Menschenkörpers, den wir seit wenigen Jahrzehnten zu unserer aller Heil beschritten haben, verlassen und uns einem barbarischen Krieg als der schädlichsten Völkerkrankheit sinnlos ausliefern! Ich würde mich dagegen wehren bis aufs äußerste. Niemals würde ich in meinem ganzen Leben gegen Franzosen und Russen zusammen nur halb so viel Zorn und Wut aufbringen können, wie ich gegen einen jeden Friedensgegner empfinde.“

Der derzeitige Rektor der Wiener Universität, der weltbekannte Gelehrte, Hofrat Prof. Dr. Anton Weichselbaum, schreibt in einer Enquête der „Zeit“ (25. Dez.):

„Ich hatte weder zu Beginn noch während des Verlaufes des Balkankrieges Sympathien für den einen oder den anderen der kriegführenden Staaten, da ich grundsätzlich ein Gegner der Austragung von Völkerkonflikten durch Waffengewalt bin; letztere Ansicht ist durch die Erfahrungen während des Balkankrieges nur noch mehr befestigt worden, weshalb ich auch die Frage, welche der kriegführenden Nationen auf mich den besten, beziehungsweise den schlechtesten Eindruck gemacht hat, nicht zu beantworten brauche.“

Dieselbe Enquête („Zeit“, 1. Jan. 1913) beantwortet Prof. Max Dessoir in Berlin in folgender Weise:

„Meine Neigung gehört weder der Türkei noch den Staaten des Balkanbundes. Mein Urteil über den Krieg als die wirtschaftlich schädlichste und menschlich beklagenswerteste Form des Völkerkampfes hat sich nicht geändert.“

„Warum baut man im Haag einen Friedenspalast?“

Diese Frage, von deren Beantwortung man sich ein recht lustiges Ergebnis zu versprechen schien, hat der „Berliner Lokal-Anzeiger“ einer Anzahl Persönlichkeiten in der Welt vorgelegt, und deren Erwidrerungen als Weihnachtsgabe seinen Lesern präsentiert. Diese Anfrage wurde nicht den geistigen Urhebern des Haager

Schiedshofes, etwa den Mitgliedern des berühmten „Comité d'Examen“ der I. Haager Konferenz, dem Professor Zorn, Leon Bourgeois, Staatsminister Asser, Staatsminister Descamps, Andrew D. White, Baron d'Estournelles de Constant und anderen an dem Haager Werk beteiligten Männern vorgelegt, die ja die beste Auskunft hätten bieten können, sondern einer Reihe der Sache ziemlich fernstehender Männer. Die ganze Fragestellung läßt darauf schließen, daß man es auf eine richtige „Verulkung“ abgesehen hatte, nicht minder auch die Auswahl der Personen, die man zu Begutachtern einer völkerrechtlichen Einrichtung machen wollte. Unter den Beantwortern befinden sich die Humoristen Oskar Blumenthal, Johannes Trojan, Julius Bauer, Jerome K. Jerome, „der berühmte französische Karrikaturist“ Charles Léandre, „der geistreiche Chefredakteur des römischen Witzblattes ‚Travaso‘“, Carlo Montanti, „der bekannte römische Satiiriker“ Dr. Gustav Nesti, „der lustige Mailänder Aesthet“ Luigi Bottazzi, dann „der bekannte holländische Gynäkologe, dessen schlagfertiger Witz seinen deutschen Kollegen von manchen Kongressen bekannt sein dürfte“, Dr. Treub usw.

Man merkt die Absicht und man wird verstimmt, auch wenn man dann unter der Masse der antwortenden Sachverständigen, der Generale, Maler, Chirurgen, Bakteriologen, Vertreter einer Telegraphenagentur (!) usw. auch eine Handvoll Pazifisten findet, wie Bajer, Gobat, Avebury (von deutschen Pazifisten nur Dr. Ed. Loewenthal). Sieht man doch, daß es sich darum handelte, die Verunglimpfung eines der größten Kulturwerke der Geschichte den 500 000 Lesern des „Lokalanzeigers“ als Festbraten vorzusetzen. Ein solches Gebaren ist traurig!



Ein Fasttag für den Frieden. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Eine recht interessante Friedenskundgebung haben die Chassidim (eine jüdische Sekte) von Lemberg gewählt. Als in den Zeitungen die Nachricht erschienen war, daß die Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten am Freitag, den 13. in London eröffnet werden sollen, haben die Rabbiner sämtlicher chassidischer Bethäuser von Lemberg am Donnerstag beim Morgengottesdienst den Freitag als Fasttag proklamiert. Tatsächlich haben zahlreiche Juden in Lemberg an jenem Freitag gefastet und in den Bethäusern Spezialgebete um das Zustandekommen des Friedens, von welchem auch die Ruhe in Europa abhängt, verrichtet. Dieser Friedensfasttag der galizischen Judensekte ist ein schönes Gegenstück zu der Einrichtung des „Friedenssonntag“ in den anglikanischen Kirchen.



Die „Vermehrung der internationalen Reibungsflächen“.

Ein neues Schlagwort ist wieder einmal aufgetaucht, das eine große Verwirrung anzurichten geeignet ist. Die Vermehrung der internationalen Beziehungen zwischen den Völkern der Erde, der regere Handelsaustausch, der ständig wachsende Weltverkehr, kurzum die zunehmende Internationalisierung der Welt, so argumentiert man neuerdings, habe keineswegs die Wirkung gehabt, daß die Völker einander innerlich nähergebracht worden sind, sondern ganz im Gegenteil: es hat nur eine „Vermehrung der internationalen Reibungsflächen“ stattgefunden, d. h. die Zahl der Gegenstände, um die die Nationen streiten können, ist durch die moderne weltwirtschaftliche Entwicklung nur vergrößert worden! Zum Belege solcher Behauptungen führt man mit Vorliebe die „deutsch-englische Spannung“ an, die überhaupt erst durch den „Kampf der beiden Nationen um die Vormachtstellung auf dem Weltmarkte“ und die Mannigfaltigkeit ihrer divergierenden Interessen in wirtschaftlicher Beziehung entstanden sei. Die Zunahme gegenseitiger Handels- und Verkehrsbeziehungen erhöhe daher nur die Kriegsgefahr zwischen den Nationen, statt sie zu verringern.

Friedrich Naumann hat diesem Gedanken auf dem Mannheimer Parteitage der Fortschrittlichen Volkspartei Ausdruck gegeben, zahlreiche Zeitungen haben ihn wiedergegeben und neuerdings ist er auch in einer nationalökonomischen Vorlesung einer süddeutschen Universität ausgesprochen worden.

Wenn dieser Gedankengang richtig wäre, hätte er vielleicht nicht solche Verbreitung gefunden. Denn gerade in Fragen, die den Pazifismus berühren, beliebt man häufig, sich in etwas unklaren Gedankengängen zu bewegen, gerade, als ob es darauf ankäme, nur ja keine Entwicklungstendenzen in der Richtung zum Frieden oder zum Internationalismus aufkommen zu lassen.

Es wäre schon ein wenig bitter für die Pazifisten, wenn durch ihr ganzes Eintreten für internationale Organisation, für den Internationalismus auf allen Gebieten des Lebens nichts anderes erreicht würde, als jene verhängnisvolle (oder erwünschte?) „Vermehrung der internationalen Reibungsflächen“, die nur den Frieden gefährdet statt ihn zu fördern. Die so sprechen, glauben offenbar, daß die Entwicklung auf halbem Wege stehen bleibe. Sie übersehen, daß in der ganzen Geschichte der Menschheits- und Kulturentwicklung gerade die „Vermehrung der Reibungsflächen“ unter den Menschen es war, die sie die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erst recht erkennen ließ, die sie zum Zusammenschluß überhaupt erst veranlaßt hat. Beseitigung von Reibungsflächen ist von jeher, vielleicht sogar der einzige und hauptsächliche Antrieb zur Organisation gewesen; alle Kultur läßt sich darauf zurückführen! Auf jeden Fall scheint mir wenigstens das neue Schlagwort

von der Vermehrung der internationalen Reibungsflächen ein verhängnisvoller Trugschluß zu sein, dem nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann.
Dr. J. Mez.

Die Vertreibung der Türken aus Europa. :: :: :: ::

H. W. Vor allem P o d e b r a d hat zuerst in klarer Weise die Vertreibung der Türken aus Europa gefordert. Der von ihm befürwortete christliche Fürstenbund hatte u. a. die Verdrängung des Islams aus Europa zum Zweck. Nach Sch ü c k i n g war ja überhaupt das Vordringen der Türken vor allem durch den Zerfall der Christenheit veranlaßt worden. Deshalb wollte man deren Einheit dadurch wiederherstellen, daß man ihr ein großes Ziel, nämlich den Kampf gegen die Türken, gab. „Einst,“ so heißt es in P o d e b r a d s Buche, „war die Christenheit blühend, mächtig und über weite Länder verbreitet. Nicht weniger als 117 große Königreiche gehörten ihr an, ja selbst das Grab des Erlösers lag in ihrem Gebiete. Niemand würde gewagt haben, ihr offen die Stirne zu bieten. Längst aber hat sich das geändert. Sind doch von jenen 117 Reichen kaum 16 übriggeblieben, seit Mohammed sein Volk zum Unglauben verführte. Haben ja doch in allerletzter Zeit die Türken Griechenland erobert, Konstantinopel erstürmt.“ Mit Recht betont Sch ü c k i n g (Die Organisation der Welt, S. 34), wieviel Wahres an diesen Worten sei und auch heute noch die türkische Unkultur ihren Bestand in Europa lediglich der Uneinigkeit der Mächte verdanke.

Da somit der Gedanke der Vertreibung der Türken aus Europa, auch in Anbetracht der überragenden Bedeutung des Christentums, sehr nahe lag, so ist es verständlich, daß er sich noch bei anderen Schriftstellern findet, bei C a m p a n e l l a d e l a N o u e und insbesondere Sully, dessen christliche Republik vor allem die Vertreibung der Türken aus Europa bewirken sollte. Nach dem Projekte des A b b é d e S a i n t P i e r r e sollte dagegen der neue Bund nicht gegen die Türken vorgehen, sondern mit ihnen ein Bündnis zu schließen suchen.

Am allereingehendsten hat von den früheren Schriftstellern jenen Plan der Kardinal Alberoni behandelt und schon der Titel seines Buches kündigt besonders deutlich das Ziel, auf das er hinaus will: „Vorschlag, das türkische Reich unter der christlichen Potentaten Botmäßigkeit zu bringen.“ (1736.) Es ist interessant, daß Alberoni kürzlich gerade einen bekannten und hervorragenden Diplomaten eines der Staaten des Balkanbundes zum Geschichtsschreiber gefunden hat. In seiner bereits auf S. 344 und 355 dieser Zeitschrift (1912) warm empfohlenen Schrift „Le Cardinal Alberoni Pacifiste“ gibt uns V e s n i t c h, der ausgezeichnete serbische Gesandte in Paris, einen sehr guten Ueberblick über Alberonis Plan einer Eroberung und Aufteilung der Türkei. Alberoni hatte genau bestimmt, wie die

Armee zusammengesetzt sein und welches Land jeder bekommen sollte. Der deutsche Kaiser sollte ganz Bosnien, Serbien, Mazedonien und die Walachei erhalten, Frankreich Tunis, Spanien Algier, Portugal Tripolis, England Smyrna und Kreta, Preußen die Inseln Negroponte, Sardinien, Cypern usw. Schließlich sollte der Herzog von Holstein-Gottorp Kaiser von Konstantinopel werden und die noch übrig bleibenden asiatischen Besitzungen der Türkei beherrschen.

Neben diesen Plänen einer Vertreibung der Türken aus Europa geht eine andere Ideenreihe, die lediglich darnach strebt, den Türken das Heilige Land zu entreißen. Dubois hat diesen Plan zuerst in großen Zügen entworfen. Er ist auch bis heute in christlich gesinnten Kreisen nicht eingeschlafen. Trotzdem muß es wundernehmen, daß im Jahre 1911 der holländische Völkerrechtsjurist Jonkheer van Daehne van Varick in seiner Schrift „La révolution et la question d'orient“ diese Idee wieder aufgenommen hat. Die in glänzendem Stile geschriebene Schrift sagt, die europäischen christlichen Mächte müssen wieder ein großes Ziel haben, und dieses besteht in der Wiedereroberung des Heiligen Landes. Unter Bezugnahme auf die Kreuzzüge predigt er einen Kreuzzug gegen die Türken. Man mag über dieses Buch (besprochen auf S. 268 der Friedenswarte, 1911) denken, wie man will. Es wird nicht zu leugnen sein, daß der Verfasser die nahende Revolution auf dem Balkan richtig vorausgesehen hat.

Auch das ist eigenartig, daß van Daehne in seinem Buche auf die syrische Frage hinweist und daß dieses Problem ebenfalls nach Erscheinen seiner Schrift aktuell geworden ist. Namentlich Breysig hat im „Tag“ ganz offen gefordert, Deutschland solle sich Syriens bemächtigen. Ebenso will van Daehne in seinem Buche, daß ein hohenzollernscher Prinz über Syrien herrsche.

So liegt diesen eigenartigen Gedankengängen, wie wenig sie auch zum Teil mit der pazifistischen Weltanschauung übereinstimmen, doch mancher interessante Gedanke zugrunde.

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unser Mitarbeiter Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf hat einen schweren Verlust erlitten. Am 16. Dezember starb sein Vater, Dr. med. Heinrich Wehberg, im 58. Lebensjahr. Was Wehberg damit verloren hat, geht am besten aus einer Stelle eines Briefes hervor, den er an den Herausgeber richtete. Sie lautet: „Ich verdanke meinem Vater außerordentlich viel. Er war eine Persönlichkeit von seltener Größe der Gesinnung. Seine Erziehung war immerfort darauf gerichtet, daß man für das Wohl der Menschheit wirken müsse. Männer, die nur dem Gelderwerbe und ihrem Wohlsein lebten, nannte er Nullen. In der Geschichte der deutschen Bodenreformbewegung hat mein

Vater eine Rolle gespielt und ist in seinen Schriften auch wiederholt für die Friedensbewegung eingetreten.“ Das Beileid all der vielen, die Hans Wehberg in diesen Blättern schätzen gelernt haben, ist ihm gewiß. — Die schwedische Schriftstellerin Lotte von Kramer, die vor kurzem starb, testierte eine Million Kronen, die teilweise der Förderung der Friedensbewegung zugute kommen soll. — Die Feier zum 80. Geburtstag Geh. Rat Prof. Wilh. Försters fand am 30. Dezember in den Räumen des Bürgersaales des Berliner Rathauses statt, wo der Gefeierte selbst einen Vortrag über „Die Erinnerungswelt der Menschheit“ hielt. Darauf folgte die Feier, die durch einen von Ludwig Fulda gedichteten Prolog eingeleitet wurde. — Professor Richett feierte anfangs Januar im intimen Kreise sein 25 jähriges Jubiläum als Inhaber des Lehrstuhles für Psychologie an der Pariser medizinischen Fakultät. — In der Dezembernummer des „Advocat of Peace“ wird die vernünftige Forderung aufgestellt, daß das erste Schiff, das bei der Eröffnung durch den Panamakanal fahren soll, kein Kriegsschiff, sondern ein Handelsschiff sein soll. — Der bisherige Sekretär der „American Society for Judicial Settlement of International Disputes“, Mr. Theodore Marburg aus Baltimore wurde als Gesandter der Vereinigten Staaten nach Brüssel versetzt. — Die deutsche Abteilung der von Sir Ernest Cassel in London ins Leben gerufenen König Eduard VII. British-Deutsche-Stiftung hat in Hamburg eine Bibliothek für englische Kultur gegründet, die dem dortigen Seminar für englische Sprache und Kultur angegliedert werden soll.

AVS DER BEWEGUNG

Felix Moscheles' 80. Geburtstag. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 8. Februar 1833 wurde zu London Felix Moscheles geboren. Es bietet sich die Gelegenheit, einen der unentwegtesten und ausgezeichneten Werber für die Sache des Pazifismus in würdiger Weise zu ehren.

Wer die Weltfriedenskongresse der letzten zwanzig Jahre besucht hat, wird den kleinen Mann mit dem lächelnden Blick, das von einem weißen Bart zart umrahmte Antlitz in Erinnerung haben, der, immer ein Witzwort auf den Lippen, stets auf dem Posten stand, wenn es galt, mit Nachdruck für etwas einzutreten. Wer gar das Glück hatte, Moscheles näher zu kennen, mit ihm zu plaudern, aus dem Schatz seiner Erfahrungen und Menschenkenntnis ihn erzählen zu hören, oder mit ihm durch sein malerisches Künstlerheim in Chelsea zu wan-

dern, der wird für sein ganzes Leben die Erinnerung an diesen prachtvollen Edelmenschen als kostbares Wertstück in sich tragen.

Daß Felix Moscheles, der einst die Suttner in die Friedensbewegung einführte, wie man in ihrer launigen Schilderung in ihren Memoiren nachlesen kann, schon 80 Jahre alt wird, wird viele wundern, die sich erinnern, wie frisch und tapfer er mitarbeitete, wie jugendstark er im „Concord“ die Feder führt. Aber es ist Tatsache, daß er nunmehr in die Reihen unserer Patriarchen tritt. Möge er — nun der Doyen der Bewegung in Europa — diese ehrwürdige Rolle noch lange Jahre innehaben. Wir brauchen ihn.

Was Moscheles gearbeitet hat, wie er sich entwickelte, wie er mit der Feder, mit dem Pinsel und mit dem „verda stelo“ im Knopfloch für uns wirkte, lese man im „Handbuch der Friedensbewegung“, II. Teil, Seite 381, nach. Die Eingeweihten der Bewegung werden dies aber nicht nötig haben. Sie senden nach dem „Grelix-Heim“ in London ihren innigsten Dank, ihren herzlichsten Glückwunsch. Vivu!

Richard Feldhaus 600. Friedensvortrag. :: :: ::

Richard Feldhaus ist eine der markantesten Erscheinungen in der deutschen Friedensbewegung. Seit 20 Jahren, seitdem er den Roman „Die Waffen nieder“ der Baronin Suttner gelesen, tritt er standhaft für die Friedensbewegung ein. Ein zweiter Peter von Amiens, reiste er von Stadt zu Stadt — oft weit über die Grenzen Deutschlands hinaus —, um den Kreuzzug gegen den Krieg zu predigen. So hat er vor Tausenden und Tausenden seiner Hörer die Friedensidee gepredigt, das Denken angeregt und den pazifistischen Gedanken zur Ausbreitung gebracht. Er wurde geradezu der Quellfinder für die Deutsche Friedensgesellschaft, der er einen großen Teil ihrer Mitglieder zugeführt hat. Die Centrale der Deutschen Friedensgesellschaft ließ es sich daher auch nicht nehmen, den 600. Vortrag, den Feldhaus demnächst halten wird, unter ihr Protektorat zu stellen und ihn mit einer kleinen Festfeier zu verbinden. Dieser Vortrag wird am 13. Februar d. J. im Bürgermuseum in Stuttgart stattfinden. Das Vortragsprogramm für diesen Jubiläumsabend lautet: „Die Lehren des Balkankriegs“; erläutert durch viele Lichtbilder. — Rezitationen von Schriften der Suttner und aus Lamszus. Wir be-

glückwünschen Feldhaus aus Anlaß seines Jubiläums zu seiner Arbeit und zu seinen Erfolgen. Möge er sich an dem stolzen Bewußtsein erfreuen, als einer der deutschen Friedensarbeiter der ersten Stunde an dem großen Werke der Menschheitserweckung erfolgreich mitgearbeitet zu haben.

Drei Tote. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Albert K. Smiley. — Graf Leonid Kamarowsky. — John Lund.

In den letzten Wochen hat die Friedensbewegung wieder schwere Verluste erlitten. Drei hervorragende Kämpen sind heimgegangen.

Am 2. Dezember starb in Redlands in Kalifornien Albert K. Smiley, der Begründer und Führer der Lake-Mohonk-Konferenzen, die sich bereits eines Weltrufes erfreuen. Smiley war am 17. März 1828 in Vassalboro im Staate Maine geboren; er hat demnach ein Alter von 84 Jahren erreicht. Er war ein hervorragender Pädagoge und Gründer verschiedener der höheren Bildung dienender Institute. Viel tat er für die Erhaltung der Indianer in seinem Vaterlande. Im Jahre 1869 siedelte er sich am Lake Mohonk im Staate New York an, wo er ein umfangreiches, inmitten herrlicher Parkanlagen gelegenes Sommerhotel errichtete. Es wurde dort nicht jeder Gast aufgenommen. Die Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken war eine Bedingung. Im Jahre 1895 berief er nach diesem Landsitz zum ersten Male eine große Anzahl hervorragender Männer und Frauen der Vereinigten Staaten zu einer Erörterung über die Frage des internationalen Schiedsgerichts. Diese Konferenz war von solchem Erfolge begleitet, daß sie fortab jährlich abgehalten wurde. Im Mai 1912 fand die XVIII. Lake-Mohonk-Konferenz statt, wie sie allgemein bezeichnet werden. Smiley hat dafür gesorgt, daß diese Konferenzen mit seinem Ableben nicht verschwinden werden.

Graf Leonid Kamarowsky, der Anfang Januar in Moskau starb, war ein bekannter Völkerrechtsgelehrter und hervorragender Vertreter des Friedensgedankens. Er wurde am 15. März 1846 in Kasan geboren. Jahrelang bereiste er Rußland und hielt dort öffentliche Vorträge über die „Entwicklung und Organisation des Friedens in der modernen Gesellschaft“, das „Problem der Abrüstung“, die „Humanisierung des Krieges“, über den Ersatz des Krieges durch ein Rechtsverfahren, und über „Die Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit“. Im Jahre 1873 war er Mitbegründer des „Institut de Droit international“. Seit Jahrzehnten wirkte er als Lehrer des Völkerrechts an der Universität Moskau. Er wurde von der russischen Regierung als eines ihrer Mitglieder in den Haager Schiedshof gewählt und nahm an der im Jahre 1909 begründeten Moskauer Friedensgesellschaft die Vizepräsidentenstelle an. Aus zahlreichen Briefen, die Kamarowsky im Laufe der Jahre an den Herausgeber dieser

Blätter gerichtet hat, geht hervor, welch hingebungsvoller Freund des Fortschritts durch den Weltfrieden der Menschheit mit ihm zu Grabe getragen wurde. K. hat viele völkerrechtlichen Schriften verfaßt, von denen sein Buch über „Das internationale Tribunal“ einen Ehrenplatz in der Völkerrechtswissenschaft einnimmt, auf die es von maßgebendem Einfluß war. Sein letztes — 1905 erschienenes Werk — galt dem „Problem der internationalen Organisation“.

Mit großem Schmerze vernahm man von dem am 8. Jan. 1913 in seiner Vaterstadt Bergen erfolgten Hinscheiden John Lunds, des hervorragenden norwegischen Politikers, des großen und standhaften Verfechters der Friedenssache. Er wurde am 9. Okt. 1842 geboren. Fünfzehn Jahre lang war er Vertreter seiner Vaterstadt im Storthing, davon 7 Jahre als Präsident des Lagthing und einige Jahre lang als Präsident der Eisenbahnkommission. Er hat seit 1890 an allen interparlamentarischen Konferenzen (mit Ausnahme der von 1897 und 1912) teilgenommen und war auf diesen Konferenzen bis 1900, während er Mitglied des Storthing war und außerdem 1904 in St. Louis, Wortführer der norwegischen Delegation. L. war das erste Mitglied der interparlamentarischen Union, das über die Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenzen (von 1890 bis einschließlich 1900) seinem Parlament offiziellen Bericht erstattete. Er war Organisator der interparlamentarischen Konferenz von 1899 zu Christiania und deren Präsident. Seiner Initiative ist es zu danken, daß das Storthing als erste offizielle Körperschaft das Berner interparlamentarische Amt durch einen jährlichen Geldbetrag unterstützte. Zur interparlamentarischen Konferenz in St. Louis wurde L. als einer der Vertreter der interparlamentarischen Gruppe des Storthing gewählt und erhielt gleichzeitig vom Nobelinstitut in Christiania den Auftrag zum Studium der amerikanischen Friedensbewegung. Er schrieb eine Reihe politischer Artikel in norwegischen und ausländischen Zeitungen, und veröffentlichte die aus Anlaß der zu Christiania (1899) stattgehabten Interparlamentarischen Konferenz veröffentlichte Festschrift. Lund war Ehrenmitglied des Interparlamentarischen Rats und Vizepräsident der Nobelkommission des norwegischen Storthings. In der Rede, die er an dem im Jahre 1909 Moneta zu Ehren gegebenen Nobelbankett hielt, brachte er die Grundzüge zum Ausdruck, die ihn bei der Verleihung der Nobelpreise leiteten. Im Oktober vorigen Jahres feierte er — schon kränkelnd — seinen 70. Geburtstag. In diesen Blättern wurde aus diesem Anlaß auf seine großen Verdienste hingewiesen. Sein Vaterland hat einen ausgezeichneten Bürger, die Menschheit einen bewunderungswürdigen Menschen, die Friedensbewegung einen ihrer unermüdlichen Vorkämpfer verloren.

Resolution des Centralvorstandes des Verbandes für internationale Verständigung.

Angesichts der erfreulichen Tatsache, daß sich in der gegenwärtigen kritischen Zeit die Mächte der Triple-Entente mit denen des Dreibunds zu gemeinsamer Arbeit für die Erhaltung des europäischen Friedens zusammengefunden haben, spricht der Verband für internationale Verständigung die Hoffnung aus, daß diese gemeinsamen Bemühungen erfolgreich sein werden, indem auf einer europäischen Staatenkonferenz auch widerstreitende Interessen einzelner Mächte einen Ausgleich finden, der der Natur der Dinge entspricht und dadurch die notwendigen Garantien für die künftige politische Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan in sich birgt. Wir sind überzeugt, daß diese Zusammenarbeit auch die zukünftigen Beziehungen der europäischen Mächte zueinander, insbesondere von Deutschland und den Westmächten, auf das glücklichste beeinflussen wird.

von Ullmann. Nippold. Schücking.
Piloty. Maier.

LITERATUR V. PRESSE

Der Koloß von Brüssel.

Das Buch, das ich als Koloß von Brüssel bezeichne, kann in viel höherem Maße den Anspruch erheben, als Weltwunder zu gelten, als im Altertum der Koloß von Rhodos. Warum Koloß? Es umfaßt im Lexikonformat wohlgezählte 2652 Seiten und wiegt gebunden über viereinhalb Kilo. Aber nicht nur in seinen Dimensionen ist es ein Koloß, es kündigt auch durch seinen Inhalt etwas Kolossales. Ich spreche von dem neuen Band des „Annuaire de la vie internationale“ (1910 bis 1911)*, der soben verausgabt wurde, jenem Brennspiegel des internationalen Lebens der Gegenwart, dem Heiligen Buch der Weltorganisation, dem beweiskräftigen Dokument der wachsenden Gemeinschaftsarbeit der Menschheit. Ein Buch, das wir Pazifisten gegen den Ansturm der Chauvinisten, der Gewaltanbeter, der Utopisten vom ewigen Krieg als uneinnehmbares Bollwerk werden benützen können, in dessen Zeichen die Lehre von der sich organisierenden Welt unfehlbar siegen muß.

Das „Annuaire“ stellt sich als eine Sammlung beschreibender und dokumentierter Einzelabhandlungen über 510 gegenwärtig bestehender internationaler Organisationen dar. Dabei enthält es auf seinen

*) „Annuaire de la vie internationale. Unions, Associations Instituts, Commissions, Bureaux, Offices, Conférences, Congrès, Expositions, Publications. Publié pour l'Union des Associations Internationales avec le concours de la Fondation Carnegie pour la paix internationale et de l'institut international de la Paix. Sécond Serie. Volume II. 1910—1911. Lex. 8°. Bruxelles 1913. Office central des Associations Internationales, rue de la régence 3 bis 2652 SS. Hbfrzbd. 40 Fr.

2652 Seiten nicht etwa die vollständige Beschreibung jener Organisationen, sondern nur die Ergänzungen über die bereits in dem vorhergehenden, 1550 Seiten umfassenden Band enthaltenen Daten, nebst jenen, allerdings sehr zahlreichen Organisationen, die in dem vorliegenden Band neu aufgenommen wurden. Es ist ein Beweis des ungeheuren Wachstums der internationalen Betätigung, die das kolossale Buch augenfällig dartut.

Vom Jahre 1909, dem Jahre der vorletzten Ausgabe des Annuaire, hat sich die Gesamtzahl der internationalen Organisationen bis Februar 1912 (dem Datum des letzten Redaktionsanschlusses) von 300 auf 510 vermehrt. Die Zahl der internationalen Kongresse ist in dem vorliegenden Buch von 1840—1912 auf 2615 festgestellt worden, wobei erinnert werden muß, daß eine endgültige Feststellung für die Vergangenheit überaus schwierig ist und die Erweiterung der Zahl durch neue Entdeckungen als sicher angenommen werden kann. Wie sehr aber die Gemeinschaftsarbeit der Menschheit auf internationalen Kongressen in steter Zunahme begriffen ist, ergibt sich aus einer dem Bande beigegebenen statistischen Tabelle. Danach haben an internationalen Kongressen stattgefunden:

Von 1840—1849	9
„ 1850—1859	20
„ 1860—1869	77
„ 1870—1879	169
„ 1880—1889	309
„ 1890—1899	510
„ 1900—1909	1070

In den Jahren 1910: 181, 1911: 131, 1912: 109.

Nach dieser Tabelle hat sich die internationale Gemeinschaftsarbeit im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gegenüber dem vorhergehenden mehr als verdoppelt, dem vorvorigen gegenüber mehr als verdreifacht. Wenn man die Zunahme des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts nach dem Durchschnitt der drei ersten Jahre (d. i. 140 per Jahr) berechnet, ergibt sich für diesen Zeitraum mindestens eine Verdreifachung gegenüber dem Jahrzehnt 1890—1899 und eine Verfünfachung der Zahl der Kongresse gegenüber dem Abschnitt 1880—1889. Fürwahr, diese Zahlen bilden einen erlösenden Beweis. Sie zeigen, wie die Organisation über die Anarchie siegt, wie trotz der kriegerischen Wirren des Tages das Friedensprinzip, das in gemeinsamer Arbeit der Menschheit im Dienste der Kultur liegt, sich zusehends fortentwickelt. Darum sind wir berechtigt, den Koloß von Brüssel als eines der heiligen Bücher der Menschheit zu bezeichnen.

Vor mir liegt die erste Ausgabe dieses Annuaire aus dem Jahre 1905. Ein kleines, bequem in die Brusttasche zu steckendes Bändchen von 156 Seiten. Vielleicht ist es nicht uninteressant, daran zu erinnern, was der Herausgeber dieses ersten Bandes vor acht Jahren in der Einleitung gesagt hat. „Diese Arbeit“, so heißt es dort, „ist nur ein Versuch. Man kann darin nur die Skizze eines Gemäldes sehen, das erst auszuführen ist. Es ist unmöglich, zu Anfang mehr zu tun. Der Herausgeber war als Quelle nur auf einige Zeitungen und auf die Gefälligkeit einzelner Personen angewiesen, die bereit waren, auf seine Anfragen

zu antworten. Unter diesen Umständen konnte das Werk, das er jetzt der Öffentlichkeit vorlegt, nur unvollständig sein, es soll nur als der Plan zu einem künftigen Gebäude betrachtet werden. Doch gestattet dieser Plan gewissermaßen anzudeuten, was der vollendete Bau sein wird. Mit der Zeit wird dieses Annuaire ein sicherer und vollständiger Führer des internationalen Lebens werden.“

Das 1905 Angekündigte ist jetzt zur Tat geworden. Das Annuaire ist von 156 Klein-Oktav-Seiten zu 2652 Seiten Lexikon-Format angewachsen. Zu seiner Herstellung sind in einem Jahre mehr als 3000 Briefe versandt worden und mehr als 4000 Nachschlagungen notwendig gewesen. Das Gebäude steht da, das der Plan vor acht Jahren anzeigte. Diese ungeheure Leistung ist den beiden ausgezeichneten Männern zu danken, die seit 1908 das Werk aus den kleinen Verhältnissen, unter denen es ins Leben gerufen wurde, übernahmen, um es auszugestalten, dem belgischen Senator Henri Lafontaine und Paul Otlet, dem Pfadfinder der neuen Wissenschaft des Internationalismus. Es ist aber auch der Carnegiestiftung zu danken, die diese beiden Männer bei ihrer Arbeit unterstützt hat.

Jetzt handelt es sich nur darum, dieses Monumentalwerk bekanntzumachen. Die Menschheit muß aus ihm erfahren, was sie in ihrer Mehrheit noch nicht weiß; die führenden Männer vor allen Dingen, die Minister, Diplomaten, Parlamentarier müssen es erfahren, daß die Welt sich organisiert. Und deshalb wünschen wir, daß die Verbreitung dieses Buches in einer so nachhaltigen Weise durchgeführt werden möge, wie seine Herstellung sachgemäß zustandegebracht worden ist. Vor allen Dingen wünschen wir, daß man in Deutschland dieses Buch in umfassender Weise kennen lerne. Dieses Buch, das uns die internationalisierte Welt zeigt, kann umwälzend wirken, es muß, wenn es erst verbreitet ist, das Denken und Handeln der Zeitgenossen beeinflussen. Ein Ziel, das mit aller Kraft zu erstreben ist.

Eine neue japanische Friedenszeitschrift.

Vor uns liegt in gefälligem Oktav-Format die im Dezember 1912 ausgegebene erste Nummer der „The Japan Peace Movement“, des monatlichen Organs der „Japanischen Friedensgesellschaft“ und der „Amerikanischen Friedensgesellschaft von Japan“, das an Stelle der früheren Zeitschrift „Heiwa“ getreten ist und seinen Titel nach der Zeitschrift des Berner Bureaus gebildet hat. Nach 6 Seiten englischen Textes folgen 24 Seiten japanischer Text. Das Vorwort rührt vom Grafen Okuma her, es finden sich dann noch Artikel von Baron Y. Schibusawa, Dr. Charles W. Eliot, T. Kuschida, R. Watanabe u. a. Wir wünschen unserem ostasiatischen Bruderorgan besten Erfolg.

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
 V. Liszt, Das Völkerrecht, systematisch dargestellt, neunte Auflage, Berlin 1913, O. Häring, 565 S.

Die Auflagen des Lisztschen Werkes folgen einander überaus schnell, der beste Beweis für die große und verdiente Popularität des Buches. Die Vorzüge des Werkes bestehen bekanntlich in der guten Systematik, der klaren Sprache, der Vollständigkeit der Literaturnachweise und vielen anderen. Wir Pazifisten dürfen dem Werke noch seine fortschrittliche Gesinnung nachrühmen, die in dem vorliegenden Bande besonders hervortritt.

Wir lesen in dem Vorworte zu unserer größten Freude: „Gerade vom nationalen Standpunkte aus kann man es nur auf das dringendste wünschen, daß das Deutsche Reich der unvermeidlichen Entwicklung sich nicht entgegenstemme, sondern daß es an ihre Spitze trete und die Friedenspolitik, die es seit Jahrzehnten unter schwierigen Verhältnissen verfolgt hat, auch in der Mitarbeit an der Weiterbildung des Völkerrechts betätige. Aufgabe der deutschen Vertreter der Völkerrechtswissenschaft ist es, eine schöne und dankbare Aufgabe, die Reichsregierung, soweit sie diesen Weg geht, mit allen Kräften zu unterstützen. Die entgegengesetzte Haltung, die in einzelnen und hoffentlich vereinzelt bleibenden deutschen Schriften zum Ausdruck gekommen ist, liegt nach meiner festbegründeten Ueberzeugung nicht im Interesse des deutschen Volkes.“

Im einzelnen wäre freilich mancherlei zu bemerken. Z. B. hat die verschiedenartige Interpretation des Artikels 23h der Anlage zum Landkriegsabkommen gar keine Feststellung gefunden. Die neuesten pazifistischen Tendenzen und vor allem die moderne Schiedsgerichts-bewegung verdienen eine noch eingehendere Berücksichtigung. Leider ist ja wohl Schückings Werk zu spät erschienen, um noch verwertet zu werden. Mir scheint ein ganz neues Kapitel nötig, worin die Ergebnisse der Haager Konferenzen und ihr Verhältnis zu dem modernen Pazifismus dargestellt wird.

Wir wünschen dem Lisztschen Werke, das der deutschen Völkerrechtswissenschaft zur höchsten Ehre gereicht, eine immer größere Verbreitung. Wehberg.



Bernhardi, Friedrich v.,
Unsere Zukunft. Ein Mahnwort an das deutsche Volk. 6. und 7. Tausend. 8^o. Stuttgart und Berlin 1912. J. G. Cotta. 154 S.

Der Verfasser von „Deutschland und der nächste Krieg“, beschert uns wieder ein interessantes Buch, das uns wertvolle Aufschlüsse über die politische Denkmethode gewisser Kreise liefert. Um diesen Ozean von Irrtum zu widerlegen, müßte man ein ganzes Buch schreiben, eine Bibliothek. Man hat sie eigentlich schon geschrieben; denn v. Bernhardi bringt keinen Gedanken vor, der nicht schon widerlegt wäre. Mit erfreulicher Offenheit tritt er der Friedensbewegung entgegen: „Diesen Bestrebungen muß der Boden unter den Füßen entzogen werden“, meint er S. 56. Wie wollen Sie das nur machen, Herr General? Sie meinen, die Friedensbewegung ist eine Erfindung. Das ist sie nicht. Sie ist ein Produkt der Tatsachen, die die Welt beherrschen. Ich wüßte ein Mittel, die Friedensbewegung zu beseitigen. Es gibt nur das eine: Zerschlaget alle Maschinen, zerstört alle Eisenbahnlagen, zerschneidet alle Telegraphen- und Telephondrähte, alle Kabel,

verbietet jede technische Erfindung — und der Friedensbewegung ist „der Boden entzogen“. Kann man das nicht, dann wird sie bestehen bleiben und unaufhörlich und ungeheuer wachsen.

In dem Kapitel „Die soziale und politische Bedeutung des Krieges“ wird der Krieg als biologische Notwendigkeit dargestellt. Wir wissen, daß der Krieg eine verkehrte Auslese zeitigt und die Völker degeneriert. Der Verfasser geht von der falschen Prämisse aus, daß, weil der „Kampf der Vater aller Dinge“ ist, der Krieg unentbehrlich sei. Wie oft haben wir es bewiesen, daß der Krieg nur eine und die unrichtigste Form des Kampfes ist, daß wir kämpfen, ohne gelegentlich in einem halben Jahrhundert Menschenknochen zu zertrümmern, und daß schließlich der Kampf auch nicht der Vater aller Dinge ist, sondern in ebenso hohem Grade auch die gegenseitige Hilfe. Der Kampf ist nur dann lebenspendend, wenn er sich gegen die Umwelt, aber nicht, wenn er sich gegen die eigene Art wendet.

Sehr neu und ein bißchen gewagt erscheint mir die Erklärung des Verfassers, warum „die Friedensbewegung einen so bedeutenden Einfluß gewinnen konnte, wie sie ihn heute tatsächlich erreicht hat“. Warum? General v. Bernhardi sagt es uns: „Diese Tatsache erklärt sich zum Teil dadurch, daß hinter ihr sehr bedeutende Privatinteressen stehen, die teilweise mit einem gewaltigen Kapital arbeiten.“ (!) Die Eingeweihten, die so oft über den 50-Pfennig-Pazifismus, wie wir in Selbstironie unsere finanziell so arme Bewegung genannt haben, klagten, werden sich eines Lächelns nicht erwehren können. Das wagt man einer Bewegung gegenüber zu behaupten, die gegen einen Feind ankämpft, dem jährlich 20 Milliarden zur Verfügung stehen, also das Zehntausendfache, das die Carnegie-stiftung jährlich zu vergeben hat. Darüber ist wahrlich kein Wort weiter zu verlieren.

Interessant ist es auch, daß der Verfasser die große Ausdehnung der Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten begrifflich findet. Das Selbstbewußtsein, das die ruhmvoll erfochtene Unabhängigkeit den Amerikanern gibt, die fehlende Voraussetzung einer Uebevölkerungsgefahr, die reichen Naturschätze des Landes, die Möglichkeit der Muskelstärkung im Kampfe gegen eine noch nicht überall unterworfenen Natur, dies alles läßt es ihm natürlich erscheinen, „daß die Bevölkerung dieses Landes der Friedensbewegung im allgemeinen sympathisch gegenübersteht...“ Dann heißt es: „Wie anders steht Deutschland da!“ — Wir brauchen die Darlegungen hier weiter gar nicht zu verfolgen. Es genügt uns, den Verfasser hier auf einen Grundirrtum aufmerksam zu machen: Es gibt wohl eine Friedensbewegung in Deutschland, aber keine deutsche Friedensbewegung. Hätten wir in Deutschland eine isolierte Friedensbewegung, dann wäre sie sicherlich ein Verbrechen am deutschen Volke. Die Gegner der Friedensbewegung übersahen aber immer, daß die Friedensbewegung international ist, und daß sie nur als solche ins Auge gefaßt werden darf. Dann ergibt sich ein ganz anderes Bild. Dann ist das gut, was unter der falschen Voraussetzung schlecht er-

scheint. Wenn z. B. die Friedensbewegung den kriegerischen Geist hemmt, so wäre dies ein Verbrechen, wenn das nur für Deutschland zuträfe, aber eine Wohltat — eine Wohltat für Deutschland —, wenn dies in der ganzen Welt der Fall ist; denn dann fallen jene Voraussetzungen, aus denen der Verfasser die Notwendigkeit der steten Kriegsbereitschaft des Reiches herleitet. Und ein unparteiischer Ueberblick muß dem Pazifistengegner sagen, daß — abgesehen von den Ländern des Ostens — die Friedensbewegung in allen Ländern höher entwickelt ist als in Deutschland. Das ist beweisbar! Und statt die Friedensbewegung zu verdammten, sollte man sie gerade vom Standpunkte des Patriotismus hoch halten.

Der Verfasser kennt den modernen Pazifismus nicht, denn er weist seine Unhaltbarkeit durch eine Kritik der Schiedsgerichtsbarkeit nach. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist nicht das Allheilmittel; das sagen wir oft genug. Sie ist ein Friedensmittel unter hundert anderen.

Aber — wie eingangs erwähnt — man müßte die Bücher alle noch einmal schreiben, die wir schon geschrieben haben, um den General zu widerlegen. Wozu? Er wird die Weltentwicklung nicht ändern. Und wenn er uns das ein Jahrhundert alte Wort entgegenruft: „Das letzte Heil, das Höchste liegt im Schwerte“, so können wir ihm nur ein neueres Wort entgegenstellen, das da lautet: „Der Friede ist die Funktion der Kultur“. A. H. F.

Angell, Norman,
Peace Theories and the Balkan War. 80.
London 1912. Horace Marshall & Son. 141 S.
Cloth.

Der Verfasser der „Großen Täuschung“ benutzt den Balkankrieg als Demonstrationsobjekt für die Darlegung der pazifistischen Theorie. Das vorliegende Buch ist eine Streitschrift gegen jene, die den Ausbruch des Balkankrieges als einen Zusammenbruch aller pazifistischen Lehre bezeichneten, und die sich veranlaßt sahen, zu behaupten, daß der Krieg doch ein gutes Mittel sei.

Norman Angell legt dem gegenüber dar, daß es keinem vernünftigen Pazifisten eingefallen ist, den Krieg als unmöglich hinzustellen. Die Täuschung liegt nicht in der Unwahrscheinlichkeit des Krieges, sondern in seinen Vorteilen. Der Krieg ist nützlich, und die Gewalt ist kein Mittel. Das beweist eben der Balkankrieg. Die Türken sind es, die seit 400 Jahren das Gewaltssystem auf der Balkaninsel praktizierten, und die jetzt die Nichtigkeit dieses Systems kennen lernen. Der Krieg der Balkanvölker ist nur eine Auflehnung gegen dieses System. Die Auflehnung gegen die Gewalt ist nicht Krieg in dem Sinne, in dem die Pazifisten wirken. Der Gendarm, der den Räuber mit denselben Mitteln unschädlich macht, wie der Räuber vorher den friedlichen Wanderer, wird durch diese Handlung nicht zum Räuber. Die Balkanvölker würden antipazifistisch handeln, wenn sie den Spieß umkehren und nun ihrerseits ein System der Vergewaltigung und Ausbeutung den Türken gegenüber geltend machen wollten. Die Eroberung war das ökonomische Prinzip der Türken, und dieses sehen wir jetzt auf dem Balkan zusammenbrechen.

Das vorliegende Buch Angells ist nicht weniger interessant und wichtig wie sein großes, in der ganzen Welt bekannt gewordenes Werk. Von besonderer Wichtigkeit sind seine Ausführungen in dem Schlußkapitel, „Was müßten wir tun?“ betitelt. Guter Wille allein genügt nicht. Gesunde Ideen breiten sich nicht von selbst aus. Sie müssen von Menschen ausgebreitet werden. Die öffentliche Meinung muß umgewandelt werden, denn die Regierungen sind nur die Verkörperung der allgemeinen öffentlichen Meinung. Eine ständige Organisation der Propaganda muß diesen Wandel in einem halben Menschenalter hervorbringen können, eine Revolution des Geistes, die größer sein wird, als die der Reformation. „Eine derartige Organisation hat kaum begonnen. Die Friedensgesellschaften haben hervorragende Dienste geleistet und leisten sie noch, aber, um die große Masse zu erreichen, müßten Instrumente von viel größerer Wirkungskraft in Anwendung kommen.“ Angell führt dann sein Programm aus. An hundert Punkten gleichzeitig muß das Werk angefaßt werden. Als eines dieser Mittel bezeichnet der Verfasser die Errichtung von Lehrstühlen für die internationale Staatskunst an allen Universitäten. „Während wir“, so führt er glänzend aus, „Lehrstühle zur Erforschung des Wesens der Insekten-Verwandtschaften besitzen, haben wir keine zur Erforschung des Wesens der Beziehungen der Menschen in ihren politischen Gruppierungen.“ Er will die englische Flotten-Liga und den deutschen Flottenverein zu Friedensorganisationen umwandeln, indem er sie veranlaßt sehen will, statt die Erhöhung der Schiffszahl, des Schiffsumfanges und der betreffenden Armierung zu erstreben, festzustellen, wie, warum und wann und unter welchen Bedingungen diese Waffen verwendet werden sollen. Er verlangt, daß die politischen Parteien Englands und Deutschlands in London und Berlin wechselseitige Vertreter unterhalten sollen, damit sie sich gegenseitig von ihren Illusionen befreien. „Unsere Staatskunst“, so schließt das hervorragende Buch, „ist noch immer auf eine Art politischen Kannibalismus begründet, auf der Idee, daß Nationen sich durch die Eroberung und Beherrschung anderer entwickeln können. So lange das unsere Auffassung von den Beziehungen der menschlichen Gruppen bildet, werden wir immer vor der Gefahr von Zusammenstößen stehen, und unsere Vergesellschaftungs- und Kooperationsentwürfe werden immer zusammenbrechen.“

Diederich, Franz,
Krieg. Ein Buch der Not. Dem Willen zum Frieden gewidmet. 80. Dresden 1912. Mit acht Bildern von Goya, Klinger, Böcklin und Wereschtschagin. Verlag von Kaden & Comp. 101 S.

Ein aus der Zeit heraus geborener Aufschrei gegen das Verbrechen des Krieges. Anthologie der besten Gedichte gegen den Krieg. Mit guten Bildern geschmückt. Ein Propagandabuch bester Art für die breiten Massen.

Hüttenhein, Dr. Erich.

Die Handelsschiffe der Kriegführenden. Eine völkerrechtliche Kriegsstudie. 8°. Breslau 1912. J. U. Kerns Verlag. (Sonderabdruck aus: Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht.) 72 S.

Der Verfasser behandelt zwar ein kriegsrechtliches Thema, jedoch im Geiste des modernen Völkerrechts. Das geht aus dem Schlußwort hervor, wo er das Völkerrecht gegen seine Existenzverleugner in Schutz nimmt, es aus dem Rechtsbewußtsein des modernen Staates und mit Nippold aus der „Solidarität der heutigen internationalen Interessen“ herleitet. Die Richtung auf eine Verwirklichung einer fest gegliederten und geordneten internationalen Menschengemeinschaft erscheint ihm unverkennbar.



Lange, Hendrik Jan de.

Vorlog en Arbitrage. Proefschrift ter Verkrijging van den Grad van Doctor in de Rechtswetenschap aan de Rijksuniversiteit te Leiden. Gr. 8°. 'S-Gravenhaage 1912. Mouton & Co. 112 S.

Das Anwachsen der pazifistischen Bewegung ist auch erkennbar aus den zahlreichen Dissertationen, die auf Grundlage des Pazifismus geschrieben werden. Die vorliegende, in holländischer Sprache geschriebene Schrift nimmt ihr Material aus der modernen Völkerrechtsliteratur und der pazifistischen Literatur. Wir werden darauf gelegentlich noch zurückkommen.



Sozialdemokratische Flug-schriften.

Nr. 14. Die Greuel des Krieges. — Nr. 15. Krieg dem Kriege. Gr. 8°. Berlin 1912. Verlag: Buchhandlung des Vorwärts. Je 16 S. mit Umschlag à 10 Pf.

In Nr. 14 werden die Greuel des Balkankrieges nach den Berichten der Kriegskorrespondenten zusammengestellt, in Nr. 15 findet sich ein Bericht des Baseler Kongresses vom 24. und 25. Nov. 1912, Text der Friedenspredigt des Pfarrer Täschler, die Reden bei der Kundgebung im Münster, das internationale Friedensmanifest. Gute und billige Propagandaschriften.



The Peace Year-Book. 1913. Edited by Carl Heath. 8°. London 1913. The National Peace Council. 283 S. 1 Sh.

Dieser treffliche „Gotha“ der Friedensbewegung erweist sich auch in seiner diesjährigen Ausgabe als ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden, der in der Propaganda steht, und für alle die, die sich über den Umfang des Pazifismus unterrichten wollen.



Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

La Vie Internationale. Revue mensuelle des Idées, des faits et des organismes internationaux. Tome II. 1912. Fascient 1.

Aus dem Inhalt: Oliveira Lima, La Formation de l'Amérique latine et la conception internationale de ses fondateurs. — Albert

Counson, Les Métèques. — G. Lecoq, La Conférence internationale de l'Heure de Paris et l'Unification de l'Heure. — Calendrier des Réunions internationales. usw.

Bulletin of the Pan-American Union. (Washington) November.

Aus dem Inhalt: The fifth international Congress of Chambers of Commerce. usw.

d'Estournelles de Constant, Baron Paul Henri Benjamin,

Auszug aus der Rede bei der Eröffnung des Kongresses des Verbandes für internationale Verständigung in Heidelberg, am 5. Oktober 1912. Deutsche autorisierte Uebersetzung. 8°. 7 Seiten. Ohne Ort und Jahreszahl. (Zu beziehen durch Professor Wilhelm Paszkowski, Berlin NW., Bauhofstraße 7.)

Fried, Alfred H.,

Handbuch der Friedensbewegung. Zweiter Teil. Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung. Zweite, gänzlich umgearbeitete und erweiterte Auflage. 8°. Berlin und Leipzig. 1913. Verlag der „Friedens-Warte“. 492 S. M. 5.

Fried, Alfred H.,

Der Weg zum Weltfrieden im Jahre 1912. Pazifistische Chronik. 8°. Berlin, Wien und Leipzig. Verlag der „Friedens-Warte“. 31 S. 50 Pf.

Friedrich, Karl,

Vergeude keine Lebenskraft. Zweite vermehrte Auflage. 8°. München. Ernst Reinhardt. 105 S.

Gersin, K.,

Altserbien und die albanesische Frage. 8°. Wien 1912. Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky. 55 S.

Macara, Sir Charles W.,

Internationale Industrie und internationaler Handel. Referat, vorgelegt der deutsch-englischen Konferenz in London. 30. Oktober bis 1. November 1912. Fol. O. Ort u. Jahreszahl. (Zu beziehen durch C. W. Macara, 33 Yorkstreet, Manchester.)

Ostwald, Wilhelm,

Der Monismus als Kulturziel. Vorgetragen im österr. Monistenbund in Wien (Großer Sofiensaal) am 29. März 1912. (Schriften des Monistenbundes in Oesterreich, Heft 2.) 8°. Wien u. Leipzig. Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky. 39 S. 50 Pf.

Thomas, Pfarrer Frank,

Der Friede und die Friedensbewegung. Predigt, gehalten in der „Victoria Hall“ in Genf am 22. September 1912 bei Gelegenheit der interparlamentarischen Friedenskonferenz und des XIX. Weltfriedenskongresses. 8°. Frankfurt am Main 1912. Druck von Gebrüder Knauer. 16 S.

Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung:

Heft 1. Butler, Nicolas Murray,

Der internationale Geist. 13 S.

Heft 2. Nippold, Prof. Dr. Otfried,

Die auswärtige Politik und die öffentliche Meinung. 16 S.

Heft 3. Schücking, Walther,

Die wichtigste Aufgabe des Völkerrechts. 12 S.

Heft 4. Rode, Prof. Dr. Martin.

Der Beitrag der christlichen Kirchen zur internationalen Verständigung. 17 S.

Jedes Heft in 8°. Stuttgart 1912. Druck von W. Kohlhammer. Preis 50 Pf. Kostenlos für Mitglieder des Verbandes. (Frankfurt a. M., Liebfrauenstr. 22.)

Les Prix Nobel en 1911. 8°. Stockholm 1912. 80, 14, 12 und 19 S. mit Porträts und Tafeln. (Zu beziehen durch das Nobelinstitut in Stockholm.)

Le Groupe français de l'Arbitrage International et l'Union Interparlementaire (mars 1912). Kl. 8°. Paris 1912. Ch. Delagrave. 58 S.

Butler, Dr. Nicholas Murray, L'esprit international. Discours d'ouverture prononcé le 16 mai 1912 à la Conférence de Lake Mohonk pour l'Arbitrage international. Trad. de M. Jacques Dumas. Kl. 8°. Paris 1912. Ch. Delagrave. 21 S.

Conciliation Internationale.

Bulletin trimestriel No. 2.

L'Assemblée Générale du 30 mars 1912. Programme du Comité de Défense des Intérêts nationaux. Programme, Statuts et liste des membres de la Conciliation internationale. — Jarousse de Sillac, „L'Organisation de la Société des Etats.“ Kl. 8°. Paris 1912. Ch. Delagrave. 142 S.

— Bulletin trimestriel No. 3.

L'amitié franco-américaine. La Reception de M. Robert Bacon au Sénat. Un Discours de M. J. Jaurès à la Chambre des Députés. Un article de M. Frédéric Masson. — Le Comité franco-amérique; avec une introduction de M. d'Estournelles de Constant. Kl. 8°. Paris 1912. Mit Abbildungen. Ch. Delagrave. 82 S.

Almanach de la Paix pour 1913. Publié par l'Association de la Paix par le Droit. Priface de Charles Richet. 8°. Paris. Plon Nourrit & Cie. 72 S. Mit Illustrationen. 25 Cts.

Hagerup, M. F.,

Discours tenu à la Séance solennelle d'ouverture de la XXVe session de l'Institut de Droit international à l'Institut Nobel norvégien, Christiania, le 24 août 1912. 8°. Stockholm 1912. 10 S. (Zu beziehen durch das Nobel-Institut in Stockholm.)

Maday, Dr. André de,

Sociologie de la Paix. Introduction à la Philosophie du Droit international. 8°. Paris 1913. Giard & Brière. 13. S. 1,50 Fr.

Butler, Nicholas Murray,

The Service of the University. Stenogr. Rep. of an address delivered on the occasion of the dedication of the State Education Building at Albany N. Y., Oct. 16 1912. 8°. Repr. from the „Editorial Review“ Dec. 1912. (Educational Review Publishing Co., New York.) 10 S.

„International Conciliation“:

Nr. 57 (Aug. 1912). Neill, Charles Patrick. The Interest of the Wage-Earner in the Present status of the Peace Movement. An address delivered at the Lake Mohonk Conference an International Arbitration, May 17, 1912. 14 S.

Nr. 58 (Sept. 1912). Giddings, Franklin H. The Relation of Social Theory to public Policy. 14 S.

Nr. 59 (Okt. 1912). Stratton, George M. The double standard in Regard to fighting. 14 S.

Nr. 60 (Nov. 1912). As to two Battleships. Contributions to the Debats upon the Naval Appropriation Bill by Hon. Finly William Kent. 14 S.

Nr. 61 (Dez. 1912). Lochner, Louis P. The Cosmopolitan Club Movement. 14 S.

Nr. 62 (Jan. 1913). Root, Elihu. The Spirit of Self-Government. An Address delivered at the 144th Anniversary Banquet of the Chamber of Commerce of the State of New York, November 21, 1912. 14 S.

Jedes Heft: 8°. (Zu beziehen kostenlos von „American Association for International Conciliation“ Sub-Station 84 (407 West 117 th Street) New York City.

Monthly Bulletin of Books, Pamphlets and Magazine Articles dealing with international Relations. Nov. 1912 und Dez. 1912. 8°. New York. 8 bzw. 10 einseitig bedruckte S. (Zu beziehen durch die „American Association for Int. Conciliation“. Sub-Station 84 (407 West 117th Street) New York City.

„Judicial Settlement of International Disputes“:

Nr. 10 (Nov. 1912). Scott, James Brown. The Court of Arbitral Justice. Approved by the Second Hague Peace Conference (1907) and Recommended by the Institute of International Law (1912). 16°. Baltimore, U. S. A. (Zu beziehen kostenlos durch Tunstall Smith, The Preston, Baltimore, U. S. A.)

Stockton, Charles H.,

Panama Canal Tolls. Reprinted. (U. S. Naval Institute, Annapolis M. D.) 6 S.

Waylen, Hector.

Conscripts of Peace. An Address delivered by Request in Connection with several Edinburgh Churches. 8°. Edinburgh 1912. (Zu beziehen durch: F. W. Nish. 17 St. Ann's Square. Manchester.) 2 Pence. 15 S.

Dudan, Alessandro.

La politica antiitaliana in Austria-Ungheria. 8°. Roma 1912. (Estratto dalla „Rassegna Contemporanea“ anno V. no. 11) 56 S.

La guerra nella caricatura. Disegni di Scarlattini. Kl. 4° oblong. Milano 1912. Società anonima editrice „Avanti“.

Visser, S. J.,

Over Socialisme. Een drietal Studies. 8°. S'Gravenhage 1913. Martinus Nijhoff. 186 S.

Wicksell, Anna B.,

Avrustningssträvandet och Fredsarbetet. Några ord om Svenska fredsförbundes uppgifter. Kl. 8°. Stockholm. Albert Bonniers Förlag. (Svenska fredsförbundes Skriftserie No. I.) 12 S.

Hellner, Joh.,

Obligatorisk Skiljedom i toister mellan Stater. Föredrag vid Svenska fredsförbundets konstituerande den 30. Jan. 1911. Kl. 8° Stockholm. Albert Bonniers Förlag. (Svenska Fredsförbundets Skriftserie No. II.) 13 S.

Brisman, Sven, :
**Ar Världsfreden en Utopie? En fromställning
 ar Kriget ur historisk och ekonomisk Synpunkt.**
 Kl. 8°. Lund. (Zu beziehen durch: Svenska
 Fredsförbundets Skriftseries Expedition, Lund.)
 23 S.

Huhtala, Kyösti,
Opetuksesta kristillisessä Hengessä. (Finnisch:
 zu deutsch: Ueber den Unterrichts im christ-
 lichen Geiste. 8°. Tampereella 1912. Verlag
 des Finnischen Friedenvereins. 18 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. Die erste Nummer der neu begrün-
 deten „Mitteilungen des Verbandes
 für internationale Verständigung“
 macht einen sehr guten Eindruck. Die Aufsätze
 sind durchweg praktischer Natur. Außer einem
 Berichte über die erste Tagung des Verbandes
 in Heidelberg finden wir darin zwei Aufsätze
 zur deutsch-englischen Verständigung und zwei
 Artikel über Probleme des Weltverkehrsrechts.
 In dem Berichte der Tagung des Verbandes
 wird u. a. der Behauptung der Zeitschrift
 „Die Friedensbewegung“ entgegengetreten, daß
 d'Estournelles in Heidelberg die elsäß-lothrin-
 gische Frage habe anrühren wollen. Es wird
 festgestellt, daß dies gar nicht von dem Redner
 beabsichtigt war und daß erfahrungsgemäß der-
 artige Debatten, wenn sie stattfinden, für die
 Erhaltung und Pflege internationaler Beziehun-
 gen nur schädlich sind. Das habe ich bereits
 in meinem Berichte über den Weltfriedens-
 kongreß hervorgehoben, und ich hoffe, daß man
 sich auch in den Kreisen der deutschen
 Friedensgesellschaft dieser Ansicht nicht verschließen
 wird. Eine deutsch-französische Liga
 auf der Basis der Autonomie von Elsaß-Loth-
 ringen innerhalb der Deutschen Bundesstaaten
 wird meiner festen Ueberzeugung nach mehr
 schaden als nützen. Wir sind in Deutschland
 noch lange nicht so stark, wie der Wehrverein
 usw., als daß wir einen solchen Kampf auf
 große Ganze wagen könnten. Wir müssen erst
 Schritt für Schritt eine größere Anzahl An-
 hänger um uns sammeln, bis die Zeit gekommen
 ist, wo möglicherweise eine solche Liga, an
 der sich dann notwendigerweise gleich die
 ersten Namen Deutschlands beteiligen müßten,
 Aussicht auf Erfolg hat. Mehrmann er-
 blickt in seinem Aufsätze „Das Konzert der
 Mächte“ in dem neuesten Zusammengehen der
 deutschen und englischen Diplomatie eine Art
 Wiederherstellung des Mächtekonzerts, zu-
 mal Frankreich dem nicht entgegenarbeite.
 Müller-Meinungen wünscht eine größere
 Fühlungnahme der einzelnen Parlamente auf
 Spezialkonferenzen, neben der Zusammenkunft
 aller Parlamentarier auf der Interparlamenta-
 rischen Union. Fitger weist auf das eng-
 lische Recht hin, wonach während eines
 deutsch-englischen Krieges die zwischen Deut-
 schen und Engländern geschlossenen Seever-
 sicherungsverträge nichtig sind, und beantragt
 internationale Regelung dieser Frage, die übri-
 gens auf Antrag der deutschen Vereinigung
 für internationales Recht auf die Tagesordnung
 der nächsten Tagung der „International law
 association“ gesetzt ist. Von Fred Harsley
 wird die internationale Ueberwachung des
 Ozeans behandelt.

Im Dezemberheft des „Völkerfriede“ er-
 örtert Umfrid „die europäische Bedeutung
 der Balkankrise“ in sehr realpolitischer Weise.
 Kolb wünscht einen größeren Ausbau der
 Friedenspresse. Dieser Wunsch erscheint über-
 flüssig. Denn die Friedenspresse ist bereits
 überall in ausreichender Weise vertreten. Darin
 hat Kolb aber recht, daß der Friedensgedanke
 vermittels der Presse in weitere Kreise getragen
 werden muß. Dies würde aber am besten da-
 durch geschehen, daß in den großen Tages-
 zeitungen, auch den gegnerischen, aufklärende
 Artikel erscheinen, da die Fachpresse in der
 Hauptsache immer nur von den eigentlichen
 Pazifisten gelesen wird.

Im Dezemberhefte der Zeitschrift „Der
 Friede“ findet sich eine Kritik der Nicht-
 verteilung des Nobelfriedenspreises. Wir lesen
 dort, daß die Herren in Christiania der Sache
 ein wenig fern ständen. Wenn man allerdings
 erwägt, daß das Institut de droit international
 schon vor Jahren des Preises für würdig er-
 achtet wurde, die Interparlamentarische Union
 aber bis heute noch nicht, daß ferner Roosevelt
 den Preis erhielt, der an pazifistischen Leistun-
 gen hinter hunderten der heutigen Pazifisten
 zurücksteht, so muß man sagen, daß sich das
 Nobelkomitee zu der Meinung der meisten
 Friedensfreunde in Widerspruch gesetzt hat.

In der niederländischen Kammer hat kürz-
 lich der Minister des Auswärtigen die Erklärung
 abgegeben, daß er voraussichtlich
 nicht in der Lage sei, dem nächsten
 Weltfriedenskongreß eine Subvention
 zu gewähren. Zur Begründung
 führte er aus: Bei der Erörterung
 der Aktualitäten habe man über
 Elsaß-Lothringen so gesprochen,
 daß die deutschen Delegierten fort-
 gelaufen seien, und bei der Behand-
 lung der Marokkofrage habe Frank-
 reich sich geweigert, an der Ber-
 atung teilzunehmen, bis schließlich
 der Kongreß in einem Chaos ge-
 endet habe. Gegenüber dieser irrtümlichen
 Behauptung haben die holländischen Delegierten
 zum Genfer Kongresse eine Richtigstellung im
 „Het Vaderland“ veröffentlicht. Diese letztere
 finden wir auch im Dezemberheft von „Vrede
 door Recht“. Auf jeden Fall ist es von
 Wert, festzustellen, wie sehr die Be-
 handlung der Aktualitäten dem Ansehen der
 Weltfriedenskongresse bereits geschadet hat.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Dez. O. U., Die
 europäische Bedeutung der Balkankrise. —
 Dr. G. Grosch, Völkerfrühling. — Karl
 Kolb, Aufgabe der Friedenspresse. — usw.
 Mitteilungen des Verbandes für
 internationale Verständigung
 (Würzburg). No. 1. Bericht über die erste
 Tagung des Verbandes für internationale Ver-
 ständigung. — Dr. Karl Mehrmann, Das
 Konzert der Mächte. — E. Fitzner, Not-
 wendigkeit internationalen Rechts im See-
 versicherungswesen für Kriegzeiten. — Fred.
 Harsley, Lehren der Titanic-Katastrophe.
 — Dr. Müller-Meinungen, Parlament
 und internationale Verständigung. —

Der Friede (Bern). Dez. H. S., Gottfried Schuster †. — G. C., Die Friedensdemonstration des internationalen Sozialistenkongresses in Basel. — K. Rüd, Einige Gedanken über den sozialistischen Friedenskongreß. — Der Friedens-Nobelpreis. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). No. 23/24. Kundgebungen gegen den Balkankrieg. — Die Satzungen des internationalen Friedensbureaus in Bern. — Deutsch-englische Verständigungskonferenz in London. — Ein Sieg der Türkei vor dem Haager Schiedshofe. — Manifest der Internationalen zur gegenwärtigen Lage. — usw.

The Arbitrator (London). Dez. The Balkan Situation. — The Hague and British Policy in the Balkans. — Mrs. Bradlaugh-Bonner, Amongst the Scottish Women Liberals. — Successful Anglo-German Conference in London. — The Kaiser and Peace. — usw. usw.

— Jan. The Powers and the Balkans. — Canada and the Navy. — David Starr Jordan, The Panama Canal and its Economies. — The Panama Canal and Foreign Shipping (Reply of Sir Eduard Grey to President Taft). — Sovereignty over the air (Important Lecture by Sir Erle Richards). — usw.

Concord (London). Nov. Felix Moscheles, The Ordeal. — J. F. Green, The Balkan War. — J. A. Farrer, Conscriptio in New Zealand. — Carl Heath, The Anglo-German Understanding Conference. — An historic Congress. — usw. usw.

— Dez. G. H. Perris, The Work of Man. — Felix Moscheles, A rising Force. — Charles Weiß, Some personal Impressions of the Anti-War Demonstration at Basel. —

Herald of Peace (London). Jan. „The Time is short.“ — Aberdeen University Peace Society. — Autumnal Meeting of the Peace Society. —

Advocate of Peace (Washington). Dez. What the Peace Movement is. — The inherent Weakness of Militarism. — The Anglo-German Understanding Conference. — Gertrude B. Magill, To the Baroness von Suttner. — Churches should be Leaders in the Peace Movement. — Edwin D. Mead, More Soldiers or more Reason? — James L. Tryon, The international Boycott a dangerous Weapon. — Evans Darby, The Peril of the Air. — Charles E. Jefferson, Armed Peace — the Burden and Folly of Europe. — John Brunner, The Cost of Militarism. — usw.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wis.). Nov. (Michigan-Nummer). C. P. Wang, Rare Tales from Chinese Lore. — James B. Angell, The Situation in the Balkan. — Dr. R. V. Drechsler, The American Instituts. —

— Dez. George W. Nasmyth's aus Heidelberg 18. IX. 1912 datierten Bericht über die Entwicklung der Corda-Frateres-Bewegung in Europa.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). Nov. Inez P. Burton, The Opportunity and the Duty of the Schools in the

int. Peace Movement. — J. G. Alexander, The Geneva Peace Congress. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). No. 22. Charles Richet, Une Visile an Quai d'Orsay. — Francis Delaisi, La Crise européenne (deuxième article). — J. Prudhommeaux, La Guerre ne paie plus. — Charles Richet, Ce que coûterait une guerre européenne. — usw. usw.

— Nr. 23. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer. — La Paix européenne par la „Neutralisation“ de l'Alsace-Lorraine. — Lucien Le Foyer, Le devoir de l'Europe. — usw. usw. —

— No. 24. Francis Delaisi, Les financier et la guerre balkanique. usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix (Brignais). No. 21. A. Vanderpol, La Création d'une Union pour l'Etude du Droit des Gens d'après les principes Chrétiens. — F. Duval, Les Applications pratiques de la Doctrine de l'Eglise sur la guerre au Moyen-Age. — usw.

Etat-Unis d'Europe (Bern). Dez. La Guerre des Balkans et le Pacifisme. — Emile Arnaud, Arbitrage et amiable Composition. — usw.

La Paix (Genf). W. Kohl, La Folie de la guerre. — Louis Gionoli, L'Artiste et la guerre. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). Nov. Eduard Wawrinsky, August Beernaert. — usw. —

— Dez. (Julnummer). Krieg: Södes-Fred i Nord. — Marie Dehn, Fran Genevekongressen. — Dr. N. A. Nilsson, Världens förenade Starter. — Carl Sundblad, Krigsprofeterna och världskriget.

Fredsbladet (Kopenhagen). Dr. Niels Petersen, Krig og Fred. — Nobelsfredspris. —



Artikel - Rundschau.

Von Carl Ludwig Siemering.

Immer wieder muß man die Greuel des Balkankrieges ungescheut an den Pranger stellen, „denn sie zeigen, was es in Wahrheit ist mit dem Kriege!“ so schrieb Richard Gädke im letzten dieser Hefte. Also denn:

Dr. Dillon, der Wiener Spezialkorrespondent des Londoner „Daily Telegraph“, erhielt am 9. Dezember aus Konstantinopel und Bukarest Nachrichten von unmenschlichen Metzeleien, die die christlichen (!) Soldaten in der Umgebung Salonikis unter der unbewaffneten mohammedanischen Bevölkerung angerichtet hatten. — Die „Südslaw. Korrespondenz“ meldet aus Belgrad entsetzliche Einzelheiten über das Vorgehen der Truppen und Freischärler des Generals Jankowitsch, wodurch eine „künstliche Entvölkerung Albaniens“ stattfindet. Ein furchtbares Morden raffte Tausende und aber Tausende von Albanesen hinweg; die Untaten an Frauen und Kindern spotten der blutigsten Phantasie. — Nach einer Mitteilung der Berliner türkischen Botschaft aus den Weihnachts-

tagen haben griechische Banden, die in das muselmanische Dorf Kolonjati bei Janina einrückten, trotz der guten Aufnahme durch die Einwohner diese unerbittlich niedergemetzelt, die Männer obendrein noch verstümmelt und verbrannt. — Sehr erfreulich wirkt die durch die Balkanwirren erfolgte deutsch-englische Annäherung, die von dem deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, am 30. November öffentlich bestätigt und im Anschluß daran von der „Daily News“ unterstrichen wurde: Beide Länder hätten die beste Gelegenheit, jeden Appell an die Gewalt zu entmutigen; solange ihre Verbindung bestehe, seien die Aussichten auf eine friedliche Lösung außerordentlich gefördert. Auch der „Daily Telegraph“ schreibt erfreut: „... Plötzlich kommt die Entdeckung, die in beiden Hauptstädten zugleich gemacht wird, daß die nämlichen Ziele loyal, wenn auch unabhängig voneinander, verfolgt werden.“ Umso häßlicher wirkt es da, wenn die „Leipz. N. N.“ vom 8. Dez. „Die Gefahr von der andern Seite“ in der kanadischen Flottenvorlage erblicken: „England glaubt erst noch mit diesem kolonialen Zuwachs für seine Flotte rechnen zu müssen, ehe es stark genug zu sein meint.“ — Auch andere Chauvinisten halten ihre Zeit anscheinend für gekommen; sie warnen vor „unangebrachter Vertrauensseligkeit“ und weisen, wie Herr Keim im „Tag“ vom 22. Dezember, auf die Annahme des Infanterie-Kadergesetzes in der französischen Kammer hin. Die Folgerung aber, daß demnach auch deutsche Mehrrüstungen anderwärts erklärlichen Argwohn hervorrufen müssen, wird natürlich nicht gezogen; wenn vielmehr ein deutscher Autor, wie der bekannte Kapitän zur See a. D. Persius, Mitte Dezember in der „Ostsee-Zeitung“ und der „Königsb. Hartungschen Zeitung“ energisch gegen die weitere übertriebene Agitation zur Vermehrung unseres Schiffsbestandes Front macht, da eine solche Agitation nicht den Frieden sichere, sondern das Risiko vermehre, dann fallen die Herren vom Flotten- und Wehrverein sofort über ihn her und lassen kein gutes Haar an ihm! In der Weihnachtsbotschaft der „Nordd. Allg. Ztg.“ wurden ja auch bereits für das Frühjahr „weitere Ausgaben für den Bedarf des Heeres“ angekündigt, „wie sie angesichts der Weltlage nicht vermeidbar sein werden.“ Eben dadurch wird dann die Weltlage wieder bedrohlicher werden; man wird anderwärts, und schließlich auch in Deutschland, abermals rüsten müssen — kurzum der ewige, fehlerhafte Zirkel!

Die eben erwähnte „Königsb. Hartungsche Zeitung“ kommt unter ihrem neuen Chef Paul Listowsky den pazifistischen Bestrebungen in besonders liebenswürdiger Weise entgegen. Sie brachte am 7. Dezember einen Leitartikel von Georg Kossak, dem stellvert. Vorsitzenden der rührigen Königsberger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft: „Soll ein Kaufmann Pazifist sein?“ Ferner am 15. Dezember einen klugen Leitartikel „Der Friedensonntag“ aus der Feder des Chefredakteurs selbst, den bereits genannten Persius-Aufsatz und — von kleineren Berichten und Notizen abgesehen — am 1. Januar eine stark pazifistisch gefärbte „Neu-

jahrsbetrachtung“ von Ludwig Fulda. Die Ortsgruppe veröffentlichte in diesem altangesehenen Organ (wie auch an anderer Stelle) mehrfach große Inserate, u. a. einen Aufruf an die Geistlichen und ein Exposé: „Der ewige Krieg — eine große Täuschung!“

Der so plötzlich verstorbene deutsche Staatssekretär von Kiderlen-Waechter machte uns erst kürzlich wegen seiner Stellungnahme zum Rüstungsproblem zu schaffen. Die führenden Berliner Organe, u. a. das „Tagebl.“ v. 29. Dez., führen zu seinen Ehren mit Recht an, daß die deutsche Politik in der Balkanfrage bisher keine unbesonnene, draufgängerische, sondern eine abwägende, ausgleichende war. — Eine geniale Entdeckung hat am 9. Dezember die freikonservative Berliner „Post“ gemacht: daß nämlich die englische Flotte auf einen Winterkrieg in nördlichen Gewässern nicht eingerichtet sei, da ihre Schiffe in der großen Mehrzahl keine Heizungsanlagen enthielten. Selbst die „Deutsche Tagesztg.“ verulket ihre Gesinnungskollegin ob dieser nationalistischen Narretei recht kräftig; dann sollte man doch, so meint sie, den ersten Frosttag dieses Winters benutzen, um die britische Flotte mit ihren steifgefrorenen Admiralen, Offizieren und Matrosen zu vernichten. Probatum est! — Angesichts der in England rege gewordenen Propagierung der allgemeinen Wehrpflicht durch Lord Roberts und die „Times“ weist ein Artikel des „Hamb. Fremdenbl.“ vom 24. Dezember u. a. darauf hin, welche Wirkung auf den Arbeitsmarkt eine Herausnahme von 100 000 oder gar 250 000 arbeitsfähigen Männern haben müßte. — In Heft 52 der „Gartenlaube“ spricht sich Freiherr v. d. Goltz gegen den immer mehr um sich greifenden unkriegerischen Sinn unserer Zeit aus, worin er eine schwere Gefahr erblickt. Diese Befürchtung erscheint um so müßiger, als die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bekanntlich in allen Ländern, also nicht nur in Deutschland, die gleichen kriegsfeindlichen Erscheinungen zeitigt. — Redakteur J. Scherek-Berlin bringt Ende Dezember in mehreren Blättern, z. B. in der „Bresl. Ztg.“, einen Artikel „Kampf und Krieg“, der in der Vermischung beider Begriffe das Menschennögliche leistet: es wird vom „Krieg“ in der nationalliberalen Partei gesprochen, vom „Krieg“, den das Zentrum predige, und schließlich heißt es dann: „Krieg und (!) Kampf werden nie aufhören.“ Wann werden endlich einmal, in den Köpfen der Intellektuellen, diese Verwechslungen aufhören?! ... Franz Wedekind offeriert im „Berl. Tagebl.“ vom 25. Dezember unter dem Strich 6 Spalten „Weihnachtsgedanken“, worin er zum Schluß in gutgemeinter, aber recht dilettantischer Weise für ein „Weltparlament“ eintritt als einen „in Permanenz erklärten Friedenskongreß, der im Gegensatz zu den bisherigen, aus Dilettanten (!) und notorischen Händelsuchern (!) zusammengesetzten Friedenskongressen über alle Machtmittel der Welt verfügte.“ Von der Notwendigkeit schrittweisen Vorgehens und der Existenz einer Interparlamentar. Union scheint der Autor überhaupt nichts zu wissen, schreibt aber trotzdem öffentlich über eine Bewegung, deren Elemente er

nicht beherrscht. Der Generalsekretär der genannten Union, Chr. L. Lange-Brüssel, gibt in seinem Artikel „Europa“ („Frankf. Ztg.“ vom 25. Dezember) sozusagen die richtige Antwort auf Wedekinds Tiraden; er sieht eine „Revolte des Hungers und der Indignation“ herannahen, falls immer noch weiter gerüstet und mit dem Kriegsfeuer gespielt wird.

Günther v. Vielrogge (Oberstleutnant a. D. Carl v. Wartenberg) war wegen seines Artikels „Das zu oft verwaiste Regiment“ (im Aprilheft des „Türmer“) von der „Deutsch. Tagesztg.“ und den „Leipz. N. N.“ scharf angegriffen worden. Er wehrt sich gegen diese Verunglimpfungen in einer schneidig geschriebenen kleinen Broschüre: „Das zu oft verwaiste Reg. und die reaktionäre Presse“ (Verlag Nationale Kanzlei, Leipzig-St., Naunhoferstr. 33), worin er auf Seite 16 einen „Fürstenspiegel“ mitteilt, der der „Deutsch. Tagesztg.“ entstammt und an Unverblümtheit wahrlich nichts zu wünschen übrig läßt. Schwere Vorwürfe werden auch gegen das preußische Kriegsministerium und das preußische Militärkabinet erhoben.

In einer Besprechung des Erich Marckschen Buches „Männer und Zeiten“ in der „Frankf. Zeitung“ vom 29. Dezember nimmt der Referent, der Präsident des Ober-Konsistoriums in Elsaß-Lothringen, Dr. Friedrich Curtius, in interessanter Weise Stellung zu des Verfassers Ansichten vom Kriege. Es heißt da, anschließend an dem von Marcks zitierten Satze: „Der Krieg ist der große Schöpfer auch innerlicher Neubildung in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, in aller Kultur“, folgendermaßen: „Ich kann mich nicht überzeugen, daß diese Kombination politischer und wirtschaftlicher Bestrebungen mit dem Ziele des Weltkrieges dem deutschen Geiste gemäß sei. Für die Engländer, die ihre Kriege mit bezahlten Söldnern führen, ist der Krieg, im Grunde genommen, ein Geschäft, wenn auch ein grausiges, die Entscheidung über Krieg und Frieden eine Geldfrage. Ihre Kriege im 18. Jahrhundert werden von Marcks als Handelskriege gewürdigt und auch ihre Teilnahme an der Erhebung Europas gegen Napoleon war nicht, wie auf dem Kontinent von Spanien bis Rußland, ein Kampf um nationale Selbständigkeit, sondern um die Wiedereröffnung der Welt für den englischen Handel. Man begreift deshalb, daß in demjenigen Teile der englischen Nation, dem der Erwerb alles ist, die deutsche Konkurrenz den Gedanken einer gewaltsamen Entscheidung entstehen läßt. Daß, auch rein geschäftlich betrachtet, dieser Gedanke eine große Täuschung ist, hat ein berühmtes Buch nachgewiesen. Aber dem deutschen Geiste ist diese Verbindung von Patriotismus und Geschäft unnatürlich. Gewiß streben wir nach Raum für die Erzeugnisse deutscher Arbeit und für deutsche Menschen. Wie wir aber im Privatleben den unlauteren Wettbewerb verurteilen, so im internationalen Geschäft den Wettbewerb durch Kanonen und Panzerschiffe. . . . Marcks sagt,

daß die imperialen Bestrebungen von der alten, durchaus nationalen Grundlage herkommen, indem „die Nationen über die Ränder ihrer heimatlichen Formen übergeströmt sind in die Welt hinein.“ Das ist gewiß richtig. Wenn dem aber so ist, so handelt es sich um eine wirtschaftliche Erscheinung, aus der der Politik die Aufgabe erwächst, die unvermeidlichen Kollisionen zu überwinden. Es ist geradezu ein Verzicht auf die Lösung der höchsten politischen Aufgaben, ein Verzicht im Grunde auf die Superiorität des Geistes über die Natur, wenn man die Entwicklung dieser Dinge in der resignierten Erwartung eines Welthandelskrieges ansieht. Die „rücksichtslose Machtpolitik“ ist ethisch und politisch noch eher zu entschuldigen, wenn sie im Ernste ein Weltreich plant, das der gequälten Menschheit nach Zeiten unerhörter Drangsale den ewigen Frieden verschafft. So feierten die römischen Dichter die Herrschaft des Augustus, als einen solchen Versuch hat auch Napoleon gelegentlich das letzte Ziel seiner Politik vor dem Gewissen der Menschheit verteidigt. Wenn man aber den Weltkrieg ohne Ziel und Ende kommen sieht, so ist das der Bankrott der Politik, eine entschlossene Rückkehr zur Barbarei. Im Blick auf eine solche Perspektive erscheinen die Welteroberer, Alexander und Napoleon, wie fromme Idealisten.“ — In der „Welt am Montag“ vom 16. Dezember weist Helmut v. Gerlach den „Bankrott des Friedens“ nach. Ihm scheint es, daß die alte Friedensidee „Pleite gemacht“. „Neue Wege gilt es zu wandeln“. Es dünkt uns, daß nur die Idee, die sich Herr v. Gerlach von der Friedensidee gemacht hat, „bankrott“ ist. Die „neuen Wege“, die er sieht, haben andere schon längst gebahnt. Ihm sind sie noch neu; einer, der mit einem Hapag-Luxusdampfer nach New York fährt und sich einredet, Amerika entdeckt zu haben. — Drollig ist es, wenn die Aestheten, am drolligsten gar, wenn die Kabarett-Spaßmacher sich über die Wissenschaft des Pazifismus äußern. In einem „Deutsche Dichtung, Deutsche Wirklichkeit“ betitelten Artikel in der „Neuen Straßburger Zeitung“ vom 23. Dezember kommt uns Freiherr Ernst von Wolzogen in politischem Kostüm. Man höre: „Als ich in der Zeitung las, daß heuer kein Nobelpreis für Friedensbestrebungen verliehen werden könne, da habe ich dreimal Hurra geschrien. Mag das nun geschehen sein, weil in der ganzen zivilisierten Welt wirklich kein ehrwürdiger Faselhans zu finden war, oder weil die Preisrichter das Feingefühl besaßen, sich in einer Zeit, wo die ganze Welt dem Heldenmut von vier verkannten kleinen Völkern die verdienten Ehrenbezeugungen erweist, sich mit der Belohnung billiger Salbadereien nicht lächerlich zu machen, gleichviel — das blanke Schwert ist den müßigen Wortmachern über den Mund gefahren, und das dünkt mich erfreulich. Wir haben in Deutschland gegenwärtig nicht den geringsten Grund, mit dem Säbel zu rasseln, und ein Triumph der Unvernunft wäre es, wenn ganz Europa wirklich darum bluten müßte, weil österreichische Handelsinteressen den siegreichen Serben keinen Adria-hafen gönnen. Aber gut ist es auf alle Fälle, daß wir wieder einmal einen gerechten Krieg

in der Nähe erleben und der Gefahr ins Auge sehen mußten. Nicht die schlechteste Folge wäre es, wenn auch die deutsche Dichtung sich von dieser Nähe des Schreckens ein wenig am Ohr gezupft fühlen und sich dadurch an ihre höheren Pflichten erinnern lassen wollte. Sie ist schon soweit gekommen, die Bekritteltung und Bewitzelung alles Helden­tums als Beweis überlegenen Geistes ebenso anzustaunen, wie die Flucht aus dem Reichtum der Gegenwart in die armseligsten Winkel der Vergangenheit. In den vier Jahrzehnten des Friedens ist auch die Dichtung fast ganz zur reinen Luxuskunst geworden, und sie hat in der gedeihlichen Bruthitze ästhetischer Ueberkultur ungemein viel gelernt.“ Ja, schon zur Hebung der deutschen Dichtkunst, sollte man losschießen, stechen, brennen. Herr v. Wolzogen braucht Kabarettstimmung im Lande. Hurra! — Auch die allezeit „übernationalen“ „Dresdener Nachrichten“ leisten sich in ihrer Nummer vom 15. Dezember aus Anlaß der Nichtverteilung des Nobelpreises einen Artikel, den sie „Das Fiasko der Friedens­idee“ betiteln. — Wahrscheinlich, um allen ihren Lesern gerecht zu werden, schreibt die „Leipziger Illustrierte Zeitung“ in einen „Friede auf Erden“ betitelten Weihnachtsartikel u. a. den Satz: „Daß der Krieg immer ein unheilvolles Uebel ist, kann getrost zugegeben werden, nichtsdestoweniger ist er von jeher ein Element fortschrittlicher Kulturentwicklung . . . gewesen.“ Aber: Ein „Uebel“ ist schlecht, ein „Element fortschrittlicher Kulturentwick­lung“ ist gut. Ist der Krieg nun gut oder schlecht? Heraus mit der Sprache! Solch zweideutiges Gestammel ist unklar.



Artikel. :

(Bibliographie.) I. Friedens­bewegung im allgemeinen: Anna B. Eckstein, Auf zur vorbeugenden Tat! „Die Frau der Gegenwart.“ (Breslau.) 15. X. * Walther Nithack Stahn, Die Stellung des evangel. Geistlichen zum Kriegs­problem. „Allgemeiner Beobachter.“ (Hamburg.) 1. XII. * Kurd v. Strantz, Weiteres zum Fall Lamszus. „Allgemeiner Beobachter.“ 1. XII. * R. P., Wilhelm Förster; z. Beginn seines neunten Lebensjahrzehntes. „Eth. Kultur.“ 1. I. * Miyaoka, Das Exekutiv­Komitee der Carnegie­stiftung für den internationalen Frieden. (In japan. Sprache), „The Taiyo.“ (Tokio.) Nr. 16. * Pfarrer Täschler, Völkerfrieden. Morgenpredigt im Münster zu Basel, am Tag der Friedenskundgebung des internationalen Sozialistenkongresses. „Schweizerisches Protestantenblatt.“ (Basel.) Nr. 48. * Paul Kampffmeyer, Der sozialistische Friedensgedanke; ein Stück Verfassung. „Soz. Monatshefte.“ 12. XII. * P. Rühlmann, Normann Angell, Die große Täuschung. (Referat.) „Deutsche Literaturzeitung.“ (Berlin.) Nr. 51/52. * Hermann vom Rath, Friedenspolitik. „Der Tag.“ 14. XII. * Der Friedenssonntag. „Königsberger Hartungs'sche Zeitung.“ 15. XII. * Der Friedenspreis. „Kölnische Zeitung.“ 14. XII. * Nieder mit dem Krieg! (Von ein. Offizier der serb. Armee.) „Vorwärts.“ 18. XII. * Les Commerçants et la Paix. Une Enquête. „Journal d'Allemagne.“

(Berlin.) 5. XII. * Dr. Wilh. Stapel-Dresden, Zur Rechtfertigung des Krieges. „Die Grenzboten.“ 18. XII. * Eugen Wolbe, Schule und Weltfrieden. „Voss. Ztg.“ 29. XII. * Dr. Müller-Meinigen, Parlament und internationale Verständigung. „Neue Badische Landeszeitung.“ (Mannheim.) 1. I. * Max Maurenbrecher, Die Demokratie und der Krieg. „Das freie Wort.“ Nr. 19. * Grete Meisel-Heß, Die Frau im Kriege. „Ueber Land und Meer.“ Nr. 13.

II. Die internationale Politik: Dr. Elsbeth Friedrichs, Pan-Amerika als Ausdruck einer neuen Kulturepoche. „Der Volkserzieher.“ Nr. 20. * Dr. Ernst Sieper, Die deutsch-englische Verständigung. „Die kritische Tribüne.“ (München-Pasing.) Nr. 18. * Karl Leuthner, Das Balkanproblem und Oesterreich-Ungarn. „Soz. Monatshefte.“ Nr. 23. * Zwei Mitarbeiter an der deutsch-englischen Verständigung. „Neue Preußische (†) Zeitung.“ 4. I. 13. * Charles Tuchmann, Zur deutsch-englischen Verständigung. „Vossische Zeitung.“ 5. I. * Professor Otfried Nippold, Der Wert der deutsch-englischen Verständigungskonferenz. „Karlsruher Zeitung.“ 13. XII. und „Neue Badische Landeszeitung.“ 28. XII. * Prof. Richard Eickhoff, England und Deutschland. „Der Tag.“ 13. XII. * Ernst Schultze, Der Kultureinfluß Englands auf Deutschland. „Dresdener Anzeiger.“ 22. u. 29. XII. * W. v. Massow, Die Erneuerung des Dreibunds. „Die Grenzboten.“ 18. XII.

III. Völkerrecht: L. Krause, Die Eisenbahnen im Kriege und die Haager Friedenskonferenz. „Die Wage.“ (Wien.) 24. XII. * Karl Schrader, Eine Lehre des Balkankrieges. Ein neuer Weg zum Ausgleich internationaler Streitigkeiten. „Berliner Tageblatt.“ 3. I.

IV. Internationales: Louis P. Lochner, Ueber internationale Studentenvereine. „Hochschulnachrichten.“ (München.) Nr. 2.

V. Wirtschaftliches: John R. Loewenherz, Krieg und Währung. „Berliner Tageblatt.“ 22. XII. * Francis W. Hirst, Englands auswärtige und Handelspolitik. „Frankfurter Zeitung.“ 1. I. * Prof. Charles Richet, Die Kosten eines europäischen Krieges. „Dokumente des Fortschritts.“ 11.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENS­GESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.
Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.
Rückkehr unserer Präsidentin aus Amerika. Nach halbjährigem Aufenthalte in Amerika ist Baronin v. Suttner am

23. v. M. wieder in Wien eingetroffen und wurde am Westbahnhofe von den versammelten Vorstandsmitgliedern unserer Gesellschaft sowie gleichfalls anwesenden intimen Freunden der Baronin herzlichst empfangen. Dr. v. Dorn richtete an die Heimgekehrte Worte der herzlichsten Begrüßung. Baronin v. Suttner wird am 17. d. M. im Beethovensaale über ihre Erlebnisse in Amerika einen Vortrag halten, über dessen Verlauf wir in der nächsten Nummer berichten werden.

Resolution. Der Vorstand beschloß in seiner Sitzung vom 18. v. M. bezüglich des im Abgeordnetenhause gestellten Antrages, „die Regierung ist aufzufordern, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung in dem Sinne auszuüben, daß Oesterreich-Ungarn sich bereit erklärt, im Falle, daß Serbien eine angemessene Genugtuung für die Verletzung des österreichisch-ungarischen Konsulates in Prizrend verweigern sollte, die Streit-sache der Entscheidung des ständigen Schiedsgerichtes zu unterbreiten“, dem Antragsteller, Herrn Abgeordneten Leuthner, sowie jenen Herren Abgeordneten, welche für seinen Antrag gestimmt haben, für die Vertretung der Prinzipien der Staatschiedsgerichtsbarkeit den wärmsten Dank auszusprechen.

Hierbei hat der Vorstand mit Befremden und Bedauern konstatiert, daß berufene Vertreter dieser Prinzipien, Mitglieder der interparlamentarischen Union, nicht die Initiative zu diesem Antrage ergriffen, ja, sogar gegen denselben gestimmt haben. Diese Haltung hat nicht verfehlt, unter allen Friedensfreunden peinliches Aufsehen zu erregen. Um so mehr, als Oesterreich-Ungarn doch eine Signatarmacht der Haager Konvention ist, und ein offizieller Vertreter Oesterreich-Ungarns am Haager Schiedshofe, Herrenhausmitglied Herr Hofrat Lammasch, wiederholt öffentlich erklärte, daß die Angelegenheit Prochaska geeignet wäre, vor das Haager Schiedsgericht gebracht zu werden.

Der Vorstand der Oesterreichischen Friedensgesellschaft hat daher beschlossen, seine Mitglieder zu ersuchen, die Abgeordneten ihres Bezirkes gelegentlich der Erstattung des Rechenschaftsberichtes über die Gründe ihres Verhaltens gegenüber dem Antrage Leuthner zu interpellieren.

Aktionskomitee. Oberrechnungsrat Schleck, ein tatkräftiges Mitglied unseres Aktionskomitees, veröffentlichte in der „Staats-Beamten-Zeitung“, sowie in der „Rechnungs-Beamten-Zeitung“, Aufsätze, zur Förderung unserer Bestrebungen. Seinen Bemühungen ist es auch zu danken, daß die genannten Blätter als Beilage einen Aufruf der Friedensgesellschaft brachten, in dem die k. k. Staats-

beamten aufgefordert werden, sich unserer Gesellschaft anzuschließen.

Friedenspropaganda in Böhmen. Ein eifriger Förderer unserer Sache, Professor Dr. A. Batek in Prag, sendet uns ein Schreiben über seine pazifistische Tätigkeit, aus dem wir einige interessante Stellen hier folgen lassen:

„Da in Prag läßt sich doch viel mehr machen als in Pilsen. Dort unter der Obhut der Skodawerke wachsen nur dem Flottenverein die Früchte. Da ich auch andere als pazifistische Vorträge halte, so habe ich in diesem Monat schon an sieben Stellen vorgetragen. Natürlich lasse ich auch bei Behandlung rein wissenschaftlicher und kultureller Vorträge überall die pazifistische Tendenz durchleuchten.

Hier ist auch eine Fabrik, welche für ihre Arbeiter allgemein belehrende Vorträge veranstaltet. Da habe ich schon dreimal vorgetragen. Immer sind gegen 150 Arbeiter anwesend. Im Dezember habe ich dort über allmenschliche Ideen vorgetragen, wo ich natürlich in erster Reihe die pazifistischen Bestrebungen hervortreten ließ.

Schade, daß ich mit der Schule und auch wissenschaftlich zu viel beschäftigt bin. Sonst möchte ich einen böhmischen Friedensverein gründen. Aber dazu habe ich viel zu wenig Zeit. Jetzt will ich mir aber ein Skioptikon kaufen und meine eigenen Diapositive anschaffen. Dadurch hoffe ich, meine Vorträge anziehender zu gestalten.“

Wie uns die Ortsgruppenleitung aus Marienbad mitteilt, hat die dortige Bezirkshauptmannschaft ebenfalls die Affichierung unseres Plakates verboten.

In Brünn hat sich bereits eine böhmische Friedensvereinigung für Mähren gebildet. Dem Gründungskomitee gehören Abgeordnete, hohe Geistliche, Advokaten, Schuldirektoren und höhere Staatsbeamte an. Am 15. Dezember v. J. war die Gründungsversammlung, welche ungemein gut besucht war, an welcher sich ein Vortrag von Frau Henriette Wurm anschloß. Die neue Vereinigung beabsichtigt, an den Landesschulrat in Brünn ein Gesuch um Einführung des Friedenstages in den Schulen zu richten, und hat vor, sich mit dem Brünnner Deutschen Frauenklub in Verbindung zu setzen, damit dieser auch an die deutsche Sektion des Landesschulrates die gleiche Petition überreicht. Die Proponentin der Vereinigung ist uns als warme Friedensförderin bekannt und hat im vorigen Monate in Prag zwei große Vorträge gehalten.

Wiener akademischer Friedensverein. Am 3. Januar d. J. veranstaltete der Wiener akadem. Friedensverein einen Vortragsabend. Prof. Dr. R. Broda (Paris) sprach im Hörsaal 50 der Universität über das Thema: „Inwieweit bestätigt der Balkankrieg die Lehren der Friedensbewegung“, er ertete für seine Ausführungen von den überaus zahlreich erschienenen Zuhörern reichen Beifall.



Februar 1913.

Die gefundene Formel.

„Eines schönen Tages wird man an die Regierung mit der Frage herantreten, was sie denn getan habe, um diese angeblich so schwere Formel zu finden. Welch merkwürdige Stellungnahme, zu behaupten, eine Formel sei schwierig, und es dabei bewenden zu lassen! Welch neuer Beweis für die Untauglichkeit unserer heutigen Diplomatie! Wenn die Menschheit diesen Standpunkt immer eingenommen hätte, so hätten wir uns von der Kultur des Pfahlbauers noch nicht erhoben. Auch die Formeln für die Heilung der Diphtherie und für das lenkbare Luftschiff waren schwierig zu finden, und nur, weil man nach ihnen gesucht hat, ist man zur endlichen Lösung dieser Probleme gelangt. Die Formeln zur Heilung des Krebses und der Tuberkulose sind sicherlich noch schwieriger als die Formeln zur Verminderung der Rüstungen. Nach den ersteren sucht man aber mit allen der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Kräften, bei der Suche nach der letzteren begnügt man sich im günstigsten Falle mit dem Gutachten eines Obersten vom Generalstab.“ So schrieben wir an dieser Stelle im April 1909, als im englischen wie im deutschen Parlament das Problem zur Beschränkung der Seerüstungen fast gleichzeitig erörtert, und die Suche nach der „Formel“ von seiten der Reichsregierung als eine ziemlich vergebliche Arbeit bezeichnet wurde. Die Wege der Entwicklung sind manchmal kraus. Wer ihnen aber beharrlich folgt, nähert sich doch dem Ziel. Am 7. Februar 1913 drang die Nachricht in die Welt, daß die deutsche Reichsregierung sich mit England über die Entwicklung des Flottenbaues beider Länder auf eine Formel geeinigt habe. Eine Nachricht von so ungeheurer Wichtigkeit, daß für einen Augenblick all der widerwärtige Wahnsinn in Vergessenheit geriet, der im

Südost des Erdteils die Völker um das brennende und zertrümmerte Adrianopel streiten läßt und Leichenhaufen über Leichenhaufen türmt. Auch hier ist eine Bresche geschossen, ein Fortschritt bei der Belagerung eines Systems erzielt worden, das seit Jahrzehnten sich gegen die Uebergabe sträubt. Das System des Wettrüstens — es ist noch nicht überwunden — aber eine Erschütterung hat es erhalten, die vom Standpunkt der Vernunft auf das freudigste zu begrüßen ist. Jahrzehnte hindurch haben wir Pazifisten gegen die Bollwerke der Rüstungsroutine Sturm gelaufen, haben wir die Wälle der Vorurteile und des Hasses zu überwinden versucht, haben wir mit den Waffen der Vernunft und des trockenen Kalküls die schönen Phrasen der Rüstungsfanatiker bekämpft. Jahrzehnte hindurch haben wir unsere Arbeit jenen Kräften entgegengestellt, die darauf ausgingen, zwei Völker, die gemeinsam den Weltkern bedeuten, zu spalten, und zur gegenseitigen Vernichtung anzuspornen. Den Kriegshetzern, den Vernichtungsgläubigen, den Gewaltaposteln und den Propheten eines unbedingt notwendigen und unungänglichen Krieges sind wir zu Leibe gerückt. Immer dichter schlossen sich die Kreise der von uns aufgestellten Verständigungsarmee, immer enger wurden die Maschen jenes Netzes, das wir um beide Staaten legten, um sie vor einem gewaltvollen Auseinanderfall zu hindern. Der haßerfüllten Sprache berufsmäßiger Hetzer setzten wir den Zwang zur gegenseitigen Erörterung entgegen, zur Aussprache, zum Gedankenaustausch; lauter Mittel, die die Eignung besitzen, zur Explosion bereitetes Dynamit in feuchten Zustand zu versetzen. Den Krieg, den kulturmordenden Weltkrieg, gelang es uns so, hinauszuschieben und, nach menschlicher Voraussicht, überhaupt zu bannen. Nun haben wir einen weiteren

Triumph zu verzeichnen. Von den Festungsmauern der Routine weht die weiße Fahne mit der Formel 10:16. Nirgends so sehr, wie in dem Kampfe der Friedensidee gegen die Weltunvernunft, hat der Satz Berechtigung, den Frédéric Passy in einer entscheidenden Stunde der pazifistischen Geschichte gesprochen: „Man soll niemals „niemals“ sagen.“

Die Formel ist gefunden. Zwar nicht die Formel der Abrüstung, aber die Formel für die Beschränkung des Wettbewerbes der Rüstungen. Damit ist aber nicht nur der Anfang gemacht, sondern gerade das Unheilvolle im modernen Rüstungswesen ins Herz getroffen worden. Denn nicht die Rüstungen an sich sind das Verderbliche, sondern das in seiner Wirkung zwecklose Ueberbieten, das die Kräfte erhöht, ohne sie zu verschieben. Jenes Ueberbieten, das den Völkern die größten Lasten auferlegt, ohne einen anderen Grund als den der Unfähigkeit zu einer vernünftigen Vereinbarung. Es ist ein Anfang gemacht, der auf die Entwicklung der europäischen Psyche von segensreichstem Einfluß sein muß, denn bisher haben sich die Anhänger des Wett-rüstens mit Gewalt der Zumutung verschlossen, daß über jenes Problem überhaupt diskutiert werden dürfte; mit patriotischer Entrüstung jeden des Verrats geziehen, der darauf hinwies, daß eine Diskussion von Volk zu Volk allein imstande wäre, dem Uebel an den Leib zu gehen. „Die Rüstungen sind unsere eigene Angelegenheit, in die wir niemanden etwas dreinzureden gestatten“, war die ständige verbohrtete Widerlegung aller unserer Versuche. Vergeblich war unser Bemühen, darauf hinzuweisen, daß jede Rüstung eines Staates einen Eingriff in die Angelegenheiten des andern bedeute, daß daher die gemeinsame Erörterung eine ganz selbstverständliche Forderung der Vernunft sei. Die Gegner gingen so weit, daß z. B. die „Hamburger Nachrichten“, als im Jahre 1906 im englischen Unterhause die Anregung zur internationalen Besprechung des Rüstungsproblems gegeben wurde, nicht vor der Behauptung zurückschreckten, die Engländer wollen den Deutschen das Maß ihrer Rüstungen „vorschreiben“, wie es einst Napoleon Preußen nach dem Frieden von Tilsit getan. Um der Wahrheit die Ehre zu geben muß betont werden, daß man sogar in konservativen und sonst stark national gesinnten Kreisen die Unhaltbarkeit der Rüstungsargumente, wie sie das

Gros der Fanatiker vorbrachte, seit einiger Zeit erkannt hat. Schon lange vor der zweiten Haager Konferenz hat Geheimrat von Hollstein zu einer Verständigung mit England geraten, und sogar die „Kreuzzeitung“ hat in ihrem Osterartikel von 1909 der Hoffnung Ausdruck gegeben, der Reichskanzler werde doch eines Tages und „hoffentlich recht bald die Formel finden“, die eine Verhandlungsbasis mit England biete. Und der konservative Erbprinz von und zu Hohenlohe-Langenburg brachte im März 1909 im deutschen Reichstag die Ansicht zum Ausdruck, daß ein Vorschlag Englands über die Abrüstung zur See „wenn er an uns herantritt, nicht in schroffer Weise zurückzuweisen ist“. Er meinte, man müsse einen solchen Vorschlag reiflich prüfen und fügte hinzu: „Ich glaube, man muß die geschichtliche Entwicklung abwarten. Es hat sich schon manches in der Welt vollzogen, was vor 20, 30 oder 50 Jahren als unmöglich galt, und wer weiß, ob nicht dereinst die Tatsachen zu jenem Ergebnis führen werden, das wir jetzt durch einen Vertrag vergeblich zu erreichen bestrebt sind.“ Im März 1911 trat auch der konservative Graf von Kanitz für eine Flottenverständigung mit England ein, in dem er sich mit den Grundsätzen des Ministers Grey einverstanden erklärte, der kurz vorher gesagt hatte: „Die Bürde der Rüstung ist eine größere Gefahr als der Krieg selbst; sie bedeutet ein Verbluten in Friedenszeiten.“

* * *

In dem Entwicklungsgang zu einer anglo-deutschen Rüstungsverständigung sind drei Perioden deutlich zu unterscheiden. Zuerst das vollständige Stillschweigen deutscherseits gegenüber den englischen Anregungen. Schon im März 1899 ließ die englische Regierung durch den damaligen ersten Lord der Admiralität, Goschen, erklären, daß sie nichts sehnlicher wünsche, als ihre Marineausgaben beschränken zu können, und daß sie bereit sei, ihr Bauprogramm zu vermindern, wenn andere Nationen sich mit ihr darüber verständigen wollten. Noch im Juli 1903 bestätigte der damals allmächtige Minister Chamberlain diese Erklärung Lord Goschens, die er für die Regierung noch immer bindend erklärte. Diese Anregungen fanden in Deutschland keinerlei Beachtung; ja sie wurden in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Die zweite Periode kennzeichnet sich durch eine energische Zurückweisung der

englischen Vorschläge von deutscher Seite. Sie setzt um das Jahr 1906 ein, als England sich bemühte, das Problem der Rüstungsbeschränkungen auf der zweiten Haager Konferenz zur Erörterung zu bringen. Die Debatten im englischen Unterhause im Frühjahr 1906 und im Oberhause im Mai desselben Jahres, so wie die übrigen Maßnahmen der englischen Regierung zu jener Zeit (interparlamentarische Konferenz zu London) lösten in der öffentlichen Meinung Deutschlands bis weit in die liberalen Kreise hinein eine heftige Opposition aus. Man vermutete in dem englischen Vorgehen einen „Trick“ gegen Deutschland und betrachtete von diesem Gesichtspunkt aus die ganze zweite Haager Konferenz als eine Falle, in die das Reich gelockt werden sollte. Ja man ging so weit, die Möglichkeit einer Erörterung des Rüstungsproblems auf der Konferenz als eine Kriegsgefahr anzusehen. In offener Reichstagsitzung im April 1907 entrang sich dem Abgeordneten Bassermann der Stoßseufzer: „Wenn wir die Haager Konferenz glücklich überstanden haben, dann werden hoffentlich wieder friedliche Zeiten kommen“, und der Kriegsminister hielt es für angebracht, dem Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg zuzustimmen, der für jene englischen Verständigungsversuche nur ein schußbereites „sie mögen kommen!“ übrig hatte. Fürst Bülow erklärte damals, daß Deutschland an einer Besprechung des Rüstungsproblems auf der Haager Konferenz nicht teilnehmen werde. So wurde die Beratung des Problems im Haag vereitelt. Die englische Regierung begnügte sich dort, auf die Notwendigkeit einer Lösung hinzuweisen, und neuerdings ihre Bereitwilligkeit zu einem Abkommen zu erklären.

* * *

Aber unmittelbar nach der zweiten Haager Konferenz begann die dritte Periode, die sich durch den Beginn einer wechselseitigen Erörterung der Rüstungsfrage kennzeichnet. Englische Staatsmänner unterließen es nicht, darauf hinzuweisen, daß es so nicht weitergehen könne. Lord Asquith erklärte noch 1908, daß er eine Hand ergreifen würde, die in guter Absicht und Treue entgegengestreckt wird, und im März 1909 entwickelte sich im deutschen Reichstag an zwei Tagen eine hochbedeutende Debatte, in der die Vertreter verschiedener Parteien den Wunsch nach einer Verständigung mit England zum Ausdruck brachten und in der die Regierung zugab, daß „unverbind-

liche“ Gespräche mit den englischen Staatsmännern bereits gepflogen wurden. In den Jahren 1910 und 1911 nahm die wechselseitige Erörterung des Rüstungsproblems an Kraft zu, und in der Reichstagsitzung vom 10. Dezember 1910 konnte der Reichskanzler Bethmann Hollweg gegenüber den Wünschen mehrerer Parteivertreter erklären, daß mit der englischen Regierung „pourparlers“ schweben. Schließlich kam es am 31. März 1911 im deutschen Reichstag, nach einer zweitägigen Debatte über die Rüstungsverständigung, zur einstimmigen Annahme einer Resolution, die dahin ging: „Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Bereitwilligkeit zu erklären, in gemeinsame Verhandlungen mit anderen Großmächten einzutreten, sobald von einer Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben gemacht werden sollten.“ Die Marokkovorstimmung konnte die Entwicklung der gegenseitigen Erörterungen nicht hemmen. Nach Agadir kam Lord Haldane nach Berlin und Freiherr von Marschall wurde nach London versetzt. Ende Oktober 1912 fand in London die von beiden Regierungen gebildete anglo-deutsche Verständigungskonferenz statt, und am 7. Februar 1913 erklärte nun der Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamtes in der Budgetkommission des Reichstages, daß er eine Verständigung mit England über die Größe der Flotte im Verhältnis von 10:16 für die nächsten Jahre für annehmbar halte. Damit beginnt die vierte Periode der anglo-deutschen Verständigung, die der praktischen Friedenssicherung und endlichen Durchführung eines vernünftigen Ebenmaßes der staatlichen Schutzeinrichtungen. Die Zeit scheint nahe zu sein, wo die landläufigen Einwände gegen das allgemeine Verlangen nach Regelung des Rüstungswesens in sich zusammenfallen werden und so der Weg frei gemacht werden wird zur wahren Befreiung der Völker von ihrer eigenen Tyrannei. Diese werden alsdann entdecken, wie sie Edward Grey in seiner oben erwähnten denkwürdigen Unterhausrede vom 12. März 1911 so richtig gesagt hat, „daß während der Zeit, in der sie sich in der Knechtschaft dieser ungeheuerlichen Ausgaben befanden, die Gefängnistür von der Innenseite verschlossen war.“

Die pazifistische Bewegung kann mit Stolz darauf hinweisen, daß sie es war, die

jenen Wandel der öffentlichen Meinung herbeigeführt hat, durch den es erst möglich wurde, aus der Zeit des brutalen Hasses, der gegenseitigen Vernichtungsgier heraus, in eine Aera der Vernunft Herrschaft hinüberzuführen. Ihr scheint diese Aenderung in den Beziehungen der beiden Staaten zugleich ein Wendepunkt für die Entwicklung ganz Europas zu werden. Die schlichten Zahlen 10:16 werden weltgeschichtliche Bedeutung erlangen. Wenn sie, was zu erhoffen ist, eine Sicherung dafür bieten werden, daß die beiden Völker, die wir den Kern der Welt genannt haben, statt zu gegenseitiger Vernichtung, zur Gemeinsamkeit und höheren Festigung gelangen können, so wird sich das Rad der Weltgeschichte künftig nach einer ganz anderen Richtung drehen, und die Aengste und Verwirrungen, unter denen der schwergeprüfte Erdteil in den letzten Jahren zu leiden hatte, werden bald einer Vergangenheit angehören, die einer glücklicheren Zukunft nur Grauen und Abscheu einflößen wird. Wir Pazifisten, die wir uns den Ruhmestitel nicht werden rauben lassen, der Entwicklung dieser glückverheißenden Wendung zugesteuert zu haben, werden mit erneuten Kräften dahin arbeiten, daß diese Zukunft bald eine Gegenwart werde.

A. H. F.

Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes.

Von Assessor Dr. W. Bellardi, Hannover.

Als zweiter Band der großzügig angelegten Sammlung „Das Werk vom Haag“ ist im Sommer des verflossenen Jahres unter dem obenstehenden Titel ein neues Buch von Dr. Hans Wehberg erschienen (München und Leipzig 1912, Verlag von Duncker & Humblot).

Man darf es a priori als einen besonders günstigen Umstand betrachten, daß gerade Wehberg die Bearbeitung dieser schwierigen Materie, die für den erhofften baldigen Fortschritt in der Entwicklung der internationalen Rechtsgemeinschaft von so außerordentlich praktischer Bedeutung ist, in die Hand genommen hat. Zweifellos war Wehberg der berufene Mann hierzu. Hat er doch bei seiner unermüdlichen und tiefgehenden Beschäftigung mit allen Fragen des Völkerrechts und der Friedensbewegung sich bereits seit Jahren mit besonderem Interesse dem Probleme der internationalen Gerichtsbarkeit zugewandt. In einer Reihe von Aufsätzen in Tageszeitungen und Fachzeitschriften sowie an mehreren Stellen seines Kommentars zu dem Haager „Abkommen

betreffend die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten“ vom 18. Oktober 1907 (Tübingen 1911, Verlag von J. C. B. Mohr) hat Wehberg seine Gedanken hierüber zum Teil schon veröffentlicht. Diese Gedanken, wesentlich erweitert und in gründlicher, wissenschaftlicher Weise vertieft, finden wir nun in diesem zweiten Bande des „Werkes vom Haag“ in übersichtlicher Zusammenfassung niedergelegt.

Wehbergs Arbeit rechtfertigt die darauf gesetzten Hoffnungen in reichstem Maße. Ich möchte wünschen, daß sie nicht nur weit verbreitet, sondern auch ernsthaft studiert würde von allen, deren Gesichtes- und Gedankenkreis über den Horizont des eigenpersönlichen und nationalen Lebens hinausgreifend auch die Anteilnahme an dem Gesamtleben der in Kulturstaaten organisierten Menschheit umfaßt. Besonders aber sollten alle diejenigen an dieser kostbaren Quelle trinken, in deren Hand es zum wesentlichen Teile gegeben ist, über Tempo und Grad des Fortschritts im Wachstum der Völker-Rechtsgemeinschaft zu entscheiden.

Hiermit könnte ich eigentlich schon mit dem, was ich zu Wehbergs Werk öffentlich zu sagen hätte, abschließen: man lese das Buch und denke darüber! Zum mindesten erscheint es mir überflüssig, neben dieser dringenden Empfehlung darauf hinzuweisen, daß Wehbergs Arbeit in hohem Maße von selbständigem Geist und Scharfsinn zeugt und sich in gleicher Weise durch klare, übersichtliche Anlage und fesselnde, gewandte Darstellung wie durch die außerordentliche Fülle des verarbeiteten deutschen und fremdsprachigen Akten- und Literaturmaterials auszeichnet. Hiervon wird sich jeder, der das Werk liest, ohnehin bald überzeugen. Und andere dürfte diese Feststellung schwerlich viel interessieren.

Vielleicht aber wird erst eine kurze Darstellung des näheren Inhalts den einen oder anderen zur Lektüre des Buches anregen. Deshalb mag ein Eingehen hierauf an dieser Stelle berechtigt sein.

Und zwar möchte ich der knappen Mitteilung des wesentlichen Inhalts die einzige eigentlich „kritische“ Bemerkung, die ich für meine Person zu machen hätte, hier gleich vorausschicken, ohne jedoch eine Polemik in einer Frage eröffnen zu wollen, die von der Mehrzahl der völkerrechtlichen und pazifistischen Schriftsteller bereits im Sinne der Wehbergschen Auffassung beantwortet worden ist — wobei ich die Richtigkeit dieser Antwort vom praktischen Standpunkte der Rücksichtnahme auf die heutigen wirklichen Verhältnisse des politischen Lebens und auf die Gebote der Taktik ohne weiteres anerkenne.

Es handelt sich um die Frage, ob für die Organisation der völkerrechtlichen Rechtsprechung die Schaffung einer Exekutions-

instanz entbehrlich ist oder ob sie vielmehr notwendig, zum mindesten wünschenswert ist.

Wehberg meint, es bestehe „keinerlei Bedürfnis für eine Exekutionsgewalt im Völkerrechte, so daß das Ideal eines internationalen Gerichtshofes einen Zwangsapparat nicht erfordere“ (S. 105, ähnlich S. 115, 122 und 129). Der angeblich erbrachte Beweis (S. 122) für diesen Satz könnte meines Erachtens höchstens in dem Hinweise Wehbergs darauf erblickt werden, daß bisher „alle die zahlreichen Schiedssprüche freiwillig befolgt worden sind“ (S. 105, vgl. auch S. 90). Indessen, ist diese erfreuliche Tatsache allein ein logisch zwingender Beweis? Mir scheint es doch mehr die frohe Zuversicht des für das hohe Ideal des Friedens begeisterten Optimisten zu sein, die aus den folgenden Worten spricht: „Es heißt an den großen Aufgaben der Menschheit verzweifeln und die offenkundigen Tatsachen, die für eine immer stärkere Entwicklung in dieser Richtung sprechen, verleugnen, wollte man annehmen, die Zukunft der Staaten würde nicht ausnahmslos durch das Recht geregelt werden, auch ohne daß eine Zwangsgewalt besteht“ (Seite 105). Daß Wehberg nicht abgeneigt ist, zugunsten einer immer stärkeren Durchdringung der Völkerrechtswissenschaft mit pazifistischen Gedanken und Zielen von der Richtlinie streng logischer Beweisführung gelegentlich — und zwar wohl bewußt — abzuweichen, geht übrigens sehr deutlich aus seinen eigenen tatfrohen schönen Worten hervor: „Den Fortschritt der neuen Völkerorganisation nach außen kundzutun, daran müssen alle mitarbeiten, die der Meinung sind, daß die wahre Wissenschaft des Völkerrechts nicht lediglich den Zweck hat, juristische Begriffe fein säuberlich zu definieren, sondern daß sie mit aller Kraft und der ganzen Begeisterung der wahren Jünger des Völkerrechts an der Verbesserung der internationalen Anarchie mitarbeiten muß, daß sie sich den großen Fragen des wahren Lebens (nicht der Studierstube) mit dem ganzen Eifer widmen muß, den uns die Pazifisten immerfort gezeigt haben“ (Seite 118 ff.). Und so ist denn Wehberg in seinem innersten Gelehrtenherzen doch wohl nicht so ganz von der völligen und dauernden Belanglosigkeit einer Exekutionsinstanz im Völkerrecht überzeugt, als es den Anschein hat. Denn sonst würde ihm nicht auf Seite 152 die Bemerkung von „dem zurzeit utopistischen Gedanken einer Exekutionsgewalt“ entschlüpfen sein. Auch die Ausführungen auf Seite 90 lassen die uneingeschränkte Behauptung von der Entbehrlichkeit einer Zwangsinstanz in etwas getrübttem Licht erscheinen.

Wehberg verlangt von denjenigen, „die sich gar nicht von den innerstaatlichen Anschauungen lösen können und unter einem Gerichtshofe auch im internationalen Völker-

leben nur eine mit Zwangsgewalt ausgestattete Behörde verstehen“, den Beweis dafür, daß „internationale Gerichtsbarkeit mit der nationalen Gerichtsbarkeit wesensgleich ist, und man daher als begriffliches Merkmal der internationalen Gerichtsbarkeit einen Zwangsapparat fordern darf“ (Seite 105 ff.). Die Beweislast dürfte wohl dem zufallen, der die Wesensungleichheit behauptet. Wehberg tritt den Beweis hierfür auch an, indem er bemerkt, „die Gerichtsbarkeit im nationalen Rechte werde durch ein über den Privaten stehendes Rechtssubjekt, nämlich den Staat, eingesetzt, wohingegen jede Rechtsprechung im Völkerrecht begrifflich auf dem freien Willen der Staaten beruhe“ (Seite 114 ff.). Das trifft gewiß zu. Aber das Wesen der Gerichtsbarkeit wird doch nicht durch den Hinweis auf die einsetzende Stelle, von welchem der Gerichtshof seine Machtbefugnisse ableitet, erfaßt. Vielmehr ist es die Art der übertragenen funktionären Machtbefugnisse selbst, die das Wesen der Gerichtsbarkeit ausmacht, und das ist: die Handhabung des „Rechts“. Und dazu gehört wiederum dreierlei: erstens das Vorhandensein objektiver Regeln, zweitens die spruchrichterliche Subsumierung von Tatbeständen unter diese Regeln, und endlich die — nötigenfalls gewaltsame — Durchführung der Entscheidung. Damit ist zugleich gesagt, daß dem objektiven Rechtsbegriffe der mit Zwangsgewalt ausgestattete Befehl zur Seite stehen muß. Es gehört begrifflich zum „Rechte“, daß es jeden widerstrebenden Willen der eigenen Autorität unterwerfen kann. Anderenfalls ist eine Rechtshandhabung, die nicht dem gelegentlichen Versagen ausgesetzt sein will, undenkbar. So gut nun jene drei Elemente der nationalen Gerichtsbarkeit eignen, müssen sie auch der völkerrechtlichen Rechtspflege innewohnen. Denn es ist nicht abzusehen, inwiefern die Grundlage jeder Rechtsprechung, nämlich die objektive Norm, im nationalen und internationalen Rechte qualitativ verschieden sein soll. Ohne die Möglichkeit des Zwanges ist eine Garantie für die Ausgleichung sozialer Kollisionen, d. h. für die Erledigung von Rechtsstreitigkeiten, hüben wie drüben nicht gegeben. Begrifflich ist also auch im Völkerrecht eine wirkliche und vollständige Gerichtsbarkeit ohne Zwangsgewalt m. E. unmöglich, eine Exekutionsinstanz mithin nicht „entbehrlich“. Erst dann, wenn wir einen mit Exekutiv-Befugnissen und -Mitteln ausgestatteten internationalen Staatengerichtshof haben, werden wir wirklich unbeanstandet sagen dürfen: es gibt ein Völker-Recht. Ein zwischenstaatliches Recht, dessen Bedeutung als Kulturerscheinung dem Privatrecht und dem inneren Staatsrecht gleichwertig wäre, gibt es heute noch nicht. Regel und Rechtsfindung — beide allerdings vorläufig noch in beschränktem Umfange — sind da, aber es fehlt die Krone des Baues: die Sanktion des

Zwanges. Sie wird — abgesehen von indirekten Beugungseinflüssen — heute noch ersetzt durch die Sanktion der Moral, durch die Achtung vor dem Rechte, die niemals ein integrierender Bestandteil des objektiven Rechtes selbst sein kann.

Praktisch freilich ist eine internationale Gerichtsbarkeit ohne Zwangsgewalt immerhin möglich, wie die bisherige Erfahrung zeigt. Es fragt sich nur, ob man auch sagen darf: „Es bestehe keinerlei Bedürfnis für eine Exekutionsgewalt im Völkerrechte.“ Ich meinsten bejahe die Bedürfnisfrage, mag sie auch zurzeit nicht dringlich sein, unbedingt. Ich halte die Einsetzung einer internationalen Zwangsgewalt für höchst wünschenswert, nicht nur weil die theoretische Logik es gebietet, sondern auch darum, weil ich darin einen außerordentlich bedeutsamen Fortschritt in der zwischenstaatlichen Organisation erblicken würde. Man vergegenwärtige sich, welches Ansehen ein mit Exekutivbefugnissen ausgestatteter höchster Gerichtshof der gesamten Kulturwelt genießen müßte, eine Institution, die zwar aus dem freien Willen der Einzelstaaten hervorgegangen wäre, deren Aufhebung oder Beschränkung aber nur unter Zustimmung sämtlicher Gründer zulässig sein dürfte. Schon die bloße Existenz einer wahrhaften Staatenjustiz würde den Ausbruch mancher Zwistigkeiten zwischen den Staaten verhindern. Vom Weltbundesstaate wären wir dann freilich nur noch einen Schritt entfernt. Hoffentlich kommen wir so weit, — um dann den letzten Schritt auch noch zu tun!

Können?! Nichts ist unmöglich dem, der will. Wenn doch nur die Steuerleute der Staatsschiffe wollten! Sollten sich nicht einmal über kurz oder lang gleichzeitig in verschiedenen Staaten starke Männer finden, die das, was die weitaus überwiegende Mehrheit der Menschen ersehnt, die dauernde Sicherung des Friedens zwischen den Völkern, kraftvoll verwirklichen?

Und die Exekutivgewalt des Staatengerichtshofes? Worin soll die bestehen? Wie soll sie gehandhabt werden? Ein Problem für sich, dessen nähere Erörterung nicht hierher gehört. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß eine scharfe persönliche Verantwortlichkeit der einzelnen Minister der Staaten wohl die wichtigste Garantie für die Befolgung der Entscheidungen des Staatengerichtshofes bilden müßte. Die Schaffung einer großen internationalen Polizeimacht — ein vorläufig noch zu fern liegendes Problem. Dahin kommen wir vielleicht einmal, wenn es gelungen ist, auf der Grundlage eines mit Zwangsgewalt ausgestatteten Staatengerichtshofes die Fragen der Rüstungsbeschränkung und des Fortfalls der Ehren- und Lebensklause in den Schiedsverträgen zu lösen. Den ziemlich konservativen Ausführungen Wehbergs über „Ehre und Lebensinteressen“

der Staaten (Seite 89) vermag ich übrigens keineswegs zuzustimmen.

Nun, das alles hat wohl noch gute Weile. Arbeiten wir weiter, diesen erstrebenswerten Rechtszustand unter Wahrung der historischen kontinuierlichen Entwicklung, so bald und so vollkommen, wie es uns möglich ist, herbeizuführen. Den nächsten bedeutsamen Schritt auf diesem Wege stellt jedenfalls die Einrichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes — überhaupt und vorläufig abgesehen von einer Zwangsinanz — dar. Für diesen Schritt durch Dornen und Gestrüpp freie Bahn und helles Licht geschaffen zu haben, ist das große Verdienst, das Wehberg sich mit seinem Werke: „Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes“ erworben hat.

Der Grundgedanke des Buches ist die Gegenüberstellung und scharfe Abgrenzung der bloßen Schiedsgerichtsbarkeit einerseits und der Gerichtsbarkeit auf der anderen Seite. Die erstere will „schwebende Konflikte friedlich lösen, ohne Rücksicht, ob dadurch gleichzeitig die Ursache der vorhandenen Differenzen beseitigt wird“, die zweite „denkt viel weiter und versucht, nicht nur gegenwärtige Konflikte zu beseitigen, sondern auch zukünftigen Streitigkeiten dadurch vorzubeugen, daß durch allmähliche Fortbildung des Völkerrechts auf dem Wege internationalen Rechtspruches die Rechtslage sichergestellt wird“ (Seite 7).

Wehberg weist nun im einzelnen nach, daß alle durch Sprüche herbeigeführte Streiterledigung zwischen den Staaten bisher den Charakter der Schiedssprechung gehabt hat, und daß diese neben ihren anderweiten Mängeln für die Fortbildung des Völkerrechts so gut wie nichts geleistet hat. Wehberg berichtet dann genau über den ständigen Haager Schiedshof vom Jahre 1899 (Seite 138 bis 151) und über das Projekt der zweiten Haager Konferenz vom Jahre 1907, die „Cour de la justice arbitrale“ (Seite 154 f., 169 bis 192). Hieran schließt sich ein fesselndes Intermezzo: ein kurzer Kommentar zu dem Entwurfe dieser „Cour arbitrale“ (Seite 193 bis 231). Es ergibt sich aus all diesen Betrachtungen, daß sämtliche Versuche, eine wirkliche zwischenstaatliche Gerichtsbarkeit zu schaffen, auf halbem Wege stecken geblieben sind.

Neben diese umfangreiche historische Masse des Buches tritt als zweiter und wichtiger Bestandteil das konstruktive Element: Wehbergs eigene Ansichten über einen internationalen Staatengerichtshof. Nicht eine Verdrängung des jetzt bestehenden Schiedshofes, der zur Beilegung hochpolitischer Konflikte auf Grund von Billigkeitserwägungen durchaus zweckdienlich erscheint, wünscht Wehberg, sondern als Ergänzung dieser Institution einen zur Beurteilung der zahlreichen mehr oder weniger juristischen Streitfragen berufenen Gerichtshof, durch

dessen rein rechtliche Entscheidungen angesichts des noch vorhandenen Mangels leitender Rechtsgedanken eine klare Fortbildung des materiellen Völkerrechts am vorteilhaftesten bewirkt werden kann (vgl. Seite 142, auch Seite 8 f.). Daß die Urteilsfindung nach objektiven Rechtsregeln der Billigkeit nicht widersprechen darf, versteht sich dabei wohl von selbst. Wehberg stellt folgende Grundforderungen für einen internationalen Gerichtshof auf: 1. Keine Diplomaten, sondern Berufsrichter; 2. Ausschluß der nationalen Richter; 3. Ausschluß der Wahl der Mitglieder durch die streitenden Parteien und überhaupt durch die Staaten; 4. wirkliche Ständigkeit des Gerichtshofes; 5. direktes Klagerecht und 6. Schaffung einer Revisionsinstanz (Seite 153, näheres im 4. Kapitel, Seite 53—95). Eingehend werden auch die technischen Vorteile eines ständigen Gerichtshofes, dauerndes Zusammenarbeiten der Richter, sowie größere Schnelligkeit und Billigkeit der Prozeßabfertigung, dargelegt (Seite 96—103). Bei der Frage der Bildung und Zusammensetzung des Staatengerichtshofes spricht Wehberg sich unter Verwerfung des Rotationssystems für das Prinzip der Gleichheit der Staaten aus (Seite 69—84).

Näher auf all die interessanten Einzelheiten einzugehen, verbietet sich mir durch den zur Verfügung stehenden Raum.

In einem schwungvollen Schlußkapitel behandelt Wehberg die Aussichten auf Errichtung eines internationalen Gerichtshofes (Seite 232—238). Die Auspizien sind günstig. „Es wird hier wieder einmal zutage treten, daß sich alle großen Ideen durch die Jahrhunderte zum Lichte durchringen und die Menschheit nur Ausdauer zeigen muß, um ihre höchsten Ziele zu erreichen.“

Abrüstung!

Von Richard Gädke,

früherer Oberst und Regimentskommandeur.

Selbst bei der unterwürfigen und geldguldigen Bevölkerung Japans beginnt das Uebermaß eines chauvinistischen Militarismus Widerstand hervorzurufen. Die neuesten Pläne der bisher allmächtigen Militärpartei sind, vorläufig wenigstens, gescheitert; allerdings nur, weil sich kein Finanzminister fand, der die materiellen Unterlagen für eine große Vermehrung der Streitkräfte schaffen konnte. Das Volk ist am Ende seiner steuerlichen Leistungsfähigkeit angelangt.

Das Beispiel Japans ist der lehrreichste Beweis dafür, daß siegreiche Kriege an sich keinen materiellen Aufschwung zur Folge haben. Die Regierung mußte einen Frieden schließen, der bei weitem nicht ihren ursprünglichen Zielen entsprach, weil schon damals die Mittel des Landes erschöpft waren. Wie von den Kriegen der Jahre 1866 und 1870 die Rüstungsepidemie in Europa da-

tiert, so hat der Feldzug der Jahre 1904 und 1905 ähnliche Folgen für den fernen Osten gehabt. Japan hat sein Heer um ein Drittel seiner ursprünglichen Stärke vermehrt und die Flotte um gewaltige neue Einheiten verstärkt; Rußlands sibirische Truppen haben sich zu einem großen Heere entwickelt, und China sucht tastend noch und zögernd, aber mit immer wachsender Energie seinen nationalen Bestand durch die Aufstellung moderner Streitermassen zu sichern.

Die Ausführungen Norman Angells in seiner „großen Täuschung“ sind gerade durch die Entwicklung der Dinge in Ostasien bewahrheitet; wer kann behaupten, daß das japanische Volk glücklicher geworden sei durch seinen siegreichen Krieg? Im Gegenteil, die Unzufriedenheit der Massen steigt von Jahr zu Jahr, so daß sogar das hochmütige Regiment der Samurai nicht mehr daran vorbeigehen kann. Wenn eine Kriegerkaste in einem Lande zur unumschränkten Herrschaft gelangt, so verarmt eben die Masse des Volkes. Ob in der oder jener Form: sie sinkt herab zu Heloten des Staates. Das Verhältnis wird genau umgekehrt wie es sein sollte. Nicht der Staat ist mehr des einzelnen wegen da, sondern der einzelne schuftet nur noch für den gefräßigen Dämon Staat — er hungert und dürstet und plagt sich, damit ein Schemen den Schein der Größe gewinne.

Was nützt es dem japanischen Kuli, daß jetzt Korea dem Reiche einverleibt ist, daß der fruchtbarste Teil der chinesischen Mandschurei dem Einflusse der Regierung in Tokio unterliegt? Kann er sich seitdem besser kleiden, besser nähren? Wohnt er bequemer, zieht er seine Kinder leichter auf? Zahlt er weniger Steuern? Nein, in jeder Beziehung hat er sich verschlechtert; mehr und mehr wird er einer kleinen Oberschicht tributär, die den Staat militärisch und administrativ vertritt — und ausbeutet.

Wird es anders auf der Balkanhalbinsel sein? Werden diese merkwürdigen Kreuzes- und Kulturträger, deren erste Segnungen blutiger Mord und brutaler Raub sind, dem neugewonnenen Volke wirklich eine erhöhte Glückseligkeit bringen? Die Mohammedaner flüchten verzweifelt in hellen Scharen, die Albanesen wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Wohltaten der Serben, Montenegriner und Griechen, die Juden klagen über die rohere Herrschaft der Sieger, und die Christen werden erst später ihre Freude erleben an erhöhten Steuern und schwererer Wehrpflicht.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß in dem gegenwärtigen Zustande der Welt große militärische Rüstungen schließlich noch das sicherste Mittel sind, den Frieden zu erhalten. Die Türkei hat es an ihrem Leibe verspürt, was es bedeutet — wehrlos zu sein. Die Kulturaufgaben eines Staates hat

sie freilich schlecht genug erfüllt; aber, ob wohl Griechenland und Serbien, ob die mittel-amerikanischen Republiken, ob Mexiko und Haiti ein besonderes Recht haben, stolzer als sie zu sein? Hat man nicht künstlich von außen her die Fäulnisfermente in ihren Leib getragen, weil an den Grenzen gierige Erben lauerten?

Darum müssen wir unverzagt immer von neuem daran arbeiten, die große Räuberfamilie, die die Staaten der Erde gegenwärtig bilden, wo jeder die Hand gegen den anderen hebt, umzugestalten in ein von sittlichen Idealen erfülltes Gemeinwesen, das in friedlicher Kulturarbeit zusammenlebt und das Recht an die Stelle der rohen Gewalt setzt. Ein Ziel gewiß, zu dem nur ein schmalere, steiler und rauher Weg führt! Aber er muß beschränkt werden, wenn das Wort Menschlichkeit nicht ein Ausdruck namenloser Heuchelei sein soll. Wir werden dem Ideale nur sehr langsam näherkommen und es nach der Dürtigkeit irdischen Wesens nur in unvollkommener Gestalt verwirklichen. Die jetzt Lebenden mögen nicht einmal die Grenzen jenes großen Friedensreiches schauen — und doch kommen wir ihm langsam näher. Schiedsgerichtsverträge und Schiedsgerichtshöfe bilden einen Anfang — wie oft sie auch verspottet werden mögen. Wirksamer noch ist die Organisation jener beiden großen europäischen Verteidigungsbünde, die bisher den Ausbruch des stets befürchteten großen Weltenbrandes verhüten haben. Die Pfade menschlicher Entwicklung sind niemals gerade verlaufend.

Insoweit also kann auch die Rüstungswut ein Mittel zum Ziele sein. Die Furcht aller vor allen ist ein wirksamer Hebel der Friedes-tendenz — um so mehr, als heutzutage von unglücklichen Kriegen niemand mehr zu fürchten hat als die herrschenden Gewalten und insbesondere die Monarchien. Der Glaube an das Gottesgnadentum ist nur wenig vertreten unter diesem ungläubigen Geschlecht, das über schwach und morsch gewordenes gleichmütig hinwegschreitet und sich nur der Gewalt beugt.

Aber wenn ich die Rüstungen an sich nicht verwerfe, so muß ich um so schärfer mich wenden gegen ihre kostspielige Form und ihre der Despotie dienende Ausgestaltung. In Wahrheit besitzen wir kein für die Verteidigung bestimmtes Volksheer — Verteidigung, um jedes Mißverständnis auszuschließen, im politischen, nicht im strategischen Sinne gemeint —. Vom Volke stammen nur die unerschöpflichen Massen her; der Geist aber, der dem Heere eingepflanzt wird, ist noch immer der Geist der alten Söldnerscharen, die nur ein Werkzeug in der Hand des Fürsten bildeten, von ihm allein abhingen und mit dem Volke nur durch seine Person zusammenhingen. Und daher war dieses Heer und ist es noch die

wirksamste Waffe zur Errichtung unumschränkter Fürstenmacht. Gilt doch jetzt noch der Gedanke in manchen Ländern als ein sträflicher, daß das Heer in erster Linie dem Vaterlande diene und in Wahrheit nichts anderes darstellen dürfe als die organisierte Wehrkraft des Landes, als das Volk in Waffen.

Damit es sich als eine besondere Kaste fühle, wird die Dienstzeit länger ausgedehnt, als, rein militärisch betrachtet, erforderlich ist. Wir würden schon viel gewinnen, wenn der Soldat nicht länger dienen brauchte, als zu seiner Ausbildung nötig ist. Es ist nicht richtig, daß Disziplin und Zusammenhang nur durch ein mehrjähriges Zusammenleben in der Kaserne gewonnen werden. Welch Vorteil in jeder Beziehung wäre es, wenn wir erst so weit wären, diese Zeit um die Hälfte zu kürzen. Man könnte das noch nicht Ab-rüstung nennen; aber man würde die Kosten ganz erheblich vermindern, würde dem Kastengeiste Abbruch tun und an seiner Stelle die Auffassung hochbringen, daß der Soldat auch während seiner Dienstzeit unter den Gesetzen und nicht außerhalb der Gesetze stehe. Man würde die Auswüchse des Militarismus leichter bekämpfen können, die eine Gefahr ebenso für den Frieden wie für die Freiheit bilden.

Wenn man sich zu Lande noch auf lange Zeit mit bescheidenen Fortschritten wird begnügen müssen, weil die Verteidigung des Vaterlandes, so lange die Anarchie der Staatenwelt dauert, in der Tat eine harte aber unumgängliche Notwendigkeit bleibt, so walten die gleichen Rücksichten nicht für die Seerüstungen ob. Die Flotten sind ihrer Natur nach Angriffswaffen, sie decken nicht die Grenzen des eigenen Landes, sie tragen den Krieg nach außerhalb, sind bestimmt zur Beherrschung der Meere, die von Gottes wegen allen gehören, zum friedlichen Austausch der Güter dieser Welt. „Seine Flotten streckt der Brite gierig wie Polypenarme aus und das Reich der freien Amphitrite möcht' er schließen wie sein eigen Haus.“ — Nur, daß andere Völker schon längst in der gleichen Verdammnis sind: Nordamerikaner (siehe Panamakanal), Franzosen, Italiener, Japaner und Deutsche, sie hegen alle den gleichen geheimen Wunsch im verschwiegenen Busen. Leidet nicht auf dem Meere der Handel der Neutralen in der schwersten Weise durch jeden Kriegszustand, wird er nicht in der empfindlichsten, gelegentlich fast piratenhaften Weise gehindert durch die Flotten der Kriegführenden?

Die Freiheit der Meere ist noch viel wichtiger als die Beschränkung der Rüstungen zu Lande. Und doch hat gerade hier der Gedanke der Seegelung am festesten Besitz ergriffen von den Gehirnen; er findet den stärksten Rückhalt bei den oberen Schichten fast aller Staaten, besonders bei den in-

dustriellen und Handel treibenden Klassen. Und gerade hier liegen die größten Gefahren vor, daß aus dem uferlosen Wettrüsten wie mit Naturgewalt, selbst ohne den eigentlichen Vorsatz der Betroffenen, der Krieg entstehe wie ein Gewitter aus geballten Wolkenmassen.

Kann man auf dem Lande schon viel gewinnen, wenn man zu einer Beschränkung der Dienstzeit gelangt, zur See muß man zu radikaleren Mitteln greifen. Vertragsmäßige Beschränkungen der Flottenstärken sind nur sehr schwer in bindende und kontrollierbare Formen zu gießen — wenn sie nicht gleich so weit gehen, jedem Einzelstaat die Möglichkeit zu nehmen, für sich allein überhaupt gefährlich zu werden. Weder darf Deutschland mehr für seinen Handel und seine jungen Kolonien besorgt sein, noch darf England fürchten, daß eine deutsche Flotte ein Millionenheer gewappneter Krieger an seine Küsten ausspeien könne. Das erreicht man nicht dadurch, daß man eine Steigerung über die gegenwärtige Stärke hinaus vertragsmäßig ausschließt; denn in ihrer furchtbaren Macht ist die englische Flotte zurzeit an sich gefährlich, und niemand dürfte es Deutschland verargen, wenn es versucht, die Gefahr für sich selbst nach Kräften zu vermindern. Aber für andere Staaten ist wiederum die deutsche Flotte in ihrer gewaltigen Entwicklung eine gefährliche Drohung. Und wenn wir zurzeit sicher nicht daran denken, sie zur Unterdrückung und Eroberung zu verwenden: können wir selbst etwa für die Zukunft stehen, für die Geistesrichtung unserer Nachkommen? Jede große Machtentfaltung gebiert letzten Endes den Wunsch, sie anzuwenden, und führt unwillkürlich zu einer Verwischung der Grenzen von Recht und Unrecht, sie verführt leicht auch den billiger Denkenden zur Gewalt und zum Uebermut. Das gilt für Nordamerikaner und Japaner und Italiener ebenso wie für alle anderen.

Will man also hier zum Ziele kommen, so muß man gleich *tabula rasa* machen.

Freilich wird es nicht so gehen, daß man jede bewaffnete Seemacht schlechthin verbietet; das weite Weltmeer bedarf der Polizei, um sicher zu bleiben. Auch dürfen die kleinen Staaten nicht mit wenigen Schiffen die tatsächliche Herrschaft gewinnen, oder emporstrebende Völker die Herrschaft der weißen Rasse bedrohen.

Man wird daher den großen Militärstaaten nicht verwehren dürfen, eine gewisse Zahl von Kampfschiffen zu halten, die die Meeresstraßen schützen und die Verbindungen mit fernen Küsten und mit den Kolonien sichern. Aber unbedingte Notwendigkeit ist es, daß diese Flotten nur so groß sind, daß sie keine Gefahr mehr für die anderen bedeuten, und andererseits im Verein mit anderen Staaten doch wieder stark

genug, um kriegerische Pläne feindlicher Flotten im Keime vereiteln zu können.

Mit anderen Worten: Die Flotten dürfen nichts weiter sein als eine Polizeimacht, um die Freiheit des Meeres und des Handels zu schützen, aber keine Kriegsmacht, um sie bedrohen oder an ferne Küsten den Eroberungskrieg tragen zu können.

Natürlich ist hierzu eine internationale Verständigung erforderlich; sie sollte aber mit diesem weitgesteckten Ziele, das den gegenseitigen Argwohn ausschließt, leichter sein, als wenn man ihr einen engeren Rahmen zieht. Ich denke mir die Sache so, daß die acht Weltmächte (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Vereinigte Staaten) zunächst auf zehn Jahre ein Abkommen treffen, wonach jede von ihnen sich verpflichtet, in diesem Zeitraum nur eine sehr kleine Zahl von Schlachtschiffen und geschützten Kreuzern neu auf Stapel zu legen. Es ist klar, daß die Zahl nicht eine gleiche bei allen Mächten sein darf, sondern ungefähr nach dem Maßstabe abgestuft werden müßte, der gegenwärtig zwischen ihnen herrscht. Würde z. B. die englische Flotte nur etwa ein Drittel oder ein Viertel ihrer bisherigen jährlichen Neubauten in jenem Zeitraume vergeben, so ist gar kein Grund mehr vorhanden, warum sich Deutschland nicht zu dem gleichen Maßstabe verpflichten sollte. Eine sich allmählich so wesentlich verringende englische Flotte könnte keine Gefahr mehr für uns bilden; ihre nach wie vor bestehende Ueberlegenheit aber würde andererseits dem Inselreiche die Angst vor einer deutschen Invasion benehmen.

Allerdings müßten die gleichen Mächte sich verpflichten, die Entstehung anderer Flotten, z. B. in China oder Südamerika, nötigenfalls mit Gewalt zu verhindern.

Schreien würden über ein solches Abkommen nur die Panzerplattenfabrikanten, die Schiffswerften und die Kanonenkönige, die ganze andere Welt aber würde erleichtert aufatmen. Die Kontrolle über die Durchführung einer so einschneidenden Maßregel wäre nicht schwer durchzuführen; damit nicht aus den geschützten Kreuzern durch eine Umgehung des Vertrages allmählich Schlachtschiffe werden (wie vor einigen Jahren aus den Panzerkreuzern), müßte deren größter Tonnengehalt ebenfalls vereinbart werden, im übrigen könnte der Wettkampf zwischen den einzelnen Staaten über die Güte und Kampfeskraft ihres Materials ohne großen Schaden weitergehen.

Selbst mit einem Viertel seiner gegenwärtigen Schiffszahl würde England seine Verbindung mit den Kolonien noch immer aufrechterhalten können, so lange die anderen Vertragsstaaten sich ebenso schwächen. Allerdings wäre die Einstimmigkeit aller acht

Mächte unbedingt erforderlich; und wenn nur eine sich versagte, fiel der Plan ins Wasser.

Das wäre eine Aufgabe für die europäische Diplomatie, bei deren Lösung sie ihren durch den Balkankrieg und den berühmten „status quo ante“ etwas ramponierten Ruf wieder herstellen könnte.

Wäre ein solcher Vertrag nur einmal erst auf zehn Jahre geschlossen, und während dieses Zeitraumes auch gehalten worden, dann würde die den Dingen einwohnende Vernunft dafür sorgen, daß er immer wieder verlängert würde und sich so allmählich ein erträglicher Zustand teilweiser Abrüstung herausbildete.

Kanonenfutter.

Von Dr. Eduard Ritter von Liszt,
k. k. Bezirksrichter und Universitätsdozent in Wien-Graz.

Vor einigen Jahren ist aus der Feder der bekannten Schriftstellerin El Neccar in Brüssel ein Büchlein unter dem Titel „La repopulation de la France“^(*) erschienen. Dieser Titel sagt uns schon genugsam, welcher der Inhalt der Schrift ist. Verfasserin macht am Schlusse ihrer Ausführungen eine Reihe gut gemeinter Vorschläge, welche aber, selbst wenn sie durchführbar wären, noch lange nicht den von El Neccar und Anderen erwünschten Erfolg verbürgen würden.

An dieses Schriftchen wurde ich erinnert durch das vor wenigen Monaten erschienene Buch des Marseiller Advokaten Dr. du Moriez über die kriminelle Abtreibung^(**). Nicht als ob ich die beiden Arbeiten auf dieselbe Stufe stellen wollte. Das Buch du Moriez' ist nicht nur bedeutend größer, sondern gründlicher und dabei vor allem wissenschaftlich. Doch sein Titel erzählt uns, daß es gleichfalls vom Standpunkte der re- bzw. dépopulation de la France geschrieben sei, und die Frage der Abtreibung ist ja eine der da einschlägigen Spezialfragen.

Freilich meinen zahlreiche Schriftsteller, daß die Abtreibung das Wachsen der Bevölkerung gar nicht ernstlich gefährde, daß daher ihre Unterdrückung auf die repopulation nicht den gewünschten Einfluß üben würde.

Ob — abgesehen natürlich vom Standpunkte der Kriegsführung aus — große Vermehrung der Bevölkerungsziffern wünschenswert sei, darüber ist übrigens bekanntlich noch lange nicht das letzte Wort gesprochen.

Es ist hier nicht der Platz, diese Fragen zu erörtern. Immerhin möchte ich folgendes feststellen: Die Stätte des notorisch lebhaftesten Blühens der Fruchtabtreibung ist

New York. Die Bevölkerungsziffern von Groß-New York nach den letzten Volkszählungen sind:

im Jahre 1900 3 437 202,
im Jahre 1910 4 766 883*).

Das Buch du Moriez' ist, wie es in seinem Titel heißt, „une étude historique, philosophique, sociale, médicale, légale et de droit comparé“. Und die Studie ist eine fleißige Arbeit. Leider kann ich an dieser Stelle nicht den Vorzügen des Buches gerecht werden, sondern muß jene Punkte hervorheben, mit denen ich nicht einverstanden sein kann. Und da muß ich sagen: Die Arbeit du Moriez' geht von falschen Voraussetzungen aus, hat eine falsche Tendenz und gelangt folglich auch zu einem unrichtigen Ergebnis.

Da meiner Arbeit „Die kriminelle Fruchtabtreibung“^(**) von du Moriez wiederholt eingehende — und, wie ich gerne hervorhebe, persönlich anerkennende (vgl. S. 91) — Aufmerksamkeit gewidmet ist, sei es mir gestattet, vorerst die obersten Leitsätze dieses meines Buches hier wiederzugeben. Ich spreche mich dafür aus, die Fruchtabtreibung sei straflos zu lassen, wenn sie: 1. vor einem gewissen, eng zu bemessenden Termin nach der Konzeption, 2. im Einverständnis mit allen Berechtigten, 3. von sachverständiger und der Behörde verantwortlicher Seite vorgenommen wird. Sonst ist die Vornahme zu bestrafen; um so strenger, je entwickelter die Frucht, je größer also die Gefahr war, daß das Kind noch außerhalb des Mutterleibes leben und Schmerzen erleiden könnte. Nicht nur die Tötung, sondern auch die Gefährdung der Gesundheit des Kindes soll strafbar sein; letztere strenger als erstere. Die Abtreibung aus medizinischer Indikation bleibt in meiner Arbeit durchwegs außer Betracht.

Die Forderung eines eng begrenzten Termins für die Straffreiheit begründe ich (S. 88) mit der Bedachtnahme auf jene Rücksicht, welche dem menschlichen Leben als solchem gebührt. In weiterer Ausführung zu dieser Stelle schlage ich Seite 385 zur Grenzziehung jenen Zeitpunkt vor, in welchem der Embryo menschliche Form annimmt. Schon daraus ist zu ersehen, daß du Moriez sehr irrt, wenn er (S. 91) gegen mich meint: „les arguments, qu'il donne, s'ils étaient valables, les seraient, en majorité, pour toute la durée de la

^(*) Laut Mitteilung des „Arbeiterwille“ (Graz) vom 15. Juni 1912 soll die Ziffer für das Jahr 1912 gar 6 474 568 sein. Ich muß diesem Blatte die Verantwortung für die Richtigkeit der Zahl überlassen. Mir erschiene die Zunahme übertrieben groß. Vielleicht sind übrigens einige neue Vororte mitgezählt. Jedenfalls könnte eine so gewaltige Zunahme binnen zwei Jahren unmöglich nur aus der Zahl der Geburten resultieren.

^(**) Die kriminelle Fruchtabtreibung. Zürich, bei Orell Füssli. XLII und 567 Seiten. 1. Band 1910, 2. Band 1911.

^{*}) Brüssel — Leipzig, Olympia-Verlag, 1909.

^{**}) S. du Moriez, Docteur en droit — L'avortement, ses conséquences au point de vue de la dépopulation de la France. — Paris, Marchal & Billard, 1912. 308 Seiten. Preis 7,50 Francs.

grossesse: or il reconnaît qu'il n'en est point ainsi."

Ueberhaupt liebt du Moriez es, mir Inkonsequenz vorzuwerfen. Er tut dies an noch einer Stelle — S. 104 — seiner Dissertation. Ich sage in meiner oben erwähnten Arbeit Seite 38: „Will der Mann sein Recht auf Erhaltung der von ihm erzeugten Frucht nicht ausüben, sträubt er sich im Einverständnis mit der Schwangeren gegen die „Vaterfreuden“, so darf niemand sie ihm aufnötigen, ihn „zu seinem Glück zwingen“; gerade so wenig, als man ihn zur Erzeugung des Kindes zu zwingen berechtigt gewesen wäre.“ Und Seite 42/43 führe ich aus, daß der Staat, wenn er das wahre (natürliche) Recht zum Verbot jeder Abtreibung wegen seines Populationsinteresses hätte, ebenso auch das Recht zur Bestrafung der Anwendung empfängnisverhütender Mittel nicht nur, sondern auch der Ablegung von Keuschheitsgelübden usw. haben müßte; ja, daß er seine „Untertanen“ direkt zur Produktion von Kindern — oder im Falle der Unmöglichkeit dazu zur Zahlung einer Ersatzsteuer — zwingen dürfte. du Moriez hält dies für einen inneren Widerspruch und meint Seite 104: „C'est ainsi qu' Eduard von Liszt paraît avoir oublié qu'il a écrit, à propos du père . . .“ Denn der Staat könne doch, wenn es ihm so gefällt, auf einen Teil seiner Rechte verzichten. Und dann meint er: „De tels arguments n'ont, semble-t-il, pas besoin d'être réfutés.“ Ich möchte du Moriez ersuchen, die beiden Stellen noch einmal ruhig zu lesen. Er wird finden, daß sie sich sehr wohl vertragen. Nicht darum handelt es sich ja, ob der Staat auf sein Recht bezüglich der antikonzeptionellen Mittel usw. verzichtet, sondern darum, daß er dieses Recht nicht hat. Ueber seine letztzitierte Bemerkung aber möge du Moriez Seite 100 meines Buches nachsehen, wo zu lesen steht, daß der, der Gründe für oder gegen eine Ansicht hat, sie auch angeben können muß. Dort ist auch die Rede von jener Wendung, „die stets beim Mangel an Beweisen auftaucht und mit der oft selbst krasser Unsinn*) verteidigt zu werden pflegt: „. . . n'a pas besoin d'être démontré““ (oder bei du Moriez: „. . . d'être réfuté“). Nein, wer Gründe zur Verteidigung eines ihn interessierenden Satzes hat, der drückt sich nicht mit einer Redensart um ihre Angabe herum. Im Gegenteil! Er freut sich, sie anführen zu können, und läßt sich diese Freude nicht entgehen, wo es nur irgend möglich ist.

Aehnlich ergeht es du Moriez Seite 114 mit seiner Polemik gegen meine Ansicht (§ 10), es sei ein größeres Glück, nicht geboren zu sein, als ein elendes Leben zu führen, und daß selbst die den Lebenden etwa erfreuenden

*) Dieses Wort beziehe ich hier selbstverständlich nicht auf du Moriez.

commoda vom nicht Lebenden nicht entbehrt werden. Hier scheint übrigens du Moriez ebenso wie an anderen Stellen den Sinn meiner Worte zum Teil mißverstanden zu haben.

Doch fassen wir den Ausgangspunkt seiner Ausführungen ins Auge. Zwar meint er Seite 108: „Le véritable sujet actif du droit sanctionné par la prohibition de l'avortement est le petit être que ce crime détruit. Seule cette théorie justifie la pénalité en tout cas, en tout temps, en tout lieu.“ Ein Satz, der viel zu weit geht. Aber in Wahrheit ist dieser gar nicht der Leitsatz der Ausführungen des Verfassers. Als solchen erkennen wir vielmehr das auf Seite 7 als Motto ersichtliche Zitat: „Par son infécondité la France perd chaque jour une bataille. Maréchal de Moltke.“

Mit diesem Zitat zeichnet sich die du Moriezsche Arbeit selbst als Tendenzschrift. Und darin haben wir den Schlüssel gefunden, weshalb er und ich uns nicht verstehen können: Ich trachtete, eine Lösung der schwierigen und blutig ersten Frage im Sinne wahren Rechts zu finden, unbeirrt durch vorgefaßte Meinungen oder gar Tendenzen; du Moriez hingegen setzt eine Tendenz an die Spitze, und der Zweck seiner Arbeit ist, diese Tendenz durch seine Ausführungen zu stützen.

Zumindest für Frankreich war das allerdings für die Wissenschaft nicht notwendig. Dort ist ohnedies diese Tendenz die alles beherrschende. Hauptsächlich sie hat ja wohl auch dahin geführt, daß im Jahre 1912 für Frankreich die recherche de la paternité allgemein eingeführt wurde. Können doch auch unehelich geborene Knaben Soldaten werden, auch unehelich geborene Mädchen künftighin künftige Soldaten mehr oder minder unehelich gebären.*)

Die Frage nach dem Recht glaube ich — und der Großteil der wissenschaftlichen Kritik hat mir darin beigestimmt — in meiner Arbeit nicht ohne Gründlichkeit untersucht zu haben. Diese Arbeit enthält auch antizipativ die volle Widerlegung der Einwände du Moriez'. Es sei mir deshalb gestattet,

*) Kürzlich haben (laut „Die Zeit“, Wien, 12. Januar 1913) zwei Gelehrte an Hand eines großen statistischen Materials den ziffermäßigen Nachweis dafür zu erbringen versucht, daß — unehelich geborene Kinder im Vergleich zu ehelich geborenen Kindern nicht minderwertig sind. Ob dieser Nachweis von weiteren Kreisen für notwendig gehalten wurde, weiß ich nicht. Meines Erachtens kann kein normal denkender Mensch glauben, daß die Bezahlung gesetzlicher Trauungsgebühren auf die folgenden physiologischen Vorgänge einen Einfluß übe. Eher schiene mir die heutzutage immer wachsende Hinausschiebung des Heiratsalters in Verbindung mit anderen Momenten (vgl. auch Schopenhauer, Metaphysik der Geschlechtsliebe, IV, 44, über „Liebeskinder“) eine gegenteilige Präsumpion zu begründen. Der Einfluß schädigender sozialer und hygienischer Momente gehört auf ein anderes Konto.

im folgenden nur mehr den Standpunkt du Moriez' auf seine Richtigkeit hin zu prüfen.

Ich las in einer der vielen, vielen Arbeiten über Fruchtabtreibung, es sei ein erstrebenswertes Ziel für einen Staat, „anderen Staaten seine Kultur aufzuprägen“. Egozentrismus in etwas größerem Maßstabe! Mir scheint eher das eines Kulturstaates würdig, was die „Neue Freie Presse“ vom 12. 8. 1912 als erstrebenswert bezeichnete: „Dann wird jeder Staat den natürlichen Trieben seiner eigenen Entwicklung folgen.“

Erscheint mir die Kultur meines Vaterlandes im Vergleich zur Kultur anderer Länder als die höhere, so werde ich wünschen, daß auch andere Länder ihrer teilhaftig werden. Aber dies durch Verbreitung von Unglück und Elend bewirkt sehen zu wollen, wäre wohl aufgelegter Widersinn.

Freilich, es gibt nur selten ein Unglück, aus dem niemand Nutzen zieht. Auch ein Krieg kann „nützlich“ sein, z. B. zur Verbesserung der Handelsbilanz eines Staates. Woher aber das Recht käme, Tausende von Menschen für solchen Nutzen der anderen zu opfern, ihr Glück und Leben zu vernichten, ist eine andere Frage. Sie erinnert an ein schon öfters behandeltes Thema: Gewagte wissenschaftliche Versuche an lebenden Menschen zum Nutzen für andere. Nur daß solche Versuche ganz unvergleichbar harmloser sind. Aber wie sagt Schopenhauer? „Mancher Mensch wäre imstande, einen anderen totzuschlagen, bloß um mit dessen Fette sich die Stiefel zu schmieren“ („Ueber das Fundament der Moral“, 2. Auflage, 1860, S. 198). Und nach so mancher jüngst gelesenen Zeitungsausschnitt wäre ich nicht einmal besonders verwundert, der Ausführung zu begegnen: Blut ist ein vorzügliches Düngemittel; es ist deshalb im Interesse der Landwirtschaft und des nationalen Wohlstandes, für möglichst viele und große Schlachtfelder zu sorgen.

Noch ist ja nicht aller Nächte Morgen angebrochen.

In aller Gedächtnis sind noch die letzten großen Kriege.

Aus dem serbisch-türkischen Feldzuge meldete das „Neue Wiener Abendblatt“ vom 23. 10. 1912: „Die Verluste der Serben sind außerordentlich groß, werden aber noch von den türkischen übertroffen.“ Der „Arbeiterwille“ (Graz) vom 10. 11. 1912 teilte mit, daß die Schlacht bei Lüle Burgas 55 000 Tote und Verwundete, nämlich 15 000 bei den Bulgaren, 40 000 bei den Türken kostete. Dem „Grazer Tagblatt“ vom 20. 11. 1912 zufolge hatte bis zu diesem Tage Bulgarien Verluste von 40 000 Mann, die vor dem Feinde blieben, und 60 000 Verwundeten, die in den Spitälern lagen. Dasselbe Blatt meldete am 10. 12. 1912: „Aus Sofia wird gedruckt: Nach den den Ministerien vorliegen-

den Verlustlisten der vier Oberkommandos sind bis 1. Dezember 143 000 Mann der verbündeten Balkanheere gefallen.“

Im „Neuen Wiener Abendblatt“ vom 29. 10. 1912 aber stand zu lesen: „Heute werden sechs Waggons Petroleum nach Kumanowa abgesandt, damit dort die Unmenge von Toten verbrannt werden kann, die schon in Verwesung übergehen und die Atmosphäre verpestet.“

Dies sind nur einige Proben aus der täglichen Zeitungslektüre. Laut „Vierteljahrshefte für Truppenführung und Heereskunde“ (V/1, Berlin 1908) sind die Verluste durch die Waffen im japanisch-russischen Kriege 1904/05: Gesamtverluste 130 500 Russen, 146 200 Japaner. Auf einzelne Schlachten und die Belagerung von Port Arthur treffen folgende Ziffern:

Ort	Datum	Zahl der Kämpfer	Tote und Verwundete	%
Kintschou	25.—26. 5. 04	Russen: 13000	900	7
		Japaner: 4000	4300	10,5
Wafangou	14.—15. 6. 04	Russen: 36000	2600	7
		Japaner: 36000	1200	3 1/3
Liaojan	29. 8.—5. 9. 04	Russen: 210000	45000	21
		Japaner: 145000	16000	11
Port Arthur	Ende 6. 04.—2. 1. 05	Russen: 62000	30000	48,5
		Japaner: 100000	55000	55
Sandepu	25.—29. 1. 05	Russen: 90000	10400	11,5
		Japaner: 65000	7000	11
Mukden	22. 2.—11. 3. 05	Russen: 310000	70000	22,6
		Japaner: 300000	40000	14

Einzelne Truppenteile aber hatten noch viel höhere prozentuelle Verluste. So die japanische Brigade Nambu an einem einzigen Schlachttage bei Mukden 90 % ihrer Leute.

Nach vielen Tausenden zählen außerdem die Opfer der Seuchen. „Es ist eine bekannte Tatsache, daß im Kriege die Verluste, welche durch Infektionskrankheiten bedingt sind, diejenigen durch Waffen weit übertreffen“, konstatiert*) Professor Doktor R. Kraus im „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 1. 1. 1913. Bis Mitte Januar 1913 soll das bulgarische Heer auf dem Kriegsschauplatze mehr als 20 000 Mann durch Cholera verloren haben.

Dazu rechne man das ganze unsagbare Elend der von Haus und Scholle unschuldig Verjagten, die sich — ebenso wie die martervoll hinsiehenden Verwundeten und Kranken — umsonst fragen, womit sie dies Los wohl verdient haben. „Ueberall verhärmte, verweinte Gesichter“, wie es so einfach und erschütternd in einem Berichte des Grazer „Arbeiterwille“ vom 19. 11. 1912 heißt.

Bei solchen Berichten denke man jener Autoren — man sehe ihre Namen in meinem

*) In den Feldzügen 1870/71 und 1904/5 war übrigens laut „Vierteljahrshefte für Truppenführung und Heereskunde“ (V/1, Berlin 1908, S. 166) das Verhältnis umgekehrt.

oben erwähnten Buche § 18 nach —, die die Strafbarkeit der Fruchtabtreibung in der Gefährdung des Nachwuchses, in der Gefährdung des „planmäßigen Kulturlebens“ sehen wollen.

Kulturleben! Wie sagte doch der „Arbeiterwille“ (Graz, 2. 11. 1912) so richtig: „Der moderne Krieg versetzt die von ihm Betroffenen in einen Massenwahnsinn, für dessen Furchtbarkeit man vergebens nach einem Vergleich sucht. Ein normales Gehirn kann es unmöglich mit der Vernunft vereinbarlich finden, wenn Hunderttausende von Menschen einander gegenüberstehen, von dem einzigen Bestreben erfüllt, einander hinzumorden. Kann man von Vernunft und menschlicher Kultur noch sprechen, wenn Tag für Tag Berichte über die Abschachtung Tausender von Menschen einlaufen, ohne daß die gesamte Menschheit vor Entsetzen aufschreit? Kann von menschlicher Kultur die Rede sein, wenn die friedliche Bevölkerung großer Städte und zahlloser Dörfer, die notdürftigsten Habseligkeiten mit-schleppend, in hastender Flucht die heimatische Scholle verlassen muß, um den Schrecken des Krieges zu erteilen; wenn Ungezählte, vor namenlosem Elend flüchtend, einem dunklen Schicksal entgegengehen, von dem nur das eine sicher ist, daß es nicht minder namenloses Elend in seinem Schoße birgt?“ Aber nein! Von menschlicher Kultur wird zwar allenthalben viel und laut ge-sprochen; doch es fällt der Menschheit gar nicht ein, vor Entsetzen aufzuschreien, wenn sie alle die Kriegsgreuel hört.

Wenn bei einer Revolte, wie gewöhnlich (siehe schon die: „dames de la halle“), Weiber sich am rohesten benehmen, gegen die Wache oder das Militär Steine werfen usw., und der Kommandant endlich notgedrungen seiner Mannschaft den Befehl zum Vorgehen mit der Waffe gibt, dann ist das Geschrei der „Kulturwelt“ groß über den Frevel, daß „sogar schwache Frauen nicht geschont“ wurden. Ob wohl der schuldlos vor die Kanonen gezwungene Mann gegen Schrapnells weniger schwach ist?

Und noch in Kriegszeiten melden die Zeitungen von „grauenhaften Unglücksfällen“, wenn irgendwo infolge eines Auto-Unfalles oder dergleichen zwei oder drei Menschen verletzt werden, während z. B. am 16. 11. 1912 eine ganze Reihe von Blättern mit förmlich behaglichem Hohne meldeten, daß bei einer wenig „erfolg“reichen türkischen Beschießung eines bulgarischen Lagers auch „eine Anzahl Bulgaren getötet worden“ seien.

Aber nicht nur das. Wie sorgten ihrerseits die Staaten für ihre Kinder, die sie vor die feindlichen Geschosse zwangen? Wie stand es mit der Fürsorge für die gewiß nicht durch ihre Schuld und mit ihrem freien Willen Verwundeten?

Ueber die Schlacht bei Lüle Burgas z. B. schrieb der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ am Tage nach dieser: „Man begab sich in eine der grössten Schlachten der Neuzeit unter diesen Verhältnissen mit frevelhafter Außerachtlassung der Folgen. Die Opfer wurden zur Schlachtbank geführt, ohne daß man die geringsten Vorbereitungen zur Rettung der Verwundeten gemacht hatte. Es gab nicht eine Feldverbandstation, nicht ein Feldspital wurde errichtet, und die wenigen Aerzte an der Front waren aller notwendigen Dinge entblößt und mußten zusehen, ohne einen Finger rühren zu können, wie Tausende der Verwundeten dem Tode geweiht wurden, die sonst hätten gerettet werden können.“

Das „Grazer Tagblatt“ vom 22. 11. 1912 veröffentlichte eine Zuschrift, der ich folgende Stelle entnehme: „Wiederholt und nachdrücklich muß ich betonen, daß die Verwundeten in einem geradezu bejammernswerten Zustande eintreffen . . . Auch merkt man, daß die bulgarischen Offiziere die ihnen unterstellten Mannschaften, wie aus den Berichten und Aeußerungen der gewiß nicht feigen verwundeten Soldaten hervorgeht, häufig in der schonungslosesten Weise aufopfern, um nur für ihren Teil irgendeinen Augenblickserfolg melden zu können, der dann später preisgegeben werden muß.“

Kulturleben! In anderer Beziehung freilich sorgten die kriegführenden Staaten schon für das, was die Ordnung verlangt.

Betreffs der Zurückgebliebenen meldete der Korrespondent des „Grazer Tagblatt“ diesem zum 20. 11. 1912: „Die Mütter dürfen jetzt, wo ihr 17-jähriger Sohn, die Gattinnen und Kinder, denen der bereits altersschwach werdende fünfzigjährige Vater entrissen und auf die Schlachtbank geführt wird, öffentlich keine Tränen vergießen, da in diesem Falle Geldstrafe oder 25 Stockprügel drohen.“

Ist gegen alles das nicht das Zucht-haus ein ruhiges Elysium? Und ist ein solches „planmäßiges Kulturleben“ — man entsinne sich, daß speziell dieser Krieg unter marktschreierischer Berufung auf christliche Kultur eröffnet wurde — es wirklich wert, auch nur durch eine einzige Geburt gefördert zu werden?

Und nun knüpfen wir wieder bei du Moriez an: Um dieses schöne Resultat zu erreichen, sollen Menschen verpflichtet sein, Kinder zur Welt zu bringen. Wer es nicht tut, der zeigt nach Montier („De l'avortement criminel“, 1894, S. 17) „une profondeur d'immoralité et une absence de conscience, qui étonne et décourage“. Ich frage im Gegenteil: Ist nicht der Gedanke, der fühlenden Menschen die Idee zumuten will, zur besseren Ermöglichung solcher Massengreuel schuldlose Wesen nicht nur herzugeben, sondern sogar erst in die Welt zu setzen und das Glück ihrer Familie zu opfern,

von einer geradezu unfaßbaren Ruchlosigkeit? Man wird gewiß in späteren Zeiten auf solche Anschauungen und unsere heutige „Sittlichkeit“ ebenso verständnislos herunterschauen, wie wir auf die Weisheit der Hexenverfolger.

Dieses Wort „unsere“ bezieht sich selbstverständlich nicht auf Oesterreich und Deutschland und jene anderen Staaten, die sich infolge des energischen Willens ihrer Herrscher mit ihren militärischen Mitteln als feste Bollwerke des Friedens erwiesen haben.

Was für eine unfaßbare Konsequenz darin liegt, je nach Bedarf die Elternliebe zu verherrlichen und dann wieder Zumutungen wie die obigen an eben jene verherrlichten Eltern zu stellen, darüber sind wohl besondere Ausführungen überflüssig.

Aber die Idee! Die Idee des großen, mächtigen Vaterlandes! höre ich einwenden. Der Begriff des Einzelnen tritt zurück hinter den Begriff der Gesamtheit. Was will das Glück des Einzelnen gegenüber dem Ruhme des Vaterlandes!

Gewiß, diese Idee hat ihren Zauber. Wobei ich übrigens die Begriffe „Glück“ und „Ruhm“ nach ihrem inneren Gehalt nicht miteinander vergleichen und ebensowenig die Beziehungen von Einzelmensch, Gesellschaft und Staat zueinander untersuchen will. du Moriez leugnet (S. 103) den Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft. Ich verweise diesbezüglich auf § 18 meiner Arbeit. Jedenfalls geht es nicht an, in einem von Menschen gebildeten Staate eben diese Menschen nur als Mittel für die Zwecke des Staates zu betrachten.

Andrerseits sollte man beim Aufschwunge vom Egoismus nicht auf dem halben Wege stehen bleiben.

Wer nur das Interesse seines armseligen „Ich“ als entscheidend ansieht, den nennen wir verächtlich einen Egoisten. Wer einen Schritt nach oben macht, aber doch noch immer das Wohl seiner Familie dem der Allgemeinheit ungebührlich vorsetzt, dem legen wir Nepotismus zur Last. (Die Sorge bloß um die Mitglieder der alten Stammesverbände erscheint uns heute als überlebt.) Wer noch höher steigt, aber bei der Sorge um seine engste Heimat stehen bleibt, für den haben wir das Spottwort „Lokalpatriot“. Mit ähnlichen Gefühlen betrachten wir den, der etwa im großen Reiche nur für die Provinz fühlt, die ihn geboren hat. Auch wer nur den einen Weltteil gelten lassen will, der ihn hervorbrachte, würde uns als in seinen Begriffen beengt erscheinen. Aber ausgerechnet der, der neben seinem Vaterland jedes andere Land und dessen Bewohner verachtet, soll das richtige und allein ehrenwerte Empfinden haben . . .

Ich wäre wohl der letzte, der die Liebe zum Vaterhaus, zur Heimat, zum Vaterland herabsetzen wollte. Das Vaterland groß und

glücklich zu machen, ist die Lebensarbeit der Tüchtigsten wert. Aber ich sehe nicht ein, weshalb meine Liebe zu den Mitmenschen (unter „Vaterland“ ist doch sicher nicht nur eine Bodenfläche mit totem Zugehör zu verstehen), mein Mitleid mit den Leidenden, an den Grenzen meines Vaterlandes haltmachen und nicht zur Allgemeinheit fortschreiten sollten. Sie lassen sich das einfach nicht gebieten. Fühle ich warm für meine Mitmenschen im Vaterlande, so können mir jene nicht gleichgültig sein, die außerhalb desselben leben.

Ist es ein Beweis von Kultur oder von Brutalität, lärmende Freudenfeste zu veranstalten zur Feier des Ereignisses, daß auf Seite der Gegner Tausende von schuldlosen blühenden Menschen — zum Teil unter schweren Qualen — getötet, zu siechen Krüppeln gemacht, ihre Angehörigen in Jammer und Elend gestürzt wurden? Und ist es nicht eine doppelte Blasphemie, mit dem Rufe „für Gott“ das Schwert zu ziehen?

Nach diesen Betrachtungen ist es gewiß entbehrlich, noch davon zu sprechen, daß auch dem Einzelmenschen eine gewisse Freiheitssphäre zustehen muß (vgl. darüber S. 43 meiner „Kriminellen Fruchtabtreibung“) und daß die Begründung der du Moriez'schen Ansichten durch den Satz: „si vis pacem, para bellum“ doch wohl eine von recht weit hergeholt wäre. Abgesehen davon, daß die großen Rüstungen an sich allein (siehe oben) den Frieden gar nicht sichern, wie Alfred H. Fried („Der Weg zum Weltfrieden 1912“, S. 5) gezeigt hat. Abgesehen ferner davon, daß die Beurteilung von Taten wie Tötung und Abtreibung seitens der Kulturwelt unmöglich nach der geographischen Lage des Begehungsortes grundsätzlich verschieden sein kann.

Der dritte Teil von du Moriez' Buch behandelt l'avortement thérapeutique. Da meiner oben mehrfach erwähnten Arbeit noch besondere Ausführungen über dieses Spezialthema folgen sollen, so darf ich wohl die Stellungnahme zu du Moriez' darauf bezüglichen Ansichten bis zu ihrer Herausgabe verschieben.

Ein offener Brief an die Kriegs- und Friedensgesellschaft an der Universität Cambridge*.)

Von Norman Angell, London.

Sämtliche Fragen über den Einfluß, den militärische Macht zugunsten sozialer und wirt-

*) Studenten an der Universität Cambridge haben die „Cambridge University War and Peace Society“ begründet, mit dem Zweck, „die überraschenden volkswirtschaftlichen Tatsachen zu erforschen, auf die Normann Angell in seinem Buch ‚Die große Täuschung‘ aufmerksam gemacht hat“.

schaftlicher Vorteile ausüben konnte, über das Ausmaß, in welchem die allgemeine Wohlfahrt einer Gruppe durch militärische Beherrschung einer anderen gefördert werden kann, oder darüber, wie weit das Ineinandergreifen von Interessen gebietenden Nutzen und die Wirksamkeit einer solchen Herrschaft verhindert, alle diese Fragen verlangen infolge der Entwicklung innerhalb der letzten dreißig bis vierzig Jahre eine Neubeantwortung.

Die gegenwärtige politische und volkswirtschaftliche Literatur verwendet nicht nur auf internationalen Verhältnissen, die zu bestehen aufgehört haben, beruhende Ausdrücke, sondern die solcher Literatur zugrunde liegenden Gedanken verkennen wichtige Tatsachen, die sich in unserer Zeit entwickelt haben. Wenn man eine moderne Durchschnittsbehandlung einer Frage der Weltpolitik — sei es in einem Leitartikel der „Times“ oder einem Aufsatz in der Quarterly Review, oder in einem Buch über diesen Gegenstand, deren Wert irgendwie anerkannt ist, mit entsprechenden Abhandlungen aus dem achtzehnten Jahrhundert vergleicht, so wird man finden, daß die Ausdrücke und die Grundgedanken beider vollständig gleich sind; daraus ergibt sich, selbstverständlich, daß der moderne Verfasser annimmt die Tatsachen, welche der Frage zugrunde liegen, hätten sich nicht verändert. Und doch haben sie sich so verändert, daß allgemein anerkannte Grundsätze des achtzehnten Jahrhundert im zwanzigsten Jahrhundert Unsinn sind.

Man greife zum Beispiel folgende allgemein herrschende Ansichten heraus:

1. Daß ein erobertes Land den Reichtum des siegreichen Volkes vermehrt; daß dieses es „besitzt“, so wie eine Person oder eine Vereinigung ein Grundstück besitzt;
2. daß ein Volk sich durch seine Militärmacht anderen Völkern gegenüber wirtschaftliche Vorteile zusichern könne;
3. daß Völker volkswirtschaftliche Einheiten sind — „konkurrierende Geschäftsfirmen“ wie sie ein bedeutender militärischer Gewährsmann unlängst nannte; und beweise ihre Richtigkeit durch folgende Tatsachen:

1. Daß das Vermögen in einem eroberten Lande immer in Händen der Einwohner bleibt; besondere Steuern oder Tribut ist eine Erfindung der Römerzeit und des Mittelalters und bei unseren heutigen Verwaltungsmethoden immer schwieriger anzuwenden und immer weniger erträglich;

2. daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kleinen Staaten (z. B. Schweden, Holland, Belgien, Schweiz) gerade so gut sind, wie in den Staaten, die eine große Militärmacht besitzen (z. B. Rußland, Deutschland, Oesterreich). Daß die meisten großen Staaten mit Ländern Handel treiben, die sie politisch nicht beherrschen. England treibt doppelt so viel

Handel mit fremden Ländern, als mit seinen Kolonien (die es nicht beherrscht); die ungenesene Ausdehnung des deutschen Handels besonders in Rußland, den Vereinigten Staaten und Süd-Amerika ist nicht der deutschen Militärmacht zu verdanken.

3. Die großen industrietreibenden Völker sind keine wirtschaftlichen Einheiten; der internationale Handel bewegt sich nicht zwischen Verbänden, die als „England“, „Deutschland“ usw. bekannt sind, sondern er ist ein verwickelter Vorgang, der sich unendlich auf einzelne Individuen aufteilt. Ein Eisenindustrieller in Birmingham verkauft seine Maschinen an einen brasilianischen Kaffeeplanzer, der sie deshalb kaufen kann weil er seinen Kaffee an einen Kaufmann in Havre verkauft; der seinerseits verkauft ihn in eine westfälische Stadt, die Eisenschienen für Sibirien erzeugt; diese werden dort gekauft, weil sibirische Bauern für den Bedarf in Lancashire Weizen bauen, wo wiederum Baumwollwaren für indische Kuli erzeugt werden, die für australische Schaffarmer Tee pflanzen; diese können ihn kaufen, da sie Wolle an einen Kaufmann in Bradford verkaufen, der sie verarbeitet, weil er sein Petroleum bei den Automobilbesitzern in Berlin an den Mann bringt. Wie kann ein derartiger Vorgang, der für den modernen internationalen Handel typisch ist, als Konkurrenz feindlicher Verbände wie England, Frankreich, Brasilien und Rußland aufgefaßt werden?

Während aber das durch dieses Beispiel angedeutete gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis seit einem Jahrhundert ein Gemeinplatz der theoretischen Volkswirtschaftslehre ist, greift es erst seit kurzem wesentlich in die internationale Staatskunst ein.

Vor vierzig Jahren konnten es alle Staatsmänner, außer denen von England vielleicht, ungestraft außer acht lassen. Zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges genügte sich Deutschland selbst. Bismarck wünschte Frankreich als Faktor aus der europäischen Volkswirtschaft verschwunden zu sehen. Wäre sein Wunsch in Erfüllung gegangen, so hätte das damalige Deutschland kaum gelitten: aber den wirtschaftlichen Aufschwung des modernen Deutschland hätte er unmöglich gemacht. Denn dieser Aufschwung ist in großem Ausmaße der Entwicklung von Ländern wie Rußland und Süd-Amerika zu verdanken; diese Entwicklung wurde größtenteils durch französisches Geld erreicht, weil Frankreich, da es nicht für eine sich vermehrende Bevölkerung zu sorgen hat, Geld für auswärtige Anlagen frei hat, während man es anderswo für die Erziehung der Kinder und ihre Ausstattung im Leben braucht. Aber gerade so wie die Politik der deutschen Staatsmänner, wäre sie in Erfüllung gegangen, für die Wohlfahrt des eigenen Landes verderblich gewesen wäre, so mußten die französischen Staatsmänner ihre Bestrebungen durch die Macht von Tatsachen,

die sie richtig einzuschätzen versäumten, zu nichte gemacht sehen. Die französische Politik suchte nach dem Kriege Rußland zu stärken, um ein Gegengewicht gegen Deutschlands Einfluß zu schaffen, und begünstigte daher die Anlage französischen Geldes in Rußland. Dies hatte aber folgendes Ergebnis: der deutsche Handel stieg dort von 15 auf 45%. Deutschland beherrscht Rußland kommerziell dank des französischen Geldes.

Dieselben Tatsachen hatten vor kurzem unantastbaren Einfluß auf Englands auswärtige Politik. Sie bestimmten wahrscheinlich die Handlungsweise derjenigen Macht, mit der es im Sommer 1911 zufällig in Gegensätze geriet. Daß die Abhängigkeit der deutschen Industrie von der allgemeinen finanziellen Sicherheit Europas, der Umstand nämlich, daß große Störungen im Kreditwesen sie bis auf ihre Grundlagen erschüttern würden, Deutschlands Politik im August 1911 sehr stark bestimmten, ist gewiß; daß sie der entscheidende Faktor war, ist wahrscheinlich, — weil die durch die Störung bedrohten Interessen ungeheuer wichtiger waren, als die, welche durch sie gefördert werden sollten. Auch hier ist wichtig zu bemerken, daß die deutschen Staatsmänner die tatsächliche Lage nicht von selbst erkannt hätten; es brauchte die unmittelbare Vermittlung von Führern der deutschen Finanz, damit der deutsche Minister des Auswärtigen das Ausmaß der bedrohten Interessen voll würdigen konnte.

Die Bedeutung einer derartigen Tatsache liegt nicht darin, daß die Politik irgendeines Ministers oder eines Landes versagte, sondern daß die Mißverständnisse, die nicht nur einem Lande, sondern ganz Europa eine schwere Last auferlegten, nur durch diese Unwissenheit entstanden sind; daß eine endgültige Lösung der wichtigsten und dringlichsten Probleme unserer Zeit oder auch bloß ein Schritt zur Besserung dieser allgemeinen Verhältnisse nicht möglich ist, solange man in Europa die einschlägigen Tatsachen nicht besser kennt als bisher.

So wird zum Beispiel allgemein zugegeben, daß eine große Gefahr eines Zwistes zwischen England und Deutschland besteht, der nicht auf einem tatsächlichen Interessenwiderstreit zurückgeht, sondern auf allgemeines Mißtrauen und Mißverständnis, auf gegenseitige Unkenntnis dessen, was eines oder das andere der beiden Länder zu unternehmen vorhat, wobei ein jedes dem anderen Absichten zuschreibt, deren Ausführung selbst bei oberflächlicher Prüfung töricht oder nutzlos wäre.

Was für Quellen stehen jemandem zu Gebote, der die Verhältnisse von Volk zu Volk zum Zwecke wissenschaftlicher Darstellung und richtigen Erklärung der durch sie bedingten Folgen — etwa ähnlich wie der vorhin ange deuteten — studieren will.

Gegenwärtig wird ein systematisches Stu-

dium dieser Entwicklungsstufe der internationalen Verhältnisse nicht betrieben. Ein Studium dieser Art kann am besten durch ein Zusammenarbeiten in Vereinigungen, wie die C. U. W. and P. S. bewirkt werden. Ein derartiger Verein sollte Leute von möglichst verschiedenen Ansichten umfassen, — geradeso viel solche, die sich besonders für die Kriegskunst interessieren als solche, deren Interesse mehr der Einfluß dieser Dinge auf den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft beansprucht. Wenn der Verein eine gewisse Zahl von Feinden der Friedensbewegung umfaßt, so ist es um so besser. Sie werden durch ihre Fragestellung die Forschungen der übrigen anregen, während sie ihrerseits für ein besseres Verständnis von Tatsachen, die selbst vom rein militärischen Standpunkt nicht mehr länger vernachlässigt werden können, gewiß Nutzen ziehen werden. Denn für einen Soldaten ist es nicht nur wichtig zu wissen, inwieweit ein Staat seine Zwecke durch Militärmacht erreichen kann, sondern die angedeuteten Probleme stehen in engem Verhältnis zu den Einzelheiten der Ausnützung der Militärmacht als Mittel zum Zweck und bilden so einen wichtigen Teil seiner Studien der Kriegsführung.

Die Aufmerksamkeit könnte vorerst etwa auf folgende eng umgrenzte Punkte gelenkt werden:

1. Inwieweit sind der moderne Besitz und Handel durch die Entwicklung des Kreditwesens und die dadurch bedingte gegenseitige Abhängigkeit der volkswirtschaftlichen Mittelpunkte durch militärische Eroberungen nicht antastbar?

2. In welchem Ausmaße hindert die größere Kompliziertheit des modernen industriellen Lebens die Anwendung des Heeresmechanismus oder macht ihn überhaupt unmöglich? (z. B. könnten Staaten wie Deutschland ihre industrielle Bevölkerung eine längere Zeit nach einer allgemeinen Mobilisierung, der Unterbrechung der Verkehrsmittel und der Unordnung im Kreditwesen ernähren?)

3. In welchem Ausmaße bedingen diese Faktoren die Nutzlosigkeit der Anwendung der Militärmacht zu handelspolitischen Zwecken; und was lehrt der Wohlstand der kleineren Staaten für das Verhältnis der Militärmacht und des militärischen Ansehens zu wirtschaftlichen Vorteilen?

4. Inwieweit hat die Entwicklung einer billigen Presse und anderer Propaganda- und Agitationsmittel der lokalen Selbstverwaltung so große Kraft gegeben, daß militärischer Zwang auf anderen als wirtschaftlichen Gebieten unmöglich wurde? (z. B. welche Lehren sind aus der Verleihung einer Verfassung an Elsaß-Lothringen und dem unlängst erfolgten Zusammenbruch des kolonialen Steuersystems Frankreichs zu ziehen).

Es ist zu hoffen, daß derartige Krieg- und Friedensgesellschaften dereinst durch allgemeinen Gedankenaustausch mit ähnlichen Vereinen im Ausland Hervorragendes leisten werden. Wenn die Bewegung stark genug geworden ist, so daß eine Berechtigung dazu gegeben erscheint, werden Abstimmungen unter Studenten an verschiedenen Orten vorgenommen werden, um zu sehen, wie weit einzelne der erwähnten Folgerungen von der öffentlichen Meinung gutgeheißen werden.

Was aber auch immer unsere Folgerungen sein mögen, die Tatsachen verdienen mehr Studium, als man ihnen für gewöhnlich widmet. Solche Studien zu mißbilligen, heißt behaupten, daß in einem der schwierigsten Probleme unserer Zivilisation Unkenntnis und Vorurteile bessere Führer sind, als Erkenntnis und Wissen.

Paul Scheerbart.

Von Erich Mühsam, München.

Für jenen wahren Humor, der ohne Bitterkeit und ohne Kaluerei lediglich aus dem heiteren Beschauen der Dinge entsteht, ist unserer Zeit der Sinn abhanden gekommen. Der größte deutsche Humorist, Jean Paul, wird heutzutage langweilig und ungenießbar gefunden, und der einzige lebende deutsche Humorist, Paul Scheerbart, der im Januar 50 Jahre alt geworden ist und bisher etwa 30 köstliche Bände veröffentlicht hat, ist der großen Mehrzahl seiner selbst literarisch interessierten Zeitgenossen völlig unbekannt.

Ich möchte den Dichter an dieser Stelle als den lachenden Verkünder der Selbstverständlichkeit des Friedens unter den Völkern vorstellen. Das ist ein Moment in seinen Werken, das immer wiederkehrt, in immer neuer Form und neuem Zusammenhang, aber immer nur als Komponente einer in sich völlig geschlossenen, sehr großzügigen und eigenartigen Weltanschauung.

Scheerbarts Philosophie ist kurz diese: Alles Irdische, Diesseitige, Abgegrenzte ist ungeheuer nichtig, unwesentlich und gleichgültig gegenüber der Herrlichkeit der kosmischen Welt. Wer sich Bürger des unendlichen Alls weiß, der ist mit seiner Phantasie viel zu sehr beschäftigt, um die Dinge der Erde anders als mit lustiger Ueberlegenheit zu betrachten. Die unendlichen Möglichkeiten, die in der außerirdischen Welt liegen, sind die der Menschen würdigste Geistesbeschäftigung. Die kleinen Angelegenheiten unserer Körper, der Beziehungen der Menschen zueinander und unserer Erhaltungsinteressen verlohnen nicht der Feierlichkeit, mit der sie gewöhnlich behandelt werden.

Scheerbart geht denn auch in seinen meisten Büchern auf Streifzüge in die Regionen des unbekanntem Weltalls. Mit dem wunder-

vollen unbekümmerten Humor, der ihn auszeichnet, schildert er die Lebewesen fremder Gestirne, und indem er z. B. die Einrichtungen auf dem Jupiter beschreibt, verulkt er zugleich die Kümmerlichkeiten der Erdbewohner. Lächerlich ist ihm in seiner phantastischen Seelenstimmung jede Erotik, unsagbar verächtlich aber und dumm kommt ihm die Methode der Menschen vor, sich mit Mordwaffen einander gegenüberzustellen und sich gegenseitig abzuschlachten, abzuschießen und mit allem möglichen Aufwand von satanischer Erfindungskraft hinzumorden.

Ganz ergreifend kommt diese Ansicht in seinem Roman „Die große Revolution“ (Inselverlag) zum Ausdruck, der unter Mondbewohnern spielt. Die Mondleute studieren mit ungeheuren Fernrohren das Leben und Geschehen auf den übrigen Weltkörpern. Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit wenden sie den Menschen auf der Erde zu. Aber die widerwärtige Erscheinung, daß die Menschen immer und immer wieder mordend gegeneinander vorrücken, steigert bei den geistig vorgeschrittenen Mondbewohnern die Verachtung gegen die Erdleute, und es entsteht eine Bewegung, die den Boykott der Erde anstrebt, den Plan nämlich, den großen Stern Erde völlig zu ignorieren und die Fernrohrstudien fernerhin nur auf die gesitteten übrigen Sterne zu konzentrieren. Dagegen sträuben sich aber die konservativeren Mondgeister, und so ist die geistige Revolution auf dem Monde ausgebrochen. Die äußert sich natürlich nicht in Mord und Totschlag, sondern in Beratungen und Uebereinkommen. Endlich soll eine Wette entscheiden. Die Beobachtung der Erde soll noch 2000 Jahre fortgesetzt werden: Führen die Menschen dann immer noch Kriege, dann sollen die Neuerer recht behalten, dann muß man an der Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeit der Erdbewohner zweifeln. Als dann die 2000 Jahre herum sind, ist große Spannung bei den Mondleuten. Sie suchen mit ihren Fernrohren die Erdoberfläche ab, und schon glaubt die Erdpartei die Wette gewonnen zu haben, und auch die Welpartei will sich schon freuen, weil der Friede auf Erden nun herbeigekommen scheint, da sieht man plötzlich von zwei Seiten Heere mit Kanonen und allen möglichen Waffen aufmarschieren. Die Erdpartei des Mondes erklärt sich besiegt. Man sieht ein, daß an den Menschen Hopfen und Malz verloren ist und wendet fortan alle Aufmerksamkeit dem großen Weltall und den Gestirnen zu, auf denen die Unvernunft der Erdbewohner keine Stätte hat.

Hinweise auf die Absurdität des Krieges finden sich bei Scheerbart fast in allen Werken, und neuerdings hat er eine eigene, sehr originelle Bekämpfung der Massenmorderei erfunden, zu der ihm seine schrankenlose Phantasie gute Dienste leistet. Er macht das in der Form von Ratschlägen an die Krieg-

führenden, wie sie am schnellsten und sichersten möglichst viele Menschen auf einmal umbringen können. Mit scheinbarem Ernst und mit einer Sachlichkeit, daß man Tränen lachen kann, setzt er die vortreffliche Eignung der Luftschiffe auseinander, um von dort aus mit Sprengstoffen ganze Heere mit einem Schlage bis auf den letzten Mann zu vernichten und die kriegführenden Länder mit den billigsten Mitteln so vollständig zu verwüsten, daß der Friede für lange Zeit wieder gesichert sein muß. Im Jahre 1909 veröffentlichte Scheerbart eine Broschüre (bei Oesterheld), deren Verbreitung unter denen, die im Kriege einen grotesken Wahnsinn erblicken, gar nicht genug empfohlen werden kann. Darin plädiert der Dichter für die völlige Abschaffung der Heere und Flotten, da die Flugtechnik bei geeigneter Vervollkommnung durchaus allein imstande sein wird, jede ausdenkbare Vernichtungsarbeit zu verrichten. Der Titel des Schriftchens heißt: „Die Entwicklung des Luftmilitarismus und die Auflösung der europäischen Landheere, Festungen und Seeflotten. Eine Flugschrift“. Der biedere Ernst, mit dem Scheerbart da seine mörderischen Vorschläge macht, ist der gelungenste Hohn auf die ganze unsinnige Kriegsstimmungsmacherei, die uns Zeitgenossen des zwanzigsten Jahrhunderts immer noch in die Ohren tutet.

Ich habe mit diesem kurzen Hinweis auf das Wirken Paul Scheerbarts zweierlei erreichen wollen: einmal wollte ich die Verbreitung künstlerisch außerordentlich wertvoller Bücher, die kein Mensch zu kennen scheint, fördern (ich empfehle nicht nur die erwähnten Schriften Scheerbarts, sondern alle seine Bücher, in denen wahre Schätze des Humors gespeichert sind). Zweitens wollte ich dem Dichter selbst nützen, der dank der Indolenz seiner Mitmenschen heute noch in qualender Not lebt, die ihn nur ein immer wacher Humor und das Bewußtsein von der Unendlichkeit des Weltalls heiter lachend ertragen läßt.

Vom Anarchismus zum Gesetz!

(Die Diagnose eines europäischen Krieges.)

Von Wilhelm Lamszus.

Die Welt ist heute noch sehr mangelhaft organisiert. So lange es noch Räubervölker auf der Erde gibt, so lange es noch nach den Grundsätzen des Anarchismus regierte Staaten gibt — und zwar in unserer nächsten Nähe — so lange noch Kulturnationen es nicht für unwürdig erachten, mit Rußland, diesem schwer gestraften Land der Anarchisten von Gottes Gnaden, Bündnisse abzuschließen, sind wir in jedem Augenblick vom Krieg bedroht.

Was also, wenn nun dieser unheilvolle Krieg, den wir so weit wie möglich wünschen, trotz aller friedensliebenden Elogen, trotz aller

menschenbrüderlichen Demonstrationen, trotz aller diplomatischen Entspannungen dennoch eines Tages auf die Bühne tritt? Wenn es der Weltgeschichte so gefällt, vor Blut und Eisen Reverenz zu machen — was sollen wir dann tun? Das Ideal der unentwegten Menschenliebe krampfhaft schwingen? Mit kategorischem Imperativ und allgemeinem Menschentum statt mit Granaten unsere Kanonen laden, und nachdem wir überzeugend nachgewiesen haben, daß dieser neue Krieg menschliche Maße übersteigt, den dulddenden, den schönen Philosophentod erleiden und in Entsagung untergehen?

Man hat mein „Menschenschlachthaus“ ein Produkt der Angst genannt. Ich gebe gerne zu: Mein „Held“, der da im Schreckenssturm zusammenbricht, das ist kein herzerfrischend anmutendes Bild. Und ich gebe weiter zu: Ein Geschlecht, das einem Krieg nicht mehr gewachsen ist, das ist dem Untergang geweiht. Ich stelle mich ganz auf die Seite derer, die da sagen: Und wäre dieser Krieg noch zehnmal schrecklicher als er ist, und wäre er das leibhaftige Inferno, wir dürfen nicht vor ihm zusammenbrechen. Es hilft nichts, reichen unsere Kräfte nicht, so gibt es keine heiligere Pflicht, als sie zu stärken, bis sie eben reichen. Denn wehrhaft im Kampf ums Dasein müssen wir bleiben um jeden Preis. Darum Abhärtung und Rassenhebung! Ein starkes mannhaftes Geschlecht, das ist die Sehnsucht jedes Patrioten und ist die Hoffnung jedes echten Menschenfreundes. Wer hätte wohl Lust zu einem Volk, das so verfeinert und veredelt wär, daß ihm im Baßgesang der freiheitjauchzenden Geschütze die Nerven zerrissen? Wir müßten nicht selber Draufgängerblut in den Adern haben, um alle jene, die rückhaltlos für eine gute Sache einzutreten wagen, die sich mit Lust um einer großen Sache willen verschwenden, anders als mit Wohlgefallen zu betrachten. So ist es ja auch gar nicht wahr: Ich habe nicht das Sterben an sich, ich habe nicht die physische Angst der Kreatur vor Tod und Untergang gemalt — das wäre ein unwürdiger Streich — ich hab', was wohl das bitterste auf Erden ist, das hoffnungslose, leere Sterben gemalt, das nicht mehr weiß, wozu es stirbt. Ich hab den neuen Menschen in den neuen Krieg marschieren lassen, den neuen Menschen, der nicht mehr glaubt, daß dieser Krieg notwendig war, den Menschen, der da fühlt, daß seinem Vaterlande mehr gedient und mehr geholfen wär, wenn diese Hunderttausende von Menschenleben nicht vergeudet würden. Der allerdings, der kriegsungläubige Mensch, muß in dem Blutgewitter seelisch zugrunde gehen. Ist dieser Mensch Phantom, oder ist er historisch wahr? Das ist die große Frage an das Schicksal, die wir dem Vaterlande schuldig sind.

Diplomaten und ihre Auftraggeber, die von Berufs wegen das europäische Gleichgewicht

zu überwachen haben, glauben noch immer unverrückt an jenen bildschönen Menschentypus, der uns allen aus farbenprächtigen Kriegsnovellen des vergangenen Jahrhunderts und aus archaisierenden Geschichtslektionen der Schule blendend hell herüberstrahlt, an jene eichenlaubgeschmückten hurrarufenden Heldensöhne, die nichts weiter tun, als zeit-lebens darauf brennen, ihren begeistertsten Atem im Donner der Kanonen auszuhauchen.

Nun haben wir aber soeben das größte und vernichtendste Debacle erlebt, das die diplomatische Mathematik seit langem zu verzeichnen hat, und eine gehörige Skepsis gegen die Richtigkeit der europäischen Schicksalsrechnungen hat das europäische Gemüt erfaßt. Wie, wenn auch diese nationale Völkerpsychologie, die den nächsten Krieg entscheiden soll, auf Fehlern und auf Irrtümern basiert, wenn auch hier, vom öffentlichen Auge unbemerkt und ungesehen, Wandlungen im stillen sich vollzogen haben, die zum Verhängnis würden? Wie, wenn auch dieser völlig leuchtende Idealmensch, der die nächsten Völkerschlachten schlagen soll, im Laufe der Zeiten zu einem historischen Schatten abgeblaßt, zu einer konventionellen Phrase zusammengeschrumpft wäre? Zu einer Phrase, die in dem nächsten Krieg zusammenbräche? Es bräche vieles, vieles mit zusammen.

So viel ist sicher, und nur politisch völlig Erblindete tappen glücklich daran vorbei: Die vier Jahrzehnte intensivster industrieller Entwicklung, die nun seit dem letzten mitteleuropäischen Ringkampf verflossen sind, haben nicht nur einen neuen fremdartigen Krieg erzeugt, sie haben auch eine neue, wesensandere Menschheit geschaffen, eine Menschheit, die von neuen Idealen beseelt, von neuen Impulsen getrieben wird. Das heutige Geschlecht ist nicht mehr das Geschlecht des 30-jährigen Krieges und auch nicht das von 1870/71. Die Volkseele, nicht nur die deutsche, sondern ebenso sehr die französische und die englische, hat sich gewaltig differenziert. Und wie sich diese neue Menschheitsseele in einem großen historischen Augenblick auswirken würde, das weiß kein Mensch. Was dann geschehen würde, wenn sich das Schicksal blind erfüllen sollte, daß Europa über Nacht in Brand geriete, weiß kein Gelehrter und kein Diplomat, das weiß auch kein Kriegswissenschaftler — und dieser wahrscheinlich am wenigsten, weil er von allen jenen der Volkseele am abgeklärtesten und am abstraktesten gegenübersteht. Wie soll man sagen können, wie Menschen mit eigenem Fühlen und Denken in ihrer letzten Stunde sich benehmen werden, wenn man gewohnt ist, in ihnen kaum mehr als Exerziermaschinen zu erblicken. Jede strategische Rechnung hat als Grundlage die Zahl der Gewehre und Geschütze. Mit Menschen operiert sie wie mit

Nummern. Der Mensch ist weiter nichts als ein mechanischer Kräftekomplex, der in die Rechnung als ein äußerst gering innervierender Faktor eingesetzt wird.

Allerdings, daß das Menschenmaterial weicher und biegsamer geworden ist als früher, und daß es daher fraglich ist, ob die Heere der Zukunft noch die großen Verluste ertragen werden — von dieser formalen Seite her haben die akademischen Strategen das Problem zu lösen versucht und — haben das Fragezeichen stehen lassen.

Aber es gibt neben dieser formalen Seite noch eine andere, bedeutungsschwerere, die historisch-psychologische, die bisher kaum gesehen, geschweige denn untersucht worden ist. Man scheint ihr ängstlich aus dem Wege zu gehen. Selbst der Staatsrat Bloch hat in seiner glänzenden Theorie eines zukünftigen Krieges die Psychologie des modernen europäischen Soldaten nur flüchtig gestreift. Und doch liegt hier — die Geschichte der vergangenen Kriege lehrt es immer wieder — der Schwerpunkt des Problems. Nicht die Stückzahl der Geschütze und der Menschen, die ältere oder modernere Konstruktion der Waffen entscheidet letztthin, sondern der Geist, der diese Waffen führt. Das haben uns die deutschen Befreiungskriege, das haben uns die Heere der französischen Revolution gezeigt, das hat uns die Weltgeschichte soeben erst wieder am Balkan blut-tiefend vorgeführt.

„Krieg ist,“ sagt Byron, „wenn ihn das Recht nicht heilig macht, bloß Hirnzerschmettern und Luftröhrenschneiden.“ Und bei dieser problematischen Beschäftigung des Hirnzerschmetterns und Luftröhrenschneidens würde jedem normalen Menschen, der nicht als Lustmörder geboren wurde, bald der Appetit vergehen, wenn ihn nicht jene seelische Hochspannung ergriffe, die von jeher alle siegreichen Völker über Blut und Leichen an das verheißungsvolle Ziel getragen hat: Jene große elementare Begeisterung, die dereinst aus preußischen Monatskrümpern die besten Feldsoldaten prägte, die aus zusammengelaufenen Menschenhaufen unwiderstehliche Heere schuf. Das starke „heilige Gefühl des Rechts“, das war die suggestive Kraft, das war das seelische Aequivalent, das verbrauchte physische Kräfte immer von neuem regenerierte. Muskeln und Nerven wurden abgenutzt bis zur Erschöpfung, aber Schwung und Begeisterung rissen den müden Leib empor und offenbarten grenzenlos das uralte Geheimnis der Suggestion: Die Macht der aufgewachten stürmenden Seele über den zagenden todbangenden Leib. Suggestionen ballten die Volkskräfte zu eherner Leidenschaft zusammen und machten sich Luft in welthistorischen Explosionen.

Wie ist nun aber die seelische Verfassung des europäischen Bürgers, der morgen in den Krieg marschieren soll? Wo ist das seelische Aequivalent, das ihn regenerieren soll? Wo

ist das heilige Gefühl des Rechts, das seine skeptisch angehauchten Nerven entflammen soll? Ein Blick in die Oktober- und Novemberzeiten aller Landesfarben vom preußischsten Blau bis zum vaterlandslosesten Rot zeigt uns, daß man weit weniger verklärt und rosenrot den Krieg ansieht als in vergangenen Tagen. Mit unheimlicher Kraft der Anschauung zogen die Schreckensbilder des Balkankrieges vor unseren Augen vorüber, klassische Darstellungen wahrheitsgetreuer Schlachtenschilderung. Und gerade die großen konservativen Zeitungen, die sich das Vergnügen teurer Spezialkorrespondenten leisten konnten, malten uns die angeschossenen Menschen, die Tag und Nacht im strömenden Regen ihre Wunden wuschen, malten uns die Cholerakranken, die in Krämpfen sich wanden, bis sie im Schmutz kriechen mußten, so lebenswahr, so naturalistisch körperhaft, daß wir den röchelnden Atem zu vernehmen meinten und Grauen und Empörung uns übermannten.

Man sollte all diesen sonst so kriegslustigen Blättern, die uns so systematisch zum Kriegsabscheu zu erziehen suchten, der Reihe nach den Hochverratsprozeß machen, das wäre nicht mehr als konsequent.

Und doch war dieser Balkankrieg mit seinen teilweise 30 % Verlusten an Menschenmaterial nur ein Kinderspiel. Weil sie nicht mit ihren Maschinen umzugehen wußten, kehrten sie wieder zum Handbetrieb zurück. Was will nun dieser schlecht organisierte Kleinbetrieb gegen jene europäische Großschlächtereien bedeuten, die mit technisch vollkommenen Spezialisten, die mit Dynamos und Akkumulatoren arbeitet.

In diesem rasselnden Jahrhundert der Maschinen gibt es auch auf dem Markt des Sterbens weiter nichts als eine neue Branche mehr: die Leichenindustrie.

Das alles aber geht glatt in die historische Entwicklung auf. Maschinengewehre und ingeniose Sprengvorrichtungen gehören allerdings ins Zeitalter der Maschinen. Man kann sie nicht verbieten und aus purer Menschenfreundlichkeit und Poesie zu Pike und Muskete retirieren. Die technische Entwicklung geht weiter ihren Gang und erzeugt mit jedem Tage einen großzügigeren, produktiveren, ergiebigeren Krieg. Aber — nun kommt der erste Widerspruch — der unmenschlichere, barbarischere Krieg findet mit jedem Tage einen menschlicheren Menschen, denn, was den Bürger des 20. Jahrhunderts vor dem des 19. auszeichnet, ist das größere Kulturbewußtsein. Wir brauchen nicht die Zahl der Analphabeten von heute und vor 40 Jahren zu vergleichen, wir brauchen nicht die wachsende Zahl und Einrichtung der Schulen, den ungeheuren Aufschwung des Pressewesens zu verfolgen, wir brauchen keine Kulturstatistiken zu studieren. Wir brauchen nur einen Blick in jene weitverzweigten Volks-

veranstaltungen zu werfen, in jene Volkskonzerte und -theatervorstellungen, Volksbibliotheken und literarische Abende, die Arbeiter aus eigenen Mitteln sich schufen. Kunst und Kultur sind nicht mehr Dinge, die man an großen Festtagen aus dem Glaskrank nimmt, um sie zum dankbaren Objekt schwungvoller Tischreden zu machen. Humanität ist nicht wie früher ein holder, ferner, nie erreichter Traum. Ach nein, Fata morgana sieht nur der, der noch verloren in der Wüste irrt. Die das Land der Menschheit fanden, haben auch den Boden der Wirklichkeit gefunden. Ihnen ward Humanität zu einem leidenschaftlichen, realen Trieb. Er hat sich als der größte, unstillbarste aller Triebe erwiesen. Nicht nur, daß er die Siechenhäuser und Spitäler baute, daß er mit Hygiene und Gesetz das bürgerliche Leben schützte, sogar den Keim im Mutterleib mit Zuchthausstrafen schützt — er hat weit Größeres vollbracht. Aus Millionen Köpfen schuf er eine Menschheitsseele, aus Millionen Sonderinteressen einen großen Menschheitswillen. Volksstämme, die sich dereinst zerfleischten, verbanden sich zu Völkern, und Nationen, die sich demnächst zerfleischen sollen, schicken sich an, zu einem großen Brudervolk zu werden. Man hat dereinst die deutschen Burschenschaftler, die sich zu leidenschaftlich nach der deutschen Einheit sehnten, als Landesfeinde auf die Festungen geschickt. Die deutsche Einheit ist trotzdem gekommen. So wird auch die Kultureinheit der Völker kommen trotz allen offiziellen Rückwärtsblasens. Vom Urmenschen, der da den Gegner schlug, wo er ihn fand, sind wir zu immer größeren und festeren Kulturverbänden emporgestiegen und werden weiter steigen. Wer das zu leugnen wagt, der leugnet, daß es je Geschichte gab. Es hilft hier nichts, wir stehen an der Wiege eines neuen Menschen. Der morgen in den Krieg marschieren soll, ist nicht mehr der von 1870/71. Was ist das für ein Mensch?

Wenn man ihn schmähen will und denunzieren, so nennt man ihn den internationalen Menschen und macht drei ††† hinter ihm. Das hindert aber nicht, daß man am Sonntag, wenn man sich die Augen ausgewaschen hat, dann selber in die Kirche geht und eben diesen selben internationalen Menschenbruder von der Kanzel herab nach allen Regeln der Homiletik sich warm ans Christenherze legen läßt. Denn was macht das Uebermenschentum des Nazareners aus? Daß er das Gleichnis von Alljuda predigte? Daß er nach möglichst vielen Legionen und Kohorten schrie? Daß er nur jene seiner Liebe würdig fand, die schwarz-weiß-rot im Kleide gingen? Weswegen ward er eigentlich ans Kreuz geschlagen? Das mögen unsere frommen Patrioten sich von ihren kundigen Pastoren auseinandersetzen lassen. Ach, dieser verbrecherische menschenbrüder-

liche Trieb, dieser hochverräterische Trieb des Menschen zum Menschen, den haben ihm mit nichten Auführer und Verschwörer in die Brust geblasen, der ist auf keinem unerlaubten polizeiwidrigen Weg zu ihm gekommen, ist nicht einmal Propheten- und Messiaswerk: Ach nein, im hellsten Licht der Sonne hat es angefangen, und Eisenbahnen, Telegraphen, Dampf und Elektrizität, das sind die Hochverräter, die die Landesgrenzen überwunden haben. Sie haben das dumpfe landesfarbene Empfinden zum größeren und philosophischen Menschheitsbewußtsein geweitet und geklärt. Kunst und Wissenschaft haben das menschliche Gewissen geschärft und haben jenen verruchten widerlichen Chauvinismus, der einst mit blöder Geringschätzung auf alles niedersah, was andere Farben trug, für alle Zeit zum lächerlichen Firlefanz gemacht. Sie haben auch den Rassenhaß, das Erbe aus der Tierheit Tagen, endgültig in die Rumpelkammer der Kultur gestellt.

Es ist eine neue Menschheit, die morgen in den Krieg marschieren soll. Wenn wir die Seele dieser Menschheit analysieren wollen, brauchen wir nicht auf internationale Kongresse und Demonstrationsversammlungen zu gehen — was wir hier schreiben, predigen wir nicht von der Zinne irgendeiner Partei, sondern wir schreiben nur das Leben ab und — eigenhändige Dokumente untadelhafter deutscher Männer. In jenem berühmten Sonderheft von „Nord und Süd“, wo Prinzen und Professoren, Fürsten und Grafen, Bürgermeister und Minister sich für die deutsch-englische Verständigung aussprechen, hat vor allem der Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath die Volksseele am sichersten und überzeugendsten gezeichnet:

„Die gesunden, einsichtsvollen, beachtenswerten, maßgebenden und führenden Elemente beider großen Kulturvölker wollen den Frieden, die Verständigung, die Entente und, wenn möglich: die Entente cordiale! Alle diese Elemente halten einen Konflikt, einen Krieg — man sollte so ein Wort gar nicht aussprechen, weil es sich einfach nicht einmal denken läßt — für einen Wahnsinn, für eine Tollheit, unter welcher jede von beiden Nationen empfindlich leiden würde, ganz gleichgültig, welche Sieger oder Besiegte wäre. Und während der Zeit, wo beide Nationen, die so unendlich vieles Gemeinsames haben, deren Eigenarten, Stimmungen, Gefühle, Anschauungen auf den verschiedensten Gebieten die gleichen sind, sich zerfleischen, sich Wunden schlagen würden, die nur langsam heilen, sich nur schwer schließen, wohl aber eine dauernde Verbitterung und heiße, leidenschaftliche Gegnerschaft zeitigen würden, in derselben Zeit könnten auf anderen Weltplätzen große Interessen verloren gehen und geschädigt werden, die den kämpfenden Parteien unendlich wertvoll wären.“

Das ist die Sehnsucht der neuen Menschheit, auf eine psychologische Formel gebracht: Entente cordiale. Was aber dem deutschen Prinzen noch als ein frommer

Wunsch erscheint, das sieht der Attorney-General und Minister des vereinigten Königreichs England, Sir Rufus D. Isaacs, in deutlicheren Konturen:

„Nur mit Genugtuung kann man feststellen, daß die Beziehungen zwischen den Arbeiterklassen beider Länder stetig intimer werden. Denn in dieser engeren Intimität liegt eine starke Schutzwehr gegen das Andauern der Vorurteile und Mißverständnisse.“

Intim und herzlich! Wer Augen hat zu sehen, sieht, daß das die Wahrheit ist. Man mag die Wahrheit mit Entzücken oder mit Erschrecken sehen, nur leugnen läßt sie sich nicht mehr. Wenn sich in Frankreich 98 000 Volksschullehrer öffentlich und feierlich zum Pazifismus bekennen, wenn auf demselben klassischen Boden der „gloire“ Bürgermeister großer Städte die Polizeigewalt entzogen werden muß, weil sie sich weigern, dem allzu ungestümen Friedensdrang des Volkes Einhalt zu gebieten — wer will es leugnen, daß da neue Kräfte, neue Phänomene in das menschliche Bewußtsein treten, daß da ein wesensanderer Mensch geworden ist. Das ist das heute noch verborgen wirkende historische Gesetz, das sich mit jedem Tage mehr realisiert: Die Einswerdung der menschlichen Kultur, der Einheitsakt des menschlichen Erkennens, der sich mit apodiktischer Gewißheit über Raum und Zeit vollzieht, bewirkt die Einswerdung des zur Kulturerwachten Menschen. Diese Identifizierung der Kultur aber trägt in sich die Tendenz, den uralten, mystisch verschleierten Kampf ums Mein und Dein, den ominösen Eigentums- und Länderstreit der Menschheit, der einst in blinden Katastrophen sich entlud und unter ungeheurer Menschen- und Materialvergeudung vorsichging, nicht nur im kleinen, sondern auch im großen immer mehr den klar erkannten, ökonomischen, kulturpolitischen Gesetzen unterzuordnen. Kulturvölker gehören innerlich zusammen: Das ist die nächst sichtbare historische Etappe. Reißt man sie voneinander los und jagt sie entwerteter Gefühlsanachronismen wegen widereinander, so hat man sie der offenen Verzweiflung überantwortet. Wehe dem Kriege, der sich in der Menschheitsseele verspekuliert! Wehe dem Kriege, der mit einer anachronistischen Psychologie gerechnet hat! Der Einsatz dieses Krieges ist das europäische Kultursystem. Der Einsatz geht verloren, wenn der Krieg verloren geht; das ist, was ich mit meinem „Menschenschlachthaus“ sagen wollte.

Es sind ja nun in unseren Tagen sonderbare Heilige erstanden, die schelten recht-

schaffen die Menschheit aus, daß sie es nicht mehr für den höchsten aller irdischen Genüsse hält, sich gegenseitig die Gurgel abzuschneiden. Was soll aus einer so erschlafften und degenerierten Menschheit werden? Es ist nur schade, daß es den Völkern bisher an Zeit gebrach, sich so wie diese mannstollen Aestheten zu verweichlichen und zu entnerven. Arbeitende Menschen haben nicht nötig, das erschlaffte Blut mit einer Eisenkur sich periodisch aufzufrischen; wohl aber wäre jenen misanthropischen Skribenten etwas mehr Respekt vonnöten, Respekt vor jenen, die alljährlich auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen, Respekt vor jenen, die im Schatten atmen und im Dunkel sterben, damit wir Glücklichen die Sonne sehen. Steigt doch hinunter in die Bergwerke und geht hinaus aufs Meer in Sturm und Not, sehet dem stillen Forscher zu, der Tag und Nacht um die Erkenntnis ringt und seinen letzten Atemzug der Wahrheit weicht —

Das Heldentum der Arbeit blüht herrlicher als je. Aber die Sehnsucht dieser arbeitenden Menschheit ist, nicht wie einst das Hirnzerschmettern und Luftröhrenschneiden. Die Sehnsucht dieser Menschheit heißt: Gesittung! vom Tier zum Menschen, vom Anarchismus zum Gesetz. Wer ist's, der diesen Weg nicht finden kann? „Gleich wie wir nun“, so sagt Immanuel Kant, „die Anhänglichkeit der Wilden an ihre gesetzlose Freiheit, sich lieber unaufhörlich zu balgen, als sich einem gesetzlichen Zwange zu unterwerfen, mit tiefer Verachtung ansehen, so sollte man denken, müßten gesittete Völker (jedes für sich zu einem Staat vereinigt) eilen, aus einem so verworfenen Zustande je eher desto lieber herauszukommen. Statt dessen aber setzt vielmehr jeder Staat seine Majestät gerade darin, gar keinem äußeren gesetzlichen Zwange unterworfen zu sein.“

Das ist nun zwar der internationale Anarchismus reinster Form, den, als den höchsten aller Zustände, zu preisen, auch heute noch als sehr verdienstvoll gilt. Es ist nicht eben viel, womit sich unsere politische Vernunft begnügt. Denn diese vielgepriesene „politische Vernunft“ findet sich schon in jedem Ameisenhaufen sinnreich und muster-gültig realisiert. Im Ameisenstaat haben wir nach innen den vollständigen sozialen Ausgleich, nach außen hin aber den unerbittlichsten und konsequentesten, den ganz auf sich gestellten Nationalismus. So hätten wir denn glücklich das Niveau der Ameisen erklimmen, und unsere politische Erkenntnis wäre die eines Insektenhirns. Insektenethik, das wäre der Weisheit letzter Schluß. Wahrlich, man könnte stolz auf dieses Mensch sein werden, wenn nicht die Weltgeschichte über

ihre Totengräber, die es zu allen Zeiten gab, zu allen Zeiten auch zur Tagesordnung überginge. Organisation heißt das Gesetz der Welt. Männer des Lebens: Kaufherren, Industriefürsten haben das Gesetz erkannt und schließen sich, wenn Freund und Feind der sinnlos preisdrückenden Konkurrenz zu erliegen drohen, zu weltumspannenden Kartellen, zu internationalen Trusts zusammen. Die Völker, die in kriegerischer Konkurrenz sich aufzureiben drohen, fangen an, den Weg zum kriegerischen Trust zu suchen. Wo sind die großen Staatsmänner, die Carnegie und Rockefeller der Politik, die die erwachte Menschheit zum weltumspannenden Kulturkartell zu führen wissen? Verzückte Schwärmer, untergehende Romantiker, die nicht zur Wirklichkeit genesen können, schauen sehrend nach rückwärts, wo die gestorbenen Ideale mit dem gestorbenen Tag zur Rüste gehen. Das gibt dem neuen Menschen seine aufbauende Kraft, daß er nach vorwärts schaut! Der wird der Mann der kommenden Epoche werden, der, was sich aus dem Morgendämmer der Geschichte hebt, zu klarer Form, zu menschbeglückender Gestalt zusammenfassen kann. Wer Bismarcks große Kunst zur Wirklichkeit uns preist und selbst nichts Besseres versteht, als mit dem alten Handwerkszeug nach alten Schätzen graben, der ist ein schlechter Jünger der Vergangenheit. Vorwärts mit neuen, jungen Augen in die neue Zeit! Das, und nichts anderes heißt uns realpolitisch denken. Das und nichts anderes kann unserm Vaterlande dienlich sein.

II RANDGLOSSEN II ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha von Suttner.

Wien, 4. Februar 1913.

Seit dem Ausbruch des Balkankrieges ändert sich die politische Situation mit jedem Tag, mit jeder Stunde. Und jede neue Variation wird von der Presse mit Folgerungen, Betrachtungen, Kombinationen und Prophezeiungen begleitet, die einander aufheben und widersprechen, die von den Ereignissen Lügen gestraft werden, und die untereinander einen Wirbeltanz aufführen, wie die Vorstellungen eines wilden Traumes. Und das kommt daher: Wie im traumbefangenen Gehirn das ordnende Bewußtsein fehlt, so fehlt im politischen Handeln und Denken von heute das feste Prinzip, die sichere Zielrichtung. Die allgemeine Meinung unter den „maßgebenden“ und „unterrichteten Kreisen“ und die Denk- und Stilgewohnheiten der Zeitungen stehen einerseits noch im Banne der kriegerischen Weltanschauung, sind aber andererseits doch schon beeinflusst von dem Friedenswillen und der Friedensnotwendigkeit der modernen Welt.

Vor hundert Jahren, selbst vor fünfzig Jahren, hätte es zu solchen Verdrehungen und Windungen, solchen Irrnissen und Wirrnissen in den offiziellen Schritten und den offiziellen Kommentaren nicht kommen können; — da waren der Krieg, die Gewalten, das Eroberungsrecht noch die unbestrittene Grundlage des Staatenlebens. Das ist heute — außer in den Augen der verschiedenen Kriegsparteien — nicht mehr der Fall. Wir Pazifisten werden von den täglich veränderten, toll wirbelnden Ereignissen nicht zum Schwanken und zum Selbstwidersprechen gebracht; weil auch wir auf einer festen Grundlage — der Grundlage der Prinzipien — stehen, auf denen unsere Ueberzeugungen ruhen. Wir sind Zeugen, wie diese Prinzipien sich störend in das alte System infiltrieren und können daraus die erneute Sicherheit schöpfen, daß ein neues System im Werden ist.

Den Verhandlungen, Botschafter-Reunionen, Delegierten-Konferenzen, Pourparlers und selbst Déjeuners ist es nicht gelungen, den eingegangenen Waffenstillstand in einen tatsächlichen Friedensschluß zu verwandeln, sondern infolge einer temperamentvollen Ministerratsitzung in Sofia wurde ein neuer Krieg daraus, angesagt zur üblichen Theaterstunde — 7 Uhr abends — des 3. Februar. Dann sollte es wieder ans „Lokalisieren“ gehen. Nur um Gotteswillen keinen europäischen Krieg! Sie alle hoffen, wünschen, beten, daß es zu keinem Brand komme — als ob der von Gott weiß wo entzündet werden könnte. — während sie es doch alle selber in der eigenen Hand haben, ihn zu entzünden oder nicht.

Kaiser Franz Josef hat durch einen Spezialgesandten ein Handschreiben an Zar Nikolaus geschickt. Niemand weiß, was drin steht, aber die ganze europäische Presse kommentiert — und wahrscheinlich mit Recht —, daß dies eine Anbahnung zu freundschaftlicher Beziehung zwischen den beiden Kaiserreichen und daher zur Verminderung der Konfliktsgefahr führen wird. Desto besser, wenn dies der Fall ist. Sowohl der Kaiser von Oesterreich, wie der Einberufer der Haager Konferenz, sind dem Kriege abhold und wenn die beiden direkt miteinander verhandeln (nicht durch ihre Ministerräte), so wird es sein, um Gefahren zu bannen, nicht zu schüren. Aber so erfreulich diese Tatsache im konkreten Fall auch wäre, sie würde doch wieder zeigen, auf wie unsicherem Boden Glück und Leben der Völker stehen, wenn dies davon abhängen soll, ob zwei Mächtige freundlich lächeln oder die Brauen zusammenziehen.

Immerhin, freuen wir uns, wenn das pazifistische Gift, vor welchem gewisse Vortrags-

und Tägliche-Rundschau-Generale ihre Zeitgenossen so eifrig warnen, auch in die Regionen der Mächtigen dringt. Ich glaube, die drei gegenwärtigen europäischen Kaiser würden für ihr Leben gern einen gesicherten Frieden einsetzen. Aber als Kriegsherrn sind sie einigermaßen die Gefangenen ihrer Kriegsheere. Sie können nichts tun, was dem Prestige, was der Unentbehrlichkeit des Militärs zuwider wäre. Und doch, wenn sie es wagten, welche Ruhmestat in den Augen künftiger Historiker!

Unterdessen aber hat der wiedererwachte militärische Geist erschreckende Dimensionen angenommen. Als ob es keine organisierte Friedensbewegung, keine interparlamentarische Union, keinen Haag gäbe, wird wieder das Eroberungsrecht proklamiert; wieder die Erwerbung von Landketzen und Steinhäufen als das höchste Staatsinteresse gepriesen und mit der Geste „La Bourse ou la vie“ rücksichtslos durchgesetzt; wieder gehört „mit Gottes Hilfe“ das Hinmorden von Hunderttausenden zu den kulturfördernden Glanzaktionen. Wir müßten verzweifeln, wenn wir nicht wüßten, daß dies nur das letzte Aufflackern einer zum Erlöschen bestimmten Flamme ist.

Der plötzliche Regierungswechsel in der armen Türkei hat den Friedensschluß, der durch die Nachgiebigkeit der abgesetzten Regierung schon gesichert war, wieder fraglich gemacht. Und nun zeigte sich — ganz unerwarteterweise — die neue Regierung auch nachgiebig. Bulgarien hat aber deren neue Antwort auf die Note der Mächte gar nicht abgewartet, sondern den Waffenstillstand flugs gekündigt. Mit diesem Nichtabwarten hat Italien Schule gemacht. Vermutlich hat der temperamentvolle Ministerrat in Sofia noch andere Pläne. Es ist ja auch schon verkündet: Erhöhung der Kriegsentschädigung, die Türkei muß doch die Kosten der durch ihre „Hartnäckigkeit“ (sie mag nun einmal nicht ganz tot sein, die Eigensinnige) verschuldeten Verlängerung des Krieges zahlen. Ferner wäre der Einmarsch in Konstantinopel auch nicht übel . . .

Wie hat sich nun eigentlich die Vermittlungsaktion der Mächte erwiesen? Vermitteln heißt doch, mit gleicher Gerechtigkeit für beide Parteien, von beiden gleichwertige Konzessionen zu erreichen. Madame de Staël sagt irgendwo: Die Menschen haben den Drang, dem Stärkeren zu Hilfe zu eilen. Scheint es nicht, daß auch die Mächte diesem Drange gefolgt sind?

Bulgarien hat eine Neuerung eingeführt: es dürfen keine Verlustlisten eingeschickt werden. Eine militärische Zeitschrift bemerkte

hierzu: „Vom humanen Standpunkt mag diese Maßregel hart erscheinen, vom rein militärischen Standpunkt ist sie jedoch nützlich, sie vermeidet Gärung in der Bevölkerung und Demoralisierung unter den Truppen.“ Ganz richtig. Zugegeben. Aber ist damit nicht wieder einmal der Gegensatz zwischen human und militärisch unterstrichen?

A propos von Humanität: Jetzt sickern nach und nach die Berichte über die Massakers heraus, die auf dem Balkan verübt worden sind: Frauen und Kinder, die mit Petroleum begossen und angezündet werden; Leute, die man mit Bajonetten in die Flammen jagt — und anderes mehr. Es ist zum Aufschreien. Schämen muß man sich, Zeitgenosse zu sein. Freilich, chauvinistische Blätter benutzen dies, um zu beweisen, was die jeweiligen Massakreure für Bestien sind und daß ihr ganzer Stamm ausgerottet werden müsse. Serbenfeindliche Blätter in Oesterreich z. B. schwelgen in solchen Berichten, wenn sie von Serben handeln und folgern daraus, daß sie immer recht hatten, gegen Serbien zu hetzen. Sie vergessen, daß „Atrocitäten“ in jedem Kriege vorkommen und von allen Nationen ausgeübt worden sind. Haben im Jahre 1900 die Europäer in China (um von hunderten nur ein Beispiel anzuführen) nicht die Chinesen an den Zöpfen zusammengebunden und mit den Bajonetten ins Wasser gejagt? Im Kriege sind die rohen Instinkte der Rohen losgelassen — und deren gibt es doch unter den Massen immer. Und bei den Nichtrohen kann ein Mordrausch, ein Rachewahnsinn, eine Verzweiflungswut ausbrechen. O, über diese Höllenzustände, die unsere über jeden Humanitätsdusel erhabenen „Realpolitiker“ sich nicht entschließen können, aus der Welt zu schaffen!

In Spanien hat sich etwas Sonderbares abgespielt. König Alfons hat Sozialdemokraten und Republikaner in sein Palais berufen, um sich über ihre Ansichten berichten zu lassen. Und allerlei liberale Maßregeln wurden eingeführt. Hat wieder einmal ein spanischer König sich sagen lassen: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire“? Und wird, zum Unterschied von Philipp, Alfonso auf seine verschiedenen Posas hören?

Die seit der Balkankrise eingetretene Vermilitarisierung in Oesterreich ist erschreckend. Das neue Militärleistungsgesetz hat die Altersgrenze der Pflichtigen von 42 auf 50 Jahre ausgedehnt, und dem Militärkommando sind eine ganze Reihe von neuen Verfügungsrechten über die bürgerliche Bevölkerung und deren Besitz eingeräumt; neue, enorme Militärforderungen sind angekündigt und schon

wird im Abgeordnetenhaus ein neuer Finanzplan mit erhöhten Steuern durchberaten. Die „Grenzsoldaten“ werden noch immer nicht zurückgerufen, es werden sogar noch immer mit aller Plötzlichkeit Reserven an die Grenze beordert und täglich betragen die Kosten dieser Bereithaltung zwei Millionen Kronen. Und was das Schlimmste ist: in Offizierskreisen wird der kommende Ausbruch des Krieges als unvermeidlich, als bald bevorstehend und als wünschenswert proklamiert. Gewisse Blätter schüren die kriegerische Stimmung und in den vornehmen Gesellschaftsschichten wird diese Gesinnung als patriotische Pflicht gehegt. Wären nicht auch andere Kräfte und Einflüsse am Werk: schon längst hätte man „losgeschlagen“. Unser Land ist dasjenige, in welchem die pazifistische Propaganda am notwendigsten wäre, leider aber gegen die größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die verschiedensten Meldungen von Siegen und Niederlagen kommen wieder aus den Balkanländern herüber — Adrianopel brennt, Heere flüchten . . . kurz, was des Jammers mehr ist und was man so Weltgeschichte nennt. Man weiß nicht, was von den Depeschen und Berichten wahr ist, was nicht. Soll man z. B. glauben, was der Korrespondent der Humanité mitteilt, daß die Verbündeten — so zwischen durch den Metzelen, Schändungen und Plünderungen — an der türkischen Bevölkerung auch Zwangstausen vornehmen? Warum nicht? Der finsterste mittelalterliche Geist ist ja dort drüben wieder erwacht.

Während ich diese Chronik zur Post schicken will (8. Februar), kommt die Kunde von dem vorgeschlagenen deutsch-englischen Marineabkommen. Das eröffnet ganz neue Perspektiven. Es ist die Betretung einer anderen Bahn. Eine vom Pazifismus längst vorgezeichnete, von der „Realpolitik“ aber bislang hartnäckig zurückgewiesene Bahn. Wir können uns des Ereignisses in tiefer Ergriffenheit freuen. Viel wird zwar von gegnerischer Seite getan werden, um den Weg durch Verdächtigungen und mit sonstigen Hindernissen zu verrammeln — aber die Massen derer, die erst an eine Sache glauben und sie unterstützen, wenn sie einmal von offizieller Seite vorgeschlagen ist, werden nun mit uns sein und nach und nach die Argumente selber entdecken, die sie so lange nicht hören wollten. Europa, das furchtbar gärende, steht vor zwei Alternativen: vor dem tiefsten Unheil, dem Weltbrand, oder dem höchsten Heil, die Einigung. Durch den Schritt der Marineämter von Deutschland und England haben sich die Zeichen gemehrt, daß das Heil obsiegen will.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

Anfangs Januar. Die Berliner Handelskammer richtet an eine Reihe englischer Handelskammern ein Schreiben, worin sie anerkennt, dass die aufklärende Arbeit in England und Deutschland das Gefühl der Kulturgemeinschaft gefestigt habe.

13. Januar. In Heidelberg tritt ein internationaler Studentenverein zum erstenmal in die Öffentlichkeit.

13. Januar. Der Präsident des deutsch-englischen Verständigungskomitees, Dr. v. Holleben, in Charlottenburg †.

Mitte Januar. In Paris werden zwischen deutschen und französischen Pazifisten Vorbesprechungen über die Bildung einer deutsch-französischen Liga gepflogen.

Mitte Januar. In Paris tagen die seitens der Interparlamentarischen Union eingesetzten Ausschüsse für die Neutralisierung der Meerengen und für Neutralitätserklärung.

16. Januar. Im deutschen Reichstag sagt der Abg. Dr. Hägy, die Elsass-Lothringer wünschen die endgültige Sicherung des Weltfriedens. Der Krieg von 1870 sollte der letzte sein.

21. Januar. Senator Root tritt im amerikanischen Senat für die schiedliche Erledigung des Panamastreites ein.

27. Januar. Festrede des deutschen Botschafters Fürst v. Lichnowsky in London zur Geburtstagsfeier des Kaisers. Hervorhebung der Gemeinschaft der deutschen und englischen Politik zur Erhaltung des europäischen Friedens.

30. Januar. Vortrag des Prof. Schultze-Gavernitz in Berlin über die deutsch-englischen Beziehungen. Feststellung der Ergebnislosigkeit eines Krieges für beide Teile, der Notwendigkeit einer Wirtschaftsverständigung und einer Flotten-Kontingentierung. „Der Abrüstungsgedanke insofern als ein gesunder und für uns annehmbarer Gedanke anzuerkennen.“

30. Januar. Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und dem Balkanbund. Kündigung des Waffenstillstandes.

1. Februar. Normann Angell tritt eine auf 14 Tage berechnete Vortragstournee durch Deutschland an.

1. Februar. In Frankfurt a. M. wird nach einem Vortrage Normann Angells eine Ortsgruppe des „Verbandes für int. Verständigung“ begründet.

1. Februar. Zehnte Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammer in Berlin. Austauschprofessor Sloane bespricht die Sünden der Presse gegenüber dem Werke der Völkerverständigung.

2. Februar. Prof. Ruysen aus Bordeaux spricht neben Prof. Piloty in einer vom Verband für int. Verständigung einberufenen Versammlung in Strassburg über „Die geistigen Faktoren der Annäherung“.

3. Februar. Wiederbeginn des Balkankrieges.

5. Februar. Kaiser Wilhelms Rede in Königsberg: „An Stelle kriegerischer Taten ist das segensreiche Friedenswerk getreten . . . Nicht kriegerische Taten . . . sichern im letzten Ende das Schicksal und die Zukunft eines Volkes, sondern allein die sittliche Kraft.“

7. Februar. In der Budgetkommission des Reichstages erklärt Staatssekretär der Marine, r. Tirpitz, dass er eine Verständigung mit England über die Grösse der Flotte im Verhältnis von 10 zu 16 für die nächsten Jahre für annehmbar halte.

DAUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Interparlamentarische Union. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Mitte Januar vereinigten sich zwei von der Interparlamentarischen Union eingesetzte Studienkommissionen. Die eine, die sich mit der Neutralisierung der Meerengen und Kanäle befaßte, die andere, der es oblag, Gesichtspunkte über Neutralitätserklärungen festzustellen.

Der ersteren Kommission präsiidierte Lord Weardale. Berichterstatter war Graf de Penha Garcia (Portugal). Es nahmen ferner daran teil: Grieg (Norwegen), Kowalewski (Rußland), Munch (Dänemark) und Baron d'Estournelles de Constant (Frankreich). Der Berichterstatter unterbreitete eine Zusammenfassung der allgemeinen Diskussion, die sich anlässlich zweier früherer Vereinigungen der Kommission in den Jahren 1911 und 1912 entwickelt hatte. Diese Zusammenfassung wurde neuerlich erörtert und im wesentlichen gebilligt. Im Hinblick auf die Tatsache, daß gerade mehrere Probleme, die der Kommission zuerteilt sind, gegenwärtig auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehen, so die Frage der Dardanellen und der Panamakanal-Abgaben, beschloß die Kommission, sich darauf zu beschränken, der nächsten Interparlamentarischen Konferenz, die sich im kommenden September im Haag vereinigen wird, einen Vorbericht zu unterbreiten. Dieser Bericht wird die Grundsätze anführen, die nach Ansicht der Kommission die Materie regeln sollen. Erst nach einer Erörterung dieser Grundsätze durch die Konferenz selbst wird die Kommission an die Redigierung eines Vertragsentwurfes schreiten, der den Regierungen unterbreitet werden kann.

An der Kommission für Neutralitätserklärungen, die von Houzeau de Lehaie präsiidiert wurde, und bei der Munch als Berichterstatter fungierte, nahmen teil: Ferdinand Dreyfus (Frankreich), von Palmstjerna (Schweden) und Grieg (Norwegen). Der Generalsekretär der Union, Herr Lange, wohnte beiden Kommissionssitzungen

bei. Der Berichterstatter dieser zweiten Kommission unterbreitete einen internationalen Vertragsentwurf, der das Verfahren festsetzt, nach welchem ein Staat, der den Wunsch hat, jedem bewaffneten Konflikt fern zu bleiben, sich für ständig neutral erklären könnte. Der Entwurf setzt die Pflicht der anderen Staaten zur Beachtung dieser Neutralität fest, indem er jedoch dem neutralen Staat das Recht läßt, unter Umständen durch Gewalt jeden Angriff auf seine Neutralität zurückzuweisen. Er sieht für den Fall des Vertragsbruches gemeinsame Maßnahmen der Vertragsstaaten und, in Fall der Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Abkommens, die Anrufung des Haager Hofes vor.

Alle diese Entwürfe werden der nächsten Interparlamentarischen Konferenz vorgelegt werden.

Die Mitglieder der beiden Kommissionen wurden während ihres Pariser Aufenthaltes vom Senatspräsidenten Dubost und von dem damaligen Ministerpräsidenten Poincaré empfangen. Während der Unterhaltung mit den Kommissionsmitgliedern drückte der letztere diesen das große Interesse aus, das er für ihre Arbeiten und für die Gesamttätigkeit der Union hege.

Rüstungsproblem.

Kein Geld für Kulturnotwendigkeiten! :: :: ::

Das Telephon ist ein Verkehrsmittel, auf dessen Erfindung unsere Zeit mit Recht besonders stolz ist. Es ist heute für Hunderttausende in jedem Lande das unentbehrlichste Verkehrsmittel geworden. Ein Geschäfts-, Zeitungs-, Industriebetrieb, die öffentliche Sicherheit und Gesundheitspflege können das Telephon heute nicht eine Stunde mehr entbehren. Da das Telephonwesen in den meisten Staaten der freien Konkurrenz entzogen ist, und zum Monopol gemacht wurde, ist es selbstverständlich, daß jeder Staat im Interesse des öffentlichen Wohlstandes dafür sorgt, daß dieses ungeheure Bedürfnis ohne die geringste Hemmung befriedigt wird.

Demgegenüber wird es von internationalem Interesse sein, zu erfahren, daß man in Oesterreich in der Regel jahrelang warten muß, bis man einen Telephonanschluß gelegt erhält. Der Staat, der Milliarden für Rüstungen ausgibt, vermag seit vielen Jahren die geringen Mittel nicht flüssig zu machen, um dem Telephonbedürfnis z. B. in Wien zu genügen. In der gesamten zivilisierten Welt kann ein Interessent innerhalb 24 Stunden einen Telephonanschluß eingerichtet bekommen, in Oesterreich, wo man Dread-

noughts auf Vorrat baut, muß man jahrelang auf einen Anschluß warten, wenn es einem nicht gelingt, von einem glücklichen Besitzer eines Telephons dieses gegen hohe Entschädigung abzukaufen. Ein Blick in die kleinen Anzeigen der Wiener Tagespresse liefert Dokumente für diesen Zwischenhandel mit Telephonanschlüssen und für diese Verkehrsschande. Zur Bekämpfung dieser unerhörten Unterlassungen hat sich in Wien ein Verein gegründet, der soeben folgende Feststellungen in der Tagespresse veröffentlicht:

„In Wien sind 1500 Außenleitungen schon längere Zeit fertiggestellt. Diese Stationen können nur deshalb nicht montiert werden, weil in dem staatlichen Telephongroßbetrieb **absolut kein Apparat vorhanden ist.** Wenn erwogen wird, daß ein Apparat kaum hundert Kronen kostet, demnach die Anschaffung der Apparate für 1500 Einzelanschlüsse eine Ausgabe von nur 150 000 Kronen verursachen würde und daß dagegen für diese 1500 Anschlüsse allein schon in einem Jahre 375 000 Kronen Abonnementsgebühren eingenommen werden könnten, so wird dadurch klar, welcher großen Schaden die geschilderte Unterlassung nicht nur den Anmeldern, die seit Jahren der von ihnen angemeldeten Telephone harren, sondern auch dem Telephonärar verursacht. Zu weiteren 1500 gleichfalls schon seit Jahren angemeldeten Telephonen sind noch nicht einmal die Leitungen gelegt worden.“

Es ist wahrhaftig haarsträubend, wenn man sieht, wie bagatellenmäßig und rücksichtslos in einem Staate, der mit so ungeheurem Nachdruck für sein Prestige und seine Großmachtstellung eintritt, Bedürfnisse der Allgemeinheit behandelt werden, wenn diese nicht auch in Militärforderungen bestehen. —

Man hat einfach kein Geld für solche unwichtigen Dinge!

Friedrich Naumann über den Zusammenhang zwischen Rüstungsfrage und Schiedsgerichtsbarkeit.

Nach einem mir zugehenden Berichte soll Naumann am 13. Januar in einem Vortrage über „Liberalismus und Weltpolitik“ seine Ueberzeugung von der nahenden Weltorganisation ausgesprochen, dabei aber auch folgendes geäußert haben:

„Wonach soll ein Schiedsgericht das Urteil fällen? Nach Billigkeit? Darunter versteht jeder etwas anderes. Nach „Recht“? Wo aber liegt z. B. das Recht in der Frage, ob

Adrianopel der Türkei oder dem Balkanbunde gebührt? Dieses „Recht“ ist eben vielfach heutzutage gleichzeitig eine Frage der in den Rüstungen angedeuteten, symbolisierten Machtstärke der sich um irgendein Recht streitenden Regierungen. Ergo mündet auch das Schiedsproblem letzten Endes wieder in die Frage: auf welcher Seite liegt die größere Machtanhäufung, woraus folgt, daß die Rüstungen keineswegs fortgeworfenes Geld sind.“

Hat Naumann diese oder ähnliche Worte wirklich gesagt, dann haben wir ein Schulbeispiel dafür, wie politische Kreise über das Schiedsgerichtsproblem unterrichtet sind.

Der große Fehler, den Naumann hier macht, besteht darin, das Schiedsgerichtsproblem als ein Allheilmittel zur friedlichen Erledigung von Streitigkeiten zu betrachten. Nach meiner festen Ueberzeugung, die ich am ausführlichsten in Nr. 1 des „American Journal of international law“ (1913, Nr. 1) begründet habe, kann nach dem heutigen Stande des Völkerrechts die Schiedsgerichtsbarkeit für solche Fragen nicht in Betracht kommen, die Lebensinteressen der Völker berühren. Das folgt aus der juristischen Konstruktion der Schiedsgerichtsbarkeit. Mit dem Schiedsvertrage unterwerfen sich die Parteien jedem, auch dem ungünstigsten Spruche des Schiedsgerichts. Gehen also die Parteien nach dem Haag, dann erklären sie feierlich: Wir werden jedes Urteil, wenn es formell rechtmäßig ergangen, erfüllen, selbst wenn einer von uns mit jedem Anspruche abgewiesen werden sollte. Kann sich aber ein Staat in einer Lebensfrage hierzu verpflichten? Eine Lebensfrage ist eine solche Frage, die die Existenz des Staates angeht. Bei solchen Fragen ist also begrifflich die Existenz des Staates gefährdet, wenn nicht mindestens ein Teil seiner Forderungen erfüllt wird. Seine Existenz kann nun ein Staat selbst zugunsten der Völkerrechtsgemeinschaft nicht aufs Spiel setzen. Also darf er nur dann seine Forderung vor ein Schiedsgericht bringen, wenn mindestens ein Teil dieser Forderungen vom Schiedsgerichte als recht anerkannt würde. Da er sich aber durch den Schiedsvertrag von vornherein auch mit der evtl. völligen Abweisung seiner Forderungen einverstanden erklären muß, so ergibt sich die Unmöglichkeit einer schiedsrichterlichen Erledigung von Lebensfragen.

Lebensfragen können und sollen diplomatisch beigelegt werden. Für schiedsrichterliche Erledigung sind sie noch nicht geeignet. Daß in der Zeit der noch nicht vollendeten Organisation der Welt die Machtmittel, die ein Staat einwerfen kann, bei der diplomatischen Lösung der Frage eine Rolle spielen, mag richtig sein. Für das Schiedsgerichtsproblem aber haben die Rüstungen gar keine Bedeutung.

Es ist somit ein völliges Mißverstehen der wahren Ziele der Schiedsgerichtsbarkeit, wenn Naumann meint, das Schiedsproblem münde in die Frage, auf welcher Seite die größere Machtanhäufung sei. Glaubt Naumann etwa, ein einziger Schiedsrichter im Haag habe bei der Lösung irgendeiner Frage die Machtmittel der Staaten gegeneinander abgewogen?

Vielleicht ist doch die Mahnung am Platze, daß sich unsere Politiker mehr als bisher mit völkerrechtlichen Dingen befassen. Ob Naumann wohl je die beiden Bände des „Werks vom Haag“ gelesen hat? Wir haben längst die Hoffnung aufgegeben, daß sich Keim und Genossen einmal das Problem der Schiedsgerichtsbarkeit klar machen. Von unseren berufenen Politikern aber dürfen wir etwas größere Kenntnisse auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit voraussetzen. Dr. H. W.

Verschiedenes.

Die Greuel des Balkankrieges. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Dieses unerschöpfliche Thema ist neuerdings sogar Gegenstand der Debatte in einigen Parlamenten gewesen. Der „Post“ werden am 6. Januar aus Saloniki Einzelheiten mitgeteilt, die geradezu entsetzliche Szenen darstellen: Plünderung, Blutbad, Vergewaltigung von Mädchen und Frauen durch bulgarische Banden . . . Im Dorfe Pedrowo wurde ein junges Mädchen vor den Augen seiner Mutter vergewaltigt; diese ergreift eine Flinte und schießt, darauf werden zahlreiche Frauen und Mädchen in das Café des Dorfes eingeschlossen, das Gebäude wird angezündet, und alle kommen in den Flammen um. In einem anderen Dorfe wurden alle Bewohner, Männer, Frauen und Kinder, durch die Banden niedergemetzelt. Dem türkischen Dorfe Eschekli ging es ebenso; 13 junge Mädchen begrub man dort lebendig, nachdem man sie vergewaltigt hatte.

Man könnte die Beispiele leicht durch Berichte aus deutschen, österreichischen, englischen, ja, selbst amerikanischen Zeitungen vermehren; so teilt z. B. die „Vossische Ztg.“ vom 23. Januar weitere Greuel aus Dedeagatsch, Kavalla, Drama und anderen Orten mit, so daß man also keineswegs von unzulässiger Verallgemeinerung sprechen kann. Diese Dinge bleiben ein unauslöschlicher Schandfleck für die Zivilisation des 20. Jahrhunderts und zeigen wieder so recht deutlich die „veredelnde Wirkung“ der Kriegsinstitution. Die „Deutsch-asiatische Korresp.“ vom 12. Januar teilte den Text einer an den deutschen Kaiser gerichteten Bittschrift aus Konstantinopel mit, worin es heißt: „ . . . Dieses Schlachten nimmt (trotz des Waffenstillstandes) einen so großen Umfang an, daß auch die ruhigsten Gemüter ein Entsetzen ergreift . . . Wir erleben die völlige Aus-

rottung aller Mohammedaner in Mazedonien.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 12. Januar muß notgedrungen diese Greuelthaten zugestehen, beruft sich aber auf einen Armeebefehl des bulgarischen Generals Sawow vom 17. Dezember, der schärfste Maßregeln gegen solche Verfehlungen androht und dieselben mit nachdrücklichen Worten brandmarkt. Nur daß leider von gutgemeinten Worten die schuldlos Hingemarterten nicht wieder lebendig werden! Bedauerlich bleibt es auch — worauf in der „Bresl. Ztg.“ vom 25. Januar Dr. Paul Hamburger hinweist —, daß in der Antwort, die der Regierungsvertreter am 24. Januar im Reichstag auf die Ledeboursche Anfrage erteilte, kein Wort des Bedauerns für diese „Uebergriffe“ (welch' zarter, schonender Ausdruck!) vorkam. Was ist denn geschehen, um diesen Banden und teilweise auch regulären Truppen das Handwerk zu legen? Hat man die Metzereien nicht stillschweigend oder sogar wohlwollend geduldet? Man mußte wohl, weil man eben den Krieg duldete. O. Schw.



Deutschland-England. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Berliner Handelskammer richtete anfangs Januar an eine Reihe englischer Handelskammern das nachstehende Schreiben:

„Bei Beginn des vorigen Jahres haben Sie uns in einem Schreiben von einem Beschluß Ihrer Kammer Kenntnis gegeben, es möge dahin gewirkt werden, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sich möglichst freundschaftlich gestalteten. Ein Jahr ist seitdem vergangen, das an politischen Beunruhigungen reich war und manche Störungen des Weltfriedens mit sich gebracht hat, die wir im Interesse der Humanität und der wirtschaftlichen Entwicklung lebhaft bedauert haben. Wenn nach Zeiten der bangen Sorge beim Jahreswechsel gehofft werden darf, daß den großen Völkern Europas neue unabsehbare Verwicklungen erspart bleiben möchten, so ist das in erster Reihe dem festen Willen zu verdanken, der in den maßgebenden Staaten die Regierungen mit der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu dem Streben vereint hat, es dürfte der Kriegszerrüttung kein weiterer Spielraum gewährt werden. Wir begrüßen dies Gefühl der gemeinsamen, kulturellen Aufgabe, das die Völker Europas in wachsendem Maße durchdringt. Nichts hat u. E. stärker zu seiner Festigung beigetragen als die aufklärende Arbeit, die den Gegensatz zwischen dem deutschen und englischen Volke auszugleichen bemüht war. Deshalb wollen wir den Jahresbeginn nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen zum Ausdruck zu bringen, wie sehr es uns erfreut, daß Ihre Bemühungen Erfolg und die Anschauungen, denen Sie im vorigen Januar Ausdruck verliehen, weite Geltung gefunden haben. Damit

verbinden wir die Versicherung, daß allen einsichtigen Gewerbetreibenden unseres Bezirks keine politische Hoffnung näher am Herzen liegt, als die, es möge gelingen, das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern so nahe und sicher wie möglich zu begründen.“

An des Kaisers Geburtstag hielt der neue deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, anlässlich der von der deutschen Kolonie im Hotel Cecil veranstalteten Festfeier eine Rede, in der er auf die Gemeinschaft der englischen und deutschen Politik in der Bemühung um Erhaltung des europäischen Friedens hinwies. Er schließt mit folgenden verheißungsvollen Worten:

„Wenn Deutschland und Großbritannien sich verstehen und sich vertragen, und wenn sie entschlossen sind, die ungestörte Arbeit bürgerlicher Entwicklung zu erhalten, so meine ich, daß wir mit Vertrauen allen Wechselfällen der Zukunft entgegen sehen können.“

Professor v. Schultze-Gaevernitz aus Freiburg hielt am 30. Januar im Verein der Kaufleute und Industriellen in Berlin einen Vortrag über die deutsch-englischen Beziehungen, aus dem wir hier einige bemerkenswerte Gesichtspunkte festhalten wollen. Der Vortragende wies klipp und klar auf die Ergebnislosigkeit eines Krieges zwischen England und Deutschland für beide Teile hin und bemerkte hierzu:

„Daher seien denn auch in England schon ernsthafte Stimmen zu hören, die auf eine wirkliche Wirtschaftsverständigung zwischen beiden Ländern als auf die vernünftigste Lösung des Problems hinweisen. Allerdings dürfte ein solches Bündnis auf unserer Seite nicht den Charakter der Abhängigkeit haben, es müßte vielmehr ein Friedensbündnis auf kriegsstarker Basis sein. Deutschland könne die maritimen Verteidigungsmöglichkeiten nicht entbehren. Eine feste Flottenkontingentierung auf beiden Seiten würde die Gewähr für ein friedliches Verhältnis bieten. Insofern sei der Abrüstungsgedanke als ein gesunder und für uns annehmbarer Gedanke anzuerkennen. Es sei nur natürlich, daß die beiden stärksten Großmächte sich zusammentun, um bestimmend in die Weltpolitik einzugreifen. Namhafte englische Schriftsteller und Politiker wirkten auch schon in diesem Sinne, und zwar nicht ohne Erfolg.“



Elsaß-Lothringen im Deutschen Reichstage :: :: :: ::

Bei der Erörterung des Etats des Reichsamts des Innern in der Reichstagssitzung vom 16. Januar kam der Elsässer Dr. Hägy auf die elsäß-lothringische Angelegenheit zu sprechen. Er sagte nach dem stenographischen Sitzungsbericht folgendes:

„Wenn unsere Freunde in dem Bestreben, mit Frankreich freundschaftliche Beziehungen anzubahnen, französischen Boden betreten, so tun sie dasselbe, was Deutsche in England tun. Man kann es ihnen nicht verargen, wenn sie die auf zweihundertjähriger Tradition beruhenden familiären und gesellschaftlichen Beziehungen zu Frankreich aufrechterhalten. Die Elsaß-Lothringer möchten damit lediglich die endgültige Sicherung des Weltfriedens fördern. Meine Freunde als überzeugte Pazifisten, denen der Friede über alles teuer ist, bedauern auf das lebhafteste, daß die sogenannte elsäß-lothringische Frage immer wieder als bedrohliches Gespenst am politischen Himmel auftaucht. Der Krieg von 1870 sollte der letzte sein, der auf dem Boden unseres Heimatlandes in den Gefilden geführt worden ist, die mit dem Blute zweier Völker getränkt sind, die dazu geschaffen sind, in friedlichem Wettstreit an den Werken der Kultur, des Fortschritts und der Zivilisation mitzuarbeiten. Alle den Frieden störenden Tendenzen, alle Revanchegelüste stoßen bei uns auf die schroffste Abwehr.“



Zunahme der internationalen Korrespondenz. :: :: ::

Nach einer Feststellung des Direktors der britischen Postverwaltung, Sir Alexander King, betrug die Anzahl der von Großbritannien nach anderen Ländern versandten Briefe im Jahre 1887 49 714 000 und im Jahre 1911 167 000 000. Davon entfielen:

	im Jahre 1887	im Jahre 1911
auf Frankreich . . .	9 600 000	16 000 000
„ Deutschland . . .	8 000 000	16 000 000
„ Italien	1 900 000	3 800 000

AVS DER BEWEGUNG

Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

- 1.—3. Mai: IV. amerikanischer Nationalfriedenskongreß in St. Louis.
- 11.—12. Mai: VIII. französischer Nationalfriedenskongreß in Paris.
- 14.—16. Mai: XIX. Lake-Mohank-Konferenz.
- Mitte Mai: II. Verbandstag des Verbandes der Internationalen Studentenvereine Deutschlands in Leipzig.
- 10.—13. Juni: IX. englischer Nationalfriedenskongreß in Leeds.
- 29. Aug. bis 13. Sept.: VIII. Weltkongreß der Studentenverbände (Corda Fratres) in Ithaca, New York.
- August: XX. Weltfriedenskongreß im Haag.
- September: XVIII. Interparlamentarische Konferenz im Haag.



Den Beer Poortugael †. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der im 81. Lebensjahre am 30. Januar 1912 im Haag verstorbene Generalleutnant den Beer Poortugael war eine in vielfacher Hinsicht hochinteressante Persönlichkeit. Als Offizier machte er namentlich dadurch eine glänzende Karriere, daß er das moderne Kriegswesen außerordentlich beherrschte und deshalb früh in den Generalstab berufen wurde. 1879 war er auch ein halbes Jahr Kriegsminister. 1874 wurde er Sekretär der holländischen Gesandtschaft zur Brüsseler Konferenz über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges. Er dürfte der letzte Teilnehmer dieser denkwürdigen Versammlung sein. Am meisten bekannt wurde den Beer Poortugael durch sein großartiges Auftreten auf der ersten Haager Konferenz zugunsten des russischen Rüstungsvorschlages. Seine Worte, daß die Staaten sich durch die großen Rüstungen mehr und mehr ruinierten, erregten Aufsehen, und sogar Bertha v. Suttner schrieb darüber in ihre Tagebuchblätter: „Merkwürdige Worte jedenfalls im Munde eines Generals!“ Auf der zweiten Haager Konferenz arbeitete er lediglich in den kriegsrechtlichen Kommissionen mit. Auch auf der Genfer Konferenz von 1906 vertrat er Holland als erster Bevollmächtigter. Man hat vielfach über den friedensfreundlichen General sich lustig zu machen gesucht. Aber eine spätere Zeit wird seinem großen Streben nach Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wie fortschrittlich den Beer Poortugael war, geht daraus hervor, daß er mir gegenüber wiederholt sein Bedauern über die vorsichtige Haltung Assers in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit auf der zweiten Haager Konferenz aussprach.

Das letzte Werk Poortugaels „Le droit des gens en marche vers la paix“ war in keiner Weise hervorstechend. Wissenschaftlich hoch stehen dagegen die zahlreichen kriegsrechtlichen Werke sowie seine Aufsätze in den Tageszeitungen. Ganz ausgezeichnet ist sein Artikel über die zweite Haager Konferenz in „Onze Eeuw“. Die schöne Begeisterung, die den Beer Poortugael beseelte, sein hoher Idealismus treten in diesem Werke deutlich hervor. Wegen seiner wissenschaftlichen Bedeutung wurde Poortugael Mitglied und später Ehrenmitglied des Instituts für Völkerrecht. Er war der einzige, der vor 1899 jemals in diesem Institute einen ständigen Schiedshof befürwortete.

Als ich ihn im vorigen Jahre um einen Aufsatz für die „Friedens-Warte“ bat, schrieb den Beer Poortugael: „Ich bin ein schlechter Journalist. Ich kann nur schreiben, wenn mich ein Gegenstand direkt überwältigt hat. Ich nehme nur die Feder zur Hand, wenn eine innere Kraft mich begeistert und antreibt. Aber von dem Augenblicke an, wo ich beginne, treibt es mich vorwärts, und keine Pause entsteht mehr. Darum ist solch eine Arbeit ein Teil meiner selbst, meines Herzens

und meiner Seele. Da ich nun gerade mein letztes Buch „Le droit des gens en marche vers la paix“ vollendet habe, so habe ich alle Gedanken hineingelegt, und ich habe jetzt nichts Neues zu sagen. Aber ich fühle viel zu sehr Sympathie für Herrn Fried und seinem Werke, als daß ich die Bitte, einen Aufsatz für ihn zu schreiben, zurückweisen könnte. Sobald es mir möglich ist, werde ich Ihnen den Aufsatz schicken.“ Sechs Tage später sandte Poortugael bereits den Aufsatz, der unter dem Titel „Dardanellenstreitigkeiten“ im Junihefte 1912 der „Friedens-Warte“ erschienen ist.

Dr. Hans Wehberg.

Die Entwicklung der internationalen Studentenvereine in Deutschland.

Erst im Jahre 1911 wurde die „Cosmopolitan-Club-Bewegung“, die in Amerika so großen Umfang angenommen hat, durch die Gründung des ersten internationalen Studentenvereins an der Berliner Universität nach Deutschland übertragen. Heute bestehen bereits neben Berlin an den Universitäten in Bonn, Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München solche Vereine. An anderen Universitäten Deutschlands und Oesterreichs (Freiburg, Innsbruck) sind solche in Vorbereitung. Die Vereine sind in einem „Verband der internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen“ organisiert, der im vorigen Jahre seinen ersten Verbandstag in Göttingen abhielt und in diesem Jahre den zweiten in Leipzig abhalten wird. Die deutschen internationalen Studentenvereine werden auch an der im Sommer dieses Jahres in Ithaca im Staate New York ins Auge gefaßten VIII. internationalen Konferenz der Studentenvereine beteiligt sein. Der „Verband“ gibt soeben die erste Nummer seiner Zeitschrift „Vaterland und Welt“ heraus, sowie das Mitgliederverzeichnis für das Wintersemester 1912/13, das Zeugnis gibt für die rege Beteiligung der Studenten wie für die fördernde Teilnahme der Professoren. Ebenso veröffentlichte der „Verband“ einen „Offenen Brief Norman Angells an den Verband für internationale Verständigung und den Verband der internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen“ als Broschüre, die viel wertvolles Propagandamaterial enthält. Als eine der Veranstaltungen des Verbandes ist die Rundreise zu bezeichnen, die soeben (zwischen dem 1. bis 14. Februar) Norman Angell durch Deutschland unternommen hat. Die jüngste Ortsgruppe bildet der am 16. Dezember in Heidelberg begründete internationale Studentenverein, der sich in Anlehnung an eine aus dem 18. Jahrhundert stammende Gründung „Nobiles Academici“ bezeichnet.

Die Vereine entwickeln an allen Universitäten eine reiche Tätigkeit. Es liegt in ihrem Programme, mit geselligen Veranstaltungen, die die Angehörigen der ver-

schiedensten Nationen vereinen, den großen Kulturzweck, der ihnen zugrunde liegt, zu verbinden. Alle Mitteilungen und das zur Gründung ähnlicher Vereine nötige Material erhält man durch den ersten Vorsitzenden des Heidelberger Verbandes, Dr. George Nasmyth in Heidelberg, Anlage 26.

Zwei neue Zeitschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Nichts vermag besser den Fortschritt der Friedensbewegung in Deutschland zu kennzeichnen als die Entwicklung der Friedensfachpresse. Neulich konnten wir die „Mitteilungen des Verbandes für internationale Verständigung“ als neues Fachorgan anzeigen, heute sind wir in der angenehmen Lage, gleich zwei neue, gesinnungsverwandte Zeitschriften zu begrüßen. Die eine trägt den viel-sagenden Titel „Vaterland und Welt“: Sie ist das Organ des Verbandes der Internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen, jenes jüngsten Zweiges der großen Verständigungsbewegung, die damit ihren Einzug in die deutschen Hochschulen vollzog. Der Herausgeber ist Paul Baumgarten, einer der Organisatoren des Göttinger Verbandstages der internationalen Studentenvereine Deutschlands, der im August v. J. stattfand. Der Herausgeber entwickelt in seinem Geleitwort den Plan, „Vaterland und Welt“ zu einer wissenschaftlichen Zeitschrift mit Abhandlungen aus den Gebieten des Völkerrechts, der Völkerwirtschaft, der Völkerpolitik, der Weltkultur, der Geschichte des modernen Internationalismus usw. zu entwickeln.

Die andere Zeitschrift betitelt sich „Die Eiche“ mit dem Untertitel: „Vierteljahresschrift zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland.“ Sie ist das Organ des „Kirchlichen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland“. Herausgeber ist der durch sein Wirken als Sekretär jenes Komitees wohl-bekanntete Pastor F. Sigmund-Schultze in Berlin. Die neue Zeitschrift ist ein Beweis für die erfreuliche Mitarbeit der kirchlichen Kreise für den Völkerfrieden, die lange auf sich warten ließ, nunmehr aber großzügig und in voller Erkenntnis ihrer hohen Pflicht in den Dienst der Völkerverständigung getreten ist.

Eine Denkschrift über die Reform der Friedenskongresse.

Die niederländischen Delegierten auf dem letzten Weltfriedenskongreß in Genf haben ihre dort gemachten Erfahrungen in einer Denkschrift niedergelegt und daran Vorschläge über die künftige Umwandlung der Kongreßorganisation geknüpft. Die niederländische Friedensgesellschaft „Vrede door Recht“ im Haag bringt diesen Bericht in einer 16 Folioseiten umfassenden Denkschrift zur allgemeinen Kenntnis. Die von niederländischer Seite an

der Kongreßorganisation geübte Kritik ist um so bemerkenswerter, als, wie bekannt, der diesjährige Weltfriedenskongreß im Haag abgehalten werden soll.

Der Bericht beginnt mit einer Kritik der in dieser Zeitschrift bereits zur Genüge gekennzeichneten Vorgänge in Genf, von denen erzählt wird, daß sie auch auf die niederländische Regierung einen derartig ungünstigen Eindruck gemacht haben, daß die Möglichkeit der Abhaltung des nächsten Kongresses im Haag eine Zeitlang in Frage gestellt war. Der Bericht richtet sich zunächst gegen die Art der Behandlung der sogenannten „Aktualitäten“ und den großen Raum, der ihnen auf den Weltfriedenskongressen eingeräumt wird. Bekanntlich ging es in Genf so weit, daß sich der Kongreß fast ausschließlich mit unfruchtbaren Debatten über die Aktualitätsfragen befaßte, so daß für die fruchtbare Arbeit gar keine Zeit mehr übrig blieb. Es wird der Vorschlag gemacht, daß der alljährlich erstattete Bericht über die Ereignisse des Jahres seines persönlichen Charakters entkleidet und auf Grund eines von der gesamten Kommission des Berner Bureaus gelieferten Materials dem Kongresse vorgelegt werde. Der Arbeit in den Kommissionen soll ein größeres Gewicht beigelegt werden, so daß sich dort die Hauptdiskussionen abzuspielen hätten. Die Plenarsitzungen sollen verringert und nur für die Darlegung der Ergebnisse der in den Kommissionen geleisteten Arbeit verwendet werden. Die Ueberlastung des Programms wird mit Recht getadelt und als wünschenswert bezeichnet, sich mit der Behandlung von zwei oder drei wichtigen Punkten zu bescheiden. Die darüber gemachten Vorschläge gehen darauf hinaus, die amerikanische Kongreßmethode mit vorher bestimmten Berichterstattern, ohne Gelegenheitsdiskussion, und mit einer einzigen, am Schluß zu fassenden Plattform einzuführen. Auch sehr vernünftige Vorschläge über das Stimmrecht werden unterbreitet. Das jetzt herrschende Reglement, wonach derjenige die meisten Stimmen hat, der am meisten bezahlt, erscheint in der Tat unhaltbar. Der Bericht ist außerdem reich an wichtigen kleineren Vorschlägen, die im höchsten Maße beherzigenswert erscheinen, und die beherzigt werden müssen, wenn die Weltfriedenskongresse nicht beeinträchtigt werden sollen.

Es ist zu hoffen, daß die Reorganisation des Kongreßwesens den hervorragendsten Beratungspunkt der nächsten Sitzung der Berner Kommission bilden wird. Für jeden, die Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgenden Pazifisten ist es klar, daß der Pazifismus heute weit über seinen ursprünglichen Umfang hinausgewachsen ist. Wenn die Weltfriedenskongresse als Versammlungen der pazifistischen Gesamtbewegung fernerhin werden gelten wollen, muß die bisherige Methode und auch die bisherige Zusammensetzung vollständig umgewandelt werden. Das gleiche gilt auch für das Berner

Bureau selbst. Wenn dieses tatsächlich die Herzkammer der Weltfriedensbewegung sein will, muß es seine Organisation vollständig ändern. Aber nicht in dem Sinne der jetzt vorgeschlagenen Statutenänderungen, die darauf hinauslaufen, die Kommission des Bureaus völlig auszuschalten und die Leitung in die Hände des ständigen Berner Komitees zu legen. Diese Absicht liegt gerade in der umgekehrten Richtung, die die Entwicklung der Friedensbewegung eingeschlagen hat. Statt den Geschäftskreis des Bureaus jener Entwicklung entsprechend zu erweitern, soll er noch mehr verengert werden. Was eine Weltzentrale sein soll, würde dadurch lediglich zu einer lokalen Friedensorganisation hinabgedrückt werden. Noch ist zu hoffen, daß diese Gefahr beseitigt werden kann.

Todesfälle. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 13. Januar starb zu Charlottenburg der Präsident des deutsch-englischen Verständigungs-Komitees, kaiserlicher Botschafter a. D. Wirkl. Geh.-Rat Dr. von Holleben. Eduard de Neufville, der Vizepräsident jenes Komitees, widmet dem Verstorbenen folgenden Nachruf: „Von der Gründung des Deutsch-Englischen Verständigungs-Komitees an dessen Präsident, hat der Verewigte sein lebhaftes Interesse und das reiche Maß seiner Erfahrungen in den Dienst jener, dem Frieden zwischen den beiden großen Kulturnationen dienenden, Bestrebungen gestellt. Leider hinderte ihn bereits im verflrossenen Herbst sein Gesundheitszustand an der Deutsch-Englischen Verständigungs-Konferenz in London, an der auch unser Komitee beteiligt war, teilzunehmen.“ — Ende Januar starb in Madrid der frühere Ministerpräsident Don Segismundo Moret, der Mitglied des Haager Hofes, des Interparlamentarischen Rats wie des europäischen Rats der Carnegie-Stiftung war. Noch im Mai vorigen Jahres nahm er an der Sitzung der Carnegie-Stiftung in Paris teil.

Kurze Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 14. Februar feierte Ed. Ginn, der Gründer der „Weltfriedensstiftung“, in Aegypten, wohin er sich zur Erholung begeben hat, seinen 70. Geburtstag. — Die ständige Delegation der französischen Friedensgesellschaften ließ das von der Wiener Polizei verbotene Plakat (siehe „Fr.-W.“ 1912, Seite 463) ins Französische übersetzen und in 3000 Exemplaren in Paris und in der Provinz öffentlich anschlagen. — Das in Berlin erscheinende „Journal d'Allemagne“ setzt seine segensreiche Verständigungsarbeit zwischen Deutschland und Frankreich fort. Es veranstaltet jetzt eine Rundreise französischer Kaufleute nach Berlin und Leipzig, die in der Zeit vom 1. bis 8. März stattfinden wird. — Nach einem Vortrage Norman Angells wurde am

1. Februar in Frankfurt a. M. eine Frankfurter Ortsgruppe des Verbandes für internationale Verständigung begründet, deren Vorstand folgendermaßen gebildet wurde: Erster Vorsitzender Prof. Freudenthal, zweiter Vorsitzender Geheimrat Hupertz, Schriftführer Dr. Strupp, Beisitzer Prof. Dr. Rößler, Bankdirektor Meier, Oberlandesgerichtsrat Höhne, Prof. Nippold. — In Leipzig ist ein französisches Handelsbureau gegründet worden, dessen Aufgabe es sein soll, den französischen Export nach Deutschland zu fördern. — Prinz Heinrich der Niederlande hat das Protektorat über den XX. Weltfriedenskongreß übernommen.

LITERATUR U. PRESSE

White, Andrew Dickson.

Sieben große Staatsmänner im Kampfe der Menschheit gegen Unvernunft. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Dr. Karl und Paul Kupelwieser und Alban Voigt. Gr. 8°. München 1913. Ernst Reinhardt. 411 S.

Andrew D. White ist den Pazifisten als hervorragender Mitarbeiter an der ersten Haager Konferenz und durch seine ausgezeichneten Lebenserinnerungen*), sowie durch seine Mitarbeit an der Entwicklung des internationalen Rechts und der Völkerverständigung kein Unbekannter mehr. Lange war er diplomatischer Vertreter seines Vaterlandes in Berlin, wo er mit den hervorragendsten Persönlichkeiten regen Verkehr unterhielt. Er ist von Beruf Historiker. In Ithaca im Staate New York wirkt er als Präsident der Cornell-Universität im Dienste der Wissenschaft.

Das vorliegende Buch ist eine moderne Kulturgeschichte in Gestalt von Lebensbeschreibungen hervorragender Männer, die den „Kampf gegen Unvernunft“ geführt haben. Dieser Kampf ist das eigentliche Kriterium des großen Mannes. In der Ueberwindung der Zeit, ihrer Vorurteile und Verknöcherungen liegt ja die Größe der Bahnbrecher. Die sieben großen Männer, die White zum Ausgangspunkt seiner kulturgeschichtlichen Darstellung nahm, sind: Sarpi, Grotius, Thomasius, Turgot, Stein, Cavour, Bismarck. Für die Leser dieser Zeitschrift wird namentlich die Schilderung des großen Niederländers von Interesse sein, dem Gründer des modernen Völkerrechts, für den White schon in seinen Lebenserinnerungen eine große Vorliebe bekundet. In aller Erinnerung der Teilnehmer an der ersten Haager Konferenz ist noch die schöne Feier, die Andrew D. White am 4. Juli 1899 am Grabe des Grotius in Delft veranstaltete, seine Rede, die er dabei hielt, und die feierliche Niederlegung eines Silberkranzes auf dem Grabe namens der Delegation der Vereinigten Staaten in Gegenwart der Haager Delegierten.

Den Zustand der völkerrechtlichen Be-

griffe, den Hugo Grotius vorfand, schildert White in anschaulicher Weise. Man muß den Wahnwitz erkennen, dem sich die Staaten um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts über den Besitzanspruch der offenen Meere hingaben, um die Bedeutung von Grotius' völkerrechtlichem Erstlingswerk „mare liberum“ ganz zu verstehen. England z. B. beanspruchte das Besitzrecht über alle Meere, die es vom Festlande trennten, und es hielt sich allein berechtigt, dort zu fischen und Schifffahrt zu treiben. Andere bedurften dazu der Erlaubnis Englands. Ähnliche Ansprüche stellten Spanien und Portugal, stellten Venedig, Genua und Pisa. Da erschien das Buch des Grotius und erklärte alle diese Ansprüche für nichtig. Von englischer Seite wurde ein holländischer „Gelehrter“ veranlaßt, Grotius zu widerlegen. Wie er dies tat, schildert White in anschaulicher Weise. Selden, dies ist der Name des Opponenten, begann damit, sich auf die Bibel zu stützen. Er zitierte z. B. einen Vers der Genesis, wonach Gott zu Adam gesagt habe: „Die Fische des Meeres sollen dein Eigentum sein“, und folgerte daraus, daß, da die Fische die Nutznießung des Meeres sind, ein Eigentumsrecht an diesen von Gott den Menschen gegeben sei. Der Bekämpfer des Grotius folgerte also ungefähr, daß das Besitzrecht am Meere „ein Element der göttlichen Weltordnung“ sei.

Interessant ist es, wie White die Wirkung des großen Werkes des Grotius, seiner „libri tres de jure belli ac pacis“, schildert; wie es allmählich in die Köpfe der Menschen Eingang fand und ihre Ideen revolutionierte, trotzdem es anfänglich, wie jede große Idee, großer Gleichgültigkeit begegnete. Gustav Adolf führte das Buch, das 1625 erschienen war, auf seinen Feldzügen mit sich. Aus seinen Ansprüchen an die Soldaten, worin er sie vor Grausamkeiten warnte, ist der Einfluß des Buches auf den schwedischen König erkennbar. Die Milde, die Kardinal Richelieu bei der Einnahme von La Rochelle walten ließ, die drei Jahre nach dem Erscheinen jenes Buches erfolgte, ist auf dessen Einfluß zurückzuführen. White schildert anschaulich das „Erstaunen der Welt“, die ein fürchterliches Blutbad erwartet hatte, und führt einen glaubwürdigen Beweis zugunsten des Einflusses des Grotiuschen Werkes auf den fanatischen und grausamen Kardinal. „Selbst wenn der Kardinal das Buch“, so schreibt er auf S. 61, „nur ebenso wie Nikolaus II. von Rußland das epochemachende Werk Johann von Blochs gegen den Krieg, das ist lediglich durch Berichterstattung, Besprechungen, Diskussionen, kennen gelernt hätte, würde er seinen Hauptinhalt erfahren haben müssen.“

Im Westfälischen Friedenstraktat findet White „allgültige Prinzipien“ verwirklicht, denen Grotius zum erstenmal Ausdruck gegeben hatte. So die Idee der Staatengleichheit, der Milde und der Vorstellung einer ewigen Gerechtigkeit.

Von hoher aktueller Bedeutung angesichts der Balkangreuel ist die Schilderung Whites von der ungezügelter Kriegsführung der Zeit, die Grotius zu seinem Werke inspirierte. „Eine Kriegserklärung schien einen Freibrief zu geben für jede Art von Verbrechen“, schreibt Grotius selbst. Wie recht haben jene, die da

*) Siehe: Fr.-W. 1905, S. 207 den Aufsatz „Andrew D. White über die I. Haager Konferenz“.

behaupten, daß der Balkankrieg im Geiste des dreißigjährigen Krieges geführt wird. Von erschütternder Wirkung ist in den Darlegungen Whites die Schilderung der Einflußnahme der Kirche und des Papsttums gegen die Versuche einer Milderung der Kriegssitten und einer Einschränkung der Kriege. Nicht nur das Kapitel über Grotius, alle Darstellungen dieses Buches bilden so eine heftige Anklage gegen die kulturhemmende Wirksamkeit des Klerikalismus. Im Verlaufe des Essays schildert dann White den Einfluß der Arbeit des Grotius auf die Völkerrechtvorkämpfer des 17. und 18. Jahrhunderts. Ein Eingehen hierauf verbietet sich durch die Raumverhältnisse. Ebenso ein Eingehen auf jene ausgezeichneten Darstellungen, die nicht direkt die Friedensidee berühren. Aber jeder Pazifist wird sie mit ungeteiltem Interesse lesen. Es war ein verdienstvolles Unternehmen, dieses klassische Werk der deutschen Lesewelt zu vermitteln, bei der es sich bald einen dauernden Platz erringen wird. Man wird das Buch Whites unter den großen Aufklärungsschriften der Gegenwart nicht übersehen dürfen.

A. H. F.

☞

Sombart, Werner.

Krieg und Kapitalismus. Gr. 8°. München und Leipzig 1913. Duncker & Humblot. VIII. 232 S. 6 M.

Vom pazifistischen Gesichtspunkt bietet das vorliegende Buch gar keine Ausbeute. Es ist eine interessante kulturgeschichtliche Studie mit wertvollen Belägen über die Entwicklung des modernen Heerwesens. Der Verfasser versucht, die marxistische Lehre, wonach der Krieg eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsform ist, umzudrehen und darzulegen, daß die kapitalistische Wirtschaftsform eine Folge des Krieges sei. Im Heerwesen wurde der Uebergang vom Handwerk (Einzelkämpfer) zum organisierten Betriebe (Armeebildung) zuerst vollzogen. Der Krieg hat das staatliche Schuldenwesen und damit den Kredit- und Börsenverkehr geschaffen, er hat das Wirtschaftsleben „kommerzialisirt“. Der Krieg hat die Technik erzogen, zuerst einen Massenbedarf hervorgerufen und dessen Befriedigung ermöglicht, eine kapitalistische Industrie hervorgerufen. Das ist kulturhistorisch sehr interessant, man muß sich nur hüten, die Folgerung, die der Autor daraus zieht, zu verallgemeinern. Er spricht nämlich von dem „doppelten Gesicht des Krieges: hier zerstört er und dort baut er auf“. Das kann gefährlich werden — und zweifellos wird das Sombartsche Buch diese Gefahr zeitigen —, wenn man diese Lehre auf die Zukunft übertragen will. Sombart erklärt ausdrücklich (S. 15), daß er seine Behauptungen „nur für diese frühkapitalistische Epoche“ aufstelle, daß er nur für die „Pubertätsjahre“ des modernen Kapitalismus „die überragende Bedeutung des Militarismus“ behaupte. Zukunftswissen im Ostwaldschen Sinne ist aus diesem Buche nicht zu ziehen. Schon aus dem Grunde nicht, als alle diese günstigen Einwirkungen des Krieges auf die Kulturentwicklung schließlich von jedem anderen Uebel nachgewiesen werden können; ebensogut auch von Wasser- und Feuergefahren, von Pest und Cholera, kurz von dem naturfeindlichen

Wesen aller Naturgewalten. Ist doch der Kampf gegen diese das wirklich kultur-erzeugende Element, das die Menschheit von der Tierheit emanzipierte. Jede Nutzenanwendung dieses Buches, das schließlich auf die alte Volksweisheit hinausläuft, wonach kein Unglück so groß wäre, daß nicht auch ein Glück dabei sei, zugunsten der Kulturkraft des Krieges an sich, insbesondere aber für die Gegenwart oder die Zukunft, wäre ein Irrtum.

Der Verfasser hat es zwar unterlassen, im Buche selbst ein Werturteil zu fällen, das geeignet wäre, den Vorwurf gegen ihn zu erheben, daß er diese irriige Ausnutzung seiner Arbeit unterstütze. Leider hat er im Vorwort diese Neutralität nicht bewahrt; denn dort spricht er von der großen Bedeutung, „die der Krieg für unser Kulturleben gehabt hat, hat und haben wird, solange Männer das Schicksal der Völker bestimmen werden“. Er überspringt damit die Grenze, die er sich in seinem Buche selbst gesetzt hat, und schließt von den Verhältnissen vom 13. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auf unsere völlig veränderte Gegenwart und Zukunft. Gerade die Unhaltbarkeit dieser Methode hat Norman Angell in seinem epochemachenden Werk glänzend widerlegt.

A. H. F.

☞

Angell, Norman,
Die Falsche Rechnung. Was bringt ein Krieg ein? 8°. Berlin. Vita, Deutsches Verlagshaus. 266 S. Lwdbd. 1,25 M.

Diese neue Volksausgabe des klassischen Werkes von Norman Angell befriedigt uns leider nicht in dem Maße, wie wir es im Interesse der Sache gewünscht hätten. Zunächst müssen wir den Titel als ungeeignet zurückweisen. Es geht nicht an, den Titel eines Werkes, das sich bereits Weltruhm errungen, nach Gutdünken zu ändern. Uns kommt das so vor, als wollte man dem Darwinschen Werke „Die Entstehung der Arten“ nun plötzlich den Titel geben: „Wo kommt der Mensch her? Stammt er vom Affen ab?“ Die Bezeichnung „Die große Täuschung“ klingt uns auch viel würdiger, als die etwas trivial klingende Frage, ob der Krieg etwas „einbringt“. Gerade im Interesse der großzügigen Propaganda, die mit dem Buche gemacht wird, hätte man sich die Titeländerung hundertmal überlegen sollen.

In der neuen Ausgabe sind einige Kapitel des Buches ganz weggelassen worden. Hingegen sind allerdings vier Kapitel neu hinzugekommen. Ob es sich am Ende nur um Aenderung der Ueberschriften handelt, konnte nicht festgestellt werden. Gerne hätten wir auf der ersten Seite (im Vorwort) den von uns schon früher bemängelten Satz vermißt: „Man sieht, der Verfasser ist kein Pazifist.“ Das ist eine direkte Irreführung, die Norman Angell selbst schon unzählige Male widerlegt hat. In seinem neuesten Buche „Peace Theories and Balkan War“ nennt er sich selbst auf jeder Seite einen Pazifisten. Was soll denn diese Wortspielerei auch besagen. Es ist richtig, daß gewisse Methoden des Pazifismus dem Zeitgeiste nicht mehr entsprechen und bei der Werbung von neuen Anhängern die Verwechselung des Pazifismus mit diesen Methoden oft hinderlich ist. Als Konzession für die Taktik ist diese Verleugnung wohl zu begreifen

und auch zu entschuldigen. Aber im wissenschaftlichen Kampfe kann man derartiger Aus Hilfemittelchen wohl entbehren. Pazifismus ist eine Kollektivbezeichnung für alle Bestrebungen, die an Stelle der heutigen Staatenbeziehungen eine vernünftige Ordnung setzen wollen. Diese Bestrebungen sind verschieden; ihr Ziel ist das gleiche. Auch dem Schlußkapitel, das der Volksausgabe neu hinzugefügt ist, können wir nicht so ohne weiteres beipflichten. Dieses scheint uns fast „in usum germanorum“ geschrieben zu sein. Wir finden darin einige Behauptungen, die uns so vorkommen, als seien sie bestimmt, der in Deutschland vorherrschenden Geistesrichtung Konzessionen zu machen. Vom „Fehlschlagen“ der Haager Konferenzen zu reden, ist ein bißchen stark, ebenso die Behauptung, daß das große Wachstum der Rüstungen von der ersten Haager Konferenz ab datiert; eine Datumbestimmung, die so aussieht, als sollte damit dem Haager Werk Abbruch getan werden. Der Ausfall gegen Friedensversammlungen, Petitionsunterzeichnungen und sogar gegen die anglo-deutschen Verständigungsbestrebungen erscheint uns völlig unangebracht. Man mag über den Wert einzelner dieser Handlungen denken wie man wolle, wenn man den Schlußeffekt will, darf man auch über solche Methoden nicht verächtlich urteilen, die vielleicht diesen Nutzeffekt nicht in direktester Linie herbeiführen. Es geht eben nicht an, das gesamte Friedensproblem auf einem einzigen Argument aufzubauen. Der Grund könnte dadurch ins Wanken kommen, auf dem man das Haus aufbaut. Evolution der Ideen, nicht Revolution führt uns zum Siege.

Im übrigen ist es nicht notwendig, zu betonen, welch ungeheueren Wert wir dem großen Werke Normann Angells beilegen, und wie wir es als Rüstzeug im Kampf gegen den Krieg schätzen. Eben weil dies der Fall ist, suchen wir es durch die hier vorgebrachten Mängel immer vollkommener zu gestalten. Auf den Gesamteinhalt werden wir noch ausführlich zurückkommen.

Wir verlangen für die nächsten Auflagen Rückkehr zum alten Titel und Fortlassung aller zu Mißverständnissen führenden Seitenhiebe auf den Pazifismus.

Oppenheim, L.

The Panama Canal Conflict between great Britain and the United States of America. A Study. 8°. Cambridge 1913. University Press. 57 S. Cloth.

Der hervorragende Völkerrechtsgelehrte befaßt sich in der vorliegenden Schrift mit der gegenwärtig interessantesten völkerrechtlichen Frage. Er tritt für die schiedliche Erledigung des Streitfalles ein, obwohl er bezweifelt, ob dieser nach dem Wortlaut des anglo-amerikanischen Schiedsvertrages von 1908 der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werden mußte, da darin Streitfälle, die die Interessen Dritter berühren — was hier zutrifft —, von dem Obligatorium ausgenommen sind. Doch betrachtet er diesen Umstand als geringfügig, denn es handelt sich nicht darum, ob die Vereinigten Staaten vertragsmäßig verpflichtet seien, den Streit schiedlich erledigen zu lassen, sondern darum, daß eine ihrem ganzen Wesen nach für die schiedliche Erledigung geeignete

Sache unter keinen Umständen dieser Lösung entzogen werden darf. Das Ansehen der Schiedsgerichtsbarkeit steht für ein ganzes Menschenalter auf dem Spiele.

Die interessante Schrift ist geeignet, über das Wesen des Panama-Streitfalles aufzuklären. Ueber dieselbe Frage hat auch Prof. Kaufmann (Berlin) in der Revue de Droit int. geschrieben. Sein Aufsatz wird auch in der Zeitschrift für Völkerrecht erscheinen und noch in diesen Blättern besprochen werden.

☛

Für den Frieden! 8°. München. Simplizissimus-Verlag. 104 S.

Verkleinerte Wiedergabe satyrischer Bilder aus dem Simplizissimus mit antikriegischer Tendenz. Manches gehässige Bild gegen England hätten wir in dieser Sammlung, die dem Frieden dienen soll, gern vermißt.

☛

Sturm, August, Dr.
Die Einteilung des Rechts und die Abtrennung des internationalen Privatrechts sowie des Friedensrechts, eine rechtspsychologische Abhandlung. Gr. 8°. Berlin, Franz Vahlen, 1912. 152 S. Preis 4 M.

Sturm ist unter den alten Burschenschaftlern, die für die Friedensbewegung eintreten, einer der eifrigsten. Seit 1910 hat er bereits fünf Werke geschrieben, die schwere wissenschaftliche Betrachtungen zugunsten unserer Bewegung enthalten. Es kann auf die Dauer nicht ohne Einfluß sein, wenn ein angesehener Mann mit solcher Hartnäckigkeit und in Werken, die von sehr guten Verlegern verbreitet werden, für unsere Idee eintritt. Sturm befürwortet auch in diesem Buche vor allem einen Gerichtshof für alle internationalrechtlichen Fragen in Haag, ferner die Errichtung von Völkerrechtslehrstühlen. Das Buch ist im Verhältnis zu seinen umfangreicheren Werken recht verständlich geschrieben.

☛

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

La Vie Internationale. Revue mensuelle des Idées, des faits et des organismes internationaux. Tome II. 1912. Fascicule 7.
Aus dem Inhalt: Ernest Röthlisberger, Le Droit des Auteurs et des Artistes et les Unions Internationales. — Dr. John Mez, Le Chèque postal international et les résultats des virements postaux en Autriche, en Hongrie, en Suisse et en Allemagne. — Notices, faits, documents.

Periodisches Bulletin des Internationalen Socialistischen Bureaus. 3. Jahrg. Nr. 9, mit 2 Supplementen. Folio. Brüssel. 1913. (Zu beziehen durch: Camille Huysmans, Maison du Peuple, rue Joseph Stevens Nr. 17.) In deutschem, französischem und englischem Text. Spezialnummer „Gegen den Krieg“. Akten und Vorgänge des Baseler Kongresses.

Angell, Norman,
Offener Brief an den Verband für internationale Verständigung und den Verband der internationalen Studenten-Vereine an deutschen

Hochschulen. 8°. Göttingen. 12 S. (Zu beziehen durch Paul Baumgarten, Göttingen, Bühlstr. 15.)

Bührer, K. W.,
Raumnot und Weltformat. 8°. München 1912.
Die Brücke. F. d. Buchhandel: Fr. Seybolds
Buchhdlg. in Ansbach. 32 S. 60 Pf.

Bührer, K. W.,
Weltarchiv der Brücke. Abteilung Kleingraphik.
8°. München 1912. Die Brücke. 15 S. 60 Pf.

Feldhaus, Richard,
Gedanken über den Frieden. 100 Aussprüche
führender Geister. Für die Friedensfreunde
zur Ermutigung, Erbauung und Erstarkung
ihrer Ideen, für alle Kriegsanhänger zur Be-
lehrung. Kl. 8°. o. O. u. J. 15 S. (Zu be-
ziehen durch Rich. Feldhaus, Bottminger
Mühle b. Basel.)

Hoensbroech, Graf von,
14 Jahre Jesuit. Persönliches und Grundsätz-
liches. Volksausgabe. 2 Bde. gr. 8°. Leipzig
1912. Breitkopf & Härtel. VIII u. 182, IV
u. 196 S. à Bd. 1 M.

Jaeckh, Dr. Ernst,
Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg.
8°. München 1913. Martin Mörikes Verlag.
158 S. 2 M.

Klopp, Onno,
Politische Geschichte Europas seit der Völker-
wanderung. Vorträge. 2 Bde. gr. 8°. Mainz
1913. XII u. 460 und VII u. 413 S. Verlag
Kirchheim & Co. Eleg. Lwdbde. 15 M.

(Lehr, E.)
Drei Andachten. 1. Gebet eines Leidenden für
die Genesung wahnsinniger Mordpatrioten-
horden und der europäischen, in ethischer
Beziehung geisteskranken Diplomaten. 2. Bitt-
gottesdienst für den Triumph (sic!) der
menschenschändenden Kriegsbestie, welche
nebst Stumpfsinn und Massenelend, Krüppel,
Witwen und Waisen schafft. 3. Tägliches
Gebet des allzeitigen Friedensfürsten und die
aus der tieferreligiös-inhaltsreichen, Herz und
Gemüt belebenden Gottesandacht sich er-
gebenden Morallehre. 8°. Wien „im XX. Jahr-
hundert“, 16 S. u. „Nachklänge“, 4 S. (Zu
beziehen durch den Verfasser: E. Lehr, Wien
II/1, Roten Sternegasse 20.)

Mandl, Leopold,
Oesterreich-Ungarn und Serbien nach dem
Balkankriege. Materialien zum Verständnis
der Beziehungen Serbiens zu Oesterreich-
Ungarn. 8°. Wien 1912. Moritz Perles. 60 S.

Markus,
Die Volksherrschaft im Gottesstaat, der Staat
der Zukunft. In Form einer Erzählung ge-
schildert. 8°. Berlin 1913. Politik-Verlags-
anstalt. 153 S.

Neurath, Dr. Otto,
Die finanziellen und wirtschaftlichen Rück-
wirkungen des modernen Krieges. Vortrag
gehalten in der 60. Monatsversammlung des
Industriellen-Klub am 14. Nov. 1912. Obl.-8°.
Wien 1912. Verlag des Industriellen-Klub
(Wien. III, Heumarkt 12). 20 S.

Ostwald, Wilhelm,
Sekundäre Weltformate. 8°. München 1912. Die
Brücke. F. d. Buchhdl.: Fr. Seybold's Buch-
handlung, Ansbach. 12 S. 30 Pf.

Wehberg, Dr. med. Heinrich,
Beiträge zur Entwicklung und Begründung des
Sozialismus. 8°. Hagen i. W. 1898. Hermann
Riesel & Co. 64 S. 1,50 M.

Zur Erinnerung an Dr. med. Heinrich
Wehberg. (1855—1912.) Seinen Freunden
und Verehrern gewidmet. o. O. u. J. (Zu be-
ziehen durch Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf,
Jülicherstr. 86.) 12 S.

Union Interparlementaire.
Commission des Declarations de Neutralité
permanente. II. Procès verbal de la Séance
du 21. sept. 1912. 8°. S. 25—34. (Zu beziehen
durch das Interparl. Amt in Brüssel.)

Union Interparlementaire.
Procès verbaux de la Commission des Détroits
et des canaux maritimes. II. Séance du
17. sept. 1912. 8°. S. 41—56. (Zu beziehen
durch das Interparl. Amt in Brüssel.)

„International Conciliation.“
No. 63 (Februar 1913). William Howard
Taft, The Time to test our faith in Arbi-
tration. — Amos S. Hershey, Should the
Panama Canal Tolls Controversy be arbi-
trated? 22 S.

Jedes Heft: 8°. (Zu beziehen kostenlos
von „American Association for International
Conciliation“ Sub-Station 84 (407 West 117 th
Street) New York City.)

Maryland Quaterly.
No. 12 (Nov. 1912). S. C. Mitchell, The
Phases of Progress toward Peace. 8°. Balti-
more, U. S. A. 1912. Maryland Peace Society,
1925 Park Avenue. 17 S.

Pause and Consider. Letter and Edi-
torials reprinted from the „Japan Times“. 8°.
Dezember 1912. (Tokio.) 27 S.

Bajer, Fred.,
Dansk Interparlamentarisk Gruppens Aarborg II.
8°. Kjöbenhavn. 1913. J. H. Schultz.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

H. W. Im Januarheft des „Advocate of
peace“ wird die Nichtverteilung des Friedens-
Nobelpreises einer scharfen Kritik unterzogen.
In keinem Jahre, so heißt es dort, hätten die
Friedensfreunde so sehr für den Frieden ge-
wirkt, wie gerade in der letzten unheilvollen
Zeit des italienisch-türkischen und des Balkan-
krieges. Interessant ist die Aufzählung der-
jenigen Männer, die nach Ansicht der Redaktion
den Nobelpreis verdient hätten. Unter den
Amerikanern Taft, Carnegie, Ginn, Bartholdt,
Butler, David Starr Jordan und Senator Elihu
Röot, unter den Deutschen Quidde, unter den
Engländern Lord Weardale, Dr. Darby und
Alexander. Ich möchte dazu bemerken, daß
meines Erachtens für Deutschland unter den
eigentlichen Pazifisten Umfrid des Preises am
meisten würdig ist. Er hat wie kein anderer
unermüdlich für die Sache agitiert. Unter den
Völkerrechtslehrern nenne ich in erster Linie
v. Bar, der schon zu einer Zeit, als andere
Universitätsprofessoren noch spöttisch über
uns lächelten, der Friedensidee mit größtem
Verständnis begegnet ist. Bei Umfrid und
v. Bar würde es sich nicht lediglich um eine
Krönung erfolgreicher Bemühungen für den

Frieden handeln, sondern mehr noch um die Anerkennung großer und seltener, im Laufe eines ganzen Lebens bewiesenen Treue zu der Idee des Fortschrittes der Menschheit und des Völkerfriedens. Wenn wirklich der Nobelpreis im Sinne seines Stifters verteilt werden soll, dann darf nimmermehr lediglich auf die guten Erfolge irgendeiner Persönlichkeit im Dienste unserer Sache gesehen werden, sondern mehr noch auf die edle Gesinnung, aus der heraus jene Taten entstanden sind. Von diesem Standpunkte aus aber soll man möglichst zurückgreifen auf diejenigen, die bereits zu einer Zeit, als man die Friedensidee noch verlachte, dieser ihre ganze Kraft, ihren ganzen Glauben geweiht haben. Nächst v. Bar ist Zorn der am meisten verdiente Anwärter auf den Friedenspreis.

In demselben Hefte schreibt Mead einige Erinnerungen über die ersten Lake Mohonk-Konferenzen im Hinblick auf den Tod ihres Stifters Smiley. Auf der ersten Lake Mohonk-Konferenz im Jahre 1895 waren nur 56 Personen anwesend, aber bereits im folgenden Jahre schon 286. Mead weist ferner darauf hin, welch großes Verdienst sich die drei ersten Lake Mohonk-Konferenzen durch die Befürwortung eines ständigen Tribunals erworben haben. Trueblood hat damals die Diskussion des Problems angeregt, und Dr. Hale hat die Idee mit großartiger Beredsamkeit vertreten. Wie auf der Interparlamentarischen Versammlung von 1894, so herrschte auch auf den ersten Kongressen zu Lake Mohonk noch viel Skeptizismus gegenüber der Realisierung dieses Projektes. Der Grundgedanke der Lake Mohonk-Konferenzen ist allzeit gewesen: nicht auf die Schrecken des Krieges einzugehen, sondern die Mittel zu erörtern, durch die er überwunden werden kann, insbesondere die Schiedsgerichtsbarkeit.

„Advocate of peace“ schreibt ferner über die amerikanische Reise der Baronin Suttner u. a. folgendes: „Eines ihrer letzten Auftreten war in Washington, wo ihr zu Ehren ein Bankett veranstaltet wurde. Dieses Fest vereinigte viele Mitglieder des diplomatischen Korps, Senatoren, Kongreßmänner und andere hervorragende Persönlichkeiten sowohl aus Regierungs- als aus Gesellschaftskreisen. Es war ein Tribut, wie Washington selten darbringt irgendeinem großen Staatsmann oder einem Gast aus königlichem Geblüt. — Die ganze Tournee war großartig. Die Baronin hat tiefen Eindruck gemacht, wo immer ihrer Botschaft gelauscht wurde. Ihre fühlbare Aufrichtigkeit, die Tiefe ihrer Empfindung, hervorgegangen aus ihrem langen Kontakt mit dem europäischen Militarismus, verliehen ihren Ausführungen große Ueberzeugungskraft. Ihre Mahnung an unser Land, es möge seiner hohen Mission treu bleiben und die Führerschaft zur Weltverbrüderung fortsetzen, erinnerte an die Aeußerungen und Warnungen mancher großer biblischer Propheten.“

In Nr. 1 der „Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung“ wendet sich Piloty gegen einen Artikel des Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages Paasche, der kürzlich an dem Ausdrucke Kiderlen-Waechters von der „herzlichen Intimität“ der deutsch-englischen Beziehungen gesprochen hatte. Er weist nach, wie billig es ist, den Beifall der großen Menge bei Anklagen gegen England zu

finden, und als wie töricht gleichzeitig ein Artikel bezeichnet werden muß, der im gegenwärtigen Augenblicke das deutsch-englische Problem losgelöst von den Balkanwirren erörtert. Mit Recht meint er, es sei wenig realpolitisch, in diesem Augenblicke einen solchen Artikel wie den Paasches zu schreiben.

In demselben Hefte gibt Strupp in zwei Aufsätzen einen guten Ueberblick über den spanisch-französischen Marokkovertrag und den Frieden von Lausanne. Am Schlusse des ersten Aufsatzes sagt er: „Daß die Schiedsgerichts-idee in dem Vertrag offene Anerkennung erfährt, daß beide Staaten sich verpflichten, Streitigkeiten bei seiner Anwendung oder Auslegung dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, muß jeden Anhänger jenes großartigsten Völkerrechtsinstitutes, muß jeden Freund internationaler Verständigung und des Friedens mit hoher Freude erfüllen. In drei der bedeutendsten, politischen Verträge der letzten sieben Jahre die ausdrückliche Unterwerfung unter die internationale Schiedsgerichtsbarkeit! Darf man da noch ernsthaft daran zweifeln, daß die Gewalt jener Idee auch die Staaten in ihren Bann gerissen hat?“

In einem weiteren Aufsatz derselben Korrespondenz verlangt W. Klohs eine schnellere Ratifikation des Schiedsabkommens, die ja bereits der jüngste Weltfriedenskongreß und die Interparlamentarische Versammlung befürwortet haben. In diesem Aufsatz befindet sich ein Irrtum, der nicht unwidersprochen bleiben kann. Verfasser sagt nämlich, durch das Abkommen von 1907 sei das Abkommen von 1899 auch für diejenigen Staaten hinfällig geworden, die das erstere noch nicht ratifiziert haben. Da also die Balkanstaaten, außer Rumänien sowie Italien, das Schiedsabkommen von 1907 nicht ratifiziert haben, so seien sie an das Schiedsabkommen nicht gebunden, weder in der alten, noch in der neuen Form. Das ist unrichtig. Das Abkommen von 1899 gilt nach den Bestimmungen für Serbien, Bulgarien, Griechenland usw. so lange fort, bis sie es gekündigt haben. Daß dies auch die Ansicht der Regierungen ist, ergibt sich daraus, daß alle Staaten finanziell zu dem Bureau des Haager Schiedshofes beitragen, im Verwaltungsrate vertreten sind usw. Damit erledigt sich die weitere Behauptung von selbst, wonach gerade diejenigen Staaten in den letzten Jahren Krieg geführt hätten, die das Schiedsabkommen nicht ratifiziert hätten. Daß der Artikel 48 für jene Staaten, die das neue Abkommen nicht ratifiziert haben, nicht gilt, ist allerdings zutreffend. Dieser Artikel ist aber praktisch nicht von Bedeutung. Er kann insbesondere ein direktes Klagerecht nicht ersetzen, weil der Kompromiß, die entscheidende Schwierigkeit, bestehen bleibt.



Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
 Völkerfriede (Eßlingen). Jan. O. U., 1813 bis 1913. — Vaterländische Geschichte. — Rich. Feldhaus, Der internationale Sozialistenkongreß in Basel und der Krieg. — O. Graewe, Chauvinistischer Haß gegen die Friedensbewegung. — A. Westphal, Jahresversammlung des Landesvereins Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft. — usw.

- Febr. O. M., Belastungsproben. — R. Wielandt, Friedensbestrebungen und Männlichkeit. — Aufruf der deutsch-franz. Liga. — usw.
- Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung (Würzburg). Nr. 1. Prof. Rob. Piloty, Deutsche Realpolitik. — Dr. Karl Strupp, Der spanisch-französische Marokkovertrag. — Dr. Karl Strupp, Der Friede von Lausanne. — W. Klohs, Die Ratifikation der Haager Schiedsabkommen. — usw.
- Die Eiche. Vierteljahresschrift zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. (Berlin.) Nr. 1. Lordbischof von Hereford, Die Aufgabe der christlichen Kirche im öffentlichen Leben. — Rev. J. H. Rushbrooke, Die Bewegung unter den britischen christlichen Kirchen zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien. — Direktor D. Spiecker, Die deutsch-englische Verständigungskonferenz in London. — Lic. Bornhausen, Die Freundschaftsbeziehungen zwischen deutschem und amerikanischem Protestantismus. — Th. Kondah, Chronik der deutsch-englischen Beziehungen während der letzten Monate. — usw.
- Vaterland und Welt. Organ des Verbandes der Internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen. (Göttingen.) Nr. 1. Zum Geleite. — Paul Baumgarten, Norman Angell. — usw.
- Der Friede (Bern). Dr. Bucher-Heller, Sylvesterabend an den Gurten bei Bern. — Nietstew, Balkanphilosophie im neutralen Lager. — C. L. Siemering, Eine pazifistische Frauenzeitschrift. — usw.
- Die Friedensbewegung (Bern). Nr. 1. Pierre Clerget, Die armenische Frage. — Dr. Hans Wehberg, Völkerorganisation. — Albert Fürst v. Monaco, Schiedsgerichtswesen und Gegenseitigkeit. — usw.
- Advocate of Peace (Washington). Jan. The Panama Tolls and Arbitration. — No Nobel Prize in 1912. — Baroness von Suttners Lecture Tour. — The fourth American National Peace Congress. — The Death of Albert K. Smiley. — Charles E. Beals, The Baroness von Suttners Tour. — Evergett P. Wheeler, The Nation should be true to its plighted faith in the Matter of the Panama Tolls. — Edwin D. Mead, The first Mohonk Conference on International Arbitration. — George M. Stratton, The double standard in Regard to Fighting. — usw.
- The Cosmopolitan Student (Madison). Jan. John R. Hart, The Presidents annual Message. — Extracts from the General Secretary Report. — usw.
- Monthly Circular of the National Peace Council (London). Jan.
- La Paix par le Droit (Paris). No. 1. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer Garibaldi. — Ch. Richet, l'Alsace Lorraine obstacle à l'expansion allemande. — Jules L. Puech, Coup d'oeil sur 1912. — usw.
- Etats-Unis d'Europe (Bern). Jan. Emile Arnaud, Le Devoir des Puissances. — L. de Montluc, The right man in the right place. — Guerre et Finances. — usw.
- Il Popolo Pacifista (Bonefro). Jan. Marturino de Sanctis, La Spedizione a Tripoli e il diritto internazionale. — I ferrovieri d'Italia contro la guerra. — usw.
- La Luce del Pensiero (Neapel). Jan. Domenico Maggiore, Per il miglioramento economica degli Insegnanti. — Francesco Berlinghieri, Il parallelismo dinamo-civile delle nazioni. — Paul Adam, La supremazia del lavoro. — Alfredo B. Nobel o Mme. Berta de Suttner. — usw.
- Fredsfanan (Stockholm). Jan. Emil Larsson, Vår rätta Plats. — K. P. Arnoldson, Krighändelserna och fredssträvandena. — Erik Palmstjerna, Imperialismen — en fara för Freden. — usw.
- Fredsbladet (Kopenhagen). Niels Petersen, Det gamle og det nye Aar. — N. P. Anna B. Eckstein. — Fru Dikka Möller. — usw.
- „Vrede door Recht“ (Haag). Jan. W. H. de Beaufort, De Oorlog en de Vredesconferenties. — H. A. Lorentz, De internationale Wetenschap bevordert den Vrede. — D. Josephus Jitta, Het internationale Recht en de Vredesbeweging. — H. P. Staal, Kunnen militaire voostanders der Vredesbeweging zijn? — J. de Waal, De invloed van het Roode Kruis op de Vredesbeweging. — A. J. van Loghum Slaterus, Vredesbeweging en Godsdienst. — J. M. Maury, De Katoliken en de Vredesbeweging. — F. M. Wibaut, Proletariaat en Vredesbeweging. — H. J. Kieweit de Jonge, Para pacem. — Johanna W. A. Naaber, Vrouwenbeweging en Vredesbeweging. — Chr. Nuijs, De Pers en de Vredesbeweging. — Westerman, Internationalisme en Bankwezen. — F. P. ter Meulen, De Kunst en het Pacifisme. — A. Pieters, Het reizen en de Vredesbeweging. — Mulier, Sport en Vrede. — H. J. Romeijn, De Vredesbeweging en de Cooperatie. — A. J. E. A. Bik, Het Tentoonstellingswesen en de Vrede. — J. J. van Balen-Klaar, Vrouwenkiesrecht en de Vredesbeweging. — S. K. Bakker, De Christensocialist tegenover oorlog en Vrede. — usw.
- Ludskość (Warschau). No. 3 u. 4. In polnischer Sprache: Pazifismus bei Skarga und Krasinski. — Resolutionen der polnischen Gesellschaft der Friedensfreunde. — Der Weltfriedenskongreß. — usw.
- Nemzetközi élet (Budapest). 11. évf. A XIX. nemzetközi békekongresszus. — usw.

Artikel - Rundschau.

Von Carl Ludwig Siemering.

Am 28. Januar meldete der Pariser „Temps“ aus London, die finanzielle Lage Bulgariens stehe nicht zum besten, und gebieterisch zeige sich die Notwendigkeit, die Leute zur Aussaat auf die Felder zurückzusenden, wenn eine furchtbare wirtschaftliche Krisis vermieden werden solle. Großer Joh. von Bloch — das alles hast du vorausgesagt! In einer Note der offiziellen Petersburger „Rossija“ vom 26. Januar heißt es, die russische Regierung verfolge, ebenso wie ganz Europa, einmütig das Ziel, diesem Krieg ein Ende zu machen. Ein ähnlicher Gedanke wird in der Wochenrundschau der „Nordd.

Allg. Ztg.“ vom 2. Februar ausgesprochen, und nach einem Privattelegramm der „Münch. N. N.“ aus Wien vom 11. Januar hat Zar Nikolaus sich entrüstet über die Kriegstreibereien russischer Blätter ausgesprochen; sein Entschluß, den Krieg zu vermeiden, sei nicht wankend zu machen. Leider sind auch unsern Nationalistenblättern solche Kriegstreibereien nicht fremd. In einer Zuschrift an die Königsberger „Ostpr. Zeitg.“ vom 21. Dezember wird kurz und bündig verlangt, man solle „rechnen, wieviel Feindesland (!) zur Arrondierung unserer Grenzen nötig sei“, und später heißt es: „Wie würde ein frischer, freier Krieg hier aufräumen; von den Hundertzern im Reichstage würden nicht viele übrig bleiben!“ — Die „Leipz. N. N.“ wenden sich am Neujahrstage gegen „jenen seltsamen politischen Altruismus, an dem wir, die Epigonen Bismarcks, leiden“, und in der „Kreuzzeitung“ vom 1. Januar wünscht Theodor Schiemann, das neue Jahr möge der Welt aus dem faulen Frieden, in dem sie lebt, zu einem gesunden Frieden verhelfen. Ganz unsere Meinung — nur daß wir und Th. Sch. unter diesen Worten ganz etwas Verschiedenes verstehen! In Nr. 18 der „National-Ztg.“ wendet sich J. H. Zimmermann, M. d. R., gegen die „unnütze Kriegsfurcht“ und legt eingehend dar, eine deutsch-russische Verständigung wäre „kein Ding der Unmöglichkeit, zumal jetzt, da die Erinnerung an die glorreiche Waffenbrüderschaft vor 100 Jahren wieder lebendig wird.“ (Vgl. auch die York-Feier von Tauroggen und Tilsit, am 31. Dezember.) Der geistvolle Franzose André Tardieu darf in der „Vossischen Ztg.“ vom 13. Januar, die den Weltkrieg für einen Wahnsinn erklärt, seinen Unglauben an einen europäischen Krieg bekennen, und ein zweiter berühmter Franzose, Jean Richepin, erklärte am 5. Januar dem Vertreter des „Berl. Tagebl.“, G. Hochstetter: „Keinen Krieg darf uns die Zukunft bescheren — die ‚Vereinigung aller Staaten Europas‘ die muß sie uns bringen.“ Diese Hoffnung wird zum mindesten nicht enttäuscht durch die am 17. Januar erfolgte Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik. Das „Wiener Fremdenbl.“ hebt bei Besprechung der Wahl seine Verdienste als eifriger Förderer des Friedens hervor. Alle Bestrebungen, die darauf abzielten, die Solidarität der Mächte zu festigen und auch in Zeiten der Gefahr einen Weg zur Verständigung offen zu halten, hätten an ihm eine kräftige Stütze gefunden. — „Petit Parisien“ sagt: „Die Bedeutung der Wahl läßt sich in den Worten ausdrücken: Demokratischer Fortschritt und vernünftige Entwicklung einer Politik der Ehre und des Friedens“, und die „Frankf. Ztg.“ vom 18. Januar erinnert an die freundlichen Worte, die Poincaré am 16. Juni 1912 mit Bezug auf den Marokkovertrag gesprochen habe, der „uns gestatten wird, zwischen der großen benachbarten Nation und Frankreich in aufrichtig friedlichem Geiste Beziehungen der Höflichkeit und Freimütigkeit zu unterhalten, die durch die gegenseitige Beachtung ihrer Interessen und ihrer Würde beseelt sind“.

*

Eine neue Heeresverstärkung steht bevor; der „Berl. Lokal-Anz.“ behauptete

am 22. Januar in einem sensationellen Artikel „Die Forderungen der Armee“, daß alle diplomatischen Künste den Ausbruch eines Weltkrieges aufhalten, aber niemals verhindern könnten“ — ein Standpunkt, würdig der „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ oder der „Post“, die am 24. Januar jene Stellen angreift, „die von einem unglaublichen Friedenswahne befangen sind“. Natürlich fehlt auch wiederum nicht der gute, alte Generalmajor a. D. Keim, der im „Tag“ vom 8. Januar („Wehrfragen und Auswärtiges“) für Deutschland „eine Art von Gewaltmenschen“ reklamiert oder „wenigstens einen Mann, der auch vor Lösung gewaltiger Aufgaben nicht zurückschreckt...“ — Das Zentrum wird auch hierbei wieder im Reichstage den Ausschlag geben. Zwar findet die „Köln. Volksztg.“ vom 24. Januar sehr kräftige Worte gegen den wankelmütigen Kriegsminister, der seine eigenen Darlegungen von 1912 ganz munter desavouiert, und stellt den Grundsatz auf: „Ohne Deckung keine neue Militärvorlage“, aber sicher wird die katholische „Kölner Korresp.“ vom 28. Januar recht behalten, die die Taktik des Zentrums gleichsam als Schwank in 4 Akten wie folgt schildert: I. Akt: Entrüstete Ablehnung der Vorlage; II. Akt: Einlenkung angesichts der kritischen Lage, aber: mangelnde Deckung! III. Akt: Wir dürfen der Regierung die notwendigen Mittel nicht vorenthalten. Aber: die oberen Hunderttausend, nicht die Volksmassen, sollen die neuen Lasten aufbringen; IV. Akt: Glatte Annahme des Gesetzes und Verteilung der Lasten auf Reich und Arm; ein paar kleine Abstriche als Blendwerk für die Wähler. — Echte Zentrumsdiplomatie!

*

„Giornale d'Italia“ vom 7. Januar kommt auf des neuen Staatssekretärs Jagow Verhalten bei der Annexion von Tripolis zurück und erklärt es als Jagows Verdienst, wenn die Reichsregierung Marschall abberief, dem Freiherrn v. d. Goltz „den Maulkorb anlegte“ (!) und die italienfeindliche Presse zum Schweigen brachte (!!). Es geht doch nichts über eine schöne Unverfrorenheit! — Die alldeutsche „Tägl. Rundschau“ zieht in einer Zuschrift vom 8. Januar gegen die „nationale Knochenerweichung“ zu Felde, die vom „Illustr. Briefmarken-Journal“ dadurch erzielt werde, daß es von „unberechtigter Deutschtümelei“ spricht, wenn man die Frage, ob „deutsche oder lateinische Buchstaben“, zu einer Frage des Deutschtums machen wolle. Die Rundschau spricht u. a. von der „Dreistigkeit des internationalen Geschäftes“ und bringt damit einen häßlichen Gassenton in die Debatte. — Im Pariser „Theater Réjane“ wurde unlängst ein Stück „Alsace“ aufgeführt, das, wie die „B. Z.“ vom 9. Januar aus Paris erfährt, eine zurechtgestutzte Deutschenhetze betreibt. — Einem anderen Hetzer, dem Reichstagsabg. Wetterlé, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ (18. Januar) bescheinigt, daß er „ein frevles Spiel mit dem Frieden zweier Nationen“ treibe. — Ein Aufsatz im „Hamb. Fremdenbl.“ vom 23. Januar, betitelt „Britischer Imperialismus“, kommt zu dem Schlusse, daß sich für England immer unabwendbarer die Notwendigkeit ergebe, „nicht nur einen Ausgleich der Inter-

essen zur Vermeidung kriegerischer Konflikte, sondern eine ehrliche Verständigung mit stammverwandten Völkern zu suchen". — Im „Tag“ vom 23. Januar tritt Professor Dr. Wygodzinski-Bonn („Europäische Menschenökonomie“) dafür ein, daß die verschiedenen europäischen Organisationen für Arbeitsnachweis sich zu einer gemeinsamen Bekämpfung der überseeischen Auswanderung zusammenschließen, gemäß einem Vorschlag der „Deutschen Arbeiterzentrale“. — Die „Leipz. N. N.“ vom 26. Januar haben einen „sozialdemokratisch organisierten (ungenannten) Arbeiter“ entdeckt, der, indem er persönliche Erfahrungen verallgemeinert, den Parteiführern anrät, sie möchten aufhören, „mit fremden Völkerschaften zu liebäugeln“. Dieser Muster-„Sozialist“ paßt vortrefflich in das Milieu der „Leipz. N. N.“! — Im „Berl. Lokal-Anz.“ vom 23. Januar erörtert Dorothee Goebeler das Thema „Die Frauen und der Krieg“; sie meint, Säbel und Gewehr gehörten in die Hände unserer Jungen — nicht als blutiges Werkzeug des Krieges, sondern „als die Waffe, die in des Mannes Händen einmal dem Schutz des Friedens dienen soll“. Was für eine Art von „Frieden“ hier gemeint ist, wird dem Kundigen sofort klar. Die beste indirekte Widerlegung findet die Autorin in „Kinderland“, Monatsbeilage (Februar) zu „Eth. Kultur“, worin ein kleiner Artikel „Friede auf Erden“ die Frage aufwirft: „Gibt es gar keine anderen Mittel, Kinder glücklich zu machen, als ihnen Vernichtungswerkzeuge zu schenken? . . . Ist das die sogenannte „aufbauende Kultur“?

In der in München erscheinenden Zeitschrift „Kain“ (Herausgeber: Erich Mühsam) finden wir einige Artikel, die sich mit dem Friedensproblem befassen. In Nr. 8 vom November 1912 „Für den Frieden“ richtet der Herausgeber in bitterem Ernst scharfe Mahnworte an die Gesellschaft zur Verhütung eines Weltkrieges. In Nr. 10 vom Januar 1913 „Das Weltparlament“ entwickelt er ein dilettantisches Projekt zur Kriegsvermeidung, zeigt sich aber auch hier als ein folgerichtiger Kriegshasser. „Eine Diskussion über die Berechtigung des Krieges ist unmöglich. Wir Friedensfreunde wissen, daß der Krieg so entsetzlich ist, daß er nicht mehr sein darf.“ — In der „Christlichen Welt“ (Nr. 4) bespricht Friedrich Curtius „Das Werk vom Haag“ in äußerst sympathischer Weise. Er schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Der Fortschritt politischer Kultur, den die Entwicklung des Völkerrechts vollziehen soll, an dem wir auch als Menschen und Christen interessiert sind, besteht gerade darin, daß die Staaten dahin geführt werden, nicht einer höheren Gewalt, sondern einer Idee zu huldigen.“ — In einem Artikel „Ueber den Einfluß des Balkankrieges auf die Frequenz der Volkshochschule“ weist Dr. Oscar Stillich („Die Volkshochschule“, Heft 1) die bemerkenswerte Tatsache nach, daß der Besuch der Berliner Volkshochschulen im letzten Quartal 1912 bedeutend zurückgegangen ist. Die Humboldt-Akademie allein hat in jenem Quartal 1200 Hörer weniger gehabt als im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Die Schuld wird der politischen Unsicherheit zugeschrieben und dabei der Aus-

spruch eines Kaufmanns zitiert, der sagte: „Ich werde doch jetzt nicht Vorlesungen hören, wo ich nicht weiß, ob morgen der Krieg auf uns übergreift.“ — In der Wiener „Wage“, die von dem fortschrittlichen Reichsratsabgeordneten E. V. Zenker redigiert wird, findet ein Artikel Platz, der „ein Arbeitsfeld für die Pazifisten“ vorschlägt. Der Verfasser jenes Artikels rät uns, „aus dem Gespinnst unserer Theorie, die ja doch nimmermehr Wirklichkeit werden kann“, uns zu entwirren und — — na sagen wir, für die Herstellung der bereits im Jahre 1864 hergestellten Genfer Konvention einzutreten, von deren Errichtung ihm nichts bekannt zu sein scheint, ebensowenig wie von der erwiesenen Unmöglichkeit, den Krieg zu humanisieren. — Die sonderbaren Ausführungen Dr. Maurenbrechers über „Die Demokratie und der Krieg“, die im ersten Januarheft des „Freien Wortes“ erschienen, sucht der Herausgeber der „Friedens-Warte“ im ersten Februarheft jener Zeitschrift zu widerlegen.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Carl Hüller, Weltbürgertum und Vaterlandsliebe. „Die Leuchte.“ (Lennepe.) Nr. 2. * Ein Brief von Andrew Carnegie. „Münch. Neueste Nachrichten.“ 22. I., „Neue Badische Landeszeitung.“ 23. I., „Metzer Ztg.“ 23. I., „Braunschweig. Landesztg.“ 23. I. * Dr. Hans Wehberg, Die Friedensbewegung im Jahre 1912. „Eth. Kultur“ II. * Nationale, berufliche und gemeinnützige Bestrebungen und ihre Förderung durch die deutschen Hochschulen, durch Studierende und Studierende. „Hochschul-Nachrichten.“ (München.) Nr. 2. * Alfred H. Fried, Die Demokratie und der Krieg. „Das Freie Wort.“ Nr. 21. * Prof. Martin Spahn, Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes. „Deutsche Revue.“ II. * D. J. von Ferenczy, Krieg dem Kriege. „Nord und Süd.“ II. * Dr. C. Jaeckh, Weitere Zeugnisse für die Balkangreuel. „Frankfurter Ztg.“ 23. I. * Friedrich v. Vincenz, Was ein Schlachtfeld erzählt. „Frankfurter Ztg.“ I. II. * (Jordan), Der Friedensgedanke. „Deutsch-Oesterreichische Lehrerzeitung.“ 15. I. * Karl Leuthner, Der Krieg als eine moralische Anstalt betrachtet. „Soc. Monatshefte.“ 16. I. * Leop. Katscher, Eine tatkräftige Friedensfreundin (Anna B. Eckstein). „Berliner Tageblatt.“ 10. I. * (Prof. L. Quidde), Ein Vorschlag zum Frieden. „Frankfurter Ztg.“ 28. I. * Georg Kossak, Aus dem Arsenal der Friedensbewegung. „Kgsbg. Hartungsche Zeitung.“ 26. I. * Die Katholiken und der internationale Friedensgedanke. „Badischer Beobachter.“ 12. I. * „Hart am Weltkrieg.“ „Münchener Neueste Nachrichten.“ 23. I. * Dorothee Goebeler, Die Frauen und der Krieg. „Berliner Lokal-Anzeiger.“ 23. I. * Friedrich Braumann, Der Antimilitarismus. „Der Tag.“ 22. I. * Emil Vandervelde, Wieso ist die internationale Arbeiterpartei die einzige unbeugsame Friedenspartei? „Dokumente des Fortschritts.“ I. * (O. Umfrid), Hypernationalismus oder Chauvinismus in akademischen Kreisen. „Der Beobachter.“ 28. I. * Pfarrer Wagner (Neuhengstett), Kirche und Friedensbewegung. „Der Beobachter.“ 27., 28.

u. 31. XII., 2., 3., 4. u. 7. I. * Edwin D. Mead, Peace Prizes. „Boston Daily Advertiser.“ 19. XII.

II. Die internationale Politik: Lord Courtoney of Penwith, Nationen und Nachbarn. „Nord und Süd.“ II. * G. H. Perris, Mehr Licht über die Agadirkrise. „Nord und Süd.“ II. * Prof. Dr. Ernst Sieper, Die deutsch-englische Verständigungskonferenz, II. u. III. „Nord und Süd.“ II. * Ders., Die deutsch-englische Verständigungskonferenz. „Der Vortrupp.“ Nr. 2 u. 3. * H. Fernau, Zur Geschichte der Demokratie in Frankreich. „Das monistische Jahrhundert.“ Nr. 20 u. 21. * Ders., Diplomatie und Wirklichkeit. „Janus.“ (München.) Heft 8. * Ernst Bassermann, Der deutsche diplomatische Dienst und seine Reform. „Königsberger Allgemeine Ztg.“ 17. I., „Dortmunder Zeitung.“ 17. I. * Neue Dokumente zur politischen Geschichte. „Berliner Tageblatt.“ 2. II. * Alfred H. Fried, Sturmzentrum Oesterreich. „Dokumente des Fortschritts.“ I. * A. Thardien, Ist ein europäischer Krieg zu befürchten? „März.“ 11. I.

III. Völkerrecht: Dr. Karl Strupp, Der Friede zu Lausanne. „Allgemeine Zeitung.“ 25. I. * W. Klohs, Die Ratifikation des Haager Abkommens vom 18. X. „Weser-Zeitung.“ 22. I., „General-Anzeiger.“ (Mannheim.) 21. I.

V. Wirtschaftliches: Dr. Franz Leder mann, Der Krieg als Kultur- und Wirtschaftsereignis. „Nord und Süd.“ II. * Vom Krieg und Kapitalismus, I. „Dresdener Volkszeitung.“ 7. I. * Arkadi Awerstchenko, Rüstungswahnsinn. „Der Freidenker.“ (München.) 15. I. * Heinrich Dove, Die weltwirtschaftlichen Beziehungen als Element der Kriegs- und Friedenspolitik. „Neue badische Landes-Zeitung.“ 17. I., „Neue Straßburger Zeitung.“ 21. I., „Berliner Börsen-Courier.“ 17. I.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Vortrag Baronin Suttner. Zugunsten unserer Gesellschaft hielt Baronin von Suttner am 27. v. M. im Beethovensaale einen Vortrag über „Erlebnisse und Eindrücke aus Amerika“. Dem Vortrag, der über zwei Stunden währte, lauschte ein überaus zahlreiches Publikum, welches der Baronin zum Schlusse stürmisch jubelte.

Einer Einladung des Prager Journalistenvereins „Concordia“ folgend, sprach Baronin Suttner am 6. d. M. in Prag, ferner am 10. in Dresden, schließlich am 17. und 19. in der „Urania“ in Berlin.

In der am 14. v. M. abgehaltenen Vorstandssitzung wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die vom ehemaligen rumänischen Ministerpräsidenten Karp an die „Neue Freie Presse“ gerichtete, im Morgenblatt des 14. v. M. veröffentlichte Depesche, des Inhaltes, „daß die rumänisch-bulgarische Streitfrage nicht anders als durch das Schwert gelöst werden könne, daß jede andere Methode mehr Zeit, mehr Geld und mehr Menschen kosten würde und daß, wenn man Rumänien helfen will, dies nicht auf friedlichem Wege geschehen könne“, veranlaßt die österreichische Friedensgesellschaft zu nachstehender Erklärung:

Die Behauptung, daß es Konflikte gibt, die nur durch Anwendung von Gewalt zu schlichten seien, und daß diese schon aus Sparsamkeits- und Humanitätsrücksichten jeder friedlichen Methode vorzuziehen sind, kann in einem Zeitalter nicht mehr als Dogma hingestellt werden, in dem die Tendenz (die ja das Kriterium der fortschreitenden Kultur ist), das Recht an Stelle der Gewalt zu setzen, in offiziellen Einrichtungen, Haager Tribunal, Schiedsverträge, Interparlamentarische Union, Vermittlung usw., schon begonnen hat, feste Formen anzunehmen.

In der 1899 im Haag von 26 Staaten unterzeichneten Konvention heißt es in Titel I, daß „die Signatarmächte sich verpflichten, alle ihre Bemühungen anzuwenden, um die Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel herbeizuführen.“ Siehe ferner Titel III: Ueber internationale Untersuchungskommissionen.

Eine Ignorierung dieser Errungenschaften, denen wir tatsächlich schon die Verhütung von Kriegen zu danken haben, ist nicht mehr am Platze, besonders nicht, wenn die Gefahr vorliegt, wegen territorialer Ansprüche einzelner Länder den ganzen Erdteil in Brand zu setzen.

Es soll hier nicht versucht werden, die Berechtigung der schon im Gang befindlichen Bewegung zur rechtlichen Organisation der täglich durch weitverzweigte Interessengemeinschaft solidarischer werdenden Welt durch Argumente zu stützen. Schon zeigt sich in Umrisen ein einig wollendes und handelndes Europa. Auch soll nicht versucht werden, die offenbar noch sehr stark vertretene kriegerische Weltanschauung kritisch zu widerlegen; die gegenwärtige Erklärung bedeutet nur die Erfüllung der jedem für allgemeine hohe Zwecke kämpfenden Vereine zufallenden Pflicht, jederzeit und namentlich in schicksalsschweren Stunden, den eigenen Standpunkt zu vertreten, und die schon erreichten und noch zu erreichenden Ziele der Mitwelt ins Gedächtnis zu rufen.“

Diese Resolution wurde an die Tagespresse in Oesterreich, sowie auch ins Ausland gesendet und wurde von vielen Journalen veröffentlicht. Auf Veranlassung der „Mirova Jednota“ in Brünn wurde die Resolution auch in mehreren tschechischen Zeitungen zum Abdrucke gebracht.

Vortragszyklus. Wie alljährlich wird auch heuer ein acht Abende umfassender Vortragszyklus in der Wiener Universität abgehalten werden. Das Programm hiefür werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen.



März 1913.

Ueber uns die Sintflut.

Fast hat es den Anschein, als ob es nun bald zu Ende gehen müsse mit dem Irrtum des Ueberrüstens. Die neue Rüstungswelle, die über Europa eben hereinbricht, läßt nämlich keine andere auf Vernunft begründete Annahme zu. Mit Ausnahme von Deutschland und England scheinen alle anderen Staaten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt zu sein. Deutschland hat mit der bloßen Ankündigung der geplanten Heeresvermehrung den Ton angegeben, Frankreich, Rußland, Oesterreich-Ungarn haben sofort Maßnahmen ergriffen, um dem Beispiel zu folgen. Italien wird nicht lange auf sich warten lassen, und wer weiß, ob diese neueste Phase des Rüstungswahnsinns nicht auch den Anhängern einer allgemeinen Wehrpflicht in England zum Erfolg verhelfen wird. Vorläufig zeigt sich dort das Rüstungsfieber in Form eines Luftflottenparoxysmus. Aber nicht nur die Großmächte wurden von der Rüstungs-panik erfaßt; die Kleinstaaten können sich ihrer auch nicht mehr erwehren, wie das Beispiel Belgiens zeigt, das bereits eine neue Heeresverstärkung angekündigt hat. Die Balkanstaaten werden nach erfolgtem Friedensschluß nicht umhin können, ebenfalls ihren Rüstungs-panzer zu verstärken, und so sehen wir denn das ganze alte Europa von einem ungeheuren Verfolgungswahn getrieben, die schiefe Ebene in einem immer beschleunigteren Lauf hinunterrasen.

Was ist die Ursache dieser erneuten Flut, die alles übertrifft, was die jetzige Generation nach dieser Richtung schon erlebt hat. Deutschland, das mit der Ankündigung der Erhöhung seiner Heeresmacht zuerst hervorgetreten ist, wird deshalb als der Urheber der neuen Rüstungen angesehen. Was meinem Ermessen nach nicht richtig ist. Erstens bedingt die Widersinnigkeit des modernen Rüstungswesens, daß es keinen einzelnen Urheber dafür gibt, sondern die

Gesamtheit der im Wettbewerb befindlichen Staaten sich gegenseitig schiebt. Wenn Deutschland in diesem Augenblick der sichtbar schiebende Staat ist, so unterliegt es keinem Zweifel, daß auch auf das Reich Kräfte eingewirkt haben, die es in seinen Handlungen bestimmten, die nur nicht so offen erkennbar sind. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die in ihrer Nummer vom 1. März einen offiziellen Kommentar zu der noch ausstehenden Heeresvorlage gibt, führt den „Umschwung der Verhältnisse im Südosten Europas“ als Grund an. Das dürfte auch sicherlich der zunächstliegende Beweggrund sein, aber beileibe nicht der letzte Grund dieser europäischen Krankheit. Ohne bis auf diesen selbst zurückzugehen — es würde uns dies hier zu weit führen, den ungeheuren Komplex der europäischen Sünden klarzulegen —, können wir doch die Ursache über jenen „Umschwung der Verhältnisse im Südosten Europas“ hinaus verfolgen. Und da führt uns der gerade Weg zu jenem verhängnisvollen Schritt des Grafen Aehrenthal, der durch die Umtaufe des Besitzes Oesterreich-Ungarns an Bosnien und der Herzegowina ein Steinchen aus dem Berliner Vertrag löste, der 30 Jahre lang die Ordnung auf dem Balkan — wenn auch mehr schlecht als recht — aufrecht erhielt, wodurch das ganze darauf errichtete Gebäude ins Wanken geriet. Diese Titeländerung führte zur Selbständigmachung Bulgariens, zu dem Raub von Tripolis und zuletzt zu jener Auflehnung der Balkanstaaten, die noch nicht abgeschlossen ist. Diese Veränderung des bisherigen Zustandes am Balkan hat die latenten Gegensätze zwischen den europäischen Staaten akut zugespitzt und der Niederschlag der Erregungen und Aengste zeigt sich — nicht erst jetzt, sondern schon seit 1908 — in einer erneuten krampfhaften Anspannung der Rüstungen.

Wir Pazifisten sollten nicht unter-

lassen, auf den Ausgangspunkt der neuen Milliardenopfer, die Europa jetzt bringen muß, immer wieder hinzuweisen, um der Öffentlichkeit den hohen materiellen Wert der internationalen Verträge deutlich vor Augen zu führen. Wir sollten es nicht unterlassen, allen, die an der neuen Bürde schwer zu tragen haben werden, in Mark und Pfennigen vorzurechnen, wie wertvoll der Berliner Vertrag gewesen ist, und wie sehr es im Interesse der ganzen europäischen Menschheit gelegen hätte, ihn nicht nur zu erhalten, sondern ihn auch ehrlich durchzuführen (was bekanntlich durch eine kurzsichtige Politik der europäischen Mächte verhindert wurde) und welche große materielle Bedeutung daher eine Politik der Verständigung und der festbegründeten Verträge besitzt. Vielleicht wird sich dann doch in weiteren Kreisen die Erkenntnis durchringen, daß es nicht heißen darf „si vis pacem para bellum“, sondern vielmehr „si vis pacem para pactum“.

Selbstverständlich ist — wie bereits erwähnt — die Verletzung des Berliner Vertrages nur die unmittelbare, nicht die mittelbare Ursache des krankhaften Rüstungswettstreites, dem vielleicht noch weiter zurückliegende Ursachen und weitere Triebkräfte der Gegenwart und Vergangenheit zugrunde liegen. Aber immerhin ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß nicht einzelne Staaten die Alleinschuldigen sind, sondern die Gesamtheit der führenden Mächte und ihr gesellschaftswidriges Verhalten. Jeder Staat ist Bedroher und Bedrohter der anderen und wird in seinen Handlungen von diesen ebenso beeinflußt, wie er die anderen beeinflußt. Wird man sich dessen klar, so reinigt man nicht nur die politische Atmosphäre von Gegensätzlichkeiten und Haßempfindungen, die das Uebel, das man bekämpfen will, nur noch mehr verschärfen, man lenkt auch die öffentliche Aufmerksamkeit gerade auf jenen wichtigen Punkt hin, bei dem eingesetzt werden muß, wenn man zu einer Erlösung von jenem unerträglichen Uebel kommen will. Indem man den Dolus der Gesamtheit nachweist, zeigt man, daß nur eine Aktion der Gesamtheit die ersehnte Aenderung des Zustandes herbeiführen kann. Indem man zeigt, wie die Staaten bei ihren Rüstungen voneinander abhängig sind, nimmt man dem einzigen Mittel, das eine Aenderung herbeiführen kann, nämlich dem Mittel des zwischenstaatlichen Vertrages, den herbsten Stachel; weil der Vorwurf, daß jeder Staat seine Rüstungen unabhängig

von den anderen nach seinen eigenen Bedürfnissen bestimmt, und es deshalb mit seinem Souveränitätsbegriff nicht vereinbaren könne, sich durch einen Vertrag darüber in eine Abhängigkeit gegenüber den anderen zu begeben, damit in sich selbst zusammenfällt. Der schrankenlose Rüstungswettbewerb beruht auf der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten voneinander; es ist die vertragslose Abhängigkeit. Die Befreiung von diesem Zustande wird nur erreicht werden durch die vertragsgemäße Abhängigkeit.

Die Möglichkeiten eines Rüstungsabkommens können ja heute nicht mehr so leicht von der Hand gewiesen werden, wie es noch vor einiger Zeit geschah. Seitdem die englische und deutsche Regierung an die Erörterung eines gegenseitigen Rüstungsverhältnisses geschritten sind, fängt der Gedanke an, auch jenen Kreisen diskutierbar zu erscheinen, die ihn bisher ablehnten. Und neuerdings dürfte die Verabredung Oesterreich-Ungarns und Rußlands bezüglich der Demobilisierung der galizischen Grenze, wobei genau das Verhältnis der Kampfstärke bestimmt und auch sonstige Einzelheiten verabredet werden sollen, als ein Fortschritt der Idee einer vertragsmäßigen Rüstungsentlastung gelten.

Wie die Dinge heute liegen, hat es sogar den Anschein, daß das Problem der vertragsmäßigen Rüstungsbeschränkung auf der nächsten Haager Konferenz diskutabel erscheinen wird. Nicht daß wir uns der Hoffnung hingeben, es könnte dort schon zu einer Lösung kommen; doch weisen die gegen 1907 veränderten Verhältnisse darauf hin, daß man eine Erörterung nicht mehr fürchten wird, und mit dieser wenigstens zu dem Anfang einer Lösung kommen könnte. Es ist anzunehmen, daß sich diesmal die Reichsregierung einer solchen Erörterung nicht widersetzen wird.

Dem es unterliegt ja keinem Zweifel, daß das Problem in den letzten Jahren — sagen wir: „exklusiver“ geworden ist (populär war es ja schon lange). Es sind heute nicht nur die breiten Volksklassen, die dafür eintreten, sondern auch die höheren der Regierung nahestehenden Gesellschaftsschichten haben dafür Verständnis bekommen, und werden immer mehr darauf hingewiesen werden, sich mit dem Problem zu befassen. Namentlich in Deutschland und Frankreich, wo jetzt auch die besitzenden Klassen in fühlbare Mitleidenschaft gezogen werden. In Deutschland durch den freudigst zu begrüßenden Gedanken einer Vermögens-

abgabe, in Frankreich durch die ausnahmslos allen Bevölkerungsklassen auferlegte Last der dreijährigen Dienstzeit. Das sind Tatsachen, die eine allmähliche Umkehr als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Freilich; eine gründliche Wandlung steht noch weit im Felde, was uns nicht hindern soll, auch den guten Willen, die sichtbar wahrzunehmenden Anfänge einer Aenderung als Fortschritt freudigst zu begrüßen. Wir Pazifisten haben uns über die Schwierigkeiten des Problems niemals einer Täuschung hingegeben, und haben stets die Lehre verkündet, daß die Rüstungen die Symptome der internationalen Anarchie sind, die mit der allmählichen Beseitigung ihrer Ursachen allmählich zurückgehen werden. Aber wir täuschen uns auch darüber nicht, daß der heutige Stand des Rüstungswesens in den Verhältnissen nicht mehr völlig begründet erscheint, daß die Ursachen für jenen Grad der Kräfteanspannung, den wir beklagen, in dem Maße gar nicht mehr gegeben sind, und hier nur das Gesetz der geistigen Trägheit noch nachwirkt. Es bedarf einer Aufrüttelung der Geister, um die Erkenntnis herbeizuführen, daß wir — obwohl wir die volle zwischenstaatliche Organisation noch nicht erreicht haben — die völlige Anarchie doch auch schon überwunden haben, und aus den entwickelteren internationalen Verhältnissen auch bereits Vorteile ziehen könnten. Diese Aufrüttelung der Geister wird sich um so eher vollziehen, als es gelingt, die hohen Vorteile klarzumachen, die in einer Entlastung der Wirtschaft durch Ermäßigung des Rüstungswettbewerbs liegt, ohne daß die einzelnen Staaten dabei Gefahr laufen, ihre Sicherheit nur um einen Grad zu vermindern.

Um nun zu den ersten Etappen einer Verminderung des Übels zu gelangen, wird vor allen Dingen eine psychische Umwandlung der heute in der hohen Politik markt-gängigen Grundsätze vonnöten sein. Wie die Gesellschaft im Innern des Staates heute ohne soziales Empfinden ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden kann, so kann auch die Staatengesellschaft ohne dieses soziale Empfinden nicht auskommen. Deutschland, und im beschränkteren Sinne auch England, haben hier ein nobile officium zu erfüllen. Diese an Menschen und Gütern reichsten Staaten werden, wenn es zu einem europäischen Vertragsverhältnis kommen soll, ihren unbegrenzten Egoismus in eine wohlverstandene Rücksichtnahme auf das ärmere Europa ummodellieren müssen. Ich meine damit nicht,

daß Deutschland etwa aus Liebenswürdigkeit anderen Staaten einen Vorsprung gewähren soll, sondern nur, daß es sich bereit zu erklären hätte, nicht seine ganze Macht als Triebkraft des Wettbewerbes in die Wagschale zu werfen, unter der Voraussetzung, daß die anderen Staaten sich zu Äquivalenten verpflichten. Ich nannte dies an anderer Stelle „Umtausch eigener Macht in fremde Pflichten“. Wenn Deutschland, infolge seines Menschenreichtums und seiner hohen wirtschaftlichen Entwicklung den heutigen Rüstungswettbewerb auch leichter ertragen kann als Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Russland, so kann es, ohne seine Sicherheit nur im geringsten zu gefährden, durch eine weise Selbsteinschränkung doch nur Vorteile einheimsen. Es kann nur gewinnen, wenn es seine Nachbarn nicht zum Weißbluten bringt. Es kann nur gestärkt werden, wenn sein Bundesgenosse Oesterreich-Ungarn nicht zu Rüstungen gezwungen wird, die das wenig begüterte Land so schwächen, daß seine Bündniskraft trotz erhöhter Rüstung leiden muß; es kann nur gestärkt werden, wenn Frankreich durch die Aufbietung des letzten Mannes nicht in einen gefährlichen Chauvinismus hineingetrieben wird.

Deutschland ist nicht der Urheber des Wettüstens, es ist aber, dank seiner wirtschaftlichen und numerischen Ueberlegenheit seiner Bevölkerung, in der Lage, eine vertragsmäßige Verminderung des verderblichen Wettlaufes zu inauguriere. Damit obliegt ihm eine hohe Pflicht und eine schwere Verantwortung vor der Geschichte. Denn so viel steht fest: es kann nicht mehr so weiter gehen. Und wenn nicht bald dem verderblichen Spiel blinder Gewalten durch Verstandeseingriffe Einhalt getan wird, dann können wir uns nicht einmal mehr den frivolen Trost eines „Nach uns die Sintflut“ leisten, sondern müssen sehenden Auges die Sintflut über uns hereinbrechen lassen.

A. H. F.

Die Politik Deutschlands während des Balkankrieges.

Von Richard Gädke,
früher Oberst und Regimentskommandeur.

Unleugbar war die politische Lage zu Beginn des Balkankrieges für Deutschland eine sehr schwierige. Wenn dem Scharfblick der Diplomatie das Bündnis der Balkanstaaten und ihre Kriegsrüstungen vielleicht nicht entgangen waren, so war man doch jedenfalls durch den raschen Ausbruch

des Gewitters erheblich überrumpelt worden und hatte die türkischen Staatsmänner in den eigenen Irrtum mit hineingezogen. Die Drohung der Großmächte, daß sie eine Veränderung des status quo nicht zu geben würden, verfiel alsbald dem Fluche der Lächerlichkeit. Die Kleinstaaten wußten ganz genau, daß die scheinbare Einigkeit Europas in die Brüche gehen würde, sobald man nach ihren gewaltigen und ungeahnten Anfangserfolgen von irgendeiner Seite den Versuch machen würde, ihnen die Früchte ihres Sieges zu rauben. Sie hatten jedenfalls vorher von der russischen Staatsleitung entsprechende Versicherungen erhalten.

Niemals seit dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges, selbst nicht zur Zeit der Marokkowerren, ist die Gefahr eines allgemeinen Brandes so nahe gewesen wie im vergangenen Winter. Wenn sie augenblicklich zwar noch nicht ganz geschwunden aber doch ganz erheblich gemildert ist, so wird kein Einsichtiger sich der Erkenntnis verschließen dürfen, daß die friedliebende, zurückhaltende und doch feste und kräftige Politik Deutschlands einen großen und dankenswerten Anteil an diesem Erfolge zu beanspruchen hat.

Wir dürfen daraus das tröstliche Bewußtsein schöpfen, daß selbst unter den heutigen zwischenstaatlichen Verhältnissen eine entschlossene Friedenspolitik durch eine geschickte und vor allen Dingen gewissenhafte Diplomatie zu entscheidenden Erfolgen geführt werden kann.

Die deutsche Staatskunst, die diesmal den Charakter angenehm verleugnete, den sie zwanzig Jahre hindurch nicht immer zur Mehrung ihres Ansehens zur Schau getragen hatte, mußte nicht nur mit dem Gegensatz des Dreiverbandes zum Dreibunde rechnen und ganz besonders die hart und feindlich gegenüberstehenden Tendenzen Oesterreichs und Rußlands berücksichtigen, sondern ihre Sorge gleichzeitig auf das Verhältnis Italiens zur Donaumonarchie richten.

Daß es sowohl in Oesterreich wie in Rußland eine sehr starke Kriegspartei gab und wohl noch gibt, die den Augenblick zur großen Abrechnung gekommen glaubte, liegt für jeden aufmerksamen Beobachter klar zutage. Ebenso auch, daß die Durchführung der österreichischen Ansprüche Serbien gegenüber, wenn sie in vollem Maße versucht werden sollte, unbedingt zum Kriege mit Rußland führen mußte. Daß Oesterreich hierbei mit Sicherheit auf den Beistand Deutschlands rechnen konnte, ist nicht minder klar, und wird bis weit in die Reihen unserer sozialdemokratischen Partei hinein vollkommen begriffen und gewürdigt. Man darf sogar sagen, daß bei ihr sonst kein Krieg populär wäre, wohl aber ein solcher gegen die Despotie des Zarenreiches.

Die Unterredungen in Baltischport zwischen dem deutschen und dem russischen

Kaiser hatten zwar zu einem durchschlagenden diplomatischen Erfolge nicht geführt, aber sie hatten doch das Verhältnis zwischen beiden Reichen derart verbessert, daß Deutschland gegenwärtig die Rolle eines wirksamen Vermittlers zwischen Oesterreich und Rußland übernehmen konnte. Wenn es keinen Zweifel daran gelassen hat, daß man es im Notfalle unbedingt an Oesterreichs Seite sehen würde, so ist es doch zu gleicher Zeit bemüht gewesen, einen billigen Ausgleich zwischen den Standpunkten der beiden auf dem Balkan in erster Linie interessierten Großmächte zu finden. Dadurch gelang es, die weit über ein erträgliches Maß gesteckten Ziele Serbiens, die ganz offenbar mit einem österreichisch-russischen Kriege rechneten, so weit zurückzuschrauben, als sich mit dem Interesse seines mächtigen Nachbarn noch gerade vertrug, und die politische Unabhängigkeit Albaniens, grundsätzlich wenigstens, zu retten. Für denjenigen, der an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und an der Einschränkung des rohen Erobererrechtes als an einer Grundforderung der Kultur festhält, ein hoch erfreuliches Ergebnis!

Man wird es auch als ein Verdienst Deutschlands in Anspruch nehmen dürfen, wenn selbst das heikle Verlangen Bulgariens in den Besitz Adrianopels zu gelangen, die Einigkeit Europas nicht störte. Daß der gemeinsame Rat aller Großmächte in Konstantinopel, in die Abtretung der Festung zu willigen, dem tatsächlichen Kräfteverhältnis und dem Besten der Türkei entsprochen hat, scheint der weitere Verlauf des Krieges zu beweisen. Dieser Einigkeit und dem verständigen Eingreifen in den rumänisch-bulgarischen Gegensatz ist es auch zu danken, daß der Wiederausbruch der Feindseligkeiten auf dem Balkan bisher keine bedenklichen Folgen für den allgemeinen Frieden gehabt hat und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr haben wird.

Indessen ist die allgemeine Entspannung der Lage nicht nur dem günstigen Einflusse der deutschen — stillen und unauffälligen, aber um so sympathischeren — Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zuzuschreiben, sondern in vielleicht noch höherem Maße der heilsamen Revidierung seines eigenen Verhältnisses zu England. Glücklicherweise ging dieses nicht in jeder Beziehung konform mit den Wünschen seines Dreiverbands-Genossen Rußland. An der Erhaltung der asiatischen Türkei hatte es unbedingt ein Interesse und mußte schon mit Rücksicht auf die Stimmung der moslemischen Welt einen großen Krieg zu vermeiden wünschen. Hat es doch wesentlich nur die Furcht vor dem raschen Wachstum der deutschen Flottenmacht und dem militärischen Uebergewicht Deutschlands an die Seite Rußlands und Frankreichs geführt. Ein höchst erfreuliches Ereignis ist es, daß Deutschland sich

mit dem augenblicklichen Verhältnis zwischen der englischen und deutschen Flotte einverstanden erklärte und damit wenigstens für die nächste Zeit dem weiteren Anwachsen der Seerüstungen einen Riegel vorschob. Ein Beweis, daß man zu Rüstungsbeschränkungen, sei es durch ausdrückliche oder stillschweigende Abmachungen bei beiderseitigem, gutem Willen sehr wohl gelangen kann. Gewiß wurden diese gegenseitigen Erklärungen der Marineminister nur dadurch möglich, daß sich in den letzten Monaten des Mißtrauen Englands in die Absichten Deutschlands wesentlich abgeschwächt hat.

Die Aufgabe unserer Staatsmänner war es nicht nur, in den Gegensatz zwischen Dreibund und „entente“ vermittelnd einzugreifen, sondern gleichzeitig auch innerhalb des Dreibundes die nicht unbeträchtlichen Gegensätze zwischen Oesterreich und Italien in der Adria und in Albanien auszugleichen. Daß ihm dies gelungen ist, und daß der Dreibund heute innerlich fester denn je dasteht, ist auch vom pazifistischen Standpunkte aus ein Verdienst, das man der deutschen Staatskunst nicht schmälern soll. Der Dreibund kann seinem Wesen nach niemals eine Angriffswaffe werden; je größer das gegenseitige Verständnis seiner Mitglieder, um so größer die Gewähr für den Frieden.

Wenn man bis hierher die deutsche Politik des letzten Winters uneingeschränkt loben konnte, so scheint es leider, als ob ein Teil der Früchte dieses Verhaltens durch die neue Heeresvorlage wieder verloren gehen sollte. Wenn man die Äußerungen der deutschen wie der französischen Presse aufmerksam verfolgt, wird man sich nur schwer eines unbehaglichen Gefühls und der Furcht erwehren können, daß diese unerwartete und gewaltige Anspannung der militärischen Kräfte des Kaiserreiches einen Sturm von Chauvinismus und wachsender Feindseligkeit zwischen beiden Völkern zu entfesseln droht.

Die Gründe, die die deutsche Regierung gerade in diesem verhängnisvollen Augenblick zur Ankündigung einer großen Heeresverstärkung bewogen haben, sind bisher nicht völlig durchsichtig. Man sagt, es sei die Verschiebung der Kräfte auf dem Balkan. Aber ist es unbedingt sicher, daß sie zuungunsten des Dreibundes stattgefunden? Und wäre es dann nicht immer in erster Linie die Sache Oesterreichs, sich dagegen zu wappnen? Andere wieder meinen, die hohe Kriegsgefahr der letzten beiden Jahre sei der wahre Beweggrund für die steigende Mächtigkeit des Panzers, den wir um den Leib der Germania legen wollen. Als ob nicht gerade die Geschichte dieser letzten Jahre bewiesen hätte, wie man schwierige Fragen auch ohne Krieg lösen kann! Gewiß, die starke Prüfung aller Staaten mag dazu beigetragen haben, sie alle friedlich zu stimmen, weil der Ausgang eines kriegerischen Abenteuers zu ungewiß ist, die

Gefahren eines Waffenganges unabsehbar sind. Aber liegt darin ein Grund, diese Rüstung abermals zu steigern und das bestehende Kräfteverhältnis gewaltsam zu stören? Gewiß hat Frankreich seine Volkskraft relativ stärker angespannt als Deutschland; aber das hindert nicht, daß absolut genommen dieses schon jetzt ein beträchtliches Uebergewicht gewonnen hatte.

Ohne Zweifel wird der Vorgang der deutschen Heeresleitung eine neue Epidemie des Wettrüstens zu Lande hervorrufen, nachdem der Wetteifer zur See sich eben erst ein wenig beruhigt hat. Das Bedauerlichste aber ist, daß dadurch die Erfolge einer friedliebenden und geschickten Politik mindestens zum Teil wieder gefährdet werden.

Die fromme Diplomatie.

Von O. Umfried.

Die Rede, welche der italienische Minister des Aeußern San Giuliano in der römischen Kammer hielt, ist wirklich erbaulich zu lesen; man fühlt sich versucht, den Hut abzunehmen, und den Bravo, der in Libyen seine Taschen füllte, zu grüßen: „Guten Morgen, Ehrenmann.“ Die italienische Diplomatie ist fromm wie eine Riesenschlange, nachdem sie sich sattgefressen hat. Was in Nordafrika geschehen ist, das wirft man zu den Akten; es handelte sich übrigens dort um eine geschichtliche Notwendigkeit, die nur die Friedensfreunde mit ihrer Gefühlspolitik wieder einmal nicht verstanden haben. Wieso — geschichtliche Notwendigkeit? Nun, das Gleichgewicht in Nordafrika mußte doch hergestellt werden, so gut wie das Gleichgewicht in der Adria herzustellen war und das Gleichgewicht im Mittelmeer aufrechterhalten werden muß. Wie ist denn das Gleichgewicht in der Adria hergestellt worden? Offenbar dadurch, daß man sich darauf besann, aus einem unehrlichen zu einem ehrlichen Bundesgenossen der Donaumonarchie sich zu mausern; infolgedessen hat man nichts mehr von Oesterreich zu fürchten, und nun findet man auf einmal, daß das Gleichgewicht in der Adria hergestellt sei. Wie soll aber das Gleichgewicht im Mittelmeer aufrechterhalten werden? Wahrscheinlich dadurch, daß die vereinigten österreichisch-italienischen Geschwader die französische Kriegsflotte bedrohen und daß die Kriegsschiffe Rußlands, mit dem man übrigens vortrefflich zu stehen vorgibt, nach wie vor am Auslaufen durch die Dardanellen gehindert werden sollen. Wie wurde aber das Gleichgewicht in Nordafrika hergestellt? Dadurch, daß, nachdem Frankreich, Spanien und England den Löwenanteil geraubt hatten, Italien auch seinen Anteil, die berühmte libysche Sandbüchse, einsteckte. Andere Leute hatten eigentlich, ehrlich gestanden, vor dem tripolitanischen Abenteuer gar nichts von der Störung des Gleichge-

wichts in Nordafrika gemerkt; erst der heilige Giuliano war auf diesen Einfall gekommen, daß dort etwas nicht in Ordnung sei. Wie aber, wenn eines Tags Großgriechenland auf die Idee käme, daß es jenseits des Mittelmeers sehr wichtige Interessen (Lebensinteressen nennt man das in der Sprache der Diplomatie) zu vertreten habe und daß das dortige Gleichgewicht zu seinen Ungunsten gestört sei; wenn es also eine Kriegsflotte mit einer Expedition für die nordafrikanische Küste ausrüstete? Ach, das wäre natürlich etwas ganz anderes und nicht zu vergleichen mit der geschichtsbildenden Tat San Giulianos.

Es ist aber wirklich reizend zu sehen, welche Liebenswürdigkeit, welche bezaubernde Bonhomie dieser Staatsmann der Türkei gegenüber an den Tag legt, nachdem er sein Schäfchen ins Trockene gebracht hat. Er hat zwar der Türkei Libyen genommen, er hat den Balkanstaaten erlaubt, die europäischen Besitzungen des osmanischen Reiches unter sich zu teilen; aber nun sagt er dem beraubten Wanderer, dem er das Hemd über den Kopf gezogen hat: Soyons amis! „Wir haben“, sagt er wörtlich, „das Vertrauen, daß die Türkei in der wirtschaftlichen Tätigkeit Italiens einen Faktor des Fortschritts erblicken wird, welcher ihr keinen Verdacht einflößen wird, als ob wir zu ihrem Schaden territoriale Absichten hegten. Wenn die Türkei in loyaler Weise den Vertrag von Lausanne erfüllt... findet sie in Italien einen zuverlässigen Freund.“ Es geschehen noch Wunder und Zeichen, der italienische Wolf liegt neben dem halbzerfleischten Lamm und hilft ihm sogar durch „greifbare Beweise seiner Freundschaft“, daß ihm ferner die Wolle nicht mehr geschoren werde. Italien setzt sich für die Unverletzbarkeit des osmanischen Besitzes in Asien ein: „Die Integrität der asiatischen Türkei“, sagt San Giuliano, „die Entwicklung der Wohlfahrt und die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Völkerschaften, bilden für Italien ein Interesse erster Ordnung.“ Wie edel und großherzig ist das gedacht — wenn nur nicht der Pferdefuß macchiavellistischer Diplomatschlaueit gar zu deutlich herauschaute. Was wird San Giuliano tun, wenn nun wider alle diplomatische Erwartung in absehbarer Zeit die asiatische Türkei auch zerfällt; und wenn dann gewisse andere Mächte zugreifen, und die Adler niederstoßen auf das Aas? Wahrscheinlich wird er dann das Gleichgewicht des Mittelmeers für gestört angesehen und seinerseits auch zugreifen, um sich ein Stück der Beute zu sichern. Aber bis dahin ist er ein zuverlässiger Freund der Türkei.

Es ist aber wirklich lehrreich, sich nicht nur die Geschichte von der Eroberung Libyens, sondern auch die Geschichte des Balkankonflikts von San Giuliano erzählen zu lassen. „Hundert Jahre lang“, sagte er, „hat man die Formel des status quo auf die Zustände des Türkenreiches angewandt“; natürlich,

wie er glauben machen will, aus reiner Fürsorge für die Bewohner des nahen Orients, in Wahrheit nur, weil die europäischen Kabinette mit größter Eifersucht einander bewachten, daß doch ja keines dem andern zuvorkomme und sich um ein Beutestück reichere, das dem anderen ebenso sehr in die Augen geleuchtet hätte. Aber das „lange und treue“ (!) Festhalten an dieser Formel hat — nach San Giuliano — für die Türkei die Wirkung gehabt, den Verlust ihrer europäischen Provinzen bis zu dem Tage zu verzögern, wo die Balkanvölker reif waren, die Erbschaft anzutreten.“ Wie reif sie waren, davon können die Albanesen mit ihren Frauen und Kindern erzählen; aber die „lange Aufrechterhaltung der provisorischen Formel vom status quo hat heute die Anwendung der definitiven Formel: der Balkan den Balkanvölkern, ermöglicht.“ Schade, daß die europäischen Großmächte nicht schon länger auf diese definitive Formel gekommen sind; sie hätten, wenn sie die durch den Berliner Vertrag den Mazedoniern vor 34 Jahren zugewilligte Selbstverwaltung durchgeführt hätten, den „reifen“ Balkanvölkern viel Blutvergießen erspart. San Giuliano sieht in der Formel: der Balkan den Balkanvölkern, eine endgültige Lösung des Problems, die den Frieden für die Balkanhalbinsel und für Europa auf viele Jahre sichert. Aber was ist das für ein Frieden, der immer nur auf viele Jahre, statt auf die Dauer gesichert wird, und der nur durch den wahnsinnigsten Zerstörungsaufwand aufrechterhalten werden kann! Welche Gefahren diesem Frieden drohen, das hat der italienische Minister des Auswärtigen in einer etwas dunklen und doch sehr bezeichnenden Stelle seiner Rede angedeutet; ich meine die Stelle, in der er vom Mittelmeer handelt. Es ist zwar eine sehr vernünftige Ansicht, die er in den Worten ausspricht: „Niemand hat das Recht, das Mittelmeer ein mare nostrum zu nennen. Es ist und muß die freie Bahn der Nationen bleiben, wo keine Nation die Herrschaft haben kann und darf, aber alle daran Anteil haben dürfen.“ Was soll es dann aber heißen, daß San Giuliano dennoch erklärt: „Wenn durch die Macht der Ereignisse und gegen unseren Willen und gegen den aller Großmächte früher oder später erhebliche territoriale Veränderungen im Mittelmeer eintreten sollten, könnte Italien dabei kein müßiger Zuschauer bleiben, sondern müßte verlangen, daß seine Stellung als Mittelmeergroßmacht von jedermann gebührend berücksichtigt werde.“ Wer sollte nun aber diese territoriale Veränderung herbeiführen, wenn die Großmächte darin einig sind, sie zu verhindern? Sollte das etwa die unpersönliche Macht der Geschichte tun, von der San Giuliano so große Stücke hält, daß er erklärt, die europäische Diplomatie könne sich nicht an die Stelle der großen, bestimmenden Kräfte der Geschichte

setzen, man müsse vielmehr diesen letzteren häufig die endgültige Lösung der größten politischen Probleme überlassen? Wir Laien hatten geglaubt, daß die Diplomatie Geschichte mache, hatte uns doch Naumann erst beim Ausbruch des tripolitanischen Krieges bemerkt, Italien gehe nach Tripolis, weil es ein Geschichtsvolk sein wolle. Wir hatten also angenommen, es liege in der Hand der Diplomatie, über Krieg und Frieden zu entscheiden, und waren auch durch den Ausbruch des Balkankrieges, dessen diplomatische Vorbereitung wir mit Händen greifen konnten, keines anderen belehrt worden. Nun aber will uns San Giuliano weis machen, daß gewisse geheimnisvolle Mächte in der Weltgeschichte walten, welche die Diplomatie zwingen könnten, halb widerwillig einzugreifen. Setzen wir den Fall, auch die asiatische Türkei zerfällt oder eine zusammengeleitete europäische Großmacht, deren Namen ich nicht nennen will, geht aus dem Leim, so würden auch dadurch nicht von selbst territoriale Veränderungen am Mittelmeer entstehen, wohl aber könnten solche Veränderungen durch das gewaltsame Eingreifen der gesunden Großmächte in die Sphären der kranken Mitglieder der europäischen Staatenfamilie herbeigeführt werden. San Giuliano würde dann versuchen, uns glauben zu machen, daß sich hier einfach geschichtliche Notwendigkeiten vollziehen, deren Zwang sich auch in einem sonst ganz schuldlosen Staat fühlbar machen würde.

Auf diese Weise, wie San Giuliano sich die Zukunft unseres Weltteils denkt, werden wir nie zu einem dauernden Frieden kommen. Denn absterbende Völker wird es immer wieder geben, und wenn dann die aufstrebenden Nationen berechtigt sein sollen, sich gewaltsam in das zur Liquidation kommende Erbe zu teilen, so werden wir immer und immer wieder den Krieg haben. Es gibt keinen anderen Weg, als den so oft beschriebenen, wonach auch in Fällen des Zusammenbruchs einer geschichtlichen Macht, abgesehen von dem dann in Kraft tretenden Selbstbestimmungsrecht der Völker, der herrenlos werdende Boden nur von solchen besetzt werden darf, die nachweislich einem zu eng beisammen wohnenden Volke angehören. Das allein ist der Weg des Rechts und des Friedens. Um aber doch auch dem italienischen Minister gerecht zu werden, so will ich gern zugestehen, daß eine Stelle seiner Rede mir nicht übel gefallen hat, es sind dies die klassischen Ausführungen über das Verhältnis der Territorien auf dem Balkan. Die „Wünsche und Interessen der Bevölkerung“, sagt er in diesem Zusammenhang, „müssen versöhnt und in gewissen Fällen dem höchsten Ziel der Zivilisation und des Friedens untergeordnet werden; in einer Krisis, wo so viele entgegengesetzte Interessen im Spiel sind, kann keine große oder kleine Macht verlangen, daß alle ihre

Wünsche vollständig befriedigt werden. Es ist vielmehr notwendig, daß jede einige Opfer bringt, und daß die auseinandergehenden Interessen durch eine Reihe gegenseitiger Transaktionen ausgeglichen werden.“ Wenn die Diplomatie stets nach diesen Grundsätzen gehandelt hätte, so hätte sie manchen Kriegsausbruch verhindert.

Der Fall Maurenbrecher.

Der bekannte Sozialdemokrat Dr. Max Maurenbrecher trat anfangs Januar im „Freien Wort“ (erstes Januarheft 1913) in einem „Die Demokratie und der Krieg“ betitelten Artikel, ausgehend von einer Besprechung der Schrift von Wilhelm Lamszus, dafür ein,

„daß für Staaten und Staatsformen, die noch nicht zur Vollendung gekommen sind, die den natürlichen Grad ihrer Ausreifung noch nicht erreicht haben, der Krieg und auch der Eroberungskrieg eine unbedingte Notwendigkeit ist. . . . Der Krieg ist nicht nur Schrecken und Tod. Er ist oft genug auch die Ermöglichung einer höheren Organisationsform der Menschheit und ist damit gut und liegt in der Linie des menschlichen Fortschrittes. Und wenn dem so ist, so muß er gewollt werden! So muß man auch innerhalb der nachchristlichen Kulturperiode der Menschheit den Willen und die Entschlußfähigkeit in der Jugend erziehen, unter Umständen auch das eigene Leben wegwerfen zu können um der weltgeschichtlichen Zukunft willen, die eben durch einen solchen Krieg möglich gemacht werden soll.“

Im weiteren Verlauf des Artikels billigt der Autor nicht nur den Verteidigungskrieg, was man immerhin gelten lassen kann, sondern auch den Präventivkrieg, indem er sagt:

„Es muß vorbehalten werden, daß der Staatsmann unter Umständen die feineren Zusammenhänge des Werdens und der Möglichkeit der Zukunft weit umfassender übersieht als der Bauer oder Arbeiter, der rein aus seiner täglichen Arbeit heraus von geographischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen nur wenig weiß. Der Staatsmann kann unter Umständen den Fall des notwendigen Verteidigungskrieges schon damit gekommen sehen, daß eine Verschiebung im Weltverkehr oder in den Machtverhältnissen der andern Staaten eintritt, die die Wirtschaftserhaltung der Zukunft für die eigene Nation aufs schwerste gefährdet. Soll dann die Demokratie erklären, daß sie in einen solchen Krieg nicht mitziehen wolle, weil der Boden des Vaterlandes in körperlichem und handgreiflichem Sinne noch nicht verletzt ist? Muß dann nicht unter Umständen gerade vom demokratischen Standpunkte aus ein Krieg als notwendig gewollt werden, auch wenn er äußerlich als Angriffskrieg oder als Krieg um ganz fernliegende Objekte erscheint?“

Diesen Standpunkt habe ich im ersten Februarheft des Freien Worts in einem Artikel zu widerlegen versucht, indem ich u. a.

darin sagte, daß Maurenbrecher Sieg und Krieg verwechselte, daß der Krieg wohl höhere Organisationsformen ermöglicht, aber in viel höherem Maße solche zerstört oder gehemmt habe. Dann sagte ich weiter:

„Maurenbrecher verkennt das gesamte Friedensproblem und hat mit allen Bekämpfern dieses Problems das gemeinsame, daß er die Lösungen, die das Problem bietet, auf die heute noch vorherrschenden anarchischen Verhältnisse der Staaten überträgt. So kommt er zu einer Dissonanz, und er hält die Unvollkommenheiten des Augenblicks für eine Unvollkommenheit des Systems. Er sieht keinen Ausweg, weil er von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß man sich gegen eine beabsichtigte Unterjochung nicht anders als durch Krieg wehren könne, daß ebenso eine Befreiung aus einem bereits auferlegten Joche nicht anders als durch Krieg möglich sei. Er setzt dem Extrem des „Friedens um jeden Preis“ das Extrem gegenüber, daß der Krieg gut ist, „in der Linie des Fortschritts“ liegt und daher gewollt werden muß.“

Welcher Irrtum! Die moderne Friedensidee bekämpft nicht den Krieg als solchen, der ihr nur ein Symptom ist, sondern dessen Ursachen, die in der Anarchie der Verhältnisse der Staaten liegen. Aus der Wandlung dieser Anarchie in eine Organisation wird sich ein veränderter Charakter der Konflikte ergeben, so daß diese alsdann durch Vernunftmaßnahmen lösbar sein werden. In der Organisation werden wir jene „höhere Organisationsform der Menschheit“ erreichen, die wirklich der Menschheit, und nicht, wie es beim kriegerischen Verfahren der Fall ist, der siegreichen Nation auf Kosten der Menschheit zuteil wird. Diese Staatenorganisation ist die Lebensform der Demokratie; zu ihr führt die Demokratie hin. Die Organisation wird den daran beteiligten Staaten eine höhere Stärke geben, als die raffiniertesten Kriegsmaschinen sie erteilen können. Es wird dann ein dominierender Faktor in der Welt bestehen, der Einfluß nehmen wird auf die Haltung der noch auf niedriger Kultur stehenden Staaten. Diese Organisation wird kulturfördernd wirken auf die noch außenstehenden, und die in ihr verwirklichten Vorteile werden zwingend auf das Gebaren der andern Staaten Einfluß nehmen. Es ist möglich, daß zum Beispiel der russische Absolutismus überwunden werden kann durch den moralischen Einfluß einer daneben bestehenden organisierten Gemeinschaft hochstehender Demokratien, mit denen Rußland leben müssen. Das Werk der Befreiung wird dann sicherer vollbracht werden als durch die Roulette des Krieges, wo rouge, aber auch noir, fallen kann.

Eines aber wird auch aus den organisierten Demokratien nicht ausgeschlossen sein, wenigstens solange sie in der Welt mit nichtorganisierten Staaten werden rechnen müssen; die Anwendung der Gewalt zur Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit, zum Schutze gegen Unkultur oder zur Durchführung der Kultur in der Welt. Man erschrecke nicht und sage nicht: das wäre ja der Krieg. Wer so spricht, verkennt das Wesen der Gewalt. Nur im anarchischen Zustand ist die Gewalt gefährlich; organisierte Gewalt ist Recht. Nicht jede Gewaltanwendung seitens des Staates ist Krieg. Wenn der Landstreicher einen Wanderer und der Gendarm den flüchtenden Landstreicher töten, so sind dies die gleichen Handlungen, aber mit ungleichem Effekt; der erstere wandte anarchische Gewalt an, der letztere organisierte.

Der erstere ist ein Verbrecher, der letztere ein Exekutivorgan des Rechts. So wird die Gewaltanwendung, die Staaten im Dienste des Rechts vornehmen, sich wohl unterscheiden von einer Gewaltanwendung, die heute an Stelle des Rechts tritt, die allein Krieg ist. Weder in ihrer Vorbereitung noch in ihren Folgen wird eine organisierte Gewaltanwendung, die der Ausfluß eines internationalen Rechtes sein wird, mit dem heutigen Kriege zu vergleichen sein. Ganz abgesehen davon, daß es eine organisierte Staatengesellschaft nur sehr selten nötig haben wird, wirklich Gewalt anzuwenden; es wird ihr noch mehr als es im staatlichen Leben der Fall ist, genügen, ihre organisierte Gewalt anzudeuten, um dem Rechte zum Durchbruch zu verhelfen.“

Hierauf antwortete Dr. Max Maurenbrecher im zweiten Februarheft des Freien Wort in einem „Realistische Friedensbewegung“ überschriebenen Artikel, in dem er voransetzte, daß er „nicht um Worte streiten“ und zu zeigen versuchen will, „daß der Gegensatz in der Sache durchaus nicht so groß ist, wie es den Worten nach vielleicht den Anschein hat“. Er führt dann wörtlich folgendes aus:

Fried sagt freilich: ja, das ist kein Krieg! Krieg nenne ich nur Gewaltanwendung zwischen Staaten, die noch im anarchischen Zustand zueinander stehen; das andere ist nicht Krieg, sondern Gewaltanwendung, die im Dienste des Rechts steht, die einem Rechtssatz zur Autorität verhelfen will. Aber das ist eine reine Frage der Definition. Und über Definitionen soll man nicht streiten. Jeder hat das Recht, die Worte so zu gebrauchen, wie sie seinem Sprachgefühl entsprechen; er muß nur deutlich sagen, was er unter diesen Worten versteht, und dann ist kein Aneinandervorbei-Reden mehr möglich. Das hat Fried getan, und darum hänge ich mich nicht an das Wort Krieg, sondern gehe auf die Sache selbst.

Auch der nächsthöhere Organismus, den wir gemeinsam über unseren heutigen Nationalstaaten erstreben, hat Waffen nötig; und er hat Menschen nötig, die einerseits sich das Recht zusprechen, mit gutem Gewissen diese Waffen zu führen, und die andererseits dazu bereit sind, um der Idee des Rechtes willen ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Das heißt: auch in der Periode der völkerrechtlichen Organisation wird es als unsittlich abgelehnt werden, wenn einer lehrt: mein Leben ist mein höchstes Gut. Das aber war es, was ich gegen Lamszus sagte. Ferner: auch in dieser Periode wird die demokratische Partei in den Parlamenten der Einzelstaaten es nicht ablehnen dürfen, Geld für Bewaffnungszwecke und Organisationen für Ausbildung in der Technik des Waffengebrauchs zu schaffen. Das aber war es, was, wie ich erinnerte, bereits im Parteiprogramme der sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“, das ist ohne Geld und ohne militärische Organisationen nicht möglich. Also, so schloß ich, darf auch die Demokratie sich nicht darauf versteifen, daß alle Ausgaben für militärische Zwecke unsittlich, nutzlos und unproduktiv seien.

Das gilt für die Zukunft, wenn wir jene höhere Rechtsinstitution einmal erreicht haben werden. Aber in der Gegenwart haben wir sie noch nicht. Und das ist es, worin allein der Unterschied zwischen uns aufkeimen konnte. Fried wirft mir

vor, ich hätte die Lösungen, die das Friedensproblem bietet, auf die heute noch vorherrschenden anarchischen Verhältnisse der Staaten übertragen; ich hätte die Unvollkommenheiten des Augenblicks für eine Unvollkommenheit des Systems gehalten. Zugegeben; aber diese Unvollkommenheiten sind doch heute noch da. Fried sagt ja selbst, daß die anarchischen Zustände unter den Staaten heute noch vorherrschen. Also ist auch die Gefahr tatsächlich da, daß sie sich gegen uns kehren, wenn wir durch Erziehung und parlamentarische Abstimmung die Fähigkeit, uns zu schützen, in uns selber ersticken.

In Fried's Beispiel vom Landstreicher gesprochen: wenn ich weiß, da ist ein Landstreicher, der mich totschiagen will, aber dahinter steht ein Gendarm, der ihn noch vorher totschießen wird, so kann ich ruhig meinen Weg gehen. Das Problem des Schutzes und der Durchsetzung der Rechtsautorität ist dadurch gelöst, daß ein besonderes Organ von der Gesamtheit geschaffen wurde, das diese Durchsetzung berufsmäßig betreibt. Wenn ich aber eine Stunde von der Eisenbahn fort wohne und mein Heimweg führt mich nachts durch einen Wald, in dem sicherlich kein Schutzmann, wohl aber manchmal Gesindel ist, dann ist es Pflicht und Recht, daß ich mir selbst den Revolver beschaffe, um gegebenenfalls die bedrohte Rechtsautorität und mit ihr mein Leben selber schützen zu können. Wenn das aber nach Fried's eigenen Worten unser heutiger Zustand ist, so ist daraus auch für den Staat zu folgern, daß er, solange jene überstaatliche Rechtssicherheit fehlt, mit der Möglichkeit rechnen muß, für das eigene Recht und das eigene Leben auch einmal in den Krieg ziehen zu müssen, wenn es kein billigeres Mittel mehr gibt, das uns helfen könnte. Und darum dürfen wir uns, solange jene überstaatliche Rechtsgarantie fehlt, dieses Mittel nicht selbst durch Erziehung oder Politik zerstören.

Soweit ich Fried's Gedanken kenne, wird er darauf antworten, daß das auch nicht seine Absicht sei; er würde als Reichstagsabgeordneter vielmehr bereit sein, jede militärische Forderung der Regierung, deren Notwendigkeit nachgewiesen ist, auch zu bewilligen — unbeschadet seiner pazifistischen Agitation. Wenn dem so ist, so ist es gut; denn dann besteht zwischen uns überhaupt kein Streit.

Das Friedensproblem, wie ich es sehe, liegt nicht darin, den Krieg ohne jede Bedingung und Ausnahme als unsittlich zu verdammen und ihn durch antimilitaristische Schlagwort-Propaganda zu diskreditieren. Es liegt vielmehr darin, die Form zu suchen, wie man die Organisation der Bewaffnung immer mehr auf größere Einheiten ausdehnen und damit militärische Reibungen im Innern dieser Einheiten beseitigen könne. Noch vor fünfzig Jahren hatten wir eine sächsische, eine preußische, eine bayrische usw. Armee und mußten sie haben. Heute sind das alles nur noch Armeekorps einer höheren Einheit, und es ist unvorstellbar, daß diese einzelnen Armeekorps noch einmal gegeneinander gehen könnten. Wir erstreben nun einen Zustand, daß auch die deutsche, die deutsch-österreichische, die italienische, holländische, belgische, französische Armee nur noch Teile, Armeekorps einer noch höheren Einheit, der mittel- und westeuropäischen Handels- und Verteidigungsgemeinschaft der Staaten, seien. Das wird wahrscheinlich eine enorme Erleichterung der militärischen Lasten für jeden einzelnen Staat sein, schon deshalb, weil nicht mehr jede Einzelarmee,

sondern nur noch die Gesamtarmee eine strategische Einheit zu sein braucht, und weil die Einzelstaaten sich differenzieren können (Meerflotte, Luftflotte, Artillerie, Infanterie usw.). Aber es wird vor allem eine ungeheure kulturelle Errungenschaft sein, wenn der Krieg, wie er jetzt schon aus dem Verkehr der einzelnen Provinzen und Landesteile untereinander verbannt ist, dann aus dem Innern von Mittel- und Westeuropa überhaupt verbannt, und höchstens noch an die Grenzen dieses Gebiets gelegt sein wird."

Ich glaube selbst, daß der Unterschied zwischen mir und Maurenbrecher nicht so groß ist, wie es nach seinem ersten Artikel den Anschein hat. Maurenbrecher scheint sich schließlich gegen etwas wehren zu wollen, dessen Bekämpfung uns Pazifisten als etwas Selbstverständliches scheinen muß, nämlich gegen jene Tendenzen, die man kollektiv als „Antimilitarismus“ bezeichnet. Ich habe in allen meinen Schriften darauf hingewiesen, und damit weiß ich mich mit der gesamten pazifistischen Bewegung eins, daß die Bekämpfung des Krieges durch Bekämpfung der Armee ein am verkehrten Ende eingesetztes Beginnen sei. Die Rüstungen sind mir immer nur ein Symptom jener Erscheinung gewesen, die wir nur durch Bekämpfung der Ursachen zu beseitigen imstande sein werden. Wir Pazifisten wissen ganz genau, daß wir den Frieden nicht mit der Abrüstung beginnen können, am allerwenigsten mit der Abrüstung eines einzelnen Volkes, das etwa mit dem guten Beispiel vorangehen solle.

Aber wenn ich auch im Grundsatz mit Maurenbrecher übereinzustimmen glaube, so gehen wir in der Methode, die er anwendet, sehr weit auseinander. Diese darf sich nämlich nicht darauf beschränken, dem augenblicklichen Bedürfnis Genüge zu tun, sondern muß in jedem Augenblick die Zukunftswerte ins Auge fassen, die sie zu fordern hat. Ich würde daher, wie Maurenbrecher ganz richtig voraussetzt, als Reichstagsabgeordneter die Rüstungsforderungen der Regierung, deren Forderungen nachgewiesen sind (!), auch bewilligen, würde aber diesen Nachweis unter keinen Umständen als erbracht sehen, wenn die Regierung nicht bewiesen haben wird, daß sie offen und ehrlich vorher den Versuch gemacht hat, mit den anderen Regierungen zu einem Abkommen auf Einschränkung der Rüstungen zu gelangen. Ich finde nämlich die Unvollkommenheiten des Augenblicks nicht so sehr in den wirklichen internationalen Verhältnissen begründet, als in den Anschauungen und Absichten gewisser Kreise, die sich bemühen, diese Unvollkommenheiten mit aller Gewalt zu verstärken und künstlich aufrechtzuerhalten, um dadurch aus der Not eine für sie ersprießliche Tugend zu machen, und die bei ihrem Treiben unterstützt werden von der trägen Masse derjenigen, die über die Bedürfnisse des Tages nicht hinauszublicken vermögen. Indem ich von „Unvollkommen-

heiten des Augenblicks“ sprach, meinte ich damit nicht, daß der heute vorherrschende Zustand zwischen den Staaten gar keine Voraussetzung für eine verständige Ordnung der Dinge biete, sondern nur, daß er noch nicht ganz jene Vollkommenheit erreicht hat, die dazu nötig wäre, daß die internationale Anarchie noch nicht vollständig überwunden ist, aber wohl die internationale Organisation schon bedeutend entwickelt erscheint. Der Wille zur Vollendung jener großen Entwicklung seitens gewisser an der Macht befindlichen Kreise, vielleicht auch deren Zuversicht, scheint mir, zu fehlen, um hier die erlösende Befreiung zu bringen. Und gerade deshalb halte ich es für wichtig, die sich bietenden großen Möglichkeiten immer wieder in den Vordergrund zu stellen, und nicht, wie Maurenbrecher das tut, mit pessimistischer Abfindung mit dem Gegebenen sich zufrieden zu geben und eine Anpassung an dieses Gegebene zu empfehlen, womit nichts anderes bewirkt wird, als daß die Hemmnisse jener erlösenden Entwicklung nur gestärkt werden. Ich werde immer wieder an jene mir unvergesslichen Worte Sir Edward Greys erinnern, der von einem Erwachen der in der Knechtschaft ihrer Rüstungen befindlichen Völker sprach, die dann eines Tages erkennen werden, daß die Gefängnistür von innen verschlossen war.

Und deshalb finde ich es unangebracht, einen Schriftsteller zu bekämpfen, weil er den Krieg wahrheitsgetreu schildert, die Theorie eines unter Umständen sittlichen Krieges zu vertreten, während wir uns jetzt alle halben Jahre vor eine Kriegsmöglichkeit gestellt sehen, die sich bei näherer Betrachtung als frivol herausstellt; den Präventivkrieg als nützlich hinzustellen, während wir wissen, daß aus zahlreichen Kriegen, die einflußreiche Diplomaten einmal als unabwendbar hingestellt haben, nichts geworden ist, weil die Zeit alle Verhältnisse verschiebt, und dann etwas, was früher als Gefahr erschien, nach kurzer Entwicklung sich ganz anders darstellt. Daß der Krieg unter Umständen sittlich sein kann, wissen wir. Aber nicht jeder Krieg, den man uns heute als sittlich darstellen möchte, ist es in Wirklichkeit. Und wir wissen, daß es in einer gefestigten Kulturgemeinschaft gar nicht mehr nötig sein wird, mit jenem allein sittlichen Krieg um die Existenz des Staates zu rechnen, da diese durch die Gemeinschaft fest begründet sein wird.

Maurenbrecher hindert aber die Entwicklung dieser Kulturgemeinschaft, indem er sich der pazifistischen Praxis mit seiner Theorie entgegenstellt.

Wir gehen, mit Knüppeln bewaffnet, aus, den Brandstifter zu suchen, der unsere Häuser anzündet und uns nicht zur Ruhe kommen läßt. Und da tritt uns einer entgegen und ruft: „Was wollt Ihr denn; das Feuer ist eine der wohlthuendsten Einrichtungen. Es

leuchtet, es erwärmt, es treibt die Maschinen.“ Jawohl, Herr Dr. Maurenbrecher; das kann uns aber nicht abhalten, den Brandstifter aufzuspüren und ihn unschädlich zu machen.

A. H. F.

Das kleine Heer.

Von einem Offizier.

Der Beginn des allgemeinen Wettrüstens, zuerst zu Land, dann auch zu Wasser, ist auf den Deutsch-Französischen Krieg zurückzuführen. Der Vergeltungsgedanke ließ Frankreich keine Opfer scheuen eine neue, große und mächtige Armee zu schaffen. Dadurch fühlte sich Deutschland naturgemäß bedroht und schritt ebenfalls an den Ausbau seines Heeres. Auf diese Weise war eine ausreichende Sicherheit des neuen Reiches gegen Frankreich gewonnen, Handel und Verkehr, Industrie und Gewerbe konnten sich heben, und führten zu Deutschlands heutiger Blüte.

Bald war aber das Absatzgebiet zu eng; die wirtschaftliche Entwicklung drängte zum Meer. Kaiser Wilhelm II. erkannte die hohe Bedeutung der Seegeltung für des Reiches ökonomische Entwicklung und arbeitete planmäßig an der Vermehrung der deutschen Handels- und Kriegsflotte. Besonders das rapide Wachsen letzterer wurde begreiflicherweise gar bald in England unliebsam wahrgenommen. Bedrohte doch eine deutsche Kriegsflotte zweifellos die britannische Alleinherrschaft zur See und gefährdete dadurch Nelsons Erbe.

Durch das in den beiden letzten Dezenien des 19. Jahrhunderts einsetzende politische System der Allianzen wurden alle anderen Staaten Europas, durch den Uebergang von der kontinentalen zur universalen Volkswirtschaft auch die amerikanischen und asiatischen Mächte, besonders die Vereinsstaaten und Japan, in den Kreis der für einen möglichen Zukunftskrieg emsig Rüstenden gezogen. Auf diese Weise erklärt sich der gegenwärtige Stand der großen Kriegsbereitschaft und der durch letztere verursachten hohen Kosten von selbst. Gleichzeitig muß aber auch die Frage aufgeworfen werden, ob dieser Zustand auf die Länge der Zeit erträglich ist. Es kommen diesbezüglich soziale, ökonomische, politische und militärische Gesichtspunkte in Betracht.

In sozialer Beziehung machen sich anhaltende Kriegsvorbereitungen sowohl durch Förderung körperlicher Ausbildung, wie durch Festigung des Charakters wohltätig, durch Zurückdrängung mancher wichtigen Kulturarbeiten aber ungünstig bemerkbar.

Noch deutlicher, und dem einfachen Manne wahrnehmbarer, werden die ökonomischen Wirkungen. Ueberall dort, wo der Friede nur durch stete Drohung mit Waffengewalt erhalten werden kann, ist man berechtigt, von einem „faulen Frieden“

zu sprechen, und ein solcher kann wegen der mit ihm verbundenen Unsicherheit niemals günstig für die ökonomischen Interessen sein.

Der Umstand, daß von den Gesamtstaats-einnahmen ein immer größerer Teil für Kriegsvorbereitungszwecke verwendet werden muß, ist der Volkswirtschaft ebenfalls nicht förderlich. Allerdings darf man auch nicht aus den Augen lassen, daß die für Rüstungszwecke verausgabten Summen bestimmte Teile der Volkswirtschaft, die heute schon recht ansehnliche **Kriegsindustrie**, um so intensiver fördern, je mehr sie im Inlande konsumiert werden. Des weiteren darf man auch nicht vergessen, daß die ökonomischen Interessen selbst durch einen erfolgreichen Krieg weit mehr geschädigt werden, als durch einen noch so kostspieligen Frieden. Diesbezüglich können folgende Zahlen Anhaltspunkte bieten: das Gesamtüstungsbudget Oesterreich-Ungarns (Heer, Flotte, beide Landwehren) beziffert sich pro 1913 auf rund 0,6 Milliarden Kr. Nach den jetzt so häufig in Fach- und Tagesblättern anzutreffenden Untersuchungen über Kriegskosten, kann man einen Durchschnittswert von 10 Kronen pro Mann und Tag ansetzen. Nehmen wir nun an, daß die Monarchie 2 Millionen Soldaten mobilisieren würde (tatsächlich könnte sie noch viel mehr bereitstellen), so würden ihr in einem Jahre $10 \times 2 \times 365 = 7,3$ Milliarden Kr., also das $\frac{7,3}{0,6} =$ zwölfwache an Kosten erwachsen.

Weil die Friedensrüstung beim Gegner Furcht erzeugen und dadurch den Kriegsausbruch verhindern soll, werden ihre Kosten oft als „Versicherungsprämien“ bezeichnet. Das ist unrichtig; denn die Versicherung bezweckt eine Ersatzleistung im Falle eingetretenen Ungemachs, während die Friedensvorsorge den Kriegsausbruch, also das Ungemach verhüten soll. Erstere ist somit eine Art Heilmittel und gehört, bildlich gesprochen, in das Gebiet der inneren Medizin, während die Friedensvorsorgen Präservative sind, somit als vorbeugende Hygiene zu gelten haben.

Wie sich diese vorbeugende Wirkung bewährt, nimmt man erst im Momente einer Friedensgefährdung wahr. Ist eine Spannung eingetreten, so stocken nicht nur die Geschäfte, sondern es beginnen auch überall die Arbeitskräfte zu mangeln, weil gerade die tüchtigsten geistigen und manuellen Arbeiter zum Kriegsdienst herangezogen werden. Im Momente, wo die Volkswirtschaft den größten Personalbedarf hat, werden ihr somit durch das gegenwärtig praktizierte System die besten Kräfte entzogen. Dieses gewichtige ökonomische Moment spricht nicht für das Massenaufgebot zu Land und zu Wasser.

Fassen wir nun das politische Gebiet ins Auge, so können wir schon aus den gewöhnlichsten Zeitungsberichten heraus erkennen,

daß in bezug auf Kriegsvorbereitungen in allen Staaten ein Auktionswesen Platz gegriffen hat, welches jeden Vorsprung des einen Staates durch einen noch größeren Sprung des anderen Staates zu überbieten trachtet, und welches deshalb unmöglich zu einer politischen Klärung führen kann.

An letzter Stelle wurde nicht ohne Absicht das militärische Moment gerückt. Es ist ohne Zweifel das wichtigste, weil es sowohl alle anderen in sich faßt, wie auch, weil die Wehrmacht in ihrer eigenen Sache denn doch die Hauptperson ist.

Von ihrem Standpunkt ist zu bemerken, daß sie wohl an der Ansicht, die Verteidigung des Vaterlandes sei die erste, edelste und wichtigste Pflicht eines jeden Staatsbürgers, festhalten muß, damit aber nicht gesagt haben will, es müsse jeder, der weder ein geistiger noch ein körperlicher Krüppel ist, sofort bei Mobilisierungsbeginn in die Uniform schlüpfen und das Gewehr schultern. Gegen diese von Heeresgegnern als „**Militarismus**“ bezeichnete Tendenz sprechen gewichtige Gründe der Logik. Die Armee ist die Beschützerin des Erwerbslebens und deshalb in dem Sinne posterior, daß ein Schützer nur dann einen Sinn hat, wenn ein Schutzbedürftiger vorhanden ist. Reicht man aber alle mehr oder minder tauglichen Männer in die Wehrmacht ein, so nimmt man die besten Arbeiter dem Erwerbsleben wegen, und entzieht diesem, dem Schutzbedürftigen, das belebende Blut. Man könnte diesen Vorgang füglich auch mit der Behandlung eines Fisches vergleichen, den man an Land bringt, um ihn vor dem Ertrinken zu **bewahren**.

Gegen „**uferlose Rüstungen**“ spricht vom militärischen Gesichtspunkt aus auch noch die Tatsache, daß die Qualität der bewaffneten Macht mit der Zunahme ihres Umfanges sinken muß. Je weniger Soldaten eine bestimmte Bevölkerungsmenge zu stellen hat, 10 % der Gesamtbevölkerung scheint überhaupt das Maximum zu sein, desto tüchtiger können diese in geistiger und körperlicher Beziehung sein, und desto leichter wird der Ersatz von Abgängen. Auch wird eine Armee um so beweglicher, je kleiner sie ist. Millionenheere nehmen gezwungenerweise in jeder Beziehung minder leistungsfähige Männer in ihre Reihen auf, und werden wegen ihres Umfanges so unbeholfen, daß man sie, einmal in Bewegung gesetzt, nicht mehr leiten, verschieben und manövrieren kann, sondern einfach auslaufen lassen muß.

Treten dann Verluste ein, so wird es an geeignetem Ersatz fehlen, und dann geht das Riesenheer an den Folgen der eigenen Fülle zugrunde.

Nimmt man das Gesagte nochmals vor, so erkennt man, daß die Friedensfreunde wohl unrecht haben, wenn sie heute den ewigen Frieden und die allgemeine Abrüstung ver-

langen*). Daß man aber doch bald zu einem Wendepunkt in der Rüstungsfrage gelangen muß, soll die Menschheit mit ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen nicht dauernd geschädigt werden; und daß die baldige Erreichung dieses Wendepunktes geradezu im eigensten Interesse der Wehrmacht selbst liegt.

Alle Komponenten vereinigen sich somit zu der Resultierenden: Weg mit den Riesenarmeen und Ersatz derselben durch kleine Heere.

Von der theoretischen Erkenntnis bis zur praktischen Umsetzung ist aber ein recht weiter Weg. Das ganze Problem kann erst dann ins Rollen gebracht werden, bis die Frage, wer den ersten Schritt zu unternehmen habe, gelöst ist.

Hier, wo der einzelne machtlos ist einzugreifen, müßte eine dankbare Aufgabe aller wahren Friedensfreunde und deren Vereinigungen sein.

Vor allem wäre von diesen Organisationen klarzustellen, wie sich die einzelnen Staaten zur Abrüstungsfrage stellen, dann, welche Ansichten sie hinsichtlich des „kleinen Heeres“ hegen.

Das so gewonnene Material müßte nun vorbereitet werden und als Resultat die von jedem Staate zu tragende Rüstung zu Wasser und zu Lande ergeben.

Die Einwirkung auf die einzelnen Staaten sich der, zweifellos einen Eingriff in die Souveränitätsrechte darstellenden, Rüstungsbeschränkung zu unterwerfen, wird allerdings keine leichte Arbeit sein.

Aber wo ein klarer Wille ist, muß auch ein gangbarer Weg sein.

Steter Tropfen höhlt den Stein!

Die englisch-deutsche Flottenformel.

Von besonderer Seite.

Die Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz, daß die Formel 16:10 als Stärkeverhältnis der Schlachtschiffe Englands und Deutschlands für die nächsten Jahre akzeptabel sei, sagt zunächst nur, daß für einige Jahre, wo nach Churchill England in Anbetracht des noch bestehenden Gefechts werts seiner Præ-Dreadnoughts mit jener Ueberlegenheit von 60% in Dreadnoughts auszukommen glaubt, Deutschland nicht die Absicht hat,

*) Es braucht in diesen Blättern wohl nicht erst betont zu werden, wie sehr der gesch. Herr Verfasser das Problem verkennt. Von „ewigem Frieden“ und „allgemeiner Abrüstung“ ist nur in den Witzblättern die Rede, wenn sie die Friedensbewegung in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen; aber nirgends im Programm dieser Bewegung. Die Red. d. „F.-W.“.

sein Flottengesetz vom letzten Jahre zu ändern. Churchill betonte allerdings in seiner Flottenrede vom 18. März 1912, daß, wenn Deutschland über sein damaliges Flottengesetz (1908) hinausginge, England genötigt sein würde, für jedes Schiff mehr „zwei“ auf Stapel zu legen, und daß mithin etwaige Mehrbauten das Verhältnis zuungunsten Deutschlands ändern würden. Dieser Fall ist eingetreten. Die Erregung und die englandfeindliche Stimmung, die 1911 durch die Agitation von Kolonial- und Flottenvereinen wegen der Marokkoangelegenheit erzeugt wurden, führten im vergangenen Jahre dazu, diese Feststellung Churchills außer Acht zu lassen und durch ein neues Flottengesetz vom Mai 1912 die Zahl der Linienschiffe um drei zu erhöhen. In dem britischen Bauplan wird sich dies in der Folge aussprechen, da das Ministerwort in England unantastbar sein dürfte. Aber auch wenn sich hierdurch die Formel in 16½:10 für die nächsten Jahre ändert, wird dies ohne Einfluß bleiben. Zweifellos strebt man in den Regierungskreisen Deutschlands wie Englands danach, aus dem Stadium der Feindseligkeit zu einem modus vivendi zu kommen, da beide Länder den Frieden wollen und das Phantom vom unvermeidlichen Krieg lediglich ein Aktionsmittel der Flottentreiber ist.

Churchill sagte noch in seiner Rede vor Jahresfrist, daß England ebenso wie der Erhöhung auch der „Verminderung“ der deutschen Schiffszahl sofort proportional folgen würde, und daß, wenn z. B. 1913 in Deutschland durch Nichtbau „ein weißes Blatt in das Buch des Mißverstehens eingeschaltet würde“, mit den nicht gebauten 3 deutschen Schiffen 5 gewaltige englische Ueberdreadnoughts weggewischt werden würden und dies mehr sei, als nach seiner Erwartung Deutschland in der glänzendsten Seeschlacht zu erreichen hoffen könne. Der Ersparnis von 6 bis 7 Millionen Pfund Sterling (120 bis 140 Millionen Mark) stände kein Nachteil durch Verringerung der Schiffszahl gegenüber. Trotzdem durch das Zusammentreffen Deutschlands und Englands in der jetzigen Orientkrise den Elementen, die die Völker gegeneinander hetzten, der Boden entzogen worden ist, dürfte es in Deutschland kaum möglich sein, dem Vorschlage Churchills, ein Jahr im Dreadnoughtbau eine Pause eintreten zu lassen, Folge zu geben, denn der Lärm derer, die bisher für eine Beschleunigung der deutschen Flottenbauten eintraten, würde ganz gewaltig sein und in England indirekt Unterstützung finden. Denn dort finden sich einerseits patriotische Politiker, denen das Wachstum der deutschen Flotte wegen seiner Wirkung auf die Vergrößerung der britischen und wegen des Zusammenschließens von Mutterland und Kolonien nicht

unerwünscht ist, und andererseits Leute der Großindustrie und des dahinterstehenden Großkapitals, die am Flottenbau Geld verdienen wollen und denen jedes Nachlassen sehr unangenehm ist. Es ist menschlich, daß der Patriotismus wächst, wenn Eigennutz dazukommt, und daß gerade diese Art Leute sehr aktiv ist und direkt und indirekt in den Flottenvereinen, in den Parlamenten und in der Presse einen Einfluß auszuüben sucht, ohne daß das Publikum die Triebfedern gewahrt wird. Das Publikum weiß von den Parlamentariern usw. nicht, in welchen Beziehungen sie als Aufsichtsräte oder sonst zu den großen Schiffswerften oder sonstigen Lieferanten stehen. Daß zwischen der deutschen und englischen Agitation für Vermehrung der Flottenbauten Beziehungen bestehen, ergibt sich aus dem Jahrbuch des britischen Flottenvereins (Navy League Annual 1910 bis 1911), in dem auf Seite 216 der Herausgeber Alan H. Burgoyne als Verfasser des Artikels „Die Entwicklung des englisch-deutschen Antagonismus“ in einer Fußnote*) bemerkt, daß er den Artikel mit geringen Änderungen früher für den Grafen Ernst von Reventlow geschrieben habe und er auch in einem Berliner Blatt veröffentlicht worden sei. — Graf E. Reventlow, der bekannteste deutsche Flottentreiber, Alan H. Burgoyne, eins der tätigen Mitglieder des englischen Flottenvereins.

Kiderlen-Wächter.

Als ich in der Januarnummer der „Friedenswarte“ den kurz gehaltenen Nachruf für den verstorbenen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Kiderlen-Wächter, las, empfand ich ein Bedauern darüber, daß diesem Manne auch hier, wie an so vielen Stellen, nur eine geringe Anerkennung, ja ein leiser Tadel nachgerufen wurde.

Es ist immer schwer, die Taten zeitgenössischer großer Männer richtig zu beurteilen, weil einem der genügende Abstand fehlt, um diese Taten in der Gesamtwirkung und in ihrer Begründung richtig bewerten zu können, und dies wird umso schwerer, je mehr Menschen sich für urteilsberechtigt halten und ihre Ansichten hinwerfen, ohne den Charakter der handelnden Persönlichkeiten zu kennen.

Es gibt Menschen, die man aus böser Erfahrung heraus niedrig bewertet und deren Beweggründen man bei jeder Handlung Niedrigkeit unterschiebt und andere, bei deren scheinbar unverständlich falschen Handlungen

*) Diese Fußnote lautet: „This article was written by the author for Graf Ernst v. Reventlow and published in the Berlin ‚Zeitfragen‘. It has only been altered sufficiently to bring it up-to-date.“

man sofort nach einem versteckten guten Motiv sucht. Bei jenem sagt man wohl: das ist ein häßlicher Charakter, den man jeder Schandtät fähig hält, — bei diesem: der hat eine prächtige Gesinnung, der hat gewiß nichts Falsches gewollt und seine guten Gründe gehabt.

Das soll auf Kiderlen angewandt heißen: die Schwaben haben ihn näher gekannt und seine Handlungsweise durch seinen Charakter besser beurteilen gelernt als die Welt da draußen, die von ihrem jeweiligen Standpunkt aus kalt kritisiert und viel geschimpft hat. Weil ich diesen Mann gekannt und ein gutes Urteil über ihn gewonnen habe, möchte ich, daß dieses Urteil auch jenseits der Grenzen seiner engeren Heimat Raum gewinne, und deshalb bitte ich noch nachträglich um Aufnahme dieser verspäteten Zeilen in Ihren Spalten.

Es liegt mir fern, über Politik zu philosophieren oder ein Urteil über Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Verhaltens unserer Diplomatie in den auswärtigen Angelegenheiten zu wagen, darüber denkt der eine so, der andere das Gegenteil; nur weil an dieser Stelle von dem „Mann von Agadir“ gesprochen wurde als von einem Manne, an dessen pazifistischen Grundsätzen man gezweifelt habe, möchte ich meine Ansicht aussprechen: daß gerade dieser Kiderlen-Wächter an seinem führenden Posten Leiter einer festen Friedenspolitik war und daß seine Gesinnung gerade hier an dieser Stelle Anerkennung verdiene.

Bei den Friedensfreunden hat der „Panter-sprung“ Mißfallen hervorgerufen, bei den Kriegslustigen Aerger über die „Schlappheit des späteren Rückzugs“; hier wie dort ist er falsch verstanden und falsch gedeutet worden, und erst jetzt beginnt man ihn hie und da als das darzustellen, was er wirklich war: das repräsentative Auftreten einer mitinteressierten Großmacht, die sich nicht an die Wand drücken ließ.

Kiderlen hat nie Besitzergreifung von Land angestrebt, darum hat in seiner Absicht nie Waffengeklirr gelegen, und es kann von einem beschämenden oder schlappen Rückzug bei Marokko nicht die Rede sein. Seine diesbezüglichen leitenden Ideen hat er oft ausgesprochen und scheinen mir in den Worten zu liegen, die er im Freundeskreis gesprochen: „Die italienische Diplomatie und der König haben sich durch die Volksstimmung zum Krieg in Tripolis treiben lassen, wir haben uns mit Marokko eben nicht dazu treiben lassen.“ Ein andermal äußerte er in Bezug auf Hetzartikel in der Presse: „zu dumm, wir werden uns doch nicht so einer Sandbüchse (Marokko) wegen in einen Krieg einlassen!“ Und ein andermal bekam eine hochgestellte

Persönlichkeit von ihm zu hören: „Wir können doch nicht, um einigen Gardeleutnants ein Vergnügen zu machen, Krieg anfangen!“ Noch einen Tag vor seinem Tode, als man ihm den Besuch der nach London reisenden Friedensunterhändler fernhalten wollte, erklärte er aufs allerenergischste: „ich muß die Herren sehen, sie sollen unter allen Umständen an mein Bett kommen, es hängt alles davon ab, daß sie ihre Sache richtig machen.“

Viele Aussprüche, welche von der entschiedenen Friedensrichtung dieses Mannes zeugen, sind bekannt geworden und sollten auch Fernerstehenden ein wahres Bild seiner Wirksamkeit geben, einer segensreichen Wirksamkeit, die leider nur zu kurz war, um zu breiterer Anerkennung durchgedrungen zu sein. Und so muß denn Deutschland in dem Tode Kiderlen-Wächters tief das Erlöschen einer Kraft betauern, die in politisch hoch bedeutungsvoller Zeit „noch so viel von sich erwarten ließ,“ wie Kaiser Wilhelm sich in seinem Beileidstelegramm ausdrückte. J. S.

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Die Frage von internationaler Bedeutung, die während des Januar die Öffentlichkeit in hervorragendster Weise beschäftigte, ist der Gegensatz zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten über die Panama-Kanal-Abgaben. Am 4. Januar hielt Präsident Taft in New York darüber eine Rede, worin er sich, für den Fall, daß es auf diplomatischem Wege zu einer befriedigenden Beilegung nicht kommen sollte, unzweideutig für das Schiedsverfahren aussprach. Von Interesse war dabei die Erklärung des Präsidenten, daß er für die Schiedsgerichtslösung sei, obwohl die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die amerikanische Regierung vor dem Schiedshof verlieren würde. Am 6. Januar trat Präsident Taft dann dafür ein, daß der Fall besser einem Sondertribunal statt dem Haager Hof überantwortet werde.

Tausende von Zeitungen unseres Landes haben die Frage in Leitartikeln erörtert, und fast alle traten zugunsten einer Erledigung ein, entweder durch Zurückziehung jener Bestimmung der Panama-Kanal-Akte, die die Küstenschiffahrt der Vereinigten Staaten von den Abgaben befreit, oder durch Ueberweisung an ein Schiedsgericht. Professor Emory R. Johnson, der Regierungs-Referent und Sonder-Kommissionär für den Panama-Kanal-Verkehr, veröffentlichte eine sorgfältige und logische Erklärung, in der er bewies, daß die Befreiung der Küstenschiffahrt der Vereinigten Staaten in Wirklichkeit nur eine Subventionierung des Küstenhandels bedeute, eine solche keineswegs wünschenswert noch

notwendig wäre und von den im Küstenhandel Interessierten in der Tat auch nicht verlangt werde.

Senator Elihu Root brachte nun am 14. Januar einen Gesetzentwurf ein zur Amendierung der Panama-Kanal-Akte durch Beseitigung jener Bestimmungen, die die amerikanische Küstenschiffahrt von der Leistung von Abgaben befreit. Am 21. Januar hielt Senator Root vor dem Senat eine meisterhafte Rede zugunsten seines Antrags. Die „New York Tribune“ vom 22. Januar sagte gelegentlich der Besprechung dieser Rede folgendes: „Am Schlusse dieser Rede zeigte sich deutlich, daß die Opposition gegen die Zurückziehung jener Bestimmung, die Großbritannien anfocht, sich abzuschwächen begann. Verschiedene Senatoren, die in der letzten Kongreß-Session dafür gestimmt hatten, zeigten sich geneigt, ihr Votum zu ändern, so daß es jetzt nicht unmöglich ist, daß der Senat entweder das Gesetz amendiert oder zumindest zur schiedsgerichtlichen Auslegung der Bestimmungen des Hay-Pauncefote-Vertrages seine Einwilligung gibt.“

Im „Outlook“ vom 18. Januar wird ein Brief des früheren Präsidenten Roosevelt veröffentlicht, worin er die Ansicht vertritt, daß es zwar unser Recht sei, unseren Küstenhandel von den Kanal-Abgaben zu befreien, insofern aber Großbritannien die Frage aufgeworfen habe, es dennoch die Pflicht der Vereinigten Staaten sei, sich auf den Schiedsvertrag zu verlassen und die Frage der Auslegung des Hay-Pauncefote-Vertrages der Schiedssprechung des Haager Hofes zu überweisen.

Am 20. Januar wurde die Antwort des Staatssekretärs Knox Sir Edward Grey übermittelt. Die Antwort verteidigt das Recht der Vereinigten Staaten, ihren Küstenhandel von den Abgaben zu befreien, und beantwortet die Punkte des englischen Protestes. Es besteht zwar eine Meinungsverschiedenheit im Lande über die Stichhaltigkeit der vom Staatssekretär angeführten Gründe, doch ist die Öffentlichkeit in hohem Maße an der Anregung interessiert, die am Schlusse der Note gemacht wurde. Danach erklärte es der Staatssekretär für wünschenswert, den zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien am 3. August 1911 abgeschlossenen Schiedsvertrag in der vom Senat der Vereinigten Staaten erfolgten Amendierung zu ratifizieren und den Streit alsdann der darin vorgesehenen Hohen gemischten Kommission zu überweisen.

Ende Januar veröffentlichte Robert Underwood Johnson, der Herausgeber des „Century“, eine Broschüre, die Hunderte von Aeußerungen aus der Feder von Redakteuren, Kollegspräsidenten, Geistlichen, Schriftstellern und Kaufleuten enthielt, die fast alle darin übereinstimmen, daß die Ehre des Landes entweder eine so-

fortige Zurücknahme der Befreiungsklausel oder die Unterwerfung der Angelegenheit unter die Schiedsgerichtsbarkeit erfordere.

Das Volksempfinden des ganzen Landes ist überwiegend zugunsten der Rücknahme der Klausel oder der schiedlichen Erledigung. Die Angelegenheit hängt jedoch vom Kongreß ab. Obwohl die öffentliche Meinung einen starken Druck auf die Mitglieder des Kongresses ausübt, ist es jetzt noch unmöglich, vorauszusehen, ob der Kongreß die bestrittene Bestimmung zurücknehmen oder zur schiedlichen Erledigung seine Zustimmung geben wird. Man kann lediglich sagen, daß die Stimmung im Kongreß von der landläufigen Ansicht entsprechend beeinflußt wird.

Edwin D. Mead, der geschäftsführende Direktor der Weltfriedens-Stiftung in Boston, absolvierte eine drei Wochen währende Friedens-Vortragstournee im Westen, wobei er mehr als 20 Versammlungen vor der Studentenschaft größerer Universitäten, vor hervorragenden Handelskorporationen und politischen Organisationen abhielt. Die Versammlungen waren durchwegs stark besucht, und überall wurde er mit Wärme und Enthusiasmus begrüßt. Bei seiner Rückkehr äußerte er sich in folgender Weise: „Die Herzen des Volkes sind überall mit uns. Was im allgemeinen nottut, ist schlichtere Erziehung, ein festumschriebenes Programm und ein klarer Aufruf an das Volk für aktive Unterstützung der Bewegung gegen das System der ungeheuerlichen Rüstungen und des gegenseitigen Mißtrauens, dessen die meisten von Herzen überdrüssig sind.“ Die Weltfriedensstiftung hat für die Zurücknahme der Befreiungsklausel entschieden Stellung genommen und energisch diesem Ziele entgegen gearbeitet.

Am 12. Januar hielt die „New York Peace Society“ in der Academy of Music, Brooklyn, eine Massenversammlung ab, bei der Resolutionen zur Annahme gelangten, durch die die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert wurde, den Panama-Streit der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten, wenn sich die diplomatischen Beilegungsmethoden als erfolglos erweisen würden. Das Kongreßmitglied James L. Slayden von Texas sprach dabei über „Das Panama-Kanal-Gesetz, eine Bedrohung des internationalen Friedens“, und der Direktor der Journalistenschule an der Kolumbia-Universität, Dr. Talcott Williams, der über die „Offenen Wasserwege der Welt“ referierte, sagte, daß die Zwiespaltigkeit der Panama-Kanal-Abgaben einen tödlichen Schlag für den Weltfrieden bedeute, da sie aller Gerechtigkeit, Billigkeit und Wohlanständigkeit widerspricht.

Am 24. Januar sprach in der New-Yorker Carnegie-Hall der frühere Präsident der Harvard-Universität, Dr. Charles W. Eliot,

in einer von der „New York Society“ veranstalteten Versammlung über „Die Förderung des Friedens im Orient“. Dr. Eliot lenkte die Aufmerksamkeit auf die wunderbaren Wandlungen, die sich im letzten halben Jahrhundert im Orient vollzogen und erklärte den Gedanken an einen Krieg mit Japan für den äußersten Widersinn. Er sagt, Japan sei bis jetzt die einzige Nation des Orients, die die Methoden der induktiven Philosophie erfaßt, die die Grundlage der westlichen Kultur bilden. Andrew Carnegie, der jener Versammlung präsierte, gab seiner Ansicht Ausdruck, daß der Schutz des Privateigentums zur See in Kriegszeiten bald verwirklicht sein werde. Bei der Jahresversammlung der „New York Peace Society“, die am 30. Januar abgehalten wurde, hielt Mr. Robert Underwood Johnson einen wirkungsvollen Vortrag über das Thema „Warum sollte die Befreiung der Küstenschifffahrt zurückgenommen werden?“ Am Schluß jener Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die die Rücknahme der Befreiungsklausel oder die Ueberweisung der Streitfrage an ein Schiedsgericht fordert.

Das jetzt dem Repräsentantenhaus vorliegende Miliz-Gesetz begegnet aus drei Gründen einer beträchtlichen Opposition. Zunächst wegen der Gefahr, die Regierung mit einer ungeheueren und stets anwachsenden Ausgabe zu belasten. Bislang war die Miliz eine staatliche Organisation, und es war ungesetzlich, sie außerhalb des Landes dienstlich zu verwenden. Das vorliegende Gesetz sieht die Bezahlung der Miliz durch die Zentralregierung vor und bestimmt, daß sie unter gewissen Umständen auch außerhalb des Landes für den auswärtigen Dienst Verwendung finden dürfe. Wird der Entwurf Gesetz, so berechnet man, daß die Raten, die im ersten Jahr 9 234 729 \$ betragen würden, rasch zu 100 bis 200 Millionen Dollars jährlich anwachsen könnten. Der zweite Einwand ist in dem Widerwillen des amerikanischen Volkes für jede Entwicklung in der Richtung des Militarismus begründet. Der dritte und vielleicht der ernsteste Einwand vom nationalen Standpunkt liegt in der Tatsache, daß die Miliz eine starke politische Organisation werden könnte, die infolge der großen Zahl von Stimmen, über die sie verfügt, einen gefährlichen Einfluß auf die Regierung erlangen könnte. Am 14. Januar hielt die deutsch-amerikanische Friedensgesellschaft zur Erörterung des Miliz-Gesetzes eine öffentliche Versammlung ab, bei der die bereits am 11. Dezember angenommene oppositionelle Resolution neuerdings bestätigt wurde. Der Präsident konnte dabei berichten, daß im Einklang mit der früheren Resolution die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf den gefährlichen Charakter der vorgeschlagenen Maßnahmen gelenkt würde, so daß der Gesetzentwurf kaum

über die Vorbereitungen hinaus gelangen werde.

Der Präsident ist urgiert worden, die neue Republik von China anzuerkennen, hat dies aber bis jetzt nicht getan. Es scheint die Absicht des Präsidenten wie des Staatsdepartements zu sein, die Fortschritte der neuen Republik mit sympathischem Interesse zu verfolgen, es aber für unrichtig zu erachten, die gegenwärtige provisorische Regierung von China, ehe ihre Stabilität sich erwiesen haben wird, anzuerkennen.

Am 9. Januar hielt der frühere Gesandte in Chile, Charles H. Sherill, in New York einen Vortrag über die Monroe-Doctrine und die Beziehungen unseres Landes mit den südamerikanischen Republiken. Bezüglich Mexikos spricht er sich scharf gegen eine Intervention aus. Sollte diese durch die Umstände geboten werden, so schlägt er vor, daß Argentinien und Brasilien aufgefördert werden sollten, sich den Vereinigten Staaten dabei anzuschließen, um dadurch bei den lateinischen Republiken Amerikas jeden Gedanken zu verscheuchen, als ob es den Vereinigten Staaten um Gebietserwerb zu tun wäre.

Ein internationaler Studentenkongreß.

Von Louis P. Lochner,
Madison, Wisconsin,
Sekretär der Fédération Internationale
des Etudiants.

Vom 26. August bis zum 16. September dieses Jahres wird in Amerika der achte internationale Studentenkongreß tagen. Er wird von der Fédération Internationale des Etudiants „Corda Fratres“ veranstaltet, jener Organisation, die im Jahre 1898 in Italien gegründet, sich jetzt über 14 Staaten erstreckt. Die Teilnahme an dem Kongreß ist jedoch keineswegs auf Vertreter der jetzt dem Corda Fratres-Bunde angehörigen Studentenverbände beschränkt. Eine jede Studentenvereinigung, die sich die Förderung von Freundschaft und gegenseitiger Verständigung zwischen Studenten verschiedener Länder zum Ziel setzt, ist eingeladen, sich zu beteiligen.

Der Zweck dieser Zusammenkunft geht aus dem „Aufruf“ hervor, der unlängst in Tausenden von Exemplaren verteilt worden ist, „damit der Geist der internationalen Verständigung und der Humanität gefördert werde, und damit die Studenten der Welt in eine weltumfassende Organisation sich föderieren mögen“.

Die offiziellen Sitzungen sollen in Ithaca, New York, dem Sitz der Cornell-Universität, stattfinden; jedoch soll sich der Aufenthalt der Delegierten keineswegs auf diese liebliche Musenstadt beschränken. Das

folgende Reiseprogramm ist ausgearbeitet worden und soll so weit als möglich ausgeführt werden:

26. Aug.: Ankunft in Boston.
- 27.—30. Aug.: Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Bostons und der Harvard-Universität zu Cambridge. Der bekannte Pazifist Edwin D. Mead aus Boston steht an der Spitze des Empfangskomitees.
31. Aug.: Kurzer Aufenthalt in New York. (Längerer Aufenthalt am Ende der Reise.)
 1. Sept.: Dampfschiffahrt entlang des berühmten Hudson-Flusses.
Abends: Empfang im Staatskapitol zu Albany von Sr. Exzellenz dem Gouverneur von New York.
 2. Sept.: Ausflug nach den Niagarafällen.
 - 3.—7. Sept.: Offizielle Sitzungen des Kongresses in Ithaca, verbunden mit Ausflügen, Vorträgen, Dinners u. dergl. m.
 - 8.—9. Sept.: Philadelphia. Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt sowie der großen Pennsylvania-Universität.
 - 10.—12. Sept.: Ausflug nach Washington mit großem Empfang der Pan-Amerikanischen Union in dem von Carnegie gestifteten Pan-Amerikanischen Palast. Auch ein Empfang im Weißen Hause ist von dem zukünftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Prof. Dr. Woodrow Wilson grundsätzlich zugesichert worden.
 - 13.—16. Sept.: New York. Besichtigung der Stadt, Empfang von dem Bürgermeister William Gaynor, Bankett von der New-Yorker Friedensgesellschaft usw.

Die Vorbereitungen für den Kongreß sind gegenwärtig in vollstem Gange. Der „Aufruf“ ist an alle Kultusministerien, an die in Washington stationierten ausländischen Gesandten, an die Studentenzeitschriften aller zivilisierten Länder, an Studentenkörps und andere Studentenvereinigungen sowie an hunderte von einzelnen Studenten gesandt worden. Das Ehrenkomitee, das dem Unternehmen sein Wohlwollen und seine Unterstützung zugesagt hat, besteht u. a. aus dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem Gouverneur des Staates und dem Bürgermeister der Stadt New York, dem Generaldirektor der Panamerikanischen Union, den Präsidenten aller panamerikanischen Universitäten, an welchen sich gegenwärtig ein internationaler Studentenverein befindet usw.

Eine stattliche finanzielle Subvention ist den Leitern des Kongresses von der Carnegie-Stiftung zugesprochen worden. Und die Ginn-Stiftung zu Boston ermöglicht es dem Vorsitzenden des Comité Central International, Herrn Dr. G. W. Nasmyth, seinen Amtstermin in Europa zu verbringen, wo er unter zahlreichen Stu-

dentenverbindungen und ganz besonders in dem Verband der Internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen, der ja auch dem Corda Fratres Bund gliedlich angehört, Interesse für den Kongreß erweckt.

Erwähnt seien noch kurz die Ereignisse, die für ein völliges Verständnis der Bedeutung dieses Kongresses benötigt sind: Im Jahre 1909, auf Einladung des Zentral-Bureaus der *Fédération Internationale des Etudiants „Corda Fratres“*, nahmen drei Vertreter der nordamerikanischen *Association of Cosmopolitan Clubs*, die sich nun auf dreißig Universitäten der Vereinigten Staaten und Canadas erstreckt, und deren Wirksamkeit ich unlängst in diesen Spalten erörtert*), an dem sechsten Kongreß dieser *Fédération* im Haag teil. Sie fanden eine solche Verwandtschaft der Zwecke und Ideale der *Cosmopolitan Clubs* und der *Corda Fratres Consulate* vor, daß sie begeistert für eine Vereinigung dieser beiden großen Studentenverbände eintraten.

Man konnte sich jedoch auf amerikanischer Seite nicht sogleich einigen, wie eng sich dieser Zweibund gestalten solle. Eine zweite Delegation wurde also nach dem siebenten Kongreß, der in 1911 zu Rom stattfand, gesandt. Hier endlich wurde ein Programm entworfen, das zunächst nur für das gegenwärtige Biennium (1911—13) bindend ist, das jedoch, wie ich hoffe, in Ithaca endgültig angenommen wird. Gemäß diesem Programm bilden solche Vereinigungen wie die *Consulate der Corda Fratres*, die *Clubs der Association of Cosmopolitan Clubs*, die *Unions des Etudiants von Frankreich*, die *East and West Clubs von England*, die internationalen Studentenvereine des Verbandes an deutschen Hochschulen, die *Liga de Etudiantes von Südamerika* eine internationale Studentenkonföderation unter der Leitung eines Zentralkomitees, bestehend aus zwei Vertretern jeder Gruppe. Durch Kongresse, Korrespondenz, Erweisung von Gastfreundschaft und sonstige Beweise internationalen Wohlwollens wollen diese Gruppen ihren gemeinsamen Zweck verfolgen, d. h., Freundschaft und gegenseitiges Verständnis zwischen den Studenten der Welt zu fördern, ohne jedoch bestimmte religiöse, politische oder ökonomische Grundsätze zu begünstigen oder zu bekämpfen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Studenten Deutschlands recht zahlreich an diesem Kongresse beteiligen. Ganz abgesehen davon, daß die Beziehungen, die sie mit Komitionen aller Länder bei Gelegenheit des Kongresses anknüpfen können, von größtem Nutzen für die Zukunft sein dürften, so ist eine starke deutsche Betei-

gung ganz besonders wegen der engen kulturellen Verbindungen, die zwischen Amerika und Deutschland bestehen, wünschenswert. Eine Reise deutscher Studenten würde das Band, das hauptsächlich durch die Austauschprofessuren geknüpft ist, ganz bedeutend verstärken.

Eine Lanze für die Rechtsnatur des Völkerrechts.

Von Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

Nachdem vor kaum Jahresfrist E. J. Bekker gegen die Rechtsnatur des Völkerrechts Sturm gelaufen ist, bekennt sich oben Bellardi im neuesten Heft dieser Zeitschrift gelegentlich einer manch Beachtenswertes enthaltenden Besprechung von Wehbergs „Problem eines Staatengerichtshofs“ zu ähnlichen Auffassungen. Wenn ich an dieser Stelle mit einigen wenigen Sätzen auf die vielleicht umstrittenste Frage des Völkerrechts, über die schon Ströme von Tinte geflossen sind und wohl auch in Zukunft noch fließen werden, eingehen möchte, so geschieht dies einzig und allein deshalb, um jene Auffassung nicht unwidersprochen zu lassen. Denn es handelt nicht um Quisquilien. Die leider gerade in Juristenkreisen noch immer erschreckend zahlreichen Gegner des Völkerrechts pflegen sich ja mit Vorliebe hinter dem Satz zu verschanzen, daß dem Völkerrecht keine Rechtsnatur zukomme, weil zurzeit weder eine internationale Gerichtsbarkeit nach dem Muster der nationalen, noch deren „notwendige“ Ergänzung, eine Exekutionsgewalt, vorhanden sei. Daher dann ein mitleidiges Achselzucken über die „idealen Schwärmer“, die auch gegenüber den angeblich zahlreichen, in jedem einzelnen Fall aber dick unterstrichenen Verstößen gegen das angebliche Völkerrecht noch von seiner Existenz fabelten.

Bei Licht betrachtet, sind diese Einwände, gerade wie der Krieg im Verhältnis zur Friedensbewegung, in einer reichlich großen Zahl von Fällen lediglich willkommenes Deckmäntelchen zur Verhüllung der eigenen Ignoranz. Mit jenen „Leugnern“ des Völkerrechts braucht man sich nicht auseinanderzusetzen. Ueber sie kann man getrost zur Tagesordnung übergehen. Wohl aber muß man den anderen, die aus innerster, auf Ueberlegung beruhender Ueberzeugung heraus eine falsche Auffassung vom Wesen des Völkerrechts, ja des Rechts überhaupt, leitet, den Weg zu weisen sucht, der es ihnen ermöglicht, ihre vorgefaßte Meinung in einem anderen Lichte zu betrachten und, wo möglich, zu korrigieren.

Gerade Wehberg ist es gewesen, der sich in dem von Bellardi zum Ausgangspunkt genommenen Buche mit Recht gegen

*) Siehe Friedenswarte, Mai, 1912.

eine Gleichstellung der internationalen und der nationalen Gerichtsbarkeit ausgesprochen hat. Wenn Bellardi sich hiergegen wendet und meint, die Beweislast für die mangelnde Gleichstellung müsse dem zufallen, der die Wesensgleichheit behauptet, so bewegt er sich damit in Gedankengängen, die dem Naturrecht nicht fremd gewesen sind. Dem ist es aber, bei allen Verdiensten, die dessen Gläubigen sich unzweifelhaft um die Fortbildung des Rechts erworben haben, zu verdanken, wenn Staats- und Völkerrecht bis auf die neueste Zeit in falschen Bahnen sich bewegt haben und wenn man erst vor wenigen Dezennien begonnen hat, beide Rechtsinstitute in voller Erkenntnis ihrer Eigenart von der ihnen anhaftenden Schlacken des Privatrechts (man braucht nur an die Staatservituten zu erinnern) zu befreien.

Aber gesetzt, man müsse wirklich beide gleichstellen, so gibt es selbst im Staat, im nationalen Recht, Institute, denen Bellardi doch wohl kaum den Rechtscharakter abstreiten wird, und bei denen zweifellos eine Zwangsgewalt fehlt. Ich meine das Staats- und das Strafrecht.

Zu einer Kriegserklärung seitens des Deutschen Reiches, die ein gnädiges Geschick verhüten möge, bedarf der Kaiser die Zustimmung des Bundesrats, sofern es sich um einen Offensivkrieg handelt. Gesetzt den praktischen unmöglichen Fall, es würde ohne jene Zustimmung der Krieg erklärt, gäbe es dann irgendeinen staatlichen „Zwang“ zur Annullierung jener Erklärung? Und wie liegt es, wenn ein Gesetzgeber ein Gesetz erläßt, das mit einer Verfassungsbestimmung im Widerspruch steht?

Ganz ebenso ist es aber im Strafrecht. Wenn § 212 des Deutschen Strafgesetzbuchs den Mord mit dem Tode bedroht, so ist der Zwang, der hierin gegenüber dem einzelnen zum Verbrechen Bereiten liegt, kein rechtlich, sondern lediglich ein psychologisch vermittelter. Man kann daher den Satz aufstellen, daß der Zwang nicht als Essentiale des Rechts übersetzt, wohl aber im modernen Staat als Moment der streitigen (Zivil-)Gerichtsbarkeit aufgefaßt werden muß.

Ich sage: im modernen Staat. Denn schon zu einer Zeit, als es noch keine Gerichtsbarkeit, noch weniger eine Exekutionsgewalt gab, hat das Recht existiert. Die Universalrechtsgeschichte, insbesondere die Rechtsgeschichte der Inder und Germanen, zeigt das auf tausend Blättern. Ist aber selbst die Gerichtsbarkeit kein Essentiale des Rechtsbegriffs, so kann es ihr angeblicher Annex noch viel weniger sein.

Und noch eins lehrt die Rechtsgeschichte — was freilich die zivilistische Jurisprudenz und Bellardi mit ihr nicht anerkennen werden — daß nämlich der Zwang keineswegs einzige Garantie des Rechts ist. Vielmehr war

und ist der nichtorganisierte Druck eine viel stärkere Rechtsgarantie als aller vom Staate geübter Zwang.

Ich habe eingangs betont, daß die Sätze, die ich hier niedergelegt, lediglich um des Zwecks willen geschrieben worden sind, Leugnern des Völkerrechts, die ihre Negierungen auf wissenschaftlichen Erwägungen aufbauen, Material zur Ueberlegung und Nachprüfung ihrer Auffassung an die Hand zu geben. Habe ich letzteres erreicht, so trägt diese Abwehr ihren Lohn in sich.

Das Christentum und der Kampf gegen den Krieg.

Von Dr. O. Seufert.

Eine Entgegnung.

Die Januar-Nummer der Friedenswarte enthält nebst anderen trefflichen Ausführungen zwei Artikel, von denen man ernstlich bezweifeln muß, daß sie dem Zweck dienen, den schließlich alle Veröffentlichungen der pazifistischen Presse anstreben, nämlich der Propaganda der Friedensbewegung.

Gemeint ist der Artikel von Iro Ojserkis und das Zitat von Gerh. Hauptmann.

Der erstere scheint dem Christentum überhaupt jede Bedeutung für die Friedensidee absprechen zu wollen, das letztere stellt eine Probe wüster Ausfälle gegen das Christentum oder wenigstens die Diener der christlichen Kirche dar, auf die nicht weiter eingegangen werden, sondern deren Aufnahme nur — gelinde ausgedrückt — bedauert werden soll.

Die Friedenswarte scheint auf dem in gewisser Beziehung löblichen Standpunkte zu stehen, daß alle einschlägigen Erscheinungen auf dem Gebiete der Presse, der Literatur, des öffentlichen Lebens, soweit sie dem pazifistischen Geiste dienen könnten oder (den Zweck) der Verbreitung dieser Idee zu fördern geeignet sind, Aufnahme verdienen.

Aber, wenn solche Erscheinungen nur den gegenteiligen Erfolg zu erzielen geeignet sind, dürfte es füglich angebracht sein, oder erlaubt sein, die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit ihrer Aufnahme zu kritisieren.

Der Aufsatz von Iro Ojserkis, der sich in förmlichen Gegensatz zu den reichen literarischen Erzeugnissen aus der pazifistischen Literatur, die das Thema Pazifismus und Christentum in einem diesem günstigen Lichte behandeln, stellt, und ihm, speziell den Offiziösen der Christenheit, eine sehr traurige Rolle in der Frage zuspricht, andererseits dagegen dem Buddhismus mit einem sentimentalen Nimbus entgegenkommt, mag sich gut ausmachen in einer monistischen Zeitschrift, wo auf anders Denkende keine Rücksicht genommen zu werden braucht, aber der Pazifismus und seine Presse, die sich einer Anzahl von Ausführungen und Gedanken aus

der christlichen Religion bedienen, würde eine sehr inkonsequente Haltung und Auffassung von seinen Anhängern verlangen, wenn er nun die Ausführungen von I. Ojserkis ernst genommen wissen wollte.

Wir wollen oder können nicht darauf eingehen, daß der Verfasser des Artikels den Geist des Christentums ignoriert oder spöttisch abtut und fast nur den bildlichen Wortlaut resp. Symbole als Gegenargumente ins Feld führt, wir können in einigen Zeilen nicht mit dem Verfasser uns auseinandersetzen über die Wirkung der christlichen Weltauffassung, die bestimmt war, eine Welt von Wollust und Grausamkeit umzugestalten, und Kultur und Milde an Stelle von Barbarei und Blut zu setzen; wir dürfen hier nur kurz belehren, daß das Christentum nicht einen Umsturz, sondern eine allmähliche Umgestaltung zu bewirken berufen war, welcher Prozeß z. B. in betreff der mit dem Krieg oft zusammengeannten Sklaverei sich im Laufe der Jahrhunderte vollzog und erst im letzten Jahrhundert seinen Abschluß fand, wenn überhaupt der Verfasser jenes Artikels das Christentum als dabei mitwirkenden Faktor gelten zu lassen erlaubt.

Greift das Christentum auch nicht direkt den Krieg an, — was wollten auch seine kleinen Verkündiger gegen Weltreiche und Machthaber? — seine Wertung des individuellen Menschen genügte allein schon, um daraus das Unchristliche der „Menschenschlächtere“ abzuleiten.

Nein, das Christentum mit seiner Achtung des Individuums, seiner Fürsorge für die Aermsten und Unglücklichsten zu einer Zeit, wo für den Staatsabsolutismus der einzelne eine Null war, darf noch ruhig als der mächtigste Hort angesehen werden, der den Kleinen und Schwachen in Schutz nimmt gegen Gewalt und Machthaber, der in dem Menschen ein göttliches Ebenbild sieht, ihn nicht als ein Stück „Materie“ abtut; mindestens darf der naturalistische Monismus, der in dem nichts als ein Stück belebten Stoffes oder eine hochentwickelte Bestie sieht, nicht versuchen, einen Vergleich auszuhalten, da hieraus nur der Kampf aller gegen alle sich folgern ließe, am allerwenigsten aber eine bindende Verpflichtung zur Schonung des Nebenmenschen bestände.

Ueberdies ist es gar nicht wahr, daß die Offiziösen der Christenheit sich der Friedensfrage absolut renitent gegenüber verhalten. Eines unserer schönsten Zitate, über das wir Pazifisten verfügen, ist doch das des Führers der katholischen Christenheit, Leo XIII.:

„Nichts ist dringender, nichts ist notwendiger, als dem Kriege entgegenzuarbeiten. Jedes Streben in dieser Richtung muß als ein löbliches Wirken im Sinne der christlichen Anschauung und zum allgemeinen Besten betrachtet werden“; und ein Blick auf Seite 117

(Nr. 11) des Völkerfriedens dürfte Verfasser belehren, daß in Frankreich und Belgien usw. mächtige kirchliche Faktoren pro pacifismo am arbeiten sind, von den Ideen durchdrungen, daß sie bei ihren Bestrebungen in Uebereinstimmung mit dem Geist und den Lehren des Evangeliums handeln, Bestrebungen, denen die Billigung des Papstes zuteil wird.

Der Vorwurf, den der Verfasser bedauerlicherweise dem Christentum selbst zu machen sich bemüht, trifft nicht die christliche Religion oder Kirche als solche —, sondern vielmehr Systeme, die sich in wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche herausgebildet haben, wie Nationalkirchentum, Parteien usw.

Und darin sieht es freilich in Deutschland, Oesterreich, Rußland usw., trüb aus. Wer z. B. die Verhältnisse in Deutschland beobachtet, muß zugestehen, daß auch das kirchenfreundliche Zentrum sich zu einer ganz gehörig national-enthusiastischen Partei entwickelt, die unter religiösem Einfluß den quo ad publicum et plebem einflußreichsten Hinderungsgrund des Pazifismus, wenn auch nicht aktiv, so doch durch sehr passives Verhalten, darstellt; desgleichen die entsch. Parteipresse. Hier müßte der Hebel eingesetzt werden. (Vgl. darüber auch den Artikel von M. Spahn im Januarheft des „Hochlands“.)

Eine solche Tendenz, wie sie eben ausgesprochen, liegt aber der besprochenen Ausführung von I. O. gar nicht zugrunde, vielmehr ist es ein Angriff gegen das Christentum, der mit großer Kurzsichtigkeit seine Behauptungen mit einigen krampfhaft zusammengesuchten Stellen aus dem Neuen Testament zu belegen sucht und dabei, da er nur Buchstabenauslegung betreibt, zu Resultaten kommt, über deren Widerspruch mit der üblichen Auffassung man fast lächeln muß.

Aber, gesetzt auch der Fall, es verhielte sich das Christentum zum Krieg passiv, oder besser gesagt, I. O. hätte mehr Recht zu seinen Behauptungen, als er in der Tat hat, so sind doch in einer Zeit, da wir den Pazifismus mit allen Schikanen zu schützen bestrebt, und in allen Kreisen Propaganda zu machen gewillt sind und von der pazifistischen Presse dazu animiert werden —, solche Aeußerungen unklug, die geeignet sind, mit einem Schlage Legionen von Anhängern abzuschrecken, weil sie hinter solchen Machenschaften antichristliche Tendenzen vermuten.

Und vorerst wird der Pazifismus mit einer hauptsächlich aus Anhängern der christlichen Weltanschauung bestehenden Gefolgschaft rechnen müssen, wenn er nicht auf eine Stärkung seiner Position verzichten will.

Geburtenrückgang und Internationalismus.

Von Dr. Max Seber, Dresden.

Von den Rassentheoretikern wurde schon ziemlich früh auf die unbestreitbare Tatsache hingewiesen, daß auch in Deutschland die Geburtenziffer sich ständig verringert und hierin eine große Gefahr für den Bestand der Nation liegt. Diese Warnungsrufe blieben unbeachtet, bis sich das Preußische Ministerium des Innern entschloß, dieser Richtung der Bevölkerungsbewegung ihr Augenmerk zu schenken. Seitdem hallt es auch bei uns von den Jammerrufen aus ihrer Ruhe aufgestörter Patrioten, und Vorschläge aller Art zur Eindämmung dieses Prozesses hagelt es nur so. Trotzdem ist in allen Veröffentlichungen, die sich mit dieser bedeutsamen Frage befassen, ein gewisser elegischer Zug unverkennbar. Die Erfahrungen Frankreichs zeigen doch wohl zur Genüge, wie gering die Aussicht ist, daß diese rückläufige Art unserer Menschenvermehrung bald wieder ins Gegenteil umschlägt.

Die vorliegenden statistischen Tatsachen sind von einer so unerbittlichen Folgerichtigkeit, daß man schon ein großer Optimist sein muß, um an eine Besserung zu glauben. 1876—1885 entfielen auf 10 000 Menschen 393 Geburten, 1910: 298, 1911: 286. Anstatt 2 700 000 Geburten hatten wir 1910 nur 1 980 000; 1911: 1 924 000. Da nun die Städte eine viel geringere Geburtenhäufigkeit aufzuweisen haben als dem Landesdurchschnitt entspricht, so ist es klar, daß die Tendenz der Geburtenminderung ebenso unaufhaltsam ist wie die Tendenz der Verstädterung. Heute schon leben zwei Drittel des deutschen Volkes in Städten, und immer noch strömen die Scharen vom Lande ihnen zu; auch umklammern besonders die Großstädte, die verhältnismäßig am wenigsten zur Volksvermehrung beitragen, immer größere Menschenmassen. Zweifellos ist aber nicht das Leben in den Städten selbst die Ursache der kleinen Geburtenzahlen, sondern die dort den breitesten Massen gewährte Gelegenheit der Bildungsaneignung, wodurch die Einsicht in die Ursachen ungünstiger ökonomischer Verhältnisse bei jedem einzelnen wächst und der Wunsch wachgerufen wird, deren Wiederholung, d. h. eben mehr Kinder, zu vermeiden. Die praktischen Maßnahmen dazu sind ja bald jedermann bekannt. Die modernen Bestrebungen, auch das platte Land durch Volksbüchereien, Wanderredner usw. am kulturellen Leben zu beteiligen, befördern schließlich auch dort die Rationalisierung des Geschlechtslebens, so daß auch hier die Geburtenziffer sinkt. Ein trübes Bild für unsere Nationalisten der rohen Gewalt! Der vorher noch so heitere Firmament ihrer Ideale, der nur von alldeutschen Phantasie-

gestalten, gewaltigen Recken und männermordendem Schlachtgetümmel erfüllt war, hat sich plötzlich umwölkt. Die so romantisch empfindende echt deutsche Männerbrust sieht sich plötzlich um ihre schönsten Träume von Weltkrieg und Welteroberung geprellt und von der Poesie des frischen, fröhlichen Kriegs zur karbolduftenden Prosa des Wochenbetts versetzt. Zwar ist die Geburtenzahl allein für die Bevölkerungsbewegung eines Landes noch nicht maßgebend; es muß vielmehr auch die Sterblichkeitsziffer berücksichtigt werden. Doch kann dem Beweisgrund nicht entgegengesetzt werden, daß das Gebären viel mehr eingeschränkt werden kann als das Sterben. Wenn auch unsere Säuglingssterblichkeit noch recht hoch ist im Vergleich mit den nordischen Staaten und die Tuberkulose bei uns doppelt so viele Menschen dahinrafft als in England, so ist doch nicht daran zu denken, daß durch das Sinken der Sterblichkeitsziffer der Fall der Geburten wettgemacht wird. Der Geburtenüberschuß wird immer kleiner. 1908—1910 betrug er noch 880 000; 1911 nur 740 000, woran allerdings die höhere Kindersterblichkeit im heißen Sommer dieses Jahres mit Schuld hat. Ganz besonders bedenklich stimmt aber nun ein Vergleich der Geburtenbewegung in den anderen Ländern. Selbst im europäischen Rußland ist ja ein Rückgang zu verzeichnen, der aber weit geringer als bei uns ist. Heute schon übertrifft die Bevölkerungszahl des Russenreichs die deutsche um 100 Millionen, wenn auch das asiatische Rußland mit eingerechnet wird. Um 1950 wird sie nach Wolf aber schon 150 Millionen betragen. Unsere militärische Stellung wird dieser größten Ostmacht gegenüber also ebenso hoffnungslos wie die Frankreichs zu uns. Was soll denn da nun geschehen? Gewiß gibt es Wege genug, die einiges bessern können. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist sicher aussichtsreich, wodurch die natürliche Unfruchtbarkeit verringert würde. Alle wirtschaftlichen Maßnahmen aber werden nur sehr geringen Erfolg haben, denn sie können doch nur einen verschwindenden Teil der Aufwendungen ersetzen, die die Geburt und Erziehung eines Kindes mit sich bringt. Soweit die rein materielle Denkweise, vor allem auch der oberen Schichten, als Schuldige angesehen werden muß, läßt sich sicher auch durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung etwas erreichen, doch wiederum nur in Verbindung mit einer allgemeinen Hebung unseres Bildungsstandes, was keine Sache von heute auf morgen ist. So sehen wir denn ganz klar, daß es sich nur darum handeln kann, die Folgen dieses nicht mehr zu ändernden Zustandes zu beseitigen, da dieser selbst nicht mehr umzukrempeln ist und, vom sozialen Gesichtspunkt aus betrachtet, es auch nicht soll. Die Gefahr, die den Völkern hoher Kultur infolge ihrer geringeren Ver-

mehrung von den tieferstehenden Völkern droht, kann nur durch eine Verständigung der Kulturmächte gebannt werden. Sie müssen sich zusammenschließen, um einen derartigen etwaigen „Kulturkampf“ bestehen zu können. Je früher dies geschieht, desto besser ist es. Jetzt, wo die Kulturnationen die Welt beherrschen, haben sie die Macht, ihren Willen den anderen Völkern aufzuzwingen. Uebersteigen sie beizeiten die Klüfte und Spalten, die zwischen ihnen gähnen, so können sie die Militarisation der tieferstehenden Menschenhorden verhindern, sich und der ganzen Welt Frieden bringen. Bleibt diese Verständigung jetzt aus, so wird vielleicht erst die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges zwischen Kultur- und Halbkulturstaaten jene zusammenschweißen und uns dann wahrscheinlich vor einem ungeheuren Weltbrand nicht mehr bewahren können. So möge der Rückgang der Geburten den Kulturstaaten ein Alarmzeichen sein, daß es hohe Zeit ist, sich zu verständigen. Wir stehen in Deutschland wieder vor ungeheuren Rüstungen. Die Gefahr des beschränkten Gewalt-Nationalismus wird dadurch vielleicht vielen deutlich, die bisher den Abgrund nicht ahnten, vor dem wir stehen. In welcher ungeheuren Zwickmühle führt uns doch dieses Prinzip des Machtfanatismus: Man sieht die Notwendigkeit sozialer Reformen ein und muß doch die wirksamste Selbsthilfe, die Beschränkung der Kinderzahl, bekämpfen; man will den Familienvätern wirtschaftliche Erleichterung zukommen lassen und belastet sie doch wieder viel ärger durch die Rüstungssteuern; man sucht durch kolossale Rüstungen sein Volk in einen möglichst guten Verteidigungszustand zu bringen und gefährdet es aber viel stärker, weil dadurch auch die zurückgebliebenen Völker zu Rüstungen gezwungen werden, deren größte Reserve aber die hohe Geburtenziffer ist, die wir nicht mehr erreichen können. Ein gefährlicher Wettbewerb! Wir arbeiten so wie Wahnsinnige an unserem eigenen Untergang! In Zukunft gibt es nur zwei vernünftige Möglichkeiten: entweder benutzen die Kulturmächte ihre Herrschaft zur systematischen Ausrottung der Halbkulturvölker, oder sie verständigen sich und schenken der Welt Frieden. Mit kleinlichen Maßnahmen ist nichts getan. Entweder morden wir Millionen oder verständigen uns. Kann diese Wahl noch Zweifel bringen?

Goethe über den Krieg.

Von Prof. Dr. Ritter, Weimar.

Im Augenblick, in dem ich dies über Goethes Urteil vom Kriege schreiben will, dürfte es ganz eitel erscheinen, über den Krieg als über ein überflüssiges Uebel zu reden, um so eitler, als die letzten beiden

Jahre mit dem Tripolis- und Balkankriege den Friedensmachern genug bewiesen haben könnten, daß der Krieg zur Weltordnung, zumal der menschlichen oder sozialen, gehört, noch dazu um so mehr, weil der Tripoliskrieg gerade zu der Zeit ausbrach, als die Friedensleute, geschwellt von Friedenshoffnungen, in Rom einen Kongreß zur Weltfriedfertigkeit halten wollten, aber dann wegen des Krieges nicht halten konnten. „Diese Erfahrung dürfte doch genügen!“ mögen die Kriegsanbieter triumphieren. Aber weder diese, noch viele früheren Erfahrungen genügen, zumal, wie schon Kant gesagt hat, die Erfahrungen voll Widerspruchs sind, auch nach der induktiven Logik nicht zu reichen, widerspruchslos allgemeine und für die Praxis brauchbare Urteile zu bilden. Kurz, die Kriegsanbieter sind alle durchweg schlechte Logiker und darum keine Denkpolitiker, sondern nur Gefühls- oder Stimmungspolitiker. Sie lieben es zwar und rühmen sich damit, nicht Gefühlspolitiker zu sein, sondern Realpolitiker; doch um diesen Gegensatz will ich nicht streiten, sondern um den Gegensatz Gefühls- und Denkpolitiker, zumal in diesem letzten Begriff der Begriff Realpolitiker mitgedacht wird. Fühlen ist subjektiv, Denken objektiv oder real. Doch genug, da ich hier nicht Erkenntnistheorie zu lehren habe, sondern vom Kriege in Goethes Auffassung reden will.

Bevor ich dazu schreite, darf ich wohl ein Gleichnis zur Veranschaulichung der Unlogik unserer Gegner, der Anbieter des heidnischen Gottes Mars, hierher setzen.

Die Leser kennen, so setze ich voraus, etwas von der Wettervorhersagung des Herrn Falb und von dem Widerspruch oder der Kritik, mit der man sie leicht abtun zu können glaubte. Es ging und geht diese Kritik meist so vor sich: Wenn Herr Falb vorhergesagt hatte, z. B. daß am 10. Oktober Sturm und Regen sein würden, weil dann, wie gerade in diesem Jahre (1912) Neumond in Erdnähe sein würde, so glaubte jedermann, daß auch er den Sturm und Regen bekommen müßte, nicht bloß die südlichen Tropen, und erklärte, jede Vorhersage sei falsch, wenn es auch nur 10 oder gar nur 5 Kilometer von ihm entfernt geregnet hatte, ohne weiter an die mancherlei Umstände zu denken, die zur Erzeugung des Regens zusammenwirken. „Ja — irgendwo auf der Erde kann es ja geregnet haben, nur bei mir nicht“, das war der Gedanke dieser Herren, die z. B. das eine nicht bedachten, daß zur Erzeugung von Regen zwei Luftströmungen gehören, eine kalte und eine warme, deren jede schon nur einen Teil der Erdoberfläche, nicht die ganze einnehmen kann. „Schadet nichts! Falb redet Hirngespinnste“, sagen die, die nur ganz abstrakt nach dem Buchstaben urteilen können, ähnlich wie der Klosterbruder

Lessings sagt: „Schadet nichts! Der Jude wird verbrannt.“

Aehnlich abstrakt wie sie, nur gegenteilig, dachte jene Waschfrau, zu der ihre Nachbarin sagte: „Haben Sie schon gelesen, Frau Müllern? Ostern soll die Welt untergehen.“ „Ach! das geht mich nichts an,“ antwortete die kluge Müllern, „denn ich reise zu Ostern nach Stettin zu meiner Tochter.“ Wie jene abstrakt nur an das Ganze denken, so denkt diese abstrakt nur an den Teil, auf dem sie gerade steht; beide könnten sich aber nicht über das handgreiflich Einzelne erheben.

Ihnen gleichen Sie, meine Herren, die nur das Einzelne des großen Ganzen der Geschichte sehen, nicht die ganze Summe, die Bäume wohl, nicht aber den Wald, auch nur immer ein Merkmal abstrakt betrachten, nicht alle in concreto, allenfalls nach voreiligem Induktionsschluß urteilen, wo nicht gar den Wunsch den Vater des Gedankens sein lassen, so ähnlich auch, wie das Weib Emilie in Shakespeares Othello. Diese meint nämlich, daß man das Verbrecherische nur gesetzlich zu sanktionieren brauche, damit es den Charakter, verbrecherisch zu sein, verliere. Ähnlich verfährt von Treitschke, der den Krieg einfach „heiligt“. „Bis an das Ende der Geschichte werden die Waffen ihr Recht behalten“, sagt er; „und darin liegt die Heiligkeit des Krieges. Die Größe des Krieges liegt gerade in jenen Zügen, welche die flache Aufklärung ruchlos findet“.

Armer Kant! Wie bist du doch ein flacher Aufklärer in Herrn v. Treitschkes Augen, der du geglaubt hast, die Eliminierung des Krieges aus dem Staatenleben zum letzten Schluß deiner Weisheit machen zu müssen! Doch, mein verehrtester Kant, du brauchst dich nicht zu schämen, am wenigsten vor Herrn von Treitschke, zumal du in Herrn Goethe einen guten Eideshelfer deines Glaubens gefunden hast, der gleich dir an verständige Menschen appelliert hat. „Schon wieder Krieg!“ sagt er (Faust II. Akt. 4)*. „Der Kluge hört's nicht gern.“

Mephistopheles, hierin ein Eideshelfer des Herrn von Treitschke, erwidert im Ethos des „geistigen Tierreichs“**).

Krieg oder Frieden — — klug ist das Bemühen,
Aus jedem Umstand seinen Vorteil ziehen.

Man paßt, man merkt auf jedes günstige Nu;
Gelegenheit ist da; nun, Fauste, greife zu.“

Für den im Reiche der Vernunft lebenden Faust sind das Rätselworte: „Mit solchem Rätselkram verschone mich! Und kurz und gut, was soll's? Erkläre dich.“

*) In Bielschowskis Goethe-Biographie ist dieser Akt nicht behandelt. Warum nicht? War der Stoff heißes Eisen?

**) Ausdruck Hegels.

Als dann Mephisto sich erklärt, indem er von der Tiefe seines „geistigen Tierreichs“ Faust auf die Gelegenheit zu Landerwerb hinweist und mit der Lockung zu Herrschaft und Genuß zu gewinnen sucht, erwidert Faust aus der Gedankenhöhe seines geistigen Menschenreiches:

„Ein großer Irrtum! Wer befehlen soll,
Muß im Befehlen Seligkeit empfinden;

Ihm ist die Brust von hohem Willen voll,
So wird er stets der Allerhöchste sein,
Der Würdigste —; Genießen macht gemein.“

Darauf fährt Mephisto fort, indem er mit klugem Opportunismus ein typisches Bild, etwa nach dem Vorbild des heiligen römischen Reiches oder der französischen Revolution oder, gleichsam als hätte er es vorausgeahnt, von den Balkanwirren gegenwärtig (Okt. 1912) malt und den Egoismus als Anbeter des Erfolges heranzieht.

„Die Tüchtigen, sie standen auf mit Kraft
Und sagten: „Herr ist, der uns Ruhe schafft.
Der Kaiser kann's nicht, will's nicht — laßt
uns wählen

Den neuen Kaiser, neu das Reich beseelen,
Indem er jeden sicherstellt,
In einer frisch geschaffnen Welt
Fried' und Gerechtigkeit vermählen.“

Bei dieser Sophistik des Erfolges erhebt sich Faust wiederum auf die Höhe wahrhaftigen Urteilens und sagt:

„Das klingt sehr pfäffisch“, denn Pfaffen
Sind überall die sophistischen Apologeten*) des
Erfolges, zumal sie ihren Lohn dabei dahinnernehmen.

„Pfaffen waren's auch.

Sie sicherten den wohlgenährten Bauch;
Sie waren mehr als andere beteiligt,
Der Aufruhr schwoll, der Aufruhr ward geheiligt.“

Mephisto ist zwar doppelzüngig, hinterlistig, aber auch wahrhaftig, wenn's ihm Spaß macht, besonders wenn er andere höhnen kann, nachdem sie ihm Gelegenheit gegeben, Widerspruch zwischen hohen Intuitionen (Intuition mit Goethe) und nachfolgenden Taten ins Licht zu stellen. In diesem Sinne sagt er derb und geradezu auf Faustens Frage, was es gebe: „Nein! Aber gleich Herrn Peter Squenz vom ganzen Praß die Quintessenz.“ Bei diesen Worten treten die drei Gewaltigen auf, zu denen sich bald ein vierter gesellt, die Typen des Krieges, deren Wesen Goethe durch ihre Namen allegorisiert hat, denn sie heißen Raufebold, Habebald, Haltefest und Eilebeute. Jeder schildert dann sein Wesen selbst gerade so ungefähr, wie die Königlein der Balkan-Halbinsel reden, die viel Gerede von hohen Intentionen machen,

*) Goethes Gespräche mit Eckermann III, Seite 33, 215 und 230 ff.

während sie doch nur raufen, haben und festhalten wollen; auf sie paßt das Wort, das Goethe den Kaiser sprechen läßt:

„Sich selbst erhalten, ist der Selbstsucht Lehre,
Nicht Dankbarkeit und Neigung, Pflicht und Ehre.

Bedenkt ihr nicht, wenn eure Rechnung voll,
Daß Nachbars Hausbrand euch verzehren soll.“

Das heißt in die Worte des Tages übersetzt, daß ihr den Krieg nicht werdet lokalisieren können. Und so soll ein edler Serbe gesagt haben? „Sind wir erst in Uesküb, so wollen wir den sehen, der uns her austreiben kann.“ Für Herren von dieser kaltnasigen Gesinnung gilt das berühmte Wort Voltaires: „Dans toutes les guerres il ne s'agit que de voler“

Dann stellt Goethe die Schlacht dar zwischen dem Kaiser und dem Gegenkaiser; aus dieser Darstellung ist merkwürdig das Botenpaar; das sind nämlich Raben, d. h. Aasvögel, nicht Tauben, denn

„Die Taubenpost bedient den Frieden,
Den Krieg befiehlt die Rabenpost.“

Die Raben sind Mephistos Diener.

„Setzt euch ganz nah' zu meinen Ohren!
Wen ihr beschützt, ist nicht verloren,
Denn euer Rat ist folgerecht.“

Ja — ganz folgerecht, doch die Folgerichtigkeit ist vom Teufel, dagegen Erbarmen von Gott, d. h. logisch, die Inkonsequenz, die Reihe schlechter Taten vor ihrem Schlusse abzubrechen, oder ethisch, die Güte, den Sünder nicht zu verderben, zumal er will, daß der Sünder lebe, nicht verderbe.

Der Leser wolle dies auf die Balkanvölker anwenden. Gewiß sind die Türken bisher arge Uebeltäter gewesen, aber muß man sie nun, da sie versprochen haben, sich zu bekehren, d. h. die geforderten Reformen einzuführen, vernichten? Vernichtet würden sie schließlich werden, wenn auch nicht gerade heute schon, wenn allen den Kleinen zugelassen würde, die „Konsequenzen zu ziehen“. Daß dies nicht geschehen kann, dafür hat Rußland gesorgt. Doch davon spreche ich besser zum Schlusse, da ich eigentlich von Goethe zu sprechen angefangen habe.

Hier ist noch übrig, vom Urteil Goethes über den Ausgang des Krieges zu sprechen. Goethe ist überzeugt, daß das Ende, sei es glücklich oder unglücklich, nur vom Zufall, d. h. nicht von des Menschen eigener Lenkung abhängig ist. Allerdings weiß er auch, daß egoistisch der Sieger, zumal der Kaiser, den Sieg sich nur allein, nicht dem Zufall, zuschreibt. Seine Botschaft lautet:

„Beruhigt sei das Reich, uns freudig zugetan!
Hat sich in unserm Kampf auch Gaukelei geflochten,

Am Ende haben wir uns nur allein gefochten.

Zufälle kommen ja den Streitenden zugut:

Vom Himmel fällt ein Stein, dem Feinde
regnet's Blut,;

Aus Felsenhöhlen tönt's von mächt'gen Wunderklängen,

Die tapf're Brust erhöhen, des Feindes Brust verengen.

Der Ueberwund'ne fiel, zu stets erneu'tem Spott;

Der Sieger, wie er prangt, preist den gewog'nen Gott,

Und alles stimmt mit ein, er braucht nicht zu befehlen,

Herr Gott, dich loben wir! Aus hunderttausend Kehlen.“

Also — der Götze, „Erfolg“ genannt, wird gepriesen sehr, doch eventus stultorum magister sagt Fabius Cunctator bei Livius, d. h. der Ausgang oder Erfolg ist der Lehrer der Toren, d. h. derer, die weder Eigenes denken noch Fremdes nachdenken.

Faust, der dem Kaiser durch allerlei Künste geholfen hat, erhält vom Kaiser ein Lehen, das dem Wasser durch Dämme erst abgewonnen werden soll. Das ist allegorisch ein Gebiet, das nicht einfach nach alter Raubmanier, z. B. wie der Türken, okkupiert, sondern durch die Erwerbsmethode der neuen humanen Zeit durch Arbeit geschaffen werden muß. In diesem Sinn läßt auch Schiller seinen Stauffacher sagen:

„Wir haben diesen Boden uns erschaffen
Durch unserer Hände Arbeit.“

Diesem Gedanken spricht Goethe mehrmals aus; einmal sagt er durch Mephistos Mund:

„Krieg, Handel und Piraterie,
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.“

In seinem Sinne zu wirken greift Faust zur Kolonisationsarbeit.

„Ein Sumpf zieht am Gebirge hin,
Verpestet alles schon Errungene;
Den faulen Pfuhl auch abzuziehen,
Das Letzte wär' das Höchsterrungene.
Eröff'ne ich Räume vielen Millionen.
Nicht sicher zwar, doch tätig — frei zu wohnen.

Grün das Gefilde, fruchtbar Mensch und Herde.

Sogleich behaglich auf der neu'sten Erdę,
Gleich angesiedelt an des Hügels Kraft,
Den aufgewälzt kühn-ems'ge Völkerschaft.
Im Innern hier ein paradiesisch Land,
Da rase draußen Flut bis auf zum Rand,
Und wie sie nascht, gewaltsam einzuschließen,
Gemeindrang eilt, die Lücke einzuschließen.
Ja! Diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.

Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig' Jahr.

Solch' ein Gewimmel möcht' ich seh'n,
Auf freiem Grund mit freiem Volke steh'n.“

Der allgemeine Gedanke aus dieser Schilderung anschaulicher Tatsachen ist so klar, daß es kaum nötig ist, ihn abstrakt auszusprechen, zumal er schon mehrmals angedeutet ist, nur eines zu bemerken kann ich nicht unterlassen, selbst auf die Gefahr hin, Gesagtes zu wiederholen, daß nämlich Goethe die Gedanken der Kriegsanbeter, explizierte wie unexplizierte, in Trugschlüsse aufgelöst hat, zumal die Radomontaden des Herrn von Treitschke, der sich mehr geeignet hätte, Hofhistoriograph bei Soliman II. zu sein, als in der Stadt der Intelligenz Professor und Lehrer der Geschichte. Flache Aufklärung zu sagen von einer Sache, die Kant vertreten hat! Doch die Geschichte ist das Weltgericht. In dieser Eigenschaft sitzt sie gegenwärtig, d. h. da ich dies schreibe, über Kant und Herrn von Treitschke zu Gericht.

Kant hat bekanntlich bei seinem Streben nach dem ewigen Frieden wenig Hoffnung auf den schwachen guten Willen des Menschen, dagegen desto mehr auf den Mechanismus seiner Taten gesetzt; er hat damit Herrn von Treitschke und allen seinen Eideshelfern das Argument von der Schlechtigkeit des Menschen gegen die Möglichkeit des Friedens vorweg anerkannt und ihnen die Arbeit mit diesem Argument aus der Debatte eliminiert, so daß sie eigentlich ihre Aufmerksamkeit auf das richten müßten, was Kant gelassen, ja eigentlich zur Grundlage seiner Hoffnung gemacht hatte, den Mechanismus der Geschichte*) in der Natur. Dieser Mechanismus kommt jetzt zu dem Resultat, das Kant von ihm erwartet hat, in der Friedfertigung der Balkanvölker nach dem vor einigen Tagen erschienenen Manifest Rußlands, diesem Meisterstück kluger Erwägung und menschlicher Hochgedanken. Es ist nicht jedermanns Art, aus den Tatsachen der Geschichte die Arbeit der menschlichen Vernunft zu erkennen, ganz besonders nicht derer, die man Kleinmeister nennen kann, sondern es ist nur Sache weniger; diese wenigen werden mir zustimmen, daß der Schlußsatz dieses Manifestes in den beiden Grundsätzen für die Behandlung der Balkanwirren das enthält, was die Türken leisten können und ihre Gegner hoffen dürfen.

Der Mechanismus in der Geschichte wirkt nicht überall auf der Erde gleichmäßig, denn die Massen sind nicht überall gleichmäßig, aber er wirkt und wirkt augenblicklich besonders auf der Balkanhalbinsel im Interesse der Humanität und des Friedens unter Rußlands Führung.

Wird da nicht wiederum das Wort wahr, daß die letzten die ersten sein werden? Rußland ist zuletzt in den Weltzug der Kultur, der von Griechenland über Italien durch Frankreich, Deutschland und Polen nach Rußland

mit Unterstützung aus Byzanz gegangen ist, eingetreten und hilft mit seiner Masse die Parallelkette dieses Zuges schließen, die von Westen nach Osten der Donau entlang liegt. Ihr Ziel ist Friedfertigung*).

❖ RANDGLOSSEN ❖ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 7. Februar 1913.

Es brodeln und kocht und gärt weiter im europäischen Hexenkessel. Es schäumt von Krieg und Kriegsvorbereitungen und tropft von Frieden und Friedensverhandlungen. An der österreichischen und russischen Grenze soll abgerüstet, die Truppen sollen zurückgezogen werden; aber wie langsam, zögernd, widerwillig geschieht das! Nur Mobilisierungsbefehle werden rasch, rücksichtslos und rückhaltlos ausgeführt. Aber die Demobilisierung: welche Kautelen, welche Schwierigkeiten, welche Geheimniskrämerei: nur nichts Günstiges und Beruhigendes offiziell versprechen und verkünden. Freilich, es ist ja alles unentwirrt: Der König von Montenegro erklärt, er komme ohne Skutari nicht in seine Berge zurück; Rumänien kann nicht ohne Silistria sein; Bulgarien besteht auf Kriegsentschädigung — Mediation wird verlangt und angenommen, aber unter dem Vorbehalt, daß man sich vielleicht nicht danach richten wird; Janina ist gefallen — darüber der obligate Straßenjubiläum in Athen. Ein neuer Staat — Albanien — ist in Triest konstruiert worden, doch können dessen Abgrenzungen noch zu hundert Verwicklungen Anlaß geben. Wenn nicht bald ein neues strahlendes Prinzip alle diese Nebel verscheucht — was muß es da noch für Zusammenstöße und Verwundungen geben!

Auch die Suffragettes in London führen Krieg. Man kennt ihre Taten. Die Öffentlichkeit fängt an, sich zu empören. Und mit Recht. In einem Leitartikel über diesen Gegenstand fand ich folgenden Satz: „Soll man den Frauen jetzt das Stimmrecht geben? Wäre das die einfachste Lösung der Frage? Es wäre die gefährlichste, die sich denken ließe. Es wäre die Anerkennung der Gewalttätigkeit als zulässiges Instrument zur Durchsetzung politischer Wünsche.“ O, über deine Naivität, Zeitungsschreiber! Weißt du denn nicht, daß diese deine Worte die geltende Grundlage unserer großen heutigen diplomatischen und militärischen Weltordnung

*) Kants Traktat zum Ewigen Frieden.

*) Ritter, Weltzug der Kultur. In Kritik, Bd. XII, 1877.

ausdrücken: Gewalttätigkeit und Gewaltandrohung als zulässiges Instrument zur Durchsetzung politischer Wünsche? — Nein, das soll den Frauen nicht zuerkannt werden — im Gegenteil, die Frauen werden vielleicht berufen sein, diese Zulässigkeit aufzuheben. Aber jedenfalls war der Artikelschreiber blind gegen das Faktum von der Allgemeingültigkeit des Prinzips, vor dem er warnt.



Der europäische Ueberrüstungswahnsinn hat einen neuen Anfall — man könnte es schon Paroxysmus nennen — bekommen, auf den niemand gefaßt sein konnte. Mitten in einer Zeit, wo die ganze europäische Diplomatie angeblich damit beschäftigt ist, Schwierigkeiten und Streitfragen zu schlichten, wo es überall zwischen den Mächtegruppen „Entspannungen“, Annäherungen und dergleichen gibt; wo durch die so hoch gestiegenen Lasten der Militärausgaben und die gleichzeitig steigenden Steuern, Zölle und Lebensmittelpreise die Völker an den Rand der Verzweiflung gebracht werden, mitten in diese Friedenssehnsucht und Friedensnotwendigkeit nebst offizieller Friedensbeteuerung platzt plötzlich in Deutschland eine neue Milliardenforderung für Heeresverstärkung aus, die in Frankreich augenblicklich mit dem Antrag auf Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit beantwortet wird. Beiderseitig zur Sicherung des Friedens natürlich. Sie werden nicht müde, diese Lügenphrase des *si vis pacem* zu wiederholen. Nicht, daß sie den Krieg wollen, aber die Machtstellung wollen sie. Die deutsche Vorlage war zwar auch eine Antwort. Nämlich auf jenen Pariser Zapfenstreichlärm, der in letzter Zeit alle nationalistisch-chauvinistischen Elemente aufgerüttelt und zu neuen „à Berlin“-Rufen ermutigt hat. Vielleicht war aber auch dieser Lärm eine Antwort, und zwar auf die Agadirgeste. Und so lassen sich diese gegenseitigen Drohungen in einer rückwärtsliegenden Kette durch unendlich viele Glieder zurückverfolgen; soll diese Kette denn auch endlos in die Zukunft verlängert werden? Das geht einfach nicht. Ein gewaltsames Ende muß da kommen. Entweder Krieg oder Revolution oder — was auch denkbar ist — ein Erwachen der Vernunft. Ein Fallen der Schuppen von den Augen. . . .



Was inzwischen auf dem Balkan geschehen, man weiß es nicht. Der moderne Krieg hat den Kriegsberichterstatte ausgeschaltet, also erfährt der Bürger heute beinahe weniger als zu Fausts Zeiten, was da vorgeht, wenn drunten in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen. Das belagerte Adrianopel fällt nicht; vor den Tschataldschalinen geschieht nichts; die „Operationen“

werden durch Schneefall gehindert — es ist, als wäre die ganze Landpartie wegen schlechten Wetters abgesagt. Doch wer weiß, was vorgeht? Vielleicht haben auf beiden Seiten die kriegsmüden Truppen erklärt: „Wir tun nicht weiter.“ Soviel ist gewiß: Entscheidendes ist in dieser zweiten Abteilung des Balkankrieges nicht eingetroffen, denn das wäre sicher von der siegenden Partei hinausstelegraphiert worden. Es wird sich immer mehr und mehr bestätigen, was Bloch schon gesagt hat, daß es in modernen Schlachten überhaupt keine Entscheidung mehr gibt.



Nur eines sickert nach und nach vom Kriegsschauplatz herüber. Nämlich die Berichte über die schon in der ersten Abteilung des Feldzugs verübten haarsträubenden Greuel. Ganze Broschüren füllen sich mit beglaubigten Beschreibungen von den Grausamkeiten, die von serbischen Banden, bulgarischen Komitatschis, albanesischen Horden usw. an den Türken begangen wurden. Europa schaudert wohl, greift aber nicht helfend ein, denn es gibt ja noch keine europäische Gendarmerie. Und die Leser jener Berichte rufen empört: „Oh diese Komitatschis“, „Oh diese Banden“ — während es einfach heißen sollte „Oh dieser Krieg!“ Er allein ist der Schuldige.



In ganz Deutschland werden große Vorbereitungen zur hundertjährigen Erinnerungsfeier der Befreiungskriege von 1813 getroffen. Dabei dürfte leider viel chauvinistischer Geist angefacht werden. Man wird hervorheben, wie ruhmvoll, wie beglückend Kriege in ihren Folgen sein können — Befreiung vom Napoleonischen Joch —, und vergißt, daß der Bestand und die Glorifizierung des Krieges der Boden ist, aus dem die Napoleone hervorgehen können. Manche Stimmen erheben sich auch, um zu sagen: Die großen Rüstungsvermehrungen der letzten Zeit sind vielleicht ein Zeichen, daß sich eine Wiederholung von 1813 vorbereitet, daß die ernste Zeit eine ähnliche Abrechnung erfordert. Allerdings, wieder lastet ein Joch auf uns — nicht nur auf Deutschland und Oesterreich, sondern auf der ganzen Welt. Der Unterdrücker heißt nicht Napoleon, er heißt Krieg. Den Befreiungskrieg gegen diesen Tyrannen zu unternehmen, das wäre die richtige, unseres Jahrhunderts würdige Feier des Jahres 1813.



Die Parteileitungen der französischen und deutschen Sozialdemokratie haben gleichzeitig ein Manifest gebracht, wodurch dem perfiden Doppelspiel der Chauvinisten und Rüstungsinteressenten beider Länder ein Ziel gesetzt ist, die sich bemühen, in Frankreich die Begünstigung des Militarismus

durch die deutsche Sozialdemokratie, und in Deutschland die Begünstigung des Militarismus durch die französischen Sozialisten vorzuspiegeln. Jetzt aber hallt derselbe Ruf gegen den Krieg, dieselbe Verurteilung des bewaffneten Friedens in beiden Ländern wider. Das Manifest erklärt, daß „die Volksmassen mit überwältigender Mehrheit den Frieden wollen und den Krieg verabscheuen“. Das ist wahr; warum aber verkündet dies nicht die Mehrheit der Volksvertreter in den Parlamenten? Ferner wird die Forderung erhoben, daß alle Streitigkeiten zwischen den Staaten schiedsrichterlich geschlichtet werden. Das war das erste Prinzip des „bürgerlichen Pazifismus“ — ein Prinzip, über das er schon hinaus ist, indem er Föderation der Staaten und eine ständige internationale Justiz fordert. Der Sozialismus macht sich immer mehr die Prinzipien des einst von ihm so verhöhten „bürgerlichen“ Pazifismus zu eigen. Es gibt eben keinen „bürgerlichen“ — sondern nur Pazifismus überhaupt. Zeit wäre es, daß nicht die Sozialisten allein den Mut aufbringen, gegen die Geißel des Krieges und des bewaffneten Friedens zu protestieren, sondern daß in allen Ländern eine eigene Friedenspartei gegründet werde. Eine Partei der Weltorganisation — um das matt klingende Wort Frieden zu ersetzen.

Während meines Aufenthalts in Lincoln (Nebraska) war ich Gast im Hause Bryan. Leider war der interessante Hausherr abwesend, auf einer Vortragstour. Er, der schon öfter selber Kandidat für die Präsidentschaft gewesen, diesmal aber abgelehnt hatte, nominiert zu werden, bereiste das Land, um für Woodrow Wilson zu agitieren. Er hätte gewiß sehr hohe Chancen gehabt, gewählt zu werden, denn aus allem, was ich in Lincoln, seiner Vaterstadt, und auch an anderen Orten von ihm erfuhr, deutete darauf hin, daß er der höchstangesehene Staatsmann der Vereinigten Staaten ist. Vor einigen Jahren bin ich ihm in London begegnet, während der interparlamentarischen Konferenz, und hörte ihn dort eine glänzende pazifistische Rede halten. Um so mehr bedauerte ich seine Abwesenheit aus seinem Heim, doch fand ich von seiten seiner kongenialen Frau alle die Gesinnungen bestätigt, die in jener Londoner Rede zum Ausdruck gekommen waren. Daß William Jennings Bryan in derselben Richtung weiter wirkt, kann man aus folgender Nachricht entnehmen: In Raleigh (Nordkarolina) erklärte er in einer Rede über den Frieden, es sei gebieterische Pflicht der Vereinigten Staaten, nicht nur auf jede mögliche Weise mit den Mächten der ganzen Welt für den Fortschritt des Friedens zusammenzuwirken, sondern auch in der Abrüstung ein glänzendes Beispiel zu geben. Durch ihre

Lage und durch ihre Stellung unter den Nationen seien die Vereinigten Staaten besonders dazu geeignet, mutig diese Haltung einzunehmen. Wenn man bedenkt, daß höchstwahrscheinlich Bryan Staatssekretär im Kabinett Wilson, und nach Wilson vielleicht Unionspräsident werden wird, so gewinnen solche Worte doppelte Bedeutung.

Den Manen William T. Steads, des größten Friedenskämpfers unter den Publizisten, ist empörende Unbill widerfahren. Die von ihm gegründete „Review of Reviews“, diese Hochburg des Pazifismus, ist nun unter der Redaktion seines Sohnes Alfred zum Organ des jingoistischen Imperialismus geworden. Tarifierreform (das ist Aufhebung des Freihandels), Rüstungsvermehrung, Haß der gegenwärtigen liberalen Regierung, Warnung vor der deutschen Invasión — kurz, die ganze Lyra — werden jetzt in unsres Steads Blatt vertreten. Das Februarheft liegt vor mir. „Der neue Schrecken“ heißt das Titelblatt und stellt einen über der britischen Flotte schwebenden deutschen Zeppelin vor. Der Leitartikel hierzu heißt: „Unser die See; des Feindes die Luft.“ Welcher Feind? Deutschland. Frankreich baute zwar auch eine Luftflotte; diese ist aber nicht gegen England gerichtet, während die deutsche Luftmacht „direkt gegen unser Land und gegen kein anderes konstruiert wird“. Der Artikel endet mit einem Aufruf zur Sammlung von Geldern zur Schaffung einer englischen Luftflotte. Alfred Stead eröffnet die Liste mit einer Spende von 50 £ und verlangt, daß, als würdiges Denkmal für seinen Vater und in Treue zu seinen Idealen, ein Kriegsäroplan gebaut werde, der — oh Blasphemie — den Namen W. T. Stead führen soll. Es gibt im Leben des großen Publizisten eine Phase, die etwas widerspruchsvoll ist, nämlich sein Eintreten im Jahre 1885 für den Standard der englischen Flotte „zwei Kiele gegen einen“. Daran klammert sich nun sein Sohn — und vergessen ist nun Steads ganzes Friedenswerk: seine Haltung im Burenkrieg, seine Unterstützung des Zarenmanifestes durch Friedenskreuzzüge, seine Arbeit während der zwei Haager Konferenzen, sein tätiger Eifer bei allen deutsch-englischen Annäherungs-Aktionen; auch vergessen, daß er als Träger einer Botschaft an einen amerikanischen Friedenskongreß in den Fluten des Ozeans versank. Ja, sicherlich, er hätte gegen die Gefahr eines Luftangriffs von seiten Deutschlands gekämpft, aber nicht durch Schaffung von Gegenangriffswerkzeug, sondern durch die Verständigung mit Deutschland und durch Bekämpfung der Alarmmacher, der Invasionspropheten — kurz, der Jingos im eigenen Lande.

Ein Vorschlag. Er wurde mir suggeriert von einem Friedensfreund, den ich, wenn er es erlaubt, zu nennen bereit bin. Nämlich: eine internationale Abordnung von überzeugten Pazifisten in hervorragender Stellung — Männer wie Elihu Root, Baron d'Estournelles — etwa zehn an der Zahl, sollten Europa bereisen und an den Höfen, bei den Ministerien und mit öffentlichen Vorträgen für die Friedensorganisation der Welt wirken. Die Kosten einer solchen Expedition (segensvoller als eine solche nach dem Nord- oder Südpol) müßten natürlich durch einen hierzu gespendeten oder gesammelten Fonds aufgebracht werden. Doch dies ist ja nur eine Andeutung der Grundidee, und will ich keine Details der Ausführung bringen.



8. März.

Nachschrift: Präsident Wilson hat die Ernennung zum Ehrenpräsidenten der amerikanischen Friedens- und Schiedsgerichtsgesellschaft angenommen. — Ex occidente lux.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

8. Februar. Prinz Gottfried zu Hohenlohe überreicht dem Zaren ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef, das den Beginn einer freundschaftlichen Lösung der österr.-russischen Spannung bedeutet.

10. und 11. Februar. Unter dem Vorsitz des Geh. Rats Prof. Niemeyer tagt in Berlin eine internationale juristische Konferenz.

14. Februar. Hervorragende Amerikaner widersetzen sich der Idee einer Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko und verlangen Bildung einer gemischten Kommission von Gelehrten und Staatsmännern der Vereinigten Staaten wie der amerikanischen Republiken zwecks friedlicher Beilegung der mexikanischen Wirren.

15. Februar. Der 1908 zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Schiedsvertrag wird in Washington um fünf Jahre verlängert.

16. Februar. Die russische Duma nimmt ein Gesetz zur Vermehrung der Rüstungen an und drückt den Wunsch nach weiterer Vervollkommnung der Landesverteidigung aus.

Mitte Februar. Der hervorragende französische Pazifist Prof. Ruysen in Bordeaux wird nach der Rückkehr von seiner Vortragstournee aus Deutschland von chauvinistischen Studenten attackiert.

Mitte Februar. Ankündigung einer neuen grossen Heeresvermehrung in Deutschland. Eine Milliarde einmalige Kosten. Aufbringung durch eine Vermögensabgabe.

Mitte Februar. Angesichts der angekündigten Heeresvermehrung in Deutschland werden in Frankreich neue Rüstungskredite in der Höhe von

500 Millionen und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angekündigt.

Mitte Februar. Im Wiener Deutschen Klub hält der ehemalige Reichskommissar für Ostafrika, Dr. Karl Peters, einen Vortrag über „die Zukunft Europas“, worin er für einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss Europas eintritt.

Mitte Februar. Die Grossmächte bieten Rumänien und Bulgarien die Vermittlung auf Grund der Haager Abmachungen an.

19. Februar. Nordböhmische Industrielle richten an den österreichischen Handelsminister eine Petition, worin sie auf die durch die Kriegskrisis geschaffene Notlage hinweisen, „die selbst im Kriegsjahr 1866 nicht so schlimm war“.

20. Februar. In der belgischen Kammer werden neue Vermehrungen des Heeres, Ausbau der Festungen und Verlängerung der Dienstzeit angekündigt.

20. Februar. Poincaré tritt die Präsidentschaft an.

21. Februar. Eine Deputation von Bürgermeistern galizischer Städte bittet den österreichischen Ministerpräsidenten um Abhilfe gegen die durch die Mobilisierung und die Kriegskrise in Galizien herrschende Hungersnot.

22. Februar. Der italienische Minister des Aeusseren, Marchese di San Giuliano, spricht im italienischen Parlament über die Weltlage. Seit 43 Jahren keinen Krieg zwischen europäischen Mächten. Bei allen Regierungen starkes Gefühl der Verantwortlichkeit.

25. Februar. Das dänische Königspaar in Berlin.

25. Februar. Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnt die Regierungsvorlage für den Bau von zwei Schlachtschiffen ab und bewilligt mit 194 gegen 133 nur eines.

27. Februar. In Rom starb im 73. Lebensjahr Graf Angelo von Gubernatis.

1. März. Die deutschen und die französischen sozialdemokratischen Parteien erlassen gemeinsam einen Protest gegen die neuen Rüstungsvermehrungen.

Anfang März. In Oesterreich-Ungarn wird eine neue Heeresvermehrung von 50 000 Mann angekündigt.

3. März. Bryan, der neue Staatssekretär der Vereinigten Staaten, hielt in Raleigh (Nordcarolina) eine bedeutende Friedensrede. Amerika müsse in der Abrüstung ein glänzendes Beispiel geben, um auf jede mögliche Weise für den Fortschritt des Friedens zusammenzuwirken.

4. März. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, tritt sein Amt an.

6. März. Präsident Woodrow Wilson übernimmt das Ehrenprotectorat des amerikanischen Nationalrats für Frieden und Schiedsgericht. Wilsons erste Handlung als Präsident.

DAUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Vorbereitung der III. Haager Konferenz. :: :: :: :: ::

In England hat sich auf eine Anregung hin, die der vorjährige National-Friedenskongreß gegeben hat, ein Komitee gebildet, das sich durch eine Anzahl hervorragender Juristen, National-ökonomien, Kaufleute und andere Berufszugehörige ergänzen will und sich die Aufgabe stellt, der dritten Haager Konferenz vorzuarbeiten. Der frühere Lordkanzler, der Earl of Lorburne, hat den Vorsitz übernommen. Außerdem haben nachstehende Persönlichkeiten ihren Beitritt gemeldet: Lord Avebury, Lady Byles, Noel Buxton, Lord Courteney of Pennwith, W. H. Dickinson, Gordon Harvey, F. W. Hirst, Carl Heath, T. J. Lawrence, Sir John Macdonell, G. H. Perris, Lord Shaw of Dunfermline, Norman Angell und Sir George Paish.

Dieses von England gegebene Beispiel sollte auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn nachgeahmt werden. Vielleicht wird man es hier als einen Widerspruch ansehen, zu einer Zeit, wo vor Adrianopel und Skutari die Belagerungsgeschütze reden und ganz Europa von einer Woge des Militarismus beunruhigt wird, von der dritten Haager Konferenz zu sprechen. Bekämpfen wir mit dem stärksten Nachdruck diese Anschauung. Jetzt an das Haager Werk zu denken, ist im höchsten Maße zeitgemäß. **Der Krieg da unten ist der Anachronismus; nicht die Konferenz vom Haag.**

Rüstungsproblem.

Die Rüstungsbeschränkung in den Vereinigten Staaten.

Wie im Vorjahre hat das Repräsentantenhaus auch in diesem Jahre (25. Februar) statt der von der Regierung geforderten zwei Schlachtschiffe mit 194 gegen 133 Stimmen nur eins bewilligt. Die Flottenliga hat sogar für drei Schiffe Stimmung gemacht, konnte aber gegenüber der machtvoll organisierten pazifistischen Propaganda nicht obsiegen.

Gemeinsame Kundgebung der deutschen und französischen Sozialdemokratie gegen die Rüstungen.

Am 1. März erließen die Sozialdemokraten Frankreichs und Deutschlands eine gemeinsame Kundgebung. Diese war von den Parteivorständen und den sozialistischen Abgeordneten beider Länder unterzeichnet. Der Wortlaut sei hier festgehalten:

„In Deutschland und in Frankreich bereiten die Regierungen wiederum Gesetzentwürfe vor, durch welche die ungeheuren militärischen Lasten noch weiter gesteigert werden. In dieser Stunde erachten es die französische und die deutsche Sozialdemokratie als ihre Pflicht, sich noch enger aneinanderzuschließen, um vereint

den Kampf zu führen gegen dieses an Wahnsinn grenzende Treiben der regierenden Klassen.

Die französische und die deutsche Sozialdemokratie erheben einmütig und einstimmig Protest gegen die unaufhörlichen Rüstungen, die die Völker erschöpfen, sie zur Vernachlässigung der wichtigsten Kulturaufgaben zwingen, das gegenseitige Mißtrauen steigern, und statt den Frieden zu sichern, Konflikte heraufbeschwören, die zu einer Weltkatastrophe führen mit Massenelend und Massenvernichtung im Gefolge.

Die Sozialdemokratie beider Länder darf sich mit Recht als Wortführerin des deutschen wie des französischen Volkes betrachten, wenn sie erklärt, daß die Volksmassen mit überwältigender Mehrheit den Frieden wollen und den Krieg verabscheuen. Die herrschenden Klassen hüben und drüben sind es, die die nationalen Gegensätze, statt sie zu bekämpfen, künstlich verschärfen, die gegenseitige Feindseligkeit schüren und dadurch die Völker von ihren Kulturbestrebungen und ihrem Befreiungskampf im Innern ablenken.

Um den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker und den Fortschritt der Demokratie auf allen Gebieten in beiden Staaten zu sichern, fordert die Sozialdemokratie, daß alle Streitigkeiten zwischen den Völkern schiedsgerichtlich geschlichtet werden; sie empfindet die Entscheidungen auf dem Wege der Gewalt als Barbarei und Schande für die Menschheit.

Sie fordert weiter die Beseitigung des stehenden Heeres, das eine stete Bedrohung der Nationen bildet und an dessen Stelle die Einführung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage, die nur der Landesverteidigung zu dienen hat.

Wenn aber trotz ihres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.

Die Sozialdemokratie in Deutschland und in Frankreich hat schon in der Vergangenheit durch ihre Haltung das perfide Doppelspiel der Chauvinisten und Rüstungsinteressenten in beiden Ländern entlarvt, die in Frankreich die Begünstigung des Militarismus durch die deutsche Sozialdemokratie und in Deutschland die Begünstigung des Militarismus durch die französischen Sozialisten dem Volke vorspiegeln. Die gemeinsame Bekämpfung des Chauvinismus: hüben und drüben, das gemeinsame Eintreten für ein friedliches und freundschaftliches Zusammengehen muß dieser dreisten Irreführung der Völker ein Ende bereiten.

Derselbe Ruf gegen den Krieg, dieselbe Verurteilung des bewaffneten Friedens hallt in beiden Ländern wider. Unter der Fahne der Internationale, die die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation zur Voraussetzung hat, werden die deutschen und französischen Sozialisten mit-

steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unersättlichen Militarismus, gegen den länderverwüstenden Krieg, für den dauernden Völkerfrieden.“

Verschiedenes.

Norman Angells Propaganda in deutschen Studentenkreisen.

Bekanntlich hat kürzlich die Göttinger Studentenschaft in einer großen Versammlung gegen Norman Angells Propaganda in deutschen Studentenkreisen protestiert. Da auch ein bekannter Führer der deutschen Burschenschaft, der Bonner Alemanne Assessor Stahl, gegen Angell sprach, so hat die deutsche Burschenschaft hier ebenso gegen die Friedensidee Partei ergriffen, wie kürzlich in Gießen.

Ich kann nun, ohne mich hier auf Details einzulassen, erklären, daß diese Vorgänge in letztem Ende nur dazu beitragen werden, der seit Jahren in burschenschaftlichen Kreisen für die Friedensbewegung betriebene Propaganda neue Anknüpfungspunkte zu geben. Z. B. war der Protest der Gießener Burschenschaft und ein darauf folgender Briefwechsel meinerseits mit der Gießener Burschenschaft der Anlaß, daß sich ein Mitglied der Gießener und Berliner Burschenschaft bereit erklärten, in den nächsten Semestern Vorträge über die Friedensbewegung in den Burschenkränzchen zu halten. Wenn es nur gelingt, einige wenige jüngere Burschenschafter für die Friedensidee zu begeistern, so ist damit ein gewaltiger Schritt vorwärts getan. Denn niemand, der die Verhältnisse kennt, darf darüber im Zweifel sein, daß die Durchdringung der Korporationen mit pazifistischem Geiste praktisch bedeutsamer ist, als die Propaganda in freistudentischen Kreisen.

Auf einen Punkt möchte ich aber hier aufmerksam machen, nämlich die große Gefahr, die in der Propaganda der Friedensidee auf den deutschen Universitäten durch Ausländer liegt. Man vergegenwärtige sich die gewaltige Bedeutung, die die Ausländerfrage auf allen Universitäten einnimmt, und prüfe jetzt, ob es richtig ist, wenn gerade Ausländer, mögen sie noch so verdient sein, die Propaganda unserer Idee auf den Universitäten in die Hand nehmen, und dadurch veranlassen, daß die Ausländerfrage mit der Friedensfrage verquickt wird. Nicht nur aus meiner Korrespondenz mit der Gießener Burschenschaft, auch aus anderen Quellen bin ich darüber genug orientiert, um sagen zu können: Wenn wir die Friedensidee so propagieren, werden wir den chauvinistischen Geist nur stärken. Niemand, der nicht selbst Korporationsstudent gewesen ist, macht sich einen Begriff von den geradezu erschreckenden Vorurteilen, die gegenüber der Friedensidee in den Korporationen herrschen.

Die internationalen Studentenvereine sind sehr wertvoll; aber gerade in den Korporationen

werden sie unmöglich die Friedensidee mit Erfolg verbreiten können. Wir müssen vielmehr versuchen, langsam einzelne Mitglieder der Korporationen dafür zu gewinnen, daß sie ihrerseits unsere Idee verbreiten.

Uebrigens hat kürzlich ein Artikel der Zeitschrift des „Allgemeinen deutschen Burschenbundes“, eines ganz kleinen Bundes, gegen den Verband für internationale Verständigung Stellung genommen. Aber die Tatsache, daß der Begründer dieses Verbandes, Geheimer Sanitätsrat Dr. Küster (Berlin) durchaus auf pazifistischem Boden steht (vgl. seinen Aufsatz in Nr. 8 des Jahrgangs 1912 der Fr.-W.), sollte diesen Gegnern zu denken geben.

Dr. Hans Wehberg.

Zu diesen Ausführungen erscheinen uns einige Bemerkungen nicht unangebracht.

Die „Ausländer“, die an deutschen Universitäten und in anderen Versammlungen in letzter Zeit über das Friedensproblem gesprochen haben, sind nicht als Emissäre anzusehen, die von anderen Nationen nach Deutschland gesandt wurden, um gerade die Deutschen zur Friedensidee zu bekehren. Es sind dies vielmehr durchwegs Männer, die in ihrer Heimat in großzügiger Weise und unter Einsetzung ihrer ganzen Lebenstätigkeit für die Friedensidee bereits gearbeitet haben, die dort für die Völkerverständigung und Aufklärung so wirken, wie die deutschen Pazifisten dies in Deutschland tun. Wenn sie nun nach Deutschland kommen, so taten sie es nicht aus dem Bestreben, jetzt ihre Propaganda auf Deutschland auszudehnen. Sie wissen ganz genau, daß dies nicht ihres Amtes ist. Sie kamen lediglich von deutschen Anhängern der Friedensidee gerufen, die ihren Landsleuten zeigen wollen, daß es auch jenseits der Grenzpfähle gleichstrebende Gesinnungsgenossen gibt. Die Ausländer sind da mehr Objekte der Friedenspropaganda, denn Subjekte. Wenn die deutschen Pazifisten solche angesehene Pazifisten des Auslandes nach Deutschland rufen, so ist es nur ihr gutes Recht; denn die Gegenpropaganda täuscht das Volk, indem es ihm immer nur von jenen ausländischen Agitatoren erzählt, die chauvinistisch, kriegerisch und antideutsch wirken.

In dieser Täuschung liegt aber eine große Gefahr. Es soll nun den Deutschen gezeigt werden, daß nicht alle Ausländer Hetzer und Kriegsschürer sind, ebenso wie die Franzosen und Engländer und Amerikaner stets mit größtem Wohlwollen deutschen Pazifisten in ihren Ländern das Wort erteilen, damit auch ihre Landsleute von dem einseitigen Vorurteil über die Deutschen geheilt werden. Die Ablehnung von Männern wie Norman Angell, Ruyssen und Riquiez durch einzelne nationale Gruppen und Zeitungen ist nur unter voller Verkenning der eigentlichen patriotischen Tendenz des Auftretens dieser Männer in Deutschland möglich gewesen, das vom nationalen Gesichtspunkte nicht anders beurteilt werden darf,

wie das durch das Austauschwesen geförderte Auftreten ausländischer Gelehrter an deutschen Universitäten.

Was die Aufgabe der Internationalen Studentenvereinigungen anbelangt, so liegt es diesen fern, direkte Friedenspropaganda zu treiben. Sie wollen lediglich das Verständnis der in Deutschland studierenden Ausländer für das Deutschtum, das der Deutschen für die Ausländer erwecken. Und dieses Verständnis ist notwendig, denn mit grundsätzlicher Fremdenfeindlichkeit, die heute nicht einmal mehr in Korea oder Tibet Anklang findet, kann ein Kulturvolk im Wettbewerb der Weltwirtschaft, der Weltwissenschaft und der Weltpolitik nicht mehr bestehen. Diese Vereinigungen sollten daher von jedem guten und weitschauenden Deutschen als dem Vaterlande nützliche Unternehmungen ebenso unterstützt werden, wie die großen Friedensvorkämpfer des Auslandes als Schätzer des Deutschtums und seiner Bedeutung freudig begrüßt werden sollten. Fr.-W.

Des „ausländischen“ Pazifisten Heimkehr. :: :: :: ::

Als kennzeichnend für den falschen Standpunkt, den die deutschen Nationalisten ausländischen Pazifisten gegenüber einnehmen, können die Angriffe dienen, die unserem französischen Kollegen, Prof. Ruysen, nach seiner Rückkehr aus Deutschland von seiten französischer Nationalisten zuteil wurden.

Unser Mitarbeiter, Herr Edmond Duméril-Hallberger, schreibt uns darüber:

„Den Lesern der Friedens-Warte ist es nicht unbekannt, daß Prof. Ruysen aus Bordeaux mit Prof. Piloty in Elsaß-Lothringen mehrere Vorträge gehalten hat. Die Redner konnten sich überall, in Kolmar, in Mühlhausen, in Straßburg, eines sehr bedeutenden Erfolges erfreuen, indem die Bevölkerung Elsaß-Lothringens noch einmal bewies, daß sie auf die Macht des Rechts allein rechnet, um ihre Lage allmählich zu verbessern.

Dies ist aber den französischen nationalistischen Agitatoren nicht gerade recht, da sie die armen Elsässer stets zu Zwecken der inneren Politik brauchen. Daher wurde Herr Prof. Ruysen in ihren Zeitungen aufs heftigste angegriffen — trotz des Beifalls, den er sogar bei dem französischen „Journal d'Alsace“ gefunden hatte! — In einem Artikel über „le scandale Ruysen“, drückt sich das Jingo-blatt „l'Action Française“ folgendermaßen aus: „Herr Ruysen, obgleich er nur ein ‚Halbfranzose‘ (!) ist, war der Repräsentant Frankreichs in diesem rührenden Bund (mit Herrn Prof. Piloty). Der Spaß aber schien den Elsässern eher seltsam: sie fanden es wunderbar, daß ein Franzose, ein Universitätsprofessor, sich mit einem deutschen Professor zeigte (!) und mit ihm gemeinschaftlich daran arbeitete, den Pazifismus der unglücklichen Bevölkerung zu predigen.“ usw. (Nummer vom 12. Februar.)

Nicht nur, daß Herr Ruysen öffentlich angegriffen wurde, diese Blätter verlangten vom Ministerium (!) eine Bestrafung, und da sie natürlich wohl wußten, daß dieselbe ausbleiben würde, so schickten sie einen Aufruf an die royalistischen Studenten der Universität Bordeaux, damit sie ihrem wiederkehrenden Dozenten einen „feierlichen“ Empfang vorbereiteten. Diese ergriffen natürlich mit Freude die Gelegenheit, etwas Spektakel zu machen, und die öffentliche Vorlesung des Herrn Ruysen am 10. Februar konnte nicht stattfinden. Man pfiiff, man schrie „Sie sind kein Patriot!“ usw. Der Dekan erschien vergebens und mußte die Polizei holen. Mehrere Führer der Bewegung wurden arretiert. Andere erwarteten den Professor vor dem Tore des Gebäudes, um ihn auf der Straße weiter zu beschimpfen.

Hoffentlich wird die akademische Behörde energisch einschreiten, falls solche Angriffe sich wiederholen. — Die deutschen Friedensfreunde aber sollen dem Mann doppelt dankbar sein, der an der Annäherung Frankreichs und Deutschlands auf dem Boden des Rechts arbeitet und dabei wegen seiner edlen Friedensliebe von den in jedem Land tobenden Nationalisten verfolgt wird.

Mögen sie auch daraus wohl einsehen, was wir Friedensfreunde von den Royalisten zu erwarten haben!“

Sollten diese Ausschreitungen von Chauvinisten unsere deutschen Studenten nicht stutzig machen, und sie nicht doch zu einer Revision über die Friedensvorträge von Ausländern in Deutschland veranlassen? So deutschfeindlich scheinen doch jene Leute nicht zu sein, die von französischen Jingos ausgepiffen werden.

Militärische Kriegshoffnungen. :: :: :: :: :: :: :: ::

In amtlichen militärischen Erlassen in Oesterreich-Ungarn kamen in letzter Zeit die Hinweise auf einen künftigen Krieg, die Hoffnungen auf einen solchen in unzweideutiger Weise zum Ausdruck. An einem Schlachten-gedenktage des Regiments „Belgier“ entbot der Kriegsminister dem Regiment seinen Gruß und fügte hinzu: „Möge der Geist, der aus solchen Traditionen sprießt, das brave Regiment auch dann beseelen, wenn die Befehle Sr. Majestät die Möglichkeit bieten werden, zum ererbten Lorbeer frischgrünenden zu pflücken.“ Die Rede, mit der Marinekommandant Montecucculi am 16. Februar seinen Abgang ankündigte, enthält ebenfalls solche Andeutungen. „Unsere ganze Flotte,“ so heißt es da, „steht im Dienst und kann binnen kurzem berufen sein, dem Feinde zu zeigen, daß sie die langen Friedensjahre nicht unbenützt verstreichen ließ.“ Dann weiter: „Vor kurzem habe ich Ihnen mitgeteilt, daß ich die volle Ueberzeugung habe, die Flotte werde unter ihren bewährten Führern unserer Flagge neuen Lorbeer bringen. Mir wird es leider nicht mehr ver-

gönt sein; Anteil daran zu nehmen.“ Wenn Monarchen oder Staatsmänner vom Kriege reden, vergessen sie nie hinzuzufügen: „Was Gott verhüten möge.“

Ein Künstler gegen den Krieg. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der bekannte Bildhauer Professor Eberlein in Berlin veröffentlicht in allen Zeitungen einen Aufruf gegen die Schädigung der Kunstdenkmäler durch den Krieg. „Blut und Tränen,“ meint er, „werden in jedem Krieg fließen. Aber,“ so fährt er fort, „es gibt Schäden in seinem Gefolge, die nicht unbedingt mit seiner Natur verbunden und daher vermeidbar sind. Auch den begeisterten Freund des stolzen (?) Krieges wird Trauer ergreifen, wenn große, herrliche, schöpferische Werke des Künstlers und des Gelehrten in Flammen aufgehen, wie die Alexandrinische Bibliothek oder das Heidelberger Schloß, wenn der Parthenontempel oder das Grabmal des Hadrian zerschmettert werden. Der Krieg atmet Kraft und Gewalt. er ist männermordend, weil er sein muß (!). Aber die Werke des schöpferischen Geistes könnten und müßten allezeit auch im Kriege, als heilig und der ganzen Menschheit gehörig gelten, also unantastbar sein. Hat doch die „Genfer Konvention“ unnötige Grausamkeiten und Kriegsgreuel bei allen Kulturvölkern wider alles Erwarten bis zu einem gewissen Grade beseitigt! Warum soll nicht eine neue „Konvention“ die unersetzlichen Werke von Kunst und Wissenschaft: Denkmäler, künstlerische Bauwerke, Bildergalerien, Bibliotheken, Museen, wissenschaftliche Institute, für den Kriegsfall in ihren mächtigen Schutz nehmen, zum Segen der Welt! Fern von jeder Politik, lediglich als Sachwalterin der adligsten Kultur, soll eine Vereinigung aller Freunde von Kunst und Wissenschaft in allen Ländern, besonders in Deutschland und Frankreich, als den voraussichtlichen Vorkämpfern eines etwaigen Zukunftskrieges, in Wirksamkeit treten!“

Zunächst sei dem um unsere Kultur so besorgten Professor gesagt, daß es einer derartigen Abmachung bereits gibt. Artikel 27 des Haager Abkommens zur „Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ sagt:

„Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel als möglich (!) zu schonen, vorausgesetzt, daß sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden.“

Das Kulturbewußtsein unserer Künstler, denen die Erhaltung der Steine über alles geht,

kann sich also beruhigen. Wenn sie bei diesem entsetzlichen Kriege, wo Frauen, Greise und Kinder in der rohesten Weise niedergemetzelt wurden, die Berichterstattung von lebendig Begrabenen und Verbrannten, von Geschändeten und Verstümmelten meldet, von Cholera-kranken, die mit den Leichen gleichzeitig aus dem fahrenden Eisenbahnzuge auf den Bahndamm geworfen wurden, von Tausenden, die von der Cholera und dem Typhus hinweggerafft wurden, von Zehntausenden, die zu Krüppeln geschossen wurden oder unter entsetzlichen Qualen unter der genialen Wirkung der Maschinengewehre ihr Leben aushauchten, wenn sie da an nichts anderes zu denken haben, als an die Erhaltung der geschichtlichen Denkmäler, so zeigt dies nur, wie weltfremd sie dem größten Problem unserer Zeit gegenüberstehen, und wie sie vor lauter Kunstinteresse das Interesse für die Menschheit verloren haben. Vielleicht liest Herr Professor Eberlein Joseph Poppers (Lynkeus) Buch über „Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen.“

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Gräfin Hedwig Pötting, Stiftsdame und Vorstandsmitglied der österreichischen Friedensgesellschaft, feiert am 23. März ihren 60. Geburtstag. Sie ist seit vielen Jahren mit der Baronin Suttner auf das innigste befreundet und deren Helferin und Beraterin. Sie hat den Roman „Die Waffen nieder!“ für die Jugend bearbeitet und sich auch sonst schriftstellerisch betätigt. Ihr überaus sympathisches Wesen, ihre edle Hingabe für alles Gute und ihr freudig bewegtes Vorwärtsempfinden haben einen großen Kreis aufrichtiger Freunde um sie geschart, die sie zu ihrem 60. Geburtstag alle auf das herzlichste begrüßen werden. — E. T. Moneta und Fred. Bajer mußten sich beide in den letzten Wochen Operationen unterziehen, die von unseren greisen Freunden glücklich überstanden wurden. — Geheimrat Prof. Kohler in Berlin geriet unter einen Autoomnibus, kam aber mit geringen Verletzungen davon, von denen er sich bereits wieder erholt hat. — Am 27. Februar starb zu Rom im 73. Lebensjahre Graf Angelo de Gubernatis. Auf dem Stockholmer Friedenskongreß des Jahres 1910 sahen wir ihn an der Spitze der italienischen Delegation feurig für unsere Ideen eintreten. Damals überbrachte er die Einladung zu jener Kongreßtagung in Rom, die aus bekannten Gründen vereitelt wurde. Gubernatis sollte diesem Kongreß präsidieren. Er traf auch alle Vorbereitungen und arrangierte gleichzeitig in der Engelsburg die „Ausstellung des Friedens“. Die Vereitelung des Römischen Kongresses durch die Cholera war ein glücklicher Zufall, der uns und den Veranstaltern manche peinliche Szene erspart hat. Die Haltung, die de Gubernatis mit einem Teile seiner italienischen Gesinnungsgenossen während des Tripoliskrieges einnahm, trennte ihn von uns und veranlaßte ihn auch, aus dem

Berner Bureau zu scheiden. Der Tod hat ihn davon gehindert, die Annäherung mit den alten Mitkämpfern wieder herbeizuführen. Wir werden sein Andenken nichtsdestoweniger in Ehren halten. Er war ein großer Gelehrter, der im öffentlichen Leben seines Landes eine angesehenere Stellung einnahm. — In das holländische Komitee zur Vorbereitung der dritten Haager Friedenskonferenz ist an Stelle des verstorbenen Generals den Beer Poortugael der Generalmajor H. L. van Oordt gewählt worden, der die Niederlande bereits auf der zweiten Haager Konferenz als technischer Delegierter vertreten hat. — In Meran starb Ende Februar der rheinische Großindustrielle Gustav H. Müller-Abeken, der seinen Wohnsitz im Haag hatte und Generalkonsul von Rumänien war. Er war einer der ersten Industriellen, die dem Verbands für internationale Verständigung beitraten. Während der Marokkokrise trat er dafür ein, daß die internationalen Verträge gehalten werden. — Der frühere großbritannische Gesandte in Washington, James Bryce, ist an Stelle des Sir Edward Fry zum Mitglied des Haager Hofes bestellt worden. — Mr. Henry Lorenzo Yanes, der kürzlich zum Chef der lateinisch-amerikanischen Abteilung des Staatsdepartements ernannt wurde, ist vom Präsidenten Taft zum Schiedsrichter in dem Streit zwischen der Regierung von Ecuador und der Guyaquil & Quito-Eisenbahn ernannt worden. Die Regierung von Ecuador ernannte den Präsidenten des Senats, Dr. Alfredo Baquirizo Moreno. — Dr. Karl Peters, der frühere Reichskommissar von Deutsch-Ostafrika, hielt Ende Februar im Deutschen Klub in Wien einen Vortrag über „Die Zukunft Europas“, in dem er für einen föderativen Zusammenschluß der europäischen Staaten eintrat.

ANS DER BEWEGUNG

Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

14. März: Sitzung der Kommission des Int. Friedens-Bureaus in Bern.

18. März: Sitzung des Interparlamentarischen Rates in Brüssel.

1.—3. Mai: IV. amerikanischer Nationalfriedenskongreß in St. Louis.

11.—12. Mai: VIII. französischer Nationalfriedenskongreß in Paris.

14.—16. Mai: XIX. Lake-Mohonk-Konferenz.

11.—13. Mai: II. Verbandstag des Verbandes der Internationalen Studentenvereine Deutschlands in Leipzig.

10.—13. Juni: IX. englischer Nationalfriedenskongreß in Leeds.

19.—21. August: VIII. Deutscher Esperantokongreß in Stuttgart.

29. August: Einweihung des Friedenspalastes im Haag.

August: XX. Weltfriedenskongreß im Haag.
29. Aug. bis 13. Sept.: VIII. Weltkongreß der Studentenverbände (Corda Fratres) in Ithaca, New York.

29.—31. August: IX. Internationaler Esperantokongreß in Bern.

22. September: XXVIII. Konferenz der Int. Law Association in Madrid.

September: XVIII. Interparlamentarische Konferenz im Haag.

Von der Feldhaus-Tournee. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 4. Februar sprach Feldhaus gemeinsam mit Professor Ruysen aus Bordeaux in Mühlhausen i. Els. unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Eduard Drumm über „Der Krieg und die Zivilisation“. Von dem 600. Jubiläumsvortrag von R. Feldhaus ist zu berichten, daß an diesem Abend der große Saal des Bürgermuseums in Stuttgart bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Ausführungen zu dem Thema: „Die Lehren des Balkankrieges“, erläutert durch viele Lichtbilder vom Kriegsschauplatz, erweckten viel Interesse. Der Redner war Gegenstand vieler Ovationen und wurde zum Schluß durch Ueberreichung eines Riesenlorbeerkränzes im Namen der Deutschen Friedens-Gesellschaft ausgezeichnet.

Anfangs März sprach Feldhaus am Rhein: In Köln vor 1400 Hörern, in Düsseldorf vor 900. Sein Thema lautete da: „Rüstungswahn — Staatsbankrott — Balkankrieg“. Er sprach außerdem noch in Basel und Darmstadt vor überfüllten Sälen. Nach Ostern begibt er sich zu einer neuen Tournee nach dem Oberrhein.

Studienreise nach den Vereinigten Staaten. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Anlässlich des vom Internationalen Studenten-Bund, Corda Fratres, einberufenen Studenten-Kongresses in Ithaca (New York) Anfang September veranstaltet die Deutsche Freie Studentenschaft in Verbindung mit dem Verband Internationaler Studentenvereine, dem Akademischen Freibund, der Deutschen Akademischen Freischar und dem Deutschen Bund abstinenter Studenten eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten, über die nachstehende Einzelheiten bekanntgegeben werden:

Ueberfahrt: Anfang August. Abfahrt von Europa Anfang August, und zwar von Liverpool mit einem amerikanischen Dampfer. Die Teilnehmer können sich dann ohne große Sonderkosten einige Tage in England aufhalten und gewöhnen sich auf dem Schiffe schon an amerikanische Speise und Sprache. Der Dampfer führt nur eine Klasse Fahrgäste. Während der Ueberfahrt (etwa 10 Tage) werden einige einführende Vorträge, teils deutsch, teils englisch gehalten.

Aufenthalt: Während des offiziellen Aufenthalts (sechs Wochen) wird das Kongreß-

Komitee, zu dessen Ehrenmitgliedern unter vielen bekannten Männern des öffentlichen und des akademischen Lebens der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, gehört, für Besichtigungen und Führungen zur Belehrung und Anregung, für gesellige Veranstaltungen zur Erholung und Unterhaltung und für mancherlei Vergünstigungen sorgen. Die Deutsch-Amerikaner werden wohl den Studenten aus der Heimat einen besonders freundlichen Empfang bereiten. Die Reise wird sich auf die östlichen und mittleren Staaten beschränken und doch ein mannigfaches Bild vom „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ bieten. Das Programm soll tunlichst auch für persönliche Neigungen Bewegungsfreiheit lassen. — Zum Besuch des Kongresses, zu dem Studenten aus aller Welt zusammenströmen, sind alle Reiseteilnehmer berechtigt und verpflichtet; studentische Vereinigungen können Vertreter bezeichnen. Sein Zweck ist, „zwischen den Studenten der ganzen Kulturwelt gegenseitiges Verständnis und Freundschaft zu fördern, ohne bestimmte religiöse, politische oder ökonomische Grundsätze zu begünstigen oder zu bekämpfen.

Rückfahrt: Die Teilnehmer können ihren Aufenthalt beliebig ausdehnen und mit beliebigem Dampfer gleicher Art heimkehren.

Bedingungen: Einige Kenntnisse der englischen Sprache sind unbedingt erforderlich, des Esperanto erwünscht. Gründliche Vorbereitung auf die Reise wird dringend empfohlen. Das (staatliche) Amerika-Institut, Berlin NW. 7, Universitätsstraße 8, hat sich bereit erklärt, Teilnehmern dabei durch mündliche und schriftliche Auskunft behilflich zu sein.

Die Kosten der offiziellen Reise von etwa 2½ Monaten sollen 1000 M. (einschließlich der Ozeanfahrten) bei mäßigen Ansprüchen nicht überschreiten.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Teilnehmen kann jedes Mitglied der Dozenten und Studentenschaft deutscher Hochschulen (ausnahmsweise auch nicht mehr studierende Akademiker). Schluß der Liste spätestens am 15. Juni 1913. Auskunft erteilen auch die Vertreter der angeschlossenen Studentengruppen. Anmeldungen (unter Einsendung von 10 M. Beitrag zu den Organisationskosten; Akademiker 20 M.) nimmt nur entgegen

Das Amt für Studienreisen ins Ausland der Deutschen Freien Studentenschaft

Dr. phil. Walter A. Berendsohn,
Hamburg, Behnstr. 15 (ab 1. April Hallerplatz 8).

LITERATUR U. PRESSE

Böhme, Ernst.
Friedensbewegung und Lebenserziehung. 80.
Gautzsch bei Leipzig 1913. Felix Dietrich
(Kultur und Fortschritt Nr. 661/62). 31 S.
50 Pf.

Es ist erfreulich, daß sich auch in Deutschland die Friedensliteratur mehrt, und es ist hier von ganz besonderer Bedeutung, daß der pazifistische Gedanke von Vertretern der verschiedensten Berufsklassen für die Angehörigen der verschiedenen Berufe erörtert wird. Pfarrer Böhme in Künitz bei Jena hat uns schon vor Jahren eine Schrift, „Krieg und Christentum“ betitelt, beschert. In seiner vorliegenden Arbeit legt er besonderes Gewicht auf die Volkserziehung im pazifistischen Sinne, wie sie in Schule und Haus geübt werden soll. Was er über die pazifistische Schularbeit, den Friedenstag, die Schulfriedensliga schreibt, verdient weiteste Beachtung in pädagogischen Kreisen. Im ganzen empfiehlt sich die populär gehaltene Schrift als eine gute Einführung in die Friedenslehre.

(Johnson, R. U.)

The „coastwise Exemption“. The Nation against it. An appeal on behalf of the National Honor and a sound Business Policy. Representative Opinion of the Press, and of College Presidents, Superintendents of Schools, Clergymen, and other Influential Citizens. Gr. 8°. New York 1913. 48 S. Kostenlos durch R. U. Johnson, Century Magazine, Union Square, New York.

In dem in der vorliegenden Nummer veröffentlichten „Brief aus den Vereinigten Staaten“ wird bereits auf diese Veröffentlichung hingewiesen. Sie enthält die Meinungsäußerung einiger hundert hervorragender Bürger der Vereinigten Staaten über den zwischen der Union und Großbritannien entbrannten Streit über die Abgaben beim Panamakanal. Die Schrift trägt das Motto „Repeal or Arbitrate“, was soviel besagt, als daß das Gesetz, das der amerikanischen Küstenschiffahrt eine Bevorzugung am Panamakanal einräumt, rückgängig gemacht werden soll oder der Streit, der darüber mit England entbrannt ist, eine schiedsgerichtliche Erledigung finden möge.

Hätten sich jene hunderte amerikanische Bürger auf den Standpunkt „Right or wrong, my country“ gestellt, so wäre diese Veröffentlichung in der alldeutschen Presse mit ungeheurem Hallo begrüßt worden. Da sie aber eine imposante Kundgebung des Willens zum Recht der amerikanischen Bürger ist, „ein Aufruf im Interesse der nationalen Ehre und einer gesunden Politik“, wie es im Titel heißt, wird sie bei uns leider nur wenig Beachtung finden.

Für den europäischen Pazifismus wird die Schrift eine vortreffliche Waffe bilden, wenn es sich darum handeln wird, den Kredit des internationalen Rechtsgedankens gegen seine Angreifer wieder einmal zu verteidigen.

A. H. F.

Root, Elihu.

The Obligations of the United States as to Panama Canal Tolls. Speech in the Senate of the United States; January 21, 1913. 8°. Washington. Government Printing Office. 1913. 31 S.

Dies ist die klassische Rede, die Root zugunsten der Zurückziehung jener Klausel in

der Panamakanal-Bill hielt, die der amerikanischen Küstenschifffahrt eine Bevorzugung gegenüber den Schiffen der anderen Staaten einräumt. Sie ist eine Mahnung zu internationaler Wohlanständigkeit. „Herr Präsident“, so heißt eingangs eine Stelle, „die Meinung der Kulturwelt ist etwas, das wir nicht leichten Herzens gering-schätzen dürfen.“ Die Achtung vor den Anschauungen der Menschheit, heißt es weiter, bildete einen der, für die Völker dieser Kolonien, in der großen Erklärung der amerikanischen Unabhängigkeit festgelegten Grundsätze. — Die Rede enthält ferner eine fast vollständige Zusammenstellung aller Äußerungen der amerikanischen Präsidenten und Staatsmänner zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit und wirft dann die Frage auf: „Herr Präsident, sind wir Pharisäer? Sind wir unaufrichtig und falsch gewesen? Haben wir uns in all den langen Jahren der Resolutionen und Erklärungen, der Vorschläge und Beschleunigungen zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit verstellt? Sind wir jetzt entschlossen, zuzugeben, daß unser Land, seine Kongresse und seine Präsidenten alle schuldig sind der falschen Vorspiegelung, des Humbugs, des Zum-Fenster-Hinausredens, der schönen Worte zum Zwecke der Beifallserregung, und daß wir in dem Augenblick, wo wir ein Interesse daran haben, bereit sind, alle Erklärungen, alle Versprechungen und alle Grundsätze zu verleugnen? . . . Herr Präsident, hier gibt es nur eine Alternative, die der Selbstachtung gerecht wird. Entweder wir schreiten zur schiedsgerichtlichen Auslegung dieses Vertrages oder wir müssen uns von der Stellung, die wir errungen haben, zurückziehen.“

Das sind wichtige Worte in ernster Stunde, die ihre Wirkung auch nicht verfehlt haben, wie aus dem in dieser Nummer der „Fr.-W.“ veröffentlichten „Brief aus den Vereinigten Staaten“ zu ersehen ist. Root hat sich bei dieser Gelegenheit wieder als das erwiesen, was er uns schon lange gilt: als der hervorragendste pazifistisch wirkende Staatsmann.

Darby, Evans.

The Claim of „the new Pacifism.“ A Paper read at the Autumnal Conference of the Peace Society, Dundee, October 14th, 1912. 8°. London 1913. The Peace Society; 47, New Broad Street. E. C. 12.

Die interessante Rede unseres ausgezeichneten Mitkämpfers wendet sich gegen die in einer englischen Revue (und auch anderwärts) verbreitete Meinung, die Theorien Norman Angells wenden sich von dem „älteren Pazifismus“, der versagt habe, ab und bilden eine neue Lehre. Dem gegenüber betont Darby sehr richtig: „Das einzige Neue in der Friedensbewegung ist eine neue Stimme, ein neuer Akzent der Ueberzeugung, eine neue Beweiskraft und eine neue Beachtung seitens der Oeffentlichkeit. (was wir auf das herzlichste

begrüßen); das heißt aber nicht, daß der alte Pazifismus versagt hat. . . . Er mußte versagen, betonen die neuen Rufer, weil er sich nicht auf das wirtschaftliche Moment beschränkte. Aber die wirtschaftliche Seite wurde von den älteren Pazifisten niemals übersehen oder vernachlässigt. Meine Vorgänger widmeten ihr die größte Aufmerksamkeit, und ich habe mehr darüber geschrieben und gesprochen als über irgendein anderes Gebiet des Pazifismus, eben weil es die nächstliegende, praktischste und dringlichste Seite ist.“

Die Ausführungen Darbys sind sehr beherzigenswert.

Mead, Lucia Ames.

Swords and Ploughshares or the Supplanting of the System of War by the System of Law. With a Foreword by Baroness von Suttner. 8°. New York and London 1912. The Knickerbocker Press. XII u. 249 S. Mit 17 Abbildungen. Cloth.

Ihrem ausgezeichneten, vor Jahren erschienenen „Primer of the Peace Movement“ ließ Lucia A. Mead jetzt eine etwas ausführlichere Darstellung der Friedensbewegung folgen, die in 15 Kapiteln den Leser in das verwickelte Problem einführt. Die Kapitelüberschriften werden die Methode der Darstellung am besten erläutern: I. Kurze Skizze der Geschichte des Pazifismus. — II. Nationale Gefahren und nationale Verteidigung. — III. Interdependenz. — IV. Die Macher des Militarismus. — V. Die Flotte als „Versicherung“. — VI. Einige Irrtümer des Admiral Mahan. — VII. Neutralisation. — VIII. Das Philippinen-Problem. — IX. Zwei Hauptgeister. — X. Unterricht in Patriotismus. — XI. Unterricht in Internationalismus. — XII. Patriotische Gesänge, Symbole und Gesellschaften. — XIII. Die Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit. — XIV. Hoffnungsvolle neue Friedenswirkungen. — XV. Was erreicht wurde und werden wird.

Union Interparlementaire.

Compte Rendu de la XVIIe Conférence tenue à Genève du 18 au 20 septembre 1912. Gr. 8°. Bruxelles. Misch a Thron. XI u. 372 S. Toile. 5 Frcs.

Es ist erfreulich, daß der Gesamtbericht über die Genfer Interparlamentarische Konferenz bereits fünf Monate nach ihrer Abhaltung gedruckt vorliegt. Man hat dadurch Gelegenheit, auf die Details jener Beratungen näher einzugehen, ehe sie noch durch die Zeitereignisse überholt sind. Gerade sehr zu Paß kommt jetzt der ausgezeichnete Bericht d'Estournelles' über die Beschränkung der Rüstungen und die ausführliche Wiedergabe der Debatte, die sich daran geknüpft hat.

Der Bericht Professor Zorns über die Schiedsgerichtsbarkeit, der Efremoffs über die Organisation der Vermittlung, Beernaerts letzte Tat, der Bericht über das Verbot des Luftkrieges und zahlreiche andere Dokumente sind für die wissenschaftliche Fortbildung des Pazifismus von unschätzbarem Wert. Das General-Sekretariat der Union hat mit der ge-

wissenschaften Redaktion und der raschen Veröffentlichung dieses „Compte Rendu“ wieder einmal seine vortreffliche Organisation bewiesen.

Classics, the, of International Law.

Edited by James Scott: De Jure et Officiis et Disciplina Militari Libri III by Balthazar Ayala. Ed. by John Westlake. 2 vols. I. Reproduction of the first Edition, with Introduction by John Westlake. II. Translation of the Text, by John Pawley Bate, with Translators Note and Index of Citations. 4°. Washington. Published by the Carnegie Institution of Washington 1912. I. Bd. XXIII u. 227 S., II. Bd. XII u. 250 S. Cloth.

Im Rahmen der in der „Fr.-W.“ 1912, S. 313 besprochenen Veröffentlichung der „Klassiker des Völkerrechts“ erfolgt jetzt die Herausgabe eines anderen Vorläufers von Hugo Grotius. Es ist das Werk des in Antwerpen geborenen Ayala, eines Militärrichters in der Armee des Alexander Farnese, Fürsten von Parma, das im Jahre 1582 zuerst erschien. Der erste Band enthält die photographische Wiedergabe der ersten Ausgabe mit einer Einleitung Westlakes; der zweite Band enthält die englische Uebersetzung des lateinischen Originals. In der Ausstattung schließt sich die neue Veröffentlichung der des ersten Werkes an.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift für allgemeine und spezielle Weltwirtschaftslehre. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. I. Bd., Heft 1. Jan. 1913. Gr. 8°. Verlag von Gustav Fischer in Jena. 248, 92 u. 35 S.

Aus dem Inhalt: Dr. Bernhard Harms, Weltwirtschaft und Weltwirtschaftslehre. — Prof. Dr. Ferd. Tönnies, Individuum und Welt in der Neuzeit. — Prof. Dr. Karl Thiess, Die Weltspur der Eisenbahnen. — Dr. Felix Meyer, Das internationale Wechselrecht. — E. Fitger, Seeverkehr im Weltverkehr. — Prof. Dr. Rob. Liefmann, Die int. Organisation des Frankfurter Metallhandels. — Dr. G. Rocca, Die int. Bedeutung des italien. Lebensversicherungsmonopolgesetzes. — Besprechungen, Chronik usw.

Revue Générale de Droit int. Public. 1913. No. 1. Paris. A. Pedone.

Aus dem Inhalt: E. Audinet, Le monopole des assurances sur la Vie en Italie et le Droit des étrangers. — A. Alvarez, La Conférence des juristes de Rio de Janeiro et la Codification du droit international américain. — P. Fauchille, La Fondation de l'Institut américain de Droit international. — G. Gram, G. F. Hagerup, M. Kebedgy, T. J. Lawrence, F. von Liszt, J. de Louter, L. Oppenheim et A. Pillet, L'Institut américain de droit international. — usw.

La Vie Internationale. Revue mensuelle des Idées, des faits et des organismes

internationaux. Tome II, 1912. Fascicule 8. Lex.-8°. Bruxelles. Office central des Associations Internationales.

Aus dem Inhalt: Jean Lescure, Les crises générales et la Solidarité des Marchés économiques nationaux et internationaux. — Prof. W. Schücking, La Mission essentielle du Droit international. — Le Doublement des Associations internationales. — usw.

Bulletin of the Pan-American Union. 1912. Dec. Washington.

Aus dem Inhalt: The Panama-Canal Conference at Atlanta. — Prize for Peace-essay. — The pan-american Mass at Washington. — usw.

Angell, Norman,
Der Einfluß des Bankwesens auf die internationalen Beziehungen. Ein Vortrag, gehalten im Bankiers-Verein (Institute of Bankers) zu London. Gr. 8°. O. O. u. o. J. und Verlagsfirma. 34 S. (Gedruckt bei Wilhelm & Brasch, Berlin SW. 48.)

Ferch, Joh.,
Die Kaserne. Ein Roman aus dem Leben unter den Fahnen. 1. bis 5. Tausend. Gr. 8°. Wien und Leipzig. 1913. Anzengruber Verlag. Brüder Suschitzky. 288 S. 3 M. (3 Kr.)

Fliegenschmidt, Maximilian,
Deutschlands Orientpolitik im ersten Reichsjahrzehnt 1870—1880. Teil I. Gr. 8°. Berlin 1913. Puttkammer & Mühlbrecht. 322 S.

Geschichtskalender, deutscher, für 1912. Zwölftes Heft. Dezember. 8°. Leipzig. Felix Meiner. 1913. S. 339—399.

Gerö, Dr. Ernst,
Die Beseitigung ausländischer Ehehindernisse in Ungarn. Nach dem ungarischen Ehegesetze und nach dem Haager Eherechtsabkommen. Praktischer Wegweiser für Advokaten, Justiz- und Administrationsbehörden, Heiratslustige, insbesondere für bereits Geschiedene oder Scheidung Beabsichtigende katholischer Konfession. 8°. Budapest. 1913. Ehrechts-Bibliothek. Budapest VII. Rákócz-út. 68. 32 S. Kr. 1. —

Höflin, Emil Gotthold,
Eine Friedensbewegung des Ostens. 8°. St. Imier. 1913. Abhandlungen des Internationalen Friedensbureaus (Bern). 11 S.

Rudolph, Hermann,
Die vier Wege zur Theosophie und die Hindernisse auf dem Pfad zur Selbsterkenntnis. Zur Verbrüderung der Religionen und Völker. Zwei Vorträge. 8°. Leipzig. 1913. Verlag der Theosophischen Kultur. 64 S. 1,20 M.

Schulz, Anna,
Gott und Mensch. Gemeinverständliche Betrachtungen über den tieferen Sinn der Bibel. Gr. 8°. Stettin. 1912. Verlag Anna Schulz, Gießereistr. 40a. V und 378 S. Geb.

Seber, Dr. Max,
Neue Kulturperspektiven. Weltanschauungsstreit oder Menschheitskultur. 8°. Dresden. 1912. Carl Reißner. 94 S.

Spender, J. Alfred,
Die Grundlagen der britischen Politik. Uebersetzt von Alfred Rennebarth in London. 8°. Sonderdruck der „Zeitschrift für Politik“

II. Bd., Heft 1. Berlin. 1913. S. 114—150.
Nicht im Handel.

Armements et Aviation.

Compte rendu de la Conférence de l'Union Interparlementaire tenue à Genève en 1912. Préface de M. d'Estournelles de Constant. („Conciliation internationale“: Bulletin trimestriel No. 4.) 8°. Paris. 1912. 90 S.

La Conciliation allemande.

Congrès de Heidelberg. (5. bis 7. Oktober 1912.) Introduction & Compte rendu par M. Th. Ruyssen, Prof. à la faculté des lettres de l'université de Bordeaux („Conciliation internationale“: Bulletin trimestriel No. 1.) 8°. Paris. 1913. Ch. Delagrave. 70 S.

Novicow, J.,

L'Alsace-Lorraine obstacle à l'expansion allemande. Préface de M. le professeur Ch. Richet. Avec un Portrait de l'Auteur. 8°. Paris. Felix Allcan. 1913. 392 S. Fr. 3,50.

Union Interparlementaire.

Rapport du Secrétaire général au Conseil Interparlementaire pour l'année 1912. Avec deux Annexes : I. Liste des Présidents et Secrétaires des groupes. II. Programme du Bureau pour 1913. Gr. 8°. Uccle-Bruxelles. 1913. Bureau Interparlementaire. 31 S.

Procès-Verbal

de l'Assemblée générale du mercredi 25 septembre 1913*). Genève (Salle des fêtes de l'Université). 8°. (Berne 1913, Bureau int. de la Paix.) 5 S.

Procès-Verbal

des Séances de la Commission du Bureau tenues les 22 et 27 septembre 1912 à Genève. 8°. (Berne 1913, Bureau int. de la Paix.) 17 S.

Mez, Dr. John,

Le chèque postal international et les résultats des virements postaux en Autriche, en Hongrie, en Suisse et en Allemagne. Gr. 8°. Bruxelles 1913. Extrait de „La Vie Internationale“ 1912. Fasc. 7 t. II. S. 249—262.

Naruse, Jinzo,

The Concordia Movement. 8°. New York. „Am. Association for Int. Conciliation“, Sub-Station 84 (407 West 117th Street). 14 S. (kostenlos).

Monthly Bulletin

of Books, Pamphlets and Magazine Articles Dealing with int. Relations. January. 1913. 8°. New York. „Association for int. Conciliation“, Sub-Station 84 (501 West, 117th Street). 11 einseitig bedr. SS. (kostenlos).

Report

of the Proceedings of the anglo-german Understanding Conference. London. 1912. 8°. London. The British Joint Committee, 167 St. Stephens House, Westminster SW. (1913). 15 S. (kostenlos).

Root, Senator

and Latin America. From the congressional Record for January 16, 1913. 8°. New York City. American Association for International Conciliation, Substation 84 (407 West, 117th Street). (International Conciliation; Special Bulletin, Januar 1913.) 13 S. (kostenlos).

Who makes war?

An Editorial from the London Times of November 26, 1912. 8°. New York City. American Association for International Conciliation, Substation 84 (407 West, 117th Street). (International Conciliation; Special Bulletin, Febr. 1913.) 10 S. (kostenlos).

Year Book

of the American School Peace League 1911/1912. 8°. (Boston 1913.) 104 S. Zu beziehen durch Mrs. Fannie Fern Andrews, Boston, Mass., 405 Marlborough Street.

Vollenhoven, C. van,

De Eendracht van het Land. 8°. s'Gravenhage 1913. Martinus Nijhoff. 97 S. Preis —,50 Fl.

Roszkowski, Gustav,

O Unii Interparlamentarnej. Gr. 8°. Krakow. 1911. Drukarna Uniwersytetu Jagiell. 37 S.

Zeitschriften-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Seit Januar 1913 erscheint die holländische Friedenszeitschrift „Vrede door Recht“ in neuem Gewande. Das Format ist kleiner, aber die Seitenzahl viel größer und der Inhalt reichhaltiger. In dieser Ausstattung darf man die neue Revue ohne Zweifel zu einer der ersten Friedenszeitschriften der Welt rechnen. Die anderen Kleinstaaten, insbesondere die Schweiz, Schweden und Dänemark, verfügen nicht über eine so inhaltsreiche Revue. Das ist ja wohl nicht zum wenigsten auf das große Interesse zurückzuführen, das man in Holland der Friedensbewegung entgegenbringt. In der Februarnummer finden wir einige vorzügliche Berichte über neuere Schiedsfälle. Dr. van der Flier behandelt den russisch-türkischen Streit vor dem Haager Hofe, van der Mandere die Timorangelegenheit. Mit diesem letzteren Falle hat es folgende Bewandnis. Holland und Portugal sind kürzlich übereingekommen, den Grenzstreit betreffend die Insel Timor schiedsrichterlich erledigen zu lassen, und zwar soll der Streit dem schweizerischen Bundesrat übergeben worden sein. van der Mandere fragt nach den Gründen der Ignorierung des Haager Schiedshofes, und untersucht, ob die Kostspieligkeit, das langsame Verfahren oder die Tatsache, daß der Haager Schiedshof in dem Gebiete einer der Streitparteien liegt, dieses Verhalten der Parteien rechtfertigen können. Beide Parteien haben sich in einem Schiedsvertrage verpflichtet, alle Rechtsfragen, über die eine Einigung nicht erzielt wurde, dem Haager Hofe anzuvertrauen. Das hindert natürlich nicht, daß sie durch besondere Vereinbarung den Streit anderswie erledigen lassen, aber immerhin besteht nach van der Mandere's richtiger Meinung eine moralische Verpflichtung, den Haager Hof nicht zu umgehen. Es scheint übrigens nach den neuesten Mitteilungen, als habe die holländische Regierung infolge der Opposition in Holland die Absicht, die Angelegenheit doch dem Haager Hofe zu überweisen. Wahrscheinlich ist eine offizielle Uebertragung des Schiedsrichteramtes an den schweizerischen Bundesrat noch nicht erfolgt. Nach einer Erklärung des Ministers des Aeußeren van Swindere in der ersten Kammer der Generalstaaten will man vielleicht

*) Druckfehler am Titel. Gemeint ist 1912.

ein einzelnes Mitglied des Haager Schiedshofes mit der Erledigung des Streites beauftragen. „Die Wissenschaft“, so sagte der Minister, „hat in der letzten Zeit festgestellt, daß ein Schiedsgericht auch nur aus einer Person bestehen kann, und wenn diese auf der Liste des Haager Schiedshofes steht, so handelt es sich um die Erledigung des Streites durch den Haager Hof.“ Es ist aber nicht empfehlenswert, den Streit durch eine Einzelperson entscheiden zu lassen.

Die Timorangelegenheit weist wieder mit großem Nachdruck auf die Errichtung eines ständigen Gerichtshofes hin. In diesem Sinne ist auch ein Wort Tafts aus der letzten Zeit zu verwerfen. Dieser erklärte nämlich, wenn der Panamastreit schiedsrichterlich erledigt würde, dann solle er aber nicht dem Haager Hofe, sondern von einer besonderen Kommission entschieden werden.

Frau de Jong-Kluyver gibt in derselben Nummer einen vorzüglichen Ueberblick über die Neuregelung der Vermittlung auf der nächsten Haager Konferenz.

In Nr. 2 der „Friedensbewegung“ veröffentlicht der hervorragende amerikanische Gesandte in Brüssel Theodor Marburg einen Aufsatz über „die Gefahr der Rückständigen“. Er weist auf die ständige Bedrohung des Friedens der Welt und die fortwährende Gefährdung von Leben und Eigentum der Bewohner in unzivilierten und rückständigen Staaten hin. Gerade in bezug auf Mexiko ist sein Aufsatz von aktuellem Interesse. Er schlägt ein Zusammengehen aller zivilisierten Nationen vor, um gemeinsam die Leitung in solchen Staaten zu übernehmen, die sich als unfähig erwiesen haben, geordnete Zustände zu schaffen. Er weist darauf hin, wie gerade durch das Verhalten unzivilierteter Staaten andere Mächte zu einer Expansionspolitik verleitet werden. Falls alle Mächte die Verhältnisse solcher Staaten künftighin gemeinsam ordnen, werden wohl auch noch Eroberungen vorkommen; aber diese werden nicht kriegerischer, sondern moralischer Art sein. Was Südamerika betrifft, so meint Marburg, die Sicherung der Zustände in diesem Erdteile müsse ausschließlich den Vereinigten Staaten zufallen, da die Monroedoktrin dies verlange. Aber die Vereinigten Staaten würden dann künftig als Mandatare der Mächte und mit einem besonderen Rechtstitel die Ordnung der Zustände in Südamerika sichern.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Stuttgart). März. O. U., Fanatismus. — Rich. Gaedke, Die neue Wehrvorlage. — F. Stehelin, Die Lage in Elsaß-Lothringen. — F. Siegmund-Schultz, Die deutsch-englischen Beziehungen. — usw.

Vaterland und Welt (Göttingen). Februar. Prof. Troeltsch, Reiseeindrücke in Amerika. — Prof. O. Nippold, Die Organisation der int. Verständigung. — Friedr. Depken, Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung. — usw.

Der Friede (Bern). Februar. G.-C., Nationale Verirrungen. — Th. Schmidt, Selig sind die Friedensfreunde. — K. W. Schult-hess, Pazifistische Rundschau. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Februar. Pierre Clerget, Die Fragen der Meerengen. — Dr. Theodore Marburg, Die Gefahr der Rückständigen. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). No. 2. Th. Ruysen, Guerre ou Paix? — Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Emile de Girardin. — Michel Bréal et Louis Havet, La Neutralisation de l'Alsace-Lorraine. — Th. Ruysen, Le Réveil des Nationalités. — usw.

— No. 3. Frédéric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Les Oubliés. — Charles Richet, Agathon et la jeunesse française. — Th. Ruysen, La guerre jugée par l'Armée. — Jacques Dumas, La guerre des Balkans est-elle une illusion?

The Arbitrator (London). Februar. Germany and Holland. — David Starr Jordan, Military Conscription. — Mr. Carnegies New Year's Greeting. — The Panama Canal Act and foreign Shipping: Reply of Secretary Knox to Sir Edward Grey. — Gordon M. Savile, Brothers in Arms: The Pride of a Race made Ready. — Heroism and Perils of Peace.

Concord (London). Jan.-Febr. Felix Moscheles, to my Friends; a message. — Our Presidents eightieth birthday. — Military Service in Australia. — J. A. Farrer, The Vision of Senator Z. — usw.

Monthly Circular (of the National Peace Council, London). Februar.

Advocate of Peace (Washington). February. The Battleships Program once more. — The Anglo-American Centenary. — The St. Louis Peace Congress. — Fannie Fern Andrews, American School Peace League. — William D. B. Ainey, An hundred years of Peace. — Thomas H. Lewis, The School Teacher as the Advance Agent of Peace. — Thomas Raeburn White, The immediate Establishment of an international Court of Arbitrale Justice. — Rear-Admiral Chester, The Panama Canal Bill.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). Jan. William C. Deming, The Opportunity and Duty of the Press in Relation to World Peace. — usw.

La Luce del Pensiero (Neapel). Februar. M. Mastropaolo, Il problema della Cultura e il Govere della Democrazia. — G. Tinivella, I diritti del sentimento. — usw.

(Le Messenger de la Paix, Moskau). No. 1 u. 2. In russischer Sprache.

„Vrede door Recht“ (Haag). Febr. Aan het nederlandsche Volk. — Lieut.-Gen. Jhr. J. C. C. den Beer Poortugael. — B. d. J., Internationale feestelijke Studenten Bijenkomst. — Dr. M. J. van der Flier, Het tweede Arbitrage-geding in 1912. — H. van der Mandere, Timor-aangelegenheid. — C. A. de Jong van Beek en

Donk, Nadere Regeling betreffende bemiddeling. — S. J. Visser, Difficilés Nugáe. — Dr. A. B. van der Vies, De nederlandse Staatsbegroting en het Internationalisme. Het Vredesbudget.

Fredsfanan (Stockholm). No. 2. Till svenska Volket. Fredens Sekelminne 1914. — Erik Palmstierna, Fredsbetryggande Faktorer.

Fredsbladet (Kopenhagen). No. 2. Niels Petersen, Faestningsagitationen. — G. Kemp, Verdensfredsadressen. — Niels Petersen, Faestningsagitationen og Krigsminderne. — Tilnaermelsen mellem Tyskland og England.

Nemzetközi élet (Internationales Leben, Budapest). 1912. No. 12. Féltik a lakosságyalgalmát! — Békemogalmak hazánkban. — Az ezidei Nobel-féle békedíj. — usw. — 1913. No. 1. Önzetlen hazafisáy. — usw.

The Japan Peace Movement (Tokio). No. 2. Observance of Peace Sunday in Japan. — Sidney L. Gulick, The economic Theory of Peace. — Count Okuma, Characteristics of the modern Peace Movement. — usw.

Artikel-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Mit schlecht verhehltem Aerger wird die neue englisch-deutsche Verständigungszeitschrift „Die Eiche“ in der „Kreuzzeitung“ vom 23. II. und im „Reichsboten“ vom 15. II. begrüßt. — In einem „Die Rechnung gilt“ überschriebenen Artikel beschäftigt sich das „Leipziger Tageblatt“ (27. II.) mit den Lehren Norman Angells. Darin läßt der Verfasser die Richtigkeit der Angellschen Behauptungen „dahingestellt“ sein, entschließt sich aber doch zu der Feststellung: „Ganz zweifellos, daß die Kulturvölker mehr und mehr dem Kriege als solchem abgeneigt werden. Auch das ist ja nur wieder zu begreiflich, denn ebenso, wie im Leben der Individuen die gewaltsame Lebensbetätigung den Bahnen des Rechts weicht, so werden auch im Leben der Kulturvölker die atavistischen Triebe mehr und mehr überwunden, und die Sonne des Handelns nach Recht und Pflicht im Völkerrecht spendet ihr warmes Licht. Und hier ist es eine ganz markante Erscheinung, daß die germanischen Völker, also Engländer, Deutsche und die in der Kultur so weiten Nordgermanen am stärksten die Kultur des Pflichtbewußtseins pflegen.“ Es ist immerhin aus diesen Betrachtungen die zum Ueberdenken anregende Einwirkung der Angellschen Arbeit zu erkennen. Und mehr wollen wir überhaupt nicht, als zum Denken anregen. — In einem als „von besonderer Seite“ herrührend bezeichneten, mit „Militaria“ überschriebenen Artikel des „Berliner Tageblatt“, der offensichtlich einen Militär zum Verfasser hat, ist der bemerkenswerte Satz enthalten: „Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß bei besserer politischer Leitung und im allgemeinen europäischen Interesse wir und unsere zivilisierten Nachbarn nicht immer die geradezu ungeheuren militärischen Lasten werden tragen müssen.“ — Friedrich Naumann hat auf

seinem Wege jenseits der pazifistischen Kulturarbeit in einem in der „Hilfe“ (13. II.) erschienenen Artikel (Die Sterbenden von Adrianopel) wieder das angebliche Versagen der pazifistischen Bestrebungen betont. Da lesen wir: „Und Schiedsgericht? Wir haben es eben vor uns gehabt, das Schiedsgericht von London! Mehr kann ein Haager Gerichtshof auch nicht tun. Die Mächte schlugen vor, Adrianopel mitten durch zu teilen; sie aber sterben lieber, als Adrianopel teilen zu lassen. . .“ Sie denken ja gar nicht daran. Die Sterbenden und die Beschließenden sind nicht dieselben. Andere haben beschlossen, daß andere „lieber“ sterben sollen. Und was hat das Schiedsgericht damit zu tun? Welche Verwechslungen! Soll der Räuber Prozeß führen, statt zu rauben? Da er das nicht tun wird — weiß er doch, er müßte unterliegen — gibt es deshalb kein Mittel, sich der Räuber zu erwehren? Und wer ist denn in jenem Kriege der Räuber? Nicht der, der Adrianopel nehmen will, sondern jener, der sich darin versteckt hält. — Im „Zeitgeist“ vom 17. II. feiert Grete Meisel-Hess den 75. Geburtstag von Joseph Popper-Lynkeus, den Verfasser der Bücher „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“ und „Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen“, zweier Schriften, die den Ideenschatz des Pazifismus unendlich bereicherten. Die Verfasserin sagt zum Schluß ihres Aufsatzes: „Ich wüßte niemanden, der den Wert des Menschenlebens in einer bezwingenderen Art analysiert und dargestellt hätte wie Popper. Er ist der Mann, dem weitaus als erstem der Friedensnobelpreis gebührt! Denn erst, wenn dieses Bewußtsein vom Wert des menschlichen Lebens, des Komplexes „Ich“ so gewaltig wird, daß keinerlei Einwände mehr dagegen standhalten können, erst dann wird es unmöglich sein, daß Menschen gezwungen werden, für die „Ideale“ oder, besser gesagt, Interessen anderer, welcher Art sie auch sein mögen, ihr Leben hinzugeben oder aufs Spiel zu setzen. Für dieses Bewußtsein hat Popper Worte gefunden wie kein anderer. Das Nobelkomitee hat im vergangenen Jahre den Friedenspreis nicht vergeben, weil es den Würdigen nicht fand. Hier war und ist der Mann, den man vergeben suchte.“

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Carl Ludwig Siemering, Immanuel Kant als Philosoph des Weltfriedens. „Ethische Rundschau.“ II. * Max Nordau, Kriegsstimmung. „Pester Lloyd.“ 23. II. * Georg Gothein, Der Kriegskeim. „Neckar-Zeitung (Heilbronn).“ 7. II. * H. Froelich, Die Völker und der Krieg. „Der Weg.“ II. * Hermann Schurig, Was ist der Krieg? „Die Grenzboten.“ 12. II. * Karl Witte, Die Abrüstungspläne zur Zeit des zweiten Kaiserreiches. Sonntagsbeilage der „Voss. Ztg.“ 16. II. * Max Maurenbrecher, Realistische Friedensbewegung. „Das Freie Wort.“ Nr. 22. * Louis P. Lochner, Ueber internationale Studentenvereine. „Hochschul-Nachrichten (München).“ Nov. 1912.

II. Die internationale Politik: Norman Angell, Einige Worte zur deutsch-englischen Verständigung. „Vossische Zeitung.“

14. II * Axel Schmidt, Die deutsch-englische Annäherung und die englisch-russische Entfremdung. „Berliner Börsen-Courier.“ 19. II. * Dr. Curt Radlauer, Die Neutralisation Albanien. „Hamburger Nachrichten.“ 16. II. * Modernisierung der Diplomatie. „Solothurner Zeitung.“ 18. II. *

III. Völkerrecht: Die Genfer Verhandlungen über das Verbot des Luftkrieges. „Neue Preußische (†) Zeitung.“ 15. II. * Dr. Ad. Grote, Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes. „Burschenschaftl. Blätter.“ (Berlin.) Nr. 9.

IV. Internationales: Prof. Dr. Josef Kohler, Weltmarkenschutz. „Allgemeine Zeitung.“ (München.) 8. II. * Nationalismus—Internationalismus. „Internationaler Volkswirt.“ (Berlin.) 16. II.

V. Wirtschaftliches: Hermann Gottschalk, Krieg und Arbeit. „Die Neue Rundschau.“ II. * Norman Angell, Why Germany builds. What the German said. „Daily Mail.“ (Paris.) 26. II. * Die falsche Rechnung. „Der Bote aus dem Riesengebirge.“ 22. II. * Friedrich Depken, Norman Angells falsche Rechnung. „Heidelberger Neueste Nachrichten.“ 4. II. * Die internationale Abhängigkeit der Volkswirtschaft. „Straßburger Post.“ 7. II. * Ernst Jäckh, Deutschland 5, England 8. „Die Hilfe.“ 20. II. * Eine Schilderung, wie es in Oesterreich aussieht. „Arbeiter-Zeitung.“ (Wien.) 20. II. * Hungersnot in Galizien. „Die Zeit.“ 21. II. * Rich. Gaedke, Das deutsch-französische Wettrüsten. „Zeit.“ (Wien.) 23. II.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Deutsche Friedensgesellschaft: Ortsgruppe Cöln.

Resolution.

An 1400 im überfüllten Saal des Fränkischen Hofes versammelte Bürger Cölns

nehmen mit Bedauern Kenntnis von der neuen Heeresvorlage, die nach allerdings noch nicht offiziös beglaubigter Nachricht eine laufende Mehrausgabe von 250 Millionen und eine einmalige Ausgabe von einer Milliarde in den Abgrund des Rüstungswahns schleudern wird; protestieren gegen die nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern von den gleichen Kreisen betriebenen Hetze, die unter dem Deckmantel einer nationalen Notwendigkeit immer wieder die Rüstungsforderungen stellen, ihrerseits aber jeden Weg einer Verständigung zwischen den Nationen durch ihre Hetzarbeit ungangbar machen;

fordern die Regierung auf, neben den Rüstungen das von der Friedensbewegung an-

geregte und von den Regierungen fortgesetzte Werk der Haager Konferenzen energisch zu fördern, das Seebeuterecht abzuschaffen, damit einen Hauptgrund für die Flottenrüstung zu beseitigen, den ständigen Staatengerichtshof im Haag zu errichten, die von Nordamerika vor zwei Jahren durch die Bennetbill angeregte Studienkommission für die Möglichkeit der Rüstungsbeschränkungen endlich einzusetzen, kurz, die Vorbereitungen für eine friedliche Erledigung aller Streitigkeiten zwischen den Nationen ebenso als eine nationale und daher kräftig zu fördernde Angelegenheit betreiben, wie jetzt die Rüstungsvermehrungen;

verpflichten sich ihrerseits ein jeder an seinem Teil mitzuarbeiten am Werk internationaler Verständigung.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Unser Vizepräsident, Dr. Alex. Ritter von Dorn, feierte in voller geistiger und körperlicher Frische im vorigen Monate seinen 75. Geburtstag. Unser Vorstand benützte diesen freudigen Anlaß, seinem treuen Gesinnungsgenossen zu diesem Jubelfeste zu beglückwünschen.



Aufruf!

In der jetzigen, so kriegsbewegten, konfliktsschwangeren Zeit enthüllt sich uns mit eindrucksvoller Klarheit das Zwiespältige in der modernen Weltanschauung: mit der Tradition, mit den althergebrachten Gebräuchen und Sitten ringen die neuen zukunftsreichen Ideen der Verbesserung des sozialen und internationalen Lebens. Noch ist die Tradition herrschend, noch glauben viele in gedankenloser Wiederholung des Ausspruches anderer an den Krieg als etwas Gottgewolltes oder wenigstens als eine unabwendbare Einrichtung der Natur gleich Unwettern, Erdbeben und Meeresstürmen; noch erblicken viele in der kriegerischen Betätigung den höchsten Ruhmestitel des Mannes, des Herrentums, zugleich aber eine radikale Kur gegen angebliche Uebervölkerung und Degeneration, unter allen Umständen das einzig wirksame Mittel, um das Vaterland gegen äußere „Feinde“ zu schützen und zu sichern.

Aber seit langem schon erheben sich in der Brust jedes Denkenden und Fühlenden Zweifel an der Richtigkeit dieser Weltanschauung und gerade jetzt mit doppelter Stärke: zu laut sprechen die furchtbaren Greuel im Gefolge jedes Krieges, so auch des jetzigen, zu unserem Herzen — Greuel, welche trotz aller Milderungsversuche internationaler Vereinbarungen, dank der im Kriege schrankenlos entfesselten, jeder Kultur spottenden Urtriebe des Menschen immer wieder zum Ausbruche kommen. Da sind aber auch die wahnsinnig steigenden Rüstungskosten,

welche in geradezu trostloser, wechselseitiger Berufung auf den bösen Nachbar ins Unermeßliche wachsend, die produktive Tätigkeit in jedem Lande immer schwerer belasten und es immer weniger möglich machen, selbst die dringendsten kulturellen und sozialen Bedürfnisse des Volkes auskömmlich zu befriedigen.

Und in die bängigen Zweifel an der Richtigkeit jener kriegerischen Weltanschauung mischt sich die in vielen bereits dunkel geahnte und sich immer allgemeiner durchdringende Erkenntnis von der Möglichkeit, internationale Konflikte durch Richterspruch auszutragen, wie ja schon längst private Konflikte der Kulturmenschen nicht mehr durch rohe Gewalt, sondern durch den Richter beseitigt werden.

Diese frohe Botschaft der völkerrechtlichen und weltwirtschaftlichen Apostel der internationalen Organisation und des internationalen Schiedsgerichtes muß gerade jetzt um so mehr triumphieren, als wir nunmehr den klaren Beweis erhielten, daß Rüstungen und Ueberrüstungen uns doch nicht vor dem Kriege und der Kriegsgefahr schützen, also ihrem so oft verkündeten obersten Zwecke nicht gerecht werden, im Gegenteil, wir müssen schauernd erkennen, daß wir uns auf einem ganz falschen Wege befanden, der uns dem gewöhnlichen Ziele um keinen Schritt näher brachte, sondern uns immer weiter davon entfernte.

Der Samen für diese kostbare, des Menschen einzig würdige Auffassung internationaler Fragen, diese kostbare Einsicht reift in uns allen, in manchen erst als zartes Pflänzchen, in vielen schon als stattlicher Baum. Wir wissen es jetzt: das Wohlergehen der Staaten und ihrer Bewohner hängt entscheidend davon ab, daß jene rechtliche und friedliche Auffassung Allgemeingut werde. Sie ist ja im Grunde nichts anderes, als der wahre Kern des Christentums, ebenso wie jeder anderen Religion und Ethik. Sie verheißt auch die so lange gesuchte Lösung sozialer und politischer Probleme, sie ist echter Humanismus, aber ebenso echter Patriotismus, weil sie ja den dauernden Bestand und die Wohlfahrt des eigenen Vaterlandes zugleich mit der Wohlfahrt aller Nachbarn wahrhaft sichert und nicht bloß verspricht!

Zu dieser besseren und geläuterten Einsicht, deren sich ja viele noch nicht bewußt sind, müssen sich möglichst viele Volksgenossen in allen Staaten der Welt öffentlich bekennen, dann wird der Erfolg unser sein!

Wir richten daher an alle ehrlichen Freunde unseres Volkes und der Menschheitsideale die herzliche Bitte, sich in den Dienst der modernen Kultur dadurch zu stellen, daß sie der äußeren Organisation dieser Weltauffassung, der Oesterr. Friedensgesellschaft, sich als tätiges Mitglied anschließen. Wenn wir alle jene Männer und

Frauen in Oesterreich, welche im Herzen schon längst unser sind, auch als Mitglieder begrüßen können, dann haben wir schon das schwerste überwunden, dann wird es endlich gelingen, daß die Menschheit über ihre gefährlichsten Feinde, über Unverstand und Elend, siegen kann.

Wien, im März 1913.

Vorstehender Aufruf wurde an zirka 12 000 Persönlichkeiten und zirka 300 politische und Fachblätter versendet. (Die Neue Freie Presse veröffentlichte ihn im Morgenblatte vom 26. v. M.) An unsere Mitglieder ergeht die Bitte, uns Adressen von ihren Bekannten zu senden, an welche dieser Aufruf event. zu schicken wäre.

Die beiden Vortragszyklen, welche wir im Jahre 1911/12 veranstalteten, erfreuten sich so großen Zuspruches und förderten unsere Bestrebungen in so ausgezeichnete Weise, daß wir auch heuer einen III. volkstümlichen Vortragszyklus mit nachstehendem Programm veranstalten.

12. d. M.: Pfarrer A. Schindelar: „Die sittlich-religiöse Berechtigung der Friedensbewegung“. 19. d. M.: Artur Müller: „Pazifistische Tendenzen am Ausgange des Mittelalters“. 2. IV.: Dr. Paul Stiaßny, Referent der Carnegiestiftung: „Der österreichische Staatsbankrott von 1811“. 9. IV.: Univ.-Prof. Dr. Oswald Richter: „Ein Spaziergang durch die Kruppschen Werke“ (mit Demonstrationen). 16. IV.: Alfred H. Fried: Ueber Norman Angells Buch „Die große Täuschung“. 23. IV.: Baronin Berta von Suttner: „Pazifismus in Amerika“.

Die Vorträge finden bei freiem Eintritt 7½ Uhr abends im Hörsaale 50 der k. k. Universität (Philosophische Fakultät) statt.

Auf Anregung des Wiener Volksbildungsvereines hielt unser Vorstandsmitglied, Univ.-Prof. Dr. O. Richter am 23. Februar einen Vortrag unter dem Titel „Die Friedensbewegung und ihr Erfolg“ und am 2. d. M. „Der Kampf ums Dasein“.

Vorträge: Unser Vorstandsmitglied, Schriftsteller A. Müller, hielt am 25. Januar im „Neuen Frauenklub“ unter dem Titel „Der Kampf gegen den Krieg“ und am 7. d. M. in der Ersten Organisation neutraler Guttempler über „Abstinenz und Friedensbewegung“ Vorträge.

Friedensbewegung in Mähren. Der neu geschaffene Friedensverein in Brünn „Jednota mírová pro Moravu“ entwickelt eine lebhaftige Tätigkeit. Er hält fleißig Vorträge und wurde auch eine Broschüre herausgegeben. Die Gesellschaft zählt bereits 600 Mitglieder, darunter sehr viele Lehrer und Lehrerinnen.



April 1913.

Im Namen Europas.

Seit meiner Kindheit heißt es: „Im Frühjahr geht's los!“ Seit mehr als vierzig Jahren wartet die Menschheit von 1900 auf den von den Priestern des Militarismus angekündigten europäischen Krieg nach der Schneeschmelze, wie die Menschheit um das Jahr 1000 auf den Weltuntergang. In diesem Winter unseres Mißvergnügens, der den Aufbruch jenes Geschwüres sah, auf den die hohe Politik und mit ihr die niedere öffentliche Meinung seit einem halben Jahrhundert mit Bangen wartete, glaubten die Feuerschlucker Europas, daß die Zeit wirklich schon gekommen sei, wo ihre Prophezeiung in Erfüllung gehen müsse. Die Heere zweier europäischer Großmächte standen sich kriegsbereit hart an den Grenzen gegenüber. Jeder Tage brachte neuen Zündstoff, neue Verwicklungen, neue Befürchtungen; aber die Millionen Gewehrläufe blieben ungeschwärzt. Für die überkommene politische Auffassung etwas ganz Unbegreifliches. Statt den Versuch zu machen, das Unbegreifliche zu ergründen, vertagte man Hoffnung und Befürchtung auf das Frühjahr, auf die Schneeschmelze. Das ist an sich ein altfränkischer Gedanke. In jenen Zeiten, wo kriegerische Auseinandersetzungen noch mit einer gewissen Eleganz ausgeführt werden konnten und mehr einer mit Nachdruck ausgeführten politischen Demonstration glichen als einem Daseinsringen von Millionen, konnten Schnee und Winterkälte noch ihre Ausführung beeinflussen. Die solches heute noch annehmen, sind sich nicht klar geworden, was ein moderner Krieg in Europa eigentlich bedeuten würde. Der deutsche Reichskanzler hat es am 7. April im Reichstag gesagt: „Von den Dimensionen eines Weltbrandes, von dem Elend und der Zerstörung, die er über die Völker bringen würde, macht sich kein Mensch eine Vorstellung. Alle bisherigen Kriege werden wahrscheinlich ein Kinder-

spiel dagegen sein.“ Und da sollten Schnee und Winterkälte eine aufschiebende Rolle spielen, wenn solch ein Krieg notwendig sein sollte, wenn er möglich wäre? Dieser Gedanke an einen auf das Frühjahr vertagten Krieg ist nur ein unbeholfener Versuch, über das unbegriffene Neue mit einem bequemen Gedankensprung hinwegzukommen.

Das unbegriffene Neue liegt eben darin, daß der Krieg aufgehört hat, „eine Fortsetzung der Politik nur mit anderen Mitteln“ zu sein, wie man es sich heute noch nach Clausewitzschem Rezept einzureden beliebt. Diese „anderen Mittel“ der Politik, die über jenen toten Punkt hinauswirken sollen, wo unsere Väter und Großväter nur den Krieg als einzige Möglichkeit erblickten, haben sich eben geändert. Das hat uns der Winter 1912/13 wieder auf das deutlichste bewiesen.

Dieses Neue ist in die Augen springend; man will es nur nicht sehen. Es klebt noch zu viel historischer Staub in den Augen unserer Zeitgenossen, der ihnen das Sehen erschwert; ihr Blick ist noch zu sehr getrübt durch zu viel Interessen, zu viel Tradition, zu viel Routine. Und weil man es nicht sehen will, will man auch nichts davon hören und vermeidet selbst die Benennung der neuen Dinge durch neue kennzeichnende Namen. Die sogenannte Botschafterkonferenz in London war ja doch etwas mehr, als der Name besagen durfte. War ja doch jenes Zentralorgan eines neuen Organismus, dem die Aufgabe oblag, in der Stunde ernster Bedrohung einer Gesamtheit und ihrem Willen Ausdruck zu verleihen. Und dieser neue Organismus ist ein Europa, das sich vom geographischen Begriff zu einem politischen gewandelt hat. Man mag gegen diese Definition einwenden was man wolle; die Tatsache ist unerschütterlich. Freilich wer da glaubt, an diese

Anfänge Forderungen stellen zu dürfen, die nur das Vollkommene erfüllen kann, der wird enttäuscht sein. Er wird aber nicht das Recht haben, zu behaupten, daß etwas deshalb nicht ist, weil es noch nicht vollkommen ist. Nein, dieses politische Europa ist, und die Einrichtung, die man aus Angst, diese Tatsache zugeben zu müssen, bloß als Botschafterkonferenz etikettierte, ist ein wichtiges und wirkliches Organ dieses neuen politischen Gebildes gewesen. Ein Organ, das einen Gemeinsamkeitswillen anscheinend heterogener Teile erzeugte, das aus den noch widerstrebenden Willensäußerungen eine Willenseinheit herauskristallisierte. Und kein ohnmächtiges Organ war es mehr, bloß zu theoretischen Aeußerungen geschaffen. Haben die geschichtsverklebten Augen der Rückwärts-gewandten, ihre allem beglückenden Neuen abgewandten Ohren jenes Dokument nicht gesehen noch von ihm gehört, das am 10. April in der Adria verkündigt wurde? Jenes Dokument, das mit den Worten anhebt: „Im Namen der internationalen Flotte, welche die Großmächte Europas vertritt“, und das mit den Worten schließt: „Cecil Burney, Vizeadmiral und Kommandierender der internationalen Flotte.“

„Internationale Flotte, welche die Großmächte vertritt“! Und zwischen diesen Anfangs- und Endworten stand ein Wille dekretiert, ein einheitlicher Wille, ein Befehl im Namen Europas. Sieht man noch immer nichts? Freilich, den Rückwärts-gewandten wird dieses Sehen nicht leicht. Aber für uns, die wir die Kausalität dieses Dokuments kennen, die wir wissen, wie sich der darin ausgedrückte Gedanke, der darin zutage tretende Wille, die darin verkörperte Aktion allmählich und naturnotwendig aus den Einzelgeschehnissen des letzten Menschenalters herausentwickelten, für uns ist dieses Dokument ein hohes Zeichen von erlösender Bedeutung, ein erneuter Lebensschrei des werdenden Staaten-trüstes unseres von den Rudimenten der Vergangenheit noch immer überwucherten alten Erdteils.

Mögen die Skeptiker, die Zweifler und Spötter, die um die Vergangenheit sich Aengstigenden noch so sehr den Wert dieses Dokumentes herabzusetzen suchen, daß es ist, können sie nicht bestreiten, und dadurch, daß es ist, daß es sein konnte, ist es etwas Großes. Als wir auf unseren Kongressen von einer aus den Flotten, der

europäischen Mächte gebildeten internationalen Polizei sprachen, galten wir als die Utopisten und Schwärmer. Als selbst ein Carnegie diese Forderung aufstellte, ein Roosevelt sie 1910 in Kristiania wiederholte, gab es nur ein Lächeln bei den Ewiggestrigen. Und doch sind in einem schweren Augenblicke diese Utopien Wirklichkeit geworden, haben die Ereignisse ganz genau den Weg genommen, den wir für sie theoretisch skizziert hatten. Dabei muß noch betont werden, daß es sich nicht einmal mehr um eine Ausnahmerecheinung handelt. Denn wir hatten schon einmal eine internationale Flotte, wir hatten schon ein internationales Landheer und wissen, daß der englische Weltadmiral nur der Nachfolger des deutschen Weltfeldmarschalls ist. Und gerade diese Wiederholung bestätigt die Annahme, daß es sich hierbei um eine Umwälzung der politischen Methoden handelt, die der alten Routine Hohn spricht.

Vergessen wir es nicht: Der gemeinsame Wille Europas, — wenn es auch schwer gewesen sein mag, ihn zu konzentrieren — die gemeinsame Handlung Europas haben die Staaten vor gegenseitiger Vernichtung bewahrt. Nur in dieser Gemeinsamkeit liegt das Heil dieses Erdteils. Solange jeder einzelne Staat nur seinen eigenen Frieden zu wahren sucht, treibt er dem Ruin zu. Ein teilweises Einbekenntnis hierzu liegt in der Formierung der beiden Staaten-gruppen, die wir in Europa haben. Nicht aus Liebe, sondern aus der erkannten Ohnmacht des Isoliertseins sind sie erstanden. Eine Organisierung dieser Gruppen brächte das Ziel näher. Was während des Balkankonfliktes vorübergehend notwendig und möglich wurde, müßte zu einer dauernden Einrichtung werden. Dann könnte Europa wirklich zu einem Frieden kommen, der von dem Zustand des bloß vermiedenen Krieges grundsätzlich verschieden wäre. Dann könnte Europa zu einer Lähmung des Rüstungswettbewerbes, ja zu einer Verminderung seines erdrückenden Panzers kommen. Denn nur durch gemeinsames Zusammenwirken aller Nationen, zum mindesten der größeren führenden, ist das Rüstungsproblem zu lösen. Es ist ein internationales Problem und kann nur international gelöst werden. Der Versuch, durch isolierte nationale Handlungen mit ihm fertig zu werden, führt zu jenen aller Vernunft Hohn sprechenden Methoden des gegenseitigen Ueberbietens ohne Ende.

Im Namen Europas sprach ein Admiral, im Namen Europas hätten nun auch die Soziologen, die Sozialpolitiker, die Nationalökonomien, die Hygieniker zu sprechen, und 12 Milliarden jährlich würden zu drei Vierteln für die Wohlfahrt der Menschheit frei! Im Namen Europas! A. H. F.

Wettrüsten oder Rüstungsverstärkung.

Von Georg Gothein, M. d. R.

Von jeher ist Macht ein relativer Begriff gewesen. Schon in der Bibel heißt es: „Wenn ein starker Gewappneter seinen Palast bewahrt, bleibt das Seine mit Frieden, wenn aber ein stärkerer über ihn kommt, so nimmt er ihm seinen Harnisch, darauf er sich verließ, und teilt den Raub aus.“ Das gilt im Leben der Völker heut ebenso wie vor zwei- oder dreitausend Jahren. Freilich ist eins inzwischen wesentlich anders geworden. Der Stärkere hat kein reales Interesse mehr, den Schwächeren mit Krieg zu überziehen, ihn zu unterjochen. Denn auch für den Siegreichen lohnt der Gewinn nicht den Einsatz. Selbst der glänzendste Sieg läßt den Sieger stark geschwächt zurück, und die Beute — der Erwerb von Land und Menschen — macht ihn nicht reicher. Es ist das große Verdienst Norman Angells, diese Wahrheit, die von objektiv die Dinge Betrachtenden längst erkannt war, exakt nachgewiesen zu haben. Auch als Deutscher kann man nur wünschen, daß sein Buch trotz vielfach schiefer Auffassung unserer Verhältnisse, trotz nicht unbeträchtlicher historischer Irrtümer, die geeignet sind, deutsche Gefühle zu verletzen, in allen Ländern ein Volksbuch werde. Denn was bedeuten diese kleinen Irrtümer gegen den Wert, den die Widerlegung des schwersten Irrtums hat, unter dem die Völker leiden. Wehrmacht ist ein relativer Begriff; das fand seinen Ausdruck, als die Formel von dem europäischen Gleichgewicht erfunden wurde, die in den letzten beiden Jahrzehnten erneut und in noch weit kostspieligerer Weise wieder aufgenommen worden ist als damals, wo sie gegen die Eroberungszüge Ludwigs XIV. eine Notwendigkeit war. Und jede Verschiebung des Schwerpunkts in dieser künstlichen Konstruktion führt zu neuen Rüstungen. Zwar erklärt jede einzelne Macht, ihrerseits nicht an Eroberungen zu denken, mit ihren Rüstungen nur den Frieden sichern, einen Angriff erfolgreich zurückweisen zu wollen; lediglich die Versicherungsprämie für Erhaltung des Friedens bedeuteten ihre Rüstungen. Man ist sogar berechtigt, diese Versicherungen bei der Mehrheit der

Staatsregierungen für durchaus ernst und ehrlich zu halten. Denn wenn es auch in allen Staaten Leute gibt, die den Krieg des Krieges wegen wollen, die da singen: „Mein Vaterland muß größer sein“, die eine Erschlaffung der kriegerischen Tugenden eines Volkes in langen Friedenszeiten befürchten, so ist doch deren Zahl in England, Frankreich, Deutschland und Oesterreich-Ungarn gering; man kann sagen, sie ist in einem Lande um so geringer, je höher die Volkskultur ist. Italien hat leider durch das Tripolisabenteuer bewiesen, daß es unter Umständen den kriegslustigen Elementen gelingt, das an sich friedliche Volk in einen Eroberungskrieg hineinzureißen, und die panslawistische Agitation in Rußland beschränkt sich zwar auf einen nur kleinen Kreis des Volkes, aber es sind politisch recht einflußreiche Kreise, die sie betreiben.

In Deutschland will außer einigen politisierenden Militärs und den nirgends ernst genommenen Alldeutschen niemand den Krieg; es ist recht bedauerlich, daß man im Auslande den Äußerungen von Männern wie des Generals von Bernhardt Kurt von Strantz, Hauptmann a. D. Pauli, Albrecht Wirth, von Blättern wie dem „Deutschen Armeebblatt“, der „Allg. Evang.-Luther. Kirchen-Ztg.“, der Alldeutschen Blätter, der „Deutschen Zeitung“, „Deutschsoziale Blätter“, „Hammer“, „Deutsche Hochwacht“, die eigentlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen, irgendwelche Bedeutung beilegt. Schlimmer ist es schon, wenn die „Post“, „Tägl. Rundschau“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und „Leipziger Neueste Nachrichten“ in eine gleiche Tonart verfallen. Aber auch hinter diesen Blättern steht keine irgendwie nennenswerte Partei. Und wenn seinerzeit auch die „Konservative Korrespondenz“ vor dem frivolen Wort nicht zurückgeschreckt ist: „Ein Krieg wäre uns recht“, so wird man darin doch kaum mehr als eine aus rasch vorübergehender Verstimmung hervorgerufene Entgleisung sehen. Selbst die konservativen Fraktionen wollen den Frieden, sehen in den Rüstungen nur das Instrument zu seiner Erhaltung, denken nicht an einen Eroberungskrieg, auch nicht an einen Krieg, der den Gegner so schwächt, daß er dauernd ungefährlich ist.

Wenn also die Elemente, die Deutschland in kriegerische Unternehmungen verwickeln wollen, an sich keine politische Bedeutung haben, so sind doch die, welche den Frieden nur dann gewahrt glauben, wenn Deutschland im Verein mit seinen Verbündeten stärker ist als Rußland und Frankreich zusammen, um so einflußreicher; nicht nur gegenüber den maßgebenden Stellen, sondern auch gegenüber jenen weiten Kreisen, die das politische Denken sich von ihrer Zeitung abnehmen lassen, dem politischen

Philister, der sich aus Angst vor dem Krieg in patriotischen Worten berauscht, sich bei Neuwahlen stets auf die Seite derer schlägt, die ihn mit Rüstungsvermehrungen am meisten zu schützen bereit sind. Diese Kreise sind der Suggestion durch die Rüstungsfanatiker am meisten ausgesetzt. Und gerade diese suggestiven Naturen bilden sich ein, nüchterne Realpolitiker zu sein, sehen auf die, welche eingedenk der Tatsache, daß Wehrmacht ein relativer Begriff ist, daß die Uebertreibung der Wehrausgaben zur wirtschaftlichen und damit zur politischen Schwächung führt, für eine internationale Verständigung über deren Begrenzung eintreten, verächtlich herab. Sie sind ihnen entweder törichte Idealisten oder verweichlichte Menschen, wenn nicht gar Vaterlandsverräter. Freilich, wenn diese „Realpolitiker“, wie sie sich so gern nennen, die noch vor zwei Jahren jede Verständigung zwischen England und Deutschland über ein Stärkeverhältnis der beiderseitigen Flotten als unsinnig, unwürdig, ja vaterlandsfeindlich brandmarkten, heut die Worte des deutschen Reichskanzlers bei der Begründung der Wehrvorlage über die den Frieden fördernde englische Politik und über die Möglichkeit, zu einem fester begrenzten Stärkeverhältnis als dem der Dreadnoughts, ja über Einschränkung des Flottenbaues zu kommen, lesen, so werden sie sich eingestehen müssen, daß diese hocherfreuliche Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, die für den Frieden wie für Deutschlands Machtstellung vom größten Wert ist, eine — wenn auch erst sehr unzulängliche — Verständigung über Rüstungsbegrenzungen zur Voraussetzung hatte. Gewiß, die Welt — und gerade auch die europäische — ist heut nicht so weit in der Kulturentwicklung, um sich der Hoffnung hingeben zu können, den Frieden lediglich durch internationale Verträge und ein Weltschiedsgericht zu sichern und darüber auf jede Rüstung zu verzichten. Aber die ganze Entwicklung seit 1871 beweist doch unzweifelhaft, daß die Völker, ja daß sogar die Diplomatie von dem dringenden Wunsch beseelet sind, Mißverständnisse durch aufklärende Verhandlungen aus der Welt zu schaffen, entgegengesetzte Interessen durch billigen Ausgleich zu verringern.

Selbst in so schweren politischen Lagen wie der durch die Balkankrise hervorgerufenen, wo Volksleidenschaften, Rassen-, materielle und politische Gegensätze jede Verständigung so ungemein erschweren, ist es bisher doch gelungen, den Krieg zu lokalisieren, und wird es hoffentlich gelingen, auf dem Balkan Zustände zu schaffen, die die Gewähr einer längeren Dauer haben.

Es klingt paradox, daß die Heeres- und Flottenrüstung der Großmächte heute gar nicht mehr dem Kriege, sondern dem Frieden dienen soll. Wenn dem aber so ist, muß

man sich fragen: „Wird die Versicherungsprämie (gegen die Kriegsgefahr, die in der Rüstungsausgabe besteht) nicht zu groß? läßt sich der damit erstrebte Zweck nicht in einer Weise erreichen, die weniger am Mark des Volkes zehrt?“

Deutschlands Wehrausgaben beliefen sich nach dem vorläufigen Etat für 1913 einschließlich der Militär- und Marinepensionen auf 1578,8 Mill. M.; rechnet man dazu noch die Hälfte der Jahresausgaben der Reichsschuldenverwaltung mit 123 Mill. M., so sind das bar 1711,8 Mill. M. Der Geh. Oberfinanzrat Schwarz hat die Wehrausgaben in den Etats pro 1912/13 (also dem abgelaufenen Jahr) festgestellt bei Deutschland auf 1570 Mill. M., England 1468 Mill. M., Frankreich 1237 Mill. M., Oesterreich-Ungarn 617 Mill. Mark, Italien 529 und Rußland 1574 Mill. M., zusammen die der sechs europäischen Großmächte auf rund 7 Milliarden M. — natürlich ohne Verzinsung und Tilgung der zu Rüstungszwecken aufgenommenen Schulden.

Die neuen deutschen Wehrvorlagen fordern rund 1 Milliarde für einmalige und 186 Mill. M. für dauernde Ausgaben; verteilt man die ersteren auf zehn Jahre und rechnet die Zinsen hinzu, die bei regelmäßiger Tilgung in der Zwischenzeit dafür aufgewandt werden müssen, so macht das $120 + 186 = 306$ Mill. M. im Jahr, das würden mit den bisherigen Ausgaben von 1711,8 Mill. M. zusammen 2017,8 Mill. M. sein; dabei muß erwogen werden, daß die Durchführung des letzten Flottengesetzes noch zu beträchtlichen Mehrausgaben in den nächsten Jahren führen wird.

Damit sind aber die Wehrlasten Deutschlands noch keineswegs erschöpft. Nach dem vorläufigen Etat für 1913 beziffert sich die Zahl der in Heer und Flotte tätigen Mannschaften, Unteroffiziere, Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere und Beamten auf 783 000 Köpfe. Dazu sollen an Heeresverstärkung noch 136 000 Mann und ca. 1500 Beamte treten; die Durchführung des letzten Flottengesetzes wird weitere ca. 15 000 Mann erfordern, und schließlich müssen mindestens 65 000 Arbeitskräfte hinzugezählt werden, die in Militär- und Marinewerkstätten beschäftigt werden. Rund 1 Million Männer im besten, arbeitsfähigsten Alter werden damit allein in Deutschland dauernd einer wirtschaftlich nutzbringenden Beschäftigung entzogen; dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, wieviel Arbeitskräfte in privaten Werkstätten für Heeres- und Flottenzwecke beschäftigt werden.

Rechnet man den Produktionswert einer männlichen Arbeitskraft durchschnittlich zu 2000 M. jährlich, was mit Rücksicht auf die rund 39 000 Offiziere und Sanitäts- usw. Offiziere, auf die 20 000 Beamten und 126 000 Unteroffiziere sicher sehr niedrig gerechnet

ist, so ergibt sich ein weiterer Kostenbetrag von 2000 Mill. M. im Jahre, der Deutschland dadurch erwächst, daß ständig 1 Million Männer einer wirtschaftlich nutzbringenden Arbeit entzogen werden. Insgesamt werden dann seine Wehrlasten 4000 Millionen Mark p. a. überschreiten, also höher sein als 1871 die französische Kriegskostenentschädigung, deren gewaltiger Betrag damals das Staunen der Welt hervorrief.

Wenn diese Kosten in den anderen Ländern auch etwas niedriger sein werden, so doch verhältnismäßig nicht viel. Und diese enormen Summen und Arbeitskräfte werden ständig der Volkswirtschaft entzogen; es tritt durch die Rüstungen zur Erhaltung des Friedens jenes finanzielle und volkswirtschaftliche Weißbluten ein, das in seinen wirtschaftlichen Folgen auf die Dauer nicht viel weniger verderblich ist als ein Menschen und Güter verschlingender Krieg. Welche enorme Summe sozialen Übels ließe sich aus der Welt schaffen, wenn auch nur die Hälfte der Rüstungskosten zur Besserung des Loses der weniger bemittelten Klassen Verwendung fände! Die Ausgaben der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung Deutschlands haben 1910 nur 804 Mill. M. betragen; nur 52 Mill. M. davon hat das Reich zugeschossen. Es könnte die Leistungen verdoppeln und sie ganz auf die Reichskasse übernehmen, wenn es seine Wehrlasten nur auf die Hälfte herabmindern könnte.

Es ist aber auch klar, daß die Völker Europas über den riesigen Wehrausgaben wirtschaftlich zurückbleiben müssen hinter anderen Völkern, die diese Lasten nicht zu tragen haben. Das gilt von denen unseres Kontingents gegenüber England, das die allgemeine Wehrpflicht nicht kennt, also nur relativ wenig Menschen im Heeres- und Flottendienst hat. Das gilt in noch ganz anderem Maß gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Wenn die sechs europäischen Großmächte von 1881 bis 1910 über 134 Milliarden Mark für Rüstungszwecke ausgegeben haben, ist es da ein Wunder, wenn ihr Reichtum weit zurückbleibt hinter dem Nordamerikas?

Die Rüstungsvermehrung des einen Landes treibt mit Naturnotwendigkeit die des andern heraus. Die Verstärkung der russischen Wehrmacht, z. T. vielleicht gezeitigt durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Rüstungen in 1911 und 1912, die wieder bedingt durch das französische Cadresgesetz waren, hat vereint mit der Veränderung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan die neueste deutsche Wehrvorlage hervorgerufen; letztere zeitigt die Wiedereinführung der

dreijährigen Dienstzeit in Frankreich und neue Rüstungen in Rußland, usf.

Es ist die Schraube ohne Ende, unter der die Völker seufzen.

Als 1898 der russische Zar überraschend das Manifest für die Friedenskonferenz im Haag erließ, war die Welt skeptisch, und leider ist — so segensreiche Folgen sie auf andern Gebieten erreicht hat — auf dem wichtigen Gebiet der Frage der Rüstungsbeschränkungen ihr Einfluß weniger als Null geblieben. Gerade am Widerstand Deutschlands ist diese Frage gescheitert. Die „Formel“ der Rüstungsbeschränkung ließ sich nicht finden, Fürst Bülow meinte seinerzeit, daß man unmöglich international den einzelnen Staaten vorschreiben könne, wieviel Kanonen, Schiffe, Panzer- und Maschinenstärken, welche Geschützstärken, welche Gewehre, welches Pulver usw. sie haben sollten. Darin kann man ihm auch recht geben: Diese komplizierte Formel läßt sich nicht finden. Aber schon vor langen Jahren ist von den verschiedensten Seiten unabhängig voneinander, vom Pfarrer Umfrid, Prof. Quidde und mir der Vorschlag gemacht worden, lediglich das Maß der Rüstungsausgaben international festzulegen, die vorhandenen Heeres- und Flottenetats als das Gegebene zu nehmen und sich zu verpflichten, für eine bestimmte Reihe von Jahren diese Etats nicht zu überschreiten.

Die Etats unterliegen der Kontrolle der Öffentlichkeit, der Parlamente. Es geht nicht an, neben ihnen noch Geheimetats zu führen, und in jeder gesetzgebenden Körperschaft fehlt es nicht an Parteien oder Personen, die dem Versuch, Rüstungsausgaben in anderen Etats zu verstecken, energisch entgegenzutreten, ihn sofort an die Öffentlichkeit bringen würden. Welche Ausgaben aber in die Heeres- und Flottenbudgets gehören, darüber ließe sich leicht eine Verständigung herbeiführen.

Ich bin fest überzeugt, daß eine einmal für fünf Jahre erfolgte Festlegung der Wehrbudgets bei Ablauf der Bindungsfrist nicht nur zu einer Erneuerung, sondern sogar zur Verständigung übergleichmäßige prozentuale Herabsetzung führen würde, daß zum Segen für die Völker die Schraube gelockert würde.

Auf mein Betreiben hat noch im alten Reichstag die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei eine Resolution eingebracht, „daß der Reichskanzler sich nicht ablehnend verhalten solle, wenn von einer andern Großmacht Vorschläge wegen gleichzeitiger und gleichmäßiger Begrenzung der Rüstungen gemacht werden sollten“. Wir hatten Grund zu der Annahme, vom Reichskanzler eine entgegenkommende Antwort zu erhalten und waren aufs peinlichste überrascht, als sie kühl,

ja fast schroff ablehnend klang. Der Reichstag hat sie damals trotzdem mit erdrückender Mehrheit angenommen, aber praktische Wirkung konnte sie nach der Bethmannschen Antwort nicht mehr haben.

Heute ist die Situation schlimmer als je. Weder die Regierungen Rußlands noch Deutschlands, weder die Frankreichs noch Oesterreich-Ungarns, weder die Englands noch Italiens können in jetziger Lage mit einem Rüstungsbegrenzungsvorschlag herauskommen; bei den ersten fünf würde man daraus nur allzu leicht ein Eingeständnis der Schwäche herauslesen! England gehört zur Tripelentente und würde den Staaten des Dreibundes nicht vorurteilsfrei erscheinen.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat sich daher ein Verdienst erworben, als sie an den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten die Aufforderung richtete, seinerseits die Initiative zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz zu ergreifen. Herr Woodrow Wilson würde sich mit einem solchen Schritt das größte Verdienst um die Kulturentwicklung der Menschheit erwerben. Mehr als je ist heute die Stimmung in den beteiligten Völkern bereit, zur praktischen Verwirklichung dieses Gedankens zu schreiten. Es ist nicht zu befürchten, daß eine solche Konferenz diesmal wieder wie das Hornberger Schießen ausginge. Bei der Stimmung in Deutschland, speziell auch im Reichstag, könnte die deutsche Regierung sich diesmal nicht auf den ablehnenden Standpunkt stellen. Frankreich würde aufatmen, wenn es von dem Alp der dreijährigen Dienstzeit befreit würde. Und in Rußland könnte sich Kaiser Nikolaus nicht selbst desavouieren, wenn sein vor 15 Jahren gefaßter Gedanke endlich realisiert würde.

Reinste Vaterlandsliebe ist es, die sich in dem Wunsch nach internationalen Rüstungsbegrenzungen ausspricht; aber nicht minder ist er von realpolitischen Erwägungen diktiert. Denn die Exzesse des jetzigen Rüstungsfiebers sind vaterlandsgefährlich; sie schwächen die Kraft für den Ernstfall.

Die Irrtümer des Militarismus.

Von Richard Gädke,
früher Oberst und Regimentskommandeur.

So bedauerlich es ist, man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß wir einer neuen Hochflut der Rüstungen mit unwiderstehlicher Macht zusteuern. Wie einst die Epidemie des Geißlertums ganz Europa in verheerendem Zuge durchheulte, bis endlich der

Wahnsinn in sich selbst hinstarb, so geht es jetzt mit der entfesselten Wut der Rüstungen. Keine menschliche Macht, keine sittliche Ueberlegung wird ihr Einhalt tun, bis endlich der Gipfelpunkt erreicht ist; bis alle Völker und alle Staaten die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben und dann auf einmal merken, daß sich in ihrem gegenseitigen Stärkeverhältnis nichts Wesentliches geändert hat.

Die menschliche Entwicklung zeigt immer das gleiche Schauspiel. Wenn etwas Neues an die Tür des Bestehenden pocht, hat dieses gewöhnlich den Höhepunkt seiner eigenen Möglichkeiten noch nicht erreicht. Im Gegenteil! Das Neue ist notwendigerweise der Feind des Alten und pflegt dieses zu einer letzten gewaltigen Kraftanstrengung mit innerer Notwendigkeit zu zwingen. Ich darf ein mir nahe liegendes Beispiel anführen. Als gegen den Ausgang des Mittelalters das Schießpulver seine siegreiche Kraft zu zeigen begann und der Waffentechnik neue Wege wies, war seine nächste Folge nicht die Beseitigung der stählernen Schutzrüstungen, durch die der Einzelkämpfer seine Unverwundbarkeit, mindestens seine Ueberlegenheit im Nahkampfe, zu sichern bestrebt war. Nein, gerade damals wurden die Panzer immer vollkommener, sie hüllten die Glieder des Mannes immer dichter und schwerer ein, sie bedeckten selbst den Körper des Schlachtrösses bis zu den Knien abwärts. Die Kunst der Waffenschmiede erreichte damals ihren Höhepunkt und schuf bewunderungswürdige Rüstungen, die wir heute in den Zeughäusern anstaunen als in ihrer Art herrliche Gebilde von Menschenhand. Bis sie dann auf einmal als überflüssig und hinderlich — wahrscheinlich sogar die körperliche Entwicklung der Menschheit schädigend — Stück für Stück sanken und schließlich nur noch stählerner Helm und Brustpanzer für die schwere Reiterei übrig blieben. Auch sie jetzt nur noch Prunkstücke für das militärisch-höfische Schauspiel.

In ähnlicher Weise schnüren sich in unseren Tagen die Völker-Individuen in immer gewaltigere Kriegsrüstungen ein und verwenden immer größere Mittel auf den Wettbewerb militärischer Stärke — Mittel, die sie in verzweifelter Anstrengung den Kulturaufgaben und der friedlichen Behaglichkeit ihrer Einzelglieder entziehen. Je mehr der pazifistische Gedanke an Kraft gewinnt, je mehr die Ueberzeugung in unser sittliches Bewußtsein übergeht, daß die Einzelnation und der Partikularstaat nicht den Höhepunkt politischer Entwicklung bilden, sondern sich als dienende Glieder einzufügen haben in den lebensvollen Gesamtorganismus der Menschheit, um so erbitterter bäumt sich der alte, beschränkte Begriff des Patriotismus auf gegen den erhabenen Gedanken des Weltbürgertums. Um so mehr wird der Gedanke internationaler Solidarität der Kulturwelt als staatsfeindlich und antipatriotisch beschimpft.

Und doch haben gerade die letzten sorgenvollen Monate, fast darf man sagen, die letzten beiden Jahre voller Aufregung, bewiesen, daß schon etwas wie ein europäisches Gemeingewissen im Entstehen begriffen ist. Der Kampf um Marokko wurde vermieden, weil die beiden nächstbeteiligten Staaten vor ihren eigenen Freunden mäßigend beraten wurden und schließlich selbst die Verantwortung des ungeheuren Blutvergießens um solchen Anstoß willen scheuten. Der Zug Italiens nach Tripolis mochte immerhin mit der Kulturaufgabe eines aufstrebenden gegenüber einem absterbenden Staatswesen entschuldigt werden; und es gelang jedenfalls, den Krieg zu lokalisieren. Am gefährlichsten schien die allgemeine Lage, als die verbündeten Balkanstaaten ihren kecken Angriff gegen die türkische Herrschaft wagten und sie sozusagen im ersten Anlaufe niederwarfen. Es hat sicher manche Woche in diesen letzten sechs Monaten gegeben, wo ein allgemeiner Krieg der europäischen Großmächte außerordentlich nahe gerückt war; gleichwohl ist es durch die hingebende Arbeit aller und durch die Besonnenheit der österreichischen wie der russischen Politik geglückt, das Schiff des Friedens durch alle Fährnisse glücklich hindurchzusteuern.

Man verhöhnt den Pazifismus als die Utopie weltfremder Schwärmer und merkt gar nicht, welche Fortschritte er bereits in der praktischen Politik der Regierenden, in dem Ideenkreise der Diplomatie gemacht hat. Ein nettes Beispiel der „Philosophie des Unbewußten“! Die Pazifisten können in der Tat mit dem Endergebnis dieser letzten Monate ganz zufrieden sein. Denn nur, indem sich der friedliche Ausgleich entgegenstehender Interessen von Fall zu Fall durchsetzt, entsteht daraus allmählich eine Gewöhnheit und schließlich ein ungeschriebenes Gesetz. Wobei es ganz gleichgültig ist, ob im vorliegenden Falle nur ideale Beweggründe wirkend gewesen sind, und nicht vielmehr in starkem Maße auch weniger ideelle Ursachen maßgebend waren, wie die Furcht der Regierenden vor den Folgen, die ein unglücklicher Waffenengang für sie selbst haben könnte. Man sollte meinen, daß solche Erfahrungen den strikten Beweis liefern, wie schon die augenblickliche Stärke der Rüstungen völlig hinreicht, jeden Krieg für alle Beteiligten zu einem furchtbaren Wagnis zu machen; sollte meinen, daß zur Erhaltung des Friedens eine weitere Vergrößerung der schon jetzt drückenden Militärlasten keineswegs erforderlich sei.

Es ist eine wunderliche Logik, die aus den Erfahrungen der letzten Monate die entgegengesetzte Folgerung zu ziehen sich anschickt. Ich bedaure es, daß der erste Militärstaat, der dies für angebracht hält; Deutschland ist. Die politische Lage im Südosten soll sich derart zu seinen Ungunsten verschoben haben, daß dem nur durch weitere

Anziehung der Rüstungsschraube ein Widerpart geboten werden kann. Man kann vieles dagegen einwenden; vor allen Dingen, daß doch offenbar die Politik sehr kurzichtig und unfähig sich erwiesen, die solche Folgen gehabt hat. Und in der Tat, erfolgreich ist die türkische Politik Deutschlands — ebensowenig wie die Oesterreichs — gewiß nicht gewesen. Man kann sicherlich behaupten, daß Rußland, Frankreich und besonders England genußreichere Früchte in jenen interessanten Gegenden zu pflücken verstanden haben. Aber muß denn diese Politik in ihrer bisherigen Hilflosigkeit durchaus fortgesetzt werden? Ist es unbedingt sicher, daß die neue „Großmacht der Balkanstaaten“ immer und unter allen Umständen als Gegner des Dreibundes in Rechnung zu stellen sei. Ist es überhaupt wahrscheinlich, daß das Bündnis der vier Staaten den Friedensschluß mit der Türkei überdauern wird? Melden sich nicht jetzt schon Eifersüchteleien zwischen ihnen an; und sollte es nicht möglich sein, in Griechenland, Albanien und der verjüngten Türkei den slawischen Staaten ein Gegengewicht zu schaffen? Schlimmsten Falles aber, wäre es nicht in erster Linie Oesterreichs Sache, sich mit einer verschlechterten militärischen Lage abzufinden? Was in aller Welt nötigt gerade Deutschland, mit einer umfassenden Wehrvorlage, der größten seit dem Bestehen des Deutschen Reiches voranzugehen? Und dabei seine finanzielle Not vor aller Welt derart bloßzustellen, daß es zur Deckung der ungewöhnlich hohen einmaligen Kosten zu einer wenig verhüllten Zwangsanleihe schreitet?

Wie man die Sache auch betrachtet, man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß die veränderte Lage im Orient nur den äußeren und erwünschten Anlaß dazu bietet, durch eine riesige Kraftanstrengung jeder militärischen Rivalität ein für allemal ein Ende zu bereiten. Den Vätern der neuen Wehrvorlage schwebte der Gedanke vor, daß niemand im alten Europa imstande sein werde, mit Deutschland noch ferner in Wettbewerb zu treten, wenn dieses den quellenden Born seiner Volkskraft bis auf den letzten Mann für die Wehrkraft des Reiches nutzbar gemacht habe. Gewiß ist ihnen nicht zugleich der Gedanke an einen Eroberungskrieg bewußt gekommen; sie würden es mit Entrüstung zurückweisen, wenn man ihnen eine solche Absicht unterstellen wollte. Aber auch sie können nicht für ihre Nachfolger stehen! Die Jahrhundertfeier der Befreiungskriege, die gewaltsam zugleich höfisch-monarchischen und nationalistischen Zielen nutzbar gemacht werden soll, das 25 jährige Regierungsjubiläum des Kaisers und auch der etwas boshafte Wunsch, gerade den gegenwärtigen, ein wenig radikaleren Reichstag (was man im frommen und gehorsamen Deutschland radikal nennt!) vor eine besonders schwere Probe zu stellen und ihn nötigenfalls

aufzulösen: alle diese Momente haben zusammengewirkt, um der Militärpartei den Triumph dieser Vorlage möglich zu machen. Man glaubt, daß das deutsche Volk durch die Unruhe der letzten Monate mürbe genug gemacht sei, um jede noch so riesige Militärvorlage zu schlucken, die ihm angeblich den Frieden sichern soll. Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß die Jugend der höheren Stände, in den Schulen chauvinistisch bearbeitet, daß die schwere Industrie und ein Teil des Großhandels, ebenso wie das Junkertum und das einflußreiche Beamtentum der militaristischen Strömung im großen ganzen Vorschub leisten — vorausgesetzt, daß die Lasten hauptsächlich von den breiten Schultern der Massen getragen werden. Diese Massen selbst aber stehen der Wehrvorlage durchaus abgeneigt gegenüber.

Es ist der große Irrtum der herrschenden Schichten, den Krieg durch die ungeheure Wucht der Rüstungen bannen zu wollen, die schließlich mitten im Frieden der Wohlfahrt und nicht zum wenigsten der Freiheit verderblicher werden muß als selbst ein Krieg. Sie wollen sich der Erkenntnis verschließen, die doch diese letzten Monate mit Sonnenklarheit verbreiten sollten, daß eine gute, folgerichtige, Abenteuern abgeneigte Geschäftspolitik den Frieden besser sichert als noch so starke Heeresmassen. Und sie verschließen ihre Augen selbst der noch bedenklideren Wahrheit, daß gerade ihre chauvinistische Rüstungspolitik das allgemeine Mißtrauen gegen Deutschland wachruft, daß man in der ganzen Welt keinem anderen Staate in solchem Maße böse Absichten zutraut, gegen keine andere Regierung solche Abneigung empfindet — nicht einmal gegen die russische — wie gerade gegen die Regierung Deutschlands. Dieses Mißtrauen schießt ohne allen Zweifel über das Ziel weit hinaus und beurteilt die Bosheit wie die Entschlossenheit der deutschen Staatsmänner schlimmer, als sie es verdienen. Aber die Militärkreise Deutschlands, die die Welt mit ihrem Lärm erfüllen, dürfen an ihre eigene Brust schlagen: *mea culpa, mea culpa, maxima mea culpa!*

Und diese Wehrvorlage schließt noch einen anderen Irrtum in sich; den, daß die anderen großen Mächte nunmehr einfach distanziert wären. Man hätte diesen Fehlschuß schon aus dem Ausgange des Wettkampfes zur See erkennen sollen, den man Jahre hindurch mit England geführt hatte. Die englischen Staatsmänner erklärten einfach, daß sie auf jedes deutsche Schlachtschiff deren zwei auf Stapel legen würden; und sie hatten die Finanzkraft ihres Landes richtig eingeschätzt. Hier war es Deutschland, das sich mit dem zweiten Platze begnügen mußte.

Jetzt erleben wir ein ähnliches Beispiel in Frankreich. Noch ist die deutsche Wehrvorlage nicht einmal an den Reichstag ge-

langt, und schon hat Frankreich seine Gegenvorlage aufgestellt.

Es darf allerdings nun und nimmer mehr gelehrt werden, daß dieses seine Volkskraft schon bisher in einem Maße angestrengt hatte, wie es Deutschland nicht einmal durch sein neues Gesetz erreichen wird. Ebenso unbestreitbar aber ist es, daß Deutschland trotzdem für Friedenswie für Kriegszeiten eine nennenswerte Ueberlegenheit über Frankreich gewonnen hatte. Im Verein mit Oesterreich ist es schon gegenwärtig stark genug, selbst einen Krieg nach zwei Fronten hin nicht scheuen zu dürfen. Andererseits ist es klar, daß die Geldkraft Frankreichs immer noch größer ist als die Deutschlands; einerseits, weil Frankreich eine durchschnittlich reichere Bevölkerung von Rentnern trägt als das schwer arbeitende, kinderreiche Deutschland; dann aber auch, weil die Staatsfinanzen dort besser fundiert sind als in Deutschland, das sich seit Jahren in einer blamablen Finanzklemme befindet. Nun erkannten ja die auch in Frankreich mächtigen chauvinistischen Kreise, daß die neue Wehrvorlage Deutschlands ein schwerer Schlag für jede militärische Rivalität war; sie fürchteten oder gaben sich jedenfalls den Anschein zu fürchten, daß Deutschland gesonnen sei, nach Durchführung seiner Heeresverstärkung ihnen ein neues Sedan zu bereiten. Vergessen wir nicht, daß Frankreich unter dem Mangel militärischer Vorbereitung schon einmal schwer hat büßen müssen.

So ist es mindestens verständlich, daß man dort drüben auf den Gedanken einer Verlängerung der Friedensdienstzeit um ein Jahr und der Kriegsdienstzeit um drei Jahre kam. Das ist unzweifelhaft eine ungeheuerliche Belastung des Volkes, eine unerhörte Blut- wie Geldsteuer zu gleicher Zeit. Es ist sehr zweifelhaft, ob Frankreich sie lange ertragen können, und ob die schwüle Stimmung, die sie vielleicht im Volke erzeugt, nicht gerade zu dem Ziele führt, das man doch anscheinend vermeiden möchte, zum Ausbruch des Krieges, den die Chauvinistenblätter in zwei Jahren voraussagen. Denn mißglückt das Experiment der dreijährigen Dienstzeit unter Heranziehung von 78 % der wehrpflichtigen Mannschaft (sogar die Schweiz hebt nur 64 % aus), so könnte der Bestand der Republik selbst bedroht sein.

Inzwischen aber wird nach Durchführung der beiderseitigen Verstärkungen das gegenseitige Kraftverhältnis beider Staaten annähernd das alte bleiben. Wollen also die extremen Militaristen in Deutschland ihre Absicht durchführen, daß Frankreich endlich die unvergleichliche Ueberlegenheit Deutschlands anerkenne, so werden auch sie schließlich die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit fordern müssen, durch die die Friedensstärke des deutschen Heeres auf 1,1 Millionen Köpfe würde gesteigert werden. Das eben ist

der Fluch der bösen Tat, daß die fortzeugend Böses muß gebären. Schon kündigt auch Rußland neue Verstärkungen an; schon Oesterreich, daß es sein Rekrutenkontingent abermals erhöhen wolle. Schon verlauten die gleichen Absichten Italiens, schon schickt sich Belgien an, mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht Ernst zu machen; und es ist kein Zweifel, daß es hierbei mehr von der Furcht vor Deutschland als vor Frankreich getrieben wird. Um ein solches Ergebnis zu erreichen, müssen also die deutschen Steuerzahler eine Milliarde, die französischen fast eine halbe Milliarde Mark an einmaligen, und jene 220, diese etwa 120 Millionen dauernder Mehrausgaben tragen. Wieviel Leistungen sozialer Fürsorge, wieviel kulturelle Aufgaben könnten damit gelöst werden, wieviel Tränen getrocknet, wieviel Not und Elend gelindert werden!

Indem die französische und die deutsche Sozialdemokratie sich zu einem gemeinsamen Protest gegen diese immer höher anschwellende, verheerende Flut der Rüstungen geeinigt haben, haben diese „vaterlandslosen Gesellen“ eine nicht nur mutige, sondern in des Wortes bester Bedeutung patriotische Tat getan. Denn diese Rüstungen, so wie sie tatsächlich geplant werden, sind sinnlos, weil sie einen schweren Fehler des Kalküls enthalten.

Wenn sich dies erst der allgemeinen Ueberzeugung beider Völker, aller Kulturvölker aufgedrängt haben wird, dann werden auch die praktischen Erfolge besser gewürdigt werden, die der Pazifismus schon gegenwärtig erzielt hat. Die Waffen des Gewissens bleiben auf die Dauer wirksamer als die verheerenden Werkzeuge des Krieges.

Zu den neuen Rüstungsvorlagen

würde ich, wenn ich im Reichstag säße, das Wort erbitten und sagen:

Ich werde nicht für die neuen Vorlagen stimmen. Ich werde niemals für neue Militärvorlagen stimmen. Jede Vergrößerung unserer Effektiven ist zwecklos, weil unsere Nachbarn darauf sofort mit einer Vergrößerung ihrer Effektiven antworten. Wenn es wahr ist, daß der europäische Frieden nur erhalten werden kann durch das ungefähre Gleichgewicht der Kriegsrüstungen jeder Nation, dann ist der Frieden sicherer, wenn die Armeen der Großmächte im heutigen Verhältnis zueinander bleiben, als wenn wir mit unserer Truppenerhöhung Europa zwingen, sie in ein höheres Verhältnis zu bringen. Wenn es also, wie doch die Politik der übrigen Großmächte beweist, von vornherein eine ausgemachte Sache ist, daß auch nach unserer Effektivenerhöhung die Großmächte in demselben Stärkeverhältnis zueinander bleiben als früher, wenn wir folglich auch nachher unserem Vaterlande noch

immer keine Garantie bieten können für die Unüberwindlichkeit unserer Armee (weil wir ja die anderen Armeen zwingen, auch ihrerseits die Unüberwindlichkeit anzustreben), dann bleibt alles beim alten. Der Fortschritt läge dann nur in höheren Ziffern, höheren Steuern und in der höheren Empfindlichkeit des angehäuften Kriegszunders.

Ich werde nicht für eine abermalige Vergrößerung unserer Armee stimmen, weil unserem Vaterlande heute von keiner Seite her auch nur die leiseste Gefahr droht. Zu keiner Zeit der Geschichte war die Friedensliebe der europäischen Völker, Fürsten und Staatsoberhäupter lebhafter, aufrichtiger und notwendiger als heute. Es besteht für uns weder eine slawische noch eine französische Gefahr. — Es besteht keine slawische Gefahr, weil unsere Nachbarn im Osten, und wären sie noch so kriegslustig, auf lange Jahre hinaus kein Geld haben werden zur Organisation eines Eroberungsfeldzuges. Nur auf dem Papier sind Rußlands Finanzen erträglich. Ein neuer Krieg würde in Rußland sofort eine neue Revolution auslösen. — Es gibt keine französische Gefahr, weil unsere Nachbarn im Westen erstens in der Minderzahl sind, zweitens, weil Frankreich ein Land von Kleinbauern und Kleinrentnern ist, und niemand den Frieden mehr liebt als der kleine Besizende, der seine Kapitalien in der ganzen Welt anlegen muß, um davon leben zu können. Von 584 französischen Kammerabgeordneten gehören überdies 343 der Interparlamentarischen Friedensunion an, von 300 Senatoren 168. Während von den 397 Mitgliedern dieses hohen Hauses leider nur 67 dieser wichtigsten aller Friedensgesellschaften angehören, können wir also mit Genugtuung feststellen, daß von insgesamt 884 französischen Volksvertretern 511, das heißt mehr als die Hälfte, durch ihre Mitgliedschaft in dieser Vereinigung beweisen, daß sie ausgesprochene Pazifisten sind. Rechnen Sie dazu, daß Frankreichs Bevölkerung nicht wächst, daß in Deutschland immer vier künftige Soldaten geboren werden, während zur gleichen Zeit in Frankreich nur einer zur Welt kommt, daß die vier deutschen Soldatenjungen in Gottesfurcht und Königstreue erzogen werden, während der eine französische von mehr als 100 000 pazifistisch gesinnten Lehrern zum Glauben an die kommende Verbrüderung der Menschheit angehalten wird, — und Sie werden, wenn Sie alle diese Friedensgarantien der dritten Republik beachten, als verständige Männer den Revancheswindel der Chauvinisten belächeln müssen. Der französische Chauvinismus ist nicht schlimmer als der deutsche oder der englische, und schon 1902 hat der Sozialistenführer Jaurès unter dem Beifall der Kammermehrheit das erlösende Wort aussprechen können, daß nämlich jetzt die Zeit gekommen sei, wo man den Revanche-

gedanken vergessen und sich mit der Geschichte abfinden müsse.

Ich werde gegen die neuen Vorlagen stimmen, weil eine Bedrohung in ihnen liegt. Jawohl, wir müssen den Mut haben, es klar auszusprechen: In der nimmersatten Rüstungspolitik des deutschen Kaiserreichs liegt eine Bedrohung der anderen Völker. Unter allen europäischen Großmächten hat Deutschland seine Rüstungen am herausforderndsten betrieben. Von 1883 bis 1912 haben unsere Rüstungsausgaben um 1144 Millionen zugenommen, das heißt um 227 %. Im gleichen Zeitraum erhöhte England seine Rüstungen um 153 %, Rußland um 114,8 %, Oesterreich-Ungarn um 111,9 %, Italien um 108,6 % und Frankreich (das gefürchtete Frankreich der Revanche) um 70,2 %. Diese Ziffern und Statistiken beweisen unwiderlegbar, daß wir den Rekord in der Erhöhung der Rüstungen besitzen, und ich finde nicht, daß dies unserem Volke zur Ehre gereicht. Im Gegenteil: Ich beklage diese zwecklose Kraftleistung aus ganzem Herzen, denn sie ist schuld daran, daß wir seit langem das Mißtrauen der ganzen Welt erregen, daß wir die anderen Völker immer wieder zu Gegenmaßregeln zwingen, daß der Chauvinismus hüben und drüben nicht sterben will und daß wir daher vorläufig noch immer nicht zu einer offenen und freien Aussprache mit unseren Nachbarn gelangen können.

Ich werde keinen Pfennig für neue Rüstungsausgaben bewilligen, weil meine Vaterlandsliebe mehr als eine eingelernte Phrase ist. Die Gefahr ist nicht außerhalb, sie ist innerhalb. Nicht die Franzosen bedrohen uns, nicht die Russen und nicht die Engländer. Uns bedroht unsere eigene unzufriedene und hungrige Nation. Denn die deutsche Nation hungert, bildlich und buchstäblich: Unser Volk beginnt Hundefleisch zu essen. Wir haben kein Geld für unsere Veteranen. Unsere Arbeiterschutzgesetzgebung ist ungenügend; im Vergleich zu dem, was andere Nationen geschaffen haben, ist sie eine Karikatur. Unsere Schulen sind teuer, unmodern und überfüllt. Mit einem Wort: Wir haben, trotzdem der deutsche Bürger die höchsten Steuern zahlt, kein Geld für Kulturaufgaben. Nein, protestieren Sie nicht: die Franzosen sind nicht mehr die höchstbelastete Nation. Mit dem Rekord der höchsten Rüstungsausgaben halten wir seit einigen Jahren auch den Rekord der höchsten Steuerbelastung pro Kopf der Bevölkerung. — Und welches Elend auch in unserem Volkshaushalt: Unsere Industrie, der Stolz unserer Nation, arbeitet allzu stark mit Kredit statt mit Geld. Der für den Handel so unentbehrliche Bankdiskont ist darum beständig teurer als anderswo. Unsere Staatspapiere sind billiger, das heißt wertloser als die anderer Staaten.

Die Aufnahme neuer Staatsanleihen ist außerordentlich schwierig. Unsere Banken bieten bis 8 % für bares Geld. Und so fort. — Ich sage nicht, daß Deutschland arm ist, aber ich sage: Es hat Hunger und ist geniert in seiner Entwicklung. Unter dem Druck des Rüstungspanzers kann es nicht mehr recht Atem holen. — Und nun wollen Sie unserer Germania das beengende Eisenkorsett nicht nur nicht öffnen, sondern Sie wollen es noch fester schnüren? Wenn ein Arzt einen gesunden, entwicklungsfreudigen Menschen zu seinem Vergnügen zu einer Operation überreden möchte, dann würden Sie gewiß sagen, er sei wahnsinnig oder übermütig. Unsere Regierung aber gleicht diesem Arzt, wenn sie mitten im Frieden, das heißt ohne zwingenden Grund, eine Milliarde von der Nation verlangt und sie mit einer Besitzsteuer zu decken vorschlägt. Selbst als Frankreich 1871 fünf Milliarden an den deutschen Sieger zu zahlen hatte, war keine solche direkte Besteuerung notwendig. Ich sage: diese Besitzsteuer ist ein Frevel an der Vaterlandsliebe unseres Volkes, und wenn Sie diesen Frevel gutheißen, dann greifen Sie damit an die wichtigsten Atmungsorgane der Nation. Gewiß: sie würde diese schmerzhafteste Operation überstehen, aber sie würde nachher noch kranker und kurzatmiger sein als heute. Denn mit einer solchen Steuer zwingen Sie die Industrie, den Handel und unsere gesamte Volkswirtschaft zu einem immer gefährlicheren Kreditspiel; Sie untergraben die Unternehmungslust, denn wer will noch in einem Staate viel Geld verdienen, wo man um so mehr zahlt, je mehr man besitzt und verdient? Sie treiben damit unsere ohnehin schon so spärlichen Kapitalverfügbarkeiten, unsere beweglichen Werte, unsere vitalsten Energien und Intelligenzen ins Ausland und entwerten den deutschen Kredit auf den Weltmärkten. Was aber wohl das gefährlichste dabei ist: Sie vergrößern den Abstand zwischen Volk und Regierung und erwecken die Gefahr, daß sich in einer nahen Zukunft die gärende tiefe Unzufriedenheit der Hundefleischesser und freudlosen Proletarier gewaltsam Luft macht.

Ich werde niemals für neue Militärvorlagen stimmen, denn nach einem flüchtigen Studium der Börsenkurszettel habe ich festgestellt, daß in Wirklichkeit nur eine Handvoll mächtiger Kapitalisten aus diesen Rüstungsausgaben Gewinn zieht. Diese Kapitalisten, die kaltblütig bereit sind, ihre Dividenden mit dem Patriotismus der Massen zu erhöhen, besitzen die Mehrzahl der Aktien der Kanonenindustrie. Sie haben gut von einer Besitzsteuer reden, denn das, was sie auf der einen Seite ausgeben, wird auf der anderen doppelt und dreifach durch die Erhöhung ihrer Börsenwerte wieder hereingebracht. Vergleichen Sie, meine Herren,

die heutigen Kurse der Kruppwerke in Deutschland, der Creusotwerke in Frankreich und aller Industrieunternehmen, die von nah oder fern an den zu erwartenden vermehrten Kriegslieferungen interessiert sind, mit den Kursen vor einigen Monaten. Und Sie werden nachher nicht mehr bestreiten können, daß den Besitzern dieser Aktien die neuen Steuern nicht nur keinen Verlust, sondern Gewinn bringen, nicht zu reden von den zu erwartenden höheren Dividenden. Eine ganze große Industrie lebt heute ausschließlich von den Budgets der Kriegs- und Marineminister. Sie lebt von der Vorbereitung des Krieges, das heißt von Werken des Todes und der Zerstörung, auf Kosten der Steuerzahler. Es liegt keine Ehre für unsere Nation in dieser Tatsache. Wenn Millionen von Kapitalien und Hunderttausende von Menschen für die Kriegsvorbereitung arbeiten müssen, so ist das bedauerlich, denn diese Millionen und diese Hunderttausende sind für die Kulturarbeit verloren.

Ich bin aus tiefer patriotischer Gesinnung heraus ein Feind der Vermehrung der Rüstungen, weil ich ein Feind jeder unproduktiven Arbeit bin und weil ich nicht wünsche, daß die Welt mit Fingern auf uns zeige: Seht, die Deutschen haben nur einen Ehrgeiz, nur ein Ziel, nur einen Glückskampf: Rüstungen und Paraden, Paraden und Rüstungen. Unter allen Völkern zahlen sie die höchsten Steuern, aber sie haben nur Geld für Waffen und Kasernen. Ihren zwecklosen Rüstungen zuliebe essen sie Hundefleisch und lassen sogar ihre Veteranen darben.

Meine Herren, ich wünsche nicht, daß man so von uns rede, daß man auf uns zeige als die Gassenjungen der europäischen Kultur. Ich liebe mein Vaterland und will, daß man es auch jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle liebe. — Nicht Sparta darf unser Ziel sein, wo die Kriegsidee die Grundlage der gesamten Volkserziehung war und wo man die Industriellen als servile Kreaturen behandelte. Unser Ziel ist Athen. Denn ohne die glänzende Furche, die Athen in der Kulturentwicklung der Menschheit gezogen hat, wäre auch Sparta schon längst vergessen und verflucht von der Menschheit. Ich wünsche, daß Deutschland fortan als Kulturschaffer in der Welt voranleuchte, und ich verhülle mein Gesicht bei dem Gedanken, daß es jemals mit Sparta den traurigen Ruhm teilen könnte, ein Sinnbild der finsternen Gewalt und der alles erstickenden Militärdisziplin zu sein.

Selbst Napoleon, ein Gewaltmensch, der es wissen mußte, hat zugegeben, daß es in der Welt nur zwei Gewalten gibt, den Säbel und den Geist, und daß zuletzt immer der Geist über den Säbel siegt. Ich will, daß

der deutsche Geist in der Welt siegt und nicht der deutsche Säbel.

Aus allen diesen Gründen werden alle ehrlichen Patrioten ohne Unterschied der Partei mit mir gegen die neuen Militärvorlagen stimmen.

Herm. Fernau (Paris).

Das Weltfeierjahr im Flottenbau.

Am 26. März hat der englische Marineminister, Lord Churchill, die Welt mit einem neuen Vorschlag überrascht. Er sagte:

„Es ist keine Aussicht vorhanden, die gewaltigen, dauernd wachsenden Kosten in den Flottenetats der künftigen Jahre zu vermeiden, wenn nicht die Periode der Rivalitäten und des technischen Fortschritts zu einem Ende kommt. Von allen Nationen der Welt sind wir vielleicht am besten imstande, eine derartige Ausdehnung zu tragen, falls sie fortgesetzt werden sollte. Aber es gibt glücklicherweise einen Weg, der offen steht und offen bleiben wird, durch welchen die Völker der Welt eine fast augenblickliche Milderung der Sklaverei erreichen können, in die sie sich selbst begeben haben. In der Sphäre des Flottenwettbewerbes ist alles relativ. Die Stärke einer Flotte ist ihre Stärke verglichen mit einer anderen. Der Wert eines Schiffes hängt gänzlich von dem zeitgenössischen Schiff ab, dem es vielleicht entgeggetreten muß. Jedoch sehen wir, daß die Schiffstypen einer jeden Seemacht die der früheren Jahre in unerbittlicher Hartnäckigkeit verdrängen, daß viele Millionen von Jahr zu Jahr geradezu vergeudet werden und daß das Entwicklungstempo dauernd sich verstärkt, ohne einen wirklichen Gewinn in der relativen Flottenstärke. Kann ein Vorgang sinnloser sein? Die Frage, die sich die Großmächte, und nicht nur die Großmächte, sondern auch die großen Nationen vorlegen sollten, ist diese: **Wenn für den Zeitraum eines Jahres kein neues Kriegsschiff für irgendeine Flotte gebaut worden ist, würden unsere Flotteninteressen oder die nationale Sicherheit in irgendeiner erkennbaren Weise gefährdet werden?** Wir haben heute gute Schiffe; sie sind die besten der Welt, bis bessere gebaut werden. Können sie nicht ein Jahr die Herrschaft behalten, bevor sie zurückgesetzt werden? Warum sollten wir alle nicht für ein Jahr im Schiffsbau einen Feiertag eintreten lassen, soweit eine neue Konstruktion oder unter allen Umständen soweit eine Neukonstruktion eines Linienschiffes in Betracht kommt? Das ist die Frage, die ich im vorigen Jahre gestellt habe, und das ist der Vorschlag, den ich in diesem Jahre wiederhole. Er schließt keine

Aenderung in der relativen Stärke der Flotten in sich ein. Er bedingt nicht das Aufgeben irgendeines Planes bezüglich der Flottenorganisation oder der Flottenvermehrung. Er widerstreitet keinem System eines Flottengesetzes. Er schließt keine Einschränkung der wirklichen Flottenstärke ein. Er ist so einfach, daß er zu keinem Mißverständnis führen kann. Die Finanzen eines jeden Landes würden eine Entlastung erhalten. Keine Flotte würde im geringsten benachteiligt sein. Wir in Großbritannien können mit Aufrichtigkeit über einen derartigen Gegenstand sprechen. Unsere Schiffsbau-technik ist nicht minderwertiger als die irgendeiner anderen Macht, unsere Erfahrungen sind weit größer, unsere Hilfsmittel sind reicher. Unsere Pläne haben auf jeder Stufe bei dem Weltwettbewerb die alte Ueberlegenheit behauptet, und nach dem, was wir von anderen Ländern hören, unterliegen unsere Preise und die Qualität unserer Arbeit gewiß keinem Tadel. In jedem Jahre, solange wie neue Schiffe gebaut werden, werden wir die besten bauen, welche die Wissenschaft erfinden oder Geld kaufen kann; wir werden unser bestes tun, die Führung in der Konstruktion aufrechtzuerhalten, die für die Vorherrschaft zur See nicht weniger wichtig ist als das Uebergewicht in der Anzahl.

Das ist kein Appell der Schwäche, des keuchend Zurückbleibenden, sondern ein Appell der Stärke des in der Front Schreitenden, **den wir an alle Nationen richten**, und an keine Nation mit größerer Aufrichtigkeit als an unseren großen Nachbar jenseits der Nordsee.“

Es gibt wohl kaum etwas Einleuchtenderes, etwas Einfacheres, etwas Klareres als diesen Vorschlag. Er gleicht dem Ei des Kolumbus. Mit einem Schläge scheinen all die Schwierigkeiten überwunden, die uns von den Gegnern stets als unüberwindbare Hindernisse für die Rüstungsverminderung dargestellt wurden. Keine schwierigen Formeln sind zu suchen, keine Kontrollen aufzustellen. Es wird einfach nichts vermindert, es bleibt alles beim Alten; nur ein Jahr lang wird pausiert. Die Hunderte von Millionen einer einjährigen Rüstungspause stellen sich als klares Ergebnis dar. Leider ist aber das Prinzip des Rüstungswettbewerbes an sich so unlogisch, daß man ihm mit logischen Mitteln gar nicht beikommen kann. Ebenso wenig wie man ein Kind oder einen Wilden mit Gründen überzeugen kann, kann man die Rüstungsbetreiber überzeugen. Hier gilt ganz besonders das ausgezeichnete Wort Rudolf Goldscheids: „La recherche de la causalité est interdite.“ Nach dem Warum und Wozu darf hier nicht gefragt werden.

So erhoben sich auch in der deutschen Presse sofort Einwände. Einwände unglücklichster Art. Nur ein Beispiel: Die „Kreuz-

zeitung“ vom 27. März rückt sofort mit den „wahren Gründen der englischen Vorschläge“ heraus. Schon dieser Titel kennzeichnet die angewandte Taktik; er verdächtigt. Deutschland würde nach der Kreuzzeitung durch ein solches Feierjahr „sehr benachteiligt“ werden. „Jene Pause würde der überlasteten englischen Industrie von Vorteil, der nicht überlasteten deutschen nur von Nachteil sein. Sie erläutert diese etwas unklare Behauptung folgendermaßen: „Die englischen Werften verlangen sehr energisch eine Verlängerung der Baufristen für die großen Kriegsschiffe, da sie unter gegenwärtigen Umständen mit Tag- und Nachtschichten arbeiten müssen und dabei nicht auf ihre Kosten kommen können; bei den deutschen Werften ist das nicht der Fall. Die englische Technik mag also immerhin noch ausdehnungsfähig sein, für eine solche Ausdehnung braucht sie aber Zeit; die deutsche Technik ist ebenfalls, und zwar noch sehr ausdehnungsfähig, sie braucht aber keine Zeit, sondern Arbeit.“

Man kann dies kaum als Einwand bezeichnen; höchstens als Ausrede. Die Milliarde, die beide Staaten in solch einem Feierjahr sparen würden, kommt für die Kreuzzeitung gar nicht in Betracht. Sie spricht nur „von Nachteilen“.

Aehnlich auch die „Kölnische Volkszeitung“. Für sie ist der Vorschlag nur „ein Paradehieb“, eine „schöne Idee“, und schließlich mündet auch ihre Betrachtung nach vielen Wenn und Aber in einer Verdächtigung: „England will bloß Luft bekommen.“

Ebenfalls skeptisch, wenn auch in lebenswürdigerer Form, hat der Reichskanzler in seiner großen Rede am 7. April zu dem Vorschlag Stellung genommen. Er sagte darüber:

„Nun hat Mister Churchill in der großen Rede, die er neulich gehalten hat, das Verhältnis der englischen Flotte zur deutschen Flotte beleuchtet und dabei einen Gedanken wiederholt, den er bereits im vorigen Jahr, und zwar auch im Parlament, ausgesprochen hat, den Gedanken, daß zur Verminderung der Rüstungen die Schiffswerften der großen Nationen von Zeit zu Zeit ein Jahr Feiertag machen. Mister Churchill hat diesen Vorschlag speziell an Deutschland, und zwar für die Jahre 1914 oder 1915 gerichtet. Aber er hat selbst anerkannt, daß alle Großmächte an dieser Kontingentierung beteiligt werden müßten. Die Marinesachverständigen diesseits und jenseits haben, wie mir scheint ziemlich einstimmig, auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich der Ausführung dieses Problems entgegenstellen. Mister Churchill selbst hat diese Schwierigkeiten gekannt. Auch ist mir nicht bekannt geworden, daß sein Gedanke im englischen Parlament oder in der englischen öffentlichen Meinung

mit besonderer Entschiedenheit aufgegriffen wäre. Wir werden daher abwarten können, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen an uns herantreten sollte. Aber die Tatsache, daß dieser Gedanke ausgesprochen worden ist, und die Formen, in die der erste Lord der englischen Admiralität sie gekleidet hat, bedeutet schon einen großen Fortschritt. Es gab eine Zeit, wo jede Form eines Vergleichs der englischen und der deutschen Seestärke, des englischen und des deutschen Schiffsbaues, zu einer Flottenhetze führte, die immer wieder die Beziehungen beider Länder vergiftete. Ich hoffe, daß diese Zeiten der Vergangenheit angehören. Mir scheint, daß das Vertrauen wiederzukehren beginnt, das lange zum Schaden beider Länder und der Welt gefehlt hat.“

Das ist keine Zustimmung, aber auch keine Ablehnung.

Dem scharfen Beobachter der Verhältnisse kann eine erfreuliche Tatsache nicht entgehen: Das Problem der Rüstungsverminderung entwickelt sich. Früher durfte darüber kaum gesprochen werden. Das zynische Gelächter der Rückwärtser erstickte jede Andeutung im Keime. Jetzt wird doch schon diskutiert und erwogen, und auch von deutscher Seite sehen wir jetzt öfter ein, wenn auch erzwungenes, Nicken. Das Problem ist diskutiert geworden. Die nächste Haager Konferenz wird Formeln vorfinden, von denen die Regierungen bereits erklärt haben, daß sich darüber reden ließe. Es ist nicht mehr so ausgeschlossen, daß man sich 1915 im Haag darein schicken wird, wenigstens zu verhandeln. Und das wird schon ein großer Fortschritt sein.

Kundgebungen gegen die Rüstungen.

Aufruf des Internationalen Friedensbureaus.

Die gegenwärtige Lage Europas hat ihresgleichen noch nicht gehabt.

Zur nämlichen Stunde, da die Vertreter der Großmächte in London und in Petersburg sich mit allem Nachdruck um die Herstellung des Friedens auf der Balkanhalbinsel und um die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bemühen, kündigen diese selben Großmächte, unter dem Druck einer künstlich erweckten Panik, neue gewaltige Rüstungen an, mit der Behauptung, daß diese für ihre Sicherheit notwendig seien.

Seit Jahrzehnten sind wir die Zeugen einer fortwährenden Steigerung der Rüstungen gewesen; aber was im Augenblick geplant wird, um sie noch weiter zu steigern, überschreitet in der Tat das Maß der ausschweifendsten Phantasie.

Die Völker müssen begreifen: eine wohlüberlegte internationale Kampagne sucht sie heute auf den Weg eines unbegrenzten Rüstungswettkampfes zu verlocken; wenn sie den Organisatoren dieser Kampagne folgen, so werden bald alle ihre Lebenskräfte durch die Vorbereitung zu den Werken der Zerstörung und des Todes aufgezehrt werden, zum Schaden aller Werke des Lebens, der Zivilisation und des Fortschritts.

Eine solche Lage ist die unausbleibliche Folge der Gewalt- und Raubpolitik, die von den Regierungen noch immer verfolgt wird.

Es ist Sache der Völker, unzweideutig ihren Willen zur Beendigung einer solchen Politik zu bekunden.

Heute muß auch der Blindeste sehen, daß alle Anstrengungen, die zur Steigerung der militärischen Kräfte eines Landes dienen sollen, alsbald zunichte gemacht werden durch gleiche Anstrengungen anderer Länder. Wenn die gewaltigen, jetzt geplanten Rüstungen durchgeführt sind, wird nichts in dem militärischen Kräfteverhältnis der verschiedenen Nationen geändert sein.

Angesichts solcher Tatsachen sollten die Völker sich bemühen, kaltes Blut zu bewahren oder wiederzugewinnen. Zu einer solchen Betätigung des Willens und der gesunden Vernunft rufen wir sie auf.

Denn wahrhaftig, wollen die Völker wirklich unaufhörlich das Bild des kommenden Krieges vor Augen haben? Wollen sie nicht vielmehr den Frieden, gegründet auf Gerechtigkeit und Freiheit, die Sicherheit und den Lohn friedlicher Arbeit, den Segen geistigen Fortschritts, die Erleichterung von Steuer- und Rüstungslasten, die nutzbringende und rasche Verwertung der wissenschaftlichen Entdeckungen, die Verbilligung der Lebenshaltung, die Beteiligung aller an den Erzeugnissen der Welt?

Die Vertreter der Friedensgesellschaften der ganzen Welt, die in Bern zu einer internationalen Versammlung zusammengetreten sind, erklären feierlich: Es gibt heute kein Volk, das gewillt wäre, Krieg zu führen, um seine Nachbarn zu vernichten oder zu unterwerfen; überall würde sich vielmehr ein unbeschreiblicher Enthusiasmus erheben, wenn die Politik der Staaten sich unter die Herrschaft der Friedensidee stellen wollte. Jede Versicherung, daß es anders wäre, muß mit dem schärfsten Mißtrauen aufgenommen werden.

Die wahre öffentliche Meinung fordert die Ersetzung der Kriegspolitik durch eine Politik des Friedens, d. h. durch eine wohlüberlegte Organisation der internationalen Arbeitsgemeinschaft und durch eine, auf dem Recht beruhende, für alle gleichmäßig verpflichtende Beilegung internationaler Streitigkeiten. Nur so wird jede Nation die ihr zukommende Unabhängigkeit und wahre Sicherheit gewinnen.

Aber ist eine solche Umwandlung der Politik möglich?

Die jüngste Vergangenheit hat zwei bemerkenswerte Vorgänge gezeitigt: Die von den Regierungen Rußlands und Oesterreich-Ungarns getroffene Vereinbarung über eine gleichzeitige Demobilisierung ihrer in den Grenzbezirken stehenden Truppen und die, wenigstens stillschweigende, Verständigung Deutschlands und Englands über das Maß ihrer Flottenrüstungen. Diese beiden Vorgänge, so wenig wir ihre Bedeutung überschätzen, sind doch außerordentlich bezeichnend; sie zeigen, daß Uebereinkommen zur Beschränkung der Rüstungen durchführbar sind, wenn nur die Regierungen den Willen haben, sie durchzuführen.

Unser Aufruf geht an die Regierungen, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, nicht allein an jene, die unmittelbar durch das Rüstungsfieber berührt werden, sondern auch an alle andern, die die unheilvollen Folgen mitzutragen haben werden. Ihre Sache ist es, unverzüglich, gemeinsam oder einzeln, bei den am Rüstungswettkampf unmittelbar beteiligten Regierungen vorstellig zu werden, damit diese gleichzeitig auf ihre Pläne verzichten, auf diese Pläne, ebenso verderblich und unnütz für sie selbst, wie gefährlich für alle.

Unser Aufruf geht an die Parlamente und unterschiedslos an alle politischen Parteien, die sich ehrlich des Wohles der Massen annehmen, und die sich unabhängig halten von den Rüstungsinteressenten. Ihre Sache ist es, einmütig und eines Sinnes ihre Stimme zu erheben, um von ihren Regierungen die gleichen Entscheidungen und die gleichen Maßnahmen zu fordern.

Unser Aufruf geht schließlich an die Völker, die alle den Frieden wollen, die alle mit ihren Interessen am Frieden hängen und die alle unter der materiellen und moralischen Last der Rüstungen zusammenzubrechen drohen. Ihre Sache ist es, auf ihre Vertreter in den Parlamenten einen unwiderstehlichen Druck auszuüben. Aus allen Hütten und aus allen Werkstätten muß sich ein einheitlicher, mächtiger und entrüsteter Protest erheben gegen jene, die da behaupten, Dolmetscher der Volksmassen zu sein, wenn sie von Kampf- und Schlachtbegierde sprechen. Alle aufgeklärten Geister müssen sich hinzugesellen, um die Menschheit zu befreien von dem Alpdruck, der auf ihr lastet und sie zur Verzeiflung treibt.

Wir wagen zu hoffen, daß unter dem zwingenden Druck der öffentlichen Meinung die Mächte diesen Weg der Beruhigung und der Verständigung betreten werden. Will man den Folgen einer wahrhaft selbstmörderischen Politik entgehen, so muß der internationalen Anarchie ein Ende gesetzt werden; denn sie allein wirkt lähmend auf alle wohlmeinenden Bestrebungen, die auf den Fortschritt und

die Besserung des Loses der Völker gerichtet sind. Stetigkeit muß an die Stelle der heutigen Unsicherheit treten; denn diese ist nur zum Vorteil jener, die im vollen Bewußtsein besinnungslose Paniken hervorrufen, ausschließlich zu ihrem eigenen Nutzen und zum Schaden der Kleinen und Armen.

Wir haben die Ueberzeugung, in dieser feierlichen und verantwortungsvollen Stunde im Namen nicht nur der Friedensfreunde zu sprechen, die in ihren Vereinen auf der ganzen Erdoberfläche organisiert sind, sondern auch im Namen von Millionen und aber Millionen Menschen, die durch ihrer Hände und ihrer Köpfe friedliche Arbeit das Auskommen suchen, auf das sie ein Recht haben, für sich und für ihre Familien, die in dieser Stunde der Trauer und des Schreckens die Sorge niederdrückt. Sie alle ersehnen ein Zeitalter gesicherten Friedens.

Wir sind sicher, über alle Grenzen hinaus gehört zu werden, wenn wir auch jetzt wieder den Ruf erschallen lassen, der die Menschheit zu ihren Zielen der Freiheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit führt: Krieg dem Kriege!

Bern, im März 1913.

Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler.

„An den Herrn Reichskanzler
von Bethmann Hollweg.
Eure Exzellenz

erlauben wir uns, bezüglich der geplanten Rüstungsvorlage in letzter Stunde um geneigtes Gehör zu bitten. Wir können zwar nicht hoffen, die Kaiserliche Regierung in ihren Entschließungen zu beeinflussen, halten es aber doch für unsere Gewissenspflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß der eingeschlagene Weg schwerlich zu dem erwünschten Ziel, einen dauernden Frieden zu erhalten, führen wird. Kein Friedensfreund, sondern ein Kriegsfürst, der Zar Nikolaus II. von Rußland, hat es ausgesprochen: „Die ständige Gefahr, welche in der Kriegsstoffansammlung ruht, macht die Armees unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können. Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen würde, welche man zu vermeiden wünscht, und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schauern machen.“ Wir brauchen Eurer Exzellenz nichts davon zu sagen, daß die neuen Rüstungsforderungen dem deutschen Volk überraschend kommen müssen, nachdem erst vor einem Jahr eine wesentliche Vermehrung des Heeres stattgefunden hat, und daß durch beide Neuforderungen die vom Jahr 1912, wie die vom Jahr 1913 das Quinquennatsgesetz, durch das doch der Heeresbestand auf 5 Jahre festgelegt schien;

illusorisch gemacht werden dürfte. Wir haben auch nicht nötig, Eurer Exzellenz vorzurechnen, welche Steigerung die Rüstungsausgaben speziell in Deutschland erfahren haben. Im Jahre 1883 haben wir 366 Millionen Mark für unser Heer und 36 Millionen für unsere Flotte aufgewendet, zusammen also 392 Millionen; jetzt geben wir bereits ca. 1300 Millionen für unsere Rüstung aus, und wenn die neue Wehrvorlage angenommen ist, werden wir, alle Nebenausgaben eingerechnet, gegen 2 Milliarden für unsere Panzer aufzuwenden haben, das ist in 30 Jahren eine Steigerung von rund 400 %, und dabei ist die dadurch erstrebte Sicherheit keineswegs größer geworden, im Gegenteil, die Kriegsgefahr ist dringender als je. Dabei dürfte es sich als aussichtslos erweisen, daß der Dreibund die Triple-Entente in dem Rüstungswettlauf überflügeln könnte. Die Antwort auf die von der deutschen Regierung geplante Rüstungsvorlage ist bereits vom französischen Ministerium gegeben: in Paris wird man einen neuen Rüstungskredit von 500 Millionen Franken verlangen; man wird daran gehen, eine schwarze Armee gegen Deutschland aufzustellen, man wird unser Heer durch Anschaffung kostspieliger Zerstörungsmaschinen zu überbieten suchen, und wenn das französische Volk die nötige Mannschaft nicht wird aufbringen können, so ist in Rußland ein so unerschöpfliches Menschenreservoir vorhanden, daß, wenn dasselbe unter Voraussetzung einer Sanierung der russischen Finanzen aufs äußerste ausgenutzt wird, die Ueberflügelung des Dreibunds durch die mit den Balkanstaaten vereinigte Triple-Entente zur erschreckenden Tatsache werden wird. Wir sehen keinen Ausweg aus dem verhängnisvollen Zirkel, in dem sich die europäische Politik bewegt, als den: es sollte versucht werden, eine Uebereinkunft unter den Staaten abzuschließen, durch die sie sich ihren Besitzstand gegenseitig garantieren und sich eine überseeische Expansion für den Notfall ermöglichen. Auch Frankreich würde — das ist unsere Ueberzeugung — schließlich eher bereit sein, sich durch einen derartigen Vertrag zu binden, als daß es sich durch das ruinöse System des bewaffneten Friedens, diesen latenten Kriegszustand, zugrunde richten ließe. Man müßte aber einsehen, daß es nicht nur die Aufgabe der Politik sein kann, das Interesse des eigenen Staates zu wahren, daß es sich vielmehr darum handeln muß, den Boden für ein menschenwürdiges Zusammenleben der Nationen zu bereiten. Die Bedrohung einer Nation durch die andere, wie sie heute die Regel geworden zu sein scheint, kann aber nicht als menschenwürdiger Zustand bezeichnet werden. Uebrigens sollte auch schon unter Voraussetzung der gegenwärtigen Verhältnisse eine Uebereinkunft unter den konkurrierenden Regierungen möglich sein, da-

hingehend, daß eine Formel gesucht würde, welche ein gewisses Maximum der Rüstungsausgaben festlegen würde. Wenn es gelungen ist, zwischen der deutschen und englischen Flotte das Verhältnis von 10:16 als annehmbar für die nächste Zeit festzulegen, warum sollte nicht etwas Aehnliches auf dem Gebiete der Landstreitkräfte möglich sein?

Möge es Eurer Exzellenz gefallen, diese Gedanken einer geneigten Prüfung zu unterziehen.

Stuttgart, März 1913.

Verehrungsvoll

Der Vorstand der

Deutschen Friedensgesellschaft.

Dr. Ad. Richter. O. Umfrid.“

Resolution der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Stuttgart, faßte in ihrer Ausschuß-Sitzung vom 14. März 1913 folgende Resolution:

„Die Deutsche Friedensgesellschaft bedauert aufs lebhafteste, daß die Regierungen trotz aller Friedensversicherungen, trotz aller Abmachungen der Haager Konferenzen, trotz all der Anzeichen, die auf die wachsende Solidarität der Interessen hinweisen, immer noch keinen Ausweg aus dem Zustand des bewaffneten Friedens, dieses latenten Kriegs, finden zu können meinen, daß sie vielmehr heute mehr als je dem Wahngedanken folgen, als ob sie sich nur durch eine ins Ungemessene gesteigerte Rüstung behaupten oder durchsetzen könnten, ohne daß sie die furchtbare Gefahr bemerken wollen, die sie gerade mit dieser ungeheuerlichen Anhäufung der Zerstörungsmittel heraufbeschwören. Obwohl die Deutsche Friedensgesellschaft die Anschauung der Regierung sehr wohl kennt, nach welcher dieselbe mit einem gleichzeitigen Angriff von Westen und einem Ansturm der durch die Balkanstaaten verstärkten Russen rechnen zu müssen glaubt, so sieht sie doch in der neuesten Milliardenforderung, die an das deutsche Volk gestellt wird, keineswegs eine wirksame Friedenssicherung, sondern weiß, daß die anderen Mächte in dieser äußersten Anspannung der deutschen Wehrkraft — ob auch mit Unrecht — eine furchtbare Drohung erblicken, der sie zunächst mit einem ähnlichen Aufwand für Zerstörungsmittel begegnen zu müssen meinen, um schließlich in der Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen kann, zu der Ansicht zu gelangen, daß ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei. Sie fordert daher alle Einsichtigen auf, mit ihr gemeinsam gegen das ziellose Wettrüsten zu protestieren, bis die Regierungen sich dazu entschließen, um den Frieden auf festere Grundlagen zu stellen, einander die Unantastbarkeit des bestehenden Besitzstandes zu garantieren, für den Fall der Selbstauflösung eines Staates den einzelnen Völkern desselben das Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen, sich selbst jeder Einmischung zu

enthalten und etwaige Streitigkeiten, die trotz derartiger Abkommen entstehen sollten, der Erledigung auf rechtlichem Wege zuzuführen. Es zeigt sich schon heute aufs klarste, daß keine Nation der andern bezüglich der Rüstungsausgaben zuvorkommen kann, da die andern sofort mit einer ähnlichen Erhöhung ihrer Wehrkraft antworten; daß aber die Teuerung der Lebenshaltung, die jetzt schon einen exorbitanten Grad erreicht hat, durch die starke Blutentziehung, die in der geplanten Milliardensteuer dem Volkskörper zugemutet wird, erhöht werden wird, dürfte jedem Kundigen einleuchten. Daher sollte unseres Erachtens dem Gedanken eines Uebereinkommens näher getreten werden.“

Ein offizieller Vorstoß gegen die Kriegshetzer in der Presse.

Seitdem es eine Friedensbewegung gibt, richtet sich der Kampf gegen die Brunnenvergifter der öffentlichen Meinung, deren Geschäft es ist, durch sensationelle Nachrichten die öffentliche Meinung zu täuschen und jene Erbitterung zu erregen, die dem internationalen Frieden recht gefährlich wird. Man kennt diese Fälscher und Hetzer und ihren verderblichen Einfluß. Bei dem großen Werke der anglo-deutschen Verständigung sahen wir sie hemmend am Werke. Lord Churchill hat sie mit Recht „Die Wegelagerer der internationalen Politik“ genannt. In den Beziehungen Deutschlands zu Frankreich spielen sie die verächtlichste und verderblichste Rolle, nicht minder in den Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Italiens. Aus dem gegenwärtigen Balkankriege haben wir ihr trauriges Wirken noch in aller Erinnerung. Die falschen Nachrichten über die Ermordung des österreichischen Gesandten in Belgrad, die Aufbausung der Affäre Prochaska, die Fälschungen über die ungnädige Aufnahme des kaiserlichen Sondergesandten Hohenlohe in Petersburg sind Einzelheiten aus der Werkstatt dieser Giftmischer.

Mit Recht hat sich die anständige Diplomatie stets gegen jene dunkeln Ehrenmänner gewandt, und der ehemalige österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, hat einmal ausdrücklich die Hilfe der Friedensgesellschaften gegen jene Plage angerufen. Am 18. September 1892 sprach er in den österreichischen Delegationen von der Alarmierung der öffentlichen Meinung durch die Tagespresse und deren Nachrichtendienst, „in welchem auf die Nerven des lesenden Publikums und sogar auf die Leidenschaften politischer und nationaler Natur in einer Weise eingewirkt wird, die oft heftige Strömungen erzeugt, welche die Regierung alle Mühe hat, zu beruhigen. Wenn die Friedenskongresse sich mit der Friedensfrage

beschäftigen, würde ich ihnen sehr empfehlen, dieser Tatsache ihr Augenmerk zuzuwenden und in dieser Richtung einen heilsamen Einfluß zu üben in allen Ländern, wo solches vorkommt“.

Im Jahre 1906 hat Graf Aehrenthal in den Delegationen von jenen Unverantwortlichen gesprochen, die in der Presse jeden Zwischenfall aufbauschen und die begleitenden Nebenumstände übertreiben, und 1907 beklagte sich der damalige italienische Premierminister Tittoni über „die Zügellosigkeit eines Teiles der Presse“, ihre „strafwürdigen Provokationen“, die „die hauptsächlichste, wenn nicht die einzige Gefahr für den europäischen Frieden bilden“. Aehnliche Aeußerungen taten noch Campbell Bannerman, Graf Bülow, Kiderlen Waechter u. a.

Die Pazifisten haben nicht erst nötig gehabt, die Aufforderung des Grafen Kalnoky zu befolgen. Schon auf dem Londoner Friedenskongreß von 1890 und auf allen späteren Kongressen forderten sie energisch Abhilfe gegen dieses Uebel und Einschreiten der Gesetzgebung.

Hierzu scheint nun der erste Schritt gemacht zu werden.

In dem Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, den die österreichische Regierung dem Herrenhause vorgelegt hat, befindet sich ein Abschnitt, der „Von der Gefährdung des Friedens“ handelt. Der darüber eingefügte § 115 hat folgenden Wortlaut:

„Wer durch eine Druckschrift eine unwahre oder entstellte Nachricht verbreitet, durch welche die Beziehungen der Monarchie zu einem fremden Staate gefährdet werden, wird mit Gefängnis oder Haft von einer Woche bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe von fünfzig bis zu viertausend Kronen bestraft.“

Dieser Paragraph ist von der Regierung selbst vorgelegt worden. Die juristische Kommission des Herrenhauses hat in ihrem „Bericht“ folgende Begründung dazu gegeben:

„Es ist wiederholt durch Aeußerungen der hervorragendsten Staatsmänner verschiedener Staaten anerkannt worden, daß die Gefahr für den Frieden heute meist nicht mehr wie früher von den Regierungen und ihrer Diplomatie ausgeht, deren Tätigkeit vielmehr vorwiegend in den Dienst der Friedensbewahrung gestellt ist, sondern von unverantwortlichen Elementen, die aus den verschiedensten Motiven, aus nationalem Fanatismus, aus volkswirtschaftlichen Gründen, zum Teil aber auch aus gemeinster Gewinnsucht oder aus journalistischer Sensationslust die Völker und Staaten

gegeneinander verhetzen und die Versuche friedlicher Beilegung internationaler Differenzen und Erregung der Leidenschaften durch Entstellungen von Nachrichten, durch Verbreiten erlogener Nachrichten stören. Dieser Gefahr sucht § 115 durch eine Strafdrohung gegen diese Art der Gefährdung des Friedens entgegenzuwirken, indem er es als Vergehen erklärt, in einer Druckschrift unwahre oder entstellte Nachrichten zu verbreiten, durch die die Beziehungen der Monarchie zu einem fremden Staate gefährdet werden.“

Die Feststellung wird für die pazifistischen Kreise nicht uninteressant sein, daß der Berichterstatter jener juristischen Kommission niemand anderer als der bekannte Völkerrechtsgelahrte Professor Lammasch ist, der hervorragende Mitarbeiter am Haager Werk und der angesehene Richter in so vielen bedeutenden Schiedsfällen.

In absehbarer Zeit wird das neue österreichische Strafgesetzbuch Gesetz werden. Dann wird die Propaganda einen Ausgangspunkt haben — eine Operationsbasis, wie man es militärtechnisch nennt. Das Ziel wird dann sein, den § 115 des österreichischen Strafgesetzbuches in die übrigen Strafgesetzbücher einzufügen. Dies wird am besten zu erzielen sein durch ein internationales Abkommen, und zu einem solchen wird die kommende Haager Konferenz die beste Gelegenheit bieten.

A. H. F.

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Das nationale und das New-Yorker Komitee zur Jahrhundertfeier des Friedens zwischen den englisch sprechenden Völkern entfalteten eine rege Tätigkeit für die Vorbereitung der im Jahre 1914 stattfindenden Feier. Es wurde vorgeschlagen, die Geschichte eines Jahrhunderts des Friedens von Prof. W. M. A. Dunning von der Columbia-Universität schreiben zu lassen. Das Vorwort dazu soll der frühere Botschafter James Bryce liefern. Ferner wurde erwogen, ein Denkmal der Königin Victoria in diesem Lande und eines von George Washington in London zu errichten. Ebenso soll ein Standbild an der Grenze zwischen Britisch Columbia und dem Staate Washington zur Aufstellung gelangen. Am 24. Dezember 1914 wird für fünf Minuten jede Art von menschlicher Tätigkeit in den Vereinigten Staaten eingestellt werden. Es ist

auch beabsichtigt, eine Gedenkfriedensbrücke über die Niagara-Schlucht zu erbauen.

James L. Tryon, Sekretär der Massachusetts Friedensgesellschaft, hat eine Anzahl illustrierter Vorträge gehalten, die sich auf die beabsichtigte Jahrhundertfeier beziehen.

Die Verhältnisse in Mexiko waren sehr beunruhigend. Präsident Taft und sein Nachfolger, Präsident Wilson, sind von interessierten Kreisen gedrängt worden, zu intervenieren oder eine Vermittlung zu versuchen, aber diese Vorschläge wurden beharrlich zurückgewiesen. Der Sturz der Regierung des Präsidenten Madero und der Regierungsantritt des General Huerta als vorläufiger Präsident lassen aber immerhin hoffen, daß sich eine dauerhafte Regierungsform in Mexiko entwickeln wird, wenn es auch selbstverständlich erscheint, daß es große Schwierigkeiten bereiten wird, eine solche dort einzuführen. Die führenden Zeitungen sprechen von einer Intervention der Vereinigten Staaten als von einem allerletzten Mittel und die einflußreichsten Persönlichkeiten dieses Landes sind der Ansicht, daß Mexiko allein seine Verhältnisse ordnen solle, es sei denn das Leben der in Mexiko lebenden Bürger der Vereinigten Staaten gefährdet. Finanzielle Interessen fallen aber nicht genügend ins Gewicht, um eine Intervention zu rechtfertigen.

Durch die Presse wurde ein Bericht verbreitet, wonach die Republik Columbia sich weigerte, die versuchsweisen Vorschläge, die seitens des Department of State gemacht wurden, zwecks Schlichtung der Streitfrage über die Anerkennung der Panama-Republik durch die Regierung der Vereinigten Staaten anzunehmen. Die kolumbische Regierung besteht darauf, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Am 25. März veröffentlichte der Generalkonsul von New York einen an den ehemaligen Staatssekretär Knox gerichteten Brief, worin er die Wahrhaftigkeit des Berichtes, den der Sekretär dem Kongreß am 1. März 1913 unterbreitete, bezweifelt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Frage eine rasche und befriedigende Lösung findet.

Am 4. März leistete Woodrow Wilson den Eid als Präsident der Vereinigten Staaten. Es waren Gerüchte über bevorstehende Revolutionen in den Republiken von Zentralamerika verbreitet, weil es den Anschein hatte, als wäre Präsident Wilsons Politik der Nicht-Intervention zugeneigt. Indessen versprach das am 12. März veröffentlichte Exposé des neuen Präsidenten eine Politik der Freundschaft für die Republiken Lateinamerikas, setzte aber die freundschaftliche Warnung hinzu, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen Mißbrauch ihrer Freundschaft nicht dulden würde.

In den letzten Tagen hat Präsident Wilson den führenden amerikanischen Banken mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf eine Teilnahme Amerikas an der Sechs-Mächte-Anleihe in China nicht bestehen würde. Dies gab Anlaß zu zahlreichen Kommentaren und Kritiken. Der allgemeine Eindruck scheint aber der zu sein, daß es sich nur um eine freundschaftliche Kundgebung handelt, der in kurzer Zeit die offizielle Anerkennung der neuen chinesischen Republik folgen wird.

Es wäre verfrüht, eine Meinung über die von Präsident Wilson zu erwartende Politik zu äußern, aber man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß er für eine bescheidene Reduktion des Tarifs, für eine allgemeine oder erhöhte Einkommensteuer und für Gerechtigkeit und Wohlwollen in unseren internationalen Verbindungen eintreten wird.

Bereits anfangs 1913 hat der Sekretär des Präsidenten der chinesischen Republik die Trustees der Carnegie-Stiftung aufgefordert, einen Rat für die chinesische Regierung zu ernennen. Frank Johnson Goodnow, Professor für Verwaltungsrecht an der Columbia-Universität ist dafür bestimmt worden und wird sehr bald diesen Posten in China antreten. Als Dr. Charles W. Eliot im Jahre 1912 die Carnegie-Stiftung in China vertrat, wurde die Möglichkeit einer solchen Ernennung zwischen ihm und dem chinesischen Ministerpräsidenten erwogen.

Am 13. Februar unterschrieben der Staatssekretär Knox und der Gesandte Jussé-
raud eine Konvention, die die Schiedsverträge zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten auf fünf Jahre verlängerte.

Charles W. Eliot, emeritierter Präsident der Harvard-Universität, wurde die Gesandtschaft am Hof von St. James angetragen. Er lehnte den ehrenvollen Ruf ab.

John Bassett Moore, Professor für Völkerrecht an der Columbia-Universität, wurde zum Rat des State Department ernannt und wird in Abwesenheit des Staatssekretärs William Jennings Bryan diesen vertreten.

Die Frage des Panamakanal-Zolles begegnet immer noch einem lebhaften Interesse. Die einflußreichsten Zeitungen und Zeitschriften haben diese Frage fast täglich besprochen und Widerruf jenes Teiles des Aktes über den Panamakanal-Zoll empfohlen, der eine Befreiung des Zolles der amerikanischen Küstenschiffahrt gewährt, oder zur Verweisung der Streitfrage mit Großbritannien vor ein Schiedsgericht geraten.

Hon. Joseph H. Choate, früherer Gesandter in England, stellte in einer Rede in der Pilgrims Society in New York am 4. Februar fest, daß er den Entwurf des Hay-

Pauncéfote-Vertrags kenne, und daß es zwischen Lord Pauncéfote und John Hay feststand, daß alle Nationen, mit Inbegriff der Vereinigten Staaten von Amerika, den Kanal unter gleichen Bedingungen benutzen könnten. In der New York Sun vom 16. März ist ein erschöpfender und autoritativer Bericht von Mr. Choate veröffentlicht worden, der diesen Gedanken vertritt.

Das Ende der Kongreßsession brachte keine Erledigung zu dem Gesetzentwurf des Senators Root auf Widerruf der Befreiungsklausel. Es ist möglich, daß die Widerrufsangelegenheit anläßlich der Spezialsitzung des Kongresses, die vom Präsidenten Wilson für den 7. April einberufen wurde, beschleunigt werden wird.

Am 18. März veröffentlichten 22 Mitglieder der Board of Trustees der Carnegie-Stiftung einen Aufruf für ein Schiedsgericht oder Widerruf der Befreiungsklausel. Dies wurde durch die Associated Press umfangreich verbreitet.

Die Massachusetts Friedensgesellschaft nahm im Februar eine Resolution zugunsten des Widerrufs der Befreiungsklausel an. Diese Gesellschaft veranlaßte alle Prediger in Neu-England, eine Predigt über nationale Ehre am Sonntag, den 30. März zu halten, und dabei von der Rede des Senators Root über den Panamakanalzoll auszugehen.

Die New Yorker Friedensgesellschaft hat die von Robert Underwood Johnson, dem Herausgeber des „Century Magazine“, am 30. Januar 1913 bei der jährlichen Versammlung der Gesellschaft gehaltene Rede veröffentlicht und sehr stark verbreitet. Die Rede ist eine sorgfältige Prüfung der Streitfrage über den Panamakanalzoll und ein Aufruf zu einer ehrenvollen Erledigung dieser Frage.

Die „American Association for International Conciliation“ veröffentlichte im Februar die Rede des Präsidenten Taft, in der er für die schiedsgerichtliche Erledigung der Frage des Panamakanalzolles eintrat und einen sehr interessanten Artikel desselben Inhaltes von Amos S. Hershey, Professor für Völkerrecht und der politischen Wissenschaften.

Die World Peace Foundation, Boston, übersiedelte in größere und bequemere Räume, 40 Mt. Vernon Street. Es ist beabsichtigt, alle in Boston bestehenden Friedensorganisationen in diesem Gebäude zu vereinen, um so ein wirkliches Friedenszentrum für die Stadt zu errichten.

Im Februar veröffentlichte die World Peace Foundation eine Broschüre, die wichtige Artikel über das Werk des Roten Kreuzes im Balkankrieg enthielt. Die Artikel hießen: „The Wounded“ von Noel Buxton, M. P.

Die Zukunft der Haager Friedenskonferenzen.*)

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

In dem ersten Rundschreiben des Grafen Mourawieff vom 12./24. August 1898, das die Einberufung der großen Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1899 vorbereitete, ließ der russische Zar erklären: „Que le moment présent serait très favorable à la recherche, dans les voies de la discussion internationale, des moyens les plus efficaces d'assurer à tous les peuples les bienfaits d'une paix réelle et durable, et de mettre avant tout un terme au développement progressif des armements actuels“.

Die erste Haager Konferenz sollte also nicht etwa lediglich eine Konferenz zur Fortbildung des Völkerrechts oder zur Regelung irgendeiner speziellen Frage sein. Sie hatte vielmehr ein sehr allgemeines Ziel im Auge, nämlich die Sicherung des Friedens unter den Völkern. Sehr treffend hat man daher auch die erste Haager Konferenz allgemein als „Conférence de la Paix“ bezeichnet, und dies ist der historische Name nicht nur für die erste, sondern auch für alle folgenden Konferenzen geworden. Nun konnte selbstverständlich ein dauernder Friede durch die Beschlüsse einer einzigen Staatenversammlung nicht gesichert werden. Aufgabe der ersten und aller folgenden Konferenzen mußte es daher sein, wenigstens alle diejenigen Wege ins Auge zu fassen, die uns dem fernen Ziele einer friedlichen Organisation der Staatengemeinschaft näher bringen können. Die Haager Friedenskonferenzen haben die Aufgabe, als Zentralpunkt der offiziellen Organisation der Staatengemeinschaft, also einer gemeinsamen internationalen Friedenspolitik der Mächte, zu dienen. Ihre Aufgabe ist also, wie Professor Schücking in seinem bahnbrechenden Werke „Der Staatenverband der Haager Konferenzen“ (1912, S. 72) klar nachgewiesen hat, eine eminent politische. Wer behauptet, die Haager Konferenzen seien lediglich Konferenzen zur Fortbildung des Völkerrechts, der hat die Aufgaben nicht begriffen, um deren Bewältigung die ganze Institution begründet worden ist.

Machen wir uns die Aufgabe der Haager Konferenzen als einem Mittelpunkt der internationalen Friedenspolitik klar, so vermögen wir auch zu erkennen, daß das letzte Ziel dieser gemeinsamen Aktion der Staaten in keiner Weise von dem Ideal der Pazifisten verschieden ist. Die Haager Friedenskonferenzen wollen, wenn man ihre Bedeutung richtig versteht, im letzten Grunde nichts anderes erreichen, als was sich die bisherigen Welt-

*) Dieser Aufsatz ist zuerst in französischer Sprache in der „Revue Générale de Droit international“ (1912, Nr. 4/5) erschienen.

und „Women and War“ (die Frauen und der Krieg) von Mrs. M. St. Clair Stobart.

Edwin D. Mead, Sekretär der Foundation, verbrachte die letzte Woche des Februar in Washington und benutzte diesen Aufenthalt zu Unterredungen mit den führenden Persönlichkeiten der Friedensgesellschaften.

Die erste Jahressitzung der New Hampshire Friedensgesellschaft wurde am 27. Februar in Manchester, N. W. abgehalten. Die Gesellschaft besteht aus 107 Mitgliedern und entfaltet eine außerordentlich rege Tätigkeit, indem sie zahlreiche öffentliche Versammlungen veranstaltet und wichtige Schriften verbreitet. Der Sekretär der Gesellschaft, Mr. Wm. W. Thayer veröffentlichte einen Artikel „The international Arbitration of justiciable Disputes“ in der „Harvard Law Review“ vom März 1913.

Am 11. Februar fand in Tremont Temple unter den Auspizien der State Federation of Womens Club die größte öffentliche Friedensversammlung, die in Boston seit dem Kongreß 1904 abgehalten wurde, statt. Mrs. Henry Coolidge Mulligan, Präsidentin der Federation, eröffnete die Versammlung und Deputierter Samuel W. McCall präsiidierte und sprach die einleitenden Worte. Dr. Charles R. Brown, Dechant der Yale Divinity School, Dr. George H. Blakeslee, Historiker an der Clark Universität und Joseph Walker, früher Redner im Massachusetts house of Representatives, waren die Sprecher.

Die Massachusetts Friedensgesellschaft kündigt eine Serie von Preisen an, für Essays und oratorische Wettbewerbe an den New England Universitäten. Die Preise gelten für das beste Essay, dessen Gegenstand Bezug hat auf den Ersatz eines Krieges durch das Recht. Es sind ausgesetzt: Erster Preis 100 \$, zweiter Preis 75 \$ und dritter Preis 50 \$.

Am 14. März wurde ein Wettbewerb in der großen Halle der New York - City - Universität unter den Auspizien der Intercollegiate Peace Association abgehalten. Den ersten Preis von 200 \$ gewann Edwin S. Murphy von der Fordham - Universität. Sein Thema war „The end and the Means“. Den zweiten Preis von 100 \$ gewann W. D. Smith von der Cornell - Universität. Mr. Murphy, der Gewinner des ersten Preises, wird den Staat New York in einem ähnlichen Wettbewerb der östlichen Staatengruppen, der in der Lafayette - Universität, Easton Pennsylvania, im April stattfinden wird, vertreten. Der letzte interstaatliche Wettbewerb wird bei der Lake Mohonk Konferenz für Internationales Schiedsgericht, 14. bis 16. Mai 1913, im Mountain House, Lake Mohonk, N. E., abgehalten werden.

friedenskongresse, die Konferenzen der interparlamentarischen Union, die Lake Mohonk-Konferenzen usw. zum großen Ziele gesetzt haben: Sie wollen nach ihren besten Kräften alles tun, was zu dem friedlichen Zusammenschluß der Völker beitragen kann. Nur in einem Punkte unterscheiden sie sich recht erheblich von diesen zuletzt genannten Kongressen. Sind sind nämlich offizieller Natur, während alle anderen Friedensversammlungen lediglich einen privaten Charakter tragen. Daraus folgt, daß die Haager Konferenzen einen unendlich verantwortungsvolleren Charakter tragen; sie sollen sich ja nicht nur allgemein zugunsten einer Idee aussprechen, sondern gleichzeitig eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende, praktisch brauchbare Formel finden, damit eine baldige Ratifikation der Ergebnisse ohne Gefahr von seiten der Staaten erfolgen kann. Vergleicht man also kurz die privaten und offiziellen Konferenzen zur Sicherung des Friedens miteinander, so läßt sich am besten sagen: Das Ziel der beiden ist dasselbe, aber die Methode ist eine verschiedene. Die privaten Konferenzen legen naturgemäß mehr Wert auf die scharfe Betonung des fernen Zieles eines dauerhaften Friedens; sie stellen weithin sichtbar das schöne Ideal auf, das einstmals verwirklicht werden soll. Anders die Staatenkonferenzen! Sie fragen weniger darnach, was einmal in Jahrzehnten oder Jahrhunderten erreicht werden soll, sondern bemühen sich, festzustellen, was in der Gegenwart erreichbar und wünschenswert ist.

Ganz gewiß haben beide Methoden ihre Vorteile und Nachteile. Geht man von der Idee aus, daß die internationale Organisation der Kulturstaaten ein natürlicher Vorgang ist, der zwar gefördert, aber nicht mit einem Male herbeigeführt werden kann, so muß man erkennen, daß gerade die langsame und vorsichtige Methode der Haager Friedenskonferenzen für die Erreichung des großartigen Zieles die am besten geeignete ist. Es gilt hier ein schönes Wort, das Professor Zorn in der Sitzung des berühmten Schiedsgerichtsausschusses der ersten Friedenskonferenz am 4. Juli 1899 sprach: „Mais trop hâter cette évolution serait compromettre le principe, auquel nous sommes tous sympathiques“.

Andererseits sind aber auch die Nachteile einer solchen vorsichtigen Methode nicht zu verkennen: Geht man immer nur schrittweise vorwärts, dann ist die Gefahr allzu groß, daß man schließlich das schöne Ziel aus den Augen verliert, daß man nicht nur langsam, sondern zu langsam, daß man nicht mehr planmäßig, sondern ohne ein festes Programm seine Beschlüsse faßt, die zu der friedlichen Verständigung der Völker nicht in dem Maße beitragen, wie das in Wahrheit geschehen könnte und müßte. Ist auch ein vorsichtiges Vorwärtsschreiten der Völker bei den Beschlüssen der Haager Friedenskonferenzen

dringend zu empfehlen und jede Uebereilung im höchsten Grade gefahrlos, so ist doch eine langsame Methode sehr wohl von einer planlosen Methode zu unterscheiden.

Prüfen wir also einmal, in welcher Weise die bisherigen Haager Friedenskonferenzen des Jahres 1899 und 1907 zur Befestigung des Friedens beigetragen haben! Da fällt zunächst ein Punkt mit aller Deutlichkeit auf. Sehen wir von all den indirekten Vorteilen ab, die der internationalen Verständigung durch die Kodifikation des Kriegsrechts erwachsen, so haben die beiden Konferenzen nur auf zwei Wegen eine direkte Förderung der internationalen Organisation herbeizuführen versucht, nämlich vermittels der Schiedsgerichtsbarkeit und der Festsetzung eines Vertrages über die Beschränkung der Kriegsmittel und den Stillstand der Rüstungen.

Daß diese Methode der Staatenkonferenzen nicht zu rechtfertigen ist, leuchtet nach dem bisher Gesagten ohne weiteres ein. Denn wenn die Haager Friedenskonferenzen ihre Aufgabe als Zentralpunkt der internationalen Friedenspolitik erfüllen wollen, so müssen sie alle diejenigen Mittel versuchen, die für die Gegenwart geeignet erscheinen, eine Besserung der internationalen Lage herbeizuführen, sie dürfen aber nicht willkürlich zwei Gegenstände herausgreifen, um alle anderen Probleme einfach zu vernachlässigen. Dies kann um so weniger gerechtfertigt werden, als die Rüstungsfrage ganz gewiß zu den schwierigsten Punkten zu rechnen ist und zweifellos einige andere Aufgaben der internationalen Organisation vorhanden sind, die leichter verwirklicht werden können.

Um diese Behauptung zu beweisen, führe ich im folgenden einige Programmpunkte einer zielbewußten internationalen Friedenspolitik auf, bemerke aber dabei schon jetzt, daß ich diese damit durchaus nicht ohne weiteres zu einer sofortigen Annahme den Staaten empfehlen will. Ich stelle nur fest, daß alle diese Probleme von den Staaten noch gar nicht ernstlich in Betracht gezogen worden sind. Am Schlusse meines Aufsatzes werde ich dar- tun, in welcher Weise die Staaten allen diesen Aufgaben näher treten sollen. Sehr wichtig scheinen mir jedenfalls folgende Fragen zu sein, die nacheinander erörtert werden sollen:

1. In erster Linie scheint mir eine Beseitigung der Spionage von großer Wichtigkeit zu sein. Was ist das für ein Widerspruch, daß die Regierungen einerseits feierlich monatelang im Haag zusammenkommen und eine Verbesserung der internationalen Anarchie zu erreichen suchen, dagegen andererseits die Hilfe verbrecherischer Elemente, nämlich der Spione, in Anspruch nehmen, um die militärischen Geheimnisse des anderen Staates zu erforschen! Darf ein Staat Spionage vor seinem höchsten Gerichtshofe bestrafen, wenn er selbst Personen zur Be-

gehung dieses Verbrechens in einem anderen Lande anstiftet? Erscheint hier die Idee des modernen Staates als des Trägers von Recht und Gerechtigkeit nicht sehr erniedrigt? Welche köstliche Gelegenheit wird bei jeder Verurteilung eines Spiones den chauvinistischen Organen gegeben, um die Hetze gegen eine ausländische Regierung mit besonderem Nachdruck fortzusetzen! Welche Beunruhigung der Öffentlichkeit entsteht jedesmal, wenn ein Spion abgefaßt wird! Wird nicht nach jeder solcher ruchbar gewordenen Spionage die Verstärkung der Rüstungen mit besonderem Eifer betrieben? Entstehen nicht gerade dadurch Kriegsgerüchte? Wird nicht durch das ganze System der Spionage deutlich dokumentiert, daß die Staaten natürliche Gegner sind? Muß aber nicht im Gegenteil jede Bemühung der Regierungen darauf gerichtet sein, die Gegensätze möglichst wenig hervortreten zu lassen? Das System der Spionage bringt ferner die Furcht vor den Spionen hervor. Alle Augenblicke lesen wir von irrtümlichen Verhaftungen wegen Verdachts der Spionage. Auch dadurch entstehen oft gereizte diplomatische Verhandlungen und Verschärfungen der Gegensätze.

Daher erscheint mir die Beseitigung der Spionage eine sehr ernste und bedeutsame Frage zu sein. Hochangesehene Männer haben sich im gleichen Sinne geäußert. Am 1. März 1912 hat in der „Deutschen Juristenzeitung“ (Berlin) der Heidelberger Professor Exzellenz Bekker eine internationale Vereinbarung über die Beseitigung der Spionage gefordert. Er will insbesondere, daß jeder Staat die Spionage in gleicher Weise bestraft, ob sie nun gegen die eigene Regierung oder gegenüber einem fremden Staate begangen ist.

2. In zweiter Linie wäre es sehr wünschenswert, ein „Bureau général international permanent“ zu errichten, das als Zentralstelle vor allem für Informationen wirtschaftlicher Natur zu dienen hätte und allmählich weiter ausgebaut werden müßte. Die Idee eines solchen Amtes ist ja zuerst in dem panamerikanischen Bureau verwirklicht worden, und später hat der Luzerner Weltfriedenskongreß von 1905 (Bulletin, S. 108) die Errichtung eines Verwaltungsbureaus auf mondialer Grundlage befürwortet. Neuerdings hat namentlich A. H. Fried, zuerst auf der Brüsseler Generalversammlung des Internationalen Friedensbureaus am 8. und 9. Oktober 1909, die Gründung eines solchen Bureaus, freilich auf rein europäischer Grundlage, propagiert. Dieses „Bureau pan-européen“ sollte ein Zentralpunkt werden für die gemeinsamen Interessen der europäischen Staaten auf dem Gebiete der internationalen Politik, des Handels, des Rechts, des Verkehrs, der Sanitätspflege, der Wissenschaft, der Sozialpolitik, der Landwirtschaft usw. Fried glaubte, daß hierdurch ein lebendiger Keim geschaffen würde, aus dem heraus sich

die Weltorganisation entwickeln könnte. Die Brüsseler Generalversammlung, auf der hervorragende Männer anwesend waren, hat damals den Vorschlag Frieds mit Beifall angenommen. Bald darauf hat Fried eine Reihe von Völkerrechtsjuristen um ihre Meinung zu diesem Probleme gefragt, und Männer, wie v. Bar, Graf Kamarowski, Laband, Meili, Meurer, Niemeyer, Oppenheim, Rehm, Schücking, Kohler und Streit, haben sich, zum Teil mit allergrößter Begeisterung, für die Errichtung eines solchen Bureaus ausgesprochen. (Vgl. Friedenswarte, 1909, S. 222 ff., 1910, S. 6 ff.). Einige der genannten Professoren insbesondere Meurer und Oppenheim, waren allerdings der Meinung, daß es vorteilhafter wäre, das Bureau auf rein mondialer, anstatt auf europäischer Grundlage zu errichten. Dieser Meinung möchte ich mich mit Entschiedenheit anschließen. Wenn in Amerika ein speziell amerikanisches Bureau besteht, so ist dies dadurch zu erklären, daß es in der Tat eine große Anzahl rein amerikanischer Fragen gibt. Dies ist in Europa keineswegs in gleichem Maße der Fall. Aber das wird ja später noch eingehender geprüft werden können. Mir kommt es nur darauf an, zu zeigen, eine wie große Sympathie sich der Grundgedanke des Friedschen Vorschlages erworben hat. Am besten ergibt sich diese Tatsache wohl daraus, daß der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ein völlig ausgearbeiteter Antrag über die Schaffung eines „Bureau général international permanent“ mit der Bitte eingereicht worden ist, ihn der nächsten Haager Friedenskonferenz vorzulegen. (Vgl. Revue Générale, 1911, S. 214 ff. Fried hat neuerdings auf S. 81 des Jahrgangs 1912 der „Friedenswarte“ unter dem Titel: „Zweckverband Europa“ nochmals seine Lieblingsidee befürwortet, und dabei nicht weniger als 34 Programmpunkte aufgezählt, die möglicherweise dem Bureau übertragen werden könnten.)

3. In dritter Linie wäre zu prüfen, wie es mit den Friedensversicherungen der modernen Regierungen zu vereinbaren ist, daß auf den staatlichen Schulen ein chauvinistischer Geist gepflegt wird, daß den Schülern die Angehörigen eines anderen Volkes als die Erbfeinde geschildert werden, daß weit verbreitete nationale Preßorgane und Offiziere bei hohen nationalen Festtagen eine herausfordernde und kriegerische Sprache führen. Wäre es nicht die Aufgabe einer internationalen Friedenspolitik, hier Wandel zu schaffen, indem den Offizieren jede kriegerische Rede bei Strafe der Entlassung untersagt, den Schülern auch die anderen Völker in gerechter Weise geschildert und Maßnahmen gegen allzu chauvinistische Preßorgane gerichtet würden? Den Schülern wird heute von Jugend auf gepredigt, in den Angehörigen anderer Völker den natürlichen

Feind des Vaterlandes zu sehen, und dadurch werden von vorherin alle Verständigungsversuche außerordentlich erschwert. Die chauvinistischen Reden der Offiziere erregen stets die öffentliche Meinung in hohem Grade. Am schlimmsten sind freilich eine große Anzahl von Preßorganen. Wenn es richtig ist, daß die Presse heute eine ungeheure Macht im Staate darstellt, dann muß um so mehr Fürsorge getroffen werden, daß die Macht in der richtigen Weise benutzt und die Volksstimmung dadurch nicht auf Abwege geführt wird. Die Presse hat zur Verhütung wie zur Erregung eines Krieges eine ganz außerordentliche Gewalt in der Hand, und es müßte sich mehr und mehr die Meinung durchringen, daß jede Kriegshetze eine hochverräterische, gegen die Sicherheit des Vaterlandes gerichtete Handlung ist.

Das alles ist so selbstverständlich, daß man es eigentlich gar nicht zu sagen brauchte, und doch steht die Wirklichkeit der Dinge mit dieser idealen Forderung in geradezu schreiendem Gegensatz. Ist es aber richtig, daß die Aufrechterhaltung eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens eines der großartigsten Ziele der äußeren Politik ist, und daß dieser Frieden nur durch ein gemeinsames planvolles Vorgehen der Regierungen erhalten werden kann, so müssen es die Staaten als ihre heiligste Pflicht betrachten, diesen Verirrungen in ruhiger und bestimmter Weise entgegenzutreten. Sie müssen zusammen überlegen, welche Mittel geeignet sind, um eine allmähliche Wandlung auf diesem Gebiete herbeizuführen. Ganz gewiß geht das nicht mit einem Male, und ein allzu scharfes und rasches Vorgehen könnte nur schaden. Jahrzehntelange Arbeit wird nötig sein, um den friedlichen Bestrebungen der Staaten in dieser Hinsicht eine bessere und dauerhaftere Grundlage zu verschaffen.

Man hat von den verschiedensten Seiten immer wieder eine Erörterung der Rüstungsfrage befürwortet, und, wie mir scheint, mit größtem Recht. Was aber kann auf die Dauer allein eine Rüstungsvereinbarung nützen, wenn auf allen Seiten fortgefahren wird, die Völker gegeneinander zu erbittern! Haben nicht die großen Rüstungen ihre Ursache zu einem Teile in den Hetzereien zahlreicher Preßorgane, der Offiziere und der chauvinistischen Erziehung in der Schule? Wie will man also zu einem Ziele kommen, wenn man nur an den Symptomen kuriert, ohne allen Ursachen der großen Rüstungen energisch zu Leibe zu gehen?

Ein sehr wunder Punkt, der zuungunsten der internationalen Verständigung wirkt, ist ferner in dem großen Einflusse der großen Armee- und Marinefabrikanten zu erblicken. Haben nicht alle diese großen Gesellschaften ein gewaltiges

Interesse daran, daß fortwährend die Gefahr eines Krieges besteht und infolgedessen größere Einkäufe an Kanonen und sonstigem Material gemacht werden. Kann man es ihnen da verdenken, daß sie ihren großen Reichtum und Einfluß verwerten, um auf künstliche Weise eine kriegerische Stimmung zu erregen? Stehen nicht zahlreiche große Kanonenfabriken mit Zeitungen in Verbindung, die an Chauvinismus alle anderen Organe überbieten? Das Bedauernswerteste hierbei ist, daß diese Geschäftspolitik unter dem Deckmantel des Patriotismus geführt wird. (Vgl. die ausgezeichnete Schrift „Syndicats for war, the influence of the makers of war material and of capital invested in war supplies“, die als Flugschrift im Juli 1911 von der „World Peace Foundation“ in Boston herausgegeben wurde.)

Muß man nicht auch hier feststellen, daß es mit der modernen Friedenspolitik der Mächte unvereinbar ist, daß diese großen Gesellschaften fortwährend zum Kriege schüren? Also müssen doch wohl Mittel und Wege gesucht werden, die diesem Treiben ein Ende machen. Am 20. Februar 1912 hat der Abgeordnete Dr. David im deutschen Reichstage eine Reichsregie über die Militärindustrie gefordert*).

5. Bereits vier Weltfriedenskongresse (bulletin du IV. congrès, 1892, S. 89, 94—98; du VI. congrès; 1894, S. 74; du XIV. congrès, 1905, S. 78, 79; du XVI. congrès 1907 S. 81) haben sich mit Recht für ein Verbot der Unterstützung der Kriegsanleihen durch die Neutralen ausgesprochen. Insbesondere die Franzosen Professor Riche t und Professor Ruys sen sind dafür eingetreten. In der Tat scheint mir bereits die Emmission solcher Anleihen in den neutralen Staaten gegen die Grundsätze der Neutralität zu sein. Wenn alle Staaten ein Interesse an der baldigen Beendigung eines Krieges haben, wie dürfen sie dann die Parteien oder eine von ihnen finanziell unterstützen? Bemerkenswert ist, daß vor dem Balkankriege einigen Staaten des Balkanbundes keine Anleihen von neutraler Seite gewährt wurden.

6. Wenn eine planmäßige internationale Friedenspolitik getrieben werden soll, dann müssen Anstrengungen gemacht werden, daß in den Kreisen des Volkes ein größeres Verständnis für diese Politik vorhanden ist. Vor allem müßte also auf den nationalen Universitäten die Bedeutung der Haager Friedenskonferenzen eingehend gewürdigt

*) Ich bin mir völlig bewußt, daß wenigstens augenblicklich viele der hier gemachten Vorschläge undurchführbar sind. Aber es ist nötig, bereits heute auf die Probleme der nächsten Zeit hinzuweisen.

werden. Das ist aber bisher nur sehr vereinzelt geschehen. In Deutschland sind meines Wissens nur von Professor Schücking regelmäßig solche Vorlesungen eingerichtet worden. Auch in Amerika hat man die Studenten in das Haager Werk eingeweiht. So ist z. B. das hoch bedeutende Werk Scotts „The Hague Peace Conferences“ aus einer Vorlesung entstanden. Uebrigens ist hervorzuheben, daß sich die zweite Haager Konferenz ganz vorübergehend mit dem Projekte einer internationalen Universität beschäftigt hat.

(Schluß folgt.)

Die gesellschaftlichen Verbände der Menschheit.

Von Dr. phil., jur. et sc. pol. G. Grosch.

Ueber die Vergesellschaftung der Menschen hat sich Kant prinzipiell dahin geäußert: „Der Mensch hat eine Neigung, sich zu vergesellschaften, weil er in einem solchen Zustand sich mehr als Mensch, d. i. Entwicklung seiner Naturanlagen, fühlt. Er hat aber auch einen großen Hang, sich zu vereinzeln, weil er in sich zugleich die ungesellige Eigenschaft antrifft, alles bloß nach seinem Sinne richten zu wollen und daher allerwärts Widerstand erwartet, so wie er von sich selbst weiß, daß er seinerseits zum Widerstand gegen andere geneigt ist.“

Dieser Antagonismus durchzieht in der Tat überhaupt das Gesellschaftsleben der Menschen. Von Natur aus sicher dazu veranlagt, in Vereinzelung zu leben, hat der Mensch sich zur Geselligkeit durchgefunden; während der Naturzustand das „bellum omnium contra omnes“ auch für den Menschen war, nur innerhalb der Menschenfamilien der Frieden herrschte, hat sich der Mensch mittels der Vergesellschaftung zum Rechtszustand durchgerungen. Der Mensch ist nicht von Natur ein Gesellschaftswesen, wie Aristoteles behauptet, sondern er ist dies erst geworden, bewußt: die Vergesellschaftung ist die Großtat des Geschöpfes Mensch, auf der das spezifische Menschtum beruht. Gezwungen durch die Not, „und zwar die größte unter allen, nämlich die, welche sich Menschen untereinander selbst zufügen, deren Neigungen es machen, daß sie in wilder Freiheit nicht lange neben einander bestehen können,“ haben die Menschen sich vergesellschaftet, haben sich die unter der Autorität des Mannes stehenden Familien zusammengeschlossen.

Der Zweck des gesellschaftlichen Lebens ist das auf Bedürfnisbefriedigung gerichtete

Zusammenwirken der innerhalb der betr. Gemeinschaft Stehenden; durch die Vergesellschaftung wollen die einzelnen ihre Lebenszwecke völlig erfüllen, ihre Bestrebungen vollständig durchführen. Die Form ist die weise durchgeführte Regelung ihres Neben- und Miteinanderlebens in Frieden.

Jede Gemeinschaft von Menschen hält in ihrem Innern den Frieden aufrecht: das ist ihr Charakteristikum. Ursprünglich entschied die rohe Gewalt, das sogen. „Recht“ des Stärkeren, woraus das „bellum omnium contra omnes“ resultierte, das heute noch im Krieg besteht. Das gerade wird innerhalb der Menschengesellschaft vermieden. In dieser leben und wirken die Menschen friedlich nebeneinander und betreiben ohne stete Störung bzw. Bedrohung gewalttätiger Art ihre Lebensgeschäfte. Indem sie so selber die Befriedigung dessen, was sie bedürfen, am besten erlangen, und indem sie selber nach aller Möglichkeit schaffen und streben, fördern sie auch die Gemeinschaft. Somit stehen der einzelne und die Gesellschaft im innigsten. Konnex. Diese ist der einzelnen wegen da, sie hat im Interesse jedes einzelnen ihren Bestand aufrechtzuerhalten. Der einzelne hinwiederum gleicht außerhalb der Gesellschaft einem losen Blatte im Winde: es ist für ihn ein Erfordernis, daß er in einer solchen befriedeten Gemeinschaft stehe; alles, was er ist und hat, dankt er derselben; er ist Mensch nur innerhalb einer solchen.

Freilich, sehr langsam haben sich diese Gemeinschaften gebildet, nur allmählich hat sich der Mensch der Vergesellschaftung gefügt und sich ihr angepaßt.

Die Entstehung derselben liegt im Dunkel; soweit historisches Licht auf diese Verhältnisse fällt, finden wir überall den Menschen als Gesellschaftswesen. Doch müssen wir nicht nur logisch und soziologisch einen Zustand annehmen, in dem die Menschen, als gesonderte Familien, in stetem Kampf miteinander gelebt haben, sondern schon aus der einfachen Erwägung heraus, daß wir sonst aus früheren Zeiten etwas wissen müßten. Denn unser historisches Wissen hängt mit der Vergesellschaftung aufs innigste zusammen; es reicht aber nicht allzu weit zurück; folglich ist auch die Vergesellschaftung der Menschen nicht allzu weit zurück zu datieren; und vor derselben lebten die Menschen in gesonderten, einander feindlichen Familien. Daß wir jetzt überall den Menschen als geselliges Wesen antreffen, dafür haben wir nur die Erklärung, daß sich die Gattung Mensch eben nur als gesellschaftliches Lebewesen erhalten konnte. Die Menschen, die im Naturzustande blieben, sind verschwunden; sie sind vor denen gewichen, die sich vergesellschaftet hatten, wie die niederen Gesellschaften noch heute den höheren weichen müssen. —

Die Keimzelle aller Vergesellschaftung ist die Familie. Einzelne Familien, in denen der Vater der über alles gebietende Herr ist, hausen nebeneinander, gegeneinander; sie fügen sich gegenseitig alle mögliche Unbill zu. Es besteht ein „struggle for life“, ein Kampf um die besten der natürlichen Futterplätze, in welchem nur die Kräftigsten leben bleiben. Es ist das der Naturzustand der Gattung: Mensch, dessen Möglichkeit sich sicher nicht bestreiten läßt, wenn wir von metaphysischen Spekulationen absehen.

Dieser Naturzustand ist vom Menschen überwunden worden.

Bei der Nahrungssuche scharf man sich gelegentlich, „zu kleinen Rudeln oder zu größeren Herden zusammen, bald trennt man sich wieder, je nachdem die Weide oder der Jagdgrund ergiebig ist. Aber diese Vereinigungen werden nicht zu Gemeinschaften; sie erleichtern dem einzelnen nicht die Existenz“. Es ist das die Horde, eine Anzahl von einzelnen Menschen, vielleicht ein paar Familien darunter, die sich zusammenfinden und trennen, wie es gerade geht. Bis zu dieser Stufe, die über die individuelle Nahrungssuche nicht hinausgeht, gelangen manche Tierarten ebenfalls. Sie hat mithin noch nichts, was nur dem Menschen eigentümlich wäre.

Dagegen das nächste Stadium! Es ist das die Epoche der Sippe, um sie mit dem gemeingermanischen Namen zu belegen. Mit ihrer Konstituierung hebt die Menschheitsgeschichte an, beginnt das Menschtum, die Kultur. Unter Sippe ist zu verstehen: eine Vereinigung von Familien, die gemeinschaftlich die Wirtschaft betreiben, deren Männer zu Schutz und Trutz zusammenstehen, und unter der Leitung eines gemeinschaftlichen Oberhauptes die äußere Regelung des Gemeinschaftslebens festsetzen und aufrechterhalten. Die Sippe ist also eine organisierte Menschengesellschaft, ist der Typus einer Menschengesellschaft.

Die Horde charakterisiert sich nur als Uebergangsstufe; dagegen stellt die Sippe eine echte Vergesellschaftung dar. Man kann sie als eine Erweiterung der Familie bezeichnen; wenigstens hat diese das Vorbild dazu gegeben: die Sippe gilt unter ihren Gliedern als eine große Familie. Nur hat sie eben die Besonderheit, daß nicht einzelne, sondern Familien in ihr zusammengeschlossen sind, woraus dann die mannigfachsten Konsequenzen sich herleiten.

Zur Erklärung dieses Zusammenschlusses hat man den Begriff des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Ueber ihn urteilt noch Kant, er sei kein Faktum, sondern eine bloße Idee der Vernunft, die aber ihre unbezweifelte (praktische) Realität habe. Indes, die Vergesellschaftung der Menschen ist eine bloße Tatsache, ohne vertragmäßige Festsetzung ist sie entstanden. Erst zu ihrer Aufrechterhaltung

ist das Recht geschaffen worden; ohne Recht keine Gesellschaft und umgekehrt. Das Recht ist der Inbegriff der Regeln, deren Beobachtung von den zu einer Gemeinschaft Zusammengekommenen erzwungen wird, um die Aufrechterhaltung ihrer Gesellschaft zu gewährleisten. Das Recht wechselt mit den Kulturstufen, es gibt kein allgemein gültiges Recht; doch hat jede Menschengesellschaft ihr Recht. Der Komplex der Rechtsnormen bildet das Minimum dessen, was eingehalten werden muß, daß die betreffende Gesellschaft ihre Integrität bewahre.

Ein Bild von der Sippe nun gewinnen wir, vor allem, wenn wir die reinen Sippen ins Auge fassen, aber auch die, welche sich unter höherer (Stammes- oder Staats-) Verfassung noch erhalten haben. Die Sippe ist eine Institution, die sich über die ganze Erde verbreitet findet; sie ist vornehmlich zu betrachten als das erste Stadium menschheitlicher Vergesellschaftung, durch das jede Gemeinschaft hindurch mußte, ehe sie zu einer höheren Stufe gelangen konnte.

Hier tritt die fundamentale Gegensätzlichkeit ein zwischen Mensch und Tier. Dieser Unterschied besteht — rein empirisch — darin, daß das letztere sich der Natur und ihren Bedingungen nach Möglichkeit anzupassen sucht, während der Mensch infolge des Zusammenschlusses mit Seinesgleichen, also gestützt auf die Vergesellschaftung, die Natur meistert.

Das gilt auch für die nächsthöhere Stufe, für den Stamm. Was den Stamm von der Sippe unterscheidet, das ist der Umstand, daß jener nicht aus Familien nur besteht, sondern daß sich dazwischen noch eine andere Institution einschleibt: die Sippe, die wir hier, bei höherer Verfassung also, Clan nennen wollen. Die Lage ist demnach die, daß mehrere Familien unter einem Oberhaupt einen Clan bilden und mehrere Clans wiederum zu einem Stamme zusammengeschlossen sind. Der Stamm ist mithin eine organisierte Clanvereinigung.

Es herrscht über diese Perioden der Menschheitsgeschichte, über diese spezifisch menschheitlichen Institutionen noch ein ziemliches Dunkel, das erst durch die vergleichende Geschichts- und durch die Gesellschaftswissenschaft aufgehellt werden muß. Wir wollen uns mit der angegebenen Charakteristik des Stammes begnügen; danach stellt er mehr eine Uebergangsstufe dar, nämlich zum Staate.

Was den Staat als gesellschaftliche Bildung von seinen Vorstufen unterscheidet, das ist die enge Verknüpfung mit dem Gebiet. Die streifenden Horden und Sippen kennen das nicht; ebenso sind die Stämme noch unstet und schweifen landauf, landab, wandern häufig in ihrer Gesamtheit in andere Gegenden. Dagegen ganz anders beim Staate.

Eine Menschenvereinigung ist dann als Staat zu charakterisieren, wenn sie als solche

auf bestimmt abgegrenztem Gebiet sässig geworden ist. Der Staat ist „eine auf einem abgegrenzten Teil der Erdoberfläche seßhafte, mit einer herrschenden Gewalt versehene und durch sie zu einer Einheit zusammengefaßte Vielheit von Menschen“, von Familien.

Der Staat leistet alles besser, als seine Vorinstitutionen, aber im Grunde ist er eine Gesellschaft ganz wie Sippe und Stamm. Die hauptsächlichsten Modifikationen emanieren aus der Verknüpfung von Gesellschaft und Gebiet, weiter aus dem damit im Zusammenhang stehenden Umstand, daß die bewohnbare Erde — vornehmlich auch mittels der Kolonisation von Seiten der Staaten — im Besitz von diesen ist.

Zunächst herrschte zwischen ihnen der Naturzustand, ganz wie zwischen den Menschenfamilien der Urzeit. Aber ein solcher konnte auf die Dauer nicht bestehen. Die Staaten waren ja gerade dadurch entstanden, daß die Menschen den Naturzustand überwunden hatten. Den Staaten war es darum gewissermaßen immanent, auch außerhalb ihrer Grenzen das Recht (Völkerrecht) walten zu lassen, da es innerhalb derselben geschah.

Auf diesem Weg, der nach dem Zusammenbruch der Weltmachtsbestrebungen eingeschlagen wurde, ist man, — also seit Jahrhunderten schon — fortgeschritten. Und die Menschheit ist zurzeit dabei, die Befriedung der Staaten durchzuführen, die Staatenorganisation, die Staatengemeinde aufzurichten. Der Staat ist nicht die Vollendung menschheitlicher Vergesellschaftung, sondern deren Bekrönung, das Ziel der Menschheitsgeschichte überhaupt wird die organisierte Staatengesellschaft sein — auch sie ist im Grunde genommen dasselbe, was die Sippe gewesen ist, nur über die ganze Menschheit ausgebreitet.

Ende des Feldzugs ist nicht zweifelhaft; der Krieg mag noch manche Schlacht gewinnen; aber der Frieden, der durch die naturgesetzmäßige Entwicklung zur Organisation und zum Zusammenschluß langsam aber sicher immer neue Positionen gewinnt, immer größere Gebiete erobert, muß schließlich Sieger bleiben: „Per orbem terrarum humanitas unita“, wie der Wahlspruch der „Union des Associations Internationales“ heißt. Für die Kurzsichtigen ein gar nicht wahrnehmbares Ziel — für das visionskräftige geistige Auge aber funkelt es schon klar und hell am Zukunftshorizont.



Im Lichte dieser abstrakten Anschauungen lassen sich die konkreten Fälle, die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Wochen betrachten, da erscheinen sie alle als die Phasen des sich vollziehenden Prozesses. Da ist vor allem die Entstehung von „Europa“ als politischer Begriff. Als der Begriff einer Einheit, die ihren Willen über Länderverteilung, Grenzregulierung, Feindseligkeitseinstellung und Friedensbedingungen geltend macht. Und zwar nicht mehr länger durch bloße diplomatische Noten, sondern durch ihre vereint demonstrierenden Flotten. Und so wie der Begriff „Europa“ als politische Person in die Tagespresse eingeführt wurde, so erschien da auch dieses neue Wort: „europäische Friedenspolizei“. Beides funkelnelneue Erscheinungen in der tatsächlichen Gestaltung der Dinge, beides uralte Forderungen des Pazifismus. Dreibund und Dreiverband als „Sechsunion — was wollten wir denn mehr? — was war es anderes, das Novicow in seiner „Fédération de l'Europe“ als Sicherung des Friedens hinstellte, was von der Mitwelt als unmöglicher Traum verlacht und ignoriert wurde und was jetzt im Mittelmeer greifbar vorhanden ist?



Freilich ist diese Union nur eine temporäre, provisorische; aber warum sollte sie, nach dem herrlichen Ergebnis, das sie hatte — die Verhütung des Weltbrandes —, sich nicht als positiv und dauernd einsetzen? Die Vision von ihrem Nutzen und ihrem Segen ist durch diese — wenn auch nur momentane — Verkörperung zu deutlich geworden, als daß die Forderung nach ihrem vertragsmäßigen Bestand sich nicht immer lauter und immer allgemeiner erheben sollte. Wenn die Einigung der Großmächte in dieser Krisis nicht zustande gekommen wäre, wenn das alte, hochmütige bellizistische System, daß jeder Staat einzeln für seine „vitalen“ Interessen handeln muß, die Oberhand behalten, wenn auch nur ein Staat sich von dem Konzert losgesagt hätte, so wäre das denkbar höllenhafteste Unglück hereingebrochen, daß die Millionehere und Riesenflotten der beiden Mächtegruppen zu gegenseitiger Zerfleischung und Vernichtung losgelassen worden wären. Ehre und Ruhm

❑ RANDGLOSSEN ❑ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 12. April 1913.

Die Weltgeschichte hat bisher eine Unzahl von Kriegen zu verzeichnen gehabt: biblische, punische, persische, römische, germanische, napoleonische usw. bis zu den balkanischen; Religionskriege, Eroberungskriege, Kabinettskriege, Rassenkriege — das Ringen spielte sich um Länderstrecken, um Glaubensbekenntnisse, um alles mögliche ab — aber das gewaltigste Ringen, von dessen Ausgang das künftige Schicksal der Menschheit abhängt, das findet in unserer Gegenwart statt — ohne daß die Zeitgenossen es recht gewahr werden —, nämlich der Kampf zwischen der alten Gewalt- und der neuen Rechtsordnung. Krieg und Frieden liegen einander in den Haaren. Das

sei den Staatsmännern und den hinter ihnen stehenden Staatsoberhäuptern, die diesen, wenn auch nur ad hoc geltenden Zusammenschluß bewerkstelligt haben.



Zu beklagen ist es, daß die einmütige Aktion der Mächte, die dem Balkankrieg ein Ende gebietet, nicht viel früher eingesetzt hat und so das Tod- und Zerstörungswerk überhaupt verhindert hätte, das nun über ein halbes Jahr den Balkan verwüstet und Europa in Mitleidenschaft gezogen hat. Ich muß immer wieder an das Wort Tafts denken, das er bei der Einweihung des Palastes der Pan-American Union gesprochen hat: „Wir wollen nicht eher ruhen, wir 21 Republiken, als bis wenn zwei davon miteinander raufen wollen, die 19 anderen sie daran verhindern.“ Wenn Europa es will, es fest und ernstlich will, so wird der Balkankrieg der letzte Krieg auf europäischem Boden gewesen sein. Daß es jedoch noch Viele gibt in Europa, die den Krieg wollen, ihn fest und ernstlich wollen, das wissen wir Pazifisten nur zu gut.



Und nun, während so eifrig in allen Staatsämtern und Botschafterreunionen daran gearbeitet wurde, den Frieden zu retten, während überall Entspannungen sich fühlbar machten, Vorschläge zu Verständigungen auftauchten, Kundgebungen gegen den Krieg — darunter eine höchst bedeutungsvolle im Elsaß — stattfanden, während noch hundert Schwierigkeiten überwunden werden mußten, man alle Hände, alle Köpfe und alle Herzen voll zu tun hatte, um die balkanischen Wirren zu klären und die europäischen Gefahren abzuwenden, platzte plötzlich die deutsche Milliardenwehrevorlage herein — augenblicklich beantwortet mit der französischen Wiederaufnahme der dreijährigen Dienstzeit. Als ob Hannibal schon vor den Toren stände! Ein paroxistischer Anfall des noch immer zunehmenden epidemischen Wahnsinns.



Die große Rede, mit der der deutsche Reichskanzler die neue Vorlage begründet hat, eröffnet ganz merkwürdige und für uns Pazifisten sogar erfreuliche Ausblicke. Vor allem ist der Ton zu loben, der keine trotzige Drohung enthält. Dann wird konstatiert, daß zwischen England und Deutschland die Beziehungen sich vertrauensvoll und freundlich gestalten; ferner, daß die Gefahren gegen die man sich versehen muß, nicht von der französischen Regierung und nicht vom französischen Volke, auch nicht von der russischen Regierung noch dem russischen Volke zu gewärtigen seien, sondern von dem in französischen Chauvinistenkreisen verstärkt hervorbrechenden Revanchelärm und von der leidenschaftlichen panslawistischen Agitation, die in Rußland offen verkündet, daß die slawische

Rasse gegen die germanische Rasse den Kampf aufnehmen will. (Daß es auch alldeutsche Kriegshetzer gibt, vergaß der Herr Kanzler zu erwähnen); deutlich und klar ist also hier der Herd der Kriegsgefahr angegeben: die chauvinistisch-nationalistischen Hetzer allerorten. Und diese sollten Regierungen und Völker nicht abwehren können? Weil diese Mißtrauen säen, prahlen und drohen, sollen die Regierungen sich auf den Krieg vorbereiten und damit den Chauvinisten der andern Völker wieder Nahrung zu neuer Haß- und Mißtrauensverbreitung geben? Darum sollen die Völker — die ja den Krieg nicht wollen — sich in Rüstungen verbluten? Nein, was not tut, um den Kriegsparteien entgegenzutreten, ist in jedem Lande die Bildung einer Friedenspartei, die auch offen und laut für die Verständigung und Verbündung der Staaten eintritt, und die Regierungen müssen (wenn ihr so oft verkündeter Friedenswille auf richtig ist) diese Partei als Regierungspartei anerkennen und womöglich zu ihrer Unterstützung — Friedensministerien schaffen. Die Sozialisten sind Kriegsgegner; sie demonstrieren und handeln zugunsten der Völker-verbüderung, haben auch gegen die neuen Forderungen in Deutschland und Frankreich tapfer protestiert, aber weil sie zugleich andere Ziele verfolgen, hält man ihren Pazifismus nur für ein Mittel zum Zweck. Ihre Stimme ist im Parlament nicht ausschlaggebend. Aber ihr Einfluß zur Dämpfung der Kriegstreiberien ist doch gewaltig. Ihr Verhalten gibt den Beweis, daß im Volke Millionen von Menschen leben, die von Massenschlächtereien nichts mehr wissen wollen, die gegen die anderen Völker keinerlei Haß mehr aufbringen können.



Noch ist das Wehrgesetz nicht angenommen. Es wird noch darüber verhandelt und zugleich wird schon die Deckungsfrage erörtert. Das sollten diejenigen, die gegen das Gesetz selber sind, gar nicht tun. Kaninchen, die den Mut fänden, dagegen zu protestieren, daß sie verspeist werden, müßten sich nicht in Verhandlungen darüber einlassen, in welcher Sauce sie eventuell zubereitet sein wollen.



Marineminister Churchill hat den Vorschlag gemacht, die englische und deutsche Marine mögen ein Jahr im Weiterbau pausieren. Die Sache wurde als „nicht konkret“ beiseite geschoben. Nun wird, wie es heißt, Mr. Churchill nach Berlin reisen und „Konkretes“ vörbringen. Der Widerstand der Rüstungsinteressenten wird sicher sich fühlbar machen. Im Wettlauf ist auch nur eine Minute stillestehen unangebracht. Es könnten zwei oder drei Minuten draus werden, oder gar eine Verminderung der Schrittlänge aufkommen. Nur weiter, weiter, weiter, nur immer schneller, schneller — der Abgrund lockt zu sehr.

Hoffentlich kommt er doch noch rechtzeitig, derjenige — sei es nun ein Mensch oder ein Volk oder ein zwingender Umstand —, dem ein gebieterisches „Halt!“ gelingt.

Eines der wichtigsten Ereignisse in der gegenwärtigen Krise war der Sieg Sasonows über die russische Kriegspartei. Und seine abgegebene Erklärung: „Rassenverschiedenheit bedeutet noch nicht Rassengegensatz“ wird hoffentlich, weil von so hörbarer Stelle und in so entscheidender Stunde gesprochen, in das allgemeine Verständnis dringen und die fatalistisch-resignierte Idee verscheuchen, daß es ja zwischen den Slawen und Deutschen, zwischen den Gelben und Weißen usw. doch einmal „zur Auseinandersetzung kommen muß“. In der Tat ja: Auseinandersetzung tut not, wo Streit und Mißtrauen herrschen, aber eine ganz andere als mit Kolbenschlägen.

Letzter Akt; (hoffentlich) letzter Auftritt. Die Bühne stellt eine felsige Gegend vor; ferner Kanonendonner.

Eine Stimme: Skutari oder den Tod!

Zweite Stimme: Wie wär's um 20 Millionen?

Erste Stimme: Na, . . . darüber ließe sich diskutieren . . .

Der König von Griechenland ist ermordet worden, mitten in seiner Siegesfreude. Seine letzten Worte beinahe waren ein Ausdruck der Genugtuung, daß ein Deutscher Dreadnought ihm Salutschüsse darbringen werde. Und da fiel der Schuß aus Mörderhand. Ein Blatt meldete das Verbrechen mit den Worten: „Etwas Häßliches ist auf den Krieg gefallen“. Häßlich — ja; traurig — gewiß; unentschuldigbar — sicherlich; aber der obige Satz klingt doch wie: „Etwas Nasses ist auf die See gefallen“.

In China ist das Parlament eröffnet worden. Was beginnt da für eine Aera in dem Reich der Mitte, das uns als das Urbild tausendjährigen Stillstands galt? Als ob es Stillstand überhaupt gäbe!

PAZIFISTISCHE CHRONIK

11. März. Die teilweise Demobilisierung der österreichisch-russischen Grenze wird durch ein identisches Communiqué beider Staaten mitgeteilt.

12. März. Fürst Lichnowsky, der deutsche Botschafter in London, sprach im Verständigungssinne bei einem Festmahl der Vereinigten Londoner Handelskammern.

12. März. Grosse Friedensversammlung in Mülhausen unter Teilnahme aller Parteien. Gegen die Revanche-Chauvinisten, gegen den

Krieg, für Lösung der Völkerstreitigkeiten auf friedlichem Wege.

14./15. März. Sitzung des Rats des Berner internationalen Friedensbureaus in Bern. Erlass eines internationalen Aufrufs gegen die Rüstungen.

Mitte März. Der Verband der Deutschen Friedensgesellschaft richtet an den Reichskanzler eine Eingabe, worin darauf hingewiesen wird, dass die neuerlich enorme Belastung durch die neuen Rüstungsforderungen nicht zu dem erwarteten Ziel eines dauernden Friedens führen werde.

Mitte März. Der Prinz von Wales tritt eine Studienreise nach Deutschland an.

15. März. Die Trustees der Carnegie-Stiftung treten in einem öffentlichen Aufruf für die schiefliche Erledigung des anglo-amerikanischen Panamakanal-Streitiges ein.

18. März. Sitzung des Interparlamentarischen Rats in Brüssel.

19. März. Der Ordensrat des Grand-Orient von Frankreich erlässt ein Manifest gegen die Rüstungen und für den Frieden.

23.—30. März. 350 französische Kaufleute besuchen Berlin und die Leipziger Messe.

24. März. Der Parteitag der franz. Sozialdemokratie verurteilt in einer Resolution die dreijährige Dienstzeit und tritt für die deutsch-franz. Verständigung ein.

26. März. Lord Churchill macht im Unterhause bei Einbringung des Flottenetats den Vorschlag, dass Deutschland und England ein Jahr lang überhaupt keine Schiffe bauen.

26. März. Erstürmung Adrianopels aus Gründen des militärischen Prestiges. Sir Edward Grey bezeichnet es im Unterhause als „unnützes Gemetzel“.

27. März. Deutsch-italienisches Abkommen über Arbeiterversicherung.

28. März. Veröffentlichung der grossen Heeresvorlage in Deutschland. Vermehrung um 4000 Offiziere, 15000 Unteroffiziere, 116965 Mann, 27000 Pferde. Ausbau der Festungen und der Luftflotte. 900 Millionen Mark einmalige, 190 Millionen Mark neue dauernde Ausgaben.

29. März. Beginn einer internationalen Flottendemonstration gegen Montenegro. Uebernahme des Kommandos durch den englischen Admiral.

30. März. Auf dem in Montpellier tagenden Mutualistenkongress hält Fürst Albert von Monaco eine pazifistische Rede.

30. März. Erneute grosse Friedensversammlung in Mülhausen im Elsass, an der Fortschrittler, Zentrumsleute und Sozialisten sich gemeinsam beteiligten. Gegen die Rüstungen, gegen den Krieg, für internationale Verständigung.

31. März. In dem franco-italienischen Streitfalle über die „Carthage“-„Manouba“-

Affäre findet vor dem Haager Hof die erste Verhandlung statt.

Anfangs April. Prinz Heinrich von Preussen in London.

4. April. In München starb Prof. Ritter Emanuel v. Ullmann, der erste Vorsitzende des Verbandes für internationale Verständigung.

6. April. Die Berliner Sozialdemokratie protestiert in 61 Volksversammlungen gegen die neue Wehrvorlage.

8. April. In Peking tritt das chinesische Parlament zum erstenmal zusammen.

10. April. Ein Komitee von schweizer Politikern beruft für den 20. April nach Bern eine Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier ein zwecks Anbahnung eines besseren Verständnisses beider Völker.

10. April. „Im Namen der internationalen Flotte, welche die Grossmächte von Europa vertritt“, verkündet der englische Admiral Cecil Burney, als „Kommandierender der internationalen Flotte“, die über die albanische Küste verhängte Blockade.

10. April. Im elsass-lothringischen Landtag protestierten mehrere Abgeordnete gegen den Chauvinismus in Deutschland und Frankreich und gegen den Gedanken an einen Krieg.

DAUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Vom Haager Schiedshof. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Verwaltungsrat des ständigen Schiedshofs veröffentlicht soeben seinen 12. Jahresbericht über die Arbeiten des Hofes und die Funktion der Verwaltung während des Jahres 1912. Der Bericht, der den Regierungen erst am 26. März 1913 überreicht wurde, ist in den Fakten bis zu diesem Tage berichtigt.

Daraus ergibt sich zunächst die betrübende Tatsache, daß die Haager Abkommen von 1907, die von 44 Staaten unterzeichnet wurden, bislang nur von 24 Staaten ratifiziert worden sind. Von europäischen Staaten haben bisher Italien und sämtliche Balkanstaaten, mit Ausnahme Rumäniens, nicht ratifiziert. Im Jahre 1912 sind drei Schiedsfälle entschieden bzw. anhängig gemacht worden. Es sind dies der Canevaro-Fall zwischen Italien und Peru, der Indemnitätsstreit zwischen der Türkei und Rußland, die Streitfälle über die Aufbringung dreier Schiffe („Cartage“, „Manouba“ und „Tavignano“) zwischen Italien und Frankreich.

Das Budget für 1913 ist mit 58 149 Fl. beziffert worden, während die Ausgaben für 1912, die im Voranschlag mit 36 350 Fl. angenommen wurden, nur 28 217,50 Fl. betragen. Diese Summe wurde nach dem vom Weltpostverein angewandten Schlüssel durch die Vertragsstaaten gedeckt. Danach hatte Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien,

Italien, Rußland, die Türkei, die Vereinigten Staaten, China und Japan je 1482,25 Fl. zu bezahlen. Spanien 1185,80 Fl. Die anderen Staaten je 889,35 Fl., 296,45 bzw. 177,87. Nur Montenegro hat den geringen Betrag von 59,29 Fl. zu leisten. Die Erhöhung des Budgets für 1913 rührt von dem neu eingestellten Posten von 16 501 Fl. als Beitrag für die Verwaltung und Instandhaltung des Ende August zu beziehenden neuen Friedenspalastes her. Diese Summe bezieht sich nur auf die vier letzten Monate des Jahres 1913. Sie wird künftig das Dreifache, d. i. 49 504 Fl. betragen.



Die organisatorische Bedeutung der Haager Konferenzen.

Vor der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre sprach am 15. März im preussischen Herrenhaus Professor Dr. Walther Schücking aus Marburg über „die organisatorische Bedeutung der Haager Konferenzen“. — Gerade der unbefriedigende Zustand des Wettrüstens veranlaßt die Frage, was denn durch die Haager Friedenskonferenzen bisher erreicht ist. Die Antwort darauf hat bis jetzt sehr verschieden gelaute. Der Redner ist im Einklang mit einigen hervorragenden Autoren des Auslands seit Jahren bestrebt, die organisatorische Bedeutung des Haager Werkes in das rechte Licht zu stellen. Durch das Schiedsgerichtsabkommen ist ein neuer Staatenverband gegründet, dessen Zweck die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens ist. Also ist dieser Staatenverband auch ein politischer und bedeutet den Ansatz zu einem losen Weltstaatenbund. Die zweite Haager Konferenz hat sich bemüht, die Justizorganisation dieses Staatenverbandes weiter fortzubilden. Die Tatsache, daß in Zukunft vor dem internationalen Prisenhof der Privatmann seine Rechte gegen einen fremden Staat wird einklagen können, beweist den rapiden Entwicklungsprozeß des Völkerrechts und die Fortschritte der internationalen Organisation. Die dritte Haager Konferenz wird das Projekt der Cour de justice arbitrale von 1907 wieder aufnehmen und daraus einen wirklich ständigen Gerichtshof mit verschiedenen Kammern machen müssen. Für gewisse Kategorien von unpolitischen Streitigkeiten muß dieses Gericht obligatorisch werden, außerdem muß es zuständig gemacht werden für Privatrechtsansprüche gegen fremde Staaten und die Auslegung der Normen des neuen Völkerrechts (Internationales Privatrecht, Weltwechselrecht, Weltscheckrecht usw.). Ein anderes höchst wichtiges Postulat ist die Sicherung der Periodizität der Konferenzen und die Annahme eines Statuts für den Haager Staatenverband. — Jedenfalls wandelt sich die bisher anarchische Staatengesellschaft trotz aller Hemmungen allmählich in die eine organisierte um und neue

Probleme, wie internationale Besitzgarantie, Exekutive, Weltparlament und Umwandlung der einzelstaatlichen Heere in Quoten einer Bundesarmee werden dann zu lösen sein.

In der vom Vorsitzenden Geh. Justizrat Dr. Felix Meyer geleiteten Diskussion bezweifelte Professor Dr. Carl Koehne, daß die modernen wirtschaftlichen und handelspolitischen Tendenzen (Neo-Merkantilismus) der Entwicklung eines Weltstaatenbundes günstig seien. Dem widersprach außer dem Vortragenden, namentlich Geh. Justizrat Dove, der darauf hinwies, daß selbst die schärfste Schutz-zollpolitik eines Landes keineswegs mit dessen Isolierung gleichbedeutend sei. Professor Dr. Neubecker meinte, daß die Theorien des Redners in ihren letzten Konsequenzen an den nicht voraussehbaren Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Völker scheitern müßten. Hiergegen wendete der Vortragende sich in seinem Schlußworte, in dem er betonte, daß auch nach seiner Lehre dem wechselnden Expansionsbedürfnisse der Nationen keine ewig feststehenden Schranken gezogen werden sollen, daß sich in Zukunft aber der Besitzwechsel nicht mehr im Wege der Eroberung, sondern in der friedlichen Form des Kaufes oder Tausches vollziehen werde.

v. L.

Zwischenstaatliche Exekution. :: :: :: :: :: :: :: ::

Artikel 19 der „Verfassung des Deutschen Reiches“ lautet:

„Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist vom Bundesrate zu beschließen und vom Kaiser zu vollstrecken.“

In seinem Kommentar hierzu bemerkt Geheimrat Zorn: „Die Mittel der Exekution sind in der Reichsverfassung nicht bezeichnet. Zuvor werden friedliche Mittel anzuwenden sein, insbesondere durch Vermittlung des Bundesrats. Weiter wird an militärisches Einschreiten gedacht werden müssen. . . Die Exekution kann bis zur Sequestration des betreffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden.“ (Der letzte Satz war in der Verfassung des Norddeutschen Bundes wörtlich enthalten.)

Man sieht also: es handelt sich hier, trotz „militärischen Einschreitens“, nicht um Krieg, der ja zwischen Bundesgliedern logischerweise ausgeschlossen ist, sondern um die gewaltsame Durchsetzung des verletzten und auf andere Weise nicht wiederherstellbaren Vertragsrechtes. Man hört nun vielfach die Ansicht, daß eine solche Exekution prinzipiell eben nur zwischen Bundesgliedern denkbar ist, zwischenstaatlich aber nicht verwendbar sein könne. Interessant ist die Wahrnehmung, daß wir auch diese Entwicklungsstufe heute bereits überwunden haben. Am

25. März las man in den Tagesblättern eine aus Berlin datierte Meldung folgenden Inhalts:

„Aus Rom wird gemeldet, falls Montenegro den Willen Oesterreichs und den der anderen Großmächte nicht respektieren wollte, so würde die Londoner Botschafterkonferenz die Erteilung eines Exekutionsmandates an Oesterreich-Ungarn und Italien beantragen. Auf Grund eines solchen europäischen Mandates würde sich Italien an der militärischen Aktion Oesterreichs beteiligen.“

Und diese Nachricht wird bekräftigt durch eine 'Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ des offiziellen deutschen Regierungsorgans, vom 31. März, worin angedeutet wird, daß es nötigenfalls zu einer „Exekution“ seitens der europäischen Mächte kommen könnte, falls König Nikolaus auf seinem Widerstande beharrt. Das Organ des Reichskanzlers schreibt unter anderem: „Wir möchten uns auch an dieser Stelle der in der bedeutungsvollen Rede Sir Edward Greys vom 25. d. M. ausgedrückten Erwartung anschließen, daß die Fortdauer der Bestürmung Skutaris von Montenegro als zweckloses Gemetzel erkannt und baldigst eingestellt werde. Es wurde damit der Anwendung von Maßregeln vorgebeugt, die keine Großmacht herbeiführen will, die aber bei anhaltender Auflehnung gegen den Willen Europas unvermeidlich werden könnten“.

Also ein unumwundenes, in ernst mahnendem Tone gehaltenes, offizielles Bekenntnis zu eben jener „Exekution“, wie sie in Artikel 19 der Deutschen Reichsverfassung vom 16. April 1871 bereits vorgesehen ist. Ob es nun im Falle Montenegros zu einer solchen zwischenstaatlichen Exekution kommt oder nicht — man wird sich das prinzipielle Zugeständnis ihrer Möglichkeit und eventuellen Unausweichlichkeit mit unverlierbaren Lettern ins Gedächtnis schreiben müssen für den Fall, daß später wieder einmal ein Ueberschläuer mit der Behauptung sich vorwagen könnte, eine derartige Exekution sei grundsätzlich nur zwischen Gliedern ein und derselben Staaten-gemeinschaft denkbar.

C. L. Siemering.

Verschiedenes.

Wie man Kriege „macht“. :: :: :: :: :: :: :: ::

Der entsetzliche Balkankrieg mit seinen nach Zehntausenden zählenden Menschenopfern und seinen in die Milliarden gehenden Verlusten an Wohlstand und Gütern geht seinem Ende zu. Beinahe hätte er das alte Europa in Brand gesetzt, und wenn dies auch glücklicherweise noch verhütet

wurde, so hat er doch durch die Störung des Handels und Verkehrs auf unserem Erdteil hinreichend Kulturarbeit vernichtet und Not und Elend in ausreichendem Maße erzeugt. Der Balkankrieg wird aber in der Zukunft von den Geschichtsschreibern und den Völkerpsychologen fein säuberlich zugestutzt werden als die naturnotwendige Entladung geheimer Kräfte, die folgerichtige Entwicklung historischer Gesetze und schließlich auch als ein „Element der göttlichen Weltordnung“.

Für die künftige Betrachtung dieses Krieges sei mir gestattet, hier einen mir nicht unwichtig erscheinenden Beitrag hinzuzufügen, der wohl geeignet sein dürfte, zum Nachdenken über die „geheiligte“ Institution des Krieges anzuregen.

In der Budgetkommission des deutschen Reichstages machte am 3. April der Staatssekretär von J a g o w über die Entstehung des Balkankrieges vertrauliche Mitteilungen, aus deren offiziellen Veröffentlichungen besonders folgender Satz von Interesse ist:

„Der Staatssekretär ging auf die Frage ein, ob die europäische Diplomatie durch den Ausbruch des Krieges überrascht worden sei. Tatsächlich habe in den Hauptstädten der Balkanstaaten noch bis in die letzten Tage vor dem Ausbruch des Krieges die Stimmung geschwankt, und der Kriegsbeginn sei gegen die Absicht der anderen Verbündeten durch den frühzeitigen Losbruch Montenegros erfolgt.“

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß, wenn auch nicht die Wahrscheinlichkeit, so doch immerhin eine gewisse Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, den Kriegsausbruch zu verhindern, wenn die eilige Aktion des Königs von Montenegro nicht vorgegriffen hätte.

Warum hat aber der König von Montenegro so voreilig gehandelt?

Hierüber wird mir von einer Seite, die mit den Verhältnissen vertraut sein könnte, eine Mitteilung gemacht, die man nicht verschweigen kann, wenn man auch zugeben muß, daß der vollgültige Beweis dafür nicht erbracht werden kann, für die jedoch die Wahrscheinlichkeit spricht.

Im Herbst des vorigen Jahres soll der König von Montenegro in Paris den Versuch gemacht haben, eine Anleihe aufzubringen, die ihm jedoch von der Pariser Finanzwelt verweigert wurde. Ein Pariser Finanzmann, der so von dem Geldbedarf

des Königs unterrichtet war, setzte sich hierauf mit einem Wiener Bankhaus, dessen Name mir genannt wurde, in Verbindung. Dieses Bankhaus soll dem König ein Darlehen von 5 Millionen Kronen (einem Familienmitgliede des Königs außerdem noch einen etwas geringeren Betrag) unter der Bedingung angeboten haben, **daß er sofort losschlage.**

Am 8. Oktober hat der König von Montenegro der Türkei den Krieg erklärt!

Für die Wahrscheinlichkeit dieser Mitteilung sprechen zwei Tatsachen. Erstens: Das betreffende Bankhaus soll zu Beginn des Balkankrieges so glücklich operiert und durch den Kriegsausbruch, der im übrigen zu einer allgemeinen Börsenderoute geführt hat, so ungeheuer viel verdient haben, daß dies weiteren Kreisen auffiel.

Zweitens: Es soll ja nunmehr auch die Einstellung des Krieges seitens des Königs von Montenegro durch ein Millionendarlehen erkauft werden.

Sapienti sat!

Die „Brücke“ und der Internationalismus. :: :: ::

Ende März fand in München die 1. Jahresversammlung der „Brücke“, Internationalen Instituts für Organisierung der geistigen Arbeit, statt. Ein besonderes Gepräge verlieh der Tagung die Anwesenheit zahlreicher Geistesarbeiter des deutschen Sprachgebiets sowie die Teilnahme des Prinzregenten Ludwig, des Kultusministers und anderer Vertreter der bayerischen Regierung an der öffentlichen Festsetzung. Geheimrat Prof. Wilhelm Ostwald hielt einen Vortrag über „Brücke und Internationalismus“, in dem er zunächst in weit ausholenden kulturgeschichtlichen Betrachtungen die Entwicklung des Organisationsgedankens überhaupt darlegte, dessen Grundziel es ist, jede individuelle Leistung zum Besten der Gesamtheit am zweckmäßigsten zur Geltung zu bringen.

Weiter führte er nach Zeitungsmeldungen aus: Bezüglich der geistigen Arbeit befinden wir uns eben in der Periode des höheren Individualismus und es treten die ersten Zeichen der folgenden Periode, der organischen Bindung ein. Die Brücke hat die Aufgabe, diese zurzeit höchste Kulturform für die geistige Arbeit herbeizuführen, welche durch das bewußte Zusammenwirken hoch entwickelter Individuen in spezialisierter Betätigung gekennzeichnet ist. Das, was hierbei systematisiert und dadurch erledigt wird, sind die primitivsten, wenigst geistigen Anteile, so daß die notwendige Gleichmachung und Bindung nicht ein Hinder-

nis, sondern eine erhebliche Erleichterung und Förderung für die höhere Geistesarbeit bewirkt. Damit werden die landläufigen Einwände gegen die Brückenarbeit widerlegt. Wenn wir sehen, wie jeder Forscher, ehe er an seine eigentliche Aufgabe heranzugehen vermag, eine Reihe kleiner und kleinlicher Vorarbeiten zu machen hat, die ebensogut jeder Durchschnittsmensch machen könnte, so muß man nach dem Grundsatz, daß keine Energie vergeudet werden soll, auf Abhilfe sinnen. Die Gesamtheit der Geistesschätze der Welt wächst immer gewaltiger an. Die Steigerung des Bewußtseins von dem Besitz dieser den Nationen gemeinschaftlichen Kulturgüter und von der Gefahr, sie verlieren zu können, sollte und müßte ein mächtiges Friedensband unter den Völkern bedeuten! In der Anwendung auf die staatlichen Verhältnisse führen diese Betrachtungen zur Erörterung des Internationalismus. Die gegenwärtige politische Organisation der Welt stellt einen teilweise noch primitiven Individualismus dar, der durch internationale Bindungen abgelöst zu werden beginnt. Das Zusammentreten der deutschen Einzelstaaten, die früher einander bekämpft hatten, zum Deutschen Reich, stellt einen typischen Fall solcher Vorgänge dar. Es wird nachgewiesen, daß z. B. die europäischen Kontinentalstaaten im Eisenbahnverband, die Kulturstaaten der ganzen Welt im Weltpostverein bereits überstaatliche Organe geschaffen haben, welche als die Vorstufen engerer Verbände aufzufassen sind. Die Vereinigten Staaten von Europa und der ganzen Welt existieren also bereits, sie sind längst keine Utopie mehr. Hier hat die Brücke in die begonnene Kulturorganisation einzugreifen, da die geistigen Werte von absolut internationaler Beschaffenheit sind. Dadurch wird sie an ihrem Teil dazu beitragen, die Aufgabe des dauernden Friedens, für dessen Erhaltung durch militärische Rüstungen Europa so ungeheure Opfer bringt, durch Mehrung der gemeinsamen Kulturgüter zu lösen. Schon jetzt hat die gemeinsame Kulturarbeit der Nationen in solchem Sinne gewirkt und ein geringer Bruchteil der Aufwendungen für die militärische Friedenssicherung würde genügen, um sehr erhebliche Leistungen auf diesem Boden zu ermöglichen, auf welchem niemals Gefahren für den Frieden, sondern nur eine Förderung entstehen kann usw.

Dr J. M.

Richard Dehmel und die Internationale Kulturbewegung.

Der Verband internationaler Studentenvereine hat eine Rundfrage erlassen: Was kann der Student für die internationale Kulturbewegung tun? Unter den Antworten hat die von Richard Dehmel in studentischen Kreisen weithin Beachtung gefunden und ist vielfach, sicherlich gegen die Absicht des Dichters, während der Ausländerstreitigkeiten der letzten Zeit zu Hilfe gerufen worden. Sie lautet: „Was der deutsche Student für die

internationale Kulturtun kann, ist genau das, was jeder junge Mann von geistigem Weitblick dafür tun sollte: Ein Mann werden, der es in seinem Berufskreis als vornehmste Bildungspflicht betrachtet, seinem Volk Respekt und Sympathie bei den übrigen Völkern zu verschaffen. Alles andere ist kosmopolitische Phrase, ob mit oder ohne Vereinsmeierei.“

Der ethischen Forderung Dehmels kann man sicherlich durchaus zustimmen: Bildung ist in erster Linie etwas Nationales. Aber auch schon in dem ersten Teil seiner Antwort ist ein starkes Mißverständnis der Frage. Nicht um internationale Kultur, sondern um internationale Kulturbewegung handelte es sich. Diese Kulturbewegung „inter nationes“, diese Kulturbeziehungen von Volk zu Volk enthalten als einen Bestandteil eben die von Deutschland ausgehende Kultur, die sich Achtung und Teilnahme im Ausland erwerben will. Aber es ist doch eine krasse Einseitigkeit, wenn man die Gefühle, die man für seine Kultur vom Ausland verlangt, nicht auch den fremden Kulturen entgegenbringt. Zur Bildung gehört sicherlich auch Achtung und Verständnis für fremde Eigenart. Die vom Ausland zu uns strömenden Einflüsse sind ein anderer Bestandteil der internationalen Kulturbewegung.

Enthält der erste Teil der Dehmel-Antwort nur ein Mißverständnis und eine Einseitigkeit, so zeugt der letzte Satz von einer unglaublichen Unkenntnis des modernen Internationalismus, der gegenwärtigen netzartig verdichteten und verflochtenen Beziehungen von Volk zu Volk. Weiß denn Dehmel nichts von der stetig wachsenden Verflechtung aller Völker in die Erdwirtschaft, von den Tausenden und aber Tausenden von Organisationen auf allen Gebieten, die über die Grenzen hinaus Volk mit Volk verbinden? Weiß er nichts davon, daß unsere auswärtige Politik nur noch ein Viertel Macht-, dagegen Dreiviertel Wirtschaft- und Kulturpolitik ist? Ein Mann von „geistigem Weitblick“, der für das soziale Geschehen, für die Geschichte seiner Zeit, die Augen offen hat, darf diese gewaltige Entwicklung des Internationalismus nicht übersehen.

Es war eben töricht, einen Lyriker nach solchen Dingen zu fragen*). Bei den Fragenden

*) Dehmel stand einmal unseren Ideen sehr sympatisch gegenüber. Es sei auf seinen an den Herausgeber dieses Blattes gerichteten, in der Fr.-W. 1900, S. 101 abgedruckten Brief hingewiesen, worin er von der „großen kulturellen Idee der friedensrechtlichen Bestrebungen“ spricht, und er jene als „Trampeltiere“ bezeichnet, die denjenigen Beifall spenden, die sich „auf die bekannte schiefe Ebene der unabänderlichen Naturgesetze“ begeben.

Anmkg. der Red.

liegt die Schuld. Wir werden Dehmel, der uns aus leidenschaftlich subjektivem Erleben heraus so wundervolle Dichtungen geschenkt hat, gern nachsehen, daß er für das große soziale Geschehen kein Verständnis besitzt. Aber sein Urteil muß aufs schärfste zurückgewiesen werden, weil es nicht vereinzelt dasteht, weil immer wieder Menschen mit durchaus und einseitig persönlicher Weltanschauung sich Urteile anmaßen über soziale Fragen, die ganz außerhalb ihrer Vorstellungswelt liegen, für sie ein völlig verschlossenes unbetretbares Land sind.

Und doch gibt es vielleicht auch für Dehmel einen Weg dorthin. Vor Jahresfrist ist mir mal die Satzung des Vereins lyrischer Dichter (Statut des Kartells lyrischer Autoren!) in die Hände gefallen. Da stand Dehmels Name an zweiter Stelle unterschrieben. Wenn es sich also um seine eigenen Angelegenheiten handelt, verachtet er die Vereinsmeierei nicht so sehr. Da nun in diesen Tagen wiederum eine Vereinbarung abgeschlossen ist zum Schutz von Kunstwerken, so daß nun auch in Rußland Dehmels Werke nur mit seiner Einwilligung und Gewinnbeteiligung übersetzt und vertrieben werden können, so wäre hier doch ein Weg, auf dem selbst ein lyrischer Dichter Verständnis für die rechtliche Ordnung und für die Organisation der Kulturbeziehungen zwischen den Völkern bekommen könnte.

Dr. phil. Walter A. Berendsohn,
Hamburg.

Pazifistische Kundgebung des Fürsten Albert von Monaco.

Gelegentlich der Tagung des Mutualistenkongresses zu Montpellier hielt am 30. März Fürst Albert von Monaco eine Rede, in der er darauf hinwies, daß Ruhm, Ansehen und Gedeihen mehr von einer Milderung der Sitten als von der Anwendung von Gewalt abhängen. Der Fürst rühmte dann den Gedanken des Schiedsgerichts und der gegenseitigen Hilfe, deren Macht immer mehr die Lösung sozialer Probleme erleichtern werde. Alle Mutualisten verurteilten die Anwendung von Gewalt bei Regelung internationaler Angelegenheiten. Die internationale gegenseitige Hilfe werde bei den Menschen aller Länder die Wahrheit zur Geltung bringen, daß kriegerisches Gebaren draußen, politische Feindseligkeiten im Innern und der Triumph der Gewalt nirgends die Fragen lösten, von denen der menschliche Fortschritt abhängt. Denn der Krieg und seine Vergeltung brächten keine Lösung. Der Fürst schloß: „Die Stunde ist gekommen, ohne Furcht einen so schwierigen Gegenstand ins Auge zu fassen, da alle menschliche Tätigkeit unter der zerstörenden Wirkung kriegerischer Drohungen leidet und da die durch die gesündesten Kräfte der Nation

mühsam erworbenen Hilfsmittel in einen Abgrund gestürzt werden sollen. Vielleicht wird eines Tages das Prinzip der gegenseitigen Hilfe sich gegenüber den Gefahren des internationalen Lebens mächtig zur Geltung bringen.“

Ein deutscher Feldherr über den Krieg. :: :: :: :: :: :: ::

Die Briefe des Fürsten Schwarzenberg, des Besiegers Napoleons, an seine Frau sind jetzt veröffentlicht worden. In einem Feuilleton, das Richard Charmatz in der Neuen Freien Presse darüber schrieb, sind vom pazifistischen Gesichtspunkt folgende Stellen von Interesse:

„Der Fürst dachte hoch von dem Beruf des Soldaten und wollte dessen Würde von allen Flecken reinhalten. Der Kampf sollte von jeder Entartung frei bleiben und das Gefühl nicht unterdrücken. Die Ritterlichkeit, die dem Feldmarschall reinen Adel verlieh, die sein Wesen durchtränkte, durfte im Kampfe nicht abhanden kommen. Mit Stolz erwähnte Fürst Schwarzenberg einmal während des Feldzuges im Jahre 1812, daß in einem Orte, den seine Soldaten im Feindesland verlassen hatten, die Hühner und Gänse frei herumliefen. Das erfüllte ihn mit Vergnügen. Den Krieg als solchen beklagte er tief. Treitschke berichtet in seiner „Deutschen Geschichte“, daß in dem Geschlecht, das die erschütternden Greuel der napoleonischen Kämpfe mitansah, ein unauslöschlicher Abscheu vor dem Kriege, ein unvergleichliches Friedensbedürfnis erwacht war. Schwarzenberg, der auf vielen Schlachtfeldern die Verwüstungen und Schrecknisse kummervoll beobachten konnte, gestand nach dem grauensvollen Rückzuge von Hohenlinden: „Ich kann den Anblick allen Unheils kaum aushalten!“ Später bemerkte er: „Der Krieg ist doch ein häßliches Ding; welch schreckliche Bilder sich täglich darstellen! Jammer, Elend, Leiden, Laster aller Art, Hohnlächeln dem Unglück, menschliche Grausamkeiten; das Herz des rechtlichen Menschen empört sich zehnmal des Tages. Nichts kann diese Empfindungen erlösen.“ Noch verzagter urteilte er in einem anderen Briefe: „Ich wiederhole es abermals, ich bin nicht dazu gemacht, in dem Metier glücklich zu sein. Krönt der Erfolg mein Unternehmen, so habe ich einen grimmigen Graus dabei; über Blut und Leichen gehe der Pfad zu meinem Glück nimmermehr. Man sage nur, es sei Schwäche, ich leugne es nicht, aber es ist nun einmal so, der Krieg ekelt mich ob der unzähligen Leiden, die er unter allen ersinnlichen Formen über die Menschen verbreitet.“

Nach Maurenbrecher Horneffer! :: :: :: :: :: :: ::

Merkwürdig — gerade die Führer der freigeistigen Bewegung, die doch freies und fort-

schriftliches Denken fördern und pflegen will, im Gegensatz zum Pazifismus!

In dem soeben erschienenen Heft 1 des neuen 5. Jahrganges der „Tat“, sozial-religiöse Monatsschrift für deutsche Kultur, schreibt Ernst Horneffer in einem Aufsatz über „Religion und Nation“: „Auf friedlichem Wege sehen sie (die Friedensfreunde) die Völker ihre Gegensätze ausgleichen und sich in einer höheren allumspannenden Ordnung zusammenschließen. Dies halte ich für eine bedenkliche Utopie. . . . Von selbst, auf friedlichem Wege, durch Verträge, durch freundliche Aussöhnung entstehen niemals höhere Organisationsformen, die immer auf der Bändigung und Ueberwältigung ursprünglicher Gegensätze beruhen“ usw. Sollte Horneffer wirklich die Kulturgeschichte und die Geschichte menschlicher Zivilisation so wenig kennen, daß er solche Behauptung aufzustellen wagt? Dann lieber „hands off“ von diesem Probleme!

J. M.

AVS DER BEWEGUNG

Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

1.—3. Mai: IV. amerikanischer Nationalfriedenskongreß in St. Louis.

11. Mai: Verständigungskonferenz deutscher und französischer Parlamentarier in Bern.

11.—12. Mai: VIII. französischer Nationalfriedenskongreß in Paris.

11.—13. Mai: II. Verbandstag des Verbandes der Internationalen Studentenvereine Deutschlands in Leipzig.

14.—16. Mai: XIX. Lake-Mohok-Konferenz.

10.—13. Juni: IX. englischer Nationalfriedenskongreß in Leeds.

15.—19. Juni: II. Weltkongreß der internationalen Vereinigungen zu Brüssel.

19.—21. August: VIII. Deutscher Esperantokongreß in Stuttgart.

18.—23. August: XX. Weltfriedenskongreß in Haag.

29. August: Einweihung des Friedenspalastes in Haag.

29. Aug. bis 13. Sept.: VIII. Weltkongreß der Studentenverbände (Corda Fratres) in Ithaca, New York.

29.—31. August: IX. Internationaler Esperantokongreß in Bern.

3.—6. September: XVIII. Interparlamentarische Konferenz in Haag.

22. September: XXVIII. Konferenz der Int. Law Association in Madrid.



Interparlamentarische Union. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der interparlamentarische Rat trat Dienstag, den 18. März, im Palais de la Nation in Brüssel zusammen.

Anwesend waren die Herren: Eickhoff und Hauptmann (Deutschland), Freiherr

E. v. Pleuer und Ritter von Roszkowski (Oesterreich), Houzeau de Lehaie und von Sadeleer (Belgien), Moltesen und Borgbjerg (Dänemark), d'Estournelles de Constant und de la Batut (Frankreich), Lord Weardale und Agg Gardner (Großbritannien), Horst und Michelet (Norwegen), Tydeman und van der Does de Willebois (Niederlande), Graf von Penha Garcia (Portugal), Efremoff (Rußland), Wawrinsky (Schweden), Gobat (Schweiz), Bustany Effendi und Nessimi Bey (Türkei), Lange, Generalsekretär.

Bei Eröffnung der Sitzung gedachte Alterspräsident Houzeau de Lehaie chrend des mehrjährigen Präsidenten der Union. Beernaert, der ihr unschätzbare Dienste geleistet hat.

Auf Vorschlag des Freiherrn v. Pleuer wurde Lord Weardale, Präsident der englischen Gruppe, zum Präsidenten des Rats an Stelle Beernaerts unter allgemeiner Zustimmung gewählt. Lord Weardale dankte und erinnerte dabei an die Verdienste, die sein Vorgänger der Union geleistet hat. Er versprach, den größten Teil seiner Zeit dem pazifistischen Werk, dessen Verwirklichung die Union bezweckt, zu widmen.

Dann ging der Rat zu seiner Tagesordnung über.

Die Konferenz von 1913 wird im Haag zusammentreten. Sie wird am 3. September eröffnet werden. Die Tagesordnung der Konferenz wurde wie folgt festgesetzt:

1. Behandlung der Meerengen und neutraler Kanäle. Berichterstatter Graf von Penha Garcia (Portugal).
2. Erklärung einer dauernden Neutralität. Berichterstatter Munch, ehemaliger Minister (Dänemark).
3. Rechte und Pflichten neutraler Mächte. Berichterstatter van Houten, ehemaliger Minister (Niederlande).
4. Kriegsanleihen. Berichterstatter Graf Goblet d'Alviella, belgischer Senator.
5. Vereinheitlichung des internationalen Briefportos. Berichterstatter Eickhoff, Präsident der deutschen Gruppe.
6. Mitwirkung der Union und ihrer Gruppen an internationalen Werken. Berichterstatter Louis Franck, belgischer Deputierter.

Es ist anzunehmen, daß noch eine oder zwei Spezial-Studienkommissionen ihre Berichte der Konferenz von 1913 unterbreiten werden.

Auf Vorschlag des Exekutiv-Komitees, dem zurzeit folgende Mitglieder angehören: Lord Weardale, Houzeau de Lehaie und Tydeman, hat der Rat einstimmig folgende Resolution, die sich auf die internationale Lage bezieht, angenommen:

„Der am 18. März 1913 in Brüssel tagende Rat der interparlamentarischen Union stellt

fest, daß es der Uebereinstimmung der Großmächte gelungen ist, den Balkankrieg örtlich zu begrenzen, und daß dank dieser Uebereinstimmung mehrere durch den Krieg entstandene Probleme durch die von den Haager Konferenzen ins Leben gerufenen freundschaftlichen und juristischen Mittel, auf die die Union nicht müde wurde hinzuweisen, gelöst werden.

Der Rat nimmt mit der gleichen Genugtuung die Erklärungen der Marineminister von Deutschland und England betreffend die Seerüstungen zur Kenntnis; er sieht in diesen Erklärungen, ohne deren Tragweite zu überschätzen, eine Anerkennung jener Prinzipien, für die die Union so oft eingetreten ist, und den ersten Schritt auf dem Weg der Rüstungsbeschränkung.

Der Rat bedauert dagegen um so mehr, daß, abgesehen von dieser Ausnahme, die Mächte in ihrem verderblichen Wettbewerb beharren.

Er ist davon überzeugt, daß die Rüstungsbeschränkungen, weit davon entfernt, die Interessen der nationalen Verteidigung, deren Rechtmäßigkeit von der Union niemals bestritten wurde, zu schädigen, diesen im Gegenteil viel nützlicher sein könnten, als dieses Ueberbieten;

daß andererseits die Erhöhungen der militärischen Lasten unberechenbare Folgen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Nationen hervorrufen werden.

Der Rat hofft, daß die Mächte nicht zu spät von den wiederholten Aufrufen der Union Kenntnis nehmen werden. Er ladet die nationalen Gruppen ein, den bei der letzten Konferenz in Genf angenommenen Resolutionen Folge zu geben, und sich energisch zu bemühen, damit diese Resolutionen nicht leere Worte bleiben.

Er ermächtigt das Interparlamentarische Bureau, die vorliegende Resolution den Regierungen bekannt zu geben.

Während der Sitzung hat Bustany Effendi, Präsident der türkischen Gruppe, die Frage aufgeworfen, welchem Schicksal die türkische Bevölkerung der Balkanhalbinsel entgegengelt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man diesen Völkern eine sich auf die Prinzipien der Nationalitätenautonomie stützende Regierung, hauptsächlich im Hinblick auf die Religion, bewilligen wird, und bat seine Kollegen im Rat, diese Vorschläge bei ihren Regierungen zu unterstützen.

Die Idee Bustany Effendis wurde sowohl vom Präsidenten des Rats als auch vom Freiherrn v. Plener unterstützt und von dem ganzen Rat sympathisch aufgenommen.

Die Interparlamentarische Union wird am 2. Weltkongreß der internationalen Verbände, der im Juni in Gent zusammentreten wird, teilnehmen. Sie wird durch die zwei belgischen Mitglieder des Rats, Houzeau de Lehaie und Sadeleer und vom Generalsekretär vertreten sein. Es werden sich auch andere Mit-

glieder der Union dieser Vertretung ausschließen können.

Am Schluß dieser Beratungen nahm der Rat, auf Vorschlag des Baron d'Estournelles de Constant, folgenden Antrag an:

„Der Rat der Interparlamentarischen Union legt besonderen Wert darauf, sich den zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika veranstalteten Kundgebungen anzuschließen, die zur Feier des Vertrages von Gent stattfinden werden, der von beiden früher so kriegerischen, jetzt aber durch eine alle Prüfungen seit hundert Jahren überdauernde Freundschaft verbundenen Staaten, treu innegehalten wurde.

Der Rat ist der Ansicht, daß dieses große Beispiel politischer Klugheit gar nicht genug der Betrachtung und Bewunderung der zivilisierten Welt empfohlen werden kann.“

Endgültige Tagesordnung für den XX. Weltfriedenskongreß.

In der Sitzung des Rates des Berner Friedensbureaus vom 15. März wurde für den Ende August im Haag abzuhaltenden XX. Weltfriedenskongreß folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Bericht des Bureaus über die Ereignisse des Jahres, sofern sie sich auf Krieg und Frieden beziehen. Berichterstatter: A. Gobat.
2. Internationales Recht.
 - a. Kodifikation des öffentlich-internationalen Rechts. Berichterstatter: La Fontaine und Emil Arnaud.
 - b. Sanktionen auf dem Gebiete des internationalen Rechts. Berichterstatter: Van Vollenhoven.
3. Die Presse im Dienste des Pazifismus. Berichterstatter: Lucien Le Foyer und Alfred H. Fried.
4. Die Handelseifersucht und die internationalen Beziehungen. Berichterstatter: Yves Guyot und Norman Angell.
5. Beschränkung und allmähliche und proportionelle Verminderung der Rüstungen. Berichterstatter: Prof. L. Quidde.
6. Festsetzung von Sitz und Zeit des XXI. Kongresses.

Die Mülhauser Versammlungen. :: :: :: :: :: :: ::

Zwei Friedenskundgebungen ganz gewaltiger Art haben im Laufe des März in der elsässischen Stadt Mülhausen stattgefunden. Die eine am 15. März stattgehabte, der 1400 Personen beiwohnten, richtete sich vornehmlich gegen den Gedanken eines Revanchekriegs. Alle Parteien waren bei der Veranstaltung vertreten und einstimmig wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die Versammlung richtet an das aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Parlament von Elsaß-Lothringen das Er-

suchen, sich mit aller Entschiedenheit gegen den Gedanken eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland zu wenden und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß alle zwischen beiden Völkern schwebenden Streitigkeiten in der Gegenwart wie in der Zukunft auf friedlichem Wege gelöst werden mögen.“

Die zweite Versammlung fand am 30. März statt. Der Fortschrittsverein und der sozialdemokratische Kreisverein waren die Veranstalter, während das Zentrum dabei nicht beteiligt war. In der großen Markthalle waren vier Rednertribünen aufgestellt, auf dem die Fortschrittler Drum und Pfarrer Scheer, wie die Sozialisten Emmel und Wicky zu über 2000 Personen sprachen. Diese zweite Versammlung galt einem Protest gegen die Rüstungsvorlage. Die zum Schluß einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die heutige Massenversammlung von Bewohnern Mülhausens und der Umgebung erhebt nachdrücklich Einspruch gegen die neuen Opfer an Gut und Blut, die durch die angekündigte deutsche Militärvorlage mit ihrer Rückwirkung auf Frankreich vom Volke verlangt werden. Die Versammlung sieht in diesen wachsenden Rüstungen die schwerste Gefahr für den Frieden, dessen Erhaltung die beiden Kulturnationen diesseits und jenseits der Vogesen sich zum obersten Ziele setzen müssen.

Die Versammelten fordern daher die Vertreter Elsaß-Lothringens im Deutschen Reichstag auf, im Interesse beider Völker und nicht zuletzt im Interesse Elsaß-Lothringens, das alle Kriegstreiberei verdammt, die neuen Rüstungsforderungen im vollen Umfang glatt abzulehnen.

Zugleich richtet die Versammlung an Parlament und Regierung des Deutschen Reiches das Ersuchen, mit den Mächten der Triple-Entente in Verhandlungen einzutreten behufs Einschränkung der Rüstungen. Internationale Streitfragen sind durch das Mittel der Schiedsgerichte auszutragen.“

Der zweite Weltkongreß der Internationalen Verbände.

Das Zentralamt der Union der internationalen Verbände in Brüssel erläßt die Einladung für den zweiten Weltkongreß, der vom 15. bis 19. Juni d. J. in Brüssel und Gent stattfinden wird. Der erste Kongreß dieser Art hat bekanntlich im Mai 1910 in Brüssel stattgefunden. Damals ließen sich bereits 132 internationale Verbände vertreten. Als eines der wichtigen Ergebnisse jenes Kongresses ist die Schaffung der Union der internationalen Verbände zu betrachten, die es sich zur Aufgabe stellt, zwischen den ihr angeschlossenen Verbänden ständige Verbindung aufrecht zu erhalten und so zum Zentrum des gesamten Internationalismus zu werden.

Der Kongreß von 1913 wird die 1910 begonnene Arbeit fortsetzen. Das reichhaltige

Programm ist in sechs Sektionen geteilt. Es umfaßt:

Erste Sektion: Korporation. Gemeinsame Unternehmungen.

Zweite Sektion: Reglementierung. Gesetzgebung.

Dritte Sektion: Vereinheitlichung der Einheits-Systeme.

Vierte Sektion: Organisation der Verbände und der Kongresse.

Fünfte Sektion: Dokumentation und Veröffentlichungen. Ausstellungen und Unterricht.

Sechste Sektion: Wissenschaftliche und technische Sprache.

Die Bedingungen für die Teilnahme an jenem wichtigen Kongreß, wie die vorläufigen Drucksachen sind durch das Office de l'Union des Associations Internationales in Brüssel, 3bis Rue de la Régence zu beziehen.

Professor Emanuel Ritter v. Ullmann †. :: :: ::

Der „Verband für internationale Verständigung“ hat einen schweren Verlust erlitten. Sein erster Vorsitzender, der bekannte Völkerrechtsgelehrte Professor Emanuel Ritter v. Ullmann ist am 4. April in München verstorben.

Alle jene, die ihn noch im vorigen Oktober in Heidelberg als Leiter des ersten Verbandstages des Verbandes für internationale Verständigung am Werk gesehen haben, werden diese Nachricht mit besonderem Schmerz vernommen haben. Nicht minder jene Zahlreichen, die in ihm einen Vertreter des modernen Völkerrechts in Deutschland verehrten.

Sein „Lehrbuch des Völkerrechts“, das im Rahmen des von Jellinek, Laband und Piloty herausgegebene Sammelwerk „Das öffentliche Recht der Gegenwart“ zuerst 1898, dann 1908 erschien, ist eines der Hauptquellenwerke der neuen Völkerrechtsliteratur. Das achte Kapitel jenes Monumentalwerkes, das über „Die internationalen Streitigkeiten und deren Erledigung, das rechtliche Verfahren, usw.“ handelt, wird jeder Pazifist mit Zustimmung und Interesse lesen.

Prof. v. Ullmann wurde 1841 zu Petrowitz in Böhmen geboren; er blieb auch nach seiner 1899 erfolgten Uebersiedelung seinem ganzen Wesen nach Oesterreicher. Und auf dem Hietzinger Friedhof bei Wien hat er seine letzte Ruhestätte gefunden. Bevor er nach München ging, dozierte er an den Universitäten von Prag und Innsbruck. In Heidelberg, wo wir ihn zum letztenmal wirken sahen, verbrachte er seine Studentenjahre.

Der 21. Mai 1913. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

An diesem Tage werden vier in der pazifistischen Bewegung hervorragend tätige Männer ihr Geburtstagsjubiläum feiern können.

Dr. Ch. Albert Gobat in Bern und Professor Louis Renault in Paris werden

an diesem Tage 70, Professor Heinrich Lammasch in Wien 60 und Professor Otfried Nippold in Fränkfurt a. M. 50 Jahre alt.

Die Friedens-Warte wird in ihrer nächsten Nummer der Jubilare gedenken.



Kurze Nachrichten. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Anna B. Eckstein, die unermüdete Agitatorin ist unter den Ueberanstrengungen, die sie sich zugemutet hat, schwer erkrankt. Ein Gelenkrheumatismus, der sich infolge einer Erkältung einstellte, zwingt unsere ausgezeichnete Mitarbeiterin, das Bett zu hüten und für einige Zeit der Arbeit zu entsagen. Die Wünsche für eine baldige Besserung, die ihr von allen Seiten zufliegen, seien ihr auch von der „Friedens-Warte“ und deren Anhängern dargebracht.

Von schwerem Unheil ist unser hervorragender Mitkämpfer Otto Umfrid, der Vizepräsident der Deutschen Friedens-Gesellschaft, betroffen worden. Vor einigen Jahren erblindete er auf einem Auge. Seit zwei Jahren führt er einen verzweifelten Kampf um das ebenfalls erkrankte andere Auge. Nunmehr ist ihm die traurige Gewißheit zuteil geworden, daß auch dieses verloren ist. Er ist gezwungen, sein Amt aufzugeben und sich pensionieren zu lassen. Umfrid erträgt sein Geschick mit Größe. „Mein Schicksal hoffe ich kraft meiner Lebensanschauung tragen zu können“, schreibt er uns. Seine Arbeit für die Friedenssache wird er nicht einstellen. Noch in diesem Sommer erscheint ein größeres Werk von ihm, das den Titel „Europa den Europäern“ trägt und seine pazifistischen Anschauungen systematisch zusammenfassend zur Darstellung bringen wird.

Es wird Pflicht aller Pazifisten sein, ihrem von so schwerem Unglück betroffenen Mitkämpfer, der seit zwanzig Jahren die dornenvolle Arbeit eines Friedensagitors in Deutschland mit bewundernswertem Elan und Geschick leistet, wenigstens die arg bedrohte materielle Seite seines Lebens und des Lebens seiner Familie nach Kräften zu erleichtern.

LITERATUR U. PRESSE

Künftig erscheinende Schriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im Verlag von H. Kirsch in Wien erscheint demnächst:

Der Friede Christi. Christentum und Friedensbewegung. Von Alexander Giesswein, päpstlicher Hausprälat und Domkapitular. Preis 20 Heller. Das kleine Schriftchen trägt am Titelblatt die Worte des Augustinus: „Es ist ruhmreicher, den Krieg mit den Worten zu töten, als Menschen mit dem Schwerte.“ In der Einleitung sagt der Verfasser folgendes:

„Seitdem ich mich eingehender mit dem Wesen und Ziele der Friedensbewegung befasste — und dies ist besonders der Fall, seitdem

ich die ehrende Würde des Vorsitzenden der ungarischen Friedensgesellschaft bekleide — haben mich zwei Dinge unangenehm, ja fast schmerzlich berührt. Diese Dinge sind: erstens, daß manche Pazifisten oder Friedensfreunde die Stellung des Christentums im allgemeinen und das Wirken der Kirche für die Friedenssache oft ganz falsch beurteilen, und zweitens, daß das christliche Volk und dessen geistige Führer der Friedensbewegung, die doch so sehr im christlichen Gedanken wurzelt, ganz fernstehen und oft mit einer geringschätzenden Gleichgültigkeit entgegenkommen. Dieser Umstand erweckte in mir zuerst den Gedanken, die hier obwaltenden Mißverständnisse zu klären.“

Im Verlag von Teichmann & Co. erscheint in autorisierter Uebersetzung: Harald Svenske, Antwort auf Sven Hedins Warnungsruf. Die Uebersetzung besorgt Dr. F. Joel in Leipzig.



Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

The American Journal of International Law. A Quarterly. New York. 1913. Januar.

Aus dem Inhalt: Chandler P. Anderson, The final Outcome of the fisheries Arbitration. — John Holladay Latané, The Panama Canal Act and the british Protest. — Mil. R. Vesnitch, Cardinal Alberoni's Scheme for Reducing the turkish Empire. — The final settlement of the North Atlantic Coast Fisheries Controversy. — Elihu Root, before Latin America. — The Case of Russia v. Turkey at the Hague Court. — Effects of war upon Treaties. — Peace between Italy and Turkey. — The Chinese society and journal of int. Law. — The American Institut of Int. Law. — usw. usw.

Hierzu: Supplement-Nummer. Enthaltend: Dokumente, u. a. die Abkommen der IV. Zentral-amerikanischen Konferenz vom 5. Jan. 1912.

La Vie Internationale. Brüssel 1913. Tome III. Fascicule 9. Aus dem Inhalt: Ch. Ed. Guillaume, Les Systemes de métriques et l'Organisation internationale des Systeme métrique. — Les migrations humaines. — usw. usw.

— Fascicule 10. Denys P. Meyer, La Concentration des Organismes Internationaux: Publics.

Bulletin of the Pan American Union. Washington 1913. Januar. Entente-cordial on South America. — New Years Greeting from Andrew Carnegie. — Fifth Central American Conference. — International Congress of Students. — usw. usw.

— Februar. Aus dem Inhalt: The pan-american Society of the United States. — Handbook on the Panama Canal. — Addresses of Secretary of State Knox. — usw. usw.

Auf dem Wege zum Weltfrieden. Dritter Jahresbericht (1912 bis 1913) der Deutschen Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Königsberg i. Pr. 8^o. 26 S.

Bonne, Georg, Im Kampf um die Ideale. Die Geschichte eines Suchenden. Ein Gegenwartsroman. Gekürzte-

Volksausgabe. 4.—7. Tausend. 8°. München 1913. Ernst Reinhardt. 372 S. gbd.

Brücke, Die,
Erste Jahresversammlung 28. u. 29. März 1913. 4 S.

Brücke, Die,
Mitgliederliste 1913. O. 3. 15. 8°. München 1913. Die Brücke. 48 S.

Ferienkurse für Ausländer.
8°. Kaiserslautern 1913. (Ludwig Wagner, Kaiserslautern.) 21 S.

Goldscheid, Rudolf,
Monismus und Politik. Vortrag gehalten auf der Magdeburger Tagung des Deutschen Monistenbundes im Herbst 1912. 8°. München 1913. Ernst Reinhardt. 30 S.

Kammerer, Paul,
Sind wir Sklaven der Vergangenheit oder Werkmeister der Zukunft? Anpassung, Vererbung, Rassenhygiene in dualistischer und monistischer Betrachtungsweise. Vortrag im österr. Monistenbund gehalten am 29. Nov. 1912. 8°. Wien-Leipzig 1913. Mit 8 Abbildungen. Anzengruber Verlag. 34 S. 50 h.

Loele, Kurt,
Das billige Buch. Ein Ratgeber für Bücherkäufer. 8°. Leipzig 1912. Hermann Zieger. 52 S. 30 Pfg.

Rudolph, Hermann,
Die vier Wege zur Theosophie und die Hindernisse auf dem Pfade zur Selbsterkenntnis. Zur Verbrüderung der Religionen und Völker. Zwei Vorträge. 8°. Leipzig 1913. Verlag der Theosophischen Kultur. 64 S. kart.

Triné, Ralph Waldo,
Vom köstlichsten Gewinn. Einzig berechtigte Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Max Christlieb. Obl. 8°. Stuttgart 1913. J. Engelhorn's Nachf. 104 S. Lwdbd. 2 M.

Vecchio, Dr. Giorgio del,
Über einige Grundgedanken der Politik Rousseaus. 8°. Berlin 1912. Dr. Walther Rothschild. Sonderabdruck aus dem Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. Bd. VI. Heft 1. 16 S.

Vischer, Dr. Adolf,
An der serbischen Front. Erlebnisse eines Arztes auf dem serbisch-türkischen Kriegsschauplatz 1912. 8°. Basel. 153 S. Lwdbd.

Alvarez, Alexander,
La Conférence des Juristes de Rio de Janeiro et la Codification du Droit International Américain. Gr. 8°. Paris 1913. A. Pedone Extrait de la „Revue Générale de Droit international public“. 47 S.

Annuaire
du Mouvement pacifiste pour l'année 1913 publié par le Bureau international de la Paix à Bern. 8°. 355 S. Bureau de la Paix. Kostenlos.

Bibliographie
trimestrielle de Droit international Legislation comparée, Diplomatie, Colonisation, Politique et Droit étrangers. Comprenant tous les Ouvrages publiés en français avec l'indication des matières étudiées ainsi que les Thèses et articles de Revues. I. Année 1913. No. 1. 8°. Paris 1913. 46 S. Paris XIII. 28 Rue Corvisant.

Prudhommeaux, J.,
France et Allemagne. La Course à l'Abîme. quer-8°. Nîmes (1913). Edition de la Revue „La Paix par le Droit“. 27 S. 20 Cts.

Ruysen, M. Th.,
L'Alsace-Lorraine et la Paix. Conférence faite à l'Athénée de Bordeaux, le 28 février 1913. — Les facteurs spirituels du Rapprochement International. Conférence faite à Strasbourg le 1er février 1913. 8° o. O. 1913. 43 S.

Union Interparlementaire
Commission des Détroits et des Canaux maritimes. III. Séance de 8 et 9 Janvier 1913. Palais du Sénat, Paris. 8°. 27 S. Brüssel (1913). Verlag der Interp. Union.

Union Interparlementaire
Commission des Déclarations de Neutralité permanente. III. Deuxième séance, Paris, 10 et 11 Janvier 1913. 8°. Brüssel (1913). 34 S. Verlag der Interp. Union.

Andersen, Hendrik C.,
Creation of a World Centre of Communication. Pöl. Rome. 1913. Beim Verfasser: Rom, 3 Piazza del Popolo. XV S.

Andersen, Hendrik C.,
„World Conscience“. An International Society for the Creation of a World-Centre. To House international interests and unite Peoples and Nations for the Attainment of Peace and Progress upon broader humanitarian Lines. gr. 4°. Rome. (1913) Communication office. 3 Piazza del Popolo. 17 S.

Monthly Bulletin
of Books, Pamphlets and Magazine-Articles Dealing with international Relations. February 1913. 8°. New York. Association for International Conciliation. Sub-Station 81 (501 West 116th Street). 12 S. Kostenlos.

Barrett, John,
Panama Canal. What it is, what it means. 8°. Washington. D. C. 1913. Pan American Union. 120 S. mit zahlreichen Abbildungen und Karten. Lwdbd. 1 Dollar.

Butler, Nicholas Murray,
Alexander Hamilton. Stenographic Report of an address delivered at the Hamilton Club of Brooklyn, N. Y. January 11, 1913. 8°. New York 1913. Reprinted from the Educational Review April 1913. (Educational Review Publishing Co.) 19 S.

Buxton, Noel,
The Wounded. 8°. London (1913). (National Peace Council. General Series No. 5.) 12 S. 167 St. Stephens House, Westminster S. W.

Carnegie, Andrew,
The Baseless Fear of War. 32°. New York. Reprinted from the Independent of February 13, 1913. 41 S.

Hull, William J.,
The New Peace Movement. 8°. Boston 1912. The World Peace Foundation. 216 S. Lwdbd.

Hicks, Frederik C.,
Internationalism. A selected List of Books, Pamphlets and Periodicals. 8°. New York. 1913. (International Conciliation. March 1913. No. 64.) American Association for International Conciliation. New York. Sub-Station 81 (407 West 116th Street). 30 S. Kostenlos.

Taft, William Howard,
The Time to Test on Faith in Arbitration.

Experimental Kulturtrupp. — Fredrik Bajers Omvändelse fran Militarist till fredsvän. — usw. usw.

Fredsbladet (Kopenhagen). März. Niels Petersen, Fredsvennerne og Faestnings-agitatorerne. — N. P., Tyskland og Frankrig. — usw. usw.

Artikel-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das Emporschnellen der Rüstungen hat natürlich in der Presse eine eingehende Erörterung hervorgerufen. Wiederholt hat die „Frankfurter Zeitung“ dazu Stellung genommen. In ihrem Leitartikel vom 13. März wird auf diesen „Rüstungswahnsinn“ hingewiesen, „bei dem jedes Gefühl für Maß und Ziel verloren geht“. In der Nummer vom 18. März spricht George Bernard Shaw in der ihm eigenen sarkastischen Art über „Die auswärtige Politik Englands und die Rüstungsfrage“, wobei er vorschlägt, daß England mit Deutschland und Frankreich einen Dreibund schließen, derart, daß es sich auf die Seite Deutschlands stelle, wenn dieses von Frankreich, auf die Seite Frankreichs, wenn dieses von Deutschland angegriffen werden sollte. Den Krieg nennt Shaw darin einen „grenzenlosen Unfug“. In der Nummer vom 23. März ist ein Artikel des Pariser Professors Charles Seignobos enthalten, der „Ein kostspieliges Gespenst“ (Le fantôme coûteux) betitelt ist. Er vergleicht die Opfer, die die heutige Menschheit dem Kriegsgespenst darbringt, mit den Opfern, die im Mittelalter das Höllengespenst — die Furcht vor der Hölle — erforderte. Jahrhunderte hindurch haben die Menschen den Kirchen und Klöstern Vermögen dargebracht, nur damit sie von der Hölle verschont blieben. „Wenn man die Ausgaben vergleicht, so bezahlen wir viel mehr für das Kriegsgespenst als unsere Vorfahren für das Höllengespenst.“ In derselben Nummer ein Artikel Friedrich Payers über „Rüstungen“, der sich eingehend mit der Wehrvorlage befaßt und an ihr Kritik übt. Im Leitartikel vom 4. April finden wir eine eingehende, uns Pazifisten nicht unbekannt Darstellung des Kampfes gegen die Rüstungen seit dem Zarenmanifest von 1899, die in der Forderung gipfelt, daß die Vereinigten Staaten die Initiative zu einer Rüstungskonferenz ergreifen mögen.

Das „Berliner Tageblatt“ hat in mehreren Artikeln an der Rüstungsvorlage Kritik geübt. In einem „Steigende Militärlasten — sinkende Kinderzahl“ betitelten Artikel vom 1. April wird der Zusammenhang der Geburtenabnahme mit den großen Rüstungslasten nachgewiesen. Dr. Heinz Potthoff spricht in der Nummer vom 3. April von „Deutschlands Mobilmachung“. Es heißt dort ganz richtig: „Was uns jetzt zugemutet wird, ist keine Friedensmaßregel mehr, sondern einfach eine Mobilmachung!“ In einem „Wo bleiben die Milliarden?“ betitelten Artikel vom 3. April wird der Nachweis erbracht, daß das für die Rüstungen ausgegebene Geld keineswegs immer im Lande bleibt, wie die Rüstungsanhänger behaupten. Um die Arbeitskräfte zu ersetzen, die

durch die Heeresvermehrung dem Lande entzogen werden, wird man künftig 200 000 ausländische Arbeiter mehr als bisher heranziehen müssen, die allein jährlich 40 Millionen aus dem Lande tragen werden. — In der Nummer vom 5. April stellt Major a. D. E. Morah ein anschauliches „Programm der Ersparnisse“ dar.

Friedrich Naumann gibt in der „Hilfe“ vom 3. April einen bemerkenswerten Hinweis über „Die volkswirtschaftlichen Folgen der Milliarde“, wobei er die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser großen Arbeits- und Lieferungsvergebungen ins Auge faßt. „Es genügt nicht, über die Aufbringungsmethode zu streiten, da die Verwendungsmethode volkswirtschaftlich mindestens so wichtig ist.“ In den Nummern der „Hilfe“ vom 13. und 20. März behandelt Reichstagsabgeordneter Georg Gothein „Die Wehrvorlage und ihre Deckung“. In „Der Fortschritt“ (Hannover) 25. März äußert sich Prof. L. v. Bar-Göttingen „Zur großen Wehrvorlage“. Gothein sieht, daß sich „das Volk in Waffen“ in Wirklichkeit „zu einem Staat im Staat ausgewachsen“ habe. L. v. Bar weist auf die imponderablen Wirkungen der Rüstungen hin, auf den gegenseitigen, schwer zu tilgenden Haß, den sie hervorrufen, auf die Meinung, die sie erzeugen, daß der Krieg als die höchste menschliche Leistung zu betrachten sei, auf die notwendige Bildung von Kriegsparteien, die sie im Gefolge haben.

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Elsbeth Friedrichs, „Die große Armee“. „Ethische Rundschau“ März. * Ellen Key, „Le Problème de la Paix.“ „Les Documents du Progrès.“ III. * Ueber Krieg und Volkstum. „Der Reichsbote.“ 19. III. * Wilh. Heile, „Das Friedensmanifest der Sozialdemokratie.“ „Die Hilfe.“ 6. III. * Richard Charmatz, „Der Sieger von Leipzig.“ „Frankf. Ztg.“ 28. III. * Alfred H. Fried, „Kurze Aufklärung über Wesen und Ziel des Pazifismus.“ „Der Herold“ (Berlin). 6. IV.

II. Die internationale Politik: Dr. W. A. Behrendsohn, „Studienfahrten deutscher Studenten ins Ausland.“ „Akademische Rundschau“ (Leipzig). III. * Das europäische Problem in französischer Beleuchtung. I., II. u. III. „Köln. Ztg.“ 3., 4. 5. u. 6. IV. * Sir Charles Bruce, „Eine Brücke zwischen der Tripleallianz und dem Dreibund.“ „Deutsche Revue.“ IV. * Dr. Robert Petsch, „Engl. Kultur im Spiegel des In- und Auslandes.“ „Frankf. Ztg.“ 30. III. * Ludwig Thoma, „Von Giftmischern.“ „März.“ 29. III. * W. H. de Beaufort, „Die Großmächte und der Friede.“ „Deutsche Revue.“ III. * Ludwig Quessel, „Verständigung und Imperialismus.“ „Sozialist. Monatshefte.“ 27. III. * Alfred H. Fried, „Le problème autrichien.“ „Les Documents du Progrès.“ III.

IV. Internationales: Leopold Katscher, „Neue Weltvereinigungen.“ „Ethische Kultur.“ I. III. * Friedrich Depken, „Internationalismus und deutscher Studentenverein.“ „Das Neue Leben“ (Köln). 15. II.

V. Wirtschaftliches: Die Stellung Deutschlands und seine Verbündeten im europä-

ischen Rüstungswettkampf. „Köln. Ztg.“ 16. III. * Was ein europäischer Krieg kosten würde. „Fränk. Kurier.“ 31. III. * Geh.-Rat Dr. Schwarz, 30 Jahre Rüstungslasten der europ. Großmächte. „Der Tag.“ 12. III. * L. Raschdau, Wer trägt die Schuld an den wüsten Rüstungen? „Der Tag.“ 9. III. * Prof. Dr. A. Fick-Zürich, Normann Angell; „Die falsche Rechnung.“ 23. III. * G. Ledebour, Ein fadenscheiniger Rüstungsvorwand. „Die Neue Zeit.“ 28. III. * Leon Hardt, Der Weg zur finanziellen Kriegsbereitschaft. „Wissenschaftliche Beilage der Braunschweiger Neuesten Nachrichten.“ 6. IV. * Friedrich Depken, Was bringt ein Krieg ein? „Bremer Nachrichten.“ 4. III.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

XXI. Hauptversammlung.

Am 28. März d. J. fand im Saale des Wissenschaftlichen Klubs unsere XXI. Hauptversammlung statt. Baronin Suttner, die den Vorsitz führte, begrüßte die erschienenen Mitglieder und erstattete hierauf den Jahresbericht. Sie besprach unsere Tätigkeit im verflissenen Jahre und gedachte der wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der internationalen Friedensbewegung.

Revisor Rudolf v. Harrer verlas nun den Revisionsbericht, aus dem hervorging, daß unser Verein einen Saldo von 4743,74 Kr. für das Jahr 1913 aufzuweisen hat.

Darauf wurde zu den Wahlen für den Vorstand geschritten, die folgendes Resultat ergaben: Johannes C. Barolin, Schriftsteller, Alexander Dorn R. v. Marwalt, Gemeinderat, k. k. Kommerz.-Rat, Hans Dupal, k. k. Kommerz.-Rat, Dr. Rudolf Fassel, Hof- und Gerichtsadvokat, Balduin Groller, Schriftsteller, Dr. Ludwig Karell, kais. Rat, Schriftsteller, Leopold Katscher, Schriftsteller, Benedikt Kosian, Cafetier, Prof. Dr. Josef Longo, Leiter des Landeserziehungsheimes in Mödling bei Wien, Ludwig Mayer v. Tenneburg, Artur Müller, Schriftsteller, Gräfin Hedwig Pötting, Stiftsdame, Heinrich Prechtler, k. u. k. Hofschauspieler, Dr. Oswald Richter, Universitätsprofessor, Dr. Fritz Ruziczka, k. k. Bezirksrichter, Karl Schleck, k. k. Oberrechnungsrat, Emil Stoerk, Beamter der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, Baronin Berta v. Suttner, Dr. Heinrich Graf Taaffe, Herrschaftsbesitzer, Dr. Alfons Witz-Oberlin, k. k. Oberkirchenrat. Zu Revisoren wurden gewählt: Alfred Pettersch, Oberbeamter der Kosmanöser A.-G., Dr. Hugo Novak, k. k. Notariatskandidat.

Vorstandsmitglied Kommerzialrat Hans Dupal sprach der Präsidentin für ihre aufopferungsvolle und unermüdete Tätigkeit den

Dank aus, dem die Versammelten durch Erheben von den Sitzen freudig zustimmten.

Nach Schluß der Hauptversammlung erstattete das neugewählte Vorstandsmitglied, Oberrechnungsrat Karl Schleck ein Referat über die Organisation der Friedensgesellschaften und daran knüpfte sich eine Diskussion, die Vorstandsmitglied Arthur Müller leitete.

Vortragszyklus.

Den Vortragszyklen von 1911 und 1912 reiht sich der Zyklus von heuer in würdiger Weise an. Es fanden bereits fünf Vorträge im Hörsaale 50 der Wiener Universität statt, die überaus gut besucht waren und den Vortragenden reichen Beifall eintrugen. Am ersten Abend sprach der altkatholische Pfarrer Adalbert Schindelar über „Die sittlich-religiöse Berechtigung der Friedensbewegung“, am 19. 3. Vorstandsmitglied A. Müller über „Die pazifistischen Tendenzen am Ausgange des Mittelalters“ mit besonderer Berücksichtigung seines Stückes „Paracelsus und der Träumer“. Am 2. 4. hielt der Referent der Carnegie-Stiftung Dr. Paul Stiassny einen technisch-finanzwissenschaftlichen Vortrag „Der österreichische Staatsbankrott von 1812“, am 9. 4. sprach unser Vorstandsmitglied Univ.-Prof. Dr. O. Richter über „Ein Spaziergang durch die Kruppschen Werke“ und am 16. 4. Alfred H. Fried über Norman Angells Buch „Die große Täuschung“. Der letzte Vortrag findet am 23. d. M. statt und wird unsere Präsidentin über „Pazifismus in Amerika“ sprechen.

Vortragsabend Roberto Bracco.

Den Bemühungen unseres Mitgliedes Heinrich Glücksmann ist es gelungen, den bekannten italienischen Dramatiker zu gewinnen, einen Vortragsabend zugunsten unserer Gesellschaft zu veranstalten. Wir werden in der nächsten Nummer über den Verlauf des Abends berichten.

Vortrag Professor Batek.

Unser tatkräftiges Mitglied Professor Dr. A. Batek in Prag hielt im verflissenen Monat wieder einige seiner vortrefflichen Vorträge für die Verbreitung unserer Bewegung und veröffentlichte in einigen böhmischen Zeitungen eine Reihe von Friedensartikeln.

Hauptversammlung der Ortsgruppe Linz.

Die Linzer Ortsgruppe hielt am 29. März ihre Hauptversammlung im Kaufmännischen Vereinshause ab. Obmann Fabrikant Carl Franck führte den Vorsitz und begrüßte die erschienenen Mitglieder, Schriftführer Konsul Clemens Kautsch erstattete den Rechenschaftsbericht, Kassierer Direktor Kallina den Kassenbericht, Schuldirektor Brosch den Revisionsbericht. Nachdem noch zahlreiche Anfragen und Anregungen seitens der erschienenen Mitglieder vorgebracht und auch zum Teil erledigt wurden, schloß der Obmann die Versammlung.



Mai 1913.

Die Ueberwindung des Balkankonflikts.

Nicht als ob wir, mit der Menge gehend, über den „Frieden“ jubeln wollten, der uns erhalten blieb. Dieser Zustand ist von jenem, den wir „Frieden“ nennen, noch weit entfernt. Aber daß allen Schwarzsehern zum Trotz, allen Kraftmeiern der Politik zum Mißvergnügen der Krieg vermieden wurde, der uns als unausweichlich geschildert wurde, berechtigt uns, zu triumphieren. Wir haben wieder einmal bewiesen, daß unsere Weltanschauung richtig orientiert ist, daß wir die Zusammenhänge erkennen und zu berechnen verstehen. Und wir können nunmehr mit um so größerem Nachdruck fordern, daß man unserer Lehre Beachtung schenkt.

In den Novembertagen, als das Gemetzel am Balkan eben begann, stand an dieser Stelle zu lesen:

„Große Gegensätze stehen sich jetzt gegenüber. Gegensätze, die man seit Jahrzehnten als zur friedlichen Ueberbrückung ungeeignet bezeichnet hat. Nun wird es sich zeigen, ob Europa wirklich noch imstande ist, Krieg zu führen, oder ob es die Kriegsidee nur infolge einer gewissen Besessenheit pflegt. Jetzt, wo die Regierungen den Tatsachen näherstehen, werden sie darüber nachdenken müssen, ob die Interessen, die sie am Balkan zu besitzen vermeinen, wirklich so groß sind, daß man um ihretwegen das Schwert ziehen kann, und ob das Risiko nicht am Ende doch außer Verhältnis zu den erträumten Erfolgen steht. Solange den Regierungen die Besonnenheit bewahrt bleibt, unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß man einen mageren Vergleich dem riskanten Kriegsverfahren vorziehen wird. Und das wird ein ungeheuer wichtiges Ereignis sein. Wenn Europa gezwungen sein wird, die gefährlichste Frage, die es auf diesem Erdteil gibt, friedlich zu lösen — wenn auch unter Krisen und Aengsten —, dann wird es damit aufs neue

bewiesen haben, daß ein Krieg auf diesem Erdteil überhaupt nicht mehr nötig ist, denn es gibt keine schwerere, konfliktreichere Frage als die des nahen Ostens. Vielleicht werden sich dann aus der Erkenntnis der zwingenden Tatsachen Schlüsse ziehen lassen, die diesem schwerkgeprüften Erdteil zum Heile gereichen können.

Die Pazifisten der gesamten Welt werden daher die Entwicklung der politischen Dinge in der nächsten Zeit mit großer Spannung verfolgen. Wir stehen vor einer großen Entscheidungsstunde. Es wird sich zeigen, ob jene zwingenden Tatsachen, die den Pazifismus gezeitigt haben, schon so stark sind, Europa vor dem Zusammenbruch zu retten, oder ob die Kräfte der Dummheit und der Vernichtung zum Untergange der alten Welt zutreiben: ob gemeinsam mit dem Padiſchah am Bosphorus auch die Herrschaft Europas in der Welt ihr Ende finden soll. Wir sind hoffnungsfroh genug, an einen Sieg der Kulturkräfte zu glauben.“

Wir sind in unserer Hoffnung nicht getäuscht worden.

Nun gilt es, diesen Sieg der Kulturkräfte auszunützen, die Erkenntnis, daß die zwingenden Tatsachen sich heute schon stärker erweisen, als die so unerschütterlich scheinenden Kräfte der Dummheit und der Vernichtung, gilt es zu verwerten. Die Balkanliquidation ist ohne europäischen Krieg vorübergegangen. Welche Krisis auf diesem Erdteil kann man sich noch vorstellen, die danach nur durch Blut gelöst werden könnte. Die pazifistisch beeinflussten und pazifistisch wirkenden Kräfte, die in dieser Krisis den europäischen Zusammenprall vermieden haben, leisteten mehr als die gerade gegebene Arbeit. Sie schafften Zukunftswerte von höchster Bedeutung. Der vermiedene Krieg von 1913 hat für alle künftigen europäischen Konflikte das Kriegsventil verrammelt.

Freilich die Apostel des Ewigen Krieges, die nicht die Zusammenhänge erkennen, klammern sich an Einzelheiten, an Zufälligkeiten, denen es zu danken wäre, daß in Europa kein Schuß gefallen sei. Sie vergessen ganz, mit welcher Zähigkeit sie für den Krieg eintraten. Es waren starke Gruppen am Werke, die den Zusammenprall wollten, die den Krieg um des Krieges willen herbeizuführen suchten. Die österreichische Kriegspartei hatte ja ihren „kleinen Krieg“ schon in der Tasche. Seit Monaten standen die Truppen kriegsbereit an der Grenze. Sie waren zu weiteren Operationen schon eingeschifft worden. Der Belagerungsstand war bereits über einige slawische Länder der Monarchie verhängt, für einige andere schon angekündigt. Der Warentransport auf gewissen Bahnen war eingestellt, um die Strecken für den strategischen Aufmarsch freizuhalten. Der Ruf „Los von Europa“, das die kriegerische Entfaltung zu hemmen drohte, wurde jubelnd ausgestoßen, nicht ahnend wie sehr damit der Rückfall in das Asiatentum gekennzeichnet wurde. Die „Politik der Freien Hand“ hatte man sich erobert, um ja nicht geniert zu werden bei der Inszenierung des Weltenbrandes. Der Vorwand, man könne nicht mehr länger warten, da man sonst die militärische Situation verschlechtern würde, jener beliebte Vorwand der Kriegsparteien, wurde mit ernster Miene kolportiert, während der Vater jenes widerwärtigen Gedankens eigentlich nur die Furcht vor den Friedenskräften war. Man fürchtete, daß man, wenn man nur einige Tage Zeit gewährt, zu spät kommen könnte mit dem Kriege; man fürchtete, daß es so kommen würde, wie schon einmal vor vier Jahren, als man den gezückten Degen wieder in die Scheide zu stecken gezwungen war. Die Furcht vor der Möglichkeit eines kriegslosen Ausgleiches steckte den Kriegsenthusiasten in den Gliedern und trieb sie zur überstürzten Eile an. „Endlich haben wir es erreicht“, soll der österreichische Kriegsminister triumphierend ausgerufen haben, als er am 29. April nach einer Konferenz mit dem Minister des Aeußeren, das Ministerium am Wiener Ballplatz verließ. Ein Wort, daß man sich merken muß, wenn man uns künftig wieder von der Sicherung des Friedens durch die Rüstungen sprechen will. Und die Wiener Redakteure, die am selben Tage im Pressebureau desselben Ministeriums die offizielle Ankündigung entgegennahmen, daß Oesterreich-Ungarn entschlossen

sei, ohne Mandat seitens der Mächte, allein vorzugehen, sollen diese Mitteilung nach einem Bericht in der Pariser „Daily Mail“ vom 30. April mit Freudenschreien (!) begrüßt haben. Einige der Journalisten waren über diese Mitteilung so entzückt, daß sie ohne Hut aus dem Ministerium liefen, um die große Nachricht raschest ihrer Redaktion zu verkünden. Auch das soll man sich merken, für den Fall, wo sich diese selben Herren auf Pressekongressen als die Wahrer des europäischen Friedens selbst beräuchern werden.

Und doch ist es anders gekommen. Europa wollte diesen Krieg nicht, weil es kein Kriegsduett auf diesem Erdteil mehr geben kann, weil jede Gewaltanwendung sofort die beiden großen Staatengruppen engagiert und dieser Streit um Albanien, um die Zugehörigkeit eines elenden albanischen Nestes zu diesem oder jenem Lande wahrlich eines solchen Kräfteaufwandes, eines solchen Risikos nicht wert war. Es würde den Rahmen dieses Artikels weit überschreiten wollte man hier untersuchen, wieso es schließlich doch zur Vermeidung des Krieges gekommen ist, wie jene pazifistischen Kräfte gegenüber der Entschlossenheit zum Kriege wirkten, wie sie manövierten und warum sie es taten. Begnügen wir uns heute, den Sieg der Friedenskräfte über die bereits zum Schlag ausholenden Kriegskräfte festzustellen. Es ist das wichtigste an der Sache, und es war wahrlich keine leichte Arbeit.

Man hat es den Kriegsgegnern in Europa wahrlich nicht leicht gemacht. Diejenigen, die den Krieg um jeden Preis wollten, hatten eine Bearbeitung der öffentlichen Meinung inszeniert, die man als muster-gültig hinstellen kann. Welche Lügen wurden da verbreitet und am Leben gehalten. Man denke nur an den famosen Fall des österreichischen Konsuls Prohaska, der von wütenden Serben angeblich getötet worden war und der heute noch lebt. Man denke an den Pater Palitsch, den Montenegriner angeblich ermordet hatten, weil er seinen Glauben nicht wechseln wollte, was sich nach einer eingehenden Untersuchung als unwahr erwies. Man denke an die letzte Lügenkomödie mit der Proklamierung Essad Paschas zum König von Albanien, was einen unverzüglichen Einmarsch österreichischer Truppen in Albanien zur Folge hätte haben sollen. Als man dies aber in Gemeinschaft mit italienischen Truppen nicht mehr für nützlich hielt, wurde die ganze Geschichte

als eine Erfindung dargetan. Wie dieses Lügengewebe aber die Massen aufpeitschte und die Ansicht verbreitete, man hätte sich alle diese erdichtete Unbill wirklich gefallen lassen und sei nun gezwungen, sie mit Blut abzuwaschen, davon kann sich nur der einen Begriff machen, der in jenen Tagen der fanatischen Erregung das arme betörte Volk zu beobachten Gelegenheit hatte.

Europa hat sich gefunden, um eine internationale Polizei zur Durchführung seines Willens auszusenden. Es müßte sich nunmehr finden, um auch eine Sicherheitswache zu errichten, um jenem Gesindel den Garaus zu machen, das durch Alarmierung der öffentlichen Meinung mit lügenhaften Berichten zum Kriege treibt. Die Brandstifter sind nicht so schlimm wie jene Panikmacher, für die wahrlich kein Galgen hoch genug wäre. Man müßte die Geschichte des Kriegsalarms vom Winter 1912/13 schreiben, sie aktenmäßig darstellen, damit man sie geeignetenfalls jenen Diplomaten vorhalten könnte, die noch immer von der Phrase leben, es seien heute nicht mehr die Kabinette, sondern die Völker, die die Kriege machen. Jawohl die Völker; aber erst dann, wenn die Regierungen bei der Verhetzung der Massen so untätig zuschauen, wie die russische Polizei bei den Judenpogroms, oder wie die bestellten Wächter der Ordnung bei den jüngsten Deutschenhetzen in Nancy.

Noch eines Faktors sei hier gedacht, dem es nicht in letzter Linie zu danken ist, daß der Krieg vermieden wurde: Des Kaisers Franz Josef. Die Kriegs-enthusiasten in seinem Lande grollen ihm darob, und es fehlt sogar nicht an hochverräterischen Aeüßerungen solcher Leute, die sonst stets mit ihrer Loyalität prahlen. In ihrer Perfidie schieben jene Blutgierigen die Kriegsabneigung des Kaisers seinem hohen Alter zu. Sie wollen gleichzeitig damit andeuten, daß es eben greisenhaft sei, den Krieg zu verabscheuen, wie sie uns weibisches Wesen und Feigheit als Motive unseres Kampfes gegen den Kriegswahn unterschieben. Dieser Vorwurf zerfällt in sich, denn der greise Kaiser würde selbstverständlich auch durch den blutigsten Krieg nicht aus seiner Ruhe und Behaglichkeit gestört werden. Wenn Kaiser Franz Josef dem ungestümen Drängen der Kriegsanhänger widerstand, so war es nicht greisenhafte Schwäche, sondern die hohe Weisheit eines erfahrenen Mannes, die ihn erkennen ließ, daß jeder Ausgleich besser ist als der chancenreichste Krieg, daß, solange

die Möglichkeit eines Ausgleiches gegeben ist, der Wunsch nach kriegerischer Betätigung frivol sei und zurückgedrängt werden müsse. Man braucht kein Monarchist zu sein, um anzuerkennen, daß sich Kaiser Franz Josef durch seine kluge retardierende Haltung vor seinem Volke, vor der Menschheit und vor der Weltgeschichte ein hohes Verdienst erworben hat, um dessen willen ihm der Dank aller vernünftig denkenden Menschen in Europa gebührt. A. H. F.

Kriegsindustrie.

Von Dr. Albert Südekum,
Mitglied des Deutschen Reichstags.

Der Militarismus hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Unruhe die erste Bürgerpflicht. Unruhe im Sinne von schärfstem und lautestem Protest aller Menschen- und Friedensfreunde gegen die spekulative Erregung und Verwertung eines wahnsinnigen und gefährlichen Rüstungstreibens, dessen Zeugen und Leidtragende wir zurzeit sind. Anklage müssen wir erheben gegen die Rüstungstreiber. Es genügt nicht mehr, mit sozusagen wissenschaftlichem Gleichmut die Tatsache widerspruchslos hinzunehmen, daß es in der Kriegsindustrie sehr menschlich hergeht, sondern jeder, dem das Wohl der Völker etwas gilt, der die Reinheit unseres öffentlichen Lebens als einen Teil dieses Wohles erkennt, hat die persönliche Pflicht, sich mit der furchtbaren Tatsache auseinanderzusetzen, daß die europäische Kultur von einem Konzern bedenkenloser Geschäftemacher dauernd in ihren Grundfesten bedroht wird; hat sich ferner mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß diese Rüstungskapitalisten den höchsten gesellschaftlichen Rang einnehmen, mit Ehren und Auszeichnungen überhäuft werden. Die Pflicht einer solchen persönlichen Auseinandersetzung liegt gleichmäßig den bewußten und organisierten Friedensfreunden, wie den ehrlichen Vertretern des Militarismus und den Verherrlichern der sogenannten kriegerischen Tugenden ob. In erster Linie gehen die Dinge auch die Offiziere an, die so gern für sich die Eigenschaften besonderer Empfindlichkeit in Ehrensachen in Anspruch nehmen. Darauf ist mit erhöhtem Nachdruck hinzuweisen, weil gerade in den letzten Wochen in einigen von deutschen Offizieren gern geliesenen Blättern geschrieben stand, wie immer sich auch die Sache mit der Rüstungsindustrie und ihren internationalen Spekulationen verhalten möge: die Offiziere berühre das ganz und gar nicht, denn sie hätten einfach ihren Dienst zu tun und die ihnen in die Hand gedrückte Waffe auf Kommando zu gebrauchen. Eine Ansicht, die den Offizier zum Automaten erniedrigt! Das gerade Gegenteil ist richtig: „wer Pech

anfaßt, besudelt sich“. Ein Offizier, der auf seine Ehre hält, muß mit dafür sorgen, daß nicht das Kriegswesen der Völker schamlosem Handel als Vorwand dient. Jedermanns guter Wille kann mißbraucht werden. Wer dem Betrüger als reiner Tor zum Opfer fällt, ist für den Ausgang moralisch nicht verantwortlich. Wer aber willfährig einem Betrüger seine Hilfe leistet, ist dem Betrüger gleich zu achten. Auch die fahrlässige Unterstützung betrügerischer Handlungen kann einen Makel auf die Ehre eines Menschen werfen. Die Offiziere der europäischen Armeen haben in den letzten Wochen Gelegenheit gehabt, sich darüber zu unterrichten, mit welcher ungeheuerlichen Dreistigkeit die Interessenten der Kriegsindustrie die gepriesenen Gefühle der Vaterlandsliebe und der Opferfreudigkeit der Völker auszunützen verstehen; sie erfahren, daß auch ihre eigene Gesinnung und Tätigkeit in diesen Berechnungen eine Rolle spielen. Wenn sie Augen und Ohren gegen diese Tatsache bewußt und absichtlich verschließen, wenn sie nicht wenigstens auf Reinlichkeit in den Angelegenheiten der Völkerrüstungen drängen, dann machen sie sich zu Mitschuldigen gefährlicher und zum Teil auch verbrecherischer Handlungen und müssen sich danach weiterhin einschätzen lassen.

Man wird gewiß nicht behaupten können, es sei bisher ein Geheimnis gewesen, daß die großen Rüstungsfirmen und die Vereinigungen von solchen Firmen seit langer Zeit ihren starken Einfluß spielen ließen, um die Völker der Erde zu immer neuen, den Frieden gefährdenden Rüstungen zu veranlassen, daß sie auch verstanden haben, sich kräftige Helfer zu sichern. Eine Menge von Zeitungen steht, wie alle Welt weiß, direkt im Dienste solcher Firmen und läßt keine Gelegenheit vorbegehen, um Mißtrauen zwischen den Völkern zu säen und mit dem Anschein patriotischer Besorgnis dadurch die Geschäfte ihrer Auftrag- und Geldgeber zu fördern; andere Zeitungen, die nicht direkt der Kriegsindustrie verschrieben sind, hängen doch mit ihr über dem Umweg des Bankkapitals in irgendeiner Weise zusammen, wagen zu mindestens nicht, wider den Stachel zu löken. Sogenannte „Sachverständige“ (zum großen Teil abgelegte Offiziere) bemühen sich unausgesetzt, die alte Unrichtigkeit weiter zu verbreiten, daß man den Frieden nur sichern könne, wenn man zum Kriege rüste. Die Schullesebücher triefen von „Patriotismus“, und ihre Verfasser suchen sich in der Verherrlichung des Krieges und kriegerischer Gesinnung zu überbieten. Auch der offizielle Religionsbetrieb hat sich ganz und gar in den Dienst dieser Strömung gestellt und weiß die Predigt der „Religion der Liebe“ äußerlich geschickt, wenn auch mit erheblichen inneren Schwierigkeiten, der Verherrlichung des Völkerhasses und des organisierten Massenmords anzupassen: gewaltige Organisationen mit Hunderttausenden von Mit-

gliedern, wie die Kriegervereine, die Veteranenvereine, die Wehrvereine, die Jugendwehren, die Flottenvereine, bearbeiten mit unermüdlicher Ausdauer Hirn und Herzen weiter Volkskreise immer in demselben Sinne, immer mit derselben Phraseologie nach dem Erfahrungssatz: „steter Tropfen höhlt den Stein“. Und über dem allen schwebt der Segen der staatlichen Regierungen, die in „gottgewollter Abhängigkeit“ die Agitation der Rüstungsinteressenten erst fördern, um dann das so gewonnene Material zu neuer Aufmunterung des Geschäfts zu verwenden.

Diese großen Grundzüge eines wahrhaft verderblichen Systems waren, wie gesagt, seit langem bekannt. Nicht nur in Deutschland und Oesterreich, auch in England und Frankreich hatten aufmerksame Beobachter des öffentlichen Lebens längst das weitmaschige Gewebe vor aller Augen ausgebreitet, oftmals auch die Erörterung durch kleine anekdotenhafte Einzelheiten gewürzt. Aber eine rechte durchschlagende Wirkung war bisher doch nicht zu erzielen gewesen. Es fehlte der solide Hebel eines unanfechtbaren Beweismaterials, um den schwer lastenden Stein in Rollen zu bringen.

Dieser Hebel ist jetzt durch eine Fülle von Enthüllungen geliefert worden, die wie ein prasselnder Regen über die Rüstungsinteressenten in Deutschland und anderen Staaten niedergegangen sind. Parlamente und Presse waren einige Tage hindurch voll von diesen Dingen, und die öffentliche Erörterung beschäftigte sich eine kleine Weile damit. Da sich aber jetzt schon wieder das Schweigen tiefen Vergessens darüber zu breiten beginnt, wollen wir hier zur Auffrischung wenigstens das wichtigste noch einmal kurz zusammenstellen.

Zuerst sei behandelt, was unzweifelhaft das meiste Aufsehen erregte, nämlich die Affäre Krupp, deren Aufdeckung an den Namen des Reichstagsabgeordneten Dr. Liebknecht anknüpft.

Die überragende Stellung der Firma Krupp in der internationalen Rüstungsindustrie ist bekannt. Krupp gehört sozusagen mit zum deutschen Heere und ist enger mit ihm verwachsen, als etwa Schneider in Creusot mit dem französischen. Das Deutsche Reich unterhält ein paar eigene Kanonenfabriken, die aber nur für leichteres Material eingerichtet sind und bei weitem nicht den ganzen Bedarf decken. Alle schwereren Kaliber, namentlich auch die gewaltigen Schiffs- und Positionsgeschütze sowie einen großen Teil der Feldartilleriebewaffnung besorgt Krupp. Konkurrenz gegen ihn gab es bis vor ein paar Jahren überhaupt nicht und gibt es jetzt nur in ganz beschränktem Umfange. Die Rheinische Metallwarenfabrik von Heinrich Ehrhardt hat sie jahrelang versucht und sich dabei verblutet, obschon ihre Konstruktionen als ausgezeichnet gerühmt wor-

den sind, und obschon sie mit dem Rohrücklaufgeschütz den Kruppschen Ingenieuren um Jahre voraus war. Wir haben also heute ein beinahe vollständiges Kanonenmonopol Krupps in Deutschland.

Krupps Beziehungen zu Deutschland waren nicht immer so eng. Es hat eine Zeit gegeben, wo der eigentliche Schöpfer des gewaltigen Militärbetriebs, Alfred Krupp, nachdem er schon Preußen mit Hinterlader-Gußstahlganonen ausgestattet hatte, an anderer Stelle Relais zu legen versuchte. Ein Zusammenstoß zwischen Preußen-Deutschland auf der einen Seite und Frankreich auf der anderen, galt nach 1866, namentlich in den Kreisen der großdeutschen Politiker, für unvermeidlich. So betrachtete auch Alfred Krupp die Sache. Da er aber an die Ueberlegenheit der napoleonischen Armee glaubte und als vorsichtiger Geschäftsmann mit der Möglichkeit einer Einverleibung des Rheinlands nach Frankreich rechnete, so bot er 1868 in einem berühmt gewordenen Briefe seine schätzbaren Dienste — dem Feinde seines Vaterlands an. Eine kleine, wenn auch unangenehme Entgleisung, die indessen große Geister nicht genieren kann.

Es versteht sich, daß die Firma Krupp die ihr mit Recht oder Unrecht zugefallene Monopolstellung weidlich auszunützen trachtete. Sie legte sich dabei so wenig Zurückhaltung auf, daß es endlich zu einem offenen Skandal kam, den der Reichstagsabgeordnete Erzberger in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 23. April 1913 rückschauend wie folgt schilderte: „Der Vorgänger des jetzigen Kriegsministers, Herr von Einem, hat am 27. März 1905 ausdrücklich zugegeben und durch amtliche Zahlen bewiesen, daß, solange eine bestimmte Firma (Krupp) allein das Monopol in der Lieferung von Kanonen und Geschossen hatte, von der Heeresverwaltung mindestens 60—80% mehr bezahlt werden mußten, als von dem Moment ab, wo eine andere Firma in die Konkurrenz eingetreten ist.“

Aber die Firma überteuerte nicht nur das Reich, sie lieferte nicht nur, was ihr auch kaum hätte verboten werden können, ihre Waffen und Munitionen an das Ausland und dorthin — was schon bedenklich ist — zu niedrigerem, weil durch die Konkurrenz bestimmtem, Preise, nein, Angestellte von ihr unterhielten auch in Deutschland einen förmlichen Geheimdienst, den erst Liebknechts Material aufgedeckt hat. In dem Protokoll der Reichstagsitzung vom 18. April 1913 heißt es darüber: „Der Vorstand der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp-Essen a. Ruhr unterhielt in Berlin bis vor wenigen Wochen einen Agenten namens Brandt, einen früheren Feuerwerker, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Behörden, der Armee und der Marine heranzumachen, sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnis von

geheimen Schriftstücken zu erhalten, deren Inhalt die Firma interessierte. Was sie interessiert, sind besonders Absichten der Behörden in Bewaffnungsfragen, Angaben über Konstruktionen der Behörden sowie der Konkurrenz, Ergebnisse von Versuchen, namentlich aber die Preise, welche andere Werke fordern oder die ihnen bewilligt werden. Herrn Brandt sind zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung gestellt. Die berühmte Firma nützt ihre Geldmacht systematisch dazu aus, um höhere und niedere preußische Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten. Dieser Zustand besteht seit Jahren. In den Geheimschränken eines Herrn von Dewitz-Essen, eines hohen Beamten der Firma Krupp, liegen — oder lagen — diese Geheimberichte säuberlich aufgestapelt. Das, was ich Ihnen eben hier gesagt habe, beruht nicht auf einer bloßen Mitteilung, die mir von irgendeiner Seite gemacht worden ist. Ich darf Ihnen sagen, daß ich selbstverständlich von dem, was mir mitgeteilt wurde, dem Herrn Kriegsminister Kenntnis gegeben habe. Ich bin besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Bekanntgabe dieser Dinge zu einem frühen Zeitpunkt leicht dazu führen könnte, daß die Firma bei ihrer ungeheuren Geldmacht in der Lage sein würde, alle Beweisstücke und auch unbequeme Personen irgendwohin aus der Welt zu schaffen. Der Herr Kriegsminister hat in dieser Angelegenheit seine volle Schuldigkeit getan. Er hat eingegriffen, und zwar nicht nur gegen Militärpersonen, sondern auch gegen Zivilpersonen. Gegen sechs oder sieben Personen — ich will im Moment die Namen nicht preisgeben — schwebt die Voruntersuchung, wenn sie nicht bereits geschlossen ist. Es ist mit anerkennenswerter Energie eingegriffen worden. Die Betreffenden sind in Untersuchungshaft genommen worden. Hochgestellte Leute! Es ist also kein Vorwurf gegen die Militärverwaltung zu erheben. Die Untersuchung ist im wesentlichen abgeschlossen und hat bis auf das Tüpfelchen über dem i dasjenige bestätigt, was ich Ihnen hier vorgetragen habe.“

Zerschmetternd wirkte diese Enthüllung. Mit einigen mühsam gestammelten Worten suchte der preußische Kriegsminister vergeblich den fatalen Eindruck moralischen Zusammenbruchs dieser großen Hilfsinstitution des deutschen Heeres zu verwischen. Selbst die unverfrorensten publizistischen Helfershelfer von Krupp verloren für ein paar Tage die Haltung. Ein allgemeines Mißtrauen erwachte im Volke, dem man die ungeheuerlichste Vermehrung der Rüstungen und eine wahrhaft erschöpfende Steuerleistung gerade jetzt angesonnen hat.

Dann trat der Generaldirektor von Krupp, ein Geheimrat Hugenberg, in der Kölnischen Zeitung mit einer wortreichen, entrüstungs-

schwangeren, aber inhaltsleeren Erklärung vor die Öffentlichkeit. Sein Manöver lag zu nahe, als daß er es hätte nicht machen sollen: „Racheakt eines entlassenen Beamten“, „nur untergeordnete Personen in die Sache verwickelt“, „Zentralinstanz völlig unbeteiligt“ usw. Das fällt natürlich für verständige Leser platt zu Boden und kann keine größere Beachtung beanspruchen, wie etwa das Gerede eines Angeklagten über den „großen Unbekannten“ vor den Schranken des Gerichts. Anders ist es schon mit der Bemerkung des Herrn Hugenberg, „Geheimberichte seien das tägliche Brot seiner Industrie“. Selbstverständlich: es gibt Geheimberichte und Geheimberichte. Für die Firma Krupp ist es jedenfalls sehr schmerzlich, daß die ihr nahestehenden Firmen in der Industrie nicht an die Harmlosigkeit der von ihr bezogenen Geheimberichte glauben. Der seit 1911 in Deutschland bestehende Verein gegen das Bestechungsunwesen hat am 3. Mai 1913 die unter Nr. 294 in seiner Mitgliederliste aufgeführte Firma „Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft, Stahlgußfabrik in Essen“ einstimmig aus dem Verein ausgeschlossen; und ebenso einstimmig beschloß der Verein, die gerichtliche Verfolgung zu veranlassen, da die Krupp-Affäre dies gebieterisch erheische. Ueberdies beweisen Namen und gesellschaftliche Stellung der in Untersuchungshaft genommenen Angestellten der Firma Krupp, daß es sich nicht, wie Herr Hugenberg behauptet, um eine untergeordnete Affäre und um Mißgriffe eines Subalternen handelt hat. Auch die von verschiedenen Interessenten jetzt prompt hervorgeholte Berufung auf die großen Freunde der Firma und der an ihrer Spitze stehenden Familie wird in Deutschland den Fortgang des Prozesses nicht aufzuhalten vermögen. Soweit sind wir hoffentlich denn doch noch nicht russifiziert, so tief hat das Krebsübel kapitalistischer Unmoral das Gefüge des Staates wohl noch nicht zerfressen können, daß die Justiz vor Verbrechern Halt machen sollte, bloß weil hohe Herrschaften bisher im Hause der Genießer des mit anfechtbaren Mitteln erworbenen Reichtums gesellig verkehrten.

Soweit sind wir noch nicht. Aber daß wir wirklich schon tief im Schlamm sitzen, beweist eine Mitteilung des „Vorwärts“ vom 5. Mai 1913. Danach hat die Firma Krupp den zur Abnahme von Kriegsmaterial nach Essen kommandierten Offizieren die Kosten für einen verhältnismäßig üppigen Lebensunterhalt während ihres Aufenthalts in Essen bezahlt und dafür nur rein fiktive Beträge in Gegenrechnung gestellt. In und außerhalb Deutschlands hätte man so etwas vor der einwandfreien Beweisführung für unmöglich gehalten! Daß deutsche Offiziere sich ihren Wein und ihren Braten, ihre Zigarren und ihr Klosett-

papier von der Firma bezahlen lassen, deren Erzeugnisse sie für die Heeresverwaltung prüfen und abnehmen sollen, ist eine geradezu revolutionisierende Neuigkeit.

Aber man sollte die damit Gekennzeichneten nicht allzu heftig schmähen, denn die Verführung ist wirklich groß. Auf den Kruppschen Werken, übrigens auch bei den großen Elektrizitätsfirmen, bei den Werften, den Waffen- und Munitionsfabriken laufen zu Dutzenden die inaktiven Generäle, Admirale, Geheimen und Wirklichen Geheimen Räte herum, die sich nicht schämen, Riesengehälter und Tantiemen einzustecken, und sich daneben noch die Pensionen aus den Steuergroschen der Armen und Aermsten zahlen zu lassen. Die Verbindung der höchsten militärischen und zivilen Bureaukratie mit der Großfinanz und den von ihr kontrollierten industriellen Werken ist in Deutschland in den letzten Jahren so umfassend und so intim geworden, daß dem weitgehendsten Korruptionsverdacht Tür und Tor geöffnet ist. Diese Seite unseres öffentlichen Lebens bedarf dringend der eingehenden Untersuchung.

Während diese Zeilen schon im Satz waren, verlautete in offiziellen Blättern, die Versorgung von Abnahme-Offizieren und Abnahme-Beamten durch Krupp in der oben geschilderten Weise sei neuerdings abgeschafft worden; nur (!) auf den Schießplätzen gebe die Firma den Vertrauensmännern des Reichs noch Naturalverpflegung. Diese Mitteilung ist nur zum Teil wahr: die nach Essen kommandierten erhalten jetzt bares Geld von Krupp. Uebrigens wird allgemein behauptet, daß die zeitweilig nach Essen kommandierten Offiziere und Beamten — bis zu den höchsten hinauf — nur Scheinrechnungen in dem der Firma Krupp gehörenden Hôtel bezahlen.

Verlassen wir nunmehr die Firma Krupp, über die sich noch mancherlei sagen ließe, um zunächst einige andere Blüten der Kriegsindustrie zu betrachten. Da lenkt vor allem der „Marine-Verständigungskonzern“ die Aufmerksamkeit auf sich. Die geschäftstüchtigen Großlieferanten von Schiffsbaumaterial haben schon seit Jahren, um die Ausnützung der „Konjunktur“ recht gründlich besorgen zu können, im geheimen ihren Zusammenschluß vollzogen. Die Geschäftsstelle ihres Konzerns befindet sich in Dortmund, Kronprinzenstraße 36. „Vertraulicher“ Leiter dieses Bureaus ist Direktor Gutheil, früher einer der Direktoren der Union, Eisen- und Stahlwerke in Dortmund, dann, nachdem diese Gesellschaft in die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft aufgegangen war, eine Zeitlang einer der Leiter ihrer Abteilung C., die die sämtlichen in Dortmund und Umkreis gelegenen Werke der Deutsch-Luxem-

burgischen Gesellschaft umfaßt. Das Geschäftsverfahren dieses Marineverständigungskonzerns ist praktisch und sinnreich. Wenn eine Werft, z. B. die Kieler oder Wilhelmshavener Reichswerft, Schiffsbaumaterial braucht und sich an verschiedene Lieferanten mit der Frage nach Preis und Bedingungen wendet, dann erhält sie nicht sofort und direkt Antwort, sondern die Anfragen gehen zunächst an das Bureau in Dortmund. Die Geschäftsstelle unterrichtet dann alle ihm angeschlossenen Werke, welche Meldungen eingegangen sind; die befragten Werke unterhandeln dann entweder direkt oder über die Geschäftsstelle miteinander, wie sie ihre Angebote gestalten und welche Preisforderungen sie stellen sollen. Jedes Werk ist verpflichtet, von jedem Auftrag, den es erhält, 10 % abzugeben, und zwar nicht vom Gewinne, sondern vom Rechnungsbetrag; also schlägt es natürlich mindestens diesen Betrag zunächst auf den angebotenen Preis auf. Die anderen Werke folgen ihm darin und reichen nunmehr ihre Offerten ein. Auch die Auftragserteilung sowie die Ausführung und Ablieferung werden immer rechtzeitig an das Bureau in Dortmund gemeldet. Die von dem ausführenden Werke abzuliefernden 10 % von dem Rechnungswert gehen zum Teil ($\frac{1}{10}$) an die Geschäftsstelle für ihre Bemühungen und Unkosten; die übrigen $\frac{9}{10}$ werden an jene Werke verteilt, die ebenfalls Offerten eingereicht haben, aber bei der Auftragserteilung leer ausgegangen sind. Da es sich bei den Schiffsmateriallieferungen um Aufträge im Werte von vielen Millionen handelt, so kann man sich ungefähr vorstellen, welche Beträge der Reichskasse auf diese einfache, allerdings die Ecken einer bedenklichen Moral streifende Manier entnommen werden.

Wieder ein anderes Bild. Vor einiger Zeit brachte die „Friedens-Warte“ den Nachweis, daß an der englischen Kriegsindustrie die Crème der Aristokratie beteiligt sei. In Deutschland ist das ganz genau so. Nur daß darüber hinaus auch noch eine internationale Vereinigung von aristokratischem Kapital im Rüstungsgeschäft gebräuchlich ist, die in England meines Wissens bisher fehlt. Deutschland bezieht die Panzerplatten für seine Kriegsmarine außer von Krupp nur noch von der Dillinger Hütte, einem Werke, das zum größten Teil den Erben des verstorbenen Herrn von Stumm gehört. Formell ist die Dillinger Hütte eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Ein Teil der Aktien ist in französischen Händen. Die Geschäftssprache in der Generalversammlung ist, wie der frühere Regierungsrat im Reichsamt des Innern Rudolf Martin zuerst in seinem Jahrbuch der Millionäre mitgeteilt hat, und wie dann auch im Reichstag unwidersprochen wiederholt wurde, die französische, oder war

es bis vor wenigen Jahren. „Mehrere Franzosen“, so sagt Martin, „sitzen im Aufsichtsrat, verdienen ungeheuer viel Geld an der deutschen Panzerplattenfabrikation, an der Verteidigung von Metz und Straßburg, an der Vergrößerung der deutschen Flotte, an der deutschen Küstenbefestigung und erhalten genauen Einblick in unsere ganze Verteidigung. Es sind dies die französischen Herren René de Bobet in Paris und Eugen IV. Comte von Waldner-Freundstein, vormals französischer Botschaftssekretär und französischer Leutnant der Reserve, dessen Sohn Eduard französischer Leutnant der Reserve des 10. Regiments Jäger zu Pferde ist, Chateau de Lévy, Département Allier und in Paris. Sollen diese Herren nicht auch eine Kleinigkeit von dem in Deutschland verdienten Gelde zur deutschen Kriegssteuer beitragen?“

Es wäre in der Tat unglaublich, wenn die französischen Reserveoffiziere, die im Aufsichtsrat dieses Werkes sitzen, ihre bei den Beratungen gewonnenen Kenntnisse der Fabrikationsmethoden, der Preise, der Lieferungsbedingungen, namentlich auch der Lieferungs-termine nicht sofort der französischen Marineverwaltung mitteilen würden. Vom Standpunkte ihres spezifisch französischen Patriotismus' aus wären sie dazu durchaus verpflichtet. Das müßte doch gerade ein alter Offizier wie der Königlich preußische Generalleutnant von Schubert, Exzellenz, der Schwiegersonn des verstorbenen Stumm, Vorsitzender dieses Aufsichtsrats, am besten wissen, oder am schnellsten einsehen! Dieser Herr, der bis vor wenigen Jahren deutscher Reichstagsabgeordneter war und sich auch jetzt wieder um das Mandat eines preußischen Landtagsabgeordneten bewirbt, hat indessen, soviel bekannt geworden ist, nichts getan, um der unglaublichen Situation ein Ende zu bereiten.

Das Zusammenwirken des Kapitals verschiedener nationaler Herkunft ist in dem internationalen Waffenkonzern bis zur direkten Gewinnabgleichung getrieben. Zwischen der Oesterreichischen Waffenfabrik-Gesellschaft, den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin-Karlsruhe, der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf a. Neckar und der Fabrique Nationale d'Armes de Guerre in Herstal in Belgien bestehen Verträge, wonach (§ 1) „Waffengeschäfte, welche sich auf Lieferung von neu herzustellenden Repetiergewehren oder Karabinern für Rußland, Japan, China und Abessinien beziehen, zu gemeinschaftlichem Nutzen durchgeführt und die annähernden Gewinne nach einer bestimmten Skala unter die Gruppen verteilt werden.“ Im § 3 heißt es: „Die den beiden Gruppen angehörenden Fabriken werden sich gegenseitig jede mögliche Unterstützung gewähren, damit jede Fabrik aufs rascheste und billigste zu fabrizieren vermag. Zu dem Zwecke sollen auch die Zeichnungen

gen und Dimensionstabellen der verlangten und zu erzeugenden Modelle gratis, die erforderlichen Lehrgeräte und Kaliber zum Selbstkostenpreise, resp. insoweit sie entbehrlich sind, leihweise gratis gegenseitig überlassen werden.“ In § 4: „Der Preis für die zu liefernden Waffen ist jeweils von den beiden Gruppen einverständlich festzusetzen und zu offerieren.“ In § 6: „Behufs Verwirklichung der im § 1 ausgesprochenen Grundabsichten vorliegender Vereinbarungen wird eine gemeinschaftliche Kasse gebildet, in welche jede Fabrik, welche unter die vorliegende Abmachung fallende Gewehre bzw. Karabiner fabriziert, anliefert und fakturiert, eine Abgabe im Betrage von 15 Francs pro Waffe einzuzahlen hat“.

Was will es besagen, daß man diese internationale Kapitalversippung im Waffen-geschäft mit dem Einwand als harmlos hinstellen will, es handle sich dabei um Mutter- und Tochtergesellschaften? Wird damit nicht selbst das zugegeben, worum sich die Diskussion eigentlich dreht?

Es hat offenbar nicht an den deutschen, österreichischen und belgischen Firmen gelegen, daß sich das Abkommen auf sie beschränken mußte. Wenigstens hat die von Jaurès herausgegebene „Humanité“ darauf hingewiesen, daß vor Jahren ein viel umfassenderes Kartell geplant war, in das auch die englischen und französischen Rüstungsfabriken einbezogen werden sollten; die Besprechungen führten indessen, namentlich wegen der Reibereien zwischen Krupp und Schneider in Creusot über die serbischen und bulgarischen Rüstungslieferungen nicht zum Abschluß.

Das ist eigentlich zu bedauern. Denn der internationale Waffentrust würde sich doch so schön an den Internationalen Pulvertrust anschließen, der schon längst besteht. Das Genie des kürzlich verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Heidemann-Köln hat den Pulvertrust zustande gebracht und die Sprengmittelwerke der ganzen Welt in geschäftliche Beziehungen zueinander gesetzt. Ein schwieriges, aber auch ein gewinnreiches Unternehmen, das seinen Machern jahraus, jahrein Riesenprofite abwirft. Die Aktien der besten Sprengmittelwerke werden überhaupt gar nicht an den Börsen gehandelt, es gilt vielmehr in der kapitalistischen Welt als ein besonderer Glücksfall, wenn einmal jemand für nicht allzu viel Geld in den Besitz einer „freigewordenen“ Aktie gelangt.

Das Schlimmste von allem, was bisher enthüllt worden ist, ist zweifellos ein schon vor mehreren Jahren veröffentlichter, damals aber leider ziemlich unbeachtet gebliebener Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Aktiengesellschaft, Berlin-Karlsruhe, gerichtet an eine Adresse in Paris. Er lautet:

„Wir drahteten Ihnen soeben: ‚Bitten unseren heutigen Brief in Paris abwarten‘.

Grund dieser Depesche war, daß wir die Aufnahme eines Artikels in einer der gelesensten französischen Zeitungen, möglichst im Figaro, durchsetzen möchten, welcher folgenden Inhalt haben soll:

„Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Neubewaffnung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.“

Wir bitten Sie alles aufzubieten, um die Aufnahme eines derartigen Artikels zu erreichen. Hochachtungsvoll

Deutsche Munitions- und Waffenfabriken.“

Unterzeichnet haben dieses Schreiben die beiden Generaldirektoren der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Königlich preussischer Geheimer Baurat Paul von Gontard und M. Kosegarten. In den Akten der Firma ist es in der Geheimregistratur unter Nr. 8236, 1907 verzeichnet. Die Firma hat behauptet, und der preußische Kriegsminister hat im Reichstag diese Entschuldigung weitergegeben, sie habe den Artikel in eine französische Zeitung zu lancieren versucht, nur um Anhaltspunkte für zu jener Zeit geplante französische Maßnahmen zu gewinnen; der Gedanke, auf die deutsche Heeresverwaltung Einfluß zu gewinnen, habe ihr ferne gelegen. Wie wenig Glauben diesen Behauptungen beigemessen wird, belege ich wiederum durch einige Sätze aus einer Rede des Reichstagsabgeordneten Erzberger in der Sitzung vom 23. April 1913. Da sagte er: „Dieser Brief stammt aus dem Jahre 1907. Im Jahre 1907 war man in den militärischen Kreisen der ganzen Welt noch lange nicht so von der Vorzüglichkeit des Maschinengewehrs durchdrungen wie heute, wo man es als unentbehrliche Waffe hinstellt. 1907 hat man in vielen Kreisen auch des deutschen Heeres die Maschinengewehre noch als Waffen nur gegen Herero und Hottentotten gekennzeichnet; ganz klein, minimal war die Anschaffung von Maschinengewehren auf diesem Gebiete. Frankreich fing dann an, mehr Maschinengewehre auch in den Dienst seines europäischen Heeres zu stellen. Wenn ich mir diese Situation vor Augen halte, dann gewinnt der Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ein ganz anderes Gesicht, als wenn wir ihn aus diesem Zusammenhange herausreißen. Wie oft hat man uns hier im Reichstage gesagt, wenn wir 40 Millionen Mark für Maschinengewehre in den Jahren 1908, 1909 und 1910 — also gleich nach diesem Brief! — ausgegeben haben: wir brauchen diese Maschinengewehre, wir brauchen diese Neubeschaffung — wir haben sie auch bewilligt —, weil Frankreich uns soundso viel auf dem Gebiete der Maschinengewehrbeschaffung voran ist. Dann gewinnt der Brief

der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik ein ganz anderes Interesse und es ist ein ganz anderes Material, als man bisher annehmen konnte.“ (Um der Gerechtigkeit willen sei darauf hingewiesen, daß kurz vor der Drucklegung dieser Zeilen ein Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ erschien, worin die Redaktion mitteilte, die D. W.- u. M.-Fabriken hätten ihr durch Vorlage von Aktenmaterial wahrscheinlich gemacht, daß der 1907 in den „Figaro“ zu lancierende Artikel in der Tat nicht auf die deutsche Militärverwaltung wirken sollte; aber selbst die sehr gutmütige Redaktion der „Frkf. Ztg.“ meint, dadurch werde nur wenig entschuldigt, und ich füge hinzu, daß mir das Veröffentlichte zur Stützung der Behauptung nicht auszureichen scheint.)

Wenn übrigens etwas geeignet wäre, diesen Gipfel gefährlicher und anstößiger Geschäftemacherei zu übergipfeln, so die Nachricht, daß der eine Unterzeichner des Schreibens, Herr von Gontard, zu einer Zeit, als der Brief schon öffentlich bekannt geworden war, zum Mitglied des preußischen Herrenhauses berufen worden ist. Man hat nichts davon vernommen, daß die edlen und erlauchten Mitglieder der preußischen Herrenkammer an der Handlung ihres Kollegen Anstoß genommen hätten. So tief sitzt der Byzantinismus diesen edlen Herren in den Knochen, daß sie, die sonst vor der schärfsten Opposition gegen Regierungsmaßnahmen nicht zurückscheuen, wenn es ihr Vorteil erheischt, offenbar schon beim bloßen Gedanken einer mehr gesellschaftlichen Fronde gegen den König, der Herrn von Gontard berief, in die Knie geknickt sind. Uns fehlt, offen gestanden, das Verständnis für diese Feinheiten aristokratischer Ehrenauffassung.

Seit Jahren lastet der furchtbare Druck beständiger Kriegsgefahr auf den Völkern Europas. Die Hunderttausende und Millionen, die im schwersten Lebenskampf, oft vergeblich, um ein bißchen Daseinsfreude, um einen Strahl der Glückssonne ringen, brechen unter den Lasten beinahe zusammen, die auf ihren Schultern liegen. Mit der Kulturentwicklung geht es bei uns nicht mehr vorwärts. Körperlich zerfällt das Volk in den Elendsquartieren unserer Großstädte und Industriesiedelungen so unvermeidlich, wie es dort sittlich und geistig zurrütet werden muß. Es ist ein herzzerbrechender Anblick, soviel köstliches Menschenmaterial tagtäglich zugrunde gerichtet zu sehen. Wenn das ein unabänderliches Schicksal wäre, schwer zu tragen wäre es auch dann. Aber da man die schmutzigen Finger sieht, die hinter den Kulissen Weltgeschichte agieren, da statt eines unabänderlichen Schicksals ein dreister Schwindel die Drähte zieht, so packt uns ein herzhafter Zorn, und aus tiefer Entrüstung über das Treiben gewissenloser

Menschen löst sich der feste Wille, an der notwendigen Aenderung solcher Zustände nach Kräften mitzuwirken.

Die angebliche und die wahre Höhe der deutschen Rüstungslasten.

Von cand. phil. Adolf Grote.

Von allen Preßorganen sämtlicher die neue Wehrvorlage billigenden deutschen Parteirichtungen wird jetzt natürlich mit besonderem Eifer jene Behauptung wiederholt, mit welcher zumal die Alldeutschen immer ihre Rüstungsmehrforderungen zu begründen gesucht haben: die Behauptung nämlich, die deutsche Volkswirtschaft könne die neue Mehrbelastung an Militärsteuern doch ganz gut ertragen, weil die Rüstungsausgaben Deutschlands, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, kleiner seien als die entsprechend berechneten anderer Großmächte, wie z. B. Frankreichs und Englands.

Daher ist die Erinnerung an den Beweis sehr angebracht, den Dr. Johann Plenge (Prof. a. d. Univ. Leipzig) seinerzeit („Die Finanzen der Großmächte“, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaften 64 [1908]: 713—75) dafür geliefert hat, daß diese Angabe eine offizielle Verfälschung des wahren Sachverhalts ist, um durch Verschleierung der tatsächlichen Höhe der deutschen Rüstungsausgaben die Durchsetzung immer neuer Militärausgaben möglich zu machen.

Denn natürlich ist die Kopffiziffer der deutschen Rüstungsausgaben — von „kleinen“ Fehlern der offiziellen Budgetvergleichung, die z. B. nie darauf aufmerksam macht, daß im deutschen Heeresetat die Ausgabe für die Kolonialtruppen fehlt, während im französischen der Posten für die doch Friedenszwecken dienende Gendarmerie erscheint, sehen wir einmal ab — als solche kleiner als die entsprechende Ziffer für England und Frankreich, allein eine ganz triviale Erwägung zeigt doch sogleich, daß daraus keineswegs die geringere Rüstungsbelastung Deutschlands im Vergleich zu den beiden anderen Ländern zu folgern ist. Denn wenn Staaten, so führt Plenge in Sperrdruck aus, „mit stark verschiedener Bevölkerung in internationaler Großmächtskonkurrenz stehen, muß selbst bei überlegener Rüstung des an Bevölkerung reichsten Staates die Kopffiziffer der Rüstungsausgaben notwendig geringer sein, als bei dem an Zahl geringeren Nachbarn“: so, und nicht anders, liegt das Verhältnis zwischen Deutschland mit seinen 64 Millionen einerseits und Frankreich (39 Mill.) und England (45 Mill.) anderer-

seits. Die geringere Höhe der militärischen Belastungsziffer ist sogar im Gegenteil ein Beweis für die größere Schwere, mit der die Rüstungsausgaben auf Deutschland ruhen: weil nämlich Deutschland seiner höheren Geburtenziffer (30 Geb. jährl. auf 1000 Einw.) entsprechend relativ viel mehr Kinder zu ernähren und zu erziehen hat als Frankreich (19 Geb.) und England (25 Geb.). Alle Erziehungskosten aber sind volkswirtschaftlich zunächst unproduktiv und müssen daher jede steuerliche Belastung, ihrer Höhe entsprechend, doppelt empfinden lassen. Noch drückender aber wird diese Belastung für Deutschland durch den Umstand, daß in ihm, dem erst in den letzten Jahrzehnten reich gewordenen Lande, das Volksvermögen ganz anders verteilt ist als in Frankreich und in England: in diesen beiden Ländern konnte bei ihrem Jahrhunderte alten Handel die Zahl der mittleren Vermögen viel größer werden, d. h. das Nationalvermögen konnte sich viel günstiger verteilen als bei uns, wo sich der größte Teil des in dem plötzlichen wirtschaftlichen Aufschwung nach 1870 gewonnenen Reichtums zu einer verhältnismäßig kleinen Zahl großer und sehr großer Vermögen zusammengeballt hat. Und was außer diesen beiden erschwerenden Umständen des ungünstigen Altersaufbaus und der ungünstigen Vermögensverteilung die Militärlast für die deutsche Volkswirtschaft nun noch schlimmer gestaltet, ist vor allem die ungerechtere Art ihrer Verteilung, welche die Hauptlast derselben in der Form von indirekten, von Verbrauchssteuern, auf die Schultern der minderbesitzenden Klassen wälzt: kamen doch, wie Plenge (S. 724) berechnet, im Jahr 1906: auf jede Mark direkter Steuern indirekte Steuern

in England	1,47 M.,
in Frankreich	2,61 „
in Deutschland	2,94 „!

Zu dieser durch überwiegende Konsumsteuern bewirkten Erschwerung des Daseinskampfes unserer niederen und mittleren Klassen kommt aber noch die durch Schutzzölle auf Getreide hervorgerufene Verteuerung des Brotes hinzu, welche jedes Jahr 800 Millionen aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung in die der adligen Großgrundbesitzer fließen läßt und die natürlich eine noch größere Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zur Folge haben muß. Wieviel schlechter daher die arbeitende Bevölkerung bei uns unter einer solchen brutalen Wirtschaftspolitik gestellt ist als die in Frankreich und England, das lehren die Untersuchungen von Lujo Brentano („Die deutschen Getreidezölle“, 1911), von Paul Mombert („Die Belastung des Arbeiterbudgets durch die Kornzölle“, 1904), von Wilh. Gerloff („Verbrauch und Verbrauchsbelastung kleiner und mittlerer Einkommen in Deutschland“, 1907),

von Karl v. Tyszka („Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen i. d. bedeut. Industriestaaten“, 1912) und anderen eindringlich genug. Schließlich wird natürlich, wenn es sich um einen Vergleich der Rüstungsbudgets Englands und Deutschlands handelt, meist verschwiegen, daß Deutschland einen zahlenmäßig zwar schwer ausdrückbaren, aber nichtsdestoweniger vorhandenen riesigen Posten für Rüstungszwecke mehr ausgibt als England: dieser Posten besteht in der Tatsache der allgemeinen Wehrpflicht. Es ist ein großer Unterschied, ob man, wie in England, aus mehr oder minder zweifelhaften und volkswirtschaftlich wenig wertvollen Individuen ein Söldnerheer bildet, oder ob man, wie bei uns, gerade den wirtschaftlich tüchtigsten jungen Leuten zwei Jahre ihrer Ausbildungszeit und später noch soundso viel Wochen und Monate an Uebungen fortnimmt, was, ganz abgesehen von dem direkten Lohnausfall, eine ständige Störung des ganzen beruflichen Lebens bedeutet. Und zuletzt ist noch zu berücksichtigen, daß Frankreich und England nicht so viele wirtschaftliche Betriebe vom Staat entzogen sind wie uns deren Reingewinn, wie z. B. der der Eisenbahnen, welcher ca. 900 Mill. im Jahre beträgt, sofort wieder für Rüstungsausgaben verloren geht, so daß auch hier ein zahlenmäßig nicht leicht feststellbarer aber darum nicht minder großer Verlust für die deutsche Volkswirtschaft entsteht. —

Also erst unter Berücksichtigung dieser Faktoren der Bevölkerungszahl, des Altersaufbaus, der Vermögensverteilung, der Art der steuerlichen Belastung und des Betriebsentzuges, soweit es sich um England handelt, auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß dieses Land keine allgemeine Wehrpflicht hat: erst unter Berücksichtigung aller dieser Faktoren wird ein Vergleich der europäischen Militärbudgets Anspruch auf wissenschaftliche Richtigkeit erheben können, und wie sehr sich schon dann das Bild zuungunsten Deutschlands verschiebt, haben wir gesehen.

Danach läßt sich nun leicht entscheiden, daß, wenn Deutschland obendrein auch noch die schnellste Steigerung seiner Rüstungsausgaben, verglichen mit der im gleichen Zeitraum vollzogenen Rüstungssteigerung anderer Länder zeigt, an der Tatsache nicht mehr anders als aus völliger Unkenntnis oder in der Absicht lügnerischer Entstellung zu rütteln ist: daß die Last der Rüstungen auf Deutschland schwerer ruht als auf allen anderen Ländern. Und tatsächlich ist das denn auch der Fall: die Rüstungsausgaben vom Jahre 1906 standen nach Plenges genauer Berechnung zu denen von 1875 und zu denen von 1893 in folgendem Verhältnis:

Setzt man die Rüstungsausgaben von 1875 = 100, so waren sie im Jahre 1906 gestiegen auf:

Heer	Flotte	
215,8	555,4	in Deutschland
135,9	243,3	in Frankreich
172,5	311,4	in England

Setzt man die Rüstungsausgaben von 1893 = 100, so waren sie im Jahre 1906 gestiegen auf:

Heer	Flotte	
132,0	329,2	in Deutschland
111,4	127,2	in Frankreich
155,9	237,6	in England.

Wer wagt angesichts dieser Ziffern noch der Folgerung zu widersprechen, die Plenge (S. 714, im Orig. gesp.) aus ihnen zieht:

„Deutschland hat seit 1893 unter den europäischen Großmächten die stärkste Steigerung der Ausgaben für Rüstungszwecke aufzuweisen“! Ist es da so unberechtigt, wenn man Deutschland das klassische Land des Militarismus nennt? Ist da die Erregung in England und Frankreich über das andauernde Weiterrüsten Deutschlands, das sich zu der jetzigen Milliardenvorlage gesteigert hat, so ganz unbegreiflich? Ist es da wirklich Vaterlandsverrat und ehrlose Gesinnung, in diesem wahnwitzigen Rekordrüsten Deutschlands kein Heil für sein Vaterland zu sehen? —

Was der Pazifismus seit Jahrzehnten gepredigt hat, daß die Rüstungsausgaben der großen Kulturländer eine unnatürliche und auf die Dauer unerträgliche Last für ihre kulturelle Weiterentwicklung darstellen, das bestätigt Plenges scharfsinniger Hinweis darauf, daß erst ein Vergleich der Bevölkerungszunahme mit der Rüstungszunahme eines Landes ein völlig zutreffendes Bild der Sachlage ergibt und er schließt diesen Hinweis mit den — wiederum im Original gesperrten — Worten (S. 766):

„Es ist erschreckend, daß in den drei großen Kulturländern [Deutschl., Frankr., Engl.] die Rüstungsausgaben erheblich schneller gewachsen sind als die Bevölkerung und man sieht nicht ohne Ueberraschung, daß in Deutschland, dem Lande der stärksten Bevölkerungszunahme, der gesamte Rüstungsaufwand der wachsenden Bevölkerung verhältnismäßig am meisten vorangeeilt ist.“ Möge daher jeder Reichstagsabgeordnete, der die neue Milliardenvorlage zu bewilligen entschlossen ist, sich überlegen, ob er seinem Vaterlande damit wirklich einen Dienst erweist: ob er damit wirklich dessen kultureller Fortentwicklung und der Erhaltung des Weltfriedens nützt. Die gesamte Wehrvereins- und sonstige gleichgesinnte Presse möge sich doch bemühen, die von Plenge beigebrachten Nachweise und Zahlen zu widerlegen! Es ist dies aber eben nur unter Preisgabe der wissenschaftlichen Wahrheit möglich: die klare Sachlage ist, wie wir nochmals zusammenfassen, die: unter den drei großen Kulturstaaen ist es Deutschland, das im

europäischen Wettüsten seit 1870 stets die erste Stelle eingenommen und dadurch direkt oder indirekt Frankreich und England gezwungen hat, entsprechend mitzurüsten. Es leidet unter seiner Rüstungslast, die schon an sich die absolut größte im Vergleich mit der Englands und Frankreichs ist, doppelt und dreifach schwer, weil es dabei eine große Kinderzahl zu erhalten hat, weil es unter einer ungünstigen Vermögensverteilung und unter dem Entzug vieler Betriebe leidet, die in den beiden anderen Ländern Privateigentum sind, und weil diese seine ganze Rüstungslast obendrein am ungerechtesten durch überwiegend indirekte Besteuerung auf den minderbemittelten Klassen ruht.

Friedens- und Kriegshysterie.

Von Prof. Robert Piloty, Würzburg.

Gedanken über Krieg und Frieden haben mit allen Gedanken über menschliches Tun und Lassen das Gemeinsame, daß sie als Urteile der reinen (theoretischen) oder der praktischen Vernunft erwogen werden können. Diese beiden Sphären des Denkens werden aber gerade in diesem Gebiete nur selten scharf geschieden. Aus der Vermischung aber ergeben sich mitunter psychopathische Erscheinungen, die sich als Friedens- und Kriegshysterie diagnostizieren lassen.

Eine wunderliche Verirrung, der man nicht selten begegnet, ist es, wenn der Friedenshysteriker gegen die gesamte gerüstete Staatenwelt und ihre Führer sich in weitstanzartigen Schimpfsalven entläßt und statt sanfter Töne oder vernünftig-logischer Darlegungen, durch die man Seelen und Geister gewinnen könnte, ein förmliches Kriegsgeschrei für den Frieden erhebt. Er glaubt sich vom Boden der Theorie völlig gelöst, lebt in dem Wahne, den archimedischen Gedankenpunkt gefunden zu haben, von dem aus er mit beleidigenden Stinkbomben um sich schleudert, die Empfindungen der Vaterlandsliebe und Völkerehre auszurotten versucht und ganze Berufsgruppen, Verfassungsformen und Staatseinrichtungen als Satanswerke verketzert. Man muß mit kühlem Blut solche Nervenentladungen auf ihr Substrat untersuchen und findet dann gewöhnlich mehr Aufwand wohlervorbener Dialektik als Gedankenreichtum, eine krasse Rednerlichkeit und eine Kriegslust, die sich zwar theoretisch noch am Ziel des Friedens festnagelt, dabei aber mit Armen und Beinen wie besessen in der Luft herumschlägt, herausfordert ohne Neigung, Satisfaktion zu geben.

Diese pathologische Art von Friedensbewegung glaubt wirklich die Friedens-

erhalterin zu sein, während sie tatsächlich auf der Hetzerseite steht, indem sie ruhig denkende Leute aufregt, kriegsgeneigte Schichten reizt und durch das Gesetz des Widerspruchs in ihrer kriegerischen Richtung vorandrängt.

Es ist nicht nötig, Namen als Beispiele zu nennen und ihnen dadurch zur ersehnten Berühmtheit als Friedenshelden zu verhelfen; wer kein Anfänger in der Federpsychologie ist, der kennt den Typus ohnehin schon, und das genügt.

Die Selbsttäuschung, in der ein solcher Pseudoapostel lebt, wurzelt darin, daß er den Kriegshetzer für seinen grimmigsten Feind hält, während er in der Tat dessen unfreiwilliger Kopist ist. Auch der Kriegshysteriker ist ein Nervenschwächling, der mit dem Kriegführenden nichts gemein hat, dem aber die Vorstellungswelt der Kriegsgreuel eine Art unentbehrlichen Giftgenusses geworden ist. Ihm ist die Welt ohne Krieg eine unerträgliche Idee, er muß ihre öde Leere mit den verderbensprühenden Explosivstoffen seiner subjektiven Phantasie füllen, um sich anfangs nur quartalweise, allmählich aber ständig im Rausch seiner tapferen Selbstbespiegelung in übernatürlichen Dimensionen als der Held aller vergangenen und künftigen Kriege zu fühlen.

Sonderbar! Nur im Worte unterscheiden sich die beiden, ihr Wappenschild und ihre Figur sind die gleichen. Das Ganze ist nicht Tatsache, sondern Nervensache, und es darf nicht wundernehmen, wenn man beide im Gefechte plötzlich die Rollen tauschen sieht, oder wenn gar ein Virtuose der Sensation es fertigbringt, beide Rollen in seiner Person zu vereinigen. Aber sie sind beide nicht so unschuldig, wie sie exaltiert sind. Denn wenn sie auf ihren Postamenten agieren, dann ist es eine Kunst, zwischen ihnen hindurchzukommen, ohne eine Beschmutzung angehängt zu erhalten.

Es wäre aber auch unbillig, ihnen die Schuld an ihrem unnormalen Seelenzustand ausschließlich zuzuschreiben. Wer möchte von sich behaupten können, daß er im Leben nie in dem einen oder anderen dieser beiden Exaltationszustände sich befunden hätte? Zeiten und Umstände reißen mitunter auch die Festesten mit sich fort. Aber es kann nichts schaden, rechtzeitig und stetig in der Abwehr der suggestiven Schwingungen, welche von diesen Polen ausgehen, sich zu üben.

Die Jubilare des 21. Mai.

I.

Der 70. Geburtstag Prof. Renaults.

Von Prof. N. Politis, Paris.

Unter den großen Berühmtheiten unserer Zeit verkörpert Prof. Renault die internationale Idee in ihrem vornehmsten und er-

habensten Sinne. Keiner hat soviel wie er zum Fortschritt des Rechts und zur Förderung der Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern beigetragen.

Seit dreißig Jahren Lehrer des Völkerrechts, hat er Tausende von Schülern aller Nationalitäten herangebildet. Alle Internationalisten, die meisten Diplomaten, die Elite der Verwaltungs-, Militär- und Marine-Beamten in Frankreich, zahlreiche Rechtsgelehrte und Staatsmänner im Auslande, sind stolz darauf, ihn zum Lehrer gehabt zu haben. Es gibt fast kein Land, in das seine wohlthätige Lehre nicht gedrungen ist. Der Beweis dafür wurde durch das unvergeßliche Fest erbracht, das vor sechs Jahren anlässlich seines 25jährigen Jubiläums als Völkerrechtswissenschaftler an der Pariser Universität stattfand.

Seit einem Vierteljahrhundert ist es ihm als Rat des französischen auswärtigen Amtes gelungen, die Diplomatie nach und nach zur Gesetzmäßigkeit zu erziehen. Vor einigen Jahren noch hatten die Staatskanzleien dafür nicht viel übrig. Sie haben es auch heute noch nicht genügend. Aber es ist schon sehr viel, daß sie damit anfangen.

Als Delegierter der meisten internationalen Konferenzen seit Ende des XIX. Jahrhunderts, hat er alle Kräfte seiner Vernunft und seines Wissens daran gesetzt, um die Zahl der internationalen Gesetze zu vermehren und ihre Qualität zu verbessern.

Er hat unzählige Male als Schiedsrichter fungiert und dabei Urteilsprüche gefällt, die den künftigen Rechtsgelehrten und Schiedsrichtern gleichzeitig als Entscheidungen höchster Gerechtigkeit wie als Musterbeispiele dienen können. Er setzte sich auch für die Umgestaltung der Schiedsgerichtsbarkeit ein, die, vor kurzem noch ein einfaches diplomatisches Auskunftsmittel, dahin strebt, eine wirkliche Rechtsinstitution zu werden. Der früheren Ansicht des Schiedsrichters, der sich als der geborene Verteidiger seines Landes ansah, setzte Prof. Renault seine höhere Auffassung des Richters entgegen, der im Namen des Rechtes und der Billigkeit sein Urteil fällt, ohne die Interessen irgendeiner der Parteien zu den seinen zu machen. Seine Unparteilichkeit machte manchmal jene erstaunen, die in der alten Praxis erzogen waren, aber sein gutes Beispiel hat den Beifall der größten Skeptiker gefunden, so daß er schließlich eine Bewegung ins Leben rief, die nach und nach alle zivilisierten Länder ergreift.

Den einmal angeschlagenen Weg fortzusetzen, wurde Professor Renault nicht nur durch seine angeborenen Talente und seinen unermüdeten Fleiß ermöglicht, sondern auch weil er sich der Schwierigkeit seiner Aufgabe genau bewußt war. Seine gesammelten Erfahrungen über Menschen und Dinge überzeugten ihn, daß mehr noch als

jeder andere menschliche Fortschritt, der Weg zum internationalen Fortschritt ein dornenvoller und mühseliger sei. Man benötigt Mut, Geduld und vor allen Dingen viel Klugheit, um ihn bis ans Ende zu gehen.

Daher das kluge Mißtrauen des Gelehrten gegen absolute Doktrinen, die, weil sie sich allzusehr von der Wirklichkeit entfernen, Gefahr laufen, die Ueberzeugung zu erschüttern und dem Geist eine falsche Richtung geben. Daher der große Sinn für Versöhnlichkeit des offiziellen Ratgebers und Vertragsbevollmächtigten, der stets bereit ist, die verschiedensten Meinungen gelten zu lassen, sie ohne Vorurteil zu prüfen, ihnen — nötigenfalls — das notwendige Verständnis entgegenzubringen, um wünschenswerte Uebereinstimmung zu ermöglichen. Daher endlich die Sorge des Richters, der berufen wird, leidenschaftliche Konflikte zu lösen, die Schärfe des Rechts durch die Empfindlichkeit schonende Konzessionen zu mildern, um die Beziehungen harmonischer zu gestalten.

Die Ideologen sind vielleicht versucht, diese Klugheit für Lauheit anzusehen, die den Fortschritt aufhält oder verlangsamt. In Wirklichkeit ist aber diese Klugheit die sicherste Gewähr des Fortschritts in einer aus Nationen verschiedener Rasse, Zivilisation und Gebräuche gebildeten Gesellschaft. Die Dauer eines zu errichtenden Baues hängt vor allem von dem Umfang und der Solidität ihrer Fundamente ab; die an ihrer Legung arbeiten, verdienen daher die Dankbarkeit der Menschheit.

Von diesem Geiste durchdrungen, verurteilt Prof. Renault die gefährlichen Uebertreibungen einzelner Pazifisten: so die voreilige Kodifikation des Völkerrechts, weil die Sitten der Völker ohne eine eingehende Detailarbeit zweckmäßig nicht textlich festgelegt werden könnten; so das integrale und obligatorische Schiedsgericht, weil diese Einrichtung, deren Anwendung durch die Domäne des Rechts selbst geboten erscheint, kein Zweck, sondern ein Mittel ist; so die Abrüstung, weil, so wünschenswert diese Maßnahme auch sei, sie nur die Folge einer auf Recht gegründeten internationalen Organisation sein könnte; so endlich und hauptsächlich den Antipatriotismus, weil durch die Konstruierung eines Widerspruches zwischen der internationalen Idee und der des Vaterlandes, von der ersten alle jene entfernt werden, die am Vaterlande mit ganzer Seele hängen. Da der Internationalismus auf der Achtung vor der Freiheit und der Würde jedes Staates beruht, so ist derjenige unwürdig, sich internationaler Bürger zu nennen, der damit beginnt, seinem eigenen Lande diese Achtung zu versagen.

Viel mehr aber als alle Worte predigt das Beispiel Prof. Renaults selbst diese Wahrheit: indem er Frankreich diente, hat er am besten allen anderen Nationen ge-

dient, und seine Hingebung an dieses Land war immer um so größer, als er wußte, daß im letzten Grunde auch die anderen Völker daran teilhaben würden.

Das ist sicher nicht das geringste seiner Verdienste, die ihm die Verehrung der ganzen Welt einbrachten. Seine Rüstigkeit läßt uns hoffen, daß er noch lange Jahre seine ausgezeichnete Tätigkeit zugunsten der Wissenschaft und der Menschheit wird weiter entfalten können. Dies ist — zu seinem 70. Geburtstag — der herzliche Wunsch aller, die das Höchste darin erblicken, Beziehungen der Gerechtigkeit und des Friedens zwischen den Nationen sich entwickeln zu sehen.

II.

Albert Gobat.

1843 — 21. Mai — 1913

Von Chr. L. Lange,
Generalsekretär der Interparlamentarischen Union
in Brüssel.

Es wird allen, die ihn kennen, unglaublich scheinen, daß Albert Gobat jetzt die „Jahre des Staubes“ erreicht: es ist an ihm so wenig Verstaubtes; er hat so gar nicht das Gepräge des alternden Mannes. Seine rüstige Gestalt, sein kräftig gebauter Körper, der nichts Schwerfälliges an sich hat, sein noch schwarzes Haar, das von der Stirn wie eine Flamme emporstrebt — das alles widerspricht dem Zeugnis seines Geburtstages. Es läßt uns auch hoffen, daß Gobat zu der schon stattlichen Reihe von Friedensfreunden gehören wird, die uns bis an die achtziger und neunziger Jahre erhalten geblieben sind, wie die abgeschiedenen Passy, Hodgson, Pratt, Cremer und Bernaert oder die uns noch erhaltenen Labiche und Houzeau de Lehaie.

Albert Gobat hatte schon eine rege öffentliche Tätigkeit hinter sich, als er im Jahre 1891, 48 Jahre alt, sich der Friedensbewegung anschloß. Als ganz junger Advokat hatte er sich in seiner Heimat, dem bernischen Jura, besonders der Entwicklung des Unterrichtswesens gewidmet. Noch nicht 40 Jahre alt, war er in den Großen Rat des Kantons Bern gewählt worden, und übernahm gleichzeitig auch hier die Leitung des Unterrichtsdepartements. Schwere Kämpfe hatte er hier zu bestehen wider eingewurzelten Konservatismus und faule Trägheit. Aber der Widerstand steigerte nur seine rücksichtslose Energie und er konnte, als er nach fünfundzwanzig Jahren die Leitung des Unterrichtswesens niederlegte, stolz auf die Ergebnisse seines Wirkens sein. Die Berner Universität hat während dieser Jahre ihren hohen wissenschaftlichen Ruf, namentlich auf dem medizinischen Gebiete, erworben, und die Primärschule hat namhafte Fortschritte gemacht, besonders

durch die große Reform von 1894, die Gobats persönliches Werk war. Mittlerweile war er auch in den Dienst des öffentlichen Lebens der Schweizer Konföderation getreten: als Nationalrat hat er im Jahre 1891 der dritten interparlamentarischen Konferenz in Rom beigewohnt.

Gobat trat in die Bewegung ein, als die Friedensfreunde darangingen, sich international zu organisieren. Es war ganz natürlich, daß sie dann mit Begeisterung und Dankbarkeit seine bewährte organisatorische und administrative Begabung in Anspruch nahm, und er hat sich auch unbegrenzt zu ihrer Verfügung gestellt. Er war schon 1891 als Mitglied des ständiger Komitees des Friedensbureaus Elie Ducommun bei Seite getreten und blieb in dieser Stellung bis 1899. Im Jahre 1892 hat die 4. Interparlamentarische Konferenz, die zu Bern unter dem Präsidium Gobats tagte, beschlossen, der Interparlamentarischen Union eine festere Organisation zu geben. Gobat unternahm die Aufgabe, diese Organisation zu schaffen und zu leiten, und siebzehn Jahre hindurch hat er hier als Ehrensekretär außerordentliches geleistet, an Arbeit, an Initiative, an Kampf. Das Nobelkomitee hat ihm 1902, als einem der vier ersten, den Friedenspreis zuerkannt.

Wir können hier nicht im einzelnen der Wirksamkeit Gobats im interparlamentarischen Amt, in den jährlichen Konferenzen, als Leiter der Monatsschrift „La Conférence interparlementaire“ nachgehen. Das hieße die Geschichte der Union selbst während dieser Jahre schreiben.

Beim Tode Elie Ducommun, 1906, übernahm Gobat auch die Leitung des Friedensbureaus, und als 1912 das Bureau sich mit Hilfe der Carnegie-Stiftung reorganisierte, trat er als Direktor des Instituts an dessen Spitze und widmet ihm jetzt seine ganze Arbeitskraft. Von hier aus führt er seinen freudigen Kampf weiter für die Ideen, die ihm Herzenssache sind.

Gobat ist eben sein ganzes Leben ein Kämpfer gewesen. Der Kampf ist sein Element; der Widerstand ist ihm eine Notwendigkeit und ein Bedürfnis; man könnte versucht sein zu sagen, daß, wenn der Widerstand nicht da wäre, so würde er ihn schaffen, um desto frischer kämpfen zu können, mit der rücksichtslosen und rücksichtsfreien Energie, die seiner ganzen Persönlichkeit ihr ganzes Gepräge verleiht. Er leistet glücklicherweise ein kräftiges Dementi der albernen Lehre, daß pazifistische Anschauung die Freude des Kämpfens ausschließt.

Alle Friedensfreunde werden Albert Gobat zum siebzigsten Jahre ihren Dank und ihre Grüße darbringen, in dem Wunsche, daß er noch lange Jahre seine Tätigkeit fortsetzen möge.

III.

Dr. Heinrich Lammasch.

Zu seinem 60. Geburtstage.

Von E. Frhr. v. Plener.

Der Name Heinrich Lammasch's ist heute in der ganzen internationalen Welt anerkannt und hochgeachtet. Er hat als Schiedsrichter im Haag in schwierigen und wichtigen Fällen die Entscheidung zur Zufriedenheit beider Streitteile gefällt und damit die Autorität des neuen Schiedsgerichtshofs vor der ganzen Welt gehoben. Namentlich in dem letzten unter seinem Vorsitz abgehaltenen Schiedsverfahren über die seit fast zwei Jahrhunderten zwischen England und den Vereinigten Staaten schwebende Kontroverse der Neufundlandfischerei hat er einen Scharfsinn und eine so gründliche Beherrschung des höchst verwickelten und umfangreichen Materials entwickelt, die ihm unter den internationalen Juristen einen ersten Rang zuweisen. Er ist seiner Anlage und seiner Denkweise nach der richtige Schiedsrichter. Nach einer von vielen geteilten Auffassung ist der Schiedsrichter namentlich in internationalen Dingen kein Richter im eigentlichen Sinne des Wortes. Das Schiedsgericht wird zusammengesetzt durch die freie Wahl der Streitteile, welche mit Recht auch nationale Schiedsrichter im Kollegium haben wollen, und der Schiedsspruch ist kein Urteil im formalistischen Sinne des Zivilprozesses, es muß mit einer gewissen aequitas gefällt werden, es handelt sich nicht bloß um die formelle Unterwerfung des Falles unter einen Rechtssatz, das Schiedsverfahren soll eine ausgleichende Gerechtigkeit schaffen. Das ist's, was die anrufenden Teile wollen, und das ist es, was nach unseren heutigen Auffassungen den souveränen Staaten die Anrufung von Schiedsgerichten ermöglicht, während die Unterwerfung des souveränen Staats unter einen berufsrichterlich zusammengesetzten Gerichtshof noch lange große Schwierigkeiten bieten wird. Und jene ausgleichende Funktion des Schiedsrichters verstand Lammasch in der richtigen Weise auszuüben, hier kann das oft mißbrauchte Wort vom „guten Richter“ angewendet werden, eine billige Entscheidung, die einen versöhnenden Abschluß bringt, und in wichtigen Fällen, wenn auch formell nicht zugestanden, tatsächlich einen politischen Charakter an sich trägt.

Aber nicht bloß als Vorsitzender des Schiedsgerichtshofes hat sich Lammasch um die Sache der schiedsgerichtlichen Austragung internationaler Streitfragen große Verdienste erworben, als einer der Delegierten unserer Monarchie auf beiden Haager Konferenzen hat er dem Gedanken obligatorischer Schiedsgerichte für bestimmte Fälle seine besten Argumente geliefert, wenn ihm auch

durch die Instruktionen seiner Regierung die Hände etwas gebunden waren.

Als Mitglied des Institut de droit international entwickelte Lammasch eine eifrige Tätigkeit, und noch in dessen letzter Jahresversammlung ist er der amerikanischen Tendenz nach Einsetzung eines ständigen kleinen internationalen Tribunals für geringere juristische Fälle entgegengekommen, hat aber dabei nachdrücklich die Tätigkeit des großen Schiedsgerichtshofs für politische und wichtigere Fälle gewahrt.

In der allerjüngsten Zeit hat er die völkerrechtliche Literatur durch ein in den Veröffentlichungen des Nobel-Instituts erschienenes größeres Werk über „Die Rechtskraft internationaler Schiedsprüche“*) bereichert. Er gibt darin an der Hand der bisherigen Schiedsgerichtspraxis eine ausgezeichnete Darstellung über die Art der Fälle, welche sich für schiedsrichterliche Austragung eignen, macht mit der ihm eigenen weisen Vorsicht Vorbehalte gegen die Zulässigkeit von Klagen von Privatpersonen gegen einen Staat, weil er überhaupt von dem internationalen Hof nur die Streitigkeiten zwischen Staat und Staat als derzeit möglich entscheiden lassen will. Eingehend behandelt er das Verhältnis internationaler Schiedsprüche zu den Erkenntnissen der nationalen Gerichte und kommt zu dem Schluß, daß der Spruch eines „isolierten“ (d. i. eines nur ad hoc eingesetzten) Schiedsgerichts, im Falle als er gegen das Erkenntnis des nationalen Gerichts ausfällt, den unterliegenden Staat zur Schadloshaltung verpflichte, daß derselbe ferner keine für die Zukunft bindende präjudizielle Kraft für die nationalen Gerichte habe, wohl aber könne sich für die betreffende Regierung die Pflicht ergeben, eine Gesetzesänderung im Sinne des Schiedsspruchs durchzuführen. Hat ein „institutionelles“ (d. i. ein auf Grund eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages berufenes) Schiedsgericht für eine Vertragsnorm eine bestimmte Auslegung festgestellt, so ist der Schiedsspruch für beide Teile gültig. Für die Durchführung internationaler Schiedssprüche will Lammasch keine gewaltsamen Exekutionsmittel, er vertraut auf die fortschreitende Zivilisation und den guten Glauben der Kulturstaaten, um die Vollstreckung in loyaler Weise zu sichern.

Wir Oesterreicher verehren in Lammasch den ausgezeichneten Rechtslehrer, der eine Zierde unserer ersten Universität ist. An der Verfassung des neuen Strafgesetzentwurfs hat er hervorragenden, maßgebenden Anteil genommen, und sein darüber im Namen der juristischen Kommission des Herrenhauses erstatteter Bericht ist ein Meisterwerk klarer Darstellung, die von dem Geist echter Humanität getragen wird. Wir alle wünschen dem hochverehrten Manne noch eine lange

Kristina 1913.

Reihe von Jahren der Kraft und Leistungsfähigkeit, die er sicher mit bedeutendster Tätigkeit ausfüllen wird, zur Ehre seines Namens und zur dankbaren Anerkennung seines Vaterlandes.

„Deutschland in Waffen.“

Von C. L. Siemering, Königsberg i. Pr.

Ein junger Mann hat ein Buch veröffentlicht, zu dem er zwei Artikel beisteuerte; der Rest stammt von Schlachtenmalern bzw. aktiven Offizieren zu Lande und zur See. Das Buch ist „Seiner Majestät dem Kaiser und König ehrfurchtsvoll gewidmet“ — demselben Kaiser, der den Ausspruch getan hat: „Ich wünschte, der europäische Friede läge in meiner Hand; ich wollte schon dafür sorgen, daß er nicht gestört würde.“

In seinem „Wort zum Geleit“ schreibt der junge Mann: „... Nur so, auf das gute Schwert gestützt, können wir den Platz an der Sonne erhalten, der uns zusteht, aber nicht freiwillig eingeräumt wird“. Der Kaiser dagegen sagte im Jahre 1895, als er etwa im Alter des jungen Mannes stand, bei Eröffnung des Nordostseekanals, „... Die gepanzerte Macht, die versammelt ist im Kieler Hafen, soll zu gleicher Zeit ein Sinnbild des Friedens sein, des Zusammenwirkens aller europäischen Kulturvölker zur Hochhaltung der europäischen Kulturmission.“ Außerdem: der junge Mann verwechselt wieder einmal „Krieg“ und „Sieg“; er vergißt, daß für den Besiegten oder im Rüstungswettkampf Unterliegenden die erträumten Vorteile sich ins bittere Gegenteil verkehren müssen.

Weiter lesen wir: „Diesen kriegerischen, treuen und stolzen Sinn müssen wir pflegen und unseren Nachkommen als heiliges Erbe überliefern.“ Dagegen hören wir in der Bremer Rede des Kaisers vom 22. März 1905 folgendes.

„Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst von einem deutschen Weltreich... reden sollte, es nicht auf Eroberungen begründet sein sollte durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen.“

Das „internationale Weltbürgertum“).

*) Es sei hier auch an jene Worte erinnert, die der Kaiser am 21. Juni 1904 in Cuxhaven sprach: „Jedem objektiven Beobachter der Vorgänge auf unserem Erdenkreise muß sich die eine Beobachtung aufdrängen, daß allmählich die Solidarität unter den Völkern der Kulturländer unstrittig Fortschritte macht auf verschiedenen Gebieten. Und diese Gebiete erweitern sich.“

meint der junge Mann, sei „undeutsch“. Nun, es gab eine Zeit, da der deutsche Gedanke als unpreußisch galt, so daß seine Vertreter — wie Jahn und Reuter — in Festungskasematten schmachten mußten. Und was das „Friedenswiegenlied der Utopisten“ anlangt, so galt auch einmal die Abschaffung der Inquisition, der Leibeigenschaft, Tortur, Hexenverbrennung, des Harakiri oder der indischen Witwenverbrennung als utopisch und gotteslästerlich. — Gleichwie heute Sachsen und Bayern nicht in „trägen Schlaf“ versunken sind, seit sie Mitglieder des Deutschen Reiches wurden; wie dieses reichlich wach geblieben ist, obwohl es dem Dreibund beitrug und zeitweise — beim Boxeraufstand in China oder in den Balkanwirren — mit allen Kulturstaaten gemeinsam operiert, so besteht in Wahrheit auch nicht der leiseste Grund zu der Befürchtung, daß es irgendwie sich selbst verlieren würde, wenn es, im wohlverstandenen eigensten Interesse, sich dauernd einem Staatenbunde von fünf oder sechs Großmächten angliedern wollte — ein Weg, der durch die beiden Haager Konferenzen bereits in sehr ausgedehnter Weise beschritten worden ist.

„Dem hitzigen Gelderwerb“, meint der junge Mann, „wird in diesen schlimmen Friedenszeiten „alles geopfert“.“ Er scheint nichts von der seit Jahren bestehenden Teuerung zu wissen, die mehrfache — allerdings recht anzulängliche — Besoldungserhöhungen nötig machte; er kennt wohl auch kaum die von Novicow vor etwa zehn Jahren mitgeteilte Statistik, wonach 40% des deutschen Volkes ein Durchschnittseinkommen von 276 Mark jährlich haben, und daß unter den fortgeschrittensten Gesellschaftsgruppen Westeuropas von 1000 Personen 900 im Elend, 90 in halbwegs geordneten Verhältnissen und nur 10 im Reichtum leben. Wie kommt man also zu der Behauptung, daß der Luxus die Nationen verdorben hat, wenn die im Luxus lebenden Personen stets nur eine völlig unerhebliche Minderheit bildeten? Eine wahrhaft teuflische Ironie liegt in der Ansicht, daß die in Not und Elend Lebenden von Zeit zu Zeit sich massakrieren müssen, um durch den Luxus, den sie niemals besessen haben, nicht verweicht zu werden.

Den Schlüssel zu all' diesen Tiraden und Fanfaren bietet uns der zweite Beitrag: „Regiment der Gardes du Corps, Standarten-Diese Solidarität geht unmerklich, aber unwiderstehlich in das Programm der Staatslenker über, wie in die Gedanken der sich selbst regierenden freien Bürger. Diese Solidarität wird genährt in verschiedener Weise, sei es in ernster politischer Beratung, sei es auf Kongressen, sei es in Wettkampf und Spiel, Dieser Solidarität verdankt es der Kaufmann, der Industrielle, der Ackerer, wenn er in ruhiger Arbeit sich fortschreitend entwickeln kann.“ Red. d. Fr.-W.

eskadron“. Dort heißt es am Schlusse, nach Schilderung einer Reiterattacke im Manöver: „Und doch noch eines erscheint dem echten Reitersmann schöner: wenn alles dies dasselbe ist, aber am Ende des schnellen Laufes und der Feind entgegenreitet, und der Kampf, für den wir geübt und erzogen sind, einsetzt; der Kampf auf Leben und Tod.“

Abgesehen davon, daß hier die alte Anschauungsweise von dem jeweiligen Nachbarvolke, mit dem wir die Handelsgüter austauschen, als einem „Feinde“ nachwirkt — wofür man in den Reden unseres Kaisers kaum ein Analogon finden dürfte — hier zeigt sich der Militarismus als Selbstzweck in seiner unverblühten Schöne. Wir sind „dafür geübt und erzogen“, also hegen wir natürlicherweise den Wunsch, das Vaterland nicht etwa nur im Falle eines Angriffs zu verteidigen, sondern, daß dieser Ernstfall, der uns Lebensbetätigung bedeutet, recht bald eintreten und, falls er zu lange ausbleiben droht, künstlich herbeigeführt werden möge, damit der „Reitergeist“ endlich Befriedigung und Daseinszweck erhalte . . .

Auch aus den Artikeln der hohen Militärs und aus den Bilder-Reproduktionen des äußerlich prächtigen Buches tönt es von Säbelgerassel, Torpedoexplosion, Fahnenrauschen, Maschinengewehrfeuer und „Treue bis in den Tod“. Der Pariser „Excelsior“ aber schreibt sorgenvoll: „Noch hat er (der Autor) nichts von der Friedensliebe gezeigt, der sein Vater so aufrichtig ergeben ist.“ Denn es handelt sich um jenen jungen Mann, der nach menschlicher Voraussicht einmal Deutscher Kaiser sein wird. Und dieser Umstand wird in der Tat auch jeden Deutschen nachdenklich stimmen.

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Am 10. April fand in New York City die 7. jährliche Versammlung der „Intercollegiate Civic League“ statt. Zweihundert Vertreter verschiedener Universitäten des Landes waren anwesend. Bei Begrüßung der Versammlung sagte Prof. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, unter anderem:

„Ich betrachte die jetzige leichtsinnige Auffassung führender Männer in bezug auf Vertragsverpflichtungen als eine sehr wichtige und beunruhigende Frage.

Wir müssen uns selbst zu einem Volke erziehen, das seine äußeren Verpflichtungen in ganz derselben Weise erfüllt, wie ein Mann von Charakter seine persönlichen Verbindlichkeiten seinen Mitmenschen gegenüber. Wir müssen mit jeder Schönfärberei unserer gebrochenen internationalen Versprechen aufhören. Sophistische Argumente, wirtschaftlicher Profit oder politischer Gewinn dürfen niemals einem Land mehr erlauben als sie

einem ehrlich denkenden Menschen in Erfüllung seiner Versprechen gegen andere gestatten würden.

Ein anderes großes internationales Problem ist die Frage, wie wir die ungeheuerlichen Ausgaben aller Nationen für Kriegszwecke hemmen können. Tatsächlich gibt jedes Land in Europa mehr dafür aus, als es selbst tragen kann. Welcher Wahnsinn darin liegt, wurde am besten vom Lord der Admiralität in England, Winston Churchill, der mehr als jeder andere unserer Zeit von Kriegsausgaben weiß, in einer Parlamentsrede bewiesen. Er sagte, daß Großbritannien durch seine Flotenausgaben die lächerliche Stellung eines Geschäftsinstitutes einnehme, das jährlich Hunderte von Millionen für eine gewisse Art von Gütern ausgibt und andere Millionen für die Erfindung solcher Güter, die eben jene zerstört oder nutzlos macht. Er fragt uns, wie lange diese Politik von einem vernünftigen Mann verteidigt werden kann; und die Antwort darauf ist, daß sie nicht für einen einzigen Augenblick einen Verteidiger finden könne.“

Bei einem am 11. April abgehaltenen Diner der „Navy League“, das in der Absicht stattfand, zur Anschaffung einer größeren Flotte zu ermutigen, gab der anwesende Staatssekretär Bryan im eigenen Namen folgende Erklärung ab: „Während Sie eine Erhöhung der Kriegsschiffe wollen, werde ich die kommenden vier Jahre nur dafür arbeiten, daß Kriegsschiffe nicht notwendig werden.“

Amerikanische Zeitungen haben sich mit den von Dr. Liebknecht erhobenen Anschuldigungen gegen die europäischen Waffen- und Munitionsfabriken in hervorragender Weise beschäftigt. Die „New York Evening Post“ vom 24. April veröffentlicht ein Interview mit dem Sekretär der New Yorker Friedensgesellschaft, Prof. Samuel T. Dutton, der der Meinung Ausdruck gab, daß eine Nachforschung bei uns zeigen würde, wie sehr alle Einflüsse, die für die Entwicklung einer großen Armee und einer mächtigen Flotte wirken, größtenteils künstlich sind, und daß letzten Endes die Munitionsfabriken für die häufigen Kriegsalarne zwischen diesem Land und andern Ländern verantwortlich zu machen sind.

Während der letzten Woche herrschte im westlichen Teil unseres Landes und in Japan große Aufregung wegen des beabsichtigten Fremdengesetzes der gesetzgebenden Körperschaft von Kalifornien. Das Gesetz schlägt vor, einem Fremden das Recht auf Grundbesitz für länger als ein Jahr zu verweigern, sofern er nicht die Absicht bekundet hat, ein Bürger der Vereinigten Staaten zu werden. Weil die Frage der Erlangung des Bürgerrechts durch Japaner in den Vereinigten Staaten durch den Obersten Gerichtshof noch

nicht erledigt wurde, hält das amerikanische Volk im allgemeinen die Japaner für nicht wahlfähig. Es wird in Kalifornien zugegeben, daß das Anti-Fremdengesetz gegen die Japaner gerichtet ist. In Anbetracht dessen, daß die Vereinigten Staaten einen Vertrag mit Japan geschlossen haben, der diesem Land verschiedene Privilegien bewilligt, die durch dieses Fremdengesetz gegenstandslos werden, hat die Situation zwei empfindliche Punkte gezeitigt. Erstens, die Frage des Rechtes der Staaten und zweitens die Vertragsbeziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Die Staatenrechtsfrage ist durch das Gesetz geklärt. Die Konstitution der Vereinigten Staaten verfügt, daß internationale Verträge als oberstes Gesetz des Landes zu gelten haben, und daher jedem Staatengesetz vorgehen. In verschiedenen Entscheidungen hat der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten dieses Prinzip aufgestellt. Wenn Kalifornien ein Gesetz annimmt, welches im Gegensatz zu irgendeinem Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und einer anderen Nation steht, muß dieses Gesetz vom Obersten Gerichtshof für null und nichtig erkannt werden. Trotzdem herrscht große Erregung über diese Frage und unglücklicherweise auch ein schlechtes Verhältnis zwischen einer gewissen kleinen Anzahl von Bewohnern der Pacific-Küste und einer entsprechend kleinen Anzahl von Bürgern Japans. Die letzteren scheinen Vorteil aus der Situation zu ziehen, indem sie der Regierung von Tokio Schwierigkeiten bereiten. Es ist aber ebenso möglich, daß die Agitatoren des Fremdengesetzes in Kalifornien die Absicht haben, der neuen Verwaltung in Washington Verlegenheiten zu bereiten. Die Progressiv-Partei, unter dem Namen „Bull Moose Party“ bekannt, kontrolliert die kalifornische Gesetzgebung. So wird erzählt, daß der ehemalige Präsident Roosevelt dem Gouverneur von Kalifornien, Hiram Johnson, telegraphisch seinen Rat gesandt habe.

Bei Beginn dieser Agitation schien Präsident Wilson abgeneigt, in dieser Sache bei der kalifornischen Staats-Gesetzgebung zu vermitteln. Als sich aber zeigte, daß die Gelegenheit in Japan sehr ernst aufgefaßt wurde, und daß internationale Komplikationen eintreten könnten, versuchte Präsident Wilson durch Mitteilungen, die er an den Gouverneur Johnson von Kalifornien sandte, seinen moralischen Einfluß zu einer Milderung der vorgeschlagenen Maßregeln geltend zu machen. Bis jetzt scheint dieser moralische Einfluß wenig Erfolg gehabt zu haben. Präsident Wilson hat aber vom Gouverneur Johnson die Versicherung erhalten, daß kein endgültiger Beschluß in dieser Sache gefaßt werden würde, bis Staatssekretär Bryan Kalifornien besucht und seine Ansichten über das Fremdengesetz ausgedrückt hätte. Der Staatssekretär befindet sich nun auf dem Wege nach Kalifornien.

Die Zukunft der Haager Friedenskonferenzen.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

(Schluß.)

7. Endlich — und damit will ich die Vorschlagsliste schließen — wäre sehr zu erwägen, ob nicht die Regierungen fortan die nationalen Gesellschaften, die für den Frieden eintreten, z. B. eine so hervorragende Vereinigung wie den „Verband für internationale Verständigung“, in reichem Maße unterstützen wollen. Da eine große Anzahl Regierungen bereits heute der interparlamentarischen Union jährlich einen Betrag überweisen läßt, so ist dieser Gedanke nicht so weltfremd, wie er auf den ersten Blick erscheinen könnte. Fallen denn nicht die Ziele der Friedensbewegung und der gesunden Friedenspolitik der Regierungen völlig zusammen? Gewiß muß man zugeben, daß bei einzelnen Gesellschaften noch utopistische Forderungen auftreten; aber gerade dadurch, daß die Regierungen mit den Friedensgesellschaften Hand in Hand arbeiten, wird es am leichtesten möglich sein, von den Friedensgesellschaften eine wirklich maßvolle Unterstützung bei der Aufklärung der öffentlichen Meinung zu erhalten.

Wenn auch einzelne der zuletzt genannten Vorschläge auf rein nationaler Grundlage verwirklicht werden können, so scheint es nichtsdestoweniger gut, gemeinsam diese Fragen zu überlegen.

Wir sahen also, daß von den genannten Vorschlägen noch kein einziger von den Haager Friedenskonferenzen energisch angefaßt worden ist. Die Konferenzen haben sich auf die Schiedsgerichts- und Rüstungsfrage beschränkt, ohne einmal von Grund aus zu überlegen, wie in planvoller, allmählicher Arbeit eine Besserung der internationalen Verhältnisse herbeigeführt werden kann.

Nun ist ja allerdings das Verhalten der Haager Konferenzen sehr wohl dadurch zu verstehen, daß auf dem Programme der ersten Haager Konferenz lediglich die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsfrage stand. Man hat eben später nicht versucht, eine systematische Friedenspolitik zu betreiben.

Da erhebt sich denn die Frage, ob wenigstens auf dem Gebiete der Rüstungsfrage und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit die Haager Konferenzen systematisch und planvoll vorgegangen sind, oder ob die Verhandlungen und Beschlüsse in dieser Hinsicht zu scharfer Kritik Anlaß geben.

Betrachten wir zunächst einmal die Behandlung der Rüstungsfrage auf der ersten Haager Friedenskonferenz, so war diese einer günstigen Lösung der Frage so unvorteilhaft wie eben möglich. Was nämlich den Vorschlag betreffend einen Stillstand der Friedenspräsenzstärke der Land-

armee auf fünf Jahre anlangt, so war hier der allerschwierigste und ungeeignetste Weg beschritten worden, um die Frage einer Lösung zuzuführen. Als ich kürzlich einmal die verschiedenen Vorschläge zusammenstellte, die bisher in der Weltliteratur zur Rüstungsfrage gemacht worden sind, habe ich nicht weniger als 35 gefunden. Höchstwahrscheinlich sind aber noch mehr Wege gezeigt worden; denn ich habe nur einen kleinen Teil der Literatur durchgesehen. Der russische Antrag auf der ersten Haager Friedenskonferenz war nun von diesen 35 Möglichkeiten der am wenigsten empfehlenswerte, und es war unter diesen Umständen ganz natürlich, daß die Haager Friedenskonferenz zu keinem Resultate gelangte. Das war in diesem Falle ein besonderes Unglück. Denn die Welt wurde dadurch in den schweren Irrtum versetzt, als sei die Rüstungsfrage unlösbar. Warum wurde gleich zu Anfang so Schwieriges unternommen? Waren nicht zahlreiche Vorschläge gemacht worden, die viel eher zu einem Ziele hätten führen können?

Was die Frage der Festsetzung des Flottenbudgets auf die Dauer von drei Jahren anlangt, so trat hier klar zutage, daß man seine Beschlüsse voreilig faßte. Was soll man denn dazu sagen, daß die erste Haager Friedenskonferenz den russischen Antrag über das Flottenbudget mit Gründen ablehnte, die auf der zweiten Haager Friedenskonferenz von Männern wie Renault, Lammach und Scott für unhaltbar erklärt und heute von der gesamten Wissenschaft als falsch erwiesen worden sind? Vergegenwärtigen wir uns doch einmal diese Tatsache! Nach Eröffnung der Diskussion über den zuletzt erwähnten Antrag äußerten 1899 die Vertreter von England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Portugal Bedenken, und erklärten, die große Schwierigkeit liege hier beim Parlamente und in seiner gesetzlichen Zuständigkeit auf dem Budgetgebiete; es gehe nicht an, daß sich die Regierungen bezüglich der Budgeterhöhungen bänden, wenn das Parlament darüber noch zu sprechen habe. Freilich waren damals schon hervorragende Männer wie van Karnebeek und v. Bille der Meinung, daß die Ansicht der Mehrheit unzutreffend sei. Trotzdem wurde der Antrag aus konstitutionellen Gründen abgelehnt und den Regierungen lediglich ein neues Studium der Frage empfohlen. Nun vergleiche man hiermit die Verhandlungen über die konstitutionellen Schwierigkeiten bei der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit auf der zweiten Haager Friedenskonferenz. Gerade die Vertreter Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Portugals wiesen damals die konstitutionellen Bedenken als irrtümlich zurück. Später hat der deutsche Delegierte Zorn in seiner Schrift „Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit“ (1911, S. 27) mit aller Deutlichkeit erklärt: „Wenn ein

Staat internationale Rechtspflichten vertragsmäßig übernimmt, so sind dadurch alle Organe des Staates in gleicher Weise gebunden, auch die Parlamente. Das ist die einfache logische Konsequenz aus dem Begriff des internationalen Rechts.“

Waren also die Gründe, mit denen der Vorschlag über die Festsetzung des Flottenbudgets auf der ersten Haager Friedenskonferenz abgelehnt wurde, durchaus unrichtig, so waren die Verhandlungen über die Beschränkung bzw. den Stillstand der Kriegsmittel ebenso verwirrt. Ich betone nur, mit wie unzureichenden Gründen der Vorschlag über die Verpflichtung der Staaten, keine Selbstladegewehre in einer bestimmten Zeit einzuführen, abgelehnt worden ist. Eine eigentliche Diskussion fand überhaupt nicht statt. Das ist um so bedauernswerter, als dieser Antrag ganz zweifellos praktisch durchführbar war und die Militärs, statt die Frage vom internationalen Gesichtspunkte aufzufassen, lediglich den engen nationalen Standpunkt ausschlaggebend sein ließen. Das war namentlich bei dem sonst tüchtigen deutschen Obersten Groß v. Schwarzhoff der Fall, einer sehr sympathischen Soldatengestalt, der aber im letzten Grunde nur zu einer völligen Verwirrung der Fragen beigetragen hat. Was nämlich insbesondere die Frage der Selbstladegewehre betrifft, so sind diese bis zum heutigen Tage von keiner Regierung eingeführt worden, obwohl in fast allen Kriegsministerien bereits sehr brauchbare Modelle hierfür vorhanden sind. Wenn also auch ein förmliches Abkommen über die Nichteinführung der Selbstladegewehre nicht besteht, so erfolgt doch praktisch von keiner Regierung die Anschaffung eines solchen wegen der zu gewaltigen Kosten. Man lese, was der preußische General der Artillerie v. Deines am 16. März im „Tag“ (Berlin) hierüber schreibt: „Alles spricht dafür, daß Frankreich eines Tages mit einem automatisch arbeitenden Gewehr hervortreten wird. Daß auch alle übrigen Staaten sich ein neues Gewehrmodell gesichert haben, um nicht überrascht zu werden, ist anzunehmen. Indessen: wer zuerst mit der neuen Waffe auf dem Plane erscheint, fürchtet, daß die anderen von ihm lernen und ihn wieder überholen. Jeder scheut die enormen Kosten, die die Neubewaffnung eines Millionenheeres hervorrufen muß. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es also vorläufig bei den bisherigen Gewehrsystemen bleiben, und damit können wir ganz zufrieden sein.“ Wäre also wirklich durch das Verbot der Einführung eines Selbstladegewehres die nationale Verteidigung in unzulässiger Weise beschränkt worden? Ganz gewiß nicht! Im Gegenteil wäre durch ein förmliches Abkommen lediglich verboten worden, was zu tun bisher kein Staat übernommen hat, und zwar obwohl fast 14 Jahre seit der ersten Friedenskonferenz vergangen

sind. Ferner aber wäre dadurch eine Atmosphäre des Vertrauens an Stelle der heutigen Nervosität geschaffen worden.

Ebenso ist die erste Haager Friedenskonferenz auf dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nicht in klarer Weise vorgegangen. Sie schuf einen ständigen Schiedsgerichtshof und setzte in Artikel 15 des Haager „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten“ fest, daß die Streitigkeiten „sur la base du respect du droit“ entschieden werden sollten. Diese Worte sollten, wie Beernaert (Protokolle II, S. 332) auf der zweiten Haager Friedenskonferenz erklärte, in Gegensatz zu der vermittelnden Entscheidung nach Billigkeit stehen. Man schuf also auf der ersten Haager Konferenz ein Zwitterding, das weder ein Gerichtshof noch ein Schiedsgerichtshof ist. Die internationale Gerichtsbarkeit verlangt ein fest organisiertes Gericht, das den Streit nach strengem Rechte entscheidet. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit erfordert von den Parteien von Fall zu Fall frei gewählte Schiedsrichter, die den Prozeß nach Billigkeit entscheiden. (Vgl. mein kürzlich erschienenenes Buch „Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes“, 1912, in dem ich die Unterschiede zwischen internationaler Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit sowie die zahlreichen Zwischenstufen darzustellen versucht habe.) Nun paßt aber der Haager Schiedsgerichtshof nicht in den Rahmen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, weil die Parteien bei der Wahl der Schiedsrichter nicht völlig frei, sondern an die auf der Liste des Haager Hofes stehenden Personen gebunden sind, ferner, weil der Schiedsgerichtshof nach strengem Rechte anstatt nach Billigkeit entscheiden soll. Andererseits ist der Schiedsgerichtshof im Haag auch kein wirklicher Gerichtshof, weil seine Zusammensetzung in gewissen Grenzen von dem Willen der jeweiligen Parteien abhängig ist. Der Haager Schiedsgerichtshof war also in keiner Weise logisch aufgebaut und hatte nur insofern eine Bedeutung, als er den Uebergang von der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zur internationalen Gerichtsbarkeit erleichterte. In dieser Hinsicht war freilich die Errichtung des Haager Schiedshofes, wenn sie auch vom dogmatischen Standpunkte aus strenge Kritik verdient, von geradezu welthistorischer Bedeutung. Aber man mußte sich dabei vollkommen klar bleiben, daß der Haager Schiedshof durchaus nicht für immer das Ideal eines Weltgerichtshofes bleiben, sondern nur eine Uebergangsstufe darstellen konnte. Nun befand sich aber die Mehrzahl der Mitglieder der ersten Haager Friedenskonferenz durchaus im Unklaren über die wahre Natur ihrer größten Schöpfung. Dadurch ist eine große Verwirrung entstanden, und die große Rede Beernaerts gegen den amerikanischen

„Cour de la justice arbitrale“ auf der zweiten Friedenskonferenz ist nur zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Beernaert u. a. in dem irrigen Glauben waren, der Haager Schiedshof wäre für immer das große Ideal eines Weltgerichtshofes. Da man auch auf der zweiten Haager Friedenskonferenz diesen Irrtümern nicht ganz auf den Grund ging, blieben die Äußerungen eines Beernaert von großer Wirkung und konnten nicht so widerlegt werden, wie das bei klarer Erkenntnis der wahren Verhältnisse möglich gewesen wäre.

Ein zweiter höchst wichtiger Punkt, über den sich die erste Haager Friedenskonferenz bei der Schaffung des „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten“ ganz unklar war und überhaupt keine Rechenschaft abgegeben hat, ist die Frage nach der Rechtsnatur des von ihr geschaffenen Staatenverbandes. Handelte es sich bei der Errichtung der internationalen Justizorganisation um eine Union in Analogie der völkerrechtlichen Zweckverbände, etwa des Weltpostvereins, oder um den von Jahrhunderten erträumten Weltstaatenbund? Auf die seltsame und geradezu auffällige Tatsache, daß die erste Haager Friedenskonferenz ihrer Schöpfung gar keinen Namen gegeben hat, ist zuerst von Schücking in seinem bereits erwähnten und fundamentalen Standard Werk „Der Staatenverband der Haager Konferenzen“ (S. 72) hingewiesen worden. Schücking hat dort auch ganz überzeugend nachgewiesen, daß der Staatenverband der Haager Konferenzen ein Weltstaatenbund ist. Es ist weiter von höchstem Interesse, aus diesem Buche zu erkennen, eine wie viel sicherere Grundlage man zur Weiterentwicklung der Haager Konferenzen hat, wenn man sich über diesen Punkt klar ist. Bevor man nicht weiß, wie die Ergebnisse der ersten und der zweiten Haager Friedenskonferenz rechtlich zu konstruieren sind, so lange wird man nicht in gerader und kürzester Linie, sondern nur auf großem Umwege zu dem stolzen Ziele der Weltorganisation gelangen. Denn die Namensbenennung des Haager Staatenverbandes ist ja nicht lediglich eine bedeutungslose Formel, sondern würde andeuten, daß sich die Mitglieder der ersten Haager Friedenskonferenz über den rechtlichen Aufbau ihrer großen Schöpfung völlig im Klaren gewesen sind.

Die erste Haager Friedenskonferenz ist sich sowohl über die rechtliche Konstruktion des Haager ständigen Schiedshofes wie des von ihr geschaffenen Staatenverbandes in keiner Weise klar gewesen, ja sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, zu einer solchen Klarheit zu gelangen. Desgleichen hat sie das Rüstungsproblem nicht in der richtigen Weise angefaßt.

Was die zweite Haager Friedenskonferenz anlangt, so hat sie mit großem Verständnis an der Einsetzung eines internationalen Prisenhofes gearbeitet, und ich möchte, soweit sich die Konferenz mit dieser Aufgabe befaßt hat, an ihr keine Kritik üben. Anders aber steht es mit dem Probleme eines Weltschiedsvertrages und eines „Cour de la justice arbitrale“, an die die Konferenz allzu wenig vorbereitet herantrat. Eine spätere Zeit wird einmal feststellen, an welchen Kleinigkeiten und Mißverständnissen diese Pläne scheiterten.

Bei der Beratung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit war man sich über zahlreiche Grundfragen vor allem deswegen nicht klar, weil niemand vorher das Problem so gründlich bearbeitet hatte, als es dies verdient hätte. Viele wollten die Ehren- und Interessenklauseln fallen lassen. Von deutscher Seite wurden mit der größten Hartnäckigkeit Behauptungen aufgestellt, die von der gesamten maßgebenden deutschen und ausländischen Wissenschaft mit durchschlagenden Gründen widerlegt worden sind. Die deutschen Delegierten mit Ausnahme Zorns sahen in dem Weltschiedsvertrage lediglich ein juristisches Instrument, während er doch in Wirklichkeit ein Friedensinstrument sein sollte. Aber alle diese Meinungsverschiedenheiten waren doch nur möglich, weil man sich über den ganzen Zweck der Haager Friedenskonferenzen und des 1899 geschaffenen Staatenverbandes im Unklaren war. Die deutschen Delegierten übersahen vollkommen, daß sie 1899 an der Errichtung eines Staatenverbandes zur Förderung des Weltfriedens mitgearbeitet hatten und eine Vervollkommnung dieses Verbandes doch selbstverständlich nur auf der Grundlage eines mondialen Vertrages, nicht aber einzelner partieller Verträge möglich war.

Bei den Verhandlungen über den „Cour de la justice arbitrale“ rächte es sich ebenfalls sehr, daß man über zahlreiche Grundfragen im Unklaren war. Man lese nur die Rede Barbosas in der fünften Sitzung des Comité d'examen B der ersten Unterkommission der ersten Kommission. (Protokolle II, S. 658—660). In dieser Rede ist ungefähr jeder Satz unrichtig. Die Konferenz war sich ebenso wie Barbosa im höchsten Maße darüber unklar, ob nun der „Cour de la justice arbitrale“ ein Gerichtshof oder ein Schiedsgerichtshof sein würde. Es wurden vier verschiedene Meinungen geäußert. Scott nannte den Cour eine „institution judiciaire“, Lammasch und v. Martens eine „institution arbitrale“, Renault erklärte, die Cour de la justice arbitrale „nähere sich einer institution judiciaire“. Fry führte sogar aus, Schiedsgerichtsbarkeit und Gerichtsbarkeit seien im internationalen Rechte dasselbe. (Protokolle II, S. 658 ff.). Unter diesen Umständen hatte Beldiman (Protokolle

II, S. 660) vollkommen Recht, wenn er erklärte: „qu'il existe des divergences, non seulement de forme, mais aussi de fond entre les opinions de MM. Scott et Lammasch et même celles des auteurs du projet.“ Trotzdem aber hat man auf der zweiten Friedenskonferenz gar nicht den Versuch gemacht, diese fundamentalen Widersprüche aufzuklären. Diese rührten nämlich ganz gewiß nur daher, daß man sich über die Definition eines internationalen Gerichtshofes und eines internationalen Schiedsgerichtshofes nicht klar war. Die zweite Haager Konferenz hat fortwährend nationale und internationale Gerichtsbarkeit durcheinandergeworfen. Sie hat nicht erkannt, daß es im internationalen Rechte eine Gerichtsbarkeit in dem nationalen Sinne, die von einer übergeordneten Behörde eingesetzt ist, überhaupt nicht gibt. Denn hätten wir diesen Gerichtshof, dann besäßen wir auch einen Weltbundesstaat, und dann wären die Grundlagen, auf denen wir heute das Völkerrecht aufbauen, vernichtet. Gerichtsbarkeit muß daher im internationalen Rechte etwas ganz anders sein als im nationalen Völkerleben. (Eine ausführlichere Darlegung erübrigt sich hier. Ich verweise auf mein bereits genanntes Buch: Das Problem eines Staatengerichtshofes.)

Auch bei der Frage der Zusammensetzung des „Cour de la justice arbitrale“ war man über höchst wichtige Fragen im Unklaren. Vor allem deshalb ist auch das ganze Projekt zuletzt an dem vollkommen berechtigten Widerspruche der Klein- und Mittelstaaten gescheitert.

So erkennen wir also, daß die Haager Konferenzen die von ihnen erörterten Ideen durchaus nicht systematisch und planvoll angefaßt haben. Dazu wäre nötig gewesen, daß man sich erst über alle Grundbegriffe klar geworden wäre und dann überlegt hätte, welche Pläne zuerst realisierbar seien.

Insgesamt also haben sich die Haager Friedenskonferenzen noch nicht als ein Zentralpunkt für die internationale Friedenspolitik bewährt. Sie haben von den zahlreichen Wegen zur internationalen Organisation nur zwei beschritten, d. h. nur die Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit und der Rüstungsverstärkung einer Prüfung unterzogen, sind dabei aber nicht auf den Kern der ganzen Sache eingegangen. Dadurch ist bei Diplomaten sowohl als auch in weiten Volkskreisen der Glaube entstanden, als seien die Haager Konferenzen in der Hauptsache nur zur Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit ins Leben gerufen worden. Das aber muß umsommt zur Untergrabung des Ansehens dieser Konferenzen beitragen, als zweifellos die Schiedsgerichtsbarkeit allein nicht imstande ist, die friedliche Organisation der Staatengemeinschaft herbeizuführen.

So ist denn, nachdem die Abrüstungsfrage fast begraben worden ist, das ursprüng-

liche Ziel der Haager Konferenzen fast ganz aus dem Auge verloren worden. Daß das leuchtende Ideal aller Haager Konferenzen nur lauten kann: „Allmähliche, aber systematische Entwicklung einer internationalen Friedenspolitik“, haben viele noch gar nicht erkannt*).

Meines Erachtens aber wird eine Besserung in diesen Verhältnissen nicht eher eintreten, als bis man klar erkannt haben wird, daß vor allem einmal erst das ganze Problem der internationalen Friedenspolitik mit realpolitischem Scharfsinn bearbeitet werden muß, ehe man an die Ausarbeitung von internationalen Verträgen geht.

Als der Bau des Friedenspalastes im Haag begonnen wurde, da sind nicht eines Tages unversehens einige Baumeister zusammengekommen, um Stein auf Stein zu türmen, sondern vorher war ein ganz detaillierter Entwurf ausgearbeitet worden, und die Arbeiter kannten genau die Bedeutung jedes einzelnen Steines innerhalb des Ganzen. Als aber die Haager Friedenskonferenzen ins Leben gerufen wurden, da wußte man wohl ungefähr, was 1899 und was 1907 geschaffen werden sollte; aber von der Bedeutung dieser Pläne innerhalb des großen Zieles der friedlichen Staatenorganisation hatte man keine Ahnung. Dies war freilich so lange verzeihlich, als man überhaupt noch nicht fest entschlossen war, die Haager Konferenzen zu einer regelmäßigen Institution des Staatenlebens zu machen. Nachdem dies aber 1907 geschehen ist, muß man nicht nur die Aufgaben jeder Friedenskonferenz für sich betrachten, sondern darüber hinaus feststellen, welche Rolle die Beschlüsse der einzelnen Konferenz innerhalb der gesamten Haager Konferenzen einnehmen.

Bevor also die nächsten Haager Friedenskonferenzen zusammentreten, müßten einmal folgende Fragen beantwortet werden:

1. Sind die Haager Konferenzen lediglich da, um die Schiedsgerichtsbarkeit (und das Kriegerrecht) fortzubilden, oder sind sie nicht vielmehr der Zentralpunkt für die internationale Staatsorganisation? Obwohl es gar nicht zweifelhaft sein kann, wie diese Frage zu beantworten ist, so sollte sie doch mit der nötigen Klarheit und Entschiedenheit beantwortet werden, damit alle Staaten die richtige Auffassung von dem Wesen des Haager Werkes erhalten. Die Schückingsche Lehre ist hier entscheidend.

2. Wie kann diese internationale Friedenspolitik am besten betrieben werden? Welches sind die wichtigsten Programmpunkte dieser Politik? Was ist zunächst und was erst später realisierbar?

*) Für diese Erkenntnis bedeutet Schückings groß angelegtes Meisterwerk eine welthistorische Tat, die dem ruhmvollen Eintreten Zorns auf der ersten Friedenskonferenz für den Schiedshof gleichkommt.

Man wird mir nun einwenden wollen: Das hat man ja bereits erkannt und zu diesem Zwecke hat die zweite Friedenskonferenz befürwortet, es solle etwa zwei Jahre vor dem Zusammentritt der nächsten Konferenz ein Ausschuß eingesetzt werden, der die für die Konferenz wichtigen Programmpunkte festlegen solle. Darauf ist aber zu erwidern: Dieser Ausschuß soll ja nur die dritte Konferenz vorbereiten, nicht aber eine Grundlage geschaffen für die gesamte Zukunft der Haager Friedenskonferenzen, die unauslöschlich mit einer planvollen, systematischen, sich auf viele Jahrzehnte erstreckenden Friedenspolitik der Staaten verbunden ist. Man beachte auch die Ergebnisse der von dem Institut de droit international zur Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz eingesetzten Kommission (Confer. Revue de droit international et de législation comparée, 1911, S. 587 ff.), die auch die dritte Friedenskonferenz nur als eine isolierte Versammlung zur Stärkung des Kriegs- und Friedensrechts, nicht aber als Glied einer großen Reihe von Konferenzen zur allmählichen friedlichen Organisation der Staatengemeinschaft ansieht.

Die planvolle Vorbereitung einer internationalen Friedenspolitik kann auch unmöglich in so kurzer Zeit, wie es zwei Jahre sind, vor sich gehen. Müssen doch meines Erachtens, um für die Staatengemeinschaft Richtlinien für die zukünftige Entwicklung der Friedenspolitik zu schaffen, die bedeutendsten Politiker, Völkerrechtsjuristen und Pazifisten erst um ihre Meinung gefragt werden. Dazu aber sind Jahre erforderlich.

Die dritte Haager Friedenskonferenz könnte deswegen keine größere und würdigere Tat vollbringen, indem sie einen ständigen Ausschuß damit beauftragte, ein großes Programm für die internationale Friedenspolitik der Mächte auszuarbeiten. Ein solcher Ausschuß könnte sehr vorteilhaft als eine Abteilung des „Bureau général international permanent“ begründet, aber es kann auch der Verwaltungsrat des Haager Schiedshofs mit der Aufgabe betraut werden. Dieser Ausschuß hätte die Aufgabe, durch berühmte Juristen, die sich durch praktischen Blick ausgezeichnet haben, (durch Männer wie Asser, Lammasch, Renault usw. zahlreiche Grundfragen der internationalen Organisation, z. B. die Konstruktion des Haager Schiedshofes, das Wesen der Gerichtsbarkeit im Völkerrecht, das Wesen des von der ersten Friedenskonferenz geschaffenen Staatenverbandes, das Prinzip der Gleichheit der Staaten, die Zusammensetzung eines internationalen Gerichtshofes usw. feststellen zu lassen. Dadurch wäre fortan eine Grundlage für eine gesunde Weiterarbeit geschaffen. Sodann müßte der Ausschuß alle Möglichkeiten erwägen, die zur Stärkung der friedlichen Tendenzen der Staatengemeinschaft beitragen, und die praktische Durchführbarkeit der einzelnen Mittel

prüfen. Bezüglich der Frage, ob die Spionage beseitigt werden könne, wären nicht nur Militärs, sondern auch sonst angesehene Männer des öffentlichen Lebens zu befragen. Auf diese Weise würde mehr und mehr festgestellt werden, welche Hindernisse der Realisierung der einzelnen Vorschläge im Wege stehen. Diese Hindernisse müßten dann besonders daraufhin geprüft werden, ob sie stichhaltig sind. Denn das wäre der große Unterschied dieser Methode von dem bisherigen Vorgehen. Die Einwendungen gegen einen Plan würden nicht direkt von den Staaten, sondern von Privatpersonen vorgebracht, und es brauchte sich vorläufig keine Regierung auf irgendeine Meinung festzulegen. Wenn aber auf den Haager Konferenzen ein Staat mit aller Energie seine Gründe gegen einen Vorschlag eröffnet, dann fällt es dieser Regierung sehr schwer, zu bekennen, daß sie sich geirrt habe, und sie verbleibt bei ihrer Opposition, selbst wenn ihre Einwendungen fast einstimmig und überzeugend widerlegt worden sind.

Ueber die große Bedeutung der Haager Friedenskonferenzen gibt es heute nur eine Stimme. So haben meines Erachtens jene Konferenzen die hohe Aufgabe, ein neues Zeitalter einzuleiten, in dem alle Kräfte in der Welt, die sich heute befenden, der allergrößten Idee, nämlich der Fortentwicklung des Menschengeschlechtes, dienstbar gemacht werden sollen. Dieses Ziel ist so wunderbar und von solcher Schönheit, daß diejenigen, die die Erreichung dieses Ideales herbeiführen sollen, eine ungeheure Verantwortung vor der Geschichte und den Völkern trifft. Sie haben daher die heilige Pflicht, alles zu tun, was die Menschheit am schnellsten und kürzesten zu jenem Ziele führen kann, müssen freilich dabei beachten, daß eine zu große Hast uns nur noch mehr von dem letzten Ende des steilen Weges entfernen kann.

Die moderne Friedensbewegung und die österreichische Schule.

Von einem Schulmann.

Die Frage: „Fördert die Schule den Völkerhaß?“ beantwortet der „Friedens-Katechismus“ mit einem wohlbegründeten „Ja“. Er sagt darüber: „Der Unterricht unserer Schulen pflanzt in die jungen Gemüter der Kinder die grausamsten Schlachten- und Schreckensbilder einer sogenannten Weltgeschichte ein.“ Wenn der Lehrer seinen Schülern im stolzen Ton die Heldentaten und mutigen Handlungen des Heeres schildert, empfängt die Jugend die Anregung, militärische Begabung und Vorzüge höher zu werten als die friedensfördernden Fähigkeiten der menschlichen Persönlichkeit. Die Betonung des kriegerischen Standpunktes hat zur Folge, daß dem Verständnis der

heranwachsenden Generation das bedeutendste Problem unseres Jahrhunderts, die Friedensbewegung, verschlossen und ihr durch Ignorierung dieser Kulturfrage die Möglichkeit entzogen wird, sich für die einstige Unterstützung des Pazifismus vorzubereiten¹⁾.

Wenn man bereits in der Schule für den Krieg Propaganda macht, hängt dies mit der politischen Auffassung der Militärstaaten zusammen. Sie erkennen nicht die durch die technischen Umwälzungen vor sich gehende zwischenstaatliche Weltorganisation und geben sich der irrigen Annahme hin, daß Konflikte, die früher nur mit den Waffen ausgefochten wurden, auch heute nicht ohne Gewaltanwendung beigelegt werden können. Sie haben stets das Ideal der zwischenstaatlichen Anarchie vor Augen und werden durch das Uebersehen des sich vollziehenden Zusammenschlusses der Nationen zu einer großen Einheit genötigt, in ihren Territorien das Denken der Allgemeinheit an ihre Prinzipien zu gewöhnen.

Auf der Mittelschul-Enquete²⁾ im k. und k. Ministerium für Kultur und Unterricht sagte Oberst Piskaček, es sei wünschenswert, „mit der militärischen Erziehung der Schuljugend und der weiten Volksschichten noch vor dem Eintritt in das wehrpflichtige Alter zu beginnen“. Er verlangte im Namen der österreichischen Militärverwaltung, man sollte den Turnunterricht „mit teilweise militärischem Einschlag an den Volksschulen einführen, den militärischen Sinn beziehungsweise die Vorliebe für den militärischen Beruf erwecken“. Zu diesem Zwecke schlug er vor, daß man an den österreichischen Mittelschulen, gewerblichen, kommerziellen, land- und forstwissenschaftlichen Lehranstalten das Kapselschießen und das scharfe Schießen mit dem Repetiergewehr übe. Ueber den Zweck seiner Vorschläge sprach sich Oberst Piskaček folgenderweise aus: „Durch Verwirklichung der erwähnten Anträge würden nicht allein der Wehrmacht, sondern auch der gesamten Jugend unberechenbare Vorteile erwachsen.“

Leider hat der Oberst verabsäumt, diese „unberechenbaren Vorteile“ für die heranwachsende Generation zu erklären. Was hat das Schießen am Gymnasium zu tun, das den Schüler geistig ausbilden und ihm eine klare Einsicht in das menschliche Leben verschaffen soll. Die Mittelschule hat die Aufgabe, die jungen, unerfahrenen Menschen für die Hochschule oder den künftigen prak-

tischen Beruf vorzubereiten. Sie hat nichts mit einer Rekrutenausbildung zu tun und verfehlt ihre programmatischen Grundsätze vollends, wenn man an ihr das regelrechte Schießen wie am Exerzierplatz übt. Trotzdem behauptet der Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht vom 8. Mai 1910, z. 19847, betreffend die körperliche Erziehung an den Mittelschulen, S. 2: Die Schießübungen seien von unleugbarer Bedeutung für die Erziehung und müssen daher für freiwillig sich meldende Schüler der beiden obersten Klassen unter Beobachtung der nötigen Vorsichtsmaßregeln an den Mittelschulen für die männliche Jugend eingeführt werden. In einer zweiten Verordnung zeigt es sich aber, daß die Pflege der Schießübungen als ein Mittel betrachtet wird, auf dem unschuldigsten, naivsten Wege den militärischen Stolz und Großdünkel großzuziehen³⁾. Man empfiehlt, Wettschießen zu veranstalten. „Eine solche Veranstaltung“, heißt es auf Seite 4 des Erlasses vom 16. Oktober 1910, „hebt die Lust für das Schießwesen und vermag den Wetteifer unter der Jugend anzuregen.“ Bessere Schützen bekommen die Auszeichnung, den Leitern des Schießunterrichtes als Gehilfen zu dienen. Dadurch soll man jedermann offenbaren, wie „besonders gute Erfolge im Schießen“ gewürdigt werden. Selbstverständlich wird auf diese Weise bewirkt, daß die „Gehilfen“ den jüngeren oder nicht so geschickten Kameraden gegenüber in jeder Beziehung als Vorbild dienen können und den Wetteifer für das Schießwesen unter ihren Schulkollegen stets rege erhalten⁴⁾.

In der Verordnung wird gesagt: „Jeder Schüler hätte in einem Uebungsjahre 100 Schüsse abzugeben.“ Ob man mit einer so geringen Anzahl von Schüssen die Treffsicherheit erlangt, erscheint in mehr als einer Hinsicht fraglich. Außerdem wird man bedeutende Fehler im Schießen anstellen, wenn man nicht kontinuierlich sich damit befaßt. Jedem militärischen Fachmann muß es auffallen, daß man wenige Fortschritte auf dem Gebiete dieser Kunst erwarten darf, wenn für den Schießunterricht nur die Samstagnachmittage in Aussicht genommen werden⁵⁾. Nach dem Wortlaut des Erlasses vom 16. Oktober 1910, Z. 28 968, scheint man gar nicht die Absicht gehabt zu haben, aus Schülern gewandte Schützen zu bilden. Man verfolgt in Wirklichkeit die einseitigsten patriotischen Zwecke, wie aus folgenden Bemerkungen hervorgeht: „Bei der Vornahme des Schießunterrichtes in den Pausen, dann bei Ausflügen usw. wird sich viel-

¹⁾ Man vergleiche die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten in der Besprechung der Schrift von Mrs. Fern Andrews in der Literaturreubrik der vorliegenden Nummer.

²⁾ Die Mittelschulenquete im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht. Wien, 21. bis 25. Jänner 1908. Herausgegeben vom Ministerium des Innern. S. 536.

³⁾ Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht vom 16. Oktober 1910, Z. 28, 968, betreffend die Einführung von Schießübungen an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten.

⁴⁾ Ebenda.

⁵⁾ Das verlangt der Erlaß vom 16. Okt. 1910.

leicht Gelegenheit ergeben, den Schülern mancherlei Kenntnisse zu vermitteln. Diese hätten zu umfassen: Allgemeines über die Wehrmacht und die Organisation derselben, Bedeutung in volkerzieherischer Richtung und ihres bildenden Einflusses, Kartenlesen (Spezialkarte des Aufenthaltsortes), Erzählung von kriegsgeschichtlichen Episoden, hauptsächlich solcher, bei welchen sich das betreffende Hausregiment beziehungsweise Leute aus der engeren Heimat ausgezeichnet haben usw.“

Danach wird dem Lehrer direkt vorgeschrieben, alle militärischen Ereignisse zu verschweigen, bei denen Oesterreich nicht rühmlich abschneidet. Man glaubt, durch eine patriotisch gefärbte geschichtliche Darstellung Stimmung für den Militarismus zu machen. Es wird dem Historiker die Weisung erteilt, in der Weltgeschichte nichts anderes als den Schauplatz von Schlachten, natürlich nicht verlorenen, sondern gewonnenen, zu erblicken. Für ihn gilt der vornehmlichste Gesichtspunkt: „Jede sich darbietende Gelegenheit wäre zu benützen, um bei den jungen Leuten durch Besichtigung von Geschützen, Maschinengewehren, Feldtelegraphen, Feldküchen, Gewehr- und Munitionsfabriken usw. das Interesse an militärischen Einrichtungen wachzurufen.“

Von einer Berücksichtigung der Friedensbewegung ist hier keine Spur vorhanden. Ihre Bedeutung wird gar nicht berührt. Daß sie sich gegen die gewaltigen militärischen Opfer und die wahnsinnigen Rüstungen wendet, darf die Schuljugend nicht wissen. Im Gegenteil, das Ministerium für öffentliche Arbeiten gibt in dem Erlaß vom 10. Jan. 1913 für alle politischen Landesstellen, mit Ausnahme von Galizien und Niederösterreich, sowie für die Direktionen der in Betracht kommenden gewerblichen Zentralanstalten dem Gedanken Ausdruck: „Die wachsende Bedeutung unserer in aufsteigender Entwicklung begriffenen Kriegs- und Handelsmarine im Zusammenhang mit der Rückwirkung ihres Aufschwunges auf die Belebung wichtiger heimischer Industrie- und Gewerbebezüge erfordern, daß dem Marinewesen im Unterricht der gewerblichen Lehranstalten künftighin erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird.“ Es wird daher dem Lehrkörper der Gewerbeschulen zur Pflicht gemacht, die Jugend „über den gesamtstaatlichen und volkswirtschaftlichen Wert der unausgesetzten Kräftigung und Ausgestaltung unserer Kriegs- und Handelsflotte im allgemeinen, namentlich aber in ihrer Besprechung zur heimischen gewerblichen Produktion aufzuklären und ihr Interesse für das Seeleben zu wecken und zu fördern.“ Hier unterläuft dem Ministerium für öffentliche Arbeiten ein grober Fehler, indem es von einem großen Nutzen der Flottenrüstungen für die Allgemeinheit spricht und dabei den großen Gegensatz

zwischen den gewaltigen Ausgaben für den Militarismus und den winzigen Geldopfern für humane, kulturelle Bedürfnisse im Jahresbudget verschweigt. Gegen eine Vermehrung der Handelsschiffe hat niemand etwas einzuwenden, aber zu bekämpfen ist die Meinung, nach der die Befruchtung der Industrie, Arbeitsmöglichkeiten für den Proletarier usw. bei dem Bau von Riesenschiffen die Nachteile überwiegen, die ein ungeheurer Kostenaufwand für die Kriegsmarine zur Genüge beleuchtet.

Man klagt in Oesterreich, daß der Unterricht in der höheren und minderen Schule reformbedürftig ist. Das Eindringen militärischer Ansichten in das Klassenzimmer hat eine ungünstige Begleiterscheinung gebracht. Davon kann man sich besonders im geschichtlichen Unterricht überzeugen, der das Schwergewicht auf die Darstellung von Schlachten und Feldzügen legt und geistige, wirtschaftliche Bewegungen nicht erklärt. Bezüglich der Mittelschulen sagte der frühere Minister für Kultus und Unterricht, Dr. Marchet, im Jahre 1908: „Der Unterricht in Geschichte ist in dem Sinne zu modernisieren, daß neben der politischen mehr als bisher die Wirtschafts- und Kulturgeschichte berücksichtigt und daß auch der Geographie in den oberen Klassen die gebührende Stellung eingeräumt wird.“ Es wurde wohl in der letzten Klasse der Mittelschule die „Bürgerkunde“ im Anschlusse an die österreichische Vaterlandskunde eingeführt, aber eine Reformierung des geschichtlichen Lehrgegenstandes ist damit nicht erfolgt. Ein sehr wichtiger Fortschritt muß allerdings anerkannt werden, daß in dem neuen Lehrplan für die Mittelschulen verlangt wird, man möge die Kriegsgeschichte in den oberen Klassen auf ein Mindestmaß beschränken. Es zeigen sich die Mängel der Vergangenheit in verjüngter Gestalt, wenn man von dem Germanisten verlangt, er möge den Schülern einen „Ueberblick über den Entwicklungsgang der deutschen Literatur bis nahe an die Gegenwart“ geben. Somit soll die gegenwärtige Zeit weder von dem Historiker noch Literaturhistoriker an den Mittelschulen besprochen werden. Nehmen wir den Fall an, am Gymnasium kommt man am Ende der 8. Klasse in der Geschichte nicht weiter als bis zum Jahre 1848, so hat die Schuljugend nach Absolvierung der Mittelschulstudien keine Ahnung von den geistigen Strömungen der Jetztzeit. Bekanntlich trat am 18. Mai des Jahres 1899 eine Friedenskonferenz im Haag zusammen, die von fast allen Kulturstaaten der Erde besucht wurde und den Zweck verfolgte, den unaufhörlichen Rüstungen ein Ende zu setzen. Dieser Tag sollte als ein denkwürdiges Ereignis in den österreichischen Schulen gefeiert werden, das eine neue Epoche der Weltgeschichte einleitete. Wie kann ein Gymnasiast Kenntnis von der friedlichen Organisierung der Welt

erlangen, wenn ihn der Lehrer nicht darüber aufklärt. In keiner einzigen Verordnung wird die Friedensidee erwähnt.⁶⁾ Das ist ein großer Nachteil für junge Leute, die man nach der Maturitätsprüfung in soziale Berufe oder an die Hochschule sendet, ohne ihr Verständnis für das große Werk des sich des Sieges bewußten Friedensgedankens wachgerüttelt zu haben.

Es muß als eine feststehende Tatsache angesehen werden, daß sowohl an den österreichischen Volks- als Mittelschulen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht die geringsten Ansätze zu einer pazifistischen Erziehung vorhanden sind. Der Friedenswille bedarf von seiten des Lehrers der Stärkung, wenn er Erfolge im politischen Leben bewirken soll. Auf die Unterstützung der Friedensbewegung durch die nationalen Bildner kommt es besonders an, denn sie vermögen die internationalen Beziehungen zwischen den Kulturvölkern zu erfassen und die Menschheit zur bewußten Mitarbeit an der Ausgestaltung der Friedensorganisation heranzuziehen. Die klare Einsicht in die Entwicklung der Weltföderation wird durch die Rückständigkeit in der Schulgesetzgebung verschlossen. Sie werden verschwinden, je intensiver an ihrer Beseitigung die Friedensfreunde arbeiten.

E. K.

◻ RANDGLOSSEN ◻ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, den 7. Mai 1913.

Das Haar, an dem wieder einmal der Frieden unseres Weltteils hing, ist nicht abgerissen. Schon war Oesterreich-Ungarn bereit, sich vom europäischen Konzert loszutrennen und selbständig in Montenegro einzumarschieren, um die Räumung Skutaris zu erzwingen. Da kam die erlösende Nachricht: König Nikita fügte sich dem Willen der Mächte. Schon war der Becher geschüttelt — die eisernen Würfel fielen nicht. Es muß doch schon ein starker Friedenswille in der Welt vorwalten, daß trotz all der Gefahren und Verwicklungen, Drohungen und Zwischenfälle der Krieg abermals vermieden worden ist. Dieser Wille hat sich auch deutlich in manchen Aeußerungen ausgedrückt, die während der Krise gefallen sind. So sagte ein englischer Diplomat zu einem Vertreter des Reuterischen Bureaus am 29. April:

„Das Publikum darf nicht außer acht lassen, daß die Hauptaufgabe, ja die Kardinalaufgabe der Botschafterreunion darin be-

steht, den europäischen Frieden zu erhalten und daß die verschiedenen durch den Balkankrieg entstandenen Fragen nur zweiten Ranges sind. An diese wichtigste Tatsache muß man sich erinnern, und man wird die Fragen, die sich täglich aufwerfen, nach ihrem richtigen Verhältnis werten.“ Ebenso sprach Sir Edward Grey; und ebenso hieß es in einer offiziellen russischen Kundgebung: die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens sei die wichtigste Aufgabe; alle Methoden, den Willen der Mächte durchzusetzen, seien von diesem Standpunkt zu beurteilen.

Trotz allen Gespöts und Aergers über Botschafterreunion, über erfolglose Flottendemonstration, hat sich doch die Wirkung der internationalen Verständigung und der gewaltlosen internationalen Polizeiaktion durchgesetzt. Die verhöhte Blokade hatte zur Folge, daß Montenegro die Zufuhr von Lebensmitteln abgeschnitten war, und der Hunger allein genügt hätte, zur Nachgiebigkeit zu zwingen und nun geschieht auch noch, daß eine internationale Truppe in Skutari einmarschieren und in ihre Hände die Stadt übergeben wird. Dieses neue Gebilde: „Europa“, das sich aus dem Willen, von einer Conflagration verschont zu bleiben, sozusagen automatisch herausgebildet hat, ein Europa, das einen Gesamtwillen besitzt und eine vereinte bewaffnete Macht, um diesen Willen durchzusetzen, — das muß nun von einem neuen, noch höheren Willen beseelt werden, nämlich, seine Einigkeit zu stabilisieren und damit den so mühsam erhaltenen Frieden für die Zukunft zu sichern.

Die europäische Föderation — dieses alte Postulat der Friedensbewegung — reift heran. Die Symptome mehren sich. Viele Fäden spinnen sich von den beiden Mächtegruppen hinüber und herüber. Als Forderung, wie gesagt, ist die Sache alt: Pandolfi erhob sie auf dem Friedenskongreß von 1891 in Rom und veröffentlichte eine Artikelserie darüber in der Revue „Die Waffen nieder“; Emile Arnaud taufte sein Blatt: Les Etats unis d'Europe; Novicow veröffentlichte sein klassisches Buch „La Fédération de l'Europe“, und die letzte Nummer der Friedens-Warte enthielt die Formel: „Dreibund und Dreiverband zur Sechsunion“. Nun hat Sir Max Wächter, der lange Zeit für eine europäische Zollunion plädiert und seinen Plan persönlich fast allen Staatsoberhäuptern unseres Erdteils vorgetragen hat, eine neue Aktion in Angriff genommen. Im ersten Maiheft der Fortnightly Review veröffentlicht er einen bemerkenswerten Artikel über die politische Lage, über die Rüstungskosten und über die Mittel zur Erreichung des Weltfriedens. Als solches empfiehlt er die Gründung einer „European Federation League“ und fordert alle mit seinen

⁶⁾ Das beweist der Inhalt aller Verordnungen, die in dem Werke: „Die Mittelschulen“, Sammlung von Verordnungen, herausgegeben von Halma und Schilling (Wien, 1911), erwähnt werden.

Ausführungen sympathisierenden Leser auf, sich ihm anzuschließen. Zu diesem Zweck hat er ein provisorisches Bureau eröffnet: 39, St. James Street Piccadilly, London; Sekretär Sir Francis Temple. Dieser Schritt Sir Max Wächters gehört auch in die Serie der Forderungen; doch zugleich mehrt sich auch die Serie der Zeichen des — noch embryonalen, aber schon lebenspulsierenden — Werdeprozesses der europäischen Union. Dazu gehören auch die deutsch-französischen Annäherungsaktionen, so die Berner Konferenz (11. bis 13. Mai), der beiderseitigen Parlamentarier und die wiederholten Kundgebungen der elsässischen Politiker. Erst heute, 7. Mai, hat die Zweite Kammer des elsässischen Landtags einstimmig einen Antrag angenommen, den Statthalter zu ersuchen, die Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrate zu instruieren, daß sie sich mit Entschiedenheit gegen den Gedanken eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland wenden und auf die Annäherung der beiden Staaten hinarbeiten. — Die Sozialisten aller Länder fassen solche Resolutionen schon lange, aber man glaubt, darüber mit der Behauptung hinweggehen zu können, daß dahinter andere Partezwecke verborgen sind; wird man aber die gleichen Kundgebungen der anderen Parteien auch so überhören können?

Ein Stückchen Dreibund wird in diesen Tagen beim Dreiverband einen Besuch abstaten: eine Anzahl ilatienischer Deputierter begibt sich nach Petersburg und soll dort in offiziellen Kreisen gefeiert werden — alles Fäden, die von einem Ende des Kontinents zum anderen laufen; die Weberschiffchen sind aus pazifistischem Holz, und der Stoff, der da gewebt wird, der wird eben heißen: Föderation von Europa. Wird das zarte Gewebe, das wir entstehen sehen, noch einmal von gepanzerten Fäusten zerstört werden? Ich hoffe: nein. Aber wenn auch — die Arbeit würde wieder und immer wieder aufgenommen werden, bis sie vollendet ist.

Blicken wir einmal in das andere Lager. Nämlich derer, die den Krieg lieben, die ihn herbeisehnen, die ihn gegen die Angriffe des Pazifismus glühend verteidigen. Auch Idealisten in ihrer Art. An solche wendet sich Norman Angell vergebens — denn was frommt der Beweis, daß dabei kein Profit ist. Darüber sind sie erhaben, sie wollen gar nichts gewinnen durch den Krieg, sie beten ihn einfach an, sein Bild (nicht seine Wirklichkeit — die erfassen sie nicht) füllt sie mit Wonne. Hier als Beispiel ein Gedicht aus der Danzerschen Armeezeitung. Der Herausgeber findet es genial. Daß es als Gedicht schön und talentvoll ist, das finde ich auch.

Lied ans Maschinengewehr.

Hast tausend Kugeln in deinem Leib
Und Pulver viele Pfund.
Heil dir, du eisenschwang'res Weib,
Jetzt schlägt die erlösende Stund'.
Gib deine Kinder her!
Du treu' Maschinengewehr!
Spei' wie eine Kröte
Dein zischend Gift!
Und wen's trifft,
Den töte!

Und wer dir dient, muß niederknien
Als wie vor Gottes Thron.
Ins Feld trag' ich am Arm dich hin,
Als wärest mein lieber Sohn.
Du bist mir nicht zu schwer,
Du treu' Maschinengewehr!
Ich spiel' auf deiner Flöte
Ein Lied, das pfeift und gellt.
Und wem's nicht gefällt,
Den töte!

Ihr klugen Pferdchen, flink getrabt!
Mit euren schlanken Hufen.
Wir haben lange Fried' gehabt,
Der Kaiser hat gerufen!
Vorwärts zu Sieg und Ehr',
Du treu' Maschinengewehr!
Ich knie bei dir und bete:
Gott schütze Oesterreich!
Und wer's bedroht mit Schelmenstreich,
Den töte!

Frömmigkeit klingt in dem Liede auch an. Daß doch diese Dauer- und Wonnetöter gar so gern denjenigen anrufen, von dem sie doch glauben, daß er sagte: Du sollst nicht töten.

Die genannte Armeezeitung lese ich übrigens mit Eifer. Es ist für uns Pazifisten so interessant und nützlich, zu wissen, was die Kriegerischen sagen, wenn sie unter sich sind, und zu erfahren, was sie denken, fühlen und planen. Hier der Anfang eines Leitartikels (13. März).

Die Aussichten unseres nächsten Krieges.

Der Friede ist wieder einmal gerettet. Wir demobilisieren. Die Kurse steigen und der Tanz um das goldene Kalb kann wieder lustig anheben. Niemand aber zweifelt, daß der jetzt bejubelte Friede zu den kostspieligsten Errungenschaften gehören wird. Die Gegensätze, die sich seit dem Oktober des vergangenen Jahres aufgetürmt haben, bestehen ungeschwächt weiter und nur zu bald wird — so Gott will — für uns Soldaten die jetzt zum zweitenmal versäumte Gelegenheit (1908, 1913) wiederkehren. Lassen wir alle Sentimentalitäten und getäuschten Hoffnungen beiseite und bereiten wir uns zielbewußt für die dritte Gelegenheit vor.

Ist das nicht eine Mahnung für die Friedenspartei, zielbewußt dafür zu arbeiten, daß die 1908 und 1913 glücklich überstandenen Gefahren sich nicht wiederholen können? An einer anderen Stelle leistet sich das Blatt folgende sozialphilosophische Betrachtung: „Ein langer Friede ist eine große Gefahr für den modernen Fortschritt, für Propagierung“

großer Gesichtspunkte; hingegen treten Nörgeleien, beengte einseitige Auffassung, Voreingenommenheit, ja Idiosynkrasie wieder in ihr volles Recht.“ Gewiß, inmitten von platzenden Granaten, brennenden Dörfern und dergleichen ist kein Raum für Nörgeleien, und gegenüber von meilenweiten Leichenfeldern und 25 000 Cholerafällen schwindet die beengte einseitige Auffassung; und dann, wenn man seine Zeit nur mit Kunst, Wissenschaft, Reisen, Handel, Arbeit ausfüllt, statt mit Bohren des Bajonetts in fremde Eingeweide — wo bleibt da der „moderne Fortschritt?“



Hocherfreulich war die aus den Vereinigten Staaten kommende Nachricht, daß Bryan, im Einverständnis mit Präsident Wilson, dem diplomatischen Korps einen Friedensplan entwickelt hat, der die Grundlage zu Vertragsverhandlungen abgeben soll. Die genaueren Einzelheiten dieser Aktion waren in den ersten Depeschen noch nicht bekanntgegeben; aber man sieht, daß es der neuen Regierung Ernst ist, das Vertragswerk Tafts — vielleicht mit einigen neuen Modalitäten — wieder aufzunehmen und die edle Führerrolle in der Friedensbewegung durchzuführen, für die kein Land so geeignet ist wie Amerika. Alle Erfahrungen, die ich dort gesammelt habe, bekräftigen mich in dieser Zuversicht.



Nach dem Erfreulichen wieder etwas Trauriges. Wir Friedenskämpfer werden ja so heftig zwischen Himmelhochjauchzen und Zutodebetäubtsein hingeworfen, wie nur je „eine Seele, die liebt“. Das Betäubende ist — das Buch des deutschen Kronprinzen. Es wird, wie man zu sagen pflegt, „viel böses Blut machen“. Denn es zeigt den künftigen Träger der deutschen Kaiserkrone, der einst über Krieg und Frieden zu entscheiden haben wird, als Bekenner von der Unvermeidlichkeit des Krieges, und wenn er auch zugibt, daß „der Riesenbrand, wenn einmal entfacht, nicht mehr so rasch erstickt werden kann und daß die Berufenen sich ihrer ungeheuern Verantwortung voll bewußt sein müssen“ — so zeigt er sich als Bewunderer des Krieges, als offener Gegner der modernen Friedensbestrebungen, die er als Utopie und als „undeutsch“ betrachtet. „Gewiß soll und kann die diplomatische Geschicklichkeit wohl eine Zeitlang die Konflikte hintanhaltend; aber wie der Blitz ein Spannungsausgleich zweier verschiedener Luftschichten ist, so wird das Schwert bis zum Untergang der Welt immer des letzten Endes ausschlaggebender Faktor sein und bleiben.“ Das ist apodiktisch. Im Artikel über die Gardes du Corps heißt es:

„Wer solche Attacken mitgeritten hatte, für den gibt es nichts Schöneres auf der Welt, und doch: noch eines erscheint dem

echten Reitersmann schön: wenn alles dies dasselbe ist, aber am Ende des Schnelllaufes uns der Feind entgegenreitet und der Kampf, für den wir geübt und erzogen sind, einsetzt, der Kampf auf Leben und Tod. Wie oft bei solchen Attacken hat mein Ohr den sehnsüchtigen Ruf eines daherjagenden Kameraden aufgefangen: „Donnerwetter, wenn das doch ernst wäre.“ Reitergeist! Alle, die rechte Soldaten sind, müssen fühlen und wissen: Dulce et decorum est pro patria mori.“

Nun ja: „Reitergeist“. Aber ein Kaiser ist doch berufen, über andere als über Kavalleristen zu herrschen — es gibt daneben auch noch Gelehrte, Dichter, Bürger, Bauern, Arbeiter, Frauen — denen der entgegenreitende Feind nicht so wünschenswert erscheint. Das ist es eben: „geübt und erzogen“ sind die rechten Soldaten darnach; — ist es da nicht natürlich, daß sie den Kampf wünschen? Aber Leben und Wissenschaft, Erfahrungen und Denken üben und erziehen doch noch zu ganz anderen Dingen, als zur schneidigen Reiterei. Vielleicht wird auch der Kronprinz noch um sich blicken, vielleicht wird er von seines Vaters erstem Friedenswillen und hellläugigen Weltinteresse etwas abgewinnen; — hoffen wir, daß „Donnerwetter!“ nicht sein letztes Wort ist. —



In Ungarn wird eine neue Kanonenfabrik errichtet. Wieder investierte Millionen und wieder soundso viel Leute, die daran interessiert sind, daß genügende Bestellungen einlaufen, mit anderen Worten, daß kein Mangel an Kriegsgefahren eintrete. Wie die Gefahr der mangelnden Gefahr beschworen wird, wie die internationale Waffenindustrie das Schüren nationaler Furcht- oder Trutzgefühle betreibt, um den Absatz der vertrusteten Mordware zu sichern, das hat der Abgeordnete Liebknecht dokumentarisch aufgedeckt. In Pazifistenkreisen wurde schon längst auf das Bestehen des über alle Landesgrenzen verzweigten Kriegssyndikats hingewiesen; David Starr Jordans Buch über das „heimliche Reich“ (damit meint er die zu Kriegszwecken anleihegebenden Banken) zeigt den finanziellen Untergrund des ganzen Rüstungsrummels, aber natürlich dringen die Lehren und Warnungen der Friedensliteratur nicht so weit in die Öffentlichkeit, wie solche im Parlament vorgebrachte sensationelle Enthüllungen. Zwar wird man versuchen, darüber hinwegzuschweigen, aber die Masken sind doch schon gelockert worden. Und schließlich müssen sie fallen.



Aus Albanien wird nun ein autonomer Staat gemacht. Und Werkmeister dabei — nach Oesterreich-Ungarns und Italiens Plan — soll wieder „Europa“ sein. Da hat es wieder ein schönes Stück vereinter Arbeit vor

sich. Die Hauptarbeit wird ihm aber noch seine eigene Sicherung, seine eigene Erlösung sein. Nein, es darf nicht mehr in zwei Gruppen auseinanderfallen.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

10. April. Boykott-Beschluss der serbischen Handels- und Gewerbekammern gegen österreichisch-ungarische Waren.

11. April. Freundschaftskundgebung zwischen Deutschen und Engländern auf dem Osterbankett der Londoner City in Anwesenheit des deutschen Botschafters.

12. April. Der deutsche Reichstag berät über die Deckungsvorlagen für die neue Heeresvermehrung.

15. April. Die deutsche Friedensgesellschaft und die ständige Vertretung der französischen Friedensgesellschaften erlassen gemeinsam einen Protest gegen das Wettrüsten.

15. April. Zwischenfall von Nancy. Misshandlung einiger Deutscher.

18. April. Abg. Liebknecht macht im Deutschen Reichstag mehrere Mitteilungen über die Machenschaften der Rüstungs-Industrie und der Armeelieferanten.

19. April. Erledigung des deutsch-französischen Zwischenfalles über den Handel von Nancy durch Massregelung der schuldtragenden französischen Beamten.

21. April. Staatssekretär Bryan unterbreitet der zuständigen Kommission des amerikanischen Kongresses einen neuen Plan zur Sicherung des Weltfriedens.

21. April. Der Balkanbund nimmt die Vermittlung der Grossmächte an. Waffenstillstand.

22. April. Die zweite elsass-lothringische Kammer protestiert gegen die Wehrvorlage im Reichstag.

23. April. Auf dem Bankett der auswärtigen Presse hielt Premier-Minister Asquith eine Rede, in der er ausführte, „es gebe auf der Welt keine Macht, die mehr als die Presse geeignet sei, eine internationale Verständigung herbeizuführen“.

23. April. Uebergabe von Skutari. Ernste Kriegsabsichten Oesterreich-Ungarns.

29. April. Staatssekretär Bryan unterbreitet seine Weltfriedenspläne dem Washingtoner diplomatischen Korps.

29. April. In London findet die II. Jahresversammlung der „Vereinigung der Kirchen Grossbritanniens und Deutschlands zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern“ statt. Bischof Carpenter präsidiert.

1. Mai. Die tschechische Sozialdemokratie Böhmens demonstriert in 265 Versammlungen gegen den Krieg.

1. Mai. Friedliche Wendung in der Skutarifrage.

2. Mai. Sämtliche Parteien der zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags haben einen Antrag eingebracht, der sich gegen den Gedanken eines deutsch-französischen Krieges richtet.

4. Mai. Die in Strassburg vereinigte Delegiertenversammlung der elsässischen Fortschrittspartei tritt für die franco-deutsche Verständigung ein.

5. Mai. König Nikita erklärt, Skutari zuräumen. Beseitigung der Kriegsgefahr.

5. Mai. Eine Abordnung der englischen Freimaurer-Logen kommt zum Besuch der alt-preussischen Landeslogen nach Berlin.

6. Mai. Die tschechischen Parteien des österreichischen Reichsrats protestieren gegen das Eingreifen Oesterreich-Ungarns in die Entwicklung der Verhältnisse am Balkan.

6. Mai. Die Wiener freiheitlichen Abgeordneten protestieren gegen eine von Europa sich loslösende Politik der österr.-ungar. Monarchie.

6. Mai. Der Haager Schiedshof entscheidet in dem „Carthage“ und „Manouba“ streit zwischen Frankreich und Italien zugunsten Italiens.

DAUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Die Schiedsgerichtsbarkeit in der portugiesischen Verfassung.

Bekanntlich haben Brasilien und Venezuela das Schiedsprinzip in ihre Verfassung aufgenommen, wonach diese Staaten es sich zur Pflicht machen, ehe sie zu den Waffen greifen, eine rechtliche Entscheidung anzurufen.

Neuerdings hat Portugal dieses Prinzip in seine Verfassung vom 21. August 1911 aufgenommen. Dort heißt es in Absatz 71: „Die portugiesische Republik . . . betrachtet das Schiedsgericht als das beste Mittel zur Entscheidung internationaler Fragen.“

Bryans Aktion zur Sicherung des Weltfriedens. :: :

Daß der neue amerikanische Staatssekretär daran gehen werde, die Regierungen zu einer gemeinsamen Sicherung des Weltfriedens und zur Verminderung der Rüstungslasten anzuregen, stand für jene außer Zweifel, denen die bisherige pazifistische Betätigung Bryans nicht unbekannt war. So trat der neue Staatssekretär der Vereinigten Staaten, wie aus dem Ende April nach Europa gelangten kurzen Nachrichten ersichtlich wurde, bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt mit einem detaillierten Plan vor die Öffentlichkeit.

Zwar ist der Plan in seinen Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben, sondern nur dessen allgemeine Grundzüge. Er geht von den Taftschen Schiedsverträgen aus, die der frühere Präsident mit England und Frankreich zum Abschlusse brachte, die jedoch, wie bekannt

vom Senat in einem wichtigen Punkte verändert wurden, aus welchem Grunde eine Ratifikation jener Verträge bislang nicht erfolgte. Bryan suchte zunächst die Klippe zu beseitigen, an denen die Taftschen Schiedsverträge gescheitert sind; nämlich an der Eifersucht des Senats, der von Fall zu Fall die Ueberweisung eines Streitfalles vor die Schiedsgerichtsbarkeit zu entscheiden sich vorbehielt. Bryan begann damit, die Mitglieder des Senats zu Mitarbeitern an dem Plane zu machen, dessen große Grundzüge er am 23. April der auswärtigen Kommission des Senats in einer zweistündigen Konferenz vortrug. Als Ergebnis dieser Konferenz wird berichtet, daß die Kommission den Plan allgemein gebilligt habe.

Die Grundlage des Bryanschen Systems besteht darin, daß alle internationalen Streitigkeiten, auch solche, die Lebensinteressen und die nationale Ehre berühren, einem internationalen Untersuchungshof unterbreitet werden müssen. Die streitenden Mächte seien an das Ergebnis der Untersuchung nicht gebunden. Sie haben sie bloß abzuwarten. Doch dürfen sie während der Untersuchung keinerlei militärische Vorbereitungen treffen. Der Gedanke geht anscheinend von der Absicht aus, die im Haag geschaffenen Untersuchungskommissionen obligatorisch zu machen und durch deren Funktion die für die Aufrechterhaltung des Friedens so gefährliche Erregung der öffentlichen Meinung hintanzuhalten.

Erst nachdem der Plan auch von dem Präsidenten Wilson gebilligt sein wird, sollten seine Einzelheiten bekanntgegeben werden, worauf es dann möglich sein wird, in nähere Erörterungen einzugehen.

Bryans Plan bewegt sich in einer Richtung, auf die ich in meiner Schrift „Die Grundlagen des revolutionären Pazifismus“ bereits hingewiesen habe. Die „Immunisierung der Masse“ (S. 51) gegen die Einflüsse jener Faktoren, die zum Kriege treiben, erschien mir darin als das wichtigste, und als das hervorragendste Mittel dazu erschienen mir „Einrichtungen . . . , deren Zweck es ist, die gesunde Vernunft, selbst im Falle der intensivsten Aufpeitschung der Massen, nicht erlöschen zu lassen, dem Konflikt eine dilatorische Behandlung zu sichern.“ (S. 55). Ich wies darin auf die Haager Untersuchungskommissionen hin, auf ihren Erfolg in der Huller-Affaire und sagte dann: „Aufgabe des Pazifismus ist es, die Einrichtung dieser Untersuchungskommissionen auszubauen, sie namentlich obligatorisch, permanent und mobil zu machen.“ Wenn sich, wie anzunehmen ist, die Bryansche Aktion in dieser Richtung bewegen wird, dürfte sie von einem wohlthuenden Einfluß auf die internationale Politik sein. Auch wenn sich zunächst nicht alle Staaten zu einem solchen Verträge bequemen werden, die Beispiele, die die Praxis derjenigen Staaten liefern wird, die dem Abkommen zustimmen, dürften in wenigen Jahren auch die zunächst ablehnenden Regierungen in jene Bahn bringen. Welche

Aufregungen wären Europa erspart geblieben, wie viel Millionen von Nationalvermögen wären vor der Vergeudung gerettet worden, wenn während der gegenwärtigen Balkankrise eine Institution, wie sie Bryan plant, schon bestanden hätte.

A. H. F.



Rüstungsproblem.

Von den unsichtbaren Rüstungslasten. :: :: :: :: ::

Das Gefühl der Unerträglichkeit der Rüstungsvorlagen fängt jetzt auch an, in Kreisen hervorzutreten, die man zu den „patriotischen“ zu rechnen gewöhnt ist. Man fängt dort an nachzudenken und kommt darauf, daß diese Lasten mit jenen Summen nicht erschöpft sind, die auf den Budget der Kriegs- und Marine-Ministerien verrechnet stehen. Wir Pazifisten haben immer auf die von uns als indirekt bezeichneten Ausgaben hingewiesen. Nunmehr veröffentlicht der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim soeben eine „Um der Gerechtigkeit willen!“ betitelte Schrift, die er im Auftrag der Bayerischen Bauernvereine veröffentlicht hat. Ueber den bevorstehenden Inhalt dieser Schrift entnehmen wir der „Frankf. Zeitung“ (15. 4.) folgendes:

Dr. Heim hat durch die Obmänner seiner Organisation eine Rundfrage veranstaltet, um zu ermitteln, wie viel Familien in deren Gemeinden 4 Söhne und darüber zum Militär gestellt haben. Es ist also bei weitem nicht die volle Höhe der Blutsteuer festgestellt, die Familien mit 3 Söhnen sind bereits nicht mitgezählt. Um so stärker wirkt das Resultat. Aus den 7276 Gemeinden des rechtsrheinischen Bayerns sind 1086 brauchbare Antworten eingegangen. Sie berichten von 1843 Familien, die in den letzten zwei Dezennien 8302 Soldaten gestellt haben; darunter sind 1165 Familien mit je 4 Soldaten, 488 mit je 5, 142 mit je 6, der Rest gar mit einer Zahl von 7, 8 und 9 Soldaten. Was das für einzelne Gemeinden bedeutet, dafür ein paar Beispiele: In einer Gemeinde von 155 Einwohnern haben seit 15 Jahren 22 Mann aktiv gedient, in einer anderen mit 172 Einwohnern gab es seit 1900 25 Soldaten; aus einer Gemeinde mit 260 Einwohnern (Wernanz in Unterfranken) müssen im Mobilisierungsfalle 35 Mann einrücken, aus einer anderen mit 550 Einwohnern (Waldberg) über 50 Mann, aus einer dritten, Nordheim mit 904 Einwohnern, gar 180 Mann — 1870/71 waren es 42! Da hat man einmal andere Ziffern als die offiziösen zur Illustration der Heeresvermehrung; man scheut sich, auszumalen, wie es in solchen Gemeinden beim Ausbruch eines Krieges aussehen würde! Und die Wirkungen im Frieden? Aus den Angaben der Obmänner ergibt sich, daß in Bayern ein Soldat während der zweijährigen Dienstzeit durchschnittlich 329 M. an Geld und Naturalien von Hause geschickt erhielt, das bedeutet also einen Jahreszuschuß von 150 M., ohne den der Soldat nicht auskommen kann. Ob ein Zuschuß in solcher

Höhe tatsächlich absolut nötig ist, darüber wird man schwerlich etwas aussagen können; aber mit den Klagen des Reichskanzlers über Luxus und Wohlleben wird man auch nicht auskommen. Tatsache ist, daß nach der Heimschen Enquête bei den bayerischen Bauern der Zuschuß in dieser Höhe als Regel anzusehen ist. Und Tatsache ist ferner, daß es in sehr vielen Fällen damit noch nicht getan ist: denn bei dem Dienstbotenmangel auf dem Lande muß der Bauer für jeden Sohn einen Knecht einstellen, der weniger leistet, mehr Verpflegung beansprucht und 300 bis 400 M. Barentlohnung fordert. Jeder Sohn in der Kaserne kostet also den Bauern mindestens jährlich 500 M., bei der zweijährigen Dienstzeit 1000 Mark, und wenn die neue Heeresvorlage dem flachen Lande, wie Dr. Heim annimmt, jährlich mindestens 40 000 Mann entzieht, so bedeutet das eine neue Extralast von jährlich 20 Millionen M.

Aber erst die Zuschriften, die der Statistik beigegeben sind, lassen erkennen, was diese Lasten für die Bauerngemeinden bedeuten. Familien, die mit kräftigen Söhnen mehr als mit Geldgütern gesegnet sind, gehen mit jedem Sohn, der wieder zum Militär einrücken muß, wirtschaftlich zurück. Hunderte und hunderte von Familien sind durch die Opfer, die sie für ihre Söhne beim Militär bringen mußten, ins Abhauen gekommen; aus manchem Bauern ist ein Knecht, aus manchen Eigenbesitzern arme Logisleute geworden; unter den Familien, die vier und mehr Söhne beim Militär hatten, ist eine große Zahl von solchen, die trotz Fleiß und Sparsamkeit an der Blutsteuer zugrunde gegangen sind. Nur wenige charakteristische Zuschriften seien hier wiedergegeben. Da schreibt ein Obmann aus Oberbayern, der fünf Söhne beim Militär hat: „Ich hätte schon längst ein paar in die Schule geschickt, aber ich brauchte die ganze Zeit nur alles Geld für das Militär.“ Ein anderer Obmann schreibt: „... daß diesem Bauern für Zeitverlust, Ausgaben für fremde Arbeitskräfte, Reserveübungen usw. ein Schaden von 3000 bis 6060 M. erwächst. Da sind gleich in unserer Gemeinde zwei Bauern, die sich noch dazu in sehr mißlichen Verhältnissen befinden, die werden sich von solchen Schlägen nicht mehr erholen.“ Ein Bericht aus Schwalm lautet: „Fünf Söhne, zehn Kinder, zehn Tagwerk, Anwesen verschuldet, verkauft.“ Ein Tagelöhner und Bauer aus Unterfranken hatte fünf Tagwerk, stellte vier Soldaten und schreibt: „Das ohnehin geringe Vermögen ist durch die Militärflicht aufgebraucht worden.“ Und so geht es immer weiter. Am schlimmsten aber ist es dann, wenn Witwen diese Lasten tragen sollen oder wenn der Sohn, als der einzige Ernährer einer ganzen Familie nach dem Wegsterben des Vaters trotz aller Vorstellungen vom Militär nicht freigegeben wird. Eine Witwe in Oberbayern hat fünf Söhne beim Militär gehabt, zweimal zwei zu gleicher Zeit, Ausgaben 1500 M., „für die Witwe

ist das eine fast unerschwingliche Last“, schreibt der Obmann. Eine andere Witwe hatte fünf Söhne beim Militär, jeder erhielt mindestens 100 M., „was die Mutter als Tagelöhnerin, Verdingerin, Gräberrichterin verdiente, mußte sie größtenteils ihren Söhnen opfern“. So klagt es aus all den Zuschriften. Da ist der Vater gestorben, der älteste Sohn von den sechs Kindern hat das Anwesen übernommen, aber nachdem er eine Weile zurückgestellt worden ist, bekommt er doch die Einberufungsorder und muß einrücken, während das Anwesen verfällt. Da hat ein Sohn die Hufschmiede, aber er muß zum Militär und eine unerfahrene Frau, die Mutter, muß inzwischen mit einem Gesellen die Schmiede führen. Da hat der Sohn die alten Eltern allein zu ernähren, aber es hilft ihm alles nichts. „Die Fälle, wo ganze Familien daran wirtschaftlich zugrunde gegangen sind, sind nicht selten“, resümiert Dr. Heim. Und seufzend fügt er im Hinblick auf die jetzt geplante furchtbare Heeresvermehrung hinzu: „Wie wird das erst in Zukunft werden!“



Der gemeinsame deutsch-französische Aufruf gegen das Wettrüsten.

Die deutsche Friedensgesellschaft und die ständige Vertretung der französischen Friedensgesellschaften haben einen gemeinsamen Protest gegen das Wettrüsten verfaßt, der an ungefähr 1000 deutsche und französische Zeitungen versandt und in ca. 100 deutschen und französischen Städten (dort in beiden Sprachen) affiziert wurde.

Das wichtige Dokument sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

Aufruf!

Das Internationale Friedensbureau in Bern hat sich mit einem Aufruf an die Regierungen, die Parlamente und die Völker gewendet, um die unheilvolle Steigerung des Rüstungswettkampfes, die gegenwärtig die ganze Welt bedroht, abzuwenden.

Die Entscheidung liegt bei Deutschland und Frankreich. Deshalb wenden wir deutsche und französische Friedensfreunde uns gemeinsam an unsere Landsleute.

Enorm ist seit Jahrzehnten die Steigerung der Rüstungslasten. Die fünf Mächte, die heute im Dreibund und im Zweibund gruppiert sind, hatten im Jahre 1896/97, zur Zeit, da der Zweibund abgeschlossen wurde, Militär- und Marinebudgets in der Höhe von reichlich 2½ Milliarden Mark, fast gleichmäßig auf beide Mächtegruppen verteilt, Schuldzinsen und andere Nebenets nicht gerechnet. Heute, nach 16 Jahren, ist diese Rüstungslast auf nahezu fünf Milliarden jährlich angewachsen; die Verteilung auf Dreibund und Zweibund ist die gleiche geblieben.

Die weitere Rüstungsvermehrung, die heute den Völkern zugemutet wird, ist so ungeheuerlich wie noch niemals irgendeine zuvor. Noch niemals ist es aber auch so einleuchtend ge-

wesen, daß diese riesigen Anstrengungen ihren Zweck vollkommen verfehlen.

Der Zweck der Rüstungen soll sein, den Frieden zu sichern. Jedes Land sieht diese Sicherung in der Steigerung seiner eigenen Wehrkraft und fühlt sich gleichzeitig durch fremde Rüstungen bedroht. Niemand aber kann bestreiten, daß das Wachstum der Rüstungen eines jedes Landes durch die Maßnahmen aller übrigen Länder ausgeglichen wird. Wie in der Vergangenheit, so heute und künftig! Deutschland und Frankreich sollen jetzt vorangehen. Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien werden unmittelbar folgen. Dann wird das Rüstungsfieber auf die anderen Mächte, die heute noch, scheinbar unbeteiligt, zur Seite stehen, übergreifen.

Und das Ergebnis dieser ungeheuren Anstrengungen? Für den Zweck, um den es sich allein handeln kann, für eine Verschiebung im militärischen Kräfteverhältnis, wird nichts, aber auch gar nichts gewonnen werden. Nur zweierlei wird sicher erreicht werden — die Mächte haben es am 29. Juli 1899 im Haag einstimmig und feierlich erklärt: eine Schädigung des materiellen und des moralischen Wohles der Völker. Dank der enormen Steigerung der Rüstungen werden die Steuern noch schwerer auf den Völkern lasten; die schaffenskräftige Jugend wird noch mehr für den Dienst im Heer und in der Marine beansprucht werden, alles auf Kosten der Mittel und Kräfte, die nötig wären für die Werke friedlicher Kultur und für das wirtschaftliche Gedeihen der Massen. Und dazu werden Verstimmung, Mißtrauen und Erbitterung der Völker untereinander oder auch — der Völker gegen ihre Regierungen gefährlich anwachsen.

In dieser verantwortungsvollen Stunde glauben wir unsere Pflicht als wahre Patrioten zu erfüllen, indem wir an die gesunde Vernunft der Regierungen, der Parlamente und der Völker appellieren.

Wir stellen nur eine Frage:

Ist es nicht ein Gebot des gesunden Menschenverstandes, sich dahin zu verständigen, daß man gleichzeitig und gleichmäßig auf Maßnahmen, die einen so furchtbaren Druck erzeugen und die noch dazu sofort durch Gegenmaßnahmen unwirksam gemacht werden, verzichtet?

Jeder Vernünftige erkennt: So können die Dinge auf die Dauer nicht weitergehen! Jeder empfindet heute mehr als je die Sinn- und Nutzlosigkeit dieses Rüstungswettkampfes. Und doch ergeben sich Millionen unserer Mitbürger darein, wie in ein unabwendbares Fatum. Ist das würdig politischer mündiger Nationen?

Wäre es nicht geboten, jetzt, ehe weitere Milliarden geopfert sind, dem Rüstungswettkampf eine Grenze zu setzen?

Eine einzelne Regierung, ein einzelnes Parlament, ein einziges Volk kann nicht vorangehen. Aber für ein gleichzeitiges und gemein-

sames Vorgehen gibt es bei gutem Willen Wege der Verständigung. Neutrale Mächte können, wenn dadurch das Einvernehmen erleichtert wird, die Vermittlung übernehmen.

Wenn die Regierungen und Parlamente sich nicht entschließen, diesen Weg zu gehen, so wird man zu spät erkennen, wie berechtigt unsere Mahnung war.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.

Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft

Dr. Adolf Richter, Vorsitzender.

La Délégation Permanente
des Sociétés Françaises de la Paix
Prof. Charles Richet, Président.



Verschiedenes.

Gibt es in Oesterreich eine Kriegspartei? :: ::

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hitze, eines der hervorragendsten Mitglieder der Zentrumsparlei, sprach am 13. April in einer Sitzung des Wahlkreis-Komitees der Zentrumsparlei des Wahlkreises Gladbach über: „Die neue Wehr- und Deckungsvorlage im Reichstage.“ Dabei sagte er folgendes:

„In Oesterreich war es vor allem der ehrwürdige Kaiser Franz Josef, welcher sich für den Frieden einsetzte. Allbekannt ist aber, daß in Oesterreich eine starke Kriegspartei und an ihrer Spitze der Thronfolger, der Erzherzog Franz Ferdinand, den Entscheidungskampf zwischen Oesterreich und Rußland unausbleiblich erachtete und deshalb je eher desto lieber den Schlag führen wollte. Mehr als ein General ist unzufrieden ob der Verzögerung zurückgetreten. Ich kann aus persönlichen Unterhaltungen mit einflußreichen Oesterreichern nur bestätigen, daß auch in den weiten Kreisen des Volkes diese Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Krieges vorherrscht. Die Lage war um so mehr eine gespannte, als die russische Armee schlagbereit an der Grenze stand und Oesterreich gleicherweise seine Reserven zurückhielt. Erst in den letzten Monaten ist es Dank der persönlichen Initiative des Kaisers von Oesterreich gelungen, eine Demobilisierung seitens Rußlands zu erreichen.“

Was „die weiten Kreise des Volkes“ anbelangt, bei denen die Ueberzeugung von der „Notwendigkeit des Krieges“ vorherrscht, hat sich der Herr Professor täuschen lassen. Es ist eine verschwindende Minderheit, die sich von den Phrasen einer gewissen Hetzpresse fortreißen läßt und mit ihrer

„Kriegsbegeisterung“ kokettiert. Welches die Leute sind, die zu einem Kriege drängen, geht aus einem „offenen Brief“ hervor, den der Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, also einer an der Kriegsindustrie stark interessierten Unternehmung, Herr Kestranek, Mitte April an den Minister Berchtold richtete und in der Wiener „Zeit“ veröffentlichte. Darin wird der Minister „scharf“ gemacht und zum Kriege gehetzt. Das wertvolle Dokument, das anlässlich der Enthüllungen über die provokatorische Tätigkeit der patriotischen Rüstungshändler übersehen wurde, sei hier in seinen Hauptpunkten festgehalten:

„Die Zukunft wird uns die traurigen Folgen dieser Entäußerung jeden Selbstbewußtseins zeigen, und der Verlust des Prestiges unseres Reiches muß naturgemäß auch eine Einbuße der Autorität des Staates im Innern mit sich bringen. Opfer von Milliarden, tiefe Schädigung des Wirtschaftslebens der Monarchie, Einbuße an Ansehen nach außen und innen, Verlust an Freunden und Gewinn an Gegnern, eine neue, kräftebindende slawische Irredenta im Süden, das werden die Früchte einer schwächlichen, den unabwendbaren Notwendigkeiten ängstlich ausweichenden, ein bestimmtes Ziel vermissenden Politik sein. Der Hinweis jener, die zur Entschuldigung dieser Politik des Ballplatzes glauben machen möchten, daß höhere Faktoren aus natürlichen Gründen einer tatkräftigen Politik abhold sind, ist unzulässig, denn der Minister des Aeußeren ist der verantwortliche Faktor, der die Kraft und den Mut zum Handeln besitzen muß. Nur mutlose und überzeugungsschwache Führer, die nicht die Kraft besitzen, Verantwortungen zu übernehmen, schieben unverantwortliche Faktoren vor. Entweder man will den Frieden um jeden Preis, dann konnte man sich Milliarden ersparen und sich Freunde gewinnen. Oder aber man verfolgt ein bestimmtes Ziel, dann muß man die Kraft und den Mut besitzen, seinen Willen, sei es auch mit Waffengewalt, durchzusetzen. Nicht noch einmal soll das Wort erklingen: „Oesterreich wußte nie, was es wollte, und wollte nie, was es wußte!“

Wenn man weiß, daß in Oesterreich die Anschauung verbreitet ist, die kriegerischen Allüren einer gewissen Gruppe sind nur durch den ernstesten Friedenswillen des greisen

Kaisers gezügelt worden, so wird man mit Erstaunen sehen, daß ein Waffenfabrikant auch revolutionär werden kann, wenn man ihm sein Geschäft stört!



Deutschland und Frankreich. :: :: :: :: :: :: :: ::

Wenn diese Zeilen vor die Augen der Leser kommen, wird die Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier bereits stattgefunden haben und das Ergebnis dieser hochwichtigen Zusammenkunft wird bekannt geworden sein. Aus technischen Gründen kann erst in der nächsten Nummer der Friedens-Warte auf die Einzelheiten dieses wichtigen Ereignisses eingegangen werden. Wir begnügen uns heute damit, die Befriedigung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß eine solche Zusammenkunft überhaupt möglich wurde. Sie ist das sichtbare Ergebnis der seit einem Vierteljahrhundert in den beiden Ländern unausgesetzt wirkenden pazifistischen Arbeit. Es wäre töricht, an diesen ersten Versuch einer deutsch-französischen Verständigung von Parlament zu Parlament zu große Hoffnungen zu knüpfen. Es geht aber auch nicht an, die Tragweite dieses Versuches und die Möglichkeiten für die Zukunft zu gering einzuschätzen. Haben wir doch in dem letzten Jahrzehnt während des deutsch-englischen Antagonismus genügend Gelegenheit gehabt, den Wert solcher auf Verständigung gerichteter Zusammenkünfte kennen zu lernen. Die Berner Konferenz wird schon ein großer Erfolg sein, wenn sie ihre Wiederholung beschließt, was außer Zweifel zu liegen scheint. Ein noch größerer, wenn ein ständiges franko-deutsches Parlamentskomitee ins Leben gerufen werden soll, das von Zeit zu Zeit, bestimmt aber im Augenblicke gewisser Spannungen zusammentreten und gemeinsame Kundgebungen wird erlassen können.

Der Balkankrieg hat die Lage Europas verschoben. Die Militärs in allen Ländern waren die ersten dabei, dies zu begreifen und ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Ein allgemeines Weiterrüsten war das Ergebnis jener Gedankrichtung. Die Verschiebung hat sich aber auch in anderer Weise und in dieser recht erfreulich geltend gemacht. Sie hat die Notwendigkeit erwiesen, daß die durch so viele Antagonismen getrennten großen Kulturvölker dieses Erdteils notwendig näher zusammenrücken müssen. Die Vertreter des europäischen Kulturgedankens haben deshalb die heilige Pflicht, diese Tendenz des Kulturzusammenschlusses zu beschleunigen, an seiner Vollendung mitzuarbeiten. Deutschland und England gehören ebenso wie Deutschland und Frankreich zusammen, um das große Menschheitsziel des durch die Vernunft gesicherten Friedens zu verwirklichen.

Der Augenblick für eine deutsch-französische Verständigung ist daher günstig und bietet Hoffnungen auf ein in absehbarer Zeit erreichbares Ergebnis. Es sind nicht nur die

Parlamentarier, die hier die Arbeit beginnen. Auch andere Volkskreise in Deutschland und Frankreich sind am Werke. Eine deutsch-französische Liga, deren Anfänge bis an die denkwürdigen Sitzungen des Luzerner Friedenskongresses von 1905 zurückreichen, ist in Bildung begriffen und wird in allernächster Zeit mit ihrem Aufruf in beiden Ländern vor die Öffentlichkeit treten. Aus dieser Liga heraus werden fruchtbare Anregungen entstehen, die zur Förderung des Verständigungswerkes der beiden Nationen beitragen werden. Es ist das Beste zu hoffen für die nächste Zukunft.



Ein gefährlicher Zwischenfall und seine vernunftgemäße Erledigung.

Das Preßbureau des Wiener Auswärtigen Amtes hat mitten in der größten Erregung zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien über die Tötung des Franziskaners Palitsch eine grauenhafte Schilderung verbreitet, worin dessen Tod folgendermaßen geschildert worden war:

Am 7. März vereinigte sich in und um Djakowa herum die Soldateska mit fanatischen orthodoxen Geistlichen, um die Bevölkerung gewaltsam zum Uebertritt vom katholischen zum orthodoxen Glauben zu zwingen.

Etwa dreihundert Personen, Männer, Frauen und Kinder, unter ihnen Pater Angelus Palitsch, wurden mit Stricken gefesselt und unter Todesdrohungen zum Uebertritt aufgefordert.

Als letzter kam Pater Angelus an die Reihe. Und er war der einzige, der die Stärke besaß, sich ruhig und würdevoll zu weigern, seinen Glauben zu verlassen.

Als Pater Angelus auf dreimalige Aufforderung und trotz des Flehens der zwangsweise übergetretenen Katholiken bei seiner Weigerung beharrte, spielte sich eine entsetzliche Szene ab, die man im 20. Jahrhundert in Europa nie und nimmer für möglich gehalten hätte.

Auf einen Wink der orthodoxen Priester fielen die Soldaten über den Franziskaner her, rissen ihm das geistliche Gewand vom Körper und begannen mit den Gewehrkolben auf ihn einzuschlagen.

Pater Angelus stürzte mit mehreren Knochen- und Rippenbrüchen zu Boden, die orthodoxen Geistlichen geboten den Soldaten Einhalt und fragten den Schwerverletzten, ob er nunmehr übertreten wolle.

Und abermals schüttelte er das Haupt und sagte ruhig: „Nein, ich verlasse meinen Glauben nicht und breche nicht mein Gelübde.“

Pater Angelus erhielt nun wieder zahlreiche Kolbenschläge, bis ihm schließlich ein Soldat mit einem Bajonettstich die Lunge durchbohrte und so dem Leben des Unglücklichen ein Ende bereitete.

Diese offizielle Mitteilung gab einer gewissen österreichischen Presse, die sich an Ent-

rüstung nicht genug tun konnte, Anlaß, den sofortigen Krieg gegen Serbien zu fordern.

Wenige Wochen später konnten die Wiener Blätter folgende amtliche Depesche veröffentlichen:

Belgrad, 12. April. (Aus amtlicher serbischer Quelle.) Heute fand in Djakowa die Obduzierung des Franziskanermönches Palitsch statt. Die Obduzierung wurde von zwei montenegrinischen Aerzten und einem serbischen Arzt in Anwesenheit der Konsuln vorgenommen. Es wurde festgestellt, daß Palitsch auf weite Distanz durch mehrere Gewehrschüsse getötet wurde. Spuren von Bajonettstichen wurden nicht gefunden.

Die ganze Greuelschilderung war nur zum Zwecke der Verhetzung erlogen.



„Du sollst nicht töten!“ als Anpreisung einer ungesetzlichen Handlung.

Der „Arbeiter-Zeitung“ (5. Mai) entnehmen wir folgende kennzeichnende Mitteilung:

Im Juli des vorigen Jahres gab es irgendwo in Böhmen eine Versammlung junger Leute, die vor der Assentierung standen. Da erhob sich der Arbeiter Josef Jirout und ermahnte die jungen Menschen, als Soldaten niemals die Mordwaffe gegen Streikende zu richten, sondern immer an das fünfte Gebot zu denken: „Du sollst nicht töten!“ Josef Jirout wurde angeklagt und bekam wegen Aufforderung von Militärpersonen zum Ungehorsam drei Monate schweren Kerkers. Die jungen Leute freilich, zu denen der Bibelgläubige gesprochen hatte, waren noch gar keine Militärpersonen. Also konnte auch keine Verleitung von Militärpersonen zum Ungehorsam angenommen werden. Der Oberste Gerichtshof hatte sich mit der ganzen Angelegenheit nochmals zu beschäftigen, hob das erste Urteil wirklich auf, erkannte aber in der Äußerung des Redners eine Anpreisung ungesetzlicher Handlungen und bestrafte den Josef Jirout mit sechs Wochen Arrest. Das fünfte Gebot ist also eine Anpreisung ungesetzlicher Handlungen. Wer zur Befolgung eines göttlichen Gebotes auffordert, begibt sich in die Gefahr, dafür sechs Wochen im Arrest sitzen zu müssen.



Kurze Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

An der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. B. hat sich am 3. Mai unter dem Vorsitz von Herrn Dr. John Mez ein „Internationaler Studentenverein“ nach dem Vorbild von Berlin, Leipzig, Göttingen, Bonn und Heidelberg konstituiert. Bei der Gründungsversammlung sprach Herr Dr. George W. Nasmyth, der Präsident des Zentralkomitees der Internationalen Studenten-Federation „Corda Fratres“, welcher der neue Verein bei-

getreten ist. — Die sechste in der Reihe jener **internat. frmr. Zusammenkünfte**, die bisher in der „Schlucht“, Basel, Baden-Baden, Paris und Luxemburg abgehalten wurden, findet unter dem Schutze des Gr.-Ostens der Niederlande vom 23. bis zum 25. August im Haag statt. Die genannte Großbehörde wird den Anlaß zu einer großen Friedensmanifestation der Weltfreimaurerei benützen, die der Feier der Eröffnung des Friedenspalastes und der Enthüllung des Friedensdenkmals präluieren soll. — **P. H. Eijkman**, der bekannte holländische Vorkämpfer für den Internationalismus ist durch den am 14. April erfolgten Tod seiner Gattin in Trauer versetzt worden. — Ende April starb in London in dem hohen Alter von 85 Jahren **John Westlake**, der Doyen der Völkerrechtswissenschaft und einer ihrer ruhmreichen Vertreter. Von 1900—1906 war er Schiedsrichter in der Haager Liste. Seinen Cambridger Lehrstuhl gab er 1908 auf. Ihm folgte L. Oppenheim. Erst kürzlich ist in der Carnegie-Ausgabe der **Klassiker des Völkerrechts** die von ihm besorgte Neu-Ausgabe von Ayala erschienen. — Mitte April starb in Amsterdam **E. N. Rahusen** im Alter von 87 Jahren. Er war Präsident der Interparlamentarischen Konferenz von 1897 und im Jahre 1899 einer der Niederländischen Delegierten auf der I. Haager Konferenz. Seit 1891 war er Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten, wo er oft für die Schiedsgerichtsbarkeit eintrat. — Die Republik China hat sich Anfangs dieses Jahres an die Trustees der Carnegie-Stiftung mit dem Ersuchen gewandt, ihr einen Ratgeber zu bezeichnen. Diesem Vorlangen wurde stattgegeben und **Frank Johnson Goodnow**, Professor für Verwaltungsrecht an der Columbia-Universität, empfohlen. Dieser verließ Ende April seine Heimat, um sich für drei Jahre nach Peking zu begeben, wo er an der Ausarbeitung einer Verfassung arbeiten wird.

AVS DER BEWEGUNG

Der 70. Geburtstag der Baronin Suttner. :: ::

Am 9. Juni wird **Bertha von Suttner** 70 Jahre alt. Die Friedensarbeiter der ganzen Welt werden an diesem Tage der großen Vorkämpferin und Mitkämpferin in Verehrung und Freundschaft gedenken. Mit der ihrem Wesen eigenen Bescheidenheit hat sie sich jede persönliche Ehrung seitens ihrer Freunde entschieden verboten. Wer die Absicht hat ihr an ihrem 70. Geburtstag eine Freude zu erweisen, der möge ihrem Wunsche gemäß die österreichische Friedensgesellschaft, die die zu Feiernde ins Leben gerufen hat, durch einen Beitrag unterstützen. Es wurde zu diesem Zwecke ein besonderer „Suttner-Fonds“ er-

richtet, dessen Erträgnis der Propaganda der österreichischen Friedensgesellschaft zugute kommen soll. Man richtet die Beiträge unter der Bezeichnung „Suttner-Stiftung“ an die „Wechselstube der k. k. priv. allgemeinen Verkehrsbank vormals Anton Czjzek“, Wien (Post-Scheck-Konto Wien 53 897).

Die „Friedens-Warte“ wird in ihrer Juni-Nummer versuchen, der großen Verdienste der Jubilarin durch einen Festartikel gerecht zu werden.



Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. :: ::

25. Mai: VI. Deutscher Friedenskongreß in Mannheim.

29. Mai: Sitzung des Exekutiv-Rates des europäischen Bureaus der Carnegie-Stiftung in Paris.

7.—8. Juni: Erster belgischer Nationalfriedenskongreß in Brüssel.

10.—13. Juni: IX. englischer Nationalfriedenskongreß in Leeds.

15.—19. Juni: II. Weltkongreß der internationalen Vereinigungen zu Brüssel.

22.—29. Juni: Internationaler Theosophischer Friedenskongreß in Visingskö, Schweden.

4.—30. August: Abhaltung eines internationalen Friedens-Seminars in Kaiserslautern.

19.—21. August: VIII. Deutscher Esperantokongreß in Stuttgart.

18.—23. August: XX. Weltfriedenskongreß im Haag.

23.—25. August: Internationaler Friedenskongreß der Freimaurer im Haag.

29. August: Einweihung des Friedenspalastes im Haag.

29. Aug. bis 13. Sept.: VIII. Weltkongreß der Studentenverbände (Corda Fratres) in Ithaca, New York.

29.—31. August: IX. Internationaler Esperantokongreß in Bern.

1.—5. September: Internationale Studentenvereinigung im Haag.

3.—6. September: XVIII. Interparlamentarische Konferenz im Haag.

1. Oktober: XXVIII. Konferenz der Int. Law Association in Madrid.



Generalversammlung der russischen Friedensgesellschaft.

Am 25. März fand in St. Petersburg, wie alljährlich, die Generalversammlung der russischen Friedensgesellschaft statt.

Präsident **Maxim Kowalewsky** sprach über die politischen Verhältnisse und führte aus, daß die Schiedsgerichtsbarkeit der beste Weg zur Austragung internationaler Konflikte sei. Generalsekretär **E. Semenov** berichtete über die Tätigkeit der Gesellschaft im abge-

laufenen Jahr und über die Ereignisse dieses Jahres, indem er die Meinung zum Ausdruck brachte, daß der Pazifismus mehr als je dazu berufen sei, die beste auf Recht, Gesetz und Gerechtigkeit beruhende Organisation der internationalen Beziehungen zu suchen und zu finden. Verwaltungsrat Michel Fedoroff, Mitglied des Komitees, sprach über die durch einen Krieg der sechs Großmächte entstehenden wirtschaftlichen Probleme. Dieser wirklich ausgezeichnete Vortrag wird demnächst als Propagandabroschüre erscheinen.

Es folgte dann die Wahl des Komitees. Gewählt wurden: Maxim Kowalewsky, Präsident, W. Philophoff und Frau, Dr. A. Chabanoff, Vize-Präsidenten, E. Semennoff, Generalsekretär, G. Sarkisoff, Vize-Sekretär; die anderen Mitglieder des Komitees wurden wiedergewählt.

LITERATUR U. PRESSE

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Erlebnis und Bekenntnis. Eine Sammlung von Selbstbiographien. Bis jetzt erschienen 6 Bände.

Platter's, Thomas und Felix, Lebensbeschreibungen. Herausgegeben von Otto Fischer. „Erlebnis und Bekenntnis“. Bd. I. 8°. München 1913. 480 S. Martin Möricke's Verlag. Pppbd. 3 M.

Goethe, Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit. Ungekürzte Ausgabe. „Erlebnis und Bekenntnis“. Bd. II. 8°. München 1913 mit Bildnissen. 768 S. Martin Möricke's Verlag. Pppbd. 3 M.

Moritz, Karl Philipp, Anton Reiser. Ein autobiographischer Roman. Herausgegeben von Heinrich Schnabel. „Erlebnis und Bekenntnis“. Bd. III. 8°. München 1913. Mit dem Bildnis von Moritz. 488 SS. Martin Möricke's Verlag. Pppbd. 3 M.

Lauckhard, Magister, Sein Leben und seine Schicksale, von ihm selbst beschrieben. Herausgegeben von Heinrich Schnabel. „Erlebnis und Bekenntnis“. Bd. IV. 8°. München 1913, mit dem Bildnis Lauckhards. 475 S. Martin Möricke's Verlag. Pppbd. 3 M.

Rousseau's Bekenntnisse. Gekürzt und herausgegeben von Dr. Otto Fischer. „Erlebnis und Bekenntnis“. Bd. V. 8°. München 1913, mit dem Bildnis Rousseaus. 492 S. Martin Möricke's Verlag. Pppbd. 3 M.

Cellini, Benvenuto, Das Leben des. Von ihm selbst geschrieben. Uebersetzt von Heinrich Conrad. „Bekenntnis und Erlebnis“. Bd. VI. 8°. München 1913, mit 4 Kunstbeilagen. 677 S. Martin Möricke's Verlag. Pppbd. 3 M.

Diese ausgezeichnete Memoiren-Sammlung stellt sich die Aufgabe, kulturgeschichtliche Dokumente durch die Selbstdarstellung von Erlebnissen zu liefern. Männer, die etwas erlebt und zu sagen hatten, schildern, indem sie ihr

eigenes Leben erzählen, auch ihre Zeit. Der Leser erhält so eine plastische Darstellung verschiedener Jahrhunderte. Für den Pazifismus von besonderem Interesse sind die Schicksale des Magister Lauckhard, der uns den Koalitionsfeldzug gegen Frankreich in abschreckender Deutlichkeit vor Augen führt.

Andrews, Fannie Fern, The Promotion of Peace. I. Suggestions for the Observance of Peace Day (May 18) in Schools. II. Agencies and Associations for Peace. United State Bureau of Education. Bulletin 1913. No. 12. Whole Number 519. 8°. Washington. Government Printing Office 1913. 66 S. Kostenlos durch die „American School Peace League“.

Diese von dem amerikanischen Unterrichtsministerium veröffentlichte Anleitung zur Feier des Friedenstages in den Schulen ist für unsere mitteleuropäischen Begriffe eines der wunderbarsten Dokumente. In Oesterreich z. B. bemüht sich die oberste Unterrichtsbehörde die Schulen möglichst zu militarisieren*). Man ist dahingekommen, in den Mittelschulen den Schieß-Unterricht einzuführen. In Deutschland wird in den Schulen von Amts wegen der kriegerische Geist gefördert. Zu einer Förderung der Friedensidee hat man sich da nirgends noch aufgeschwungen. Und hier haben wir eine offizielle Denkschrift in Händen, die in der Washingtoner Regierungsdruckerei angefertigt ist und die den Lehrern und Schulleitern eine Anleitung in die Hand gibt, nach der sie den Schülern die Friedensidee begreiflich machen können. Wie pazifistisch diese Anleitung gehalten ist, geht daraus hervor, daß sie von einer führenden Pazifistin bearbeitet wurde.

Wir finden neben wertvollen und orientierenden Uebersichten über die Entwicklung der Friedensbewegung noch nachstehende Artikel in jener Schrift: Die Feier des Friedenstages von Ferdinand Buisson; Die Eröffnung des Friedenspalastes von A. P. C. Karnebeck; Bei den Lehrern der Vereinigten Staaten von Baronin Bertha v. Suttner; Die Cosmopolitan-Clubs von Louis P. Lochner usw. Im Anhang findet man geeignete Friedensgedichte, Zitate und eine ausführliche Bibliographie.

Neurath, Otto, Die Kriegswirtschaftslehre als Sonderdisziplin. Abdruck aus: Weltwirtschaftliches Archiv. I. Bd. Heft 2. Jena im April 1913. 8°. 7 S. Nicht im Handel.

Neurath bemüht sich, die Notwendigkeit eines neuen Wissenschaftszweiges zu betonen. Den Einfluß des Krieges auf die Wirtschaft darzulegen halten wir für äußerst wichtig. Wir sind nämlich der Ueberzeugung, daß solche Forschungen nur neue Argumente gegen den Krieg und gegen den bewaffneten Frieden bringen müssen, wenn sie objektiv angestellt werden. Neurath scheint nicht dieser Ansicht zu sein. Er polemisiert gegen Norman Angell, dem er Tendenz zum Vorwurf macht und dessen Thesen ihm als „übertrieben formuliert“ erscheinen, wodurch sie „grotesk und skuril“ wirken. Er macht der Friedensbewegung, die außer Norman Angell doch auch einen Bloch hervorgebracht hat, ziemlich unberechtigt den

*) Siehe den Artikel in dieser Nummer.

Vorwurf, daß sie sich „bisher auf ökonomischem Gebiet sehr steril gezeigt hat“. Die durch die Carnegie-Stiftung angeregten wirtschaftlichen Einzeluntersuchungen will Neurath nicht auf das Konto der Friedensbewegung stellen, „weil sie“, wie er ausführt, „inhaltlich kein Ausfluß der Friedensbewegung sind“, da laut Statut die Division of Economics and History völlig objektive Arbeiten über die ökonomischen und historischen Ursachen und Wirkungen der Kriege zu unterstützen hat, daher Ergebnisse nicht ausgeschlossen sind, welche die Friedensbewegung nicht zu unterstützen geeignet erscheinen. Bei einzelnen Arbeiten mag das ja der Fall sein; aber das Gesamtergebnis wird unzweifelhaft zugunsten der Friedensbewegung ausfallen, in dem Sinne zu wirken die Carnegie-Stiftung begründet wurde.

Wertheimer, Eduard von, Graf Julius Andrassy. Sein Leben und seine Zeit. Nach ungedruckten Quellen. II. Bd. Bis zur geheimen Konvention vom 15. Januar 1877. XX und 420 S. III. Bd. Letzte Lebensjahre. — Charakteristik Andrassys. XV und 373 S. 2 Bde. Gr. 8°. Stuttgart 1913. Deutsche Verlagsanstalt. Hfz.

Auf das Erscheinen des I. Bandes dieses biographischen Werkes ist bereits in der Januar-Nummer des Jahrgangs 1911 der Friedens-Warte hingewiesen worden. Die beiden letzt erschienenen Bände bieten vom pazifistischen Gesichtspunkt eine reichere Ausbeute. Behandeln sie doch die wichtigen Ereignisse des russisch-türkischen Krieges, des Berliner Kongresses und der Okkupation Bosniens und der Herzegovina. Gerade jetzt, wo die Balkan-Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie im Mittelpunkt des europäischen Interesses steht, bieten diese beiden Bände mannigfache orientierende Anhaltspunkte über die Vorgeschichte und Tendenzen dieser Politik. Freilich aber auch über ihre Irrungen. In das Treiben der alten und alternen Diplomatie wie der führenden Militärkreise gewährt auch diese Lebensbeschreibung eines führenden europäischen Staatsmannes ähnliche interessante Einblicke wie die Memoiren des Fürsten Hohenlohe. Viel Kriegsgeschrei und Kriegsgläubigkeit tritt daraus hervor und man erkennt, wie über die Köpfe der Völker hinweg mit deren Köpfen gespielt wird.

Ein Beispiel hierfür: Andrassy hielt den Einmarsch in Bosnien zum Zwecke der Okkupation, wofür bekanntlich der Monarchie am Berliner Kongreß das Mandat erteilt wurde, für einen Spaziergang. Er glaubte, man werde die österreichisch-ungarischen Truppen mit offenen Armen empfangen. Er machte aber die Rechnung, ohne das Ruhmesbedürfnis der hohen Militärs zu berücksichtigen. Die Okkupation gestaltete sich zu einem recht blutigen Feldzug. Andrassy äußerte sich darüber zu dem deutschen Botschafter in Wien wie folgt: „Anstatt, daß man getrachtet hätte, rechtzeitig mit geringeren, aber kampfbereiten Truppen dazustehen, mit denen aller Wahrscheinlichkeit nach eine friedliche Besetzung erzielt werden konnte, verzögerten sich die Vorbereitungen für den Einmarsch bis zu dem Moment, wo er ohne Gefahr für den ganzen Unternehmung nicht mehr hinausgeschoben werden durfte. Das war allerdings nach dem Geschmack Philippoviés und vieler Offiziere, die keine friedliche Ok-

kupation wünschten, wo keine Lorbeeren zu holen waren, sondern sich nach dem Krieg in großem Stil sehnten, mit all dem, was damit in Zusammenhang zu stehen pflegt. Man darf auch annehmen, daß er über die blutige Wendung, die die Dinge in Bosnien nahmen, gar nicht ungehalten war. Jetzt bot sich Gelegenheit zur Auszeichnung auf dem Felde der Ehre.“ So also stellen sich die Kriege hinter den Kulissen dar, die man auf der Weltbühne als ein Element der göttlichen Weltordnung drapiert. Solche lehrreichen Blicke in das technische Gebiet der Weltgeschichte bietet das Werk Wertheimers in Fülle.

Lammasch, Heinrich,
Die Rechtskraft internationaler Schiedssprüche. 4°. Kristiania, München und Leipzig 1913. Publications de l'Institut Nobel Norvégien. Tome II. Fasc. 2. 227 S. Duncker & Humblot.

Dieses neue Werk des hervorragenden Rechtsgelehrten zerfällt in vier Hauptstücke. I. Der Inhalt der Schiedssprüche. II. Die Wirkungen des Schiedsspruches. III. Rechtsmittel gegen den Schiedsspruch. V. Die Ausführung des Schiedsspruches. An anderer Stelle dieser Nummer ist auf die Bedeutung dieses Werkes von berufener Seite hingewiesen worden. In einer der nächsten Nummern dieser Blätter werden wir noch ausführlich auf diese wichtige Veröffentlichung zurückkommen.

Puttkammer, v.,
Die Mißerfolge in der Polenpolitik. 8°. Berlin 1913. Verlag von Karl Curtius.

Dieses Büchlein ist eine sehr willkommene Gabe. Der den Friedensfreunden wohlbekannte Baron v. Puttkamer ist lange Jahre im Kreise Mogilno als Landrat tätig gewesen und ist daher wie kein anderer dazu berufen, auf Grund eingehender Sachkenntnis ein beachtenswertes Urteil über die Polenfrage abzugeben. Frei von aller Schönfärberei sucht er doch der polnischen Eigenart gerecht zu werden. Es ist ihm in der vorliegenden Schrift vorzüglich gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß die an sich fügsame und leichtlebige polnische Nation sich längst in das Zusammenleben mit den Deutschen gefunden hätte, wenn sie nicht durch die verkehrte Polenpolitik daran gehindert worden wäre. Die Unterdrückung der Polen, wie sie sich in Enteignungsgesetzen u. a. Ausnahmeverordnungen äußert, ist nicht nur unchristlich und ungerecht, sie ist auch im Interesse des Staates durchaus verkehrt. Daß die Preußen ihre Polen schlechter behandeln als die Russen die ihrigen, daß der deutsche Name im Ausland verlästert wird um der rückständigen Zwangsmaßregeln willen, mit denen die Polen drangsaliert werden, daß Beamte, Rechtsanwälte und Aerzte, die von Regierungen wegen in die Ostmarken versetzt oder mit besonderen Zulagen dorthin gelockt werden, die Landessprache vielfach gar nicht verstehen, daß durch die künstliche Parzellierung des Großgrundbesitzes die Lebensmittelpreise direkt verteuert werden, daß der Schutz der Ostgrenze durch ein unzufriedenes Polenvolk erschwert wird, das alles mag in der Broschüre Puttkamers selbst nachgelesen werden. Wir Friedensfreunde können diesen tapferen Protest eines unserer mutigsten Mitkämpfer nur dankbar begrüßen, wissen wir doch aus Erfahrung, wieviel eine gerechte Be-

handlung der nationalen Minderheiten zu dem internationalen Vertrauen beiträgt, das wir als Voraussetzung für die Annäherung der Völker betrachten müssen. O. U.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Herausgeg. von Prof. Dr. Josef Kohler, Berlin, und Prof. Dr. L. Oppenheim, Cambridge. II. Bd. 5. u. 6. Heft. Breslau 1913. J. U. Kerns Verlag.

Aus dem Inhalt: W. Kaufmann, Das Panamakanalgesetz der Vereinigten Staaten vom 24. Aug. 1912 und das Völkerrecht. — Depeschenwechsel zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zum amerikanischen Panamakanalgesetz. — Dr. Karl Strupp, Ein russisch-türkischer Streitfall vor dem Haager Schiedsgericht. — usw. usw.

La Vie Internationale. Tome III. Fascicule 11. Brüssel 1913. Office central des Associations Internationales.

Aus dem Inhalt: Institut International de Chine. — Relations économiques anglo-allemandes. — Conférence centrale américaine. — Conférence de la Paix. — usw. usw.

Bulletin of the Pan-American Union. Washington 1913. März.

Aus dem Inhalt: International Congress of Students. — Secretary Knox' Farewell to the Governing Board. — Special Missions Welcome President Wilson.

Gießwein, Dr. Alexander, Der Friede Christi. Christentum und Friedensbewegung. 169. Wien 1913. 40 S. Preis: 20 Heller.

Lamprecht, Prof. Dr. Karl, Eine Gefahr für die Geisteswissenschaften. Sonderabdruck aus „Die Zukunft“, Nr. 27, 1913. 8°. Berlin 1913. 12 S. Verlag der Zukunft.

Strupp, Dr. Karl, Ein russisch-türkischer Streitfall vor dem Haager Schiedsgericht. Sonderabdruck aus: Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Bd. II. 8°. Breslau 1913.

Svenske, Harald, Antwort auf Sven Hedins Warnungsruf! Herausgegeben von der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung in Stockholm (Friedensschriften Nr. 9). Ins Deutsche übertragen von Dr. F. Joel. 8°. Leipzig 1913. 73 S. Kommissions-Verlag von Teichmann & Co. 75 Pf.

Associated Councils, The, of Churches in the British and German empires for fostering friendly Relations between the two peoples. British Council. Second Annual Report for the year 1912. 8°. (London 1913.) 142 S. Verlag der Gesellschaft. Adresse des Sekretärs: W. H. Dickinson, 41 Parliament Street, London SW.

Capen, Samuel B., Foreign Missions and World Peace. Address at Portland, Maine. Oct. 10. 1912. World Peace Foundation Pamphlets Series. Oct. 1912 No. 7. Part. III. 8°. Boston 1913. 23 S. World Peace Foundation. 29 A Beacon Street. Kostenlos.

Deming, William C., The Opportunity and Duty of the Press in Relation to World Peace. International Con-

ciliation. May 1913. No. 66. 8°. New York 1913. Am. Association for Int. Conciliation. Sub-Station 84 (107 West 117th Street) Kostenlos.

Hobson, J. A., The German Panic. With an Introduction by the right Hon. the Earl of Lorneburne. 8°. London 1913. 30 S. Cobden-Club. 1 Penny.

Lange, Christian L., The Interparliamentary Union. International Conciliation. April 1913. No. 65. 8°. New York 1913. 14 S. Am. Association for Int. Conciliation. Sub-Station 84 (407 West 117th Street). Kostenlos.

Liverpool Peace Society, Annual Meeting and Report. 1913. 8°. (Liverpool 1913). 19 S. Liverpool Peace Society. Kostenlos.

Conseil Interparlementaire. Procès Verbaux. III. Séance du 18. mars 1913. Palais de la Nation, Bruxelles. 8°. Bruxelles 1913. 35 S. Verlag der Interp. Union. Kostenlos.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Mai. O. U., Die Geschlossenheit der europäischen Diplomatie. — Noch ein Wort zur Lage in Elsaß-Lothringen. — Ernst Reis, Herbert Spencer und die Friedensbewegung. — Prof. Wilh. Förster, Spionage, Geheimfonds, Totalisatoren. — usw. usw.

Der Friede (Bern). April. G.-C., Gegenwart und Zukunft — Hermann Cohn, Die Friedensidee im Alten Testament. — W. Kohl, Rüstungen und kein Ende! — usw. usw.

Die Friedensbewegung (Bern). April, Manifestationen gegen die neuen Wettrüstungen. — Statistik und amtliche Mitteilungen. — Aus allen Ländern. — usw. usw.

Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung (Würzburg u. München). II. Jahrg, Nr. 2. Prof. R. Piloty, Emanuel Ritter v. Ullmann †. — W. Kloß, Das alte und das neue Haager Schiedsabkommen. — Prof. R. Piloty, Zur Psychologie des Chauvinismus.

Vaterland und Welt (Göttingen). Nr. 7. Dr. G. W. Nasmyth, Der Internationale Studentenbund „Corda Fratres“. — C. v. Schweirin, Nobiles Academici, Heidelberg. — usw. usw.

Die Eiche (Bern). Nr. 2. D. Dryander, Deutschland und England. — F. Siegmund-Schultze, Friede und Mission. — D. Spiecker, Das Privateigentum im Seekrieg. — O. Umfrid, Der deutsch-englische Flottenwettbewerb. — A. Erkelenz, Arbeiteraustausch zwischen Deutschland und Großbritannien. — Th. Mann, Der christliche Studentenweltbund und der Friede unter den Nationen. — K. Bornhausen, Die Verwertung der kirchlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. — Th. Komlah, Chronik der deutsch-englischen Beziehungen. — usw. usw.

La Paix par le Droit (Paris). 10. April. Th. Ruyssen, Le Pacifisme en Alsace-Lorraine. — Jacques Dumais, „Aux écoutes de la France qui vient“. — Contre l'accroissement de la durée du Service. — J. Prudhommeaux, La justice internationale à bon marché. — usw. usw.

— 25. April. Dr. Hans Wehberg, Les vingt premières années du mouvement pacifiste en

- Allemagne. — Ch. R., Pierpont Morgan et l'idée de Paix. — La Conférence de Berne pour le rapprochement franco-allemand. — usw. usw.
- Etats Unis d'Europe (Bern). April. La Conférence interparlementaire franco-allemande. — usw. usw.
- The Arbitrator (London). Mai. Armour-Plate Patriotism. — Private Property at Sea. — Mr. James Bryce on World Unity. — Lord Rosebery on the press and War. — Farmers ruined by Conscription. — usw. usw.
- Concord (London). April. Felix Moscheles, „Et voilà comme on écrit l'histoire!“ — J. F. Green, The Balkan War. — David Starr Jordan. — usw. usw.
- Herald of Peace (London). April. The Panama Canal Dispute. — Teignmouth Shore, Does England need her fleet? — The Lack of great Leadership. — usw. usw.
- Monthly Circular of the National Peace Council (London). April.
- Peace and Goodwill (Wisbech). April.
- The Advocate of Peace (Washington). April. Andrew Carnegie, The baseless Fear of War — Charles L. Coon, What the Schools can do for Peace. — James L. Tryon, Sulgrave Manor, a Shrine of British-American Peace. — S. A. Whitterspoon, No more Battleship needed.
- The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc.). März. Alfred Dachnowski, The Trend of the Times. — J. H. Vogel, Japan seeks only Peace. — W. N. Fenninger, Broadening our Vision. — W. O. Thompson, The Significance of the Cosmopolitan Club. — J. E. Hamond, The Cosmopolitan Clubs and Esperanto. — James A. Barr, Congresses, Societies and Conventions for 1915. — usw. usw.
- April. (University of Chicago-Number).
- F. Starr, Are we Cosmopolitans or Cosmopolitan? — Bohemian Corda Fratres. — Handbuch der Friedensbewegung. — usw.
- The Japan Peace Movement (Tokio). März. American Peace Society of Japan. Annual Report. In japanischer Sprache: Dr. V. Ireland, Bewaffneter Friede und Lebensmittelteuerung. — H. Miyamoto, Die Balkan-Frage. — Die neuerliche Betätigung der Friedenskräfte in Europa und Amerika. — usw. usw.
- „Vreede door Recht“ (Haag). April. C. A. J. Hartzfeld, Prof. van Vollenhovens politieplan niet geschikt voor dezen tijd. — Van der Vies, Felix Moscheles. — H. J. de Lange, Mit buitenlandische Organen der Friedensbewegung — usw. usw.
- Fredsfanan (Stockholm). April. Gösta Sellesberg, Förverkligar en hundraårig Fred? — Thomas Thrap, Krigets Logik. — usw. usw.
- Fredsbladet (Kopenhagen). April. Niels Petersen, Fredsvennerne hjemlige Virkefelt. — C. Th. Zahle, Militaervaesenet og de sociale Udgifter. — Olaf Forchhammer, Fredspolitik eller Faestningspolitik? — Niels Petersen, Voldgiftstraktaterne og Interessensfaellenskabet mellem Landene. — usw. usw.

Artikel-Rundschau. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im „März“ vom 29. März spricht Ludwig Thoma von den „Gifftischern“. Gemeint ist damit die unentwegte Hetzpresse. Man wäre versucht, den ganzen Artikel abzudrucken.

Hier nur einige Stellen daraus: „Geben wir der chauvinistischen Presse, was der Presse ist. Schmätern wir nicht ihr Verdienst! Sie hat es erreicht, hüben und drüben, daß alle Fäden zerrissen sind, daß jedes Wort, jede Gebärde mißverstanden wird, daß Gerechtigkeit, Humanität, Friedensliebe als schwächliche Anwendungen von jedem schreienden Stubenhocker verhöhnt werden dürfen. Lassen wir der gelben Presse diese Ehre! Es ist die Kleinarbeit von 365 Tagen im Jahre, Mosaik, zusammengesetzt aus Gemeinheiten, Entstellungen, Lügen. Es ist die Arbeit nicht von mächtigen Geistern, sondern von kleinlichen Leuten, die niedrigen Instinkten schmeicheln, verbrecherischen Begierden dienen und trotzdem durch Phrasen, durch nichts anderes als Phrasen die Ehrlichen und Verständigen zum Schweigen zwingen. Keiner von diesen Leuten hätte die Gabe, das Volk fortzureißen, vielleicht jeder von ihnen erregt Unwillen und Verachtung bei den Näherstehenden, und doch haben sie es vermocht, durch Wiederholen und Wiederholen, daß leere Worte und Lügen zu unantastbaren Wahrheiten geworden sind, und doch haben sie Tropfen für Tropfen der öffentlichen Meinung Gift eingeflößt, bis diese in krankhafter Ueberreizung die Kraft zum Widerstande verloren hat.“

Und weiter: „Auch in Deutschland wirkt die immer wieder verkündete Botschaft von dem unvermeidlichen Kriege lähmend und verderblich. Die gefaßte und ruhigere Art des Volkes läßt wohl solche Frechheiten, wie sie die Rotzlöffel, die Herren Camelots du Roi und andere, verüben dürfen, nicht zu, aber wir pfeifen leider auch die Propheten nicht aus, welche im Lande herumreisen und von der „tatenarmen Zeit“ faselieren.“

Erfreulich ist es, daß die Reichsregierung jetzt häufiger als früher das gemeingefährliche Treiben jener Presse brandmarkt. So findet sich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 22. April folgende offiziöse Erklärung: „Wir finden in einem deutschen Blatte, in der „Post“, aus Anlaß der Nancyer Vorgänge beschimpfende Ausfälle gegen das französische Volk im ganzen. Derartige Machwerke stoßen gegen echten Patriotismus und wahre deutsche Gesittung. Sie liefern dem Auslande, zu Unrecht verallgemeinert, den Vorwand, eigene chauvinistische Treibereien mit deutschen Maßlosigkeiten gleicher Art zu entschuldigen. Im Interesse des Ansehens und der Würde des deutschen Namens, den sie kompromittieren, muß eine derartige Sprache, als eines hochstehenden Volkes unwürdig, energisch zurückgewiesen werden.“ Bravo so! Da wir gerade von der Presse sprechen, sei eines in der „Frankfurter Zeitung“ vom 17. 4. enthaltenen Artikels gedacht, der von dem Haager Korrespondenten jenes Blattes herrührt und „Erbauliches vom Friedensbau“ betitelt ist. Da wird der Bauleitung des Haager Friedenspalastes der Vorwurf gemacht, daß sie einen Aufenthaltsraum für die Presse vergessen habe. Dann lesen wir mit starrem Entsetzen folgenden Satz: „Wir sind so dreist, zu fragen, ob es nicht die Presse der ganzen Welt war, die den Friedensgedanken gehegt und gefördert hat, die erst jene Stimmung hervorgebracht hat,

aus der die Friedenskonferenzen und die Idee des Friedenspalastes gewachsen sind.“ Diese Frage ist so haarsträubend naiv, daß wir sie in der „Friedens-Warte“ und vor einem pazifistisch eingeweihten Publikum wahrlich nicht zu beantworten brauchen. Aber doch können wir uns nicht enthalten, dem naiven Fragesteller zu sagen, daß der Satz die Tatsachen gerade auf den Kopf stellt. Das Gegenteil ist richtig. Es gibt in der großen Menschheitsgeschichte keine Kulturerscheinung, die in ihren Anfängen von der Presse derartig mißverstanden, verlacht, verhöhnt und bekämpft wurde wie das Haager Werk. Mit einer Ausnahme von vielleicht einem Dutzend Zeitungen am ganzen Erdenrund hat es die gesamte Presse der Welt jene Stimmung zu bekämpfen unternommen, aus der die Friedenskonferenzen und die Idee des Friedenspalastes hervorgewachsen sind. Das kann ich beweisen. Aus der Zeit der I. Haager Konferenz bewahre ich eine ganze Kiste von Zeitungsausschnitten, die ich später einem Museum überantworten werde; und auch aus den späteren Perioden kann ich mit Belegen über die Haltung der Presse dienen. Das rechtfertigt allerdings nicht den Fehler der Haager Bauleitung. Sie mußte auf die Presse, die sich ja mittlerweile zu ändern anfängt, volle Rücksicht nehmen. — „Die schimpfenden Pazifisten“ betitelt „Das neue Deutschland“ einen Artikel (20. 4.), worin Berendsohns Angriff gegen Dehmel aus der letzten Nummer der „Friedens-Warte“ einer Kritik unterzogen wird. Dehmel habe in der bekämpften Aeußerung nur dem Ausdruck gegeben, „was heute stärker und stärker Gemeingeist der wirklich Gebildeten wird. Diese stehen heute längst nicht mehr beim „Berliner Tageblatt“ und der „Friedens-Warte“, sondern sind auf dem Marsch nach ganz anderen Zielen.“ Die Anhänger der Friedensbewegung werden sich ob dieses versteckten Vorwurfs der Unbildung wohl zu trösten wissen.

Artikel. :

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Auf der Toteninsel Adrianopels. „Berliner Tageblatt“. 17. IV. * Die Lehren des Balkankrieges und die Friedensbewegung. „Aachener Allgemeine Zeitung“. 17. IV. * Hugo Schulz, Der Militarismus in der Sackgasse. „Die Neue Zeit“. 18. IV. * Dr. Seufert, Ist die augenblicklich inszenierte bewaffnete Intervention der vereinigten Großmächte ein Beweis für oder gegen die Wirksamkeit der internationalen Friedensidee? „Süchtelner Volkszeitung“. 4. IV. * Maßvolle und maßlose Chauvinisten. „Dresdener Volkszeitung“. 23. IV. * Dr. M. Kronenberg, Krieg und Kultur. „Frankfurter Zeitung“. 20. IV. * Dr. Paul Kammerer, Allgemeine Symbiose und Kampf ums Dasein als gleichberechtigte Triebkräfte der Evolution. (Sonderabdruck aus „Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie“. 5. Heft, 1909.) * Ders. Gegenseitige Hilfe und erbliche Belastung. „Pester Lloyd“, 31. I. * J. Zangwill, Der Kriegsteufel. „Neue Freie Presse“. 21. IV. * Prof. Dr. Robert Piloty, Zur Psychologie des Chauvinismus. „Neckar-Zeitung“ (Heilbronn). 26. IV. * Kurt Eisner, Weltkrieg A.-G. „Vorwärts“. 28. IV. * Edwin D. Mead, what is the Peace Movement? „The Indepen-

dent“. 24. IV. * Alfred H. Fried, Im Namen Europas. „Der Herold“. (Berlin.) 4. V. * Alfred H. Fried, Friedensbewegung. „Das Monistische Jahrhundert“. 19. IV. * Prof. Dr. Wilhelm Foerster, zur Verständigung über den Fortschritt der Menschheit. „Dokumente des Fortschritts“. IV. * Prof. Dr. Ludwig Stein, Die Ueberwindung des Kosmopolitismus durch die Nationalidee. „Nord und Süd“. V. * Sir Max Waechter, England, Germany and the Peace of Europe. „The Fortnightly Review“. V.

II. Die internationale Politik: Dr. Freiherr von Mackay, Deutschland, das europäische Reich der Mitte. „Export“ (Berlin). 24. IV. * H. v. Kupffer, Das deutsche Gespenst in England. „Berliner Lokal-Anzeiger“. 20. IV. * Friedrich Curtius, Nowicows Buch über Elsaß-Lothringen. „Frankfurter Zeitung“. 13. IV. * Le Conflit franco-allemand. „Revue“ (Paris). 1. IV. * René Schickele, „Stimmung“ in Frankreich. „Berliner Zeitung am Mittag“. 17. IV. * F. Schotthoefer, Französischer Chauvinismus. „Frankfurter Zeitung“. 18. IV. * „Z. IV“ in Lunéville. Der Bericht von Kapitän Glund. „Frankfurter Zeitung“. 18. IV. * (Helmut) Eine Lanze für die Diplomatie. „Weser-Zeitung“. 6. IV. * Norman Angell, Einige Worte zur deutsch-englischen Verständigung. „Fortschrittliche Volkszeitung“. (Freiburg i. B.) 14. IV. * E. Gagliardi, Italien und Montenegro. „Der Tag“ (illustrierter). 24. IV. * Georges Bourdon, Entre la France et l'Allemagne. „Revue“ (Paris). 15. IV. * Albert Bencke, Panlawismus, Kriegsentschädigung und andere Dinge. „Handel und Industrie“ (München). 19. IV. * Karl Eugen Schmidt, Deutsch-französische Kriegslust. „Neue Hamburger Zeitung“. 30. IV. * Neue Anregungen für internationale Verständigungen. „Weser-Zeitung“. 27. IV. * Martin Spahn, Oesterreichs Balkanpolitik. „Der Tag“ (illustrierter). 30. IV. * L. Wagner, In eigener Sache. Die Ferienkurse für Ausländer und die Franzosen. „Kaiserlauterer Stadtanzeiger“. 24. IV. * Karl Leuthner, Die Wiener Politik. „Sozialistische Monatshefte“. 24. IV.

III. Völkerrecht: Kurt Wolzendorff, „Das Werk vom Haag“. „Frankfurter Zeitung“. 20. IV. * Dr. Karl Strupp, Lehren des Lunéviller Zwischenfalls für eine völkerrechtliche Regelung der Luftschiffahrt. „Frankfurter Zeitung“. 3. V.

IV. Internationales: Dr. Albert Gobat, Die Achtung vor den internationalen Verträgen. „Ethische Kultur“. 1. V.

V. Wirtschaftliches: Konteradmiral z. D. Stiege, Wettrüsten. „Kölnische Zeitung“. 18. IV. * Die falsche Rechnung. „Pester Lloyd“. 22. IV. * Nationalismus und Geschäft. „Frankfurter Zeitung“. 19. IV. * Die Wehrkraft Deutschlands im Vergleich mit der der anderen europäischen Großmächte. „Militär-Wochenblatt“. 19. IV. * Prof. R. Broda, Paix ou Guerre. Le Problème des Armements. „Les Documents du Progrès“. IV. * Das Kartell des Mordkapitals. Die Internationale der Kriegshetzer. „Arbeiterzeitung“. 30. IV. * Kriegsindustrie und Kriegshetze. „Frankfurter Zeitung“. 1. V. * Der Skandal in der Rüstungsindustrie. „Frankfurter Zeitung“. 3. V.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Pfarrer Umfrid,

Stuttgart, Birkenwaldstr. 26,

nimmt vom 20. Oktober an junge Engländerinnen, Französinen, Belgierinnen, Holländerinnen oder junge Mädchen aus den skandinavischen Ländern in sein Haus. Herrliche Lage. Gute Verpflegung. Alle Bildungsgelegenheiten in der Stadt. Unentgeltlicher Unterricht in der deutschen Sprache. Originelle Methode mit vorzüglichen Erfolgen. Preis monatlich 120 M. Anmeldungen während des Sommers erwünscht.

Frankfurter Friedensverein.

Frankfurt a. M., Gr. Gallusstraße 18.

Der kürzlich verstorbene Herr Adolf Marburg, der von 1893—1902 Vorstandsmitglied und bis zu seinem Ableben ein tatkräftiger Förderer des „Frankfurter Friedensvereins“ gewesen ist, hat in seinem Testament diesem ein Vermächtnis von 3000 M. ausgesetzt. Es ist dieses neben der „Franz Wirthschen Stiftung“ die zweite größere Zuwendung, welche der Friedensverein zu Frankfurt a. M. erhalten hat.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Ihre k. u. k. Hoheit Frau Erzherzogin Maria Theresia ließ unserer Präsidentin den Betrag von 100 K. als Spende für die Oesterreichische Friedensgesellschaft übermitteln.

Den Schluß des 3. volkstümlichen Vortragszyklus bildete der am 23. v. M. abgehaltene Vortrag der Frau Baronin v. Suttner, welche über „Pazifismus in Amerika“ sprach. Der Saal war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt und die Vortragende wurde wiederholt durch stürmischen Beifall unterbrochen.

Friedenstag. Am 18. Mai findet im Festsaale der Wiener Universität ein vom Akademischen Friedensverein veranstalteter Friedenstag statt, bei welchem der Rektor der Universität, Hofrat Dr. Weichselbaum, Baronin Suttner, Alfred H. Fried und Univ.-Prof. Dr. O. Richter sprechen werden.

An den Minister des Aeußeren, Exz. Graf Berchtold, richtete unser Vorstand nachfolgendes Schreiben:

Euer Exzellenz! Mit ungeteilter Freude und hoher Genugtuung wird die gesamte Kulturwelt von einem abermaligen und verbesserten Vorschlage Kunde erhalten, welchen der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Woodrow Wilson, und der Staatssekretär des Auswärtigen, W. J. Bryan, in diesen Tagen zur Vervollkommnung der internationalen schiedsgerichtlichen Vertragsorganisation im diplomatischen Korps zu Washington entwickelt hat.

Die Regierung der nordamerikanischen Union, wo ja Staatsmänner und Bevölkerung im gleichen Maße von der Notwendigkeit überzeugt sind, zu einem internationalen Abkommen über Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstungsstillstand zu gelangen, erstrebt neuerdings diese Uebereinkunft der Staaten.

Diese hochherzige Initiative der Bundesregierung muß gerade in der jetzigen Zeit um so mehr die ernsteste Beachtung aller Kabinette hervorrufen, als sich ja nur zu deutlich erwies, wie sehr Kriege, trotz stärkster Rüstung, nicht vermieden werden konnten, wie sehr die Furcht vor einem noch so stark gerüsteten Staat weit schwächere Staaten keineswegs zur Vermeidung kriegerischer Handlungen vermochte und wie beinahe unmöglich es geworden ist, in dem internationalen Wettrüsten zu einem, den wirtschaftlichen und finanziellen Kräften der Staaten angepaßten Ruhepunkt zu gelangen.

Es liegt daher im ureigensten Interesse jedes europäischen Staates, ob groß oder klein, ob es sich um Land- oder Seemacht handelt, daß seine Regierung der Einladung der nordamerikanischen Regierung bereitwilligst Folge leiste und die Hand zum Abschluß des erwähnten internationalen Abkommens darreiche.

Wir bitten somit Euer Exzellenz, im wohlwollenden Interesse unserer Monarchie, sowohl selbst dem Rufe der Regierung der Vereinigten Staaten zu einer eventuellen Konferenz über ein solches Abkommen Folge zu leisten und sich für den Abschluß eines solchen Abkommens auszusprechen sowie auch auf geeignetem Wege die Regierungen anderer Staaten zu einem gleichen Vorgehen einzuladen.

Genehmigen usw. usw.

Friedensvortrag. Bei der am 6. v. M. in Hotzenplotz stattgefundenen Vollversammlung des Vereins der Lehrer und Schulfreunde wurde der Lichtbilderzyklus „Du sollst nicht töten!“ vorgeführt. Die Begleitworte von Th. Hermann sprach Frl. Stephanie Beier in ausgezeichnete Weise.

Die Nummer 9 der Fachzeitschrift der Rechnungsbeamten bringt abermals einen trefflichen Artikel: „Die österreichische Staatsbeamtenschaft und die Friedensbewegung“, welchen unser Vorstandsmitglied Karl Schleck zum Verfasser hat.

Zur Nachahmung empfohlen: Unser Mitglied Schriftsteller E. Lehr forderte anlässlich der Vermählung seiner Tochter alle Verwandte und Freunde seiner Familie auf, statt des üblichen Glückwunschtelegramms den hierfür entfallenden Betrag der Oesterreichischen Friedensgesellschaft zuzuwenden. Dieser gewiß sehr treffliche Gedanke ist auf guten Boden gefallen und bis heute sind schon über 20 K. als Spenden im Sinne des Anregers eingelaufen.

Zum 70. Geburtstag unserer Präsidentin: Photogravüren in Ansichtskartenformat mit dem neuesten Bilde der Frau Baronin von Suttner sind in drei Aufnahmen erschienen und durch unser Bureau, per Stück 20 Heller (6 Stück 1 K. franko), zu beziehen.



Juni 1913.

Kaiser Wilhelm und der Weltfrieden.

Zum Regierungsjubiläum des Kaisers.

Das Vierteljahrhundert der Regierung Kaiser Wilhelms II. ist für uns Jüngere auch ein persönliches Erlebnis. Wir waren damals jung mit dem „jungen Kaiser“ in jenem denkwürdigen Dreikaiserjahr von 1888 und finden uns nun mit ihm zusammen in der Würde des grau werdenden Scheitels. Was damals Hoffnung und Befürchtung war, ist mittlerweile Erlebnis geworden. Enttäuschungen und Erfüllungen, aber auch manche ungeahnte Entwicklungen sind eingetroffen, und mancher gärende Most jener Zeit hat sich mittlerweile zum reinen Wein gewandelt. Ruhiger als wir es damals zu hoffen gewagt hätten, gedenken wir jener Zeit, wo die Fin-de-siècle-Periode begann und alles anders zu werden schien im öffentlichen Leben, in der Politik, in der Wissenschaft, in der Literatur und in der Kunst. Als alles voll Ahnungen dem kommenden Neuen entgegensah, das den Stempel des neuen Jahrhunderts tragen sollte.

Manches hat sich in diesen 25 Jahren erfüllt, nur jene Befürchtung eines baldigen Krieges nicht, die damals Deutschland und ganz Europa bedrückte, als der junge Soldatenkaiser von seinem Potsdamer Regiment weg den Thron bestieg. Der Friede der damals 17 Jahre lang gewährt hatte, hat nun schon die stattliche Reihe von 42 Jahren aufzuweisen und auch Kaiser Wilhelm II. hat ihn gewahrt. Diese Wilhelminische Friedensperiode wird als eines der größten Ereignisse der Zeitgeschichte bezeichnet werden müssen. Denn daß ein junger Herrscher, ein Soldat vom Kopf bis zum Fuße, der oberste Kriegsherr eines der mächtigsten Militärstaaten, 25 Jahre ohne Krieg regieren konnte, ist nach dem bisherigen Verlauf der Geschichte etwas ganz Neues, etwas, das von einer inneren Umwälzung des internationalen Lebens beredtes Zeugnis gibt. Es gibt

in der europäischen Geschichte keinen Herrscher eines Großstaates, der eine Regierung von solcher Dauer aufzuweisen hätte, die nie durch einen Krieg befleckt wurde. Die Worte, die Anatole France vor einigen Jahren über den Kaiser in einer Pariser Versammlung gesagt hat, drängen sich hier auf. Er sprach von dem unbestreitbaren Friedenswillen des französischen Volkes und führte weiter aus: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und eine Nation macht noch nicht den Frieden in der Welt. Zweifellos; aber sehen wir denn die Friedenszeichen allein in Frankreich? Schauen wir nach Deutschland. Es ist ein militärisches Land mit einer herrlichen Armee. Die unsere ist ebenso; ebenso die jeder anderen Nation. Aber Deutschland hat etwas mehr. Es hat einen Soldatenkaiser, einen großen Soldaten, einen vollkommenen Durch-und-Durch-Soldaten. Der Kaiser ist der Abgott der Soldaten, er ist der Hohenzollern-Soldat, der Lohengrin-Soldat, er hat Seele und Schnurrbart eines Soldaten... Durch seine Stellung und seinen Charakter war er dazu bestimmt, Krieg zu führen. Er hat Musikstücke geschrieben, Bilder gemalt, er hat Segelsport getrieben, Bildhauerei studiert, Theologie, kurz alles mögliche getan, nur nicht Krieg geführt. Warum? Weil sich anscheinend etwas geändert hat in Deutschland sowohl, wie im übrigen Europa.“

Und so ist es auch. Die Anfänge eines neuen Europa machten sich geltend, eine neue Art im zwischenstaatlichen Verkehr, eine neue Richtung in der Regelung der Völkerbeziehungen. Es ist sicher nicht bloßer Zufall, daß das Jahr, in dem der Kaiser seine Regierung antrat, auch den Anfang der neuen Periode der Friedensbewegung bezeichnet, jener Periode, mit der die Bewegung anfang sich zu organisieren. Im Oktober

jenes Jahres wurde in Paris die interparlamentarische Union begründet und wenige Wochen später dort die neue Serie der Weltfriedenskongresse in Angriff genommen. Im selben Jahre entwickelte sich zwischen der amerikanischen Union und England wie Frankreich die Bewegung um die Herstellung wechselseitiger Schiedsverträge. Damals hatte Bertha von Suttner ihren Roman „Die Waffen nieder!“ in der Feder, der im darauffolgenden Jahr erschien und die Friedensbewegung in Deutschland und Oesterreich ins Leben rief. Es hatte sich etwas geändert in Europa, und so groß das Verdienst ist, das dem Kaiser nicht geschmälert werden soll, das Verdienst, ohne Krieg, ein Vierteljahrhundert regiert zu haben, in dieser Zeit der heftigsten Gegensätze und Konflikte, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß an dieser kriegslosen Zeit auch die anderen Staaten beteiligt waren. Denn, wenn der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt, so darf dem Nachbar das Verdienst nicht geschmälert werden, wenn Deutschland doch im Frieden leben konnte.

Kaiser Wilhelm ist keineswegs ein Pazifist im Sinne unserer Weltanschauung. Er vertritt noch zu nachdrucksvoll die Theorie der Friedens-„Erhaltung“ und die Politik des scharf geschliffenen Schwertes wie des trocken gehaltenen Pulvers. Unter seiner Regierung haben sich die Ausgaben für Militärzwecke mehr als verdoppelt. Aber wir sind weit entfernt, ihm persönlich daraus einen Vorwurf zu machen. Der Mensch kann über seine Umwelt nicht mit einem Sprunge hinaus, am allerwenigsten ein Kaiser. Wer, wie er, aufgewachsen ist in den alten Theorien der Gewaltherrschaft und wer unter diesem Gesichtspunkt die Verantwortung für Millionen übernommen hat, wird sich nicht auf einmal unbedingt und ohne Umschweife einer neuen Theorie anschließen können. Noch weniger, wenn weite Kreise des Volkes noch im Banne jener alten Theorien stehen. Aber weit entfernt, das Friedensverdienst des Kaisers zu schmälern, wird es bei näherer Betrachtung der Dinge gerade durch die Erkennung seiner Abhängigkeit von Erziehung und Umwelt erhöht. Ist deshalb Kaiser Wilhelm kein Pazifist — die revoltierenden Uebernationalen haben ihm einmal dieses Beiwort höhnend angehängt —, so hat er dennoch Beweise dafür geliefert, daß er die pazifistische Tendenz des Zeitalters erfaßt hat, so hat er Großes getan, wenn er infolge ihrer Erkenntnis sich nicht

von den ererbten Anschauungen beeinflussen ließ, sich dem Zeitgeiste entgegenzustellen. Er hätte die Macht dazu gehabt, es zu tun, er hätte Hunderttausende im Volke gefunden, die ihm Beifall zugejubelt haben würden. Und doch ließ er sich nicht auf die gefährliche Bahn bringen.

Die Erkenntnis der pazifistischen Tendenz der Zeit tritt immer und immer wieder in des Kaisers Reden hervor, wenn er von dem notwendigen, organisatorischen Zusammenschluß Europas, von der Solidarität der Kulturwelt spricht. Und wie oft hat er davon gesprochen! Gewiß; er hat auch kriegerische Reden gehalten. Wenn er vor seinen Soldaten stand, konnte er, wie kürzlich ein französischer Schriftsteller treffend ausführte, nicht gut von Obstbaumzucht reden. Seine kriegerischen Reden stießen zwar sehr oft auf Widerspruch bei uns, aber, wenn wir alle Zusammenhänge ins Auge fassen, waren sie doch zu verstehen. In keinem Falle dürfen wir über sie des Kaisers so oft zum Ausdruck gebrachte Äußerungen über die Notwendigkeit einer internationalen Organisation, über die Solidarität der Völker und über die europäische Kulturgemeinschaft vergessen. In ihnen liegt der Schlüssel für die Wilhelminische Friedensperiode und ein wahrlich recht erfreulicher Ausblick für die Zukunft. Schon 1891 hat der Kaiser in jener Widmung an den Generalpostmeister Stephan Worte festgelegt, die sich wie ein Programm anhören: „Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs. Er durchbricht die Schranken, welche die Völker trennen und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an.“ Vergessen wir nicht, daß das Lehrgebäude des modernen Pazifismus auf dieser hier ausgedrückten Erkenntnis beruht. Bei der Eröffnung des Nord-Ostseekanals, der 1895 unter großem, kriegerischem Gepränge aller Nationen stattfand, wies der Kaiser auf das „Zusammenwirken aller europäischen Kulturvölker zur Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Kulturmission“ hin. Damals äußerte er auch sein Bekenntnis zum Frieden, indem er sagte: „Im Frieden nur kann der Welthandel sich entwickeln, im Frieden nur kann er gedeihen, und Frieden werden und wollen wir aufrechterhalten...“ Noch im selben Jahre rief der Kaiser durch das bekannte Knackfußbild die Völker Europas „zur Wahrung ihrer heiligsten Güter“ auf. Im Jahre 1896, in Görlitz, als der russische

Zar bei ihm zu Gaste weilte, hören wir wieder das Bekenntnis von der Solidarität Europas. „In völliger Uebereinstimmung mit mir,“ so heißt es in jenem Trinkspruch auf den Zaren, „geht sein Streben dahin, die gesamten Völker des europäischen Weltteiles zusammenzuführen, um sie auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu sammeln, zum Schutze unserer heiligsten Güter.“ Etwas wie eine Zustimmung zu dem damals vielleicht schon geplanten, zwei Jahre später veröffentlichten Aufruf des Zaren, der zur Haager Konferenz führte, könnte man aus jenen Worten herauslesen. Am deutlichsten aber finden wir des Kaisers Anschauungen in jener Cuxhavener Rede aus dem Jahre 1904 ausgedrückt, deren wichtigste Stelle folgenden Wortlaut hat: „Ich glaube, daß jedem objektiven Beobachter der Vorgänge auf unserem Erdenkreise die eine Beobachtung sich aufdrängen muß, daß allmählich die Solidarität unter den Völkern der Kulturländer unstreitig Fortschritte macht auf verschiedenen Gebieten. Und diese Gebiete erweitern sich. Diese Solidarität geht unmerklich, aber unwiderstehlich in das Programm sowohl der Staatslenker über, wie in die Gedanken der sich selbst regierenden freien Bürger. Diese Solidarität wird genährt und gepflegt auf verschiedene Weise, sei es in ernst politischer Beratung, sei es auf Kongressen, sei es im Wettkampf und Spiel... Dieser Solidarität verdankt es der Kaufmann, der Industrielle, der Ackerer, wenn er in ruhiger Arbeit sich fortschreitend entwickeln kann. Denn er hat auf die Zukunft Vertrauen, und das ist die Hauptsache.“ Aus diesen Worten spricht pazifistischer Geist. Anderes sagen wir auf unseren Kongressen und in unseren Schriften auch nicht.

Uebereinstimmend berichten auch verschiedene Persönlichkeiten, die Gelegenheit hatten, mit dem Kaiser zu sprechen, daß er mit ihnen über den organisatorischen Zusammenschluß der europäischen Staaten gesprochen habe. So der bekannte französische Mutualist Mabileau, so Sir Max Wächter, der französische Minister Pichon, Baron d'Estournelles und andere. Der Letztgenannte berichtete darüber im Juni 1909 im „Temps“: „Der Kaiser ist seiner ursprünglichen Idee eines Zusammenschlusses

aller Kulturstaaten zur höheren Entwicklung eines jeden von ihnen sehr treu geblieben.“ Kurz vorher, im Jahre 1907, soll der Kaiser zu dem damaligen französischen Militärattaché die bezeichnenden Worte gesagt haben: „Europa ist viel zu klein, um geteilt zu sein.“

Unzählig sind die Äußerungen, die hier zitiert werden könnten, aus denen die Tatsache sich ergibt, daß der Kaiser den großen Gedanken der Weltorganisation — nicht wie er früher erträumt wurde, sondern wie ihn die moderne Friedentechnik heute zurechtlegt — vollkommen erfaßt hat und billigt. Und vielleicht hat Andrew Carnegie nicht so unrecht, wenn er immer und immer wieder der Meinung Ausdruck gibt, daß Kaiser Wilhelm der Mann sei, den Krieg abzuschaffen aus den Beziehungen der Kulturwelt.

Kaiser Wilhelm hat aber nicht nur den Frieden gepriesen, nicht nur den Gedanken einer internationalen Organisation erörtert, er hat sich auch, trotz mancher entgegengesetzter militärischer Rede, in wehevollen Worten gegen den Krieg, insbesondere gegen die Eroberung ausgesprochen. Man vergesse nicht, was er in seiner berühmten Bremer Rede von 1905 gesagt hat: „Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen und friedlichen Nachbarn genießen soll und daß, wenn man dereinst von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen begründet sein sollte durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: Außenhin begrenzt, im Innern unbegrenzt.“

Daß der Kaiser den Kampf gegen den Krieg billigt, geht aus einer Äußerung hervor, die er dem Maler Wereschtschagin gegenüber nach Besichtigung seiner berühmten Schlachtenbilder getan hat. „Damit, lieber Meister“, so äußerte er sich, „kämpfen sie gegen den Krieg wirksamer an, als irgendwelche Friedenskongresse.“ Ein Wort, das sich die Pazifisten bei ihrer Aktion, wobei sie so oft den Vorwurf der Vaterlandlosigkeit und wohl auch der Verständnis-

losigkeit einheimen müssen, sich als gut wirkende Waffe merken sollten. Daß der Kaiser auch ein Anhänger der Schiedsgerichtsbarkeit ist, beweist eine Depesche, die er nach Abschluß des deutsch-amerikanischen Schiedsvertrags im November 1904 an den Präsidenten Roosevelt richtete, wo er jenen Vertrag als „ein starkes Glied“ bezeichnete, „um Amerika und Deutschland in friedlichen Beziehungen zum besten der Zivilisation zu verknüpfen“.

Man kann die Friedenstätigkeit des Kaisers nicht würdigen, ohne nicht auch auf sein überaus eifriges Bestreben, internationale Verständigung anzubahnen, hinzuweisen. Seine Versuche, Verständigung von Volk zu Volk anzubahnen und so die Grundlagen des bornierten Völkerhasses an ihrer Wurzel auszurotten, füllten seine ganze Regierung aus. Nicht nur durch seine Reisen an die verschiedenen Höfe übte er die Praxis der internationalen Verständigung, sondern auch durch seine regen Beziehungen zu hervorragenden Persönlichkeiten fremder Staaten. Wieviele ausgezeichnete und modern denkende Franzosen, Engländer, Amerikaner hat er zu sich gezogen, wie hat er durch Höflichkeitsakte, durch Beileids- und Beifallsbezeugungen und durch sonstige Kundgebungen günstigen Einfluß auf die Verständigung der Völker genommen. Daß unter seiner Regierung die Einrichtung des Professoren-austausches zustande gekommen ist, ist kein Zufall, liegt vielmehr in der ganzen Richtung seiner internationalen Politik.

Wir können hier das Bild Kaiser Wilhelms als Erkennen der Verständigungs- und Organisationstendenz unserer Zeit nicht vollständig ausführen, glauben aber, es wenigstens so skizziert zu haben, daß die Friedentendenz seiner Politik deutlich zum Ausdruck kommt. Der Pazifismus hat von seiten des Kaisers noch keine direkte Aneiferung erfahren, aber indirekt und unabhängig von ihm hat der Kaiser im modern-pazifistischen Sinne gewirkt. Er steht noch auf der Höhe des Lebens, und es ist noch viel von ihm zu erwarten. Wenn er im ersten Vierteljahrhundert seiner Regierung seinen Ruhm darein gesetzt hat, keine Kriege zu führen, als Friedenskaiser in die Geschichte einzugehen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er in den kommenden Jahren daran mitarbeiten wird, den Frieden Europas auf festere Grundlagen zu stellen, ihn nicht so sehr von den Bajo-

netten als auch von Rechtsinstitutionen abhängig zu machen und den „Zweckverband Europa“, der heute bereits besteht, für alle sichtbar auszubauen und zu erhöhen. Der Deutsche Kaiser, der 25 Jahre, trotz der oftmals heftigsten internationalen Konflikte, trotz der von gewissenlosen Hetzern oftmals gefährlich erregten öffentlichen Meinung keine Kriege geführt, den Frieden mit Kraft und Ehren zu behaupten verstanden hat, der wird vielleicht der Mann sein, den Europa braucht, damit es sich zusammenschließen und ein Friedenshort der ganzen Erde werden könne.

„Wer wäre berufener,“ so schrieb ich im Jahre 1905 an dieser Stelle nach der bereits erwähnten Bremer Kaiser-Rede, „diesem Wirrwarr ein Ende zu machen, diesen Wahn zu beseitigen, die Menschheit zum Bewußtsein zu rufen, als jener Fürst, der dauernd die europäische Welt bereist und ihre Kulturhöhe kennen lernt, der auf dem völkerverbindenden Meere zu Hause ist, die internationale Solidarität der Kulturwelt verkündet hat, und der von dem Wert des Friedens überzeugt ist wie keiner. Ein Weltreich wäre zu gründen, wie keines noch gegründet worden, ein Weltreich, das Dauer verspricht für ewige Zeiten, das demjenigen, der es gründet, den hellstrahlendsten Ruhm in der Geschichte verheißt, und der das Volk, dem er entsprossen, zu dem führenden machen würde: Das Weltreich der auf Vernunft und Recht begründeten Vereinigung der Kulturwelt.“ A.H.F.

An Baronin Bertha von Suttner.

Zu ihrem 70. Geburtstag am 9. Juni 1913.

Hochverehrte Frau Baronin!

Sie haben Ihre traute Arbeitsstätte verlassen und sich an die Ufer des Wörther Sees begeben, um sich den Huldigungen zu entziehen, die Ihrer harren. Sie wollten Ansprachen, Adressen, Festreden entgehen, um, wie Sie sagen, Ihren Verehrern Anstrengungen zu ersparen, obwohl diese Huldigungen sicherlich nur eine Freude für diese gewesen wären. Auch mir gaben Sie solchen Rat. In Ihrem Abschiedsbrief schrieben Sie mir: „Wenn Sie nicht schon einen Artikel über mich für die Friedens-Warte geschrieben haben, so möchte ich Ihnen aus Freundschaft diese Mühe ersparen. Sie könnten sagen, ich hätte gebeten, daß in dem Blatte,

wo ich sozusagen zu Hause bin, kein Huldigungsartikel stehen möge; — Interessantes gibt es da auch nicht zu erzählen, die Leser kennen mich ja alle ohnehin schon genau.“

Sie werden es mir, Ihrem alten Mitarbeiter, gewiß verzeihen, wenn ich diesmal ungehorsam bin und in diesen Blättern, die unser gemeinsames Arbeitsfeld bilden, dieses für die gesamte Friedensbewegung so wichtigen Tages gedenke. Für Ihre Person mögen Ihnen diese Huldigungen ein Greuel sein; aber vergessen Sie nicht, — Sie sind ja ein Stück der Bewegung selbst, und als deren wichtiger Teil müssen Sie es sich gefallen lassen, daß auch die Friedens-Warte ihre Suttner-Feier hat.

In allen Ländern der alten und der neuen Welt wird man in diesen Tagen Ihrer gedenken, in allen Sprachen wird über Sie gesprochen und geschrieben werden. Das Schürzenband, meine verehrte Frau Baronin, an dem Ihre Gesinnungsgenossen hängen, ist ja viel größer, als der General, der neulich verächtlich davon sprach, sich vorzustellen vernag. Es reicht ein paarmal um den Aequator. Und hier in diesen Blättern, in denen Sie seit ihrem Bestande die Zeitereignisse von der Warte einer höheren Weltanschauung aus glossieren, gerade hier sollte nichts gesagt, Ihr Name nicht genannt werden, an jenem wichtigen Lebensabschnitt, den Sie eben erreichten? Ich würde es als Redakteur nicht verantworten können, wenn ich schon als Freund Ihrem Wunsch willfahren wollte. Gewiß, ich kann den Lesern dieser Blätter nichts Neues über Sie mehr sagen. Wie sich Ihr Leben abspielte, haben Sie selbst niedergelegt in jenem kostbaren Dokument unserer Bewegung, das ihre Memoiren bildet, und wer heute noch nichts davon weiß, wird es bequem und in würdiger Ausführlichkeit dort nachlesen können. Obwohl ich annehme, daß es unter den Lesern dieser Blätter wenige geben wird, denen diese Daten nicht schon bekannt sind.

Wenn ich Ihnen in der Friedens-Warte meine Huldigung und die der hinter dieser Zeitschrift stehenden Gleichgesinnten darbringe, so denke ich mir dies besser in Form einer Bilanz über die letzten 24 Jahre, die seit dem Tage verflossen sind, an welchem Sie nach Veröffentlichung Ihres Romans „Die Waffen nieder!“ in die Bewegung getreten sind. Ich denke mir, eine Rückschau über den Wandel der Friedensidee seit 1889 wird am besten dazu dienen, das Verdienst

Ihres Schaffens in das richtige Licht zu setzen.

Es ist noch nicht ganz ein Vierteljahrhundert her, seit Sie mit jenem Ruf „Die Waffen nieder!“ in Deutschland und Oesterreich unsere Bewegung entfesselten. Wahrlich ein kurzer Zeitraum in der Menschheitsgeschichte. Und doch wie verändert hat sich seitdem die Welt! Der Friedensgedanke war im Westen Europas damals ein schwaches Pflänzchen, trotzdem er dort schon eine Geschichte hatte. Bei uns in den deutschsprachigen Ländern, war er so gut wie unbekannt. Keiner wagte sich zu jener soviel verspotteten Idee zu bekennen, keiner an sie zu glauben, oder gar die Hoffnung zu hegen, sie in absehbarer Zeit zur Anerkennung zu bringen. Die militärische Phrase herrschte und Moltkes heute längst überwundener Satz vom Kriege, der ein „Element der göttlichen Weltordnung“ sei, hatte noch volle Währung.

Da kam Ihr Buch. Die Septenatswahlen im Reiche hatten eben einen starken Kriegsalarm entfacht und den Glauben an einen baldigen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich befestigt. Boulanger stand im vollsten Glanze. Hüben und drüben triumphierte der Chauvinismus. Da schlug es wie ein Blitz ein in die Geister. „Die Waffen nieder!“ Ein Mahnwort, wie es wuchtiger und zeitgemäßer selten gesprochen wurde. Es zeigte sich, daß nicht alle von dem tollen Taumel des Kriegsenthusiasmus ergriffen waren, daß es Menschen gab, die ruhiger Ueberlegung zugänglich und entschlossen waren, durch mühevollen Arbeit immer mehr solcher Menschen zur Besonnenheit zu bekehren. Mit Ihrem Buche, mit Ihrem Schlachtrufe der Geister, erstand die Friedensbewegung in Deutschland und Oesterreich; begann der Pazifismus seine Rolle zu spielen, die dadurch in der Welt um so größer war, als die Mitarbeit der Angehörigen jener hauptsächlichsten Militärstaaten Europas die Reihen der bisherigen Anhänger, deren Macht und Kredit verstärken konnten.

Das war die Periode des Hohns, der uns überschüttete. Unsere Gegner bewarfen uns mit den Brotkügelchen ihres Wutzes, und die Organisationen, die wir schufen, waren klein und ohnmächtig. Heute sind wir erfreulicherweise bereits eine „Gefahr“. Das heißt, eine Gefahr in den Augen derjenigen, die sich in ihrer veralteten Weltanschauung des Hasses und des blutigen Streites, die in ihrer Verehrung der Gewalt

sich bedroht und erschüttert sehen. Nicht mehr mit Witzen suchen Sie uns abzutun, sondern mit den Verzweiflungswaffen der Verleumdung. Die Kriegsanhänger sind noch nicht tot, wie Sir Edward Grey kürzlich in seinem Telegramm an die Londoner Peace Society so richtig ausführte, aber die Kräfte, die für den Frieden wirken, sind bereits überlegener. Und das ist der große Wandel in den Verhältnissen, den wir hier an Ihrem 70. Geburtstag triumphierend registrieren können. Die Friedensidee ist heute eine politische Macht geworden. Darüber sind sich vielleicht sogar noch viele Pazifisten nicht klar, die sich nicht abgewöhnen können, diesen großen Menschheitsprozeß vom Vereinsgesichtspunkt ins Auge zu fassen. Die da glauben, die Größe und die Aktion der Friedensgesellschaften sei ausschlaggebend für den großen Kampf um die Abschaffung des Krieges aus der Gemeinschaft der Kulturstaaten.

Das ist ein bedauerlicher Irrtum, der das Urteil beschränkt. Unsere Freunde selbst müssen sehen lernen, damit sie zu erkennen vermögen, wie die Friedensidee eigentlich wirkt. Alle unsere private Tätigkeit ist nicht imstande, direkt das Ziel herbeizuführen. Alle unsere Vereine, unsere Zeitschriften, unsere Bücher, Broschüren, Vorträge, unsere persönlichen Werbungen, kurzum alles, was man sich unter dem organisierten Pazifismus vorstellt, wird immer nur ein Mittel sein, eine richtunggebende Leistung, nicht die zielsetzende. Wenn man sich erst darüber klar wird, fällt aller Pessimismus zusammen, alles Klagen über die Geringfügigkeit unserer Mittel, über die nur nach einigen Tausenden zählenden Mitglieder unserer Gesellschaften, jener Pessimismus, der manchen unter uns überkommt, wenn er die Zahlen vergleicht mit den im Oberwasser der offiziellen Gunst schwimmenden Gesellschaften der gegnerischen Richtung.

Aber noch nie hat die Masse den Fortschritt gemacht. Wäre dieser von den Vielen abhängig, welcher Fortschritt hätte sich je durchsetzen können, da wir die Vielen immer auf der Seite des Bestehenden, nie des werdenden sahen. Und wir können zufrieden sein mit der uns zufallenden Aufgabe, die Richtung zu geben, lediglich die Lenkstange zu bewegen und nicht die vorwärtsstoßende Kraft der Maschine. Wir nützen diese Kraft, wenn wir die Richtung weisen. Niemals konnte die Friedensbewegung hoffen, direkt zu wirken. Sie mußte

sich darauf beschränken, das Denken anzuregen und zu lenken und so unbemerkt den Zeitgeist zu beeinflussen, die öffentliche Meinung zu durchdringen und schließlich die Machthaber sich zu Willen zu machen. Ohne daß diese etwas davon merkten, ist es geschehen. Das ist der große Erfolg unserer Arbeit, Frau Baronin, Ihrer Arbeit: Daß die Idee durch Endosmose auch in die Köpfe derjenigen eingedrungen ist, die gar nichts von ihr wissen wollten und ihr nun doch dienstbar sind. Die unbewußten Pazifisten sind unsere wichtigsten Helfer geworden, jene, die sich dagegen wehren, unsere Ideen zu teilen und dennoch gezwungen sind, unter dem Drucke der von uns bearbeiteten öffentlichen Meinung, unter dem Zwange der von uns aufgerüttelten Denkapparate pazifistisch zu handeln.

Das ist nun, verehrte Frau Baronin, der große Unterschied der Welt von heute und der von 1889. Der Krieg ist noch nicht abgeschafft, aber im Bewußtsein der Zeit ist er verurteilt und es braucht nur noch weniger Jahre, das Heranwachsen noch einer Generation, das Absterben der ältesten Routiniers, die noch zu sehr in den Ideen der alten Zeit stecken, um das Ziel in Wirklichkeit zu erreichen.

Es ist nicht möglich, hier die heutige Breite der Bewegung und aller ihrer bewußten und unbewußten Hilfsströmungen auch nur anzudeuten, zu zeigen, wie sich der Pazifismus zur mächtigsten Bewegung der Menschheit entfaltet hat. Wir hier in diesem Blatte können diese Wandlung am besten verfolgen. Einstens war es uns hier möglich, alle pazifistischen Vorgänge zu registrieren und sie festzuhalten als Zeichen unseres Fortschrittes. Ich war stolz darauf, in der „Friedens-Warte“ so eine Art Tagebuch der Friedensbewegung allmonatlich liefern zu können. Und wie armselig erscheinen mir jetzt diese 40 Seiten, wenn sich die Dokumente der pazifistischen Entwicklung auf meinem Schreibtisch auftürmen. Es ist mir manchmal, als ob ich den Rhein in einem Wasserschiff auffangen wollte. Und das ist keine Uebertreibung. Wer mit den Augen des Pazifisten, das heißt mit Augen, die durch Verfolgung eines bestimmten Zieles für alle darauf bezughabenden Ereignisse besonders eingestellt sind, die Zeitungen verfolgt, wird zugeben müssen, daß es heute in der Welt überhaupt keine andere Frage gibt, mit der man sich befaßt, als mit der von der Ueberwindung

des Kriegs und der Sicherung des Friedens nach einer vernünftigeren Methode. Ob die Leute dies nun als Pazifismus erkennen oder nicht, ist einerlei. Die Menschen am Beginn des 20. Jahrhunderts stehen unzweifelhaft unter dem Banne jenes Riesenprozesses, der um die Ersetzung der alten Methode des Völkerstreites durch die neue geführt wird.

Sehen wir die Dinge so an, erkennen wir, daß dies alles, was die Oeffentlichkeit heute bringt, Friedensbewegung ist oder Kampf gegen sie, sehen wir, daß unsere Bewegung keine Vereinsangelegenheit mehr, sondern ein geschichtlicher Prozeß geworden ist; ein Welt- und Menschheitsereignis, so können wir dessen zufrieden sein. Mehr konnte in diesen 24 Jahren, seitdem Sie an diesem großen Werke arbeiten, nicht erreicht werden.

Und an Ihrem 70. Geburtstag, meine hochverehrte Frau Baronin, mußte dies hier ausgedrückt werden. Mußte gesagt werden, was heute unter Friedensbewegung zu verstehen ist, mußte der wahre Umfang dieser Bewegung festgestellt werden. Denn zu dem Kampfe für diese Entwicklung riefen Sie. Sie waren es, die in unseren Ländern auf steinigem Boden den ersten Samen ausgestreut haben, Ihnen gebührt die Ehre.

Möge die Lebenskraft der Bewegung sich auf Ihre Person übertragen und Ihnen die Freude zuteil werden, noch einige Jahrzehnte, wie es den Passys, den Pratts, den Beernaerts und so vielen anderen unserer Mitkämpfer vergönnt war, den Aufstieg des Pazifismus weiter zu verfolgen. Die Küste von Neuland liegt vor unseren Augen; möge es Ihnen auch vergönnt sein, den Boden der neuen, der versittlichten Welt zu betreten.

Dies wünscht Ihnen Ihr getreuer
Alfred H. Fried.

Daten aus dem Leben der Baronin von Suttner.

Zusammengestellt von C. L. Siemering.

- 1843, 9. Juni: in Prag geboren, als Gräfin Kinsky.
1856, im Sommer: erste Reise, nach Wiesbaden. Im Herbst: Uebersiedlung von Brünn nach Wien.
1859: wieder in Wiesbaden.
1864, im Sommer: in Homburg v. d. Höhe. Bekanntschaft mit der Fürstin von Mingrelin („Dedopali“). Prinz Heraclius von Georgien.

- 1865: Kunstnoviziat (Gesangsstudium) in Baden-Baden.
1867: in Paris weitere Gesangsstudien.
1868, in Baden-Baden: Bekanntschaft mit König Wilhelm von Preußen.
1872, in Wiesbaden: Verlobung mit Prinz Wittgenstein; sein Tod auf der Ueberfahrt nach Amerika.
1873: Erzieherin im Hause Suttner in Wien. Heimlich verlobt mit Artur Gundaccar v. Suttner.
1876, in Paris: Zusammentreffen mit Alfred Nobel; am 12. Juni in Wien; heimliche Trauung mit Artur Gundaccar; „Hochzeitsflucht“ nach dem Kaukasus, zur „Dedopali“.
1876—1885: im Kaukasus (Kutais, Tiflis, Zugdidi). Daseinskampf. Erfolgreiche Schriftstellerei beider Gatten. „Inventarium einer Seele“ und Belletristik.
1885, im Mai: Heimkehr nach Schloß Harmannsdorf, dem Stammsitz der Familie Suttner. Schriftstellerkongreß in Berlin; Bodenstedt.
1886: „Schriftstellerroman“ und „Maschinenzeitalter“. Im Winter in Paris: zweites Zusammentreffen mit Nobel.
1889: erscheint der Roman „Die Waffen nieder!“ Ein Welterfolg. Zahlreiche Uebersetzungen.
1890/91, im Winter in Venedig: Bekanntschaft mit Felix Moscheles.
1891: Gründung der österreichischen Friedensgesellschaft. — Friedenskongreß in Rom.
1892: Monatsschrift „Die Waffen nieder!“ (bis 1899). — Vortrag in Berlin. — Weltfriedenskongreß in Bern. — Besuch bei Alfred Nobel in Zürich. — Entstehung der deutschen Friedensgesellschaft.
1893, in Wien: Zusammentreffen mit Wereschtschagin.
1894: Kongresse in Antwerpen und Haag. — Roman „Vor dem Gewitter.“ „Es Löwos“, eine Monographie.
1895: Roman „Einsam und arm.“ — Gründung der ungarischen Friedensgesellschaft.
1896: Weltfriedenskongreß und Interparlamentarische Konferenz in Budapest; General Stefan Türr; der russische Konsul Basily. — 12. Dezember: Alfred Nobel †; sein Testament.
1897: „Schach der Qual — ein Phantasiestück.“ Uebersetzung des englischen Werkes „Marmaduke, Emperor of Europe.“ Audienz bei Kaiser Franz Joseph. Hamburger Friedenskongreß.
1898, 28. August: Zarenmanifest, mit veranlaßt durch den Roman „D. W. N. I.“ — Begegnung mit W. T. Stead; Unterredung mit Minister Murawjew.
1899, 18. Mai: Eröffnung der I. Haager Konferenz. Der „Salón Suttner“ im Haag. Die Baronin als einzige Dame

zur Eröffnungssitzung zugelassen. Bekanntschaft mit v. Bloch, d'Estournelles, Richet, White, Zorn, Novicow, Bourgeois, Nigra, General den Beer-Poortugael u. v. a. — Interparl. Konferenz in Christiania. Begegnung mit Björnson. — Der Transvaalkrieg.

- 1900: „Die Haager Friedenskonferenz, Tagebuchblätter.“ — „Krieg und Frieden“, ein Vortrag. — Weltfriedenskongreß und Ausstellung in Paris; Freundschaft mit Miß Williams. — Roman „Marthas Kinder“ (als Fortsetzung von „D. W. N.“).
- 1901, 12. Juni: Silberne Hochzeit.
- 1902: Eröffnung des Luzerner Kriegs- und Friedensmuseums. — Friedenskongreß in Monaco; Fürst Albert als Pazifist. — Erkrankung und Tod (10. Dezbr.) des Barons; Feuerbestattung in Gotha.
- 1903—1906: viermal als Gast des Fürsten Albert in Monaco. — 1903: Eröffnung des Friedensinstituts dortselbst.
- 1904: Frauenkongreß in Berlin. — „Briefe an einen Toten.“ — Weltfriedenskongreß in Boston, Vorträge in Amerika.
- 1905: Vortragsreise durch 28 deutsche Städte. — Friedenskongreß in Luzern. — Zuerkennung des Nobelpreises.
- 1906: Nobelpreis-Vortrag in Christiania; anschließend eine Vortragstournee durch Schweden und Dänemark, unter reichsten Ehrungen. — Gast bei der Interparlamentarischen Konferenz in London. — Friedenskonferenz in Mailand.
- 1907: Teilnahme an der II. Haager Konferenz und am Münchener Friedenskongreß. — „Stimmen und Gestalten“, gesammelte Aufsätze.
- 1908: Weltfriedenskongreß in London. Besuch bei Carnegie auf Schloß Skibo. Interparl. Konferenz in Berlin. — Die umfangreichen „Memoiren“ erscheinen.
- 1909: „Rüstung und Ueberrüstung“ (ein Protest) — Uebersetzung von Richets „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens“; Volksausgabe 1912.
- 1910: Englische Ausgabe der „Memoiren“. — Im Dezember: Vorträge in Budapest.
- 1911: Stimmen zum 18. Mai gesammelt („Neue Freie Presse“). — Roman „Der Menschheit Hochgedanken.“ — November: Vortrag in Bukarest.
- 1912: „Die Barbarisierung der Luft.“ — Von Juni bis Dezember: große Vortragstournee durch die Vereinigten Staaten. — „Aus der Werkstatt des Pazifismus.“
- 1913: Vorträge in Dresden, Berlin, Breslau. — Am 9. Juni: 70. Geburtstag.

Mobilmachung der Kirchen gegen den Krieg.

Von O. Umfrid, Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Stuttgart.

Es war im Monat März, als Nithack-Stahn, der berühmte Dichter des Christusdramas und des „Neuen Reichs“, der wirkliche Kanzelredner von der „Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche“ in Berlin, sich an mich wandte mit der Aufforderung, in dieser „letzten bösen Zeit“, die wir durchleben, mit einem Aufruf an die evangelischen Geistlichen Deutschlands heranzutreten, worin sie gebeten werden sollten, der Verständigung der Völker anstatt der fortwährenden gegenseitigen Bedrohung das Wort zu reden und ihre Pflicht als Prediger des Friedens durch Beschwörung des Kriegsgespentes, das uns schon so lange ängstigt, zu tun. Ich kam diesem Appell um so lieber nach, als ich mir längst gesagt hatte, es handelt sich für die Kirche nicht nur um eine Pflichterfüllung gegenüber den von ihr belehrten Völkern, sondern auch um eine Selbsterhaltungspflicht. Versagt die Kirche — davon war ich längst überzeugt — auch in dieser weltbewegenden Frage gerade so, wie sie in der sozialen Frage versagt hat, so gräbt sie damit ihr eigenes Grab. Freilich war meine Hoffnung auf guten Erfolg sehr gering. Ich fühlte mich durch die schmerzlichen Enttäuschungen, die ich in einer fast 20jährigen Tätigkeit im Dienst der Völkerversöhnung zu machen gehabt habe, durch die Zurückweisung, die ich besonders in Kreisen der Kollegen erfahren habe — hat doch einer derselben die Friedensbewegung geradezu antichristlicher Tendenzen geziehen —, derartig niedergeschlagen und gelähmt, daß ich kaum den freudigen Ton finden konnte, der zur Aufrüttelung der Geister hätte dienen können. Zwar hatte der frühere, von mir verfaßte Aufruf, den ich mit Professor Rade und Lic. Weber zusammen unterzeichnete, der Deutschen Friedensgesellschaft wenigstens 100 geistliche Mitglieder eingebracht, nachdem er an 1000 Pfarrer verschickt worden war. Allein die Zeiten schienen seither eher schlimmer geworden zu sein, die Ungerechtigkeit der italienischen Expedition nach Tripolis sowie die Greuel des Balkankrieges hatten sich wie ein Mehltau auf die hoffnungsvolle Blüte der Friedensbewegung gelegt, und das deutsche Volk, das eben bereit war, eine Milliardenrüstungsforderung zu bewilligen, schien bis hinein in die Kreise seiner geistigen Führer wenig geneigt, auf das Friedensevangelium zu hören. So mag man denn meinem Entwurf zu einem Aufruf, der sich hauptsächlich mit der theoretischen Bekämpfung naheliegender Einwendungen befaßte, eine gewisse Gemütschwere nachgeföhlt haben. Ich selbst hatte

den Eindruck, zwar überzeugend, aber nicht packend genug geschrieben zu haben. Als Nithack-Stahn meinen Vorschlag zu Gesicht bekam, mag ihn ein ähnliches Gefühl beschlichen haben. Er verfaßte daher einen Parallelentwurf, der weniger theoretisch gefaßt, aber praktisch um so wirksamer war, und insbesondere kräftige Willensimpulse zu finden wußte. Als wir die Entwürfe einem berühmten Dozenten, den wir gern zur Mitunterschrift gewonnen hätten, vorlegten, bekannte er sich theoretisch zu mir, aber praktisch zu Nithack-Stahn, weigerte sich aber, sowohl den einen wie den anderen Aufruf zu unterzeichnen, da er der Meinung war, das Deutsche Reich sei verpflichtet, sich auf einen Angriff von seiten der directionslosen Slavenvölker gefaßt zu machen; die Friedensbewegung zeichne zwar das Ziel, auf das die Weltentwicklung hinauskomme, richtig, könne aber vorläufig nicht wohl als Richtlinie für das praktische Verhalten dienen. Da wir also diesen Bundesgenossen weder auf theoretischem noch auf praktischem Wege gewinnen konnten, so entschloß ich mich, den Nithack-Stahn'schen Entwurf als den offenbar wirksameren zu akzeptieren und ihn nur mit einem vertraulichen, warm gehaltenen Begleitschreiben an die Kollegen zu verbinden.

Der Erfolg hat alle Erwartungen übertroffen. Wir haben den Aufruf in 3400 Exemplaren versandt, darauf kamen in den ersten sechs Wochen 340 Unterschriften*), also genau 10 %, an meine Adresse. Wir hatten bestimmt, daß der Aufruf erst dann veröffentlicht werden sollte, wenn mindestens 50 Unterschriften eingelaufen sein würden. Schon dann hätten wir es gewagt, ihn der Presse zu übergeben. Und nun sind wir selbst überrascht über das starke Echo, das der Aufruf gefunden hat. Aber ich muß der Reihe nach erzählen. Ehe wir an die Versendung gingen, mußten wenigstens 7 Mitarbeiter gewonnen sein. Es gelang uns, Professor Weinel von Jena, Pfarrer Böhme von Kunitz, Pfarrer Francke, Berlin, Pfarrer Wagner, Neuhengstett, Pfarrer Lic. Wielandt, Niedereggenen, zur Mitunterschrift zu bewegen. Dann wurden zunächst 3000 Pfarrer nach dem Hammelsprungsystem gleichsam herausgeknobelt, an die der Aufruf durch das Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft versandt wurde. Dabei wurde, um das gleich zu Anfang zu betonen, nicht der leiseste Unterschied zwischen positiven und liberalen Geistlichen gemacht. Es ist also eitel Phantasie, wenn die konservativen Blätter sich einbilden, die Aktion als „Machwerk links-liberaler Pfarrer stigmatisieren zu dürfen“. Wie fern sich der Aufruf von aller kirchlichen Parteilichkeit hält, das mögen die Leser selbst beurteilen. Hier der Wortlaut:

*) Einstweilen sind es 395 geworden.

An die Geistlichen und theologischen Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen.

Werte Herren und Amtsgenossen!

Das Jahr 1913, das uns Deutschen eine große Volkerhebung zurückruft, bringt uns zugleich neue und beispiellose Kriegsrüstungen. Um den Völkerfrieden zu erhalten, so sagt man uns, muß immer angespannter gerüstet werden. Aber die Tatsachen zeigen, daß, da alle Kulturstaaten das gleiche tun, die Kriegsgefahr so nicht vermindert wird, weil gerade die immer drückendere Last des bewaffneten Friedens, verschärft durch Haß und Mißtrauen der Völker untereinander, zur blutigen Entscheidung drängen kann, die wiederum nicht das Ende, sondern den Anfang erneuten Wett-rüstens bedeuten würde.

Als Christen, die wir sein wollen, fühlen wir uns vor Gott und unserem Gewissen verpflichtet, aus diesem Dilemma des Krieges ohne Ende den Ausweg zu suchen, der menschenmöglich und gottgewollt ist: Friede auf Erden! Verständigung der Völker über eine Rechtsgemeinschaft, die das Unrecht des Krieges durch den Rechtspruch ersetzt und den Völkern die Ethik zumutet, die zwischen den Einzelmenschen selbstverständlich ist.

Nicht, daß wir materielle Opfer für hohe sittliche Güter scheuten, wie es das Bestehen eines selbständigen Volksganzen ist. Im Gegenteil, auch uns ist das Leben der Güter höchstes nicht. Aber wir sind überzeugt, daß der Krieg seine Opfer an Menschenblut keineswegs rechtfertigt, weil sein angeblicher Zweck, der Frieden und das Recht, durch seinen Ausgang nicht verbürgt wird. Wir fordern von den Völkern christlicher Kultur das sittliche Opfer, daß sie unter Zurückstellung kriegerischen Ehrgeizes und der Gelüste gewaltsamer Eroberung einen internationalen Rechtszustand herbeiführen, der das Gewaltmittel der Waffen ausschaltet.

Mit diesen Forderungen, die den Urgedanken des Evangeliums entsprechen, sollten diejenigen voranstehen, die auf Katheder und Kanzel die Religion des Gekreuzigten verkünden. Es ist schmerzlich zu bedauern, daß bisher nur ein verschwindender Teil der deutschen evangelischen Theologen den Völkerfrieden öffentlich vertritt, daß wir diese praktische Gefolgschaft Jesu Christi der kirchenfremden Sozialdemokratie überlassen.

Nicht allein das Ansehen unserer Kirchen, auch die Lebenskraft unseres Glaubens verlangt diesen Beweis des Geistes ohne Menschenfurcht und der Kraft der Menschenliebe.

Wir Unterzeichner richten an alle unsere Berufsgenossen die dringende Bitte, daß sie es als einen wichtigen Teil ihrer Mission ansehen, in Wort und Schrift die Bruderschaft aller Menschen und Völker zu verkündigen!

Dieser unser gemeinsamer Entschluß sei uns die schönste Jahrhundertfeier des letzten europäischen Völkerkrieges, dies eine deutsche Volkerhebung unter der Losung: „Gott mit uns!“

Im April 1913.

Als die ersten 150 Unterschriften beisammen waren, schickten wir jedem der Unterzeichner vier weitere Exemplare des Aufrufs mit der Bitte, damit neue Unter-

schriften zu werben. Der Erfolg war durchaus befriedigend: in wenigen Wochen waren gegen 200 neue Namen gesammelt. Dabei ergab sich ein besonders erfreuliches Bild der Stimmung innerhalb des geistlichen Standes. Zwar haben nicht alle ohne jede Bedingung unterzeichnet; einige bemängelten den Satz, in dem gesagt ist, daß wir die praktische Gefolgschaft Jesu nicht der Sozialdemokratie überlassen dürfen. Vier ängstliche Gemüter zogen sogar ihre Unterschrift nachträglich wieder zurück. Es fehlte auch nicht an beleidigenden Ausfällen gegen die Friedensbewegung: einer der Kollegen meinte mich vor dem verfehlten Weg, den ich eingeschlagen habe, in väterlicher Weise warnen zu müssen. Einige andere verweigerten ihre Unterschrift mit der Begründung, daß unser Unternehmen nahezu ein Verbrechen sei, das an Hoch- oder Vaterlandsverrat streife, andere meinten, es dürfe jedenfalls nicht der Schein entstehen, als ob wir etwas gegen die so hochnötige und durchaus berechtigte deutsche Militärvorlage sagen wollten; einer leistete sich sogar den billigen Witz, Berta von Suttner durch uns auffordern zu lassen, sie solle doch bei der französischen Regierung auf Abschaffung der Fremdenlegion hinwirken. Aber die große Mehrzahl gab ihre Unterschrift willig und bedingungslos, viele verbanden damit den Ausdruck begeisterter Zustimmung. Einer schrieb: „Gott Lob, endlich einmal das rechte Wort.“ Ein anderer meinte, er habe jahrelang auf eine derartige Kundgebung gewartet; wieder andere erklärten, es sei einfach eine Ehrenpflicht der christlichen Kirche, endlich einmal der Völkerverhetzung entgegenzutreten. Einer verlas den Aufruf am Pfingstfest auf der Kanzel und schloß mit den Worten: „Hie stehe ich, ich kann nicht anders; Gott helfe mir! Nithack-Stahn selbst schrieb mir: „Es ist eine Lust zu leben, wenn der träge Stein so ins Rollen kommt, und die Dämonen des Stumpfsinns und Widersinns erwachen.“ Eine besonders erfreuliche Tatsache war es, daß auch einige politisch konservativ denkende Pfarrer in dieser Sache ihren Organen die Gefolgschaft kündigten und offen für die Friedenssache Partei nahmen.

Auch außerhalb der Geistlichkeit ist durch unsere Kundgebung viel Staub aufgewirbelt worden — eine Tatsache, die unserer Friedensarbeit nur zugute kommen kann. Während die liberalen Blätter unseren Aufruf mit Zustimmung abdruckten und unseren Verteidigungsreden gern ihre Spalten öffneten, so hat uns dagegen die konservative und nationalistische Presse mit einer zum Teil unerhörten Heftigkeit befeuert. „Eine deplacierte Kundgebung“ hat man unseren Aufruf genannt, „ein beschämendes Zeichen der Zeit, einen Mangel an nationaler Würde“, und wie die schönen Klischees alle

heißen, hat man darin gefunden. Der „Reichsbote“ hat unter heuchlerischem Augenverdrehen den frommen Wunsch geäußert, daß der Aufruf keine 50 Unterschriften finden möge und hat von Mißdeutungen des Evangeliums geredet, das wir in den Dienst unserer rührseligen und kraftlosen Friedensmacherei stellen wollen, und dergl. mehr. Geradezu schäumende Wutausbrüche sind in den agrarischen „Neuen hessischen Blättern“, in der „Neuen Tageszeitung“, in der „Deutschen Reichspost“, in der „Rundschau“, in den „Hamburger Neuesten Nachrichten“, wie in der „Magdeburger Zeitung“ gestanden. Derartige Ausfälle können uns selbstverständlich auf unserem Weg nicht irre machen, sie beweisen nur, daß der Hieb, der den Nationalisten appliziert wurde, gut getroffen hat. Zugleich zeigen sie, wie nötig es ist, endlich einmal dieser Hetzpresse die Heuchelmaske der Vaterlandsliebe und der gepachteten Christlichkeit vom Gesicht zu reißen.

Interessant ist es nun, zu sehen, in welcher Art sich die Menge der gewonnenen Unterschriften gliedern läßt. Zunächst ist es sehr erfreulich, daß nicht nur einfache Pfarrer, sondern auch höhere kirchliche Beamte unterzeichnet haben. Ich zähle zwei Konsistorialpräsidenten, fünf Dekane, dann aber, was besonders wichtig und wertvoll ist: es haben auch Professoren der Theologie unterzeichnet, ihre Namen sind, abgesehen von Weinl, der schon zu den ersten Miturhebern des Aufrufs gehört, folgende:

Professor Dr. Baldensperger, Gießen; Privatdozent Lic. Bornhausen, Marburg; Professor Dr. Nowak, Straßburg; Professor Dr. Thieme, Leipzig; Professor Dr. Wendt, Jena; Professor Dr. Frommel, Heidelberg; Professor Glaue, Jena; Professor Dr. Gregory, Leipzig; Professor Dr. Lobstein, Straßburg i. E.; Professor Dr. Niebergall, Heidelberg; Professor D. Rade, Marburg.

Nun mag die Friedensschwalbe, die den Sommer kündigt, fliegen. Die Hoffnung, daß diesen bedeutenden Männern Tausende von Schülern folgen werden, ist von heute an unausrottbar. Daran wird nichts geändert durch das Gekrächze der nationalistischen Raben, die noch den alten Kaiserberg umflattern. Von großem Interesse ist es aber endlich, zu sehen, wie sich die Unterschriften nach den Ländern verteilen. Dabei steht Elsaß-Lothringen mit 108 Unterschriften an der Spitze. Ein in die Augen fallender Beweis dafür, wie das so viel verkannte und verregierte elsass-lothringische Volk mit seinen geistigen Führern keineswegs gewillt ist, fernerhin als Festungsglacis oder als Kampfplatz zwischen Deutschland und Frankreich zu dienen, wie es vielmehr immer deutlicher die Aufgabe erkennt, eine Völkerbrücke zwischen den beiden Nationen zu werden. Es folgt Preußen mit 99 Unter-

schriften, wobei sich die Namen in folgender Weise auf die einzelnen Provinzen verteilen: Brandenburg 10, Hannover 30, Hessen-Nassau 11, Ostpreußen 9, Pommern 5, Rheinprovinz 10, Sachsen 9, Schlesien 6, Schleswig-Holstein 6, Westfalen 1, Westpreußen 3. Dann Baden mit 47 Stimmen. Es ist beachtenswert, daß gerade dieses Land, das nächst dem Elsaß einem feindlichen Ansturm am meisten ausgesetzt wäre, und dessen geistige Führer in letzter Zeit durch einen vielbesprochenen Vortrag von Lic. Wielandt besonders energisch auf die Beschäftigung mit der Friedensfrage hingedrängt wurden, eine solch zahlreiche Beteiligung aufzuweisen hat. Hierauf 21 in Württemberg, 16 in Hessen, 15 in Bayern, im Königreich Sachsen 13, in Sachsen-Weimar 6, in Braunschweig, Bremen, Hamburg je 5, in Sachsen-Coburg-Gotha 4, in Oldenburg und Mecklenburg-Strelitz 2, in Anhalt, Lippe-Detmold, Reuß j. L., Sachsen-Meiningen und Schaumburg-Lippe je 1.

Wir können zufrieden sein. Die evangelischen Landeskirchen sind in weitem Umfang gegen den Krieg mobilisiert worden; wir werden die begonnene Arbeit fortsetzen, bis die Friedenssache in der ganzen deutsch-evangelischen Christenheit zu einer alle Gemüter bewegenden Angelegenheit wird; wir werden sogar versuchen, eine Parallelaktion unter den katholischen Geistlichen zu beginnen, und endlich werden wir die Zeit heraufdämmern sehen, da das sich auf sich selbst besinnende Christentum dem Krieg den Krieg erklärt.

Zwischen Deutschland und Frankreich.

Von Richard Gädke,

früher Oberst und Regimentskommandeur, Berlin.

Der größte und gefährlichste Gegensatz innerhalb der europäischen Staatenwelt ist noch immer der zwischen Deutschland und Frankreich. Es hat gewiß Zeiten gegeben, in denen das Wachstum der deutschen Flotte oder koloniale Eifersüchteleien zwischen Deutschland und England zu bedenklichen Krisen für den Frieden führte; auch zwischen Oesterreich und Rußland besteht im nahen Osten eine Nebenbuhlerschaft, die mitunter drohende Formen angenommen hat. So war andererseits die Lage zwischen Italien und seinem Dreibundgenossen Oesterreich mehrfach zugespitzt und nicht immer ohne die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes. Der Fall von Fashoda, der um eines Haares Breite zum Waffengange zwischen England und Frankreich geführt hätte, ist in unser aller Gedächtnis. Aber das sind letzten Endes Gewitter, die aus örtlichen Spannungen der politischen Luft sich gelegentlich zusammenballen, und selbst sie

werden von der Gegnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich in schärfster Weise beeinflußt. Der feste Punkt in der Erscheinungen Flucht ist ausschließlich dieser große Gegensatz, der von den Folgen des Krieges von 1870/71, genauer gesagt, schon von denen des Jahres 1866, seinen Ausgang nimmt. Wie zwei Fechter stehen sich beide Länder seitdem gegenüber, jedes aufmerksam den anderen beobachtend, jedes mit besorgtem Eifer spähend, ob das andere nicht eine schärfere Waffe in seine Hand nehme, seine Rüstung verstärke, seinen Arm zu vernichtendem Schläge erhebe. Keiner traut dem anderen, jeder ist auf heimtückischen oder auch brutalen Angriff gefaßt, sobald er sich nur auf der kleinsten Schwäche ertappen läßt. Das Mißtrauen dieser beiden Länder, die trotz alledem im lebhaftesten Austausch aller materiellen Güter stehen, sich vielleicht in stärkerem Maße noch gegenseitig auf allen Gebieten der Kultur beeinflussen, scheint fast unbesiegbar, nachdem es einer Zeit von 42 Jahren nicht geglückt ist, es zu bannen.

Um sie erst gruppieren sich die anderen Gegnerschaften Europas; sie sind die Mittelpunkte und alles in allem doch die treibende Kraft der beiden großen Mächtegruppierungen, von deren friedlichem Nebeneinanderleben oder feindlichem Zusammenstoße das Schicksal unseres Weltteils abhängt. Gelänge es, den dauernden Gegensatz, die beinahe angstvolle Spannung zwischen Frankreich und Deutschland auszugleichen, so wäre damit zugleich auf absehbare Zeit die Gefahr eines großen Krieges innerhalb Europas beseitigt, die Möglichkeit einer friedlichen Konsolidierung, ja einer organischen Verbrüderung seiner Staatenwelt sehr nahe gerückt. Es wäre der zweifellos größte Triumph, den der Friedensgedanke praktisch überhaupt feiern könnte.

Leider Gottes bewegt sich die Politik beider Staaten in einem circulus vitiosus, der so klar zu überschauen scheint, und aus dem sie praktisch doch auf keine Weise hinausgelangen. Um sich gegen die bösen Anschläge des anderen zu sichern, verstärken sie unaufhörlich ihre Rüstung, und aus dieser Rüstung entsteht wieder unaufhörlich neues Mißtrauen und neue Reizbarkeit. Die Militärs, die aufrichtig um die Sicherheit ihres Landes besorgt sind, die ihrer Wachsamkeit und Stärke anvertraut ist, durchkreuzen alle Bemühungen der Staatskunst, ein freundlicheres Verhältnis zwischen beiden Ländern herzustellen. Leider Gottes halten sie sich verbunden, um ihren Forderungen nach neuen Machtmitteln leichter Gehör zu schaffen, die chauvinistischen Instinkte der Völker immer von neuem aufzurütteln, den Ehrgeiz und den Argwohn der maßgebenden Schichten immer wieder anzustacheln. Ihnen zur Seite, als apokalyptische Dämonen, stehen die großen Inter-

essen der Waffenindustrie, des Eisens, des Schiffbaues, gewiß nicht auf den Krieg selbst erpicht, um so mehr aber auf immer größere Kriegsrüstung, vielleicht auch auf Kriegsdrohung. Eine internationale Verbrüderung zur Verhetzung der Völker, die eiserne Internationale, weit verdammenswerter als die goldene oder gar die rote, für die doch der Frieden eine Lebensbedingung ist! Allerlei atavistische Vorstellungen über die Natur und die Bestimmung des Menschengeschlechtes kommen hinzu, dem Kriegsgedanken immer neue Nahrung zu verschaffen. Wenn Heraklit den Streit den Vater aller Dinge genannt und darin den Satz vom Kampf ums Dasein aufgestellt hat, so saugen die Rüstungsfanatiker auch aus dieser Blüte wissenschaftlicher Erkenntnis verderbenschwangeres Gift. Sie stellen fest, daß die Staaten nur durch den Krieg zu erhalten und zu erweitern sind, während die Völker in Luxus und Wohlleben verkommen. Solche Weisheit durfte der erste Diener des Deutschen Reiches den Volksboten künden, als er die neue riesige Vorlage zur Vermehrung des deutschen Heeres einbrachte.

Man darf aussprechen, ohne sich einer Verdächtigung schuldig zu machen, daß es gerade die Regierungen und die einflußreichsten, die gebildetsten Schichten der Völker sind, die an der Rüstungspolitik festhalten, während die Massen auf beiden Seiten der Vogesen die Opfertragenden sind und nur durch die suggestive Wirkung des Mißtrauens zur Uebernahme der immer schwerer drückenden Last vermocht werden.

Kein Zweifel, daß diesmal der erneute Anlauf von Deutschland ausgegangen ist; so lange die Geheimschranke der Regierung sich nicht öffnen, wird es sehr schwer sein, die Vorgänge hinter den Kulissen, den Anteil der äußeren Politik und die Wirkung innerstaatlicher Verhältnisse völlig klarzulegen, die letzten Endes zu dieser gewaltigen Wehrevorlage geführt haben — alles in allem die größte, die überhaupt je eingebracht worden ist. Denn die von 1893 war wenigstens zu gleicher Zeit mit der Verkürzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre für die Masse der Dienstpflichtigen verknüpft. Die Begründung, die Militärverwaltung und Reichskanzler der Gesetzesvorlage mit auf den Weg gegeben haben, war mehr als kümmerlich und in keiner Weise durchschlagend. Nur die geringe Bedeutung des Parlamentes in Deutschland macht es erklärlich, daß ihre Annahme von vornherein so gut wie sicher war. Gewiß hat Agadir, und in höherem Maße noch der Balkankrieg, wie ein schwerer Alpdruck auf unserem Wirtschaftsleben gelastet, und die kriegerischen Besorgnisse der hinter uns liegenden acht Monate haben zu ihrem Teile beigetragen, weitere Kreise des deutschen Volkes in einer vermehrten Anziehung der Rüstungsschraube eine Asse-

kuranzprämie gegen den Krieg sehen zu lassen. Denn gar nicht genug kann es betont, nicht oft genug wiederholt werden, daß die große Masse des deutschen Volkes friedliebend bis in das Mark ihrer Knochen ist und jeden Gedanken an einen Angriffskrieg weit von sich weist, gegen wen es auch sei. Ganz besonders aber ist die alte Nationalfeindschaft gegen Frankreich längst dahingestorben, und die Prahlereien und Hetzreden wichtigtuender Wehrvereinsgenerale — sie täuschen sich durch diese Tätigkeit den Glauben vor, daß ihr dienstlich brachgelegtes Leben noch einen Zweck und Inhalt habe — beweisen ebensowenig wie gelegentlich rohe Ausfälle und Schimpfreden alldeutscher Journalisten. Sie bedeuten auch genau so wenig, wie Lümmeleien eines gut gekleideten Pöbels gegen harmlose deutsche Reisende in den französischen Grenzprovinzen. Kein Volk kann schließlich die Verantwortung für die Ausschreitungen jener minderwertigen Elemente übernehmen, die es überall gibt.

Immerhin hat die deutsche Rüstungsvorlage in Frankreich zweifellos eine chauvinistische Strömung begünstigt, die bereits durch die unsanfte Form unseres Vorgehens während der Marokko-Krise angebahnt war. Man muß aber gerecht sein und zugeben, daß man sich dort in der Tat durch die plötzlich einsetzende, ungewöhnlich große Verstärkung unseres Friedensheeres beunruhigt sehen konnte. Niemand, der mit einiger Unbefangenheit und Billigkeit sich auch in die Seele unserer Nachbarn hineinzusetzen versteht, kann dieses Moment übersehen oder ableugnen. Selbst wenn man noch nicht eine unmittelbare Kriegsvorbereitung in ihr sah, war man vom französischen Standpunkte aus wohl berechtigt, von dieser abermaligen Verschiebung des militärischen Gleichgewichts eine wesentliche Verschlechterung der eigenen Weltstellung zu befürchten. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Mißverhältnis der organisierten Heereskraft Frankreich schon einmal verhängnisvoll geworden ist.

Insofern darf man sich also nicht wundern, wenn unsere Nachbarn krampfhaft Anstrengungen machen, die Ebenbürtigkeit mit dem deutschen Heere so lange als möglich und so weit als möglich aufrechtzuerhalten. Aber man darf auch hinzufügen, daß das Mittel, das sie zu diesem Zweck in Anwendung gebracht haben, verfehlt ist, weil es nach dem tatsächlichen Verhältnis der beiderseitigen Volkskraft verfehlt sein muß und seinen Zweck dauernd nicht erfüllen kann. Hier beginnt der schwere Irrtum der französischen Staatslenker, hier hat ihr Augenmaß für das Mögliche versagt. Die Verlängerung der Dienstzeit bei der Fahne von zwei auf drei Jahre wird im Lande selbst, wie sich mehr und mehr herausstellt, keineswegs mit Begeisterung aufgenommen, ja sie begegnet offenbar einem stetig wachsenden

Widerstände, der sich bis zur Feindseligkeit steigert und in den verschiedensten Gegenden des Landes sich sogar in Soldaten-
Meutereien Luft gemacht hat. Man sollte diese Aufässigkeiten, die im Norden und Süden, im Osten, Westen und in der Mitte gespielt haben, gerade bei dem unzweifelhaften Patriotismus und der hohen, fügsamen Opferwilligkeit des französischen Volkes nicht übersehen. Sie beweisen, daß man dort im Begriffe steht, die militärische und die finanzielle Kraft des Landes noch weit mehr anzuspannen, als dies in Deutschland geschieht, ja daß man sie um des politischen Prestiges willen zu überspannen geneigt ist. Gerade die einsichtigsten Staatsmänner Frankreichs setzen sich diesem Beginnen mit einem Mute entgegen, den erst eine spätere Zeit zu würdigen wissen wird. Die Verlängerung der Dienstzeit, verbunden mit einer Höhe der Aushebung, die auch nach unseren neuen Bestimmungen die deutsche Aushebung noch wesentlich hinter sich läßt, bedeutet eine auffallende Vernachlässigung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Es zeigt sich, daß ein Volk von kaum 40 Millionen Einwohnern auf die Dauer mit einem noch stetig sich vermehrenden Volke von 67 Millionen auf militärischem Gebiete den Wettlauf nicht durchführen kann. Hier handelt es sich um ein unentrinnbares Naturgesetz. Selbst unter den heutigen Verhältnissen hat jedes Volk genug getan, das seine ganze Volkskraft für die Landesverteidigung nutzbar gemacht hat. Niemand vermag über seine natürliche Größe zu wachsen, indem er sich Ziegelsteine unter die Sohlen schnallt. Die Torheit eines solchen Versuchs würde uns sofort klar werden, wenn etwa Belgien oder Holland oder die Schweiz versuchen wollten, mit dem Deutschen Reiche an Mächtigkeit der militärischen Rüstungen zu wetteifern. Und doch wäre dieses Unterfangen nur quantitativ, aber nicht qualitativ von dem verzweifelten Wetttrüsten Frankreichs unterschieden.

Alle Mängel der französischen Heeresorganisation rühren daher, daß man an Kriegsstärke dem deutschen Heere möglichst nicht nachstehen wollte. So schuf man eine Wehrmacht, die an Zahl der Friedensstämme die des deutschen Heeres teils erreichte, teils sogar überstieg, und im schlimmsten Falle nur wenig dahinter zurückblieb. So stellte man Mindertaugliche zum Waffendienst ein, schuf außerdem den sogenannten „Hilfsdienst“, der eine scheinbare Erhöhung der Mannschaftsstärke ergab, nahm zu gleicher Zeit eine erschreckend hohe Krankenzahl und Sterblichkeit mit in den Kauf und steigerte von Jahr zu Jahr die Menge derer, die sich der Gestellung oder doch den Uebungen des Beurlaubtenstandes entzogen. Frankreich hat sich ein Kleid an-

gezogen, das ihm um die Glieder schlottert, das für seinen körperlichen Umfang viel zu weit ist. Die Zahl der Kompagnien ist größer noch als die des deutschen Heeres, aber ihr Mannschaftsstand ist ein so geringer, daß die Ausbildung dadurch erschwert, die Kriegsbereitschaft wesentlich herabgesetzt wird.

Lebten wir in Zeiten, die das Heil nicht mehr hauptsächlich in der Gewalt der Rüstungen erblickten, so wäre das einzige vernünftige Heilmittel das, daß Frankreich die Zahl seiner Truppeneinheiten verminderte, ihre Stärke und Schlagfähigkeit aber erhöhte. Ehrgeiz und Argwohn haben es leider dahin nicht kommen lassen. Man hat vielmehr zu dem verzweifelten Mittel einer Verlängerung der Dienstzeit gegriffen, nicht etwa aus Notwendigkeiten der Ausbildung (abgesehen von der Reiterei), sondern um die blutleeren Stämme aufzufüllen, ihnen mehr Masse und Gewicht zu geben. Wie aber, wenn nun auch Deutschland wieder zur dreijährigen Dienstzeit überginge und damit in der Tat das Friedensheer auf beinahe vollen Kriegsfuß setzen, es auf eine Gesamtstärke von elfhunderttausend (1 100 000) bringen würde? Diese Frage aufwerfen, heißt bereits den Irrsinn dieses Wettlaufes brandmarken.

Dieser Weg führt notwendigerweise an seinem Zeitpunkte oder in seiner Ziellosigkeit zum Ruin beider Völker, oder er treibt einem gewaltsamen Ausbruche zu, wie eine Flasche mit Kohlensäure platzen muß, wenn der Ueberdruck die Widerstandskraft der Wandungen übersteigt.

Daß die deutsche Rüstungsvorlage in diesem Augenblicke weder durch die Gefahren der Lage noch durch militärische Notwendigkeiten genügend begründet war, wird von mir immer wieder betont werden. Aber in Frankreich kann man sich kaum mit gutem Gewissen darauf berufen, weil man auf diesem Wege seinerseits bereits ein gutes Stück vorangegangen war und sich nun zu einer noch gewaltigeren Ausbeutung der Volkskraft anschickt.

Die Aufgabe der Friedensfreunde kann es nur sein, auf die maßlose Torheit dieses zwecklosen Wettlaufens immer wieder hinzuweisen. Nicht augenblickliche Erfolge kann der Pazifismus erringen, aber er hat auch keinen Grund, sich durch scheinbare Mißerfolge entmutigen zu lassen. Den Geist der maßgebenden Kreise gilt es allmählich mit anderer Sinnesart zu erfüllen, ihn von der Nutzlosigkeit und der Kulturfeindlichkeit der öden Gewaltpolitik zu überzeugen und zugleich den unwirtschaftlichen Druck, unter dem alle Völker leiden, zu einem Sturmbock zu benutzen gegen die Herrschaft eines ungezügelten Militarismus. Daß die besten Kräfte beider Nationen sich vereinen, um verjährten Haß und altes Mißtrauen aus der Welt zu schaffen und dadurch den Boden

für Abrüstung und Schiedsgerichtsverträge zu bereiten, das ist unsere nächste Aufgabe. Man sollte interparlamentarische Konferenzen möglichst alle Jahre erneuern und dabei die Mittel und Wege freundschaftlich besprechen, die schließlich zu einer Verminderung der Rüstungslast führen können. Denn zwischen Frankreich und Deutschland ist für alle Weiterblickenden der Wettlauf längst entschieden, an dem gegenseitigen Kräfteverhältnis beider Völker kann gar nichts mehr geändert werden. Und darum sind alle diese Rüstungsvorlagen zwecklos und sinnlos.

H. W.

Der Carthage- und Manoubafall vor dem Haager Schiedshofe.

Von den Streitigkeiten, die im vorigen Jahre durch Frankreich und Italien dem Haager Schiedshofe überwiesen worden sind, hat der Haager Hof selbst nur zwei Konflikte durch Urteile vom 6. Mai 1913 entschieden, und zwar den Carthage- und Manoubafall. Dagegen sind die Zwischenfälle wegen des französischen Dampfers Tavnano und zweier tunesischer Fischerboote durch diplomatische Verhandlungen zwischen den Parteien beigelegt worden. Italien hat sich verpflichtet, wegen dieser beiden letzteren Fälle eine Entschädigung von 5000 Franken an die verletzten Privatpersonen zu zahlen. Es ist dies nicht das erstmal, daß ein bereits dem Schiedsgericht überwiesener Konflikt nachträglich doch noch durch direkte Verhandlungen aus der Welt geschafft wurde.

Wie der Carthage- und Manoubafall entstanden sind, ist wohl noch in Erinnerung. Beide Dampfer wurden im Januar 1912 von den Italienern festgehalten und in den Hafen von Cagliari gebracht, von wo erst nach mehreren Tagen die Freilassung erfolgte. Die Carthage war beschlagnahmt worden, weil sie ein Flugfahrzeug an Bord hatte, von dem die Italiener glaubten, es sei für die Türken bestimmt; die Manouba führte 29 Türken bei sich, die angeblich zur ottomanischen Armee gehörten. Die Festhaltung der beiden Postdampfer rief damals in Frankreich eine große Erregung hervor, und die französische Regierung forderte von der italienischen mit Entschiedenheit Genugtuung. Schließlich wurde der Konflikt am 6. März 1912 dem Haager Hofe zur Entscheidung überwiesen. Die Regierungen einigten sich auf folgende fünf Schiedsrichter: 1. den schwedischen früheren Minister Hammarskjöld als Vorsitzenden, 2. den vortragenden Rat im russischen Auswärtigen Amt Baron von Taube, 3. den Direktor im deutschen Auswärtigen Amt Kriege, 4. den französischen Rechtsgelehrten Renault und 5. den italienischen früheren Staatsminister Fusinato. Alle Richter hatten bereits früher

an Schiedsgerichten vor dem Haager Hofe teilgenommen, Renault sogar dreimal und Hammarskjöld zweimal. Man merkt hieraus, wie die Tendenz dahin geht, nur erfahrene Männer, wie sie in der Regel nur ein ständiges Tribunal aufzuweisen hat, zu Richtern zu ernennen. Ebenso sehr drängt auch die Entwicklung nach einer ständigen Rechtsanwaltschaft. Hat doch Fromageot, Advokat am Pariser Appellhofe, der zusammen mit Hesse Frankreichs Interessen vertrat, in etwa ein Drittel aller Streitigkeiten des Haager Hofes als Verteidiger fungiert. Auf italienischer Seite traten als Anwälte der Gesandte Ricci-Busatti und der Professor an der Universität Rom, Anzilotti, auf. Hammarskjöld selbst hob in der Eröffnungsrede die Tendenz nach einem ständigen Tribunale hervor; er machte darauf aufmerksam, daß jetzt mehrere Streitigkeiten auf einmal dem Tribunale überwiesen worden seien.

Für die verletzten Privatpersonen verlangte Frankreich vor dem Schiedsgerichte 685 339,93 Franken. Außerdem beantragte es in beiden Fällen, Italien zu verurteilen, je einen Frank für die Verletzung der französischen Flagge und je 100 000 Franken als Entschädigung für den politischen und moralischen Schaden zu zahlen, den das Völkerrecht durch die Nichtbeachtung der völkerrechtlichen Verträge seitens Italiens erlitten hatte. Italien beantragte Abweisung der Klage und beanspruchte widerklagend 2112,70 Franken als Ersatz für die durch die erforderlich gewordene Festhaltung der Schiffe entstandenen Kosten; ferner stellte es den Antrag, Frankreich zur Zahlung einer Buße von 100 000 Franken dafür zu verurteilen, daß es die Rückgabe der Türken verlangt und somit gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstoßen habe. Die Summen von 100 000 Franken sollten gemäß dem Antrage der Parteien vom Schiedsgerichte an eine im Dienste des Völkerrechts stehende Körperschaft überwiesen werden.

Sowohl über den Carthage- wie den Manoubastreit hat der Haager Hof in einem besonderen Urteil entschieden. Dies ist eigenartig, weil die Entscheidungen in vielen Punkten fast wörtlich übereinstimmen. Nicht verständlich ist, daß sich die Schiedsrichter wiederum der schwerfälligen französischen Urteilsformel bedient haben, anstatt dem Beispiel Lardys zu folgen und einen klaren Stil zu schreiben. Der internationale Prozeß soll sich die Vorzüge, nicht aber die Fehler der nationalen Prozesse zu eigen machen. In einer sehr wertvollen Schrift, „Opmerkingen over den vorm onzer vonnissen en wetten“ (Haag, 1913), hat sich noch kürzlich Baron W. C. Snouckaert van Schauburg für die deutsche Urteilsform ausgesprochen.

Im Carthagestreit erklärte das Schiedsgericht das italienische Vorgehen für un-

gerechtfertigt, da ein begründeter Verdacht, daß das Schiff Konterbande bei sich führte, nicht vorgelegen habe. Italien wurde verurteilt, an Frankreich 160 000 Franken innerhalb drei Monaten vom Tage der Verkündung des Urteils ab zu zahlen. Im Manoubastreite ging das Schiedsgericht davon aus, daß die verschiedenen Operationen für sich getrennt beurteilt werden müßten. Es stellte fest, Italien habe den Postdampfer nicht ohne weiteres nach Cagliari bringen dürfen, sondern habe den Kapitän sofort, nicht erst im Hafen von Cagliari, auffordern müssen, die türkischen Passagiere auszuliefern. Im übrigen sei aber Italien, nachdem der Kommandant im Hafen von Cagliari die Herausgabe der Türken verweigert habe, zur Festhaltung des Dampfers berechtigt gewesen. Italien wurde daher lediglich zur Zahlung von 4000 Franken Entschädigung verurteilt, indem Italien seine durch die berechnete Festhaltung der Manouba entstandenen Kosten in Rechnung gestellt wurden. Zur Feststellung der Entschädigungen hatte vor zwei beauftragten Mitgliedern des Schiedsgerichts eine Beweisaufnahme stattgefunden. Dies ist, von dem schwedisch-norwegischen Falle abgesehen, der einzige Fall einer Beweisaufnahme vor dem Haager Hofe.

Betreffs der Bußforderungen sprach sich das Schiedsgericht mit Recht dahin aus: Für den Fall, daß eine Regierung ihre völkerrechtlichen Pflichten nicht erfülle, sei bereits die Feststellung dieser Tatsache in einem Schiedssprache eine hinreichende Sanktion. Die Einführung einer anderen Genugtuung in das Völkerrecht erscheine überflüssig und überschreite die Grenzen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

Gegenwärtig sind alle dem Haager Hofe überwiesenen Fälle erledigt. 13 Streitfälle sind im ganzen im bisherigen Gebäude des Schiedshofes, Prinsegracht 71, entschieden worden. Im September siedelt das internationale Bureau nach dem von Carnegie gestifteten Friedenspalaste über. Anlässlich dieses besonderen Ereignisses wird in wenigen Wochen als Band 3 der von Schücking herausgegebenen Sammlung „Das Werk vom Haag“ (Duncker & Humblot, Leipzig) eine Darlegung sämtlicher bisher im Haag erledigter Streitfälle herausgegeben werden. Hervorragende Männer der Wissenschaft, wie v. Bar, Fleischmann, Kohler, v. Martitz, Meurer, Niemeyer, Nippold, Scott, Strupp, Zitelmann und Zorn, haben ihre Mitwirkung zugesagt bzw. bereits ihre Beiträge dem Herausgeber eingesandt. Somit dürfte der neue Band der bekannten Sammlung eine hervorragende wissenschaftliche Tat bedeuten.

Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Mannheim.

Von Dr. A. Westphal,
Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Stuttgart.

In Anwesenheit von 41 Ortsgruppenvertretern tagte am 24. und 25. Mai die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Mannheim unter Vorsitz von Dr. Richter-Pforzheim, der leider wieder die Abwesenheit unseres treuen Friedensdieners und 2. Vorsitzenden, Stadtpfarrer Umfrid — aus demselben Grunde, wie auf der Berliner Tagung 1912 — in seiner einleitenden Begrüßungsansprache feststellen mußte. In warmherzigen Worten beklagte Dr. Richter das harte Geschick Umfrids, und die Delegiertensitzung gab ihrem schmerzlichen Mitfühlen vor Eintritt in die Tagesordnung telegraphisch Ausdruck. — Aus dem vom Kassierer P. Alber erstatteten Kassenbericht, der mit ca. 13½ tausend Mark balanziert, erhellt, daß der Zufluß neuer Geldmittel in absehbarer Zeit bereits notwendig werden müßte, namentlich infolge der, besonders im 1. Jahre der Erstellung des Stuttgarter Sekretariats relativ hoch gewordenen Kosten für dasselbe. Die Herausgabe des vergrößerten „Völkerfriedens“ in ca. 8500 Exemplaren belastet gleichfalls nicht unerheblich die Zentralkasse. Aus der Versammlung wurde daher der Wunsch rege, die Geschäftsleitung möge der Carnegie-Stiftung die unterstrichene Bitte um eine baldige Entscheidung bezüglich höherer Unterstützung, wie solche anderen Organisationen zufließt, vortragen. —

Der Jahresbericht des unterzeichneten Sekretärs läßt im allgemeinen ein Wachsen der Arbeit der Geschäftsleitung, der Sekretariatstätigkeit und erfreulicherweise auch der Deutschen Friedensgesellschaft erkennen: Der Zuwachs beträgt ca. 400 Mitglieder, und an 13 Orten wurden neue Ortsgruppen gegründet oder die dortigen Einzelmitglieder zu Ortsgruppen zusammengeschlossen; namentlich in Rheinland-Westfalen — wo ein vorläufig noch loser Landesverband ins Leben trat —, sodann in Elsaß-Lothringen, der bayr. Pfalz, in Hessen, Ostpreußen und Württemberg. Die Gesamtzahlen sind jetzt 8500 Mitglieder, 95 Ortsgruppen. Größere erfolgreiche Vortragsreisen in Deutschland in Friedensvereinen, Frauenvereinen, Gewerbevereinen, Studentenvereinen, Pressevereinen u. a. unternahm unser französischer Gesinnungsfreund Prof. E. Riquiez, Norman Angell, Rich. Feldhaus, Prof. Quiddé und der Unterzeichnete. Einzelvorträge fanden zahlreich statt. Die revidierte Satzung nebst Programm wurde neu gedruckt, ca. 10 000 neue Flugblätter wurden ausgegeben. Verhältnismäßig groß, viele

hundert Exemplare, war die Nachfrage nach alter wie nach der 1912/13 zahlreich erschienenen neuen pazifistischen Literatur, die in einigen, ihrer Eigenart wie ihrem Inhaltsreichtum nach wertvollen Büchern und Broschüren besonderer Erwähnung bedarf: „Die falsche Rechnung“ v. N. Angell, „Krieg“ von F. Diederichs, „Handbuch der Friedensbewegung II“ von A. H. Fried, „Die Vergangenheit des Krieges“ von Ch. Richet, „Für den Frieden“ vom Simplissimus-Verlag. Die Broschüre „Friedensbewegung und Lebenserziehung“ von E. Böhme und die Hefte „Internationale Organisation“ von Goldscheid, Starr-Jordan, Fried und B. v. Suttner. Die Berner „Friedensbewegung“ wird in Deutschland in ca. 800 Exemplaren monatlich verbreitet. Die Weltpetition fand, wie bislang, alle mögliche Unterstützung. An der deutsch-englischen wie deutsch-französischen Annäherungsarbeit war die D. F. G. im Verein mit den anderen Verständigungsorganisationen lebhaft beteiligt, so an der Londoner Konferenz Oktober/November 1912 und an der deutsch-französischen und der Berner Liga-gründung. Seit dem Balkankriegsausbruch und namentlich, seitdem die neue Rüstungskrankheit grassiert, wurden von Wehrverein, Regierung und real, wenn auch nicht reell (?) interessierten Gruppen aus Handel und Industrie, besonders viele Versuche unternommen, auf die öffentliche Meinung zu wirken. In den Monaten Februar-März-April 1913 wurden daher 14 verschiedene Netizen, Korrespondenzblattartikel, Resolutionen, Eingaben an den Reichskanzler betr. Milliardensteuer, Aufruf „An die evangelischen Geistlichen und Hochschullehrer“, „An das deutsche und französische Volk“, „Gegen die Rüstungen“ u. a. m. durch die Presse bzw. öffentliches Plakatieren Hunderttausenden bekannt gegeben. Auch die Reichstagsabgeordneten wurden mehrfach apostrophiert. Vornehmlich die beiden Aufrufe lösten viele hundert Zustimmung- und Mitarbeiterklärungen aus, so der an die Geistlichen rund 390 Unterschriften. Im ganzen also ein leidlich erfreuliches Bild der Vorwärtsbewegung.

Die Hauptbesprechungspunkte der Delegiertensitzungen waren infolge eingelaufener Anträge: Technische Organisationsfragen, betr. Publikationen usw., Erhöhung des Völkerfriede-Abonnements auf 60 Pf. jährlich, Stellungnahme zu den die Jugendgehirne militarisierenden Jugendorganisationen (Pfadfinder, sowie einzelne Jungdeutschlandgruppen u. a. m.), zum Wehrverein, und infolge der in den internen zwei Sitzungen unter viel Zustimmung gehaltenen Vorträge: „Was können und sollen die Frauen für die Friedenssache tun“ von Fr. Springer, „Pazifistische Jugenderziehung“ von A. v. Harder, „Stellungnahme zur politischen Lage“ von Dr. Reiss.

Den Niederschlag der Beratungen bildeten die nachfolgenden Resolutionen:

Erklärung.

Die Deutsche Friedensgesellschaft fühlt sich verpflichtet, ihre Stimme gegen die unverantwortlichen Treibereien des Wehrvereins zu erheben. Wenn in einem Militärstaat wie Deutschland noch eine besondere Gesellschaft zur Stärkung der Wehrkraft gegründet wird, so kann das Ergebnis nur sein, eine ungesunde und im höchsten Grade gefährliche Aufstachelung der Massen zu blindem Kriegsenthusiasmus, zu Mißtrauen und Haß gegenüber dem Auslande, mit dem im Frieden zu leben wir allen Anlaß haben. Der Wehrverein hat es an skrupelloser, hetzerischer Agitation nicht fehlen lassen. Seine Taktik geht dahin, im Bunde mit den Rüstungsinteressenten jede Wehrvorlage für völlig ungenügend zu erklären; seine Presse konnte es wagen, den preußischen Kriegsminister wegen seiner Schlawheit in Rüstungsfragen unter öffentliche Anklage zu stellen. Er hat es so erreicht, die Regierung über ihre eigenen ursprünglichen Anschauungen hinaus zu neuen Forderungen von unerhörter Höhe zu treiben, und er rühmt sich dieses seines Erfolges. Um solchen Erfolg zu erreichen, hat er Ziffern der Statistik tendenziös mißbraucht und gefährliche Leidenschaften in den Massen aufpeitschen müssen; er hat den Eindruck geweckt, als ob unsere Rüstungen nicht nur das deutsche Volk schützen und den Frieden sichern sollten, sondern das Ausland und den Frieden bedrohten. Damit wird unsere Stellung in der Welt nicht gestärkt, sondern geschwächt und Deutschland verleumdete, denn das deutsche Volk will aufrichtig den Frieden. Der Vorsitzende des deutschen Wehrvereins, General Keim, hat sich dahin verstiegen, die Bemühungen um Verständigung unter den Völkern zu verhöhnern und zu fordern, wir müßten hassen lernen. Jawohl, hassen sollen wir das gewissenlose Treiben verblendeter Hetzer. Aber lieben sollen wir die große Kultur-gemeinschaft der ganzen Menschheit. Nicht dem Völkerhaß, dem Völkerfrieden gehört die Zukunft.

* * *

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßt in dem wenn auch unverbindlich ausgesprochenen Einvernehmen Deutschlands und Englands über das Kraftverhältnis ihrer Schlachtflootten den ersten bescheidenen, aber hoffnungsvollen Anfang für eine internationale Verständigung in Rüstungsfragen.

* * *

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßt das Ergebnis der Berner Verständigungskonferenz auf das wärmste und setzt sich von ihrer Seite dafür ein, daß auf der dort geschaffenen Grundlage weitergearbeitet werde. Danach soll neben internationaler Verständigung überhaupt speziell auf ein dauerndes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich hingearbeitet werden, damit durch eine derartige Verständigung der beiden führenden Militärmächte Europas eine allseitige allmähliche Herabsetzung der drückenden Rüstungen sich bewerkstelligen lasse.

* * *

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßt durchaus sympathisch alle Bestrebungen, die auf Pflege der körperlichen Tüchtigkeit der Jugend gerichtet sind, sie verurteilt aber ebenso entschieden die vielfach getriebene, pädagogisch äußerst bedenkliche Kriegsspielerei in Gruppen des Jungdeutschland-Bundes, der Pfadfinder-Vereine des Wehrkraftvereins und sogar konfessioneller Jugendvereine, gegen die sich auch schon militärische Autoritäten mit Nachdruck ausgesprochen haben. Die Kriegsspielerei ist geeignet, die Jugend militaristisch-chauvinistisch zu verhetzen und zugleich den Gegensatz politischer Parteien in sie hineinzutragen.

* * *

Die Versammlung beschließt, den Kongreß des nächsten Jahres in Königsberg zu halten, und bittet, die Geschäftsleitung, falls Mittel verfügbar werden, einen größeren Betrag zur Gewährung von Reisebeihilfen zur Verfügung zu stellen.

* * *

Zu der am 24. Mai, abends, abgehaltenen gut besuchten öffentlichen Propaganda-Versammlung, der Rechtsanwalt v. Harder-Mannheim als Ortsgruppenvorsitzender präsiidierte, sprach Lic. Wieland über „Ist der Krieg christlich oder nicht?“ und resumierte aus Vergangenheit und Gegenwart, aus Vernunftschluß und Gefühlswertung die Verwerflichkeit, Schändlichkeit und Unchristlichkeit des Kriegssystems. Ferner sprach Prof. Quidde über „Milliardensteuer und Abrüstung“ und wies vornehmlich nach, wie ungerechtfertigt und schwach die Regierung begründen könne, und wie kleine, aber an Einfluß große Kreise es vermögen, die Quantität der Rüstungen zu vermehren, aber die Rüstungsrelationen zu den andern Mächten nicht zu ändern und die Schwierigkeiten der Völkerverständigung dadurch nur zu vergrößern. Beiden Referaten folgte starker Beifall. — Den nächsten Kongreß wird wohl Königsberg halten.

A. Westphal.

Zweiter Kongreß des Verbandes der Internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen.

Von Egon Meider,
Erstem Schriftführer des „Wiener Akademischen Friedensvereins“.

Die im Vorjahre auf der ersten Tagung zu Göttingen gelegten Saaten haben längst zu sprießen begonnen und fangen bereits an, herrliche Früchte zu tragen. Beseelt vom Geiste regster Kraftentfaltung zur Verwirklichung ihrer vornehmsten Ziele: Erweckung gegenseitigen Verständnisses für deutsche und fremdländische Kultur bei heimischen und ausländischen Studierenden und Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Studenten aller Nationen, fand vom 14. bis 17. Mai die zweite Tagung des Verbandes der Internationalen Studentenvereine an deutschen Hochschulen in der alten Goethestadt Leipzig statt, zu welcher 75 Delegierte, die 23 Nationen angehören, in Vertretung der sieben Internationalen Studentenvereine Deutschlands erschienen waren.

Ein Begrüßungsabend im „Hotel Deutsches Haus“ eröffnete die Tagung. Stud. jur. Juriaan van der Heyde-Schreuder (Südafrika) begrüßte als 1. Vorsitzender des Leipziger Vereins die Ehrengäste und Kongreßteilnehmer und feierte sodann Deutschland als Treffpunkt aller strebsamen jungen Männer aus allen Ländern der Erde. „Es schein“, führte er aus, „als ob sich mit immer größeren Zügen ein gewaltiger Geist durch die Welt unwillkürlich hindurchziehe, der danach strebe, die verschiedenen Nationen in stets engeren Zusammenhang zu bringen. Diesen Geist richtig zu führen, — das ist der Zweck des Verbandes und seiner Bestrebungen. Und über allen Nationen steht die Menschheit. . . .“ Hierauf wurde ein Schreiben des Ehrenprotektors des Leipziger Vereins, Geheimrats Prof. Lamprecht, verlesen, in welchem er bedauert, durch Krankheit am Erscheinen verhindert zu sein, im Geiste aber an der Tagung teilnehme. Dann nahm Prof. Schmidt, Direktor der Vereinigten staatswissenschaftlichen Seminare der Universität Leipzig, das Wort und überbrachte zunächst die besten Wünsche des Rektors, dessen größtes Interesse die Verbandstagung erwecke. Auch er, Redner, bringe den Bestrebungen das größte Interesse entgegen. Er sei durch seine Zugehörigkeit zu Oesterreich und im Hinblick auf die Nähe Preußens von seiner Heimat ehemals zu einem gewissen Kosmopolitismus gelangt, der, eine Art Reinigungsprozeß durchmachend, älter und geläuterter geworden sei und sich dann in einen Patriotismus für das

gesamte deutsche Vaterland verwandelt und zum Schlusse in einen Internationalismus geklärt habe. Jetzt aber gehe eine starke chauvinistische Welle über das deutsche Volk, in welcher eine große Gefahr für seine Zukunft liege. Längst aber sei schon ein Bau aufgeführt worden, um die Nationen zu vereinen: die Rechts- und Verwaltungsgemeinschaften, die jetzt die Welt regieren. Diese Organisationen beruhen auf internationalem Privat- und Verwaltungsrecht, einem mächtigen Bau, aufgeführt durch gemeinsame Tätigkeit sämtlicher Hochschulen der Erde. Parallel laufen die Kulturinteressen, welche zu durchdringen und zu vertiefen Aufgabe der internationalen Studentenvereine sei, und die darin gipfle, ein besseres Kennenlernen der Studenten der verschiedenen Nationen zu ermöglichen und ein chauvinistisches Abschließen derselben zu verhüten. Ein vorzügliches Mittel, der Eigenart einer anderen Nation näherzukommen, läge im Erlernen ihrer Sprache und im Aufsuchen dieser Nation in ihrem eigenen Lande. In der Veranstaltung derartiger Studienreisen ins Ausland sei die Wiener Universität vorbildlich geworden. Schließlich sprach Prof Schmidt den Wunsch aus, daß die Beratungen und die Arbeit des Kongresses vom besten Erfolg gekrönt sein mögen.

Stürmisch begrüßt, ergriff hierauf Geheimrat Prof. Ostwald das Wort. Er feierte vom praktisch-idealistischen Standpunkte aus die Entwicklung der Menschheit: aus dem chaotischen Urbrei habe sich zunächst der primitive Urmensch als Individualmensch entwickelt. Durch Zusammenschluß dieser primären Individuen komme es zu einer primitiven Vergesellschaftung, die sich nach vielfachen Läuterungsprozessen zum Nationalismus verdichte, der wiederum eine Vergesellschaftung, diesmal aber im höheren Sinne, suche. Diese neue Associationsform aber heiße Organisation. Solche Organisationsformen stellten die internationalen Verwaltungsgemeinschaften und die wissenschaftlichen Organisationen, an ihrer Spitze das Institut „Die Brücke“, dar. Ostwald feierte sodann den Gedanken des Internationalismus als des allerwichtigsten Kulturfaktors, nannte die Wissenschaft einen internationalen Begriff und die Wissenschaftler Repräsentanten des Internationalismus. Dann erteilte der Vorsitzende dem Präsidenten des Weltbundes „Corda Fratres“, Dr. G. W. N a s m y t h, das Wort, der von seiner Propagandareise nach den skandinavischen und russischen Universitätsstädten berichtete. Nach ihm referierten die Vertreter der internationalen Studentenvereine Berlin, Bonn, Freiburg, Heidelberg, Leipzig, Göttingen und München über die Anzahl ihrer Mitglieder, die sich insgesamt auf mehr als 500 stellt, ihre Veranstaltungen auf wissenschaftlichem und geselligem Gebiet, ihre Vorträge und Exkursionen.

Der nächste Morgen vereinigte zu früher Stunde die Kongreßteilnehmer zur vorbereitenden Arbeit für die eigentliche Tagung. Das Bureau konstituierte sich wie folgt: 1. Vorsitzender: Paul Baumgarten-Göttingen, 2. Vorsitzender: Edgar Herzog-Leipzig, 1. Schriftführer: Meider-Wien, 2. Schriftführer: Smirnoff-Berlin, Nordmeyer-Leipzig und Neufeld-Berlin, Kassenrevisoren: Dr. Brunner-München, Bergmann-Leipzig. Am Nachmittag und während der beiden folgenden Tage fanden Sitzungen der verschiedenen Ausschüsse sowie des Plenums statt. Auf Vorschlag der bezüglichen Kommissionen wurde eine Geschäftsordnung für die Verbandstage, ein gemeinsames Vereinsabzeichen und ein Propagandaprogramm beschlossen, ferner nähere Maßregeln festgelegt, um die ehemaligen Vereinsmitglieder (Altmitglieder) dem Verbandsverbande zu erhalten und in Fühlung mit ihnen zu bleiben; das weitere Erscheinen der unter der trefflichen Leitung des bisherigen Verbandspräsidenten Paul Baumgarten-Göttingen stehenden Monatsschrift „Vaterland und Welt“, von der bisher bereits vier Nummern herausgekommen sind, wurde gesichert und gleichzeitig bestimmt, daß diese Zeitschrift als Organ des Verbandes zu gelten habe, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Vereine und ihrer Mitglieder zu stärken. Zum Zwecke der Propaganda aber habe wie bisher zu Beginn eines jeden Semesters ein Heft: „Zur internationalen Kulturbewegung“, herausgegeben vom Leipziger Verein unter Führung seines Vorsitzenden, Edgar Herzog, zu erscheinen. Es wurde das Detailprogramm der im Sommer stattfindenden Studienfahrt nach Amerika zum Kongreß der „Corda Fratres“ besprochen. Die mittelbare Führung dieser Reise hat das „Amt für Studienreisen ins Ausland“ der Deutschen freien Studentenschaft übernommen. Der Kongreß beschloß auch, zur Erleichterung des brieflichen Verkehrs der Mitglieder eine Liste sämtlicher Vereinsmitglieder jährlich erscheinen zu lassen.

Die Tätigkeit des Verbandes als der Zentrale der Organisation wurde einer Neuorganisation unterworfen. Man wollte der Ueberlastung eines einzigen Vereins, der als Vortort bisher die gesamten Verbandsagenden zu führen hatte, steuern und gleichzeitig verhüten, daß die Zentrale mit jedem Jahre an einen anderen Ort wandere und so eine gewisse Inkontinuität Platz greife; man griff also zu einem System der Dezentralisation der Verbandsarbeit: München wurde als ständige Adresse und Auskunftsstelle über Studienfragen und Angelegenheiten des täglichen Lebens für Studierende des In- und Auslandes des Verbandes der Internationalen Studentenvereine erklärt und ebendorthin die Drucksachenzentrale verlegt; der Zweck der

letzteren liegt darin, daß sämtliche Veröffentlichungen der einzelnen Vereine — die im von der „Brücke“ propagierten Weltformat zu erscheinen haben —, nach dieser Zentrale gesandt und erst von ihr versandt werden sollen, um so einen Austausch der Erfahrungen und Arbeitsmethoden herbeizuführen. Alle Publikationen haben im Monographiesystem zu erscheinen. Leipzig erhält die Preßzentrale, Berlin das Verbandsarchiv, während das Mitgliederarchiv vom Münchener Verein geführt wird. Der Heidelberger Verein wurde beauftragt, eine Monographie „Ueber die Nutzbarkeit der Münchener ‚Brücke‘ für die internationalen Studentenvereine“ zu verfassen, die im Weltformat erscheinen und der Zeitschrift „Vaterland und Welt“ angeheftet werden soll. Um die Bewegung durch Zusammenschluß mit anderen internationalen Bestrebungen zu fördern, wurde der Beitritt zur „Union des Associations Internationales“ in Brüssel erklärt. Schließlich wurde die Einrichtung wissenschaftlicher Abende nach Muster der „Garton Foundation“ beschlossen. Dr. Langdon Dawies, der eifrige Mitarbeiter Norman Angells, hielt zur Orientierung der Kongreßteilnehmer über das Wesen dieser Stiftung einen längeren Vortrag und führte im Verlaufe desselben als Grundgedanken dieser Bestrebungen folgendes an: „Daß der Krieg gottlos sei, wird nicht von uns behauptet, da eine solche Behauptung nicht zu unseren Bestrebungen gehört. Daß der Krieg eine Täuschung oder eine Unmöglichkeit sei, sagen wir auch nicht, denn wir sind keine Idealisten. Wir suchen nicht den Beweis dafür zu erbringen, daß die Finanziers die Friedensstifter der Zukunft seien und daß dies ein Segen sei; wohl aber behaupten wir, daß das Kreditwesen mit seinem Produkt, der Finanz, uns unmittelbar die Wirkungen der nationalen und internationalen Politiken erkennen läßt und daß dies ein nützliches Moment für das richtige Studium von Ursache und Wirkung in der Volkswirtschaft darstellt. . . . Die Gartonsche Stiftung besteht darin, mittels Druckschriften, Vorlesungen, Organisationen usw. die Erforschung der wirtschaftlichen und philosophischen Faktoren der gegenseitigen Beziehungen der zivilisierten Nationen zu fördern. Im Zusammenhang damit entwickeln sich gegenwärtig in verschiedenen Teilen Englands zwei Hauptgruppen von Vereinigungen: die War and Peace Societies oder Study Circles zum Zwecke der Heranbildung der Mitglieder im Sinne der Lehre zum Eingreifen bei Diskussionen, Vorträgen, politischen Reden oder dgl. Die zweite Gruppe richtet sich an weitere Kreise, indem zur Mitgliedschaft alle jene zugelassen werden, die sich für internationale Beziehungen interessieren; sie läßt Redner aller möglichen Ansichten zu ihren Diskussionen ein. . . . Study Circles der ersten Art bestehen auch

an verschiedenen deutschen Universitäten, deren Entstehung durch Norman Angells Ausschreibung eines Preises für jede Vereinigung in Anerkennung des besten im Laufe des nächsten Jahres abgefaßten Aufsatzes ein weiterer Sporn verliehen ist. Diese Gründungen gehen auf die Initiative der internationalen Studentenvereine zurück. Der Lohn ihrer Tatkraft und Hingabe bei der Schöpfung des Unternehmens wird sich voraussichtlich in Gestalt einer Preiskrönung einstellen, was aber weit wertvoller ist, der Verein wird das Bewußtsein haben, daß er bei der Einführung einer der höchsten Bestrebungen des zwanzigsten Jahrhunderts für die Wohlfahrt der Menschheit an erster Stelle stand. . . . Das Prinzip, das wir entwickeln — Sie in Deutschland und wir in England —, erstreckt sich über die ganze Welt. Wir gehen ja nicht darauf aus, etwas zu vernichten, was die Menschen schätzen, wir arbeiten nicht im Dienste eines Teiles der Menschheit zum Nachteile des anderen; wir wirken lediglich durch das volle Medium der Wissenschaft, um auf festem Grund und Boden das Zusammenwirken, die Sicherstellung und den Frieden unter den Völkern aufzubauen. . . .“ Im Sinne dieser englischen Anregung wurde festgelegt, daß jeder Verein, der wissenschaftliche Abende auf Grund der Lehren Norman Angells veranstaltet und fünf Arbeiten aus dem Kreise seiner Mitglieder über Themen aus Angells Buch: „Die große Täuschung“ bis 31. Dezember 1913 einliefert, als Preis für die beste dieser Arbeiten 100 M. zur Verfügung erhält. Als Preisrichter ist möglichst ein Professor der Nationalökonomie der Universität der betreffenden Vereinsstadt zu gewinnen. Zur Anleitung und Hilfe bei Veranstaltung dieser wissenschaftlichen Abende ist die Herausgabe eines Büchleins in Aussicht genommen.

Die Neuwahlen in den Vorstand des Verbandes ergaben als Resultat: Vorsitzender cand. phil. et hist. Edgar Herzog für den Vorort Leipzig, Beisitzer: für Berlin: med. Alpern und phil. Paranypé, für Bonn: jur. Virmich, für Freiburg: Dr. phil. Meg, für Göttingen: phil. Löwenstein, für Heidelberg: med. Dierksen, für München: jur. Lemmer.

Zum Ort der nächsten Tagung wurde München bestimmt.

Nach einer Reihe von Besichtigungen und geselligen Veranstaltungen folgte eine Studienfahrt nach Weimar, die alle, die an ihr teilnahmen, in eine weihevollte Stimmung versetzte. Sie wird uns stets unvergessen bleiben.

Brief aus den Niederlanden.

Von Dr. de Jong van Beek en Donk,
Ministerialrat des niederländischen Justiz-
ministeriums, Haag.

(Der nächste Friedenskongreß. — Die Küsten-
verteidigungsvorlage. — Die Friedensfeier vom
22. Mai.)

Ein Brief aus den Niederlanden muß sich in dieser Zeit notwendigerweise auf den nächsten Weltfriedenskongreß beziehen, der vom 18. bis zum 23. August im Haag stattfinden wird und der im Jahre 1913, in dem so viele internationale Kongresse in Holland tagen werden, ohne Zweifel im Interesse des niederländischen Volkes eine erste Stelle einnehmen wird.

Wir holländischen Pazifisten fühlen nicht nur immer mehr, an welchem bevorzugten Platz wir in der Friedensbewegung stehen, sondern zugleich, welche schwere Pflichten auf uns ruhen. Bei uns gibt es keine militärische Partei, die den Krieg nicht als ein Uebel empfinden würde. Die Einwohner unseres kleinen Staates wissen ja zu gut, daß die beste Gewähr für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit in der Verbesserung der internationalen Rechtsorganisation und in der allmählichen Entwicklung des internationalen Gerechtigkeitsgedankens liegt. Wir sind daher nicht, wie unsere Freunde in anderen Ländern, der Gefahr ausgesetzt, als anti-patriotisch gescholten zu werden, wenn wir unsere Landsleute anregen, sich der Bewegung für internationales Recht und für internationale Gerechtigkeit anzuschließen.

Aber außerdem hat der holländische Pazifist auch unter denen der anderen kleinen Staaten eine besondere Stellung inne. Wir genießen den großen Vorzug, in unserer Mitte die Friedenskonferenzen und schon zwölf Sitzungen des Haager Schiedshofes gehabt zu haben. Wir haben den Vorzug, daß sich hier im Haag der Friedenspalast erhebt, der der Sitz der künftigen Friedenskonferenzen und der künftigen Zusammenkünfte des internationalen Schiedshofes sein wird. Also haben wir, wie die holländische Rednerin in der vor einigen Tagen unter Vorsitz der Mrs. May Wright Sewall mit großem Erfolg stattgehabten öffentlichen Versammlung des Internationalen Frauenbundes bemerkte, in unserem Lande als Tatsachen gesehen, was das Resultat der riesenhaften Friedenspropaganda in allen Ländern zusammen gewesen ist. Die niederländische Bevölkerung ist jedesmal Zeuge des Heranwachsens der internationalen Rechtsorganisation; sie hat die Gelegenheit, selbst zu sehen und ganz nahe zu beobachten, daß die Pazifisten nicht nur hohe Ideale anstreben, sondern auch schon viel erreicht haben. Ist es nun ein Wunder, daß die Friedenspropaganda bei uns so fruchtbaren Boden findet?

Weil die Propaganda in unserem Lande so erleichtert wird, ist es für uns eine um so größere Pflicht, alle unsere Kräfte anzuspannen, wenn wir in einer bestimmten Weise in der internationalen Friedensorganisation tätig sein können, wie jetzt bei der Vorbereitung des XX. Weltfriedenskongresses.

Selbstverständlich war es unsere erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Kongreß von offizieller Seite die Sympathiebeweise empfangt, die er mit Recht beanspruchen kann. In dieser Hinsicht haben wir zweifellos Erfolg gehabt. Der Prinz-Gemahl hat das Protektorat des Kongresses — ein Sympathiebeweis des königlichen Hauses — angenommen. Der Ministerpräsident Heemskerck ist Vorsitzender des Ehren-Komitees, dem unter anderen noch angehören: die Vorsitzenden der ersten und der zweiten Kammer der Volksvertretung, der Vizepräsident des Staatsrates, die Mitglieder des internationalen Schiedshofes, die Ehren-Vorsitzenden der ersten und der zweiten Friedenskonferenz, de Beaufort und van Tets, die Delegierten der Friedenskonferenzen Asser und van Karnebeck, die „Kommissarien der Königin“ der Provinzen von Nord- und Süd-Holland, die Bürgermeister vom Haag, von Amsterdam, Rotterdam und Delft, dem Geburtsort von Grotius, die höchste protestantische, katholische und israelitische Geistlichkeit, der Vorsitzende der niederländischen Handelsbank u. a. m. Obwohl die vielen nachteiligen Gerüchte über den Genfer Weltfriedenskongreß, die in viel größerem Maße, als es gerechtfertigt erschien, verbreitet worden sind, zur Folge hatten, daß dem Kongreß eine finanzielle Unterstützung seitens der Regierung verweigert wurde, und wir uns infolgedessen fragen mußten, ob die Würde der Friedensbewegung es unter diesen Umständen überhaupt noch gestatte, den Kongreß in Holland abzuhalten, haben alle einflußreichen Persönlichkeiten durch ihren bereitwilligen Beitritt zum Ehren-Komitee geholfen, diese Zweifel zu überwinden. Der vereinzelt Anschauung des Ministers des Auswärtigen Amtes über die Bedeutung des Kongresses durfte, allen diesen offiziellen Anerkennungen gegenüber, kein zu großes Gewicht beigelegt werden.

Es sei hier noch besonders erwähnt, daß die drei größten Gemeinden unseres Landes, Amsterdam, Rotterdam und Haag, wie auch Delft den Kongreß offiziell zu empfangen hoffen, und daß die Regierung so wohlwollend gewesen ist, den „Ridderzaal“, in der die zweite Konferenz ihre Versammlung abhielt, für die Eröffnungssitzung zur Verfügung zu stellen. Als gemeinschaftliche Ausflüge, die zur Förderung der gegenseitigen Bekanntschaft auf jeder internationalen Zusammenkunft notwendig sind, werden ge-

plant: ein Besuch im alten, dem Haag nahe gelegenen Städtchen Delft, woran sich eine Huldigung für Grotius anschließen wird, eine Dampfschiffahrt durch den Rotterdamer Hafen und eine solche von Alkmaar nach Amsterdam, durch die charakteristischen holländischen „Zaanstreek“ mit ihren zahllosen alten Mühlen.

Wenn wir also erwarten dürfen, daß es an Ehrenbezeugungen und geselligen Veranstaltungen nicht fehlen wird, so drängt sich die Frage auf, welches die große und tiefe Bedeutung dieses XX. Weltfriedenskongresses sein wird?

Außer der nicht gering zu achtenden Gelegenheit zur persönlichen Bekanntschaft der Pazifisten der ganzen Welt muß der Weltfriedenskongreß meiner Ansicht nach, drei Forderungen erfüllen:

1. Der Kongreß muß einen großen propagandistischen Einfluß haben;

2. er muß zu einer Vertiefung des Studiums jener Probleme beitragen, die, will die Friedensbewegung ihr Ziel erreichen, eine Lösung erfordern;

3. er muß ein gewisses Aktionsprogramm festsetzen, nach welchem sich die Pazifisten der gesamten Welt in nächster Zukunft zu richten haben werden.

Was nun den propagandistischen Einfluß betrifft, der von dem Kongresse ausgehen muß, ebenso wie die Förderung der auf den Frieden bezughabenden Probleme, so kann man dem XX. Weltfriedenskongreß nur mit Vertrauen entgegensehen.

Es ist uns gelungen, ein Preßkomitee zu bilden, woran, neben Journalisten, einige der fremden Sprachen mächtige Damen und Herren teilnehmen werden, die in die zu behandelnden Probleme eingedrungen sind, wodurch wir imstande zu sein hoffen, jeden Tag eine verlässliche, sachliche Uebersicht an die Auslandspresse senden zu können. Und unzweifelhaft werden die in der Märzversammlung von der Internationalen Kommission des Berner Bureaus gefaßten Beschlüsse — daß nur jene Aktualitäten behandelt werden sollen, die die Internationale Kommission zur Ausführung zu bringen hat, daß die Kommissionen zwei Tage vor der Eröffnungssitzung zu einer gründlichen Besprechung der zuvor gedruckten und an die Teilnehmer gesandten Berichte zusammenkommen, und daß nur eine kleine Anzahl Vorlagen zur Besprechung gebracht werden sollen — zur Folge haben, daß diese Uebersicht der Debatten in der Tat einen rein propagandistischen Anstrich tragen wird. Hierzu kommt noch zum Schlusse, daß die Berichterstatter ohne Ausnahme Männer von so großer Bedeutung sind, daß in der Tat erwartet werden kann, daß deren Berichte nicht wenig zur Lösung der vielen schwierigen Probleme beitragen werden. Wenn man weiß, daß niemand andere wie La Fontaine,

Arnaud, Prof. de Maday, Prof. van Vollenhoven, Fried, Le Foyer, Yves Guyot, Norman Angell und Prof. Quidde die Berichterstatter sein werden, wird man dies ohne weiteres zugeben müssen.

Schade, daß man noch nicht bestimmt sagen kann, ob auch in Beziehung auf den dritten Punkt ein günstiger Einfluß vom XX. Weltfriedenskongreß ausgehen wird. Doch ist es, glaube ich, die allererste Bedingung unserer Bewegung, daß mehr Kraftkonzentration Platz haben muß als bis jetzt der Fall ist, wozu der Weltfriedenskongreß an allererster Stelle mitwirken kann.

Ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm muß von dem folgenden Weltfriedens-Kongresse ausgehen, auf daß die Ratschläge und Beschlüsse nicht nur theoretisch von großer Bedeutung bleiben, sondern auch sofort praktische Ausführungen zur Folge haben.

* * *

Zum Schlusse noch einige Mitteilungen, die nicht mit dem Kongresse in Verbindung stehen.

Eine der letzten Taten der scheidenden zweiten niederländischen Kammer der Generalstaaten war die Annahme eines Gesetzentwurfes, wobei die Ausgabe von 12 Millionen Gulden zur Verbesserung der Küstenverteidigung bewilligt wurde, hauptsächlich, um unsere Neutralität im Falle eines Seekrieges ungehindert durchzuführen.

Die Beratung war besonders dadurch interessant, weil der Kriegsminister Colyn die Erklärung abgab, daß, falls die großen Staaten zu einer Entwaffnung schreiten würden, er der erste wäre, diesem Beispiel zu folgen, wodurch also der Kriegsminister vollkommen von dem Standpunkte, der durch viele militärische Autoritäten noch immer verteidigt wird, abging, daß nämlich Kriege für den Fortschritt der Menschheit notwendig seien.

Eine besonders pazifistische Rede hielt der frühere Minister des Auswärtigen Amtes, de Beaufort, der diese Ausgaben für überflüssig hielt, da, seiner Ansicht nach, ein großer europäischer Krieg nicht mehr möglich sei. Als Beweis dafür führte dieser Staatsmann den guten Ablauf der Balkankrise an, worin doch so viele Gelegenheiten für das Ausbrechen eines Krieges, falls dieser gewünscht wurde, gegeben waren.

Der Führer der Sozialdemokraten, Troelstra, wies wiederum auf die großen Wohltaten hin, die mit dem für militärische Ausgaben bestimmten Gelde dem Volke erwiesen werden könnten, und glaubte seinerseits auch nicht, daß ein großer Staat es wagen würde, sich an die Unabhängigkeit eines kleinen Kulturstaates zu vergreifen, da die Kultur eines kleinen Volkes für den Fortschritt der Menschheit nicht zu missen wäre.

Verschiedene bekannte, den Regierungsparteien angehörende Pazifisten, unter denen sich auch der 2. Vorsitzende von dem Bunde „Vrede door Recht“, Herr Dr. Van Asch van Wyck, befand, stimmten für den Entwurf. Obschon ich persönlich die mehr optimistischen Auffassungen der Herren de Beaufort und Troelstra teile, so glaube ich doch wohl, daß man diese Friedensanhänger wegen ihrer Abstimmung nicht streng beurteilen darf. Man kann sehr wohl ein überzeugter Pazifist sein, und doch damit rechnen, daß bei den so oft drohenden internationalen Verwicklungen ein kleiner Staat in die Notwendigkeit versetzt ist, für eine Verstärkung seiner Verteidigungsmittel Sorge zu tragen. Es wäre bloß zu wünschen, daß diese Parlamentsmitglieder sich einmal die Frage stellten, ob es nicht vernünftiger sei, wenn der kleine Staat jährlich zugleich mit den Millionen für militärische Zwecke einige tausend Gulden zur Förderung der Friedensbewegung aussetzen würde, die, wenn einmal ihr Ziel erreicht ist, jährlich Millionen retten wird.

* * *

Der 22. Mai war bei vielen Pazifisten vollkommen dem Frieden gewidmet. Des Morgens fand eine dicht besuchte allgemeine Jahresversammlung des Bundes „Vrede door Recht“ statt, worauf unter anderem beschlossen wurde:

a) an die Niederländische Regierung ein Gesuch zu richten, mit allen Kräften fördern zu wollen, daß sobald als möglich die Internationale Kommission zur Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz ins Leben gefahren werde;

b) ein genaues und unparteiisches Studium des Problems, eine internationale Polizeimacht zu errichten;

c) jedes Jahr einen nationalen Friedenskongreß zu organisieren.

Mittags fand die Debatte zwischen Prof. van Vollenhoven und Prof. Struycken über die internationale Polizei statt, die sehr großem Interesse begegnete.

Des Abends fand gelegentlich der Zusammenkunft des Internationalen Frauenbundes unter der begeisterten Leitung von Mrs. May Wright Sewall eine große öffentliche Versammlung, die sich mit Friede und Schiedsgericht befaßte, statt, die ein außergewöhnlich großes Interesse fand. Als Sprecherinnen traten auf: Mrs. May Wright Sewall (Amerika) selber, Frau von Hainisch (Oesterreich), Frau Ella Anker (Norwegen), Mrs. Courtrice (Kanada), Frau Zipernowsky (Ungarn), Mlle. L. La Fontaine (Belgien) und Mevrouw de Jong van Beek en Donk (Holland).

XIX. Lake-Mohonk-Konferenz.

Von Henry S. Haskell, New York.

Die XIX. Jahreskonferenz für internationale Schiedsgerichtsbarkeit wurde am Mohonksee am 14. Mai eröffnet. In den vergangenen Jahren war es gebräuchlich, daß nur ein Präsident allen in den drei Tagen abgehaltenen Sitzungen vorstehe. Dieses Jahr wurde für jede einzelne Sitzung je ein hervorragender Präsident gewählt. Es waren dies:

Rev. Dr. Lyman Abbott, New York, Herausgeber des „Outlook“,

I. Allen Baker, London, Parlamentsmitglied,

James Brown Scott, Washington, Sekretär der Carnegie-Stiftung,

Dr. Charles W. Eliot, Cambridge, Präsident der Harvard-Universität,

Hon. Charlemagne Tower, Philadelphia, früherer Botschafter in Deutschland,

Dr. James M. Taylor, Poughkeepsie, Präsident des Vassar College.

Bei Eröffnung der Konferenz gab Lyman Abbott einen kurzen Ueberblick über die früheren Konferenzen, dabei an eine im Jahre 1895 getane Aeußerung des verstorbenen Albert Keith Smiley erinnernd: „Dies ist eine Konferenz für internationale Schiedsgerichtsbarkeit; keine gegen die Greuel des Krieges oder für den Frieden um jeden Preis.“ Er bezog sich auf das Drama Mrs. Trasky „In The Vanguard“ und sagte: „Wenn einem einzelnen Soldaten das Recht zugesprochen wird, alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte zu benützen, um ein Mädchen vor einem beschimpfenden Kuß zu bewahren, dann kann es nicht als Unrecht angesehen werden, wenn das bulgarische Volk seinerseits alle Kräfte anbietet, um eine Entführung seiner Frauen und Töchter aus ihrem Heim in türkische Harems zu verhindern.“ Dr. Abbott trat nachdrücklich ein für internationale Gerechtigkeit und internationales Gewissen, durch welche erst der internationale Frieden gezeitigt werden würde.

Dr. James Brown Scott sprach über die künftigen Fortschritte der Konferenz. „Unser Werk“, sagte er, „wird jetzt eine allgemeine öffentliche Meinung wecken, die die schiedsgerichtliche Schlichtung aller internationalen Differenzen fordern wird, um die schon geschaffene Maschinerie der Schiedsgerichtsbarkeit wirksam und praktisch am Werke zu sehen. Die Praxis des Schiedshofes soll vom Kompromiß zur richterlichen Aktion entwickelt werden.“

Ansprachen über die nahende Jahrhundertfeier des anglo-amerikanischen Friedens wurden von H. S. Perris, englischem Sekretär des Komitees, und von Andrew B. Humphrey, amerikanischem Sekretär des Komitees, gehalten. Perris lenkte in einer schwungvollen und logisch gegliederten

Rede die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das, was dieses Jahrhundert des Friedens lehrt, auf die über fast viertausend Meilen unbefestigte Grenze zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten und auf verschiedene Arten von Streitigkeiten, die durch das Schiedsgericht erledigt wurden.

Prof. James M. Callahan schilderte die Geschichte der Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten im verflochtenen Jahrhundert.

Edward Ginn, Boston, erörterte die Mittel, um den Zweck und den Einfluß der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und das Zusammenwirken derjenigen wachsen zu lassen, die nach dieser Richtung arbeiten. Um die Erzwingung der Schiedsurteile zu ermöglichen, schlug er vor, daß jede Nation ein Zehntel ihrer Militär- und Flottenmacht dem Hof zur Verfügung stellen sollte. Die Verfügung über die restlichen neun Zehntel soll jeder einzelnen Nation vorbehalten bleiben, bis diese sie freiwillig vermindern oder ganz streichen würden.

Am Nachmittag des 14. Mai fand eine einfache, aber würdige Feier zur Erinnerung an den verstorbenen Albert Keith Smiley statt, der die Lake Mohonk-Konferenzen ins Leben gerufen hat. Dr. Elmer Brown sprach über Smileys edles Werk zugunsten der amerikanischen Indianer. Dr. Lyman Abbott schilderte Smiley als einen Idealisten und Tatmenschen. Bei einer späteren Sitzung wurden diesbezügliche Sympathie-Resolutionen angenommen.

Der Abendsitzung vom 14. Mai präsierte J. Allen Baker. Er erstattete einen begeisterten und sehr interessanten Bericht über die Beratungen des britisch-amerikanischen Komitees für die Feier des ersten Jahrhunderts des Friedens, und fügte noch hinzu, daß auch das anglo-deutsche Freundschaftskomitee sehr viel getan habe, um herzliche Beziehungen zwischen England und Deutschland anzubahnen.

Prälat Dr. Alexander Gießwein von Budapest sprach über „Christentum in der Friedensbewegung“ und überbrachte die Grüße der ungarischen Friedensgesellschaft, deren Präsident er ist.

Henri Bourassa, Führer der französischen canadischen Nationalistenpartei, Mitglied der Quebecker gesetzgebenden Körperschaft und Herausgeber des „Le Devoir“ in Montreal, spielte auf den Mangel an internationalem Einfluß an, den Canada vormals infolge seiner besonderen geographischen Lage besaß. Er führte aus, daß in Zukunft Canada einen wichtigen Anteil an den amerikanischen Angelegenheiten der Welt überhaupt nehmen würde, und daß es der Sache des internationalen Schiedsgerichtes helfen wolle. Ferner begründete Bourassa, warum Canada keine Schiffe für die britische Flotte liefern wolle.

William R. Shepherd, Historiker an der Columbia-Universität, behandelte in einem außerordentlich interessanten Bericht, der die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Republiken Latein-Amerikas beleuchtete, die unter dem Namen „Monroe Doktrin“ bekannte Politik. Er hält die „Monroe Doktrin“ nicht für die Schiedsgerichtsbarkeit geeignet.

Norman Angell, (Ralph Lane), Paris, Verfasser von „Die große Täuschung“ (die falsche Rechnung) skizzierte einige praktische Methoden, um die öffentliche Meinung richtig zu informieren. Darunter befanden sich: eigene Leitfaden für die Schulen; systematischen Unterricht in Mittelschulen und an Universitäten, mit Schaffung von Lehrstühlen für die Wissenschaft der internationalen Beziehungen.

Bei der Morgensitzung des 15. Mai präsierte Dr. James Brown Scott. Er gab ein klares und überzeugendes Resumé der Grundsätze, die bei der dritten Haager Konferenz befolgt werden sollten.

William C. Dennis, vom Washingtoner Barreau legte allen dringlich nahe, ihren Einfluß bei der Regierung dahin geltend zu machen, daß sie die dritte Haager Konferenz vorbereiten helfe. Zwei Gegenstände sollten vor allem in Erwägung gezogen werden:

1. Die Regulierung des Krieges mit besonderem Bezug auf die Vorbereitungen zum Krieg, Beschränkung der Rüstungen und Gesetze für die Kriegsführung.

2. Ersatz des Krieges durch richterliches Verfahren, durch Hinweis auf den Zweck des Schiedsgerichtes und durch Verbesserung des Systems und des Verfahrens der Schiedsgerichtsbarkeit.

Er glaubt, daß durch die Ausnahme des Privateigentums von der Seebeute ein Einfluß gegen den Krieg wegfalle, indem dadurch die Furcht vor einem wirtschaftlichen Verlust im Kriegsfall beseitigt werden würde.

Hon. Jackson H. Ralston L. L. D., bezeichnete den Krieg als ein Verbrechen, ein Uebel, einen Wahnsinn. Jene, die Verbrechen begehen wollen, werden kein Strafgesetz erfinden, und Herrschern, die Kriegsmache betreiben, sollte es nicht gestattet werden, Anti-Kriegsverträge für andere Nationen zu bilden. Die Rechte der Neutralen müßten den Rechten der Kämpfenden vorgehen. Blockaden sind ungerecht, denn sie schädigen die Rechte der Neutralen.

„Die Kodifikation der Regeln und Gebräuche im Seekrieg“ hieß der Titel des Berichtes von Prof. Dr. Amos S. Hershey, von der Indiana State Universität.

Arthur K. Kuhn vom New-Yorker Barreau erläuterte den Entwurf für einen internationalen Staatengerichtshof, der nicht als ein Ersatz für den bestehenden Haager Hof zu gelten habe, sondern als ein neues und

ergänzendes Organ, das mit internationaler Sanktion die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Nationen durchzuführen haben wird.

Der Hof für Schiedsgerichtsbarkeit hätte, einmal ins Leben gerufen, obligatorische Gerichtsbarkeit über eine beschränkte Anzahl von Gegenständen, über die man sich noch schlüssig werden würde, auszuüben.

Ein Aufruf für die Freiheit der Luft, zum Verbot der Verwendung der Luftschiffe im Krieg wurde von Edwin D. Mead, Boston, Direktor der World Peace Foundation, eingebracht. Mead wandte sich dann in einer sehr logischen Rede gegen die Gelddarlehen der Neutralen an die Kriegführenden, was durch ein internationales Uebereinkommen verboten werden sollte.

Bei Eröffnung der Abendsitzung vom 15. Mai sprach Dr. Charles W. Eliot über „Wie die Ursachen des Krieges auszurotten wären.“ Er führte sehr beredt aus, daß ein internationales Uebereinkommen abgeschlossen werden müsse zur Beschränkung der Rüstungen und zur Errichtung eines internationalen Staaten-Gerichtshofes, der durch internationale Macht unterstützt werden sollte. Die Erziehung der Massen, öffentliche Arbeiten für Erhaltung und Vorbeugungsmaßregeln würden, wenn auch langsam, folgen. Der Fortschritt des Völkerrechts, und einer wirtschaftlichen und industriellen Gesetzgebung, die Annahme und ehrliche Durchführung der Politik der „Offenen Tür“ und die Vermehrung der Gelegenheiten zum gegenseitigen Kennenlernen wie des guten Willens zwischen den Völkern sind Mittel, durch welche Kriege unmöglich gemacht werden können.

Heinrich York-Steiner, Wien, befaßte sich mit der amerikanischen Einwanderung, indem er mit Nachdruck auf den Verlust an Menschenleben in den Bergwerken und Faktoreien der Vereinigten Staaten hinwies und gerechte Gesetze zum Schutze der Arbeiter verlangte.

Hon. P. P. Claxton, Unterrichtsminister der Vereinigten Staaten, schlug vor, daß ein Buch, betreffend die Ursachen, die Kosten und die Ergebnisse des Krieges und des bewaffneten Friedens in den Lehrplan der Volks- und Mittelschulen aufgenommen werde. Es sei auch eine Aenderung in der Lehrmethode für Geschichte und Geographie notwendig. Junge Schüler sollten über die wahre Auffassung der Bürgerpflichten, Ehre und des Patriotismus belehrt werden. „Gerechtigkeit als Grundlage des internationalen Friedens“ war der Inhalt eines Referates von Felix Adler, Professor für soziale und politische Ethik an der Columbia-Universität. Dr. Adler gab der Meinung Ausdruck, daß sentimentale und wirtschaftliche Einflüsse nicht imstande wären, die öffentliche Meinung zu erwecken, daß aber

ein Appell an die Gerechtigkeit zwischen allen Nationen die beste Methode sei, den Weltfrieden zu sichern. Am Schlusse der Rede Dr. Adlers bemerkte der Präsident Dr. Eliot: „Es ist mehr Hoffnung zu setzen auf internationale Gerechtigkeit als auf gesunde Wirtschaftsverhältnisse.“

Der Gegenstand der Beratung vom 16. Mai war: „Panamazölle und internationale Schiedsgerichtsbarkeit.“ Der Präsidierende, Hon. Charlemagne Tower, gab eine klare Darstellung der Geschichte aller diesen Gegenstand behandelnden Schiedsverträge. Am Schlusse sagte er: „Es ist hier nicht die Frage, ob wir ein gutes oder schlechtes Geschäft machen, aber es ist für das amerikanische Volk von größter Wichtigkeit, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Verpflichtungen nachkommt und ihre internationalen Verbindlichkeiten loyal austrägt.“

Thomas Raeburn White aus Philadelphia gab einen Ueberblick aller gegen die schiedsgerichtliche Austragung der Panamazollfrage gerichteten Argumente und widerlegte sie durch bewundernswürdig logische und unerschütterliche Gegenbeweise.

Der Bevollmächtigte für Panama-Handel und Zölle der Vereinigten Staaten, Emory R. Johnson, sprach über den vorgeschlagenen Widerruf der Zollbefreiungsklausel und der wirtschaftlichen Auffassung dieser Frage. Indem er die Befreiung als tatsächliche und unmittelbare Unterstützung der Küstenschiffahrt ansah, brachte er verschiedene zwingende Argumente zugunsten des Widerrufs der Befreiungsklausel auf rein wirtschaftlicher Grundlage.

Hon. Joseph R. Knowland, Mitglied des Kongresses von Kalifornien, verteidigte die Zollbefreiungsklausel als innerhalb der Vertragsrechte der Vereinigten Staaten liegend und als wirtschaftlich gerechtfertigt. Er befürwortete aber trotzdem die schiedsgerichtliche Austragung dieser Frage wegen ihres Zusammenhanges mit dem Hay-Pauncefote-Vertrag.

Der Herausgeber der New York World, Don C. Seitz, richtete einen geharnischten Angriff gegen jene Personen, die zur Zeit, als die Vereinigten Staaten die Panamakanalzone erwarben, an der Regierung waren. Er beklagte sich darüber, daß der kolumbischen Republik schweres Unrecht zugefügt wurde und verlangte, daß dies gutgemacht werde.

Bei der nun folgenden Debatte erklärten Dr. Lyman Abbott und Chester, Admiral der Flotte der Vereinigten Staaten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nichts getan habe, um die Panamarevolte hervorzurufen, und daß eine Verletzung der Vertragsrechte nicht erfolgt sei.

Edwin D. Mead lenkte die Aufmerksamkeit auf die öffentliche Darlegung Joseph H. Choates, um allen am Hay-Pauncefote-

fote Vertrag Interessierten klarzumachen, daß alle Nationen, inklusive der Vereinigten Staaten, den Kanal zu gleichen Bedingungen benützen können. Dr. Ernst Richard, Lektor an der Columbia-Universität, führte aus, daß kein Grund vorhanden wäre, zu glauben, daß der Haager Schiedshof den Fall nicht absolut unparteiisch behandeln würde, wenn ihm die Zollfrage unterbreitet werden sollte.

Die Abendsitzung vom 16. Mai unter dem Vorsitz von Dr. James M. Taylor war den Komiteeberichten, der Annahme einer Resolution und einem interessanten Referat über „Vertragsverpflichtungen und Schutz der Ausländerrechte durch die Vereinigten Staaten“ von George Crafton Wilson, Professor für Völkerrecht an der Harvard-Universität, gewidmet.

Das Komitee für Handelsorganisationen unterbreitete seine Beschlüsse, die von der Konferenz gebilligt wurden.

„Daß eine wirksame Zentrale für die Verbreitung von Informationen betreffend die durch den Krieg gefährdeten wirtschaftlichen Interessen geschaffen werde.

Daß die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert werde, ihren schwerwiegenden Einfluß dahin geltend zu machen, um ein internationales Uebereinkommen zu sichern, das Geldanleihen oder Waffenlieferungen durch Nationen irgend eines Landes an eine kriegführende Macht verbietet.“

Die durch die Konferenz angenommene Plattform hat folgenden Wortlaut:

1. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten möge die Nationen, die an der zweiten Haager Konferenz teilnahmen, auffordern, unverzüglich das von dieser empfohlene internationale Vorbereitungs-Komitee zu bilden mit der Aufgabe, ein Programm für die dritte Haager Konferenz zu entwerfen, den Staaten zu unterbreiten, und einen Organisationsplan für die Konferenz selbst auszuarbeiten.

2. Der Staatssekretär möge dafür Sorge tragen, daß dem internationalen Vorbereitungskomitee ehestens eine Aufstellung der Fragen, die die Vereinigten Staaten auf der dritten Haager Konferenz erörtern haben möchten mit einer Liste der von den Vereinigten Staaten zu jedem Gegenstande gemachten Vorschläge zugeht.

3. Die dritte Haager Konferenz möge die Frage eines allgemeinen Schiedsvertrages wieder erwägen, wie dieser in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit einstimmig durch die zweite Haager Konferenz angenommen wurde, wodurch der Schiedsgerichtsbarkeit Streitigkeiten juristischer Natur ohne Einschränkung unterbreitet werden, oder solche, die sich auf die Auslegung

und Anwendung internationaler Verträge beziehen, ebenso auf andere Konflikte, die für eine schiedliche Regelung zugänglich erscheinen.

4. Der im Prinzip von der zweiten Konferenz angenommene Staatengerichtshof möge errichtet werden, um Streitigkeiten rechtlicher Natur auszutragen, ohne daß der ständige Schiedshof dadurch beeinträchtigt werde.

5. Die Frage der Freigabe des zur See erbeuteten feindlichen Privateigentumes möge auf der dritten Haager Konferenz neuerdings erörtert werden.

6. Im allgemeinen möge die dritte Haager Konferenz größeren Nachdruck auf Maßregeln legen, durch welche der Friede aufrechterhalten oder, wenn einmal gestört, wiederhergestellt wird, als auf Kriegsreglementierung.

Im ganzen kann die Konferenz als sehr erfolgreich angesehen werden. Der Verlust des verstorbenen Albert Keith Smiley wurde von allen Anwesenden tief empfunden. Der freie Gedanken- und Ideenaustausch war ebenso herzlich wie in früheren Jahren. Der Gastgeber, Daniel Smiley, führte aus, daß dieselben hohen Ideale, dieselbe gute Kameradschaftlichkeit und Herzlichkeit und dasselbe tiefe Eindringen in die Probleme jetzt wie vormals die Lake Mohonk-Konferenz beseelen.

Offizielle Kundgebung für die Veranstaltung der Feier des ersten Friedensjahrhunderts zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

New York, 10. Mai 1913.

Die Vertreter von Großbritannien, von Neufundland, der Vereinigten Staaten, von Kanada, von Australien und des Gemeinderats von Gent, die über eine würdige Feier des hundertjährigen Bestandes des den letzten Krieg zwischen Großbritannien und Amerika beendenden Vertrages zu Gent beratschlagten, beschlossen, alle zivilisierten Völker zur Teilnahme aufzufordern, damit diese Feier in jeder Weise würdig der Bedeutung dieses Jahrhunderts des Friedens sei.

Wir fordern letzten Endes auch deshalb zur Teilnahme auf, damit die öffentliche Meinung klar und deutlich darüber informiert werde, daß die Zeit zur Schlichtung selbst sehr ernster internationaler Streitigkeiten und Rivalitäten ohne Blutvergießen und ohne Kriegsgreuel gekommen sei. Wenn es auch

unvernünftig wäre, die Möglichkeit künftiger Konflikte und Mißverständnisse zu bestreiten, so müssen wir doch erkennen, daß diese zum großen Teil durch die moderne Wissenschaft, die eine Aussprache ermöglicht und Verbindungen erleichtert, ausgeschieden wurden. Deshalb hoffen wir, daß die weitere Entwicklung der Wissenschaft und Künste, des Handels, der Industrie und der Finanz, des gegenseitigen Verstehens auch verschiedensprachliche Völker zusammenführen wird.

Großbritannien legte Kolonien an, und die Vereinigten Staaten haben ihrer Bevölkerung mannigfache und mächtige Elemente verschiedener Nationalitäten zugezogen. Deshalb ist die hundertjährige Friedensfeier zwischen Großbritannien und seiner Dominien einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits von Interesse für alle jene Länder, wohin Großbritanniens Söhne gegangen sind, ebenso wie sie jede Nation angehen, durch welche die heutige Bevölkerung der Vereinigten Staaten gebildet wird. Diese Feier soll nicht nur ein Jahrhundert von außergewöhnlicher Bedeutung und Wichtigkeit bezeichnen, sondern soll auch die Aufmerksamkeit lenken auf ein Beispiel und ein Ideal, das, wie wir hoffen, in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll. Was Nationen tun konnten, werden Nationen tun können.

Wir bitten ehrfürchtig den Sekretär des Auswärtigen Amtes Seiner Majestät und den Staatssekretär der Vereinigten Staaten, diese Einladung offiziell den Regierungen der Welt zu übermitteln, damit sowohl durch die Teilnahme der Regierungen als auch durch die Zusammenarbeit der Gutgesinnten in jedem Lande diese Feier nicht nur dazu dienen soll, das erste Jahrhundert des Friedens zwischen den englisch sprechenden Völkern zu begehen, sondern auch dazu, eine neue Aera des Friedens und des guten Willens zwischen den Nationen der ganzen Welt einzuleiten.

◻ RANDGLOSSEN ◻ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 4. Juni 1913.

Der Krieg zwischen den Balkanstaaten und der Türkei ist zu Ende. Noch zögerten einige der Beteiligten, den Präliminarfrieden zu unterzeichnen und versuchten allerlei Verschleppungen, aber Sir Edward Grey — der Wortführer Europas — machte dem ein energisches Ende. Es ist doch eine schöne, verheißungsvolle Neuerscheinung, daß jetzt die

Feldzüge nicht von den Kriegführenden auf dem Kriegsschauplatz beendet werden, sondern durch die Verhandlungen, man könnte beinahe sagen durch die Befehle von auswärtigen, am grünen Konferenztisch vertretenen Mächten. Noch ein Schritt mehr, und die Mächte werden den Ausbruch des Krieges verhindern, nicht nur sein Ende und seine Resultate dekretieren.



Jetzt müßte verhindert werden, daß die siegreichen Verbündeten untereinander, wegen Teilung der Beute (das Wort „Beute“ drückt so richtig den raubtierischen Charakter aller Eroberungskriege aus) sich an die Kehle fahren. Lehrreich wäre das zwar und würde zeigen, wie Krieg immer wieder Krieg erzeugt und wie hinfällig die Phrasen von „Christenbefreiung“, „Jochabschütteln“ usw. sich erweisen, wenn einmal Habgier, Haß und Mordwut losgelassen sind. Uebrigens wird der Streit, mit Hilfe Europas, vielleicht doch ohne serbisch-bulgarischen oder griechisch-bulgarischen Krieg geschlichtet werden. Für Differenzen über Gebiets- und Vertragsfragen gibt es ja schon ein Tribunal. Alle Blätterstimmen sollten darauf hinweisen, statt immer die Sensationsnachrichten der gegenseitigen Forderungen und Drohungen zu verbreiten, wodurch sie die Haß- und Mißtrauensstimmung nur verschärfen. Die Balkandelegierten in London haben auch Verwahrung gegen solche übertriebene Meldungen eingelegt, und sie erklärten, „daß die schwebenden Fragen, wenn sie auch delikater und schwieriger Natur seien, keineswegs zu Feindseligkeiten führen werden, denn die Verbündeten seien fest entschlossen, diese Fragen einer freundschaftlichen Lösung zuzuführen. Ein Krieg zwischen ihnen wäre ein wahnwitziges Verbrechen, eine Eventualität, an die nur eine verschwindende Zahl von Chauvinisten denken können — die Regierungen aller Balkanstaaten rechnen mit dem Haager Schiedsgericht als ihre letzte Zuflucht.“ Das ist vernünftig gesprochen. Die Frage ist nur, ob sich die Chauvinisten wirklich als „verschwindend“ und nicht als überhandnehmende Kriegspartei erweisen.



Ein Oberst des österreichischen Generalstabs, Redl war sei Name, erschießt sich, wird in aller Stille begraben, und offiziell wird der Fall durch eine Nervenkrankheit des überarbeiteten Offiziers erklärt. Die Täuschung dauert aber kaum 24 Stunden. Gerede und Gerüchte fliegen durch die Stadt, Interpellationen fallen im Parlament, und die Wahrheit kommt — behördlich bestätigt — an den Tag: Oberst Redl war ein Spion, sein Verbrechen wurde entdeckt, und eine Feme hat ihm die Pistole zum Selbstgericht

in die Hand gedrückt. Die Sensation ist eine ungeheure. Alle Blätterspalten und alle Stadtgespräche ergehen sich in Entsetzen über den Einzelfall und in Betrachtungen über die Spionage im allgemeinen. „Die Folgen sind gar nicht auszudenken,“ heißt es, „wenn der Mann, der an der Spitze der Kundschafts-Abteilung des Kriegsministeriums gestanden, wo die vertraulichsten Angelegenheiten zu führen sind, zum Verräter im Dienste eines fremden Staates wird, mit dem wir im letzten Winter so ernste Auseinandersetzungen hatten. . .“ — „Was hier aufgedeckt wird, ist so fürchterlich,“ schreibt ein Blatt, „daß die ganze Bevölkerung mit lähmendem Entsetzen erfüllt ist. Der Mann, der das weiß, was im Kriege vielleicht über Sieg und Niederlage entscheidet, verrät es dem Feinde. . . er war bereit, Hunderttausende österreichischer und deutscher Soldaten in die Falle zu locken, sie und die Sache, der sie dienen, der Vernichtung entgegenzuführen.“ Diese Sprache zeugt von dem abergläubischen Gruseln und zitternden Respekt, mit welchem das Volk die Mysterien der Kriegskanzleien betrachtet — als wäre das höchste Wohl und Wehe des Staates, die Sicherheit der Bevölkerung, Glück oder Untergang, von den verschiedenen ausgeheckten Marschplänen, Truppenverschiebungen, Mobilisierungs- und Bewaffnungs-Details und sonstigen „Reservat“-Angelegenheiten abhängig, die den Gegenstand der militärischen Geheimtuerie einerseits und der militärischen Auskundschaftung andererseits abgeben. Nein, ihr Völker, nicht davon hängt euer Wohl ab, ob der eigene Aufmarschpunkt verheimlicht und der gegnerische ausspioniert worden, sondern davon, daß der Aufmarsch überhaupt verhütet wird. Wir hatten ernste Auseinandersetzungen mit dem fremden Staat, allerdings; — aber diejenige Auseinandersetzung, die darin bestand, daß Prinz Hohenlohe mit einer Friedensmission des Kaisers nach Petersburg reiste, und der Befehl, den der Zar erteilte, die Truppen von der Grenze zurückzuziehen, das war eine wichtige und segensreiche Transaktion, ganz unabhängig von den Praktiken der Spionage und Konterspionage. Selbst vom militärischen Standpunkte aus sollte man doch schon zur Ueberzeugung gelangt sein, daß Siege und Niederlagen von Zufällen und Verwicklungen abhängen und daher nicht jahrelang vorher in den Generalstabskanzleien als gehütete Geheimnisse gebraut werden können. Daß der Krieg ein Anachronismus geworden ist, das behaupten wir Pazifisten, und es wird von den Gegnern bestritten; aber daß innerhalb des modernen Krieges und nach den Gesetzen seiner eigenen Struktur die ganze Heimlichkeit und das ganze Spionagesystem zum Anachronismus geworden ist, das müßten doch die militärischen Fachleute selber zugeben. Zudem ist es eine Gemeinheit. Und

da, wo der Verrat auftritt, stellt sich die Infamie ein. Redl hat infam gehandelt, und daß er nebstbei ein ausschweifender, lasterhafter Mensch war, kann als Erklärung, nicht aber als Milderung gelten. Was er getan, war der Gipfel der Ehrlosigkeit — daß der aber „Hunderttausende der Vernichtung entgegenführen wollte“, das trifft nicht zu — er wird wohl selber gewußt haben, daß seine so gut bezahlte Mitteilung keine solche verhängnisvollen Folgen haben kann. Der macht sich jenes Riesenverbrechens schuldig, Hunderttausende in Tod und Verderben zu jagen, der zum Kriege hetzt, der einen Krieg entfesselt — nicht aber der, der einen sogenannten „Kriegsplan“ verkauft, ein Ding, das sich vor einem Feldzug ebensowenig entwerfen läßt, als etwa ein Schachspielplan vor der Partie. Ehrlos ist der Verräter, aber nicht grausam.

Ueber die Beschießung von Skutari erzählt ein Augenzeuge:

Die Stunden vergehen und Tage und Wochen; Schuß kracht auf Schuß herein in die armselig schwachen Häuser und zerfetzt Menschen und Vieh, Habe und Hausrat.

Sie flüchten in Keller und leben, Höhlenmenschen gleich, in dumpfen Löchern, über deren Wände das Wasser herabrinnt, glücklich, Schutz gefunden zu haben: aber als hätte er es geahnt, beginnt der Feind statt der „kleinen“ Pulvergranaten Melinitgeschosse in die Stadt zu werfen.

Da hilft kein Keller mehr, keine Ver-schanzung: Häuser verschwinden vom Erdboden, durch drei Stockwerke schlägt das Geschob in den Boden und reißt Dächer und Mauern, Balken und Steine zu einem Trümmerhaufen zusammen.

Besonders nachts lieben sie es, Melinitgranaten zu schleudern, weil mehr Leute auf einem Fleck beisammen liegen; sie fällt in ein Zimmer, wo — nach Albanesenart — zehn Menschen zusammengedrängt schlafen, und am nächsten Tage findet man ihre Arme und Beine in den umliegenden Straßen und ihre Eingeweide auf den Dächern. . . .

Man sollte glauben, das könne nicht mehr überboten werden; es kommt aber noch ärger. Es wird erzählt, daß der Feind etwas Neues erfunden hat: die regelmäßigen „Halbstundenschüsse“. Alle dreißig Minuten, genau, wenn der Zeiger die Stunde zeigt, kommt eine Melinitgranate daher-gesaut . . . man weiß, daß zur festgesetzten Sekunde jeder in seiner Beschäftigung innehält und des zischenden Todes harrt, aufatmend, wenn der platzende Stahl den Nachbar trifft. Das täglich von 7 Uhr früh bis spät am Abend, durch sechs Wochen. Die Bevölkerung floh in die Kathedrale — aber auch die wurde beschossen. Dann heißt es weiter:

„Nun begann das Versteckenspiel zwischen dem Volk und seinen Peinigern. Matratzen auf dem Kopf, Kinder an der Hand, so zogen sie winselnd durch die Straßen aus den beschossenen

Quartieren und solche, die im Augenblick weniger bedroht sind. Wie die gefangenen Ratten führen sie“

Genug! Solche Berichte lesen die Leute. Niemand wird dadurch aufgeschreckt, die Bürger gehen weiter ihren Geschäften nach, politisieren im Kaffeehaus über die Chancen der Belagerer und Belagerten, und die Militärs studieren weiter Festungstaktik. Nichts dringt in die Herzen, nichts streift die Gemüter. Haben denn alle die Leute — es sind ja viele gute und gescheite darunter — nur mehr Steinherzen und Hornhautgehirne, wenn der Begriff „Krieg“ sie immunisiert? Nur wir Pazifisten sind erschüttert und empört — die andern lassen das alles von sich abgleiten. Sie schämen sich nicht, sie kränken sich nicht, sie ärgern sich nicht. Aber uns nennen sie die Sanftmütigen, die Geduldigen, die „Sich-alles-gefallen-lasenden“. Umgekehrt ist es: wir sind die Zornmütigen, uns reißt die Geduld, in leidenschaftlichem Schmerz, in siedender Entzündung rufen wir hinaus: „So darf es nicht weitergehen.“

Und es wird nicht so weitergehen. Stetig mehren und häufen sich die Zeichen, daß es anders wird. Da ist eine ganz kurze Depesche aus Washington, 2. Juni: Der japanische Botschafter Chinda hat den Staatssekretär Bryan davon in Kenntnis gesetzt, daß die japanische Regierung im Prinzip den von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Weltfriedensplan annehme. Diese Nachricht ist von ungeheurer Tragweite.

Und noch eine wichtige positive Aktion Woodrow Wilsons. Er hat befohlen, daß, während Verhandlungen (über die Einwanderungsfrage) mit Japan im Gange sind, keinerlei Bewegungen und Dislokationen der Flotte vorgenommen werden dürfen. Bisher liebte man es, bei schwebenden Streitfragen das Rasseln der Waffen bis in die Verhandlungssäle hörbar zu machen. Man nennt das „seinen Ansprüchen Nachdruck geben“. Oder es hieß auch, „das Schwert in die Wagschale legen“. Na, es gibt ja eigentlich kein Schwert mehr, und Melinitgranaten, Seeminen und fliegende Zeppelins werden sich doch nicht mehr so recht zur Abwägung internationaler Rechtsfragen eignen. Dieser Befehl Wilsons, die militärischen Drohungsmanöver während eines zwischenstaatlichen Prozesses aufzuheben, entspricht schon ganz dem Sinne jenes Weltfriedensprojektes, das er allen Staaten unterbreiten will und das zuallererst von jener Nation angenommen worden ist, die immer als der zukünftige Kriegsgegner Amerikas bezeichnet zu werden pflegt. Man konnte ja gar nicht von dem Blühen des amerikanischen Pazifismus

reden, ohne daß unsere Gegner schmunzelnd einwarfen: „Was ist aber mit Japan? Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ist ja doch unvermeidlich.“ Wirklich? Nun, legen wir ihn getrost zu den zahlreichen anderen unvermeidlichen und niemals ausgebrochenen Kriegen.

Zur Hochzeit der Kaisertochter sind der König von England und der Zar nach Berlin gekommen. Dazu bemerkten die Blätter ausnahmslos, daß dies keine politische Bedeutung habe, weil es sich nur um ein Familienfest handle, und fügten ebenso ausnahmslos im selben Atem hinzu, daß die Zusammenkunft doch ein hochpolitisches Friedensanzeichen sei. Tatsache ist, daß solcher Freundschaftsverkehr zwischen den Kriegsherrn ganz unmöglich ohne Einfluß auf ihre Entscheidungen über Krieg oder Frieden sein kann. Auch werden sie sicherlich — gerade jetzt nach Beendigung der gefährlichen Balkankrise — über das Thema miteinander gesprochen haben. Der König von England nahm die Gelegenheit wahr, um auf der englischen Botschaft an eine Deputation der englischen Kolonie folgende Worte zu sagen: „Indem Sie gute Beziehungen mit dem Volke, das diese Ihre Adoptivheimat bewohnt, pflegen, tragen Sie dazu bei, den Weltfrieden zu sichern, dessen Erhaltung mein sehr ernster Wunsch ist, wie es der Hauptzweck und das Ziel des Lebens meines teuren Vaters war.“ Das sind feierliche und pietätvoll gesprochene Worte: „Hauptzweck und Lebensziel.“ Die neunmal weisen deutschen Realpolitiker und fleißigen Zeitungsleser werden wohl verschmizt dazu lächeln, denn die Ansicht, daß Eduard VII. ein abgefemter Feind und „Einkreiser“ Deutschlands war, ist dort zur eingewurzelten fixen Idee geworden. Uns Pazifisten, die wir die Entwicklungsgeschichte der englisch-französischen Entente kennen, und wissen, welche Schritte Eduard VII. unternommen hat, wir wissen auch, daß er den von seinem Volke ihm verliehenen Titel „Edward the peacemaker“ ebenso verdiente, als er stolz darauf war; uns sagte Georg V. nichts Neues; doch ist uns erfreulich, zu hören, daß er für sich selbst auch die Gesinnung in Anspruch nimmt, die er an seinem Vater rühmt.

Aber warum mußte wieder (oh, daß doch unter veränderten Bedingungen und Zeiten die Gewohnheiten der alten Zeit immer wieder routinemäßig abgehaspelt werden!), warum mußte der Kaiser dem Zaren zur Unterhaltung eine militärische Uebung mit einem „heftigen Gefecht“ zeigen? Gegen wen würden denn diese Soldaten fechten müssen, wenn das Spiel Ernst wird? Gegen den geherten Gast. Ich besprach diesen Vorfall

mit einem Gesinnungsgenossen: „Sagen Sie mir nur, was denken denn die Fürsten bei einem solchen Schauspiel unter solchen Umständen?“ Die Antwort, die ich erhielt, war vortrefflich und erklärt alles: Nichts denken sie.“



Vor einem Jahr ungefähr ging die „Titanic“ unter, von einem elementaren Ding, einem Eisberg, getroffen. Nearer to thee, my God“ spielten die todesmutigen Musikanten. Am letzten 24. Mai geriet der amerikanische Passagierdampfer „Nevada“ bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Smyrna in die Linie der Torpedominen. Der Vordertheil des Schiffes stieß auf eine Mine, eine Minute später auf eine zweite, und zwei Minuten darauf auf eine dritte. Es erfolgte eine Explosion. Der Dampfer sank sofort. Dreihundert Opfer. Diese Minen werden von Menschen gelegt — für Menschen. . . . Oh, „näher zu dir, Satan“. —



Von einer Probefahrt des Luftschiffes L. Z. XVI wurde aus Friedrichshafen geschrieben: „Die Fahrt war insofern bemerkenswert, als vom Oberdeck aus mit einem Maschinengewehr scharf geschossen wurde. Es wurden im ganzen 500 Schüsse abgefeuert, wobei es sich zeigte, daß die ganze Anordnung ihrem Zwecke vortrefflich entspreche und sicheres Arbeiten mit dem Maschinengewehr zulasse.“ . . . Satan in der Luft. — — —



Andererseits aber auch wieder die frohen, verheißungsvollen Begebenheiten: die deutsch-französische Parlamentarierzusammenkunft in Bern; die Schaffung einer neuen deutsch-französischen Liga; die sich ausbreitende und befestigende Versöhnung zwischen Deutschland und England; die Mission Carnegies beim Deutschen Kaiser, und vor allem der überhandnehmende Begriff „Europa“, das ist ein klares Ziel. Hartnäckig muß es gefordert werden. Wie einst das „Carthaginem esse delendam“, muß jetzt immer wieder wiederholt werden: Europa ist zu fördern.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

Anfang Mai. Eine Anzahl pazifistisch gesinnter evangelischer Theologen Deutschlands erläßt einen Aufruf an ihre Amtsgenossen, sich der Friedenssache anzuschließen.

5. Mai. König Nikolaus von Montenegro hat den Mächten mitgeteilt, dass er zur bedingungslosen Räumung Skutaris bereit sei. Beseitigung der Kriegsfahrt.

7. Mai. Der König von Spanien trifft in Paris ein.

9. Mai. In London tagt eine Kommission zur Vorberatung eines internationalen Scheckrechts.

10. Mai. In New York wird in Gegenwart des deutschen Botschafters und des deutschen Generalkonsuls ein Denkmal für Karl Schurz enthüllt.

10.—12. Mai. In Paris tagt der VIII. national-französische Friedenskongress.

11. Mai. Die deutsch-französische Verständigungskonferenz in Bern verläuft bei nur eintägiger Dauer programmässig. Sie schloss mit einer Resolution zugunsten der Friedensidee, der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

14. Mai. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow ist in Wien eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit dem Grafen Berchtold.

14. Mai. Bei einem Bankett erklärte Bryan in Washington, dass während seiner Amtsführung von der amerikanischen Union kein Krieg geführt werden würde.

14. Mai. Die internationalen Truppen unter dem Kommando des englischen Admirals Burney sind in Skutari eingezogen.

Mitte Mai. Aus Anlass der beabsichtigten Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich kommt es an verschiedenen Orten zu antimilitaristischen Kundgebungen der Truppen.

Mitte Mai. Die britischen Delegierten zur Konferenz über die Feier des hundertjährigen Friedens zwischen England und Amerika werden in Amerika mit grossem Enthusiasmus empfangen.

Mitte Mai. Lord Morley in besonderer Mission in Berlin.

16. Mai. Die „American Association for int. Conciliation“ bringt eine Gratulationsadresse zum Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers zur Absendung.

18. Mai. Der Friedenstag wird in Europa und Amerika von den Friedensgesellschaften festlich begangen.

19. Mai. Kaiser Wilhelm begnadigt die in deutscher Gefangenschaft befindlichen englischen Spione Brandon, Trench und Stewart.

20. Mai. Im Londoner Mansion House wird die Jahresversammlung der „Peace-Society“ eröffnet. Der Lord Mayor hält eine Ansprache. Begrüssungstelegramm Sir Edward Greys.

21. Mai. Zur Teilnahme an den Vermählungsfeierlichkeiten am kaiserlichen Hofe trafen der König und die Königin von England in Berlin ein.

22. Mai. Italien stimmt als erste Regierung dem Bryanschen Friedensvorschlag zu.

22. Mai. Zur Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten im Kaiserhause trifft der russische Zar in Berlin ein.

23. Mai. König Georg von England empfängt in Berlin die englische Kolonie und fordert sie auf, dabei zu helfen, den Weltfrieden zu sichern.

25. Mai. In Mannheim tagt die Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft.

27. Mai. Im österreichischen Reichsrat findet die Tätigkeit des Chefs des literarischen Bureaus im Auswärtigen Amt schärfste Verurteilung wegen der Irreführung der öffentlichen Meinung durch aufhetzende Nachrichten.

28. Mai. Lord Avebury in London †.

28. Mai. In Berlin wird eine deutsch-schwedische Vereinigung begründet.

30. Mai. Der Präliminarfrieden der Balkanstaaten mit der Türkei wird in London unterzeichnet.

30. Mai. Prinz Heinrich telegraphiert an den englischen königlichen Automobilklub: „Lasst uns zusammen für Frieden und Freundschaft wirken.“

30. Mai. Deutsch-englisches Pressebankett in London in Anwesenheit des deutschen Botschafters Fürst v. Lichnowsky.

2. Juni. Japan erklärt sich grundsätzlich dazu einverstanden, den Vorschlag Bryans anzunehmen.

4. Juni. In Paris tritt die internationale Finanzkonferenz zur Regelung der durch den Balkankrieg geschaffenen Finanzfragen zusammen.

9. Juni. Bertha von Suttner begeht ihren 70. Geburtstag.

DAUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Das alte und das neue Haager Schiedsabkommen.

In Nr. 2 des Jahrgangs 2 der „Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung“ polemisiert W. Klohs dagegen, „daß sich die Friedenswarte in ihrer Februarnummer für berechtigt hält, zu behaupten, es sei ein Irrtum, zu sagen, das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten von 1907 habe dasselbe Abkommen von 1899 hintällig gemacht.“ Der ausgezeichnete Verfasser bekämpft diese Ansicht mit Gründen, die sich kurz dahin zusammenfassen lassen: „Hätten die Verfasser der Konvention von 1907 beabsichtigt, falls keine Ratifikation erfolgt, die Konvention in Kraft zu lassen, so würden sie das ausdrücklich gesagt haben.“ Diese Deduktion ist irrtümlich. Die erste Haager Friedenskonferenz hat die Geltung des Friedensabkommens nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt, sondern den Staaten nur die Möglichkeit der Kündigung vorbehalten. Deshalb brauchte die zweite Konferenz gar nicht die Fortdauer des 1899 geschlossenen Abkommens zu beschließen. Im Gegenteil: Ein solcher Beschluß hätte nur die bereits vorhandene Rechtslage ausdrücklich festgestellt. Daß in anderen Abkommen die ausdrückliche Fortdauer im Falle

der Nichtratifikation der veränderten Konvention vereinbart worden ist, ist rechtlich ganz ohne Bedeutung. Es handelt sich offenbar um Ungleichheiten in der Redaktion.

Es ist somit klar, daß die alte Konvention bestehen bleibt, bis sie entweder gekündigt oder ausdrücklich aufgehoben wird. Das Abkommen von 1899 ergibt dies ohne jeden Zweifel. Von ihm muß die juristische Betrachtung ausgehen. Eine Untersuchung, die lediglich den Text des zum Teile gar nicht ratifizierten Abkommens von 1907 zur Grundlage nimmt, schwebt offenbar in der Luft.

Die Richtigkeit dieser Darlegungen ergibt sich u. a. daraus, daß diejenigen Staaten, die nur die alte, aber nicht die neue Konvention unterzeichnet haben, trotzdem im Verwaltungsrate des Schiedshofes vertreten sind und an den Kosten des Bureaus repartieren.

Das „Werk vom Haag“.

Das „Werk vom Haag“ wird als Band III zur Einweihung des Friedenspalastes im Haag eine Festgabe herausbringen, die den Anteil der reichsdeutschen Völkerrechtswissenschaft an diesem Ereignis bekunden soll.

In der Einleitung wird Prof. Zorn seine Erinnerungen an das Zustandekommen des ständigen Schiedshofes von 1899 wiedergeben. Im übrigen wird sich die Festgabe auf die bisherige Judikatur dieses Gerichtshofes beziehen, indem alle zwölf dort durchgeführten Prozesse auf einem einheitlichen Schema, unter eingehender juristischer Würdigung des Urteils, dargestellt werden sollen.

Mitarbeiter sind außer Prof. Zorn, die Professoren von Bar, Kohler, v. Martitz, Meurer, Niemeyer, Nippold, Fleischmann, ferner Dr. Strupp und Prof. Zitelmann. Dem Herausgeber, Prof. Schücking, ist es auch gelungen, James Brown Scott, der als ehemaliger Schüler Jellineks und Heidelberger Doktor jur. auch der deutschen Rechtswissenschaft angehört, dafür zu gewinnen. Zu den ständigen Mitarbeitern des Sammelwerkes gehören heute auch: v. Martitz, Berlin, Strisower, Wien, Huber, Zürich, Strupp, Frankfurt a. M.

Die „Besitzergreifung“ von Ada Kaleh.

Die Regierung von Oesterreich-Ungarn hat die Welt Mitte Mai durch eine Handlung überrascht, die wohl nicht in ihrer Wirkung, wohl aber in der dabei angewandten Methode jeden Vertreter des internationalen Rechtsgedankens mit Betrübnis erfüllen muß. Die kleine, in der Donau bei Orszova gelegene Insel Ada Kaleh gehörte wenigstens nominell der Türkei. Durch den Berliner Vertrag bekam Oesterreich-Ungarn das Besetzungsrecht. Im übrigen aber wurde die nur 1000 Einwohner zählende Insel von einem türkischen Beamten verwaltet. Oesterreich-

Ungarn annektierte nun in diesen Tagen ganz plötzlich dieses Stückchen Land. Die Türkei verliert wohl nichts daran, und Europa wird dadurch nicht erschüttert. Aber ein Gewaltakt bleibt diese Handlung dennoch. Er ist um so bedauerlicher, als die Annexion nach den gegenwärtigen Verhältnissen sicherlich in einer dem Rechtsbewußtsein mehr entsprechenden Weise hätte durchgeführt werden können. Diese bereits in Bosnien und in Tripolis geübte Methode schlägt dem Zeitgeist ins Gesicht, denn jede Regierung, der das Wohl ihres Landes am Herzen liegt, müßte es vermeiden, derartige Verfahren einzuschlagen, auch selbst wenn es sich nur um einen Ziegelstein handelt.

Verschiedenes.

Der Tag von Bern. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Tag von Bern hat die Erwartungen, die wir in der vorhergehenden Nummer der Friedens-Warte zum Ausdruck brachten, nicht getäuscht. Die von 34 Mitgliedern des Deutschen Reichstags und von 124 Mitgliedern der französischen Deputiertenkammer und des Senats beschickte Konferenz einigte sich auf eine gemeinsame Resolution, die ohne Debatte und unter großem Beifall zur Annahme gelangte. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Hetzereien jeder Art und gegen die sträflichen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irre zu führen drohen. Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jedes Fortschrittes. Sie verpflichtet sich, unermüdlich daran zu arbeiten, daß Mißverständnisse zerstreut und Konflikte vermieden werden, und sie dankt von Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsaß-Lothringens, daß sie durch ihre hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat.

Sie läßt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Aufgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordert demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sein sollten, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. Sie zählt auf ihre Mitglieder, daß sie in diesem Sinne eine takräftige und nachhaltige Wirk-

samkeit entfalten werden. Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtern und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde.

Sie beschließt, daß ihr Präsidium sich als ständiges Komitee konstituiert mit dem Recht beiderseitiger Kooptation. Sie gibt dem Komitee zugleich den Auftrag, neue Konferenzen periodisch oder je nach den Umständen unverzüglich einzuberufen.“

Das ständige Komitee, das eingesetzt wurde, besteht deutscherseits aus den Reichstagsabgeordneten Haase, Haußmann und Ricklin, französischerseits aus den Senatoren d'Estournelles de Constant, Gaston Meunier und dem Deputierten Jaurès.

Ueber die große Bedeutung dieses Ereignisses hier ein Wort zu verlieren, erscheint überflüssig. Nur darauf sei hingewiesen, daß die Wichtigkeit des Vorganges nicht nur darin lag, daß sich deutsche und französische Volksvertreter zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden, sondern auch darin, daß, für Deutschland wenigstens, zum erstenmal Bürgerliche und Sozialdemokraten bei einer Friedensaktion vereint wirkten.

Aber noch eine andere franco-deutsche Verständigung trat anlässlich jener Berner Zusammenkunft zutage. Die deutsche und die französische Chauvinistenpresse war wieder einmal eines Sinnes. Sie triumphierte in beiden Ländern über die angebliche Ergebnislosigkeit der Zusammenarbeit und stellte dort die Franzosen, hier die Deutschen als Verräter an ihren respektiven Vaterländern hin.

Man hat die verhältnismäßig geringe Beteiligung der deutschen Abgeordneten bemängelt. Aber die Masse macht es nicht in solchen Dingen. Mit nur 9 Mitgliedern des englischen Unterhauses kam Randal Cremer 1888 zur franco-englischen Zusammenkunft nach Paris, aus der die Interparlamentarische Union hervorgegangen ist. Mit 90 französischen Deputierten (Kammer und Senat weisen über 1000 Abgeordnete auf!) ging d'Estournelles 1903 zu jener Parlamentsentrevue nach London, aus der die „Entente cordiale“ entstand. Das in Bern eingesetzte Reis wird trotz der numerisch geringen Beteiligung der Deutschen dennoch die schönsten Früchte tragen.

Aus diesem Grunde ist es vielleicht angebracht, authentische Daten über die Vorgeschichte der Berner Zusammenkunft hier festzuhalten, um späterer Legendenbildung vorzubeugen. Der Plan stammt von dem deutschen Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Frank in Mannheim, der ihn am 13. März in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Mannheim zum erstenmal vorbrachte. Nach dem Bericht der Mannheimer „Volksstimme“ vom 14. März sagte Frank damals:

„In Wahrheit haben beide Völker, abgesehen von den direkt interessierten Waffenfabrikanten oder den Offizieren, den dringenden Wunsch, den Rüstungen Einhalt zu gebieten. Aber die französischen Politiker berufen sich auf die deutschen Maßregeln und die deutschen Politiker auf die französischen Vorbereitungen. Die Sozialisten sind in den Parlamenten beider Länder nur Minderheiten. Sollte es aber nicht möglich sein, eine Aussprache aller derjenigen deutschen und französischen Abgeordneten herbeizuführen, die überzeugt sind, daß unter der Flagge des Nationalismus hüben und drüben eine in ihren Wirkungen antinationale Politik getrieben wird? Auf neutralem Boden, in Brüssel oder in Genf, müßte diese deutsch-französische Konferenz tagen. Die zu lösende Aufgabe liegt offen zutage. usw.“

Hierauf interessierte Dr. Frank seine französischen Gesinnungsgenossen für den Plan, die ihn vollständig billigten. Nachdem dies erreicht war, wandte er sich an ihm persönlich bekannte Politiker in der Schweiz, mit dem Ersuchen, sich der Idee anzunehmen. In ihrer Nummer vom 4. April nahm sich das Züricher „Volksrecht“ im Leitartikel des Frankschen Planes an, der dann durch die Mitwirkung des Schweizer Nationalrats Grimm zur Ausführung gebracht wurde.

Bryans Friedensplan. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das Friedensprojekt des gegenwärtigen amerikanischen Staatssekretärs (siehe Fr.-W. Nr. 5, S. 188) ist bereits von einer ganzen Anzahl von Regierungen zustimmend beantwortet worden. Italien, Großbritannien, Frankreich, Brasilien, Schweden, Norwegen, Peru, Rußland und Japan haben sich grundsätzlich bereit erklärt, den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Zustimmung Japans, das sich, wie bekannt, mit der Union in einem argen Konflikt befindet. Diese Zustimmungen sind von allergrößter Bedeutung, denn, wenn es sich auch vorläufig nur um Verträge der Staaten mit der amerikanischen Union handelt, so hat Bryan recht, wenn er in einer kürzlich in New York gehaltenen Rede die großen Perspektiven dieser Vertragsschlüsse hervorhob. Er sagte nämlich:

„Diejenigen, welche an den Erfolg des Projektes glauben, hegen die Hoffnung, daß, wenn es von den Vereinigten Staaten und einigen anderen Nationen angenommen wäre, es auch bei den übrigen Nationen untereinander durchgeführt werden würde, bis schließlich alle Nationen auf der Erde durch Abkommen miteinander verknüpft wären.“

Bryan ist übrigens in seiner staatlichen Stellung seinen pazifistischen Grundsätzen durchweg treu geblieben. Bei einem den britischen Friedensfeier-Delegierten zu Ehren ge-

gebenen Bankett sagte er: „Als ich das Amt des Staatssekretärs annahm, war ich mir klar, es nicht übernommen zu haben, wenn während meiner Amtszeit ein Krieg hätte stattfinden können. Ich glaube, daß während meiner Sekretärschaft kein Krieg sein wird und wir überhaupt den letzten großen Krieg gesehen haben.“ Auf dem Bankett der Carnegiestiftung sagte er: „Wir wissen, daß es keinen Streitfall geben kann, der nicht besser durch die Vernunft als durch Krieg erledigt werden könnte.“ Den vereinigten Flottenenthusiasten gab Bryan aber die Erklärung ab, daß er alles daran setzen werde, daß in den Vereinigten Staaten neue Kriegsschiffe nicht mehr gebaut werden.

Dieser Mann wird den europäischen Kanzleien gar bald als ein Ruhestörer erscheinen.

Die Schönheiten des Krieges. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im „Tag“ vom 1. Juni berichtet O. von Gottberg über seine Eindrücke auf einer „Fahrt durch Montenegro“. Aus den Schilderungen greifen wir eine Stelle heraus, die wert ist festgehalten zu werden als Dokument gegen jene idealen Träumer, die uns so oft noch vom „frischen, fröhlichen Krieg“ faseln. Man höre: „Die Scheu vor dem letzten Sturm durch das letzte Hindernis wird hier begreiflich. In den Verhaufen am weiten Hange hängen hie und da noch die unter glühender Sonne zu Mumien erstarrten Leichen Verstrickter. Montenegriner blieben beim Sturm, Türken auf der Flucht nach einem Vorstoß in den Netzen hängen. Wie von den Fäden eines Spinnwebes sind Hals, Arme und die oft in der Luft schwebenden Füße umspinnen. In der Luft zappelnd, mögen die Unglücklichen unter Schüssen verendet sein. Die Uniformen sind von Kugeln zerfetzt. Aus den schwarzen Gesichtern grinsen grausig weiß die Zähne.“

— — Stahlbad der Völker! Element der göttlichen Weltordnung!!

Von der Sensationspresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir:

Der Abgeordnete Marcel Sembat stellt in der „Humanité“ fest, daß die chauvinistischen und nationalistischen Blätter alles Mögliche getan haben, um die Niederlage, die die elsäß-lothringische Regierung mit ihren geplanten Ausnahmemäßigungen im Reichstag erlitten hat, ihren Lesern zu verheimlichen. Er schreibt:

Für die Ankündigung der Ausnahmemäßigungen welcher Aufwand von Entrüstung! Depeschen auf der ersten Seite, fette Überschriften, flammende Artikel! Dagegen für das Scheitern der geplanten Maßregeln, für die Niederlage ihrer Urheber nur kleine Schrift auf der dritten oder vierten Seite, nur kurze Telegramme, keine fetten Titel, keine Kommentare!

Die Haltung des Reichstags hat eben durch die Rechnung der französischen Chauvinisten und Nationalisten, die von den Ausnahmemaßregeln eine Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen erwarteten und erhofften, einen dicken Strich gemacht. Sollten die Herren in Straßburg oder Berlin, die für den Plan verantwortlich sind, für die aus dieser Tatsache sich ergebende Lehre kein Verständnis haben?

Der heutige Stand der Friedenssache. :: :: :: :: ::

Ein Telegramm, das Sir Edward Grey an der Vorsitzenden der Jahresversammlung der Londoner Peace Society richtete, enthält folgende Mitteilung:

„Sie können in meinem Namen erklären, daß zwar noch verschiedene Kräfte in der Richtung des Krieges wirken, die noch nicht tot sind. Andererseits bin ich jedoch froh, sagen zu können, daß bedeutend stärkere Kräfte am Werke sind, die für die Erhaltung und Kräftigung der Friedenssache eintreten.“

Darin ist in der Tat der heutige Stand der Friedenssache in Europa glücklich gekennzeichnet. Die Gegenkräfte leben noch, aber die Friedenskräfte überwiegen bereits.

Vom 8. national-französischen Friedenskongreß. :: ::

Ueber diesen hervorragenden Kongreß, der zu Pfingsten in Paris unter dem Vorsitz von Charles Richet tagte, haben die deutschen Zeitungen durch eine Depesche berichtet, in der nichts anderes enthalten war, als daß sich Léon Bourgeois für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen habe. Man müßte meinen, daß in den drei Tagen der Verhandlungen doch noch andere Dinge von allgemeinem Interesse zur Sprache gekommen wären. Aber die patriotische Berichterstattung will es nun einmal, daß das deutsche Volk glauben solle, auf diesem Friedenskongreß wäre wirklich nichts anderes vorgekommen als jene Aeußerung, womit ein sonst als hervorragender Pazifist bekannter Staatsmann sich zur militaristischen Weltanschauung bekehrt habe. Daß Léon Bourgeois diese Aeußerung nicht in jenem brutalen, sondern in einem ganz anderen Sinne getan hat, möge aus der nachfolgenden Uebersetzung jenes an den Pariser Friedenskongreß gerichteten Briefes ersehen werden, der mit der Absicht hier wiedergegeben wird, um von jenen Methoden der völkerverhetzenden und fälschenden Berichterstattung wieder einmal wenigstens ein Zipfelchen zu lüften. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Mein Herr Präsident! Ich habe Ihnen mein Bedauern darüber ausgedrückt, den Sitzungen des achten nationalen Friedenskongresses nicht beiwohnen zu können und bitte Sie hiermit, Ihren Kollegen meine Entschuldigungen zu übermitteln und die Wünsche zum Ausdruck zu

bringen, die ich hege, auf daß Ihre Arbeiten in dieser besonders schwierigen Stunde von Erfolg gekrönt seien.

Wenn ich von den Schwierigkeiten der Stunde spreche, brauchen jene jedoch, die fest an die Souveränität des Rechtes glauben und für den Triumph der Gerechtigkeit zwischen den Nationen kämpfen, durch die gegenwärtig Europa durchziehende Krise keineswegs entmutigt zu sein.

Bei allen menschlichen Dingen muß man das Vorübergehende vom Dauernden trennen. Und auch in der gegenwärtigen Krise muß unterschieden werden, das, was von alten Ursachen herrührt, deren grausame Folgen sich zur gegebenen Stunde verhängnisvoll einstellen können und das was hingegen den Hoffnungen der modernen Gesellschaft entspricht und als ein glückliches Zeichen für ihre Zukunft ausgelegt werden kann.

Ein Ereignis berührt uns in erster Linie schmerzhaft und könnte zunächst Verwirrung in die Geister bringen. Die in diesem Augenblick dem Deutschen Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe werden in ungeheurem Verhältnis die Rüstungen Deutschlands vermehren und notwendigerweise von seiten Frankreichs eine außerordentliche Anstrengung und Opfer nach sich ziehen, zu denen wir uns nachdrücklichst und ohne Verzug entschließen müssen.

Das neue Militärgesetz will ich hier nicht erörtern. Doch will ich sagen, daß, wenn nach einer loyalen Beratung in den Kammern der dreijährige Dienst, wie ich glaube, als unentbehrlich zur Sicherung unseres Vaterlandes erkannt werden wird, ich in Erinnerung an die Niederlagen von 1870 nicht zögern werde, dafür zu stimmen. Keiner bedauert mehr als ich diesen Rüstungswahn, in den Europa verfallen ist, und ich vergesse nicht, daß ich im Jahre 1899 auf der ersten Haager Konferenz der Redakteur und Verteidiger jenes Wunsches gewesen bin, der auf eine Beschränkung der auf der Welt lastenden Rüstungen hinwies. Ebenso vergesse ich nicht, was ich im Jahre 1907 nach Schluß der zweiten Haager Konferenz gesagt habe: „Für uns entschlossene Anhänger der Schiedsgerichtsbarkeit und des Friedens ist die Abrüstung eine Folge und keine Vorbereitung. Damit die Abrüstung möglich werde, ist erst notwendig, daß jeder sein Recht für gesichert erachtet. Demnach ist zuerst die Rechtssicherheit zu organisieren. Nur hinter diesem Schutzdamm werden die Nationen abrüsten können.“

Das Recht ist der Schutz der Schwachen. Es hieße die Sache des Friedens entwapfen und diejenigen, die die Herrschaft des Rechtes vorbereiten, schwächen. Wer unter uns dächte daran, unser Vaterland zu schwächen, von dem Sie mit mir in Reims auf Ihrem VI. nationalen Kongreß gesagt haben, „daß es in der Zukunft das bleiben müsse, was es so oft in der Geschichte gewesen, die Hüterin der Freiheit und der Soldat des Rechtes.“

Seien wir friedlich und seien wir stark und finden wir uns darein, zu warten. Gerade aus diesem Uebermaß der Lasten, die Europa bedrücken, wird früher, als man es glaubt, die unwiderstehliche Bewegung hervorgehen, die eine Politik der Klugheit, der gegenseitigen Achtung und der wirklichen Sicherheit notwendig machen wird.“

Der Brief Bourgeois' ist noch viel länger. Wir haben hier nur jene Stelle wiedergegeben, die sich mit den Rüstungen befaßt, um die Tendenz der verbreiteten Nachricht in das richtige Licht zu setzen.



Was ist ein Pazifist? :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Diese Frage wirft unser englisches Bruderorgan „The Arbitrator“ in seiner Nummer vom Juni auf. Den Anlaß hierzu bot eine Biographie Lloyd Georges, deren Verfasser die auch bei uns in Deutschland zur Uebung gewordene Methode befolgt, bei Anführung all der auf den Frieden hinzielenden Taten und Aeußerungen des englischen Schatzkanzlers entschuldigend sich dagegen zu verwahren, daß dieser nicht etwa ein „Pazifist“ sei. Der „Arbitrator“ bemerkt dazu ganz richtig, daß der Biograph „Pazifist“ gleichbedeutend mit „Non-resistant“ hält, das heißt mit jener Weltanschauung der Quäker, der auch Tolstoi zustimmte, daß man dem Uebel nicht widerstehen dürfe. Es ist der alte, auf Denkfaulheit beruhende Glaube, daß die Pazifisten Leute seien, die den sogenannten „Frieden um jeden Preis“ fordern und in der Politik den Grundsatz aufgestellt wissen wollen, daß man seine linke Backe hinhalten müßte, wenn man einen Schlag auf die rechte bekommt. Das ist natürlich Fälschung. Und sehr richtig fügt „The Arbitrator“ hinzu: „Ein Pazifist ist nicht notwendigerweise ein Non-resistant, die Bezeichnung gebührt vielmehr jedem, der gegen einen ungerechtfertigten Krieg ist, und der dafür eintritt, daß internationale Streitigkeiten durch Vernunftschlüsse besser als durch das Schwert entschieden werden.“



Die amerikanische Friedensadresse an Kaiser Wilhelm.

Auf Anregung Carnegies hat die amerikanische Gruppe der „International Conciliation“ zum Regierungsjubiläum des Kaisers eine Adresse herstellen lassen, die dem Kaiser für seine Friedentätigkeit in dem abgelaufenen Vierteljahrhundert seiner Regierung dankt. Die Adresse, die von der Kunstfirma Tiffany & Co. prachtvoll auf Pergament ausgeführt ist, wurde durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, nach Berlin übermittelt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„An Seine Majestät den Deutschen Kaiser.

Im Namen von Organisationen und Körperschaften, welche das Bestreben amerikanischer Bürger ohne Rücksicht auf Wohnsitz, Glaubens-

bekennnis oder Rassenzugehörigkeit repräsentieren, die Sache der Zivilisation zu fördern, erlauben wir uns, Eurer Majestät unseren Glückwunsch auszusprechen zu einer Regierung, die in unzähligen Punkten bemerkenswert ist, in keinem Punkte aber bemerkenswerter, als in der Aufrechterhaltung eines 25 jährigen, ungestörten Friedens zwischen Deutschland und den übrigen Nationen der Welt. Die unvergeßlichen Worte, die Eure Majestät kurz vor der Thronbesteigung aussprachen: „Der Frieden meines Landes ist mir heilig“ waren ebenso überlegt, wie sie aus dem Herzen kamen. Heilig sind in der Tat die Friedensliebe, die Zucht und der Wohlstand des deutschen Volkes. Mehr als einmal ist es in den verflorenen 25 Jahren das erhabene Vorrecht Eurer Majestät gewesen, nicht nur friedfertige Zurückhaltung zu üben, sondern sie auch in anderen zu erwecken. Wir möchten Eurer Kaiserlichen Majestät, unseren Dank dafür aussprechen, was Eure Majestät getan haben, um Krieg zu vermeiden und den Anbruch des Tages herbeizuführen, an dem Friede auf Erden für alle, die guten Willens sind, herrschen wird.

Abgesehen von der Erhaltung des internationalen Friedens, wissen wir, daß jeder Regierungszweig sich der sympathischen Mitwirkung Eurer Majestät erfreut hat und sich deren noch erfreut. Die bemerkenswerten Errungenschaften auf dem Gebiete des Handels und der produzierenden Industrien des deutschen Reiches sowie die Entwicklung des Ackerbaues und der Landwirtschaft sind nicht zum wenigsten den verständnisvollen und unermüdeten Bemühungen Eurer Majestät zuzuschreiben. Unter der Regierung Eurer Majestät hat sich die wirtschaftliche Lage der breiten Massen des deutschen Volkes ständig gebessert. Deren Bildung ist zur Zeit umfangreicher und für den Kampf ums Dasein nützlicher denn je zuvor. Die Gesetze zum Schutz der öffentlichen Wohlfahrt, die Pensions- und Altersversicherungsgesetze, die Schutzmaßregeln für die im Arbeitsbetrieb Verletzten und Arbeitsunfähigen sind samt und sonders größtenteils der kräftigen Förderung und Guttheißung Eurer Majestät zu verdanken.

Die Zunahme der Bevölkerung und der sich steigernde Wohlstand Deutschlands infolge der sich stetig bessernden Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse zollen den Bemühungen Eurer Majestät um die Wohlfahrt des deutschen Volkes eindrucksvollste Anerkennung.

Diejenigen von uns, die sich in der Entwicklung der einzelnen Industrien, des Handels, der Erziehung, der Wissenschaft und der schönen Künste in unserem Lande betätigen, die ferner, soweit es in ihrer Macht liegt, die Verbrüderung der Menschheit fördern, betrachten es als eine Pflicht, Eurer Majestät ihre einmütige Anerkennung für das leuchtende Beispiel auszusprechen, das die 25 jährige Regierungszeit Eurer Majestät gibt.

Wir beglückwünschen Eure Majestät zu dem bemerkenswerten Fortschritt, der in Deutsch-

land auf jedem Gebiet menschlichen Strebens unter Eurer Majestät friedliebender, segensbringender und kulturverbreitender Regierung zu verzeichnen ist. Möge sie noch lange ungestört andauern.“

Unterzeichnet ist diese Glückwunschkarte von 400 der hervorragendsten Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten.

Im Zusammenhang damit dürfte auch die für den 17. Juni anberaumte Anwesenheit Carnegies in Berlin stehen.

ANS DER BEWEGUNG

Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. :: ::

15.—19. Juni: II. Weltkongreß der internationalen Vereinigungen zu Brüssel.

22.—29. Juni: Internationaler Theosophischer Friedenskongreß in Visingskö, Schweden.

4.—30. August: Abhaltung eines internationalen Friedens-Seminars in Kaiserslautern.

19.—21. August: VIII. Deutscher Esperantokongreß in Stuttgart.

18.—23. August: XX. Weltfriedenskongreß im Haag.

23.—25. August: Internationaler Friedenskongreß der Freimaurer im Haag.

29. August: Einweihung des Friedenspalastes im Haag.

29. Aug. bis 13. Sept.: VIII. Weltkongreß der Studentenverbände (Corda Fratres) in Ithaca, New York.

29.—31. August: IX. Internationaler Esperantokongreß in Bern.

1.—5. September: Internationale Studentenvereinigung im Haag.

3.—6. September: XVIII. Interparlamentarische Konferenz im Haag.

1. Oktober: XXVIII. Konferenz der Int. Law Association in Madrid.

4.—6. Oktober: Zweiter Verbandstag des „Verbandes für internationale Verständigung“ in Nürnberg.

10.—13. Dezember: Konferenz der deutsch-französischen Verständigungs-Vereinigung „Pour mieux se connaître“ in Gent.

Der zweite Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung.

Der Frankfurter Verband für internationale Verständigung versendet soeben die Einladung zu seinem zweiten Verbandstag, der vom 4. bis 6. Oktober dieses Jahres in Nürnberg stattfinden wird.

In dem vorläufigen Programm werden Referate folgender Persönlichkeiten in Aussicht gestellt:

1. Herr Geheimrat Professor Dr. L. von Bar, Göttingen.
2. Herr Handelsredakteur Leo Benario, Frankfurt a. M.

3. Herr Baron D'Estournelles de Constant, französischer Senator, Paris,
4. Herr Geheimrat Professor Dr. K. Th. von Eheberg, Erlangen,
5. Herr Professor Dr. Adolf Friedländer, Hohemark bei Frankfurt a. M.
6. Herr Konrad Haußmann, M. d. R., Stuttgart,
7. Herr Hofrat Professor Dr. Lammasch, M. d. H., Wien,
8. Herr Bankdirektor a. D. Hermann Maier, Frankfurt a. M.,
9. Herr Professor Dr. Christian Meurer, Würzburg,
10. Herr Professor Dr. Otfried Nippold, Oberursel a. T.,
11. Herr Professor Dr. Walter Schücking, Marburg a. d. L.,
12. Herr Geheimrat Professor Dr. Philipp Zorn, Kronsyndikus, M. d. H., Bonn.

Außerdem wird mitgeteilt, daß die französischen, englischen und amerikanischen Verbände für internationale Verständigung auf der Nürnberger Tagung durch hervorragende Persönlichkeiten vertreten sein werden. Den Kongreßteilnehmern werden zahlreiche Begünstigungen zuteil werden. Auch festliche Empfänge sind vorgesehen. Ein Ortsausschuß, an dem hervorragende Personen Nürnbergs beteiligt sind, hat sich bereits gebildet. Das endgültige Programm wird noch später mitgeteilt werden.

Lord Avebury †. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Wieder hat die Friedenssache einen schweren Verlust erlitten. Ende Mai ist in London Lord Avebury (früher Sir John Lubbock), der hervorragende Naturforscher, im 79. Lebensjahre gestorben. Er diente der Friedenssache seit mehr als einem Menschenalter. Mit Randal Cremer zusammen trat er im Unterhause für die Schiedsgerichtsbarkeit ein. Und während des deutsch-englischen Mißverständnisses war er einer der Führer in dem Kampfe für die Versöhnung der beiden Völker. Er verwarf in allen seinen Schriften den Krieg als unwürdig unserer Kultur und als eine verbrecherische Vergeudung. Die Teilnehmer an dem Besuche deutscher Journalisten in England werden sich seiner Persönlichkeit mit Freuden erinnern. Eines seiner der Friedensidee gewidmeten Bücher trägt den Titel „Peace and Happiness“. Noch auf der letzten anglo-deutschen Verständigungskonferenz in London im Oktober vorigen Jahres wirkte Lord Avebury führend mit.

Ein internationales pazifistisches Seminar. :: :: :: :: ::

In Verbindung mit den vom 4. bis 30. August d. J. in Kaiserslautern zum achten Male stattfindenden Ferienkursen für Ausländer, die unter der Leitung des ausgezeichneten Pädagogen Wagner stehen (Anfrage: Ferienkurse für Ausländer, Kaiserslautern, Hack-

straße 22, Rheinpfalz), wird in diesem Jahr ein Friedensseminar abgehalten. Dieses stellt sich die Aufgabe, mit den Gründen und Zielen der internationalen Friedensbewegung und mit den Mitteln und Einrichtungen bekanntzumachen, durch die man zu einer friedlichen internationalen Verständigung gelangen kann. Da der größte Teil der Kursteilnehmer von Berufs wegen an der Jugenderziehung beteiligt ist, so ist zu hoffen, daß sich unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Friedensbewegung und durch gegenseitige Aussprachen eine Einigung auf gemeinsame Grundsätze und Richtlinien ermöglichen läßt, nach denen durch eine planmäßige Jugenderziehung in den verschiedenen Kulturländern einer friedlichen internationalen Verständigung wirksam vorgearbeitet werden kann. Der Besuch dieses Instituts ist jedermann frei gestellt, die Vorträge sind öffentlich und unentgeltlich.

I. Vorträge:

1. Frau Baronin Berta von Suttner aus Wien: Die Friedensbewegung in Amerika.
2. Miß Anna Eckstein aus Boston: Die Friedenssicherung, warum und wie sie durchführbar ist.
3. A. H. Fried aus Wien: Die Grundprobleme des Pazifismus.
4. Nationalrat Dr. Gobat aus Bern: Die Organisation der Internationalen Friedensbewegung.
5. Professor Dr. Quidde aus München: Die geschichtliche Begründung der Friedensidee.
6. Stadtpfarrer Umfrid aus Stuttgart: Moral und Politik.
7. Pfarrer Wagner aus Neuhengstett-Calw: Die Kirche und die Friedensbewegung.
8. Wagner (Kaiserslautern): Erziehung zum Frieden.

Außerdem haben Herr Professor Ruysen an der Universität Bordeaux und Herr Dr. Westphal aus Stuttgart, Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, ihre Mitwirkung zugesagt.

- II. Aussprachen, die sich an die Vorträge anschließen.
- III. Ausstellung der wichtigsten literarischen Erzeugnisse auf dem Gebiete der Friedensbewegung und der Verbände für internationale Verständigung.

LITERATUR U. PRESSE

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
Friedenskongreß, V. Deutscher, Am 26. und 27. Oktober 1912 in Berlin. Inhalt: Bericht über den Kongreß. — Vortrag von A. H. Fried über: Der Balkankrieg und die Friedensbewegung. — Vortrag von Pfarrer W. Nithack-Stahn über: Ist der

Kampf gegen den Krieg eine ideale oder wirtschaftliche Notwendigkeit? — Vortrag von Prof. Quidde über: „Rüstungswettkampf oder Rüstungsstillstand.“ — Vortrag von Justizrat D. Heilberg über: Internationales Leben und internationale Spannung in ihrem Gegensatz. — Vortrag von Geheimrat Prof. Dr. Förster über: Moral und Staatsraison. 8°. Stuttgart. (1913). Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft. 61 S.

In dieser Broschüre sind die Beratungen und öffentlichen Vorträge festgelegt, die Ende Oktober in Berlin stattfanden. Sie geben ein gutes Bild über den Stand der Bewegung und über die aktuellen Fragen, die der Krisenwinter dieses Jahres aufgeworfen hat.

Heim, Dr. Georg, Um der Gerechtigkeit willen! Im Auftrage der Zentralstelle der bayr. Bauernvereine in Regensburg. 8°. Regensburg 1913. 30 S.

Auf den Inhalt dieser bemerkenswerten Schrift ist bereits in No. 5 der F.-W. (S. 189) hingewiesen worden. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim hat damit einen wichtigen Beitrag zur Beratung der Militärlasten und ihres Druckes auf die deutsche Bevölkerung gegeben. Heim führt im besonderen aus, wie die doch so rüstungsfreundlichen landwirtschaftlichen Kreise Deutschlands unter der Militärpflicht und der Rüstungslast zu leiden haben. „So trägt der Militarismus dazu bei, die Quelle nach und nach zu verschütten, aus der er allein den gesunden Zufluß bekommt. Der Schaden, den die deutsche Landwirtschaft Jahr für Jahr dadurch erleidet, kann überhaupt nicht in Mark und Pfennig geschätzt werden.“ Wenn solche Kritik von dieser Seite kommt, so kann man ermaßen, daß die Rüstungsfreudigkeit im deutschen Volke nicht mehr in jenem Maße vorhanden ist, wie man es gern glauben machen möchte.

Kohler, Josef, Moderne Rechtsprobleme. 2. durchgearbeitete Auflage. 8°. Leipzig. 1913. B. G. Teubner. (Aus Natur und Geisteswelt.“ 128. Bändchen.) 98 S. Lwdbd.

Wir haben auf diese bemerkenswerte Schrift schon beim Erscheinen der 1. Auflage hingewiesen. Das Kapitel über den Frieden ist nicht geändert worden. Nur der Titel wurde verbessert. Er heißt nicht mehr „Ewiger Friede“, sondern „Weltfrieden.“

Rosenberg, Auguste, A. Békenapra az iskoláknak. 8°. Budapest. 1913. 58 S.

Zu deutsch: „Den Schulen am Friedenstag.“ Auguste Rosenberg hat nach dem Muster der vom amerikanischen Unterrichtsministerium herausgegebenen Anleitung zur Feier des 18. Mai eine solche Anleitung für die ungarischen Schulen zusammengestellt. Der Inhalt stellt sich folgendermaßen dar:

Als Einleitung: Die Verordnung des Graf Albert Apponyi, Kultus- und Unterrichtsministers, die Schulfeier des Friedenstages betreffend. Wiederholung der Verordnung durch Graf Johann Zichy, Kultus- und Unterrichtsminister, ferner Rundschreiben derselben, von den Aufsichtsbehörden der Schulen Berichtserstattung fordernd über die Art und Weise der Abhaltung der Feier des Friedenstages. — Graf Albert Apponyi: Ueber die päda-

gogische Bedeutung des Friedenstages. Die Organe und Institutionen der Friedensbewegung. — Dr. Wilhelm Lers, Staatssekretär: Friedensidee und Pädagogie. — Dr. Alex. Gießwein, Landtagsabgeordneter: Der 18. Mai. — Prof. Franz Kemény: Was kann jedermann für den Frieden tun. — Flora v. Perczel-Kozma: Der Christus der Anden. — Frau Dr. Julius Farkas: Ueber den Frieden den Kindern. — Auguste Rosenberg: Die Erziehung zum guten Willen und zur Nachsicht gegen einander.

Einteilung des Lehrstoffes: Nach Mrs. Fern-Andrews Fr. v. Markos: Den Kindern über die Bedeutung der Haager Friedenskonferenz. — Fr. Karl Zipernowsky: Einige Entgegnungen. — Passende Gedichte zur Feier des Friedenstages. — Ungarische Friedensliteratur. — Krieg oder Frieden?

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

The American Journal of International Law. A Quarterly. New York. 1913. April.

Aus dem Inhalt: Eugene Wambaugh, Exemption from Panama Tolls. — Norman Dwight Harris, The New Moroccan Protectorate. — William Cullen Dennis, The Necessity for an international code of Arbitral Procedure. — Hans Wehberg, Restrictive Clauses in international Arbitration Treaties. — President Wilson and Latin America. — William Jennings Bryan, Secretary of State. — The Passing of Dollar Diplomacy. — The Japanese Review of International Law. — John Basset Moore, the new Counsellor for the Departement of State. — usw. usw.

Hierzu Supplement-Nummer, enthaltend Dokumente.

Bulletin of the Pan American Union. Washington 1913. April.

Aus dem Inhalt: Dinner in honor of Secretary of State Bryan. — President Wilson and Latin America. — Pan America in France. — International South American Postal Bureau. — American Peace Congress. — American Society of International Law. — usw. usw.

Eisler, Julius,
Das Ende des Kriegswahnes und der gewalttätigen Zeitalter: Vom kommenden Völkerrechte. 8°. Wien und Leipzig 1913. J. Eisenstein & Co. 13 S.

Freundlich, Leo,
Albaniens Golgatha. Anklageakten gegen die Vernichter des Albanervolkes. Gr. 8°. Wien 1913. Josef Roller & Co. 32 S. 20 Heller.

Biermer-Gießen, Prof. Dr.,
Die finanzielle Mobilmachung. Vorträge. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Prof. Dr. Liefmann-Freiburg i. B. 8°. Gießen 1913. Emil Roth. 55 S. 1,50 M.

Rosmanith, Alfred Johann,
Quousque tandem... Rede an die Nationen Oesterreichs. Gesellschaft zur Förderung des nationalen Friedens. Gr. 8°. Wien 1913. Kommissionsverlag J. W. Seidel & Sohn. 31 S.

Sonntag, Josef,
Deutschland vor der Katastrophe. Eine Anklage- und Aufklärungsschrift. 8°. Leipzig 1913. Arthur Kade. 96 S. 1,25 M.

Sturm, Justizrat Dr. A.,
Kant und die Juristen. Ein Reformvorschlag für die Stellung der Rechtsphilosophie und für das internationale Recht und das Friedensrecht. 8°. Halle a. S. 1913. C. A. Kaemmerer & Co. 50 S. 1 M.

Columbia University,
Bulletin of Information. Catalogue. 1912—1913. Gr. 8°. New York. Published by Columbia University. X u. 535 S.

Choate, Joseph H.,
The two Hague Conferences. 8°. Princeton 1913. Princeton University Press. XV u. 109 S. cloth.

Holsti, Rudolf,
The Relation of war to the origin of the State. Lex. 8°. Helsingfors 1913. Helsingfors New Printing Co. X u. 313 S.

Mason, Daniel Gregory,
Music as an international Language. 8°. New York 1913. (International Conciliation, June 1913, No. 67). American Association for International Conciliation. New York. Sub Station 84. (407 West 117th street). 14 S. Kostenlos.

Churchill, The Rt. Hon. Winston,
On Naval Armaments. From a speech on the naval estimate in the House of Commons, March 26, 1913. Reprinted from the London „Times“. 8°. New York 1913. (International Conciliation. Special Bulletin. April). American Association for International Conciliation. New York. Sub Station 84 (407 West, 117th. street.) 13 S. Kostenlos.

Monthly Bulletin
of books, pamphlets and magazine articles dealing with international Relations. 8°. New York 1913. (International Conciliation April.) American Association for International Conciliation. New York. Sub Station 84 (407 West, 117th. street.) 13 S. Kostenlos.

Hyde, Charles Cheney,
Legal Problems capable of Settlement by arbitration. 8°. Baltimore 1913. (Judicial Settlement of International disputes. No. 11. February.) Published quarterly by American Society for Judicial Settlement of International Disputes. 32 S.

Lake Mohonk,
Mountain House. Seasons of 1913. Opens May tenth, closes october twenty eighth. Gr. 8°. Mohonk Lake 1913. Daniel Smiley, Proprietor. Mit zahlreichen Abbildungen.

Hay, Hon. John, and Root, Hon. Elihu,
Instructions to the American Delegates to the Hague Conferences, 1899 and 1907. 8°. Boston 1913. (World Peace foundation, Pamphlet, Series. April, Vol. III. No. 4.) Published monthly by the World Peace Foundation, Boston, 40 Mt. Vernon Street. 27 S.

Mead, Edwin D.,
Washington, Jefferson and Franklin on war. 8°. Boston 1913. (World Peace Foundation. Pamphlet Series. May, Vol. III., No. 5.) published monthly by the World Peace Foundation, Boston, 40 Mt. Vernon Street. 14 S.

Comité de Publication D. Q. C. B. Les Atrocités des Coalisés balkaniques. No. 1 u. No. 3. 8°. Constantinople 1913. Dans l'administration du „Journal Ifhans“, 15, rue Djagal-Oglon. 46 S.

Sentences du Tribunal arbitral franco-italien. I. Affaire du „Carthage“. II. Affaire du „Manuba“. Folio. (La Haye) 6. Mai 1913. Cour permanente d'Arbitrage. 18 S.

D'Estournelles de Constant, Les Etats-Unis d'Amérique. 8°. Paris 1913. Armand Colin. IX u. 536 S. 5 Frs.

Ruby, Jean †, La Guerre d'Orient. Une Race qu'on extermine. Témoignages et Documents. 8°. Paris 1913. Imprimerie Kléber. 16 S. 25 cent.

Derselbe, La Guerre d'Orient. Les Massacres et leurs Auteurs. Nouveaux Témoignages. 8°. Paris 1913. Imprimerie Kléber. 16 S. 25 cent.

Derselbe, La Guerre d'Orient. Les Alliés balkaniques à la Barre d'Histoire. Opinions et Appréciations. 8°. (Paris) 1913. Imprimerie Kléber 16 S. 25 cent.

Derselbe, La Guerre d'Orient. Le rôle civilisateur des Alliés balkaniques. 8°. Paris 1913. Imprimerie Kléber. 16 S. 25 cent.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Friede (Bern). Mai. Protokoll über die Verhandlungen der Delegiertenversammlung des schweiz. Friedensvereins. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Mai. Satzungen des internationalen ständigen Friedensbureaus. — Die deutsch-französische Verständigungskonferenz. — A. Gobat, Pazifismus in der Tat. — usw.

Vaterland und Welt (Göttingen). Mai. Bericht über den 2. Kongreß des Verbandes der Internationalen Studentenvereine Deutschlands zu Leipzig. — Prof. Dr. Ludwig Stein, Weltbürgertum, nationale Willensbildung und internationale Verständigung! (Vortrag, gehalten auf dem 2. Kongreß des internationalen Studentenverbandes in Leipzig, 16. Mai). — usw.

Zur internationalen Kulturbewegung. Sommer-Semester 1913. Dr. Walter A. Berendson, Studienfahrten deutscher Studenten ins Ausland. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 9. Francis Delaisi, Le Patriotisme des plaques blindées. — Th. Ruysen, Pour la ligue franco-allemande. — usw.

La Paix par la Raison (Paris). Nr. 1. Appel-Programme. — usw.

Concord (London). Mai. Felix Moscheles, Some Actualities. — Ders., Bertha v. Suttner. — usw.

Monthly Circular of the National Peace Council (London). Mai.

Advocate of Peace (Washington). Mai. Secretary Bryans Peace Plan. — The Treaty of Ghent Centenary. — Edwin D. Mead, Human Nature and the War System. — Andrea Hofer Proudfoot, Internationalism. — Benjamin F. True-

blood, Present Demands of the Peace Movement. — Hon. S. A. Witherspoon, No more Battleships needed. — usw. The Messenger of Peace (Richmond). April.

The Japan Peace Movement (Tokyo). April. Hague Day in Japan. — Notes on Japanese Peace Movement. — Garibaldi's Peace Argument. — H. Miyamoto, Miss Ecksteins World Peace Petition. — usw.

La Fiorita (Mailand). Mai. Rosalia Gwis Adami, Nell'ora che volge. — Corso die cultura pacifista. — usw.

„Vrede door Recht“ (Haag). Mai. Of het Wereldcongres voor den Frede of belangstelling wekken voor Internationale Politie? — Het Fraansch-Italiaansch geschil. — H. van der Mandere, „Das Werk vom Haag.“ (Schluß). — Internationale Politic. — B. de Yong van Beek en Donk, Tegen de Sensatiepers. — W. J. L. van Es, Een opmerking naar aanleiding van de „De jacht naar den afgrond.“ — Knut Sandstedt, De Vredesbeweging in Scandinavië. — usw.

Fredsfanau (Stockholm). Mai-Juni. Hur går det med fredsmonumentsinsamlingen i Sverige? — „VI Svenska.“ K. P. Arnoldson om det senaste varningsordet. — Bertha von Suttner. — usw.

Fredsbladet (Kopenhagen). Mai. Internationale Undersøgelseskommissioner. — Mindesmaerke for frantz Rasmusen. — usw. Nemzetköziélet (Budapest). No. 2, 3 und 4. Le Messenger de la Paix (Petersburg) (in russischer Sprache). No. 4.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung in allgemeinen: Die Beschreibung Skutaris. „Neue Freie Presse.“ 16. V. * Prof. Robert Piloty, Friedens- und Kriegshysterie. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 20. V. * Christentum und Krieg. Schleswig.-Holstein. Volkszeitung.“ 16. V. * Alfred H. Fried, Die Wegelagerer der internationalen Politik. Ein offizieller Vorstoß gegen die Kriegshetzer in der Presse. „Breslauer Morgenzeitung.“ 9. V. * Ders., Die Kriegshetzer in der Presse. „Neue Badische Landeszeitung.“ 9. V. * Die Friedensidee. „Hamburger Echo.“ 10. V. * Patriotismus und Militarismus. „Der Weg.“ V. * O. Umfrid, Wutgebrüll. „Der Beobachter.“ 23 V. * Dr. Ortner, National und sozial. „Freie Stimmen.“ (Klagenfurt). 20. IV. * Hans Land, Die Demokratie ist der Friede. „Breslauer Morgenzeitung.“ 26. V. * Eine Jahrhundertfeier, „wie sie noch nie da war“. (Aus einem New-Yorker Briefe.) „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung.“ 27. V. * Georg Kossak, Soll ein Kaufmann ein Friedensfreund sein? „Die Post reisender Kaufleute“ (Leipzig). 29. V. * Rede des Generals Keim auf der 2. Hauptversammlung des Wehrvereins. „Staatsbürger-Zeitung.“ 28. V. * Irrende Geistliche. „Hamburger Nachrichten.“ 16. V. * Reitergeist. Deutsche Tageszeitung“ (Abendausgabe). 13. V. * Eine Michelet. „Düsseldorfer Zeitung.“ 11. V. * E. Oberfohren, Frauenbewegung und Antimilitarismus. „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung“ (Abendausgabe). 28. V.

II. Die internationale Politik: Paul Acker, L'Exaltation du souvenir en Allemagne et chez nous. „La semaine littéraire.“ 4. V. * Deutschnational — und doch friedensfreundlich. „Deutsches Volksblatt.“ (Wien.) 22. III. * Ludwig Frank, M. d. R., Bern. „März.“ 17. V. * Prof. Dr. Ludwig Quidde, Die Berner Verständigungskonferenz. „Frankfurter Zeitung.“ 14. V. * Georg Korn, Der Friedenstag von Bern. „Zeit am Montag.“ 13. V. * Die Berner Konferenz. „Vorwärts.“ 12. V. * Deutschland und Frankreich in Bern. „Vorwärts.“ 13. V. * Oesterreichische Katastrophenpolitik. „Frankfurter Zeitung.“ 15. V. * Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, M. d. R., Die Berner Verständigung. „Berliner Tageblatt.“ 15. V. * Deutschland und Frankreich. „Vossische Zeitung.“ 13. V. * Th. Rothstein (London), Die deutsch-englische Annäherung. „Die Neue Zeit.“ 9. V. * Arthur Eloesser, Deutschland und Frankreich (Georges Bourdon: L'Enigme allemande.) „Vossische Zeitung.“ 30. V. * Die Männer um den Kaiser. (Frederic William Wile: Men around the Kaiser.) „Vossische Zeitung.“ 30. V. * Prof. Richard Eickhoff, Frankreich und Deutschland. „Fränkischer Kurier.“ 23. V. * Anton von Mörl, Gedanken zur modernen Machtpolitik. „Oesterreichische Rundschau.“ (Wien.) 15. V. * Dr. Freiherr v. Mackay, Deutschland und England, die fremdwerdenden Gegner. „Magdeburgische Zeitung.“ 23. V. * Wie können sich Deutschland und Frankreich versöhnen? Eine Enquête des „Neuen Wiener Journals.“ „Neues Wiener Journal.“ 11 V. * Prof. Dr. Th. Fuchs, Wie können sich Deutschland und Frankreich versöhnen? „Neues Wiener Journal.“ 24. V.

III. Völkerrecht: E. Gagliardi, Der Schiedsrichterspruch vom Haag. „Der Tag“ (illustrierter). 28. V. * Heinrich Lammasch, „Kölnische Volkszeitung“ (Abendausgabe). 21. V. * Prof. Philipp Zorn, Heinrich Lammasch. „Der Tag“ (illustrierter). 20. V. * Prof. Dr. Hans Sperl, Luftschiffahrt und Jurisprudenz. „Urania.“ (Wien) 31. V. * Dr. Gustav Streseman, Normann Angells falsche Rechnung. „Posener Zeitung.“ 4 und 6. V. * Alfred H. Fried, The finding of the naval formula. „The Socialist Review.“ (Manchester). May.

IV. Internationales: Prof. Dr. Ludwig Stein, Weltbürgertum, nationale Willensbestimmung und internationale Verständigung. (Vortrag, gehalten auf dem 2. Kongreß des Internationalen Studentenverbandes in Leipzig. 16. V.) „Leipziger Neueste Nachrichten.“ 17. V. * Karl Rathgen, Das Institut Colonial International in London. „Deutsche Kolonialzeitung“ (Berlin). 17. V. * Das Weltwechselrecht. „Berliner Tageblatt“ (Abendausgabe). 30. V. * Dr. Paul von Salvisberg, Studentenschaft und internationale Verständigung. „Hochschul-Nachrichten“ (München). April. * Prof. Dr. Ludwig Stein, Die Fortschritte der internationalen Verständigung unter der Regierungszeit des Kaisers. „Nord und Süd.“ VI.

V. Wirtschaftliches: L. Persius, Bestrebungen für Rüstungsverminderung. „Berliner Tageblatt.“ 28. V. * (Alfred H. Fried.) Wie man Kriege macht. „General-Anzeiger“ (Reutlingen). 14. V.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Wer für seine Töchter oder andere junge Mädchen Gelegenheit zu Studien in einer Pension in Deutschland sucht, wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Aufnahme finden können in der Familie unseres Freundes Pfarrer O. Umfrid, Stuttgart, der jedem Pazifisten bekannt ist. — Das Pensionat wird am 20. Oktober eröffnet werden. Lektionen in deutscher Sprache und anderen Disziplinen. Handels-, Kunst-, Musik- und Frauenarbeitsschulen in der Stadt. Ausgezeichnetes Klima, herrliche Spaziergänge. Angenehmes Familienleben.

Referenzen:

Frau Geheimrat Kromayer, Sternwartstr. 14, Straßburg.
 Miß Anna B. Eckstein, Langestr. 7, Coburg.
 Herr Geheimrat Professor Dr. Förster, Ahornallee 8, Charlottenburg.
 Herr Professor Dr. Quidde, Gedonstr. 4, München.
 Herr Dr. Ad. Richter, Pforzheim.
 Herr Direktor Wagner, Kaiserslautern.
 Frau Baronin Bertha v. Suttner, 7 Zedlitzgasse, Wien I.
 Herr Alfred H. Fried, 5 Widerhofergasse, Wien IX.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Huldigung für Baronin v. Suttner
 Anlässlich des 70. Geburtstages unserer Präsidentin versammelte sich am Vorabende der Vorstand der Oesterreichischen Friedensgesellschaft zu einer Festsitzung, bei welcher Vizepräsident Balduin Groller folgende Ansprache hielt:

Ich eröffne heute die Sitzung, welche eine Festsitzung sein soll. Wie Sie aus der Einladung entnehmen, ist der Hauptzweck der heutigen Tagesordnung der 70. Geburtstag unserer Präsidentin.

Wir haben uns dem Wunsch unserer Präsidentin zu fügen, die sich jede persönliche Ehrung verboten hat, und wir sind es gewohnt, Disziplin zu halten. Ihr Wunsch war uns Befehl, und vor dem überlegenen Geiste und starken Willen unserer Führerin hat es bisher immer ein Einschwenken gegeben.

Wir haben Disziplin gehalten im vollen Bewußtsein, daß wir ihr die Führung unserer Sache mit ruhigem Gewissen überlassen können. Wenn auch jede persönliche Ehrung ausgeschlossen sein muß, so war es doch für uns, ich muß sagen, eine selbstverständliche Pflicht, daß wir am Vorabende ihres 70. Geburtstages uns zusammenfinden, um wenigstens unserem Fühlen für unsere große Führerin Ausdruck zu geben. Die Frau, die tapfere Frau, die allen Gehässigkeiten, die einer Welt von Streitigkeiten und hohnvollen Anschuldigungen tapfer die Stirne geboten hat, sie hat die Flucht ergriffen, da sie vermutete, daß die Liebe sie rühmen, die Begeisterung sie verherrlichen will. Da ist diese junge Dame errötet und hat die Flucht ergriffen. Ich meine aber, daß wir diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen dürfen, um in dieser Sitzung das eine zu tun, daß wir protokollarisch feststellen, daß wir erfüllt sind von dem Gedanken, daß diese providentielle

Frau für die Sache des Friedens mehr geleistet hat, als irgendeiner unter uns, und ich glaube nicht die Gefühle der Versammlung zu verletzen, daß sie, sie ganz allein die ganze Last der Verantwortung getragen hat und daß alle Erfolge auf ihre Rechnung zu setzen sind, und so meine ich auch, daß die Gefühle Aller Ausdruck finden mögen, durch Unterzeichnung des heutigen Protokolles.

Möge ihr, der vielgeprüften und glorreichen Frau, ein heiterer und warmer Abendsonnenschein des Lebens beschieden sein!

Ich glaube, mit diesen Worten schließen zu können.

Feier des Weltfriedentages in Wien.

Die Oesterreichische Friedensgesellschaft veranstaltete gemeinsam mit dem Wiener Akademischen Friedensverein, zur Feier des Weltfriedentages, am 18. Mai eine Festversammlung in der Universität. Der Besuch war ein ungemein starker, und man sah in der Versammlung viele Universitätsprofessoren. Die Anwesenden wurden durch Prof. O. Richter begrüßt. Er verlas die eingelangten Briefe und Telegramme, darunter das Entschuldigungsschreiben des Unterrichtsministers, und ersuchte den Rektor, Hofrat Dr. Weichselbaum, den Ehrenvorsitz zu übernehmen. Lebhaft akklamiert, bestieg Hofrat Dr. Weichselbaum das Podium und hielt folgende Ansprache: „Es gereicht mir zur besonderen Freude, Sie heute als Hausherr in diesen Räumen begrüßen zu dürfen, um öffentlich zu dokumentieren, daß der derzeitige Rektor der Wiener Universität mit seiner ganzen Sympathie auf Ihrer Seite steht. Diese Gefühle müssen für den Rektor einer Universität selbstverständlich sein, ist doch die Universität das Zentrum geistiger Bildung, und berufen, die Kultur eines Landes zu fördern. Die Universität hat also alle Ursache, zu wünschen, daß der Friede zwischen den Staaten erhalten bleibe, denn nur in friedlichen Zeiten läßt sich Kulturarbeit leisten. Besonders in dem gegenwärtigen Zeitpunkt ist es unsere Pflicht, unsere Ideale mit aller Mannhaftigkeit zu vertreten. Wir alle haben es mit Schaudern erlebt, wie dieser letzte Krieg mit Phrasen begonnen wurde. Es hieß, man müsse die Brüder befreien, von dem Joche der Unterdrückung. Dieser Befreiungskrieg ist nun ausgeartet in ein Hinschlachten von Wehrlosen, von Frauen und Kindern, und schließlich sehen wir, wie jene sich bekriegen, die sich befreien wollten. Wir sehen, wie dieser mit Phrasen begonnene Krieg zu einer Furie wurde. Und wenn man versucht, dieser Furie ein Mäntelchen von Humanität umzulegen, so ist das nichts anderes, als bewußtes Pharisäertum. (Stürmischer Beifall.) Jeder wahre Menschheitsfreund muß das Bedürfnis in sich fühlen, den Kriegen entgegenzutreten. Daß die Zahl dieser Menschheitsfreunde, welche gegen den Krieg kämpfen, immer größer und größer werde, daß jene Menschheitsfreunde an Ansehen, Kraft und Macht gewinnen, ist der aufrichtige, treue und sehnliche Wunsch des derzeitigen Rektors der Wiener Universität. (Stürmischer Beifall.)“ Mit Enthusiasmus be-

grüßt, ergriff Baronin von Suttner das Wort und sprach über die Bedeutung des Weltfriedentages. Als die Rednerin den Wunsch eines amerikanischen Studentenvereines zitierte: „Zuerst die Menschheit und dann erst die Nation“, ertönte minutenlanger Beifall. Hierauf sprach Alfred H. Fried über die Aufgaben der 3. Haager Konferenz und Prof. Dr. O. Richter über die Entwicklung und Bedeutung der Organisation des Menschengeschlechts. Prof. Dr. Richter brachte die vom Berner Bureau vorgeschlagene Resolution zur Abstimmung, welche einstimmig angenommen wurde, ebenso nachfolgendes, an Se. Majestät gerichtetes Telegramm:

„Die vom Wiener Akademischen Friedensverein an der Universität zur Feier des 18. Mai, dem Gedenktage der Eröffnung der ersten Haager Friedenskonferenz, einberufene Protestversammlung wagt es, Euer Majestät den Ausdruck ihrer glühendsten Dankgefühle zu Füßen zu legen. Stets bereit, für das Wohl des Vaterlandes unser Leben hinzugeben, erkennen wir doch in der Wahrung des Völkerfriedens eines der höchsten zu erstrebenden Ziele, und mit Bewunderung konnten wir sehen, daß in der letzten bewegten Zeit, da die Wirren im Balkan ganz Europa in die Gefahr eines Weltbrandes hätte stürzen können, es der Weisheit und Festigkeit unseres erhabenen Monarchen gelungen ist, dieses Unglück von der Mitwelt abzuwenden. Dafür wird Euer Majestät aus Millionen dankbaren Herzen Preis und Segen dargebracht.

In Brünn wurde anläßlich des Weltfriedentages eine von der „Jednota mirova“ veranstaltete Festversammlung abgehalten, bei welcher die Präsidentin, Frau J. Wurm, über die „Bedeutung der Haager Konferenzen“, Lehrer Prazak über „Friedenserziehung in der Familie und Schule“ sprachen, und die Berner Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte. An das österreichische Parlament wurde ein Protest gegen das Wettrüsten und den Mißbrauch der Aviatik mit Krüsen abgesendet.

Spenden für den Propaganda-Fonds sind uns von nachfolgenden Vereinen zugekommen: „Einigkeit“, Wien 200 Kr.; „Zukunft“, Wien 100 Kr.; „Freundschaft“, Wien 50 Kr.; „Humanitas“, Wien 25 Kr.; „Caritas“, Prag 25 Kr.

Zur Nachahmung empfohlen: Außer den bereits avisierten 20 Kr., welche unserer Gesellschaft aus Anlaß der Vermählung der Tochter unseres Mitgliedes, Herrn E. Lehr, zugegangen sind, können wir weitere 20 Kr. verzeichnen, so daß aus diesem Anlaß unserer Propagandakasse 40 Kr. zuflossen.

Bei der am 1. d. Mts. abgehaltenen XXVII. Hauptversammlung des Allgem. n. ö. Volksbildungsvereins in Scheibbs war unsere Gesellschaft durch Herrn Lehrer Roman Schramm vertreten.



• Juli 1913.

Der „dritte“ Balkankrieg.

Man nennt ihn den „dritten“. Es ist aber noch immer derselbe, der im Oktober vorigen Jahres begonnen hat. Nur die durchsichtige Bemäntelung, mit der man ihn zu Anfang umgeben, ist mittlerweile verschlissen und läßt die nackte Wahrheit erkennen. Solche lediglich, die an jene Bemäntelung glaubten, meinen jetzt einen neuen Krieg vor sich zu haben. Aber das ist nicht wahr. „Ein Kreuzzug war's, es war ein heiliger Krieg.“ Als eine kulturhistorische Notwendigkeit bezeichnete man ihn, als den Kampf des Kreuzes gegen den Halbmond; als einen historischen Prozeß, der sich seit Jahrhunderten vollzieht, und die Befreiung der unterdrückten Slawenvölker vom Türkenjoch zum Ziel hat. Und merkwürdig! Nachdem der Halbmond beseitigt und die Befreiung der „Unterdrückten“ durchgeführt war, fingen die Kreuzträger untereinander an, sich zu zerfleischen, kämpften die Befreier um die Befreiten. Und damit trat die Ursache zutage. Alle Rechtfertigungen waren Phrase. Landraub war das einzige Motiv, die „Kilometritis“ der einzige Antrieb zu jenem Kriege. Wenn es ihnen bloß um die Befreiung zu tun gewesen wäre, dann wäre die Autonomie für Mazedonien, dem jetzigen Zankapfel, der beste Ausweg gewesen. Aber diesen Ausweg wollte man nicht, weil man eben an die Befreiung der Unterdrückten gar nicht dachte, weil man nur neue Ausbeutegelegenheiten über neue Gebiete suchte. Die Muse der Geschichte, die so oft aufgelegt ist zu ironischen Scherzen, könnte es mit Leichtigkeit jetzt herbeiführen, daß die Kreuzträger, die von ihnen noch übergelassenen Regimenter des Halbmondes zur Hilfe aufrufen in dem Kampfe gegen ihre früheren Bundesgenossen. Ethische Bedenken würden jene edlen Regierungen von diesem Schritt sicherlich nicht abhalten.

Man hat sich daran gewöhnt, uns Pazifisten im Hinblick auf diese Balkanmisere zu bedauern. Sogar der vernünftige Hugo Ganz fängt in der neuesten Nummer von „Das freie Wort“ einen Artikel mit dem Satz an: „Der Pazifismus hat jetzt böse Tage, und vielleicht schlechtere stehen ihm noch bevor“. Es ist schrecklich, dies immer wieder hören zu müssen. Als ob wir die Kriege für unmöglich erklärt hätten. Welch seltsamer Gedankengang! Nur dann wären es „böse Tage“ für uns, wenn wir mit Emphase erklärt hätten, es gibt keinen Krieg mehr, und wir uns so in unserer Voraussagung getäuscht hätten. Ich möchte nur wissen, welche Rolle diejenigen uns zuweisen, die uns eine solche Auffassung zumuten. Wenn wir der Ansicht wären, daß es keine Kriege mehr geben kann, so wäre unsere Aktion doch vollständig überflüssig. Eben weil wir der Ansicht sind, daß die heutigen Zustände noch zum Krieg führen können, nur deshalb agieren wir. Wir sind also gar nicht „zu bedauern“, wenn das Verbrechen sich vollzieht, sondern diejenigen sind es, die uns nie und nimmer begreifen können. Dieser Krieg am Balkan mit seinen verschiedenen Phasen rechtfertigt wie selten einer unsere Aktion. Schon zu Beginn haben wir ihn als die „Propaganda der Tat“ bezeichnet, und wir sind froh, feststellen zu können, daß sich seit dem Herbst vorigen Jahres, als Folge jener Propaganda, unsere Reihen in ganz ungewöhnlichem Maße vermehrt haben. Dieser Krieg hat für die Friedenspropaganda den Wert eines anatomischen Präparates, an dem die Krankheit in ihren hervorstechendsten Erscheinungen studiert werden kann; die Krankheit, die wir bekämpfen, deren Vorbeugung wir durchführen wollen.

An diesem Kriege sind die letzten Phrasen der Kriegsverherrlicher gescheitert.

Die Leute, die das Gemetzel im Hinblick auf die „vitalen“ Interessen der Balkanstaaten zu rechtfertigen suchten, haben in ihrer Beweisführung schmählich Schiffbruch gelitten. Dieser Krieg hat gezeigt, daß durch die Gewalt eine Lösung nicht herbeizuführen ist und durch die Gewalt keines Landes Interessen gefördert werden können. Es wäre auch den Balkanstaaten gar nicht eingefallen, Krieg zu führen, wenn nicht die große Zwiespältigkeit in den politischen Kombinationen der europäischen Mächte ihnen Gelegenheit geboten hätte, ihre Raubtierinstinkte zur Entfaltung zu bringen. Gar kein sittlich zu rechtfertigender Anlaß, gar kein geschichtlich oder wirtschaftlich zu begründender Prozeß liegt dem Balkanmord zugrunde, sondern lediglich nur die Explosion von atavistischen Instinkten, die ermöglicht wurde durch die Gegensätzlichkeit der europäischen Kabinette.

Die „Sittlichkeit“ dieses Krieges wird am drastischsten dargetan durch die Haltung Rumäniens. Man betrachte diese einmal im Lichte der militaristischen Phrase. Rumänien hatte gar keine Ambitionen auf dem Balkan. Es hatte nichts zu befreien, nichts zu fordern, kein Lebensinteresse war berührt, seine Ehre nicht tangiert. Das einzige Motiv seiner Kriegführung war eine sich bietende günstige Gelegenheit zum Raub. Die Grenzen des Nachbarlandes waren eben einen Moment lang nicht bewacht, und da forderte es die Sittlichkeit des modernen Raubstaates, über diese Grenze hinwegzugehen und alles einzusacken, was sich gerade bietet. Im Jargon unserer offiziellen Geschichtsschreibung heißt es dann „Element der göttlichen Weltordnung“, „Naturgesetz“, „Stahlbad der Völker“ usw. Wir bezeichnen es anders. Jetzt werden wir die Haltung verstehen, die Herr Beldiman, der Vertreter Rumäniens auf den Haager Konferenzen, eingenommen hat. Er lehnte rundweg alles ab und war immer ein Bundesgenosse der Verneiner. Die Folgen dieser Politik wird das arme, von den Bojaren ausgesogene Volk tragen müssen, denn es ist ja natürlich, daß sich derartige Unzuverlässigkeit rächt. Die heute Ueberfallenen und auch die nicht überfallenen Nachbarn dieses klassischen Landes werden sich in der Zukunft zu schützen wissen. Da aber nach unserer Formel jeder Schutz eine Bedrohung ist, wird das arme Land neue Millionen aufbringen müssen, um damit die Treulosigkeit und die Unklugheit seiner Staatsmänner zu bezahlen.

Für Europa sind die Entwicklungsphasen dieses Hexenzaubers am Balkan ein ernstes Warnzeichen. Er zeigt wie ohnmächtig jene Staaten sind, die alljährlich zehn Milliarden für die Stärkung ihrer Wehrmacht ausgeben, und welche Gefahren trotz aller Rüstungen aus dieser Ohnmacht hervorgehen. Die Zwergstaaten am Balkan können mit Europa keinen Krieg wagen, aber sie vermögen es doch, die reichen Riesenmächte an der Nase herum zu führen. Dank der europäischen Uneinigkeit sind die Mächte zur Schwäche verurteilt, sind die Liliputstaaten stark. Europa kann lernen aus diesem Blutexzeß, und vielleicht hat dieser traurige Krieg denn doch das gute, daß der erwartete Mann der Initiative den Boden genügend vorbereitet findet, um den Erdteil zur Einigung zu führen. Vielleicht wird aus dem Blutgeruch am Balkan Europa sich zusammenfinden und die Kultur des Erdteils dadurch gerettet werden. Uns Pazifisten fällt in jedem Falle die hohe Aufgabe zu, in dieser Zeit der Verirrung und Finsternis stets deutlich vernnehmbar den richtigen Weg zu weisen und vor jenem zu warnen, der zum Abgrund führt. Wenn wir unaufhörlich dieser Aufgabe eingedenk sind, werden wir sie auch erfüllen. Wir sind jetzt die wichtigsten Menschen auf diesem Erdteil, wichtiger als alle die Kabinette mit ihrem geschäftigen Gehebe. Die alte Diplomatie liegt deutlich wahrnehmbar in den letzten Zügen ihres schon viel zu lange währenden Daseins, die neue Diplomatie, die Diplomatie des Rechtes und der Vernunft, wir Pazifisten, müssen uns jede Minute bereithalten, ihr Erbe anzutreten. Aus dem großen Bankerott der Kultur, der im Südosten Europas vor sich geht, ersteht unsere Zeit.

A. H. F.

Gerhart Hauptmanns Festspiel.

Von Bertha von Suttner, Wien.

Als ich im vorigen Februar in Breslau war, wurden mir die noch unvollendeten Jahrhundert-Ausstellungsräume gezeigt. Die großartige Kuppelrotunde stand schon unter Dach. Mein Führer erzählte: Hier wird von Reinhardt ein Festspiel vorgeführt werden, das Gerhart Hauptmann für diesen Anlaß schreibt. Er fügte hinzu, daß der Dichter sich lange gesträubt, endlich aber doch eingewilligt habe.

Die Frau unseres Justizrats Heilberg stand neben mir. „Sie werden sehen,“ sagte ich zu ihr, „an dem Stücke werden wir Freude

erleben; Hauptmann wird sicher den Friedensgedanken in seine Dichtung verweben.“

Wir Pazifisten sind durch das Festspiel nicht enttäuscht worden; desto enttäuschter aber waren 230 000 Veteranen und ein von Reitergeist beseelter Prinz. Was nun folgte, ist allgemein bekannt, denn es hat ungeheuern Lärm gemacht. Das Stück wurde abgesetzt und Proteste erhoben sich von allen Seiten — teils gegen das Stück, teils gegen die Absetzung.

Zu den zahllosen lobenden und tadelnden Kritiken, die über die Dichtung erschienen sind, soll in diesen Blättern keine neue hinzugefügt werden; nicht vom literarisch-dramatischen Standpunkt soll sie betrachtet werden, sondern im Hinblick auf jene Zeiterscheinung, die gerade uns am höchsten interessiert, nämlich den Kampf zwischen kriegerischer und pazifistischer Weltanschauung, in welchem Kampfe die Festspiel-Angelegenheit eine hitzige Episode darstellt. Hauptmann hat den Frieden verherrlicht: das war sein Hauptverbrechen. Doch das wurde von den Gegnern nicht hervorgehoben. Sie machten dem Autor den negativen Vorwurf, daß er keine Verherrlichung des Krieges brachte, keine patriotisch-begeisterten Töne anschlug, daß er statt der vaterländischen Helden die französische Revolution und den französischen Imperator in den Vordergrund stellte, daß er den damals regierenden Preußenkönig gar nicht vorführte, und daß nirgends das in militärischen Poesien obligate Hurra! und Hei! ertönt. Zudem wird die Marionettenform als eine Profanierung, die absichtlich derben Knüttelverse als dichterisches Manko, das ganze Stück als eine dem Wunsch des Bestellers widersprechende, verpuschte Lieferung hingestellt. Aber das, worüber die entrüsteten Gegner schimpften, ist nicht das, was sie eigentlich aufgebracht hat — nämlich die von hohem dichterischen Schwung getragenen Hymnen auf die Weltfriedensidee. Davon schweigt die feindliche Kritik. Aber das ist es, was den Ultrapatrioten besonders hassenswert und sogar gefährlich erscheint. Das mußte verboten werden.

Das ist es jedoch, was die Anhänger der neuen Weltanschauung, was die Vorwärtsblicker unter den Zeitgenossen aus dieser Dichtung hervorholen müssen, um ihre Zukunftshoffnungen daran zu stärken, um sich daran zu freuen, daß ein kühner Dichtergeist seherisch die Wege weist, auf denen die emporstrebende Menschheit aus den Kämpfen der Vergangenheit — deren Größe ja nicht geleugnet wird — zu höheren und größeren Zukunftszielen aufsteigt:

Athene Deutschland spricht (während eine leise Sphärenmusik durchsichtiger Klänge ertönt):

Welch reine Töne, neue Klänge höre ich nun,
Da sich aus blut'ger Nacht der neue Tag erhebt.
— — — — —
— — — — — Hoch hinaus

mich weitend in des lichten Aethers andres
Bad.

Und alldurchdringend, mich durchdringend
allzugleich,
erkenn' ich meines Daseins, meiner Waffen
Sinn:

Die Tat des Friedens ist es, nicht die Tat
des Kriegs,

Die Wohltat ist es! Nimmermehr die Missetat!
Was andres aber ist des Krieges nackter Mord.
So ruf' ich euch denn auf, ihr eines anderen
Krieges

Krieger! Ihr, nicht todbringend, Leben
Schaffende.

Des heiligen Werkzeugs goldne Waffe
schenkt' ich euch,
die volle Frucht aus steinigem Grund zu
schöpfen, und

ich machte euch zu Ringern mit dem
Wahn. Ich hob

des blinden Hasses Binde euch vom Auge los.
Ich machte euch zu Liebenden. Ich wies
euch an,

Pfade zu treten mit des Friedens lieblichen,
bekränzten Füßen. Breite Straßen lehrt' ich
euch

auswerfen für der Liebe Bruderschritt...

Nach und nach müssen aus bedeutenden
Schriften erst die beschwingten Worte und
Sätze herausgesucht und hinausgestreut
werden. Solcher Worte findet sich eine große
Zahl in diesem Festspiel. „Die breiten
Straßen für der Liebe Bruderschritt“ — das
dürfte noch oft zitiert werden. Und für die
Zukunftskriege, für die Pazifisten sich wapp-
nen müssen, welch' prächtiges Regiment:
„Die Krieger mit dem Wahn.“

Die folgenden Verse, die Hauptmann einer
Prophetin in den Mund legt, die geben
unsern Schmerzen über die Gegenwart und
unsern Erwartungen für die Zukunft gar be-
redten Ausdruck.

„Europa, du, dem Christengotte untertan!
Du, seit der Griechengötter Flucht mit Nacht
bedeckt.

In deines Schicksals Abgrund blick' ich tief
hinein,

und fernerhin vorsehend deiner Zukunft Weg.
Du zucktest oft und zuckst auch jetzt in Blut
und Schmerzen auf, geich einer Kreibenden,
denn immer ist das Kind noch nicht geboren,
das

du seit zweitausend Jahren schon geboren
wähnst,

Europa, du noch immer Schwangere mit der
Frucht

des Zeus — — — — —

Noch immer bist du nicht entbunden und
die Last

des ungeborenen Gottessohnes trägst du noch.
Noch nicht geboren ist Europas Friedensfürst
— — — — —

— — — — —
Allein, ich sehe dämmern fern des Friedens
Tag.

DIE FRIEDENS-WARTE

So sehr die giftige Pestilenz auch heute noch und finstrier Wahnsinn toben in Europas Blut.

Finstrier Wahnsinn: jawohl — wir nennen es Rüstungswahnsinn. Und wahrlich, in Blut und Schmerz zuckt das unselige Europa.

Aber Hauptmann, vorwärtsblickend, sieht das zukünftige Deutschland als eine Lichtgestalt „hoch überm finstern Wahn des Krieges, hoch überm Taumel blutigen Sieges“. Sehr oft kehren in dem Festspiel solche Vermahnungen des Krieges wieder, so z. B., als die historischen Marionetten vorgeführt werden:

Ihr lacht? Euch wird das Lachen vergehen, bekommt ihr erst ihre Taten zu sehen.

Sie erscheinen steif, doch sind sie beweglich, und ganz unsäglich unverträglich.

Ihr werdet euren Augen nicht trauen, wie sie einander erschießen,

erstechen und über die Köpfe hauen, Sich würgen, morden und massakrieren. —

Begreiflicher Weise kann eine derartige Sprache nicht solchen gefallen, die von dem Festspiel die Erwartung hegten, daß es die Kriege, zu deren Erinnerung die ganze Jahrhundertfeier stattfindet, nicht rückhaltlos besingt und belobt. Und nun wurde dem Dichter der Vorwurf gemacht, daß, wenn er schon die ihm gestellte Aufgabe nicht lösen kann, weil sie seinen Gesinnungen widerstrebt, er sie nicht zurückgewiesen habe.

Anfänglich zögerte er auch. Da aber — so denke ich mir den innern Vorgang — stieg in ihm der Gedanke auf, daß hier eine einzig große Gelegenheit geboten war, den neuen Geist, der nicht nur ihn, sondern schon einen bedeutenden Teil der Mitwelt erfüllt, wehevollen, eindringlichen Ausdruck zu geben, und empfand nun das Unternehmen des gegebenen Auftrages beinahe als Pflicht. Was war von ihm verlangt worden? Daß er in einem auf Massenwirkung berechneten Schaustück den Freiheitsgeist besinge, der vor hundert Jahren die deutsche Nation aus Schmach und Knechtschaft aufrüttelte und sie zur Abschüttelung eines verhaßten Joches begeisterte. Das konnte er tun und tat es auch. Er brauchte darum nicht den Krieg als solchen zu verherrlichen und zur Nachahmung für die Zukunft hinzustellen. Denn die Zukunft birgt ganz andere Notwendigkeiten und andere Ideale. Diese Ideale heraufzubeschwören, ihre kommenden Siege vorherzusagen, hatte er ein Recht, eine stolze Freudenbotschaft konnte er damit seinem Vaterlande und der Mitwelt bringen. Er brauchte nur die ganze Wahrheit offenbaren, die Wahrheit seiner Ueberzeugung und die der Geschichte. Auf dieser Basis — der Treue zu sich selbst und dem Respekt der Tatsachen — ist man sicher, ein Werk zu schaffen, das wohl manche ärgern kann, das aber niemand beschuldigen darf, ein Verrat an der übernommenen Aufgabe zu sein. Mit seinem Gewissen im reinen, baute nun der

Dichter das Gerüst seines Festspiels auf. Zuerst die Ereignisse, die das Erwachen des Geistes der deutschen Freiheitskriege bedingten; dann die ehrerbietige Würdigung der von diesem Geiste inspirierten Opfertaten; zuletzt die Wandlung und Verklärung der diesen Geist personifizierenden Deutschland-Athene. Diese drei Phasen folgen einander in logischer Klarheit. Zuerst die französische Revolution mit ihrem rasenden Pöbel, gefolgt vom Siegeslauf Napoleons, den der Trommler Mors begleitet; dann die Erhebung Deutschlands mit ihren geistigen und kriegerischen Helden, ihren Freiherrn von Stein, Scharnhorst, Fichte, Jahn, Blücher — und die hochaufgerichtete Gestalt Athene-Deutschland spricht:

Ihr habt mich gewappnet, das ist gut!

Erhoben zur Priesterin und Göttin.

Ich grüß' euch unterm Goldhut,

Ihr hochgesinnten, mit hohem Sinne:

junge Männer, Jünglinge, Knaben,
die mich geweckt und gewappnet haben,

Leuchtende Jugend, unversieglige Kraft,

Jünger der Kunst und Wissenschaft,

Denker, Dichter, süßtönige Sänger.

Des neuen Lebens Ursächer und Anfänger:

Tretet heran, Jungmann an Jungmann,

Daß ich einen jeden von euch zu Sieg oder
Tod weihe kann.

Euren lorbeerumrankten Gedanken entstiegen,

Muß ich eure Nacken zum Opfer umbiegen.

Ihr habt mir gegeben das neue Leben,

ich muß euch dafür dem Tod hingeben;

ich gebiete euch dafür dreierlei:

Macht Deutschland von der Fremdherrschaft
frei!

Sorget, daß Deutschland einig sei!

Und seid selber frei, seid selber frei.

Zuletzt kommt die dritte Phase. Die Kriege sind vorbei. Athene-Deutschland steht auf der höchsten Bühne. Ihr Helm, Schild und Speer verbreiten immer stärker allgemeines Licht. Hinter ihr wird die Fassade eines gothischen Doms sichtbar. In der Orchestra erscheint ein schön gegliederter Zug, der alles umfaßt, was der Friede an Tätigkeiten und Segnungen enthält. Mit Bannern, Fahnen und bekränzten Werkzeugen schreitet der Handwerker neben dem Landmann, der Adlige neben dem Bürger. Schöne Frauen tragen Fruchtkörbe, Getreidegarben usw. Gekrönt wird der Zug durch große Männer aller Zeitalter; in porträtähnlichen Erscheinungen sieht man Künstler, Dichter, Forscher, Philosophen, Musiker und Erfinder. Auch einige Herrscher, die sich um die echte Kultur ihrer Völker verdient gemacht haben. Bekränzte Namens tafeln werden hinter den auszeichnenden Persönlichkeiten getragen. Und wieder spricht die Göttin:

Dort wo ich bin und wo ihr zuströmt, ist
das Licht,

wir nie Getrennten, stets Geeinten, wissen
nichts

von Krieg. Und also wohnt der Friede unter
uns.

Uns trennen Sprachen, trennen Strom und
Meer nicht.

Nicht trennen Götter, noch der unbekannte
Gott

die, denen aller Menschen Heil am
Herzen liegt.

Die Apotheose des Festspiels bildet also der Völkerfrieden; daß dieser nicht etwa schon unwiderrprochen ist, das zeigt die letzte Szene. Blücher tritt auf, damit symbolisiert der Dichter jene Militär- und Kriegsparteien, jene artikelschreibenden und redhaltenden Generale, die heute noch weiter den Friedensgedanken bekämpfen.

Blücher (der säbelklirrend die Treppe heraufkommt):

Was war das für ein Friedensbimmelbammeln?
Ich lebe noch! Wir jeh'n nich' nach

Jedsemanel
Trompete! Vorwärts! Blast zum Sammeln.

Aber der Direktor legt auch diese Puppe
in die Kiste:

Du wackerer Graukopf lieg an deinem Ort.
Was leben bleiben soll, das sei dein Wort.

Ich schenk es Deutschland, brenn es in sein
Herz —

nicht deine Kriegslust, aber — dein
„Vorwärts“.

„Vorwärts“, ist also das Schlußwort des Festspiels, und ist zugleich sein Leitwort. Der Dichter hat, um der Feier gerecht zu werden, jene Episode der vaterländischen Geschichte gepriesen, der die Feier galt — aber indem er der Vergangenheit diesen Tribut zollte, wies er auf die Zukunft hin, in welcher er sein Deutschland voranschreiten sehen will: vorwärts, höhenwärts, glückwärts.

Verständigung in der Flottenrüstung.

Von L. Persius,
Kapitän zur See a. D.

Der britische Marineminister Mr. Churchill schnitt mit seltenem Freimut gelegentlich seiner Etatsrede am 26. März d. J. die schwierige Frage einer Flottenbauverständigung an. Jeder, der den Kulturfortschritt der Menschheit höher bewertet als seine eigenen egoistischen Interessen, wird dem englischen Staatsmann dafür dankbar sein. Mr. Churchill gab der Hoffnung auf Milderung der Sklaverei, unter der er die Rüstungen verstand, Ausdruck. Er führte aus, daß durch die unselige Konkurrenz im Kriegsschiffsbau ungezählte Millionen alljährlich vergeudet würden, ohne einen wirklichen Gewinn in der relativen Flottenstärke zu zeitigen, und er scheute sich nicht, ganz allgemein den Rüstungswettbewerb als eine verschwenderische, nichtige und sinnlose Torheit zu charakterisieren.

Auf die besonderen Vorschläge Mr. Churchills zur Herabminderung der Rüstungslasten einzugehen, erübrigt sich. Sie sind noch in frischer Erinnerung. Jedenfalls bleibt festzustellen, daß Großbritannien durch den Mund seines ersten Lords der Admiralität zu erkennen gab, daß es bereit sei, Schritte für eine Einschränkung der Flottenbauten zu tun, falls sich ihm die anderen Seemächte anschließen würden.

Daß das englische Volk in seiner großen Mehrheit einer Flottenbaubeschränkung sympathisch gegenübersteht, darf angenommen werden. Der helläugige Engländer mit seinem praktischen Sinn hat längst erkannt, wie zwecklos ein Wettrüsten ist, das an dem relativen Stärkeverhältnis nichts zu ändern vermag. Frankreich ist jetzt mit dem Wiederaufbau seiner Flotte beschäftigt. Der rastlosen Energie Boué de Lapeyrères, Delcassés sowie des neuen Marineministers Baudin verdankt es auf diesem Wege bemerkenswerte Fortschritte. Diese Männer können sich zugleich rühmen, die Schöpfer des im vergangenen Jahre angenommenen Flottengesetzes zu sein. Man könnte also annehmen, es bestehe augenblicklich wenig Aussicht, in Frankreich einer Flottenbauverständigung näherzutreten. Die französische Nation, die man jedoch mit Recht als eine in der Front der Kultur schreitende hochschätzt, die sich stets interessiert zeigte, wenn es sich um Fragen des Allgemeinwohls der gesamten Menschheit handelte, wird sich nicht ausschließen, wenn das Problem der Milderung der Rüstungssklaverei zur Lösung steht. Wie stark die Anhängerschaft des Gedankens der Verständigung in Frankreich ist, bewies die Zahl der Besucher der Berner Konferenz am 12. Mai. Hundert französische Parlamentarier nahmen teil, dagegen nur 30 deutsche!

Nirgends stoßen Pläne für die Einleitung einer Rüstungsbeschränkung auf so starken Widerstand als in Deutschland. Wohl hat der Deutsche Kaiser unzählige Male bewiesen, daß für ihn der Friedensgedanke das Leitmotiv aller Handlungen sei. Aber neben der Regierung wissen in Deutschland unverantwortliche, unheilvolle Kräfte über großen Einfluß auf die ständige Rüstungsstärkung hin geltend zu machen. Jedoch sollte die Macht dieser Kräfte im Ausland nicht überschätzt werden. Immer mehr wird sich auch die breite Masse des Volks bewußt, welchen Irrlehren sie bisher Gehör schenkte, und sie wird in Bälde erkennen lernen, wieviel segensreicher die Politik ist, welche die Regierung zu führen im Sinne hat, zu welcher ihr bisher nur die nötige Kraft fehlte, weil es ihr an Unterstützung mangelte, d. h. die Politik, die darauf ausgeht, sich mit den anderen Staaten in Rüstungsfragen zu verständigen. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß sich die deutsche Regierung von

Jahr zu Jahr immer mehr Rüstungsbeschränkungstendenzen geneigt zeigt, so wird er durch die Reden der Reichskanzler während der letzten Zeit erbracht. Am 31. März 1909 erklärte Fürst Bülow im Reichstag bei Besprechung der deutsch-englischen Verständigung: „Wir halten fest an der Anschauung, daß Verhandlungen über Einschränkung der Rüstungen keinerlei Erfolg versprechen.“ Am 30. März 1911 sagte Herr v. Bethmann Hollweg in Beantwortung einer Anfrage bezüglich der internationalen Verständigung über allgemeine Einschränkung der Rüstungen: „Wer die Frage der allgemeinen Abrüstung einmal sachlich und ernsthaft durchdenkt, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß sie unlösbar ist, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind.“ Jedoch knüpfte er an diese schroffe Absage schon damals einlenkend das Geständnis, daß, um England entgegenzukommen, dem dortigen Ersuchen, Nachrichten über die gegenseitigen Schiffsbauten auszutauschen, in der Zukunft entsprochen werden solle! Und am 7. April dieses Jahres äußerte er gelegentlich der Einbringung der Heeresvorlage, als er das Verhältnis zu England und im besonderen den Vorschlag des Mr. Churchill zu einem Feiertag des Flottenbaues berührte: „Wir werden abwarten, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen an uns herantritt. Aber die Tatsache, daß der Gedanke — einer Rüstungsverständigung — ausgesprochen worden ist, bedeutet schon einen großen Fortschritt!“

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß sich die Anschauungen der verantwortlichen Leiter unserer Regierung gegenüber einer Rüstungsverständigung gründlich geändert haben. Was heißt es anders, wenn Herr v. Bethmann von einem großen Fortschritt spricht, als daß das Ziel dieser Bestrebung eine Rüstungsverständigung bedeutet, die noch vor vier Jahren als eine Utopie galt!

Bei den drei größten Seemächten besteht somit der mehr oder minder nachdrücklich zum Ausdruck gebrachte Wille für eine Verständigung. Freilich wurde bisher von keiner Seite ein positiver Vorschlag gemacht, wie eine Herabminderung zu bewerkstelligen sei, sieht man von dem Mr. Churchills ab. Der deutsche Reichskanzler meinte, nachdem er die Schwierigkeit dieses Vorschlages erörtert hatte: „Wir werden daher abwarten, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen an uns herantritt.“ Der Wille ist also vorhanden, aber es fehlt an der Initiative, ihm feste Gestalt zu geben. Es wäre ja eigentlich Pflicht der Regierungen, den von ihnen im Prinzip als wünschenswert erkannten Gedanken in die Tat umzusetzen und mit Energie daranzugehen, eine Formel zu finden, welche die Verständigung in Rüstungsfragen ermöglicht. Das Problem zu

lösen, trauen sie sich scheinbar nicht zu. Wollte man sich also auf ihre Arbeit verlassen, so könnten alle Hoffnungen auf eine Verminderung der Rüstungslasten begraben werden.

Sollten sich nicht in den drei am meisten interessierten Ländern Fachleute finden, die sich dem Studium der delikaten Frage widmen: Welche Formel läßt sich für die Einleitung der Rüstungsbeschränkung empfehlen? Vielleicht erlebt Mr. Churchill die Genugtuung, daß sein Vorschlag als annehmbar bezeichnet wird! Je mehr man über ihn nachdenkt, um so mehr wird man sich darüber klar, daß er eine der besten Lösungen, wenigstens für ein Provisorium, bedeutet. Sämtliche Einwendungen, die seinerzeit gemacht wurden, halten sachlicher Ueberlegung nicht stand. Es wird beabsichtigt, alle Seemächte zu bewegen, zunächst in die Budgets für ein Jahr keine neuen, also ersten Raten für Großkampfschiffe einzustellen. Die Budgets werden den Volksvertretungen vorgelegt. Es ist undenkbar, daß sich ein Betrag von vielen Millionen etwa den Augen der Öffentlichkeit entziehen könnte. Ebenso wenig wie daß irgendwo der Kiel zu einem Großkampfschiff gestreckt werden könnte, ohne daß es allgemein bekannt würde. Die Kontrolle wäre also einfach. Die von allen Regierungen angenommene Bestimmung hätte z. B. zu lauten: „Wir verpflichten uns, während der Zeit vom 1. April 1915 bis zum 1. April 1916 den Bau keines Schlachtschiffes, d. h. keines Schiffes über 10000 t Displacement, in Angriff zu nehmen.“ Man wendet ein, die Industrie werde zu schwer geschädigt. Aber muß auch nicht jetzt die Privatindustrie damit rechnen, einmal während eines Jahres keine Neubestellung von der Marine zu erhalten? Blohm und Voß bauten bisher regelmäßig unsere Schlachtkreuzer. Der vorjährige Auftrag ging an die Schichau-Werft, der diesjährige an die Kaiserliche Werft in Wilhelmshaven. Die Firma Blohm und Voß hatte sich besonders auf den Bau des Typs eingerichtet und brachte die besten Kriegsschiffsmodelle heraus, die wir besitzen. Nun ist sie ohne Beschäftigung für die Kriegsmarine. Wird sie deshalb zugrunde gehen? Ganz gewiß nicht. Bei vorausschauender, tüchtiger Geschäftsführung wird sie auch die Kriegsschiffsbauaufträge entbehren können. Heißt es doch jetzt zuweilen von seiten der Privatwerften: „An ihnen verdienen wir nichts.“ Im Geschäftsbericht der Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin wird als Grund des beträchtlichen Fallens der Dividende (von 11 % auf 6 %) das demoralisierende Preisniveau für Schiffsbauten angeführt, und es verlaute, daß sich das besonders auf die Schiffe für unsere Kriegsmarine bezieht. Die Schiffsbau-, Panzerplatten- und Geschützfirmer werden also leicht den geringen Ausfall verschmerzen.

Was bedeuten z. B. in Deutschland im Jahre 1915 die ersten Raten für Großkampfschiffe? Ein Linienschiff und ein Panzerkreuzer kommen in Frage, somit im Maximum 12 Millionen Mark. Und diese Summe entfällt doch noch längst nicht auf die Werften allein! In England stellt sich naturgemäß die Summe nicht unbeträchtlich höher, weil die Bauten nicht in drei, sondern in zwei Raten bewilligt werden, und alljährlich zu etwa fünf Großkampfschiffen die Kiele gestreckt werden. Dahingegen verteilt sich die eventuelle Beschäftigung im Regierdienst aber auch auf weit mehr Werften als in Deutschland und Frankreich. Ähnlich wie in Deutschland liegen die Verhältnisse in Frankreich. Dort kommen auch nur zwei erste Raten in Betracht, da das Flottengesetz alljährlich zwei Neubauten von Schlachtschiffen vorsieht. Wie wenig berechtigt der Einwand, aus Rücksicht auf die Industrie verbiete sich eine Einschränkung der Flottenrüstungen, ganz abgesehen von der in ihr liegenden naiven Skrupellosigkeit ist, geht aus der Entwicklung der Flotte der Vereinigten Staaten hervor. Vor acht bis zehn Jahren herrschte dort eine rege Kriegsschiffbautätigkeit. 1904 z. B. liefen sieben Linienschiffe und fünf Panzerkreuzer von Stapel. Das war während der Amtsperiode des flottenbegeisterten Präsidenten Roosevelt. In den letzten Jahren bauten die Vereinigten Staaten alljährlich nur je ein einziges Schiff. Man hörte trotzdem nichts von dem Zusammenbruch der Werften!

Weiter wurde eingewendet, England hätte, weil es zu einem andern Termin als wir seine Schiffe auf Stapel lege, und weil es schneller baue, einen Vorteil. England stellt jetzt in 24 bis 30 Monaten Großkampfschiffe her, wir in 30 bis 36. Das war so und wird voraussichtlich so bleiben. Der einfache Menschenverstand wird also den Einwand nicht begreifen. Wenn während zwölf Monaten kein Schiff auf die Helling gelegt werden darf, so ändern Kielstreckungstermine und Bauzeiten nichts an der Situation.

Auf den etwa erhobenen Einwurf, es könne nicht untersagt oder verhindert werden, Materialansammlungen für den Bau vorzubereiten, so ist zu erwidern, daß das jetzt auch dicht vor Beginn des neuen Etatsjahres geschieht. Viel ausmachen tut dergleichen nicht, und schließlich kann das von allen Staaten gleichmäßig geschehen. Ferner wurde der Einwand laut, auf britischen Werften würden manche Kriegsschiffe für fremde Regierungen erbaut, die im Mobilmachungsfalle von der englischen Regierung in Beschlag gelegt würden. Aber auch in Deutschland werden verschiedene große und kleine Kriegsschiffe im Auftrage fremder Staaten hergestellt! Zudem, alles dies berührt doch nicht das Flottenbaufieberjahr. Endlich heißt es, England ruft jetzt, da seine Werften überlastet sind, nach einer

Pause. Das ist unrichtig. Mr. Churchill stellte vollkommen frei, wann das Feierjahr eingeschoben werden sollte. Er schlug es keineswegs sofort vor. Also wird auch dieser Einwand hinfällig. Für Deutschland wie für Frankreich werden zwölf Ferienmonate im Kriegsschiffsbau sogar in technischer Beziehung gewisse Vorteile haben. Die französischen Werften sind überlastet, und für uns wäre es zu begrüßen, wenn nach der gar zu hastigen Schiffsbautätigkeit der letzten Zeit einige Ruhe einträte und Muße zur Klärung gewisser konstruktiver Fragen gewonnen würde. Heut bauen wir noch Schlachtkreuzer. England gab den Typ auf, Frankreich hat ihn stets für nicht existenzberechtigt gehalten; die Vereinigten Staaten ebenso. Ernstes Studium während eines Jahres wird für die glückliche Fortentwicklung unserer Schiffsbauten von Bedeutung sein, wird z. B. die Frage der Opportunität des Schlachtkreuzerbaues klären.

Man erkennt, daß an dem Vorschlag Churchills, betrachtet man ihn namentlich als einen Versuch, einen Uebergang, herzlich wenig auszusetzen ist. Keineswegs braucht man sich aber auf ihn zu versteifen. Es gibt zahllose Wege, eine auf gegenseitige Abmachung beruhende Rüstungseinschränkung zu ermöglichen. Ich erwähne nur Festsetzung der Displacementsgrenze, bis zu welcher zunächst die Großkampfschiffe gebaut werden dürfen, Festsetzung der Zahl der großen Geschütze an Bord und ebenfalls der Grenze des Kalibers. Zweifelsohne lassen sich manche brauchbare Formeln finden. Wenn man bisher von unüberwindlichen Hindernissen, denen ein allgemeines Abkommen über eine Flotten einschränkung begegnen würde, sprach, so lag das daran, daß der Frage kein fachmännisches Studium gewidmet wurde. Es wäre zu begrüßen, wenn nun ein Wandel einträte. Augenblicklich ist die Zeit für einen Schritt vorwärts in der Flottenrüstungsbeschränkungsfrage günstig. Frankreich und Deutschland haben sich zu einer gewaltigen Verstärkung ihrer Landstreitkräfte entschlossen, welche viele Hunderte von Millionen den Schultern der Steuerzahler aufbürdet. In beiden Ländern wird daher ein Ausweg, die Rüstungskosten an einer anderen Stelle herabzumindern, willkommen geheißen werden. Großbritannien hat freilich durch den Mund Churchills erklärt, daß es leichter als alle fremden Staaten die nötigen Mittel für die Landesverteidigung aufbringen könnte, aber es hat dennoch durch den Appell der „Stärke des in der Front Schreitenden“, der in dem Vorschlag des Flottenfeierjahrs gipfelt, bekundet, daß ihm eine Verminderung der Flottenlasten nicht unangenehm wäre; oder will man etwa annehmen, daß der englische Staatsmann lediglich im Interesse anderer Länder sprach?!

Der Lösung des Flottenbaueinschränkungsproblems winkt, so muß man hoffen, ein seltener Preis, ein bezüglicher, für alle Seemächte bindender Beschluß auf der nächsten Haager Konferenz. Die Regierung, die den Mut findet, mit brauchbaren konkreten Vorschlägen für eine Rüstungsbeschränkung hervorzutreten, wird sich den Dank der gesamten Kulturwelt sichern.

Bryans Friedensvorschlag.

Nachdem das Taftsche Projekt eines unbeschränkten Schiedsvertrages in der Sitzung des amerikanischen Senats vom 7. März 1912 gescheitert ist, hat der jetzige Staatssekretär des Nachfolgers Tafts die Idee wieder aufgenommen und mit überraschender Schnelligkeit den Mächten seinen neuen Plan unterbreitet. Bryan ist von jeher ein überzeugter Anhänger der modernen Friedensbewegung gewesen, und da der amerikanische Senat gegen den jetzigen Vorschlag kaum Bedenken erheben wird, so hängt die Verwirklichung der Idee in der Hauptsache von der Stellungnahme der fremden Regierungen ab. Vergegenwärtigt man sich, daß bereits nach wenigen Wochen die italienische, französische, englische, russische, japanische usw. Regierung dem Bryanschen Plane zugestimmt haben, so erkennt man die zukünftige Bedeutung jener Anregung. Wie wird sich, so müssen wir vor allem fragen, die deutsche Regierung zu dem Plane verhalten? Es liegt auf der Hand, daß unser Auswärtiges Amt den Vorschlag prüfen wird, zumal es bereits eine genaue Abschrift des Wortlautes jenes Entwurfs eingefordert hat. Eine freundliche Aufnahme jener Anregung dürfte schon deswegen vorteilhaft sein, weil sonst im Auslande der Gedanke entstehen könnte, Deutschland leiste den Friedensideen, die in der ganzen Welt begeisterte Zustimmung finden, hartnäckigen Widerstand.

Der Bryansche Vorschlag gehört zu denjenigen Entwürfen des neuen Völkerrechts, die eine friedliche Erledigung aller Streitigkeiten ermöglichen wollen, selbst derjenigen, die die Ehre und die Lebensinteressen der Parteien berühren. Zwei Wege hat man in neuerer Zeit zur Erreichung dieses Zieles einzuschlagen versucht. Einmal haben eine Reihe von Staaten vorbehaltlose Schiedsverträge miteinander geschlossen, durch die alle Streitigkeiten dem Haager Ständigen Schiedshofe überwiesen werden. In diesem Zusammenhange sind zu nennen die Verträge 1. zwischen Italien und Dänemark, 2. zwischen Italien und Holland, 3. zwischen Holland und Dänemark, 4. zwischen Dänemark und Portugal, 5. zwischen Italien und Argentinien, 6. zwischen den zentral-amerikanischen Staaten. Wie man erkennt, handelt es sich hier um Parteien, zwischen

denen ein Krieg kaum entstehen kann. Trotzdem müssen Bedenken geäußert werden, ob es bereits heute zulässig ist, Lebensinteressenfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, und namentlich Geheimrat Zorn hat in seiner Rektoratsrede „Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit“ (1911) sowie in seiner Rede auf der Genfer interparlamentarischen Konferenz von 1912 diese Frage verneint. Mit großer Folgerichtigkeit hat er dargetan, daß ein Staat seine Lebensinteressen einem Schiedsgerichte nicht unterwerfen könne, und daß daher selbst in den Verträgen, in denen man die Interessenklausel gestrichen habe, der Vorbehalt der Lebensinteressen enthalten sei.

Die Bedeutung der amerikanischen Vorschläge liegt nun darin, daß sie zwar ebenfalls die friedliche Erledigung aller Streitigkeiten sichern wollen, aber ein anderes Mittel als die Schiedsgerichtsbarkeit wählen. In dem Taftschen Projekte kam dies freilich nicht zum klaren Ausdruck, und es ist mir bekannt, daß hervorragende amerikanische Juristen, die der Schiedsgerichtsbarkeit sehr freundlich gegenüberstehen, erklärt haben, es sei ein Mischmasch von Schiedsgerichtsbarkeit und diplomatischer Streiterledigung. Ganz gewiß ist dieser Tadel nicht unberechtigt gewesen. Bedeutete auch nach meiner Uebersetzung der Vorschlag eines englisch-amerikanischen Schiedsvertrages einen Fortschritt, so war doch der Plan in vielen Einzelheiten anfechtbar. Die Bryansche Idee hat ganz gewiß den Vorzug größerer Klarheit. Hier tritt die Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel der friedlichen Streiterledigung gänzlich zurück, und die Idee lautet einfach: Alle Streitfragen, auch soweit sie die Ehre oder Lebensinteressen berühren, sollen, wenn die diplomatische Erledigung erfolglos blieb, einer Untersuchungskommission überwiesen werden. Diese Kommission, die aus Angehörigen der Streitparteien oder auch zum Teil aus neutralen Staatsangehörigen zusammengesetzt ist, soll die Tatfragen unparteiisch und gewissenhaft aufklären.

Was wäre nun mit der Einsetzung einer solchen Kommission erreicht? Zunächst sei darauf hingewiesen, daß der Bericht der Kommission für die Streitparteien nicht bindend ist und es jeder Partei freisteht, ob sie nicht einen anderen Standpunkt vertreten und diesen möglicherweise mit Waffengewalt durchführen will. Aber die Urheber des Planes rechnen damit, daß durch die Uebersweisung des Streites an die Kommission viel Zeit vergeht, innerhalb derer sich die Erregung der Parteien abkühlt und sich Gelegenheit zur friedlichen Lösung bietet.

Schon ein Vorfall aus der jüngsten Zeit liefert den Beweis, daß wir es hier nicht mit etwas Neuem zu tun haben. Als im vorigen Jahre das französische Schiff Tavignano von

den Italienern unter dem Verdachte des Konterbandetransportes weggenommen wurde, setzten Italien und Frankreich eine Untersuchungskommission ein, die feststellen sollte, ob das Schiff innerhalb oder außerhalb der Territorialgewässer aufgegriffen wurde. Frankreich und Italien ernannten je zwei Schiffsoffiziere zu Kommissaren, die unter Vorsitz eines englischen Kapitäns in Malta zusammentraten und eine Feststellung des Tatbestandes trafen. Inzwischen hatte sich die Erregung der beteiligten Kreise über den Vorfall gelegt, und man kam überein, den Fall dem Haager Schiedshof zur Entscheidung vorzulegen. Später einigten sich jedoch die beiden Mächte diplomatisch, indem sich die italienische Regierung verpflichtete, 5000 Franken Entschädigung an die Besitzer der Fischerboote zu zahlen. In einer viel schwierigeren Angelegenheit haben die Staaten 1904 von den Untersuchungskommissionen Gebrauch gemacht. Als nämlich während des Russisch-Japanischen Krieges englische Fischerboote von russischen Kriegsschiffen beschossen wurden, entstand in England eine ungeheure Erregung; doch übergaben England und Rußland diesen sogenannten Huller Fall schon bald einer Untersuchungskommission, deren Bericht die Billigung der Parteien fand. Aus der jüngsten Zeit ist noch der Fall Prochaska und die Affäre Palics zu erwähnen, zu deren friedlicher Erledigung der Bericht von Untersuchungskommissionen viel beigetragen hat. Die Einrichtung der Untersuchungskommissionen ist auf der ersten Haager Friedenskonferenz in das allgemeine Völkerrecht eingeführt worden, und zwar auf Vorschlag des russischen Völkerrechtslehrers v. Martens. Dieser hat sich sowohl 1899 wie 1907 vergebens bemüht, diese Kommissionen obligatorisch zu gestalten. Man war auf beiden Konferenzen äußerst vorsichtig und nahm in den Artikel 9 des Haager „Abkommens betr. die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten“ eine sehr beschränkte Bestimmung folgenden Inhalts auf: „Bei internationalen Streitigkeiten, die weder die Ehre noch wesentliche Interessen berühren und einer verschiedenen Würdigung von Tatsachen entspringen, erachten die Vertragsmächte es für nützlich und wünschenswert (es heißt nicht: sie verpflichten sich), daß die Parteien, die sich auf diplomatischem Wege nicht haben einigen können, soweit es die Umstände gestatten (!), eine internationale Untersuchungskommission einsetzen mit dem Auftrage, die Lösung dieser Streitigkeiten zu erleichtern, indem sie durch eine unparteiische und gewissenhafte Prüfung die Tatfragen aufklären.“ Statt dieser mehrere Einschränkungen enthaltenden Bestimmung, die trotz der Ehren- und Umstandsklausel nicht einmal eine juristische Verpflichtung, sondern nur einen Wunsch enthält, will nunmehr Bryan die obligatorischen

Untersuchungskommissionen in das Völkerrecht einführen.

Die Einwände, die man gegen die Schiedsgerichtsbarkeit vorbringt, sind den Untersuchungskommissionen gegenüber nicht stichhaltig. Denn die Staaten behalten ja durch den Bericht der Kommission vollkommen freie Hand. Nur insofern wird man eine rechtliche Bindung feststellen müssen, als fortan eine Kriegserklärung nicht möglich sein würde, bevor die Untersuchungskommission ihren Bericht abgegeben hätte. Vom militärischen Standpunkte aus wäre zu erwägen, ob man der anderen Vertragspartei gegenüber darauf verzichten kann, den Zeitpunkt des Losschlagens selbst zu bestimmen. Ueber diese Frage werden die Ansichten naturgemäß auseinandergehen. Aber die Gegner mögen bedenken, daß alle völkerrechtlichen Verträge auf einer gegenseitigen Bindung beruhen; man beschränkt sich auf der einen Seite, um auf der anderen Seite Vorteile zu erlangen. Wenn es tatsächlich möglich wäre, daß durch die Annahme des Bryan'schen Vorschlages der Weltfriede auf eine festere Grundlage gestellt würde, dann könnte keine Regierung vor der Geschichte und den Völkern die Verantwortung auf sich nehmen, diesen Plan durch eine Ablehnung zu Fall zu bringen. Welche Hindernisse auch immer für Deutschland bestehen mögen, einen solchen Vertrag mit europäischen Staaten zu schließen, so fallen doch wohl alle Bedenken gegenüber Nordamerika, dessen eigentümliche Lage Deutschland den Abschluß eines solchen Vertrages gestattet.

Wir haben es in den letzten Jahren wiederholt erlebt, wie angesichts einer schweren Krisis behauptet wurde, jetzt sei ein Krieg die einzige Lösung. Wie mancherlei Streitigkeiten sind kürzlich diplomatisch beigelegt worden, nachdem der Krieg in eine sehr bedrohliche Nähe gerückt war und Millionen Kapitalien verloren waren. Daß bei gutem Willen der Parteien eine Verständigung immer möglich ist, erscheint daher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Trifft dies aber zu, dann sollten die Völker durch die Annahme des Bryan'schen Vorschlages ein Sicherheitsventil schaffen, damit nicht durch die augenblickliche Erregung der Parteien Kriege geführt werden, die hätten vermieden werden können.

Es ist übrigens eigenartig, festzustellen, wie schnell die Entwicklung des 1899 im Haag Geschaffenen vor sich geht. Auf der ersten Haager Konferenz wurden sowohl die Untersuchungskommissionen wie die Vermittlung recht zaghaft in den Weltvertrag aufgenommen, und heute schon beginnen diese Institute an Bedeutung über Erwarten zuzunehmen. Während der jüngsten Balkanwirren hat die Vermittlungsaktion der Mächte in ganz erstaunlicher Weise funktioniert. Man braucht nicht direkt anzunehmen,

daß nun auch jeder gefährliche Streit durch dieses Mittel aus der Welt geschafft wird, aber man darf doch betonen, welche Vorteile die Vermittlung heute schon bietet.

Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, daß während der zahlreichen Krisen der letzten Jahre verhältnismäßig wenige Streitfälle vermittelt der Schiedsgerichtsbarkeit erledigt worden sind. Fast alle wichtigeren Konflikte fanden ihre gütliche Beilegung durch die diplomatischen Verhandlungen der Mächte. Dies spricht besonders für die Auffassung, daß der Krieg keineswegs, wie noch vereinzelt angenommen wird, durch die Schiedsgerichtsbarkeit überwunden werden wird, sondern durch internationale Verständigungen. Der immer größere Zusammenschluß der Staaten in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung, das dadurch herbeigeführte Risiko eines Krieges, ist der stärkste Faktor, der die Staaten zu dieser Verständigungspolitik treibt.

Darum ist auch der Bryansche Plan so ausgezeichnet, weil er letzten Endes auf der Erwägung beruht, daß die Schiedsgerichtsbarkeit allein zur Erledigung der Streitfragen nicht geeignet ist, und man gut tut, auf alle mögliche Weise die diplomatische Verständigung zu erleichtern. Das vermögen nun die Untersuchungskommissionen gewiß recht gut.

Von Tag zu Tag wird die Abhängigkeit der Staaten und demgemäß das Bestreben, sich zu verständigen, an Bedeutung zunehmen. Während jetzt noch bei jedem Streite im Hintergrunde mit dem Schwerte gedroht wird, dürfte bald schon ein ruhigeres Verhandeln durch die Diplomaten stattfinden. Die Diplomatie, unterstützt durch die Untersuchungskommissionen, wird eine immer wichtigere Aufgabe zu erfüllen und letzten Endes sämtliche politischen Streitigkeiten beizulegen haben. Geht diese Entwicklung schnell voran, dann wird man auch theoretisch gar nicht mehr den Versuch machen, politische Konflikte dem Haager Schiedshof anzuvertrauen. Die Schiedsgerichtsbarkeit wird nur noch für die rein rechtlichen Streitigkeiten verwandt werden, aber an Bedeutung zunehmen, je zahlreicher diese Art von Streitfällen mit der immer stärkeren Organisation der Welt werden. Das, was wir heute Schiedsgerichtsbarkeit nennen, wird an Bedeutung abnehmen, und neben sie die Gerichtsbarkeit treten.

Dr. H. W.

Die Furcht der Franzosen.

Von Richard Gädke, Berlin-Steglitz, früher Oberst und Regimentskommandeur.

Die neue deutsche Wehrvorlage ist gewiß unzureichend begründet worden. Man kann sich kaum eines Lächelns erwehren, wenn man

sich jetzt daran erinnert, daß die Entstehung einer neuen Großmacht auf dem Balkan einer jener Vorwände war, die der deutsche Volksvertretung das schwer verdäuliche Gericht schmackhaft machen sollten. Jetzt, wo der blutige Krieg zwischen den zärtlichen Brüdern in vollem Gange ist, wird selbst ein deutscher Reichskanzler nicht mehr leugnen, daß noch ein weiter Weg uns von dem Augenblicke trennt, wo Rumänen und Griechen, Serben und Bulgaren in einem großen, einheitlich geleiteten Bundesstaate vereinigt sein werden. Vorläufig lieben sie sich gegenseitig zum „Fressen“, und es wäre eine ungewöhnlich unfruchtbare und ungewandte Staatskunst Oesterreichs; wenn es nicht in dieser Uneinigkeit die Mittel fände, einen ausschlaggebenden Einfluß auf dem Balkan auszuüben. Mit dem ganzen Schwergewicht seiner großen Macht liegt es dem Balkan viel näher als Rußland; wohlwollend und entschieden zu gleicher Zeit, würde es sicher sein können, von dorthier keinen Flankenangriff besorgen zu müssen.

Zu den sonstigen Gründen der deutschen Wehrvorlage hat, soweit die Reichsregierung es überhaupt für nötig befunden hat, den Schleier des Geheimnisses ihrer Motive ein wenig zu lüften, anscheinend die Besorgnis gehört, daß Rußland im Kriegsfaile zu einem sofortigen Angriff entschlossen und auch weit mehr bereit gewesen sei, als die Militärverwaltung bis dahin angenommen. Allerdings gibt es Kenner der Verhältnisse, die alle vorbereitenden Maßnahmen der Russen aus der umgekehrten Furcht vor einem Ueberfall durch Oesterreich und Deutschland erklären. Daß man auch bei uns in den Grenzgebieten sehr wachsam und auf das äußerste gefaßt gewesen ist, kann als *publici juris* hingestellt werden. Und so kommt es also, daß die gegenseitige Furcht die Völker zu neuen und immer neuen Rüstungen treibt, die schließlich weder an dem Kräfteverhältnis noch an dem Verhältnis der gegenseitigen Kriegsbereitschaft das mindeste, aber auch nur das allermindeste ändern. Ein furchtbarer *circulus vitiosus*, der der Einsicht der Staatslenker unserer Zeit nicht das beste Zeugnis ausstellt.

Auch die große französische Heersvorlage, die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, wird in erster Linie mit der Furcht vor einem plötzlichen Ueberfalle durch Deutschland, ohne vorherige Kriegserklärung, vor der Welt und dem eigenen Parlaamente erklärt. Und dieses Schreckgespenst muß dazu erhalten, einem hochgebildeten, gewerbsfleißigen, in allen Künsten des Friedens hervorragenden Volke die Uebernahme einer geradezu ungeheuren Last aufzuzwingen. Denn das eine muß immer und immer wieder mit aller Entschiedenheit betont werden, daß im Verhältnis zur Volkskraft die militärische

Bürde Frankreichs weitaus schwerer und drückender ist als die Deutschlands. Frankreich stellt einen größeren Prozentsatz Dienstpflichtiger ein, geht erheblich über die bei uns festgehaltenen Grenzen der Tauglichkeit hinaus, zieht die Leute durchschnittlich zu längerer Dienstzeit ein und zahlt auf den Kopf der Bevölkerung eine größere Prämie für diese Versicherung gegen den Krieg. Man muß, wenn man gerecht sein will, dies immer wieder betonen, wie man auf der anderen Seite zugeben muß, daß es sich in seiner Stellung als Großmacht durch das Wachstum der deutschen Bevölkerung, durch die absolut genommen größere Stärke des deutschen Heeres und wohl auch gelegentlich durch die deutsche auswärtige Politik bedroht glaubt!

Ob man freilich auch den Glauben an einen plötzlichen Vormarsch der deutschen Grenztruppen zur Ueberflutung der nächstgelegenen Gebiete und zur nachhaltigen Störung der französischen Mobilmachung allen Ernstes teilt, ob insbesondere die einsichtigen französischen Generale von ihm erfüllt sind, ist mehr als zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist es, daß man dieses wirksamste Propagandamittel anwendet, um die dreijährige oder mindestens die dreißigmonatige Dienstzeit gegenüber dem Widerstreben beträchtlicher Teile des französischen Volkes durchzudrücken. Denn diese Verlängerung der Dienstzeit ist dort drüben nicht populär, trotzdem die große Mehrzahl der Pariser Blätter die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen sucht.

Gegenüber der größeren Kriegsbereitschaft aller seiner Truppen, besonders aber der Grenztruppen, die Deutschland durch die neue Wehrvorlage erhält, haben die Franzosen freilich kein anderes Aequivalent als die Verlängerung der Dienstzeit. Sie haben sich eben derartig zahlreiche Stämme an Friedenstruppen geschaffen, wie sie ihrer Bevölkerung nicht mehr entsprechen. Und darum sind diese Stämme selbst an der Grenze gegenwärtig lange nicht so stark, wie die deutschen es nach dem nun bewilligten Gesetze sein werden; im Innern sind sie zum Teil kümmerliche Skelette. Dazu kommt, daß ein Teil ihres Heeres für den Beginn eines Krieges nicht verfügbar ist, weil sie zahlreiche, auch national-französische Truppen in Algerien und Tunis, und wahrscheinlich noch auf lange Zeit in Marokko gefesselt haben. Gegenüber der konzentrierten Kraft Deutschlands, das freilich nach zwei Seiten Front machen muß, befindet sich die Heermacht Frankreichs, seiner aktiveren äußeren Politik entsprechend, in einem gewissen Zustande der Zersplitterung.

Aber diese relative Schwäche ist bei weitem nicht so groß, die überlegene Stärke der deutschen Grenztruppen auch nicht annähernd eine derartige, daß sie die deutsche

Heeresleitung zu dem Wagnis eines Einbruches immobilierender Truppenteile in das Nachbarland verleiten könnte. Das müssen die Franzosen ebenso gut wie wir übersehen, und die von der Regierung vorgeschützte Furcht vor einer attaque brusquée als Hirngespinnst oder Bluff erkennen können. Denn trotz ihrer großen Friedensstärke sind alle diese Truppenteile keineswegs unmittelbar kriegsbereit; es fehlen den Bataillonen immer noch etwa je dreihundert Mann und die Bespannung ihrer zahlreichen Fahrzeuge; noch weniger bereit sind die Batterien und der Heerestrieb. Die Franzosen selbst aber haben die Nachteile eines übereilten Vorwerfens nicht kriegsbereiter Truppenteile im Jahre 1870 am eigenen Leibe so schwer gefühlt, daß sie mit Fug und Recht nicht glauben dürften, die vorsichtige deutsche Heeresleitung werde sich so leichtthin zu einem ähnlichen Fehler entschließen. Und zu welchem greifbaren Zwecke? Nur, um sich das Vergnügen zu machen, Nancy und Lunéville einige Tage hindurch besetzen zu können? Um sich dann einen Tag später an den starken französischen Grenzbesetzungen zu stoßen? Eine gewaltsame Wegnahme der Sperrforts wird aber immer mindestens drei Tage Zeit erfordern (wahrscheinlich länger), ein Zeitraum, der lang genug ist, um jeden denkbaren Vorsprung der deutschen Kriegsbereitschaft auszugleichen.

Man darf mit großer Sicherheit annehmen, daß die deutsche Heeresleitung nur mit völlig versammelter Macht in Frankreich einrücken, also erst ihre mobilisierten Streitmassen aus dem Innern Deutschlands heranzuführen wird. Schließlich bleibt also von der großen Furcht der Franzosen nur die eine Realität zurück, daß Deutschland einen Krieg gegen Frankreich mit höchster Wahrscheinlichkeit angriffsweise führen würde. Die Theorie aber von der Ueberlegenheit der Offensive ist auch dem französischen Offizierkorps derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß man dort drüben die gleiche Absicht vermuten muß. Und das ist der Grund ihrer jetzt geplanten großen Verstärkung des Friedensheeres: auch sie wollen so rasch als möglich zum Angriff übergehen, die deutsche Grenze überschreiten und möglichst zahlreiche Kräfte des Gegners auf sich ziehen, um ihren Verbündeten, den Russen, gleichfalls den Angriff möglichst zu erleichtern.

Und so sehen wir, daß alle Welt unaufhörlich versichert, nur für den Frieden und nur für die Verteidigung zu rüsten, während tatsächlich alle Welt sich für den Angriffskrieg immer stärker und stärker wappnet. Nicht vor dem Angriff der Nachbarn will man sich schützen, sondern seinerseits so bereit sein, daß man so rasch als möglich zur Invasion des feindlichen Gebietes schreiten kann. Dem eigenen Volke aber

schildert man alle militärischen Vorbereitungen des Gegners in den furchtbarsten und düstersten Farben, um es möglichst opferwillig zu machen. Die Angaben der Franzosen über die deutsche Heeresstärke sind durchweg weit übertrieben. Sie sind alle in der gleichen Verdammnis, Monarchien und Republiken, Autokratien und Demokratien!

Inzwischen feiert der Friedensgedanke, allen Hemmnissen zum Trotz, praktische Triumphe. Zum wirklichen Siege, zum entscheidenden aber wird er erst dann gelangen, wenn sich die Einsicht überall verbreitet hat und feste Ueberzeugung geworden ist, daß dieses ganze rastlose, ziellose, uferlose Wettrüsten letzten Endes keinen Nutzen, keine Aenderung der Kräfteverhältnisse bringt, sondern nur eine zwecklose und sinnlose Vergeudung wertvoller Kräfte, kostbaren Nationalgutes darstellt; wenn endlich das gegenseitige Mißtrauen beseitigt wird, das eben in diesem Wettrüsten seine kräftigste Stütze findet und seinerseits wieder die Ursache neuen Wettrüstens wird. Aus diesem Grunde mag einmal in der Friedens-Warte eine kurze strategische Betrachtung Platz finden, die wenigstens auf einem Gebiete unseren Nachbarn beweisen soll, wie unbegründet ihre Furcht vor der Absicht eines deutschen Ueberfalles ist. Nach der Struktur des Deutschen Reiches, nach der Sinnesart des deutschen Volkes könnte keine Regierung einen so frevelhaften Friedens- und Rechtsbruch wagen.

Das junge Frankreich.

Von Edmond Duméril-Hallberger,
Prof. an der Ecole Supérieure zu Ancenis.

Nantes, Mai 1913.

Bis zu welchem Grade zwei Nachbarvölker, die in unmittelbarer Berührung und beständigem Ideenaustausch stehen, ihre inneren Zustände gegenseitig ignorieren können, ist recht erstaunlich. Wir Pazifisten wissen schon lange, wie sorgfältig die „Großmacht-presse“ den einfältigen Lesern die Binde auf den Augen hält — wenn sie ihnen nicht noch dazu allerlei Märchen über das Ausland erzählt; und doch fallen mir trotz meiner Blasiertheit die Arme vor Entrüstung, wenn ich einen Artikel lese, wie den aus dem „Türmer“ — einer sonst wohlinformierten Zeitschrift — vom Mai 1913. Unter dem Titel „Das junge Frankreich“ will Herr Dr. M. Ritzenthaler über Gemüt und Geist der jungen französischen Generationen berichten, und gelangt — vermutlich durch seine unzuverlässigen Quellen irreführt — zu den seltsamsten und für die Franzosen — darf ich sagen — oft lächerlichsten Entdeckungen.

Betrachten wir einzelne Punkte seines Aufsatzes: Eine Renaissance des Idealismus mit Bourtroux und Bergson will ich zuerst gar nicht bestreiten. Daß aber diese neue Metaphysik die Jugend zum Katholizismus geführt habe, diese Folgerung gebe ich gar nicht zu. Unsere philosophischen Fakultäten sind immer diejenigen, wo man am freiesten denkt über soziale und religiöse Fragen, und wo die Ideen am weitesten vorgeückt sind. Der Versuch einiger Jünglinge, die Kirche mit einem gewissen Sozialismus zu vereinigen, ist an der Intoleranz der Kirche selbst gescheitert.

Wenn heutzutage eine Kirche an geistigem Einfluß — ich sage nicht an regelmäßigen Mitgliedern — zunimmt, so ist es der Protestantismus, der die nach einem Ideal dürstenden jungen Männer in seinen Gedankenkreis annimmt. Und eben unsere kalvinistische Kirche folgt dem Bibelspruch „Frieden auf Erden“, sie hält das jährliche Friedensfest, und alle Sonntage betet sie nach der Liturgie nicht nur für die Republik, sondern für die Regierungen aller Völker, damit Gott sie aufkläre. Davon spricht Herr Dr. R. gar nicht. Aber weiter.

„Das junge Frankreich“, heißt es, „findet an dem Parlamentarismus und an den politischen Sitten wenig zu loben.“ Allgemein betrachtet, ist der Satz richtig; daß aber dieser sogenannte „Bankrott des Parlamentarismus“ im jungen Volke die Sehnsucht nach einer „starken zentralen Autorität“ erweckt habe — ist wenigstens unrichtig. (Die meisten glauben, in der Reform des Wahlrechts das Heilmittel gefunden zu haben.) Aber die Wahl des Herrn Poincaré ist diesem „Schrei nach Autorität“ keineswegs zuzuschreiben, sondern vielmehr dem Vertrauen, das er eben durch seine Rolle als Friedens-Stifter und -Erhalter während des Balkankonfliktes einzuflößen wußte: seine Wahl ist von fast allen Republikanern in diesem Sinne geudet worden.

Was endlich die sogenannte „Wiedergeburt des Patriotismus“ anbelangt, ist die Frage gar nicht so einfach, wie Herr Dr. R. es glaubt. Patriotismus ist immer bei uns vorhanden gewesen und brauchte daher gar nicht wiederbelebt zu werden. Aber unter dem Einfluß der sozialen Ideen ist er immer reiner, d. h. friedlicher und aufgeklärter, den anderen Völkern wohlwollender geworden. Das war aber den reaktionären nationalistischen Kreisen und den Armeelieferanten nicht gerade recht. Deshalb haben sie die ungeheure Macht einiger Zeitungen sowie den Verfall der radikal-sozialistischen Partei benutzt, um einen gefährlichen, ganz künstlichen, ihren Interessen dienenden Chauvinismus zu verbreiten. Alles wurde längst vorbereitet. „Agadir“ bot eine günstige Gelegenheit; dann kamen die

Sammlung für die Luftflotte, die Zapfenstreiche. Daneben eine Agitation durch Artikel über Elsaß-Lothringen, dumme Theaterstücke und Lieder usw. Und nun gipfelt endlich alles in der Militärvorlage des „Service de Trois Ans“, der für sich seltsamerweise nur die antirepublikanische Presse, einige furchtsame Radikale¹⁾ und — das Ministerium hat. Massenproteste haben sich in allen Parteien erhoben; so sind auch die aufrührerischen Bewegungen in einigen Kasernen zu deuten: die Soldaten gehorchten nicht antimilitaristischen Agitatoren, sondern dem allgemeinen Gefühl, die Verlängerung der Dienstzeit sei nur ein willkürliches, ganz unnützes Werk der Reaktion.²⁾

* * *

Herr Dr. R. aber zitiert die „trefflich und aufreizend redigierte Zeitschrift“ „Les Marches de l'Est“, von der ich nie etwas gehört habe, er spricht von der „großen Gruppe junger Franzosen, mit Barrès an der Spitze“, von der „Liga der jungen Freunde des Elsaß“ (?); er wiederholt den dummen Ausdruck der Jingopresse „Frankreich hat seinen Stolz wiedergefunden“ — das genügt, um einzusehen, aus welchen meist trüben Quellen er seinen Artikel geschöpft hat. Er hat wahrscheinlich auch die Enquête benutzt, die ein reaktionäres Blatt über die Jugend neulich machte, und die vielen „Helden“ Anlaß gab, den Krieg auf dem Papier gefahrlos zu führen.

Um ein richtiges Urteil zu fällen, hätte Herr Dr. R. auch die Widerlegungen dieser tendenziösen antirepublikanischen Enquête benutzen müssen, und auch manche Zeitungen, wie z. B. „La Petite République“ (radikal), „Les Droits de l'Homme“ (jung-radikal), „L'Humanité“ (sozialistisch), alle großen republikanischen Blätter der „Province“, Zeitschriften wie „La Grande Revue“, „Le Courrier Européen“ usw., lesen müssen. Dann wäre er über das gesamte junge Frankreich, d. h. das arbeitende, und nicht nur über die Camelots du Roy und die Pariser Spießbürgersöhne, etwas unterrichtet gewesen. Dann hätte er auch wahrscheinlich komische Aeußerungen weggelassen, wie folgende: „Ohne Zweifel ist der klassische Bohème des Quartier Latin im Absterben begriffen, und mit ihm la petite femme, die Enkelin der Grisette. Der junge Franzose zieht sich früh die Richtlinien, die ihn zum Ziele führen. Sein Leben wird diszipliniert, die anarchischen, regellosen Epochen vermieden. Um nicht der Versuchung einer gefährlichen Liaison anheimzufallen, verheiratet er sich jung. Es gibt heute Franzosen, die schon

mit 25 Jahren einen Hausstand gründen; einige, die sogar Kinder haben.“

Gewiß, das gibt es! Aber leider sehr selten, und eben nicht in Paris, noch unter den jungen, meistens reichen „Fils à papa“ der reaktionären nationalistischen Partei. Diejenigen, die früh heiraten, sind entweder Arbeiter oder Intellektuelle aus den Hochschulen — aber jedenfalls keine Chauvinisten. Wer Kind und Frau hat, der haßt Krieg und Kasernenleben!

Und noch diese Sätze dazu: „Der junge Franzose fürchtet den Krieg nicht mehr und verabscheut ihn nicht“ — „Studenten melden sich als Freiwillige für die Durchdringung Marokkos³⁾“ — „Der Kokottenroman und die Boudoirpsychologie fesseln die jungen Franzosen weniger“ — „Ist der junge Franzose ins Ausland gegangen, so steht er den Fremden alsdann doppelt fremd und feindselig gegenüber“ (!); und jetzt die Perle: „Die jungen Franzosen sind heute katholisch wie sie Franzosen sind.“ — Man sollte den deutschen Lesern nicht zumuten, solchen Behauptungen Glauben zu schenken!

Die Tendenz dieses Aufsatzes erscheint aber am klarsten in folgenden Sätzen: „Das heutige Frankreich verzichtet auf humanitäre Ideen, es betrachtet ruhigen Auges (!) die Möglichkeit eines Krieges“ — Deutschland gibt sich einer gefährlichen Täuschung über das junge Frankreich hin.“ — „Ja, mein lieber Michel,“ sollte der Verfasser hinzufügen, „du bist immer zu leichtgläubig und gutmütig, du gibst dich dem gefährvollen Idealismus des Friedens und des Rechts hin, der schon in Frankreich als ein überwundener Standpunkt betrachtet wird. — Also, lieber Michel, baue Luft- und Seefloten, schaffe neue Regimenter herbei und — habe viel Kinder — wie die jungen Pariser Franzosen.“

Aber Herr Dr. R. hat sich schon klar genug ausgedrückt. . . . Jeder Franzose wird seinen Artikel für eine Tendenzschrift halten. Ich leugne nicht, daß in gewissen antirepublikanischen Kreisen eine nationalistische Bewegung entstanden ist; die Ansteckung wird aber immer noch sehr beschränkt bleiben, wenn Deutschland vernünftig bleibt, statt mit neuen Rüstungen immer zu drohen. — Aber reisen Sie nur durch französische Provinzen, Herr Doktor, lesen Sie echt republikanische Zeitungen — lernen Sie unsere arbeitende Jugend in den Schulen und Hochschulen, in den Fabriken und auf dem Lande kennen. —, so werden Sie noch behaupten können, sie habe gewiß „einen neuen Drang zur Tat“, aber Sie werden auch gestehen, dieser Drang steht nicht nach

¹⁾ Der Zentralvorstand ihrer Partei ist dagegen!

²⁾ Das Ministerium hat nie Gründe angeben können.

³⁾ Die „Marokkoaffäre“ ist überhaupt gar nicht populär. Sie hat Millionen verschlungen, und der beste Grund, den ihre Verteidiger anzuführen wissen, ist folgender: „Wir mußten Marokko besetzen, sonst hätte ein anderer Staat — wie z. B. Deutschland — es getan.“

kriegerischem Ruhm, sondern entweder nach raschem Erwerb oder nach technischer und sozialer Verbesserung in Eintracht mit den anderen Völkern. Diese Jugend hat die Berner Konferenz mit Freude begrüßt, und eine deutsch-französische Annäherung, die der ewigen elsäß-lothringischen Frage und dem ewigen Wetttrüsten ein Ende macht, erscheint ihr als das wünschenswerteste aller Ziele.

Tolstoi und die Idee des universalen Friedens.

Von

Dr. Seufert-Wieber, Süchteln (Rheinl.)

Das Unausgebranntsein der Seele entscheidet letzten Endes über Aufnahmebefähigung wie Realisationskraft ideeller Werte. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, eröffnen sich damit der russischen Menschheit als der jüngsten und seelisch reichsten volklichen Gemeinschaft unermeßliche Perspektiven für die Inanspruchnahme der ethisch-religiösen Hegemonie und aller auf ihr sich gründenden und in ursächlichem Kontakte stehenden materiell-ökonomischen Momente innerhalb der Grenzen des Weltgeschehens. Zwar hat das russische Volkstum den tiefgreifenden Zwiespalt von Materie und transzendentelem Sein, von Eigenvermögen und ethischer Notwendigkeit, von dumpf-ahnendem Hinleben und freier religiöser Erkenntnis noch nicht zu überwinden vermocht, doch liegt in der spezifischen rassenspsychologischen Veranlagung die sicherste Gewähr des Heraustretens aus diesem historisch-zufällig gewordenen Dualismus in die restlose Vereinigung der tiefsten nationalen Urelemente und des vollendeten kulturellen Bewußtwerdens als der Voraussetzung eines umfassenden Friedens.

Als mystische Unterströmung formlos dunkler Gefühlsqualitäten begegnet uns der Gedanke eines Volksgottesträgertums, der Grundlage einer auch in ihren Folgerungen rechtlich bestimmten, friedlichen Gemeinschaft — ein Gedanke, dessen verzerrt grobe Nachbildung der russische Autokratismus in der Heranbildung des panslavischen Gedankens bewußt zur Stärkung seiner Position durch die Einbeziehung volklicher Empfindungen festlegte — als immanente Idee des Slaventums überhaupt, wohingegen er freischöpferisch sich zum erstenmal bei Leo Tolstoi in gewaltiger Konzentration kundgab.

Es ist eine grundsätzliche Verkennung, die Betonung des universalen Friedens bei Tolstoi als zufällige, aus individueller Neigung hervorgerufene Teilerscheinung seiner Weltauffassung begreifen zu wollen, einer Teilerscheinung, die gegebenenfalls ohne

erhebliche Schädigung des Systems subtrahiert werden könne, da diese Idee nichts weniger als bloßer integrierender Bestandteil, vielmehr das a priori geforderte, alle Sphären durchsetzende, einigende und belebende Motiv repräsentiert.

Die Frage eines weltumfassenden Friedens, die von Tolstoi nur im Zusammenhang mit sämtlichen prinzipiellen Kulturfragen anerkannt wird, insofern nämlich der Zustand zwischenstaatlicher Anarchie lediglich die „zynische Entblößung“ der inneren geistigen Korruption darstellt, ohne deren Beseitigung auch sie nicht fallen wird, gelangt auch ohne die Einbeziehung eben dieser scheinbar indifferenten, abseits gelegenen Faktoren nie zu einer verlässlichen, nicht auf Interesse gegründeten befriedigenden Lösung.

Das ist die gleiche Anschauung, zu der sich auch Alexander Herzen zum Schlusse seines Lebens bekannte, mit dem Unterschiede, daß sich ihm mit der Erkenntnis der Verflachung von Christentum und Revolution jede Aussicht verschlossen erweist und er angesichts dessen die Frage aufwirft:

„Mit welcher vulkanischen Ausbrüche menschlicher Persönlichkeit soll denn die Pöbelkultur zerbrochen werden? Wo ist jener mächtige Gedanke, jener leidenschaftliche Glaube, jene heiße Hoffnung? Seht um euch, was vermag die Völker zu erheben?“ Freilich gehörte schon die bewußt konzentrierte Universalität eines Tolstoi dazu, diese letzte Verzweiflung, dieses Unmöglichgemachtsehen jeder inneren Regeneration zu überwinden und eine Grundlage zu schaffen, die, im inneren Selbst wurzelnd, imstande ist, eine Objektivationsmöglichkeit in Betracht kommen zu lassen.

Der Ausgangspunkt Tolstoischer Betrachtungsweise ist die unwiderlegliche, historisch gewonnene Erkenntnis der in allen Staatsformen hervorragend ausgebildeten Vereinigung von Wahrheit und Freiheit einerseits, Lüge, politischer Willkür und Gewalt andererseits, die Erkenntnis des klaffenden Zwiespaltes, der zwischen Christentum und praktisch-tätigem Leben, zwischen dem sozialen, christlich sein wollenden Kulturstande unserer Tage und seiner unchristlichen, ja antichristlichen Tendenz sich kundgibt. Ihm gegenüber stellt er die nicht nur persönliche, sondern auch zugleich soziale Realität des Christentums der Evangelien als Lebensgrundlage hin, die das Individuum wie seine Kollektivformen in gleichem Maße umfängt. Es ist ein leichtes, nach wohlbekannter Art das Tolstoische System eben in Hinsicht des universalen Friedens nach seinen „Uebertreibungen, Verschrobenheiten und Halbwahrheiten“ richten zu wollen, ihm die Fähigkeit des kritischen Urteils und der ruhigen Analyse bis zu einem gewissen Grade abzuspochen, aber was will das besagen? Vergessen wir nicht, daß der Grund seines Han-

dels ein im höchsten Grade uneigennütziger und reiner ist, daß er es war, der es an der Zeit fand, das Christentum, als einer ernstesten Sache, auch ernstzunehmen, in allen seinen praktischen Folgerungen ernstzunehmen; sollte er trotzdem aber verlieren, so dürfte es größer sein, mit ihm zu verlieren, als wider ihn zu gewinnen. Spricht aber nicht etwa die tödliche Verlegenheit, die unsere Zeit angesichts der quälendsten Fragen der christlichen Menschheit ergreift, der Fragen nach Verhältnis des Evangeliums zur Gesellschaft, der Kirche zum Staate, der Religion zur reaktionären Politik und zum Kriege, sehr zu seinen Gunsten? Oder warum sonst denn glaubt man diesen Fragen aus dem Wege gehen zu müssen, indem man klugerweise den einen oder den anderen der beiden Faktoren theoretisch negiert, ohne jedoch den Mut zu finden, auch nur die simpelsten praktischen Konsequenzen zu ziehen, von denen die eine zu einem gründlichen Antitheologismus, die andere unmittelbar zu M. A. Bakunin und einem nicht minder gründlichen Nihilismus führen würde.

Was die Realisationsmöglichkeit eines auf ethisch-religiöser wie volkswirtschaftlich-gesunder Basis ruhenden Weltfriedens anlangt, so unterliegt es Tolstoj, für den die Geschichte der Individuen wie auch gleichartiger Gruppen derselben fortschreitendes Bewußtwerden darstellt, keinem Zweifel, daß bei dem unbedingten und unaufhaltsamen Aufwärtsschreiten von niederen Ideenstufen zu höheren und höchsten, von überlebten und fremd gewordenen Ideen-gruppen zu jugendlichen, zukünftigen, die uns veranlassen, unsere Lebensformen zu ändern, die Ideen der Aufhebung aller Gewalttätigkeit und einer allgemeinen Verbindung der Menschheit, eines universalen Friedens die nächste Staffel des Menschheits-Bewußtwerdens repräsentieren werden.

Daß die überlebte Idee des anarchischen Staatenverhältnisses nur nach hartem Kampfe der höheren Idee weichen wird, erweist sich als die naturgemäße Art der Evolution, wohingegen aber das um des Vorteiles willen bewußte Aufrechterhalten einer bereits im Menschheitsbewußtsein überlebten Idee — hier der durch den Begriff des Patriotismus gestützten Idee der zwischenstaatlichen Anarchie — als im höchsten Maße unsittlich und verwerflich bezeichnet wird. Eben dieses geschieht aber im Gebiete des Staatswesens in Hinsicht der Idee des Patriotismus, auf welcher sich jede Staatsform gründet, obwohl diese überlebte Idee sich gegenüber dem ganzen Ideenkomplex, der in unserer Zeit bereits ins Bewußtsein der Welt eindringt, in schroffstem Widerspruche steht. Nur unter diesem Gesichtswinkel gesehen, leugnet Tolstoj die Berechtigung des patriotischen Gefühls, das zu seiner Zeit

zweifellos eine höchste Idee bedeutete, wohingegen es heute, bei den mannigfachsten Verwirklichungen internationaler Beziehungen und dem steigenden Bewußtwerden der Möglichkeit und Notwendigkeit gegenseitiger rechtlich begründeter freundschaftlicher Verhältnisse nur ein retardierendes Moment darstellt, das überwunden werden muß.

Das Eintreten der großen Volksschichten in die höhere Idee der Völkerverbrüderung hat demzufolge mit dem Erwachen aus der Hypnose des begrenzten nationalen Gedankens zu beginnen, dem eine Erziehung zu eben jenen höheren Ideen, die schon lange ins Leben getreten sind und uns schon von allen Seiten umgeben, zu folgen hat.

Das Schein-Christentum unserer Tage, das ohne sittliche Empörung und ohne Widerstand die Existenz eines „christlichen“ Heeres hinnimmt und die Bezeichnung eines Krieges als einer gerechten, gottgewollten Sache aufgriff, ist ihm das nächste, nicht weniger bedeutende Motiv der Verzögerung in der Verwirklichung des umfassenden Friedens. Ihm gegenüber stellt er sein „Reich Gottes auf Erden“, das eine solche Form des Zusammenlebens begründen soll, in der Zwietracht, Gewalt und Betrug durch zwanglose Eintracht, Rechtlichkeit und Wahrheit ersetzt werden. Vielleicht ist bis dahin noch ein weiter Weg, ein Weg, der die Nationen vielleicht durch die vollendete Gottlosigkeit hindurchführt; aber bedenken wir, daß der große Russe mit wahrhaft divinatischem Seherblick eigenen Raum- und Zeitverhältnissen vorausgeeilt ist, und seine utopistische Weltauffassung einen tieferen Gehalt umschließt, als es unsere selbstbewußten Vertreter einer ellenweisen, mikroskopisch begrenzten Tatsachenkasuistik sich träumen lassen.

Vom XX. Weltfriedenskongreß.

Das Programm des im Haag stattfindenden XX. Weltfriedenskongresses wird soeben bekannt gegeben. Der eigentliche Kongreß beginnt am 20. August und währt bis zum 23. August. Am 18. und 19. August tagen die vorbereitenden Kommissionen. Die Sitzungen werden in dem von der niederländischen Regierung zur Verfügung gestellten altherwürdigen Ridderzaal stattfinden, in dem bekanntlich die II. Haager Konferenz tagte.

Das Protektorat des Kongresses hat, wie bereits mitgeteilt wurde, S. K. H. Prinz Heinrich der Niederlande übernommen.

Das Programm:

Montag, den 18. August:
9—12½ Uhr und 2—5 Uhr: Sitzung der Kommissionen. 6 Uhr: Bankett, veranstaltet vom Direktionskomitee der

niederländischen Friedensgesellschaft zu Ehren des Organisationskomitees des Kongresses und der Kommission des Internationalen Friedensbureaus.

Dienstag, den 19. August:

Von 9—1 Uhr: Sitzung der Kommissionen. Von 2—5 Uhr: Sitzung derjenigen Kommissionen, welche ihre Arbeiten noch nicht beendet haben werden. 2 Uhr nachm.: Abfahrt nach Rotterdam. Besichtigung des Hafens zu Schiff. Hierauf Empfang durch die Gemeindebehörden. 5 Uhr: Rückkehr nach dem Haag. Abends 8½ Uhr: Offizieller Empfang durch die Gemeindebehörden der Stadt.

Mittwoch, den 20. August:

9½ Uhr: Eröffnung des Kongresses im „Ridderzaal“. 2½ Uhr nachmittags: Erste Plenarsitzung des Kongresses. 4 Uhr: Abfahrt nach Schloß Oud-Wassenaar, wo den Kongreßteilnehmern Erfrischungen angeboten werden.

Donnerstag, den 21. August:

Von 9—1 Uhr und 2—5½ Uhr: Zweite und dritte Plenarsitzung des Kongresses.

Abends Empfang in Scheveningen, veranstaltet durch die Direktion des Kurhauses.

Freitag, den 22. August:

9—1 Uhr: Vierte Plenarsitzung. Nachmittags von 2—4 Uhr: Hauptversammlung der Delegierten der Friedensgesellschaften. 4 Uhr: Fahrt nach Delft. Besuch des Grabes von Hugo Grotius. Empfang durch die Gemeindebehörden. Mittagessen in einem ländlichen Restaurant in der Umgebung von Delft (auf eigene Rechnung der Kongressisten).

Samstag, den 23. August:

Von 8—11¼ Uhr: Schlußsitzung des Kongresses. 11½ Uhr: Abfahrt nach Alkmaar mit Sonderzug. Lunch in der Stadt und per Schiff bis Amsterdam, durch eine der interessantesten Gegenden Hollands. Voraussichtlich in Amsterdam offizieller Empfang in der Schifffahrt ausstellung durch die Gemeindebehörden. Spazierfahrt durch die Stadt. Abschiedsbankett oder möglicherweise Rückfahrt nach dem Haag und Bankett in Scheveningen.

Bezüglich der Teilnahme sei bemerkt, daß jedem Mitgliede einer Friedensgesellschaft dazu das Recht zusteht. Interessenten, die noch nicht Mitglieder einer Friedensgesellschaft sind, können sich zu diesem Zweck jederzeit bei einer solchen einschreiben lassen. (Für Deutschland: Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft, Stuttgart, Neckarstr. 69 A; für Oesterreich: Sekretariat der Oesterreichischen Friedensgesellschaft, Wien I,

Spiegelgasse 4, oder bei irgendeiner Ortsgruppe dieser Gesellschaften.)

Diejenigen Kongressisten, die an den Ausflügen nach Delft, Alkmaar und Amsterdam teilnehmen wollen, haben dies bis 8. August an das „Sekretariat der Organisationsausschüsse des Friedenskongresses im Haag (Holland)“ mitzuteilen.

Das Beratungsprogramm des Kongresses ist in Nr. 9 der „Friedens-Warte“, S. 154, mitgeteilt worden.

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Des Kaisers Regierungsjubiläum und Amerika. — Der japanisch-amerikanische Streitfall. — Normann Angell in den Vereinigten Staaten. — Die amerikanischen Universitäten und die internationale Verständigung. — Die Flotte als Schutzmann. — Dr. Lauro Müllers Ankunft in den Vereinigten Staaten.

23. Juni 1913.

Großem Interesse begegnete in unserem Lande die Feier des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der friedlichen Regierung des Kaisers Wilhelm II. Die „New York Times“ huldigten auf vollen fünf Seiten dem Kaiser als der am stärksten für den Frieden wirkenden Kraft und führten die Meinungen der bedeutendsten Autoritäten von Italien, Großbritannien, Deutschland und Amerika an. Am 16. Juni überreichten dem Kaiser in Berlin Andrew Carnegie, Robert S. Brookings und J. S. Schmidlapp eine Adresse, die von den prominentesten und einflußreichsten, für den internationalen Frieden wirkenden Amerikanern unterzeichnet ist. In einem Briefe an die „New York Times“ beleuchtet Edwin D. Mead das ungeheure Verdienst des Kaisers um Deutschland, um die allgemeine Zivilisation, und besonders um den Weltfrieden. Mead tritt für eine baldige Bildung einer Triple-Friedens-Liga zwischen Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein.

Die zwischen Japan und den Vereinigten Staaten stattfindenden diplomatischen Verhandlungen sind nach wie vor darauf gerichtet, zu einer gegenseitig befriedigenden Lösung der durch das kalifornische Fremdengesetz entstandenen Frage zu gelangen. Der Meinungs austausch zwischen Tokio und Washington wurde zwar nicht veröffentlicht, und es ist bloß bekannt, daß von beiden Seiten alle Bemühungen darauf gerichtet sind, zu einer ehrlichen Verständigung zu gelangen. Chauvinistische Tendenzen sind sowohl in Japan als auch in unseren westlichen Staaten bemerkt worden, doch sind

diese von geringer Wichtigkeit und haben wenig Einfluß.

Am 14. Juni teilte der japanische Botschafter in Washington, *Viscount Chinda*, dem Staatssekretär offiziell mit, daß Japan bereit sei, die Schiedsverträge mit den Vereinigten Staaten, die am 24. August 1913 ablaufen, auf weitere fünf Jahre zu erneuern. Bei dieser Gelegenheit wird es von Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß eine gewisse Opposition im Senat von Washington anläßlich der Erneuerung der Schiedsverträge zwischen Großbritannien und Japan sich bemerkbar machte. Man hält aber die Gegner dieser Erneuerung für eine Minorität, die wohl gewillt sei, der Verlängerung zuzustimmen, sobald die schwebenden Fragen, die sich auf die Panamakanalzölle und das kalifornische Fremdenrecht beziehen, von der Schiedsgerichtsbarkeit ausgeschlossen werden. Es wird allgemein geglaubt, daß die Schiedsverträge erneuert werden, sobald eine letzte Abstimmung erfolgt.

Norman Angell von Paris und London, Verfasser des wichtigen Buches „Die falsche Rechnung“ (Die große Täuschung), war einen Monat in Amerika und hielt eine große Anzahl von Vorträgen über die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit des Krieges. Als Präs. *Nicholas Murray Butler* *Norman Angell* in das *Broadway Tabernacle*, New York, einführte, sprach er über *Angells* Wirken, wie folgt: „Wir sind jetzt belehrt und es ist uns gleichzeitig gezeigt worden, wie wir andere belehren können, daß der Krieg nicht bloß moralischen Mutwillen, sondern auch wirtschaftliche Verwüstung bedeutet; daß die Vorteile, die er angeblich bringt, nicht zu finden sind, wenn jedes Für und Wider richtig erwogen wird. Diejenigen, die vertrauensvoll einer neuen Aera der internationalen Beziehungen entgegensehen, freuen sich darüber.“ *Rev. Dr. J. Howard Melish*, Pfarrer der *Holy Trinity Episcopal-Kirche* in Brooklyn, N. Y., hielt am 16. Juni eine Predigt über die Friedensbewegung, wozu er durch die Schrift *Norman Angells* angeregt worden war. *Melish* sagte unter anderem: „Die Zeit ist nicht mehr so fern, da die Nationen der Welt nicht nur dem Schiedsgericht zustimmen, sondern auch einen allgemeinen Vorschlag zur Abrüstung in Erwägung ziehen werden. In Europa und auch in unserem Lande empört sich die Volksstimme gegen die ungeheure Verwüstung von Leben und Werten durch den Krieg. Der Fortschritt verlangt seine Abschaffung.“

Daß die amerikanischen Universitäten ein großes Interesse an der Verbesserung der internationalen Beziehungen nehmen, beweist ein an der *Yale Law School* am 16. Juni gehaltenen Vortrag des *Samuel J. Elder* über „Fortschritte der internationalen Verständigung“. Nach einer Uebersicht der Ge-

schichte der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit führt *Elder* aus: „Die neuen Verträge für allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Großbritannien und Frankreich, die vom Schiedsgericht „Ehrenfragen“ und „vitale Interessen“ ausschließen, erwecken die Frage, weshalb die Fragen nationaler Ehre nicht schiedsgerichtlich entschieden werden können. Die Ehre ist nicht mehr eine Kraftfrage der Männer. Weshalb sollte sie es noch zwischen Nationen sein? Der Vorschlag des Präsidenten Taft, die zeitraubenden Ausnahmen auszuscheiden und alle Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten und die bereitwillige Aufnahme, die er diesseits und jenseits des Ozeans fand, beweisen aufs neue die Uebereinstimmung der Nationen.“

Bei einem Festessen in Washington erklärte der *Marinesekretär Daniels*, daß er die Flotte bloß zum Schutz, nicht aber zur Eroberung brauche. Der einzige Gebrauch, den man von der Flotte machen könne, sei derselbe, den das Publikum vom Schutzmann mache; sie würde nie zu Drohungszwecken vergrößert werden. Bei der gleichen Gelegenheit sagte der *Staatssekretär Bryan*: „Ich freue mich, *Daniels* an der Spitze eines Departements zu haben, dessen Aufgabe der Schutz ist, den wir aber, wie ich hoffe, nicht benötigen werden. Ich denke, es ist richtig, einige Schiffe und eine kleine Armee zu besitzen, aber ich möchte nicht an deren Spitze einen Mann haben, der nicht nur vorbereitet ist, sondern auch danach dürstet, seine Geschütze an lebenden Zielscheiben zu erproben.“

In den Vereinigten Staaten wird die Ankunft des *Ministers des Auswärtigen von Brasilien, Dr. Lauro Müller*, als ein wichtiges Ereignis betrachtet. Der Besuch *Dr. Müllers* gilt als Gegenbesuch zu jenem, den der ehemalige *Staatssekretär Elihu Root* im Jahre 1906, gelegentlich seiner südamerikanischen Besuchsfahrt, *Brasilien* machte. Offiziell und nichtoffiziell wird *Herr Dr. Müller* sehr herzlich begrüßt, und es wird angenommen, daß sein Besuch die sozialen und wirtschaftlichen Bande zwischen *Brasilien* und den Vereinigten Staaten befestigen wird.

Brief aus Japan.

Tokio, 26. Mai 1913.

Am 25. Mai veranstaltete die japanische Friedensgesellschaft zur Feier der Einweihung der Ortsgruppe *Yokohama* in der Volksschule zu *Honoho* (*Yokohama*) eine Versammlung, der *Bürgermeister G. Arakawa* präsiidierte. *Baron Sakatani* sprach über „Die amerikanisch-japanischen Beziehungen und der Pazifismus“, während *Graf Okuma* die Notwendigkeit eines ernstlichen Wirkens der Friedensgesellschaften mit Hin-

blick auf die gegenwärtige internationale Lage betonte. Nach der Versammlung fand ein Bankett im Bankers-Club in Yokohama statt, bei welchem Graf Okuma unter anderem sagte: „Die kalifornische Frage, die jetzt den Streitpunkt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan bildet, bedeutet den Amerikanern bloß ein lokales Problem. Was aber auch dagegen gesagt werden mag, die Amerikaner haben im Grund ihres Herzens eine unerschütterliche Anschauung über Recht und Gerechtigkeit, wie sie dies in den letzten 50 Jahren ihres Verkehrs mit der japanischen Nation bewiesen haben. Sie besitzen auch den erhabenen Geist der alten Puritaner. Deshalb erwarte ich, daß die kalifornische Frage in einer friedlichen Weise gelöst werde. Ich hoffe, daß die Bewohner Yokohamas, die die Vorläufer der japanischen Zivilisation sind, immer danach streben werden, den Weltfrieden zu sichern.“

Bei der am 5. Mai stattgefundenen Versammlung des Exekutiv-Komitees der japanischen Friedensgesellschaft teilte Baron Sakatani mit, daß unter anderen prominenten Persönlichkeiten J. Naruse, Präsident der „Womens University“, Tokio, Dr. Jokichi Takamine und Dr. J. Boeda Mitglieder der Gesellschaft geworden sind. Gleichzeitig mit dem Vorschlag, eine Ortsgruppe in Yokohama zu gründen, die, wie oben erwähnt, tatsächlich schon erfolgte, hat die Friedensgesellschaft beschlossen, eine Anzahl Briefe zu drucken und an gewisse in Betracht kommende Persönlichkeiten zusammen mit einem Exemplar der letzten Nummer des Organs der Friedensgesellschaft mit der Bitte zu senden, Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Zwischen der Harvard-Universität in den Vereinigten Staaten und der Imperial-Universität in Tokio wurde vereinbart, daß in den kommenden fünf Jahren jährlich je ein japanischer Vortragender an die Harvard-Universität zur Abhaltung von Vorträgen über japanische Gegenstände gesandt werde. Dr. Seiji Anezaki, Professor für Literatur an der Universität von Tokio, ist als erster gewählt worden und wird Tokio im August verlassen, um sich nach den Vereinigten Staaten zu begeben. Wie oben erwähnt, wird er über japanische Literatur und über das Leben in Japan sprechen. Die Kosten für diese fünf Jahre wurden mit 50 000 Yen veranschlagt, die zur Hälfte von der amerikanischen, zur Hälfte von der japanischen Universität getragen werden sollen.

Dr. Anezaki wurde im Jahre 1873 in Kyoto geboren und hat die Universitäten von Tokio, Berlin und Leipzig besucht. Er bereiste Indien und unternahm im Jahre 1907 eine Weltreise. Anezaki ist Verfasser mehrerer Bücher, die religiöse und ethische Probleme behandeln.

Die japanische und amerikanische Friedensgesellschaft feierten gemeinsam den Friedenstag durch eine öffentliche, in der Y. M. C. A. Hall Kanda, Tokio, am Samstag, den 18. Mai, abgehaltene Versammlung. Schon vor Beginn der Veranstaltung hatten sich die hervorragendsten Persönlichkeiten eingefunden. Die außerordentlich zahlreich erschienenen Teilnehmer (weit über 800) besetzten nicht nur jedes Plätzchen im Saale selbst, sondern auch die Galerien.

Gilbert Bowles, Sekretär der amerikanischen Friedensgesellschaft, präsiidierte und führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß es in allen zivilisierten Ländern Brauch geworden sei, den 18. Mai deshalb als Friedenstag zu feiern, weil an diesem Tage die erste Haager Konferenz eröffnet wurde. Für die Japaner aber habe dieser Tag noch eine ganz andere Bedeutung, da sich am 18. Mai 1906 die japanische Friedensgesellschaft organisierte.

T. Miyaoka, einer der Präsidenten der japanischen Friedensgesellschaft, versuchte, mit Bezug auf die kalifornische Frage, den Unterschied zwischen Staatenbund und Bundesstaat klarzulegen. Es sei für den Japaner schwer zu begreifen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten nicht die Macht besitze, seine Wünsche durchzusetzen. Aber es müsse daran erinnert werden, daß der Gouverneur von Kalifornien nicht von Washington aus ernannt, sondern vom kalifornischen Volk selbst gewählt werde, wodurch die Schwierigkeiten leicht erklärlich sind.

Baron Sakatani, Vizepräsident der japanischen Friedensgesellschaft, sagte unter anderem: „Die japanische und die amerikanische Friedensgesellschaft in Japan wirken mit der amerikanischen Friedensgesellschaft in Washington, die starke Gruppen in den führenden Städten hat, zusammen, was ohne Zweifel einen Einfluß auf das amerikanische Volk haben wird. Eine solche internationale Kooperation setzt aber nicht Antipatriotismus voraus. In allen Kulturländern haben die Völker jetzt großen Anteil an der Regierung. Die für den Frieden Arbeitenden sollten bestrebt sein, die großen Fragen über den Krieg, internationale Verständigung, religiöse Verschiedenheiten und wirtschaftliche Kämpfe zu studieren. Was die religiöse Frage betrifft, hat Japan als einziger Staat die „Association Concordia“ zum Spezialstudium der religiösen Ideen des Ostens und des Westens ins Leben gerufen, die mit der Aufgabe betraut wurde, eine Grundlage für eine klare Verständigung zu suchen. Was die wirtschaftlichen Fragen anbelangt, so habe ich an der Fortsetzung der Spezialforschung, die im Sommer des Jahres 1911 bei der in Bern abgehaltenen Wirtschaftlichen Konferenz in kurzen Umrissen festgelegt wurde, teilgenommen. Die Tatsachen, daß solche

Organisationen am Werke sind, werden viel dazu beitragen, Kriege zu verhüten.“

Graf Okuma, Präsident der japanischen Friedensgesellschaft, sprach von den drei Beweggründen, die die Japaner vor einem halben Jahrhundert zu der fremdenfeindlichen Agitation veranlaßt haben. Rassenvorurteil, wirtschaftliche Interessen und Parteien-Antagonismus. Wir finden heute dieselben Kräfte am Werk in der antijapanischen Agitation in Kalifornien. Die Erinnerung an diese Tatsache ermöglicht den Japanern ein Verständnis für die Lage. Es müsse genügend Zeit zur vollkommenen Verständigung gelassen werden, und es ist dann Grund genug zu glauben, daß eine zufriedenstellende Lösung als gesichert angesehen werden kann.

Vor kurzem beschlossen japanische Pazifisten, Amerika zu besuchen. Die Teilnehmer: S. Ebara, Mitglied des Hauses der Pairs, Vizepräsident der japanischen Friedensgesellschaft, A. Hattori, ehemaliges Mitglied des Parlamentes, und K. Yamamoto, Sekretär der Tokioer Y. M. C. A., einer der Gründer der Gesellschaft, schifften sich nach San Francisco ein und beabsichtigen, einige Monate in Amerika zu bleiben. Während Ebara Vertreter der konstitutionellen Partei ist, vertritt Hattori die nationalistische. Alle aber vertreten die japanische Friedensgesellschaft, der sie helfen wollen, die schwebende japanisch-amerikanische Frage in einer befriedigenden Weise zu lösen. Sie haben die Absicht, zunächst die Angelegenheiten der Pacific-Küste zu studieren, und dann Washington, New York und andere Zentren zu besuchen.

M. Y.

Maupassant, ein Vorkämpfer der Friedensbewegung.

Von Dr. Karl Fr. Schmid, München.

Im Jahre 1889 veröffentlichte Bertha von Suttner ihr berühmtes Buch „Die Waffen nieder“, welches den direkten Anstoß zur Friedensbewegung bildete.

Um diese Zeit waren schon alle Novellen Maupassants erschienen, welche man unter dem Namen „Kriegsnovellen“ zusammenfassen kann, und auch jenes wundersame Buch voll intimster, persönlichster Gedanken, „Sur l'Eau“, in dem der Dichter unter anderem auch seine Ansichten über den Krieg unverhüllt und rückhaltlos ausspricht.

Maupassant kennt den Krieg aus persönlicher Erfahrung. Er hat ihn als Freiwilliger im Alter von zwanzig Jahren mitgemacht, und aus den Briefen an seine Mutter kann man ersehen, daß es ihm nicht immer zum besten ging.

Es widerspräche dem Kunstideal des Dichters ganz und gar, wenn er in seinen

erzählenden Werken seine persönlichen Ansichten offenbaren wollte. Denn absolute Objektivität („Impersonnalité“) ist ihm das Höchste. Trotzdem gehen wir nicht fehl, wenn wir manche Aeußerung aus dem Munde eines seiner Helden als seine eigene Ansicht ansehen. Denn die späteren persönlichen Bekennnisse geben die Bestätigung.

So ist schon in dem berühmten „Boule de Suif“, der ersten Novelle dieses Genres, welche der Dichter 1880 veröffentlichte, die gute Madame Follenoie sehr schlecht auf das Militär und den Krieg zu sprechen. Sie sagt unter anderem: „... Diese Militärs, die sind doch zu gar nichts nütze. Muß das arme Volk sie ernähren, bloß damit sie das Morden lernen? — ... Wenn es Leute gibt, die so viele Entdeckungen machen, um nützlich zu sein, müssen sich dann andere wieder so plagen, um Schaden zu stiften? Ist es denn nicht was Scheußliches, Menschen umzubringen, ob's nun Preußen oder Engländer, Polen oder Franzosen sind? — Wenn man sich an jemand rächt, der einem Unrecht getan hat, so ist das schlecht, denn man wird verurteilt. Aber wenn man unsere Jungen mit dem Gewehr wegschießt wie das liebe Wild, so ist das wohl etwas Gutes, weil man den mit Orden schmückt, der die meisten hinüberbefördert? Nein, sehen Sie, das werde ich niemals verstehen.“

So und ähnlich spricht die brave Bäuerin weiter, die schweren Herzens für die Heereskosten mitzahlt und selbst zwei Söhne bei den Soldaten hat. Auch einer ihrer Mitreisenden denkt darüber nach, wieviel besser und gewinnbringender es wäre, all diese Soldatenkraft zu gewerblichen Arbeiten zu verwenden.

In viel höherem Maße als diese einzelnen Gespräche, denen sich noch Beispiele aus „La Mère Sauvage“ anfügen ließen, sind es die Geschehnisse in den Kriegsnovellen selbst, welche unseren Abscheu gegen den Krieg wachrufen müssen. Gewiß ist Maupassant objektiv und stellt die Tatsachen scheinbar persönlich unberührt in seinen Gefühlen hin. Aber diese Tatsachen selbst, dieses wilde Erwachen der wildesten Instinkte im Menschen sind das Ungeheuerliche, Entsetzliche. Der gutmütig scheinende Père Milon mordet in gemeinster Weise meuchlerisch 18 Ulanen und glaubt eine Heldentat begangen zu haben (Père Milon). Die Mutter Sauvage verbrennt aufs grausamste vier brave einfache Soldaten, die ihr nur lieb und gut entgegengekommen sind (Mère Sauvage). Der Marquis d'Eyrick, genannt Mlle. Fifi, läßt seiner Zerstörungssucht und Grausamkeit bei jeder Gelegenheit freien Lauf und wird von einem patriotischen Freudenmädchen mit dem Messer erstochen (Mlle. Fifi). Die schöne Irma steckt den gesamten preußischen Stab in Rouen mit Syphilis an und rühmt sich ihrer patriotischen Tat (Le Lit 29). In

den „Idées du Colonel“ werden von einem französischen Detachement zwölf versprengte Ulanen unter den rohesten Witzen zusammengesossen. „Das gibt Witwen“, lacht der eine. Und die Erklärung für alles? Keine. Der Krieg macht die niedrigsten Instinkte der Rache und des Hasses frei und stempelt ihre Ausübung zu Heldentaten. Das wäre etwa das moralische Resümee aus Maupassants Kriegsnovellen.

In den Jahren 1880—84 waren alle diese Novellen erschienen. Aber ein Jahr vor Suttners berühmtem Buch wurden jene wundervollen, einzig dastehenden Tagebuchblätter Maupassants voll intimster Gedanken und reichster persönlicher Anschauungen veröffentlicht, die in dem bei uns leider fast unbekanntem Band „Sur l'Eau“ vereinigt sind. Darin enthüllt sich der Dichter als fanatischer Gegner des Krieges, bekämpft ihn mit der ganzen elementaren Kraft seiner Intelligenz und Schärfe seiner Worte, verdammt ihn als unwürdige, unmenschliche Barbarei und wütet dagegen in fast maßlosen, bei ihm ganz ungewohnten Ausbrüchen.

So spricht er gelegentlich der Besichtigung eines Kriegsschiffes zwar seine unverhohlene Bewunderung darüber aus, klagt aber auch, daß es „zugleich sowohl das ganze Genie wie die ganze Ohnmacht und unverbesserliche Barbarei jener so tätigen und so schwachen Rasse zeige, welche ihre Kräfte benützt, um Maschinen zu ihrer eigenen Zerstörung zu schaffen“. Er spricht davon, wieviel besser es war, steinerne Kathedralen zu erbauen, als solche Stahlhäuser, solche Tempel des Todes.

In dieser Tonart, mit unverminderter Schärfe geht es weiter. Der Dichter ereifert sich, daß wir mit unserer Zivilisation, unserer hohen Kultur noch Schulen haben, wo man lernt „zu töten, aus großen Entfernungen, mit vollendeten Mitteln, möglichst viel Menschen zugleich, arme Teufel, unschuldige Familienväter, ohne richterliches Urteil“. Er empört sich gegen diese Last alter, hassenswerter Bräuche, verdammenswerter Vorurteile, ererbter wilder Ideen. Den Glauben Victor Hugos an die Erkenntnis des Volkes bezüglich der wahren Natur des Krieges hält er für einen poetischen Traum und beklagt die steigende Wertschätzung des Krieges. In den schärfsten Ausdrücken wendet er sich gegen das, was Moltke zur Verteidigung des Krieges vorbringt, der „die Menschen verhindere, in dem häßlichsten Materialismus zu verfallen“.

„Also“, sagt er, „sich in Trupps von 400 000 Mann vereinigen, Tag und Nacht rastlos marschieren, über nichts denken und sinnen, nichts lernen, nichts lesen, niemand nützen, vor Schmutz verfaulen, im Kote schlafen, wie das liebe Tier in fortgesetztem Stumpfsinn dahinleben, Städte plündern, Dörfer niederbrennen, die Bevölkerung

ruinieren, dann mit einem anderen Haufen von Menschenfleisch zusammentreffen, sich darauf stürzen, Seen von Blut und Ebenen von zerstampftem Fleisch mit kotiger, geröteter Erde vermischt zu errichten, Berge von Leichen zu häufen, mit abgeschossenen Armen oder Beinen und zerquetschtem Hirne — ohne daß jemand davon Nutzen hat — auf einem Ackerwinkel zu verrecken, während die armen Eltern, Frau und Kind vor Hunger sterben; das heißt man nicht in den scheußlichsten Materialismus verfallen.“ —

Er führt die Arbeit unserer Gelehrten, Wohltäter usw. an. „Der Krieg bricht aus. In einem halben Jahr haben die Generale die Anstrengungen, die Geduld- und Geistesarbeit von 20 Jahren vernichtet.“

Und immer neue Anklagen häuft er gegen den Krieg, immer stärker malt er seine Schrecken, immer wieder und immer stärker wendet er sich gegen das Wort Moltkes vom Verfall in den Materialismus. Er fragt an, ob Griechenland durch seine Kriege oder durch seine Kunst und Wissenschaft groß und für uns vorbildlich war, ob die Einfälle der Barbaren Rom gerettet und regeneriert haben, ob Napoleon die große intellektuelle Bewegung des 18. Jahrhunderts weitergeführt hätte usw. Wie man sieht, ist Maupassant durchdrungen von der Erkenntnis, daß der Krieg eine unwürdige, unmenschliche Barbarei sei. Aber er zieht daraus keine Folgerungen, seinem Pessimismus fehlt die Hoffnung. Eine Frau erst rief die Scharen zum Kampfe und sammelte sie unter der Fahne der Hoffnung zum Kriege gegen den Krieg und für den Frieden! Eine deutsche Dichterin suchte in die Tat umsetzen, was dem französischen Dichter noch ein Jahr vorher als Utopie erschienen war!

II RANDGLOSSEN II ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 6. Juli 1913.

Im Oktober 1912 fand in der Kathedrale von Sofia ein feierliches Hochamt statt. Zar Ferdinand hatte eben zum Feldzug des Krieges gegen den Halbmond angerufen, um die christlichen Brüder vom Türkenjoch zu befreien; der Pope segnete die Waffen und ließ ein Gebet zum Himmel steigen, daß Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland siegen mögen. Dem lieben Gott wurde da eine genaue Geographielektion gegeben. Eine Art fähnchenbesteckte Landkarte des Balkans wurde ihm geboten, damit er sich bei Erteilung seines Beistandes ja nicht irre, damit er von dem Regen seiner Huld ja nichts über die Grenzen verspritzen lasse. Oh, es war ein frommer, ein zivilisatorischer, ein

edler Krieg! — — Elender Phrasenschwall: ein Beutezug war's, weiter nichts. Das zeigt sich heute klar, da die siegenden Brüder sich um der Beute willen zerfleischen.

Es ist also geschehen. Der dritte Balkankrieg ist nun ausgebrochen; es wird wieder gemordet, gesengt, verwüstet, massakriert, geschändet, gehaßt, getobt, und dem Zeitungsleser wird's als Weltgeschichte serviert. Noch ehe eine Kriegserklärung erlassen, stießen die an den Grenzen aufgehäuften Truppen aneinander (solches Gegenüberstellen bewaffneter Massen ist ja bekanntlich nur Vorsichtsmaßregel: *si vis pacem*); die Grenzen wurden überschritten, die Felder rasch mit Leichen bedeckt — aber Krieg war's noch nicht, es sollte für diesen Zustand eine neue „völkerrechtliche“ Bezeichnung gefunden werden. Die Verantwortung für den Friedensbruch wälzt einer auf den andern — keiner hat angefangen — der andere war's, oder wenn man's doch selber war, so hatte der andere „proviziert“.

Mit tiefstem Schmerz muß es uns erfüllen, daß nun wieder dieses namenlose und verbrecherische Unglück losgebrochen ist. Würden diese sich überstürzenden Nachrichten von fünftägigen Schlachten, von 600 000 Mann, die sich auf dem kleinen Raum bekämpfen und schon 20 000 Tote zu melden haben, nicht mit unsäglicher Trauer und Ekel füllen, so könnten wir eigentlich triumphieren und sagen: seht, das sind die Früchte des Krieges: neue Kriege; seht, das ist die Entlarvung all der Heucheleien, die ad absurdum-Führung der ganzen Mord- und Raubpolitik. Wer hat recht? Ihr, die ihr behauptet, daß heute Kriege noch Ruhm, Ehre, Gewinn bringen können, oder wir, die wir den „modernen“ Krieg als Anachronismus, den Krieg überhaupt als Hölle erkennen? Und nun sind die Gefahren eines Weltbrandes wieder da. Sollte auch dieser, durch die berühmte „Lokalisierungs“-Formel abgewendet werden, unausbleiblich sind die wirtschaftlichen Schäden, die Handelsstockungen und die Seuchen. Jetzt in der Sonnenhitze die Tausende von Kadavern, denen ebenso mörderische Miasmen entsteigen, als den Kanonen mörderische Geschosse — nur daß sie noch weiter, über jede Grenze hinweg, ihren Wirkungsradius haben. Aber auch die Gefahr einer Verbreitung des Krieges selber ist wieder nahegerückt. Die seit Monaten mühsam zurückgehaltenen Kriegsparteien werden jetzt wieder hervortreten: „Endlich ist unser Tag gekommen.“

Knapp vor Ausbruch der überstürzten, ohne vorherigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen losgelassenen Feindseligkeiten trat Zar Nikolaus hervor und telegraphierte

an die Könige von Serbien und Bulgarien, sie mögen ihren Streit vor sein Schiedsgericht bringen (warum nicht vor den Haag?), das wäre besser gewesen), und in seiner Depesche zitterte etwas von dem Pathos, das in seinem Manifest von 1898 lag: ein heftiger Wille, drohendes Unglück abzuwenden. Und er suchte — von aller üblichen offiziellen Winkelzügigkeit und Reserve frei — starke Akzente: „Der Bruderkrieg wäre ein Verbrechen, wäre ein Ruin der slawischen Sache“, und dabei gab er seinem Appell den Nachdruck einer leisen Drohung — er wies auf seine Macht hin, den Friedensbrecher zu strafen. Man atmete auf, durch diesen Schritt würde vielleicht der Krieg vermieden werden. Alle hätten (auch die Balkanvölker) dem Zaren dankbar sein, ihn unterstützen sollen. Es kam anders. Graf Tisza erklärte: Die Balkanvölker dürften sich nicht von Rußland beeinflussen lassen; sie müßten auf ihrem Rechte, Krieg zu führen, bestehen. — Frieden dürften sie schließen, wann sie wollten, aber nur nach eigenen Interessen und nach eigener Entschliebung. Oesterreich würde nicht dulden, daß im Namen der slawischen Idee die Handlungsfreiheit der Bulgaren oder der Serben eingeschränkt würde. Ein oder zwei Tage dauerte noch das Schwanken; die Friedensparteien schlugen Demobilisierung vor, und es zeigte sich Geneigtheit, die vier Ministerpräsidenten nach Petersburg zu entsenden. Aber die Kriegsparteien waren flinker. Sie warteten nicht erst die Entscheidung ab — und ohne Kriegserklärung drangen die bereitstehenden Truppen über die Grenze, und die vollzogene Tatsache des Krieges war gegeben. — „Der Zar hat sich blamiert“, hörte man von vielen Seiten sagen. Als ob, wenn einer etwas Ersprießliches vorschlägt, nicht diejenigen sich blamierten, die den Vorschlag unbeachtet lassen. Freilich, dann heißt es, der Vorschlag war nicht edel gemeint. Und zu dieser Stunde — ich mache darauf aufmerksam — ist hierzu-lande die Parole ausgegeben: „Rußland und Frankreich wollen die Serben unterstützen.“ Das famose Einkreisungsmärchen, das zur englisch-deutschen Verhetzung so gute Dienste getan, das wird jetzt der neuen Situation angepaßt: „Die Triple-Entente will den Dreibund einkreisen.“ Die Leute fangen schon an, es zu glauben und zu wiederholen. Täglich kehrt dies in verschiedenen Varianten in der offiziösen Presse wieder (die Melodie ist wahrscheinlich vom ministeriellen Bureau ausgegeben), und die öffentliche Kannegießerei gipfelt in der Weisheit: „Rußland ist der Feind — der Krieg mit Rußland ist unvermeidlich.“ Die ganze Schuld des neuen Balkankrieges wird auf Rußland geschoben.

Und nun geschah das Allerunerwartetste: Rumänien erklärte, daß es seine Neutralität

aufgeben wolle und mobilisiert. Es will sich in Bulgarien etwas holen. Wie — dieser treue, stillschweigende Alliierte des Dreibundes schwenkt ab? Daß Rumänien es mit den Dreibundmächten hielt, davon hat es auf der Haager Konferenz Beweise gegeben: So oft England oder Rußland irgend etwas kriegshemmendes — Rüstungseinschränkung, Schiedsgerichtshof, Untersuchungskommissionen usw. — vorschlugen und Deutschland samt Oesterreich dagegen protestierte, protestierte Rumäniens Vertreter, Dr. Beldimann, am allerlebhaftesten mit. Wenn die große Auseinandersetzung zwischen den zwei Mächtegruppen kommen würde, dann würde der Dreibund — so glaubte er fest — auf die Mitwirkung Rumäniens rechnen können. Und jetzt?... Ach, daß doch endlich einmal dieses Gespenst der (gar nicht existierenden) Feindschaft der beiden Gruppen aus der Welt geschafft würde. Beide haben das gemeinsame größtmögliche Interesse: die Vermeidung eines europäischen Brandes — also ist ihre Verschmelzung in einen Sechsbund die vitalste Notwendigkeit. Das ist die Forderung, die nicht hartnäckig genug von allen, außer den kriegswollenden Parteien erhoben werden muß.

Damit verschwände auch jenes andere Gespenst: das „Gleichgewicht“. Eigentlich werden ja jetzt alle Kriegsvorbereitungen, Kriegsdrohungen, alle politischen Berechnungen und diplomatischen Schachzüge immer nur um jenes Gleichgewichtes willen gemacht. Was war die Ursache der Riesenwehrevorlage, die eben jetzt in Deutschland bewilligt worden ist? Das durch den Balkankrieg gestörte Gleichgewicht — die Kräfte waren verschoben, ein neuer Balkanbund gebildet.... Und siehe, im Augenblick, wo die Vorlage erledigt wurde, ist der Balkanbund auseinandergefallen.

Bei der dritten Lesung des Wehrgesetzes sagte der Sozialdemokrat Scheidemann: „Wir protestieren, wie unsere Gesinnungsgenossen aller Länder gegen das Gesetz und gegen den Geist, aus dem es geboren ist. Was ist denn erreicht mit der Vorlage? Alle Welt rüstet seit dem Augenblick; alle Welt wird von uns gezwungen, zu rüsten, und wir sind schwächer geworden als die anderen. Wenn Sie diese Vorlage ablehnen, wird es keine vierundzwanzig Stunden dauern und Frankreich verzichtet auf den dreijährigen Dienst. Das Volk will die Versöhnung mit Frankreich. Es liebt den Frieden wie Frankreich.“ — Solche Worte unterschreiben wir Pazifisten alle. „Ihr seid also Sozialdemokraten?“ ruft man uns zu. — Das folgt nicht daraus. Wenn ein — sagen wir — ein Okkultist gelegentlich bemerkt, daß $2 \times 2 = 4$ ist, so werden Sie ihm wohl zustimmen. Sind Sie darum ein Okkultist?

Ein Militär denkt über die Erledigung der Wehrevorlage anders als Scheidemann. So schreibt ein General a. D. in einem Artikel über die Bewilligung der Heeresverstärkungen: „Das ist fürwahr eine stattliche Leistung des deutschen Volkes! Willig unterzogen sich seine Vertreter dem Gebot, der veränderten europäischen Lage Rechnung zu tragen. Ihrer Pflicht gemäß erwirkten sie zwar Ersparnisse ($\frac{1}{10}$ Pfennig von 10 000 Mark. B. S.). Es mindern aber die Abstriche nicht das Wesen der Vorlage, und wohlzufrieden kann die Heeresverwaltung mit ihrem Schlachtenerfolg sein. Mit ihr das Volk, indem ihm eine Garantie (!) geschaffen ist, daß die imponierende Kraft-erhöhung seiner Armee neidende Völker in ihren friedensfeindlichen Bestrebungen einschränken wird. Schwer, sehr schwer sind aber die Opfer, die das Volk für das wiedererlangte Gefühl seiner Sicherheit bringen muß.“ „Sicherheit“ ist gut.

Kaiser Wilhelm hat sein 25jähriges Regierungsjubiläum gefeiert. Andrew Carnegie überbrachte ihm zu dieser Gelegenheit im Namen der amerikanischen Friedensvereine eine von 400 hervorragenden Männern unterschriebene Adresse und beglückwünschte den Monarchen, daß er durch ein Vierteljahrhundert den Frieden erhalten habe. „Ich hoffe,“ antwortete Wilhelm II., „daß es mir noch weitere 25 Jahre gelingen wird.“ Ueberhaupt hat er anlässlich dieses Jubiläums manches erhabene Friedenswort geäußert. So heißt es in dem vom Reichsanzeiger veröffentlichten kaiserlichen Erlaß:

„Ich danke Gott, daß ich mit Befriedigung zurückschauen darf auf die vergangenen 25 Jahre ernsten Schaffens, auf die großen Errungenschaften, welche sie dem Vaterlande gebracht haben. Daß dies unter den befruchtenden Strahlen der Friedenssonne geschehen ist, deren Kraft jedes am Horizont auftauchende Gewölk siegreich zerstreute, macht mich besonders glücklich. Ein Herzenswunsch ist mir damit in Erfüllung gegangen.“

Auch bei einem weniger feierlichen Anlaß kam Kaiser Wilhelm auf die Friedensidee zurück. Bei dem Festessen des Regatta-vereins in Brunsbüttelkoog hielt er eine Rede, in der er die glänzende Entwicklung des deutschen Rudersports während seiner Regierungszeit hervorhob. Er sei stolz darauf, denn der Rudersport erziehe eine tüchtige Jugend und tüchtige Männer. Will der Rudersport weiterhin eine solche Entwicklung nehmen, so sei das nur möglich, wenn der Friede auch weiter wie bisher während seiner Regierungszeit erhalten bleibe.

Ganz richtig. Alles braucht den Frieden, um sich glänzend entwickeln zu können: jede Kunst, jede Industrie, jede Wissenschaft, jedes häusliche Glück. Ausgenommen natürlich die Kanonenindustrie und Verwandtes. Der Gedanke liegt nahe, daß bei solchen Gesinnungen der Kaiser zu dem Entschluß gelangt, den Frieden fernerhin nicht nur zu erhalten, sondern zu sichern; zu sichern auch über seine Regierungszeit hinaus. Möge er sich in Herbeiführung der europäischen Föderation an die Spitze stellen. Er hat die Macht dazu. Und das Herz dazu.



Im englischen Unterhause kam eine Rede des Grafen Gleichen zur Sprache, der Brigadegeneral und Kommandeur von Belfast ist. Er habe gelegentlich eines Banketts beim Lord-Mayor von Belfast geäußert, daß Leute wie Keir Hardie, Andrew Carnegie und andere Friedenshelden an Gehirn-erweichung litten. Er habe mit Vergnügen gehört, daß die Regierung im Begriffe sei, ein Institut für Geistesschwache zu errichten, und hoffe, daß die genannten Herren, darin Aufnahme finden werden. Als Soldat müsse er beklagen, daß man gegenwärtig nicht mehr vom Krieg spreche. — Mr. Swift Mac Reil stellte die Anfrage, ob es erlaubt sei, daß ein Offizier in der Öffentlichkeit derartige Reden halte. Der Fall ist interessant. Erstens, weil darüber interpelliert wurde, zweitens, weil der betreffende englische General ein Deutscher ist, ein Sohn des Prinzen Victor Hohenlohe-Langenburg — und als Soldat bedauerte, nicht mehr vom Krieg — einem Kriege gegen Deutschland — sprechen zu hören; drittens, weil der Vertreter des Kriegsministeriums dem Interpellanten antwortete, daß Graf Gleichen erklärte, daß seine Worte in der Presse nicht ganz richtig wiedergegeben waren, und zugleich, daß er für jede unbewußt getane Beleidigung Abbitte geleistet habe. — So weit sind wir auf dem Festlande nicht. Pazifisten werden nicht in Schutz genommen, wenn ein hoher Militär sie öffentlich angreift. Uebrigens finde ich, daß ein Kriegsanhänger zu solchem Angriff ein gutes Recht hat.



König Konstantin hat an seine Griechen einen Aufruf erlassen: „Ich rufe mein Volk zu neuem Kampfe!“ — Dann werden die Sünden Bulgariens aufgezählt, und zum Schlusse heißt es: „Auch dieser Kampf wird von Gott gesegnet, wie der erste, und diesen Segen flehe ich heute auf uns herab.“ Die geographische Lektion wird durch neue Verhaltensmaßregeln für den Segenspender modifiziert. O Blasphemie!

PAZIFISTISCHE CHRONIK

30. Mai. Der kanadische Senat verwirft die Flottengeschenkvorlage.

31. Mai. In London gelangt der Vorfrieden zwischen der Türkei und den Balkanmächten zur Unterzeichnung.

Juni. Der Zar fordert die Könige von Bulgarien und Serbien auf, ihre Streitigkeiten seiner Schiedsentscheidung zu überlassen.

2. Juni. Das italienische Königspaar zum Besuch des Deutschen Kaisers in Kiel.

6. Juni. Im französischen Parlament bringt Jaurès einen Antrag auf Einführung der Miliz ein.

7. Juni. König Georg von England warnt die Vertreter der Balkanstaaten vor einem Krieg, den er als „ein Verbrechen gegen die Humanität“ bezeichnet.

7.—8. Juni. In Brüssel tagt der erste belgische National-Friedenskongress.

8. Juni. Die „New York Times“ veröffentlichen eine Sondernummer zu Ehren des Regierungsjubiläums des Kaisers, worin dieser von Staatsmännern und Schriftstellern als Friedensfürst gefeiert wird.

10.—13. Juni. In Leeds tagt der neunte englische National-Friedenskongress.

11. Juni. In London wird eine deutsch-englische Ausstellung eröffnet. Eröffnungsansprache des Lord Mayors.

13. Juni. Deutsche Journalisten werden im englischen Parlament empfangen.

15.—19. Juni. In Brüssel findet der II. Weltkongress der internationalen Vereinigungen statt.

16. Juni. Kaiser Wilhelm feiert das 25jährige Jubiläum seines Regierungsantrittes. Alle Zeitungsartikel und Festreden betonen sein Friedenswerk.

16. Juni. Andrew Carnegie überreicht im Berliner Königlichen Schloss dem Kaiser die Adresse der amerikanischen Friedensgesellschaften aus Anlass seiner 25jährigen kriegslosen Regierung.

17. Juni. Eine Deputation des englischen kirchlichen Komitees zur anglo-deutschen Verständigung unter der Führung des Bischofs Boyd Carpenter überreicht dem Kaiser eine Huldigungsadresse.

18. Juni. Der Senat der Universität Leiden ernannt aus Anlass der bevorstehenden Eröffnung des Friedenspalastes in Haag vier Ehrendoktoren der Staatswissenschaften.

18. Juni. In der französischen Kammer fordert der Sozialist Fournier die Regierung auf, mit den anderen Staaten die Errichtung eines internationalen Parlaments zu vereinbaren.

18. Juni. Andrew Carnegie stiftet für das Organ des deutschen kirchlichen Komitees für anglo-deutsche Verständigung 100 000 M.

19. Juni. In seinem Dankerlass aus Anlass der Jubiläumsfeier sagt der Kaiser: „Dass dies unter den befruchtenden Strahlen der

Friedenssonne geschehen ist, deren Kraft jedes am Horizont auftauchende Gewölk siegreich zerstreut, macht mich besonders glücklich. Ein Herzenswunsch ist mir damit in Erfüllung gegangen.

19. Juni. Kadettenführer Miljukow weist in der Duma auf den Einfluss der pazifistischen Ideen hin, die Europa vor einem Krieg bewahrten.

22. Juni. In Visingsö in Schweden tritt ein internationaler Theosophischer Friedenskongress zusammen.

24. Juni. Präsident Poincaré in London.

25. Juni. Ratifikation des internationalen Wechselrechtsabkommens im deutschen Reichstag. Staatssekretär v. Jagow: „Die internationale Verständigung und Annäherung wird dadurch gefördert.“

25. Juni. Der Chef des russischen Generalstabes kündigt in der Duma eine bedeutende Verstärkung der russischen Wehrkraft an.

27. Juni. Bei dem Jahresfest des Deutschen Hospitals in Dalston pries der Chef der englischen Konservativen, Bonnar Law, in einer überaus herzlichen Rede die Qualitäten Kaiser Wilhelms.

28. Juni. Die Schiedsverträge der Vereinigten Staaten mit Japan, Schweden und Portugal, die demnächst abgelaufen wären, werden in Washington verlängert.

30. Juni. Die Wehrvorlage und der Wehrbeitrag im deutschen Reichstag angenommen.

DAVS DER ZEIT

Völkerrecht.

Die Bryanschen Verträge. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter dem 23. Juni wird uns aus New York berichtet, daß bis zu jenem Zeitpunkt achtzehn Staaten den Vertragsplan im Prinzip angenommen haben. Es seien dies in der Reihe der eingegangenen Zustimmungen: Italien, Oesterreich-Ungarn, Brasilien, Schweden, Norwegen, Peru, Großbritannien, Niederlande, Rußland, Frankreich, Deutschland, Bolivien, Argentinien, China, San Domingo, Dänemark, Haiti und Spanien. Staatssekretär Bryan hofft, in nächster Zeit den ersten abgeschlossenen Vertrag dem Senat vorlegen zu können.

Ueber die Ausgestaltung der in jenem Vertrag vorgesehenen Untersuchungskommission hat der Staatssekretär kürzlich folgendes verlauten lassen: Danach soll jede Untersuchungskommission aus fünf Mitgliedern bestehen. Je eine wählt die beiden im Streit befindlichen Staaten, zwei andere werden von zwei Regierungen anderer Länder ernannt, die einen solchen Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten eingegangen sind. Das fünfte Mitglied wird durch ein Uebereinkommen dieser beiden fremden Regierungen gewählt.

Die Kommissionen sind als ständig gedacht. Sie sollen nicht erst im Falle eines entstehenden Streites, sondern sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gebildet werden. Für jeden abgeschlossenen Vertrag eine besondere Kommission.

Das internationale Wechselrechtsabkommen im deutschen Reichstag.

Das im vorigen Jahre im Haag abgehaltene Wechselrechtsabkommen wurde am 25. Juni dem Deutschen Reichstag zur Ratifikation vorgelegt.

Staatssekretär von Jagow, der das Abkommen vorlegte, führte aus, daß es bereits von 26 Staaten ratifiziert sei. In richtiger Erkenntnis des organisatorischen Wertes solcher Abkommen wies er darauf hin, daß es auch in politischer Beziehung von Wert sei und dadurch die gegenseitige Verständigung und Annäherung gefördert werde.

Auch die anderen Redner hoben diese Bedeutung hervor. So sagte der fortschrittliche Abgeordnete Dove:

„Ich freue mich, daß dieser Saal, der so lange vom Waffenlärm widerhallte, heute eine friedliche Einigung auf dem Weltrechtsgebiete erlebt. Die neue Wechselordnung ist ein großes Weltfriedensinstrument. Die Aufrechterhaltung der Rechtseinheit kann nur durch eine einheitliche Rechtsprechung geschehen. Die Frage der internationalen Gerichtshöfe ist aber nicht einfach. Wir müssen auf immer weiteren Gebieten zu einem einheitlichen Recht kommen. Leider besteht in dem Abkommen mit England noch eine Lücke, aber auch das Seerecht ist erst nach und nach international vervollständigt worden. Wir können hoffen, daß die Organisation des friedlichen Völkerverkehrs immer weitere Fortschritte machen wird, und daß wir bei Wahrung unserer staatlichen Individualität doch die gemeinsamen Ziele der Menschheit fördern!“

Verschiedene Redner hoben die Verdienste hervor, die der niederländische Staatsminister Asser um das Zustandekommen der Wechselrechts-Konvention hat und drückten diesem ihren Dank aus.

Die Verhandlung ist als Zustimmung Deutschlands zur Fortentwicklung der internationalen Organisation von hoher Bedeutung.

Rüstungsproblem.

Die deutsche Heeresvorlage. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Nun ist die Riesenforderung glücklich unter Dach. Der Deutsche Reichstag hat mit großer Mehrheit die Milliarden wie die neuen Regimenter bewilligt. —

Man könnte jetzt schon daran zweifeln, ob diese Riesenanstrengung noch begründet ist, hat man ihre Notwendigkeit doch mit dem Erstehen eines neuen politischen Machtfaktors im Südosten Europas erklärt. Diese Begründung zerfällt nun, nachdem die Mitglieder des Balkanbundes übereinander herfallen, sich selbst zerfleischen und einander die Beute streitig machen. Wir haben aber nie daran geglaubt, daß jene ungeheure Forderung ihren Grund in dieser fragwürdigen Neukonstellation am Balkan haben konnte. Das war ein schöner Vorwand, aber nicht das Motiv. Bereits im Leitartikel der Märznummer haben wir auf die Ursachen jener Rüstungsanspannung hingewiesen und angedeutet, daß damit ein Äquivalent gesucht wird für den durch Aehrenthal erschütterten und seitdem zusammengestürzten Berliner Vertrag. Es scheint jedoch, daß jene Riesenrüstungen noch einen anderen, viel ernsteren Grund haben. Es sieht so aus, als ob sie die Kombination des Dreibundes ersetzen sollten, oder als ob die Reichsregierung das Vertrauen zu ihren Bundesgenossen, namentlich zu Oesterreich-Ungarn, verloren hätte, das mit seinem neuesten säbelrasselnden Kurs ihr nicht mehr für alle Fälle Gewähr zu bieten scheint. Frankreich irrt sich, wenn es glaubt, die neuen Rüstungen seien gegen es gerichtet. Das Motiv und die Wirkung scheinen in ganz anderer Richtung zu liegen.

Und was mit dieser Kraftanstrengung wohl erreicht ist?

Frankreich spannt alle seine Kräfte an, um sie zu paralisieren. Und Rußland? In der Reichsduma verkündete der Chef des Generalstabes am 29. Juni folgendes:

„Das Militärressort hat bereits eine Gesetzesvorlage betreffend eine bedeutende Verstärkung der russischen Wehrkraft und die Formierung neuer Truppenteile bei der Infanterie, Kavallerie und den anderen Waffengattungen sowie eine Reorganisation der Feldartillerie im Sinne der Vermehrung der Anzahl der Geschütze in der Feldartillerie der Armee-korps ausgearbeitet. Alle diese Maßregeln legen dem Vaterlande große Opfer an Leuten und Geld auf. Das Militärressort ist der Reichsduma dankbar für die Bewilligung des diesjährigen Kontingents, das die Mittel gegeben hat, um zu Neuformierungen zu schreiten. Künftighin sind jedoch noch weitere große Mittel erforderlich. Das Kriegsministerium

hofft, daß die Reichsduma dem Kriegsressort durch Verstärkung der Armee zu einem Bestande verhelfen wird, der es ermöglicht, die Gesamtmacht zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Schutze der Friedensinteressen zu entfalten, wenn ein machtvolles Wort des Kaisers die Armee auf das Feld der Ehren rufen sollte.“

Also!

Das ist die Schraube ohne Ende! Das ist der Wahnsinn! Hier werden Milliarden geopfert, um die deutsche Wehrmacht zu stärken, und im Westen und Osten wird die Wirkung dieser Opfer sofort durch entsprechende Neurüstungen wieder paralyisiert. Hier kann man das bekannte Wort anwenden: Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren.

Die große Militärvorlage ist freilich bewilligt worden; schon heute aber erscheint die Frage berechtigt: **In wieviel Monaten oder Wochen kommt die neue?**
F.

Gegen die Rüstungsindustrie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der vierte englische Friedenskongreß, der vom 9. bis 12. Juni in Leeds abgehalten wurde, nahm folgende Resolution an:

„Diese Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit auf die gewaltigen finanziellen Interessen, die hinter dem Militarismus und den Kriegsvorbereitungen stehen, ferner auf die Skrupellosigkeit, mit der die Rüstungsfabrikanten Verdacht und Mißtrauen zwischen freundschaftlichen Völkern nähren, um ihre Profite zu erhöhen, und erklärt, daß der Fortbestand dieser Sachlage den Frieden Europas ernsthaft gefährdet.“

Sehr scharf wurde auf dem Kongreß die Agitation zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England bekämpft. Bemerkenswert war die außerordentlich scharfe Abrechnung von G. H. Perris mit den Praktiken des internationalen Rüstungskapitals, ferner ein von dem Redakteur des *Ökonomist* F. W. Hirst eingesandter Aufsatz, worin er die Kriegsanleihen als unmoralisch brandmarkte und deren internationales Verbot befürwortete.

Die Friedens-Industrie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 14. Mai (Nr. 132) wird als beste Maßnahme zur Bekämpfung der der Kriegsindustrie dienenden Presse die Schaffung einer Friedens-Industrie hingestellt, „die ebenso viel Geld einbringt wie die Kriegsindustrie.“ Es heißt weiter: „Aber

das würde jedenfalls ein schweres Werk sein, denn die schönsten und edelsten Dinge dieser Welt haben sich von jeher dadurch ausgezeichnet, daß sie wenig einträglich sind.“

Daß es an der geringen Einträglichkeit der Friedens-Industrie liegt, wenn sich starke Zweige der Industrie auf die Herstellung von Kriegsmaterial legen, erscheint mir nicht richtig. Schließlich dient ja die vorwiegende Betätigung der Industrie dem Bedarf des Friedens und nur ein kleiner Bruchteil hat sich sozusagen für den Kriegsbedarf spezialisiert. Ein Beweis, daß die Friedens-Industrie nicht uneinträglich ist. Unendlich aber würde sich die Friedens-Industrie heben, wenn die Milliarden, die heute für die Rüstungen ausgegeben werden, für Kulturzwecke frei werden möchten. Noch lange haben die Völker ihren Bedarf an Kultureinrichtungen nicht gedeckt. Man würde dann viel mehr landwirtschaftliche Maschinen, Eisenbahnen, Brücken, Kanalisationsbauten, Lokomotiven, Werkzeugmaschinen und Werkzeuge benötigen als heute, und die Kriegsindustrien würden ihr Kapital und ihre Arbeitskräfte mit erhöhtem Gewinn für diese produktiven Aufgaben einsetzen können.

Das schwierigste ist nicht, die Friedens-Industrie ertragreich zu machen, sondern es scheint mir das Hindernis darin zu liegen, den Beginn des Wandels herbeizuführen. Der Kriegsbedarf ist organisiert. Der Auftraggeber ist in einer einzigen Institution vorhanden, und seine Geldmittel sind unbeschränkt. Es ist bequemer, diesem klar zum Ausdruck kommenden Bedarf das Angebot gegenüberzustellen, als sich in einen wieder aufregenden Wettbewerb um die Bedürfnisse der vieltausendköpfigen Auftraggeber der Friedens-Industrie einzulassen. Hier ist nicht der Sperling, sondern die Taube schon in der Hand. Auf dem Dache sitzt allerdings auch eine Taube, man hält sie aber für einen Sperling.

Aus diesem fehlerhaften Zirkel kann uns nur die Initiative des Staates herausreißen, indem die Kriegsindustrie allmählich verstaatlicht wird. Die Interessenten werden in einer entsprechenden Uebergangszeit anfangen müssen, sich um die Friedensbedürfnisse der Bevölkerung umzusehen. Sie werden, wenn von den großen Auftraggebern nichts mehr zu erwarten ist, Pflüge und ähnliche Nützlichkeiten bauen. Den Bedarf dazu werden sie durch ihre Presse anstacheln lassen, wenn er sich nicht in befriedigender Weise selbst äußert. Die Kriegshetzer von heute werden dann Bahnbau-Notwendigkeiten entdecken, gegen nachlässige Stadtverwaltungen mobil machen, die nicht genügend hygienische Vorsorge treffen, durch Erfindung neuer Werkzeuge die verschiedenen Gewerbe zur Verbesserung ihrer Produkte anspornen, für den Bau von Tuberkulose- und Genesungsheimen plädieren und für ähnliche nützliche Dinge.

Durch eine derartige Verstaatlichung wird aber dem internationalen Rüstungswettbewerb

sein verderblichster Ansporn genommen werden, und die Möglichkeit eines Rüstungsstillstandes auf internationaler Grundlage wird sich einstellen. Durch die alsdann freiverdenden Millionen wird die Friedens-Industrie blühen und erhöhten Aufschwung nehmen. Und ihre heutigen Agenten werden sogar die interessantesten Agitatoren für eine weitere Beschränkung der Rüstungsausgaben werden. Sie werden alsdann erkennen, daß der Friede doch das einträglichste Geschäft ist.

So wird es kommen. Aber der Staat muß anfangen. Der Wandel muß durch die Macht des Staates erzwungen werden. Auch die Industrie wird reiten können, wenn sie erst im Sattel sitzt.

Verschiedenes.

Parlamentarierzusammenkünfte in der Vergangenheit.

Der zwischen deutschen und französischen Parlamentariern in Bern unternommene Versuch, die Verständigung beider Staaten zu fördern, hat bereits Präzedenzfälle aufzuweisen. An diese zu erinnern erscheint um so wichtiger, als dadurch die gegen die Berner Zusammenkunft erhobenen Einwände neuerdings an Gewicht verlieren. Zwei Fälle, auf die in der vorhergehenden Nummer nur kurz hingewiesen wurde, zeigen deutlich, daß es sich bei derartigen Unternehmungen nicht um die Masse der Teilnehmer, sondern um den Geist, der die Erschienenen beseelt, handelt, und in erster Linie darum, überhaupt einen Anfang zu machen, einen Anstoß nach einer bestimmten Richtung zu geben.

So sei an jene berühmte Zusammenkunft französischer und englischer Deputierter erinnert, die am 31. Oktober 1888 im Pariser Grand Hotel stattfand.

Frédéric Passy hatte in der französischen Deputiertenkammer wiederholt den Versuch gemacht, die französische Regierung für den Abschluß eines Schiedsvertrages mit England zu interessieren. Randal Cremer, der bekannte Arbeiterführer des englischen Parlaments, der schon vorher die Initiative für eine Parlamentsaktion zugunsten eines anglo-amerikanischen Schiedsvertrages unternommen hatte, wandte sich an Passy mit dem Vorschlage, zur rascheren Förderung eines englisch-französischen Schiedsabkommens eine Zusammenkunft englischer und französischer Parlamentarier zu bewirken. Er rechnete, wie Frédéric Passy berichtet, auf die Teilnahme von 150 bis 200 seiner englischen Kollegen. Passy erwiderte ihm, daß er die Idee für ausgezeichnet halte und daß, wenn nur ein halbes Dutzend englischer Parlamentarier erscheinen würden, „die Tatsache einer solchen Entente der Vertreter zweier Nationen ein Ereignis von höchster Tragweite wäre.“ Cremer kam nach Paris, nahm Fühlung mit verschiedenen Politikern, deren Zustimmung er fand, und auch der Minister-

präsident Goblet ermutigte ihn zu seinem Vorhaben.

An dem oben erwähnten 31. Oktober 1888 fand jene Parlamentarier-Zusammenkunft statt, an der statt der erhofften 200 nur 9 englische Deputierte erschienen waren, denen nur 25 französische Abgeordnete gegenüberstanden. Die Sitzung war nur von kurzer Dauer. Sie währte eine Stunde und zeitigte eine Anzahl Resolutionen, durch deren eine beschlossen wurde, für das folgende Weltausstellungsjahr eine neue Zusammenkunft einzuberufen, zu der die schiedsgerichtsfreundlichen Parlamentarier auch der anderen Parlamente zuzuziehen sind. Es wurde ein Komitee eingesetzt, das diese Zusammenkunft vorzubereiten hatte. Damit war die interparlamentarische Union begründet. Aus jener schlecht besuchten, von den Zeitgenossen nur kaum beachteten Vereinigung entwickelte sich jene Körperschaft, die heute in 21 Parlamenten 3640 Mitglieder umfaßt, deren großer Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen des Völkerrechts und namentlich des Haager Werkes von der ganzen Kulturwelt anerkannt wird.

Man sieht, es ist nicht die Masse notwendig, um große Folgen zu zeitigen.

Und noch auf eine andere Parlaments-entrevue sei hier hingewiesen. Sie fand zwischen dem 21. und 25. Juli 1903 in London statt. Das Commercial Committee des englischen Unterhauses war nach Paris gekommen, um die französischen Parlamentarier zu einer in London abzuhaltenden gemeinsamen Sitzung einzuladen. Der Zweck war die Besprechung einer gemeinsamen Aktion zur Herstellung eines ständigen Schiedsgerichtsvertrages zwischen England und Frankreich.

Neunzig Mitglieder des französischen Parlaments leisteten jener Einladung Folge. Also lange nicht so viel als französische Parlamentarier in Bern anwesend waren. Das Ergebnis jenes denkwürdigen Parlamentsbesuches war nicht nur der Schiedsvertrag, der noch im selben Jahre zwischen England und Frankreich unterzeichnet wurde, sondern auch die Entente cordiale, die die politischen Verhältnisse Europas in entscheidender Weise beeinflusste.



Die Adresse der englischen Kirchen an den Kaiser.

Eine Deputation, an deren Spitze der Bischof Boyd Carpenter sich befand, überreichte am 16. Juni dem Kaiser aus Anlaß seines Regierungsjubiläums eine Adresse, deren Wortlaut hier festgehalten werden soll.

„An Seine Majestät den Deutschen Kaiser. Untertänige Adresse des Britischen Ausschusses der Vereinigten Ausschüsse von Kirchen im Britischen und Deutschen Reich zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern. Eure Majestät wolle uns gestatten, als den Vertretern des Ausschusses Eurer Majestät unsere respektvollsten und herzlichsten Glückwünsche zum 25. Jahres-

tage von Eurer Majestät Besteigung des Kaiserlichen Thrones von Deutschland darzubringen. Die Periode, während welcher Eure Majestät regiert haben, ist gekennzeichnet durch einen außergewöhnlichen Fortschritt in der materiellen, moralischen und intellektuellen Wohlfahrt des deutschen und unseres eigenen Volkes und an diesen Segnungen haben auch andere Nationen teilgenommen. Ein solcher Fortschritt ist nur möglich, wenn die Völker frei sind von den Besorgnissen und Störungen des Krieges, und wir erkennen es mit Dankbarkeit an, daß die Erhaltung des europäischen Friedens nächst Gott in nicht geringem Maße auf den früh gebildeten und unermüdlich festgehaltenen Entschluß Eurer Majestät zurückzuführen ist, die Segnungen des Friedens zu fördern und zu erhalten. — Als Vertreter einer Nation, die mit der deutschen Nation durch Bande des Bluts, der Freundschaft und des wechselseitigen Interesses verbunden ist, heißen wir das Prosperieren der von Eurer Majestät beherrschten Länder willkommen, und obschon wir erkennen, daß es zwischen zwei sich ausdehnenden Nationalitäten nicht an einem gesunden Wettbewerb fehlen kann, sind wir doch überzeugt, daß eine solche Rivalität eine freundschaftliche sein kann, und wir blicken mit Vertrauen nach vorwärts, da wir uns erinnern, daß unter Eurer Majestät Leitung während aller dieser Jahre wechselseitiger kommerzieller Aktivität es keinen Bruch der Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern gegeben hat. Wir danken Gott für dies Zeichen seiner Vorsehung, wie wir überzeugt sind, daß eine herzliche Kooperation zwischen Deutschland und Großbritannien von dem größten Nutzen für den allgemeinen Fortschritt der Menschheit ist, und daß jede Behinderung dieser vereinten Bestrebungen der christlichen Zivilisation eine schwere Schädigung zufügen würde. Als Mitglieder einer Vereinigung Christlicher Kirchen halten wir die Förderung einer internationalen Bruderschaft für einen wesentlichen Teil unserer Pflicht gegenüber unserem Herrn und Meister Jesus Christus, und unsere Genossen in beiden Reichen streben demgemäß danach, ihrem Volk das Gefühl für die Verantwortlichkeit einzuprägen, die auf ihnen ruhen würde, wenn sie gestatten würden, daß irgendwelche unwürdigen Empfindungen die freundschaftlichen Beziehungen unterbrechen, die zwischen den beiden Nationen besteht.

Wir sind sicher, daß sowohl Eure Majestät wie Eurer Majestät Ratgeber mit uns in diesem Wunsche sympathisieren, und wir beten, daß Gott Eure Majestät lange erhalten möge, um die große Aufgabe weiterzuführen, den Frieden der Welt zu suchen, der mit dem Fortschritt der Zivilisation und der Ausbreitung unseres gemeinsamen Glaubens fest verbunden ist.“

Der Kaiser hat auf die Ansprache des englischen Bischofs mit folgenden Worten geantwortet:

„Es gewährt mir ein großes Vergnügen, Ihre Deputation zu empfangen und ich kann Ihnen nur die Versicherung geben, daß ich fortfahren werde, mein Bestes zu tun, um den Frieden zu erhalten und die freundlichen Beziehungen zu fördern, die zwischen den beiden Nationen bestehen.“

Das wahre Antlitz des Krieges. :: :: :: :: :: :: ::

Der deutsche Arzt Dr. von Oettinger, der den Balkankrieg als Chef-Chirurg des serbischen Roten Kreuzes mitgemacht hat, veröffentlicht unter obigem Titel in der „Berliner Illustrierten Zeitung“ einige Erlebnisse aus dem Balkankrieg, die seiner eigenen Darstellung nach dazu dienen sollen, „den leichtsinnigen Hetzern“ . . . das Kriegselend vor Augen zu führen.“ Eingangs sagt der Verfasser, der durchaus kein Pazifist ist, sondern den Krieg als „ein unabwendbares Uebel“ glaubt bezeichnen zu müssen:

„Es hat zu jeder Zeit Verherrlicher des Krieges gegeben, und zwar nicht nur unter denen, die in Kriegszeiten im Trüben zu fischen gedenken, sondern auch Dichter und Denker haben sich begeistert über die segensreichen Wirkungen des Krieges ausgesprochen. Mag man darüber rechten und streiten, sicher ist, daß das eigentliche Wesen des Krieges, das Grauen und die Scheußlichkeit nur in jenem haften bleiben, der die Kriegsleiden des Kampfes kennen lernen, sie beobachten mußte. Weder der Kulturfortschritt der Nationen, noch die vervollkommnete Technik der Waffen haben an der Grausamkeit des Krieges irgend etwas geändert. Im Gegenteil! Wenn in früheren Jahrhunderten „die Bestie im Menschen“ noch die Genugtuung hatte, Aug' in Auge mit dem Feinde zu ringen, ihn — sei es mit Kolben oder Zähnen — zu vernichten, so kommt das heutzutage nur noch selten vor.“ Er schildert dann die Grausamkeit der sogenannten „humanen“ Geschosse, und fährt fort: Besonders grausam ist der Festungskrieg, wenn gestürmt werden soll. Die Militäringenieure haben die Verteidigung selbst einer offenen Stadt heute auf eine so hohe Stufe gebracht, daß ein Ort, der sich verproviantieren kann (zum Beispiel Skutari, das am See liegt), fast als uneinnehmbar gelten kann. Der Angreifer bedient sich der großen Belagerungsgeschütze, die aber im allgemeinen nicht viel Unheil anrichten. In großen Laufgräben versucht er sich dem Orte zu nähern, ihn im Kreise einzuschließen, ihn, wennmöglich, von der Wasserzufuhr abzuschneiden. Der Verteidiger aber benutzt als Annäherungshindernis den berühmten Stacheldraht, der in jeder Form, als Wolfsgrube oder als Falldraht, wirksam wird. Letzterer wird nur 15 bis 20 Zentimeter hoch im Grase ausgespannt, und anstürmende Kolonnen prasseln hin als wäre der Blitz in sie gefahren. Dabei sind die Drähte kaum zu finden. Das schwierigste Hindernis aber sind

die Gewirre von Stacheldraht, aus denen selbst ein gesunder Mann sich kaum zu befreien vermag. Um solche Hindernisse hinwegzuräumen, wurden in der Mandchurei Sturmkolonnen ausgelost. Mit großen Eisenscheren versehen — ohne Waffe — mußten sie, — totgeweiht, — vorausstürmen, alles durchschneiden und forträumen, damit über ihre Leichen hinweg vorgedrungen werden konnte.“

Die pazifistische Durchdringung. :: :: :: :: :: :: ::

Am 19. April hielt der Führer der Kadettenpartei, Miljukow in der russischen Duma eine große Rede zur auswärtigen Politik in der er u. a. folgendes sagte:

„Es zeigte sich also in ganz Europa eine ungewöhnliche Tendenz zur Friedensliebe, welche auch noch bis jetzt anhält, wie aus dem Allerhöchsten Reskript an den Minister des Aeußeren hervorgeht. Offenbar haben die Ideen des Pazifismus in Europa Erfolg. Vor zehn Jahren wäre Europa aus dieser Balkankrisis kaum so friedfertig hervorgegangen, wie jetzt.“

Kurze Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In die Redaktion der „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht“ ist Dr. Hans Wehberg neben den Professoren Kohler und Oppenheim eingetreten und hat die Schriftleitung übernommen. — Baron d'Estournelles de Constant hat einen schweren Verlust erlitten. Am 11. Juni verschied in Paris sein 25 jähriger Sohn. — Am 30. Juni starb in Philadelphia Alfred H. Love im 83. Lebensjahr. Er begründete 1866 die „Universal Peace Union“ und gab seit 36 Jahren den „Peacemaker“ heraus. — Im Rahmen der Jenaer Ferienkurse, die vom 4. bis 16. August zum 25. Mal abgehalten werden, wird am 6. August Anna B. Eckstein über „Der Sinn des Lebens und die Friedenssicherung“ sprechen. — Der Senat der Universität Leiden hat aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung des Haager Schiedspalastes vier Ehrendoktoren der Staatswissenschaft ernannt. Es sind dies: Staatsminister Prof. Asser, Haag, Prof. Renault, Paris, Senator Elihu Root, Washington, und Alfred H. Fried, Wien. — David Starr Jordan, der Präsident der Leland Stanford-Universität in Kalifornien, hat auf ein Jahr Urlaub genommen, den er im Dienste der Friedenspropaganda in Europa zu verbringen beabsichtigt. Er wird zunächst in England einige Vorträge halten und dann die Balkanstaaten besuchen, um sich an Ort und Stelle über die Folgen des Krieges zu unterrichten. — Im Haag hat sich unter dem Vorsitz des Hr. Mr. A. Van Daehne von Varick ein Komitee gebildet, das es sich zur Aufgabe stellt, William Stead im Friedenspalast ein Denkmal zu errichten.

AVS DER BEWEGUNG

Der XXI. Weltfriedenskongreß in Wien. :: :: ::

Im nächsten Jahre wird ein Vierteljahrhundert seit dem Beginn der neuen Serie der Weltfriedenskongresse vergangen sein. In dieser Zeit werden 20 dieser Kongresse in fast allen Ländern Europas getagt haben, mit Ausnahme von Oesterreich. In der ungarischen Hauptstadt fand der Kongreß bekanntlich im Jahre 1896 eine noch in aller Teilnehmer Erinnerung befindliche glänzende Aufnahme. Im nächsten Jahre wird auch ein Jahrhundert vergangen sein, seitdem in Wien der große Fürsten- und Diplomatenkongreß zusammentrat, der die Grundlage zum heutigen Europa legte. Aus diesen Gründen wird dem im August im Haag stattfindenden XX. Weltfriedenskongreß die Einladung überreicht werden, den XXI. Weltfriedenskongreß im Herbst des nächsten Jahres in Wien abzuhalten.



Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. :: ::

4.—30. August: Abhaltung eines internationalen Friedens-Seminars in Kaiserslautern.

19.—21. August: VIII. Deutscher Esperantokongreß in Stuttgart.

20.—23. August: XX. Weltfriedenskongreß im Haag.

23.—25. August: Internationaler Friedenskongreß der Freimaurer im Haag.

28. August: Einweihung des Friedenspalastes im Haag.

29.—31. August: IX. Internationaler Esperantokongreß in Bern.

29. Aug. bis 13. Sept.: VIII. Weltkongreß der Studentenverbände (Corda Fratres) in Ithaca, New York.

1.—5. September: Internationale Studentenvereinigung im Haag.

3.—6. September: XVIII. Interparlamentarische Konferenz im Haag.

10.—13. September: Konferenz der deutsch-französischen Verständigungs-Vereinigung „Pour mieux se connaître“ in Gent.

1. Oktober: XXVIII. Konferenz der Int. Law Association in Madrid.

4.—6. Oktober: Zweiter Verbandstag des „Verbandes für internationale Verständigung“ in Nürnberg.



Der 70. Geburtstag der Baronin Suttner. :: :: ::

Auf besonderen Wunsch der Baronin unterblieb jede offizielle Feier ihres 70. Geburtstages. Sie hatte sich auch durch ihre Abreise jeder Ueberrumpfung entzogen. Der Vorstand der österreichischen Friedensgesellschaft trat jedoch am 7. Juni zu einer Festsitzung zusammen, bei der Vizepräsident Balduin Groller eine Ansprache hielt, deren Wortlaut bereits in der vorhergehenden Nummer der

„Friedens-Warte“ (S. 239) zum Abdruck gebracht wurde. Die deutsche Friedensgesellschaft übersandte eine kunstvoll ausgestattete Adresse folgenden Inhalts:

„Stuttgart, im Mai 1913.

Hochverehrte Frau Baronin!

An dem Ehrentage, der Ihnen mit Ihrem 70. Geburtsfeste aufzieht, stellt sich unter den viel tausenden dankbarer Zeitgenossen auch die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft bei Ihnen ein, um Ihnen ihre volle Anerkennung für Ihr selbstloses Wirken im Dienst der uns allen heiligen Sache auszudrücken. Sie haben nicht nur in Ihren weltberühmten Schriften „Die Waffen nieder!“, „Schach der Qual“, „Der Menschheit Hochgedanken“ u. a. m. der Friedensidee beredten und hinreißenden Ausdruck verliehen und dadurch eine Welt von Kräften für den Kampf um die Zukunft der Menschheit aufgerufen, Sie haben nicht nur auf den internationalen Kongressen von einer weithin sichtbaren Warte herab Ihre geistvollen und lebenssprühenden Ideen einer begeisterten Zuhörerschaft kundgetan, Sie haben auch durch eine hingebende Kleinarbeit den wissenschaftlichen Pazifismus mitbegründet und das Arsenal der Friedensfreunde mit tausend geistigen Waffen gefüllt. So sind Sie zu der Bannerträgerin unserer Bewegung geworden, die uns bis in die spätesten Zeiten in der Gloriole der Verklärung — ein Gegenstück zu der den nationalen Gedanken vertretenden Jungfrau von Orleans — voranleuchten wird. Und wie die Schillersche Jeanne d'Arc im Blick auf ihre Fahne sagen konnte: „Ich darf sie zeigen, denn ich trug sie treu,“ so mögen auch Sie im Gedanken an Ihre erfolgreiche Tätigkeit das Friedensbanner in geweihten Händen halten, des endlichen Siegs der von Ihnen vertretenen heiligen Sache gewiß!

Möge, nachdem sich die kriegerischen Wetterwolken verzogen haben, das Licht der Friedenssonne Ihren Lebensabend verklären. Den Dank der Millionen, die Sie von der blutigen Geißel des Krieges erretten halfen, wird Ihnen die Nachwelt nicht schuldig bleiben.

In herzlicher Verehrung

der Vorstand der Deutschen
Friedensgesellschaft.

Dr. Adolf Richter, m. p.

Stadtpfarrer Umfrid, m. p.

In Stuttgart, Hamburg, Frankfurt a. M. veranstalteten die dortigen Friedensgesellschaften öffentliche Suttnerfeiern. Der Prager Stadtrat übersandte eine künstlerisch ausgeführte Bronzeplakette mit einer ehrenden Inschrift. Bertha von Suttner ist in Prag geboren. Es ist anerkennenswert, daß der tschechische Stadtrat von Prag soviel Objektivität

besitzt, die große Tochter der Stadt zu ehren, obwohl sie eine deutsche Frau ist. Die deutsche Stadtverwaltung von Wien hat sich leider nicht einmal zu einer Begrüßungsdepesche aufgeschwungen.

Das Begleitschreiben zur Ehrenplakette hat folgenden Wortlaut:

„Präsidium
des Stadt- und Magistratsrates
der königl. Hauptstadt Prag.

Hochgeborne Frau!

Der Gemeinderat der königl. Hauptstadt Prag hat aus Anlaß der seltenen Feier des 70. Geburtsfestes Ihr. Hochgeborenen in seiner Sitzung vom 23. Mai 1913, eingedenk der langjährigen, eifrigen und unermüdlichen Bestrebungen hingebend zur Erhaltung eines dauernden Weltfriedens und eines friedlichen Zusammenlebens unter allen Nationen der Welt, einstimmig beschlossen, Ihnen die Ehren- und Verdienstplakette der königl. Hauptstadt Prag zu verleihen, als bescheidenen Beweis der höchsten aufrichtigsten Anerkennung Ihrer besonderen verdienstvollen Bestrebungen und Ihres, einem edlen Ziele geweihten Lebens.

Es gereicht mir zur besonderen Ehre und ist mir eine angenehme Pflicht, Sie, hochgeborene Frau, von diesem einstimmigen Beschluß des Stadtrates der königl. Hauptstadt Prag in Kenntnis zu setzen und erlaube ich mir gleichzeitig, Sie im Namen des Präsidiums des Stadtrates, sowie im eigenen Namen auf das allerherzlichste zu beglückwünschen.

Mit dem innigen Wunsche, es möge Ihnen durch eine lange Reihe von Jahren bei voller Geistes- und Körperfrische noch vergönnt sein, für die erhabene Idee des Weltfriedens bis zu dem endlichen Siege dieses Ringens, welcher von der Menschheit so sehnsüchtig erwartet wird, zu wirken, schließe ich gleichzeitig die Plaquette bei und bin

hochgeborene Frau stets ganz ergebener

Gros,

Bürgermeister der königl. Hauptstadt
Prag.

Prag, den 23. Mai 1913.“

Der Baronin zu Ehren wurde eine Sammlung für eine Suttnerstiftung eingeleitet, deren Erträgnis die Baronin für die Oesterreichische Friedensgesellschaft bestimmte. Die Sammlung ergab bis jetzt den ansehnlichen Betrag von ca. 30 000 Kr.

Unmöglich ist es, die nach vielen hunderten zählenden Depeschen und Gratulationschreiben anzuführen, die aus allen Ländern und aus allen Kreisen herrührten. Daß aber auch Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses unter den Gratulanten sich befanden, soll hervorgehoben werden.

Die Presse aller Länder — ganz abgesehen von der pazifistischen Fachpresse — befaßte sich in ausführlichen Artikeln mit der Jubilarin.

(Näheres darüber unten in der „Artikel-Bibliographie.“) Viele brachten auch ihr Porträt. So gestaltete sich das Suttnerjubiläum zu einer Weltfriedensfeier, bei der die große Verehrung und der internationale Ruhm der großen Frau, aber auch der Umfang und die Bedeutung des Pazifismus deutlich zum Ausdruck gelangte.



Friedensgesellschaft in Mülhausen i. E. :: :: :: ::

Auf elsässischen Boden beginnt der Pazifismus mächtig in die Höhe zu schießen. Die Bewohner der Reichslande sind sich ihrer Lage bewußt geworden, haben erkannt, daß ein Krieg sie in erster Linie treffen müßte, die Arbeit für die Friedenssicherung ihr wichtigster Beruf sei. Aus diesen Erwägungen heraus traten dort jene erfreulichen Kundgebungen in Erscheinung, die wir in den letzten Monaten hier verzeichnen konnten; so wird jetzt wieder die Gründung einer neuen Friedensgesellschaft in Mülhausen gemeldet, die ihren Anschluß an die Deutsche Friedensgesellschaft gesucht hat und an deren Spitze der bekannte elsässische Industrielle v. Schlumberger getreten ist. Dieser eröffnete auch die konstituierende Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf die im Frühling abgehaltene imposante Friedenskundgebung der drei politischen Organisationen Mülhausens sowie auf die einstimmig gefaßte Resolution des elsäß-lothringischen Landtags zugunsten des Friedens hinwies. Wenn auch die edlen Bestrebungen der Friedensfreunde von mancher Seite noch als Utopien angesehen, so führte der Redner aus, und der Krieg als eine Naturnotwendigkeit hingestellt werde, so mache der Pazifismus doch zusehends Fortschritte. Besonders in Elsaß-Lothringen finde die Friedensidee großen Anklang, da unser Land kein Festungsglacié sein, sondern die natürliche Brücke zwischen den beiden großen Kulturvölkern diesseits und jenseits der Vogesen bilden wolle, die es schon zu französischer Zeit war. Für eine ruhige friedliche Entwicklung unserer Verhältnisse und gegen alle Chauvinisten und Kriegshetzer müsse das Losungswort der zu gründenden Friedensgesellschaft sein, schloß der Redner seine, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Einige Tage nach der Gründung der Gesellschaft, der gleich 86 Mitglieder beitraten, wurde ein Aufruf erlassen. Darin wird zunächst auf das Bestehen von Friedensgesellschaften in Straßburg und Colmar hingewiesen, und dann werden die Gedanken und Ziele der Friedensbewegung dargelegt: „Steigende Kultur und gemeinsame Interessen der Völker unterstützen die Forderung, daß die Beziehungen der Völker und Nationen durch dieselbe Moral und dasselbe Recht geregelt werden, wie die Beziehungen zwischen den einzelnen und daß sie mit der übergeordneten Idee der Menschheit in Einklang gehalten werden. Die wirtschaftliche Entwicklung selbst weise in diese Richtung und lasse den Krieg mehr und mehr auch

hoffen, noch ausführlicher darauf zurückzukommen.

Lim an, Dr. Paul,
Der Kaiser. Ein Charakterbild Kaiser Wilhelms II. Neue umgearbeitete und stark vermehrte Ausgabe. 8^o. Leipzig. O. J. Theod. Thomas. 435 S.

Es handelt sich um eine Neuauflage anlässlich des Kaiserjubiläums. Der alldeutsche Wortführer ist mit dem Kaiser nicht zufrieden. Die Bilanz seiner bisherigen Regierung erscheint ihm wenig imponierend. „Wir sind Epigonen geblieben“ meint er, „und — am Maße unserer Väter gemessen ein kleines Geschlecht.“ Was soll man zu solcher Romantik sagen? Wir Flieger, wir drahtlos Sprechenden, wir Bakterienjäger — ein kleines Geschlecht gegenüber dem Oellampenfortschritt unserer Väter? Allerdings Liman macht die Inventur: „Helgoland, Kiantschou, der chinesische Feldzug und die Karolinen, Algeciras, Agadir und die Dünste des Kongo —.“ Nicht der Rede wert. Er will Europa erobert haben, Amerika in einen preußischen Landratsbezirk verwandelt sehen, und da dem nicht so ist, spricht er vom „Grabe mancher deutschen Hoffnung“. Es ist unerhört! Weinend ruft er aus: „Unter Kaiser Wilhelm des Zweiten Regierung wurde kein Krieg geführt, hingen die Waffen im Tempel der Göttin —.“ Er tadelt den Kaiser über die Auffassung seines Amtes, die er romantisch nennt, weil: — „Niemals der große Irrtum“ von ihm gewichen ist, „das letzte Ziel einer starken Nation in der Erhaltung des Friedens zu suchen, niemals der Irrtum, daß die großen Fragen der Zeit durch versöhnende Worte gelöst werden können.“ Der Irrtum also!

Herr Liman will die Wahrheit und die Größe der Nation durch Schießen und Stechen begründen. Schade, daß er ein Nachgeborener ist. Für derlei Ideale hat unsere Zeit kein Verständnis mehr.

„Grotius.“
International jaarboek voor 1913 onder Redactie van: M. J. van der Fier, Jhr. Dr. B. de Jong van Beek en Donk, Henry van der Mandere, Jacob ter Meulen. 8^o. Haag 1913. Martinus Nijhoff. 434 S. Lwbd.

Dieses Buch ist ein Zeichen des mächtig aufstrebenden Pazifismus in den Niederlanden. Es gibt einen Ueberblick über die starke Entwicklung des Internationalismus auf holländischem Boden. Der Wettbewerb, der sich zwischen Holland und Belgien um die Führung auf dem Gebiete der internationalen Praxis und der internationalen Wissenschaft entwickelt, ist von höchstem Interesse und kann vom Standpunkt der Friedensidee nur mit Beifall begrüßt werden. Das vorliegende Jahrbuch scheint eine Aktion in diesem Wettkampf zu sein. Die Belgier haben vor ihren niederländischen Mitbewerbern den Vorteil, daß sie in einer Weltsprache schreiben, und es wäre zu wünschen, daß sich die Niederländer diesen Vorteil nicht entgehen lassen sollten. So wäre es freudig zu begrüßen, wenn das Jahrbuch „Grotius“ künftig ganz in französischer Sprache erscheinen würde, was bis jetzt nur bei einem Artikel der Fall ist.

Aus den Beiträgen sind hervorzuheben: eine Biographie Den Beer Poortugaels von Henry

van der Mandere. Ferner die Artikel: De Ontwikkeling der Staatengemeenschap von Jacob ter Meulen, De pers als Vredesapostel von Dr. A. Kuyper, Nederlandsch Internationaal-Rechtelijk Jaaroverzicht tot Maart 1913 von Prof. Dr. W. J. M. van Eysinga, und L'Unification du droit relatif à la lettre de change von C. Asser.

Oscar S. Straus.

The American Spirit. New York, the Century Co., 1913.

Oscar S. Straus ist ein vielseitiger Mann. Er hat als ein Hauptkämpfer in den Reihen der republikanischen Partei an der Seite seines Freundes Roosevelt wiederholt segensreich in die amerikanische Politik eingegriffen. Er war unter dem Präsidenten Roosevelt Handelsminister, hat mehrmals sein Vaterland als Botschafter in Konstantinopel vertreten und ist auch mit ersten und interessanten Werken, wie „The Origin of republican form of government in the United States“ und „Roger Williams the Pioneer of religious liberty“, in die Öffentlichkeit getreten. Jetzt liegt uns ein neues Buch vor, in welchem die Erfahrungen und das Bekenntnis des berühmten Amerikaners schön zusammengefaßt sind. Wie Roosevelt sich in seinen mannigfachen Schriften die Welt mit dem bekannt zu machen bemüht hat, was Amerikanismus ist, so lehrt uns auch Straus in den Essays, aus denen sich sein Buch zusammensetzt, was amerikanischer Geist ist. Nach seiner Auffassung ist der amerikanische Geist gerade das Gegenteil von dem, was sich die großen Massen Europas am liebsten darunter vorstellen. Er hat manches Wort geprägt, um diesen Geist zu charakterisieren: „The man above the dollar“. Ein anderes Wort von ihm lautet: „We are a commercial nation, but not commercialized people“. Oder „the American spirit in peace and war is a spirit of liberty and humanity“. Ein Geist amerikanischen Selbstbewußtseins, dabei voll patriarchalischer Anhänglichkeit an die Tradition, voll Achtung für die vielen in Amerika nebeneinander bestehenden Religionen und dem Grundsatz „freie Kirche im freien Staate“ zugetan, geht durch dieses Buch. Doch auch ein echter Pazifist, der jederzeit in der amerikanischen Öffentlichkeit für sein Bekenntnis eine Lanze zu brechen den Mut hat, spricht hier zu uns. Eines der interessantesten Kapitel des Buches ist das „Humanitarian Diplomacy“ betitelte. Es kann europäischen Lesern nicht schaden, zuweilen daran erinnert zu werden, daß die Diplomatie, bekanntlich eines der kostspieligsten Instrumente des Staatslebens, eigentlich nicht zu dem ausschließlichen Zwecke da sei, den Staat äußerlich zu repräsentieren, sondern noch mehr dazu, der Menschlichkeit im Leben der Völker zum Siege zu verhelfen. Und so führt denn Straus aus, inwieweit die diplomatische Kunst der Amerikaner wiederholt aufgerufen ward, solche Siege der Menschlichkeit herbeizuführen. Wie oft ist es geschehen, daß die zünftige Diplomatenkunst Europas die angebliche Einmischung Amerikas unbequem fand. Es sei nur daran erinnert, wie vor einigen Jahren Roosevelt zum Entsetzen Rumäniens dieses ermahnte, daß das Königreich es nicht zum Scheine allein im Berliner Vertrag übernommen haben sollte, allen seinen Untertanen

und demgemäß auch den Juden gleiche Rechte zu geben. Auch den Machthabern in Wien war die Unionsdiplomatie gerade nicht bequem, als sie sich nach der fehlgeschlagenen ungarischen Revolution des alten Kossuth angenommen hatte.

Der Verfasser ist sehr amerikanisch gesinnt, aber, ein scharfer Gegner aller Xenophobie, hebt er gerade den segensreichen Einfluß, den die Fremden in Amerika geübt haben, hervor. Mit Roosevelt sagt er: Der Amerikanismus ist eine Frage geistiger Ueberzeugungen und Vorsätze, nicht aber des Glaubens oder des Geburtsortes. In dem Kapitel „the Peace of nations and peace within nations“ legt er dar, daß die Voraussetzung für den äußeren Frieden der innere Friede sei, daß Bürgerkrieg auch den Völkerkrieg leicht zur Folge habe. Er rühmt Roosevelt als des Nobelpreises würdig, preist ihn als den Mann, der in dem größten Industriekampf moderner Zeiten — dem amerikanischen Kohlenstrike — als Schiedsrichter erfolgreich aufgetreten sei und auch folgerichtig den ihm gewordenen Nobelpreis der Förderung des Friedens in der Industriewelt gewidmet habe. Er bezeichnet den kommerziellen Geist als die sicherste Friedensgarantie, und es scheint ihm veraltet anzunehmen, daß unser eigenes Land desto stärker und mächtiger sei, je schwächer und ärmer die anderen Länder seien . . . im Gegenteil, Reichtum und Fortschritt anderer Länder sei eine Quelle von Reichtum und Fortschritt des eigenen Landes. Reichtum und Glück der Nationen beruhen auf Faktoren, die gleichzeitig international und intranational sind. Es könne auch, meint er, nicht die Beschränkung der Rüstungen allein eine bessere Zeit für internationale Beziehungen herbeiführen, sondern man müsse die internationale Moral überhaupt heben . . . man müsse den internationalen Opportunismus durch die internationale Moral substituieren. Er hält die Doktrin eines Drago für im Interesse der internationalen Moral gelegen. Warum sollte es, sagt er, einer Nation erlaubt sein, Krieg zu führen, um eine Schuld einzutreiben? Derselbe Staat, der den Krieg eröffnet, wird doch seinen Untertanen nicht erlauben, daß einer von dem anderen Schulden vor der Mündung der Kanonen oder mit Schwert und Pistole eintreibt.

Wir wollen nicht das an vierhundert Seiten starke Buch von Straus abschreiben und begnügen uns, dem Leser eine Idee von dem reichen Inhalt beizubringen, indem wir noch auf einige Essays besonders verweisen. Einer derselben betitelt sich „American commercial diplomacy“, ein anderer „Growth of american prestige“. Der einstige Handelsminister verbreitet sich über „Our commercial age“, „Commerce and international relations“, „Commerce and labor“. Sehr lehrreich sind auch die Kapitel über die Vereinigten Staaten und Rußland, über die Religionsfreiheit in den Vereinigten-Staaten, über Amerika und den Geist des amerikanischen Judentums, über Roosevelt usw. S. Münz.

René Pinon,

France et Allemagne 1870—1913. Paris, Perrin et Co., Libraires-Éditeurs, 1913.

René Pinon, ein bekannter Mitarbeiter der „Revue des deux mondes“ und des „Temps“, übt an einer Stelle des uns vorliegenden Werkes Kritik an gewissen deutschen Professoren, die mit Gelehrsamkeit und Pedanterie auch natio-

nalen Chauvinismus verbinden. Aber er selbst erscheint uns ein wenig wie solch' ein ins Französische übersetzter Professorentypus. Große Gründlichkeit, dabei einige Pedanterie und viel Nationalismus. Einer Generation angehörig, die das Jahr 1870 nur vom Hörensagen und aus den Blättern der Geschichte kennt, ist er doch voll von dem Gedanken, daß kein Franzose jemals „die Verstümmelung des Vaterlandes“ vergessen dürfe. Pinon verfällt also in den Fehler derjenigen, die er rügt. Wenn man Reiche und Vermögen auf ihre Grundlagen prüfen wollte, so würde einer solchen Revision kein Staat, und wäre er auch der kleinste, und auch kein Vermögen, und wäre es auch das geringfügigste, standhalten. Pinon schreibt, als ob Frankreich in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, selbstverständlich Elsaß-Lothringen inbegriffen, so alt wäre wie das Menschengeschlecht . . . als ob Frankreich, das große heilige Frankreich, niemals Länder geraubt hätte und Länderraub erst von Bismarck her datierte. Dem guten Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich können Bücher, die auf „patriotischen“ Voreingenommenheiten basieren, wenig nützen. Aber ein Buch von Pinon enthält immerhin so viel ernstes Material, daß man keineswegs darüber wie über ein erstbestes chauvinistisches Machwerk sprechen kann. Das ist vielmehr ein vortrefflich fundiertes Buch, dessen Verfasser eine ausgezeichnete Kenntnis insbesondere der europäischen Kolonialpolitik der letzten vierzig Jahre verrät. Man wird ihm auch manchmal beistimmen können, wenn er Kritik an der Marokkopolitik Deutschlands übt. Sein Buch ist reich dokumentiert, und keiner, der die neueste Geschichte verfolgt, wird es missen können. Der Verfasser ist auch ein lebendiger Beweis dessen, daß Deutschland heute in Frankreich ganz anders gekannt ist als vor Ausbruch des großen Krieges, an dessen Entstehen die völlige Unwissenheit der Franzosen über deutsche Verhältnisse Mitschuld trug. Auch diejenigen aber, die das von Pinon zusammengebrachte Material dankbar anerkennen, werden sich schwer entschließen, sich zu der daraus in seinem letzten Kapitel gezogenen Konklusion zu bekennen. Dem, was man Pazifismus nennt, erklärt Pinon von seinem französischen Standpunkte aus den Krieg, wiewohl er andererseits an einer Stelle die Zeitungen und Parteien tadelt, die einander in nationalistisch patriotischen Tiraden überbieten. Manche Mitteilung, die er zur Erhärtung seiner Thesen anführt, muß mit Vorsicht aufgenommen werden. Sollte Kaiser Wilhelm wirklich während des letzten Marokkokonflikts gesagt haben: „Ich kenne nur zwei Menschen in Deutschland, die nicht für den Krieg sind. Dies sind der Reichskanzler und ich?“ Wir hatten bis jetzt in dem Wahne gelebt, der größere Teil des deutschen Volkes wäre gegen einen Krieg mit Frankreich eingenommen. Um in Ziffern zu sprechen: Die 4 000 000 sozialistischen Stimmen haben laut genug gegen jeden Krieg protestiert, und noch mehr bürgerliche Stimmen würden sich wohl gegen einen Krieg erklären. Nun, Pinon ist gerecht genug, in dem Kaiser nicht nur einen Friedensfürsten, sondern auch einen Freund Frankreichs zu erkennen. Aber den Mut, es dem Kaiser in der Voraussetzung eines freundlichen Empfanges zu ermöglichen, daß er Parisbesuche, bringt Pinon so wenig wie irgend-

einer seiner Landsleute auf. Er fürchtet, wie die meisten seiner Kompatrioten, daß, wenn Frankreich in die ihm entgegengestreckte deutsche Freundeshand einschlagen würde, dies als eine Anerkennung des Frankfurter Friedens ausgelegt würde. Auch die kolonialen Notwendigkeiten Deutschlands, eine Folge seiner überhandnehmenden Industrie, legt Pinon gern als deutsche Eroberungssucht aus. Wenn die Deutschen den Franzosen Chauvinismus vorwerfen, so meint Pinon, daß dieser nunmehr eine von den Tatsachen überholte Legende sei. Im Gegenteil, sagt er, wir Franzosen lieben es, uns anzuschwärzen. Darauf muß man antworten: Auch in Deutschland ist die Zahl der Chauvinisten verhältnismäßig klein, . . . auch in Deutschland gibt es Leute genug, die Deutschland eher verkleinern. Dem gründlichen Pinon ist es passiert, daß er den Vizepräsidenten des deutschen Reichstags Dr. Paasche als einen Zentrumsabgeordneten deklariert hat. In Wirklichkeit ist Paasche nationalliberal und kaum jener Chauvinist, als der er, von Pinon en passant hingestellt wird. Wir vermögen es auch nicht anzuerkennen, daß sich erst in den letzten Jahrzehnten die Politik des Egoismus und der Gewalttätigkeit in Deutschland entwickelt habe. Nach unserer Kenntnis Bismarcks war er doch gerade kein Vertreter des evangelischen Grundsatzes, daß man, auf die eine Backe geschlagen, auch noch die andere hinhalten soll. Pinons Buch hat den Vorzug, nicht selten den Leser zum Widerspruch herauszufordern. Der Verfasser beleuchtet mit seltener Sachkenntnis die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich während der letzten vierzig Jahre, die zeitweilig gefährlichen Zusammenstöße zwischen den beiden Regierungen und die Richtungen der beiderseitigen Diplomatie, die im gegebenen Moment die Gefahr abzuwehren verstanden habe. Der Deutsche wird aus diesem Buche, das er nicht ohne Widerspruch lesen wird, doch vieles lernen.

S. M.

Nithack-Stahn, Walther, Barbareien. Gedanken zur Gegenwart. 8^o. Berlin 1913. Karl Curtius. 52 SS. M. 1.—

Nithack-Stahn geht von dem hochgesteigerten Kulturbewußtsein der Gegenwart aus. Von der hohen Warte aus, auf der er steht, sieht er mit scharfem Blick die Rückständigkeit, die als Residuen einer früheren Epoche unorganisch in unsere Zeit hereintraten und die, wenn sie ein Recht aufs Dasein behaupten, notwendig zu sittlichen Konflikten führen müssen. Ein falscher, absolutistischer Staatsbegriff hat die Kriegsgreuel, ein längst überwundener Ehrbegriff den Duellunfug, eine verkehrte Anschauung vom Kampf ums Dasein, die Tierquälerei bei den Jagden zur Folge. Die Unfähigkeit, die soziale Frage zu lösen, zeitigt die Widerlichkeiten der Massenwohltätigkeit und die Impotenz, sich in den Ernst des alles gleichmachenden Todes hineinzudenken, erzeugt die protzenhafte Selbstüberhebung der Reichen, selbst an den Gräbern. Uns interessiert vor allem der erste Abschnitt: Das Gewaltrecht unter den Völkern. In glänzendem Stil und mit überwältigender Logik geißelt der Verfasser den Versuch, zweierlei Moral anzuwenden, die eine für die Völker, die andere für die Individuen. Mit scharfen Strichen zeichnet er die Unchristlichkeit, ja die Untermenschlichkeit des Krieges, um seine Aufhebung im Namen des

Rechts zu verlangen. Wohl kennt auch er den Begriff des Polizeikrieges und zu meiner Freude sehe ich, daß er an diesem Punkt mit mir voll übereinstimmen scheint. So sagt er Seite 22 wörtlich: „Gewiß wird es unter den Staaten in unabsehbarer Zeit ein Organ der internationalen Ordnungsgewalt geben müssen, so wie wir im Staate, trotz Tolstoi, ein Polizeiherr nicht entbehren können. Aber darum handelt es sich, ob das einzelne Volk sich sein Recht mit dem Schwerte nehmen soll, oder ob die Kulturstaaten sich zu einem Rechtsverbände zusammenschließen, der ihre Sache, auch die des Schwächeren gegen den Stärkeren, mit allen und vor allen vertritt, im äußersten Notfalle den allgemeinen Kulturwillen mit Gewalt erzwingt, aber durch sein Vorhandensein die Bürgerschaft bietet, daß es nur selten zu diesem Außersten kommt.“ — Möge der Protest gegen die Ungeheuerlichkeiten, die unserer Kultur noch anhaften, von denen gehört werden, an deren Adressen er gerichtet ist.

O. Umfrid.

Nithack-Stahn, Walther, Kirche und Krieg. 8^o. Halle a. S. (1913.) J. Frickes Verlag (J. Nithack-Stahn). 31 SS. 50 Pf.

Das sollte wie der Hammerschlag wirken, mit dem Luther seine Thesen an der Schloßkirche zu Wittenberg anschlug, aufweckend, wie der Schall der Posaune, erschütternd, wie der rollende Donner. Hier redet nicht nur ein Meister in der Stilistik, sondern ein von der Wahrheit wie von einem Gott gepackter Prophet. Eine flammende Anklage schleudert er den lauen Kirchenmännern ins Gesicht, die über den oft so kleinlichen Dogmen und Sittenstreitereien die Pflicht der Friedenspredigt versäumen, die, von nationaler Engherzigkeit unwunden, es vergessen, die Völker zur Bruderschaft zu rufen. Den Geist des Urchristentums hat Nithack-Stahn wie kaum ein anderer erfaßt, und er weiß, daß es ein Geist des Friedens ist, und daß der Glaube an die Zukunft der Menschheit zugleich der Glaube an den Sieg des Pazifismus ist. Der Aufruf an die Geistlichen hat uns 395 Unterschriften gebracht, aber die schönste Frucht, die er zeitigte, ist diese Schrift unseres großen Mitkämpfers, die aus dem Zorn über die Mattherzigkeit und ablehnende Haltung der Tausende heraus geboren ist, die sich bis jetzt dem Sonnenstrahl der Wahrheit noch verschlossen haben. Mir aber fiel beim Lesen dieser Schrift die Strophe ein: „Die Wahrheit ist unser, schon fliehst die Nacht; drum kämpfet, bis siegend der Morgen erwacht!“

O. Umfrid.

Jerusalem, Wilhelm, Einleitung in die Philosophie. 5. u. 6. Auflage. 7. bis 9. Tausend. Gr. 8^o. Wien und Leipzig 1913. Wilhelm Braumüller. 402 S.

Die Neuauflage dieses ausgezeichneten Lehrbuches hat auch die Probleme der Ethik und Soziologie mitaufgenommen. Erfreulicherweise wird bei dieser Gelegenheit auch der Friedensbewegung Erwähnung getan. Jerusalem ist es gelungen, in einigen kurzen Strichen, den Organisationsgedanken des modernen Pazifismus klarzulegen, was entschieden dazu beitragen wird, viele falsche Urteile zu zerstreuen und eine Anzahl denkender Leser für das Friedensproblem zu interessieren.

Sieper, Ernst,
Deutschland und England in ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen. Verhandlungen der deutsch-englischen Verständigungskonferenz. Gr. 8°. München und Berlin. 1913. R. Oldenbourg. 166 S. Br. 2,50 M.

Diese gesammelten Berichte der anglo-deutschen Verständigungskonferenz vom Oktober vorigen Jahres sind von höchstem Propagandawert. Wenn man solche Reden von einem unserer Friedenskongresse liest, werden sie uns gewiß gefallen, aber wir werden dabei das Gefühl nicht los, das uns unsere lächelnden und lächerlichen Gegner eingeflößt haben, daß wir mit solchen vernünftigen Reden den Leuten doch nicht imponieren. Wir sind nun einmal Friedenskongreßler! Wenn es auch Zeit ist, diese unangebrachte Bescheidenheit abzulegen, so können wir doch nicht umhin, festzustellen, daß diese Reden, wenn sie von den ersten Persönlichkeiten zweier Länder, von Diplomaten, führenden Industriellen und Presseleuten gehalten werden, und wenn sie doch keine andere Anschauung enthalten als just die unsere, eine bedeutend höhere Wirkung ausüben müssen.

Es ist schade, daß diese Verhandlungen verhältnismäßig wenig bekannt geworden sind. Es ist vielleicht das Beste, das seit langem gegen den Wahnsinn der Völkerverhetzung und gegen die Theorien der Blut- und Eisen-Apostel vorgebracht wurde. Ernst Sieper hat sich mit Herausgabe dieser Verhandlungen ein großes Verdienst erworben, und wir wünschen der Veröffentlichung die weiteste Verbreitung.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift für allgemeine und spezielle Weltwirtschaftslehre, herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms in Kiel. 1. Band, Heft 2. April. Gr. 8°. Jena 1913. Gustav Fischer.

Aus dem Inhalt: Ernst Oberfohren, Jean Bodin und seine Schule. — Direktor Dr. Peter Stubmann, Panamakanal und Weltwirtschaft. — Prof. Dr. Hermann Levy, Weltwirtschaft und territoriale Machtpolitik. — usw.

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Hrsgb. von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin und Prof. Dr. L. Oppenheim, Cambridge. VII. Band. 1. Heft. (Mit einem Beiheft: Ernst Freiherr von Teubern, Die Meistbegünstigungsklausel in den internationalen Handelsverträgen.) Gr. 8°. Breslau 1913. J. U. Kerns Verlag. (Max Müller.)

Aus dem Inhalt: Josef Kohler, Die Lehren des Canevarofalles. — Hermann Häberlin, Die Geschichte der Monroedoktrin von dem Panamakongreß bis zu der Präsidentschaft Grants. — Urteile des Haager Schiedshofes vom 6. Mai 1913: 1. Fall Carthage. 2. Fall Manouba. — usw.

Bulletin of the Pan-American Union. Washington. Mai.

Aus dem Inhalt: Charles Lyon Chandler, The Pan Americanism of

Henry Clay. — Pan american educational matters. — usw.

Revue générale de Droit International Public. (Paris,) März/April. Kedbedgy, Les îles de la mer Egée occupées par les Italiens. — Norwège, Russie et Suède. La Question du Spitzberg, Conférence de Christiana du 15 au 26 janvier 1912, projet de convention. — Congrès universel de la paix, session de Genève (1912) résolutions et voeux. — usw.

La Vie Internationale. Revue mensuelle des idées, des faits et des organismes internationaux. Tome III. 1913. Numéro 5. Fascicule 13. Lex. 8°. Bruxelles. Office Central des Associations Internationales.

Aus dem Inhalt: Irving Fisher, Le Sionisme. — L'Organisation Internationale de la Mesure du temps. — La Deutsche Bank et les affaires internationales. — Cour permanente d'Arbitrage. — usw.

— Fascicule 12.
Aus dem Inhalt: Irving Fisher, De la nécessité d'une Conférence internationale sur le Coût de la vie. — Le Service International des Echanges. — Unification internationale du Calendrier. — usw.

Behrend, Dr. Felix
Student und Studentenschaft. Sozialpädagogische Betrachtungen über akademische Lernfreiheit. 8°. Leipzig 1913. Sonderabdruck aus der „akademischen Rundschau“, Zeitschrift für das gesamte Hochschulwesen und die akademischen Berufsstände. Verlag von K. F. Koehler. 38 S.

Broda, Prof. Dr. R., (Paris)
Das Problem des Proportionalwahlrechts in Oesterreich. Zusammengestellt auf Grund der Erfahrungen Belgiens, dargestellt von Emile Vandervelde (Brüssel) und derjenigen Finnlands, dargestellt von Arvid Neovius (Helsingfors.) 8°. o. O. o. J. o. V. 15 S.

Depken, Friedrich,
Vom modernen Geist im deutschen Studententum. Eine Studie. 8°. Leipzig 1913. K. F. Koehler. 38 S.

Flügge, C. A.,
Suchet der Stadt Bestes. Sonderabdruck des Kapitels: Wohnungsnot und Bodenreform aus Gegenwartsnöte. Kl. 8°. Kassel (1913). J. G. Oncken Nachf., G. m. b. H. 24 S. 15 Pf.

Flügge, C. A.,
Wege zur Lösung sozialer Fragen. 8°. Neuruppin (1913). F. W. Bergemann, G. m. b. H. 23 S. 15 Pf.

Gädke, Richard, fr. Oberst,
Die neuen Wehrvorlagen. Referat, erstattet 1913 auf dem 5. Parteitage der Demokratischen Vereinigung zu Magdeburg. 8°. Berlin-Schöneberg 1913. Demokratische Verlagsanstalt. 18 S. 15 Pf.

Geschichtskalender, deutscher für 1913. Fünftes Heft. Mai. 8°. Leipzig 1913. Felix Meiner, S. 301 bis 367.

Goldscheid, Rudolf,
Frauenfrage und Menschenökonomie. Gr. 8°. Berlin-Friedenau, 1913. Schriften des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht. M. Ludwigs. 32 S.

- Goethes Briefe,
Ausgewählt und in chronologischer Folge mit
Anmerkungen herausgegeben von Eduard von
der Hellen. 8°. Stuttgart und Berlin (1913).
I. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger.
6 Bände.
- Jaurés, Jean,
Die neue Armee. Gr. 8°. Jena 1913. Eugen
Diederichs. 492 S. Brosch. 7 M., gebd.
8,50 M.
- Jong van Beek en Donk, Dr. B. de,
Die Fortbildung der Schiedsgerichtsbarkeit im
Berichtsjahre. Sonderabdruck aus „Jahrbuch
des Völkerrechts“. (Nicht im Buchhandel.)
8°. München und Leipzig (1913). Duncker &
Humboldt.
- Landmann, Dr. Max,
Weltstaat und Weltfrieden. Eine Streitschrift
gegen Staaten-Anarchie und Krieg. 8°.
Leipzig 1913. Bruno Volger Verlagsbuchhand-
lung 39 S.
- Lutz, G.,
Die Verhütung des Krieges, eine sittliche For-
derung unseres Jahrhunderts an seine Zeit-
genossen. Gedächtnisrede an der Haager Ge-
denkfeier des Schweizerischen Friedensvereins
am 18. Mai 1913 in Luzern. Kl. 8°. Luzern
(1913). Verlag des Schweizerischen Friedens-
vereins. 16 S.
- Prodingler, Dr. Karl,
Die Schulgemeinde in der Volksschule. 1. Be-
trachtungen und Erfahrungen. 2. Die Schul-
gemeinde-Ordnung für die Volksschulklasse
VI—VII in Stuttgart-Gaisburg von Fritz Her-
rigel. 16°. Pola 1913. Druck von Josef Kren-
potic, Pola, Piazza Carli 1. 35 S.
- Ross Colin,
Im Balkankrieg. 8°. München 1913. Martin
Mörikes Verlag. Mit zahlreichen Abbildungen.
124 S. brosch. 2,50 M., Pappbd. 3,50 M.
- Schoenborn, Dr. Walther,
Staatsukzessionen. Gr. 8°. Berlin, Stuttgart,
Leipzig. 1913. (Handbuch des Völkerrechts.
Zweiter Band. Der Staat als Subjekt des
Völkerrechts. Staatsukzessionen. Gesandts-
chafts- und Konsularrecht. Staatsgebiet und
Staatsverträge 2. Abt.). Verlag von W. Kohl-
hammer in Stuttgart. 122 S. Br. 4,50 M.
- Schriften der Deutschen Gesell-
schaft, für Soziologie. I. Serie:
Verhandlungen der Deutschen Soziologentage.
II. Band: Verhandlungen des Zweiten Deut-
schen Soziologentages vom 20.—22. Oktober
1912 in Berlin. Reden und Vorträge von
Alfred Weber, Paul Barth, Ferdin-
and Schmid, Ludo Moritz Hart-
mann, Franz Oppenheimer, Ro-
bert Michels und Debatten. Gr. 8°.
Tübingen 1913 I. C. B. Mohr. (Paul Siebeck.)
VIII u. 192 S.
- Schücking, Prof. Dr. Walther,
Neue Ziele der staatlichen Entwicklung. Eine
politische Studie. Gr. 8°. Marburg i. H.
1913. N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung.
98 S.
- Stein, Professor Dr. Ludwig,
Weltbürgertum, Nationalstaat und inter-
nationale Verständigung. Sonderabdruck aus
„Nord und Süd.“ Lex. 8°. Breslau III (1913).
Verlag der Schlesischen Buchdruckerei von
S. Schottländer A.-G. 23 S. 50 Pf.
- Vecchio, Prof. Giorgio Del,
Die Tatsache des Krieges und der Friedens-
gedanke. Nebst zwei Anhängen. Nach der
zweiten Auflage aus dem Italienischen über-
setzt von Richard Pubanz. Mit einem Vor-
wort von Professor Dr. Otfried Nippold. 8°.
Leipzig 1913. Natur- und Kulturphiloso-
phische Bibliothek. Band VIII. Johann
Ambrosius Barth. 100 S. Brosch. 3,— M.,
geb. 3,80 M.
- Veröffentlichungen des Verbandes
für internationale Verständigung: Heft 5. D'Estournelles de
Constant, Frankreich und Deutschland.
6 S.
- Heft 6. Piloty, Prof. Dr. Robert,
Formen internationaler Verständigung 18 S.
- Heft 7. Spahn, Prof. Dr. Martin,
Der Friedensgedanke in der Entwicklung des
deutschen Volkes zur Nation. 19 S.
- Heft 8. Lamprecht, Prof. Dr. Karl,
über auswärtige Kulturpolitik. 14 S.
- Jedes Heft in 8°. Stuttgart 1913. Druck
von W. Kohlhammer. Preis 50 Pf. Kostenlos
für Mitglieder des Verbandes. (Frankfurt
a. M.)
- Bibliographie trimestrielle de Droit inter-
national, Législation comparée, Diplomatie,
Colonisation, Politique et Droit Etrangers.
Comprenant tous les ouvrages publiés en fran-
çais avec l'indication précise des matières
étudiées ainsi que les Thèses et Articles de
Revue. Ière Année 1913. No. 2. 8°. Paris
1913. 32 S. Paris XIIIe. 28 rue Corvisant
- Bourdon, Georges,
L'Enigme allemande. Une Enquête chez les
Allemands. Ce qu'ils pensent — Ce qu'ils
veulent — Ce qu'ils peuvent. 8. Paris 1913.
Plon-Nourrit & Cie. 471 S.
- Bulletin périodique du Bureau socialiste
International. (In frz., deutscher u. engl.
Sprache.) Nr. 10. 4. Jahrgang. Brüssel. Folio.
(Camille Huysmans, Maison du peuple, rue
Joseph Stevens Nr. 17.) 88 S.
- Congrès Universel de la Paix XIXme.
tenu à Genève du 22 au 28 septembre 1912.
Bulletin officiel. Gr. 8°. Publié par les soins
du Bureau International de la Paix à Berne.
382 S. 3 Frcs.
- Institut International de la Paix.
Fondation Albert Ier, Prince de Monaco.
Statuts Provisoires. 49. Paris. 14 S.
- Stameschkin, Constantin,
Armistice Temporaire des Etats européens. 8°.
Paris 1913. Eugène Figuière & Cie. 31 S.
1,— Frcs.
- La Vérité sur le désaccord Serbo-
Bulgare. Gr. 8°. Genf 1913. Al. N. Z.
Popovitsch, 27 Quai du Mont Blanc. 63 S.
- Monthly Bulletin of books, pamphlets
and Magazine articles dealing with inter-
national relations. 8°. New York City May
1913. Association for International Co-
ciliation. Sub-Station 84, 8 S. Kostenlos.
- National Peace Congress, Ninth, Leeds,
1913. June 10th—13th Resolutions adopted
by Congress, together with Report and Ba-

lance Sheet of the National Peace Council. 160. London 1913. Offices of the National Peace Council, 167 St. Stephens House, Victoria Embankment, Westminster. 38 S.

Profit and patriotism reprinted from the „Economist“, London, April 26, 1913 and Money making and war, reprinted from the „Evening Post“, New York, April 21, 1913. 80. New York City. 1913. International Conciliation. Special Bulletin. May. American Association for International Conciliation. Sub Station 84 (407 West 117 th Street) 14 S. Kostenlos.

Reinsch, Prof. Paul S., American Love of Peace and European Skepticism. 80. New York City 1913. International Conciliation. July Nr. 68. American Association for International Conciliation. Sub Station 84. (407 West 117 th Street) 14 S. Kostenlos.

Year Book for 1912. Carnegie Endowment for International Peace. Gr. 80. Washington D. C. 2, Jackson place. (1913.) 165 S. cloth.

Fachpresse. : : : : : : : : : : : : : : : :

Völkerfriede. (Eßlingen.) Juni. O. U. Die Friedensfreunde als Bittsteller. — Unser Aufruf an die Geistlichen und theologischen Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen. — Leopold Katscher, Unsere Suttner. — G. Bovet, Die Berner Konferenz. — usw.

Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung. (Würzburg). Nr. 3. Juni. K. Galster, Vizeadmiral, England zu Deutschland. — Kombinationen. — Prof. Dr. O. Nippold, Lehren aus der Berner Verständigungskonferenz. — Walther Schücking, Die Union der internationalen Gesellschaften. — Th. Rohleder, Ethische Gedanken über die Idee der Verständigung. — usw.

Vaterland und Welt. (Göttingen). Juni. Paul Baumgarten, Ithaca. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). Juni. Alfred H. Fried, Bertha von Suttner. — Norman Angell, Der Kampf um den Welthandel und die internationalen Beziehungen. — Dr. C. van Vollenhoven, Ueber den Vollzug des internationalen Rechtes durch eine internationale Polizei. — Dr. Hans Wehberg, Die neueste Entscheidung des Haager Schiedshofes. — Dr. Max Kolben, Neue amerikanische Befriedungspläne. — usw.

Der Friede (Bern). Juni. Die Waffen nieder! An Bertha von Suttner. — Carl Ludwig Siemering, Baronin Bertha von Suttner. (Zum 70. Geburtstag, 9. Juni 1913.) — K. W. Schultheß, Glossen zur I. deutsch-franz. Parlamentarierkonferenz zu Bern, 11. Mai 1913. — Der Kronprinz über „Deutschland in Waffen“. — usw.

La Paix par le Droit (Paris). Nr. 11. Charles Richet, L'Anarchie militaire et le Pacifisme. — VIIIe Congrès des Sociétés françaises de la Paix. — usw.

— 25. Mai. D'Estournelles de Constant, La Conférence de Berne. Discours à la séance du Groupe parlementaire de l'Arbitrage. — Jacques Dumas, L'Arbitrage franco-italien. — M. E. Riquiez, Ma troisième tournée de Conférences en Allemagne. — Th. Ruysen, La Conférence de Berne et l'Alsace-Lorraine. — usw.

Les Etats-Unis d'Europe (Bern). Mai/Juni. Emile Arnaud, La troisième Conférence de la Paix. — usw.

La Paix par la Raison (Paris). Juni. Nr. 2.

The Arbitrator (London). Juni. Mr. Bryans Proposals. — Death of Lord Avebury. Franco-German Entente Conference at Berne. — usw.

Concord (London). Juni. Peace Day 1913. — Ninth National Peace Congress. — J. A. Farrer, Patriotism and Mammon. — usw.

Herald of Peace (London). Juni. Annual Report of the Peace Society, 1912—1913. — Third Hague Conference. — usw.

Monthly Circular of the National Peace Council. (June).

Advocate of Peace (Washington). Juni. Japans Faith in the United States. — Fourth American Peace Congress. — The Bryan Commission Plan. — Richard Bartholdt, The Whole Program of the Peace Movement. — Charles W. Fairbanks, The Road to a High Destiny. — Philip van Ness Myers, Disarmament a Moral Issue. — William J. Hull, The Peace Palace and William Penn. — usw.

The Cosmopolitan Student (Madison wisc.). Mai. Prof. Elizabeth Maclean, The Peace Movement. — Young Bing Li, Education in China. — L. J. Vondracek, Spreading the Propaganda of Peace. — G. de Grassi, The founding of Corda Fratres. First Attempt to found an International federation of Students. — usw.

The Messenger of Peace (Richmond). Mai.

Pax. The monthly Organ of the Peace Society of New South Wales. (Sidney.) April. Third Hague Conference. — Dr. Quidde and the War. — Protest of the Austrian Peace Society. — usw.

La Fiorita. (Mailand.) Juni. Rosalia Gwis Adami, Berta de Suttner. — Ada Crespi, La Lezione Milanese per Berta de Suttner. Le tristi sorprese della guerra. — usw.

Guerra alla Guerra! (Mailand.) April—Mai. Resoconto ufficiale del XIX. Congresso Universale della Pace (Ginevra, 23—28 settembre 1912.) — Torti e colpe dell'organo dell'Unione Lombarda. — Come sono giudicati. — E. Giretti e il Sindaco di Torino. — usw.

„Vrede door Recht.“ (Haag.) Juni. XXe. Wereldcongres voor den Vrede. — E. J. Belinfante, Bijeenkoms van den Internationalen Vrouwenraad (De Vrede — avond). — M. J. A. Moltzer, Vergadering van Moderne Theologen. — Bertha von Suttner. — Stead-Hulde. — usw.

DIE FRIEDENS-WARTE

Freds-Bladet. (Kopenhagen.) Juni. Jens Thau, Kolding og Omegn. — Bertha von Suttner. — usw.
Nemzetközi élet. (Budapest.) Nr. 5 und Nr. 6.



Artikel. : : : : : : : : : : : : : : : :

(Bibliographie.) I. Friedensbewegung im allgemeinen: Prof. Wilhelm Ostwald, Patriotismus und Internationalismus. „Monistische Sonntagspredigten.“ 14. VI. * Bertha v. Suttner, Der Mensch muß menschlich werden. „Berliner Morgen-Zeitung.“ 10. VI. * Robert Scheu, Neue Wege des Pazifismus. „März.“ 14. VI. * Bei Andrew Carnegie. Eine Unterredung. „Vossische Zeitung.“ 17. VI. * Reverend Dr. Dickie, Andrew Carnegie. „Berliner Tageblatt.“ 15. VI. * Elisabeth Friedrichs-Schwetzingen, Die pazifistischen Aufgaben der Frau. „Friedensfragen.“ Beilage der Frau der Gegenwart (der Frau im Osten). 15. VI. * Die Idee des Völkerfriedens und das deutsche Bürgertum. „Die Gewerkschaft.“ (Berlin.) 6. VI. * Dr. von Oettingen, Das wahre Antlitz des Krieges. „Berliner Zeitung am Mittag.“ 5. VI. * Otto Petersilka, Der XVIII. Weltfriedenstag am 18. Mai 1913. „Evangelischer Hausfreund.“ (Wien.) 15. V. * O. Umfrid, Offener Brief an den deutschen Kronprinzen. „Das freie Wort.“ VI. * Alfred H. Fried, Aus der Friedensbewegung. „Das monistische Jahrhundert.“ 21. VI. * Bertha v. Suttner über den Fall Redl. „Neues Wiener Journal.“ 14. VI. * Kenneth Morris, Theosophie und der internationale Friede. „Der Theosophische Pfad.“ VI. * Montague A. Machell, Ein internationaler theosophischer Friedenskongreß in seiner Stellung und Bedeutung in der Weltgeschichte. „Der Theosophische Pfad“ VI. * Iverson L. Harris jr., Die Bedeutung des internationalen Theosophischen Friedenskongresses. „Der Theosophische Pfad.“ VI. * Grace Knoche, Der Friedensfaden in Katherine Tingleys internationalem Wirken. „Der Theosophische Pfad.“ VI. * Bertha v. Suttner, Die Friedensfrage und die Frauen. „Neues Wiener Journal.“ 8. VI. * Fritz Decker, Der Zauber des Krieges. „Der Beobachter.“ (Stuttgart.) 25. VI. * Dr. Hugo Ganz, Pazifismus und Zarismus. „Das freie Wort.“ VI.

(Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Bertha v. Suttner erschienen*):)

Bertha v. Suttner-Feier. „Hamburger Fremdenblatt.“ 11. VI. * 70. Geburtstag von Bertha v. Suttner. „Hamburgischer Korrespondent.“ 11. VI. * Bertha v. Suttner. Zum 70. Geburtstag. „Neue Badische Landes-Zeitung.“ 8. VI. * Wie es Bertha v. Suttner mit ihrem Hauptwerke erging. (Zu ihrem 70. Geburtstage — 9. Juni.) „Allgemeine Zeitung.“ (Chemnitz.) 10. VI. * Bertha v. Suttner. (Zum 70. Geburtstag am 9. Juni.) „Neueste Nachrichten für Residenz und Stadt.“ (Braunschweig.) 10. VI. * Die Friedensbertha als

Siebzigerin. „Braunschweigische Landeszeitung.“ (Braunschweig.) 8. VI. * Dr. Hans Wantoch, Bertha v. Suttner, zu ihrem 70. Geburtstag, 9. Juni. „Volks-Zeitung.“ (Morgenausgabe, Berlin.) 8. VI. * Bertha v. Suttner. „Deutsche Warte.“ (Berlin.) 8. VI. * Bertha v. Suttner. „Deutsche Nachrichten.“ (Berlin.) 8. VI. * Bertha v. Suttner. (Zum 70. Geburtstag am 9. Juni.) „Pilsner Tageblatt.“ (Pilsen.) 8. VI. * 70. Geburtstag der Baronin Suttner. „Berliner Zeitung am Mittag.“ 7. VI. * Adele Schreiber, Die Vorkämpferin des Völkerfriedens. (Zum 70. Geburtstag Bertha v. Suttner, 9. Juni 1913.) „Der Gesellige.“ (Graudenz.) 8. VI. * Dieselbe, Die Vorkämpferin des Völkerfriedens. „Hamburger Fremdenblatt.“ 8. VI. * Bertha v. Suttner. Zu ihrem 70. Geburtstag. „Magdeburgische Zeitung.“ 9. VI. * Bertha v. Suttner. „Berliner Börsen-Courier.“ 8. VI. * Bertha v. Suttner. „Frankfurter Zeitung.“ 9. VI. * Wie es Bertha v. Suttner mit ihrem Hauptwerke erging. „General-Anzeiger für Düsseldorf.“ 8. VI. * Bertha v. Suttner. „Kleine Presse.“ (Frankfurt a. M.) 7. VI. * Balduin Grollier, Bertha v. Suttner. „Neues Wiener Journal.“ 8. VI. * Baronin Bertha v. Suttner. „Arbeiterzeitung.“ 7. VI. * Ezard Nidden, Bertha v. Suttners siebzigster Geburtstag. „Kunstwart.“ VII. * Bertha v. Suttner. Zu meinem 70. Geburtstag. „Neue Freie Presse.“ 8. VI. * Theodor Tagger, Bertha v. Suttner. Zum 70. Geburtstag am 9. Juni. „Berliner Tageblatt.“ 8. VI. * Bertha v. Suttner. Zum siebzigsten Geburtstag. „Fremden-Blatt.“ (Wien.) 8. VI. * Baronin Bertha v. Suttner. „Volksstimme.“ (Frankfurt a. M.) 10. VI. * Bertha v. Suttner. „Königsberger Allgemeine Zeitung.“ 12. VI. * Bertha Baronin Suttner. „Dr. Bloch's Wochenschrift.“ (Wien.) VI. * Hans Landsberg, Krieg und Frieden, Zum 70. Geburtstag von Bertha v. Suttner. „Berliner Lokal-Anzeiger“ (Morgenausgabe). 7. VI. * Dr. Hans Wehberg, Bertha v. Suttner geb. 9. Juni 1843. „Weser-Zeitung.“ 10. VI. * Dr. Alexander v. Dorn, Bertha von Suttner. „Oesterreichische Rundschau.“ 15. VI. * Leopold Katscher, Bertha v. Suttner, Gedenkblatt zum 9. Juni 1913. „Berliner Tageblatt.“ 9. VI. * Ders., Eine Philosophin des Mitleids. (Zum 9. Juni 1913.) „Vossische Zeitung.“ (Morgenausgabe.) 8. VI. * Ders., Bertha v. Suttner. Zu ihrem 70. Geburtstag. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 9. VI. * Ders., Zum 70. Geburtstage Bertha v. Suttners. „Ethische Rundschau.“ VI. * Ders., Bertha v. Suttner. „Kölnische Volks-Zeitung.“ (Morgenausgabe.) 9. VI. * Ders., Die Friedens-Bertha, Zum 70. Geburtstag. 9. Juni. „Brandenburger Anzeiger.“ (Brandenburg a. H.) 9. VI. * Leopoldine Kulka, Bertha von Suttner. „Die Wage.“ (Wien.) 14. VI. * B. Münz. Bertha v. Suttner. „Wiener Abendpost.“ 7. VI. * Alfred H. Fried, Bertha v. Suttner. „Neue Freie Presse.“ 9. VI. * Ders., „Die Suttner.“ Zu ihrem 70. Geburtstag. „Pester Lloyd.“ (Budapest.) 8. VI. * Bertha v. Suttner. „Die Zeit.“ 8. VI. * Em. Boyer Edl. v. Berghof, Baronin Bertha v. Suttners 70. Geburtstag. „Salonblatt.“ (Dresden.) VI. (Nr. 23.) * Carl Ludwig Siemering, Baronin Bertha von Suttner. (Zum 70. Geburts-

*) Soweit der Redaktion zu Gesicht gekommen. Siehe auch unter „Fachpresse“.

tag, 9. Juni 1913.) „Ethische Kultur.“ 15. VI. * Ders., Baronin Bertha v. Suttner. „Breslauer Zeitung.“ 8. VI. * Ders., Baronin Bertha v. Suttner. „Saale-Zeitung“ (Halle.) 9. VI. * Ders., Baronin Bertha v. Suttner. „Tilsiter Allg. Zeitung.“ 8. VI. * Ders., Baronin Bertha v. Suttner. „Neue Züricher Zeitung.“ 9. VI. * Ders., Baronin Bertha v. Suttner. „Aargauer Tageblatt.“ 8. VI. * Ders., Baronin Bertha v. Suttner. „Thurgauer Zeitung.“ Sonntagsblatt. (Frauenfeld.) 8. und 15. VI. * Bertha v. Suttner. „The Westminster Gazette.“ 9. VI. * A Septuagenarian Pacifist. Baroneß von Suttner Talks of her Plans. „Daily News and Leader.“ 9. VI. * Baroneß v. Suttners 70th Birthday. „Daily News and Leader.“ 9. VI.

II. Die internationale Politik: Sup. a. D. Wolfgang Dreising, Der Kurs des Friedens. Ein Rückblick auf die fünfundzwanzigjährige Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. „Der Reichsbote.“ (Berlin.) 14. VI. * Prof. Dr. O. Nippold, Lehren aus der Berner Verständigungskonferenz. „Der neue Albote.“ (Ebingen.) 23. VI. * Charles Bonnefon, Guillaume II et la France. „Le Figaro.“ (Paris.) 17. VI. * Dr. Frhr. v. Mackay, Das slawische Problem. „Die Güldenammer.“ (Verlag Kaffee Hag, Bremen.) VI. * Hermann Fernau, Bern und die Boulevards. „Ethische Kultur.“ 1. VI. * O. Umfrid, Im Tabernakel der Weltgeschichte. „Der Beobachter.“ (Stuttgart.) 17. VI. * Alfred H. Fried, Kaiser Wilhelm und der Weltfrieden. „Der Herold.“ (Berlin.) 29. VI. * Kontreadmiral z. D. Glatzel, Die Ziele der deutsch-englischen Verständigungsbestrebungen. „Deutsche Revue.“ (Stuttgart.) VII.

III. Völkerrecht: Dr. Otto Loening, Zur Frage eines internationalen Schiedsgerichtes für Ansprüche gegen fremde Staaten. „Recht und Wirtschaft.“ (Berlin.) Juli.

IV. Internationales: Alfred H. Fried. Die internationale Verwaltung und die Ansätze zu einer internationalen Gesetzgebung. „Dokumente des Fortschritts.“ VI. * Franz Kemeny, Derzeitiger Stand des internationalen Unterrichtswesens. „Zeitschrift für das Realschulwesen.“ VII.

V. Wirtschaftliches: Hermann Schnell, Wird der Volkswohlstand durch Kriege gefördert? Eine Entgegnung auf das Buch Norman Angells „Die falsche Rechnung.“ „Süddeutsche Monatshefte.“ VI. * Waffen an den Feind. „Der Kunstwart.“ VI. * Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen. „Die Hilfe.“ 12. VI.

diese Aufnahme finden können in der Familie unseres Freundes Pfarrer O. Umfrid, Stuttgart, der jedem Pazifisten bekannt ist. — Das Pensionat wird am 20. Oktober eröffnet werden. Lektionen in deutscher Sprache und anderen Disziplinen. Handels-, Kunst-, Musik- und Frauenarbeitsschulen in der Stadt. Ausgezeichnetes Klima, herrliche Spaziergänge. Angenehmes Familienleben.

Referenzen:

Frau Geheimrat Kromayer, Sternwartstr. 14, Straßburg.
 Miß Anna B. Eckstein, Langestr. 7, Coburg.
 Herr Geheimrat Professor Dr. Förster, Ahornallee 8, Charlottenburg.
 Herr Professor Dr. Quidde, Gedonstr. 4, München.
 Herr Dr. Ad. Richter, Pforzheim.
 Herr Direktor Wagner, Kaiserslautern.
 Frau Baronin Bertha v. Suttner, 7 Zedlitzgasse, Wien I.
 Herr Alfred H. Fried, 5 Widerhofergasse, Wien IX.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Bertha von Suttner-Stiftung.

Eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus politischen, gesellschaftlichen und Gelehrtenkreisen Wiens hat sich zusammengetan, um eine Stiftung ins Leben zu rufen, die den Zweck haben soll, unserer Gesellschaft eine weitere ausgebreitete Tätigkeit im Sinne der Gründerin zu ermöglichen.

Die bis jetzt gezeichneten Beträge beziffern sich auf 28243 K. 67 h. Die erste Liste der Spende befindet sich unten. Die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen, weitere Spenden werden von der Verkehrsbank in Wien (I. Stockmeisenplatz 2) entgegengenommen.

Vorstandsmitglied Emil Stoerk †. In verflorbenen Monate ist unser verdienstvolles Vorstandsmitglied, Herr Emil Stoerk, Oberbeamter der D. D. G., verschieden. Stoerk war ein überzeugter Pazifist, ein warmer Verteidiger unserer Sache für die er bei jeder Gelegenheit eintrat. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kooptation. Die Herren Dr. Alfred H. Fried und Rudolf Goldscheid wurden in den Vorstand unserer Gesellschaft kooptiert.

Schule und Friedensbewegung. In Amstetten fand am 4. Juni die Bezirkslehrerkonferenz statt, die von etwa 100 Lehrpersonen besucht war. Hierbei machte unser langjähriges Mitglied Lehrer Demal auf unsere Bewegung aufmerksam und führte aus, „daß die Lehrer sich eigentlich selbst schaden, wenn sie gegen die übertriebenen Rüstungen nicht ankämpfen, denn es wird durch diese nicht nur der wirtschaftliche Wohlstand des Volkes geschädigt, die hohen Kriegsausgaben sind auch schuld, daß die Forderungen

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Wer für seine Töchter oder andere junge Mädchen Gelegenheit zu Studien in einer Pension in Deutschland sucht, wird darauf aufmerksam gemacht, daß

der Lehrerschaft nicht erfüllt werden.“ Bei dieser Konferenz wurde unsere Broschüre „Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer“ jedem Besucher eingehändigt.

Unser Mitglied Lehrer Goß in Langendörfles veröffentlichte in der Tachau-Planer Zeitung einen Leitartikel: „Die Ueberwindung des Balkankonfliktes“, worin er auf die Schäden hinweist, die ein ausgebrochener Krieg für das ganze Reich gebracht hätte.

Der Friedensverein „Jednota mirova“ in Brünn hat an die Parlamente von Bulgarien und Serbien Bittschriften abgesendet des Inhalts, es möge von jedem neuerlichen Blutvergießen abgesehen werden.

„Die Waffen nieder“ im Lesebuch.

Im k. k. Schulbücherverlage ist ein Lesebuch erschienen, das vom Schulrat K. Fiedler zusammengestellt wurde und unter andern auch einen Abschnitt aus dem Roman Bertha von Suttner „Die Waffen nieder“ bringt. Es ist jener Abschnitt, welcher folgendermaßen beginnt: „Es gibt noch Schauerlicheres als ein Schlachtfeld während des Krieges. Das ist ein solches nach einer Schlacht...“ Dem Lesestück, das 97 Zeilen umfaßt, ist auch das Bildnis der Baronin Suttner beigelegt.

Liste I der für die Suttner-Stiftung gezeichneten Beträge (in chronologischer Reihenfolge):

Se. kais. und königl. Hoheit Erzherzog Ludwig Salvator 1000,— K.; Max Stern, Wien, 50,— K.; Gräfin Hedwig Pötting, Wien, 20,— Kronen; Baronin Marie v. Ebner-Eschenbach, Wien, 50,— K.; FML. d. R. Moriz Fraenzel, Wien, 50,— K.; Baronin Marie Böck v. Greissau, Graz, 20,— K.; A. von Guggenthal, Graz, 10,— K.; Bertha Bacher, Wien, 50,— K.; S. Schön, Wien, 10,— K.; Alexander v. Schreiber, Wien, 50,— K.; kais. Rat Dr. Ludwig Karella, Wien, 10,— K.; R.-Abg. Max Friedmann, Wien, 50,— K.; Norbert Benedikt, Wien, 100,— Kronen; Marianne Hainisch, Wien, 20,— K.; Marie v. Ebner-Ebenthal, Triest, 50,— K.; Hofrat Prof. Dr. Heinrich Lammasch, Wien, 10,— K.; Baron Adolf Odelga, Wien, 50,— K.; Adolf Engländer, Prag, 20,— K.; C. F. 5000,— K.; Hofrat Prof. Anton Weichselbaum, Wien, 20,— Kronen; Stefan v. Auspitz, Wien, 50,— K.;

Max Ritter von Gutmann 2000,— K.; Leo Schreiber, Wien, 2,— K.; Kommerzialrat Max Anhauch, Czernowitz, 50,— K.; Exz. Paula v. Hoffmann, Wien, 20,— K.; Baronin Anna Odelga, Wien, 50,— K.; M. u. J. Mandl, Wien, 10,— Kronen; Dr. Heinrich Graf Taaffe, Wien, 50,— Kronen; Johanna Neumann-Buska, Wien, 25,— Kronen; Ella u. Theodor Auspitz, Wien, 100,— Kronen; Geh. Kommerzienrat Georg Arnold, Dresden, 1000,— K.; E. Böhm, Kunitz b. Jena, 6,— K.; Marie G. Goulay, Botosani, Rumänien, 20,— K.; Stefanie Gräfin Teleky, Wien, 100,— Kronen; Hans von Czjzek, Wien, 300,— K.; Mary v. Wolter, Judendorf bei Graz, 6,— K.; Dr. Julius Ofner, Wien, 20,— K.; Georg Jeteles, Wien, 50,— K.; Dr. Karl Goldmark, Wien, 30,— K.; Hofrat V. Ritter von Jagić, Wien, 20,— K.; Julie v. Wellenau, Baden, 10,— K.; Alfred Graf von Bothmer, Wiesbaden, 10,— K.; Anna Eckstein, Coburg, 25,— K.; Emil Stern, Brünn, 50,— K.; Dr. Peter Rosegger, Graz, 5,— K.; Dr. Alfred H. Fried, Wien, 50,— K.; Dr. Bernhard Lederer, Wien, 10,— K.; Luise Kuffler, Wien, 10,— K.; Dr. M., Wien, 2,— K.; Oskar Schwonder, Königsberg i. Pr., 7,— K.; Walter Kloß, Zoppot, 10,— K.; Valerie Gräfin Orssich, Oroslavje, 10,— K.; Dr. Karl Wischek, Freiwaldau, 10,— K.; Otto Bondy, Prag, 50,— Kronen; Friedrich Böhler, Wien, 100,— K.; Baron u. Baronin Speth, Graz, 50,— K.; Wilhelm R. v. Gutmann, Wien, 500,— K.; Dr. Siegmund Münz, Wien, 10,— K.; Baron Karl Puttkammer, Berlin, 10,— K.; Geza Schönberg, Wien, 10,— Kronen; Justizrat Dr. Heilberg, Breslau, 100,— Mark; Jacques Houssa, Varennes, 10,— Frcs.; Johann Maurizio, Krakau, 10,— K.; Justa Kotz de Dobrzs, Villa Kaladey, Böhmen, 25,— K.; Hofrat Adolf Lieben, Wien, 100,— K.; Baron Alfred Liebig, Wien, 50,— K.; Jakob Wolff, Hamburg, 50,— M.; Nadine Gräfin Kolowrat, Dianaberg, 5,— K.; Erlaucht Carl Graf Kuefstein, Wien, 100,— K.; Dr. Adolf Richter, Pforzheim, 50,— M.; Joh. C. Hoos, Trautenslof, Haag, 2,— K.; Felix Moscheles, London, 1,— Pfund Sterling; Siegfried Trebitsch, Wien, 30,— K.; Minna Prohaska, Wien, 2,— K.; Benedikt Kosian, Wien, 50,— K.; Baronin Friederike Basso, Krumpendorf, 10,— K.; August Ludowici, Genf, 100,— Frcs.; Georg Kossak, Königsberg i. Pr., 5,— M.; N. N., London, 1,— Pfund Sterling; Nithack-Stahn, Berlin, 5,— K.; Ing. A. Freißler, Wien, 50,— Kronen; Dr. Alois Birnbacher, Graz, 10,— K.; Fredrik Bajer, Kopenhagen, 10,— K.; Léon Bollack, Paris, 100,— K.; Elisabeth Fränkel, Hildesheim, 20,— M.; Leopold Katscher, Wien, 20,— K.; Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Ostwald, Leipzig, 50,— M.; Emma v. Castella, geb. Gräfin Zierotin, Littentschitz, 15,— K.; Prof. Dr. Oswald Richter, Wien, 2,— K.; Justine Wittgenstein, Karlsbad, 50,— K.; J. Lang, Luzern, 10,— K.; Prof. Dr. Leo Srisower, Wien, 50,— K.; Kommerzialrat Hans Dupal, Wien, 25,— K.; Direktor Rudolf Roth, Linz, 25,— K.

Die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen.

Spenden übernimmt die Wechselstube der Allgem. Verkehrsbank, Wien I., Stock im Eisenplatz Nr. 2.



August 1913.

Die vorliegende Nummer ist in Vertretung des in den Ferien wellenden Herausgebers von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf redigiert worden.

Zur Vorgeschichte des Haager Friedenspalastes.

Von Andrew D. White in Ithaca N. Y.,

früherem amerikanischen Botschafter in Berlin, amerikanischem Delegierten zur 1. Haager Friedenskonferenz.

My dear Mr. Fried!

Your letter of June eighteenth is duly received and I note in it your statement that Professor Von Martens informed you a few years ago that it was I who (to use his own words) „made the decisive step which induced Mr. Carnegie to erect the Palace of Peace at the Hague“.

The facts regarding which you enquire are as follows.

Shortly after the close of the First Hague Conference in 1899 Professor Von Martens, one of my Russian colleagues in that body, made me a visit at the American Embassy in Berlin, and, during our conversations, we discussed the desirability of a building at the Hague which should be both a Palace of Justice for International Tribunals and a place of meeting for future Conferences. In the course of our talk he said: „Your American millionaires are doing wonderful things, why could you not approach some of them on the subject of erecting such a building?“ My answer was that many of our rich men were very munificent and public spirited in American matters but that I knew of but one among them whose life and experience were such as to show him the value of such a creation, — Mr. Andrew Carnegie, — and I finished by saying, „Mr. Carnegie looks at the world in a large way and it would at any rate be worth while to discuss the matter with him.“ The result was that I wrote him at once.

Mein lieber Herr Fried!

Ich habe Ihren Brief vom 19. Juni empfangen, worin Sie mir mitteilen, daß Prof. v. Martens Ihnen vor einigen Jahren sagte, ich sei es gewesen, der — um seine eigenen Worte zu gebrauchen — „den entscheidenden Schritt tat, um Carnegie zur Errichtung eines Friedenspalastes im Haag zu veranlassen“.

Die von Ihnen gewünschten, sich darauf beziehenden Tatsachen sind folgende:

Sehr bald nach Schluß der ersten Haager Konferenz im Jahre 1899 besuchte mich Prof. v. Martens, einer meiner russischen Kollegen, in der amerikanischen Botschaft in Berlin, und während unseres Gespräches erörterten wir, wie wünschenswert die Errichtung eines Gebäudes im Haag wäre, das als Justizpalast für internationale Schiedsgerichte und zugleich als Versammlungsort für künftige Konferenzen dienen sollte. Im Laufe unserer Unterhaltung sagte v. Martens: „Ihre amerikanischen Millionäre sind die Schöpfer so ausgezeichnete Werke; könnten Sie nicht einen von Ihnen veranlassen, ein solches Gebäude zu errichten?“ Ich antwortete, daß viele unserer reichen Männer sehr freigebig und gemeinsinnig in amerikanischen Angelegenheiten seien, daß ich aber nur einen einzigen kenne, der den Wert einer solchen Schöpfung erfassen könnte: Andrew Carnegie, und ich schloß mit den Worten: „Carnegie sieht die Welt mit so ungewöhnlichen Augen an, daß es in jedem Fall der Mühe wert wäre, diese Angelegenheit mit ihm zu besprechen.“ Bald nach dieser Unterredung schrieb ich ihm.

The answer came speedily and was a very shrewd specimen of the Socratic Method, — asking questions and suggesting objections. This result was at first rather discouraging, and the correspondence, as continued from Alassio in Italy, where I settled down for a year or two after leaving Berlin, only grew more and more Socratic. Yet one thing in Mr. Carnegie's letters gave me hope: he evidently divined meanings and possibilities in the work already done at the Hague, which a number of the most influential journalists and reviewers of the world at that time did not see. There had followed the First Hague Conference much disappointment and some reaction, and therefore I was encouraged to find in his letters that he saw into what had been done there and recognized the value of it. He developed gradually a new phase of interest in it, and, to my great satisfaction, spoke tentatively of giving a great Library of International Law to some suitable organization at the Hague for the use of conferences and courts which might be established there.

In answering his first letters it was not difficult for me to show that such a library would logically follow the establishment of the Peace Tribunal and the erection of a Peace Palace, but that the first thing was to make the world understand that the International Tribunal had already been actually established, and I argued that this could be done most simply and efficiently by erecting and throwing open to the world a great International Court House and Palace of Justice. Such an edifice, I insisted, would convey to the mind of the average thinking man throughout the world tangible evidence that such a tribunal already existed, and would so influence public opinion that whenever there should afterward arise threatening questions, the governments and peoples would naturally say to parties inclined toward a warlike solution: „Why not try first the Hague International Court? A large body of judges of the highest standing in the various nations is already provided and from these you can make your choice. There is also an international Court House standing wide open for you. There also awaits your convenience at this moment a great Committee composed of all the representatives of foreign powers now residing at the Hague,

Die Antwort kam sehr bald und war ein kluger Beweis der „sokratischen“ Methode, Fragen zu stellen und Einwände zu machen. Dieses Ergebnis war zuerst entmutigend, und die Korrespondenz, die ich von Alesso (Italien), wohin ich mich nach meinem Berliner Aufenthalt für ein oder zwei Jahre begab, führte, wurde immer mehr und mehr „sokratisch“. Nur ein einziger Punkt in Carnegies Briefen ließ mich hoffen: er erkannte die Bedeutung des im Haag bereits geschaffenen Werkes, die von einer großen Anzahl einflußreicher Journalisten und hervorragender Persönlichkeiten zu jener Zeit noch nicht zu gegeben wurde. Eine gewisse Reaktion und Enttäuschung folgten der ersten Haager Konferenz, und deshalb war ich erfreut, durch Carnegies Briefe zu erfahren, daß er den Wert der dort geleisteten Arbeit anerkannte. Er entwickelte nach und nach ein großes Interesse dafür und sprach zu meiner großen Befriedigung davon, eine umfangreiche Völkerrechtsbibliothek zum Gebrauche der Haager Konferenzen und Schiedsgerichtshöfe irgendeiner in Frage kommenden Haager Organisation zu stiften.

Bei Beantwortung seines ersten Briefes fiel es mir nicht schwer, ihm vor Augen zu führen, daß einer solchen Bibliothek logischerweise die Errichtung eines Friedenstribunals und eines Friedenspalastes folgen würden, daß es aber vor allem darauf ankäme, die Welt davon zu unterrichten, daß ein internationaler Schiedsgerichtshof bereits bestände, und ich folgerte, daß dies am einfachsten und wirksamsten durch die Errichtung eines großen internationalen Gerichtshofes und eines Justizpalastes geschehen könne. Ein solches Gebäude müßte, führte ich aus, auch den Durchschnittsmenschen der ganzen Welt einen deutlichen Beweis davon geben, daß ein solcher Gerichtshof schon vorhanden sei, und diese Tatsache würde die öffentliche Meinung so weit beeinflussen, daß die Regierungen und die Völker beim Auftauchen drohender Fragen der zu einem Krieg neigenden Partei ohne Zweifel sagen würden: „Weshalb nicht zuerst den internationalen Haager Schiedshof anrufen? Zahlreiche Richter der höchsten Stände, der verschiedensten Nationen stehen zur Verfügung, und ihr könnt eure Wahl treffen. Es gibt auch einen internationalen Gerichtshof, der seine Tore für euch öffnet. Sobald ihr wollt, wartet auf euch ein aus allen Vertretern der fremden, jetzt im Haag resi-

with the Netherlands Minister of Foreign Affairs as its Chairman, for the purpose of taking all preliminary and auxiliary steps toward bringing together these judges and getting them at work in your Palace of Justice. Why not try this peaceful means before you plunge us into war?"

I insisted that while there was an admirable purpose to be served by the Peace Palace as a home for International Conferences and Courts, its most immediate practical and tangible use was as an „outward and visible sign“ to the whole world that full provision had been made for the International Tribunal and that such a Tribunal could be called together at any moment.

This was so clear to me that Mr. Carnegie's Socratic Method began to rasp my nerves, and the resultat was that I wrote, ere long, a letter which I supposed would close the correspondence. But to my great satisfaction it was speedily answered by a message saying: „Come to Skibo and we will talk it over.“

This invitation I accepted at the earliest moment possible and the result was a most delightful week. Every morning was ushered in by the piper sounding old Scotch battle songs under our windows, as he made his three rounds about the Castle walls, and the duties of every day then opened nobly by anthems from the organ in the great Hall of the Castle. Guests of distinction from various parts of the world took up discussions of current political and social questions at breakfast and then followed excursions among the hills of Sutherlandshire or along the shores of the Northern Ocean or up the streams or through the forests — all combining to make each day a beautiful dream.

But soon this began to alarm me. There was nothing more of the Socratic Method. The Hague Palace of Peace and all the questions which I had come to discuss seemed as entirely forgotten as the Ghost of Banquo or the Battle of Bannockburn. Delightful days succeeded, but no mention was made of the question which had brought me, and, after nearly a week of this, there came what seemed a bit of comedy. One morning Mr. Carnegie

dierenden Mächte gebildetes großes Komitee mit dem niederländischen Minister des Aeußeren als Präsident, um alle Präliminarien und Hilfsschritte zu unternehmen, und um diese Richter in euren Justizpalast ans Werk zu rufen. Weshalb wollt ihr nicht eine friedliche Verständigung suchen, ehe ihr uns in Krieg verwickelt?"

Während es mir gewiß ausgezeichnet erschien, den Friedenspalast als Heim der internationalen Konferenzen und Höfe dienen zu lassen, sah ich doch seinen praktischsten und deutlichsten Wert darin, daß er als „äußerliches und sichtbares Zeichen“ der ganzen Welt davon Kunde gebe, daß alle Vorkehrungen für einen internationalen Gerichtshof getroffen seien, und daß ein solcher jeden Augenblick einberufen werden könne.

Dies erschien mir so klar, daß Carnegies „sokratische“ Methode mich zu irritieren begann, und ich schrieb ihm einen Brief, der, wie ich annahm, unsere Korrespondenz beenden würde. Zu meiner großen Befriedigung aber wurde dieser bald durch eine Einladung beantwortet, die lautete: „Kommen Sie nach Skibo und wir wollen darüber sprechen.“

Ich folgte dieser Einladung, so bald ich konnte, und das Ergebnis war eine entzückende Woche. Jeden Morgen wurden wir durch alte schottische Schlachtlieder, die der Pfeifer unter unseren Fenstern bei einer dreimaligen Runde um die Schloßmauern erklingen ließ, geweckt. Eine in der großen „Hall“ des Schlosses auf der Orgel gespielte Hymne eröffnete wirksam und edel den Tag. Vornehme Gäste aus allen Teilen der Welt unterhielten sich beim Frühstück über allgemeine politische und soziale Fragen; Ausflüge in die Grafschaft Sutherland, an die Gestade des nördlichen Ozeans, Fahrten auf dem Strom oder Spaziergänge durch die Wälder verwandelten jeden Tag in einen schönen Traum.

Aber dies begann mich bald zu beunruhigen. Von der „sokratischen“ Methode war nichts mehr zu verspüren. Der Haager Friedenspalast und alle Fragen, deretwegen ich hergekommen war, schienen vergessen wie Banquos Geist oder die Schlacht bei Bannockburn. Herrliche Tage folgten zwar; aber aller jener Fragen, die mich eigentlich hergeführt hatten, wurde nicht Erwähnung getan, und, fast nach einer Woche, kam etwas, das wie eine

invited me to go fishing with him in the trout lakes among the hills. I had never caught a trout since one proud day, forty years before, in the North Woods of New York: but now a great hope arose within me, — now I should have the philanthropist all to myself; what excellent conditions for diplomatic angling; who could tell what new help for the world I might bring home with me?

Certainly it „looked like business“. We were arrayed in Scotch caps, cloaks and tippets, given a brave show of fishing tackle, and after a short drive we stood by the side of a boat in one of the trout lakes. But, alas, a colossal Highlander solemnly conducted Mr. Carnegie to one end of the boat, myself to the other, and, to my intense disappointment, took the oars and seated himself between us. He then gave me to understand that the very first requirement of Scotch trout fishing is silence. The situation was now desperate indeed: it was my last day in that Paradise, and I had made my preparations for departure early next morning.

The mountain scenery now lost its charm: I soon lost interest in fishing and gave myself up to reflections as cheerless as the rocky hillsides. Thus the day slowly passed, — not a word exchanged, — Mr. Carnegie catching a few fish, I catching none, and my hopes of the great Palace of Peace fading into the misty sky above us. The return ride was devoted to the philosophy of fishing. Dinner came, with discussions of literary and scientific questions, and the evening followed with noble music. All for which I had come appeared lost, — when, suddenly, our host quietly took his seat beside me.

There followed the „still, small voice“, and straightway, with a method no longer shrewdly Socratic, but nobly Platonic, there was unfolded to me a view of the whole subject which we had for many months been discussing together. The original idea of a Library of International Law had developed into something far grander. The Peace Palace of the Hague began to reappear and in a new glory — as a pledge and sign of a better future for the world, and then came from him the words which assured his great gift

kleine Komödie aussah. Eines Morgens lud mich Carnegie ein, mit ihm auf Forellenfang zu gehen. Nur einmal, vor 40 Jahren, hatte ich eine Forelle gefangen, sonst noch nie. Aber nun erfüllte mich eine große Hoffnung, nun würde ich den Philantropen ganz für mich haben. Welche ausgezeichnete Bedingungen für ein diplomatisches „Angeln“! Wer könnte wissen, welche neue Hilfe für die Welt ich mit mir nach Hause bringen würde?

Natürlich sah es wie eine „Arbeit“ aus. Wir trugen schottische Kappen, Mäntel und Halskragen, und nach einer kurzen Fahrt standen wir bei einem Boot in einem der Forellenteiche. Aber ach, ein großer Hochländer führte feierlich Carnegie zu einem Ende des Bootes, mich zum anderen, und zu meiner heftigen Enttäuschung ergriff er die Ruder und setzte sich zwischen uns. Er gab mir dann zu verstehen, daß die erste Bedingung einer schottischen Forellenfischerei Schweigen sei. Die Situation erschien mir nun in der Tat verzweifelt: es war mein letzter Tag in diesem Eiland, und ich hatte schon Reisevorbereitungen für den nächsten Morgen getroffen.

Die Berge hatten jetzt keinen Reiz mehr. Ich verlor das Interesse am Fischen, und meine Gedanken wurden bald so trestlos wie die felsigen Hügelabhänge. So verging langsam der Tag, kein Wort wurde gewechselt; Carnegie fing einige Fische, ich gar keine, und meine Hoffnungen für den großen Friedenspalast welkten unter dem nebligen Himmel über uns. Die Rückfahrt war nur der Philosophie des Fischens gewidmet. Das „Dinner“ kam mit Unterhaltungen über Literatur, wissenschaftliche Fragen, und am Abend folgte edle Musik. Alles das, weshalb ich hergekommen war, schien verloren, als plötzlich unser Gastgeber sich zu mir setzte.

Es folgte die „ruhige, zarte Stimme“, und bald — jetzt nicht mehr klug „skratisch“, sondern edel platonisch — wurde mir ein Plan für die seit Monaten von uns erörterten Fragen mitgeteilt. Die ursprüngliche Idee einer Völkerrechtsbibliothek wurde erweitert, der Friedenspalast im Haag erschien in einer neuen Pracht als Bürgschaft und Zeichen einer besseren Weltzukunft, und dann sprach Carnegie jene Worte, die den Nationen seine große Spende sicherte, die Schöpfung eines Symbols für den Wunsch einer Welt nach

to the nations, — the creation of a center and symbol of a world's desire for peace and goodwill to men.

Such, my dear and honored friend, is the whole story as I remember it, and I remain

Most sincerely and respectfully yours
Andrew D. White.

Ithaca, July 8, 1913.

P. S. I may, perhaps, add to the above that as regards a Library of International Law to be placed in the Peace Palace for the use of the International Tribunals, Conferences and individuals concerned, I had the honor a few years since, with the permission of Mr. Carnegie, to present to the „Institute for Research“ which he has founded at Washington, a plan for publishing a new edition of „The Great Classics of International Law“, both in the original text and in English. The plan was adopted, with the result that the series has been begun with a splendid edition of the *De Jure Belli ac Pacis* of Grotius, and continued with the treatises of Ayala, Gentilis, Suarez and other great instructors of the world in the Law of Nations.

No doubt there will gradually accumulate about these a large collection of the main works in more recent years on the subjects concerned. Perhaps, too, some one will appear who will be wise enough to secure immortality by endowing it largely and fitly, — providing funds to purchase the books and to engage a librarian to select and guard them.

Best of all, I am sure that you and other lovers of peace throughout the world will have faith with me that, as the culmination and main glory of the Library, there will be added to it, as time goes on, a series of decisions by future Hague Tribunals, which shall develop, ever more and more worthily, the science and practice of International Law and thus become the harbinger of new blessings to mankind.
A. D. W.

Frieden und Wohlwollen zwischen den Menschen.

Dies ist, mein lieber und verehrter Freund, die ganze Geschichte, wie ich sie noch in Erinnerung habe, und ich verbleibe

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener
Andrew D. White.

Ithaca, 8. Juli 1913.

P. S. Ich möchte zu dem vorher Gesagten noch etwas über die Völkerrechtsbibliothek, die in dem Friedenspalast zum Gebrauch der internationalen Schiedsgerichte, Konferenzen und Einzelpersonen untergebracht werden sollte, hinzufügen. Vor einigen Jahren hatte ich die Ehre, dem von Carnegie in Washington begründeten „Institute for Research“ mit seiner Zustimmung einen Plan zur Veröffentlichung einer neuen Ausgabe der „Großen Klassiker des Völkerrechts“ sowohl im Originaltext als auch im englischen zu unterbreiten. Der Plan wurde angenommen, und es erschien eine prachtvolle Ausgabe von Grotius „*De Jure Belli ac Pacis*“, der dann die Abhandlungen von Ayala, Gentilis, Suarez und anderen großen weltberühmten Vertretern des Völkerrechts folgten.

Es ist kein Zweifel, daß sich nach und nach eine große Sammlung ausgezeichnete Werke darüber anhäufen wird. Vielleicht wird sich auch irgend jemand finden, der weise genug ist, sich Unsterblichkeit durch eine große Stiftung zu sichern, durch welche er einen Fonds schafft, um Bücher zu kaufen und einen Bibliothekar zu gewinnen, der sie wählt und verwahrt.

Als Höchstes aber — davon bin ich überzeugt — werden Sie und alle Friedensanhänger der Welt wünschen, daß der Bibliothek als Krönung und vornehmste Errungenschaft mit der Zeit eine Anzahl von Entscheidungen der künftigen Haager Schiedsgerichte einverleibt werden, die immer mehr die Wissenschaft und Praxis des Völkerrechts zu einem neuen Segen für das Menschengeschlecht entwickeln werden.
A. D. W.

In wessen Namen wird im Haager Friedenspalaste Recht gesprochen werden?

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Es ist nicht lediglich ein Streit um Worte, wenn Schücking in seinem hervorragenden Werke „Der Staatenverband der Haager Konferenzen“ (1912, Seite 41 ff.) die Frage untersucht, ob der Haager ständige Schiedshof seine Urteile im Namen der jeweiligen Parteien oder im Namen der Staatengemeinschaft fällt. Denn ganz abgesehen von dem wissenschaftlichen Interesse, das dieser Streit verdient, ist es von erheblichem praktischen Werte, ob das Schiedsgericht im Namen der gesamten zivilisierten Staaten Recht spricht. Im einzelnen hat Schücking die verschiedenen Konsequenzen angedeutet, zu denen diese oder jene Ansicht führt. Hier sei nur auf die viel höhere moralische Macht hingewiesen, die ein über allen Staaten thronender Gerichtshof besitzt.

In zahlreichen bisherigen Schriften, insbesondere meinem „Kommentar zu dem Haager Abkommen betr. die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten“ (1911), habe ich mit der herrschenden Meinung die Ansicht vertreten, der Haager Hof sei lediglich eine Liste von Richtern. Schücking hat sich an der genannten Stelle gegen den von Zorn, Meurer, v. Ullmann und mir vertretenen Standpunkt ausgesprochen. Ich möchte daher heute, ein Jahr nach Erscheinen des Schücking'schen Werkes, die Frage nochmals prüfen.

Schon die Verhandlungen der ersten Haager Friedenskonferenz bieten einen Anhaltspunkt für die Beantwortung dieses Problems. Auf der ganzen ersten Haager Friedenskonferenz war eine der Hauptfragen die Schaffung eines ständigen Schiedsgerichtshofes. Man wollte — dies war die Ansicht der meisten Mitglieder der Konferenz wie der ganzen Welt — nicht lediglich eine Richterliste ins Leben rufen, vielmehr ein wirkliches ständiges Schiedsgericht. Man vergegenwärtige sich nur, was es denn eigentlich für einen Zweck gehabt hätte, wenn die meisten Staaten lediglich eine Liste mit einem Bureau hätten schaffen wollen. Hatte man denn wirklich solchen Mangel an Schiedsrichtern, daß man deswegen eine besondere Liste im Haag auflegen mußte, und war die Zahl der Schiedsgerichte so groß, daß sich ihretwegen die Schaffung eines besonderen Bureaus lohnte? Nein, der Kernpunkt, worauf es den Hauptmitarbeitern der Konferenz wie schon früher der Interparlamentarischen Union ankam, war die Schaffung eines weithin sichtbaren Weltribunals. Dies ergibt sich einmal aus den Worten, mit denen Pauncefote, der englische Dele-

gierte, die Verhandlungen über den Schiedsgerichtshof am 26. Mai 1899 einleitete. Er betonte die Notwendigkeit der Schaffung eines ständigen Tribunals, das die Sache der Schiedsgerichtsbarkeit vorwärts treiben und ihr einen mächtigen Antrieb geben würde. Dabei wies er gerade auf das Descamps'sche Projekt von 1895 hin. „Wie notwendig dieses Tribunal ist,“ so betonte er etwa, „ist mit ebensoviel Beredsamkeit wie Kraft und Klarheit von unserem hervorragenden Kollegen Descamps in seinem interessanten „Essai sur l'arbitrage“ gezeigt worden, von dem sich ein Auszug in den von der niederländischen Regierung uns überreichten Dokumenten befindet.“ (Prot. IV, S. 4.) Was für ein Tribunal aber die große interparlamentarische Versammlung von 1895 sowie Descamps befürwortet haben, ist allgemein bekannt. Dieses Schiedsgericht sollte die erste Haager Konferenz beschließen: Ein freies Tribunal im Schoße unabhängiger Staaten. Wie erklärt sich anders der deutsche Widerstand gegen die Annahme des Hofes, wenn nicht eben durch die Erwägung, daß Deutschland kein Weltribunal wollte? Bei den Verhandlungen mußte Zorn immer wieder betonen, es gebe keinen ständigen Schiedshof, sondern nur eine Liste! Die anderen Mitglieder gingen wiederholt von dem entgegengesetzten Standpunkte aus, so daß es Zorn im Namen der deutschen Regierung für nötig hielt, seine abweichende Ansicht zu Protokoll zu geben. Das konnte aber nicht hindern, daß Descamps in seinem Berichte über das Friedensabkommen die Institution mit Worten verherrlichte, die nur zu verstehen sind, wenn Descamps die Errichtung eines wirklichen Weltribunals annahm. „Die Errichtung eines ständigen Schiedshofes entspricht der tiefsten Sehnsucht der zivilisierten Völker, den realen Fortschritten in den Beziehungen der Staaten. . . Diese große Einrichtung kann ein mächtiges Hilfsmittel sein für die Sicherung des Rechtsgefühls der Welt.“ Diese Worte sind gar nicht begreiflich, wenn man sich vorstellt, daß Descamps hier lediglich darauf anspielt, es sei eine Auswahl von Richtern und ein Bureau geschaffen worden. Nein, die Tatsache, daß fortan ein Richterkollegium im Namen der Staaten fungiert, ist offenbar allein entscheidend. Denn was anders ist, wie Descamps sagt, von den Völkern ersehnt worden?

Aber noch ein anderer Punkt weist darauf hin, daß der Haager Schiedshof in seiner Gesamtheit nicht lediglich eine Richterliste, sondern ein wirkliches Gericht darstellt. Man mache sich doch einmal klar, wie sonst die Worte „Cour permanent d'arbitrage“ zu erklären wären. Entweder sind diese Worte ein barer Nonsens, denn eine Richterliste ist eben etwas anderes wie ein Tribunal, oder wir haben es wirklich mit einem stän-

digen Schiedsgerichte, das freilich lose organisiert ist, zu tun.

Darauf deutet auch die Ueberschrift der von dem Haager Schiedshofe gefällten Urteile deutlich hin, auf denen ausnahmslos zu lesen ist: „Cour permanente d'arbitrage.“ Jedes Schiedsgericht ist eben ein für den Einzelfall zusammengetretener Teil des gesamten Gerichtes. Oder was soll sonst die Ueberschrift bedeuten? Der Unterschied ergibt sich klar, wenn man ein im internationalen Bureau des Haager Schiedshofes gefälltes Urteil eines besonderen Schiedsgerichtes zur Hand nimmt. So steht z. B. über der Entscheidung des russisch-türkischen Schiedsgerichts vom 11. November 1912: „Urteil des Schiedsgerichts vom . . .“ zusammengetreten auf Grund des Schiedsvertrages —“. Wie kann man, muß man fragen, überhaupt von zwölf Urteilen des Haager Schiedshofes reden, wenn man den Hof lediglich als eine Liste von Richtern auffaßt? Dann ist doch jedes Urteil die Entscheidung eines besonderen Tribunals, das im Namen ganz verschiedener Staaten gesprochen hat. Der Sachlage wird man nur gerecht, wenn man davon ausgeht, daß alle einzelnen Tribunale Kammern eines einheitlichen Weltgerichtshofes sind.

Durch die Worte „Cour permanente d'arbitrage“ über jedem Urteile wird also meines Erachtens schon völlig deutlich hervorgehoben, in wessen Namen die Urteile des Haager Schiedshofes gefällt werden. Denn ist, wie jene Ueberschrift sagt, das einzelne Schiedsgericht nur ein Teil des Schiedshofes, so urteilt es im Namen derer, die den Schiedshof als solchen eingesetzt haben, nämlich der Signatarstaaten der zweiten Haager Friedenskonferenz. Es ist deshalb kein so dringendes Bedürfnis, wie dies Schücking (a. a. O. S. 44) vorschlägt, über die Schiedsprüche die Worte zu setzen: „Im Namen der Staatengemeinschaft.“ Auch in Deutschland werden keineswegs alle Urteile, rein äußerlich, im Namen des Kaisers oder des Reiches gesprochen. So erläßt das Reichsmilitärgericht nach § 13 seiner Geschäftsordnung vom 13. März 1909 seine Entscheidungen unter der Ueberschrift: „Das Reichsmilitärgericht“. Und auch das Reichspatentamt, zwar kein Gericht, aber immerhin eine verwaltungsgerichtliche Reichsbehörde, schreibt über seine Urteile ebenfalls nicht „Im Namen des Reiches“, sondern „Im Namen des Patentamts“. (Patentgesetz § 15.) So genügt meines Erachtens die Ueberschrift „Ständiger Schiedshof“ vollkommen, um anzudeuten, daß die Urteile im Namen der Staatengemeinschaft gesprochen werden. Hervorgehoben sei noch, daß sich in vielen Recueil des actes et protocoles du tribunal d'arbitrage eine wörtliche Abschrift des Urteils nicht findet, sondern nur der Wortlaut dessen, was der Generalsekretär

in der Schlußsitzung verliest. Da nun hierbei die Worte „Ständiger Schiedshof“ ebenso wenig hinzugefügt werden wie bei der Verkündung der Urteile in der preußischen Gerichtspraxis die Worte „Im Namen des Königs“, so ist aus dem Protokolle der Schlußsitzung nicht zu entnehmen, welche Ueberschrift die Urteile tragen. Aber die Ausfertigungen der Entscheidungen enthalten alle zunächst die erwähnten Worte.

Dies sind die entscheidenden Punkte, die mich von der Richtigkeit der Schückingschen Auffassung vollkommen überzeugt haben. Dagegen möchte ich aus der Tatsache, daß die Schiedsrichter bei Ausübung ihrer Funktionen exterritorial sind, keine weiteren Folgerungen ziehen. Ich glaube nicht, daß Schücking die bisherige Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit für sich hat, wenn er meint, früher sei es regelmäßig anders gewesen.

Je mehr ich über das hier behandelte Problem nachdenke, um so richtiger erscheint mir die Schückingsche Auffassung von der Stellung des Haager Schiedshofes. Bereits hat nun ein hervorragender deutscher Gelehrter die Darstellung Schückings für zutreffend erklärt. In seiner vor wenigen Tagen in Heft 2 der „Zeitschrift für Völkerrecht“ erschienenen Arbeit, „Die Stellung des Haager Schiedshofes“, spricht Kohler von der „altgeschichtlichen Betrachtung, die davon ausging, daß internationale Schiedsgerichte nur speziell mit den zwei Staaten, die sie ernannten, zu tun hätten, und zu einer richtigen Auffassung des Schiedshofes führe“. Der Haager Hof ist auch noch Kohler ein Organ des Weltverbandes, dessen Bedeutung nicht etwa bloß ist, im einzelnen Falle zu entscheiden, sondern durch seine Entscheidung die Friedenszwecke der Kulturwelt zu erfüllen. Es ist ein wahres Gericht, das freilich nur unter Mitwirkung der Parteien zusammentritt. Kohler führt für diese Auffassung noch einen weiteren Grund an, nämlich den, daß das Schiedsgericht seine Zuständigkeit selbständig bestimmen könne. (Artikel 73 des Haager Abkommens.) Darin stimme ich Kohler nicht zu. Denn die Anwendung des Artikels 73 erfolgt nur, wenn die Parteien dies wünschen. Sie haben gemäß Artikel 51 das Recht, eine abweichende Vereinbarung zu treffen. Daher beruht auch die Zuständigkeitserklärung des Artikels 73 auf wesentlich schiedsrichterlicher Grundlage. Ausdrücklich oder stillschweigend erklären sich die Parteien damit einverstanden, daß das Schiedsgericht selbst seine Kompetenz bestimme.

Wie wenig sich die Staaten darüber klar sind, daß wir im Haag nicht nur eine Richterliste, sondern auch einen ständigen Schiedshof haben, geht daraus hervor, daß viele Kompromisse und ständige Schiedsverträge falsch formuliert sind. Nur in vier von

neun dem Haager Schiedshofe (im Gegensatz zu den besonderen Schiedsgerichten) überwiesenen Fällen ist das Kompromiß im wesentlichen richtig redigiert, indem es heißt: „Der Streitfall — soll dem Haager Schiedshofe unterbreitet werden.“ (So ungefähr im Venezuela-, Maskat-, Canevaro- und Carthagefalle.) Dagegen lauten die übrigen Kompromisse etwa: „Der Streitfall soll einem Schiedsgerichte überwiesen werden, dessen Mitglieder aus der Liste des Haager ständigen Schiedshofes gewählt werden.“

Dagegen sind die ständigen Schiedsverträge meist richtig abgefaßt. Dort heißt es in der Regel: „Streitigkeiten sollen dem Haager ständigen Schiedshofe überwiesen werden.“ (So insbesondere das Modell des französisch-englischen Schiedsvertrages, dem mindestens 54 Verträge nachgebildet sind.) Mir ist überhaupt nur ein von Strupp (Archiv des öffentlichen Rechts, 1913, S. 588) erwähntes Beispiel, nämlich Artikel 1 des russisch-brasilianischen Schiedsvertrages, bekannt, wo der Wortlaut nicht ganz zweifelsfrei ist. Dort heißt es nämlich: „— Richter, die außerhalb der Liste des Schiedshofes gewählt werden.“

Ebensowenig wie die Staaten haben die Schiedsrichter selbst die Schiedsgerichte zutreffend als Kammern oder Zusammenkünfte des Haager Schiedsgerichtshofes bezeichnet. Entweder heißt es in dem Urteile lediglich: „Der Streitfall wurde einem Schiedsgerichte übergeben“ (so in den Entscheidungen des japanischen, des Maskat-, des Casablanca- und Neufundlandstreites), während es heißen müßte: „Der Fall wurde dem Haager Hofe überwiesen.“ In den Urteilen bezüglich des Orinoko-, Carthage- und Manoubafalles steht: „Die Sache wurde einem Schiedsgerichte übergeben, dessen Mitglieder aus der Liste des Haager Hofes gewählt werden sollten.“ Das Savarkar- und Canevarourteil sprechen lediglich davon, daß die Konflikte „der Schiedsgerichtsbarkeit“ übergeben wurden. Relativ am richtigsten sagen die Entscheidungen in den zwei ersten Prozessen, daß „einem in Gemäßheit des Haager Abkommens zusammengesetzten Tribunale“ der Streitfall überwiesen sei.

Außer Kohler haben sich bisher in der Literatur Lammensch, Meurer und

Strupp zu der Schückingschen Ansicht geäußert. Sie erblicken nach wie vor in dem Haager Hofe lediglich eine Liste. Lammensch sagt auf S. 221 seines Buches „Die Rechtskraft internationaler Schiedssprüche“ (1913), der Haager Hof sei nur zu dem Zwecke errichtet worden, um den Staaten die Auswahl der Richter und insbesondere die Stellung des Obmannes zu erleichtern. Das ist, wie oben bereits ausgeführt, nicht zutreffend. Und wenn es heißt: „Dans le but de faciliter le recours immédiat à l'arbitrage“, so ist eben dieses Ziel doch schon nach dem Wortlaute des Abkommens erheblich weiter gesteckt als lediglich die Auswahl der Richter zu erleichtern. Die Anrufung der gesamten Schiedssprechung soll den Staaten bequemer gemacht werden, indem ein Zentralorgan im Haag geschaffen wird. Im übrigen ist nicht lediglich der Wortlaut des Abkommens, sondern auch der Descampsche Bericht zur Auslegung heranzuziehen. Bleibt dieser doch nach den Worten eines berühmten Gelehrten für alle Zeiten die wichtigste Quelle der Auslegung. Aus den Ausführungen von Lammensch ergibt sich deutlich, daß er den von Schücking betonten Unterschied zwischen der Rechtsprechung im Namen und im Auftrage der Staatengemeinschaft nicht beachtet hat.

Wenn Strupp (Archiv des öffentlichen Rechts, 1913, S. 588) sagt, „Mitglied des ständigen Schiedsgerichtshofes im Haag bedeutet nicht, daß der einzelne wirklich Schiedsrichter sei, sondern einzig und allein, daß das einzelne Mitglied eine spes hat“, so mache ich darauf aufmerksam, daß sich bei der Eröffnung des Haager Friedenspalastes die sogenannten „Listenmänner“ in corpore als „Haager Schiedshof“ versammelt werden, um an der Zeremonie teilzunehmen. Nicht nur hier erscheinen die Listenmänner als wirkliche Mitglieder eines Schiedsgerichtshofes. Auch sonst werden sie stets als „Mitglieder des Haager Schiedsgerichtshofes“ bezeichnet.

Um die Ansichten hervorragender Völkerrechtsgelehrter über diese Frage festzustellen, habe ich unter den im folgenden abgedruckten Rundfragen auch eine Antwort über dieses Problem erbeten. Der Aufsatz ist zu einer Zeit geschrieben, als das Rundschreiben noch nicht versandt war.

Eine Rundfrage über das Haager Werk.

Als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts anlässlich des Manifestes des Zaren über die Einberufung der ersten Haager Friedenskonferenz eine Anzahl hervorragender Persönlichkeiten über den Plan des russischen Kaisers und die Friedensidee befragt wurden, war das Ergebnis nicht viel mehr als eine allgemeine Verspottung. Wie man heute, in dem Jahre der Einweihung des Friedens-

palastes, in Deutschland über die Idee einer Völkerverständigung denkt, das zeigt am besten die große Sympathie und die Anhängerschaft, deren sich der „Verband für internationale Verständigung“ erfreut. Es gibt daher heute schon eine machtvolle Strömung zugunsten einer Besserung der Beziehungen der Völker und einer allmählichen juristischen Organisation der Welt. Eine

Enquete über diese Probleme würde daher heute ganz anders ausfallen.

Weil aber die Friedensidee von Jahr zu Jahr eine immer größere Macht ausübt, werden ihre Probleme in der Öffentlichkeit heute so oft diskutiert, daß man wohl über die Stärke der Friedens- und der Kriegsapostel im wesentlichen orientiert ist. Auch die Hetzer spielen heute noch eine große Rolle, wie die neueste ausgezeichnete Publikation des Verbandes für internationale Verständigung: „Der deutsche Chauvinismus“ beweist. Aber führende Persönlichkeiten der Admiralität, des Handels und der Industrie, ja sogar aktive deutsche Studentenkorporationen, die bisher von dem alldeutschen Verbands in Beschlag genommen wurden, sind Mitglieder des Verbandes für internationale Verständigung geworden. Dies deutet scharf die Entwicklung an. Warum also eine Rundfrage an die breite Öffentlichkeit richten, deren Ergebnis doch mehr oder weniger von der zufälligen Wahl der zu Befragenden abhängig sein würde! Besser erschien es, denen, die sich aus Beruf und Neigung mit den Problemen der Haager Friedenskonferenzen befassen, einige grundlegende Fragen aus diesem Gebiete vorzulegen. Einmal kommen hierdurch nur wirklich Sachkundige zu Worte. Dann aber wird es auch ermöglicht, ein wirklich objektives Bild von den Ideen unserer Zeit über das Haager Werk zu geben, weil man diesen begrenzten Kreis von Fachgelehrten und Diplomaten ziemlich vollständig befragen kann und das Ergebnis nunmehr nicht mehr vom Zufall abhängt.

Wir haben uns daher an vierzig angesehene Völkerrechtslehrer und Diplomaten gewandt und ihnen insgesamt sieben Fragen vorgelegt. Fast alle haben eine Antwort eingesandt, und meist über sämtliche Punkte. Ihre Ansichten haben geäußert:

1. Geheimrat v. Bar, Professor in Göttingen, Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes und des Instituts für internationales Recht.
2. Früherer holländischer Minister des Auswärtigen de Beaufort, erster holländischer Delegierter zur zweiten Haager Friedenskonferenz.
3. Professor Frhr. v. Dungern in Czernowitz.
4. Professor Ebers in Münster i. W.
5. Professor Erich in Helsingfors.
6. Professor Jhr. van Eysinga in Leyden.
7. Professor Fleischmann in Königsberg i. Pr.
8. Professor Giese in Posen.
9. Staatsminister Gram, Gouverneur in Upsala, Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes und des Instituts für internationales Recht.
10. Excellenz Hagerup, norwegischer Gesandter in Kopenhagen, erster Delegierter zur zweiten Haager Friedenskonferenz,

Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes des Instituts für internationales Recht.

11. Professor Heilborn in Breslau.
12. Professor Frhr. Hold v. Ferneck in Wien, Delegierter zur Londoner Seekriegsrechtskonferenz.
13. Professor Max Huber in Zürich, Delegierter zur zweiten Haager Friedenskonferenz.
14. Ministerialrat Jhr. de Jong van Beek en Donk im Haag.
15. Professor Wilhelm Kaufmann in Berlin, Associé des Instituts für internationales Recht.
16. Geheimrat Kohler in Berlin.
17. Excellenz Laband, Professor in Straßburg.
18. Professor La Fontaine, Senator in Brüssel, Direktor des „Office Central des associations internationales.“
19. Hofrat Lammascch, Professor in Wien, Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes und des Instituts für internationales Recht, Delegierter zu beiden Haager Friedenskonferenzen.
20. Professor de Louter in Utrecht, Associé des Instituts für internationales Recht.
21. Amerikanischer Gesandter Marburg in Brüssel.
22. Geheimrat Meurer, Professor in Würzburg, Associé des Instituts für internationales Recht.
23. Professor Neubecker in Berlin.
24. Professor Nippold in Oberursel am Taunus.
25. Schweizerischer Gesandter Odier in St. Petersburg, Delegierter zur ersten Haager Friedenskonferenz.
26. Professor Oppenheim in Cambridge, Mitglied des Instituts für internationales Recht.
27. Excellenz Staatsminister Frhr. von Plener in Wien, Präsident des Oberrechnungshofes, Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes und Associé des Instituts für internationales Recht.
28. Professor Politis in Paris, Associé des Instituts für internationales Recht.
29. Professor Rehm in Straßburg.
30. Professor Schoen in Göttingen.
31. Privatdozent Schoenborn in Heidelberg.
32. Professor Schücking in Marburg, Associé des Instituts für internationales Recht.
33. Dr. Karl Strupp in Frankfurt am Main.
34. Professor van Vollenhoven in Leyden.

Man erkennt ohne weiteres, daß es sich hier durchaus nicht nur um pazifistisch gesinnte Persönlichkeiten handelt. Uns lag daran, ein objektives Bild von den Ansichten der maßgebenden Kreise über das Haager

Werk zu geben. Das war aber nur möglich, wenn Männer jeder Richtung zu Worte kamen. So haben wir sogar unseren größten Gegner, Frhrn. v. Stengel in München, um seine Meinung gebeten. Er hat aber geschrieben, er sähe den Zweck dieser Rundfrage nicht ein. Bevor nunmehr die Fragen und Antworten wiedergegeben werden, sei darauf hingewiesen, daß bezüglich der dritten

Frage bei den Gegnern der Schücking'schen Ansicht nicht überall zwischen der Entscheidung „im Auftrage“ und „im Namen“ der Staatengemeinschaft unterschieden wird. Das ist wesentlich. Auch Schücking hat nie behauptet, der Haager Hof urteile im Auftrage der Staatengemeinschaft. (Vgl. z. B. Labands Antwort.) Dr. H. W.

I. War die Errichtung des Haager Schiedsgerichtshofes im Jahre 1899 von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts, und hat sich der Haager Schiedsgerichtshof bewährt?

v. Bar: Der Haager Schiedshof hat sich meiner Ansicht nach bewährt. Seine Tätigkeit fördert auch die Entwicklung des Völkerrechts. Aber letztere wird auch in Zukunft wie bisher in der Hauptsache durch die Wissenschaft bewirkt werden.

de Beaufort: Sie war gewiß von entscheidender Bedeutung.

Frhr. v. Dungen: Die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes in der gegenwärtigen Form hat fraglos die Erledigung solcher internationalen Streitfragen, wegen welcher die Parteien einen Krieg nicht wünschen, erleichtert. Sie bedeutet einen Versuch der Unifikation des völkerrechtlichen Schiedsverfahrens. Darin liegt ein bedeutsamer Fortschritt in der Entwicklung des Völkerrechts.

Ebers: Ja! Unbedingt.

Erich: Ja!

Jhr. van Eysinga: Ohne jeden Zweifel!

Fleischmann: Sollte es nicht vermessen sein, auf eine Frage zu antworten, ob die Errichtung des Haager Schiedshofes im Jahre 1899 von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts gewesen ist? Ich glaube heute nicht mehr. Seitdem sich der Schiedshof in seiner bescheidenen Organisation bereits als ein Mittel bewährt hat, den Keim für manchen Völkerzwist auszurotten, selbst in politisch heiklen Fragen, wie sie Casablanca und Maskat boten, darf man — an dem Maße des Fortschritts gemessen, mit dem die Jahrhunderte zuvor das Völkerrecht an Bescheidenheit gewöhnt haben — diese Frage wohl bejahen. Aber man muß die Früchte reifen lassen. Man öffne erst noch weiter und reichlicher die Archive, in denen, wie Freiherr v. Marschall auf der zweiten Friedenskonferenz erklärte, gar mancher Streitfall der Entscheidung harret. (Ich nehme an, daß auch der bald 100 jährige Fall Neutral-Moresnet dazu gehört.) So lasse man das Werkzeug, wie es zurzeit vorhanden ist, daran erst seine Fähigkeit weiter erproben.

Giese: Zweifellos: Ja!

Gram: Die Errichtung des Haager ständigen Schiedshofes im Jahre 1899 war keine revolutionäre Maßregel und sollte es auch nicht sein. Die darauf bezüglichen Bestimmungen sind maßvoll und vorsichtig abgefaßt worden.

Die Bedeutung dieses Ereignisses besteht darin, daß es einen weisen Fortschritt auf dem richtigen Wege darstellt. Zudem wirkt das Vorhandensein eines solchen Gerichtshofes — selbst wenn er noch nicht so oft angerufen worden ist, wie die Anhänger der Völkerverständigung er-

warten konnten — stark auf das öffentliche Gewissen in allen zivilisierten Staaten.

Wenn man also die bisherigen segensvollen Wirkungen der Schaffung des Haager Hofes nicht übertreiben darf, so läßt sich doch wohl sagen, daß sich diese Einrichtung bewährt hat.

Hagerup: Ich habe diese Frage auf meiner Rede in der Genfer Interparlamentarischen Versammlung beantwortet.

Heilborn: Ich glaube, daß sich der Haager Schiedshof bewährt hat, halte es aber nicht für möglich, bereits heute ein Urteil darüber abzugeben, ob die Errichtung von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts gewesen ist. Das kann man meines Erachtens erst sagen, wenn seine Anrufung regelmäßige Praxis geworden ist und wenn seine Entscheidungen einen dauernden Einfluß auf die Rechtsentwicklung haben ausüben können.

Frhr. Hold v. Ferneck: Daß die Errichtung des Haager Schiedshofes von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts gewesen ist, glaube ich nicht annehmen zu dürfen, da ja eine Verpflichtung, den Schiedshof anzurufen, nicht geschaffen wurde. Dagegen ist nicht zu bestreiten, daß sich der Schiedshof aufs beste bewährt hat.

Huber: Die Errichtung des Haager Schiedshofes hat unzweifelhaft einen entscheidenden Einfluß auf das Schiedsgerichtswesen und überhaupt auf das Eindringen der Justizidee in Völkerrecht und Politik gehabt. Die Institution hat sich auch bewährt.

de Jong: Ohne Zweifel hat die Errichtung des Haager Schiedsgerichtshofes im Jahre 1899 nicht nur eine außerordentliche Bedeutung für den Völkerfrieden gehabt, sondern diese Tat war auch von ungemeinem Einflusse für die Entwicklung des Völkerrechts. Auch wenn vielleicht der Haager Schiedsgerichtshof in gewissen Fällen mehr einen vermittelnden Spruch als eine strengjuristische Entscheidung gefällt hat, so ist doch andererseits zu bedenken, daß erst die Errichtung des Haager Schiedsgerichtshofes im Jahre 1899 die bevorstehende Schaffung eines wahrhaften permanenten Gerichtshofes im Jahre 1915 ermöglicht hat.

Kaufmann: Ich habe die Errichtung des Haager Schiedshofes im Jahre 1899 als ein für die Entwicklung des Völkerrechts prinzipiell bedeutsames Ereignis mit Freude begrüßt. Die Anfänge waren naturgemäß besonders schwierig, aber schon so bemerkenswert, daß man von der Zukunft Größeres erhoffen kann.

Kohler: Ja!

Laband: Das Haager Schiedsgericht ist unzweifelhaft eine wichtige und interessante Erscheinung in der Geschichte des Völkerrechts, aber von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts ist es bisher noch nicht geworden. Es besteht aber die Aussicht, daß es sie durch die Entscheidung zahlreicher kasuistischer Fragen allmählich erlangen wird.

La Fontaine: Ich bin davon überzeugt, daß die Schaffung des Haager Schiedshofes, obgleich seine Form augenscheinlich unvollkommen ist, als ein Ereignis ersten Ranges bezeichnet werden muß, einmal vom Standpunkte der Entwicklung des Völkerrechts, ganz besonders aber im Hinblick darauf, daß der Schiedshof dem Gewissen der Menschheit als Wahrzeichen für die juristische Organisation der Staaten voranleuchtet. Ganz gewiß wird fortan die Idee, daß das Recht an die Stelle der Gewalt treten muß, die Staatenbeziehungen von Tag zu Tag mehr beeinflussen und sich zum Siege durchringen.

Lammasch: Beide Fragen bejahe ich mit vollster Entschiedenheit.

de Louter: Zweifellos hat die Errichtung des Haager Schiedsgerichtshofes eine entscheidende Bedeutung, weil sie der erste Schritt zur Einheit der völkerrechtlichen Entscheidungen gewesen ist.

Marburg: Die Einsetzung eines ständigen Schiedsgerichtshofes im Haag war nicht nur deshalb von allergrößter Bedeutung, weil sie gleichsam ein Werkzeug für die Schiedsgerichtsbarkeit schaffte, sondern auch, weil sie die Menschen ermutigte, öfters daran zu denken, daß es möglich ist, an die Stelle des Krieges ein Schiedsgericht zu setzen.

Meurer: Ja!

Neubecker: Ich stehe nicht an, beide Fragen zu bejahen.

Nippold: Ja!

Odier: Ich glaube, daß die Konferenz von 1899 ein bedeutungsvolles Werk geschaffen hat. Sie setzte den Beitritt einer großen Anzahl von Staaten zu dem Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit als einer geeigneten Lösung von Staatenstreitigkeiten durch. Sie hat also einen großen Fortschritt des Völkerrechts verwirklicht, und der Haager Hof hat bereits wertvolle Arbeit geleistet.

Oppenheim: Ganz gewiß!

Frhr. v. Plener: Der Haager Schiedsgerichtshof hat sich unzweifelhaft bewährt. Die Zahl der ihm unterbreiteten Fälle ist zwar nicht groß, einige darunter waren aber von erheblicher politischer Bedeutung, wie z. B. die Neufundlandfrage.

Politis: Unzweifelhaft bedeutet der Haager ständige Schiedshof einen großen Fortschritt im Völkerrecht und stellt den ersten Schritt dar auf dem Wege zur Organisation der internationalen Rechtsprechung.

Rehm: Sie war von entscheidender Bedeutung, denn sie hat den Gedanken allgemeiner Schiedsabkommen zwischen Staaten gefördert. Der Schiedshof hat sich bewährt.

Schoen: Die Errichtung des Haager Schiedshofes ist zweifellos eine der wichtigsten Marksteine in der Geschichte des Völkerrechts. Sie hat dem in der Völkerrechtsgemeinschaft sich dauernd weiteren Boden erwerbenden Gedanken, daß allein die Erhaltung des Friedens allen zum Vorteile gereicht und zu erstreben sei, geeigneten Ausdruck verliehen. Nicht unrichtig datieren einige von ihr eine neue Ära in der Geschichte des Völkerrechts. Daß der Schiedshof sich bewährt und segensreich gewirkt hat, steht außer Zweifel. Ob er von steigendem Einflusse auf die Entwicklung des Völkerrechts sein wird, wird davon abhängen, inwieweit er sich in seinen Entscheidungen durch Rechtsgrundsätze leiten lassen und seinen Urteilen entsprechende Begründungen begeben wird.

Schoenborn: Ja!

Schücking: Seit das Völkerrecht als eine besondere Rechtsdisziplin existiert, ist meines Erachtens kein Ereignis zu verzeichnen, daß für die Fortbildung dieser Materie und damit für die Ausdehnung der Herrschaft des Rechts auf der Erde fruchtbringender gewesen wäre, wie die Errichtung des Schiedsgerichtshofes durch die erste Haager Konferenz von 1899. Dieser Gerichtshof hat sich jedenfalls für die Erledigung von Rechtsstreitigkeiten unter den Staaten trefflich bewährt, und zwar, wie die Casablanca-Affäre beweist, auch für die Erledigung solcher Rechtsfragen, die durch die Erregung der öffentlichen Meinung hüben und drüben schon eine politische Affäre geworden sind.

Strupp: Beide Fragen dürfen meines Erachtens unbedingt bejaht werden. Ich trage keine Bedenken, das Jahr 1899, wie es v. Liszt und Schücking getan haben, als den Beginn eines neuen Abschnittes der Weltgeschichte zu bezeichnen. Fälle, wie der Casablanca-, der Neufundland-, der „Carthage“- und „Manuba“-Fall, die in früheren Zeiten höchst wahrscheinlich zu ernstesten Konflikten geführt haben würden, zeigen aufs deutlichste, daß sich der Schiedsgerichtshof bewährt hat.

van Vollenhoven: Die Errichtung des Schiedshofes war von entscheidender Bedeutung. Auch hat sich der Haager Hof bewährt.

II. Ist es wünschenswert, daß auf der dritten Haager Friedenskonferenz neben dem Haager Hofe ein Schiedshof mit dauernd im Haag tagenden Richtern (Cour de la justice arbitrale) zustande kommt?

v. Bar: Dieser Ansicht bin ich nicht. Ich halte es für richtiger — namentlich wenn durch Schiedssprüche Kriege vermieden werden sollen —, das Schiedsgericht jedes Mal für den einzelnen Fall zu bilden, aber einerseits die Zahl der eingetragenen Mitglieder durch bewährte Persönlichkeiten zu verstärken, die nicht Diplomaten oder halbdiplomatische Beamte, vielmehr ausschließlich Rechtskundige sind, so

dann, um Verzögerungen und andere Schwierigkeiten zu vermeiden, dem Bureau des Haager Schiedshofes eine andere Organisation und weitergehende Befugnisse zu geben. Die Richter müßten sämtlich auf Lebenszeit ernannt werden.

Frhr. v. Dungen: Eine solche Umgestaltung wäre eine Vervollkommnung des Verfahrens; damit also ein weiterer Fortschritt im praktischen Ausbau des Schiedsgedankens. Doch

fürchte ich, daß diese Umgestaltung den Wirkungskreis gerade des Haager internationalen Tribunals kaum vergrößern würde; wenigstens was die Bedeutung der ihm unterbreiteten Fragen betrifft.

Ebers: Ja, ich glaube aber nicht, daß sich dieser Gedanke schon jetzt bez. auf der 3. Konferenz verwirklichen läßt.

Erich: Unbedingt!

Jhr. van Eysinga: Lieber eine kleine ständige „Délégation“ aus dem Haager Hof. Um den bekannten Schwierigkeiten anlässlich der Zusammenstellung vorzubeugen, müßte diese „Délégation“ auf dem Grundsatz fußen, daß keiner der Streitteile in ihr vertreten sein darf. Einer der „juges suppléants“ hätte dann Sitzung zu nehmen für den Fall, daß ein Richter Angehöriger einer der Streitteile wäre.

Fleischmann: Das Werk vom Haag, und darunter auch das Schiedsverfahren, ist auch ein politisches Mittel. Und die politische Welt steht ihm noch vielfach skeptisch gegenüber. Darum rate ich zu vorsichtigem Schritte in der Errichtung eines Schiedshofes mit dauernd tagenden Richtern. Die Einrichtung will durch die Sachlage gerufen, nicht aufgedrängt sein, um in der politischen Luft eine volle Wirksamkeit zu entfalten.

Giese: Die Errichtung eines solchen Schiedshofes würde für die Entwicklung des Völkerrechts sehr förderlich sein, aber ich glaube kaum, daß sich dieselbe praktisch rechtfertigen läßt, da die Anzahl der diesem Schiedshof vorgelegten Streitfälle zu gering sein würde.

Gram: Hoffentlich wird eine nahe Zukunft den weiteren Fortschritt der Prinzipien erleben, die die Grundlage der gegenwärtigen Rechtsprechung bilden, und zwar entsprechend dem durch die zweite Haager Friedenskonferenz ausgesprochenen Wunsche durch die Schaffung einer Cour de la justice arbitrale.

Hagerup: Ich habe mich in meiner Rede auf der Interparlamentarischen Versammlung zugunsten einer Cour de la justice arbitrale ausgesprochen.

Heilborn: Ich halte es für wünschenswert, sofern dem Gerichtshof zivilrechtliche Klagen gegen fremde Staaten zur Aburteilung überwiesen werden. Als Gerichtshof zur Entscheidung von Staatenstreitigkeiten völkerrechtlicher Natur könnte er — einstweilen — die Neigung zur Anrufung des Schiedsgerichts bedenklich abschwächen.

Frrhr. Hold v. Ferneck: Die Errichtung der Cour de justice arbitrale neben der Cour permanente d'arbitrage böte wohl manche Vorteile. Doch werden sich die Regierungen in wichtigen Streitfällen sicherlich lieber an die Cour permanente wenden, da sie begreiflicherweise Wert darauf legen, die Streitigkeiten durch Richter ihrer Wahl und ihres Vertrauens entscheiden zu lassen.

Huber: Die Häufigkeit der schiedsrichterlichen Entscheidung von Staatenstreitigkeiten ist weniger bedingt durch die größere oder geringere Leichtigkeit der Bildung bzw. Anrufung des Gerichtes, als durch die Geneigtheit der Staaten zur Betretung des Rechtsweges überhaupt. Diese letztere würde wohl eher vermindert — wenigstens in Fällen von größerer Bedeutung —, wenn die Parteien keinen Einfluß auf die Besetzung des Gerichtes im Einzelfalle hätten. Die Analogie zum Bundes-

staat in bezug auf zwischenstaatliche Gerichtsbarkeit ist unzutreffend.

de Jong: Es ist wünschenswert, daß im Jahre 1915 ein wahrhaft permanenter Gerichtshof errichtet wird, vorausgesetzt, daß — wie auch Professor L. Oppenheim (Cambridge) in „Die Zukunft des Völkerrechts“ fordert — daneben der jetzige Haager Schiedsgerichtshof bestehen bleibt. Die Regierungen sollen also berechtigt bleiben, ihre Meinungsverschiedenheiten einem Ausspruche des bestehenden Schiedsgerichtshofes zu unterwerfen, in welchem Falle sie die Richter selbst wählen, und im Komproß bestimmen können, daß sie nicht ausschließlich eine Rechtsentscheidung verlangen. Die Zusammensetzung dieses permanenten Gerichtshofes, der nur in Wirkung treten soll, falls beide Parteien diesen Hof bevorzugen, kann 1915 nicht mehr diese Schwierigkeiten bieten, welche im Jahre 1907 die Verwirklichung der prinzipiell angenommenen Idee verhindert haben.

Kaufmann: Auch die Bildung eines ständigen Schiedsgerichtshofes (Cour de justice arbitrale) im Haag, dessen Zusammensetzung allerdings noch ein schwieriges Problem abgibt, schiene mir wünschenswert. Namentlich, wenn gleichzeitig wenigstens für gewisse Materien die Schiedssprechung nicht bloß obligatorisch gemacht, sondern auch in Ermangelung abweichender Vereinbarung der Parteien diesem ständigen Schiedsgerichtshof überwiesen würde. Es hätte dies zu geschehen für eine Reihe gewissermaßen alltäglicherer Streitigkeiten zwischen Staaten und — für gewisse internationalrechtliche Streitigkeiten von Privaten. Für letztere könnte er möglicherweise, ähnlich dem Internationalen Prisenhofe, nur als Rekursinstanz über den nationalen Gerichten zuständig gemacht werden. Ihm könnte ferner die mit Recht neuerdings vielfach verlangte internationale Schiedsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten von Privaten mit fremden Staaten zugewiesen werden.

Aber daneben wäre der bisherige sog. ständige Schiedshof aufrechtzuerhalten.

Kohler: Ja!

Laband: Neben dem Haager Schiedshof noch einen dauernd tagenden Gerichtshof zu errichten, scheint mir nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich zu sein. Selbst die Umwandlung des Haager Gerichtshofes in einen dauernd tagenden halte ich für sehr bedenklich, da es ihm an der genügenden Beschäftigung fehlen würde.

La Fontaine: Das ist nicht nur wünschenswert, sondern eine unbedingte Notwendigkeit. Nur ständige Richter können eine Kontinuität in der Rechtsprechung gewährleisten und an der Bildung des Völkerrechts wirksam mitarbeiten. Die Schiedsrichter werden den Streit stets durch einen Vergleich beizulegen suchen. Zudem gibt es eine Reihe von Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und fremden Staaten, die man einem internationalen Gerichtshofe anvertrauen muß.

Lammasch: Neben dem bisherigen Schiedsgerichtshofe halte ich die Einsetzung der Cour de la justice arbitrale für sehr wünschenswert.

de Louter: Er ist unbedingt wünschenswert, und zwar entweder neben oder anstatt des Haager Hofes.

Marburg: Ein wirklicher internationaler Gerichtshof mit einer Körperschaft von ständigen Richtern, die vor allen Dingen hervorragende Rechtsgelehrte sein müßten, ist wohl als Ergänzung, nicht aber als Ersatz für den gegenwärtigen Hof wünschenswert. Für einen solchen ergänzenden Hof sprechen folgende Gründe:

a) Der Wechsel der Persönlichkeiten beim jetzigen Hof wirkt auf den Zusammenhang seiner Entscheidungen und die daraus sich ergebende Entwicklung des Völkerrechts nicht günstig ein.

b) Bei den Verfahren des jetzt bestehenden Hofes nimmt das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit, nämlich das Verlangen, eine Schwierigkeit durch Vergleich aus der Welt zu schaffen, einen breiten Raum ein. Kompromisse bilden aber notwendigerweise wichtige Grundzüge eines solchen Prinzipes. Eine große Nation, die recht zu haben glaubt — und die vornehmsten Völker müssen, wenn sie Klage führen, fühlen, daß sie im Rechte sind —, wird mehr oder minder abgeneigt sein, ein Gericht anzurufen, durch das ihre wichtigsten Interessen gefährdet werden könnten. Wenn sie dagegen zu einer Entscheidung Vertrauen hat, die im Zusammenhange steht mit dem Geist des Gesetzes, soweit dieses Gesetz überhaupt entwickelt ist, dann wird sie eher bereit sein, die Anwendung von Gewalt aufzugeben, um zu ihrem Rechte zu gelangen.

c) Beleidigter Stolz ist häufig die Ursache internationaler Streitigkeiten. Der Stolz einer Nation ist aber gerettet, wenn sie zustimmt, einen Streit einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, und die Errichtung eines Hofes, der nur nach dem Rechte urteilt, wird somit die dadurch entstehenden Kriegsmöglichkeiten aus der Welt schaffen.

d) Das Vorhandensein eines Hofes mit ständigen Richtern wird die Schwierigkeiten bei der Richterwahl beseitigen. Heute müssen für jeden Streit neue Richter gewählt werden. Auf diesem Wege wird auch eine Verringerung der sehr hohen Ausgaben, die der jetzigen Einrichtung des Schiedsgerichtes anhaften, ermöglicht werden.

e) Ebenso wie der bestehende permanente internationale Schiedsgerichtshof die Aufmerksamkeit der Menschen auf die wachsende Möglichkeit, Streitigkeiten krieglos zu schlichten, lenkt, so würde ein internationaler Gerichtshof die Menschen auf die Entwicklung des Völkerrechts aufmerksam machen. Bei einem solchen Hof würden wir wahrscheinlich während eines einzigen Zeitalters Zeuge rascherer Entwicklung des Völkerrechts sein, als dies in vergangenen Jahrhunderten der Fall war. Ein Beispiel der Art, wo die Errichtung eines Gerichtshofes das Verständnis für das Völkerrecht erhöht hat, ist die Tatsache, daß der Vorschlag des Prisenhofes zu der Londoner Seekriegskonferenz von 1908/9 führte, die das Seekriegsrecht kodifizierte.

Meurer: Ja!

Neubecker: Ja!

Nippold: Ich wünsche einen wirklichen ständigen Schiedsgerichtshof, aber nicht in der Form der Cour de la justice arbitrale. Der jetzige Haager Hof muß zu einem solchen ausgebaut werden.

Otier: Ich halte es für besser, wenn man erst noch mehrere Jahre Erfahrungen mit der gegenwärtigen Organisation sammelt und wartet,

bis sich die Anwendung derselben verallgemeinert hat. Das ist wünschenswerter, als bereits jetzt einen wirklich ständigen Schiedshof zu schaffen, der möglicherweise nur von einer unzureichenden Anzahl von Staaten angenommen würde.

Oppenheim: Ja!

Frhr. v. Plener: Das Projekt eines kleinen permanenten aus Berufsrichtern bestehenden internationalen Gerichtshofes wird voraussichtlich von amerikanischer Seite wieder aufgenommen werden. Die Schwierigkeiten, die das Projekt bisher fand, sind noch nicht beseitigt. Einmal ist es die Ernennung der Richter durch die verschiedenen Staaten, bezüglich deren noch kein neuer annehmbarer Vorschlag vorliegt. Dann kommt die Gerichtsautonomie der einzelnen Staaten, welche sich überhaupt nicht leicht herbeilassen werden, in Ausdehnung der Bestimmungen über den Prisenhof, einen Appell gegen ihre nationalen Gerichte an einen internationalen Gerichtshof gelten zu lassen. Doch ist es denkbar, daß, unter gewissen Vorbehalten, für internationales Privatrecht namentlich in jenen Partien, die vertragsmäßig geregelt sind oder es werden können, wie Wechsel-Scheck-, Teile des See- und Versicherungsrechtes, eine internationale Gerichtsbarkeit für Streitigkeiten von Privatpersonen untereinander anerkannt werde. Mehr als zweifelhaft erscheint es jedoch, ob die Staaten die Erhebung von Rechtsansprüchen von Privatpersonen gegen sie vor einem internationalen Gerichtshof zugeben werden. Dagegen könnten wohl Streitigkeiten von Staaten untereinander, namentlich über Auslegung nichtpolitischer Verträge und über andere juristische Fragen unter gewissen Vorbehalten an ein internationales Gericht gewiesen werden, doch müßte es den Staaten immer freistehen, statt des internationalen Gerichtshofes den Weg freier schiedsgerichtlicher Austragung durch den Haager Schiedshof zu wählen.

Politis: Ich glaube, daß die Schaffung der Cour de justice arbitrale neben dem jetzigen Schiedshofe äußerst wünschenswert ist und von der dritten Friedenskonferenz verwirklicht werden müßte.

Rehm: Ja!

Schoen: Ob von der Errichtung eines solchen Schiedshofes neben dem Haager Schiedshof große und sichere Vorteile für die Praxis zu erwarten sind, scheint zweifelhaft. Daß ein nicht für den Einzelfall von den Parteien zusammengesetzter Gerichtshof der Entwicklung des internationalen Rechts mehr dienen wird als der Haager Schiedsgerichtshof ist klar: er wird der internationalen Rechtsprechung eine Kontinuität sichern; der Umstand, daß er nur nach Rechtsgrundsätzen urteilt, wird das Ansehen des Völkerrechts heben. Allein liegt es nicht sehr nahe, daß die Staaten, wenn sie zwischen ihm und dem Haager Schiedsgerichtshof in jedem Falle wählen können, in allen wichtigen Fällen sich für letzteren entscheiden werden, auf dessen Zusammensetzung sie in concreto Einfluß haben?

Schücking: Darin würde ich einen wesentlichen Fortschritt erblicken, nicht nur für die Staatengerichtsbarkeit, sondern mehr noch als Symptom der sich anbahnenden Organisation der Kulturwelt.

Strupp: Ja!

van Vollenhoven: Für sehr wünschenswert!

III. Ist bereits der jetzige Haager Schiedshof, wie Schücking behauptet, ein Organ des Staatenverbandes, ein Weltgerichtshof, oder lediglich eine Liste von Richtern? Urteilt also der Haager Hof im Namen des Staatenverbandes oder der jeweiligen Parteien?

v. Bar: Bis jetzt urteilt der Schiedshof nur kraft Vereinbarung der Parteien, also im Namen der Parteien. Er würde als im Namen eines Staatenverbandes jedenfalls nur dann urteilend angesehen werden können, wenn er auf einseitiges Anrufen einer Partei seine Zuständigkeit souverän feststellen und auch bei Untätigkeit oder Widerspruch der beklagten Partei zusammentreten und das Verfahren einleiten könnte.

de Beaufort: Der Haager Hof urteilt im Namen der Parteien.

Frlr. v. Dungern: Die Anerkennung der Autorität des Haager Schiedsgerichtshofs beschränkt sich, scheint mir, bisher auf Anerkennung eines in den Grundzügen geregelten Verfahrens. Die bisherigen Anrufungen des Schiedsgerichtshofs haben den Charakter von bedingten Kompromissen. Ich vermag aus keinem der bisher ergangenen Urteile herauszulesen, daß Parteien oder Richter dabei glaubten, ein Organ der Staatengesamtheit handle im Haager Schiedsgerichtshof als Entscheidungsbehörde dieser Gesamtheit für Fragen des Völkerrechts. Ich glaube auch nicht, daß eine solche Aufgabe objektiv erfüllt werden kann, solange die subjektive Absicht fehlt.

Ebers: Der jetzige Haager Hof ist meines Erachtens noch nicht ein Weltgerichtshof, so daß er schon im Namen des Staatenverbandes urteilt, kann und wird dies aber hoffentlich noch werden.

Erich: Die Ausdrücke und Bestimmungen des Abkommens scheinen mir in dieser Hinsicht nicht ganz unzweideutig zu sein. Jedenfalls hat der Schiedshof materiell die Bedeutung eines Weltgerichtshofs, ihr entspricht auch die moralische Verantwortung der Richter.

Jhr. van Eysinga: Der Haager Hof urteilt jetzt schon im Namen des Staatenverbandes, der gerade in seinem Organ zum Ausdruck kommt.

Giese: Ich kann keinen Staatenverband im Schückingschen Sinne und folglich auch kein Organ eines solchen Verbandes anerkennen.

Hagerup: Ein Eingehen auf die Schückingschen Ansichten, die teilweise konstruktiv-juristischer Natur sind, setzt eine Auseinandersetzung über die Begriffe Organ und Organisation voraus, die bekanntlich sehr umstritten sind.

Heilborn: Der jetzige Haager Schiedshof ist meines Erachtens „lediglich eine Liste von Richtern“. Er urteilt „im Namen der jeweiligen Parteien“.

Frlr. Hold v. Ferneck: Der Lehre Schückings, daß der Haager Schiedshof ein Organ des Staatenverbandes ist, stehe ich skeptisch gegenüber. Wenn man schon glaubt, die Frage aufwerfen zu müssen, in wessen „Namen“ er urteilt, so meine ich, daß er namens der Parteien urteilt, die ihn aus eigenem Entschluß anrufen und die Richter selbst wählen.

Huber: Diese Frage hat rein akademische Bedeutung; die Institution als solche ist ein — allerdings zum selbständigen Handeln nicht berufenes — Organ, oder richtiger eine Anstalt,

des von den partizipierenden Staaten gebildeten Verbandes; das in concreto funktionierende Gericht steht zu den Parteien aber in gleichem Verhältnis wie ein außerhalb des Friedensabkommens gebildetes.

Kaufmann: Dieser jetzige ständige Haager Schiedshof ist meines Erachtens mehr als eine bloße Liste von Richtern. Er ist ein allerdings nur leise angedeutetes Organ der in den Werken der Haager Friedenskonferenzen zum rechtlichen Ausdruck gebrachten Völkergemeinschaft. Sollte darauf durch eine Formel im Eingang der Urteile der aus ihm gebildeten konkreten Schiedsgerichte hingewiesen werden, so würde ich die Formel „Im Dienste der Völkergemeinschaft“ der Formel „Im Namen des Staatenverbandes“ vorziehen.

Kohler: Die Schückingsche Ansicht ist, wie ich in der „Zeitschrift für Völkerrecht“ (1913, Nr. 2) ausgeführt habe, auch die meinige.

Laband: Von einem „Staatenverband“ der zivilisierten Staaten sind wir noch weit entfernt; das ist vorläufig noch ein Zukunftstraum; der Haager Schiedsgerichtshof kann daher auch kein „Organ“ desselben sein; er urteilt wie jedes Schiedsgericht im Auftrage der Parteien. Die „Schiedsgerichte“ der Arbeiterversicherung sind keine Schiedsgerichte, wenn sie auch so heißen, sondern Behörden.

La Fontaine: Ich glaube nicht, daß man die Frage so bejahend beantworten kann, wie dies Schücking tut. Aber ganz gewiß bilden der Haager Hof und die Friedenskonferenzen die Grundlagen einer einheitlichen Zusammenfassung der Staatengesellschaft. Auf diesen Fundamenten wird sich die Weltföderation entwickeln.

Lammasch: Meines Erachtens ist der bisherige Schiedsgerichtshof kein Weltgerichtshof und fungiert nur im Namen der jeweiligen Parteien.

Marburg: Der gegenwärtige Haager Hof besteht einfach aus einer Anzahl von Richtern, aus denen auf Verlangen jene gewählt werden, die einen Schiedsgerichtshof bilden sollen. So kam es vor, daß einer oder mehrere Richter bei verschiedenen durch den Hof durchgeführten Entscheidungen mitwirkten. Dies war aber nur eine Anerkennung der großen Verdienste einzelner Persönlichkeiten; bei Errichtung des Hofes ist dies nicht vorgesehen worden. Der Hof richtet im Namen der Streitenden und nicht im Namen der Gesellschaft der Nationen.

Meurer: Der Haager Hof ist kein Organ des Staatenverbandes und urteilt im Namen der Parteien. Diese Ansicht habe ich bereits in der Deutschen Juristenzeitung 1912, Nr. 18, S. 1151, ausgesprochen.

Nippold: Der Haager Hof ist ein Organ der Staatengesellschaft, das auch in deren Namen, nicht nur im Namen der Parteien, in Funktion tritt.

Odiar: Ich lege wenig Wert auf Definitionen. Die Tatsachen erscheinen mir wichtiger. Es ist eine Tatsache, daß alle Völker die Möglichkeit haben, schnell ein Schiedsgericht zu bilden, um die zwischen ihnen entstandenen Streitfragen zu lösen. Die Völker, die der

Haager Konvention beigetreten sind, finden im Haag die Schiedsgerichtsjustiz. Also kann der Haager Hof sehr wohl betrachtet werden als ein Welttribunal für die Schiedssprechung. Dieser Schiedshof wird unmittelbar durch die Streittheile in Bewegung gesetzt und urteilt auf Grund der amtlichen Befugnisse, die ihm durch einen internationalen Vertrag eingeräumt sind.

Oppenheim: Diese Frage ist nicht so präzise gestellt, daß man sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten kann. Der Haager Schiedshof ist weder ein Weltgericht, noch lediglich eine Liste, noch ein Gericht; er ist eine Institution, bestehend aus 1. dem ständigen Verwaltungsrat, 2. dem internationalen Bureau, und 3. der Liste derjenigen, welche als Schiedsrichter gewählt werden können. Diese Institution ist ein Organ der Staatengemeinschaft; die Urteile des für jeden Fall gebildeten Gerichts ergehen aber nicht im Namen der Staatengemeinschaft, sondern im Namen der jeweiligen Parteien.

Frhr. v. Plener: Der Haager Hof ist kein Organ des Staatenverbandes im eigentlichen Sinne des Wortes, wohl aber eine nützliche internationale anerkannte Institution, welche es den Staaten ermöglicht, durch freie Wahl von Schiedsrichtern aus der das allgemeine Ver-

trauen besitzenden Liste einen Schiedshof zusammenstellen, um einzelne Streitfälle beizulegen.

Politis: Die Ansicht Schückings ist übertrieben. Der gegenwärtige Hof ist mehr das Embryo eines internationalen Gerichts als ein wirklicher Gerichtshof.

Rehm: Er ist nur eine Liste und urteilt im Namen der Parteien.

Schoen: Den Schiedshof halte ich für ein Organ des Staatenverbandes. Er urteilt im Namen dieses.

Schücking: Wenn bei der Einweihung des Friedenspalastes das eingeladene Plenum des Gerichtshofes in corpore seinen Einzug hält in das neue Gebäude, wie kann man dann noch behaupten, dieser Gerichtshof sei eine Liste? Mag das einzelne Schiedsgericht auch seinen Auftrag von den Parteien erhalten, es urteilt darum doch im Namen d. h. als Organ des Staatenverbandes.

Strupp: Es handelt sich nur um eine Liste. Die Urteile ergehen im Namen der jeweiligen Parteien. (Vgl. meine Besprechung des Schückingschen Werkes im Archiv des öffentlichen Rechts XXX, S. 588.)

van Vollenhoven: Der Schiedshof ist ein Organ des Staatenverbandes. Er urteilt im Namen dieses Verbandes.

IV. Ist die Ansicht Schückings, daß durch das Haager Friedensabkommen von 1899 ein Weltstaatenbund oder doch wenigstens der Keim zu einem solchen geschaffen worden ist, zutreffend? Ist das Werk vom Haag ein politisches?

v. Bar: Ein Weltstaatenbund ist meiner Ansicht nach durch das Haager Abkommen nicht geschaffen: ein Staatenbund schließt meines Erachtens, so lange er existiert, die Möglichkeit eines Krieges unter den Mitgliedsstaaten aus. — Die weitere Frage bin ich zu beantworten außerstande.

de Beaufort: Ja! Es ist ein Keim da, wenn auch nur ein sehr kleiner.

Frhr. v. Dungern: Internationale Ueber-einkünfte haben, wie die Geschichte zeigt, stets politische Voraussetzungen, aber nicht notwendig politische Folgen! Ein Weltstaatenbund müßte politisch gegründet und gesichert sein, ehe er rechtliche Wirkungen haben könnte. Die judikatorische Wirksamkeit des Haager Schiedsgerichtshofes als Wirkung und damit als Beweis für die Existenz eines Weltstaatenbundes aufzufassen scheint mir sehr optimistisch, solange eine solche Organisation nicht anderweit sichtbar ist und die politischen Voraussetzungen für ihren Bestand offenbar noch fehlen.

Ebers: Vorläufig ist erst der Keim zu einem Weltstaatenbund da.

Erich: „Der Weltstaatenbund“ ist meines Erachtens bis auf weiteres ein Ausdruck ohne realen Inhalt, dagegen dürfte man wohl von dem Keim zu einem solchen sprechen können. Uebrigens muß ich den Ausführungen Nippolds (Vorfragen des Völkerrechts) in manchen Punkten zustimmen.

Jhr. van Eysinga: Der Staatenverband ist nicht einem der bekannten „Staatenbünde“ gleichzustellen, gerade weil das politische Element, ohne den ein „Staatenbund“ nicht möglich ist, ihm fehlt.

Giese: Nein!

Heilborn: Die erste Frage beantworte ich mit „Nein“. Daß politische Gesichtspunkte für die Staaten, welche das Werk vom Haag schufen, auch maßgebend waren, nehme ich als selbstverständlich an; das Gegenteil wäre meines Erachtens ein Verbrechen. Das hat aber damit nichts zu tun, daß die geschaffenen Vereinbarungen rechtsnormativer Natur sind.

Frhr. Hold v. Ferneck: In der Absicht der Regierungen, welche das Haager Friedensabkommen von 1899 getroffen haben, lag es gewiß nicht, einen „Weltstaatenbund“ zu schaffen. Ob im Abkommen der Keim zu einem solchen Bund liegt, läßt sich gegenwärtig wohl nicht annähernd sagen. Daß die Errichtung des Schiedshofes politische Bedeutung hat, dürfte kaum zu bestreiten sein.

Huber: Weder haben die Vertragsstaaten von 1899 und 1907 die Absicht gehabt, einen politischen Staatenbund zu bilden, noch rechtfertigt die rechtliche Struktur und tatsächliche Wirksamkeit der Haager Verträge eine solche Konstruktion. Das Haager Werk ist nur mittelbar politisch und kann auch nur als solches sich als universelle Institution entwickeln.

de Jong: Wenn auch juristisch der Weltstaatenbund noch nicht besteht, ideell ist er schon da. Es wird die Aufgabe der dritten Friedenskonferenz sein, durch die Vorschrift, daß die nächsten Friedenskonferenzen von Rechts wegen periodisch tagen sollen, diesen Weltstaatenbund, der alsdann außer dem internationalen Bureau des Arbitragehofes auch den Gerichtshof und das permanente Vorbereitungs-komitee als ständige Organe erhalten wird, auch juristisch zu begründen.

Kaufmann: In dem bisherigen Haager Werk sehe ich nicht einen Haager Weltstaatenbund oder einen Keim eines solchen, wenigstens nicht, wenn durch diese Bezeichnung eine weitgehende Wesensidentität mit den historischen Staatenbünden behauptet werden soll. Dafür sind der Analogien zu wenige und die Verschiedenheiten zu tiefgreifend.

Auch glaube ich nicht, daß die Weiterentwicklung der Haager Völkergemeinschaft in analogen Bahnen, wie bei jenen Staatenbünden, verlaufen wird.

Als politisch erachte ich das Haager Werk. Doch bliebe die Vorfrage, ob ich und andere dabei den Begriff des Politischen und dessen Abgrenzung vom Nicht-Politischen in gleicher Weise auffassen. Eine Auseinandersetzung darüber würde aber an dieser Stelle zu weit führen.

Kohler: Ja! Das Haager Werk ist politisch und rechtsgestaltend.

Laband: Nein. Ein Weltstaatenbund ist nicht möglich, so lange es unter den Großstaaten eine schwere Kollision der Interessen gibt. Eine friedliche — schiedsrichterliche — Entscheidung von Rechtsfragen ist dazu nicht genügend, wenn auch von Wichtigkeit und erstrebenswert.

La Fontaine: Wenn auch der Weltstaatenbund durch das Haager Abkommen von 1899 nicht ausdrücklich festgelegt worden ist, so ist er doch in Wirklichkeit in ihm enthalten. Das zustandegekommene Werk ist einmal ein völkerrechtliches, es trägt aber auch einen politischen Charakter — das Wort „politisch“ in einem wissenschaftlichen Sinne verstanden —, da es die Tendenz hat, die Weltorganisation weiterzubilden.

Lammasch: Den Keim eines Weltstaatenbundes finde ich in den Friedensakten von 1899 und 1907 nicht.

de Louter: Die erstere Ansicht scheint mir nicht zutreffend. Die zweite Frage ist selbstverständlich zu bejahen.

Marburg: Die Gesellschaft der Nationen ist eine Tatsache. Bis jetzt ist sie noch wenig organisiert, aber diese Organisation erhielt eine bemerkenswerte Anerkennung durch die erste und zweite Haager Konferenz. Abgesehen von den mehr als 300 internationalen Organisationen, deren Mittelpunkt das „Bureau des associations internationales“ in Brüssel bildet, wird die Tatsache einer Organisation der Nationen am deutlichsten durch die 40 internationalen Konventionen bewiesen, bei welchen die Staaten selbst Signatäre sind.

Meurer: Nein!

Neubecker: Den Keim eines Weltstaatenbundes wird man bereits trotz allem und allem erkennen können.

Nippold: Nein!

Odiar: Es ist meines Erachtens noch zu früh, um von einem Weltstaatenbund als einem Resultate von 1899 zu sprechen. Aber dieses Werk hat gewiß eine politische Bedeutung, da es den Zweck hat, mehr und mehr an Stelle der ratio belli die Entscheidung durch das Recht zu setzen.

Oppenheim: Die Ansicht Schückings ist ein Phantasiegebilde; das Schiedsabkommen hat gar nichts mit einem Weltstaatenbund zu tun und enthält gewiß auch keinen Keim eines solchen! Die Frage „Ist das Werk vom Haag ein politisches?“ ist mir ganz unverständlich, solange ich nicht weiß, welche Bedeutung Sie dem Wort „politisch“ beilegen.

Politis: Ich glaube, daß das Haager Werk keinen politischen Charakter trägt.

Rehm: Der Keim ist geschaffen. Das Werk ist politisch, denn es hat den Verständigungsgedanken gefördert.

Schoen: Daß ein Weltstaatenbund geschaffen ist, glaube ich nicht: dem Wesen des Staatenbundes widerspricht es, daß der Krieg zwischen den Bundesgliedern etwas Erlaubtes ist. Auch kann man nicht annehmen, daß ein Weltstaatenbund entstanden ist, ohne daß der Wille der Staaten bewußt auf die Gründung eines solchen gerichtet war.

Schoenborn: Ich glaube mit Schücking, daß 1899 zum mindesten der Keim zu einem Weltstaatenbunde geschaffen worden ist.

Schücking: Meines Erachtens wird sich sehr bald die Erkenntnis durchgesetzt haben, daß im Haag ein Weltverband der Kulturstaaten mit politischem Einschlag (weil geschaffen zur Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens) begründet worden ist. Ob man darin mit mir einen Weltstaatenbund sehen wird, ist natürlich zunächst davon abhängig, wie man den Staatenbund als solchen definieren will. In diesem Punkte gehen die Anschauungen aber weit auseinander. Wer zum Staatenbund eine Beschränkung der Souveränität fordert, wird den Weltverband natürlich nicht als Staatenbund ansehen. Doch begreife ich nicht, wie man dem Haager Weltverband den Charakter als Weltstaatenbund darum bestreiten kann, daß hier keine gemeinsame Verteidigung nach außen verfolgt wird. Wollte man an diesem Kriterium unbedingt festhalten, dann wäre es überhaupt schlechterdings unmöglich, einen Weltstaatenbund jemals zu begründen. Und doch hat schon Martens diesen Begriff auf die zu wirkliche politische Organisation der Kulturwelt angewandt.

Strupp: Es handelt sich um eine Organisation sui generis. Der Verband der am Haager Friedensabkommen beteiligten Staaten hat zweifellos ein politisches Werk geschaffen.

van Vollenhoven: Er ist geschaffen, aber nicht zum klaren Ausdruck gebracht worden.

V. Wird die Schiedsgerichtsbarkeit im Laufe der Zeit mit dem Erstarken der internationalen Organisation eine solche Bedeutung einnehmen, daß ihr regelmäßig auch Ehren- und Lebensinteressenfragen überwiesen werden?

v. Bar: Die Entwicklung könnte meines Erachtens dahin erstarken, daß man für Ehrenfragen eine Ausnahmeklausel für erforderlich nicht mehr halten würde. Bei Differenzen über wirkliche oder vermeintliche Lebensinteressen werden machtvolle Staaten einem

Schiedsspruche, da sie dessen Inhalt nicht vorhersehen können, sich nicht unterwerfen. Dagegen könnte ein von hoher und als unparteiisch anerkannter Autorität abgegebenes Gutachten in solchen Fällen oft einen friedlichen Ausgleich herbeiführen.

de Beaufort: Ich hoffe es!

Frhr. v. Dungern: Ja — wenn auch kaum in viel stärkerem Maße als Lebens- und Ehrenfragen der Völker zunehmend in die Abhängigkeit internationaler ökonomischer Interessen geraten. Jedenfalls scheint es mir zweifellos, daß die Weltwirtschaft zunehmend internationales Recht und friedliche Durchführung solchen Rechts verlangt.

Ebers: Ja, aber noch nicht so bald!

Erich: Meiner Ueberzeugung nach werden ihr in einer nicht entfernten Zukunft auch manche als Ehren- und Interessenfragen zu bezeichnende Fragen überwiesen werden. Die Errichtung der Cour de justice arbitrale dürfte der Entwicklung in dieser Richtung Vorschub leisten, ihre Existenz gewissermaßen einen moralischen Zwang auf die Regierungen ausüben.

Jhr. van Eysinga: Ja, soweit es keine „unsettled“ Teile der Erde mehr gibt, wie z. B. den Balkan, und vorausgesetzt, daß die Schiedsgerichtsbarkeit immer erst in zweiter Linie kommt, also erst, wenn der diplomatische Weg versagt hat; für viele Interessenfragen ist ja die diplomatische Lösung, so wie 1904 zwischen Frankreich und Großbritannien und 1911 zwischen Frankreich und Deutschland, die beste.

Giese: Nein! Das ist praktisch völlig undurchführbar. Mit welchen Mitteln soll das im konkreten Falle durchgesetzt werden?

Heilborn: Ja, wenn man ausschließlich auf Staaten abstellt, welche ihrer geographischen Lage halber einen Krieg miteinander nicht führen können, wie Portugal und die Schweiz. Im übrigen wird es immer Völker geben, welche nach der Maxime handeln: „nichtswürdig ist die Nation, die nicht alles setzt an ihre Ehre.“

Frhr. Hold v. Ferneck: Ob es jemals dazu kommen wird, daß die Staaten über ihre Ehre und ihre Lebensinteressen Schiedsrichter urteilen lassen, ist eine Frage, welche die Wissenschaft heute nicht beantworten kann. Ich glaube nicht, daß sich eine internationale Organisation willkürlich schaffen läßt. Vielleicht ergibt sich einmal, in ferner Zukunft, eine auch das politische Gebiet erfassende Solidarität der Interessen der Staaten. Dann wird sich die Organisation wohl von selbst herausbilden. Ich halte es für müßig, sich heute darüber den Kopf zu zerbrechen.

Huber: Wenn die Rechtsidee im Völkerleben weitere Fortschritte macht und namentlich das Gewissen der öffentlichen Meinung in internationalen Angelegenheiten geschärft wird, wird die sogenannte Interessen- und Ehrenklausel in den Verträgen nur da angerufen, wo wirkliche Lebensinteressen des Staates auf dem Spiele sind. Aber eine bedingungslose generelle Unterwerfung unter eine Gerichtsbarkeit ist für einen unabhängigen Staat weder rechtlich noch politisch möglich.

de Jong: Mit dem Erstarken der internationalen Organisation, und dem dadurch wachsenden gegenseitigen internationalen Zutrauen, werden Ehrenfragen selten oder nie vorkommen. Jede „Interessenfrage“ ist immer auch einer Rechtsentscheidung fähig, wie ich auseinandergesetzt habe in „Die Fortbildung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit“ („Jahrbuch des Völkerrechts 1913). Wo es also keine reinen Interessenfragen gibt, wird in Zukunft, bei der fortschreitenden Entwicklung des interna-

tionalen Rechtsempfindens, jede Meinungsverschiedenheit, die nicht auf diplomatischem Wege gelöst werden kann, der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werden.

Kaufmann: Für die friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen der Völker ist insbesondere erforderlich, entsprechend der Entwicklung und den Bedürfnissen der weltwirtschaftlichen, Weltverkehrs- und weltsozialen Verhältnisse die Völkerrechtsordnung auszubauen und zu vertiefen, wobei dieselbe nicht mehr vor den Staaten als geschlossenes Ganzes halt machen kann, sondern immer häufiger und vielfältiger mit ihren Regelungen in dieselben hinein unmittelbar auf die Verhältnisse der Individuen und auf funktionelle Betätigungen von Staatsorganen usw. sich erstrecken muß.

In organisatorischer Hinsicht halte ich für die friedliche Entwicklung die Ausbildung und Kräftigung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit hochwichtig. Aber auch mancherlei andere Verfahrensweisen, Organisirungen und Organbildungen werden dem Zwecke dienstbar gemacht werden können und müssen, die großen Interessenkonflikte, welche von Zeit zu Zeit im Leben der Völker auftauchen, je länger je mehr in friedlichem Wege zu einem gerechten, auch der Entwicklung Rechnung tragenden Ausgleich zu bringen. Ob dafür immer gerade ein Verfahren vor einem internationalen Schiedsgericht sich als am geeignetsten erweisen wird, erscheint mir problematisch.

Kohler: Ja!

Laband: Man kann nicht sagen, daß dies ausgeschlossen ist. Aber ich halte es für lange Zeit noch für unwahrscheinlich.

La Fontaine: Meiner Ansicht nach können alle Fragen der Ehre (soweit solche überhaupt bestehen) und der Lebensinteressen dem Urteil von Schiedsrichtern unterworfen werden, und zwar unter ähnlichen Bedingungen wie die zwischen Privatpersonen entstehenden Streitigkeiten. Ich bin also überzeugt, daß die Anrufung der Schiedsrichter sich auf diese Fragen ebenso wie auf alle anderen erstrecken wird.

Lammasch: Regelmäßig ja! Gewisse Ausnahmen werden aber wohl stets bleiben.

de Louter: Nein!

Marburg: Der Haager Hof hat sich mit politischen und rechtlichen Streitigkeiten beschäftigt. Er ist berechtigt, sich mit jeder Frage zu befassen, die ihm die Streitteile unterbreiten.

Meurer: Nein. Die Fragen der Selbsterhaltung nie. In Fragen der Ehre kann man sich zwar vor dem Urteilspruch der Gerechtigkeit beugen. Aber man schädigt nur den Friedensgedanken, wenn man in aufdringlicher Weise schlechthin jeden Ausweg versperren will. Das sind besonders heikle Fragen, die keine allgemeine Lösung vertragen und besser frei von Obligationen bleiben.

Neubecker: Das scheint mir das Ziel der Entwicklung zu sein.

Nippold: Regelmäßig wohl kaum, aber dies ist auch nicht nötig, da wir neben der Schiedsprechung noch die Vermittlung und die Untersuchungskommissionen haben.

Oder: Ich bin davon überzeugt, daß sich im Laufe der Jahre das Tätigkeitsfeld des Haager Hofes immer mehr ausbreiten, und daß er ganz von selbst Fragen der Ehre und der

Lebensinteressen der Völker an sich ziehen wird. Neuere Schiedsverträge sind in diesem Sinne abgefaßt.

Oppenheim: Ehrenfragen gewiß; ob aber auch vitale Interessenfragen, das kann niemand voraussagen.

Frhr. v. Plener: Die Ehren- und Lebensinteressenklausel wird in absehbarer Zeit noch immer vorbehalten werden.

Politis: Ja, aber in einem langen Zeitraume.
Rehm: Nein!

Schoen: Ich glaube nicht, daß in absehbarer Zeit, die mächtigeren Staaten sich dazu verstehen werden, regelmäßig Ehren- und Lebensinteressenfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu überweisen. Die großen Daseinsfragen der Völker werden wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft regelmäßig mit dem Schwert entschieden werden!

Schoenborn: Für absehbare Zeit kann ich diese Frage nicht bejahen.

Schücking: Die Vernunft wird auch die Völker lehren, daß die Ehre ein inneres Gut

ist, daß dem Volk doch im Unrecht von außen ebensowenig genommen werden kann, wie dem Individuum. Damit werden die „Ehrenfragen“ ihre Bedeutung verlieren. Später wird die Schiedsgerichtsbarkeit auch Interessenfragen vortrefflich entscheiden können. Die brennende Frage ist heute für uns nur die, wie vermeiden wir bei solchen Fragen den Krieg durch andere Institutionen, solange die Völker für solche Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit noch nicht reif sind?

Strupp: In dieser Richtung darf man nur Wünsche und Hoffnungen hegen, die aber keinesfalls utopistisch sind, nachdem die Geschichte der Schiedsgerichtsbarkeit zeigt, wie häufig Ehren- und Lebensinteressenfragen schiedsrichterlich erledigt wurden.

van Vollenhoven: Rechtsstreitigkeiten können und müssen schiedsrichterlich erledigt werden. Bei Interessenstreitigkeiten soll man entweder eine freundliche Vermittlung erstreben oder den Streitfall eine Zeitlang ruhen lassen, aber niemals die Entscheidung des Schwertes ausrufen.

VI. Ist das Zustandekommen eines beschränkten Weltschiedsvertrages auf der nächsten Haager Konferenz wünschenswert? Kann dieser Vertrag ohne die Ehren- und Lebensinteressenklausel geschlossen werden?

v. Bar: Die hier gestellte erste Frage möchte ich verneinen. Sie läßt sich meines Erachtens bejahend nur beantworten, wenn man einen ständigen internationalen Schiedshof mit einer Organisation, wie sie die Gerichte der einzelnen Staaten besitzen, für wünschenswert erklärt. Uebrigens würde ein Weltschiedsvertrag, der dem Schiedsverfahren nur eine stark beschränkte Zahl von Streitsachen zuweisen würde, nicht gerade ein Ziel sein, das die Aufwendung großer Mühe lohnen würde.

Frhr. v. Dungen: ad Frage 1: ja, weil die formelle Ausgestaltung des internationalen Schiedsverfahrens dahin drängt.

ad Frage 2: Die Klausel wäre, wenn fortgelassen, selbstverständlich, weil vor der Hand kein aufrichtiger Staatsvertreter die Verantwortung auf sich nehmen könnte, eine Unterwerfung seines Volkes in Ehren- und Existenzfragen zu verbürgen. Die Formulierung praktisch undurchführbarer Rechtssätze ist, wie die Geschichte lehrt, der Entwicklung der Schiedsidee eher hinderlich als förderlich gewesen.

Ebers: Ohne diese Klausel dürfte gegenwärtig ein Weltschiedsvertrag, so wünschenswert er ist, kaum möglich sein.

Erich: Zunächst nicht ohne Klausel, aber mit einem Verzeichnis unbedingt arbiträrer Streitfragen, welches allmählich, auf Grund der Erfahrung, erweitert werden könnte.

Jhr. van Eysinga: Vorläufig ist vielleicht von einer von allen Staaten sehr intensiv betriebenen Schiedsgerichtsbarkeitspolitik, die zu einer sehr großen Zahl allgemeiner Arbitrageverträge zwischen je zwei Staaten führt, am meisten zu erwarten. Jedenfalls erscheint auf der nächsten Friedenskonferenz ein Weltschiedsvertrag ohne die Ehren- und Lebensinteressenklausel ausgeschlossen.

Fleischmann: Den Ausbau des Systems der Schiedsverträge, namentlich durch einen be-

beschränkten Weltschiedsvertrag mit der Ehrenklausel, halte ich für erstrebenswert.

Giese: Ein solcher Vertrag erscheint mir für heute verfrüht, für später diskutabel, aber nie ohne die Ehren- und Interessenklausel.

Heilborn: Das bisher geschaffene Schiedsrecht scheint mir einstweilen ausreichend (vorbehaltlich Verbesserungen im einzelnen). Meines Erachtens kommt es jetzt vor allem darauf an, materielles Recht zu schaffen. Soweit hierüber Vereinbarungen vorliegen, werden die Staaten auch geneigt sein, Streitigkeiten über das vereinbarte Recht schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten.

Frhr. Hold v. Ferneck: Ich halte es für wünschenswert und auch für erreichbar, daß die Staaten auf der nächsten Haager Friedenskonferenz einen Weltschiedsvertrag abschließen, jedoch beschränkt auf Differenzen juristischer Art und mit Ausschluß der Streitigkeiten, welche die Ehre und die Lebensinteressen der Beteiligten tangieren.

de Jong: Ein beschränkter Weltschiedsvertrag (als Muster diene der Schiedsvertrag Dänemark-Frankreich vom 9. August 1911) würde schon einen sehr großen Fortschritt bedeuten, sogar wenn die Ehren- und Lebensinteressenklausel einstweilen darin enthalten wäre und einige der vorzüglichen Eigenschaften des dänisch-französischen Vertrages nicht mit übernommen würden.

Kaufmann: Ich halte einen obligatorischen Weltschiedsvertrag für wünschenswert, in welchem die allmählicher Erweiterung fähige Liste der Rechtsmaterien und der Kategorien von Rechtsverhältnissen festgelegt würde, auf die er sich beziehen soll. Bei solcher Beschränkung würde ich die Aufnahme einer Ehren- und Lebensinteressenklausel nicht für angezeigt erachten.

Würden sich einige Staaten einem solchen Weltschiedsvertrage widersetzen, so fände ich

es erwünscht, daß die übrigen mit dem guten Beispiel vorangingen und zunächst allein unter sich diesen Weltschiedsvertrag schlossen.

Kohler: Ein Weltschiedsvertrag ist wünschenswert.

Laband: Nein!

La Fontaine: Ich meine, daß das 1907 formulierte Projekt eines Weltschiedsvertrages auf der nächsten Friedenskonferenz durch die Staaten angenommen werden müßte. Der Vorbehalt der Ehre und der Lebensinteressen müßte selbstverständlich aus dem zu schließenden Verträge verschwinden, da er mit dem obligatorischen Charakter des Vertrages in Widerspruch stehen würde.

Lammasch: Ich halte den allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag nach dem Vorbilde der Beschlüsse des Comité d'examen von 1907 für wünschenswert und möglich.

de Louter: Das Zustandekommen eines Weltschiedsvertrages für Rechtsfragen ist wünschenswert.

Marburg: Allgemeine Schiedsverträge, die alle Fragen, auch Ehrenfragen und vitale Interessen, einschließen, sind äußerst wünschenswert zwischen Kulturmächten. Rückständige Mächte daran teilnehmen zu lassen würde bedeutungslos sein und die Sache beeinträchtigen, weil diesen entweder die Absicht oder die Fähigkeit fehlt, Verträge durchzuführen.

Meurer: Ich halte einen Weltschiedsvertrag nach dem Muster des deutsch-englischen Schiedsvertrages für sehr wünschenswert; ohne die dortigen Klauseln halte ich aber die Verwirklichung nicht für möglich. Man sollte doch endlich einmal das Mißtrauen gegen diese Klauseln überwinden und dem Bekenntnis zur Friedensidee vertrauen.

Neubecker: Der Abschluß eines Weltschiedsvertrages erscheint mir wünschenswert.

Nippold: Ja, mit Klausel!

Odiar: Ich glaube nicht an die gegenwärtige Möglichkeit eines begrenzten und noch weniger an die eines unbegrenzten Weltschiedsvertrages.

Oppenheim: Ja, aber mit der Ehren- und Lebensinteressenklausel!

Frhr. v. Plener: In einem allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag können und sollten eine Anzahl von Gegenständen aufgebaut werden, bezüglich deren man auf die Erhebung des Ehren- und Lebensinteressenvorbehalts verzichtet.

Politis: Ein ständiger Weltschiedsvertrag erscheint mir wünschenswert und möglich, aber zunächst — und auf lange Zeit hinaus — muß man die Fragen der Ehre und der Lebensinteressen beiseite lassen.

Rehm: Ich halte ihn für wünschenswert. Der Vertrag kann nur mit der Klausel geschlossen werden.

Schoen: Das Zustandekommen eines solchen Vertrages wäre wünschenswert. Jedoch erscheint sein Abschluß ohne Ausscheidung der Ehren- und Lebensinteressenfragen zunächst ausgeschlossen.

Schoenborn: Wenn es bei der Weigerung der Vereinigten Staaten bleibt, die Panamakanalgebührenfrage einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, so verspreche ich mir von einem beschränkten Weltschiedsvertrage nicht viel.

Schücking: Ich bin entschieden für einen Weltschiedsvertrag für Rechtsstreitigkeiten, einstweilen mit der Ehrenklausel. Letztere würde meines Erachtens genügen.

Strupp: Das Zustandekommen des Weltschiedsvertrages ist wünschenswert. Ich glaube aber kaum, daß sich die Staaten jetzt dazu entschließen werden, die Ehren- und Interessenklausel aufzugeben. Wohl aber sind freiwillig schon mehrere die Ehre berührende Fälle Schiedsgerichten unterworfen worden. Erst müssen die Völker erzogen werden.

VII. Ist ein recht baldiger Zusammentritt der dritten Haager Konferenz wünschenswert, eventuell wann?

v. Bar: Den Zusammentritt einer erneuten Friedenskonferenz halte ich für wünschenswert nur, wenn diese genügend, und zwar unter Mitwirkung öffentlicher Kritik vorbereitet ist und daher eine Anzahl wichtiger Fragen als spruchreif oder baldiger Beantwortung zugänglich und bedürftig sich herausgestellt haben. — Hiernach und in Anbetracht der internationalen Ereignisse der letzten Jahre könnte meines Erachtens der Zusammentritt einer dritten Friedenskonferenz schon im Jahre 1914 als verfrüht sich erweisen.

de Beaufort: Ohne gute und tüchtige Vorbereitung darf die Haager Friedenskonferenz nicht zusammentreten. Es ist schwer zu sagen, wie lange Zeit diese Vorbereitung in Anspruch nimmt.

Frhr. v. Dungern: Der Kredit der Friedenskonferenzen würde, glaube ich, leiden, wenn die Konferenzidee wieder auftauchte, ehe die türkischen Verwicklungen ein wenig vergessen sind, da gerade dieser imminente internationale Konfliktsherd augenblicklich einer Konferenz für den allgemeinen Völkerfrieden unmöglich unterbreitet werden könnte. Dagegen scheint es mir durchaus im Bereich des Möglichen, eine spezielle Friedenskonferenz für

Regelung der Verhältnisse der Türkei im Haag stattfinden zu lassen und ihr den Charakter eines Weltkongresses zu geben. Es bedarf hierzu vielleicht nur einer geschickten Anregung.

Ebers: Nach den Ereignissen auf dem Balkan würde meines Erachtens ein Hinausschieben zur Klärung mancher Fragen nur beitragen können.

Jhr. van Eysinga: Ja, vorausgesetzt, daß sie gut vorbereitet ist, was vor 1915 kaum möglich erscheint, und daß auch das Prisenhofabkommen und die Londoner Seerechtsdeklaration einstweilen in Kraft getreten sein werden, oder wenigstens plausible Abänderungsvorschläge der letzteren vorliegen.

Fleischmann: Der Zeitpunkt der neuen Friedenskonferenz sollte in erster Linie nach dem Maße der gehörigen Vorbereitung bestimmt werden.

Giese: Dies ist eine Frage des praktischen Bedürfnisses. So wünschenswert eine Weiterbildung des Völkerrechts und eine Fortführung der Haager Arbeiten ist, so dringend ist vor einer zu umfassenden und zu raschen Kodifikation völkerrechtlicher Fragen zu warnen.

Hagerup: Hierüber habe ich mich bereits früher geäußert: „Ich glaube nicht daran, daß die Zusammenberufung der nächsten Friedenskonferenz so schnell erfolgen wird. Angesichts der jüngsten Ereignisse, nämlich des italienisch-türkischen Krieges, der Haltung Englands gegenüber dem Prisenhofe und der Londoner Deklaration und der Haltung des Senats gegenüber den Schiedsverträgen in den Vereinigten Staaten, kann man ohne Zweifel voraussehen, daß die Mächte zögern werden, sich nach dem Haag zu begeben.“ (Annuaire de l'Institut de droit international, 1912.)

Heilborn: Darüber habe ich kein Urteil, weil ich weder den Stand der Vorarbeiten kenne noch weiß, wie stark die friedliche Gesinnung der führenden Mächte augenblicklich ist. Eine Macht, die damit rechnet, im nächsten Monat überfallen zu werden, wird nichts konzessionieren. Zur Fortführung des Haager Werkes gehört meines Erachtens wechselseitiges Vertrauen. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob die frische Erinnerung an das gewaltige Ringen in den Jahren 1912/13, an die heroische Bereitwilligkeit tausender, ihr Leben für die große allgemeine Sache zu opfern — der dritten Friedenskonferenz in nächster Zeit einen wirkungs- und stimmungsvollen Hintergrund bieten wird.

Fhr. Hold v. Ferneck: Meiner Ansicht nach könnte die dritte Friedenskonferenz schon bald, etwa im Jahre 1915, zusammentreten, vor allem, um einige Materien des Völkerrechtes zu kodifizieren. Ein Erfolg wäre allerdings nur zu erwarten, wenn die Arbeiten entsprechend vorbereitet würden und für eine praktische Arbeitsmethode gesorgt würde. (Bildung kleiner Ausschüsse.)

Huber: Eine Konferenz ist nur wünschbar, wenn Aussicht besteht, daß positive Resultate erreichbar sind, und zwar nicht nur unterzeichnete, sondern auch allgemein ratifizierte Verträge. Das Fehlen so vieler Ratifikationen zu den Verträgen von 1907 und 1909 ist eine wenig ermutigende Erscheinung.

de Jong: Alle, die das Völkerrecht und den Völkerfrieden fördern wollen, müssen in nächster Zeit dahin streben: 1. daß die internationale Vorbereitungskommission noch im Jahre 1913 oder spätestens in der ersten Hälfte des Jahres 1914 zusammengestellt, und 2. die dritte Friedenskonferenz im Jahre 1915 abgehalten wird.

Kaufmann: Die periodische Wiederholung der Haager Friedenskonferenzen in nicht zu langen Zwischenräumen muß angestrebt werden. Die dritte sollte bald fällig sein. Immerhin, ob sie ein Jahr früher oder später stattfindet, ist nicht so wichtig. Wichtiger wäre, daß sie gründlich vorbereitet würde mit einem nicht zu umfassenden Programm, das aber auch wirklich durchgeführt würde.

Kohler: Ja!

Laband: Dies hängt davon ab, ob sich die Großmächte auf ein bestimmtes Programm einigen; ohne dieses ist die Friedenskonferenz zwecklos und nicht ungefährlich.

La Fontaine: Ganz gewiß! Möglichst 1915, spätestens 1916. Die Arbeit aller Pazifisten und der fortschrittlich gesinnten Männer aller Parteien müßte sich vereinigen, um den pünktlichen Zusammentritt zu sichern.

Lammasch: Ja: 1915, allerspätestens 1916.

de Louter: Ich bin unbedingt für einen baldigen Zusammentritt.

Marburg: Es ist von größter Wichtigkeit, daß die nächste Haager Konferenz, wie durch die vorangegangenen Konferenzen bestimmt wurde, im Jahre 1915 stattfindet, wie es das Prinzip periodischer Zusammenkünfte mit sich bringt.

Meurer: Ich bin für einen recht baldigen Zusammentritt, aber doch erst nach gründlicher Vorbereitung.

Neubecker: Bei großen Entwicklungen kommt's nicht auf Tag und Stunde an.

Nippold: Nein, sie wäre nicht nur politisch verfrüht, sondern auch ungenügend vorbereitet.

Odiar: Ich glaube, daß man gut tun würde, die Zusammenberufung der dritten Haager Konferenz zu verschieben, bis sich Europa ein wenig von den Balkankriegen erholt hat.

Oppenheim: Ja, 1915.

Fhr. v. Plener: Ein baldiger Zusammentritt ist wünschenswert, aber ebensowohl eine sorgfältige Vorbereitung der einzelnen Programmpunkte.

Politis: Ich wünsche die baldige Zusammenkunft der dritten Konferenz, aber es erscheint mir richtig, daß man sich erst vollständig über ein Programm einigt, dessen Ausarbeitung etwa zwei Jahre beanspruchen würde. Deshalb halte ich es nicht für nützlich, wenn die dritte Konferenz vor dem Sommer 1915 zusammentritt.

Rehm: Ja!

Schoen: Eine gedeihliche Tätigkeit der dritten Konferenz ist nur zu erwarten, wenn sich sichere Urteile über die Resultate der vorangegangenen Haager und der Londoner Konferenz gebildet haben, was zurzeit noch nicht der Fall sein dürfte. Auch ist weitere Voraussetzung für eine gedeihliche Tätigkeit der Konferenz, daß sie eingehender vorbereitet wird, als dieses bei den früheren Konferenzen der Fall gewesen ist. Es dürfte daher noch einige Jahre bis zum Zusammentritt einer neuen Konferenz zu warten sein; einen Zeitraum von 10 Jahren sollte man zwischen den einzelnen Konferenzen doch verstreichen lassen.

Schücking: Spätestens 1915.

Strupp: Keinesfalls vor 1920 wünschenswert. Die Ergebnisse von 1907 sind noch viel zu wenig wissenschaftlich verarbeitet, und vor allem müssen erst die Konventionen der zweiten Haager Akte ratifiziert werden. Ueberhastet kann dem ganzen Kodifikationswert nur schaden.

van Vollenhoven: Man befolge die Schlußakte der zweiten Haager Friedenskonferenz, (1899 — 1907 — 1915).

Der deutsche, der englische und der humane Gedanke in der Welt.

Von O. Umfrid,
Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft.

Selten hat mir ein Buch eine schmerzlichere Enttäuschung bereitet, als die Schrift Rohrbachs „Der deutsche Gedanke in der Welt“. Mit großem Interesse, wenn auch nicht unter voller Zustimmung, hatte ich das größere Werk dieses Autors „Deutschland unter den Weltvölkern“ gelesen und hatte mich besonders der Uebereinstimmung gefreut, die sich zwischen mir und Rohrbach bezüglich der deutschen Expansionspolitik ergab. Unabhängig voneinander waren wir beide auf den Gedanken gekommen, daß ein Ausgreifen des deutschen Imperialismus zu Zwecken kriegerischer Landerwerbungen nicht nur nutzlos, sondern geradezu lebensgefährlich für unser Staatswesen sein müßte. Dagegen hatten wir beide den Ausweg gefunden, eine Regelung der deutschen Auswanderung und friedliche Ansiedlung deutscher Kolonisten in überseeischen Ländern zu empfehlen. Demgegenüber kann ich das neue Buch Rohrbachs nur als einen schweren Rückfall in den Nationalismus betrachten. Das Buch ist nicht nur voll von einer fast abstoßenden Ueberschätzung des heutigen deutschen Volkstums, das doch so schwere sittliche Schäden aufweist, es enthält auch eine Proklamierung jenes einseitig nationalistischen Standpunktes, den ich immer und überall, wo er mir begegnet, bekämpfe. Wenn unter dem deutschen Gedanken in der Welt nichts anderes verstanden wird, als die räumliche Ausbreitung und Einflußverstärkung der heutigen deutschen Rasse mit all ihren Fehlern, so ergibt sich daraus eine bedauerliche Entleerung des Begriffs vom deutschen Wesen. So wie Rohrbach die Sache darstellt, könnte man fast versucht sein, statt vom deutschen Gedanken in der Welt vielmehr von der deutschen Gedankenlosigkeit oder Ideenarmut in der Welt zu reden. Fast naiv schreibt Rohrbach bei einem Vergleich zwischen der deutschen und englischen Weltmachtstellung: „Jedem großen Volke ist es ein natürliches Bedürfnis, alles Geschehen unter dem Gesichtspunkt des eigenen nationalen Interesses anzuschauen und alle Vorkommnisse in der Welt als nationale Angelegenheiten zu behandeln.“ Aber das ist ja gerade die Verdrehtheit, gegen die wirklich fortschrittlich gesinnte Männer nicht scharf genug protestieren können. Das ist diese nationale Kirchturmspolitik, die das Weltgeschehen unter einem viel zu engen und darum falschen Gesichtswinkel betrachtet und die ebenso verkehrt ist, ob sie von der Wilhelmstraße oder von Downing-Street ausgeht. Die Nation als solche ist, wenn sie sich gegen die Zusammenfassung mit dem Weltganzen sperrt, nicht als

Gut, sondern als Uebel, nicht als Lebensförderung, sondern als Lebenshemmnis zu betrachten. Der Egoismus ist überall vom Uebel, auch wenn er sich zur Völker selbstsucht ausweitet und sich mit dem Mäntelchen des Staatswohls umkleidet. Etwas ganz anderes wäre es, wenn Rohrbach den deutschen Gedanken nicht bloß formell gefaßt, sondern inhaltlich bestimmt hätte, wenn er etwa gesagt hätte: Die deutsche Eigenart, die ein Recht hat, sich in der Welt durchzusetzen, besteht in unserer Gedankentiefe, und diese unsere Eigenart ist der Beachtung und der Liebe ebenso wert, wie die Anmut und Eleganz der Franzosen, wie die Tragkraft der Russen, wie die Gewandtheit der Engländer, Kulturgedanken in praktische Methoden umzusetzen. Rade hat in der „Christlichen Welt“ mit Recht darauf hingewiesen, daß Rohrbach gut daran getan hätte, den deutschen Geist als den Schöpfer der Reformation zu schildern und zu zeigen, wie der deutsche Gedanke durch Aufklärung und Pietismus hindurch zu unserer klassischen Periode und zu den modernen Kulturideen fortgeschritten ist, und wie insbesondere unsere Philosophie als Extrakt des deutschen Geistes angesehen werden muß. Wird das übersehen, so scheint es so, als ob man in Deutschland nichts als militärischen Drill und bürokratische Regierungsmanieren lernen könnte. Würde das Gehirn der Welt, das in Deutschland tatsächlich vorhanden ist, einmal den Gedanken der Weltorganisation vollziehen, so würde, das ist meine feste Ueberzeugung, der Nationalismus überwunden, und die Idee der Solidarität würde die nötigen Formen sich schaffen. So wie die Dinge heute liegen, ist die Unfähigkeit der Deutschen, über die nationalistischen Grenzpfähle hinauszusehen, mit eine Hauptursache der internationalen Spannung und der scheinbar unüberbrückbaren Kluft, die sich zwischen den Völkern auftut. Solange der Nationalismus Trumpf ist, muß auch das Mißtrauen, das die Völker auseinanderhält, so unberechtigt es ist, bestehen bleiben. Wenn die bedeutendsten Männer einer Nation noch wie Rohrbach dem Gedanken Ausdruck geben, daß die wirtschaftliche Prosperität der einen Nation von der anderen notwendig als Benachteiligung empfunden werden müsse, so ist es kein Wunder, wenn die Konkurrenten auf dem Weltmarkt sich mit den Argusaugen der Eifersucht beobachten. Daß Rohrbach auch seinerseits davon nicht frei ist, das beweist der eine Satz: „Es gibt nichts in der Welt, das unsere Gegner dazu bewegen könnte, uns zu schonen, als unsere Stärke.“ Das ist natürlich durchaus falsch. Man mag das Gewicht moralischer Erwägungen in der Staatskunst so niedrig als möglich einschätzen; ein gewisses Verantwortlichkeitsgefühl, das die Staaten hindert, übereinander herzufallen, wird doch auch bei

unseren Realpolitikern als Erbe einer besseren Vergangenheit noch nicht ganz ausgestorben sein. Aber selbst vorausgesetzt, die Ethik in der Politik wäre auf den Nullpunkt herabgesunken, so müßte doch schon die nüchterne Erwägung unsere Gegner von einem Angriff, selbst auf ein schwächeres Deutschland, abhalten, daß ein vernichtetes Deutschland alle Kaufkraft auf dem Weltmarkt verlöre, und daß unsere Nachbarn also mit einer Zertrümmerung unserer Volkskraft sich ins eigene Fleisch schneiden würden.

Es liegt mir ferne, den ganzen Gedankengang der Rohrbach'schen Schrift hier wiederzugeben; ich müßte sonst zeigen, wie er selbstverständlich immer noch die Revanchelust der Franzosen als einen schwerwiegenden Faktor in seine Rechnung einstellt, wie er die panslawistischen Aspirationen nicht vergißt, und wie er andererseits ein viel zu großes Gewicht auf die Erhaltung der Türkei legt, die er sogar so hoch einschätzt, daß er meint, eine Zertrümmerung ihres europäischen Besitzstandes müsse für Deutschland und Oesterreich den Kriegsfall bedeuten. Wohl aber muß ich zu zeigen versuchen, wie schroff der deutsch-englische Gegensatz von Rohrbach aufgefaßt wird, und wie unfähig er ist, die Entwicklung des britischen Imperiums mit Augen neidloser Objektivität zu beobachten. Eduard VII. — das ist etwa sein Gedankengang — sah, daß die deutsche Expansion in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung den englischen Weltherrschaftsplänen gefährlich werden mußte. Daher sein Bestreben, den deutschen Wettbewerb durch seine Einkreisungsbewegungen so gut wie möglich auszuschalten. Fast in der Weise Hergeletts und Lookouts wird die reine Moritat von den schwarzen Plänen des gekrönten Handlungsreisenden der englischen Politik entworfen. Er hat nicht nur Spanien durch eine dynastische Heirat dazu bewogen, den englischen Kriegsschiffen im Bedarfsfall die Häfen zu öffnen, wie denn auch Portugal längst in Abhängigkeit von England geraten ist. Er hat nicht nur die Italiener, die schon durch die montenegrinische Heirat ihre Fühler auf die Ostküste der Adria hinüberstreckten, durch den albanischen Köder kirre gemacht, er hat den Russen zuerst die japanische Kur (!) verordnet, um sie dadurch willig zu machen, ein Abkommen bezüglich einer Abgrenzung der asiatischen Interessenssphären und einer Teilung der Türkei zu treffen; er hat mit den Russen zusammen den schwarzen Plan eines mazedonischen Aufstandes entworfen, um dadurch den Stein der orientalischen Frage ins Rollen zu bringen, ja, er hat in Gemeinschaft mit seinen skrupellosen Staatsmännern den ungeheuren Plan eines englischen Weltreichs, von Afrika bis Australien, geschmiedet, eines Weltreichs, dessen Schlußstein die den Persischen Golf umlagernden Ländermassen zu

bilden hätten, ein Meisterstück weltumspannender Diplomatie, die ihre Fäden durch das Projekt einer deutschen Bagdadbahn sich nicht zerreißen lassen konnte. Rohrbach verschmäht es nicht, in diesem Zusammenhang allerlei sensationelle Kleinigkeiten beizubringen, so die berühmt gewordene, aber verfängliche Frage des Engländer's Wilcock, ob der zwischen Euphrath und Tigris neu zu erbauende Königskanal wohl den Namen des Kaisers von Deutschland oder des Kaisers von Indien tragen werde, sowie die Rede Curtsons, des Vizekönigs von Indien, daß jene Gegenden am Persischen Meerbusen von indischen und ägyptischen Bauern, d. h. von englischen Untertanen, zu besiedeln sein dürften. Ich will dieses Riesenprojekt englischer Weltpolitik zunächst dahingestellt sein lassen; dagegen ich aber energisch protestieren **muß**, das ist die systematische Züchtung des Mißtrauens gegen England, die sich Rohrbach angelegen sein läßt. Er verschmäht es dabei nicht, olle Kamellen zu wiederholen, wie die Geschichte des Admirals Monk, der im 17. Jahrhundert (!) die Zerstörung der holländischen Kriegsflotte verlangte, weil die holländische Handelskonkurrenz den Engländern gefährlich werden könnte, oder wie den Ausspruch des jüngeren Pitt, der ein Jahrhundert später, zur Zeit des Hubertusburger Friedens (!), erklärte: „Frankreich ist uns hauptsächlich als See- und Handelsmacht gefährlich. Was wir in dieser Hinsicht gewinnen, ist uns vor allem wertvoll durch den Schaden, den Frankreich dadurch erleidet.“ In Ewigkeit unverzeihlich ist es natürlich auch, daß Lord Palmerstone im Jahre 1861 (!) sagen konnte, die Deutschen sollen den Acker pflügen und Luftschlösser bauen, aber sich nicht einfallen lassen, die See zu befahren, und daß die Saturday-Review zu einer Zeit höchster Spannung behaupten konnte: Wenn der deutsche Handel vernichtet würde, so wäre kein Engländer, der dadurch nicht reicher würde. Unvergesslich für Rohrbach ist natürlich auch die in Champagnerstimmung erfolgte Drohung des Admirals Lee, daß die englische Flotte den Angriff auf die deutschen Küsten so rasch müßte unternehmen können, daß man in Deutschland die ersten Schüsse hören würde, ehe man die Kriegserklärung zu lesen bekäme. Daß es natürlich auch in England Leute gibt, mit denen man Riegelwände einschlagen könnte, Leute, mit deren Verstand das Mundwerk durchzugehen pflegt, soll nicht geleugnet werden. Aber so wenig wir die Herren Keim, Reichenau, Reventlow und Hasse als die maßgebenden Träger deutscher Politik betrachten dürfen, ebensowenig dürfen wir die Schreier an der Themse mit den verantwortlichen Leitern des britischen Staatsschiffes verwechseln. Der Merkantilismus aber, der noch Staatsmänner wie

Monk und Pitt leiten konnte, ist in England längst überwunden. Ein Norman Angell spricht nur aus, was in England bereits Gemeingut der allgemeinen Ueberzeugung geworden ist, daß der Handelsvorteil Deutschlands nicht als Handelsnachteil in England empfunden werden darf, daß vielmehr durch das Wohl des einen auch das Wohl des andern gefördert wird.

Selbst davor schreckt Rohrbach nicht zurück, die Legende von den Ueberfallsgelüsten, von denen der Geist der englischen Staatsmänner im Sommer 1911 erfüllt gewesen sei, zu wiederholen. Die feierlichsten Versicherungen der Lenker der englischen Politik, daß kein Ueberfall auf Deutschland geplant gewesen sei, und daß man niemals den Franzosen versprochen habe, ihnen irgendwelche Hilfstruppen auf das Festland zu schicken, vermögen nicht, Rohrbach eines Irrtums zu überweisen. Er bleibt dabei: Der Ueberfall war geplant, die Hilfstruppen waren zugesagt. Was er dafür beibringt, ist nichts, als die Tatsache von der Schlagfertigkeit der englischen Flotte, womit natürlich gar nichts anderes bewiesen wird, als dasselbe, was durch die gleichzeitige Schlagfertigkeit der deutschen Flotte ins helle Licht gesetzt wird, nämlich daß die Kriegsgefahr vom Sommer 1911 allerdings akut gewesen ist. Die Akten darüber sind noch nicht geschlossen, wahrscheinlich tragen beide streitenden Teile die gleiche Schuld. Daß aber in dem berüchtigten Sommer in der englischen Politik und in der öffentlichen Meinung des Landes eine sehr energische Wendung zugunsten des Friedens erfolgte, obwohl die Gelegenheit für England vielleicht äußerst günstig gewesen wäre, sich der Nebenbuhlerin, wie sie in der deutschen Kriegsmarine dem seegewaltigen Albion erstanden war, zu entledigen, das mag in der kleinen, aber sachverständigen Broschüre von Adolf Bürk: „Die Wahrheit über die deutsch-englische Krisis im Sommer 1911“ nachgelesen werden. Wenn aber Rohrbach erklärt, daß nur Sozialdemokraten, utopistische Pazifisten und unverbesserliche Anglophilen sich der Tatsache englischer Feindseligkeit gegen Deutschland verschließen können, so ist darauf zu erwidern, daß Rohrbach sich als schlechter Prophet erwiesen hat, da er nichts von der notorischen Annäherung zwischen Deutschland und England vorausgesehen hat, die wir „utopistischen Pazifisten“ kommen sahen und vorbereiten halfen, eine Annäherung, die in der Aufrechterhaltung des Friedens während des Balkankonflikts ihre Feuerprobe bestanden hat. Es soll nicht geleugnet werden, daß trotz alledem immer noch ein Stein des Anstoßes besteht, der die Engländer hindert, sich in unsere Arme zu werfen, das ist aber nicht unsere Handels-, sondern unsere Kriegsflotte, durch welche der eigene Handel nicht geschützt wird, während

der fremde Handel, ob mit Recht oder Unrecht, sich tatsächlich davon bedroht fühlt. Die nationalistische Meinung, daß wir durch die Aufbietung aller Kräfte für die Rüstung uns den Frieden oder im Fall des Kriegsausbruchs den Sieg versichern können, wird selbst dann nicht wahr, wenn ein Rohrbach für dieselbe eintritt. Wir sollten, meint er, nicht an Millionen knickern, wenn es sich um den Schutz für Milliarden handelt, aber wer bürgt uns dafür, daß der Zukunftskrieg mit einem Siege Deutschlands endigt? Ziehen wir aber den Kürzeren bei dem blutigen Würfelspiel, so verlieren wir nicht nur die Millionen, sondern auch die Milliarden, und dann werden wir uns vielleicht zu spät darauf besinnen, daß es verfehlt war, den deutschen Gedanken mit Waffengewalt in der Welt ausbreiten zu wollen.

Wenn man die Weltlage unter dem Gesichtspunkt eines Ziels der Weltgeschichte betrachtet, so ist es für den höchsten Zweck des menschlichen Daseins vollständig gleichgültig, ob die Welt (d. h. die überseeischen Gebiete) englisch oder deutsch wird. Wir würden wirklich keinen Vorteil darin sehen, wenn die vom Union Yack überwehten Gebiete plötzlich von dem preußischen Adler beschattet würden. Nicht das ist die Frage, ob der deutsche oder der englische Gedanke in der Welt siegen soll, sondern darum handelt sich, ob der humane Gedanke seinen Siegeslauf vollenden kann, und das ist unter dem englischen Banner ebenso leicht möglich, wie unter dem deutschen. Möchte es unser Volk doch endlich einmal lernen, energisch wirtschaftlich und nationalökonomisch zu denken! Möchte es sich klarmachen, daß die politischen Aspirationen zum großen Teil einer Art von sentimentalen Erwägungen entspringen und daß mit aller politischen Machtentfaltung kein realer Gewinn zu erzielen ist, der nicht ebensogut durch vernünftig geregelte Handelsbeziehungen erreicht werden könnte. Auch Naumann hat dieses Grundgesetz lange Zeit nicht erkannt. So hat er einmal schreiben können: „Um den Suezkanal muß noch scharf geschossen werden; dann werden wir auf Despachen von Alexandria und Kairo warten, wie man im Jahre 1870 auf die Telegramme aus den Vogesen aufpaßte.“ Ich habe darauf erwidert: „Ich sehe nicht ein, welchen Vorteil es uns bringen sollte, wenn wir den Engländern den Suezkanal nehmen würden. Lassen wir es ruhig beim alten, dann werden wir die Vorteile der englischen Kultur mitgenießen. Wenn früher ein Mensch nach Aegypten reiste, war er seines Lebens nicht sicher; seitdem die englische Kultur dort ihre Herrschaft aufgerichtet hat, kann der Reisende ruhig unter den Pyramiden spazieren gehen und am Fuß der Obelisken seinen Kaffee trinken.“ Es ist richtig, daß der Lehre Norman Angells, die den Besitz der Lände-

reien für irrelevant erklärt, durch die Engländer selbst widersprochen zu werden scheint. Warum, so könnte einer fragen, besetzen sie immer neue Länderstrecken, warum legen sie so großen Wert darauf, in der Gegend von Bagdad die Verbindungsbrücke zwischen ihrem afrikanischen und indischen Besitz herzustellen, warum sehen sie nicht ruhig zu, daß die deutsche Kulturmacht durch die Vollendung ihrer Bagdadbahn bis zum Persischen Meerbusen einen Keil zwischen Afrika und Indien hineintreibt, der ihnen doch in Wirklichkeit so wenig Schaden bringen könnte, wie eine deutsche Kolonie in London den dortigen englischen Handel schädigt? Norman Angell würde wahrscheinlich die Antwort geben: „Das ist ein Stück Atavismus, an dem wir alle miteinander krank sind, daß wir glauben, unser Wohlsein zu fördern, wenn wir eine möglichst große Kilometerzahl besitzen.“ Eins möchte ich auch hier denn doch erwähnen: Der Boden ist die Grundlage aller Güter der Erde, wer ihn besitzt, ist sicherer, immer neue Quellen des Reichtums erschließen zu können, als derjenige, der auf die Gunst des Besitzers angewiesen ist. Aber überschätzen dürfen wir diese Tatsache nicht. Wenn es unserer Diplomatie gelingt, die Engländer von der Verschließung der offenen Tür für alle Zeiten abzuhalten, so kann uns die Farbe der Flagge, die über den einzelnen Ländern weht, relativ gleichgültig sein. Wenn nur in allen Ländern, wo europäische Kulturnationen sich einbohren, auch wirklich humane Grundsätze durchgeführt werden; wenn es nur überall gelingt, Kulturbedürfnisse zu wecken, den Reichtum der Erde zu erschließen, dem Handel neue Bahnen zu öffnen und die einzelnen Länder zu lebendigen Gliedern der großen Kulturgemeinschaft zu machen, so können wir zufrieden sein. Es ist aber grundverkehrt, die deutsche Volkseele mit Neid gegen den reicheren Nachbar zu erfüllen. Es hat noch allezeit große, mittelgroße und kleine Machtzentren in der Welt gegeben, und wenn wir kein Riesenreich, wie England, Rußland oder Amerika werden können, so sollten wir uns mit der Stellung eines Großstaates, dessen Weltbeziehungen immerhin fruchtbar werden können, begnügen. Unser Beruf kann niemals darin bestehen, die Welt zu erobern, wohl aber darin, sie mit unserer Gedankentiefe zu durchdringen, mit unseren technischen Errungenschaften zu bereichern. Das Ziel aber, das uns mit allen Kulturnationen gleichermaßen gestellt ist, scheint von Rade richtig formuliert zu sein, wenn er gegen Rohrbach sagt: „Das ist schließlich die Herrlichkeit deutscher Nation, daß mit ihrer Hilfe eine wirkliche Kulturwelt, ein Kosmos der Humanität, ein Reich Gottes geschaffen werde.“ Die Nation als solche ist nichts, die Menschlichkeit aber, der die Nation zu dienen hat, ist alles.

Die Aufgaben des XX. Weltfriedenskongresses.

Wenn die Bedeutung eines Kongresses nach der Zahl der von ihm gefaßten Resolutionen beurteilt werden darf, so würde der Genfer Weltfriedenskongreß ein gewaltiges Ereignis bedeuten. In dem Jahrbuch von 1913 der Interparlamentarischen Union befinden sich am Schlusse die Ergebnisse von sieben großen internationalen Konferenzen des vergangenen Jahres, und die Beschlüsse der anderen sechs Konferenzen zusammengenommen nehmen kaum so viel Seiten in Anspruch wie die Resolutionen des letzten Weltfriedenskongresses. Gegenüber diesem umfangreichen Resultate steht die Tatsache, daß kein anderer Kongreß in der Presse eine so ungünstige Beurteilung erfahren hat, sogar in führenden Kreisen der Pazifisten. Der Kongreß hat das jüngste Weltgericht über alle Regierungen und Völker spielen wollen und sich dabei im Tone wiederholt vergriffen.

Es war vielleicht für die zukünftigen Weltfriedenskongresse ein Glück, daß die Fehler in der Organisation dieser Versammlungen so scharf wie noch nie zur Geltung gelangten und dadurch alle Einsichtigen zu einer Reform angetrieben wurden. In zahlreichen Artikeln haben nach der Versammlung führende Persönlichkeiten unserer Bewegung Reformpläne dargetan, und es muß mit ganz besonderer Hoffnung erfüllen, daß der Kongreß dieses Jahres inmitten eines Landes stattfindet, dessen Delegierte sich in Genf einstimmig gegen die bisherige Arbeitsmethode der Versammlungen ausgesprochen haben. Man hat zudem in Holland ungemein fleißig gearbeitet, Denkschriften versandt und hervorragende Persönlichkeiten für die diesjährige Tagung gewonnen. Die Führer des Kongresses werden also gewiß diese neue Zusammenkunft zu einem Höhepunkte in der Geschichte der Friedensbewegung gestalten können, wenn nur alle Teilnehmer ebenfalls ihr Bestes tun. Es kommt nicht darauf an, daß viele Beschlüsse gefaßt werden, sondern daß einzelne Probleme recht gründlich und in ruhiger Form behandelt werden. Die hohe Politik lasse man ganz aus dem Spiele. Daß man politische Probleme überhaupt erörtert, hängt wohl noch mit der früher, gänzlich verfehlten Anschauung zusammen, es könne die Welt mit einem Schlage zu einem Reiche des Friedens gemacht werden. Wenn dies möglich wäre, wenn also jede Regierung in diesem Augenblicke mit ihrer ganzen früheren Politik brechen könnte, ja, dann wären jene Anklagen auf dem Genfer Kongresse vielleicht berechtigt. Aber die Staaten sind selbst nur das Produkt einer allmählichen Entwicklung; sie sind von anderen Regierungen abhängig, die ebenfalls noch eine Politik alten Stils betreiben, und

wie sollte da mit einem Schlage alles anders werden können! Es bedarf vielmehr eines allmählichen Wandlung in den Anschauungen der Regierungen und der Völker, und je ruhiger und klarer wir unsere Meinung vertreten, umso eher werden wir die Gegner auf unsere Seite ziehen. Die nimmer ruhende, heilige Begeisterung, die das große Ideal allen deutlich sichtbar zeigt, erweckt Bewunderung und Nacheiferung; aber der Hohn, die Verachtung und der Fanatismus muten an wie aus einer anderen Welt, stoßen ab und begeben keinem Verständnis.

Das alles soll nicht heißen, als ob man nicht besonders grobe Rechtsbrüche wie die Kriegserklärung Italiens an die Türkei als solche bezeichnen dürfe. Gewiß hat ja auch die Interparlamentarische Union den hohen Mut besessen, die Wahrheit über diesen Punkt zu sagen. Aber es ist etwas anderes, diese eine feststehende Tatsache zu dokumentieren, als noch zahlreiche andere Punkte, die heiß umstritten sind, zum Gegenstande einer Anklage zu machen. Nachdem der Genfer Kongreß zu viel des Guten in dieser Richtung getan hat, werden die nächsten Weltfriedenskongresse am besten fahren, wenn sie jede Kritik einer Regierung peinlichst vermeiden. Es gilt zunächst einmal wieder die Geltung zu erringen, die den Kongressen gebührt und die man sich in einzelnen Kreisen durch die Ereignisse der letzten Jahre verscherzt hat.

Was die einzelnen Punkte des diesjährigen Weltfriedenskongresses angeht, so möchte ich zunächst auf den im 9. Hefte des Jahres 1912 von de Jong van Beek en Donk geschriebenen Aufsatz über „Völkerrechtskodifikation und Genfer Weltfriedenskongreß“ verweisen. Darin wurde treffend vorgeschlagen, die Versammlung möge sich darauf beschränken, die Regelung der wichtigsten Punkte — Autonomie, territoriale Integrität und vielleicht auch noch ein paar andere — in das pazifistische Programm aufzunehmen, aber nicht über die sämtlichen Einzelheiten Arnauts zu beraten.

Zu den interessantesten Punkten der diesjährigen Verhandlungen dürfte das Problem einer internationalen Polizeimacht gehören, worüber der bekannte Professor an der Universität Leyden van Vollenhoven referieren wird. Damit in Zusammenhang steht ein Bericht des Professors de Maday von der Universität Neuchatel über die ökonomischen Sanktionen im internationalen Recht.

Die Konferenz muß sich wohl bewußt sein, daß die Vorschläge nach Schaffung einer internationalen Exekutive noch in vielen Kreisen als völlig utopistisch angesehen werden. Selbst Männer, die den Friedensbestrebungen im Grunde höchst sympathisch gegenüberstehen, glauben doch mit Entschiedenheit gegen derartige Forderungen Front

machen zu müssen. Aber viele dieser Gegner urteilen ohne genügende Kenntnisse des Problems. Noch keiner von ihnen hat in ausführlicher monographischer Darstellung die Einwendungen van Vollenhovens widerlegt. Was sie vorgebracht haben, ist oft nichts als die Aeußerung eines noch nicht klar durchdachten Gefühles. Es ist ja gewiß zweifelhaft, ob eine internationale Exekutive auf dem organischen Wege der Völkerrechtsentwicklung liegt. Aber gerade deswegen soll man einmal rein wissenschaftlich die Gründe dafür und dawider prüfen. Man soll nicht mit allgemeinen Redensarten einen Vorschlag zu Fall bringen, der ja gewiß vielleicht gefährlich sein, aber möglicherweise auch unsagbares Glück für die Völker bedeuten kann. Gerade die jüngsten Balkanereignisse, wie das gemeinsame Vorgehen gegen Montenegro und der Plan einer Flotten-demonstration der europäischen Großmächte gegen die Türkei, zeigen mit Deutlichkeit, daß anscheinend eine gewisse Tendenz der Entwicklung dahin geht, daß die Staatengemeinschaft in krassen Fällen widerspenstige Regierungen zum Gehorsam zwingt.

Wie dem auch sein mag, das Problem mußte einmal aufgerollt und erklärt werden, und es ist ein großes Verdienst van Vollenhovens, dies getan zu haben. Das eine scheint mir freilich gewiß: Es wird unmöglich sein, die Frage auf einem Kongresse zur Entscheidung zu bringen. Man sollte bei diesem ungeheuer schwierigen Probleme davon absehen, sofort eine weitgehende Resolution zu fassen und die Errichtung einer internationalen Polizeimacht zu befürworten, sondern sich mit einer vorsichtigen Erklärung etwa dahingehend begnügen: Die Konferenz sei der Meinung, daß insbesondere nach den jüngsten Ereignissen die Schaffung einer internationalen Exekutive einer eingehenden Prüfung bedürfe, und bitte die Vertreter des Völkerrechts, an der Klärung der Frage zu arbeiten.

Von den übrigen Programmpunkten haben außer dem Berichte über „die Presse im Dienste des Friedens“ besonders die Vorträge Normann Angells über „Handelskonkurrenz und internationale Beziehungen“ und Quidde über „Rüstungstillstand“ eine besondere Bedeutung. Norman Angell erfreut sich einer gewissen Berühmtheit und sein Vortrag wird dem Kongresse eine besondere Bedeutung verleihen. Von Quidde werden wir hoffentlich auf dem Kongresse oder doch bald darauf das Buch über die Rüstungsfrage sehen, das er uns versprochen hat.

Wir wünschen dem Kongresse in der gastlichen Hauptstadt der Niederlande einen schönen und seiner Bedeutung entsprechenden Verlauf.

Minister Asser †, ein Bahnbrecher der Völkerverständigung.

Mit dem am 29. Juli im Haag verstorbenen holländischen Staatsminister Asser ist einer der schärfsten Denker auf völkerrechtlichem und international-privatrechtlichem Gebiete dahingegangen, ein hochstrebender, ideal gesinnter Mann, der sich von kleinen Anfängen zu höchstem Ruhme emporgearbeitet und immerfort seine ganze Kraft der Menschheit dienstbar gemacht hat. Er ging vom Handelsrechte aus und erkannte, wie sehr die Menschheit statt der vielen nationalen Rechte ein Weltrecht nötig hatte. Von den Tagen an, wo er als 24jähriger Professor an der Universität Amsterdam dozierte, verließ ihn nie der Glaube an die Vereinheitlichung der verschiedenen Rechtssysteme, und er kämpfte heiß für die Verwirklichung dieses Gedankens. Ihn zeichnete besonders aus, daß er trotz seiner idealen Gesinnung niemals Utopien nachlief. Er dachte niemals daran, mit einem Schlage dieses Weltrecht herbeizaubern zu können und ging deshalb lediglich darauf hinaus, den Grundstein zu legen. Und dies ist ihm in vollstem Maße gelungen. Die vier Konferenzen, die in den letzten zwanzig Jahren im Haag über internationales Privatrecht abgehalten wurden, sind Assers Werk. Er hat ihre Organisation in die Hände genommen und sie erfolgreich durchgeführt. Kein Wunder, daß er in Anerkennung dieser Verdienste auf allen diesen Staatenversammlungen ebenso wie auf den Konferenzen für das Weltwechselrecht zum Vorsitzenden ernannt wurde. Ein hervorragender Delegierter zur zweiten Haager Friedenskonferenz erklärte mir einmal, wenn man auf den Konferenzen für internationales Privatrecht nicht mehr weiter kommt habe, dann habe man Asser in die Kommission geholt, und der habe den Knoten schnell durchhauen. Assers Werk über internationales Privatrecht ist auch in fremde Sprachen übersetzt worden.

Nicht minder bedeutsam war die Rolle des holländischen Staatsministers auf völkerrechtlichem Gebiete. Bereits im Jahre 1869 begründete er zusammen mit seinen Freunden Westlake und Rolin-Jaequemyns die *Revue de droit international et de législation comparée*, die heute noch besteht und lange Zeit die einzige völkerrechtliche Zeitschrift blieb, ferner das berühmte Institut für Völkerrecht. Schon bald wurde man in den Kreisen der holländischen Regierung auf ihn aufmerksam, berief ihn in den Staatsrat und delegierte ihn auf zahlreiche Konferenzen, so in die Konferenz zur Vereinheitlichung des Eisenbahnfrachtverkehrs, zum Schutze der unterseeischen Kabel, zur Neutralisierung des Suezkanals und zur Regelung der Kongofrage. Besonderen Ruhm hat sich Asser durch seine Verdienste

auf den Haager Friedenskonferenzen erworben. Hier spielte er eine entscheidende Rolle, und namentlich in dem Schiedsgerichtsausschusse der ersten Haager Konferenz hat er segensvoll gewirkt. Als der deutsche Delegierte Zorn im Juni 1899 den ständigen Schiedshof ablehnte, da stand Asser als erster auf und bat Zorn, in seiner Schlußfolgerung weniger bestimmt zu sein und in einer so wichtigen Frage doch noch einmal an seine Regierung zu berichten. Bekanntlich fuhr dann Zorn noch einmal nach Berlin und erreichte auch, daß die deutsche Regierung der Errichtung des Haager Schiedshofes zustimmte. Interessant ist auch, daß Asser 1899 im Gegensatz zu der deutschen Delegation mit Entschiedenheit dafür eintrat, die Vermittlung obligatorisch zu gestalten.

Auch auf der zweiten Haager Konferenz spielte Asser eine bedeutsame Rolle. Mit seinem klaren Blicke sah er vollkommen voraus, daß der Weltschiedsvertrag infolge des Widerstandes Deutschlands und Oesterreichs nicht zustande kommen würde, und er sagte mir einmal, es sei doch zwecklos gewesen, daß der Präsident der Kommission, der frühere französische Ministerpräsident Bourgeois, die Konferenz vier Monate in dieser Frage aufgehalten habe. Asser war eben trotz seiner idealen Gesinnung vollkommen Realpolitiker.

Der Friedensbewegung als solcher stand Asser sympathisch gegenüber, obwohl er sich in keiner Weise direkt an ihr beteiligte. Er war zwar Mitglied der holländischen Friedensgesellschaft und des internationalen Friedensinstituts in Monako (jetzt in Paris)*), auch hat er den Nobelpreis zusammen mit Fried und anlässlich der Einweihung des Friedenspalastes den Ehrendoktor der Universität Leyden ebenfalls zusammen mit Fried erhalten. Aber seine pazifistische Gesinnung ist doch wenig hervorgetreten. Daß er aber ganz auf Seiten dieser Bewegung stand, mag man daraus ersehen, daß er mir einmal mit großer Bewunderung von dem Friedensapostel Stead und mit großem Unwillen über das bekannte Buch v. Stengels „Weltstaat und Friedensproblem“ sprach.**)

Mit dem 75jährigen Asser scheidet ein selten begabter Mann von wahrhaft idealer Gesinnung dahin, der in der Geschichte des internationalen Rechts als einer der Allergrößten fortleben wird.

Dr. Hans Wehberg.

*) Nach einer Liste in „Friedenswarte“, 1903, S. 37.

***) Die Worte Assers über Stengels Buch waren von solcher Schärfe, daß ich sie im einzelnen erst in späterer Zeit wiedergeben möchte.

Die Sünden Bulgariens.

Von Richard Gädke, Berlin-Steglitz,
früher Oberst und Regimentskommandeur.

Die gegenwärtige Lage Bulgariens ist ein Schulbeispiel für die Folgen einer chauvinistischen, imperialistischen Politik, die alles auf die Schärfe des Schwertes stellt und den internationalen Zusammenhang der Dinge übersehen zu können glaubt. Vielleicht niemals ward eine anfänglich überaus günstige Lage derart verdorben und in ihr Gegenteil verkehrt durch eine kurzsichtige Habgier, die den Nachbarn nichts gönnte und mit einem Schlage auf dem Wege brutalster Gewalt die Vorherrschaft des eigenen Staates gewinnen wollte. Hätten die Staatsmänner Bulgariens auch nur ein mittleres Maß von Einsicht und Vernunft besessen, so lag in der Tat ein militär-politischer Bund der Balkanstaaten nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Und damit konnte eine neue Großmacht entstehen, die durch die Art ihrer Organisation selbst eine Gewähr für den Frieden Europas gewesen wäre. Es konnte ein dauerndes Staatengebilde sich erheben, das eine der größten Quellen aller Beunruhigung verstopft hätte. Die gegenseitigen Eifersüchteleien der Großmächte gerade auf diesem vulkanischen Boden wurden beseitigt; der Staatenbund wäre mächtig genug gewesen, sich in voller Unabhängigkeit zwischen Oesterreich und Rußland zu behaupten. Sogar der Bestand der asiatischen Türkei konnte gesichert, ihr Zeit und Möglichkeit für eine grundlegende Erneuerung geboten werden. Welche Aussichten! Welch Glück für den dauernden Frieden Europas!

Wie hat sich das jetzt geändert! Es ist nur ein magerer Trost, wenn durch die Bemühungen der Diplomaten diesmal vielleicht der allgemeine Frieden noch wird erhalten werden, hauptsächlich darum, weil die Furcht vor den Folgen eines großen Zusammenstoßes in friedlichem Sinne wirkt, und weil beinahe alle maßgebenden Staaten sich inmitten neuer gewaltiger Rüstungen befinden. Laßt sie erst vollendet sein, und ihr werdet sehen, wie der Wetterwinkel am Balkan und in Kleinasien seine unheilvollen Wirkungen äußert, bereit alles, was gesittete Männer im Laufe langer Jahre mit unendlicher Mühe und Geduld aufbauen, mit einem einzigen Sturmshauche zu zerstören. Denn es ist ja nicht der große Gegensatz zwischen den beiden Teilstaaten des alten Reiches Karls des Großen, von dem aus der verheerende Kriegssturm ausgehen wird. Dazu sind denn doch die Staatsmänner und die Parlamente auf beiden Seiten der Vogesen zu gewissenhaft und besonnen, die chauvinistischen Schreier und kriegslüsterne Generale bei weitem nicht mächtig genug, um so aus dem Handgelenke, ohne einen Grund, der die Massen in ihren Tiefen aufregt, einen

Kriegsbrand zu entfesseln. Wo aber sind denn die großen Interessengegensätze zwischen Frankreich und Deutschland? In Afrika ist die Kolonialfrage auf absehbare Zeit geordnet; Frankreich hat Marokko, auf das sein moralisches Anrecht — sit venia verbo — jedenfalls größer war als das unsrige; und wir haben die Fiebersümpfe am Kongo als Lohn einer wenig umsichtigen, wenig zielbewußten Politik. Ich sehe nirgends Reibungsflächen, aus denen hier noch neue Konflikte entstehen könnten. Um Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen, werden die Franzosen schwerlich einen Krieg vom Zaun brechen. Dies Symbol ist prächtig, um das Volk zu militärischen Opfern willig zu machen, aber es hat bei der lebenden Generation längst nicht mehr die Wirkung, um es der Rache wegen in einen gefährlichen Krieg zu stürzen. Unsere angebliche Absicht aber auf Belgien ist eine ausschweifende Phantasie, von der sich nur besonders törichte Franzosen umnebeln lassen. Frankreich und Deutschland sind gewiß durch manche Erinnerung und durch die schwere Demütigung von 1870 getrennt, aber ohne großen äußeren Anlaß wird die Abneigung, die daraus hervorgeht, schwerlich zu einem Kriege zwischen beiden Völkern führen. Diesen äußeren Anlaß kann nur, soweit wir irgend die Lage zu überblicken vermögen, die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan und in Kleinasien geben. Auch sie nicht einmal unmittelbar; sondern weil hier die großen Interessengegensätze zwischen den beiderseitigen Verbündeten bestehen, die die beiden größten Militärstaaten der Welt, selbst widerwillig, in ihren verderblichen Strudel zu ziehen vermögen.

Ein Balkanbund, besonders unter Einfluß der Türkei, konnte diese Interessengegensätze mildern, selbst beseitigen, weil er, wie ich oben gesagt, ein lebensfähiges Gebilde war, das den Appetit der Nachbarn in seine Grenzen zurückwies. Der Zustand aber, wie er höchstwahrscheinlich aus den Konferenzen von Bukarest hervorgehen wird, ist voll der größten Gefahren. Er kann höchstens ein labiles aber kein stabiles Gleichgewicht ergeben. Unmittelbar nach dem Friedensschlusse werden die Rüstungen und die Intrigen von neuem beginnen, und man wird versuchen, die vorläufige Entscheidung durch eine endgültige zu ersetzen. Nicht friedliches Nebeneinanderleben von Staaten, die den Fortschritten der Kultur zustreben wollen, wird die Folge sein, sondern gegenseitige Eifersucht, vermehrte Gegensätze, Anziehung der Rüstungsschraube, Ehrgeiz, der anstatt des Glückes der Bürger die Machterweiterung durch das Schwert sucht! Und in dieses gegenseitige Intriguenspiel werden Rußland und Oesterreich, Italien und Frankreich, Deutschland und England hineingezogen werden. Denn die traurige Entwicklung der Dinge läßt ihnen die Möglichkeit eigener Machter-

erweiterung und darum auch die böse Lust danach. Wenn man dort noch immer im trüben fischen kann, so ist es klar, daß niemand dem anderen den fetten Bissen gönnt. Man spricht von einem Gleichgewicht der Balkanstaatenwelt, das sich aus dem neuen Kriege ergeben solle und werde; aber gerade dies Gleichgewicht ist ihrer aller Schwäche, es eröffnet der Einmischung der Großmächte freie Bahn, und hält die Wunde offen, die sie sich jetzt gegenseitig schlagen.

Schon, daß Bulgarien mit zäher Hartnäckigkeit auf den ungeteilten Besitz von Adrianopel bestand, das ihm die Türken bereits zur Hälfte abgetreten hatten, war ein schwerer Fehler. Es brachte ungeheure neue Opfer, sich der Festung zu bemächtigen, während die anderen Verbündeten leichte Siege gewannen und ihre Heere reorganisieren und vermehren konnten. Nur eine außerordentliche Ueberschätzung der eigenen Kraft kann die Staatsmänner und Generale des Zaren Ferdinand zu dieser Verlängerung des Krieges bewogen haben. Wenn die Griechen sie in dieser kranken Staatskunst bestärkt haben sollten, so mag es nicht gerade machiavellistische Bosheit gewesen sein, sondern mehr der Wunsch mit der Uebergabe Adrianopels an Bulgarien für sich selbst Saloniki und vielleicht Kowala zu sichern.

Jedenfalls stellte sich alsbald heraus, daß die Bulgaren gerade nach Adrianopel, mehr durch Aushungerung als durch Gewalt, nehmen, aber weiter nicht vorzudringen vermochten. Weder die Tschataldja-Stellung noch die heißersehnte Halbinsel Gallipoli waren sie imstande zu bezwingen, obwohl sie durch zwei serbische Divisionen, gut 30 000 Mann, unterstützt waren. Wenn ihnen also das politische Ziel vorgeschwebt hatte, festen Fuß am Marmarameere und nahezu vor den Toren von Konstantinopel zu fassen, Adrianopel aber in umgekehrter Entwicklung der osmanischen Geschichte zur Hauptstadt von Groß-Bulgarien zu machen, ehe ihnen in einem späteren Feldzuge Konstantinopel als reife Frucht in die Hand fiel, so mußten sie dieser Sehnsucht entsagen. Schon hier bewies ihnen das Schicksal, daß ihre Kraft geringer war als ihr Wünschen und Hoffen, daß der zweite Feldzug politisch militärisch, finanziell unnütze Opfer von ihrem Volke gefordert und nahezu ein leichtfertiges Verbrechen gewesen war.

Sie zogen leider keine Lehre daraus für die Zukunft. Es ist fast ausnahmslos eine schlechte Politik, die die verlorenen Feldzüge im Gefolge hat. Weit inniger noch, als wir gewöhnlich träumen, betäubt von der blutigen Gewalt der Schlachtenschläge, hängen Politik und Erfolg eines Krieges, wie Ursache und Wirkung, miteinander zusammen. Die Bulgaren sind jetzt weniger, als die Menschen meinen, militärisch von ihren früheren Verbündeten über-

wunden worden. Sie haben sich durch ihre leichtfertige Politik selbst gemordet.

Dem Fehler, den sie den Türken gegenüber begingen, fügten sie den zweiten, vielleicht noch schwereren hinzu, das mächtige und festgefügte Rumänien zu reizen und mittelbar auch Rußland zu verstimmen. Natürlich hat Rumänien ebenso wenig Anrecht auf bulgarisches Land, als dieses auf die Hadriansstadt und die Gestade der Marmara. Ist aber einmal eine Prestige- und Eroberungspolitik auf einer Stelle begonnen, so frißt sie wie ein Krebsgeschwür weiter und reizt die Begehrlichkeit der Nachbarn. Auch für Rumänien handelte es sich nicht um kulturelle Fragen, sondern um eine nackte Vergrößerungspolitik, um jenen Ehrgeiz des Staates, der mit dem Glücke der Menschen wenig gemein hat, um die berühmte Politik des Gleichgewichts, die in Wahrheit eine Politik mißtrauischer Räuberbanden ist. Aber da die Bulgaren glaubten, in Bukarest Türken vor sich zu haben und nicht ebenso geriebene und entschlossene Männer als sie selbst sind, so zerronn in diesem Augenblick der schöne Traum eines Balkanbundes, und der Krieg aller gegen alle ward entfesselt. Der thrasische Krieg, der immerhin einen wirklichen Kulturfortschritt hätte anbahnen können, wenn er ein gemeinsames Werk höher gesitteter Völker gegen primitivere und unhaltbar gewordene Zustände geblieben wäre, ward nun ein Unternehmen sinnloser Menschenschlächtereie, und brachte den unglücklichen, den „befreiten“ Völkern namenlose Leiden. Mehr wie in einem anderen Kriege ward hier die Wut der verschiedenen Nationalitäten zu Taten grausamster Niedertracht gegeneinander entflammt, und anstatt die Gesittung zu heben, ward die Bestie im Menschen freigemacht. Es ist sehr gleichgültig, wenn sie sich gegenseitig der Metzelleien beschuldigen, und jeder die eigenen Hände in Unschuld wäscht: sie sind alle in der gleichen Verdammnis, und auf allen Seiten sind zweifellos Taten geschehen, deren viehische Wollust zum Himmel stinkt. Das sind die Folgen des bulgarischen Großmachtsdünkels!

Es wäre immer noch nicht so weit gekommen, wenn man nicht zugleich die beiden Verbündeten, Serbien und Griechenland, böse vor den Kopf gestoßen hätte. Der Beuteanteil, den ihnen Bulgarien zugestehen wollte, konnte weder das eine noch das andere zufrieden stellen. Nachdem man einmal den Weg des Krieges betreten hatte, durften hier nicht mehr formale Rechtsgründe entscheiden, sondern Grundsätze der Billigkeit und der Moral. Sie völlig außer acht gelassen zu haben, darin bestand der größte Frevel der bulgarischen Politik. Besonders Serbien war unzweifelhaft benachteiligt. Nachdem Oesterreich-Ungarn ihm den Ausgang zur Adria versperrt hatte, mußte

es notgedrungen anderswo Ersatz suchen; es durfte ihm jedenfalls nicht das nackte Nationalitätsprinzip entgegengestellt werden, das in diesen interessanten Gegenden so unklar und verworren wie nur möglich ist. Nationalitäten sind hier erst im Entstehen begriffen. Dazu kommt, daß gerade Serbien weit mehr als die anderen Staaten des Balkan in seiner Vereinzelung ein unfertiges Staatsgebilde ist, wie einst Piemont, wie einst Brandenburg-Preußen! Es muß entweder untergehen oder sich ausdehnen! Die Politik Oesterreichs ihm gegenüber ist voll der folgenschwersten Fehler, weil sie nicht weiß, was sie will. Sie müßte Serbien verschlucken, oder es zum Freunde gewinnen.

Ueberall unter den sogenannten Sachverständigen Europas hat man die militärischen Erfolge der Bulgaren überschätzt, die der Griechen und Serben unterschätzt. Kein Wunder, daß jene selbst der gleichen Meinung waren. In Wahrheit aber hatten sie ein unfertiges Türkenheer mehr überrannt als eigentlich geschlagen; die fortifikatorisch nicht eben großartige Stellung von Tschadaldja hatten sie nicht mehr zu stürmen vermocht. Andererseits hatten die Serben sich bei Kumanowo und bei Monastir ernsthaft und tüchtig geschlagen, während die Griechen, die allerdings leichtere Arbeit vorfanden, mindestens strategisch sehr gut geführt waren. Aber die falsche Beurteilung der gegenseitigen Kraftverhältnisse durch die Bulgaren ist ein klassisches Beispiel dafür, wie schwer es ist, sich von dem wahrscheinlichen Ausgang eines großen Krieges, von dem Werte feindlicher Armeen vor dem Gottesgerichte der Schlacht ein irgendwie zutreffendes Bild zu machen. Der Ausgang eines jeden großen Krieges liegt immer erst nachträglich in seiner Bedingtheit, in seinen Ursachen klar vor unsern Augen. Vorher ist er das größte Hasardspiel; und man mag eher hoffen, die Bank von Monaco zu sprengen, als in einem Kriege mit einem der großen Militärstaaten Sieger zu bleiben. Wenn unsere Diplomaten einige Fähigkeit in ihrem Berufe und einige Gewissenhaftigkeit besitzen, muß gerade diese Erfahrung sie friedliebend stimmen und dem Gedanken der Schiedsgerichte geneigt machen. Auch vor einem Gerichtshofe mag das Recht nicht immer zum Siege gelangen, aber niemals gibt es dort ein Lotto, wie es das Schlachtfeld ist; niemals die blutige Größe des Einsatzes!

Zu der Ueberschätzung ihres eigenen militärischen Wertes kam dann, wie es unter solchen Umständen und bei einer an sich kurz-sichtigen und zugleich abenteuerlichen Politik immer zugehen pflegt, der schwere Fehler einer falschen Versammlung der Hauptkräfte. Ihre Anhäufung an der serbischen Südostgrenze mit der demonstrativen Bedrohung von Belgrad war nur dann gerechtfertigt, wenn man dort auf rasche Erfolge hoffen konnte, ehe die verhältnismäßig

schwache Aufstellung in Mazedonien überwältigt wurde. Aber man rechnete freilich auch hier auf den Sieg, weil man die Energie der griechischen Heerführung bei weitem zu gering, die Schwierigkeiten des Landes und der Verpflegung bei weitem zu hoch einschätzte. Man glaubte, die Serben durch einen Flankenangriff von Süden her aufrollen zu können, ehe die griechische Einwirkung zur Geltung käme. Dieser Fehler im Kalkül ist nahezu unverzeihlich, weil die Erfahrung des Winterfeldzuges für eine hohe Entschlossenheit und Gewandtheit der griechischen Heeresleitung zeugte. Auch die smarte und rasche Art, wie man ihnen Saloniki vor der Nase wegschnappte, hätte den hochmütigen Bulgaren zu denken geben sollen.

Im ganzen genommen, ist der Feldzug von ihnen schlecht eingeleitet und schlecht geführt worden; hoffnungslos aber wurde er, als die Rumänen eingriffen. Ohne sie wäre der Kampf wahrscheinlich ohne endgültige Entscheidung an den alten bulgarischen Grenzen zum Stillstand gekommen, und die allgemeine Erschöpfung hätte dem zwecklosen Morden ein schließliches Ziel gesetzt. Nun ist Bulgarien so gebeugt, wie wohl noch nie ein Land nach glänzenden Siegen; noch nie wohl ist einem meteorgleichen Aufstieg so rascher Fall gefolgt! Des alten Aeschylus Erfahrung wird aufs neue bestätigt:

— „daß nicht zu hoch der Mensch das
Haupt erhebe!

Blühender Uebermut trägt schon die Aehre
Der Schuld, zu tränenreicher Ernte reif!“

Das arme, vielgeprüfte Volk, für das ein Menschenopfer von angeblich 100 000 blühenden Leben einen ungeheuren Aderlaß bedeutet (als ob Deutschland im Feldzuge von 1870 die Zahl von einer Million Männer verloren hätte!), hat nur den einen Trost und die eine Hoffnung, daß für die Großmächte seine Erhaltung eine Notwendigkeit bedeutet. Ein Großserbien an seiner Stelle würde den sofortigen europäischen Krieg zur Folge haben. Bulgarien wird also verhältnismäßig gnädig davonkommen, mag vielleicht sogar Adrianopel wieder gewinnen — vielleicht! Aber der Traum von seiner Vormachtstellung auf dem Balkan ist ausgeträumt; und diese Enttäuschung wird am besten Marke des Landes zehren und es zu einer steten Quelle der Besorgnis für Europa machen. Erst jetzt wird die Lage auf dem Balkan wirklich bedrohlich, gerade weil an einen Balkanbund nicht mehr zu denken ist. Und weil alles von neuem in Frage gestellt ist! Wer kann die Türken anklagen, nachdem die Bulgaren mit so schlechtem Beispiel vorangegangen sind? Und wer schließlich die Bulgaren verurteilen, da ja die Großmächte Europas einig immer nur in der Negative, in der Passivität waren. Der Ehrgeiz des kleinen Landes ist durch die eine klare

Erkenntnis auf falsche Bahnen gelenkt worden, daß es von den Großmächten nichts zu fürchten habe, weil diese selbst sofort in den schwersten Zwist geraten wären, wenn sich eine von ihnen zu einer positiven Tat entschlossen hätte. In dieser mangelnden Einheit des politischen Ziels liegt ein beunruhigendes Symptom für die nächste Zukunft.

Offener Brief an Seine Excellenz den Generalleutnant z. D. von Reichenau in Düsseldorf.

Sehr geehrte Excellenz!

In einem am 27. Juli im „Tag“ erschienenen Leitartikel über „die qualitative Seite der Heeresverstärkung“ schreiben Sie einige ausgezeichnete Worte über die Gefahren eines heutigen Krieges: „Täuschen wir uns nicht“, so sagen Sie in Ihrem fachmännischen Aufsätze, „über den Ernst der Lage! Mehr wie der 30 jährige Krieg würde jetzt ein Krieg von nur 30 Wochen die Kultur eines Landes zurückwerfen, in dessen Grenzen der Kampf sich abspielte, dessen Felder von den Millionenheeren zerstampft, dessen industrielle Produktion lahmgelegt, und dessen bewegliche Werte vom Gegner in Anspruch genommen würden. Je höher der Kulturwert eines Landes gestiegen und je größer sein Besitzstand ist, desto schwerer lastet die Faust des Krieges auf ihm, wenn es unterliegt.“

Nun muß jeder Klardenkende zugeben, daß die Besiegung Deutschlands in einem Kriege, so wenig wahrscheinlich sie sein mag, doch immerhin nicht ganz ausgeschlossen ist und daß daher der wahre Patriot dahin streben muß, seinem Vaterlande einen Krieg zu ersparen. Ist es uns also möglich, wenn auch in langer ununterbrochener Arbeit, dahin zu gelangen, daß Kriege zum wenigsten seltener werden, dann haben wir, wie auch einmal Zorn betont hat, unserem Lande einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

Die Schlußfolgerungen, die nun Eure Excellenz aus dem bisherigen Resultate ziehen, sind nun allein die, daß wir nach besten Kräften gerüstet sein müssen. Sie bedauern von diesem Standpunkt aus mit vollem Rechte, daß wir so viele „Krüppel und solche unter uns haben, deren seelische Schwungkraft flügelahm geworden ist“.

Gegen Ihre Forderung möglichst tüchtiger Wehrhaftmachung will ich mich an dieser Stelle keinen Augenblick wenden. Man kann ihr sogar mit gewissen Modifikationen von pazifistischer Seite aus zustimmen. Was ich aber in Ihrem Aufsätze nicht für richtig halten kann, ist dies:

Sie reden von der „Naturnotwendigkeit des Krieges“. Sie berufen sich dabei vielleicht

auf die Vergangenheit, die meines Erachtens gar nichts beweist; denn die Menschheit befindet sich in einer steten Entwicklung, und Sklaverei, Hexenzauber und Inquisition sind auch von uns überwunden worden. Aber vor allem sollte Ihnen doch die Geschichte der jüngsten Balkankriege gezeigt haben, daß wirklich nicht alle Kriege notwendig sind. Als Staatsmann des zu Boden geschmetterten Bulgariens hätten gewiß auch Sie ein Nachgeben für besser erachtet. Und die Geschichte der deutsch-französischen Krisen in den letzten Jahren beweist deutlich, wie viele Kriege tatsächlich vermieden worden sind, die — wären sie geführt worden — von ihnen wohl als Naturnotwendigkeit bezeichnet worden wären.

Immerhin läßt sich doch nicht eine so heiß umstrittene Frage, ob der Krieg eine Naturnotwendigkeit ist, kurzerhand für immer als bejaht hinstellen und nunmehr daraus die Schlußfolgerung ziehen, die Pazifisten jagten Utopien nach. Es handelt sich bei der Frage von der Naturnotwendigkeit des Krieges um ein höchst schwieriges und wissenschaftliches Problem, das viel zu heilig ist, als daß man darüber mit Leichtigkeit hinweghuschen könnte.

Wenn nun (wie zahlreiche angesehene Männer, auch hohe Offiziere a. D., — denn auch Admiräle und Generäle sind unter den Führern der Pazifisten und im Verband für internationale Verständigung — behaupten) die Naturnotwendigkeit des Krieges keineswegs feststeht, dürfte es dann wohl richtig sein, eine so hochwichtige Menschheitsfrage mit einem Achselzucken beiseite zu schieben? Die Pazifisten erklären, daß der Krieg nur ein Produkt der bisherigen Entwicklung ist und mit der Organisation der Staaten, mit der immer größeren Abhängigkeit der Völker verschwinden wird und zwar umso schneller, je mehr wir diese Organisation fördern. Das ist freilich nicht das Werk einiger Monate und Jahre, sondern erfordert jahrzehntelange treue Arbeit und jene seelische Schwungkraft, die nach Ihrer Meinung den Pazifisten fehlen soll. Wie eigenartig, daß Sie die seelische Schwungkraft nur dem zugestehen, der auf Ihr Programm schwört!

Nein, Excellenz, die seelische Schwungkraft ist nicht nur bei denen, die im Feuer der Schlachten für ein ihnen hohes Ideal standhalten. Auch denen kommt sie zu, die für die hohen und letzten Ziele der Menschheit trotz des Unverstandes der Mitwelt eintreten, die für ihren Glauben und ihre Ueberzeugung ebenso tapfer den Tod erleiden würden wie die Helden auf dem Schlachtfelde.

Sie sagten schließlich, der Balkankrieg habe gezeigt, daß alle Beschwörungen um des lieben Friedens und der Menschlichkeit willen sich als wirkungslos erwiesen. Diese Ausführungen zeigen, daß Ihnen unbekannt ist,

was wir Pazifisten wollen. Wir können ja gar nicht an einem Tage die bisherige Entwicklung verändern und deshalb entmutigen uns neue Kriege nicht, sondern es folgt daraus für uns nur die Notwendigkeit, immer eifriger an dem Ziele der großen juristischen Organisation der Menschheit zu arbeiten. Wer allerdings die Früchte seines Strebens in wenigen Augenblicken erleben will, der soll nicht zu uns kommen. Denn die gewaltige Tat, die wir erstreben, erfordert zähen Idealismus.

Wenn daher Eure Excellenz in Ihren interessanten „Tag“-Artikeln von Voraussetzungen ausgehen wollten, die dem Wesen der Friedensbewegung gerecht würden, so dürfte das vielleicht im Interesse einer Klärung der hochbedeutsamen Frage liegen.

Euer Excellenz sehr ergebener

Dr. jur. Hans Wehberg, (Düsseldorf).

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Die Republik Mexiko und die Vereinigten Staaten. — Der neue Friedensvorschlag des Staatssekretärs Bryan. — Die Vereinigten Staaten und Nicaragua. — Der japanisch-amerikanische Streitfall. — Robert Bacons Besuch der südamerikanischen Republiken.

24. Juli 1913.

Die öffentliche Meinung beschäftigten in den letzten Wochen hauptsächlich die Beziehungen zwischen der Republik Mexiko und den Vereinigten Staaten. Es erscheint unmöglich, autoritative Informationen über die Ereignisse in Mexiko zu erhalten. Die empfangenen Nachrichten sind widersprechend. Soviel scheint aber festzustehen, daß sich die mexikanische Regierung in einer sehr prekären Situation befindet, und daß die Anhänger der Verfassung, die Gegner der jetzigen Regierung sind, wahrscheinlich die Majorität bilden. Die Regierung der Vereinigten Staaten wurde dringend aufgefordert, die durch den vorläufigen Präsidenten Huerta angeführte Regierung anzuerkennen; es verlautet aber, daß Präsident Wilson nicht nur dieser Aufforderung nicht nachkommen, sondern auch veranlassen will, daß die Ausfuhr von Waffen nach allen Teilen Mexikos verboten werde. Eine Intervention durch die Vereinigten Staaten ist nicht möglich. Ein Vorschlag, der Beifall fand, ging dahin, die Vereinigten Staaten möchten in Verbindung mit den größeren Republiken Latein-Amerikas, wie Argentinien und Brasilien, in Mexiko intervenieren und die Wahl eines neuen konstitutionellen Präsidenten sichern. Die Verhältnisse in Mexiko scheinen schlimmer zu werden, und die Ausländer haben große materielle Verluste und vereinzelt auch Menschenleben zu beklagen. Die finanzielle Lage ist trostlos, und es ist sicher, daß die Verantwortlichkeit

der Vereinigten Staaten irgendeine Aktion in sehr kurzer Zeit notwendig machen wird. Der amerikanische Gesandte Henry Lane Wilson ist nach Washington zu einer Konferenz berufen worden und wird diese Woche erwartet. Präsident Wilson und Staatsrat John Bassett Moore haben alle Phasen der Situation sorgfältig untersucht, und nach Ankunft des Gesandten Wilson wird wahrscheinlich eine Entscheidung über die zu verfolgende Politik getroffen werden.

Staatssekretär Bryan teilt mit, daß von den 39 Regierungen, denen sein Friedensplan vorlag, 20 geantwortet, ihr Interesse dafür ausgedrückt und weitere Details verlangt haben. Der Plan wurde etwas geändert, aber der endgültige Vorschlag, dem Präsident Wilson zustimmte und der den 39 Nationen unterbreitet wurde, enthält die folgende Bestimmung: daß alle Streitfragen, ohne jede Ausnahme, nach dem Versagen der diplomatischen Aktion einer internationalen Kommission unterbreitet werden sollen, und daß weder der Krieg erklärt noch die Feindseligkeiten eröffnet werden dürfen, bevor diese Kommission ihren Bericht erstattet hat. Es wird vorgeschlagen, ein Jahr für die Untersuchung einzuräumen. Diese internationale Kommission soll aus fünf Mitgliedern gebildet werden; jede Regierung soll einen ihrer Staatsbürger und einen fremden Staatsangehörigen wählen; alle fünf Mitglieder sollen von beiden Regierungen anerkannt werden.

Dieser Plan wird die Vereinigten Staaten veranlassen, der Frage auf Aufrechterhaltung des Status quo während der Untersuchungszeit näherzutreten. Es wird versuchsweise vorgeschlagen, alle Staaten, die diesen Vertrag abschließen, zu verpflichten, einer Erhaltung des Status quo ihrer Flotte und ihrer Armee während der Untersuchung beizustimmen, es sei denn, daß die eine oder die andere Partei von einer dritten Seite bedroht werde. In diesem Falle müßte die sich bedroht fühlende Partei der anderen vertrauliche Mitteilung davon machen, wodurch ihre Verpflichtung, die Stärke ihrer Armee und Flotte unverändert zu erhalten, aufhören würde. Dadurch würde dann diese Verpflichtung auch für die andere Partei entfallen. Es geschieht zum erstenmal, daß eine große Nation den Vorschlag macht, Armee und Flotte auch vor einem drohenden Kriege nicht zu erhöhen. Wenn dieser von den großen Mächten angenommen wird, würde dadurch der Anfang zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung gegeben sein.*)

Kurz vor Schluß der Präsidentschaft Tafts wurde ein Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua abgeschlossen, der aber durch den Senat noch nicht bestätigt worden ist. Es war eine der nicht er-

*) Der erste Vertrag dieser Art mit Salvador ist bereits unterzeichnet worden. Fr. W.

ledigten Angelegenheiten, die der neue Präsident übernahm. Nun wird mitgeteilt, daß Staatssekretär Bryan auf Veranlassung des Gesandten von Nicaragua einer wichtigen Aenderung, die die Regierung von Nicaragua unter das Protektorat der Regierung der Vereinigten Staaten stellt, beigestimmt habe. Wenn beide Regierungen diesen Vertrag annehmen, wird Nicaragua ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten einen Krieg nicht erklären, keine Verträge mit fremden Regierungen abschließen können, die darauf ausgehen, ihre Selbständigkeit zu tangieren, und keine öffentliche Schuld kontrahieren, die über die gewöhnlichen, durch die Einnahmen bestimmten Hilfsquellen der Regierung hinausgeht. Es wird den Vereinigten Staaten das Recht zugestanden, zu jeder Zeit Vorkehrungen zu treffen, um die Selbständigkeit von Nicaragua zu bewahren oder Leben und Werte zu beschützen, ferner das Recht, einen Kanal durch Nicaragua zu bauen und eine 99jährige Pacht der Fonseca-bai und der zwei Inseln im Caribean zu erhalten, mit dem Vorrecht, diese Pacht, für die 3 000 000 Dollars in Gold an Nicaragua zu bezahlen wäre, zu erneuern.

Dieser vorgeschlagene Vertrag wird günstig beurteilt, und es ist wahrscheinlich, daß ihn der Senat sanktioniert und er in Kraft tritt. Die anderen Republiken Zentral-Amerikas kritisieren diesen Vorschlag hauptsächlich in bezug darauf, daß ähnliche Verträge mit diesen Staaten abgeschlossen werden sollten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte aber offiziell, daß sie sich nicht bemühen werde, ähnliche Verträge ins Leben zu rufen. Wenn andere Republiken gleiche Verträge eingehen wollen, müßten sie die Initiative ergreifen. Es wird angenommen, daß, sobald der Vertrag mit Nicaragua ratifiziert ist, der große Vorteil, der diesem Staate dadurch gesichert wird, auch andere Republiken Zentral-Amerikas veranlassen dürfte, ähnliche Verträge mit den Vereinigten Staaten abzuschließen.

Sehr spärlich sind die Nachrichten über den Fortschritt der Unterhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in bezug auf das Fremden-gesetz in Kalifornien. Es ist bekannt, daß am 16. Juli die zwei japanischen Protestnoten beantwortet wurden. Diese Antwort anerkennt die japanischen Reklamationen nicht, daß der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nicht eingehalten wurde, und versucht ferner, eine schiedsgerichtliche Lösung dieser Sache als nicht wünschenswert erscheinen zu lassen. Der erste Eindruck in Japan war ein ungünstiger, da es unverkennbar erschien, daß die Antwort dahin führen würde, die Diskussion dieser Frage ins unendliche zu verlängern. Das Verhalten der japanischen Regierung und einer Anzahl prominenter japanischer Persönlichkeiten, die nach den Vereinigten Staaten gesandt wurden, um dort die Bedingungen zu

erforschen und den Amerikanern eine genauere und bessere Kenntnis Japans zu vermitteln, war freundschaftlich und versöhnlich. Weil diese Frage nicht in kurzer Zeit erledigt werden kann, scheint deshalb die Gefahr einer Aenderung in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Regierungen ausgeschlossen. Es wird allgemein erkannt, daß nur in einem kleinen Teil Amerikas eine gewisse Bitterkeit gegen die Japaner vorherrscht, daß aber die Majorität ohne Vorurteil und ohne bösen Willen ist.

Für den Herbst wird ein Besuch der südamerikanischen Republiken durch Robert Bacon, ehemaligen Gesandten in Frankreich und früheren zweiten Staatssekretär, in Aussicht gestellt, der im Rahmen der „Carnegie Endowment for international peace“ zum Zwecke internationaler Verständigung erfolgen soll. Die Reise wird Bacon nach Argentinien, Brasilien, Uruguay, Chile, Bolivien, Peru, Ecuador, Venezuela und Panama führen.

❖ RANDGLOSSEN ❖ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

August 1913.

Vier Wochen lang hat der Beuteaufteilungskrieg auf dem Balkan gewütet, dann kam ein fünftägiger Waffenstillstand, schließlich der Antrag zu dessen dreitägiger Verlängerung. Es genügt also ein Entschluß, ein Befehl, und das unvermeidliche Elementarereignis „Krieg“ hört auf. Gibt das nicht zu denken? Für acht Tage kann man „Die Waffen nieder“ dekretieren, damit unterdessen Zeit und Muße ist, am grünen Tisch über Grenzdemarkationen zu verhandeln? Warum versucht man nicht einmal, ein solches Dekret für acht Monate, für acht Jahre — für immer — zu erlassen, um Zeit und Muße zu haben, durch Arbeit, Studium und Tat das Leben der Menschheit zu immer höherer Entfaltung zu bringen? Das gegenseitige Morden, Dörferanzünden, Augenausstechen, Brückensprengen, Leichengiftverbreiten ist doch wirklich keine sehr zweckentsprechende Methode. Selbst auf den Schlachtfeldern versagt sie schon und bringt keine Entscheidung mehr. Früher galt doch erobertes Gebiet als unbestreitbares Eigentum: jetzt rücken die Sieger irgendwo hinein und müssen auf Grund von Abmachungen Unbeteiligter wieder hinausrücken. Die Soldaten erkämpfen, die Diplomaten erfeilschen die Verteilung des Er kämpften, und schließlich kommen noch die Mächte und „überprüfen“ das Erfeilschte.

Und nach welchem Grundsatz wird gekämpft, verhandelt, geprüft? Man sollte glauben, es gäbe da nur einen: Gerechtig-

keit. Das ist aber gerade das einzige Prinzip, das bislang niemals beachtet worden ist. — Seit Urzeiten hieß es Gewalt und Macht. Die Bemühung, an Stelle dieser beiden Recht und Billigkeit zu setzen, die führt den Namen Pazifismus, und es ist ihr ja schon gelungen, sichtbare und wirksame Organe in die Erscheinung zu rufen. Das Haager Tribunal steht da. Aber unfertig. Noch kann es von den Liebhabern der Macht und der Gewalt unbeachtet bleiben. In jüngster Zeit ist im politischen Felde ein neuer Fetisch aufgetaucht: Gleichgewicht. Schlagworte sind wie Moden; sie verbreiten sich mit derselben Raschheit, sie erfreuen sich derselben Beliebtheit und sie drängen sich mit derselben Tyrannei auf, wie — neue Hutformen oder ein neuer Gesellschaftstanz. Das durch den Balkankrieg verschobene Gleichgewicht der europäischen Allianzen diene als Begründung der deutschen Milliardenwehrevorlage und der darauf folgenden dreijährigen Dienstzeit in Frankreich; das mangelnde Gleichgewicht zwischen den Balkanverbündeten zwang sie, sich zu zerzanken und sich zu zerfleischen; Rumänien konnte kein Uebergewicht der Bulgaren dulden und rückte mit 500.000 Mann dagegen aus, war aber sofort bereit, falls Bulgariens Gegner ein Uebergewicht gewannen, auch gegen diese sich zu kehren. Die patriotische Begeisterung der Rumänen hätte sich heute in Haß gegen die Bulgaren, morgen gegen die Serben und Griechen äußern müssen, je nach den Erfordernissen des Gleichgewichts. Alle Verhandlungen über Grenzregulierungen berufen sich auf das Gleichgewichtsbedürfnis. Der König von Griechenland in seiner Proklamation, die Delegierten auf der Bukarester Konferenz, alle gebrauchen sie das Zauberwort. Sogar im französischen Senat bei der Verhandlung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit führte General Pau unter allgemeinem Beifall aus: „Es genügt nicht, stark zu sein, wir müssen auch dem Gegner Respekt vor unserer Kraft einflößen. Dazu ist notwendig, aus unserer militärischen Organisation jedes dem Gleichgewicht der Kräfte widersprechende Prinzip auszuschalten. Anders handeln, hieße den Gegner in Versuchung führen.“ Um recht sicher zu ruhen — das hat man uns schon lange gelehrt —, müssen die Staaten sich auf Bajonette setzen; und um sich in dieser bequemen Stellung zu erhalten, müssen sie — das ist die neueste Errungenschaft — eine Balancierstange handhaben.

Der zweite Balkankrieg — nämlich der Beuteverteilungskrieg zwischen den Siegern des ersten — ist zu Ende. Am 7. August verkündete die europäische Presse den „Frieden von Bukarest“ und jubelte, daß nun die Welt von dem Alp dieses fürchterlichen Krieges befreit ist, und die Gefahr einer europäischen Konflagration nicht mehr droht.

Nicht dieser Krieg war ein Alp, sondern der Krieg als Institution lastet schwer auf der menschlichen Gesellschaft, und die Gefahr eines europäischen Brandes ist so lange nicht behoben, als die beiden Mächtegruppen sich nicht zusammenschließen. Nicht der „Frieden von Bukarest“ bringt irgendwelche Bürgerschaft oder Erlösung, wohl aber kann der Verlauf des Balkankrieges dem übrigen Europa den Anstoß geben, sich zu diesem rettenden Zusammenschluß aufzuraffen. Auf der kleinen Halbinsel standen sich eine Million und zweimalhunderttausend Soldaten gegenüber und die addierten Ziffern der Toten — ohne die Ermordeten und die Opfer der Cholera und anderer Epidemien dazuzurechnen — ergeben die Zahl 350 000. Die finanziellen Kosten betragen fünf Milliarden.*) Ich möchte den Mathematikern des Gleichgewichts raten, einmal statt der Balancierstange eine Wage und eine Rechentafel zur Hand zu nehmen und folgende Abwägungen und Berechnungen vorzunehmen: 1. Wie verhalten sich die gegebenen Verluste zu den durch den ganzen Feldzug erreichten Gewinnen? 2. Was hätten jene Länder mit den geopfert Menschenkräften unter Anwendung der geopfert Geldkraft an Kulturfortschritten erreichen können? 3. Wie hoch würden sich die Verluste beziffern, wenn statt der kleinen Balkanstaaten die europäischen Großmächte miteinander Krieg führten?

Uebrigens ist der ganze „Balkanfrieden“ ziemlich prekär. Er wurde aus purer Erschöpfung geschlossen. Bulgarien in seiner Not, bedrängt von fünf Feinden, muß alle diktierten Bedingungen annehmen, tut es aber unter dem Vorbehalt, daß es auf eine Revision der Mächte oder auf eine künftige Revanche hofft. Versöhnung, Verbindung liegt da nicht vor, sondern ein durch gegenseitiges Gemetzel und gegenseitige Verleumdung gesäter ungeheurer Haß. Zudem ist noch eine große ungelöste Komplikation da: Die totgeglaubten Türken sind wieder in Adrianopel einmarschiert und die türkische Armee schwört, daß sie freiwillig die heilige Stätte nicht wieder hergeben wird. Und vom Standpunkte des Kriegsrechts hat sie ganz recht. Jetzt kommt noch die Frage der ägäischen Inseln dazu, und außerdem das unfertige neugeschaffene Albanien, über dessen Südgrenzung und Thronbesetzung man sich in London noch wird die Köpfe zerbrechen muß. Ueberhaupt, der Sonderbarkeiten und der Nochniedagewesenheiten bietet die ganze

*) Diese Ziffern sind der Schätzung eines Correspondenten des „Corrière della sera“ entnommen, der sämtliche Balkanschlachtfelder besucht hat. Die 500 000 Mann starke mobilisierte Armee Rumäniens ist nicht eingerechnet, da sie ja nur einen widerstandslosen Spaziergang gemacht hat.

Balkanwirrnis eine Fülle. Diese Spontangeburt eines selbständigen Kulturstaates aus einem blutrache-treibenden Bergvolke heraus; dann dieses andere Novum und Unikum: der Einmarsch einer halben Million Bewaffneter ins Nachbarland, wobei es zu keinem Schuß und zu keinem Schwertstreich kommt, weil der Ueberfallene gar keine Verteidigung versucht. Die grausame Invasion (denn grausam ist es doch, einem schon halbtot am Wege Liegenden fünfmalhunderttausend Pistolen an die Brust zu setzen: „den Streifen Turtukaja bis Baltschik oder das Leben“) endet mit einem Depeschenwechsel zwischen Zar Ferdinand und König Carol, worin der letztere von den langjährigen guten Beziehungen spricht, die durch die letzten Ereignisse „ungetrübt geblieben sind“. Man muß sich an die Stirne greifen und fragen: Ist das alles ein Kapitel Weltgeschichte oder ein Operettentext?



Die Rubrik „Greuelthaten“ ist in den letzten Wochen dieses Krieges wieder ungeheuer vermehrt und von den Angeschuldigten heftig dementiert worden. Da bliebe immer noch eine Masse gegenseitiger Verleumdungsgreuel übrig. Aber die Kriegsgeschichte aller Zeiten und aller Länder zeigt, daß Verwüstungen, Verstümmelungen, Plünderungen, Mordbrennereien usw. die unausbleiblichen Begleiterscheinungen der Schlachten sind. C'est la guerre. Da hilft kein Leugnen: Hier einige Muster der gegenseitigen Anklagen: „Sofia, 21. Juli. Der Kommandeur der zweiten Armee meldet: Die Serben haben die Stadt Radowischta in Brand gesteckt und die Bevölkerung niedergemetzelt. Die bulgarischen Dörfer (folgen sieben Namen) sind von den Griechen zerstört worden. Ein Teil der Bevölkerung ist mit den Bulgaren zurückgezogen. Alle diejenigen, die nicht rechtzeitig flohen, sind von den Griechen niedergemacht worden oder verbrannt.“ — „Saloniki, 24. Juli. Von der Bevölkerung von Doxato, angesichts der mit vier Feldgeschützen herannahenden Bulgaren, waren etwa 100 Einwohner zurückgeblieben, die sich in ihren Häusern einschlossen. Sie sahen sich den ärgsten Ausschreitungen der bulgarischen Truppen preisgegeben. Frauen, Kinder und Greise wurden schonungslos massakriert, die Frauen geschändet und Säuglinge von den Soldaten auf die Bajonette gespießt oder durchs Fenster auf die Straße geworfen. Auch Offiziere beteiligten sich an den Greuelthaten sowie Zivilbeamte, darunter der Friedensrichter Bassow und der Polizeichef Pristow.“ Dieser vom griechischen Preßbureau veröffentlichte Bericht scheint mir als ein Muster der Verleumdungsmethode gelten zu können; die bajonettgespißten Kinder klingen mir doch zu unglaubwürdig und mahnen an die Kriegsszenen mittelalterlicher Holzschnitte. Dagegen kann doch der fol-

gende Bericht über das Ergebnis der Untersuchung des österreichisch-ungarischen und italienischen Konsuls in Saloniki nicht als eine tendenziöse Erfindung gelten: „19. Juli. Die bulgarischen Truppen verließen Serres auf die Meldung von der Niederlage der bulgarischen Streitkräfte bei Lahara. Sie kehrten dann aber auf die Höhen vor der Stadt zurück und begannen, ohne jeden Anlaß, wohl wissend, daß kein griechischer Soldat in Serres anwesend war, die Stadt zu beschließen. Mehrere Abteilungen mit Offizieren, auch viele Komitatschis, drangen in die Stadt ein und begannen mit Brandlegung und Gemetzel. Man erkannte mehrere Offiziere. Ganz besonders betätigte sich der Sekretär des Generals Bulkow.“ Zum Schluß sei noch die Depesche festgehalten, die der König von Griechenland an das Ministerium des Aeußern nach Athen gerichtet hat: „Das Hauptquartier der 6. Division meldet: Bulgarische Soldaten haben auf Befehl ihres Hauptmannes den Metropolit von Demir Hissar, zwei Priester und mehr als hundert Notabeln in den Hof der Schule geführt und dort getötet. Bulgarische Soldaten haben zu gleicher Zeit zwei Mädchen geschändet. Ein Mädchen, das Widerstand leistete, wurde grausam ermordet. Protestieren Sie in meinem Namen bei den Vertretern der zivilisierten Mächte gegen diese Unholde in Menschengestalt; protestieren Sie auch bei der ganzen zivilisierten Welt und erklären Sie, daß ich mich zu meinem Bedauern gezwungen sehen werde, Rache zu üben, um den Unholden Schrecken einzuflößen und sie zur Besinnung zu bringen, bevor sie wieder ähnliche Verbrechen begehen. Die Bulgaren übertreffen alle Greuel der vergangenen barbarischen Zeiten und beweisen, daß sie kein Recht mehr haben, sich unter die zivilisierten Völker zu rechnen. König Konstantin.“

Dieses Recht, Ew. Majestät, hat keines der zeitgenössischen Völker, solange diese die barbarische Institution des Krieges beibehalten, solange man, um Unholden Schrecken einzuflößen, sich gezwungen sieht, anzukündigen, daß man selber — um Rache zu üben — als Unhold auftreten will. Rache für Taten, die vielleicht auch Rache waren, und die auch wieder Rache hervorrufen wird, und so ins Unendliche. Wo ist das erste und wo das letzte Glied dieser unseligen Kette?



Barbarisierung der Luft. Eine Depesche vom 29. Juli aus New York meldet, daß der Flieger Masson über dem Hafen Guogmas eine Bombe warf, wodurch das mexikanische Kanonenboot „Tambico“ zerstört wurde. Die Nachricht ist weder verblüffend, noch ist sie bestätigt. Das Barbarische liegt in dem Kommentar, den der fachmännische Mitarbeiter der „Presse“ an die Mitteilung knüpft. „Die Kriegsgeschichte hat ein wichtiges Ereignis zu verzeichnen,“ so beginnt der zwei

Spalten lange Artikel. Nun wird in die Zukunft geblickt: „In allen Armeen gibt es bereits ein ganzes Arsenal von Geschossen und Abwurfsvorrichtungen, um der Gefechtsfähigkeit von Luftfahrzeugen, die bisher auf Nachrichtendienst beschränkt war, ein neues Gebiet zu eröffnen. In einem künftigen Kriege werden die Luftfahrzeuge schwere, mit hochexplosiblen Präparaten gefüllte Bomben, Handgranaten und Brandgeschosse an Bord führen und der kriegerische Zerstörungs- und Vernichtungsakt wird noch ungeheurere Erscheinungsformen annehmen. Kriegshäfen und Festungen, Munitionsmagazine werden das Ziel feindlicher Aeroplane sein.“ Und so weiter — die Beschreibung der entsetzlichen Wirkungen geht eine Zeitlang so fort und nun kommt die Schlußfolgerung. Man erwartet etwas wie den Vorschlag, daß die nächste Haager Konferenz wieder das Verbot des Bombenwerfens aus Luftfahrzeugen erneuern solle, oder doch eine Betrachtung, daß dies nicht so fortgehen könne . . . aber im soldatischen Denkapparat vollziehen sich die Schlüsse in ganz anderer Weise: „Wir haben heute kein besseres Abwehrmittel gegen Bombenwurf aus Flugzeugen, als die Bekämpfung der feindlichen Aeroplane durch eigene Flugmaschinen. Eine reichliche Dotierung der Flotten und Kriegshäfen mit Flugmaschinen gibt die Möglichkeit, ähnliche Resultate zu erzielen, wie der Amerikaner Masson.“ Kurz, die Moral ist: „wir brauchen, dringend und massenhaft, armierte Flieger“. Und schöne Damen veranstalten Blumentage zugunsten unserer Luftflotte.

Der durch die Enthüllungen des Abgeordneten Liebknecht notwendig gewordene Krupp-Prozeß ist geführt worden. Zuerst sollte dies mit Ausschluß der Öffentlichkeit geschehen. Der Prozeß wurde dennoch öffentlich, aber er wurde daneben geführt. Was aufgedeckt werden sollte: die große internationale, mit Milliarden-Interessen die ganze Welt umspannende Zusammenarbeit von Waffenindustrie in hohen und höchsten Kreisen, das hat sich im Gerichtssaal in das Vergehen einiger subalternen Angestellter verwandelt, die über belanglose Fabrikationsdetails ein paar indiskrete Aufschlüsse gegeben hätten. Die eigentliche, unheimliche Frage von der Verbindung der Kriegsfurchtmache mit der Kriegswerkzeugs-Industrie — die ist gar nicht zur Sprache gekommen.

Die Lage auf dem Balkan (während ich dieses schreibe) ist noch gar nicht geklärt. Die Türken in Adrianopel bereiten den „Mächten“ eine arge Verlegenheit. Zur Durchsetzung ihres Willens — nämlich, daß die Londoner Abmachung respektiert werde — haben sie keine Handhabe. Europa, das embryonale Europa, dessen Herz man ja

schon schlagen sieht, in dessen Gehirn schon ein Wille erwacht ist — hat noch keine Organe. Auf dem Programm des diesjährigen Friedenskongresses steht ein Punkt, dessen hohe Wichtigkeit durch die gegenwärtige Lage deutlich illustriert wird: Die Sanktion einer internationalen Polizei. Was jeder Rechtsstaat braucht, um seine Urteilsprüche den Staatsangehörigen gegenüber geltend zu machen: Die Gendarmerie im Hintergrund; das wird auch die Rechtsgemeinschaft der verbündeten Staaten brauchen. Alles das kommt langsam, aber es kommt. Die kranke Welt will genesen. Die Gesundheitsmittel sind entdeckt: Wasser, Luft und Licht sind die Elemente der physischen — Recht, Freiheit und Wohlwollen der politischen Hygiene.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

13. Juli. In Paris veranstalten die Sozialisten zum drittenmal eine Massenkundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit.

14. Juli. In seinem dritten Friedensvorschlag befürwortet Staatssekretär Bryan während der Dauer der Untersuchung völkerrechtlicher Streitigkeiten die Erhaltung der Armee und Flotte beider Parteien auf dem Status quo. Die Verpflichtung soll aber aufhören, wenn eine der beiden Parteien von einer dritten Macht bedroht wird.

16. Juli. Der französische Ministerpräsident Barthelemy tritt für den Bau eines Tunnels zwischen England und Frankreich ein.

17. Juli. Oesterreich-Ungarn kündigt eine neuerliche Erhöhung des Rekrutenstandes an.

19. Juli. Die französische Deputiertenkammer hat das Gesetz über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angenommen.

21. Juli. Beim internationalen Bergarbeiterkongress in Karlsbad schlägt Präsident Smillie von der britischen Bergarbeiterkonföderation vor, bei einem drohenden Kriege einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, der über Massnahmen zur Kriegsabwehrung beschliessen solle.

22. Juli. In einer in Birmingham gehaltenen Rede führt Premierminister Asquith aus, dass die Mächte ihr Möglichstes tun, um die Gegner zur Abhaltung einer Friedenskonferenz zu bewegen.

23. Juli. Lehrer Gustav Huhtala, Präsident des finnländischen Friedensvereines, gestorben.

27. Juli. Der König von Spanien in London.

29. Juli. Staatsminister Asser im Haag gestorben.

30. Juli. Zusammentritt der Friedenskonferenz der Balkanstaaten in Bukarest.

31. Juli. Beginn eines fünftägigen Waffenstillstandes zwischen den Balkanstaaten.

31. Juli. In Gegenwart des Kaisers und des Königs Haakon von Norwegen findet die feierliche Enthüllung der vom Kaiser den Norwegern gestifteten Frithjofstatue statt.

Ende Juli. Deutsche Lehrer werden von der Lehrervereinigung des Seine-Departements eingeladen, einer Generalversammlung beizuwohnen, wo sie von ihren französischen Kollegen auf das lebhafteste begrüßt werden. Der Präsident des französischen Lehrer-Vereins hebt in seiner Begrüßungsrede hervor, dass die Lehrer zu beiden Seiten der Grenze viel für die Sache des Friedens tun und diesen fördern können.

Ende Juli. Auf dem Pariser Weltkongress für freies Christentum sprechen deutsche, französische, englische und amerikanische Geistliche zugunsten des Weltfriedens.

1. August. Senator d'Estournelles de Constant protestiert im französischen Senat gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit.

3. August. In Bregenz findet aus Anlass der internationalen Zusammenkunft der Sozialisten der Bodenseestaaten eine imposante Friedenskundgebung statt.

4. August. Der Waffenstillstand wird um drei Tage verlängert.

7. August. Der Präliminarfrieden zwischen den Balkanstaaten wird in Bukarest unterzeichnet.

8. August. In London tagt ein internationaler medizinischer Kongress.

DAVS DER ZEIT

Völkerrecht.

Haager Schiedshof. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 28. August siedelt das Bureau des Haager ständigen Schiedshofes in den Friedenspalast über. Bei der Feier, die in Gegenwart der Königin von Holland, Carnegies, des Verwaltungsrats und der Mitglieder des Schiedshofes stattfindet, wird Jonkheer van Karnebeek, Vizepräsident der ersten Haager Konferenz und Vorsitzender der Carnegiefriedenspalaststiftung, die Festrede halten und darauf das Gebäude dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats, dem holländischen Minister des Auswärtigen, übergeben.

Es ist wahrscheinlich, daß mehrere mit den Balkandifferenzen zusammenhängende Streitfälle im Haag entschieden werden. So hat der Ausschuß der Pariser internationalen Finanzkonferenz für die Entschädigungsforderungen der Kriegführenden angeblich eine Verständigung zustande gebracht, daß die Forderungen der Balkanstaaten für die von der türkischen Regierung beschlagnahmten Schiffe, (es kommen vor allem griechische in Betracht) dem Haager Hofe unterbreitet werden sollen.

Nach einer neueren Meldung vom 3. August haben Portugal einerseits und Frankreich, England und Spanien andererseits die Entscheidung der Reklamationen betreffs der Kongregationsgüter in Portugal dem Haager Hofe unterbreitet. Es ist dies der zweite Streit um geistliche Güter, der im Haag erledigt werden wird. Portugal hat sich damit zum ersten Male an den Haager Hof gewandt. Dagegen tritt Frank-

reich bereits zum siebenten Male und England zum sechsten Male vor dem Haager Hof auf.

Bezüglich der kalifornischen Frage besteht noch keine Hoffnung, daß sie schiedsrichterlich erledigt wird. Bryan hat in seiner letzten Note an Japan erklärt, er könne auf eine Ueberweisung an das Haager Schiedsgericht nicht eingehen. Uebrigens würde eine für Japan günstige Entscheidung dieses Tribunals deshalb kaum durchführbar sein, weil die Regierung in Washington die Einzelstaaten nicht zum Gehorsam zwingen könne. Japan müsse sich an die amerikanischen Gerichte wenden. Die japanische Regierung ist naturgemäß von dieser Antwort unbefriedigt.

Die Panamakanalfrage wird noch immer durch die Diplomaten verhandelt.

Der frühere Generalsekretär des Bureaus des Haager Schiedshofes, Baron Ruysenaers, der bei den vier ersten Prozessen des Schiedshofes fungierte, ist im Juli 1913 im Haag gestorben. Er war zuletzt Mitglied des Verwaltungsrates der Carnegiefriedenspalaststiftung.

Verschiedenes.

Das Elend des Balkankrieges. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der „Kölnischen Zeitung“ lasen wir kürzlich folgendes Inserat:

„Zirka 3000 künstliche Gliedmaßen für eine kriegführende Regierung sofort gesucht. Offerten von nur leistungsfähigen Fabriken an Dr. Richard Mauch in Köln.“

Dazu bemerkt die Braunschweigische Landeszeitung mit Recht: Hinter diesen Zeilen steht die schreckliche Phalanx von 3000 zerschossenen Männern, und sie werden mit einer Geschäftsmäßigkeit veröffentlicht, als sollte die Lieferung von Erbswurst und Speck vergeben werden. Da wäre es doch schon besser, man „rüstete“ schon zu Friedenszeiten auch in künstlichen Gliedmaßen.

Festgaben zur Einweihung des Haager Friedenspalastes.

Außer den beiden im Inseratenteile dieser Nummer angezeigten Festschriften zur Einweihung des Haager Friedenspalastes verdient noch eine ausgezeichnete Denkschrift der holländischen Gesellschaft „Vrede door Recht“ besondere Erwähnung, die in mehreren Sprachen bei Belinfante frères im Haag erscheinen soll. In ihr hat auch Asser die letzte Arbeit seines Lebens veröffentlicht. Außerdem arbeiten u. a. mit: de Beaufort, de Louter, Lammasch, Oppenheim, Stein, La Fontaine, Fried, Strupp, Wehberg, Eckstein, Heath, Lange, Bajer und Carnegie. Sie wird auch eine Reihe Abbildungen bringen. Wir weisen auf dieses hochinteressante Werk hin.

Oesterreichliche Kommission für die Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz.

In Oesterreich ist nunmehr ebenfalls nach dem Vorbilde Dänemarks, Frankreichs, Norwegens, der Niederlande und Schwedens eine nationale Kommission zur Vorbereitung der dritten Friedenskonferenz gebildet worden. Sie besteht aus Baron v. Macchio, Sektionschef im Ministerium des Aeußeren, Professor Heinrich Lammasch, Ritter von Weil, Sektionschef im Ministerium des Aeußeren und Baron Hold v. Ferneck. Die drei ersten waren Delegierte der zweiten Haager Konferenz, der letzte war Delegierter zur Londoner Seekriegskonferenz. Die Kommission soll durch die Ernennung eines fünften Mitgliedes ergänzt werden. In der Festschrift der „Zeitschrift für Völkerrecht“ zur Einweilung des Friedenspalastes wird Nippold eine hochbedeutsame Uebersicht über die Vorarbeiten zur dritten Friedenskonferenz geben.

Die 18. Interparlamentarische Konferenz :: :: :: ::
findet vom 3. bis 5. September im Haag statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Themen: Rechte und Pflichten der neutralen Staaten bei Seekriegen: Abg. van Houten (früherer niederländischer Minister des Innern); Vereinheitlichung des internationalen Briefportos: Abg. Prof. Eickhoff; Mitarbeit der Union Interparlamentaire bei internationalen Werken: Abg. Louis Franck (Belgien). Unter den geselligen Veranstaltungen befindet sich u. a. eine Besichtigung des Friedenspalastes im Haag. Aus Deutschland werden teilnehmen: die Abgeordneten Prof. Eickhoff, J. Fegter, Prof. Neumann-Hofer, Dr. Struve, Hoff, der Sekretär der deutschen Gruppe Geheimrat Jungheim, der frühere Abgeordnete Dr. Schepp und viele andere.

Der „ewige“ Friede. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
Der erste Artikel des Londoner Präliminar-Friedens vom 31. Mai zwischen der Türkei und den Balkanstaaten, der diesem überaus grausamen Krieg ein Ende setzt, hat folgenden Wortlaut:

„Von der Auswechslung der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages an wird Friede und Freundschaft bestehen zwischen Sr. Majestät dem türkischen Sultan einerseits und Ihren Majestäten den verbündeten Souveränen andererseits, sowie zwischen ihren Erben und Nachfolgern, ihren Staaten und Bevölkerungen auf ewige Zeiten.“

„Auf ewige Zeiten.“ Diese Phrase hat die Diplomatie ohne Erröten aufgenommen und unterzeichnet. Das ist jenes Ideal des „ewigen Friedens“, das lauten Spott verdient. Wo sitzen die Utopisten? —

Kurze Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
Am 10. Juli starb in Tokio der hervorragende japanische Diplomat Graf Hayashi, der

erste japanische Delegierte zur ersten Haager Friedenskonferenz. — Am 23. Juli starb der Präsident des finnländischen Friedensvereins Lehrer Gustav Huhtala. Er war rednerisch und schriftstellerisch in hervorragendem Maße für die Bewegung tätig gewesen. — Der bekannte amerikanische Professor an der Wisconsin-Universität, Paul S. Reinsch, ist zum Gesandten in China ernannt worden. — Anlässlich der diesjährigen Tagung des Völkerrechtinstituts in Oxford wurden zu Ehrendoktoren ernannt: v. Bar (Göttingen), Clunet (Paris), Fusinato (Rom), Nys (Brüssel), und Elihu Root (Washington). Auch Lammasch war die Ehre zugebracht. Doch hinderte ihn leichte Krankheit am Erscheinen.

LITERATUR V. PRESSE*

Besprechungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
Der deutsche Chauvinismus. Von Professor Dr. Otfried Nippold. Stuttgart, W. Kohlhammer, 1913, 130 S. Heft 9 der „Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung“. Preis 1 Mark, für Mitglieder des Verbandes kostenlos.

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns ein Werk zugesandt, das infolge seines hoch interessanten Themas und seiner besonders überzeugenden Beweiskraft außerordentliches Aufsehen erregen wird. Nippold zeigt an einer unendlichen Fülle von Beispielen, wie stark und gefährlich der gewissenlose Chauvinismus in Deutschland geworden ist, und daß man rechtzeitig vorbeugen muß, soll daraus kein schwerer Schaden entstehen. Die große politische Gefahr, die von dieser Seite dem Weltfrieden droht, wird nachgewiesen und an alle Einsichtigen die Mahnung gerichtet, diese Strömung zu bekämpfen.

Wenn so hochangesehene Blätter wie die Kölnische Zeitung immerfort auf den Chauvinismus im Auslande aufmerksam machen, so zeigt ihnen das vorliegende Werk, daß wir Deutsche vor allem den Balken im eigenen Auge sehen sollen. Man wird fortan erkennen, daß der Chauvinismus in allen Ländern zu Hause ist und in allen Ländern beseitigt werden muß.

Wer das vorliegende Werk zur Hand nimmt, wird erstaunt sein, wie weit das gewissenlose Treiben berufsmäßiger Hetzer in Deutschland ausgeübt wird. Eine ganz neue Seite des Hochverrats — denn was ist dieser Chauvinismus anders! — wird hier aufgedeckt. Alle Hüter der wahren Grundlagen des modernen Staatswesens sollten dem

* Die bibliographischen Notizen mußten aus Raumangel zurückgestellt werden.

anarchistischen Treiben des Chauvinismus machtvoll entgegenzutreten und dieses Gift am Leibe der Völker ausrotten.

Die Aufmerksamkeit der Regierungen wie der Völker wird sich daher bald diesem Werke, dessen nähere Besprechung vorbehalten bleibt, zuwenden. Wir machen daher alle dringend auf diese Neuerscheinung aufmerksam!

Loreburn,
Capture at sea, VI u. 179 S., London,
Methuen & Co.

Die Zahl derer, die in England für die Beseitigung des Seebeuterechts eintreten, wird immer größer. Namentlich die Arbeit von Macdonell, des Londoner Professors, die seinerzeit auch hier (1911, S. 155) kurz besprochen wurde, ist in dieser Hinsicht sehr bemerkenswert. Auch die deutsch-englische Verständigungskonferenz hat sich kürzlich mit diesem Probleme nach einem interessanten Berichte Eickhoffs befaßt. Kein Wunder, daß sogar die Carnegiefriedensstiftung einen französischen Juristen, Staatsanwalt Dumas, damit beauftragt hat, ein Werk über die ökonomischen Wirkungen des Seebeuterechts zu schreiben, das demnächst erscheinen dürfte.

Das Werk Loreburns ist nun ein erneuter Verstoß von englischer Seite gegen das alte Raubrecht der Seebeute. Verfasser, früherer Lordkanzler, weist eingehend nach, daß gerade England durch die Anwendung des Seebeuterechts besonders geschädigt werden würde. Aber er geht noch weiter. Auch gegen die Konterbande erklärt er sich und nimmt den Antrag Englands auf der zweiten Haager Konferenz wieder auf, Waren der Konterbande genau so zu behandeln wie anderes Privateigentum. Sodann wendet er sich gegen die Blockade, die er nur gestatten will, um eine Landbelagerung zu unterstützen oder um die seeseitige Versorgung von Truppen mit Lebensmitteln und sonstigen Vorräten zu verhindern. Auch mit der Beibehaltung der Minen ist er keineswegs einverstanden, und macht radikale Vorschläge, die nicht weit von der Forderung des völligen Verbotes entfernt sind.

Das Buch Loreburns verdient ernsteste Beachtung und wird zweifellos die gute Position derer stärken, die im Interesse der Humanität und des modernen Zieles des Krieges einer Abschaffung des Beuterechts zur See das Wort reden. Es ist mit überzeugender Logik geschrieben und hebt die realen Gesichtspunkte scharf hervor. Es wird alle, die für die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege kämpfen, mit neuem Mute und neuer Begeisterung erfüllen.

Wir wünschen, daß das Buch bald ins Deutsche übersetzt wird.

Lange,
Annuaire de l'Union Interparlementaire, 3. année, 1913, Misch & Thron, XXVII u. 291 S., Preis 5 Fr.

Das Jahrbuch der Interparlamentarischen Union ist in seiner Art mustergültig und legt nicht nur ein treffliches Zeugnis ab von dem Wachstum und den Arbeiten der Union, sondern auch von dem Fortschritte der Schieds-

gerichtsbarkeit und der internationalen Organisation. Das Buch ist vorläufig noch das einzige, woraus man sich z. B. über die nationalen Komitees zur Vorbereitung der dritten Haager Konferenz informieren kann. In der Einleitung befinden sich zwei Biographien von Lassy und Beernaert aus der Feder von d'Estournelles und Houzeau de Lehaie, mit den Bildern der beiden Vorkämpfer geschmückt. Aus dem reichen Inhalt sei noch hervorgehoben: eine Uebersicht über die Ratifikationen der Abkommen der zweiten Haager Konferenzen, über die neuesten Schiedsfälle und die Beschlüsse der neuesten internationalen Völkerrechts- und Friedenskonferenzen.

Dr. Max Landmann,
Weltstaat und Weltfrieden, Leipzig,
Bruno Volger, 39 S. Preis 60 Pfg.

Die vorliegende Schrift erscheint verfehlt. Der Verfasser befürwortet nichts weniger als einen Weltbundesstaat, der durch einen Staatsvertrag der Mächte eins zwei drei geschaffen werden soll. Derartige Schriften schädigen nur die Bewegung, weil sie eine unrichtige Anschauung über das Wesen und die Methode des Pazifismus verbreiten.

Felix Meyer,
Das Weltwechselrecht, Leipzig,
A. Deichertsche Verlagbuchhandlung, 1909,
I. Band VI u. 757 S., II. Band 434 S.
Preis 29 M.

Felix Meyer,
Das Weltscheckrecht, Berlin, Franz
Vahlen, 1913, I. Band X u. 568 S., II. Band
IV u. 426 S., Preis 31 M.

An den erstaunlichen Fortschritten, die in neuester Zeit das Weltverkehrsrecht gemacht hat, geht auch die Friedensbewegung nicht teilnahmslos vorüber. Denn die großartigen Kodifikationsbestrebungen auf diesem Gebiete bringen die Völker außerordentlich näher und beweisen, wie stark die gegenseitige Abhängigkeit aller untereinander ist. So ist es auch ganz berechtigt, daß gerade dem neuesten Entwurf über ein internationales Wechselrecht von seiten des Pazifismus ein ganz außerordentliches Verständnis entgegengebracht wird. Wir finden denn auch sowohl in dem Jahrbuch der Interparlamentarischen Union, wie in dem holländischen Friedensjahrbuche „Grotius“ den Entwurf eines internationalen Wechselrechts besprochen. Zu denen, die seit Jahren auf diesem Gebiete planmäßig gearbeitet, die Aufmerksamkeit der Völker und Regierungen geschärft, die Einzelheiten der Probleme selbst vertieft haben, gehört in allererster Linie der Kammergerichtsrat Felix Meyer in Berlin, der Begründer und erste Vorsitzende der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Man darf, wenn man seine Verdienste richtig würdigen will, nicht nur auf diese mehr als 2000 Druckseiten umfassenden Werke blicken, sondern muß über die emsige Tätigkeit dieses Gelehrten im Dienste der Propaganda seiner Ideen informiert sein. In aller Herren Länder hat Meyer für ein Weltwechselrecht gearbeitet. Wenn man die Geschichte des Haager Wechselrechtsentwurfes schreibt, so wird der Name Felix Meyer an erster

Stelle genannt werden müssen. Darum hat denn auch der Vorsitzende der Wechselrechtskonferenzen bei der Eröffnung der Verhandlungen Meyers Verdienste besonders gedacht und man hätte billigerweise erwarten dürfen, daß Meyer von der deutschen Regierung nach dem Haag delegiert worden wäre.

Meyers Bücher sind sehr praktisch angeordnet. In den ersten Bänden beider Arbeiten gibt er eine vergleichende Darstellung des geltenden Rechts, um in den zweiten Bänden seinen eigenen Entwurf niederzulegen. In der Tat ist die Haager Konferenz dem Vorbilde Meyers in allen entscheidenden Punkten gefolgt, und wo sie dies nicht getan hat, z. B. in der Moratorienfrage, ist sie fehlgegangen.

Meyer wird voraussichtlich als drittes Werk auf dem Wege zur Vereinheitlichung des Privatrechts ein Buch über den Handelskauf und die einheitliche Regelung desselben bei allen Völkern schreiben. Auch dies wird gewiß ein Meisterwerk werden.

Inzwischen ist Meyer bei der Vertiefung des materiellen Rechts nicht stehen geblieben, sondern hat auch bereits weitschauenden Blicks einen Weltwechselgerichtshof befürwortet. (Vgl. Deutsche Revue, Mai 1913.) Hier nähern sich die Arbeitsgebiete Meyers mit denen der Friedensbewegung und des Völkerrechts noch viel mehr. Denn dieser Weltwechselgerichtshof dürfte wahrscheinlich als eine Kammer des Weltgerichts errichtet werden, das von uns in erster Linie erstrebt wird. Die Schwierigkeiten zur Schaffung eines solchen Tribunals für die Erledigung der Streitigkeiten des Wechselrechts sind nach Meyers Meinung nicht unüberwindlich.

Wir lenken die Aufmerksamkeit aller für die internationale Verständigung eintretenden Kreise auf die gewaltige und tiefgründige Gedankenarbeit, die Felix Meyer bereits seit Jahrzehnten im Dienste der Völkerverständigung und der Vereinheitlichung des Rechts leistet. Nur zähe Ausdauer und helle Begeisterung konnte ihn immer wieder dazu bringen, das Verständnis für die großen von ihm vertretenen Ideen zu wecken, die erst neuerdings weite Kreise in ihren Bann gezogen haben.

Oppenheim, *International law*, second edition, vol. II. London, Longmans, Green and Co., 1912, 711 S.

Das Oppenheimsche Werk ist wohl die beste englische Darstellung des geltenden Rechts. Der erste Band ist bereits früher angezeigt worden. Auch in dem zweiten Bande erkennen wir die fortschrittliche Gesinnung und die Gründlichkeit des Verfassers, der namentlich in der Beherrschung der ausländischen Literatur unübertrefflich ist. Gerade die Engländer ignorieren bei ihren Arbeiten die Literatur anderer Völker allzusehr.

Die schiedsrichterlichen Probleme hätte Oppenheim vielleicht eingehender behandeln können; dafür hätte sich die kriegsrechtliche Darstellung kürzen lassen. Aber dem vorsichtig abwägenden Autor erschien es noch nicht gut, mit der herrschenden Ansicht in dieser Hinsicht zu brechen. Wir haben bereits an dem v. Lisztschen Werke dasselbe ausgesetzt.

August van Daehne van Varick, *Bijdrage tot de Geschiedenis der Oostersche Kwestie*, Dissertation, Utrecht, 1869, 153 S.

Dieses Erstlingswerk des bekannten holländischen Völkerrechtsjuristen verdient gerade in den Tagen der Balkankriege wieder der Vergessenheit entrissen zu werden. Der Autor zeigt darin schon seine große Belesenheit und seinen bestechenden Stil. Welch lange Zeit liegt zwischen dem Erscheinen dieser Arbeit und seiner neuesten Schrift „La révolution et la question d'orient“ (1911), in dem Daehne die Vertreibung der Türken aus Europa und die Wiedergewinnung des Heiligen Landes predigt!

Otfried Nippold, *Vorfragen des Völkerrechts*, Separatabdruck aus „Jahrbuch des Oeffentlichen Recht“, Band VII, 1913, S. 20 bis 48, Verlag von J. C. B. Mohr in Tübingen.

Von Nippold etwas zu lesen, ist immer von höchstem Interesse, besonders wenn es sich um so wichtige Probleme wie in dem vorliegenden Aufsatz handelt. Nippolds Stil ist in bezug auf Klarheit und Verständlichkeit mustergültig und daher erklärt sich wohl auch die außerordentliche Verbreitung, die Nippolds Schriften auch in den Kreisen der Nichtjuristen gefunden haben. Der vorliegende Aufsatz ist ein gekürzter Vorabdruck aus Nippolds monumentalem Werke über die dritte Haager Konferenz, das 1914 erscheinen soll. Nippold setzt sich zunächst mit den Leugnern des Völkerrechts auseinander und bekämpft deren Meinung sehr geschickt. „Die Vertreter des Völkerrechts vor allem werden sich auch durch die jüngsten Ereignisse nicht in der Ueberzeugung irre machen lassen, daß im Haag wirklich etwas Großes und Unvergängliches geschaffen worden ist, das nur noch des weiteren Ausbaues harret und dessen Früchte daher erst allmählich reifen können.“ Mit schönen Worten weist er dann auf die Pflicht der Völkerrechtswissenschaft hin, Rechtsverletzungen im Staatenleben nicht zu entschuldigen, sondern festzustellen. Die offene Aussprache über das, was völkerrechtsgemäß erlaubt sei, ist nach Nippolds Worten der beste Weg, um die Leugner zum Schweigen zu bringen. Außer den Leugnern des Völkerrechts sind nach Nippold diejenigen auf einer falschen Bahn, die sich der Erkenntnis verschließen, daß man an der Fortbildung des Völkerrechts mitarbeiten muß.

Nippold berührt nun in seinem wertvollen Aufsatz auch das Verhältnis der Völkerrechtswissenschaft zum Pazifismus, und meint, man könne das ganze Problem der Fortbildung des völkerrechtlichen Verfahrens auch erörtern, ohne des Wortes Krieg auch nur Erwähnung zu tun. An diesem Standpunkte hält Nippold auch heute noch fest. „Die Aufgaben, die die Völkerrechtswissenschaft zu lösen hat, und diejenigen, die der Pazifismus lösen will, sind keineswegs identisch. — Meine Bücher wollen keine pazifistischen Propagandaschriften sein. — Die Völkerrechtswissenschaft hat die Aufgabe, allen Erscheinungen des internationalen Lebens nachzugehen und ihnen mit möglichster Objektivität gerecht zu werden. Sie darf sich

weder auf den Standpunkt eines einseitigen Nationalismus noch eines einseitigen Pazifismus stellen, der alle Probleme des internationalen staatlichen Lebens lediglich vom Standpunkte der Friedenserhaltung aus lösen will. — Dieser prinzipielle Standpunkt der Völkerrechtswissenschaft mußte hier festgestellt werden, weil Wehberg kürzlich (Friedenswarte 1912, S. 326) den Satz aufgestellt hat, die deutsche Völkerrechtswissenschaft werde pazifistisch sein oder sie werde nicht sein.“ Ich glaube, daß Nippold und ich im Grunde einig sind. Ich habe die Völkerrechtswissenschaft keineswegs in den Dienst der Friedenspropaganda stellen wollen. Mit dem Worte pazifistisch deutete ich nur an, daß das Völkerrecht nach Kräften dem hohen Ziele zustreben soll, die zwischenstaatlichen Beziehungen immer mehr rechtlich zu gestalten. Der Krieg ist die Verneinung des Rechts, wie noch kürzlich Piloty erklärt hat, und die Völkerrechtswissenschaft, die nicht ihr ein und alles darin setzt, den Krieg durch rechtliche Methoden der Streiterledigung zu beseitigen, würde ihre Aufgabe verkennen. Dabei bleibe ich und befinde mich nicht nur im Einverständnis mit Schücking, sondern auch mit anderen hochangesehenen Völkerrechtslehrern, die mir geschrieben haben, der pazifistische Standpunkt sei der einzig richtige im Völkerrecht.

Man kann gewiß aus taktischen Gründen dem Pazifismus fernbleiben; aber diese taktischen Gründe können für mich vom Standpunkte der Wissenschaft aus nicht maßgebend sein. Faßt man den Pazifismus richtig auf, dann ist er selbst eine Wissenschaft und unterscheidet sich eben als solche von der rein einseitigen Friedenspropaganda. Ein Teil dieser pazifistischen Wissenschaft bildet das Völkerrecht.

Nippold meint, daß der Pazifismus schlecht abkommen würde, wenn man an ihn denselben Maßstab wie an das Völkerrecht legen wollte. Es ist aber doch zwischen Friedenspropagandaschriften und der wissenschaftlichen Literatur des Pazifismus eines Fried, Novicow zu unterscheiden.

Nippold nimmt sodann zu den Ausführungen Schückings in seinem Werke „Der Staatenverband der Haager Konferenzen“ Stellung und lehnt es ab, in dem Haager Friedensabkommen den Keim eines Weltstaatenbundes zu erblicken. Recht interessant ist, was Nippold über die Frage sagt, ob die künftige Entwicklung des Völkerrechts überhaupt auf eine politische Organisation der Staatenwelt hinausläuft. Er zweifelt daran und führt aus: „Es wird vielleicht, wenn das Haager Werk erstarkt, einmal gelingen, der internationalen Rechtsordnung ein solches Ansehen und solche Kraft zu verleihen, daß die Staaten der politischen Sonderbündnisse nicht mehr bedürfen werden, daß sie aber ebensowenig das Bedürfnis empfinden werden, sich zu einer Staatenverbindung, wie es der Staatenbund ist, zusammenzutun, sondern wo die souveränen Staaten in einer freien Rechtsgemeinschaft miteinander leben werden, die auf der Erkenntnis ihrer wahren solidarischen Interessen beruht und die daher irgendwelche politischen

Verträge zwischen einzelnen oder allen unter ihnen als entbehrlich erscheinen läßt.“ Dieses Problem bedarf wohl in der Tat noch einer sehr genauen Prüfung, und es ist höchst dankenswert, daß Nippold diese andere Alternative so scharf betont. Vorläufig möchte ich mich aber der Schückingschen Ansicht nach wie vor anschließen.

Man sieht: Die Arbeit Nippolds enthält eine Fülle interessanter Probleme und läßt den Wert des späteren Hauptwerkes ahnen.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I., Spiegelgasse 4.

XX. Weltfriedenskongreß im Haag.

Dieser Kongreß, der wie schon berichtet vom 18. bis 23. August im Haag abgehalten wird, verspricht einer der interessantesten zu werden, dafür bürgen die Namen der bedeutendsten Pazifisten, die im Programm vermerkt sind.

Unsere Gesellschaft wird durch nachstehende Persönlichkeiten vertreten sein: Baronin Bertha v. Suttner, Dr. Alfred H. Fried, Benedikt Kosian, Arthur Müller, Schriftsteller, Dr. Heinrich Maschler, Kommerzialrat Josef Weiß, Hofbuchhändler Hans Feller (Karlsbad), Frau Andrea Hofer-Proudfoot, Frau Dr. Paula Müller-Schubert und Sekretär Gustav Schuster.

Spende. Anlässlich eines Gartenfestes übersandte uns unser langjähriges Mitglied Frau Revierförster Kubik in Zebus (Böhmen) eine Spende von 10 Kronen.

Lehrertag in Gablonz.

Auf diesem Lehrertage tat ein Redner folgenden Ausspruch: „Die Lehrer haben viele Mittel; wehe, wenn sie sich den Friedensbestrebungen hingeben; wenn sie in der Schule bei der Besprechung der Kriege nicht von Kampf und Mut und Siegeserzählen, sondern von zeretzten Menschenleibern und den Tränen der Mütter und Waisen!“

Wir würden die Sache gar nicht so fürchterlich finden und bei genauem Nachdenken müßte sich der Redner selbst sagen, daß eine allgemeine Antipathie gegen den Rüstungswahnsinn eine Herabminderung der Kriegsfürsorgekosten bedeuten würde, was denn wieder für andere Gebiete z. B. für die Gehaltsregulierung der Lehrerschaft von Vorteil sein könnte. Der betreffende Herr Lehrer dürfte keine Ahnung haben, wie viele seiner Kollegen mit uns eines Sinnes sind. Sollte er Aufklärungen über die Friedensidee wünschen, wir würden sie ihm kostenlos zusenden.



September 1913.

Die vitale Frage.

Zur Montreal-Rede des Lord-Kanzlers Haldane.

In der Eröffnungsansprache, die Nicolas Murray Butler, der bekannte Präsident der Columbia-Universität, am 15. Mai 1912 als Vorsitzender der Lake Mohonk-Konferenz gehalten hat*), sagte er unter anderem:

Die wirklich vitale Frage ist die, ob die Zeit jetzt gekommen ist, und wenn nicht, was wir tun können, um ihr Kommen zu beschleunigen, wo Rassen und Nationen in der Lage sein werden, aufzuhören mit dem gegenseitigen Berauben und gegenseitigen Bedrücken und miteinander leben als Mitglieder einer zivilisierten Welt. Mit anderen Worten, die vitale Frage ist die, wie weit die Grundprinzipien der Moral, die wir als Individuen so eifrig bekennen, auch in unserer korporativen Eigenschaft Besitz von uns ergriffen haben.“

Mit dieser „vitalen Frage“ hat sich eingehend der englische Lordkanzler, Viscount Haldane, befaßt, als er Ende August im Auftrage des Königs in Montreal einen Kongreß amerikanischer und kanadischer Juristen begrüßte.

Auf diese Rede, die mir eine der bedeutendsten Dokumente unserer Zeit zu sein scheint, nicht nur, weil sie nachträglich als eine offizielle Kundgebung der Regierung Großbritanniens bezeichnet wurde, sondern auch, weil sie im Geiste der

pazifistischen Weltbewegung gesprochen wurde, ist es notwendig, hier des näheren einzugehen.

Viscount Haldane, der zu Juristen sprach, ging von der Bedeutung der Jurisprudenz für das Staatsleben aus. Er betonte, wie sehr die Entwicklung der Vereinigten Staaten, Kanadas und Großbritanniens gerade von hervorragenden Juristen beeinflußt wurde und wies anschließend darauf hin, daß dennoch das Gesetz nur den kleinsten Teil jenes Vorschriften-Systems bildet, das das Verhalten des Staatsbürgers bedingt. In viel höherem Grade ist dies das Sittlichkeitsbewußtsein des einzelnen. Von dieser Feststellung gelangte Haldane zu dem Kernpunkt seiner Ausführungen durch die von ihm aufgeworfene Frage: „Wenn dies innerhalb der Staaten so ist, könnte es nicht auch zwischen den Staaten so sein? Können nicht Staaten eine Gruppe oder eine Gemeinschaft unter sich bilden, innerhalb welcher die Gewohnheit, gemeinsamen Idealen zuzustreben, so stark anwachsen könnte, daß sich ein gemeinsamer Wille daraus entwickelt, so daß sich durch die verbindende Macht dieser Ideale eine zuverlässige Sanktion für ihre gegenseitigen Verpflichtungen bildet?“

Die günstigen Anzeichen, die zur Bejahung dieser Frage führen, setzte Haldane im weiteren Verlauf seiner Rede auseinander. Er sagte:

„Die Welt ist anscheinend noch weit entfernt von der Abschaffung der Rüstungen und des Krieges. Doch sind Anzeichen vorhanden, daß bei den besten Menschen der besten Völker allmählich das

*) Die Rede erschien auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Der internationale Geist“, Stuttgart 1912. W. Kohlhammer. Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung. Heft 1.

Verlangen nachläßt, in einer lediglich von egoistischen Forderungen erfüllten Welt zu leben und bei jeder Gelegenheit das Dictum „Alles eins, ob Recht oder Unrecht, es ist mein Vaterland“, zu verkünden. Die Grausamkeiten des Krieges sind gemildert worden, und wenn die Praxis auch der Theorie nicht immer entspricht, so begegnet der große Grundsatz, daß die Staaten ihren Nachbarn gegenüber Pflichten sowohl wie Rechte haben, keinerlei ernstere Widerlegung. Dies aber ist der Geist, der sich mit der Zeit zu einer vollen internationalen Sittlichkeit entwickeln dürfte.“

Auf die verschiedenen europäischen Gruppensysteme näher eingehend, wies Haldane auf die letzten Ereignisse in Europa hin. „Die Weise,“ fuhr er fort, „in der die Großmächte zur Erhaltung des Friedens zusammengewirkt haben, als ob sie eine Gemeinschaft bildeten, deutet auf die ethischen Möglichkeiten des Gruppensystems hin, das deshalb eines ernsten Studiums der Staatsmänner wie der Gelehrten wohl wert wäre. Jene Sittlichkeit, die sich zwischen den Völkern oder zwischen einer nur locker verbundenen Gruppe entwickeln kann, scheint mir eine Sanktion für internationale Verpflichtungen in Aussicht zu stellen, die, soweit mir bekannt, bisher die Aufmerksamkeit in Verbindung mit dem Völkerrecht nicht auf sich gezogen hat.“

Diese letzte Bemerkung läßt erkennen, daß dem englischen Staatsmann, als er jene Rede hielt, die Äußerungen seines großen amerikanischen Kollegen, des ehemaligen Staatssekretärs Elihu Root, nicht bekannt waren, der in seiner denkwürdigen Rede vom Jahre 1908 über „Die Sanktion des internationalen Rechts“*) die gleiche Auffassung zum Ausdruck brachte. Auch er führt den Gedanken aus, daß das sittliche Verhalten der Bürger im Staate nicht in erster Linie durch das Gesetz bewirkt wird. „Es ist ein Irrtum,“ heißt es dort, „zu behaupten, daß die Sanktion, welche den Gesetzen des Staates die Befolgung sichert, ausschließlich oder hauptsächlich in den Bußen oder Strafen besteht, welche vom Gesetz selber für seine Ver-

letzungen vorgesehen sind. Es sind nur Ausnahmefälle, in denen die Menschen vor dem Verbrechen zurückschrecken aus Furcht vor Geld- oder Gefängnisstrafe. In der großen Mehrzahl der Fälle scheuen die Menschen ein kriminelles Verhalten, weil sie in der Gemeinschaft, in der sie leben, nicht die öffentliche Beurteilung oder Schande erleiden wollen, welche auf eine Nichtachtung der Grundsätze des von dieser Gemeinschaft für ihre Mitglieder vorgeschriebenen Verhaltens folgen würden.“

Und auch Elihu Root gelangt von dieser Erkenntnis zu Schlüssen für die internationale Moral, indem er weiter ausführt: „Für die große Masse der Menschheit empfangen die von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffenen Gesetze ihre Wirksamkeit direkt durch die Macht der öffentlichen Meinung, welche als die Sanktion für ihre Urteile die Verweigerung alles dessen in der Hand hat, was die Menschen im Leben erstreben. Und die Regeln des Völkerrechts empfangen ihre Wirksamkeit durch ganz dieselbe Art von Sanktion, die allerdings weniger sicherer und gebieterisch, aber in beständigem Wachstum wirkungsvoller Kontrolle begriffen ist...“

Man sieht, hier ist der gleiche Gedanke ausgedrückt wie bei Haldane, und es ist daher nicht uninteressant, die Begründungen des Amerikaners weiter zu verfolgen: „Früher begnügte sich jede einzelne Nation,“ so fährt er fort, „mit ihrer eigenen Meinung von sich selber und war gleichgültig gegen die Meinung der anderen. Getrennt von allen anderen durch gegenseitige Unkenntnis und Mißbeurteilung zog sie nur die physische Macht der anderen Nationen in Betracht... Gegenwärtig jedoch kann man klar die Dauerwirkungen eines Entwicklungsprozesses erkennen, welcher der Isolierung der Nationen ein Ende macht. Indem er jedes Land mit besserer Erkenntnis und besserem Verständnis von jedem anderen Lande durchdringt und durch die ganze Welt die Kenntnis des Verhaltens jeder Regierung als eine Grundlage für Kritik und Urteil verbreitet, wird allmählich eine Gemeinschaft von Nationen geschaffen, in welcher Grundsätze des Verhaltens aufgestellt werden und eine weltweite öffentliche Meinung die Nationen in Übereinstimmung erhält oder wegen Mißachtung der festgestellten Grundsätze verurteilt... Es gibt zurzeit kein zivilisiertes Land, welches für diese gemein-

*) Präsidential-Ansprache vor der Amerikanischen Gesellschaft für Völkerrecht. Deutsche Übersetzung. Berlin 1908. Verlag von Bernhard Simjón Nf.

same Meinung nicht empfänglich ist, kein Land, welches gewillt ist, sich selber dem üblen Ruf auszusetzen, daß es in brutaler Weise auf seiner Macht besteht, anderen Ländern die Wohltat von anerkannten Regeln redlichen Verhaltens streitig zu machen. Die Ehrerbietung, welche dieser allgemeinen internationalen öffentlichen Meinung bezeugt wird, steht in geradem Verhältnis zu der Größe und der Zivilisationsstufe einer Nation... Nationale Hochachtung für die internationale öffentliche Meinung wird nicht lediglich von der Eigenliebe eingegeben, auch nicht bloß von dem Verlangen nach Zustimmung und guter Meinung der Menschheit. Zugrunde liegt dem Verlangen nach Zustimmung und der Scheu vor allgemeiner Verurteilung, bei den Nationen wie bei den Personen, ein tiefes Gefühl von Interesse, welches zum Teil auf der Erkenntnis beruht, daß die Menschheit ihre Meinung durch Verhalten unterstützt, und daß die Nichtübereinstimmung mit den Grundsätzen der Nationen Verurteilung und Isolierung bedeutet; zum anderen Teil auf der Erkenntnis, daß es bei dem Geben und Nehmen in internationalen Angelegenheiten für jede Nation besser ist, sich den Schutz des Rechtes zu sichern, indem man sich unterwirft, statt seiner Wohltaten verlustig zu gehen, indem man dasselbe ignoriert.

Man merkt die Uebereinstimmung. Beide Staatsmänner gehen von der Tatsache aus, daß im Innern der Staaten nicht die Gesetze, sondern in der Hauptsache das Streben nach Achtung seitens der Staatsgenossen die Ordnung garantieren, und sie kommen beide zu dem gleichen Schluß, daß dieses Streben nach der Achtung der anderen, sich auch auf die Beziehungen der Staaten zu übertragen beginnt und so zur Sanktion der zwischenstaatlichen Verpflichtungen wird, deren Gültigkeit von kurzichtigen Juristen und Staatsmännern wegen des fehlenden körperlichen Zwanges sehr oft überhaupt bestritten wurde. Was Haldane „Sittlichkeit“ im internationalen Verkehr und Root „nationale Hochachtung für die internationale öffentliche Meinung“ nennt, ist im Grunde genommen ein und dasselbe.

Diese hochbedeutsamen Äußerungen des englischen Lordkanzlers gewinnen nur noch an Bedeutung durch ihre Uebereinstimmung mit den Äußerungen eines der

hervorragendsten amerikanischen Staatsmänner. „Durch zweier Zeugen Mund wird allerwärts die Wahrheit kund,“ wie das deutsche Sprichwort lautet. Wir können die Skepsis, mit der, namentlich in den deutschsprechenden Ländern, die Rede Haldanes seitens der Presse begrüßt wurde, nicht teilen. Gewiß, die Vorgänge der letzten Zeit lassen diese Skepsis begreiflich erscheinen. Aber trotz der Vertragsbrüche, der skrupellosen Annexionen, der kriegerischen Ueberfälle ohne vorhergehende Kriegserklärung, der schändlichen Kriegsgreuel, von denen wir erfahren, weisen die übereinstimmenden Äußerungen der beiden Staatsmänner dennoch auf die Entwicklung zum Besseren hin.

Der Machiavellismus ist in der internationalen Politik noch lange nicht überwunden; aber daß er nicht mehr allein herrscht, daß die Erkenntnis anfängt, sich Bahn zu brechen, auch das moralische Handeln zeitige Vorteile, ist schon ein Erfolg. Und die Symptome dieser aufdämmenden Erkenntnis sind gar nicht zu übersehen; die Anzeichen mehren sich, daß die Staaten bestrebt sind, ihren moralischen Kredit in der Welt möglichst hochzuhalten. Man braucht nur zu beobachten, wie die Balkanstaaten bestrebt sind, die vorgekommenen Greuelthaten von sich abzuwälzen und den anderen zuzuschreiben, wie sie sich die Verantwortung für den zweiten Krieg einander zuzuschreiben suchen. Und waren sie nicht bedacht dem ersten Krieg, der sich als offener Raubkrieg darstellt, ein sittliches Motiv zugrunde zu legen, wonach sie ihn zur Befreiung ihrer angeblich bedrückten Religions- und Stammesgenossen unternahmen? Sind das nicht Symptome dafür, daß die internationale öffentliche Meinung bereits als Wert empfunden wird. Ja, selbst die bei unserer heutigen Diplomatie übliche Heuchelei scheint nur, so traurig sie an sich ist, ein Beweis für den Umschwung der Ideen zu sein. Ueberall suchen die Verantwortlichen die „böse Tat“ zu rechtfertigen, und wenn dies nicht angeht, doch zu verkleiden. Das ist verwerflich; aber in dieser Verwerflichkeit liegt der Beginn zu einem Wandel. Es beweist, daß die Sittlichkeit bereits ein Faktor in der Politik geworden ist, den man zwar zu umgehen bereit ist, mit dem man aber, solange es angeht, doch zu rechnen versucht. Und wenn die Völker erst reifer sein werden, wird es ihnen nicht schwer fallen nachzurechnen, wieviel ein gehaltener Ver-

trag in Mark und Pfennigen wert ist, und wie gut es ist, manchmal auf „Prestige“ und „Gloire“ weniger Gewicht zu legen, wie auf Vertragstreue und Verlässlichkeit, kurz auf jene Sittlichkeit, die Haldane und Root Platz greifen sehen in den internationalen Beziehungen.

Was für uns in Europa von hoher Bedeutung erscheint, das ist, daß es gerade in der angelsächsischen Welt Männer wie Haldane, Root und Butler gibt, die den Wert der internationalen Moral erkennen und ihn offen darzulegen unternehmen. Europäische Reden gleichstehender Persönlichkeiten lauten oft ganz anders. Aber wenn wir nach den Gründen forschen, finden wir die Erklärung und sehen auch wiederum ein Stück guter Hoffnung für den Fortschritt der Menschheit darin. Die angelsächsische Welt, weit über ein Viertel der gesamten Menschheit, hat eben den Krieg bereits überwunden. Ein Jahrhundert des Friedens liegt hinter ihr, eines Friedens, dessen Bruch diesen Hunderten von Millionen ebenso absurd erscheint wie ein Friedensbruch zwischen den Staaten des Deutschen Reiches den 65 Millionen dieses Verbandes erscheinen würde. Und dieser große Friedensherd erzeugt neue Kulturwerte, neue Kulturgedanken. Das zeigen uns die Reden dieser drei Angelsachsen, die wir hier zusammen ins Auge gefaßt haben. Die „Vitale Frage“ Butlers hat ihre Beantwortung gefunden. In dieser Welt der Gewalt haben dennoch die Grundprinzipien der Moral auch in unserer internationalen Gemeinschaft begonnen, von uns Besitz zu ergreifen. Nicht allgemein noch, aber zu einem großen Teil. Aber das ist eine Tatsache, die auch der Allgemeinheit zugute kommen muß. Es kann in der Welt nichts mehr geschehen, das seine Wirkung nicht auf die Gesamtheit erstreckt. Dazu hat die Isolierung der Staaten schon zu lange aufgehört. Das Mißtrauen eines einzelnen Staates zwingt alle anderen zum Rüsten und zum Ueberrüsten. Das Vertrauen, das sich auf einem Teile der Erdoberfläche ausbildet, diese Enklave des Friedens auf nur einem Teile des Globus, muß notwendigerweise auch auf die anderen Teile überschlagen. Die „Vitale Frage“ der Menschheit nach der Einführung der Sittlichkeit des innerstaatlichen Verkehrs auf ihre zwischenstaatlichen Beziehungen fängt an, sich zu lösen.

A. H. F.

Rund um den Friedenskongreß.

Fortschritte in der Kongreß-Organisation. — Noch abzustellende Mängel. — Die Gefahren des Dilettantismus. — Die Spezialisierung der Bewegung. — Die Lake-Mohonk-Konferenz als Beispiel. — Die kommenden internationalen Kongresse der Konziliations-Bewegung. — Die Presse über den Haager Kongreß. — Die alldeutsche Methode.

Die Haager Tage zeigten ein erfreuliches Bild des allgemeinen Aufstiegs, der wachsenden Bedeutung und Macht des Friedensgedankens in der Welt. Es ist dies eine Feststellung, die an sich genügt, den XX. Weltfriedenskongreß als ein bedeutendes Ereignis erscheinen zu lassen. Es würde erst kein näheres Eingehen auf die Arbeiten jener Tagung und ihre Ergebnisse vonnöten sein. Der außerordentlich starke Zustrom von Teilnehmern — es waren fast tausend erschienen, eine bisher nie erreichte Zahl —, die umfassende Internationalität des Kongresses, an dem 24 verschiedene Völkerschaften vertreten waren, die starke Beachtung, die er in der Weltpresse fand, die Teilnahme der niederländischen Regierung, zahlreicher im Haag beglaubigter diplomatischer Vertreter der europäischen Länder, der Stadtbehörden der Hauptstädte des Landes und — last not least — der Vertreter der Wissenschaft, all dies hat dazu beigetragen, diesen Erfolg zu zeitigen. Die Friedenskongresse sollen ja nicht, wie die ewig unbelehrbaren Gegner glauben oder glauben machen wollen, den Frieden unmittelbar einsetzen, ihn dekretieren, sondern lediglich die öffentliche Meinung ein wenig aufrütteln, die Geister schütteln und das Denken anregen. Tausendfältige Samenkörner sollen sie ausstreuen, um die Idee lebendig zu erhalten, ihr Dasein kundzugeben und ihr Wachstum zu fördern. Dies alles ist in den Haager Augusttagen in Fülle bewirkt worden. Und darum können wir hier mit Genugtuung von einem Erfolg des Kongresses sprechen.

Auf die Einzelheiten der Beratungen wird weiter unten von kundiger Feder besonders hingewiesen werden.

Mir erübrigt es sich hier nur, über einzelne Erscheinungen Betrachtungen anzuknüpfen und gewisse Vorgänge und Folgeerscheinungen zweckdienlich zu besprechen. Alljährlich nach unseren Kongressen wurde an dieser Stelle auf die Mängel ihrer Organisation hingewiesen und Klage geführt über gewisse Uebelstände. Nicht ohne Genugtuung kann jetzt hier festgestellt werden, daß der Haager Kongreß viele von den früher gerügten Mängeln abgelegt hat und in bezug auf Organisation einen Schritt zum Besseren bedeutete. Die unsinnig große Tagesordnung der früheren Kongresse wurde etwas gekürzt, die Zahl der Resolutionen vermin-

dert, der Redeschwall der Berufenen wie der Unberufenen zum Nutzen der Gesamtarbeit wohlthuend eingeschränkt. Die Kommissionen, die zum erstenmal vor dem Kongreß zusammentraten, konnten in Ruhe arbeiten und den Vollversammlungen wohl ausgearbeitete Vorschläge unterbreiten. Auch die vorherige Drucklegung des größten Teiles der Berichte kann als eine Förderung der Arbeit bezeichnet werden.

Trotzdem ist es angebracht, weiter Kritik zu üben; um so mehr, als man sieht, wie die unausgesetzte Kritik dem Werke nützlich ist, wenn man den Kritikern auch oftmals ihre wohlgemeinte Arbeit recht übel nimmt. So sagen wir es rund heraus: Der Haager Kongreß bezeichnete in Bezug auf die Organisation einen Fortschritt, bei weitem aber noch keine Lösung des Problems. Noch immer arbeiten die Kongresse nach Methoden, die in den Anfängen der Bewegung angebracht gewesen sein mochten, die aber heute, angesichts der ungeheuren Entwicklung des Pazifismus, im Hinblick auf das erhöhte Augenmerk, das den Kongreßarbeiten seitens einer weiten Oeffentlichkeit zuteil wird, grundlegend geändert werden müßten. Noch immer ist die Tagesordnung mit Beratungsstoff überladen, dessen Häufung verhindert, daß das Wichtige vom Unwichtigen geschieden wird, ja in der Regel dahin führt, daß die wirklich wichtigen und zeitgemäßen Fragen von der Masse des Minderwichtigen oder gar Unwichtigen in den Hintergrund gedrängt werden. Das französische Sprichwort: „*Qui trop embrasse mal étirent*“ trifft infolgedessen für unsere Kongresse noch immer zu. Noch immer wird ein mir stets unfafbar gebliebener Wert auf die Formulierung recht zahlreicher Resolutionen gelegt, wofür eine Menge Zeit für Wortklaubereien und Haarspaltereien verwendet wird, die wahrlich besser ausgenutzt werden könnte. Man tut so, als ob mit den Resolutionen Gesetze für alle Ewigkeiten festgelegt werden sollten, während diese im günstigsten Falle nur geschichtliche Belege für die zurzeit geltenden Anschauungen innerhalb der Bewegung bilden können.

Aber auch direkte Schädigungen der Bewegung treten durch die Ueberladung der Kongreß-Tagesordnung in Erscheinung. So wird namentlich durch die Behandlung von Problemen, die gar nicht in die Kompetenz des Kongresses fallen, jener Dilettantismus genährt, der den Gegnern eine bequeme Gelegenheit bietet, ihren Spott auszugießen. Der Friedenskongreß ist nicht nur kein europäischer Areopag, wie wir es im Vorjahre, anläßlich seiner beunruhigenden Stellungnahme zu innerpolitischen Angelegenheiten europäischer Staaten, hier zum Ausdruck brachten, er bildet auch kein wissenschaftliches Forum, das Gutachten abzugeben oder wissenschaftliche Probleme zu lösen berufen wäre. Er ist eben nicht

imstande, seine Teilnehmer zu wählen; seine Beratungen stehen allen offen, die guten Willens sind und mit den elementaren Grundsätzen der Friedenslehre übereinstimmen. Dies gibt ihnen aber noch nicht das Recht und noch weniger die Fähigkeit, in wissenschaftlichen Fachfragen bestimmend mitzuwirken. Der Kongreß kann Anregungen geben und Wünsche formulieren, die die Wissenschaft aufgreifen und weiter verfolgen vermag; er kann Tatsachen verkünden und seine Kritik daran üben; aber er ist nicht berechtigt, selbst wissenschaftliche Probleme in Angriff zu nehmen, zu bearbeiten oder zu begutachten. Auch die von ihm einzusetzenden Fach-Ausschüsse (Kommissionen) können da nicht fördernd einwirken, denn diesen Fach-Ausschüssen fehlt es in der Regel an Fachleuten. Wir haben im vorigen Jahr eine soziologische Kommission eingesetzt. Es fehlen ihr nur die Soziologen. Wir besitzen eine juristische Kommission, die sich vorwiegend mit Völkerrechts-Fragen befaßt. Die Mitglieder dieser Kommission mögen ausgezeichnete Rechtsanwälte oder Notare sein; aber zur Beurteilung von Völkerrechts-Fragen genügt dies noch nicht. So hätte der Kongreß bald die bedeutende Arbeit von Vollenhoven unter den Tisch geworfen. Dazu war er in keinem Falle befugt. Andererseits hat er keine Autorität, das von Arnaud vorgelegte Weltgesetzbuch zu beurteilen und mit seinem Placet versehen in die Oeffentlichkeit zu schicken.

Die Fachleute des Völkerrechtes haben ihre eigenen Institute und Kongresse, wo derartige Fragen mit Nutzen studiert, erörtert und begutachtet werden können. Warum weisen die Friedenskongresse diese Fachprobleme nicht dahin? — Dadurch könnte sofort eine Erleichterung der überbürdeten Tagesordnung erzielt werden.

Man darf eben nicht vergessen, daß die Entwicklung des Pazifismus eine eingehende Spezialisierung zur Folge hat. Aus dem Chaos der Bewegung organisierten sich die Sonderfächer heraus. Nicht nur das pazifistisch orientierte Völkerrecht hat seine eigenen Kongresse, auch die in der Richtung der Friedensidee wirkende Soziologie hat ihre nationalen und internationalen Veranstaltungen. In der Menschenökonomie und Eugenik sehen wir neue pazifistische Sonderfächer sich entwickeln, die dem Kriege vom biologischen Gesichtspunkt zu Leibe rücken. Neuerdings finden wir auch die Theologen bereit, auf Sonderwegen der Friedensidee zu dienen. Die internationale katholische Friedensorganisation, die Kongresse für liberales Christentum, die beginnende Organisation der deutschen Pastoren, all das sind erfreuliche Anzeichen dieser neuen Sonderbewegungen. Auch die Ausbildung einer eigenen Wissenschaft des Internationalismus mit ihren Kongressen und Einrichtungen ist als pazifistische Sonderbewegung anzusehen. Die besondere Organisation der Frauen im

Dienste des Pazifismus ist geplant. Auf die ältere Sonderbewegung der Parlamentarier, auf die neue der Verständigungsverbände, die mit bestimmt begrenztem Programm neue, bisher unzugängliche Kreise zu erreichen suchen, braucht nur hingewiesen zu werden. Und immer neue Sonderbewegungen sind voraus-zusehen. Das Buch Norman Angells und die zu erwartenden Ergebnisse der von der II. Abteilung der Carnegiestiftung angeregten Studien werden sicherlich eine wirtschafts-politische Sonderbewegung ins Leben rufen. Reif zur Loslösung von der allgemeinen Bewegung sind die Bestrebungen zur pazifisti-schen Erziehung der Jugend. Die Unterrichts-kommission des Weltfriedenkongresses bildet bereits einen kleinen Kongreß im Kongreß, und es wäre nur mit Freude zu begrüßen, wenn der erste pazifistisch-pädagogische Kongreß recht bald ins Leben treten würde.

Was hier festgestellt wird, weist nicht auf Zersplitterung hin, ist kein Zeichen des Ver-falls; es bedeutet vielmehr Entfaltung und kennzeichnet einen ungeheuren Aufstieg der Bewegung. Nur müssen die alten Organe der Bewegung dieser Entwicklung Rechnung tragen, sonst verlieren sie ihre Bedeutung, ja, sonst verkümmern sie. Der Weltfriedens-Kongreß ist in erster Linie dazu berufen, seine Methoden zu ändern, um angesichts der immer zahlreicher werdenden Sonderkongresse seine Stellung als zusammenfassende Ein-richtung zu behaupten. Er darf sich nicht mehr in Einzelfragen verlieren; er muß trachten, das Gesamtgebiet im Auge zu behalten. Aber nicht etwa so, daß er sich in alles hinein-mischt und schwierige Probleme breitspurig von Nichtfachleuten erörtern läßt, oder in Ermangelung der Zeit über wichtige Fragen eine ungeprüfte und oberflächliche Resolution in die Welt setzt. Vielmehr so, daß er für die wichtigsten Probleme, und für möglichst viele, alljährlich fachlich mit den Fragen vertraute Persönlichkeiten beauftragt, über den Stand der ein-zelnen Probleme kurze Vorträge zu halten. Seine daran zu knüpfenden Wünsche und Anregungen kann dann der Kon-greß in einer einzigen Resolution zusammen-fassen. Ich meine, daß das von der Lake-Mohonk-Konferenz gegebene Bei-spiel einfach Nachahmung finden müßte. Wenn der Weltfriedenskongreß, wie es dort geschieht, nur Fachleute zu Worte kommen läßt, die führenden Rechtsgelehrten, Diplo-maten neuer Schule, führende Pazifisten, Gelehrte der verschiedenen der Friedensidee nahestehende Disziplinen, bekannte Journalisten, Verständigungs-Techniker usw., dann wird er in der Oeffentlichkeit jene Beachtung finden, die ihm ge-bührt und die der Bewegung nottut. Dann wird er die ihm zufallende Aufgabe erfüllen. Wir brauchen die 100 Resolutionen nicht mehr, deren Wortlautfeststellung uns kostbare Zeit

raubt, ohne daß uns ein Nutzen daraus erwächst, wir brauchen die langatmigen De-batten nicht, bei denen jeder Outsider seine Ideen ablagern kann, noch weniger die oft über-eilten, noch öfter unzuständigen Beurteilungen. Was uns auf den Kongressen nottut, ist eine möglichst umfassende Aufrollung aller Vor-gänge der Bewegung, Berichte über ihre Ent-wicklung und Vertiefung. Wir sollen der Außenwelt eine Parade der pazifistischen Ar-beit vorführen und ihr den Umfang und die Richtung dieser Arbeit erkennbar machen.*)

Tun wir das, dann werden wir das alte Instrument der Weltfriedens-Kongresse den neuen Anforderungen der höher entwickelten Bewegung dienstbar machen. Tun wir das nicht, werden andere Organisationen ins Leben treten, die das Bedürfnis der Zeit besser er-fassen. Schon haben die Organisationen der „Conciliation internationale“ mit ihren moder-neren Arbeitsmethoden und ihrer politisch klügeren Taktik die Friedensbewegung in ganz neuen, bisher unerreichbaren Schichten zu An-sehen gebracht. In den Hauptländern sind diese Organisationen bereits durch nationale Gruppen vertreten. Es unterliegt unbedingt keinem Zweifel, daß diese nationalen Gruppen über kurz oder lang zu internationalen Kon-gressen zusammentreten werden, die nicht in die Fehler der Weltfriedens-Kongresse ver-fallen, sondern aus diesen Nutzen ziehen werden. Sie werden sich, wie dies mit großem Erfolg bereits der deutsche Zweig der Con-ciliations-Bewegung, der „Verband für inter-nationale Verständigung“ auf seinen nationalen Verbandstagen tut, die Methoden der Lake-Mohonk-Konferenzen zu eigen machen, werden nur berufene Fachleute zu Worte kommen lassen und das müßige Resolutions-Geplänkel vermeiden. Dann werden die wertvollen Ele-mente der Bewegung sich ganz dieser Organi-sation anschließen und die bereits eine Tra-dition besitzenden älteren pazifistischen Ein-richtungen, mit ihnen die Weltfriedens-Kon-gresse, die im nächsten Jahre auf ein Viertel-jahrhundert ihrer Arbeit zurückblicken können, jede Bedeutung verlieren und ganz aufhören.

Vom allgemeinen Gesichtspunkt wird das gewiß nicht zu bedauern sein; denn in erster Linie steht der Fortschritt der Sache. Und was diesem dient, muß uns willkommen sein. Aber es fragt sich nur, ob es nicht möglich

*) Es sei bei dieser Gelegenheit auf jene vertrauliche Denkschrift hingewiesen, die ein von der „New York Peace Society“ eingesetzter Sonderausschuß über die Umwandlung der Weltfriedenskongresse ausgearbeitet und unterm 4. Juni d. J. an die Mitglieder des Berner Bureaus versandt hat. Hierin wird nachdrücklichst eine Reform der Kongreßmethode gefordert und ge-eignete, äußerst praktische Vorschläge dazu ge-macht. Es wäre wünschenswert, wenn diese Denkschrift gedruckt und, in die Hauptsprachen übersetzt, weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden würde.

ist, diesen energievergeudenden Wettkampf zu ersparen und das alte Werkzeug, das vielen von uns lieb geworden ist, an dem die Arbeitskraft unserer besten Schaffenszeit hängt, lebensstüchtig zu erhalten. Meiner Ansicht nach ist das möglich. Nur rascher Wandel tut not.

* * *

Nun noch ein Wort über die Presse. — Die Zeiten sind vorüber, wo wir vor den Redaktionstüren stehen und um Aufnahme von Mitteilungen über unsere Kongresse betteln mußten. Die großen Zeitungen und Telegraphen-Agenturen kommen heute von selbst und berichten in ausführlicher Weise über unsere Beratungen*), die sich dadurch vor der ganzen Welt abspielen. Namentlich die holländischen Zeitungen haben sich durch die Sachlichkeit und Ausführlichkeit ihrer Berichte ein nicht genug anzuerkennendes Verdienst erworben. Auch mit der Berichterstattung in der großen Presse Deutschlands können wir zufrieden sein. Daß die alldeutsche Presse jedoch alles daran gesetzt hat, die Kongreßarbeit zu verleumden, darf uns nicht wundernehmen. Im Grunde genommen können wir ihr dankbar dafür sein, daß sie uns nicht totscheidet; denn auch die Gehässigkeit der Gegner fördert uns, wie der Segler auch durch den Wind nach vorwärts getrieben wird, der gegen seine Fahrtrichtung bläst. Aber gerade vom nationalen Gesichtspunkt, den ja jene Organe hochzuhalten glauben, ist die Perfidie zu bedauern, mit der jene Presse unsere Kulturarbeit zu behandeln sich herausnimmt. Daß sie als Gegner dazu Stellung nimmt, würden wir ihr nicht verargen; nur die Form, in der diese Gegnerschaft zum Ausdruck kommt und die dabei angewandten Methoden weisen wir zurück. Man betrachte nur die Ueberschriften jener Artikel, in denen die Leser solcher Blätter über den Haager Kongreß unterrichtet werden: „Die Friedensfarce“ (Deutsche Tageszeitung, 21. August). — „Die Weltfriedensbrüder im Haag“ (Hamburger Nachrichten, 22. August). — „Haager Friedensseuchelei“ (Rheinisch-Westfälische Zeitung, 23. August). — „Die Herren aus Wolkenkuckucksheim“ (Rheinisch-Westfälische Zeitung, 24. August). — „Die Haager Propheten“ (Halle'sche Zeitung, 23. August). — „Ein gefährlicher Unfug“ (!) (Berliner Neueste Nachrichten, 30. August) usw. Es genügen diese Angaben. Daß diesen Titeln auch die Berichterstattung bzw. die Kritik entspricht, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Vom national-sittlichen Standpunkt bedauerenswert ist es, daß jene „nationale“ Presse durchweg Lügen berichtet und Phantasien zum besten gibt. Keine einzige dieser Zeitungen hatte einen Berichterstatte im Haag. Sie „be-

*) Siehe die Artikel-Bibliographie der vorliegenden Nummer.

richten“ dennoch so, als ob sie alles gehört und gesehen hätten. Zum Teil halten sie sich an einzelne Worte, die in irgendeinem Telegramm verunstaltet wurden, und machen aus einer Episode, die sich zum ganzen im Maßstab von 1:374 000 hält, das Ereignis des Kongresses. Zum überwiegend größten Teil dichten sie einfach und lassen den Kongreß „die allgemeine Abrüstung“ fordern oder durch ein Schiedsgericht den Balkankrieg erledigen oder — was noch immer als beliebtes Steckenpferd gilt — Elsaß-Lothringen vom Reich abtrennen. Daß bei dieser tiefenden Sachkenntnis der Weltfriedenskongreß, die Haager Regierungskonferenzen, die Eröffnung des Friedenspalastes und die Interparlamentarische Konferenz einfach durcheinander geworfen werden, ist nur zu klar.

Um nur ein Beispiel der „Berichterstattung“ anzuführen, seien die Eingangssätze eines Artikels des „Generalanzeiger für Bonn“ (30. August) hier zitiert. Diese lauten:

„Ein Gemisch aus allen Stilen, charakterlos vom Dach bis zum Keller, so steht der neue „Friedenspalast“ im Haag vor den Blicken der verblüfften Beschauer. Auf dem First weht die allem Geschmack ebenso hohnsprechende „Friedensfahne“ (!!): die sieben Regenbogenfarben mit einem weißen Streifen. Im Festsaal aber verliest seine Weiherede ein verhutztes, kleines Männchen, der Stifter Carnegie, und diese Rede ist vom Anfang bis zum Ende spießbürgerlich und taktlos.“

Daß der „Berichterstatte“ den Palast geschmacklos findet, ist sein Recht. Nur soll er uns nicht weißmachen wollen, daß er ihn je gesehen hat und selbst zu den „Verblüfften“ gehörte. Ebenso wenig, wie er die sagenhafte Friedensfahne gesehen hat, deren geschildertes „Wehen“ deutlich anzeigt, wie sich der Bonner „kleine Moritz“ die Eröffnung eines Friedenspalastes nun einmal vorstellt. Ebenso wie er sich Carnegie vorstellt, der durchaus „verhutzelt“ sein muß.

Was die guten Patrioten aber über jene Rede Carnegies zusammengeschrieben haben, in der Kaiser Wilhelm als der Hort des europäischen Friedens bezeichnet wird, geht über das Maß des Erlaubten. Was hätte die „Journalle“ dann erst geschrieben, wenn Carnegie den Kaiser als Hemmnis des Weltfriedens bezeichnet hätte? Nach ihrer Entrüstung zu urteilen, wäre ihnen das sogar lieber gewesen.

Wir möchten hier anführen, was ein sozialdemokratisches Blatt über die Stellungnahme jener „Nationalen“ zu dem Haager Friedenskongreß gesagt hat, weil dies ganz unsere Auffassung wiedergibt. Wir können dies umso eher tun, als die gesamte sozialdemokratische Presse den Haager Kongreß noch viel unglimpflicher behandelt hat, als die alldeutsche. Doch das ist ein Kapitel für sich, das uns hier zu weit führen würde. Hier das Zitat aus der „Schwäbischen Volkszeitung“ (30. August):

„Mit einer Genugtuung, als gelte es den höchsten Ruhm der Menschheit zu verkünden, wird darauf hingewiesen, daß es den humanen Bestrebungen der Pazifisten nicht gelungen ist, den Kriegen ein Ende zu bereiten. Jede Schlacht und jedes Gemetzel, vom spanisch-amerikanischen Krieg bis zu den jüngsten Balkangräueln, wird mit Wohlbehagen hervorgezogen, als wäre der bisherige zweifelloste Mißerfolg der friedensfreundlichen Bestrebungen so etwas wie der Triumph einer guten Sache. Und indem man die Tatsachen der neueren und neuesten Kriegsgeschichte den armen Pazifisten unbarmherzig um die Ohren schlägt — was glaubt man dadurch gewonnen zu haben. Ist die Tatsache, daß ein erstrebenswertes Ziel noch nicht erreicht worden ist, etwa ein Beweis dafür, daß das Ziel überhaupt nicht erstrebenswert ist? Und ist der Mißerfolg einer Bewegung schon dadurch bewiesen, daß sie in den ersten Jahren ihres Wirkens noch keinen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen hat?“

Das ist vollkommen richtig! — Wenn jene nationale Presse den Nachweis erbringen will, daß alle pazifistische Arbeit notwendig ergebnislos ist, so müßte sie dies, wenn es ihr nur darum zu tun wäre, nach psychologischen Gesetzen mit Bedauern tun, so wie man mit Bedauern erfährt, daß irgendein Fortschritt auf Hemmnisse stößt; wie man die abstürzenden Aviatiker, die von den Elementen vernichteten Zeppelin-Ballone, die erfrorenen Nordpolforscher, die aufgefressenen Afrika-reisenden bedauert. Aber über solche Widerlichkeiten triumphieren, zeigt, daß man gar nicht zu hoffen wagt, daß sie überwunden werden, zeigt, daß jene witzigen Triumphatoren den Weltfrieden fürchten, der ihnen den sicheren Garaus machen muß.

Diese Besudelungen dürfen uns jedoch nicht erschrecken. Nur um mit einem Scheinwerfer die Straße zu beleuchten, die wir wandern müssen, sind diese Glossen hier gemacht worden. Man muß eben hohe Stiefel anziehen, wenn man für die Menschheitsentwicklung arbeitet. Der Boden ist schmutzig. Den Gang der Welt halten jedoch die „Generalanzeiger“ und „Neuesten Nachrichten“ nicht auf.

A. H. F.

Der XX. Weltfriedenskongreß im Haag.

(18. bis 23. August.)

Von Elisabeth Friedrichs, Locarno-Monti.

Das war einmal wieder eine Tagung, die einen Aufschwung darstellte, der XX. Weltfriedenskongreß, einen Aufschwung von alien Seiten, einen Aufschwung, dem zum Schluß auch noch die Wissenschaft Sanktion und dadurch Dauer verliehen hat. Ja, der XX. Weltfriedenskongreß hat zur Evidenz be-

wiesen, daß der Pazifismus, weit davon entfernt, durch die krieglerischen Ausbrüche der letzten Zeiten niedergeworfen zu sein, in seiner Entwicklung und Ausbreitung bedeutend zunimmt, daß er in seinen Erscheinungsformen; deren dieser Kongreß eine war, seine unanfechtbare innere Wahrheit auch für alle noch nicht Kundigen darzustellen imstande ist!

Dies sei eingangs dieses Berichtes gleich allen Klein- und Schwachgläubigen versichert, die, entmutigt durch die letzten Jahre die pazifistischen Waffen niederlegen möchten und zur Kapitulation geneigt sind. Also ein Erfolg ist das Resultat des XX. Weltfriedenskongresses, ein Erfolg nach allen Richtungen hin; und wir, die wir längst die Immanenz des in der Friedensbewegung lebendigen Gesetzes erkannt und infolgedessen nie unsere Arbeit aufgegeben haben, konnten es mit Freude und Genugtuung fast in jeder Stunde neu wahrnehmen, wie der Friedenswille die weitesten Kreise umfaßt, in ihnen eine bewußte pazifistische Weltanschauung schafft und die verschiedensten Stände und Gesellschaftsklassen antreibt, sich organisatorisch zusammenzuschließen und sich einzuordnen in die Arbeit. Das eben ist jenes selbsttätige Walten des organisatorischen Prinzips, jene immer schneller einhergehende Weltorganisation, von der Alfred H. Fried schon Jahrzehnte lang spricht. Jetzt wird er nicht mehr tauben Ohren predigen, die 950 Kongressisten, welche sich in der letzten Augustwoche im Haag versammelt haben, werden das alle empfunden haben, und sie werden das Evangelium weitertragen von dem „Rittersal“ der schönen holländischen Hauptstadt hinaus in die ganze Welt, da sie ja aus aller Welt kamen.

Es ist imponierend, wie systematisch, wie unermüdlich und hingebend die holländischen Freunde vorgearbeitet haben. Jede Korporation, Sektion und Spezialgruppe bis herab zu dem einzelnen Delegierten und dem einfachen Teilnehmer, fand die seinen Arbeitsbedürfnissen entsprechende fertige Form vor bei seinem Erscheinen. Eine Gastfreundschaft und Noblesse war geboten durch die verschiedensten hervorragenden holländischen Städte, die allein schon geeignet war, ein Hochgefühl zu erwecken; denn diese Gastfreundschaft galt ja der Weltfriedensbewegung und war ein Zeichen des pazifistischen Bekenntnisses Hollands.

Besonders wertvoll erwies sich die von den Holländern geleistete vorbereitende Arbeit für die Vorberatungen der Kommissionen einer zum erstenmal geübten Praxis, die sich als sehr zweckentsprechend gezeigt hat. Man hatte längst vorher Sorge getragen, daß diese einzelnen Kommissionen aus Spezialarbeitern der verschiedensten Länder zusammengesetzt waren, daß den Vorsitzenden jeder Kommission die Anträge und Anregungen von seiten der einzelnen Teilnehmer vorschrifts-

mäßig formuliert vorher zugesandt worden waren, so daß in jeder Kommission das Arbeitsmaterial wohlgeordnet vorlag und in vorher bestimmter Folge durchberaten werden konnte.

Die Zahl dieser vorbereitenden Komitees war sechs; jedes bestand aus etwa neun vorher angemeldeten Personen, und ihre Funktionen bestanden in der durch Beratung vorzunehmenden Sichtung und Anordnung des durch die Pazifisten aller Länder vorgelegten Arbeitsstoffes (Anträge, Anregungen und Vorschläge usw.). Bei Eröffnung der Vollsitzen lagen sowohl die gedruckten Berichte über die Tätigkeit der einzelnen Komitees, sowie die Resolutionen und Erklärungen fertig für die Kongreßarbeit vor. Die Arbeitsteilung war gegeben durch folgende Einteilung: Kommission A (Aktualitäten). — Kommission B (Internationales Recht). — Kommission C (Propaganda). — Kommission D (Rüstungen). — Kommission E (Soziologie). — Kommission F (Erziehung).

* * *

Der schöne glänzende Rittersaal im Haag, den Holländern teuer durch eng mit dem Volk verknüpfte Tradition, der Welt ein Friedenshort durch Tagung der zweiten Friedenskonferenz, war dem diesjährigen Kongreß für seine Verhandlungen bewilligt worden. Er war am Mittwoch, dem Tage der 9 Uhr 45 Minuten stattfindenden feierlichen Eröffnung, dicht gefüllt. Nachdem, vom Orgelklang getragen, ein Frauenchor die holländische Nationalhymne und einen Friedensgesang vorgetragen hatte, begrüßte der Präsident der Niederländischen Friedensgesellschaft, Dr. de Pinto die Versammlung und machte die Mitteilung, daß das Königshaus leider durch verschiedene Gründe an der persönlichen Anteilnahme verhindert sei, doch mit seiner Sympathie die Tagung begleite, daß die Regierung ihr Wohlwollen bekunde durch Gewährung des Rittersales als Versammlungsort und durch aktive Teilnahme des Ministers des Inneren, Sr. Exzellenz Heemskerk, ferner durch den Beschluß, am nächsten Tage die Tore des Friedenspalastes für die fremden Kongressisten noch vor der offiziellen Eröffnung aufzutun.

Professor de Louter (Dozent für internationales Recht an der Universität Utrecht), welcher zum Präsidenten des Kongresses gewählt wurde, wies in seiner Rede hin auf den Charakter der internationalen Klassizität, den Holland, das Vaterland des Hugo Grotius, durch die dort tagenden großen und größten Weltkongresse nach und nach erhalten habe. Er gedachte mit tiefem Bedauern der Balkankonflikte, hob aber im trostreichen Gegensatz dazu hervor, wie über diese hin und wieder noch ausbrechenden Barbareien hinaus die dauernd wachsende Völkereinigung gewaltig fortschreite, besonders eifrig gefördert von den

Amerikanern, denen dafür die Glückwünsche und der Dank der Welt gebühre. Als Aufgaben des Pazifismus bezeichnet der Redner die Beförderung einer neuen Weltorganisation, welche das internationale Recht kodifiziere, die Frage der Sanktionen des Völkerrechts studiere, die vom Richter ausgesprochenen Urteile exekutiere (er bezeichnete diese Frage als eines der schwierigsten Probleme), denn nur der Friede, der im Recht seinen Grund habe, sei von Wert, und dem internationalen Recht habe selbst die Souveränität der Staaten untergeordnet zu werden. . . . Der Kongreß aber sei berufen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, zu erziehen und dadurch den Regierungen die besten Dienste zu leisten. Was daraus entspringen müsse, sei Brüderschaft unter den Völkern, sei ein durch Internationalismus gereinigter Patriotismus. . . .

Minister Heemskerk sprach im Namen der Königin Wilhelmina den herzlichsten Willkommensgruß aus. Er drückte seine Ansicht dahin aus, daß schon das alte Römerwort *Jus sum cuique tribuere* dem Völkerleben seine Bahnen vorgezeichnet habe, daß man dieses als Ideal aufzustellen und ihm nachzustreben habe, wenn man den Krieg bekriegen wolle, was aber die Notwendigkeit der Kodifizierung des internationalen Rechts nicht überflüssig mache. Diesem Ideal nachzustreben möge dem Kongreß in erfolgreicher Arbeit gelingen. Mit diesem Glückwunsch eröffnete der Minister den Kongreß.

Der folgende holländische Redner, Herr Goemann Borgesius, ehemaliger Minister des Innern, forderte zunächst die Versammlung auf, durch Erheben von den Sitzen dem jüngst dahingeschiedenen Gesinnungsgenossen Asser, ein kurzes trauerndes Gedenken zu widmen. Mit Genugtuung hob er die ungeheuer große Beteiligung bei diesem Kongresse hervor, als Zeichen eines gerade durch die Kriege der letzten Zeit erhöhten Eifers. Holland, das kleine Land, das nach einem Ausspruche der verehrten Königin-Mutter groß sein solle in allem, in dem ein kleines Land groß sein kann, Holland kann vorgehen in der pazifistischen Arbeit. . . .

Senator Lafontaine ergriff als Vorsitzender des Berner Bureaus das Wort zu einer Huldigung an Holland, das seinen ersten Friedenswillen schon längst bewiesen hat, zu einem Nachruf an die verstorbenen großen Friedensförderer — Asser, Beernaert — und zu einem hoffnungsvollen Ausblick auf die Zukunft der Gerechtigkeit.

Dr. Gobat fordert zur Absendung eines Huldigungstelegramms an das holländische Königspaar auf und bringt die eingelaufenen Begrüßungstelegramme der am Erscheinen verhinderten führenden pazifistischen Persönlichkeiten zur Kenntnis. Es fehlen dieses Mal nur wenige, und diese aus triftigen Gründen.

Frau Baronin von Suttner teilt mit,

daß die Oesterreichisch-ungarische Delegation anlässlich des Geburtstages ihres Monarchen ihm ein Glückwunsch- und Danktelegramm gesandt habe für das, was er in letzter Zeit zur Beförderung des Völkerfriedens getan habe, ferner, daß der Kaiser sofort in herzlicher Weise dankend geantwortet habe.

* * *

Das Rüstungsproblem.

Nach Eröffnung der um 2 Uhr desselben Tages beginnenden ersten Plenarsitzung — auf der Tagesordnung steht die Rüstungsfrage — legt zunächst Professor Dr. Quidde sein Referat über Rüstungsbeschränkung vor. Er geht ein auf die Ursachen und Gründe — auch die angeblichen — der letzten allgemeinen Rüstungssteigerungen und kann selbst als Deutscher nicht in Abrede stellen, daß Deutschland im Wettkampf mit dem westlichen Nachbar den Ausgangspunkt geboten habe, indem das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit derselben zweifelsohne nicht angenommen worden wäre ohne die deutsche Rüstungssteigerung. Daß die deutsche Regierung den Balkanbund zum Ausgangspunkt genommen habe, sei keine einwandfreie Begründung gewesen, da ja der Zerfall dieses Bundes ziemlich sicher hätte vorausgesehen werden können. Die Parlamente und die Regierungen, diese verantwortlichen Gewalten, sie tragen die schwere Schuld an der Konstellation. Sie haben zwar schwache Versuche gemacht nach einer besseren Richtung hin, aber diese sind mißglückt aus Mangel an wahren ernstem Willen. Sie trifft die Schuld an der sich steigernden internationalen Anarchie; denn das Rüstungsproblem ist ein internationales Problem und erfordert die gemeinsame Arbeit der Regierungen und Parlamente. Jetzt, nachdem Jahrzehnte verflossen sind seit dem vorzüglichen Ausdruck des bekannten Zarenmanifestes, jetzt mahnen wir die Regierungen, Wort zu halten, jetzt fordern wir Friedensfreunde unsere gesetzgebenden und Gesetze beratenden Körperschaften auf, Ernst zu machen mit den Pflichterfüllungen, die sie sich auferlegt haben, indem sie auf der ersten Haager Konferenz anerkannten, daß ein Rüstungsstillstand im Interesse der Menschheit geboten sei; Ernst zu machen, indem sie die Frage der Rüstungsbeschränkung zu einem Hauptverhandlungspunkt der Tagesordnung der dritten Friedenskonferenz machen.

Die Resolution I wird mit allen Stimmen angenommen.

Resolution I.

Die Notwendigkeit eines Rüstungsstillstandes.

Der Kongreß, versammelt unter dem Eindruck einer Steigerung der Rüstungen, wie sie die Welt noch niemals gesehen hat, erhebt Anklage, nicht so sehr gegen die beteiligten Regierungen und Parlamente, sondern

gegen den Zustand internationaler Anarchie, der immer wieder zu neuen Exzessen des wilden Rüstungswettkampfes führt;

er ruft denen, die solche Rüstungen für notwendig halten, um den Frieden zu sichern, in Erinnerung, daß die Rüstungen ihres eigenen Landes, von denen sie diese Wirkung erhoffen, kurz, nachdem sie beschlossen sind, entwertet werden, oder vorher schon entwertet sind durch Rüstungen anderer Länder, in denen sie eine Bedrohung des Friedens erblicken;

er appelliert an das Empfinden, das sich weiter Kreise in allen Völkern in steigendem Maße gerade unter dem Eindruck dieser letzten Rüstungen bemächtigt hat, daß es so nicht weitergehen darf mit der unaufrührlichen sinn- und nutzlosen Steigerung der Rüstungslasten, und er fordert, daß aus diesem Empfinden nun endlich auch der klare und entschiedene Wille sich entwickle, den Weg internationaler Verständigung und Organisation zu betreten, auf dem allein dem Rüstungswettkampf Grenzen gesetzt werden können;

er fordert von den Regierungen, die schon auf der ersten Haager Konferenz in einer feierlich und einmütig beschlossenen Resolution die Beschränkung der Rüstungen als für das moralische und materielle Interesse der Menschheit wünschenswert bezeichnet haben, und die wiederholt das Studium der Frage versprochen haben, daß sie endlich Ernst machen mit ihrer Erklärung und ihrem Versprechen, und daß sie nicht nur die Frage des Rüstungsstillstandes als einen Hauptverhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der dritten Haager Konferenz setzen, sondern, um ihrer Beratung ernsthaften Charakter zu geben, sie durch nationale Studienkommissionen vorbereiten lassen.

Die Rüstungsindustrie.

Dr. Perris (London) erläutert die Resolution II und charakterisiert unter Vorlegung von Erfahrungsmaterial erschreckender Natur die Zustände auf dem Gebiet der internationalen Rüstungsindustrie. Die Waffenindustrie kennt keine Grenze, sie lernt die Theorie vom Nationalismus, aber ihre Praxis ist eine internationale; die Lieferanten fragen nicht, wohin ihre Waffen gehen, sondern nur, ob sie gute Geschäfte machen. Und diese Leute werden von ihrem Lande geehrt und belohnt, sie gelten als die besten Patrioten, werden ausgezeichnet und berühmt! Das ist eine Beleidigung der ganzen Menschheit... Auch diese Resolution II gelangt einstimmig zur Annahme.

Resolution II.

Der Kongreß lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die vor aller Augen liegende Tatsache, daß die Interessenten der Rüstungsindustrie sich in der gewissenlosesten Weise der verwerflichsten Mittel bedienen, um die Völker in immer weitere Steigerung der Rüstungen hineinzutreiben. Ihr Einfluß auf die Regierungen und die öffentliche Meinung ist eine der größten Gefahren für die internationalen Beziehungen und für den Welt-

frieden. Patrioten, die sich für eine nationale Sache zu begeistern glauben, sind oft genug nur die genarrten unfreiwilligen Werkzeuge für die Geldbeutel-Interessen dieser Rüstungs-Industrie.¹⁷⁾

Modell eines Vertrages zur Beschränkung der Rüstungen.

Professor Quidde hat einen Entwurf zu einem allgemeinen Verträge über Beschränkung der Rüstungen ausgearbeitet und vorgelegt. Dieser äußerst übersichtlich und klar disponierte, in 55 Artikeln niedergelegte Entwurf wird erst dann seinem Werte nach gewürdigt werden können, wenn er studiert worden ist; daß dieses geschehe, daß sein Studium zum Ausgangspunkt für weitere Arbeiten in der Richtung diene, dies und nichts anderes ist Wunsch und Absicht Professor Quiddes, und es konnte die sich an den Entwurf knüpfende Diskussion nicht den Wert einer eingehenden, die Frage auch nur im mindesten gründlich erfassenden Beratung haben, sondern es wurde eben aus Mangel an Verständnis dessen, was Referent beabsichtigt hatte, vielfach nebenbei geredet, es wurden Dinge, wie Frauenstimmrecht u. a., gewaltsam mit dem Problem verquickt, welche nichts zu tun hatten mit der fachgemäß zu behandelnden Frage. Trotzdem wurde zum Schluß dieser Aussprache die Resolution III angenommen.

Resolution III.

Vertrag über Beschränkung der Rüstungen.

Der Kongreß empfiehlt den Mitgliedern des Kongresses, den Friedensgesellschaften und allen, die an der Frage interessiert sind, das Studium des von Dr. Quidde vorgelegten Entwurfes zu einem allgemeinen Verträge über Beschränkung der Rüstungen.

Er beauftragt die Kommission D des Berner Bureaus, die Frage weiter zu behandeln und dem nächsten Kongreß einen Bericht vorzulegen.

Die Internationale Polizei.

Auf der Tagesordnung der am Vormittag des 21. August eröffneten Sitzung stand zunächst die Frage über den Vollzug des internationalen Rechtes durch eine internationale Polizei. Referent war Professor v. Vollenhoven von der Universität Leiden. Bevor Referent das Wort ergreift, wird ein Antrag der Kommission B vorgelegt mit folgendem Wortlaut: Der Kongreß ist der Meinung, daß die Organisation einer internationalen Polizei weder notwendig noch angezeigt ist, um die Vollziehung des internationalen Rechtes zu sichern.

Das Referat des Redners sowohl wie diejenigen der anderen Hauptreferenten liegt gedruckt vor und wird auf Wunsch von Interessenten von verschiedenen Stellen aus noch jetzt versandt, nachdem die „Friedensbewegung“ schon im Monat Juli die Darlegungen veröffentlicht hat.

Professor v. Vollenhoven wendet sich von seinem Standpunkt als Fachgelehrter gegen die durch viele Friedensfreunde vertretene irrige Meinung, daß der Friede herbeizuführen sei durch Schiedsgerichte und Abrüstung, während doch nur die Entwicklung des Völkerrechtes die Richtung sein könne, in der die Erreichung des Zieles liege. Die Sanktion des Völkerrechtes sei ein Ziel, und das Sanktionsmittel sei die internationale Polizei. . . .

Die sehr lebhaft diskutierte Frage über diese umstrittene Frage bewegte sich natürlich nach entgegengesetzten Richtungen hin. Während Vertreter verschiedener Nationen — die englisch sprechenden scheinen besonders diesen Standpunkt einzunehmen — prinzipiell die internationale Polizei ausgeschlossen sehen wollen und dem Moral- und Rechtsbewußtsein der heutigen Welt genug Kraft zutrauen, um Rechtsurteile auszuführen, sprechen andere ebenso energisch für die Einführung dieser Exekutivgewalt. Dr. A. H. Fried weist darauf hin, daß ja diese Polizei tatsächlich in verschiedenen Fällen (China, Kreta, Skutari) erfolgreich eingegriffen, sich also bewährt habe, daß also eigentlich nur eine Organisation der internationalen Polizei anzustreben sei. . . .

Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Der Kongreß beschließt, die interessante und bedeutsame Frage der Sanktion durch eine internationale Polizei für die Tagesordnung der nächsten Kongresse beizubehalten.“

Etwa 700 der anwesenden Delegierten betreten noch vor der offiziellen Eröffnung den Friedenspalast, und es wird der Eindruck, den dieser Donnerstagnachmittag machte, wohl den meisten der Besucher unvergeßlich bleiben. Berichte über den Friedenspalast wird es in diesem Monat in Fülle geben. Man wird das herrliche Gebäude beschreiben; die Wirkung aber des erstmaligen Betretens durch diese 700 Friedensfreunde kann man nicht schildern, das kann nur der einzelne von Mund zu Mund tun.

Die Balkankriege.

Noch eine kurze Sitzung reihte sich an den Besuch in später Nachmittagsstunde an. Professor Ruysen als Vorsitzender der Aktualitätenkommission legte die von dieser vorbereitete, aus acht Punkten bestehende Resolution über den Balkankrieg vor. Diese Resolution wird besprochen und schließlich angenommen. Sie ist besonders lehrreich, indem der aufmerksame Leser dadurch unterrichtet wird über die lange zurückreichende Kette von Ursachen und Wirkungen, welche diese Kriege heraufbeschworen haben. Hier der Wortlaut:

Tief bewegt durch die Ereignisse, die sich seit einem Jahre auf der Balkanhalbinsel

zugetragen haben, und in der Ueberzeugung, daß er der Ansicht des größten Teiles der zivilisierten Welt Ausdruck verleiht, macht der Kongreß es sich zur Pflicht, seine Meinung über die verschiedenen Erscheinungen beider Balkankriege darzulegen.

I. Ansprüche der Balkanvölker.

— Der Kongreß erkennt an, daß die Balkanvölker im ottomanischen Reiche nicht unter einem gerechten Rechtszustand lebten, und daß ihre seit langer Zeit zum Ausdruck gebrachten Wünsche eine entsprechende Würdigung verdienen. Er meint jedoch, daß solche Ansprüche durch weniger willkürliche, gewalttätige zerstörende Mittel als den Krieg befriedigt werden konnten und bedauert, daß die Großmächte, welche wertvolle wirtschaftliche Vorteile vom ottomanischen Reich für sich zu erreichen wußten, es versäumt haben, zum Vorteile der Balkanvölker die Mittel zu gebrauchen, welche der Berliner Vertrag in ihre Hände gelegt hatte.

II. Die Verantwortlichkeiten.

— Wie groß auch die Schuld der Türkei gegenüber ihren Untertanen sein mag, der Kongreß kann nicht umhin, die erste Verantwortung für den Balkankrieg den Großmächten zuzuschreiben, da sie die Integrität des ottomanischen Reiches gewährleistet, aber später selbst verletzt haben: und zwar Oesterreich-Ungarn in Bosnien-Herzegowina, Italien in Tripolis, und die vier anderen, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Rußland, indem sie die Integritätsverletzung zugelassen und bestätigt haben.

III. Kriegserklärung. — Der Kongreß stellt fest, daß der erste und zweite Balkankrieg ohne vorherige Kriegserklärungen und ohne Ultimatum — welchem in befriedigender Weise hätte entsprochen werden können — begonnen worden sind; daß keiner der Kriegführenden eine schiedsgerichtliche Erledigung der Streitfragen vorgeschlagen hat und daß die neutralen Staaten die ihnen durch die Haager Konvention auferlegte Pflicht, ihre Vermittlung anzubieten, nicht ausgeübt haben. Was insbesondere den zwischen den Verbündeten ausgebrochenen Krieg anlangt, so stellt der Kongreß mit Entrüstung fest, daß die Klausel des zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrages — wonach im Falle von Streitigkeiten untereinander bei Regelung der Balkanfrage die Vermittlung des Schiedspruches Rußlands vorgesehen war — nicht beobachtet worden ist und daß diese Verletzung des Vertrages einen neuen Bruderkrieg hervorgerufen hat.

IV. Kriegführung. — Der Kongreß stellt mit tiefem Bedauern fest, daß beide Kriege mit unerhörter Grausamkeit geführt worden, daß nicht einmal die Kriegsgesetze und -gebräuche immer beobachtet worden und daß besonders Verwundete, Greise, Frauen und Kinder beraubt, vergewaltigt, gemartert und ermordet worden sind.

V. Friedensunterhandlungen. — Der Kongreß bedauert, daß die europäische Diplomatie unfähig war, dem Streite vorzubeugen oder ihn abzukürzen. Er weist auf den jämmerlichen Mißerfolg der Londoner Verhandlungen hin und schreibt diese Ohnmacht der großen Staaten ihrer dauernden Rivalität zu, insbesondere dem Ehrgeiz ge-

wisser Mächte, welche selbstsüchtige Zwecke dabei verfolgten, anstatt in Uneigennützigkeit sich zusammenzuschließen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts, der Gerechtigkeit und des Friedens.

VI. Der Vertrag von Bukarest. — Indem der Kongreß den Grundsatz festhält, daß die Völker über sich selbst bestimmen sollen, spricht er sein Bedauern darüber aus, daß die in Bukarest versammelten Bevollmächtigten eine Befragung der beteiligten Völker nicht zugelassen haben; er befürchtet, daß dieser durch die Gewalt auferlegte Vertrag neue Streitigkeiten erzeugen wird, und schließlich bedauert er, daß dem Vertrage keine Klausel zur Schlichtung neuer Streitfragen durch den Haager Schiedsgerichtshof eingefügt worden ist.

VII. Die Frage Adrianopels. — In Erwägung, daß das Los von Adrianopel und Thrazien noch unsicher ist, spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß die Bevölkerung dieser Gegend über ihre endgültige Zugehörigkeit befragt werde.

VIII. Die Frage Albanien. — In Erwägung, daß die albanische Frage noch nicht genügend geklärt ist, um den Gegenstand bestimmter Beschlüsse zu bilden, überweist der Kongreß dem Berner Bureau die Aufgabe, diese Frage mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und gegebenenfalls die durch seine Kompetenz bedingten Maßnahmen zu treffen.

Deutsch-französische Liga.

Professor Quidde macht in der ersten Freitagssitzung zuerst die Errichtung einer „Deutsch-französischen Liga“ bekannt und gibt die nötigen Begründungen und Erläuterungen zu ihrer Notwendigkeit. Die hierzu vorgelegte Resolution wird anstandslos angenommen.

Panamakanalfrage.

Es folgt die Panamakanalfrage, kurz dargelegt durch Dr. G o b a t. Wir lernen wieder einmal während der kurzen Diskussion über das Problem, wie auch hier die Differenz geschaffen ist durch den Widerstand der Interessentengruppen, durch den Kapitalismus. Die Resolution wird angenommen.

Kriegsanleihen.

Die Resolution gegen die Kriegsanleihen wird diskutiert und nach einigen interessanten Meinungsverschiedenheiten folgendermaßen verändert angenommen:

„Mit Beziehung auf die Luzerner und Münchener Kongreßbeschlüsse hinsichtlich der Kriegsanleihen erklärt der Kongreß diese als eine unglückliche Folge der internationalen Anarchie und drückt sein lebhaftes Bedauern aus über die dem Balkankrieg geleistete Unterstützung seitens der internationalen Finanz.“

Die Einberufung der dritten Haager Konferenz.

Die nächste und mit großer Aufmerksamkeit behandelte Frage gehört in das Gebiet des internationalen Rechtes, sie betrifft die Einberufung der dritten Haager Konferenz und führt schließlich zur Annahme der Resolution:

Der allgemeine Friedenskongreß erinnert an seine früheren Beschlüsse über die Vorbereitung und Einberufung der dritten Friedenskonferenz.

Er verlangt von neuem, daß die Staaten dem Wunsche genügen, den sie selbst im Jahre 1902 einstimmig dahin geäußert haben, daß eine dritte Friedenskonferenz in einem Zeitpunkte einberufen werde, der dem seit der vergangenen Konferenz verfloßenen entspricht, also im Jahre 1915.

Er erinnert daran, daß die Vertreter der Staaten es selbst für notwendig erklärt haben, die Arbeiten dieser neuen Friedenskonferenz zeitig genug vorzubereiten, damit die Beratungen der Konferenz sich mit der unerläßlichen Autorität und Schnelligkeit vollziehen.

Er fordert daher alle Regierungen der Welt auf, sich über den Zeitpunkt für die Einberufung der dritten Friedenskonferenz und die sofortige Ernennung einer vorbereitenden Kommission zu verständigen.

Er fordert die Regierungen auf, nach dem Beispiel der Regierungen von Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Frankreich, Norwegen, der Niederlande und Schweden sofort vorbereitende Kommissionen der einzelnen Staaten einzusetzen.

Er wendet sich an die Regierung der Niederlande, damit diese jetzt, da eine förmliche Einladung einer bestimmten Regierung nicht mehr erforderlich ist, unter diesen verschiedenen Gesichtspunkten bei den anderen, auf der zweiten Friedenskonferenz vertretenen Regierungen die erforderlichen Schritte tue.

Er ersucht angesichts der Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten bei Einberufung der zweiten Friedenskonferenz diese Regierung um energische Unterstützung der auf die Intervention der Regierung der Niederlande erfolgenden Schritte.

Er beauftragt endlich die Friedensgesellschaften der verschiedenen Länder, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß diese den vorliegenden Beschluß, der ihnen durch das internationale Friedensbureau überreicht werden wird, in ernstlichste Erwägung nehmen und fordert die Friedensgesellschaften auf, bei den Regierungen akkreditierten Gesandtschaften der Niederlande und der Vereinigten Staaten von Amerika dringende Schritte zu tun.

Sonnabend der letzte Kongreßtag — und noch immer waren Fragen, die zu den wichtigsten gehören, gar nicht einmal in Angriff genommen worden. Es lag, wie gewöhnlich vor der letzten Sitzung, eine Ansammlung zu erledigenden Materiales vor, deren Ueberwindung unmöglich war. Natürlich litt auch die Behandlung fast aller Punkte sehr darunter, und man kann nicht von einer Durcharbeit z. B. der Frage des Verhältnisses zwischen Presse und Pazifismus reden, man konnte keine Aussprache über diese hochbedeutende, dringliche Angelegenheit herbeiführen bei der knappen Zeit, die zu irgendeiner Klarheit und Festigkeit und zu einer Einheit der Ansichten und Auffassungen geführt hätte.

Presse und Friedensbewegung.

Die Pressefrage kommt endlich auf die Tagesordnung. Sie wird zunächst in einem Referat behandelt. Mr. le Foyer hält es für das beste Mittel zur Verbreitung von Friedensideen, wenn die Zeitschriften solche Themata dauernd behandeln. Wir müssen also mit allen Mitteln versuchen, dies herbeizuführen, daneben ist es notwendig, den Pazifismus zu schützen vor lügenhaften und entstellenden Zeitungs- und Zeitschriftenberichten. Man muß Mittel und Wege suchen zu einer organisatorischen Verbindung der Journal-Gesellschaften und Presseagenturen mit dem Pazifismus.

Die vorgelegte Resolution lautet:

Um Gebrauch von der Presse zur Förderung des pazifistischen Gedankens zu machen, wünscht der Kongreß:

I. Daß das Berner Bureau und die nationalen Friedensgesellschaften eine dauernde Verbindung anknüpfen mit den telegraphischen Hauptagenturen und den führenden großen Zeitungen.

II. Daß die nationalen Friedenszentralen alle Informationen, über die sie verfügen, austauschen und diesen Pressestellen vermitteln sollen.

III. Daß die lokalen Friedensgruppen sowie die einzelnen Friedensfreunde es sich zur Aufgabe machen, alle falschen und entstellenden Nachrichten aus ihrer Lokalpresse zu sammeln, zu dementieren oder zu verbessern.

Mr. le Foyer fügt noch den Vorschlag hinzu, daß man die Namen aller friedensfreundlichen Journalisten sammle und voröffentliche.

Der zweite Referent über dasselbe Thema, Herr Dr. Alfred H. Fried, hatte ebenso wie Herr Professor von Vollenhoven, seine Ausführungen schon vorher in der letzten Nummer der „Friedensbewegung“ veröffentlicht, auch liegt es im Separatdruck für Interessenten vor. Er betont in kurzer Zusammenfassung dieser früheren Ausarbeitungen die Aufgabe des Pazifismus, in unentwegter Arbeit und systematischer Einwirkung auf die Vertreter der Presse, diese zu erziehen und nach und nach zu heben und umzuwandeln. Er verspricht sich sicheren Erfolg davon und entnimmt diese seine optimistische Anschauung seiner langjährigen Erfahrung und Beobachtung, denn auch die Entwicklung der Presse als eines Teiles des allgemeinen fortschreitenden Kulturkomplexes gehe nach denselben Gesetzen vor sich, die dem Gesamtfortschritt zugrunde liegen. . . .

Es wird zur Resolution ein Amendement vorgeschlagen, daß das Berner Bureau selbst die Regelung des Verkehrs zwischen Pazifismus und Journalistik rege in die Hand nimmt.

Nach verschiedenen Meinungsäußerungen und mehr oder minder positiven Vorschlägen wird das Thema verlassen. Zwei freund-

liche Telegramme, eines vom Prinz-Gemahl der Niederlande, das andere von Mr. Carnegie, kommen zur Verlesung, und schließlich taucht noch einmal das Thema der Friedensvorschläge des Präsidenten der V. S. A. Dr. Wilson auf. Noch stehen die Berichte über die Arbeit einiger der Kommissionen aus.

Mr. Arnaud legt zu dem Thema Kodifikation . . . („composition amiable“) noch eine Resolution vor, die angenommen wird.

Und endlich erhalten noch einige Berichterstatter das Wort zu ihrem Rapport über die Arbeiten der Kommissionen.

Baron de Neufville teilt zunächst sein Protokoll über die Sitzungen der Propagandakommission mit. Wer es aufmerksam verfolgt hat, muß es beklagen, daß da eine Fülle vielseitiger höchst wertvoller Vorschläge, Anregungen, Ideen und fleißiger Ausarbeitungen zum Ausdruck gekommen ist, ohne daß der Bewegung etwas davon zugute kommt; da nichts davon mehr zur Beratung und Bearbeitung herausgegriffen werden kann.

Nicht besser ergeht es dem Bericht der Erziehungskommission. Die zwölfte Stunde will schlagen, und man schließt den Kongreß mit dem Bewußtsein, kaum die Hälfte der Arbeit erledigt zu haben.

Der Vorschlag, den nächsten Kongreß in Wien abzuhalten, wird durch Akklamation angenommen, und es bleibt nur noch die gegenseitige Dankes- und Anerkennungsäußerung zwischen der Präsidentschaft und dem Kongreß.

* * *

Wenn schon die programmäßig geübten Vollsitzungen sowie die Beratungen der Kommissionen im allgemeinen einen höchst befriedigenden Verlauf genommen haben, so ist daneben und dazwischen von den verschiedenen Gruppen und Spezialvereinigungen noch so viel und so wertvolle Arbeit geleistet worden, deren genaue Registrierung und Aufzählung sich einer genauen Berichterstattung entzieht, wie bisher wohl auf keinem der vorhergegangenen Kongresse. Hervorgehoben seien besonders zwei wohlgelungene neu in die Bewegung eingetretene Spezialvereinigungen, wenn beide auch wohl noch nicht ihre offizielle Konstituierung vorgenommen haben. Es ist die „Deutsch-französische Liga“ mit den Vorsitzenden Herrn Professor L. Quidde für die deutsche Gruppe und Mr. Gaston Moch auf französischer Seite. Seit der bekannten ersten Berner Zusammenkunft im Monat Mai sind die Vorarbeiten zur Sammlung von Mitgliedern für beide Abteilungen in beiden Ländern, sowie andere notwendige organisatorische Arbeiten eifrigst betrieben worden, nun hat man sich bei Gelegenheit des Kongresses in privaten Sitzungen über die weiteren Schritte verständigt und die kon-

stituierende Versammlung, die dem Kongresse baldigst folgen soll, vorbereitet.

Ebenso ist eine katholisch-pazifistische Vereinigung zustande gekommen. Vorläufig — wie es scheint — wird diese Vereinigung als katholisch-pazifistischer Spezialverein getrennt von der allgemeinen Friedensbewegung arbeiten, doch ist eine gewisse Fühlung, ein gegenseitiges Verhältnis zwischen beiden Bewegungen von vornherein gewonnen worden, da man ja den Kongreß benutzt hat, um die ersten Beratungen zu pflegen und sich gleichsam im Schoße desselben, im Geiste des Kongresses gesammelt hat. Wir dürfen die neue Union freudig begrüßen als Seitenstück zu den in letzter Zeit lebhaft betriebenen organisatorischen Arbeiten in den Kreisen der protestantischen Geistlichkeit.

Sondersitzungen sind noch manche abgehalten worden — z. B. über die Frage eines Weltparlamentes, über Presse-Angelegenheiten, über pazifistische Frauenorganisationen u. a.

So sehen wir den Komplex dessen, was wir Pazifismus nennen, sich innerlich mehr und mehr ausgestalten und äußerlich immer weiter um sich greifen über alle realen und idealen Gebiete des Lebens, wir sehen eine neue Weltanschauung emporwachsen, langsam — wie es uns Mitlebenden erscheint, langsam und sicher sich ausgestaltend und die Menschheit durchdringend, eine Weltanschauung, die nichts von Krieg und Militarismus weiß und darum, ohne plötzlich die Kriegsflagge ausblasen oder die Welt entwaffnen zu können, die sicherste Ueberwinderin der Gewalt- und Kriegsherrschaft sein wird. Die Weltfriedenskongresse sollen die Etappen in ihrem Vormarsch sein; sie sind berufen, die Bilanz der Jahresarbeit zu ziehen, Vorgetanes zu prüfen, zu berichtigen und festzustellen und für die Weiterarbeit neue Bedingungen zu schaffen. Nach allen diesen hier angedeuteten Richtungen hin hat der XX. Weltfriedenskongreß seine Aufgaben glänzend erfüllt. Das kann niemand in Abrede stellen.

Der XX. Weltfriedenskongreß ist aber um zweier pazifistischer Weltereignisse willen, die zwar nicht Bestandteile seines Arbeitskreises sind, aber doch ursächlich in vieler Beziehung mit ihm zusammenhängen, er ist um zweier Ereignisse willen von ganz besonderer Bedeutung geworden. Es sind dies die Eröffnung des Friedenspalastes und die feierliche Promotionsakte, die sich in der Universität Leiden einige Tage nach Schluß des Kongresses — am Vortage der Eröffnung des Friedenshauses — vollzog. Es wurden der verstorbene Staatsminister Asser, der Pariser Völkerrechtsgelehrte Renault, der amerikanische Staatsmann Elihu Root und Alfred H. Fried zu Ehrendoktoren der Staatswissenschaften pro-

moviert. Dr. Alfred H. Fried, der nun akademisch anerkannte Vertreter des wissenschaftlichen Pazifismus, hat in seiner kurzen, aber charakteristischen Promotionsrede in bescheidener persönlicher Zurückhaltung diesen Sinn seiner Doktorwürde h. c. hervorgehoben, er hat mit Freude und Genugtuung der Friedensbewegung die Ehre zugewiesen, und er hat damit nichts weniger hervorgehoben, als den Eintritt einer neuen Wissenschaft in die Menschheitsgeschichte.

So hat die Wissenschaft dem Pazifismus seinen Charakter verliehen, es kann danach die Verkennung des Pazifismus, die mißverständliche Deutung und falsche Wertung der Friedensbewegung von seiten der Außenstehenden nicht mehr dauern, sondern sie muß einer richtigen Einsicht Platz machen, und dadurch sind die Bedingungen gegeben zur Verbreitung unserer Weltanschauung.

Die Einweihung des Haager Friedenspalastes.

Die Festwochen im Haag haben ihr Ende erreicht. Die Teilnehmer am Friedenskongreß, die sie einleiteten, die fremden Diplomaten und Gelehrten, die zur Weihe des neuen Friedenshauses eingeladen waren, sind zu ihren Heimstätten zurückgekehrt, sofern sie es nicht vorgezogen haben, am benachbarten Scheveninger Strand die günstige Konjunktur des spät eingetretenen Sommers auszunützen. Nun steht der Millionenpalast am alten Scheveninger Weg wieder vereinsamt da und wartet der Aufgaben, die ihm zur Erledigung übergeben werden sollen.

Rückblickend sei es jetzt gestattet, die Bedeutung dieses wunderbaren Bauwerkes und die zu seiner Eröffnung veranstalteten Festlichkeiten ins Auge zu fassen. Der Witz aller Ewig-Lächelnden hat dieses schöne Haus in argen Verruf gebracht. Er gefiel sich am meisten darin, zwischen seiner Bestimmung und dem Zeitpunkt seiner Eröffnung einen ironischen Zufall zu konstruieren. Und so billig solcher Witz auch ist, bei der großen Masse jener, die die öffentliche Meinung bilden, konnte er auf Zustimmung rechnen. Für mich und für meine zahlreichen Gesinnungsgenossen liegt etwas Tragisches in dieser Heiterkeit. Es wäre so einfach, die Zusammenhänge zu begreifen; doch hat es den Anschein, als ob man sich dieser geringen Denkmühe gar nicht unterziehen will. Ja noch mehr: als ob das Problem, das hier zur Erörterung steht, die geringste Anstrengung des Denkvermögens gar nicht erst lohnen würde. Weil wir einen der blutigsten, einen der widersinnigsten Kriege vor unseren Toren erlebt haben, deshalb soll alles Bestreben, künftigen Gemetzeln vorzubeugen, nicht der Mühe lohnen?!

Wie seltsam denkt doch dieses zwanzigste Jahrhundert. So trivial es auch ist, man muß dennoch immer denselben Vergleich herbeiziehen; den Vergleich mit den Krebsinstituten, mit den Schwindsuchtsheilstätten, den internationalen Tuberkulosekongressen und ähnlichen Einrichtungen, deren Errichtung und Bestand man als einen Fortschritt der Zeit begrüßt, trotzdem das Uebel, das dadurch bekämpft werden soll, noch vorhanden ist und täglich an Umfang zunimmt. Kein Mensch wird den Geheimen Rat Czerny in Heidelberg einen Utopisten nennen, weil er dort ein Institut zur Bekämpfung des Krebses errichtet hat. Und Andrew Carnegie und wir alle, die wir an einer vernünftigen Organisation der international voneinander abhängigen Menschheit arbeiten, werden wegen dieses Friedenspalastes wörtlich oder in einem durch die Zeilen blickenden Sinne als die Akteure einer großen Farce hingestellt. Wir machen uns nicht viel daraus, denn das Gelächter hält die Entwicklung der Welt nicht auf. Dieses Gelächter, das Kolumbus begrüßte, als er ausfuhr, die Neue Welt zu entdecken, das Fulton und Stephenson und Friedrich Liß, den großen Eisenbahnökonom, heimsuchte, hat sich in der Geschichte bereits das Bürgerrecht erworben. Es war auch da, als vor fünfzehn Jahren die erste Haager Konferenz ins Leben trat, und konnte dennoch nicht verhindern, daß diese Konferenz den ständigen Schiedshof schuf, der bereits in vierzehn Fällen gewirkt hat, wobei er in drei Fällen zweifellos Kriegen vorbeugte. Das belächelte Werk entwickelte sich trotzdem, und der jetzt neuerdings belächelte Haager Friedenspalast ist nur eine weitere Entwicklungsstufe dieses Werkes.

Die Unverständigen, die in der Meinung leben, daß man gerade bei Regenwetter keinen Regenschirm aufspannen dürfe, das heißt ins Aktuelle übersetzt, in kriegerisch bewegter Zeit an den Voraussetzungen des gesicherten Friedens nicht arbeiten dürfe, gelangen dadurch in jene schiefe Denkrichtung, weil sie in genauer Sachkenntnis glauben, daß mit dem Palaste des ständigen Schiedshofes die Institution selbst erst ins Leben gerufen wurde. Und das finden sie eben unzeitgemäß. Nun bedeutet aber die Eröffnung des Hauses nicht die Errichtung der Institution. Es handelt sich vielmehr nur um die Uebersiedlung des seit 1901 bestehenden ständigen Schiedshofes aus einem gemieteten Privathause in das ihm zur Verfügung gestellte Palais. Ich kann nicht begreifen, warum man die Bauhandwerker im Oktober vorigen Jahres hätte entlassen sollen mit der Begründung, daß es unschicklich wäre, jetzt an dem Friedenshause zu bauen, weil auf dem Balkan die Kanonen losgegangen waren. Ich kann noch weniger begreifen, warum man den Sekretären des Schiedshofes hätte empfehlen sollen, in der unwürdigen Privatwohnung zu verbleiben, nachdem der würdige Palast fertiggestellt worden war, mit der Be-

gründung, daß diese Uebersiedlung unschicklich wäre, weil der Mord auf dem Balkan gerade sein klägliches Ende erreicht habe. Vielleicht würde ich den Einwand gelten lassen, daß man von festlichen Veranstaltungen in Rücksicht auf die Trauer hätte absehen sollen, in der sich durch den unseligen Balkankrieg die Kulturelemente Europas befanden. Man nimmt zwar nicht Anstand, die neuen Kriegsschiffe mit großem, festlichem Pomp vom Stapel laufen zu lassen, man scheut sich nicht, die Erinnerung an Schlachten, die hundert und oft mehr Jahre hinter uns liegen, mit dem größten Glanze zu begehen, und deshalb würde ich auch jenen Einwand nicht voll gelten lassen; denn warum soll die Kulturwelt sich nicht offen einer Einrichtung freuen dürfen, die dazu bestimmt ist, Glückverheißendes wenigstens in Aussicht zu stellen.

Im übrigen waren ja die Feste nicht gar so glänzend, wie man es sich in der Phantasie vorstellen mag. Die wirkliche Eröffnungsfeier hielt sich in ganz bescheidenen Grenzen. Zunächst wurde der Raum nach Tunlichkeit beschnitten und von den Millionen Kulturträgern der ganzen Welt, die Anteil genommen haben an dieser Eröffnungsfeier, hatten nur 400 das Glück, eine Einladung zu erhalten. Unter diesen waren sehr viele Personen, die durch ihre Stellung am Hofe und im Staate des einladenden Hollands zugezogen werden mußten, die aber der Sache selbst ziemlich gleichgültig gegenüberstanden. Die Zahl der eigentlichen „Freudtragenden“, die der Feier beiwohnen durften, war demnach auf ein Mindestmaß reduziert. Von uns Pazifisten, die wir den Geist schufen, der jene Einrichtung verwirklichte, der das Haus geweiht ist, waren nur fünf in der glücklichen Lage, der Einweihung beiwohnen zu dürfen. Die Feier bestand, wie der Telegraph bereits gemeldet hat, lediglich aus zwei Reden zweier Diplomaten, durch die der Besitztitel des „Immobiliiums“ gewechselt wurde. Der Direktor der Stiftung Carnegies, die den Bau ermöglichte, übergab dem Präsidenten des Verwaltungsrates vom Haager Schiedshof die Schlüssel. Dreimaliger Chorgesang umgab diese Reden. Die Königin, die mit dem Prinzgemahl, mit ihrer Mutter und einem glänzenden Gefolge erschienen war, hörte schweigend diesen Reden zu und verließ schweigend das Haus. Es war ein Schweigen, das in diesem Falle nicht Gold, sondern eher Blut und Eisen bedeutete. Im übrigen war die ganze Feier eine höfische Parade im vollen Glanz der goldgestickten Uniformen. Heines Worte fielen mir dabei ein:

„Schwarze Röcke, seidne Strümpfe,
 Weiße, höfliche Manschetten,
 Sanfte Reden, Embrassieren —
 Ach, wenn sie nur Herzen hätten!“

Gelacht wurde dabei nicht, aber in ihrem Innern mögen die elegant uniformierten Herren über das Unternehmen, dem sie beiwohnten, trotz der ernststen Mienen, die sie

zur Schau trugen, ganz herzlich gelacht haben. Doch was nützt es? Es gibt eine Radiumwirkung der sozialen Geschehnisse. Es gibt eine Potenzierung des Einzelwirkens. Von einem Geiste, der den einzelnen Teilnehmern fremd ist, wurden sie zu einer Handlung gezwungen, die ihnen gleichgültig war. Aber indem sie mittaten, entstanden aus ihrer multiplizierten Mitwirkung neue geistige Kräfte, die lebendig bleiben und weiter wirken. Das konnte man bereits am darauffolgenden Tage sehen. Die Leute, die es ehrlich meinen mit diesem Friedenswerk, kamen in Scharen herbei, um die Büste eines der Ihrigen, die dem Friedenspalast zum Geschenk gemacht wurde, zu enthüllen. Es war die Bronzestatue Randal Cremers, jenes englischen Arbeiters, der einer der Führer der pazifistischen Bewegung wurde und der die, heute von allen Regierungen unterstützte, Interparlamentarische Union schuf. Andrew Carnegie, der am Eröffnungstage mit dem großen Bande jenes Ordens geschmückt, den die Königin ihm verliehen hatte, schweigsam dasaß, nahm selbst die Enthüllung der Büste vor. Er präsierte dieser denkwürdigen ersten Friedensversammlung in jenem mißverstandenen Friedenshause, und neben ihm saßen hervorragende englische Männer, die die Cremerbüste als Geschenk überbracht hatten. Da war der englische Minister Thomas Burt, jener frühere Bergarbeiter, da war Howard Evans, ein Arbeiter im Wollhemd, der als Kamerad Cremers gewirkt, da war das Parlamentsmitglied Maddison, der Nachfolger Cremers als Sekretär der von ihm gegründeten „Arbitration Society“, da war Lord Weardale, der Führer der englischen Gruppe der Interparlamentarischen Union und nunmehr Präsident ihres ausführenden Rats, einer der geistigen Mitschöpfer des ständigen Schiedshofes, da war auch der amerikanische Gesandte im Haag Mr. Bruce. Und diese Männer hielten Reden, die von echtem pazifistischen Geiste getragen waren. Die ersten Worte zur Verdammung des Krieges hallten durch den großen Saal des Schiedspalastes, und eine nach Hunderten zählende Menge zollte diesen Worten begeisterten Beifall. Bei dieser Gelegenheit hielt Carnegie auch jene Aufsehen erregende Rede, in der er neuerdings Kaiser Wilhelm anrief, die in seinen Händen liegende Macht zu benutzen und Europa den organisierten Frieden zu geben. An jenem Tage, nicht an dem der offiziellen Eröffnung geweihten vorhergehenden, fand die Weihe des Hauses statt; an jenem Tage brach der Geist durch, den das ängstliche Zeremoniell der Hofzeremonienmeister und der Diplomatie durch goldstrotzende Uniformen und salbungsvolle Chorgesänge ersetzen wollte. Und das ist das Tröstliche an jenem Ereignisse vom 29. August. Der Geist des Jahrhunderts, der noch von so vielen verlacht und verhöhnt wird,

er hat jenes Haus gebaut, er hat, trotzdem er etwas Immaterielles ist, Ziegel auf Ziegel gesetzt, hat die luxuriöse Prachteinrichtung des Interieurs aus allen Zonen herbeigetragen, hat die Regierungen und ihre Vertreter gezwungen, an einem Werke teilzunehmen, das sie niemals ernstlich ins Auge zu fassen beabsichtigten, und dieser Geist, der sich nicht töten läßt, und nicht ausschließen, der am 29. August sich mit aller Gewalt manifestierte, nachdem man ihm am 28. August feierlich die Türe verschlossen hatte, dieser Geist wird dafür Sorge tragen, daß das Werkzeug des Friedens auch in seiner neuen Heimstätte zur Anwendung kommt.

Da steht nun der Palast mit seinen beiden in die Lüfte ragenden Türmen in der Nähe des Meeres. Man wird versuchen, ihn zu vergessen. Aber es wird nicht gehen. So wie es Schandfleck gibt, die man nicht wegwaschen kann, ist hier ein Ehrenfleck unserer Zeit geschaffen worden, der unheimlich leuchten wird, wie trübe sich auch die kommenden Ereignisse gestalten mögen, und der nicht weggewischt werden kann von allen jenen, die ihn gern beseitigen möchten. So wird das neue Gewand des Haager Schiedshofes dazu beitragen, der Einrichtung zu dienen, ihr erhöhtes Ansehen zu gewähren. Die Lächelnden und Witzelnden werden im Unrecht bleiben.

A. H. F.

Die 18. Interparlamentarische Konferenz.

(3. bis 5. September 1913.)

Von

Professor Richard Eickhoff, Remscheid,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Der freundlichen Aufforderung des Herausgebers der „Friedens-Warte“, ihren Lesern einen kurzen, zusammenfassenden Bericht über die 18. Interparlamentarische Konferenz zu erstatten, komme ich um so lieber nach, als die Haager Konferenz, von der ich soeben zurückkehre, sich ihren Vorgängerinnen würdig anreihet und ihr Verlauf wie ihre Ergebnisse als durchaus erfreulich bezeichnet werden dürfen.

Was ist denn die Hauptaufgabe der Interparlamentarischen Union? Sie will den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit und aller ihr verwandten Einrichtungen und Bestrebungen in immer erhöhtem Maße zur Durchführung bringen, und sie schafft daher unermüdlich das Material herbei, das diesem Zwecke zu dienen bestimmt ist. Dieser Aufgabe hat sich auch die 18. Konferenz der Union gewidmet, und man wird anerkennen müssen, daß sie einen tüchtigen Schritt vorwärts auf dem Wege getan hat, den diese nun schon fast ein volles Vierteljahrhundert verfolgt.

Unter den Gegenständen, die auf der Tagesordnung der Konferenz standen, befanden sich einige, die schon frühere Konferenzen beschäftigt hatten und dennoch auch jetzt nicht endgültig verabschiedet werden konnten, weil sie internationale Probleme aufwerfen, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Ich rechne dazu die Frage der Rechtsverhältnisse der interozeanischen Meerengen und Kanäle, die der deutsche Abgeordnete Dr. Pachnicke zuerst auf der 16. Konferenz in Brüssel (1910) behandelt hatte und die dann einer Studienkommission überwiesen worden war, namens deren der portugiesische Graf von Penha Garcia jetzt einen vorläufigen Bericht erstattete. Danach hat die Kommission fünf Grundsätze aufgestellt, über die sich die Mächte, wie sie hofft, leicht einigen könnten: es sind die freie Durchfahrt und gleiche Behandlung für alle Handelsschiffe, die Meerengen und Seekanäle passieren; das Verbot der Blockade derselben; das Verbot, sie durch Torpedos oder selbsttätige Minen zu versperren; das Verbot, bestimmte Leuchtfener auf großen Seewegen selbst in Kriegszeiten auszulöschen; endlich die Verpflichtung, in allen Streitfragen, die aus der Auslegung dieser Grundsätze entstehen, schiedsrichterliche Hilfe anzurufen. Die Kommission beantragt, sie bis zur nächsten Konferenz mit der Ausarbeitung eines allgemeinen Abkommens zu betrauen, in dem die genannten Grundsätze zur Geltung kommen sollen; erst dann will sie die andern Fragen behandeln, die zur Lösung des ganzen Problems gehören. Einstimmig nahm die Konferenz diesen Vorschlag an.

Zu den Fragen, die schon frühere Konferenzen beschäftigt hatten und dennoch auf der Haager Konferenz keine Lösung fanden, gehört auch die der dauernden Neutralität. Volle 18 Redner ergriffen zu dieser Frage das Wort: ein Beweis, welch lebhaftem Interesse sie begegnet — namentlich, wie nicht anders zu erwarten war, bei den kleineren Staaten, die — wie Dänemark, Norwegen und Schweden — schon lange den Wunsch hegen, neutralisiert zu werden. Der dänische Abgeordnete Dr. Munch — seines Zeichens Minister der nationalen Verteidigung! — erstattete einen vortrefflichen Bericht. Aber in der Diskussion wurde nicht mit Unrecht hervorgehoben, daß der Begriff der „neutralité permanente“ noch nicht einmal feststehe; denn die „dauernde Neutralität“ hat beispielsweise für einen Staat doch nur dann Wert, wenn nicht nur er selbst sie erklärt, sondern auch die anderen Staaten sie anerkennen, wie das bei der Schweiz, Belgien, Luxemburg und dem Kongostaat geschehen ist. Da gerade diese Frage noch einer weiteren Klärung bedurfte, so verwies die

Konferenz mit Zustimmung des Berichterstatters selber den ganzen Gegenstand zur weiteren Prüfung an die sogen. zentrale Kommission, und dem gleichen Schicksal verfiel der Antrag des früheren holländischen Ministers van Houten über die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten im Seekriege, der eine Lücke des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 auszufüllen bestimmt ist. Nach der Auffassung des Antragstellers soll nämlich diese Lücke darin bestehen, daß ein neutraler Staat unter Umständen außerstande sein kann, die im Artikel 25 dieses Abkommens gegen die Bedrohung durch eine Seemacht vorgesehenen Maßnahmen selber zu ergreifen, und deshalb auf die Unterstützung einer anderen neutralen Macht angewiesen ist. Auch diese Frage soll also in der zentralen Kommission eingehend geprüft und der nächsten Konferenz alsdann darüber berichtet werden.

Man erinnert sich, welches Aufsehen der neue schiedsgerichtliche Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Mr. Bryan vor einigen Monaten nicht nur drüben, jenseits des Kanals, hervorrief. Dieser Vorschlag ist inzwischen allen Mächten unterbreitet worden. Es war vorzusehen, daß die amerikanische Gruppe sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen würde, ihn der Konferenz vorzulegen und seine Empfehlung von ihr zu erbitten. Die Herren Richard Bartholdt und Burton unterzogen sich denn auch dieser Aufgabe mit großem Eifer. Herr Bartholdt teilte mit, daß bereits 28 Staaten das Prinzip dieses Vorschlages gebilligt hätten, mit dem Staate Salvador auch schon ein förmlicher Vertrag auf Grund der Bryanschen Vorschläge abgeschlossen worden sei. So stimmte denn auch die Konferenz dem amerikanischen Antrage insoweit zu, als sie das Prinzip dieser Vorschläge empfahl und der von ihr eingesetzten Kommission für internationale Schiedsgerichtsbarkeit anheimgab, die Frage der allgemeinen Anwendung solcher Verträge eingehend zu prüfen. Es mag indes schon an dieser Stelle angedeutet werden, daß der Vertrag, der zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Salvador abgeschlossen worden ist, insbesondere Artikel 4, für Großmächte kaum durchführbar erscheint. Der Vorschlag des Herrn Bryan sieht vor dem Beginne der Feindseligkeiten die Untersuchung des Streitfalles durch eine unparteiische internationale Untersuchungskommission vor. Aber sollte es wirklich möglich sein, einen Großstaat zu verpflichten; während der Tagung dieser Kommission auf jede Rüstung zu verzichten, „à maintenir le status quo militaire et naval“?

Die Frage der Kriegsanleihen ist nicht von heute oder gestern, und auch die

Interparlamentarische Union hat sich schon auf zwei Konferenzen — 1910 in Brüssel und 1912 in Genf — mit ihr beschäftigt. Aber während die alte Schule unter Bluntschlis Führung sich für ein Verbot der Kriegsanleihen aussprach, ist die neuere Richtung weniger rigoros und hält es für durchaus erlaubt, daß neutrale Staaten kriegsführenden Mächten Gelddarlehen gewähren, wie dies ja noch soeben im Balkankriege so ausgiebig geschehen ist. Andererseits haben schon jetzt einzelne Staaten durch Gesetz solche Kriegsanleihen von ihrem Markte ausgeschlossen. In jedem Falle ist auch diese Frage sehr strittig, und man kann deshalb dem belgischen Senator Graf Goblet d'Alviella, einem verdienten Veteranen der Interparlamentarischen Union, nur Dank dafür wissen, daß er diese Frage aufs neue zur Erörterung gestellt hat. Die Konferenz nahm nach einer anregenden Debatte seinen Antrag denn auch mit überwiegender Mehrheit an, der auf ein internationales Abkommen oder, wenn dies nicht zu erreichen ist, auf eine Aenderung der Gesetzgebung in den einzelnen Staaten in dem Sinne abzielt, daß der Geldmarkt neutraler Staaten den Kriegsanleihen verschlossen bleibt.

Ich folge in meinem Berichte der Reihenfolge der Tagesordnung, und so muß ich jetzt ein Wort über die von mir selber behandelte Frage des Weltpennyports sagen. Schon auf der 16. (Brüsseler) Konferenz hatte der englische Abgeordnete Henniker Heaton diese Frage auf die Tagesordnung zu bringen versucht, ohne daß er satzungsgemäß dazu berechtigt gewesen wäre. Nachdem aber die Union im vorigen Jahre in Genf das Gebiet ihrer Tätigkeit durch eine entsprechende Satzungsänderung erweitert hat, kann sie alle Probleme in den Kreis ihrer Erörterungen ziehen, „die für die Entwicklung der friedlichen Beziehungen unter den Völkern von Bedeutung sind“. Daß dazu in erster Reihe ein billiges Einheitsporto für den internationalen Briefverkehr gehört, bedarf keiner weiteren Worte: es gibt kaum eine populärere Forderung in allen Kulturstaaten als diese. Ich nahm deshalb die dankenswerte Anregung unseres britischen Kollegen aus dem Jahre 1910 im Haag wieder auf und hatte die Genugtuung, daß mein Antrag nach einer kurzen Empfehlung durch Lord Weardale und den kanadischen Senator Dandurand einmütige Annahme fand. Insbesondere konnte Herr Dandurand meine Argumente auf Grund der Erfahrungen seines Heimatlandes durchweg bestätigen.

Die bisher besprochenen Gegenstände nahmen die Tagesordnung der drei Sitzungen der beiden ersten Konferenztage ein; aber auch der dritte und letzte Tag brachte noch interessante Verhandlungen.

Zuerst wurde ein Antrag des belgischen Abgeordneten Louis Franck (Antwerpen), eines vorzüglichen Kenners des Seerechts, beraten, der die Union zum Mittelpunkt aller internationalen Bestrebungen machen will. Was Herr Franck bezweckt, geht aus seinem Berichte und den mündlichen Erläuterungen, die in seiner Vertretung Herr Mechelynck dazu gab, klipp und klar hervor: es handelt sich darum, die Interparlamentarische Union zu einer Zentralstelle auszugestalten, von der aus die Regierungen in wirksamerer Weise als bisher auf alle Bestrebungen hingewiesen werden könnten, die der internationalen Verständigung dienen. In der Debatte wurde beispielsweise auf ein internationales Abkommen über den Opiumhandel hingewiesen, dessen Ratifizierung durch Vermittlung der Union herbeigeführt werden könne. Der Grundgedanke des Franckschen Antrages läuft also — entsprechend der im vorigen Jahre erfolgten Satzungsänderung — auf eine Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der Union hinaus, die von ihren Führern schon länger geplant war. Eben deshalb fand er auch die Zustimmung der großen Mehrheit der Konferenz. Denn daß die Union, „das Parlament der Parlamente“, am ehesten in der Lage ist, auf die Regierungen einzuwirken und so eine nützliche Vermittlerrolle zu spielen, geht schon aus ihrer Zusammensetzung und ihrem ganzen Charakter hervor. Daß sich die Union dabei aber doch vor einer Zersplitterung ihrer Kräfte hüten muß, wurde von englischer Seite mit Recht bemerkt.

Eine längere Erörterung knüpfte sich sodann an den Jahresbericht des Generalsekretärs Dr. Lange, dessen Verdienste um die Vorbereitung und Organisation der Konferenz wiederum allgemeine Anerkennung fanden. Die Ratifikation der wichtigsten Konventionen der Haager Friedenskonferenz von 1907 und der Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 ist bisher noch von einer Anzahl von Staaten unterlassen worden. Schon mehrfach hat die Union, wie aus dem Jahresberichte des Herrn Dr. Lange hervorgeht, die Regierungen zu dieser Ratifikation aufgefordert, ohne die eine Fortbildung des Völkerrechts unmöglich erscheint. Diesmal war es der Vorsitzende der ungarischen Gruppe, Herr v. Berzeviczy, der die Erneuerung der früheren Beschlüsse — unter Hinweis auf die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Regierung zur Regelung des Prisenrechts — dringend empfahl und die Mächte zugleich erneut aufgefordert wissen wollte, die Vorbereitungen zur dritten Haager Konferenz unverzüglich in die Wege zu leiten. In diesem Sinne wurde denn auch ein einmütiger Beschluß gefaßt, und man

kann nur wünschen, daß die Regierungen sich endlich zu einem Entschlusse aufraffen mögen. Auch die weitere Anregung des Herrn v. Berzeviczy, alle geeigneten Schritte zu tun, um den Wiedereintritt der italienischen Gruppe in die Union zu veranlassen, eine Anregung, der sich Freiherr v. Plener und Herr Constantinesco (Rumänien) anschlossen, fand allseitige Zustimmung; es darf dazu bemerkt werden, daß schon längere Zeit unverbindliche Verhandlungen über die Beseitigung des peinlichen Zwischenfalls in die Wege geleitet worden sind. Es mag weiter erwähnt werden, daß Herr Dr. Quidde (München) bei diesem Gegenstande der Tagesordnung einen in französischer und deutscher Sprache gedruckten „Entwurf zu einem internationalen Verträge über Rüstungsstillstand“ der Konferenz vorlegte.

Eine aktuelle Frage war es endlich, die den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete, die — wie man zugeben wird — an Mannigfaltigkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Von zwei Seiten, von rumänischer durch Herrn Dissesco, den jetzigen Justizminister, und in seiner Vertretung durch den Senator L a h o v a r y, und von österreichischer Seite durch Herrn Professor Ritter v. Roszkowski, war die heikle Frage der Balkangreuel, der zahlreichen Verletzungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, zur Sprache gebracht worden. Zahlreiche Redner beteiligten sich an dieser Debatte, deren Ergebnis ein einstimmig angenommener Antrag des Inhaltes war, daß alle Fragen, die sich auf diese Rechtsverletzungen beziehen, insbesondere die Frage, auf welchem Wege wirksame Maßnahmen und Uebereinkommen über etwaige Verletzungen des Völkerrechts getroffen werden können, auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz gesetzt werden möchten. Hoffentlich wird diesem von allen Kulturfreunden einmütig gehegten Wunsche Erfüllung zuteil werden.

Ich habe im vorstehenden die Ergebnisse der 18. Interparlamentarischen Konferenz, soweit es der mir zustehende Raum gestattete, den Lesern der „Friedens-Warte“ dargelegt. Aber wenn ich auch nur die wichtigsten Gesichtspunkte hervorheben konnte und manche recht interessante Erörterungen und Anregungen dabei ausschalten mußte, so hoffe ich doch, ein einigermaßen anschauliches Bild dieser Verhandlungen gegeben zu haben, die in der ersten Septemberwoche im Haag gepflogen wurden. Ich darf noch hinzufügen, daß das Interesse der Konferenzmitglieder an den Verhandlungen ein ungeteiltes war, wie denn der ehrwürdige „Groote Ridderzaal“ von der ersten bis zur letzten Sitzung so regelmäßig und so

gut besucht war, wie ich es kaum auf einer der früheren Konferenzen bemerkt habe. Dabei wetteiferten die Vertreter aller Nationen miteinander: neben den Russen waren die Türken, neben den Amerikanern waren die Japaner vertreten; von den europäischen Staaten fehlten — außer Italien — nur die Vertreter der Bulgaren, Serben und Griechen — aus naheliegenden Gründen. Und so durfte man dem verehrten Präsidenten der Konferenz, Herrn Abgeordneten Tydeman, aus vollem Herzen zustimmen, wenn er seiner Befriedigung über den schönen Verlauf der Konferenz und ihre guten Ergebnisse Ausdruck gab, und er selbst hatte den Dank wohl verdient, den ihm der Vorsitzende der ungarischen Gruppe, Herr v. Berzeviczy, namens aller Konferenzteilnehmer für seine vortreffliche Leitung der Verhandlungen aussprach. In der Tat ist im Haag wieder ein gut Stück Arbeit im Dienste der erhabenen Gedanken geleistet worden, deren Verwirklichung die Interparlamentarische Union ihr Lebenswerk geweiht hat: „Vrede door Recht“, um mit unseren niederländischen Freunden zu sprechen, wird darum auch in Zukunft ihre Losung sein.

Die Internationalität des Waffenhandels.

Von Georg Herbert Perris (London).

Der bemerkenswerteste Zug des Waffenhandels ist seine in das Ausland reichende Entwicklung. Sehr selten überschreitet eine mit Waffen handelnde Gesellschaft selbst die Grenzen. So übernahm im letzten Jahre die im Jahre 1887 registrierte französische Hotchiß-Gesellschaft die Geschäfte der englischen Hotchiß-Gesellschaft. Gewöhnlich aber bleibt, wie dies bei einer berühmten Gelegenheit gesagt wurde, die britische Flagge „aktiv“. Das Bauen von fremden Kriegsschiffen in britischen Werften würde eine Anomalie bedeuten, wenn der imperialistische Patriotismus das wäre, was er zu sein vorgibt. Was soll man aber von den Werften der britischen Firmen auf dem Festlande sagen, die nur zur Verteidigung unserer ausländischen „Rivalen“ da sind?

Wenn man von der Bergreihe Pozzuolis nach der Bucht von Neapel hinunterschaut, ist man erstaunt, daß diese liebliche Küste durch rote Backstein-Gebäude und hohe Schornsteine verunstaltet wird. Es ist das Arsenal der britischen Armstrong-Pozzuoli-Gesellschaft, die viertausend Arbeiter beschäftigt und die die hauptsächlichste Quelle zur Flottenergänzung des zweiten Alliierten Deutschlands bildet. Ebenso hat die Ansaldo-Armstrong-Gesellschaft von Genua zwei Dreadnoughts und mehrere Kreuzer für Italien und kleinere Schiffe für die Türkei gebaut. Armstrongs haben auch Geschütz-

und Rüstungsfabriken in Japan, und sie sind, zusammen mit Vickers und John Brown & Co., Teilhaber der „Hispana“-Gesellschaft für Schiffbau, das hauptsächlichste Instrument für den Ehrgeiz König Alfonsos und für die Verarmung des spanischen Bauers. Vickers Ltd. tragen auch zur Ergänzung der italienischen Flotte bei durch ihre Schwestergesellschaften Vickers-Terni Ltd., Odero in Genua und Orlando in Livorno.

Eine der seltsamsten Episoden der finanziellen und wirtschaftlichen Geschichte der letzten Zeit ist wohl die Wiedererrichtung der russischen Flotte, zu der britische, französische, deutsche, belgische und amerikanische Firmen beigetragen haben und heute noch beitragen, eine Ausstellung des Internationalismus, in seiner Weise ebenso überzeugend, wie die Friedenskonferenzen im Haag, die derselbe Zar einberief, um die Rüstungen zu beschränken. Fünfzig Millionen Pfund Sterling soll diese neue Flotte, deren Autorisation vor einem Jahr von der Duma erzwungen wurde, ungefähr kosten. Das Kapital wurde hauptsächlich durch französische und andere ausländische Institute investiert; die Zinsen werden von den armen russischen Bauern und Arbeitern gezahlt. Es muß aber bedacht werden, daß der Patriotismus in Rußland größer ist als in England, d. h. er ist ultra-nationalistisch und ultra-protektionistisch; er ist ebenso ultraklerikal und hängt gewöhnlich mit dem Geben und Nehmen von Bestechungsgeldern zusammen. Das ist aber eine Sache für sich. Die russische Regierung hat keine unserer britischen Einwände über die Ausdehnung der Staatsgeschäfte für sich. Aber je mehr Unternehmen die Regierung in ihrer Gewalt hat, desto mehr Profitgelegenheit hat die herrschende Bureaukratie. Deshalb wurde beschlossen, daß, trotzdem ausländisches Geld und ausländische Kenntnisse verwendet werden müssen, diese soviel als möglich in den Dienst der „wachsenden Schaffung einer nationalen Industrie für Schiffbau“ gestellt werden. So haben Vickers Ltd. (die eben den Kontrakt schließen) nicht die notwendigen Geschütze zu ergänzen, sondern eine neue Fabrik in Form einer Spezialgesellschaft mit einem Kapital von 1 500 000 £ zu bauen. So sollen Schiffe nicht aus dem Auslande importiert, sondern durch russische Arbeiter, mit russischem Material, unter ausländischer Führung erbaut werden. Die ersten vier russischen Dreadnoughts sind gerade in St. Petersburg unter der Aufsicht von John Brown & Co. fertiggestellt worden. In Nikolajeff am Schwarzen Meer wurden zwei andere Kriegsschiffe durch eine franco-russische Gesellschaft erbaut, während andere in einer zum Teil der Vickers Ltd. gehörigen Werft, die auch zur Ergänzung der Maschinerien zweier Schiffe der Ostsee dient, erbaut werden. Andere Maschinerien

werden unter der Aufsicht von Blohm & Voß von Hamburg ergänzt. Rußland erzeugt nun seine meisten Panzerplatten selber, aber die Aufträge dafür wurden in Amerika und Frankreich erteilt. Bei schweren Geschützen haben die Ausländer größere Vorteile, und Vickers und Armstrong erhalten nun die wichtigsten Aufträge.

Die technische Beilage der „Times“ vom 25. Juni 1913 bringt einen sehr bezeichnenden Artikel über diese Tatsachen. Früher hielten es die Meister der Strategie für unangebracht, „daß eine Nation ihr Kriegsgeheimnis und ihr Kriegsmaterial preisgab“. Diese „Einrichtung eines Heimlichkeits-Prinzips“ wurde aufgegeben und „der gegenwärtige Wechsel der Ideen und Waren in Kriegsmaterial zwischen den Nationen ist ein bezeichnendes Produkt des modernen Handels und der Diplomatie“. Dies „wird mit vollkommener Gleichgültigkeit betrachtet. Es ist aber vielleicht das am meisten paradoxe Moment unseres Zeitalters“, nämlich, daß die Equipierung der Armeen und Flotten immer einheitlicher wird; aber die Oberhand „würde jener Nation zuteil werden, die die Entwicklung der Verschiedenheiten der bestehenden Typen in Betracht zieht“ — eine Folgerung, die den Kriegshändlern sehr bequem ist.

Rußland ist ein reiches Land. Am anderen Ende Europas liegt der kleine und arme Staat Portugal, der verzweifelt um die Erhaltung seiner neuen republikanischen Institution kämpft. Mit jährlichen Einnahmen von bloß 16 000 000 £ trägt er eine Schuld von 180 000 000 £, so daß das Budget in der Regel ein Defizit aufweist. Aber auch die Regierung von Portugal wurde davon überzeugt, daß sie eine neue Flotte brauche, und daß nur britische Erbauer sie erretten können. Damit übereinstimmend wurde ein in der Zusammensetzung beinahe ganz britisches „Portugiesisches Flottenbau-Syndikat“ gebildet, das schon seinen Kontrakt in der Höhe von 1 500 000 £ in der Tasche hat. Dazu gehören die Firmen: John Brown, Cammell, Laird, the Fairfield Co., Palmers Thornycrofts und die Coventry Ordnance Co.*). Es gab Zeiten, da die Engländer für Portugal geblutet haben; jetzt muß unser alter Bundesgenosse für uns bleiben. So bezahlt der Schwache für den Schutz des Starken.

Diese großen Unternehmungen regen verschiedene große Fragen an. Von Zeit zu Zeit tauchen leicht Fragen über Englands Stellung am Mittelländischen Meer auf; und öfter noch wird nach der Stärke der Land- und See-Verteidigung des Weges nach Indien gefragt. Die einzige Gefahr in dieser Richtung wurde von den „patriotischen“ britischen Kapitalisten ins Leben gerufen. Nehmen wir einen Augenblick an, daß der

Krieg, den diese Patrioten so oft kommen sehen, — der Kampf um Leben und Tod zwischen der Tripel-Allianz und der Tripel-Entente — ausgebrochen wäre. Die Arsenale und Werfte würden, wahrscheinlich beschlagnahmt und gegen uns angewendet werden. Andrew Noble oder Vickers werden dies zwar als absurd verwerfen. Wenn dem aber nicht so ist, weshalb bauen sie Dreadnoughts für Italien? Gegen wen, wenn nicht gegen England? Gegen unseren Freund Frankreich? In Uebereinstimmung mit der „patriotischen“ Theorie würde dies einem Bauen gegen England gleichkommen. Oder gegen die Türkei? Aber dieselben Firmen zeigen ihre Unparteilichkeit dadurch, daß sie ihre italienischen Werften dazu benützen, der Türkei Kriegsschiffe zu liefern, die diese nicht benützen kann. Oder gegen Spanien? Zu gleicher Zeit aber versorgen sie Spanien mit einer Flotte, die es gewissermaßen gegen jene, die sie für Italien bauten, benützen soll.

Dies klingt wie Wahnsinn; aber als Geschäft ist es äußerst methodisch und gewinnbringend. Ihr überzeugt einen Staat, — zum Beispiel Italien — daß er mehr große Schiffe oder ein neues Feldgeschütz braucht. Der nächste Nachbar — Frankreich zum Beispiel — muß diesem Beispiel bald folgen; dadurch häufen sich die Aufträge. Mittlerweile ist ein anderer Nachbar — Spanien zum Beispiel — leicht davon zu überzeugen, daß seine afrikanischen Interessen in Gefahr sind und daß der britische Dreadnought die einzige Maßnahme zur Begegnung einer solchen Gefahr ist. Nun wird dieses Aufdrängen eines Geschäftes von Pozzuoli auf Ferrol übertragen und die Runde beginnt von neuem. Oder, um die Szene zu ändern, wird es euch, in einem gegebenen Moment sehr leicht fallen, Staatsmänner Japans davon zu überzeugen, daß eine moderne Flotte für ihre Absichten in China und in der Mandschurei notwendig ist. Seid ihr da nicht die Urheber von Britanniens Macht und ist dies nicht das „Britannien des fernen Ostens?“ Alles geschieht, wie ihr es vorhergesagt habt. Nun aber bietet Rußlands Demütigung eine gute Beute für eure „Liebkosungen“. Millionen haben eine eigene Art, zwischen den Fingern der Minister des Zaren zu verschwinden. Es gab zahlreiche Flottenskandale in St. Petersburg, in welchen ausländische Agenten eine eigentümliche Rolle spielten. Letzten Endes aber, wird Rußland seine Flotte und Vickers und Brown ihre Profite erhalten. Laßt Deutschland seiner Ostseeküste gedenken! Es denkt schon daran; und — die Krupps, die Vulkan-Werke, die Deutsche Munitions- und Waffen-Fabrik verzeichnen gute Geschäfte. Nun sind aber sofort die Nobles und Mulliners, die Roberts und Beresfords alle aufs höchste erregt. England wiederhält von anti-deutschem Sturmläuten und neue Kontrakte werden an Vickers, Armstrong,

*) „Economist“, Mai 1913.

Brown und anderen Gesellschaften gegeben. Parlament und Presse sprechen von einer politischen Krise: dies alles ist aber nur der Ausfluß einer unaufhörlichen Propaganda der Kriegshändler.

Nun aber sind die hier erwähnten Fälle weit aus dem geringsten Teil der jährlich durchgeführten Aktionen. Mehr als die Hälfte eines Jahrhunderts hat England Leben und Gut daran gesetzt — wir geben dafür noch jetzt viele tausend Pfund jährlich aus — um Sklavenhändler in Afrika und Asien zu unterdrücken und um die Angriffe der jetzt nicht mit Bogen und Pfeil sondern mit modernen Waffen kämpfenden Eingeborenen zurückzuschlagen. Woher stammen diese Gewehre? Wer bewaffnet die Eingeborenen der indischen Grenze, die Straßenräuber von Persien, die erst kürzlich mehrere britische Offiziere töteten; wer bewaffnet die Sklavenhändler vom indischen Ozean und die Araber von Tripolis, die Somalis von Abessinien, die Albaner und Kreter, die Revolutionäre von Südamerika und die unzählbaren Eingeborenen aus dem Innern Afrikas? Birmingham wird nicht das Geheimnis des Geschütz-Wettbewerbes an der Küste von Marokko verraten. Aber wir wissen, daß der britische Export von Feuerwaffen und Munition (ohne dazu Panzerplatten und anderes großes Material zu rechnen) im Jahre 1911 auf 3 845 000 £ stieg und daß dieser „patriotische“ Handel im Wachsen begriffen ist. Wir können überzeugt sein, daß dies verstärkte Rüstungen zur Folge haben wird.

Geheimrat von Bar, ein Bahnbrecher des Völkerrechts.

Von Dr. Hans Wehberg.

Nur wenige Tage nach der diesjährigen Sitzung des Instituts für internationales Recht, an dem er mit glühender Liebe hing, ist v. Bar dahingeshieden. Schon seit längeren Jahren hatte er wiederholt Krankheiten zu überstehen gehabt; aber jedesmal, wenn das Institut für internationales Recht von neuem zusammentrat, erwachte die alte Begeisterung wieder in ihm, und so fuhr er noch 1912 nach Christiania und in diesem Jahre wieder nach Oxford. Als ich Ende Juli v. Bar um einen Aufsatz für die Zeitschrift für Völkerrecht bat, schrieb er unter das Antwortschreiben mit großen Buchstaben die für ihn charakteristischen Worte: „Nächste Woche fahre ich nach Oxford zur Sitzung des Instituts!“ Es war seine größte Freude, an den Arbeiten dieser gelehrten Körperschaft teilzunehmen.

Es hatte wohl einen besonderen Grund, daß v. Bar gerade dem Völkerrechtsinstitut solche Anhänglichkeit entgegenbrachte. In den Jahrzehnten, da er dort gewirkt, hatte er reiches Verständnis gefunden, und seine Aus-

führungen auf den Tagungen wie in den schriftlichen Berichten waren stets in verdienter Weise anerkannt worden. In den Kreisen der internationalen Wissenschaft, die in jener Institution verkörpert ist, würdigte man das tiefe Wissen dieses Mannes auf dem Gebiete des gesamten internationalen Rechts, und er fühlte sich dort nicht, wie oftmals in seinem Vaterlande, vereinsamt. Im offiziellen Deutschland habe er, so klagte er mir einmal bitter, wenig Verständnis gefunden; weil er den Mut gehabt, eine eigene Ueberzeugung zu haben, habe man ihn oftmals zurückgestellt.

Immerhin konnte v. Bar mit der Anerkennung zufrieden sein, die seine Werke auch bei den deutschen Juristen gefunden haben. Sein in zweiter Auflage erschienenes Handbuch des internationalen Privat- und Strafrechts wird noch heute, obwohl es über 20 Jahre alt ist, auf zahllosen Gerichtsbibliotheken benutzt, und Sachkenner halten es für das beste deutsche Buch auf diesem Gebiete.

In den letzten Jahrzehnten seines Lebens hat sich v. Bar mehr und mehr dem Völkerrecht zugewandt und eine Fülle von kleineren Aufsätzen geschrieben. Irgend ein größeres Buch hat er dagegen über diese Probleme nie veröffentlicht. Trotzdem sind seine Ausführungen zum großen Teile von bleibendem Werte. Charakteristisch für ihn war, daß er weniger für die Darstellung des geltenden Rechts arbeitete, als für die Schaffung eines besseren Rechtes eintrat. In einem seiner letzten Aufsätze in dem „Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie“ untersuchte er, welches die Grundlagen des Völkerrechts sind bzw. sein sollen.

In Einzelfragen trat v. Bar namentlich bei der Erörterung des Schiedsgerichtsprblems hervor. Er hatte Bedenken, ob sich schwierigere Streitfragen jetzt oder in Zukunft schiedsrichterlich erledigen ließen, und schlug deswegen eine internationale Akademie vor, die Gutachten über politische Konflikte erstatten sollte. Auf kriegsrechtlichem Gebiete ist besonders die Opposition v. Bars gegen die Ratifikation der Londoner Seekriegserklärung bemerkenswert.

Aber wenn er auch in solchen Detailfragen Schöpfungen, die sonst allgemein als Fortschritte bezeichnet wurden, schwer bekämpfte, so war er dennoch alles eher als lediglich ein Verneiner. In ihm waren die Eigenschaften eines oft tüftlichen Kritikers und eines großzügigen Idealisten, der die leitenden Grundzüge nicht aus den Augen verliert, in trefflicher Weise vereinigt. So entspricht seine Stellung zur Friedensfrage genau seinem Verhalten gegenüber sonstigen Problemen. In Einzelheiten war er hier sehr kritisch und hielt sich auch meist von der praktischen Propaganda zurück. Im großen ganzen aber ließ er immerfort eine große Sympathie für die Friedensideen durchblicken, und er, der in

den jüngeren Jahren bei den Interparlamentarischen Versammlungen oftmals zugegen war, wurde noch zu Anfang dieses Jahres der erste Vorsitzende des Verbandes für internationale Verständigung.

v. Bar war Ehrendoktor zahlreicher Universitäten. Noch vor wenigen Tagen verlieh ihm Oxford den Ehrendoktor. Auch war er von Anfang an Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes. Sein größter Schüler ist Professor Schücking in Marburg.

Die Erinnerung an v. Bar wird in der deutschen und ausländischen Völkerrechtswissenschaft ewig leben, nicht nur wegen der Tiefe seiner juristischen Werke, sondern wegen des hohen Idealismus, mit dem er die Wissenschaft in den Dienst der großen Aufgaben der Fortentwicklung der Menschheit stellte. Er hat nie lediglich mit Begriffen operiert und sich in seine Studierstube eingeschlossen, sondern all seine Arbeit wuchs aus dem tiefen Verstehen des Getriebes der Welt und dem Wunsche, ihr vorwärts zu helfen.

Die Unlösbarkeit der Abrüstungsfrage in der Zeit der zwischenstaatlichen Anarchie.

Von O. Umfrid,

Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft.

Es hat eine Zeit in der Friedensbewegung gegeben, da man glaubte, mit der Abrüstung anfangen zu können. Man hätte meinen sollen, diese Anschauung sei längst überwunden. Tatsächlich hat sich auch im neueren Pazifismus die Meinung durchgesetzt, daß die Lösung der Schwierigkeiten, die unsere internationale Lage so unerquicklich machen, nicht damit begonnen werden dürfe, daß man das Symptom der Krankheit, den Rüstungswettlauf, beseitigen könne, daß man mit anderen Worten den Hausbau nicht mit dem Dach anfangen dürfe. Und nun hat Professor Quidde auf dem Haager Kongreß einen Vorschlag gemacht, der darauf hinauskommt, daß man zwar nicht mit der Abrüstung, wohl aber mit dem Rüstungsstillstand beginnen solle.

Es liegt mir durchaus fern, die großen Verdienste Quiddes, speziell um die Klärung des Rüstungsproblems, herabsetzen zu wollen. Ich bin vielmehr geneigt, die unbestreitbaren Vorzüge des von ihm ausgearbeiteten Entwurfs, so namentlich die Gründlichkeit und Vielseitigkeit der Darstellung, voll und ganz anzuerkennen. Der Entwurf ist mit parlamentarischem Geschick schon so weit ausgeführt, daß ihn die Regierungen zur Grundlage eines Rüstungsstillstandsvertrags machen könnten, so gut wie sie seinerzeit den Descampschen Entwurf als Fundament ihres Schiedsgerichtsabkommens

benutzt haben. Die Mächte könnten das tun, wenn die Voraussetzungen vorhanden wären, die als *conditio sine qua non* für jeden Rüstungsstillstand betrachtet werden müssen. Aber daß es an diesen Voraussetzungen fehlt, das ist meine wissenschaftlich begründete Ueberzeugung, aus der ich auch Herrn Professor Quidde gegenüber kein Hehl machen kann.

Ein Rüstungsstillstand auf Grundlage des Quiddeschen Entwurfs ließe sich etwa erzielen, wenn heute ein Gleichmaß der Rüstungen in allen Staaten erreicht wäre und wenn die einzelnen Staatenlenker sich sagen könnten: wir werden bei einem etwaigen Kriegsausbruch keinerlei Risiko laufen, von einem irgendwie stärker gerüsteten Staat niedergezwungen zu werden. So steht die Sache aber nicht: Die Hebel der Rüstungsschraube befinden sich sozusagen nie auf gleicher Höhe; da die einzelnen Kriegsminister sich sagen, wir werden nur dann mit Zuversicht auf Sieg hoffen dürfen, wenn wir den andern überlegen sind, so hat jeder das Bestreben, seinem präsidenten Gegner in Rüstungsfragen zuvorzukommen; die eisernen Arme, welche die Rüstungsschraube bilden, stehen daher immer so, daß bald der eine, bald der andere einen Vorsprung auf seiner Seite hat. Solange aber der eine Staat den andern im Vorsprung sieht, kann er sich in der Zeit des latenten Kriegszustandes, in dem wir uns befinden, nicht auf einen Rüstungsstillstand einlassen, wenn er nicht zum voraus eine etwaige Niederlage in Rechnung nehmen will.

Es möge mir gestattet sein, von diesem Standpunkt aus die Einzelheiten des Quiddeschen Entwurfs zu kritisieren, soweit sie die Kritik direkt herauszufordern scheinen.

Zu Artikel 1 möchte ich bemerken, daß es schon sehr schwer halten dürfte, eine Klarheit über die wirklichen normalen Rüstungsausgaben zu schaffen, wenn man annimmt, daß einzelne Länder, wie z. B. Rußland, durch unglückliche Kriege sich veranlaßt sehen, eine Reorganisation von Heer und Marine vorzunehmen. Wer will dem einzelnen Staat nachweisen, wieviel in dieser Reorganisation außerordentliches Budget ist, wieviel auf das Normalbudget zu setzen wäre? Aber auch abgesehen davon, welche schwerwiegenden Konsequenzen ergeben sich aus der Tatsache, daß einzelne Länder Kolonialtruppen unterhalten und daß es ihnen freisteht, im Falle eines Kriegsausbruchs dieselben unter Umständen eben doch gegen den europäischen Feind zu verwenden, nach dem Grundsatz, daß man eher eine Kolonie verlieren als seine europäische Stellung gefährden lassen dürfe!

Zu Artikel 2. Die Steigerung von 5 % in der einzelnen Waffengattung kann immerhin ganz beträchtliche Machtverschiebungen mit sich bringen. Man stelle sich vor, daß z. B.

für irgendeine europäische Infanterie jährlich 600 Millionen ausgegeben werden und daß die kommandierenden Generale darauf verfallen, für die einzelnen Kompagnien Maschinengewehre anzuschaffen, so stehen dafür bei 5 % 30 Millionen zur Verfügung. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Maßregel die entsprechenden Gegenmaßnahmen in der benachbarten Nation hervorrufen müßte, daß also eine Rüstungssteigerung zwar nicht auf dem Gebiete der Gesamtausgaben, aber innerhalb der einzelnen Budgetposten ihren Fortgang nehmen würde.

Ganz besonders schwierig müßte sich das von Quidde intendierte Abkommen durch seinen dritten Artikel gestalten. Nehmen wir an, irgendeine Marine soll nach einem bestimmten Programm bis zum Jahre 1920 ausgebaut werden, so wird die gegnerische Marineverwaltung sich selbstverständlich sagen, daß durch die programmäßige Vollendung der feindlichen Kriegsflotte die eigene Flotte bedroht werde, wenn nicht die nötigen Gegenrüstungen durchgeführt werden. Stellen wir uns vor, das erwähnte Programm bestimmt, daß im ersten Baujahr vier, im zweiten fünf, im dritten sechs usw. Dreadnoughts gebaut werden sollen, so ergibt sich daraus mit Naturnotwendigkeit, daß das Normalbudget, das auf vier Panzerschiffe angegeben sein mag, im zweiten und dritten Baujahr überschritten wird, daß demnach der sich bedrohtühlende Nachbarstaat sich bemühen wird, das nötige Gegengewicht in die Wagschale zu werfen. Vielleicht an keinem Punkte zeigt sich so deutlich wie an diesem, daß ein Vertrag betreffend Rüstungsstillstand nicht möglich ist, solange sich die Mächte als feindselige Konkurrenten gegenüberstehen.

Wenn Quidde meint, ein Staat, der sich zur Dislozierung einzelner Armee- und Flottenteile entschließt, werde sich bereit finden lassen, den Mitkontrahenten von diesem Plan ein halbes Jahr vor der Ausführung desselben Kenntnis zu geben, so bewundere ich die politische Glaubenskraft, die in diesem Gedanken niedergelegt ist, ich muß aber bekennen, daß mir der Glaube an diese Botschaft fehlt; hat sich doch in der bisherigen Geschichte immer gezeigt, daß derartige Verschiebungen ganz plötzlich und überraschend vorgenommen wurden. Und niemand kann verkennen, daß dadurch tatsächliche Machtveränderungen sich vollziehen. Es wird nicht nötig sein, zur Feststellung dieser Tatsache ein Schiedsgericht anzurufen.

Wenn dann Quidde in Artikel 4 der Meinung Ausdruck gibt, daß diejenigen Ausgaben, die ein Staat aufwenden müsse, um sich gegen gewisse in den Vertrag nicht eingeschlossene Mächte zur Wehr zu setzen, dem Normalbudget nicht zuzurechnen seien, so zeigt sich aufs neue, daß er hier mit Zu-

ständen rechnet, die in Wirklichkeit nicht durchsichtig genug sind, um beruhigend wirken zu können. Stellen wir uns doch einmal vor, es gelänge zwar, die europäischen Staaten zu dem von Quidde vorgeschlagenen Vertrag zu vereinigen, die russische Diplomatie reüssiere aber nicht in dem Bestreben, Japan für den Rüstungsstillstand zu gewinnen, so würde Rußland mit Recht erklären, es müßte eine Mehrrüstung auf sich nehmen, um das feindselige Inselreich im fernen Osten im Schach zu halten. In derselben Zeit aber ergäbe sich ein diplomatischer Konflikt zwischen Rußland und Deutschland, so ist doch mit mathematischer Sicherheit anzunehmen, daß Rußland die ursprünglich anti-japanische Mehrrüstung in antideutschem Sinn verwenden würde, und schon die leise Möglichkeit einer derartigen Verwendung würde der deutschen Staatskunst genügen, eine militärische Mehrforderung an den Reichstag zu bringen, womit offenbar der ganze Vertrag über den Haufen geworfen wäre.

Ich kann nach alledem die Gutgläubigkeit Quiddes nicht teilen, die er in Artikel 6 zum Ausdruck bringt, wonach die Mächte sich verpflichten, den Vertrag loyal zu halten. Solange sie sich nun einmal auf dem Kriegsfuß gegeneinander befinden, werden sie ebensowenig wie die sich auf dem Kriegspfad tummelnden Indianer darauf verzichten, von den sittlich anfechtbaren Mitteln der List und Hintergehung, der Spionage und bezahlten Verrats, Gebrauch zu machen. Man kann von einem faulen Baum nicht gute Früchte erwarten, und aus der unsittlichen Grundlage des Kriegszustandes kann nicht das Aehrenfeld der Loyalität und wahrhaft friedlicher Gesinnung aufsprießen. Es ist nicht die Verbohrtheit in irgendeine Theorie, die mich hindert, den Quiddeschen Vorschlägen zuzustimmen. Es ist einfach der Blick für die Wirklichkeiten des Lebens, der mir zeigt, daß die Frage der Abrüstung wie des Rüstungsstillstandes, solange das internationale Faustrecht gilt, unlösbar ist. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte dürfte unzweideutige Belege dafür in sich schließen. Eugen Schlieff hat recht gehabt, wenn er nicht als Theoretiker, sondern als praktischer Kopf den „Staatenrundvertrag“ als Voraussetzung jeder dauernden Annäherung der Völker betrachtete. Erst wenn sich die Staaten ihren gegenwärtigen Besitzstand garantiert haben werden, erst wenn sie aus Konkurrenten Associés geworden sein werden, erst wenn die Brücke zwischen Dreibund und Tripelentente geschlagen sein wird, erst dann*) kann man an

*) Ich bin im allgemeinen ein Gegner der Methode des „erst dann“. Der Quiddesche Entwurf sollte nach Absicht des Verfassers keinen anderen Zweck haben, als die Erörterung anzuregen. Umfrids Artikel ist also bereits eines dieser gewollten Ergebnisse Quiddes. Es ist gut, daß diese Anschauung Umfrids wieder ein-

die Frage des Rüstungsstillstandes und der Abrüstung mit Aussicht auf Erfolg herantreten.

◻ RANDGLOSSEN ◻ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 13. September 1913.

Der Friede — was man so Friede nennt — ist in Bukarest unterzeichnet worden und hat dem Beuteverteilungskrieg zwischen den Balkanverbündeten ein Ende gemacht — was man so ein Ende nennt. Nämlich Atemschöpfen bis zum nächsten Krieg. Vielleicht werden die Ereignisse die Dinge anders gestalten, aber im Sinne der Friedensunterzeichner dominiert der Begriff: Revanche. Nicht etwa im stillen: es wird gar kein Hehl daraus gemacht. So hat König Ferdinand am Tage nach dem Friedensschluß in einem Armeebefehl folgendes gesagt:

Von allen Seiten bedrängt, mußten wir den Bukarester Frieden unterzeichnen, da unser Vaterland nicht imstande war, mit seinen fünf Nachbarn zu kämpfen, ohne Gefahr zu laufen, alles zu verlieren. Erschöpft und ermüdet, aber nicht besiegt, mußten wir unsere glorreichen Fahnen für bessere Zeiten zusammenfalten. Möge Gott euch alles lohnen, was ihr getan habt. Erzählt euren Kindern und Enkelkindern von der Tapferkeit unseres Heeres und bereitet sie vor, das ruhmvolle Werk zum Abschluß zu bringen, das ihr begonnen habt.

Wie es scheint, gibt es im Kriege immer Sieger, aber niemals Besiegte; denn wenn das von fünf Nachbarn wehrlos gemachte Land von sich verkünden darf, daß es nicht besiegt ist, wann tritt dann dieser Zustand eigentlich ein? Und wenn alles, was ein Feldzug bringt — ob Gewinn oder Verlust —, „glorreich“ und „ruhmvoll“ ist, worauf sind die Gewinnenden so besonders stolz? Das Stechen, Hauen, Schießen, Plündern, Brennen selber — auch wenn es seinen Zweck nicht erreicht — gilt als das Bewundernswerte, als alles das Getane, „das Gott lohnen möge“.

Aber auch die tatsächlichen Sieger betrachten den Frieden nicht als definitiv, erachten das Erreichte nicht als befriedigend. In dem nach dem Friedensschluß vom König Konstantin erlassenen Tagesbefehl heißt es:

„Unser Werk ist jedoch nicht vollendet. Griechenland muß stark, sehr stark werden. (Freuet euch, Krupp;

mal betont wird. Immerhin ist es aber auch gut, dem vielleicht gar nicht mehr so fernen Zeitpunkt vorzuarbeiten, wo diese Anschauungen Allgemeingut sein werden. Das hat Quide am XX. Weltfriedenskongresse getan. A. H. F.

Armstrong, Creuzot!) Ich werde ohne Unterlaß arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Bewahret den unumstößlichen Entschluß unser Aller, Griechenland militärisch sehr stark, von seinen Freunden geachtet, seinen Feinden furchtbar zu machen.“

O, dieser Ehrgeiz nach dem Furchtbarsein! Lebt denn in unserer Zeit wirklich noch das Tamerlan-Ideal?

Kaum hatte man aus Bukarest verkündet, daß der Balkankrieg zu Ende sei, so machte sich, unter Enver Bey, die türkische Armee auf den Weg und nahm sich Adrianopel zurück. Das mit Tausenden von Blutopfern aufgepflanzte Kreuz wurde wieder durch den Halbmond ersetzt. Darüber Jubel in Konstantinopel, und die türkischen Heerführer wollen das ganze verlorene Gebiet zurückerobern, ja sogar bis Sofia vordringen. Die Bulgaren können sich nicht wehren, aber die Türken können die Hunderttausende im Felde stehende Soldaten nicht ernähren. Und so kommt es zu direkten Friedensverhandlungen zwischen den beiden Gegnern. Sie werden sich wahrscheinlich einigen, möglicherweise sogar ein Bündnis schließen. Das wäre doch der allerironischste Abschluß des mit so frommem Pomp unternommenen Kreuzzugs.

Genug vom Balkan. Es gibt auch lichtere Bilder in der Zeitgeschichte. Im Haag wurde der Friedenspalast feierlich eröffnet. Alle Glocken der Stadt läuteten dazu: die internationale Völkerjustiz ist in ein prunkvolles Heim eingezogen. Sichtbar, greifbar steht der stolze Bau nun da: Tempel, Symbol und Arbeitsstätte. So ist der Genius des Friedens wenigstens nicht mehr obdachlos. Die Wirkung, die von diesem Monument ausstrahlen wird, ist noch unberechenbar. Andrew Carnegie hat der Welt ein Geschenk gemacht, das ihm ein paar Millionen gekostet hat, das aber, wenn es seine Bestimmung erfüllt, der Welt ungezählte Milliarden ersparen wird. Daß rings im Heer der Verständnislosen zu dem ganzen Bau, zu der ganzen Zeremonie gelächelt wurde, und auf den als Gegenargument gebrauchten Kontrast des Balkankrieges und der Rüstungssteigerungen hingewiesen wurde, das verschlägt nichts. Es ist noch nichts Neues und Großes in die Welt getreten, das nicht vom Hohngelächter der Toren begleitet worden ist.

Der Zar hat folgendes Telegramm an die Königin der Niederlande geschickt:

„Ich bitte Eure Majestät, meine herzlichsten Glückwünsche anlässlich der feierlichen Einweihung des Friedenspalastes entgegenzunehmen. Ich hege die aufrichtig-

sten Wünsche, daß dieses Gebäude, welches bestimmt ist, den Gedanken des internationalen Schiedsspruches zu symbolisieren, zu dem Friedenswerke, das mir seit jeher am Herzen gelegen ist, beitragen und ein neues Band zwischen den Nationen werden möge, indem es ihnen als Mittelpunkt dient; wo die Streitigkeiten, die sie trennen, geschlichtet werden sollen. Nikolaus."

Dieses Telegramm ist eine rückhaltlose Gesinnungserklärung, die sich genau mit dem Manifest von 1898 deckt. „Und der Krieg mit Japan,“ werden die ewigen Verneiner fragen, „warum wurde der nicht durch einen Haager Schiedsspruch verhütet?“ — Nun, die Unterrichteten wissen, daß der Zar den Krieg nicht wollte. Andere waren es, die ihn herbeigeführt haben. Nikolaus war entschlossen, den Streit im Haag schlichten zu lassen. An einem gewissen Tage, nachmittags 2 Uhr, sollte der Minister des Aeußern den nötigen Schritt ausführen, da geschah es, daß am Abend zuvor die Japaner, ohne Kriegserklärung, Port Arthur beschossen — und da war die Furie entfesselt.

In erschreckender Weise mehren sich die Katastrophen, die in Friedenszeiten durch Kriegsapparate verursacht werden. Auf dem Steinfeld bei Wiener-Neustadt fand neuerlich die Explosion eines Pulvermagazins statt, wodurch mehrere Menschen in Stücke zerrissen wurden; im Hafen von Pola platzte beim Probeschießen ein Schiffsgeschütz, das dem Vizeadmiral Grafen Lanyus beide Beine zerschmetterte; der Beklagenswerte starb nach unsäglichen Qualen; bei Helgoland endlich manövierte über den Schlachtschiffen ein Zeppelin. Er hat 2000 m hochsteigen müssen, „um vor den Schüssen der Schiffe sicher zu sein“; in dieser Höhe ergriff ihn ein Sturm und schleuderte ihn ins Meer — siebzehn Menschen in den Fluten begrabend. Mit Tötungsübungen beschäftigt, wurden die Betreffenden getötet. Alle diese Sprengmittel und Luftvehikel werden immer riesenhafter und gefährlicher; schließlich wird, wenn das so fortgeht, die Kriegstechnik ihre eigenen Maschinen und deren Bediener vernichten, was ja im Grunde auf dem Manöverfelde nicht tragischer als auf dem Schlachtfelde ist. Wenn nun auch noch die vom italienischen Ingenieur Uliva erfundenen F-Strahlen, die drahtlos auf Distanz jegliches Objekt vernichten, zu Übungszwecken probiert werden, so kann man damit zufällig nicht nur ein Pulvermagazin, sondern das ganze Steinfeld in die Luft fliegen lassen. Die Vertreter der Staaten, die alle diese Mordwerkzeuge eingeständenermaßen gegeneinander konstruieren und probieren, können dann wieder, krokodiltränengefüllten Auges, Kondolenzdepeschen austauschen.

Kriege können lokalisiert werden. Zum Glück (und zur Ehre der europäischen Regierungen), dem Balkankriege ist es nicht erlaubt worden, seine Flammen über die Grenzen hinübergreifen zu lassen. Aber wegen zweierlei Kriegsfolgen gibt es keine Grenzsperrung: finanzielle Schäden und Seuchen. Die Depression im Handel, die der Balkankrieg verursacht hat, hat sich bis nach Argentinien fühlbar gemacht, und die Cholera, das unheimliche Gespenst, ist auf dem Wege zu uns. Sie hat unzählige Opfer unter den Kriegführenden und unter dem kampflos promenierenden Heere Rumäniens gefordert, und jetzt zeigt sie sich schon in Ungarn. Ob die fürchterliche Geißel anwächst und sich verbreitet — wer kann's wissen? Hoffen wir, daß die gesteigerte hygienische und medizinische Kunst die Seuche meistern wird. Wir wehren uns ja so tapfer und so geschickt gegen alle erdenklichen Uebel. Aber die Quelle des Uebels zu verstopfen? . . . Warum nicht gar: Utopie.

Etwas unsäglich Kindisches spielt sich eben ab. Der König von Griechenland hat aus der Hand seines Schwagers den Marschallsstab erhalten. Darauf hielt er eine Dankesrede und lobte die deutsche Kriegskunst. Darob Beleidigung in Frankreich — die griechische Armee hat ja doch französische Instruktooren, also darf ein Grieche (der übrigens ein Däne ist) die deutsche Kriegsschule, in der er studiert hat, nicht preisen. Noch dazu, wenn man eben einen Besuch in Paris angesagt hat. Die nationale Empfindlichkeit dreht sich hauptsächlich um alles Soldatische. Diplomaten bemühen sich nun, die Worte des Königs zu erklären, abzuschwächen, zu entschuldigen . . . aber nun kommt hinzu, daß König Konstantin eine Einladung angenommen hat, die deutschen Manöver des kommenden Jahres mitzumachen . . . Das sind doch gräßliche Verwicklungen.

Und wie wird die Sache zwischen China und Japan enden? Auch dort drängt ein akuter Nationalismus, der sich bis zum Harakiri versteigt, zum Kriege. Japaner, die in Nanking wohnen, sind in der chinesischen Revolution getötet worden; dafür verlangt die japanische chauvinistische Partei von China eine demütigende Genugtuung — und um das zögernde Ministerium des Aeußern zu schneller Tat, womöglich zum Einmarsch aufzustacheln, schlitzt sich einer im Ministerpalais den Bauch auf. Wirklich, es ist, als ginge eine Woge von Kriegswahnsinn über die Welt . . . Wird sich noch rechtzeitig eine Flut des Friedenswillens erheben, die jene unselige Woge verschlingt?

DAVS DER ZEIT

Völkerrecht.

Die Haager Völkerrechtsakademie :: :: :: :: :: ::

soll nun im nächsten Jahr verwirklicht werden. Die Vorlesungen werden in den Monaten August, September und Oktober in den Räumen des neuen Friedenspalastes stattfinden. Jedes Land wird durch ein Mitglied in der Fakultät vertreten sein. Die Kurse werden sich auf zeitgemäße Fragen des Völkerrechts beschränken und von hervorragenden Rechtsgelehrten abgehalten werden. Auch praktische Übungen sind vorgesehen. Professor Renault, der hervorragende französische Völkerrechtsjurist, hat bereits einen Cyklus von 30 Vorträgen über die Schiedsgerichtsbarkeit angemeldet. Die fünf europäischen Hauptsprachen, das Deutsche, Französische, Englische, Spanische und Italienische sind als Unterrichtssprachen zugelassen. Die Vorträge sollen nachträglich auch im Druck erscheinen. Man rechnet, daß nicht nur die europäischen Mächte, sondern auch die Regierungen Asiens und Südamerikas Schüler nach der neuen Universität senden werden. Namentlich hofft man, daß die künftigen Diplomaten zur weiteren Ausbildung von ihren Regierungen nach dem Haag geschickt werden dürften. Die wissenschaftliche Leitung wird in den Händen eines Kuratoriums liegen, das sich aus den früheren Präsidenten des Instituts de Droit international zusammensetzt. Im übrigen wird das Unternehmen von der dritten (völkerrechtlichen) Abteilung der Carnegiestiftung, als deren Präsident James Brown Scott fungiert, finanziert. Dieser Abteilung steht eine Delegation von neun Mitgliedern des erwähnten Instituts de Droit international zur Seite, dem u. a. die Professoren Lammasch, Renault und Holland und der frühere norwegische Ministerpräsident Hagerup angehören.

Das Inslebentreten dieser Ferienkurse, die sich zweifelsohne gar bald zu einer ständigen Völkerrechtsuniversität entwickeln werden, ist als eine hervorragende Förderung des Weltfriedensgedankens und der internationalen Organisation auf das freudigste zu begrüßen.

Das „Institut de Droit international“ :: :: :: :: ::

trat zu seiner 28. Tagung anfangs August in Oxford unter dem Präsidium des Professors T. E. Holland zusammen. In der Hauptsache befaßte man sich mit der Durchberatung eines Gesetzbuches für das internationale Seekriegsrecht und mit dem Problem der Haager Ferienkurse für Völkerrecht, die dort einstimmig beschlossen wurden. Die nächste Tagung des Instituts wird im August 1914 in München stattfinden. Dementsprechend wurde Professor Harburger in München zum Präsidenten für das laufende Jahr gewählt. Sir Thomas Barclay wurde zum Vicepräsidenten, Professor Albertic Rolin zum Ge-

Ja, trotzallem, es wird. Denn mit einem Fragezeichen will ich nicht schließen. Dieser krumme Schnörkel paßt nicht in das Wappenschild von Fortschrittskämpfern. Ihr Speer heißt Wagemut und ihr Panzer: Zuversicht.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

4. August. In Oxford tagt die 28. Versammlung des Institut de Droit international.

6. August. In englischen Unterhaus interpelliert der Deputierte Barnes über die Vorbereitungen zur III. Haager Friedenskonferenz.

7. August. Zwischen den Vereinigten Staaten und San Salvador wird der erste Vertrag nach den Plänen Bryans abgeschlossen.

9. August. Die Schweiz nimmt den Bryan'schen Friedensplan im Prinzip an.

10. August. Der Friede zu Bukarest zwischen den Balkanstaaten wird unterzeichnet. Es folgt ein Tedeum.

12. August. Pessimistische Aeusserungen des englischen Schatzkanzlers Lloyd George über die Aussichten einer Rüstungsverminderung. „Ehe nicht vollkommene Vertändigung und vollständiges Zusammenarbeiten unter den Ländern hergestellt ist, um den Rüstungen Einhalt zu tun, sei keine Möglichkeit vorhanden, diese einzuschränken.“

18.—23. August. 20. Weltfriedenskongress im Haag.

22. August. Englische Studenten (Mitglieder der War and Peace Society in Manchester) treffen in Heidelberg ein.

23.—25. August. Freimaurerische internationale Kundgebung für den Weltfrieden im Haag.

27. August. Aus Anlass der Eröffnung des Friedenspalastes promoviert die Leydener Universität vier Ehrendoktoren.

28. August. Feierliche Einweihung des Friedenspalastes im Haag in Anwesenheit der Königin von Holland.

29. August. Bei der Enthüllung der Büste Randall Cremers im Haager Friedenspalast appelliert Andrew Carnegie an Kaiser Wilhelm, dass er die Initiative einer Organisation des Friedens ergreife.

29. August. 8. int. Studentenkongress Ithaca (V. St. Am.).

Anfangs September. Die Carnegie-Stiftung entsendet eine internationale Kommission zum Studium der Balkangreuel.

1. September. In Montreal hält der Lord-Kanzler Viscount Haldane eine denkwürdige Rede über die zunehmende Sittlichkeit in der internationalen Politik.

3.—5. September. Im Haag tagt die XVIII. Interparlamentarische Konferenz.

5. September. König Konstantin von Griechenland trifft in Berlin ein.

neralsekretär ernannt. Aus Anlaß der Instituts-tagung hat die Universität Oxford den Professoren v. Bar, Clunet, Fusinato und Nys das Ehrendoktorat verliehen. Diese Ehrung sollte auch Professor Lammach zuteil werden, der jedoch durch Krankheit am Erscheinen verhindert war.

Rüstungsproblem.

Von der Kriegsindustrie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die „Neue Freie Presse“ teilt unterm 2. September folgendes mit:

„Wie in finanziellen Kreisen verlautet, schweben Unterhandlungen, welche den Abschluß einer chinesischen Anleihe von 1,2 Millionen Pfund in Oesterreich bezwecken. Die chinesische Regierung unterhandelt hinsichtlich dieser Anleihe mit der Niederösterreichischen Eskompte-Gesellschaft. Von dem Erlöse der Anleihe soll der größere Teil zur Anschaffung von drei Kreuzern für die chinesische Kriegsmarine dienen. Die Verhandlungen sind weit vorgeschritten und dürften in den nächsten Tagen zum Abschlusse gelangen. Direktor Kraßny hatte in dieser Angelegenheit mit dem chinesischen Gesandten in Wien eine Konferenz.“

Der Londoner „Economist“ (6. IX.) weist darauf hin, daß die britische Admiralität Flotten-Missionen sowohl nach Griechenland wie nach der Türkei entsandt habe, die offenbar den Zweck haben, die betreffenden Regierungen zu neuen Flottenrüstungen anzuregen. „Daß unsere liberale Regierung“, so schreibt das genannte Blatt, „sich offiziell dazu hergibt, diese elenden Länder anzureizen, das Wenige, das ihnen an Kredit noch geblieben ist, für neue Seerüstungen zu verausgaben, ist ein so äußerst unnütziges Verbrechen, daß wir es nicht dem Kabinett in seiner Gesamtheit in die Schuhe schieben. Es mag die Verirrung eines oder zweier Mitglieder sein und nicht die übereinstimmende Politik von 20 Ministern.“

Der Balkan wird jetzt überschwemmt werden von den Agenten der Kriegsmaterial-Fabrikanten und der europäischen Banken. Die neue militärische Konzentration im Südosten Europas, gegen die man in Oesterreich und in Deutschland die Milliarden bereit stellte, wird von den internationalen Rüstungshändlern erst geschaffen.

Verschiedenes.

„Der schlimmste Feind.“ :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Nr. 87 seiner „Monistischen Sonntagspredigten“ widmet Wilhelm Ostwald einige Betrachtungen über die Ergebnisse des Balkankrieges. Eine Stelle aus diesen Betrachtungen wollen wir hier festhalten:

„Zunächst muß dasjenige bezeichnet werden, was als schlimmstes Uebel diese ganze

Reihe von Zerstörung, Mißhandlung, Krankheit und Armut gebracht hat. Dieser schlimmste Feind ist der Nationalismus. Wenn wir gegenwärtig auf die Religionskriege zurückschauen, die vor vier Jahrhunderten die damaligen führenden Kulturländer zerfleischten und unabsehbar blühende Gebiete zerstörten, insbesondere aber unser armes Deutschland um mindestens ein Jahrhundert in seiner Entwicklung zurückgeworfen hatten, so können wir uns nicht vorstellen, wie die Menschen so aller Vernunft bar sein konnten, daß sie diese ungeheuren Zerstörungen um gewisser religiöser Glaubenssätze willen über sich ergehen ließen, deren Inhalt der allergrößten Zahl der dabei Beteiligten und darunter Leidenden selbst vollständig unbekannt und unverständlich war, da er tatsächlich nur einige wenige Hunderte oder vielleicht Tausende von Theologen interessierte. Aber da diese Männer als die Verwalter der höchsten und heiligsten Güter galten und verstanden hatten, sich eine vollständige Herrschaft über das Denken der großen Masse durch jahrhundertelange Beeinflussung ihres Handelns und Fühlens zu sichern, so ließ sich diese Masse auf die Schlachtbank treiben und ließ ihre Hand für die Kulturzerstörende Tätigkeit der Fanatiker auf beiden Seiten. In Mitteleuropa ist es gegenwärtig vollkommen unmöglich geworden, derartige Religionskämpfe von neuem zu entfachen. Es würde sich jedermann achselzuckend fragen, was denn daran liegt, ob beim heiligen Abendmahl der Priester allein den Wein zu trinken bekommt oder auch die Gemeindemitglieder ihres Anteils teilhaftig werden, und was sonst die trennenden Faktoren der verschiedenen Konfessionen gewesen sind.

Während wir uns aber völlig erhaben fühlen über jene inzwischen vertrockneten Quellen des Kampfes und der gegenseitigen Zerstörung, sind wir selbst noch zum allergrößten Teil einem neuen geistigen Einfluß pathologischer Natur ausgesetzt, der unter dem Namen des Nationalismus oder des Nationalgefühls seit einem Jahrhundert in Europa schweres Unheil anrichtet. So Schweres wie vor vier Jahrhunderten das Religionsprinzip allerdings nicht, weil denn doch unsere gesamte Kultur viel zu hoch gestiegen, als daß ein derartiger wahnwitziger Fanatismus der Führenden und eine derartige stumpfsinnige Opferbereitschaft der großen Massen möglich wäre, welche beispielsweise die Scheußlichkeiten des Dreißigjährigen Krieges verschuldet hatten. Aber wenn wir beobachten, daß der Nationalismus unserem Nachbarstaate Oesterreich so gut wie vollständig seine innere Entwicklung unterbunden hat, daß die ungeheuren unverbrauchten Energien, die in den dortigen Völkern vorhanden sind, nutzlos, ja zerstörend darauf verwendet werden, um sich gegenseitig im Namen des Nationalismus zu bekriegen, wenn wir uns vergeblich fragen, welche Kulturarbeit denn überhaupt der nationale Gedanke in irgendeinem

Gebiet geleistet hat, so erkennen wir, daß wir tatsächlich hier vor den Wirkungen einer ähnlichen geistigen Epidemie stehen, wie sie vor Jahrhunderten unsere Kultur zum großen Teile zerstört und unsägliches Unheil über die Menschheit gebracht hat.



Billige Reiseerfahrungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
kann man nach den Empfehlungen des „Oberlausitzer Heimatkalenders“ erwerben. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet folgendes:

„Ueber den Krieg als Bildungsmittel plaudert, dem „Simplizissimus“ zufolge, in überaus anregender und origineller Weise „ein alter Kriegsveteran“ im „Oberlausitzer Heimatkalender auf das Jahr des Herrn 1913, herausgegeben im Auftrage bzw. mit Unterstützung der hohen Herren-Stände des Markgraftums Oberlausitz beider Anteile“:

„... Ja, das war eine herrliche Zeit mit ihren segensreichen Begleiterscheinungen. Das tägliche Politisieren, Räsonieren und Nörgeln hatte aufgehört; man dachte an seine Lieben, die im Felde standen, und betete fromm und inbrünstig für sie. Der Krieg lehrt nicht nur beten, er begeistert uns für Ideale und läßt uns ein fremdes Land mit seinen anderen Sitten und Kulturerfolgen kennen lernen. Kein Volk zieht so viel Vorteil und Gewinn aus einem Kriege als das deutsche, das den Gelehrten wie den Arbeiterstand gleichmäßig unter die Waffen ruft und dadurch befähigt ist, Beobachtungen in Feindesland zu machen, die wir in der Heimat verwerten können.“

„Der alte Kriegsveteran“ findet es offenbar zu teuer, auf eigene Kosten in ein fremdes Land zu reisen, um dessen Sitten und Kulturerfolge kennen zu lernen. Er würde es vorziehen, auf Staatskosten, einfach in Folge eines „frischfröhlichen Krieges“ sich Europa anzusehen. Sonderbare Früchte!



Ein Ausland-Pflichtjahr für die deutsche und französische Jugend.

Aus einem Aufruf:

„Pflanz in die Herzen eurer Knaben schon in zartem Alter die Ehrfurcht vor der Arbeit, die Wertschätzung von allem, was Menschenhand und Geist zum Nutzen, zur Freude und zum Segen für Menschen geschaffen haben, und die Verachtung vor dem heute so viele Seelen vergiftenden, einem vielgestaltigen Elend ins Antlitz grinsenden leeren, hoffärtigen Prunk und täuschenden Schein. — Laßt sie später im herrlichen Vaterlande durch Gebirg und Tal wandern, daß sie an den Brüsten der Allmutter Natur sich satttrinken mögen in der Geist und Körper stählenden Milch eines ungekünstelten, wahrhaft menschlichen Denkens und Empfindens. — Dann endlich führt die gesund an Leib und Seele Herangewachsenen (etwa 13jährigen, da die meisten Knaben mit 14 Jahren ins Be-

rufsleben eintreten) dem Nachbar im Westen mit den Worten zu: Nimm sie für ein Jahr, gib ihnen einen Platz an deinen Herdstätten in Dorf und Stadt. Sie wollen deine Jugend kennen lernen und lieb gewinnen, und indem deren Sprache, mit der sie sich daheim schon etwas vertraut gemacht haben, in Verkehr und Schule ihnen immer geläufiger wird, wollen sie zusammen von allem reden, was ihren von Rassenhaß freien Sinn in gleicher Weise bewegt. Dafür schicke uns deine gleichaltrigen Knaben zu, daß wir Gleiches mit Gleichem vergelten können. — Und das Bündnis, das unsere Kinder im Herzen, nicht auf Papierfetzen und ohne spitzfindige Verklammerungen, unter alljährlicher Erneuerung durch die Nachwachsenden schließen werden, wird dann mit der Selbstverständlichkeit eines sieghaften schöpferischen Gedankens in dem Staate der zwiefach mündig Gewordenen allen kulturmörderischen „Ideen“ den Garaus machen und zu einem Frieden zwischen Deutschland und Frankreich und damit von Europa führen, der nicht mehr auf Bajonetten balanciert.

Und so bitte ich euch denn, gleichgesinnte Volksgenossen, mich in meinem Bemühen zur Verwirklichung des hiermit der Oeffentlichkeit unterbreiteten sozialpolitischen Plans nachhaltig zu unterstützen. Fordert unablässig in Wort und Schrift, in Versammlungen und in der Presse, vornehmlich auch durch die Verbreitung dieser meiner Flugschrift, das großzügig gedachte, in seiner Ausführung klassisch-einfache, gesetzlich festzulegende und staatlich zu regelnde Ausland-Pflichtjahr für die deutsch-französische Jugend. (Die französische Flugschrift ist auch bereits von mir verfaßt.) Zustimmungserklärungen aus allen Kreisen der Bevölkerung sind mir sehr willkommen. Schriftsteller Reinhold Schmidt, Boilstadt b. Gotha (Allemagne).“

Dieser Gedanke ist wert, weiter verfolgt zu werden. Wie wäre es, wenn man ihn durch eine internationale Organisation der „Wandervögel“ und „Pfadfinder-Bewegung“ verwirklichen wollte.



Alldeutsche Philosophie.

In den „Alldeutschen Blättern“ (30. Aug.) polemisiert der „bekannte Rassengelehrte“ K. F. Wolff in einem „Vorbehalt der politischen Rechte!“ überschriebenen Artikel gegen Norman Angell. Er ist diesem gegenüber der Ansicht, daß sich der Krieg in der Gegenwart doch „noch bezahlt“ macht und eine Eroberung „sich noch lohnen dürfte.“ Um diesen Beweis zu erbringen, konstruiert der „Rassengelehrte“ einen Gegensatz zwischen Menschenrechten und politischem Rechte. Die Menschenrechte will Wolff den Bewohnern der eroberten Länder gewahrt erhalten, aber die politischen Rechte sollen lediglich dem Eroberer gehören, denn sie wurden nur durch Krieg erworben.

Wir wollen auf das Unsinnige dieser Theorie nicht näher eingehen, sondern nur auf

die von dem alldeutschen Gelehrten gezogenen Folgeerscheinungen verweisen. Er führt aus:

„Die Eroberer handeln biologisch nur folgerichtig, wenn sie die fremde Sprache zu verdrängen und das fremde Volkstum zu zertrümmern trachten. Darum keine Versöhnungsversuche, sondern kühles Herrenbewußtsein, möglichste Machtentfaltung und strenge Vorbehaltung aller politischen Rechte!

Auch Mr. Angell wird zugeben müssen, daß sich bei solchem Verfahren ein Krieg schon noch bezahlt machen und eine Eroberung noch lohnen dürfte. Nur muß das erobernde Volk menschenreich sein, (Das ist ja eine Aufforderung an Rußland, in Deutschland einzufallen! F.W.) damit es den gewonnenen Landstrich mit seinen Leuten überfluten kann. Menschenreiche Völker aber sind auch die einzigen, die ein moralisches Anrecht auf Eroberungen haben, denn es ist unbillig, daß in dem einen Lande Uebervölkerung herrscht, während dicht daneben — und noch dazu auf besserem Boden — eine wenig zahlreiche Bevölkerung sich's bequem macht. Mehr als unbillig hingegen, ja geradezu frevelhaft ist es, wenn ein menschenarmes Volk sich fremder Länder bemächtigt, bloß in der Absicht, ihr Rekrutenmaterial, sei es nun weiß oder farbig, für ehrgeizige Pläne zu mißbrauchen.

Mr. Angell glaubt, daß man „in unserer Zeit des Telegraphen, des Dampfschiffes, der Verfassungen“ Eroberungen zwar machen, aber nicht behaupten könne. Was Telegraph und Dampfschiff damit zu tun haben, ist nicht recht verständlich; bezüglich der „Verfassungen“ jedoch gibt sich Mr. Angell landläufigen Vorurteilen hin; ein willenskräftiger Staatsmann wird solche Vorurteile über Bord werfen. Verfassung für die Sieger, aber nicht für die Besiegten! Den Besiegten gebe man Menschenrechte, aber keine Herrenrechte. Das Menschentum wird mit uns geboren, das Herrentum aber will auf Schlachtfeldern verdient sein.“

In diesem Stile geht es weiter. Bis in die Einzelheiten werden die „Herrenrechte“ des siegreichen Volkes dargelegt.

Nur eins hat der große Gelehrte übersehen. Das Rezept ist nicht neu. Ein Volk hat es schon einmal anzuwenden versucht. Es waren die Türken, die ihr „kühles Herrenbewußtsein“, das sich die von ihnen Besiegten nun doch nicht gefallen lassen wollten, mit ihrem Zusammenbruch bezahlen mußten. Uns deucht, Norman Angell hat doch recht.

Seltame Friedensfreunde. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Aus Anlaß der Eröffnung des Haager Friedenspalastes hat die Zeitschrift „Nord und Süd“ eine besondere Holland-Nummer (Septemberheft 1913) herausgegeben, für die sogar Andrew Carnegie einen viel beachteten Leitartikel über „das Problem des internationalen Friedens“ geschrieben hat. Im Sinne des friedlichen Fortschrittes finden wir

in jener Friedens-Nummer auch Beiträge von von Karnebeck, Professor v. Vollenhoven und Dr. de Jong van Beek en Donk. Aber auch ein Artikel über „Deutschlands nächste Aufgaben“ ist in jener zu Ehren des Friedenspalastes erschienenen Nummer aufgenommen, der uns gar nicht gefällt und uns eher für das Blatt des Wehrvereins geeignet erscheint. Der Artikel ist „Georg Erdmann“ gezeichnet, soll jedoch von einem höheren Militär herrühren. Der Verfasser verändert von seinem Schreibtisch aus die Weltkarte, und es ist nicht uninteressant, was er über das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich sagt, das heute alle Vernünftigen und alle ehrlichen Friedensfreunde zu einem günstigen Ausgleich bringen wollen. Man liest auf Seite 312 jener Friedens-Nummer folgende „pazifistischen“ Ausführungen:

„Daß Deutschland nicht so ohne weiteres Frankreich angreifen kann, versteht sich von selbst. Als erste Vorbedingung gehört hierzu, daß Rußland als der Verbündete Frankreichs wieder erstlich in Asien gefesselt ist. Und daß dies in nicht zu ferner Zeit wieder geschehen wird, und zwar durch China, ist nicht zu bezweifeln. Aus diesem Grunde hat Deutschland China gegenüber eine möglichst freundschaftliche Politik zu führen und ein Verhältnis zu ihm herzustellen, ähnlich dem, wie es zwischen England und Japan besteht. Eine Veranlassung, den Krieg herbeizuführen, nach der Frankreich als der herausfordernde Teil erscheint, dürfte bei der hohen Reizbarkeit des französischen Volkes einer geschickten Diplomatie wohl nicht schwer werden. (!)

Wie schade (!), daß Deutschland, abgesehen von manchen anderen günstigen Gelegenheiten, den russisch-japanischen Krieg so unbenutzt (!) hat vorübergehen lassen!

Daran ist natürlich gar nicht zu denken, daß durch einen für Deutschland selbst günstigen Krieg ein wirklicher Friede zwischen diesem und Frankreich zu erreichen sein würde. Das ist aber auch gar nicht die Aufgabe (!), die vielmehr nur darin besteht, Frankreich so zu schwächen, daß es seine drohende Gefährlichkeit verliert und Deutschland gestattet, seine eigenen Rüstungen auf ein normales Maß zurückzuführen.

Um dies zu erreichen, wäre alles, was früher zu Lothringen gehört hat, nebst den noch im Besitz Frankreichs gebliebenen zum Elsaß gehörigen Teilen sowie überhaupt das ganze Maasgebiet zurückzunehmen.

Desgleichen hätte Frankreich alle die nördlichen Departements, die früher zu Belgien gehört haben,

an dieses abzutreten, wogegen wieder Belgien seinen flämischen Gebietsteil mit deutsch sprechender Bevölkerung an Holland auszuliefern hätte.

„Und Italien hätte seine Westgrenze bis ins Rhonetal nebst Savoyen vorzuschieben und möglichst auch Tunis zu annektieren.“

Und das zu Ehren der Eröffnung des Friedenspalastes!!

Etwas Gefährlicheres gibt es nicht als diese bramarbasierenden Redensarten, die keinerlei Echo im deutschen Volke, aber jenseits der Grenze Beachtung finden. Solche unverantwortlichen Schwätzereien veranlassen natürlich die französischen Chauvinisten für die Anspannung der Wehrkraft ihres Landes einzutreten. Dann kommen aber die Gesinnungsfreunde des Artikelschreibers, weisen auf die unerhörten Herausforderungen Frankreichs hin und verlangen unvermindert neue Milliarden für die Abwehr der französischen Rüstungen oder, wie es der Artikelschreiber tut, den Präventivkrieg. Solche Leute kosten durch ihr unverantwortliches Geschwätz dem deutschen Volke Milliarden.

Daß sich aber eine Zeitschrift, die der internationalen Verständigung dienen will, dazu hergibt, solch blutigen Tiraden Raum zu gewähren, noch dazu in einer Nummer, die ganz besonders dem Friedensgedanken gewidmet ist, erscheint im höchsten Maße bedenklich.

AVS DER BEWEGUNG

Zu Monetas achtzigstem Geburtstag. :: :: :: :: :: ::

Am 20. September vollendet Ernesto Teodoro Moneta seinen achtzigsten Geburtstag. Im Jahre 1833 in Mailand geboren, nahm er schon als Kind regen Anteil an jener politischen Bewegung, die zur Bildung der italienischen Einheit führte. Fünfzehnjährig nahm er mit seiner ganzen Familie an dem Mailänder Aufstand von 1848 teil. Im Jahre 1859 befand er sich als Freiwilliger bei den von Garibaldi kommandierten Alpenjägern, 1860 war er Generalstabsoffizier in der Armee Garibaldis und machte als solcher den Feldzug in Süditalien mit; von 1861—1867 finden wir ihn als Offizier in der italienischen Armee. Von Mai 1867 bis Oktober 1896 war er Chefredakteur der großen Mailänder Tageszeitung „Secolo“. Im Jahre 1897 gründete er die der Friedensidee und dem Internationalismus gewidmete Revue „La Vita internazionale“, deren Direktor er seit der Gründung ist. Im Jahre 1889 rief er noch den Friedensalmanach „Giu il armi“ ins Leben, der jährlich erscheint (jetzt unter dem Titel „Pro Pace“) und sich eines stets wachsenden Erfolges erfreut. Im Jahre 1878 gründete Moneta die „Unione Lombarda“, bis 1911 die erfolgreichste und tätigste italienische Friedensgesellschaft, der er seit 1891 präsidiert. Er ist der Gründer der italienischen Friedensgesell-

schaften zu Assi, Barzano, Borgolesia, Gallarate, Missaglia, Perugia und Voghera; die Konferenz der italienischen Friedensgesellschaften in Rom von 1891 wurde von ihm organisiert. Als Delegierter der „Unione Lombarda“ war M. auf allen Friedenskongressen, mit Ausnahme der in Chicago, Paris (1900), Glasgow, Stockholm, Genf und Haag abgehaltenen, und beteiligte sich im reichsten Maße an deren Arbeiten. Im Jahre 1894 veranstaltete M. auf der Mailänder Ausstellung eine Propagandaausstellung im Sinne der Friedensidee, und im Jahre 1896 gelang es ihm, nach der Schlacht von Adua eine mit 120 000 Unterschriften bedeckte Petition gegen die Fortsetzung des Krieges, die von einer großen Revanchepartei gefordert wurde, dem Parlament zu unterbreiten und diese Forderung durchzusetzen. Unzählige sind die Vorträge, die M. seit dem Jahre 1889 in Italien über die europäische Union und die Umwandlung der stehenden Heere in Defensivheere gehalten hat. M. bereitete auch den Mailänder Friedenskongreß von 1906 vor und präsierte diesem. Auf der Ausstellung in Mailand von 1906 organisierte er abermals eine große Friedensausstellung in eigenem Pavillon. Während der Tripoliskrise von 1911—1912 hat M., der schwer erkrankt war, anscheinend Einflüsterungen Folge gebend, die pazifistischen Grundsätze nicht vertreten. Er veröffentlichte:

„Le Guerre, le Insurrezioni e la Pace nel secolo XIX“. Bis jetzt vier Bände erschienen. 1908—1910. — „L'Idéal de la Paix et la Patrie.“ 1912 — sowie zahlreiche Broschüren und Artikel in den verschiedensten Zeitungen und Revuen.

Von 1892—1912 war Moneta Mitglied des Rates des Berner Friedensbureaus. Er ist Mitglied des Internationalen Friedensinstituts und des europäischen Rats der I. Abth. der Carnegie-stiftung. Im Jahre 1907 wurde ihm der Nobelpreis verliehen.

Wenn auch die Haltung Monetas im Jahre 1911 von den Anhängern der Friedensidee nicht gebilligt werden konnte, darf darüber nicht vergessen werden, daß der Achtzigjährige ein reiches der großen Sache gewidmetes Leben hinter sich hat, und daß er zu den Arbeitern der ersten Stunde gehörte. Er hat so viel zur Förderung des Pazifismus geleistet, daß seine von unglücklichen Zufällen bedingte Haltung während der Tripoliskrise seine großen Verdienste nicht verlöschen konnte.

Wir wünschen, daß er die Kraft besitze, noch weiter für das Friedenswerk tätig zu sein, um die Erinnerung an 1911 ganz vergessen zu machen und hoffen, daß er wieder den Weg zu seinen alten Freunden und Mitarbeitern finden wird.

A. H. F.

Kalendarium der pazifistischen Veranstaltungen. :: ::

23.—26. September. Konferenz deutscher und französischer Journalisten in Gent.

1.—6. Oktober. 28. Konferenz der Int. Law Association in Madrid.

4.—6. Oktober. Zweiter Verbandstag des „Verbandes für internationale Verständigung“ in Nürnberg.

Anfang Oktober. Friedenskongreß der deutschen protestantischen Theologen in Stuttgart.

Die Gewinner des Seabury-Preises von 1913. :: :: ::

Bei der von der „American School Peace League“ veranstalteten Preisbewerbung fiel der I. Preis für Normal-Schulkonkurrenten an Herrn Siegfried Wagner von der Lehrerbildungsanstalt in Kaiserslautern, der II. Preis für Sekundar-Schulkonkurrenten an den Handels-Akademiker Otto Petersilka in Wien. Die übrigen Preise fielen sämtlich nach den Vereinigten Staaten.

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Geh. Rat Prof. Ostwald in Groß-Bothen in Sachsen feierte am 2. Sept. seinen 60. Geburtstag. Der Gründer der Lehre von der Energie hat so viel für die internationale Verständigung und Organisation gewirkt, ist von seiner naturwissenschaftlichen Weltanschauung aus so nachdrücklichst für den Friedensgedanken eingetreten, daß er mit vollem Recht zu den Unseren gezählt werden kann. Die Glückwünsche aller Pazifisten und ihre Hoffnung, daß er noch lange seine Kräfte in den Dienst unserer Sache wird stellen können, sind ihm an seinem 60. Geburtstag massenhaft zum Ausdruck gebracht worden. — Dem Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Herrn Ch. L. Lange in Brüssel, wurde das Portefeuille eines norwegischen Ministers des Auswärtigen angeboten, das er jedoch ablehnte.

LITERATUR V. PRESSE

Die „Ethische Rundschau“,

die Magnus Schwantje seit dem vorigen Jahre als Monatsschrift in Berlin herausgibt, widmet der Friedensbewegung eingehende Beachtung. Wir finden in fast jeder Nummer der gut geleiteten und schön ausgestatteten Zeitschrift Beiträge aus der Feder hervorragender Pazifisten, die die Tagesfragen behandeln, wie auch eine umfangreiche Berücksichtigung der pazifistischen Literatur. In der Juli-August-Nummer sind z. B. Beiträge von Feldhaus, Katscher, Siemering, Umfrid und Wehberg enthalten. Der Jahrgang kostet 5 M. Probehefte stehen kostenlos durch den Herausgeber (Berlin W 15, Düsseldorf StraÙe 23) zur Verfügung.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Herausgegeben von Prof. Dr. Josef Köhler, Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim, Cambridge, und Dr. Hans

Wehberg, Düsseldorf. VII. Band. 2. Heft. Breslau 1913. J. N. Kerns Verlag.

Aus dem Inhalt: Prof. Köhler, Die Stellung des Haager Schiedshofes. — Gustav Kraemer, Das Recht der Küstenzonen in bezug auf die Fischerei. — Dr. Hans Wehberg, Die Schiedsgerichtsklausel in deutschen Handelsverträgen. — usw.

Revue Générale de Droit International Public. (Paris.) Mai-Juin 1913. No. 3.

Aus dem Inhalt: Prof. C. de Boeck, La sentence arbitrale de la Cour permanente de la Haye dans l'affaire Canevaro (3. mai 1912.) — Prof. C. Dupuis, L'Institut de Droit international. Session de Christiania (août 1912). — Allemagne et France. — usw. La Vie Internationale. Revue mensuelle des idées, des faits et des organismes internationaux. Tome III, 1913. Numéro 6. Fascicule 14. Lex. 8°. Bruxelles. Office Central des Associations Internationales.

Aus dem Inhalt: H. La Fontaine et P. Otlet, La deuxième Session du Congrès mondial. — Centenaire de la Paix anglo-américaine. — Internationalisation et militarisme. — usw.

— Tome IV. 1913. No. 1. Fascicule 15 de la collection.

Aus dem Inhalt: David Starr Jordan, Ce qu'Amérique peut enseigner à l'Europe. — George Sarton, L'histoire de la Science et l'Organisation Internationale. usw.

Bulletin of the Pan American Union. Washington. Juni.

Aus dem Inhalt: Fifth Pan-American Conference. — Visit to United States of Brazilian Minister of Foreign Affairs. — Mr. Carnegie and the Governing Board. — Lake Mohonk Conference on International Arbitration. — usw.

— Juli.

Aus dem Inhalt: Mission of Dr. Lauro S. Müller to the U. S. — Notable Speeches by Members of governing board. — International Students Conference. — usw.

Annuaire de l'Union Interparlementaire. Troisième année 1913. Publié par Chr. L. Lange. Gr. 8°. Brüssel 1913. Misch & Thron. 291 S. Lwbd.

Allen, Arthur W., The Drain of Armaments. (Revised Edition.) The cost of peace under arms. 8°. Boston 1913. (World Peace Foundation, Pamphlet Series. June, Vol. III. No. 6.) Published monthly by the World Peace Foundation, 40 Mt. Vernon Street. 19 S.

Aliance Belge des femmes pour la paix par l'éducation. Rapport de 1912. 8°. Antwerpen 1913. Imprimerie J. E. Buschmann, rempart de la porte du Rhin. 25 S.

Reals, Charles E., From Jungleism to Internationalism. (An adress delivered at the Fourth American Peace Congreß, St. Louis, May 1. 1913.) 8°. Chicago 1913. The Chicago Peace Society. 30 North LaSalle Street. 20 S.

Broda, Prof. Dr. R., Die Rolle der Gewalt in den Konflikten des modernen Lebens. Eine Rundfrage. Gr. 8°.

Berlin 1913. Monographien des Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen in Paris. Georg Reimer, 56 S. brosch. 1 M.

Mr. Bryans Peace-Plan.

Address by Hon. William J. Bryan at the Conference of the Interparliamentary Union at London, July 24, 1906. 8°. Boston 1913. World Peace Foundation. 4 S. Kostenlos.

Carnegie, Andrew,
The latest Panacea. Flugblatt 4 S.

Delaisi, Francis,
Le Patriotisme des Plaques blindées. (Krupp-Schneider & Cie.) Edition de la Revue „La Paix par le Droit“, Obl. 8°, Nîmes. 30 centimes.

Eighth international Congress of Students. 29 August—20 September, Programm and Information. obl. 8°. Ithaca, N. J. Cornell Cosmopolitan Club, 301 Bryant Avenue. 35 S. Kostenlos.

Essays towards peace, by John M. Robertson, Prof. Ed. Westermarck, Norman Angell, and S. H. Swinny. With introduction by Hypatia Bradlaugh Bonner. Kl. 8°. London. o. J. Watts & Co. 91 S. Sixpence.

Fuchs, Hofrat Prof. Th.,
Aphorismen zur Abrüstungsfrage. 8°. Wien und Leipzig 1913. Kaiserl. und Königl. Hof-Buchdruckerei und Hof-Verlags-Buchhandlung Carl Fromme. 15 S.

Gerber, Max,
Demokratie und Militarismus. Betrachtungen über die Voraussetzungen schweiz. Militärpolitik. 8°. Zürich 1913. Sozialpolit. Zeitfragen der Schweiz in Verbindung mit anderen herausgegeben von Paul Pflüger, Zürich. Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins. 94 S. brosch. 1 Fr.

Geschichtskalender, Deutscher, für 1913. Sechstes Heft. Juni. 8°. Leipzig 1913. Felix Meiner. S. 369—476.

Ginn, Edwin,
The international Library. 8°. o. O. 1910. o. V. 15 S.

Ginn, Edwin,
An International School of Peace. An adress delivered at the international Peace Congress at Lucerne September 1905. 8°. o. O. o. J. o. V. 7 S.

Ginn, Edwin,
Organizing the Peace work. 8°. Boston 1913. World Peace Foundation. Pamphlet Series. July, Vol. III. No. 7. Part. I. Published monthly by the World Peace Foundation. 40 Mt. Vernon street. 10 S. Kostenlos.

Gobat, A.,
Rapport sur les Evénements de l'année intéressant la Guerre et la Paix. 8°. Bern 1913. Publications du Bureau International de la Paix. 23. S.

Gobat, Albert,
La Conférence interparlementaire Franco-Allemande de Berne. Gr. 8°. Bern 1913. Publications du Bureau International de la Paix, Berne. 36 S.

Gobat, Dr. Albert,
Ueber die internationalen Friedensbestrebungen.

Gr. 8°. Breslau III, 1913. Sonder-Druck aus der schweizerischen Sondernummer von „Nord und Süd“, Augustheft. Verlag der Schlesischen Buchdruckerei v. S. Schottlaender, A.-G. 6. S.

Hirst, Francis W.,

Loans for war. The gladiatorial Press. A Paper read at the Ninth National Peace Congress, Leeds 1913. 8°. London 1913. National Peace Council, Economic Series No. 4 National Peace Council, 167 St. Stephenshouse, Westminster S. W. 7 S. 1 Penny.

Hoffmann, Geza von,
Sterilisierung der Minderwertigen im Staate Kalifornien. 8°. Leipzig 1913. Sonderabdruck aus dem Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik. Band 53. F. C. W. Vogel. Von S. 337—341.

Hoffmann, Geza von,
Die Rechtsgültigkeit der Sterilisierungsgesetze und der einschränkenden Ehegesetze in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. 8°. o. O. Sonderabdruck aus Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. 34. Band. 1912/1913. (Nicht im Handel.) Von S. 900 bis 905.

Holl, Prof. Dr. Karl,
Thomas Chalmers und die Anfänge der kirchlich-sozialen Bewegung. Separatabdruck aus Zeitschrift für Theologie und Kirche. 4. Heft, 23. Jahrgang. (Im Buchhandel nicht erhältlich.) 8°. Tübingen J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Von S. 218—265.

International Library, The. The most important series of books on the Peace Movement. 8°. Boston 1913. (World Peace Foundation, Pamphlet Series. May, Vol. III. No. 5. Part. 2.) Published monthly by the World Peace Foundation, 40 Mt. Vernon Street. 7 S.

Johnson, Herbert B., D. D.,
Discrimination against the Japanese in California. A Review of the real Situation. 8°. Berkeley 1907. Press of the Courier publishing Company. 133 S.

Lewinneck, Artur,
Die Freunde des Kronprinzen. Auch eine Schrift zum 25 jährigen Regierungsjubiläum unseres Kaisers. Gr.-8°. Königsberg i. Pr. 1913. Hartungsche Buchdruckerei. 47 S.

Lloyd Jones, Jenkin. L. L. D.
Peace, not war, the School of Heroism. (An adress delivered before the fourth American Peace Congress at St. Louis, Missouri, May 1, 1913.) 8°. Chicago 1913. The Chicago Peace Society. 30 North Lassalle Street. 15 S.

Lochner, Louis P.,
Internationalism among universities. 8°. Boston 1913. World Peace Foundation. Pamphlet Series. July. Vol. III. No. 7. Part. II. Published monthly by the World Peace Foundation, 40 Mt. Vernon Street. 12 S. Kostenlos.

Maciejewski, Dr. Casimir,
Les erreurs et les fautes des chefs du pacifisme. Kl. 8°. Paris 1913. M. Giard & E. Brière. 51 S. 0,75 Fr.

Massachusetts Peace Society, Work and Plans of the. obl. 8°. Boston, Massachusetts 1913. o. V. 19 S.

- Morrow, William W.,
Adress et the Festkommers celebrating the twenty-fifth amiwersary of the Ascension to the Throne of His Majesty, the German Emperor, William II, delivered at the German House, San Francisco, California, Saturday evening, June fourteenth, nineteen hundred and thirteen. 8^o. 9 S.
- Nippold, Prof. Dr. Otfried,
Der deutsche Chauvinismus. 8^o. Stuttgart 1913. Veröffentlichungen des Verbandes für Internationale Verständigung. Heft 9. Druck von W. Kohlhammer. 131 S. 1 M. — (Kostenlos für Mitglieder des Verbandes.)
- Nobelstiftelsens, Kalender 1913. Kl. 8^o. Stockholm 1913. Kungl. Boktryckeriet. P. A. Norstedt & Söner. 48 S.
- Oliveira Lima, Manoel de, The relations of Brazil with the United States. 8^o. New York City. 1913. International Conciliation. August No. 69. American Association for International Conciliation. Sub Station 84. (407 West 117 th Street.) 14 S. Kostenlos.
- Perris, George Herbert,
The war traders: an exposure. 8^o. London 1913. National Peace Council, 167, St. Stephenshouse, Westminster, S. W. 32 S. 2 d.
- Pichler, Hans A.,
Der Krieg vom Standpunkte der Naturgesetze. 8^o. Dresden und Leipzig 1913. „Globus“, Wissenschaftl. Verlagsanstalt. 46 S.
- Ralston, Jackson H.,
The proper attitude of the Hague Conference toward the Laws of war. Adress at the Mohonk Conference on International Arbitration, May 15, 1913. 8^o. Boston, World Peace Foundation. 4 S. Kostenlos.
- Schloesser, Dr. Hans C.,
Die Rückgabe des Elsaß an Frankreich unmöglich! Eine geschichtliche Beweisführung und ein erstes Mahnwort an alle Deutschen und Franzosen. 8^o. Leipzig-Go. 1913. Otto Hillmann. 31 S.
- Sembat, Marcel,
Faites un Roi sinon faites la Paix. Septième édition. 8^o. Paris 1913. Eugène Figuière et Cie. 275 S. 3,50 Fr.
- Serfass, Charles,
Peut-ou rester Pacifiste? Gr. 8^o. Saint-Imier. 1913. Publications du Bureau International de la Paix. (Berne.) Imprimerie E. Grossniklaus & Cie. 16 S.
- Steinitzer, Major a. D. Alfred,
und
Michel, Wilhelm,
Der Krieg in Bildern. Mit 91 Abbildungen auf 66 Tafeln. 4^o. München 1912. R. Piper & Co. 124 S. Lwb.
- Three Sermons on a failure of Christendom. I. W. L. Grane, Precept and Practice. II. T. J. Lawrence, Three great wants. III. C. O. Baumgarten, The stupidity of destruction. 8^o. London 1913. Published by the Church of England Peace League. 167, St. Stephenshouse, Westminster. 25 S. 3 d.
- Tryon, James L.,
The Hague Peace System in operation. Cases decided by the permanent Court of Arbitration. (Reprinted from the Yale Law Journal, November 1911.) Gr. 8^o. Boston Mass. 1911. The Massachusetts Peace Society, 31 Beacon Street. 24 S.
- Tryon, James L.,
A permanent Court of International Justice. A Suggestion for the Programme Committee of the Third Hague Conference. Gr. 8^o. Boston Mass. 1913. The Massachusetts Peace Society, 31 Beacon Street. 17 S.
- Waltershausen, Prof. Dr. A. Sartorius Freiherr von,
Begriff und Entwicklungsmöglichkeit der heutigen Weltwirtschaft. Rede gehalten am 2. Mai 1913. Gr. 8^o. Straßburg 1913. Rektoratsreden der Universität Straßburg. J. H. Ed. Heitz (Heitz & Mündel.) 24 S.
- Zamenhof, Dr. L. L.,
Deklaracio pri homaranismo. 16^o. Madrid 1913. Eldonejo Kaj Presejo de „Homaro“. S. Pasaje del Comercio. 14 S.
- Barclay, Sir Thomas,
Der italienisch-türkische Krieg. Ein Rückblick. (In englischer Sprache.) Sonderabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. 8^o. München und Leipzig. O. J. Duncker & Humblot. Von S. 496—520.
- Couturat, L., Jespersen, O., Lorenz, R., Ostwald, W., Pfaundler, L. v.
Weltsprache und Wissenschaft. Gedanken über die Einführung der internat. Hilfssprache in die Wissenschaft. 8^o. Jena 1913. Gustav Fischer. 154 S. brosch.
- Fried, Dr. Alfred H.,
Friedensbewegung und Presse. Bericht, erstattet an den XX. Weltfriedenskongreß im Haag (17. bis 24. August 1913). Gr. 8^o. (Bern 1913.) Publikationen des Internationalen Friedensbureaus. 8 S.
- Friedens-Jahrbuch 1913, Das, gr. 8^o. Stuttgart 1913. Zu beziehen von der Deutschen Friedensgesellschaft, Stuttgart. 54 u. 29 S. 50 Pfg.
- Harsley, Fred,
Gefahren auf dem Meere. Internationale Ueberwachung des Ozeans. Die Grenzen des Seekrieges. Flugblatt.
- Kammerer, Dr. Paul,
Genossenschaften von Lebewesen auf Grund gegenseitiger Vorteile. 8^o. Stuttgart 1913. Strecker & Schröder. 120 S.
- Lamprecht, Prof. Dr.,
Die Technik und die Kultur der Gegenwart. (Vorgetragen auf der 54. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure zu Leipzig.) Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure“, Jahrgang 1913. 4^o. 4 S.
- Le Foyer, Lucien,
Einrichtung eines Weltnachrichtendienstes für die Presse durch die Friedensvereine. Gr. 8^o. (Bern 1913.) Publikationen des Internationalen Friedensbureaus. 8 S.
- Maday, Prof. M. A.,
Ueber wirtschaftliche Zwangsmittel in Fällen von Uebertretungen des internationalen Rechts. Bericht an das Internationale Friedensbureau zur Weiterleitung an den Kongreß im Haag im August 1913. Gr. 8^o. (Bern.)

Publikationen des Internationalen Friedensbureaus, Bern. 11 S.

Mayer-Wien, Betty,
Anzengrubers Frauengestalten. Gr. 8°; o. O. 1913; o. V. 15. S.

Neumann, Hermann,
Krieg dem Kriege. 160. Breslau 1870.
F. Gebhardi. 51 S.

Nippold, Prof. Dr. Otfried,
Vorfragen des Völkerrechts. Gr. 8°. Tübingen.
Separat-Abdruck aus dem „Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Band VII, 1913“. (Im Buchhandel nicht erhältlich.) J. C. B. Mohr. (Paul Siebeck.) Von S. 20—48.

Norman Angell,
Der Kampf um den Welthandel und die internationalen Beziehungen. Bericht an das Internationale Friedensbureau in Bern zuhanden des Weltfriedenskongresses im Haag (August 1913). Gr. 8°. (Bern 1913.) Publikationen des Internationalen Friedensbureaus. 7 S.

Oloff, F.,
Eine neue Form des Wahlrechts auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und gemeinen Wahlrechts. Ein Kaiser-Jubiläums-Aufruf „An das deutsche Volk“. 8°. Berlin 1913. Puttkammer & Mühlbrecht. 132 S. Mk. 2.—.

Popper-Lynkeus, Josef,
Die politische Gleichberechtigung der Frauen und ihre wahrscheinlichen Folgen. Gr. 8°. Separat-Abdruck aus „Neues Frauenleben“. No. 6. 1913. 4 S.

Sittewalt, Philander von,
Elsaß-Lothringen deutsch? Nein! Elsaß-Lothringisch! Gr. 8°. Straßburg i. Elsaß. 1913. Selbstverlag des Verfassers. 23 S.

Umfrid, O.,
Europa den Europäern. Politische Ketzereien. Gr. 8°. Eßlingen a. N. (1913.) Wilh. Langguth. 208 S. Mk. 2.50.

Vollenhoven, Prof. Dr. C.,
Ueber den Vollzug des internationalen Rechtes durch eine internationale Polizei. Bericht an das Internationale Friedensbureau in Bern, zuhanden des Weltfriedenskongresses im Haag (August 1913). Gr. 8°. (Bern 1913.) Publikationen des Internationalen Friedensbureaus. 11 S.

Arnaud, Emile,
Code International Public. (Code de la Paix.) Deuxième édition. Gr. 8°. Bern o. J. Congrès Universel de la Paix. Ligue Internationale de la Paix et de la Liberté. 32 S.

Arnaud, Emile,
La Troisième Conférence de la Paix. 160. Bern 1913. Ligue Internationale de la Paix et de la Liberté. Aux Bureaux de la Ligue, 43, Luisenstraße. 33 S.

Bollack, Léon,
Rapport sur une méthode d'action dans la propagande pacifiste: les Pacifistes doivent-ils constituer une partie? Gr. 8°. Paris 1913. VIIIe Congrès National de la Paix. Paris 11. bis 13. Mai 1913. Au Congrès de la Paix. Mairie du Xe Arrondissement. 8 S.

Droit International Public, Le, dans les Pays-Bas 1596—1913. Catalogue d'une collection d'ouvrages écrits par des auteurs

néerlandais ou publiés dans les Pays-Bas réunie par la librairie Martinus Nijhoff. 8°. Haag 1913. Martinus Nijhoff. 19 S.

Fried, Dr. Alfred H.,
La Presse au service du Pacifisme. Rapport adressé au Bureau International de la Paix pour être transmis au Congrès de la Haye. (Août 1913.) Gr. 8°; o. O. (1913). Publications du Bureau International de la Paix. 11 S.

Gobat, A.,
Rapport sur les événements de l'Année intéressante de la Guerre et la Paix. Gr. 8°. (Bern 1913.) Publications du Bureau International de la Paix. 23 S.

Harsley, Fred,
Dangers of the Sea. International Supervision of the Ocean. Restriction of Battle to National Waters. Flugblatt.

Jourdain, Victor,
Le Rôle de la Presse devant la Guerre et la Paix. Rapport. Gr. 8°; o. O. (1913). Premier Congrès National de la Paix. 11 S.

Karnebeek, A. van,
Discours du Président du Comité des Directeurs de la Fondation Carnegie à l'occasion de l'ouverture du Palais de la Paix. 28 Août 1913. Gr. 8°; o. O. o. J. o. V. 16 S.

Nijhoff, Martinus,
Ouvrages principaux de Droit International Public. (Droit des Gens.) 8°. La Haye o. J. Martinus Nijhoff. 66 S.

Norman Angell,
La Jalousie Commerciale et les Relations internationales. Rapport adressé au Bureau International de la Paix pour être transmis au Congrès de la Haye. (Août 1913.) Gr. 8°; o. O. (1913.) Publications du Bureau International de la Paix. 7 S.

Palais de la Paix, Le,
Mémoire publié par la rédaction de „Vrede Door Recht“ à l'occasion de l'Inauguration solennelle du Palais de la Paix à la Haye, le 28 Août 1913. 40. La Haye 1913. Librairie Belinfante frères. 129 S.

Perrelet, Dr. Bernard,
Le Bureau international de relations maç. Organisation - But - Activité. 8°. Bern o. J. Imprimerie Büchler & Co. 32 S.

Union Interparlementaire. XVIIIe Conférence La Haye 3—5 septembre 1913. Documents préliminaires. Ordre du jour. Projets de Résolutions-Rapports I u. II. Gr. 8°. Uccle Brüssel 1913. Bureau Interparlementaire. 108 u. 33 S.

Union Interparlementaire. Conférence internationales de la Paix. Ratification des conventions issues de la deuxième Conférence et préparation des travaux de la troisième Conférence. Gr. 8°. Uccle Brüssel. 1913. Bureau Interparlementaire. 16 S.

Union Interparlementaire. Statuts et Règlements. (Revision de 1912 et 1913.) Gr. 8°. Uccle Bruxelles. 1913. Bureau Interparlementaire. 12 S.

Union Interparlementaire. XVIIe Conférence, La Haye. Rapport du Conseil interparlementaire à la Conférence. Gr. 8°. Uccle Brüssel 1913. 16 S.

DIE FRIEDENS-WARTE

Union Interparlementaire. Convocation du Conseil. 4^e. Uccle Brüssel 1913. 12 S.

Bourne, Randolph S., Arbitration and International Politics. 8^o. New York City 1913. International Conciliation. September No. 70. American Association for International Conciliation. Sub-Station 84. (407 West 117th Street.) 14 S. Kostenlos.

Brown, Alice M., Education, Not Legislation California and the Japanese. 8^o; o. J. o. V. o. O. 42 S. brosch.

Brown, Alice M., Japanese in Florin. O. J. o. V. o. O. 7 S. 8^o; brosch.

Brown, Alice M., The Recrudescence of Japanese Agitation in California. 8^o. 8 S.; o. V. o. J. o. O. brosch.

Columbia Alumni News. Vol. 4. No. 37. New York. 1913. 8^o. 617 S. brosch.

„Corda Fratres“, Eighth international Congress of Students. Ithaca, August 29. bis 3. September 1913. Final Bulletin of Information. Circular No. 3. 8^o. 12 S.

Fried, Dr. Alfred H., The Peace Movement and the Press. A Paper sent to the International Peace Bureau for Transmission to the Hague Peace Congress. (August 1913.) Gr. 8^o; o. O. (1913.) Publications of the International Peace Bureau. 8 S.

Leopold, Lewis, Prestige. A psychological Study of Social Estimates. Gr. 8^o. London und Leipzig. 1913. T. Fischer Unwin. 352 S. Cloth 10 sh. 6d.

Monthly Bulletin of books, pamphlets and magazine articles dealing with international relations. 8^o. New York City 1913. Association for International Conciliation. July. (Zu beziehen durch die „American Association for Int. Conciliation“. Sub Station 84. 407 West 117th Street.) Kostenlos.

Peace Congress. International Theosophical, Inaugurated by Katherine Tingley, Leader and official Head of the Universal Brotherhood and Theosophical Society throughout the World to be held at Visingsö, Lake Vettern, Sweden. June 22 to 29, 1913. Kl. 4^o. London E. C. (1913.) Theosophical Book Co., 18 Bartlett's Buildings. 111 S.

Vies, A. B. van der, Bijdrage tot de Geschiedenis van de Vredesconferenties en Het Vrede-Paleis. 8^o. Amsterdamsche Boek- en Steendrukkerij Voorheen Ellermann, Harms & Co. 1913. 42 S. brosen.

Intermita Sciigo. No. 2, 3, 4, 5, 6. Herausgeber B. J. Klingenberg, Christiania. Dahls Gate 18.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::
Völkerfriede. (Eßlingen.) Juli. G. Rühle, Krupp und Konsorten. — A. Westphal, Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaften in Mannheim. — Dr. Hans

Wehberg, Professor Lammasch und die Haager Friedenskonferenzen. — usw.

— August. O. Umfrid, Tambour Tod. — usw.

— September. O. Umfrid, Der Friede von Bukarest. — Dr. Richard Wilhelm, Deutsche Friedensaufgaben in China. — Dr. Hans Wehberg, Staatsminister Asser †, ein Bahnbrecher des internationalen Rechts. — usw.

Der Friede. (Bern.) Juli. W. Kohl, Um die Teilung der Beute. — Dr. L. Reinhardt, Die Kosten des letzten Balkankrieges. — usw.

— August. Geering - Christ, Zum Friedensschluß. — Otto Zwahlen, Die Friedensbewegung und Bertha v. Suttner. — usw.

Die Friedensbewegung. (Bern.) Juli. Dr. C. van Vollenhoven, Ueber den Vollzug des internationalen Rechtes durch eine internationale Polizei. — Julian Graude, Die Friedensbewegung und die englische Presse. — Alfred H. Fried, Friedensbewegung und Presse. — Andrew Carnegie in Paris. — Denys P. Myers, Schiedsgericht durch Verfassung. — Knut Sandstedt, Die Friedensarbeit im Norden. — usw.

Die Eiche. Vierteljahresschrift zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. (Berlin.) Nr. 3. Friedr. Siegmund Schultze, Bellealliance. — Lloyd George, Die Mitarbeit der Kirchen an der Besserung der sozialen Mißstände. — Lic. Peisker, Kirchliche Friedensarbeit. — usw.

Vaterland und Welt. (Göttingen.) Juli. Friedrich Depken, Die Grundlagen der internationalen Studentenbewegung Deutschlands. — Dr. K. Brunner, Internationale Ferien. — usw.

La Paix par le Droit. (Paris.) No. 12. Charles Richet, Les sociétés de la guerre. — J. Prudhommeaux, Le mouvement de la paix en Russie. — usw.

— No. 13/14. Ernest Roussel, Pacifisme mystique et pacifisme pratique. — Jacques Dumas, Choses d'Allemagne. — B. de Jong van Beek en Donk, Le Mouvement pacifiste en Hollande. — usw.

— No. 15/16. Jaques Pannier, Où et quand Grotius a composé le „De jure belli“. — Charles Richet, Les troupes noires. — Les Congrès de la Paix et le Bureau de Berne: Dr. Robert Sorel, I. Les Congrès Universels de la Paix. Jacques Dumas, II. A propos de l'Assemblée Générale de Berne. — Th. Ruysen, Après la Loi de trois ans? — Andrew Carnegie à Paris. — usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix. (Brignais.) No. 23. J. Rambaud, Le Pacifisme chrétien. — A. Vanderpol, Réponse à Mr. Rambaud. — No. 24. A. Vanderpol, Réponse à Mr. Rambaud, (suite et fin.) — usw.

Les Etats-Unis d'Europe. (Bern.) Juli/August. Deloncle, François, Les Evènements balkaniques et le Pacifisme. — usw.

The Arbitrator. (London.) Juli. Edward Bernstein, The franco-german Conference for mutual understanding. — Interesting Sidelights on the Agadir Incident. — The Leeds Peace Congress. — usw.

— August. Mr. Bryans Peace Proposals. — The Inter-Parliamentary Union Conference. — Mr. Carnegie to unveil the Cremer Bust at the Hague. — Mr. Lloyd George on Armaments. — usw.

— September. The next Hague Conference. — The International Spirit. — Howard Evans, The International Peace Congress at The Hague. — W. M. J. Williams, The Armour-Plate Menace. „Sacrifice“ for the Taxpayer-Plums for the Contractor. — An Academy of International Law at The Hague. — usw.

Concord. (London.) Juli. Felix Moscheles, Can the war be stopped? — Ders., „A Long Step“. — William Heaford, International notes. — C. E. Maurice, „Great“ Powers and „Small“ Powers. — usw.

Monthly Circular of the National Peace Council. (London.) Juli/August.

Peace and Goodwill. (Wisbech.) Juli.

Advocate of Peace. (Washington.) Juli. Reasons for Renewing the Treaties. — Mr. Bryan, Pacifist and Diplomat. — Jackson H. Ralston, The proper attitude of the Hague Conference toward the Laws of war. — Thomas Raeburn White, Should the Panama Tolls Question be arbitrated? — Wm. H. Short, Work of the New York Peace Society. — Lucia Ames Mead, our Gift to the Hague Peace Palace. — usw.

— August und September. The Administrations Peace Plan. — Felix Adler, Justice the Basis of International Peace. — Walter Schücking, The Union of International Societies. — Germany's Hope in This Country. — usw.

Pax. The monthly Organ of the Peace Society of New South Wales. (Sidney.) May. David Starr Jordan, What war really means. — Norman Angell, The May to stop war. — Britains greatest need. — The power of Public opinion. — How Peace will come. — usw.

The Messenger of Peace. (Richmond.) Juli. — At the Hague this Summer. — usw.

— June. David Starr Jordan, What war really means. — usw.

The Japan Peace Movement. (Tokyo.) Juni. Count Okuma, Japan and America. — In japanischer Sprache: Count Okuma, Concerning the Anti-Japanese Movement. — Baron Sakatani, The Prend of the Peace Movement. — Dr. Charles W. Eliot, The California Law. — K. Higuchi, Peace Movement in Europe and America. — usw.

— Juli. Gilbert Bowles, The Japanese Language School-Tokyo. — In japanischer Sprache. T. Miyaoka, Constitutional Government in Relation to the California Question. — Dr. B. F. Trueblood, Letter from American Peace Society. — usw.

La Fiorita. (Mailand.) Juli. Rosalia Gwis Adami, La Valanga. — usw.

— August. Rosalie Gwis Adami, La Rumenia pacificatrice. — usw.

„Vrede door Recht.“ (Haag.) Juli. XXe. Wereldcongres voor den Vrede. — B. de Jong van Beecken Donk, De aanstaande Internationale wedstrijden. — Dr. J. Wolterbeek Muller, De Jaarvergadering van de Nederlandsche Vereeniging voor International Recht. — Roep, B. De gewapende Vrede. — De Leidse Universiteit en de Vredesbeweging. — usw.

Freds fanan. (Stockholm.) Juli-August. Carl Sundblat, Fredsmonumentet och militaristerna. — Harald Svenske, Balkanstaternas „befrielsekrig“.

Freds-Bladet. (Kopenhagen.) Juli. Fredsstaevnet paa Himmelbjerget. — Uffe Birke dal, En projsisk Statskirkepraest om Krig og Fred. — usw.

— M. P., Vaerdien af Menneskeliv i Freds og i Krigstid. — usw.

Ludzkoś. (Warschau.) No. 1—2. Question juive. — Societé polonaise des amis de la paix en 1912. — usw.

Artikel-Bibliographie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen: Dr. Anton Pannekoek, Der Krieg und die sozialistische Wissenschaft. „Hamburger Echo.“ 19. VII. * Fritz Decker, Das Oel der Weltmaschine. „Der Beobachter“ (Stuttgart). 21. VII. * Ders., Die siebzigjährige Bertha von Suttner. „Süchtelner Zeitung.“ 10. VI. * Der 70. Geburtstag Bertha v. Suttners. „Süchtelner Zeitung.“ 1. VI. * F. Strehelin, Friedensbewegung und Feigheit. „Neue Straßburger Zeitung.“ 6. VII. * Henriette Fürth, Friedensbewegung und Menschenökonomie. „März.“ 5. VII. * O. Umfried, Geistlichkeit und Krieg. „Der Beobachter.“ (Stuttgart). 18. VII. * Ders., Nationalistisches Christentum und der Opfergedanke in der Religion. „Die Christliche Welt.“ (Marburg i. H.) 7. VIII. * Friedrich Curtius, Krieg und Frieden. Zur Frage des Friedenssonntages. „Die Christliche Welt.“ 7. VIII. * Rade, Das Standbild der Straßbourg auf dem Platze de la Concorde in Paris. „Die Christliche Welt“ 7. VIII. * Dr. Albert Gobat, Ueber die internationalen Friedensbestrebungen. „Nord und Süd“ (Schweizerische Sondernummer). VIII. * Leopold Katscher, Haus, Schule und Friedensethik. „Ethische Kultur.“ 1. VIII. * E. Vogtherr, Das Freidenkertum und der Krieg. „Der Freidenker.“ (München und Zürich.) 1. VIII. * Dr. Elise Dosenheimer, Militarismus hier und dort. „Die Frauenbewegung.“ 1. VIII. * Walter J. Renshaw, Internationaler Friede. „Der theosophische Pfad.“ (Nürnberg.) VII. * Dr. Hans Wehberg, Staatsminister Asser. „Berliner Tageblatt.“ 3. VIII. * Mr. Bryans Peace Plan. „The Independent.“ 24. VII. * Andrew Carnegie, Das Problem des internationalen Friedens. „Nord und Süd.“ (Holländische Sondernummer.) September. * Ders., Das Genie und die Masse. „Breslauer Generalanzeiger.“ 21. VIII. * Ders., Das Genie und die Masse. „Neues Tageblatt.“ (Stuttgart.) 27. VIII. * Sil Vara, Andrew Car-

negie. „Neue Freie Presse“. VIII. * Carnegie über den Weltfrieden. „Brandenburger Anzeiger“. 30. VIII. * Carnegie für den Weltfrieden. „Die Zeit“ (Wien). 29. VIII. * Carnegie über den Kaiser und den Weltfrieden. „Bremer Nachrichten“. 30. VIII. * Eine Friedensrede Carnegies. „Frankfurter Zeitung“. 30. VIII. * Eine Friedensrede Carnegies. „General-Anz. f. Stettin u. Prov. Pommern“ (Stettin). 29. VIII. * Hermann vom Rath, D'Estournelles de Constant. „Der Tag“ (illustrierter). 14. VIII. * Emma Kraft, Bertha von Suttner. „Otava“, Juli. * Dr. Wilhelm Ohr, Erinnerungen an Ludwig von Bar. „Berliner Börsen-Courier“. 29. VIII. * Van Karnebeck, Die Eröffnung des Friedenspalastes im Haag. „Nord und Süd“. (Holländische Sondernummer). September. * Walther Nithack-Stahn, Der Friedenspalast. „Hannoverscher Courier“. 21. VIII. * Ders., Der Friedenspalast. „Erfurter Allgemeiner Anzeiger“. 16. VIII. * Ders., Der Friedenspalast. „Chemnitzer Tageblatt“. 23. VIII. * Prof. R. Eickhoff, Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Neue Straßburger Zeitung“. 28. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Berliner Börsen-Courier“. 26. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Breslauer Morgenzeitung“. 27. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Friedenspalastes. „Danziger Zeitung“. 26. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Wiesbadener Tageblatt“. 25. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Neuer Görlitzer Anzeiger“. (Görlitz). 26. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Königsberger Hartungische Zeitung“. 26. VIII. * Ders., Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Fränkischer Kurier“. 26. VIII. * Dr. Hans Wehberg, Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. „Kölnische Zeitung“. 28. VIII. * Dr. Alfred H. Fried, Die Bedeutung des Haager Friedenspalastes. „Neue Freie Presse“. 22. VIII. * Dr. Theodor Wenzelburger, Der neue Friedenspalast. „Vossische Zeitung“. 19. VIII. * Der Friedenspalast im Haag. „Schwarzwälder Bote“ (Oberndorf a. N.). 24. VIII. * Der Friedenspalast im Haag. „Kölnische Volks-Zeitung“. 28. VIII. * Der Weltfriede. „Berliner Tageblatt“. 29. VIII. * Hofrat Prof. Dr. Heinrich Lammasch, Zur Eröffnung des Friedenspalastes im Haag. „Neue Freie Presse“. 26. VIII. * Hofrat Dr. v. Lentner, Idee und Wirklichkeit. Zur Eröffnung des Haager Friedenspalastes. „Neue Tiroler Stimmen“ (Innsbruck). 29. VIII. * Die feierliche Einweihung des Friedenspalastes. „Vossische Zeitung“. 31. VIII. * Die Einweihung des Friedenspalastes. „Frankfurter Zeitung“. 29. VIII. * Zur Einweihung des Haager Friedenspalastes. Eine Rede Carnegies. „Kleine Presse“ (Frankfurt a. M.). 28. VIII. * Friedenspalast und Friedenswerk. „Echo der Gegenwart“ (Aachen). 29. VIII. * Der Friedenspalast. „Leipziger Volkszeitung“. 29. VIII. * Theoretische und praktische Friedensarbeit. „Hamburgischer Korrespondent“. 30. VIII. * Zur Einweihung des Friedenspalastes im Haag. „Bergisch-Märkische Zeitung“ (Elberfeld). 27. VIII. * Der Friedenspalast. „Leipziger Neueste Nachrichten“. 29. VIII. * Les Palais de la Paix. „De Nieuwe Courant“ (Haag). 27. VIII. * Friedensbürgen. „Chemnitzer Tageblatt“. 27.

VIII. * Dr. Alfred H. Fried, Der 20. Weltfriedenskongreß im Haag. „Berliner Tageblatt“. 26. VIII. * Dr. jur. Ludwig Weyringer, An die Haager Friedenskonferenz. „Wiesbadener Zeitung“. 28. VIII. * Ders., Ein Wort an die Haager Friedenskonferenz. „Dresdener Anzeiger“. 25. VIII. * Ders., Ein Wort an die Haager Friedenskonferenz. „Barmer Zeitung“. 25. VIII. * Ders., Ein Wort an die Haager Friedenskonferenz. „Dortmunder Zeitung“. 24. VIII. * Ders., Ein Wort an die Haager Friedenskonferenz. „Neues Tagblatt“ (Stuttgart). 25. VIII. * Ders., Ein Wort an die Haager Friedenskonferenz. „Leipziger Tageblatt“. 23. VIII. * 20. Weltfriedenskongreß. „Hamburger Fremdenblatt“. 17. VIII. * Der 20. Weltfriedenskongreß. „Kölnische Zeitung“. 26. VIII. * Die Haager Propheten. „Hallesche Zeitung“. 23. VIII. * Prof. Richard Eickhoff, Die 18. Interparlamentarische Konferenz. „Der Tag“ (illustrierter). 2. IX. * Johannes Tiedje, Die große Täuschung Mr. Carnegies. „Königsberger Hartungische Zeitung“. 21. VIII. * B. de Jong van Beek en Donk, Die Friedensbewegung in den Niederlanden. „Nord und Süd“. (Holländische Sondernummer). September. * Eine Friedensbewegung in Japan. „Dokumente des Fortschritts“. VIII. * Wilhelm Ostwald, Balkanfriede. „Monistische Sonntagspredigten“. 23. VIII. (Nr. 87). * Die Festtage der Friedensbewegung. „Pester Lloyd“. 23. VIII. * Die Kraft des Friedens. „Die Zeit“ (Wien). 16. VIII. * „Ich schütze den Kaufmann“. „Berliner Tageblatt“. 11. VIII. * Die Rüstungspatrioten an der Arbeit. „Zeit am Montag“. (Berlin). 25. VIII. * Karl Bleibtreu, Chauvinismus. „Leipziger Tageblatt“. 19. VIII. * Dr. Gustav Stresemann, Lehren der Gegenwart. „General-Anzeiger“ (Mannheim). 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „Hannoverscher Kurier“. 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „Königsberger Allgemeine Zeitung“. 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „Hamburgischer Korrespondent“. 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „Magdeburgische Zeitung“. 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „Leipziger Tageblatt“. 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „Aachener Allgemeine Zeitung“. 8. VIII. * Ders., Lehren der Gegenwart. „General-Anzeiger für Frankfurt“ (Frankfurt a. M.). 9. VIII. * Weltfriedenschwärmerieen. „Bautzener Nachrichten“. 26. VIII. * Die Friedenslämmer in der Sackgasse. „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. 31. VIII. * v. Pfister, Der Wahn vom ewigen Frieden. „Deutsche Tageszeitung“. 9. VIII. * Die Weltfriedensbrüder im Haag. „Hamburger Nachrichten“. 22. VIII. * Haager Friedensseuchelei. „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. 23. VIII. * Die Friedensfarce. „Deutsche Tageszeitung“. 21. VIII. * Der Homunkulus aus dem Haag. „Berliner Neueste Nachrichten“. 25. VIII. * Die Herren aus Wolkenkuckucksheim. „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. 24. VIII. * Die stummen Hunde des Friedens. „Arbeiter-Zeitung“ (Wien). 26. VIII. * Friedensbewegung und Presse. „München-Augsburger Abendzeitung“. (München). 23. VIII. * Julian Grande, Die Friedensbewegung und die englische Presse. „Posener Tageblatt“. 22. VIII. * Dr. Siegbert Feuchtwanger, Der Krieg und das Mitleid. „Frankfurter Zei-

tung". 20. VII. * In den Krankenhäusern Belgrads. „Frankfurter Zeitung". 21. VIII. * Um Adrianopel. „Hamburger Nachrichten". 14. VIII. * Eine Geschichte des Grauens. „Vossische Zeitung". 27. VIII. * Dr. W. von Oettingen, Die chirurgische Bilanz des Krieges. „Berliner Zeitung am Mittag". 16. VIII. * Theodor Heuß, Der deutsche Chauvinismus. „März". 23. VIII. * Verständigungskonferenz französischer und deutscher Journalisten. „Pariser Presse". 29. VII. * J. Schiller, Zur 2. Tagung des Verbandes für internationale Verständigung. „Fränkischer Kurier". 15., 16., 17. und 18. VIII. * Prof. Hans Delbrück, Völkerverletzung. „Der Tag" (illustrierter). 14. VIII. * Dr. Hans Wehberg, Die rheinische Kriegsindustrie und die Zukunft der Friedensbestrebungen. „Das Monistische Jahrhundert". 30. VIII. * Carl Ludwig Siemering, Immanuel Kant als Philosoph des Weltfriedens. „Ethische Rundschau". Februar. * Dr. Ludwig Hamerschlag, Die Wege zur Friedensbewegung. „Ethische Rundschau". Februar. * Talcott Williams, Teaching Journalism in a Great City. „The Independent". 7. VIII. * Edwin D. Mead, The Contribution of religious Radicals to Liberty. „The Christian Register" (Boston). 10. VII. * Ders., Wood's Military Camps for College Men denounced. „The New York Times". 20. VII. * The Palace of Peace. „The Times". 28. VIII. * To day at The Hague. „The Times". 28. VIII. * World Peace Congress. „The Daily Citizen". 19. VIII. * Armaments and Peace. „The Times". 19. VIII. * Pacifists and Peace. „The Times". 25. VIII. * Le Pacifisme et la presse. „Le Patriote". (Brüssel). 10. VIII. * Dr. Alfred H. Fried, Le role de la Presse. „Journal d'Allemagne". 7. IX. * Ders., Vom Haager Weltfriedenskongreß. „Pester Lloyd". 27. VIII. * Otto Riemasch, Der letzte Krieg. „Berliner Lokal-Anzeiger". 9. VIII. * Prof. Richard Eickhoff, Die 18. Interparlamentarische Konferenz (Schluß). „Der Tag" (illustrierter). 3. IX. * Dr. Hans Wehberg, Der Haager Weltfriedenskongreß. „Weser-Zeitung" (Bremen). 31. VIII. * Dr. Albert Gobat, Ueber die internationalen Friedensbestrebungen. „Nord und Süd". VIII.

II. Die internationale Politik: Der Wert des Dreibundes. „Plutus" (Charlottenburg). 21. VI. * David Starr Jordan, The higher Politics. „The Independent". VII. * Herm. Fernau, Ein Wort zur franko-deutschen Verständigung. „Ethische Kultur". 15. VII. * Dr. Ludwig Haas, Die Berner Konferenz. „Dokumente des Fortschritts". VII. * Edwin D. Mead, Germany, England and the United States. „Boston Herald". 22. VI. * Francis Trippel, Wilhelm II. als Friedensfürst. „Weser-Zeitung". 4. VIII. * Zwischen Frankreich und Deutschland. „Frankfurter Zeitung". 8. VIII. * Deutschland und das Konzert der Großmächte. „Die Post" (Berlin). 20. VIII. * Krieg ohne Frieden? „Dresdener Volkszeitung". 9. VIII. * Die blamierte Gewalt. „Die Zeit" (Wien). 21. VIII. * Vor zwölf Jahren. Der Gedanke eines Dreibundes Deutschland-England-Japan. „Berliner Tageblatt". 20. VIII. * Ein sozialpolitisches Uebereinkommen zwischen Deutschland und Oesterreich. „Berliner Tageblatt".

19. VIII. * Grausamkeiten und Abwanderungen. „Weser-Zeitung". 29. VIII. * Oesterreich-Ungarn und Europa. „Danzer's Arme-Zeitung". 14. VIII. * Was soll Oesterreich tun? „Berliner Tageblatt". 9. VIII. * Ernst R. v. Dombrowski, Neu-Oesterreich. „Die Wage". (Wien). 16. VIII. * Nithack-Stahn, Europa den Europäern. „Berliner Tageblatt". 21. VIII. * Freundlichere internationale Lage. „Apoldaer Tageblatt". 29. VIII. * Arthur Ponsoby, Das europäische Konzert. „Zeitschrift für Sozialwissenschaft". VIII. * René Lauret, Guillaume II. et la France. „Les Marches de l'Est". (Paris). VII. * Georges Renard, France et Allemagne. „La Revue". I. VIII. * H. W. Boynton, Kaiser Wilhelm als Peacemaker. „The New York Times". 15. VI. * Alvan F. Sanborn, Why France is arming. „The Independent". 31. VII. * The Balcan Policy and the peril of Armaments. „The Economist". 16. VIII. * Edwin D. Mead, Walker calls a Halt. „Boston Daily Advertiser". 5. VII.

III. Völkerrecht: Theorie und Praxis im Staatenverkehr. „Frankfurter Zeitung". 13. VII. * Völkerrechtliche Rundschau. „Rundschau des auswärtigen Dienstes". 15. VIII. * Die Regelung des Seekriegsrechts. „Münchener Neuesten Nachrichten". 30. VIII. * Prof. Heinrich Pohl, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit. „Das neue Deutschland". (Berlin). 9. VIII.

IV. Internationales: Professor Dr. Grosse, Das internationale Zeitamt in Paris. „Der Tag." (illustrierter) 18. VII. * Dr. Emil Frey, Die Entwicklung der vier internationalen Bureaus in Bern. „Nord und Süd." (Schweizerische Sondernummer.) VIII. * Zur Abänderung des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr. „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen". (Berlin). 27. VIII. * Internationale Polizei. „Posener Neueste Nachrichten". 23. VIII. * Internationale Polizei. „Kasseler Tageblatt". 23. VIII. * Internationale Verständigung. „Der Weckruf". (Innsbruck). 15. VIII. * The Growth of Internationalism. „The Times". 29. VIII.

V. Wirtschaftliches: The financial outlook and war requirements. „The Economist". VII. * Geh. Justizrat Heinrich Dove, Die Bedeutung der Vereinheitlichung des Wechselrechts. „Königsberger Hartung'sche Zeitung". 3. VIII. * Was kostet der Weltfrieden? „Neue Hamburger Zeitung". 27. VIII. * Was brachte der Krieg? — Was wird der Frieden bringen? „Leipziger Tageblatt". 8. VIII. * E. Marscher, Norman Angell als Nationalökonom. „Danzer's Arme-Zeitung". 14. VIII. * Dr. Gustav Stresemann, Norman Angells falsche Rechnung. „Deutsche Industrie". (Berlin). Mai. * Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung. „Frankfurter Zeitung". 10. VIII. * Dr. Fritz Roeder, Staatsmonopol der Rüstungsindustrie? „Das neue Deutschland". 16. VIII. * Henr. Fürth, Bevölkerungsproblem, Wehrevorlage und Wirtschaftspolitik. „Das freie Wort". Erstes Augustheft. * Friedrich v. Bernhardsi, Militärische und wirtschaftliche Zukunftsorgen. „Der Tag" (illustrierter). 17., 19. und 26. VIII. * Prepare for Peace. „The Economist". 6. IX.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Auf eine Widmungsdepesche, die die im Haag anwesenden österreichisch-ungarischen Mitglieder des XX. Friedens-Kongresses am 18. August an Sr. Majestät Kaiser Franz Josef, dem Beschützer des Friedens, abgesandt haben, lief folgende Antwort ein, die in der Eröffnungssitzung verlesen und mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde:

Seine k. u. k. apostolische Majestät danken herzlichst den österreichischen und ungarischen Mitgliedern der vorbereitenden Kommission des Friedenskongresses im Haag für die dargebrachten Glückwünsche. Im allerhöchsten Auftrage Freiherr v. Schießl.

Die Friedensfahne. Aus dem Allgemeinen Tiroler Anzeiger entnehmen wir die Nachricht, daß unser Mitglied K. E. Hirt am Tage der Einweihung des Friedenspalastes im Haag, auf seinem Hause die weiße Fahne des Friedens hießte. Ferner hat Herr K. E. Hirt in den „Innsbrucker Nachrichten“ einen langen Artikel „Carnegie und sein Friedenspalast“ veröffentlicht.

Ein Friedenslesebuch. Die Schriftstellerinnen J. Wurm und Paula Moudra in Brünn haben ein reich illustriertes pazifistisches Lesebuch herausgegeben. Dieses umfaßt zwei Teile, und zwar einen für die Jugend, der Beiträge von den Professoren Masaryk, Drtina und Batek usw. enthält, während der andere Uebersetzungen aus fremden pazifistischen Werken bringt.

Nachtrag zum Weltfriedenskongreß. Außer den im vorigen Heft angeführten Persönlichkeiten, die unsere Gesellschaft beim Kongreß im Haag vertraten, ist noch nachzutragen: Schriftsteller Johannes C. Barolin, ferner für die Ortsgruppe Marienbad Redakteur Moroder und als Vertreter der Ortsgruppe Linz Ingenieur Eduard Binder und Fachlehrer Hans Langoth.

Fortsetzung der Liste I der für die Suttner-Stiftung gezeichneten Beträge (in chronologischer Reihenfolge):

Prof. R. Meyer, Magdeburg, 30,— M.; Dr. Fritz Hochsinger, Wien, 10,— K.; Prof. Dr. Rudolf Kobatsch, Wien, 10,— K.; Prof. Dr. Charles Richet, Paris, 125,— Frcs.; Prof. Oppenheim, Cambridge, 1,— Pfund Sterling; Dr. Alfonso Witz-Oberlin, Wien, 25,— K.; C. Bojko, Wien, 10,— K.; Präsident Carl Morawetz, Wien, 1000,— K.; E. Th. Mo-

neta, Mailand, 100,— L.; F. Aist, Wien, 2,— K.; Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf, 15,— K.; Emilie Broomé, Stockholm, 15,— K.; Herr und Frau Prof. Carl Ziperovsky, Budapest, 100,— K.; Geheimrat Prof. Dr. Friedrich Prym, Würzburg, 100,— K.; Les Amis de la Paix, Havre, 5,— Frcs.; Société la la jeunesse italienne pour la Paix, Mailand, 25,— L.; Exz. Baronin Bertha Call, Wien, 10,— K.; Dr. Albert Nußbaum, Abbazia, 10,— K.; Dr. Ludwig Quidde, München, 50,— K.; Wilhelmine Enekl, Wien, 5,— K.; Otto Ogris, Meiselding, 3,— K.; Rudolf Goldscheid-Golm, Wien, 50,— K.; A. Merignhac, Toulouse, 10,— Frcs.; Ellen Key, Alvastra, 25,— K.; Amalie Saxl, Geiersberg, 3,— K.; Ignaz Graf Attens, Graz, 200,— K.; Dr. Rudolf Fassel, Wien, 30,— K.; Marie Stona, Strzebowitz, 100,— K.; Marie Gräfin Hoyos, Wien, 30,— K.; Elisabeth Hielle-Dittrich, Schönlinde, 50,— K.; Dr. Julius Blum, Wien, 20,— K.; Eduard de Neufville, Frankfurt a. M., 50,— K.; Dr. Kurt Arnhold, Dresden, 20,— K.; Dr. Heinrich Arnhold, Dresden, 100,— K.; Adolf Arnhold, Dresden, 100,— K.; Sophie Goldschmidt, Ischl, 5,— K.; N. Schweiger, Schladming, 10,— K.; Ludwig u. Marie Pohlner, Wien, 10,— K.; Ludwig Mayer R. v. Tenneburg, Wien, 10,— K.; Anselm Heinzel, Dittersbach, 5,— K.; Carl Fiedler, Gestütthof, 100,— K.; Axel v. Fielitz, München, 20,— M.; Hofrat Prof. Dr. Ernst Mach, München, 10,— K.; Josef Richter, Gablonz, 20,— K.; Carl Dittrich, Schönlinde, 200,— K.; A. Vanderpol, Lyon, 10,— Frcs.; Ortsgruppe Danzig der Deutschen Friedensgesellschaft 116,— M.; Dr. Alexander Dorn R. v. Marwalt, Wien, 20,— K.; „Ein Baustein“, 10 000,— K.; Eduard R. v. Merkl, Prag, 1,— K.; Baronin Jella Oppenheimer, Wien, 50,— K.; World Peace Foundation, Boston, 100,— Dollars; Fürst Albert von Monaco, Paris, 200,— Frcs.; Anna Mann, Karlsbad, 20,— Kronen; Jules Lippert, Baden-Baden, 5,— M.; Emanuela Gräfin Khuen-Belasi, Grusbach, 20,— Kronen; Société de la Paix de St. Petersburg, 25,— K.; Baron und Baronin Haebler, Schl. Gutenbüchel, 100,— K.; Ein Veilchenbüschel, 1,— K.; Baronin Adele Schleinitz, Riva, 2,— Kronen; Dr. Flora Barolin, Wien, 10,— K.; Johannes C. Barolin, Wien, 10,— K.; Nagel & Wortmann, Wien, 10,— K.; Durchlaucht Fürst Kinsky, Chotzen, 500,— K.; Prof. Steinmeyr, Braunschweig, 15,— K.; E. Smith, Philadelphia, 2,— Doll.; B. Groller, Wien, 15,— K.; Th. v. Redlich-Wezek, Wien, 200,— K.; Ortsgruppe Magdeburg d. D. F. G., 20,— M.; Società la Pace, Como, 20,— Frcs.; Frau J. Malcolm Forbes, Milton Hill, 100,— Doll.; Frau Owen-Wister, Philadelphia, 2,— Doll.; Gottlieb Kraus, Wien, 1,— K.; Dotation Carnegie pour la Paix, Paris, 500,— Frcs.; Hans Feller, Karlsbad, 10,— K.; J. N. Köpke, Buxtehude 6,— Kr.; Dr. H. Löwner, Wien, 4,— K.; Rich. Feldhaus, Basel, 8,— K.; Frau Kommerzienrat Muscate, Dirschau, 20,— M.; Chr. L. Lange, Brüssel, 10,— Frcs.; A. Wagner, Neuhengstett, 25,— K.; Friedensverein Warschau 15,— K.

Die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen.

Spenden übernimmt die Wechselstube der Allgem. Verkehrsbank, Wien I., Stock im Eisenplatz Nr. 2.



Oktober 1913.

Völkerschlachtdenkmal.

Auf der Ebene von Leipzig wird heute das Denkmal eingeweiht zur Erinnerung an die vor hundert Jahren dort geschlagene Völkerschlacht, durch die Napoleon niedergeworfen und Deutschland befreit wurde. Wir sind im Grunde keine Freunde von Schlachtenerinnerungen. Sie sollen dazu dienen, den kriegerischen Geist zu erhalten, und durch das Gedenken an die Taten der Väter die lebende Generation zur Nachahmung anzuspornen. Solche Feiern umnebeln nur zu oft den gesunden Sinn der Massen und erzeugen jene Stimmungen, bei denen die Vernunft ausgeschaltet, und die Fähigkeit für die ruhige Beurteilung der Dinge wenigstens zeitweise verloren geht. Wir haben beinahe zuviel der Kriegs- und Schlachtenerinnerungen, und die Gefahr besteht, daß wir vor lauter Rückblicke den Blick voraus, den Blick für die Größe der Gegenwart verlieren.

Wir sollen allerdings niemals unsere Geschichte vergessen, und der schweren Zeiten gedenken, der es bedurfte, die Völker zur Nation, die Kleinstaaterei zum mächtigen Großstaat zu entwickeln. Wir sollen der Taten unserer Väter und ihrer Leiden gedenken. Aber doch nur immer in dem Sinne der Pietät; nicht in blinder Verehrung der Vergangenheit. Wir können uns niemals mehr zur Vergangenheit zurückentwickeln, und dürfen nie den Fehler begehen, in Notwendigkeiten, die einstens ernst und heilig waren, Vorbilder für unserer Zukunft zu suchen. Die Zeit von 1813 liegt zwar nur ein Jahrhundert hinter uns; wir alle, die wir heute im Mannesalter stehen, haben Menschen gekannt, die sie noch erlebt haben, oder deren Jugend wenigstens unter dem Eindruck jener Zeit gestanden hat. Und dennoch liegt diese Zeit von unserem Leben so fern ab wie die Zeit der Kreuzzüge, wie die der Kämpfe zwischen

Sparta und Athen. Die Menschen sind andere, die heute leben. Ihr Denken ist weiter, ihr Leben reicher, ihr Schaffen mächtiger, ihre Einrichtungen sind unvergleichlich großartiger. Die Schlacht bei Leipzig hat die Deutschen von der Fremdherrschaft befreit. Aber seitdem haben sie sich, und nicht nur sie, alle Kulturvölker der Erde, vom Geist der Scholle befreit durch die Maschine; sind sie Weltarbeiter und dadurch Weltbürger geworden.

Trotzig ragt das Schlachtdenkmal bei Leipzig in die Lüfte, ein Riesenstein stillen Gedenkens an Kampf und Tod und fürchterlichem Ringen der Vergangenheit. Aber auf was blickt dieses Denkmal? Auf tausend Schlote, die zu den Friedensmaschinen gehören, die Arbeitswerte schaffen; auf eine von Dampf und Elektrizität bewegte freie Menschheit. Ueber ihm kreuzen die Luftschiffe, fliegt der Gedanke drahtlos um die Welt. Maschinen, die dem modernen Menschen Allgegenwart auf dem Erdball ermöglichen, die ihn zum Herrn der Erde gemacht haben, wirken ringsherum, und das Vaterland von einst, um das zu Füßen jenes Denkmals gerungen wurde, ist zwar viel größer, aber durch die Technik, die es umspinnen, auch unendlich kleiner geworden. Denn näher stehen sich heute die Menschen aller Länder als damals.

Wir sind keine Freunde von Schlachtenfeiern. Weil sie über den Rausch des Sieges das Fürchterliche der Blutarbeit vergessen machen der es bedurfte, um zum Siege zu gelangen. Einer, der gegen den Vorwurf der „Friedensduselei“ sicher ist, Treitschke, der große Lobpreiser des Krieges, gibt uns eine Schilderung der Tage von Leipzig, die sich alle jene vor Augen halten mögen, die in dem Gedenktag nur eine Kriegsverherrlichung erblicken wollen. „Ein ganzes Heer, an hunderttausend Mann, lag tot oder ver-

wundet. Was vermochte die Kunst der Aerzte, was die menschliche Aufopferung des edlen Ostfriesen Reil gegen solches Uebermaß des Jammers? . . . Tagelang blieben die Leichen der preußischen Krieger im Hofe der Bürgerschule am Wall unbeerdigt, von Raben und Hunden benagt; in den Konzertsälen des Gewandhauses lagen Tote, Wunde, Kranke auf faulem Stroh beisammen, ein verpestender Brodem erfüllte den scheußlichen Pferch, ein Strom von zähem Kot sickerte langsam die Treppe hinab. Wenn die Leichenwagen durch die Straßen fuhren, dann geschah es wohl, daß ein Toter der Kürze halber aus dem dritten Stockwerk hinabgeworfen wurde, oder die begleitenden Soldaten bemerkten unter den starren Körpern auf den Wagen einen, der sich noch regte, und machten mit einem Kolbenschlage mitleidig dem Greuel ein Ende. Draußen auf dem Schlachtfelde hielten die Aasgeier ihren Schmaus; es währte lange, bis die entflohenen Bauern in die verwüsteten Dörfer heimkehrten und die Leichen in großen Massengräbern verscharrten. . . Dem Geschlechte, das solches gesehen, blieb für immer ein unauslöschlicher Abscheu vor dem Kriege, ein tiefes, für minder heimgesuchte Zeiten fast unverständliches Friedensbedürfnis.“*) Diese dunklen Bilder des Krieges werden bei den Schlachtenfeiern nicht hervorgezogen, und es besteht die Gefahr, daß gerade dadurch der Friedenswille immer unverständlicher wird.

Aber die Feier der Völkerschlacht sollte nicht bloß eine Verherrlichung des Krieges und der kriegerischen Tat sein, nicht bloß ein Gedenken der Vergangenheit. Sie kann auch eine ernste Feier des Friedens werden, und den Blick öffnen für die Zukunft. Besiegelte sie doch das Schicksal eines Mannes, der als der größte Anarchist der neueren Geschichte gilt, eines Mannes, der den Krieg um des Krieges willen getrieben hat. Er führte jene Kriege, die die Friedensbewegung meint, wenn sie die Geister mobil macht zum Kampfe: den Raubkrieg, den Vergewaltigungskrieg. Nicht um sein Volk zu verteidigen zog er aus, sondern um andere zu unterjochen, um Länder zu rauben und den friedlichen Bürgern die Frucht ihrer Arbeit wegzunehmen. Die Kriegsidee jenes Mannes kommt zum Ausdruck in seiner Proklamation vom 27. März 1796, die er vor dem italienischen Feldzug als Obergeneral

an seine Soldaten erließ. „Ihr seid nackt und schlecht genährt“ rief er ihnen zu. „Die Regierung schuldet Euch viel, aber sie kann Euch nichts geben. Ich will Euch in die fruchtbarsten Ebenen der Welt führen. Reiche Provinzen, große Städte werden in Eure Gewalt fallen. Ihr werdet dort Ehre, Ruhm und Reichtümer finden. Soldaten der Armee von Italien, sollte es Euch an Mut und Beharrlichkeit fehlen?“ Das ist das Programm eines Räuberhauptmanns, und das ist der Geist, unter dem Europa anderthalb Jahrzehnte zu leiden hatte. Der Geist des Konquistadors, der mit den Staaten des alten Europas verfuhr, wie ein Pizzaro und ein Kortez mit den Wilden in der neu entdeckten Welt. Und dieser Geist ist es, den die Friedensbewegung bekämpft; in den drei Tagen bei Leipzig wurde er niedergedrungen. Die Schlacht, deren Feier man jetzt begeht, war daher eine Auflehnung der Ordnung gegen die Anarchie, ein Polizeiakt der Völker gegen den Verbrecher. In diesem Sinne können auch wir, die Verfechter des Gedankens einer Weltordnung, den Gedenktag mitfeiern; denn niemals haben wir uns gegen jene Kriege gewandt, die im Dienste und zur Wiederherstellung der Ordnung geführt wurden. Wir können die Tage von Leipzig mitfeiern, weil sie den Sieg der Ordnung herbeigeführt haben durch die Kooperation der Völker. Deutsche, Oesterreicher, und unter diesen viele Nichtdeutsche, Russen und Schweden haben zusammengewirkt, und dieser internationalen Verständigung ist es erst gelungen, was den einzelnen nicht gelang, den Bedroher der alten Ordnung zu überwinden.

Ein ernster Mahnruf soll daher dieses Schlachtendenkmal auf der Leipziger Ebene sein für alle jene, die fernerhin den Versuch machen sollten, den bewaffneten Raub über die Grenzen ihrer Länder zu tragen. Den Expansionspolitikern, die von Welt-herrschaft träumen in unserer Zeit der internationalen gegenseitigen Abhängigkeit, der unendlich verwickelten internationalen Solidarität der Interessen, den Anarchisten, die das Recht der Völker und ihren Besitz mißachten, jenen soll als ernste Drohung das bei Leipzig besiegelte Schicksal Napoleons dienen.

Wir wissen uns in dieser Wertung des Ereignisses eins mit Kaiser Wilhelm, der in seiner Bremer Rede vom 22. März 1905 die Nutzenanwendung, die er aus dem Auftreten Napoleons gezogen, in deutlicher Weise zum Ausdruck brachte. Diese Rede

*) Deutsche Geschichte. I. S. 509.

wird aktuell an dem Tage, wo man daran geht, die Jahrhundertfeier zu Leipzig zu begehen. „Ich habe mir gelobt auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte“, so sprach der Kaiser zu dem Bürgermeister von Bremen, „niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben. Denn was ist aus den großen sogenannten Weltreichen geworden? Alexander der Große, Napoleon der Erste, alle die großen Kriegshelden, im Blute haben sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden sind und die Reiche zum Verfall gebracht haben. Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberung begründet sein sollte durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: „Außenhin begrenzt, im Innern unbegrenzt.“

In diesem Sinne wollen auch wir der Leipziger Schlacht gedenken und des Jahrhunderts, das uns von ihr trennt; und über das Gedenken wollen wir den Blick nicht von der Zukunft lassen. Froh wollen wir der Tatsache sein, daß im selben Jahre, in dem das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig errichtet wurde, das in die Vergangenheit weist, auch im Haag der Palast des Friedens als ein Völkerrechtsdenkmal errichtet wurde, das in die frohe Zukunft zeigt; in eine Zukunft, wo der Ruhm der Staaten darin bestehen wird, daß ihre Eroberungen nach des Kaisers Worten begründet sein werden „durch das gegenseitige Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen“. So ehren wir die Helden von damals und das Andenken der Toten, die im Kampfe gegen den Schwerteroberer gefallen sind, und ehren damit gleichzeitig das Streben derjenigen, die am Werke sind, das Zeitalter der Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen. A. H. F.

Zweiter Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung.

A. H. F. Die Eindrücke, die ich gerade vor Jahresfrist an dieser Stelle über den Heidelberger Verbandstag zum Ausdruck brachte, haben sich in Nürnberg, wo vom 4. bis 6. Oktober die zweite Tagung des Verbandes stattfand, nur vertieft. Es konnte ein neuer Aufstieg festgestellt werden. Der Verband, dessen Anregung von diesen Blättern ausgegangen ist, eine Tatsache, die den Herausgeber mit Stolz erfüllt, hat sich bereits einen festen Platz im öffentlichen Leben Deutschlands errungen. Er beginnt ein Faktor zu werden, mit dem gerechnet werden muß. Daß diese Erkenntnis durchgreift, bewies nicht nur die große Beteiligung an der Tagung, sondern auch die offizielle Ehrung, die ihr seitens der Behörden zuteil wurde. Den Ehrenvorsitz des Ortsausschusses führte der Regierungspräsident von Ansbach, Excellenz Dr. von Blaui, der den Verbandstag in der Eröffnungssitzung auch im Namen des bayrischen Staatsministeriums begrüßte. Der Präsident der kgl. Bank, Excellenz Staatsrat von Burkhard, führte den Vorsitz des Ortskomitees, dem eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten Nürnbergs, darunter auch der Bürgermeister der großen Handelsstadt, Dr. Bräutigam, angehörten.

Von den ungefähr 350 Teilnehmern des Verbandstages seien genannt:

Ph. J. Baker, Cambridge. — Redakteur L. Benario, Frankfurt a. M. — Kommerzienrat Berthold Bing, Nürnberg. — Direktor des Germanischen Nationalmuseums Dr. G. von Bezold, Nürnberg. — Präsident Dr. Friedrich Curtius, Straßburg i. E. — Prof. Dr. Hans Dorn, Nürnberg. — Prof. Freiherr von Dungern, Czernowitz. — Hofrat Prof. Dr. Adolf Friedländer, Hohe Mark b. Oberursel a. T. — Prof. G. S. Fullerton, New York. — Exz. Vizeadmiral Galster, Kiel. — Rektor der Universität Erlangen, Prof. Dr. Geiger. — Privatdozent Dr. K. A. Gerlach, Leipzig. — Professor Dr. Friedr. Giese, Posen. — Reichstagsabgeordneter G. Gothein, Breslau. — Prof. Dr. Harms, Kiel. — Reichstagsabgeordneter Konrad Haußmann, Stuttgart. — Prof. Dr. H. Hollatz, Frankfurt a. M. — Kammergerichtsreferendar Dr. Kurt Imberg, Berlin. — Hofrat Prof. Dr. Heinrich Lammasch, Wien. — Bankdirektor Hermann Maier, Frankfurt a. M. — Prof. Dr. Christ. Meurer, Würzburg. — Dr. John Mez, Freiburg i. Breisg. — Oberlandesgerichtspräsident Theodor von Müller, Nürnberg. — Landtagsmitglied Oskar Muser. — Prof. Paul Natorp, Marburg. — Prof. Dr. O. Nippold, Oberursel. — Dr. Wilhelm Ohr,

München. — Reichstagsabgeordneter D. Pachnicke, Bühl-Immenstadt. — Prof. Dr. Robert Piloty, Würzburg. — Dr. Otto Prange, Berlin. — Prof. Dr. H. Rehm, Straßburg i. E. — Prof. Dr. Heinrich Röbler, Frankfurt a. M. — Hofrat Prof. Dr. Gustav von Roszkowski, Lemberg. — Jacques von Schlumberger, Gebweiler i. E. — Prof. Dr. Walther Schücking, Marburg a. L. — Prof. Heinrich Sieveking, Zürich. — Generalkonsul Carl Simon, Mannheim. — Reichstagsabgeordneter M. Sir, Wernberg. — Reichstagsabgeordneter Sivkovich, Lüththen i. M. — Hofrat Dr. Soergel, München. — F. Stehelin, Sennheim. — Dr. Strupp, Frankfurt a. M. — Reichstagsabgeordneter Dr. August Trendel, Regensburg. — Landtagsmitglied Stadtrat G. Wolf, Straßburg i. E.

Als alte Bekannte von den Friedenskongressen begrüßten wir: Geh. Kommerzienrat F. Arnhold und Frau, Dresden. — Dr. Arnhold, Dresden. — Anna B. Eckstein, Coburg. — Rechtsanwalt A. von Harder, Mannheim. — Dr. M. Hölzel, Stuttgart. — M. W. Hohenemser und Frau, Frankfurt a. M. — Universitätskanzler David Starr Jordan, Californien. — Senator H. La Fontaine u. Frau, Brüssel. — Gymnasialdirektor Prof. Dr. W. Martens, Konstanz. — Gaston Moch, Paris. — Bankier Hermann Müller, Nürnberg. — Eduard de Neufville, Frankfurt a. M. — Prof. Vittore Prestini, Rom. — Dr. Ludwig Quidde und Frau, München. — Pfarrer Theodor Rohleder, Haßfelden. — Prof. Dr. Th. Ruysen, Bordeaux. — Ludwig Wagner, Kaiserslautern.

Eine besondere Stellung nahm wie im Vorjahre Baron d'Estournelles de Constant ein, der die Gelegenheit des Verbandstages wieder benützte, um für die endliche franco-deutsche Verständigung machtvoll einzutreten.

Einem Begrüßungsabend am 4. Oktober folgte am Morgen des 5. zunächst die ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes, bei der den in diesem Jahre verstorbenen beiden ersten Vorsitzenden, Prof. v. Ullmann, Prof. v. Bar, Nachrufe gehalten wurden, Professor Curtius aus Straßburg wurde hierauf zum ersten Vorsitzenden gewählt. In den Ausschuß wurden außer drei Herren des Nürnberger Ortskomitees die Professoren Lamasch und Rehm gewählt. Man entschied sich dafür, die nächstjährige Tagung in Eisenach abzuhalten und diese hauptsächlich der Frage der Erziehung zu widmen.

In der darauf folgenden öffentlichen Versammlung hielt der neugewählte Präsident, Professor Curtius, eine Begrüßungsansprache, die zum Teil auch eine Programmrede war. Es ist wichtig, daraus folgenden Satz festzuhalten: „Es ist ein altes, sehr viel zitiertes, nicht selten auch mißbrauchtes Wort: *si vis pacem para bellum*. Wir sind

der Meinung, daß diese *Maxime* doch nicht alles enthält, was über Krieg und Frieden zu sagen ist. Es ist eine halbe Wahrheit, welche der Ergänzung bedarf. Und diese lautet: *si vis pacem, para pacem*.“ Das ist nun gerade kein neuer Grundsatz; wir hören ihn und predigen ihn seit einem Vierteljahrhundert.

Etwas entschiedener versuchte darauf Professor Nippold in einer offiziellen Programmrede den Unterschied der Aufgaben des Verbandes und der sonstigen Friedensbewegung darzulegen. „Es fehlte,“ so führte er aus, „bis vor kurzem an einer großen Organisation, welche die schwebenden Fragen im internationalen Sinne zu lösen und dem Volke näher bringen konnte. Mit Utopien und Friedensphantasien habe der Verband nichts zu tun, er predige nicht Idealismus, sondern Vernunft, nicht Gefühls-, sondern nüchterne Verstandespolitik. Sein Standpunkt sei der, den die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes auch einnimmt. Der Verband nimmt die politischen Dinge wie sie wirklich sind; andere nationale Verbände sollen nicht bekämpft werden. Zu mißbilligen sei der Nationalismus, der in Chauvinismus ausartet. Auf der anderen Seite erkenne der Verband das idealistische Wirken der Friedensgesellschaften an, die viel Gutes gewirkt haben. Der Verband habe, um ein Bild zu gebrauchen, weder mit dem politischen Alkoholismus der Alldeutschen noch mit der Abstinenz der Pazifisten etwas gemein, sondern er bewege sich auf temperenzlerischer Grundlage. Der Verband wolle nur die Verständigung zwischen den Völkern herbeiführen und nicht den *Frieden à tout prix*.“

Soweit hier die positiven Aufgaben des Verbandes ausgeführt werden, kann man diesen nur zustimmen. Durch Phantastereien und Idealismus, durch Gefühlsmethoden und Forderung des „Friedens um jeden Preis“ nützt man der Sache in Deutschland nichts. Der Verband, der sich von solchen Sachen freihält, wird dadurch gute Dienste leisten. Es ist aber unrichtig, die Sache so hinzustellen, als ob bislang, d. h. bis der Verband ins Leben trat, und jetzt außerhalb des Verbandes, nur Utopien und Phantasien betrieben werden, als ob die Friedensgesellschaften nur „idealistisch“ wirkten und gedankenlos einen „Frieden um jeden Preis“ fordern würden. Die gesamte maßgebende pazifistische Literatur beweist, daß diese Darstellung der Wirklichkeit nicht entspricht.

Der Verband bedarf aber zu seiner Rechtfertigung solcher Mittel gar nicht. Er hat es nicht nötig, alle andern Friedenskämpfer und alle seine Vorkämpfer als Dummköpfe hinzustellen, um seine eigene Klugheit zu beweisen. Die Ideen, die der Verband vertritt, sind nun einmal nicht neu;

er wurde selbst aus diesen Ideen heraus geboren, die der Pazifismus lange vor ihm in Deutschland verbreitete. Seine Aufgabe wäre es nur, die alten und gesunden Ideen mit neuen Mitteln unter neuen Formen zu vertreten. Er hat den mehr kleinbürgerlichen Charakter der bisherigen Friedensorganisationen durch die Großzügigkeit einer Vereinigung von Gelehrten und Politikern zu ersetzen. Darin — in der veränderten Form, nicht im Wesen — liegt seine Rechtfertigung, seine Stärke und Bedeutung.

Die Friedensbewegung hat sich zu einer Wissenschaft durchgerungen und die Politik real beeinflußt. Doch ist das nicht allgemein bekannt, und viele scheuen sich, an dieser Bewegung mitzuarbeiten, aus Furcht vor der Karikatur, die sie sich fälschlich selbst davon gemacht haben. Diesen — verzeihlichen — Irrtum auszunützen, zum Wohle der guten Sache auszunützen, aber nicht, ihn zu vertiefen, ist Aufgabe des Verbandes, war die Absicht, die seiner Errichtung zugrunde lag.

Schon vor zehn Jahren habe ich an dieser Stelle*) auf jene Erscheinung hingewiesen; auf die in Deutschland erwachende Zuneigung der Intelligenz für die pazifistische Idee und deren Abneigung gegen die Formen ihrer Vertretung. Ich habe diese Erscheinung schon damals zu erklären versucht, und es dünkt mich, daß die von mir damals aufgestellte „Nageltheorie“ dem Wesen der Sache näher kommt, als der Nippoldsche Vergleich mit Abstinenzlern und Temperenzlern, der, was die sogenannten Pazifisten anbelangt, vollständig unrichtig ist und höchstens auf die verschwindend kleine und gar nicht ins Gewicht fallende, in Deutschland überhaupt nicht vorhandene Gruppe der Tolstoianer und Quäcker zuträfe.

Meine „Nageltheorie“ entwickelte ich hier im Jahre 1903 in folgender Weise:

„... Es ergibt sich, daß die Neo-Pazifisten in ihrer Idee und in ihren Absichten vollständig mit dem bisherigen Pazifismus zusammenhängen, ob sie dies zugeben wollen oder nicht, ob ihnen dies bewußt wird oder nicht. Ihr zugespitztes Programm ist nichts weiter als eine Anpassung der Idee an die Wirklichkeit zum Zwecke der leichteren Umwandlung der Idee in die Tat. Es sei mir ein Vergleich aus der Mechanik gestattet. Wenn man ein rundgewalztes Stück Eisen von etwa 15 cm Länge in eine feste Mauer schlagen will, wird die Mauer den härtesten Widerstand leisten. Das Stückchen Eisen wird sich verbiegen und wohl gar abbrechen. Der kluge Mensch hat daher für solche

Fälle die Einrichtung getroffen, das Stückchen Eisen an dessen unterem Ende zuzuspitzen. Er hat damit den Nagel erfunden, den er mit Leichtigkeit in die Mauer einführen kann. Die kleine Spitze findet weniger Widerstand, und das stärkere Eisenstäbchen dringt bequem nach Maßgabe des Raumes ein, den die konische Spitze in der Wand leicht erzeugt hat. Diese Nageltheorie läßt sich auf alle menschlichen Ideen anwenden, die es in die Wirklichkeit einzuführen gilt. Sie müssen ihr Programm ganz fein zuspitzen, um Halt zu gewinnen; das ferner folgende umfangreiche Massiv der Idee folgt dann bequem den Bahnen, die die feine Spitze geöffnet hat. So geht es auch mit der Friedensbewegung, und die Neo-Pazifisten spielen nur die Rolle der diese Idee in die Wirklichkeit bequem einführenden Spitzen. Freilich, wenn die Spitze eines Nagels denken könnte, würde sie ebenfalls ihren Zusammenhang mit dem übrigen Nagel verleugnen!“

Diese Theorie scheint mir auch heute nach zehn Jahren noch richtig zu sein. Sie kann dem „Verband“ zu seiner Rechtfertigung dienen, ohne daß dessen Vorkämpfer und Mitkämpfer vor den Kopf gestoßen werden.

Der Programmrede Prof. Nippolds folgte ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gothein über „Weltpolitik und Weltwirtschaft“, worin dieser nach interessanten statistischen Darlegungen über die deutsche Wirtschaftspolitik abschließend sagte: Die Weltpolitik muß die Politik der Verständigung zur Erleichterung und Sicherung des Verkehrs, zur Hebung der Kultur sein, eine Politik der internationalen Verträge und Schiedsgerichte, die allerdings noch ausgebaut werden müsse, durch Aufstellung von unparteiischen Schiedsrichtern, da die Diplomatie doch immer durch die Vertretung von Landes-Sonderinteressen gebunden ist. Der Ausbau der internationalen See- und Kriebsrechte, die Einführung eines einheitlichen Wechsel- und Scheckrechtes, die Regelung des Luftverkehrs, des Post- und Telegraphenrechts, ein internationaler Arbeiterschutz, sind große Aufgaben für den Verband. Nur auf dem Wege der friedlichen Verständigung ist ein Fortschritt möglich, nicht aber auf dem Wege des Krieges.

In der zweiten öffentlichen Versammlung sprachen zunächst Hofrat Professor Lammasch über „Die Fortbildung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit“ und Professor Dr. Christian Meurer über das Thema „Der internationale Gerichtshof für Forderungen von Privatpersonen gegen ausländische Staaten“. Beide Vorträge sind vom pazifistischen Gesichtspunkt so wichtig, daß uns eine durch die Raumverhältnisse gebotene, nur skizzierte Wiedergabe unange-

*) Man lese meine Aufsätze: „Neo-Pazifisten (Friedens-Warte 1903, SS. 85 u. f.) und „Pazifisten und Neo-Pazifisten“ (ebd. SS. 104 u. f.).

bracht erscheint. Es wird verwiesen auf die demnächst zu erwartende Drucklegung der Arbeiten.

Nicht minder wichtig und interessant waren die Darlegungen des Hofrats Prof. Dr. Friedländer aus Hohe Mark bei Frankfurt, der über „Die Bedeutung der Suggestion im Völkerleben“ sprach. Der Vortrag ist im vollen Umfang abgedruckt in der „Frankfurter Zeitung“ vom 8. Oktober (1. Morgenblatt). Eine Stelle sei hier aber besonders wiedergegeben: „Der ewige Weltfriede mag eine Chimäre sein, die früher viel geschmähten und auch heute von manchen Seiten stark angefeindeten Pazifisten können auf große Erfolge hinweisen, ihre Ideen haben Wurzel gefaßt und schöne Blüten gezeitigt. Und was vor Jahrtausenden, was vor Jahrhunderten notwendig erschien, braucht es nicht heute zu sein. Heute ist die Erde kleiner, die Macht der Massen, der öffentlichen Meinung größer geworden; wie Faustrecht, Kabinettsjustiz verschwunden sind, so erscheinen auch Kabinettskriege unmöglich. Größer und nicht viel weniger gefährlich ist die überschäumende nationale Suggestion (in ihrer Erscheinungsform international) geworden. Große Teile verschiedener Nationen hassan sich und trauen einander jede Gewalttat zu — ohne sich zu kennen. Der Haß macht aber ebenso blind wie die Liebe, nur ist letztere national und international betrachtet weit weniger gefährlich.“

Diesen Ausführungen folgten noch zwei interessante Vorträge mit wirtschaftlicher Tendenz. Es sprachen der frühere Direktor der Deutschen Bank in Frankfurt a. M., Hermann Maier, über „Die Einwirkung politischer Krisen auf die Finanzlage“, und der Redakteur Leo Benario aus Frankfurt a. M. über „Die Einwirkung politischer Krisen auf die Wirtschaftslage“. —

Seinen Höhepunkt erreichte der Nürnberger Verbandstag mit einer am Abend des 6. Oktober im großen Saale des Kultur- und Industrievereins abgehaltenen dritten öffentlichen Versammlung. Nach einem bedeutenden Vortrag Prof. Walther Schückings über „Kultur und Krieg“, den wir an anderer Stelle vollinhaltlich zum Abdruck bringen, kam in zwei Vorträgen des Senators d'Estournelles aus Paris und des deutschen Reichstagsabgeordneten Konrad Haussmann das Thema Deutschland und Frankreich zur Sprache.

Nach einigen einleitenden Worten, an die Leiter des „Verbandes für internationale Verständigung“ gerichtet, sagte Baron d'Estournelles ungefähr folgendes:

„Verehrte Anwesende!

Franzosen und Deutsche, wir sind Handelnde und nicht Zuschauer in dem Trauerspiel, welches sich in Europa abspielt. Wollen

wir ruhig die Entwicklung abwarten, welche unsere beiderseitige Untätigkeit vorbereitet?

Wenn dem so wäre, so laßt uns offen unsere Abdankung erklären. Es wäre Selbstmord! Wenn dem aber nicht so ist, so ist es auf beiden Seiten an der Zeit, zu wissen, was wir wollen und uns zu beeilen, dementsprechend zu handeln.

Versäumen wir keine Zeit mehr damit, das widerspruchsvolle Regime zu untersuchen, in welchem wir beiderseits leben, durch welches Rüstung auf Rüstung und Lasten auf Lasten gehäuft werden.

Wir leben in einer Atmosphäre, welche mit Argwohn geschwängert ist, voll von gegenseitigen Vorwürfen und einer gehässigen Ueberreizung der Gefühle, welche jeden Tag gefährliche Zwischenfälle hervorrufen können.

Unser beiderseitiger Handel wird hierdurch nicht nur in seiner Entwicklung, sondern selbst in seinen Plänen aufgehalten. Die Unsicherheit sowie die Feindseligkeit bei eintretenden Krisen lasten schwer auf unserer Tätigkeit. Nur unsere Konkurrenten ziehen hieraus Nutzen, da sie sich hierdurch mit Riesenschritten in der alten und in der neuen Welt entwickeln können, während wir ihnen das Feld überlassen müssen.

Hierdurch sind unsere nationalen Hilfsquellen bedroht in dem Augenblicke, in welchem wir dieselben vervielfältigen müßten, um den neuen Ausgaben nachzukommen, welche dringend durch unsere ökonomischen Einrichtungen, durch unsere Kolonien, unsere auswärtige Entwicklung, durch soziale Reformen, durch die Pflichten für Erziehung, Unterstützungen, Gesundheitspflege und überhaupt durch nötigen Fortschritt auf allen Gebieten von uns verlangt werden.

Das ist aber nicht alles!

Dies Regime darf nicht länger dauern, da es mit jedem Tag unerträglicher wird und einen allgemeinen Abscheu hervorbringt und ein unwiderstehliches Bedürfnis erzeugt, damit zu Ende zu kommen.

Wir werden bald soweit sein, festzustellen, daß wir nun darüber einig sind, daß ein Ende damit gemacht werden muß. Aber wie soll das geschehen? Vielleicht durch einen Krieg?

Das wäre die schrecklichste Verschlimmerung der Lage, die nur eintreten könnte, weil wir nicht die Weisheit besessen haben, beizeiten gemeinschaftlich die Mittel zu suchen, um eine Lösung durch den Frieden zu finden!

Das ist der Weg, den wir mit geschlossenen Augen wandeln. Unglück auf diejenigen, welche die Gefahr sehen und schweigen. Die Geschichte wird ihnen dies Verbrechen nicht verzeihen.

Die beiden Länder können sich einen Krieg nicht erklären, den sie nicht wollen. Sie können nicht daran verzweifeln, den Frieden aufrechtzuerhalten, nachdem eine

40jährige Erfahrung bewiesen hat, daß der Friede möglich ist.

Sie können nicht daran verzweifeln, eine deutsch-französische Annäherung herbeizuführen, bevor sie auf beiden Seiten alles Mögliche getan haben, um dieselbe vorzubereiten.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat trotz Widersprüchen und traurigen Vorfällen bewiesen, daß keinerlei Grund zur Entmutigung vorliegt. Sie hat trotz allem bewiesen, daß ein deutsch-französisches Einverständnis möglich war.

Im Jahre 1905 war Frankreich allein und in voller militärischer Umgestaltung begriffen. Rußland war erschöpft durch den Krieg und die darauf folgende Revolution. England war kaum mit Frankreich ausgesöhnt. Welche gute Gelegenheit wäre dies für Deutschland zum Kriege gewesen, wenn es kriegerisch gesinnt wäre! Deutschland hat aber diese Gelegenheit nicht ergriffen.

Der Vorfall von Casablanca bot wieder eine solche Gelegenheit. Deutschland hat denselben aber durch ein Schiedsgericht erledigt.

Der Vorfall von Agadir wurde durch den Vertrag vom 4. November 1912 erledigt, welcher ohne Zweifel beiden Regierungen Opfer auferlegte, aber beiden Ländern keinen Tropfen Blut kostete!

Was soll man zu den Balkankriegen sagen, aus welchen die Skeptiker Schlüsse für sich ziehen wollen, während sie doch Frankreich und Deutschland Gelegenheit geboten haben, Hand in Hand zu arbeiten und auf diese Weise einen scheinbar unvermeidlichen Zusammenstoß aller europäischen Mächte vorgebeugt haben.

Welcher Fortschritt!

Dieselben beiden Mächte, welche man vor noch zehn Jahren als die Gefahr betrachtete, sind die Beschwörer derselben geworden.

Der Brand wurde bekämpft und eingeschränkt gerade von den beiden Mächten, welche man beargwohnte, denselben unterhalten oder anzünden zu wollen!

Wenn diese gelegentliche deutsch-französische Entente sich verwirklichen könnte, weshalb soll dann eine allgemeine und dauernde Entente unmöglich sein, damit sie der ganzen Weltlage ihren Stempel aufdrücke?

Man führt mir den Abgrund vor, der die zwei Länder trenne. Ich habe ihn leider nur zu sehr ausmessen können!

Er konnte die Diplomatie beider Länder auseinander bringen, aber er kann die beiden Völker nicht verhindern, sich einander zu nähern, wenn sie es wollen.

Wenn sie es wollen!

Das ist die Frage!

Wollen wir Deutsche und Franzosen mit dem gegenwärtigen Regime, unter dem wir beide gleichmäßig leiden, zu Ende kommen?

Ja oder Nein?

Wollen wir es?

Wollt ihr es?

Wir sind zwei freie Nationen, zwei Demokratien, was man auch sagen möge, unter zwei ganz verschiedenen Regierungsformen.

Wir haben das Recht, über unsere Zukunft zu entscheiden. Wollen wir, ja oder nein, die deutsch-französische Annäherung?

Sicherlich ja!

Dann höre der eine auf zu warten, bis ihm der andere alle Zugeständnisse gemacht hat.

Bereite sich jeder von uns vor, nicht nur Zugeständnisse zu verlangen, sondern auch solche zu bewilligen!

Was sollen das für Zugeständnisse sein?

Ich habe es hundertmal gesagt. Sie sollen sich ergeben, nicht aus beiderseitiger absoluter Intransigenz, sondern aus erleuchteter und spontaner Einwilligung seitens beider Teile.

Auf dieser Grundlage wird die Verständigung dauernd, ehrenhaft und für alle annehmbar sein.

Ich bin überzeugt davon, daß dies in Frankreich dem allgemeinen Gefühle entspricht.

Eine aufrichtige Bemühung zur Versöhnung seitens Deutschlands wird mehr auf die Herzen der Franzosen wirken, wie alle Armeen der Welt.

Wir wollen uns den Frieden weder auferlegen lassen, noch denselben auferlegen. Wir werden mit Freude den uns gezeigten guten Willen in gleicher Weise beantworten.

Was Deutschland betrifft, so untersuchen Sie Ihr Gewissen, Ihr Interesse, Ihre Pflicht als Patrioten und als freie Männer und suchen Sie danach, uns alle Zugeständnisse zu machen, welche Ihnen möglich sind, um sich uns zu nähern.

Aber beeilen wir uns!

In wenigen Jahren vielleicht kann es zu spät sein.

Die gegenwärtige Lage darf nicht länger bestehen.

Der Augenblick kommt, wo wir wählen müssen zwischen Revolution, Anarchie oder Ordnung, Glück, Fortschritt, oder, anders ausgedrückt, zwischen dem europäischen Krieg oder den Vereinigten Staaten von Europa.

Mögen unsere beiden großen Nationen ihre Mission erfüllen, welche darin besteht, allen den Weg des Heils zu ebnen!"

Ein Beifall, der das übliche Maß überschritt, krönte diese Rede.

Die Antwort erteilte unter jubelnder Zustimmung der Anwesenden Konrad Haußmann:

„Ich will auf die Worte des Barons d'Estournelles de Constant eine offene Ant-

wort geben“, sagte er. „Ich bin bereit zu dieser Antwort, denn sie ist nicht der Ausdruck einer Aufwallung des Augenblicks, sondern das Ergebnis ernster Beobachtung und Erwägung während all der letzten Jahre. Ja, auch wir Deutschen, wir wollen den Frieden, wir wollen die Verständigung mit Frankreich; ja, auch wir wollen handeln, ehe es zu spät ist! Wir wollen uns ans Werk machen mit den Franzosen, wir wollen guten Willen mit gutem Willen erwidern. Auch wir wünschen lebhaft, daß die Deutschen ihren Anteil an den gegenseitig notwendigen Konzessionen übernehmen.“

Haußmann sprach noch weiter über dies Thema. Zum Schlusse reichten sich beide Redner unter dem Jubel der Hörer die Hände mit dem Versprechen, sich noch oft zusammenfinden zu wollen im Dienste der franco-deutschen Verständigung.

Friedensbewegung und Schule.

Von F. Müller-Lyer, München.

In jeder Geschichtsperiode stehen die einzelnen Kulturerscheinungen in innigem Zusammenhang; Wirtschaft, Familie, staatliche und zwischenstaatliche Organisation, Religion, Wissenschaft, Philosophie, Moral, Recht und Kunst, sie befinden sich alle bis zu einem gewissen Grad zueinander im Verhältnis der Abhängigkeit und der Wechselwirkung, weil sie stets mehr oder weniger aneinander angepaßt sind. So bildet denn jede vollentwickelte Kultur gleichsam ein Gewebe, in dem jeder einzelne Faden den andern stützt und hält und wieder in jedem andern verfestigt und verfilzt ist; und wollte man auch nur einen einzigen Faden ändern, so müßte man das ganze Gewebe umweben. Kurz, jeder Veränderung einer Einzelheit stellt sich das ganze System mit all seinen inneren organischen Widerständen entgegen.

Dieser enge und zähe Zusammenhang der einzelnen Kulturfunktionen ist offenbar dem Fortschritt ungünstig. Denn wenn es auch nicht schwer ist, eine einzelne Einrichtung zu verbessern, so ist es aber fast unmöglich, die gesamte Kultur plötzlich sozusagen umzuweben und umzukrempeln. — Wenn daher ein Fortschrittsfreund und ein Fortschrittsgegner miteinander diskutieren, so wird sich zwar der Gegner von einer einzelnen Verbesserung vielleicht überzeugen lassen, er wird aber dann nachweisen, daß diese Verbesserung mit anderen bestehenden Einrichtungen nicht in Einklang zu bringen ist und deshalb als verfehlt verworfen werden muß. — Bedenkt man außerdem noch, daß der Mensch von Natur ein durch und durch konservatives Wesen ist, so wird es einem fast unerklärlich, wie denn jemals ein Kulturfortschritt überhaupt hat stattfinden können.

Ziehen wir nun zur Beantwortung dieser Frage die Kulturgeschichte zu Rate, so sehen wir, daß von allen soziologischen Funktionen die Wirtschaft es ist, die den Menschen am ersten noch zum Fortschreiten verlocken kann. Denn ein wirtschaftlicher Fortschritt bedeutet im allgemeinen eine Verbesserung der materiellen Lage, und überall, wo dieser Ton das Ohr des Durchschnittsmenschen trifft, der Zauber des Besitzes, des klingenden Geldes oder auch nur der Wunsch rege wird, aus der Enge und Not in ein reicheres Leben hinauszukommen, da wird die angeborene Neophobie überwunden und die Bahn des Fortschritts wird willig eingeschlagen.

So vollzieht sich denn in der Tat regelmäßig der Fortschritt zunächst und zuerst auf dem Gebiet der Wirtschaft. Sobald aber entscheidende oder erhebliche wirtschaftliche Fortschritte gemacht worden sind, so ist das ganze Kulturgewebe auseinandergerissen; das Gleichgewicht des Kultursystems ist gestört, und es tritt jetzt eine sogenannte „kritische“ Geschichtsperiode ein, wo alles in Unordnung ist und wo nun eine Neuordnung aller menschlichen Dinge Platz greifen muß. Diese Neuordnung besteht dann darin, daß alle soziologischen Funktionen: Familien- und Staatsverfassung, Religion und Kunst, Erziehung, Erbfolge, Recht, Moral usw. der neuen Wirtschaft angepaßt, d. h. auf das höhere Niveau der neuen Wirtschaft hinaufgehoben werden. Ist dieser Anpassungs- und Umbildungsvorgang abgelaufen, so ist die kritische Periode zu Ende, und eine „stabile“ Periode beginnt, d. h. eine neue Kulturstufe ist erstiegen worden, die nun langsam in den Einzelheiten wieder ausgebaut wird.

Daß wir uns gegenwärtig nicht in einer stabilen, sondern in einer kritischen Periode befinden, darüber wird wohl kein Wort zu verlieren sein. Durch die Erfindung der großen Arbeitsmaschinen, durch die Verwertung der Kohle und des Dampfes, durch die hochkapitalistische Organisation und den Welt-handel ist unsere Wirtschaft zu neuen, höheren Formen der Arbeitsvergesellschaftung fortgeschritten, von denen man früher keine Ahnung hatte. Und wir sind nun Zuschauer des soziologisch fesselnden Prozesses, durch den alle anderen Kultureinrichtungen dieser veränderten Wirtschaftslage sich langsam, aber unwiderstehlich anpassen, anpassen müssen. — So ist z. B. die Volkswirtschaft in Weltwirtschaft übergegangen, und parallel dazu muß nun auch die nationale Organisation in die internationale übergehen. Der Pazifismus ist daher in unserer Zeit nicht, wie seine Gegner meinen, eine wohlgemeinte Utopie, sondern eine soziologische Notwendigkeit.

Aber die Entwicklung zum Pazifismus wird auch hier wieder gehemmt durch Zusammenhänge mit andern Kulturerscheinungen,

von denen eine der wichtigsten die Erziehung ist. Solange die Schule den Kindern noch den alten, kriegerischen Geist einhaucht, solange der Geschichtsunterricht von fast nichts anderem zu erzählen weiß, als von siegreichen Monarchen, glorreichen Kriegen und Schlachten, von heimtückischen Erbfeinden und dergleichen, solange die Schule noch vom Chauvinismus beherrscht wird, kann die Friedensbewegung über ihre Gegner schwerlich triumphieren. Denn wo die Gemüter nationalistisch überhitzt sind, da verdampfen alle Vernunftgründe in nichts, und sogar der Appell an den sonst so allmächtigen „Nervus rerum“ (Norman Angell) verhallt ungehört oder doch erfolglos.

Gerade aber in der Erziehung ist in den letzten Jahren eher eine Verschlimmerung als eine Verbesserung eingetreten; die rückläufige Bewegung, die sich augenblicklich abspielt (wie immer am Vorabend sehr großer Fortschritte), hat auch die Schule ergriffen. Namentlich hat in Deutschland das Erziehungssystem einen starken militärischen Einschlag erhalten. — Vor mir liegt eine kleine Abhandlung (Juliheft der „Freien Schulgemeinde“ 1913), die von Gustav Wyneken und Hans Reichenbach verfaßt ist und diese neue Bewegung mit aufmerksamem Blick und feinem pädagogischen Verständnis verfolgt. Sie ist betitelt: „Die Militarisierung der deutschen Jugend“. Darin wird geschildert, wie im Jahre 1911 der Jungdeutschlandbund gegründet wurde, dem sich dann rasch zahlreiche Vereinigungen (Bund deutscher Jugendvereine, Akademischer Sportbund, Wehrkraftvereine, Pfadfinderbund usw.) anschlossen, die die Jugend nach dem Vorbild der Armee zu organisieren und den Knaben vaterländischen Geist, d. h. besonders auch den Haß gegen andere Nationen und die Lust am Kriege beizubringen bestrebt sind. Diese Bewegung wurde von den Regierungen stark gefördert und hat große Erfolge. So zählt z. B. der 1910 gegründete bayerische Wehrkraftverein heute 28 Ortsgruppen mit über 3000 Knaben, die von 322 Führern geleitet werden, wovon 236 Offiziere sind. — Wenn nun auch das Streben nach körperlicher Erächtigung der Jugend zu loben ist, so ist es aber nicht die moralische Tendenz, die damit verbunden wird. Ueber diese Tendenz des Wehrkraftvereins schreibt z. B. Grat Bothmer, einer der Führer des Vereins (Jugend und Wehrkraft, S. 31): „Wir müssen aber, wollen wir nicht untergehen, an der alten Forderung festhalten, daß der erste Gedanke eines Jungen dem Vaterlande, sein erster Zorn dem Feinde gehört, der es so oft bedroht und verwüstet hat . . . Die lange Friedenszeit an sich, zunehmende Wohlhabenheit wirken erschlaffend und verwässernd, einen ganz gefährlichen Einfluß, der Gott sei Dank auf die gesund und natürlich denkenden Massen des Volkes weniger wirkt als auf einen

Teil der „Gebildeten“, üben die internationalen Friedensapostel aus; wie überempfindsame Damen schildern sie nur die Scheußlichkeiten der Schlächtereier, nicht die gewaltige ideale Kraft, die im Heldenode des höchsten wie des einfachsten Mannes sich äußert; sie machen uns wehrlos dadurch, daß sie die an sich weichere Generation verhindern, dem Kriege fest in die Augen zu schauen, der kommen wird und muß und der furchtbarer sein wird als alle seine Vorgänger.“

Der Geist des militärischen Nationalismus wird besonders vom Pfadfinderbund, vom Kartell der deutschen Jugendwehren und dem bayerischen Wehrkraftverein gepflegt. Die politischen Bestrebungen dieser Vereine und des Jungdeutschlandbundes im allgemeinen faßt Wyneken treffend in folgende Sätze zusammen:

1. Er macht Stimmung für jede Verstärkung des Heeres und der Flotte.
2. Er macht Stimmung für eine kriegerische Auseinandersetzung Deutschlands mit anderen Mächten und sucht die Bestrebungen für internationale Verständigung verächtlich zu machen.
3. Er arbeitet der politischen Aktivierung des Volkes, seiner Erziehung zur Beteiligung am politischen Geschehen und zur Mitverantwortlichkeit dafür entgegen, im Sinne eines militärischen Absolutismus und völkischen Servilismus.

„Seine Vaterlandsiebe“ erschöpft sich“ (sagt Wyneken) „in der Vorstellung des Kampfes gegen Nachbarvölker, des Heldenodes in diesem Kampfe und der in unermüdenlichen Hochrufen betätigten Anhänglichkeit an das Herrscherhaus.“ Und diese Gedanken kehren immerfort wieder in den von den Vereinen gesungenen und auch meist selbstgedichteten Liedern, die, auch rein literarisch genommen, eine betäubende Geschmacklosigkeit und Unkultur verraten und an poetischem Gehalt noch weit hinter den Soldatenliedern zurückstehen. —

In diesem Geist soll also jetzt die deutsche Jugend erzogen werden; und wie empfänglich die deutsche Jugend für solche Lehren ist, das kann man sich leicht vorstellen. So erzählt z. B. H. Reichenbach: „Als die Jungen bei einer Moorkultur gerade ein Stück Sumpfland umgruben, sagte einer davon: ‚Bei jedem Erdkloß, den wir mit dem Spaten zerstißen, dachten wir, es wäre ein Franzos, dem wir den Kopf zerschlugen‘.“

Daß die neue Art der „Jugendkultur“ so rasche Erfolge hat, erklärt sich eben nicht bloß daraus, daß die Bewegung von oben her eine so kräftige Förderung findet, sondern noch mehr dadurch, daß sie sich an Instinkte wendet, die in jedem Menschen von der Natur angelegt sind, die zwar durch die Kultur vermindert oder veredelt werden, aber gerade deshalb natürlich in der Jugend

noch besonders stark in Tätigkeit sind. Die beiden wichtigsten der hier in Betracht kommenden Naturinstinkte kann man als Fremdenhaß und als Kampftrieb bezeichnen.

Haß und Verachtung der Fremden und des Fremden finden sich bei fast allen Völkern der Erde, und sie sind um so stärker ausgeprägt, je tiefer ein Volk auf der Leiter der Kultur steht. Ein jedes Volk hält sich für das vorzüglichste, die anderen Völker dagegen für minderwertig. Nach der Ansicht der Eskimos z. B. mißlang dem Großen Geist sein erster Versuch, einen Menschen zu machen, vollständig, so daß daraus ein Europäer wurde; erst der zweite Versuch gelang, und nun brachte er einen Eskimo fertig. Die armseligen Australneger halten die Weißen für Arbeitssklaven, sich selbst aber für Gentlemen, die sich keiner Arbeit unterziehen dürfen, weil sie dafür zu vornehm sind. Die Tschippewäh-Indianer haben das Wort: „Dumm wie ein Weißer“, und Westermarck hat in seinem Buch über die Entwicklung der Moralbegriffe eine lange Liste ähnlicher Aussprüche gesammelt, die zeigen, wie sehr die Naturvölker von ihrer eigenen Herrlichkeit und Ueberlegenheit überzeugt sind. Dieser Instinkt erhält sich auch auf viel höheren Kulturstufen. Die Chinesen halten sich für das Reich der Mitte, die Juden für das auserwählte Volk, die Germanenschwärmer haben entdeckt, daß alle Kultur auf Erden von der nordischen Rasse herührt, eine „Theorie“, die schon Fritz Reuter in die Worte zusammengefaßt hat: „Im Anfang schuf Gott Möcklenbörg.“

Der Ursprung dieses Naturinstinkts ist leicht zu verstehen. Denn die Natur schuf den Menschen als ein Herdenwesen, d. h. als ein Individuum, das sich mit seiner Herde oder Horde solidarisch verbunden fühlt, was aber nur möglich ist, wenn es fremde Herden mehr oder weniger verabscheut. Daher sind alle Herdentiere den fremden Herden feindlich. Eine Ameise, von einem Haufen in einen andern versetzt, wird dort sofort in Stücke zerrissen, selbst wenn sie von derselben Art ist, und ähnlich verhält es sich mit den Hunden, Rindern, Affen und fast allen richtigen Herdentieren. — Für die Höherentwicklung der Kultur ist dieser Naturtrieb jedoch ein Hemmnis; und daher vermindert er sich bei wachsender Kultur. Je mehr die Völker miteinander in Verkehr treten, je mehr sie sich davon überzeugen, daß „hinterm Berge auch noch Leute wohnen“, um so deutlicher wird ihnen, daß sie zwar nicht gleich sind, aber in einem Verhältnis wechselseitiger Ueberlegenheit zueinander stehen. Beim Kind aber ist jener Trieb noch in ungehemmter Kraft; ein richtiger amerikanischer Junge wird z. B. bei jeder Gelegenheit die Behauptung aufstellen: „American boys are the best“; und wenn dem Kind solche Weisheit von Erwach-

senen, ja sogar von seinen Lehrern auch noch bekräftigt wird, so erwacht das primitive Herdentier im Kindergemüt wieder zu vollem Leben. —

Der zweite Naturtrieb, den die neuchauvinistische Bewegung zu ihren Zwecken mißbraucht, ist der Kampftrieb. Ursprünglich ist der Mensch bekanntlich ein Raubtier. Von der Natur auf das Fleisch seiner Mitgeschöpfe angewiesen, war er ungezählte Jahrtausende lang ein Jäger, dessen wichtigste Beschäftigung die Erlegung anderer Tiere war, und auch das Fleisch seiner eigenen Rasse verschmähte er nicht; auf einer gewissen Kulturstufe war der Kannibalismus bei allen Völkern, wie Andrée nachgewiesen, eine ganz universelle Erscheinung. Je mehr die Kultur fortschritt, um so wichtiger aber wurde das Zusammenwirken der Menschen, und die vergesellschaftete Arbeit wurde immer mehr die Erzeugerin aller Werte, die das Leben verschönern und veredeln und die Mutter aller hohen Kultur. — Aber das Kind ist noch ganz Natur. Im Knaben sehen wir — gemäß dem biogenetischen Grundgesetz Häckels — den Jagd- und Kampftrieb noch voll ausgebildet. Knaben jagen und haschen nach allem, was da krecht und fleucht, nach Schmetterlingen, Vögeln und Fischen, ihre Neck- und Rauflust ist wie bei allen Ungebildeten, unkultivierten so groß, daß ihre Lieblingsspiele Kampfspiele sind.

Kampftrieb, Rassendünkel, Fremdenhaß sind also dem Menschen eingeborene Naturinstinkte, kulturwidrige Triebe des Wilden, die durch Erziehung und höhere Gesittung umgebildet werden müssen. Gerade diese Instinkte aber erleichtern in hohem Grade die jetzt beabsichtigte Militarisierung der Jugend. Das Kind, dessen rohe Naturinstinkte noch nicht veredelt und vergeistigt sind, bietet dafür ein nur allzugünstiges Objekt dar.

Nun ist von den Regierungen und Parlamenten, die ihre Unfähigkeit, der internationalen Anarchie zu steuern, durch das denkbar gedankenloseste System — das Wettrennen! — genugsam dargelegt haben, für die Schule der Zukunft in absehbarer Zeit leider kaum ein Verständnis oder eine Besserung zu erwarten. Entscheidende Fortschritte können vorläufig hier nur durch private Initiative erstrebt werden. Ich möchte daher die Pazifisten und Kulturfreunde, denen es ja nicht gleichgültig sein kann, daß ihre Kinder nach rückwärts, zur Unkultur erzogen werden, auf die Freie Schulgemeinde Gustav Wynekens aufmerksam machen.

In der Wyneken-Schule sind alle wichtigsten Forderungen, die von unsern großen Schulreformern und pädagogischen Denkern aufgestellt worden sind, harmonisch vereinigt. Jener großartige Dichtertraum von der „pädagogischen Provinz“, den uns Goethe im Wilhelm Meister auseinandergesetzt hat, hier ist er Wirklichkeit geworden. Die Schule liegt

fern von der Großstadt auf dem Lande, wo die Schüler in innigem Verkehr mit der Natur aufwachsen. Körperliche Übungen, Wanderungen und Sport sorgen für die Kraft und Gesundheit des Schülers und zugleich dafür, daß jene atavistischen Kampftriebe, die die Jungdeutschen zur alten Wildheit reaktivieren wollen, kultiviert, d. h. vom Willen zu schaden befreit und durch die Vernunft geregelt und beherrscht werden. Denn nicht zum Kampf ums Dasein, wie das öde Schlagwort lautet, soll nach Wyneken der Mensch erzogen werden, sondern zum Zusammenwirken mit seinesgleichen, nicht zur Zerstörung, sondern zum Bau an dem großen Werke der Kultur. — Der Unterricht findet statt nicht auf Grundlage der Autorität und des blinden Gehorchens, durch die jetzt Lehrer und Schüler in zwei feindliche Lager gespalten werden, sondern nach dem Prinzip der Selbstständigkeit und der „Selbsttätigkeit“. An die Stelle der Dressur und des Drills, des Abhörens und papageienartigen Aufsagens ist die eigene Anschauung und die eigene Tätigkeit getreten, sowie der freie kameradschaftliche Verkehr zwischen Lehrern und Schülern.

Ganz besondere Pflege wird in der Neuschule der Ausbildung des Charakters gewidmet, die in unserer Kultur leider so entsetzlich vernachlässigt wird, daß man, wie ich glaube, sagen muß: für die Charaktererziehung ist sogar bei den Wildvölkern, bei den Eskimos und Indianern besser gesorgt als bei unsern „Kultur“völkern (vgl. die Kriminalstatistik, besonders die Zahl der jugendlichen Verbrecher). Was schon Aristoteles wußte, in der Wyneken-Schule ist es zur Tat geworden: nicht durch Moralpredigten oder gar durch religiöse Dogmen erzieht man den Charakter, sondern gerade wie man das Schwimmen nur im Wasser lernt, durch die Sittlichkeit der Tat, durch die frühzeitige Gewöhnung, durch die praktische Ausübung einer gerechten und edlen Handlungsweise, die dann so in Fleisch und Blut übergeht, zur Uebung und Gewohnheit wird, daß der Mensch gar nicht mehr anders als anständig handeln kann. Daher müssen Kinder sozial auferzogen werden; durch wohlgeleiteten Umgang erziehen sie sich selber und schleifen sich jene sozialen Untugenden ab, deren allgemeine Verbreitung gegenwärtig das Leben vielfach so häßlich macht. Daher ist in der Wyneken-Schule das Prinzip der Selbstregierung der Schüler in der glücklichsten Weise durchgeführt worden. Die Charaktererziehung wird außerdem noch gefördert durch die besondere Pflege, die bei Wyneken die sogenannten Gesinnungsfächer finden. Der geistlose, rein äußerliche Geschichtsunterricht (Jahreszahlen) ist durch die soziologische Betrachtungsweise vergeistigt. Die Bürgerkunde üben sich die Schüler in ihrer „Freien Schulgemeinde“ praktisch selber ein. Die schönen Künste, besonders auch die Musik, werden nicht spiele-

risch, sondern mit tiefem Ernst betrieben, so daß sie ihre veredelnde Macht voll entwickeln können. An die Stelle des überwundenen Dogmenglaubens setzt Wyneken eine Religion des Herzens, die die Kinder zu Kulturträgern erzieht, zu Gliedern eines großen Ganzen, einer wahren Kulturgemeinschaft, und anstatt des blöden und rohen Chauvinismus (der, wie schon der hl. Augustinus wußte, nichts anderes ist, als der Haß gegen andere Völker) lehrt er jenen edlen „Kulturpatriotismus“, der sich zwar mit Begeisterung dem eigenen Volk hingibt, zugleich aber in den andern Völkern gleichberechtigte Organe der zum höchsten strebenden Kulturmenschheit erkennt.

Trotz so hoher Anforderungen ist aber Wyneken keineswegs der Anschauung, daß die Jugend bloß als eine Zeit der Vorbereitung betrachtet werden darf, sondern zugleich als ein vollwertiger Abschnitt des Lebens, worin der der Jugend so eigene Frohmut sich ausleben und auswirken kann. —

Alle diese Grundsätze hat Wyneken zu einem harmonischen System vereinigt und in verschiedenen, höchst wertvollen Schriften dargelegt, so in den Wickersdorfer Jahrbüchern, ferner in der jetzt im dritten Jahrgang erscheinenden Zeitschrift „Die Freie Schulgemeinde“, besonders aber kürzlich in einem in außerordentlich schöner Sprache geschriebenen Buch: „Schule und Jugendkultur“. (Jena, Diederichs, 1913.)

Aber nicht nur in Worten, auch in Werken hat Wyneken seine pädagogischen Ideen durchzuführen gestrebt. Zunächst gründete er unter großen Opfern und Anstrengungen die „Freie Schulgemeinde“ in Wickersdorf (in Thüringen), und wie gut es ihm gelungen ist, in jener Anstalt seine Absichten zu verwirklichen, mag folgende Stelle zeigen, die aus der Feder eines Wickersdorfer Studenten herrührt, und deren Inhalt für den Geist der Wyneken-Schule bezeichnend ist: „Wenn ein Abiturient der Freien Schulgemeinde Wickersdorf“ (heißt es darin) „die Hochschule bezieht, so wird ihm mit voller Schärfe fühlbar werden, was wir meinen, wenn wir der Hochschule das Prädikat einer Kulturstätte absprechen. Wie ist er gewohnt zu leben? Er hat bisher mit älteren und jüngeren zusammen ein geregeltes Dasein geführt, hat mit ihnen gearbeitet, Gymnastik und Sport getrieben, ist mit ihnen im großen, lichten Speisesaal zu Tisch gegangen, jede Mahlzeit ein kleines Fest voll Regel und Rhythmus. Er ist mit seinen Kameraden gewandert, hat mit ihnen musiziert und Theater gespielt, hat mit wachem Sinn teilgenommen an regelmässigen Vorlesungen und Musikabenden in größerer oder kleinerer Gemeinschaft. Er ist gewohnt, im engeren Kreis der selbstgewählten Kameradschaft wie im Schülerausschuß und in der alle umfassenden Schulgemeinde als ein freier,

nur durch Satzungen und Sitte gebundener Mensch mit eigener Verantwortlichkeit in Rechten und Pflichten mitzusorgen durch Rat und Tat für seine Kameraden, wie für das Wohl des Ganzen. — Wo findet er auf der Universität dergleichen?“ —

Um einer großen Organisation einen solchen Geist einzuhauchen, dazu bedarf es einer genialen Persönlichkeit. Nur wer selbst begeistert ist, kann andere begeistern, mitreißen. Eine solche Persönlichkeit ist Wyneken. Keine Entbehrung war ihm zu hart, keine Verfolgung seiner verständnislosen Feinde (woran es ihm ebenso wenig fehlt wie seinem großen Vorgänger Pestalozzi) war ihm zu bitter, unentwegt hat er an seinem hohen Ziel festgehalten. Mit der Ritterlichkeit des Idealisten und zäher Energie verbindet er ein fast kindlich naives Verständnis für die Jugend und eine geniale pädagogische Begabung, mit ihr umzugehen. Von ihm dürfen wir daher wohl hoffen, daß es ihm gelingen wird, die Menschheitsschule der Zukunft zu errichten, die dann wie eine Akropolis höchster Kultur in die Lande hinausleuchtet, als ein Vorbild, dem überall in der Kulturmenschheit nachgestrebt werden kann.

Nun ist Wyneken mit einer Neugründung beschäftigt, in der er in noch höherem Maße das Ideal einer Kulturschule verwirklichen will. Bereits ist ein von vielen fortschrittlichen und bedeutenden Männern unterzeichneter Aufruf an die Öffentlichkeit ergangen. Aber die pekuniären Mittel sind noch zu gering, um das Projekt Wirklichkeit werden zu lassen. Ich glaube, daß alle Pazifisten und alle, denen der Fortschritt der Kultur am Herzen liegt, nichts Besseres tun können, als diese neue Schule mitgründen zu helfen. Besonders die Besitzenden unter den Kulturfreunden dürften hier ein herrliches Gebiet für die wahrhaft nutzbringende Verwendung ihrer Reichtümer finden. Millionen sind zusammengefloßen, als es galt, Zeppelin zu unterstützen; welche tatkräftige Hilfe hat Richard Wagner gefunden! Und diese Opferwilligkeit gereicht den edlen Helfern gewiß zu hohem Ruhme. Aber so groß die Werke jener Männer waren, die Verwirklichung des Wynekenschen Gedankens ist ungleich wichtiger für das Volk sowohl als für den Fortschritt der Kultur und für das Glück der Menschheit. Denn die Schule Wynekens ist der Zukunftstypus der eines Kulturvolkes würdigen Jugendkultur, die früher oder später unser jetzt noch so tief stehendes Schulwesen zu ersetzen berufen ist. Und erst dann werden wir ein wirkliches Kulturvolk sein, wenn wir eine Schule besitzen, die fähig ist, aus dem kindlichen Rohmaterial den Kulturmenschen zu formen.

Kampf und Hilfe in der untermenschlichen Lebewelt.

Von Dr. Paul Kammerer,
Privatdozent an der Universität Wien.

Seit Darwin ist es üblich geworden, den Kampf ums Dasein als „Vater aller Dinge“ anzusprechen, ihn als Triebkraft des Fortschritts anzusehen, die durch ihn bewirkte natürliche Auslese als einzigen Entwicklungsfaktor anzuerkennen.

Doch verknüpft sich diese Auslegung zu Unrecht mit dem Namen Darwins: rein extensiv genommen, beansprucht allerdings in Darwins Werken die Darstellung des Kampfprinzips den breitesten Raum; doch auch intensiv erfaßt, sind dafür die wenigen Seiten, die Darwin in seinem Buch über die Abstammung des Menschen dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe gewidmet hat, um so entscheidender. Manches spricht dafür, daß Darwin im Begriffe war, diesem Antagonisten des Daseinskampfes eingehendes Studium zu schenken, an dessen Vollendung er durch den Tod gehindert wurde, der ja stets dafür sorgt, daß Menschenwerk Stückwerk bleibe. — Darwin hat also jedenfalls bereits klar erkannt, daß von jedem einzelnen Lebewesen zu jedem einzelnen anderen nicht nur feindliche, sondern auch freundliche Beziehungen geschlungen sind; und weiter ließ er die Höherentwicklung nicht etwa bloß vom Ueberleben des Passendsten, sondern ebenso von aktiver und passiver Anpassung der Lebenden untereinander und an ihre leblose Umgebung abhängen.

Neben dem Hilfe- und Anpassungsmoment bestand und besteht aber der Krieg aller gegen alle in seiner Eigenschaft als indirekte Triebkraft fortschreitender Entwicklung zu Recht. — Fast wie Ueberfluß erscheint an vorliegender Stelle der nur nebenher gemachte Hinweis, daß jener Krieg jedes einzelnen gegen jeden anderen selbstverständlich nicht, wie es oft geschieht und worauf sich die sogenannten „sozialen Darwinisten“ gern berufen, dem politischen Krieg gleichgesetzt werden darf. Dieser ist höchstens ein Spezialfall von jenem (ob schon er oft nicht positive, sondern negative Auslese, Ueberleben nicht des Tüchtigsten, sondern des Schlechtesten, bewirkt); noch dazu ein Spezialfall, der sich in der Gesamtnatur äußerst selten ereignet — außer beim Menschen nur noch bei staatenbildenden Insekten. Von einer friedlich weidenden Rinderherde wird gewiß niemand behaupten, sie führe soeben politischen Krieg; dennoch steht sie mitten im Daseinskampf, weil jedes Mitglied der Herde jedem anderen das Futter schmälert.

Mit Rücksicht auf Ausnahmecharakter und verheerende Wirkung kann man den politischen Krieg als Unnatur und verderbliches Laster bezeichnen, gleich Alkoholismus oder ausgesucht scheußlicher Sexualverirrung, — Phänomene, die ebenfalls in der „Kultur“ der sozialen Hautflügler und Termiten wiederkehren: falls man gelten läßt, daß es „Unnatur“ überhaupt gibt; denn schließlich ist alles, was Natur gebiert, eben deshalb auch natürlich. Daß der Einsiedlerkrebs seinen weichen Hinterleib in leere SchneckenSchalen steckt, statt ihn nach Urvatersitte frei zu tragen oder gleich den Schnecken ein arteigenes Gehäuse abzusondern, könnte mit demselben Recht als unnatürlich bezeichnet werden wie etwa die Sodomie oder die Gewohnheit, narkotischen Genußmitteln zu fröhnen: ja jedes Abweichen über die Grenzwerte der „normalen“ Variationsbreite, jede sprunghafte Variation erscheint zunächst naturnotwendig (wenigstens im engen Betrachtungskreise des Menschen an seinem Mitmenschen) als Unnatur. Unnatur in diesem Sinne und im höchsten Grade, aber nicht adaptiver, sondern destruktiver Beschaffenheit, keine Anpassung, sondern pathologische Variation der Instinkte, ist ganz gewiß der politische Krieg, der denn auch letzten Endes mit Schädigung des Angreifers und selbst des Siegers ausgehen muß. —

Ich erwähnte soeben den Einsiedlerkrebs und seinen Trieb, den ungepanzerten Hinterleib durch ein Schneckenhaus zu schützen; wenn der Krebs von dessen Innenräumen Besitz ergreift, haben oft schon andere Lebewesen, wie Seeanemonen, stockbildende Polypen, Schwämme, Algen u. dgl., dessen Außenflächen besetzt. Dann entwickelt sich zwischen diesen festsitzenden Organismen und dem unrechtmäßigen Inhaber des Gehäuses ein wechselseitiges Trutzbündnis im Daseinskampf, sog. Symbiose: für alle jene an die Unterlage gefesselten Geschöpfe ist es von großem Vorteil, wenn der Krebs die ihnen fehlende Ortsbewegung in seine eigene Regie übernimmt, sie in immer neues Atem- und Nährmedium trägt; und der Krebs seinerseits erfährt durch den botanischen oder zoologischen Garten auf seinem Wohnhaus gelungene Maskierung oder andere wirksame Unterstützung — so in Gestalt brennender Nesselbatterien der Polypen und Seeanemonen, und in Gestalt von Erweiterungsbauten zum Gehäuse, die von gewissen Seeanemonen und Schwämmen geleistet werden und dem heranwachsenden Krebs zeitweise oder für immer den lästigen und gefährlichen Umzug in größere Gehäuse ersparen.

Solche „Symbiosen“ — zwischen Tier und Tier, Tier und Pflanze,

Pflanze und Pflanze*) — hat uns die Natur in beträchtlicher Zahl gleichsam als Schulbeispiele vor Augen geführt, als Paradigmen, die im Kleinen und Faßlichen dieselben Regelmäßigkeiten gegenseitiger Hilfe aufweisen, wie sie im Großen und schwer Ueberblickbaren die gesamte Lebewelt beherrschen. So gibt es (um nur noch ein Exempel anzuführen) eine Menge Tierarten, auf oder sogar in deren Körper sich einfache, blattgrünhaltige Pflänzchen, die Algen, niedergelassen haben, wie z. B. in den Zellen des inneren Keimblattes bei unserem gemeinen grünen Süßwasserpolyphen. Der Hauptvorteil herüber und hinüber besteht hier im zweckmäßigen Gasaustausch: wenn das Tier atmet, verbrennt es den Kohlenstoff seiner Gewebe mit dem eingeatmeten Sauerstoff zu Kohlendioxyd, das, von den in ihm lebenden Algenzellen gierig aufgenommen, neuerdings in Kohlen- und Sauerstoff gespalten wird. Ersteren verwendet nun die Alge zum Bau ihres eigenen Leibes, letzteren gibt sie großenteils den tierischen Zellen zurück, die davon abermals ihren Respirationsbedarf bestreiten. Das ist, nur auf engerem Raume zusammengedrängt, dasselbe Wechselverhältnis zwischen Sauerstoffproduzenten und Kohlensäurekonsumenten einerseits, Sauerstoffabnehmern und Kohlensäurespendern andererseits, wie es sich in der gesamten Vegetationsdecke der Erde und der sie besiedelnden Tierwelt abspielt. Nur muß hier die Atmosphäre (Atemluft oder lufthaltiges Wasser) als vermittelndes Medium benutzt werden, der inneren Gewebsatmung eine äußere Atmung (Luftaufnahme durch Lungen, Kiemen, Spaltöffnungen usw.) vorangehen, während im beschriebenen Symbiosefalle sich all das ganz oder fast ganz auf die Innenwelt des Organismus beschränkt. Er kann der äußeren Atmung und daher besonderer Atmungsorgane so gut wie völlig entbehren und empfängt seine Lebensluft aus erster Quelle gleich an Ort und Stelle: in den atembedürftigen Zellen selber. Der ökonomische Nutzen der engeren Symbiose gegenüber der fernen Wechselwirkung ist ungefähr vergleichbar demjenigen Nutzen, wenn Kohle und Eisen im selben Lande gewonnen werden, statt erst langwieriger Transporte zu bedürfen, um eine (dann entsprechend verteuerte) Industrie zu ermöglichen.

Ein analoger Kreislauf, der je nach Nähe der austauschenden Partner in gradweisen Abstufungen größer oder kleiner, langsamer oder rascher ausfällt, läßt sich ebenso für

*) Ausführliche Zusammenstellung der meisten, bis 1910 beschriebenen Fälle bei Kammerer, „Genossenschaften von Lebewesen auf Grund gegenseitiger Vorteile“, 120 Seiten, 8 Bildertafeln; Stuttgart, bei Strecker & Schröder, 1913. — Dasselbst weitere Literatur.

die Wanderung des Stickstoffes, des wichtigsten Gewebebildders, nachweisen, und ebenso für jedwedes Element, woraus die lebende Substanz sich aufbaut. Die Symbiosen sind also nicht, wie man früher wohl glaubte, sporadische Seltenheiten, vereinzelte Schaustücke im Kuriositätenkabinet der Natur, sondern sie sind nichts weiter als ausnehmend lehrreiche Sonderfälle und in diesem Sinne allerdings Prunkobjekte von Gesetzmäßigkeiten, die den ganzen belebten Planeten umfassen — sie sind gleichsam Monogramme der allgewaltigen Pansymbiose, die Groß und Klein, Hoch und Niedrig zu nutz- und friedvoller mutuellem Anpassung zwingt! —

Werfen wir noch einen Blick auf die Tier-Algensymbiosen oder, was prinzipiell dasselbe, auf die als „Flechten“ bekannten Pilz-Algensymbiosen: bei vielen Arten muß die Genossenschaft von Generation zu Generation erneut werden — jeder von den das Doppelwesen (oder Mehrfachwesen) konstituierenden Organismen vermehrt sich auf eigene Faust und verbringt seine früheste Jugend noch ohne den Teilhaber. Große Häufigkeit des Vorkommens nebst manch anderer biologischen Erleichterung fügen es in überragender Mehrzahl der Fälle, daß sich die Partner bald wieder begegnen und den Rest ihres Lebens, dessen größere und bessere Hälfte, miteinander verkettet zu bringen. Zahlreiche andere Arten jedoch bedürfen nicht mehr der Neuinfektion mit dem symbiotischen Organismus: beispielsweise wandern die Algen des grünen Polypen bei Tageslicht aus der Innenschicht des Körpers in die sich innerhalb seiner Außenschicht bildenden Eier ein; und wenn die Eier abgeschnürt, abgelegt werden, so hat der junge Polyp, der aus ihnen hervorgehen wird, bereits einen Vorrat von sauerstoffspendenden Algen für sein ganzes Leben und mittelbar das aller seiner Nachfahren mitbekommen.

Weiter ist die Frage zu erörtern, wie eine Symbiose, die sich gegenwärtig unabhängig von der Außenwelt einrichtet und automatisch erneuert, ursprünglich zustandekommen sein mag. Die Eigenschaft, sich mit einem völlig fremdartigen Lebewesen so zu vereinigen, daß beide fortan wie ein einziges funktionieren, ist offenbar jeder beliebigen anderen, körperlichen oder psychischen Eigenschaft gleichwertig zu erachten: sie bildet ein Charakteristikum der Art ebensogut, wie z. B. die Fangarmzahl, bestimmte Größe, Form usw. des Süßwasserpolypen. Nun sollen die Artmerkmale laut den „Neu-Darwinianern“ und „soziologischen Selektionisten“, die vorgeblich unter Darwins Flagge segeln, als feste Anlagen im Keimstoff von jeher gegeben sein; in jedem Individuum entfalten sie sich aus ihren Anlagen aufs neue,

ohne in umgekehrter Richtung vom Körper des Individuums her beeinflußt werden zu können. Veränderung jener starren Eigenschaftsanlagen oder Erbinheiten sei nur durch Vermischung der Keimstoffe bei der Kreuzung sowie durch Auslese des Tauglichsten bei der Zuchtwahl möglich.

Wie stellen sich zu diesem neodarwinistischen Dogma die erblichen Vergesellschaftungen heterogener Lebewesen? Kann die Pflanzenzelle, die am Körper des Polypen seine grüne Färbung entfaltet, in dessen Keimplasma auch schon „vom Schöpfungstage an“ enthalten gewesen sein? Eine dahinzielende Behauptung würde dem gesunden Verstande geradeswegs ins Gesicht schlagen: die Vereinigung von Polyp und Alge, von Tier und Pflanze muß ganz im Gegenteil ein Erzeugnis verhältnismäßig später Epoche sein — kann keine von Beginn angeborne, sondern muß eine erworbene Eigenschaft, eine direkte Anpassung sein. Auf dem Wege zu ihrer Vollendung, zur intrazellulären Durchdringung zweier fremder Lebensformen bezeichnen jene vorhin skizzierten Arten freundschaftlichen Zusammenlebens nur ebenso viele Uebergangsstationen von primitiver zu stets vollkommener Zweckmäßigkeit und Innigkeit: zuerst das gemeinsame Wachsen im gleichen Milieu, aber noch durch das Lebensmedium (Luft oder Wasser) mehr oder weniger weit getrennt; dann das Wachsen neben-, auf- und ineinander; das Ineinanderwachsen zwischen den Geweben und endlich in den gewebebildenden Elementarbausteinen, den Zellen selbst... Die Anpassung gelangt zum Gipfel, indem die Partner zu guter Letzt nicht bloß den Instinkt, die Neigung zur Erneuerung der Freundschaft in jeder folgenden Generation vererben, sondern indem sie gleich den Freund selber erben: der Transport grüner Algenzellen in die Eizelle des Polypen gewährt uns, obschon es sich eigentlich dabei nur um das Uebertreten eines Fremdkörpers, vergleichbar dem eines künstlich beigebrachten Farbstoffes, handelt, sicher wenigstens ein anschauliches Bild davon, wie frisch erworbene Anlagenstoffe einer neuen körperlichen Eigenschaft in den Keim übertragen werden mögen.

Noch könnte man einwenden: der Trieb, sich mit anderen Lebewesen zu verbünden, sei vielleicht als präformierte Anlage seit je Eigentum der lebenden Substanz, des keimenden Stoffes gewesen, und sie sei dann durch Zuchtwahl, also ohne Vererbung erworbener Eigenschaften, gesteigert und zu ihren jeweiligen besonderen Ausdrucksformen differenziert worden. Dieses Einwurfs mußte gedacht werden, weil er tatsächlich fortwährend gegen erbliche Anpassungen jeder Art erhoben wird; in Wirklichkeit ist er heute bereits zum Anachronismus geworden, weil (von Gegnern der Vererbung er-

worbener Eigenschaften!) unwiderleglich experimentell nachgewiesen ist, daß die Zuchtwahl nur herausarbeiten kann, was schon besteht; nur reiner isolieren, von unzweckmäßigen Beimengungen befreien, was in vollem Umfange schon vorhanden ist — aber daß sie niemals Neues zu schaffen oder etwas aus dem Alten in neue Höhen zu steigern vermag. Sie gleicht dem geologischen Hammer, der eine Versteinigung aus umgebendem Gestein nur herausklopft (und sie in ungeschickter Hand auch leicht zertrümmert), aber nicht dem Meißel des Bildhauers, der eine Statue aus rohem Marmorblock durch schöpferische Linienführung erst erzeugen muß. Zuchtwahl kann also am Zustandekommen der Symbiose nur insofern beteiligt sein, als sie innerhalb einer Art diejenigen Individuen begünstigt, die sich rechtzeitig eines Bundesgenossen versichert hatten; so daß schließlich nur mehr symbiotisch lebende, den Symbiosetrieb ihren Nachkommen weitergebende Individuen im Daseinsstreite übrig blieben. Die erstmalige Entstehung der Symbiose und des dazu führenden Instinktes aber bleibt durch Zuchtwahlwirkungen vollkommen unerklärt. — So ist denn nur die andere, erste Annahme übrig, daß es die Einflüsse der Umgebung sind, die den Lebewesen ihre Hilfsinstinkte aufprägten, und daß sodann diese erworbenen Gewohnheiten samt ihren formgebenden Folgeerscheinungen erheblich fixiert wurden.

Vielleicht darf ich ein andermal den ebenfalls leicht zu führenden Nachweis erbringen, daß ebenso, wie die Symbiose weitesten Sinnes (die allgemeine gegenseitige Entwicklungshilfe) ohne Vererbung erworbener Eigenschaften nicht verständlich würde; so auch umgekehrt diese Vererbung ohne Symbiose engsten Sinnes (das Zusammenleben und Zusammenwirken der Teile in Einzelindividuum) und ihre gegenseitige Beeinflussung durch innere Sekretion nicht erklärbar wäre. Gestalten sich aber Anpassungs-erbe und erbliche Symbiose in ihrer Kumulation als wechselseitige Entwicklungshilfe zur machtvollsten Triebkraft des Fortschritts im Pflanzen- und Tierreich, so sollte die Menschheit ihrer (ebenfalls auf Darwin zurückgehenden) Einordnung in die Lebensreihe eingedenk bleiben und sich rechtzeitig dessen bewußt werden, daß immer für sie gilt, was für die übrige Natur bindend ist: wenn der Daseinskampf beansprucht, Vater aller Dinge genannt, — so darf die Daseinshilfe mit mindestens demselben Rechte fordern, als Mutter aller Dinge gerühmt zu werden!

Die französischen Sozialisten und die Verständigung mit Deutschland.

Von Herm. Fernau, Paris.

Das Hemmnis, das seit 42 Jahren nicht nur eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands verhindert, sondern das auch die Riesenrüstungen verursacht und so recht eigentlich die gesamte europäische Politik vergiftet, heißt Elsaß-Lothringen. In den Augen der meisten Zeitgenossen ist dieses Hemmnis zur Verständigung und Gesundung Europas so groß und unüberwindlich, daß sie am liebsten überhaupt nicht davon sprechen. Ja, viele glauben auch heute noch (42 Jahre nach 1871), daß es einen Krieg bedeuten würde, wenn beide Länder eine ernsthafte Diskussion über Elsaß-Lothringen eröffnen wollten. Also haben beide Nationen es vorgezogen, über Elsaß-Lothringen zu schweigen und finster und mißtrauisch auf die Verteidigung resp. die Zurrücknahme des Zankapfels zuzurüsten.

Und diese peinliche Zurückhaltung und Rücksichtnahme wird nicht etwa nur von den Diplomaten und Großmachtpolitikern geübt. Nein, bis in die Kongresse der Pazifisten und Sozialisten hinein wurde bisher die Diskussion über das heikle elsäß-lothringische Problem sorgfältig umgangen. Als zum Beispiel die erste deutsch-französische Verständigungskonferenz der Parlamentsmitglieder in Bern in ihre Resolution den Satz aufgenommen hatte: „Die Konferenz dankt von Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsaß-Lothringens, daß sie durch ihre hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat“, da erklärte sofort der Abgeordnete Thalamas (und mit ihm ein halbes Dutzend seiner Parteigenossen), daß in dieser — doch gewiß harmlosen — Erklärung eine stillschweigende Anerkennung des 1871 von Deutschland vollführten Gewaltaktes liege, und daß er eine solche Erklärung nie unterzeichnen werde. — Dieser Vorfall zeigt uns, wie überaus empfindlich man in Frankreich selbst noch in jenen Kreisen ist, in denen es durchaus nicht am guten Willen zur Verständigung mit Deutschland fehlt (Herr Thalamas gehört zum äußersten linken Flügel der radikal sozialistischen Partei Frankreichs).

Wenn wir nun diese besondere Empfindlichkeit des französischen Volkes in Sachen Elsaß-Lothringens berücksichtigen, dann wird uns sofort klar, daß eine Diskussion über dieses Problem ohne Gefahr einer argen Verschnupfung in Frankreich nicht von Deutschland begonnen werden kann. Andererseits aber muß mit dieser Diskussion endlich begonnen werden, wenn wir

nicht in alle Ewigkeit hinein in der politischen Spannung mit Frankreich fortleben, das heißt, dem bewaffneten Frieden immer ungeheurere Opfer bringen wollen.

Aus diesen Gründen werden wir es daher als Deutsche dankbar begrüßen, wenn die französischen Sozialisten heute endlich das von Gambetta diktierte Stillschweigen über die elsäß-lothringische Frage brechen und freimütig ihre Landsleute zu einer friedfertigen Lösung dieses folgeschweren Problems auffordern.

Zwei bedeutungsvolle Bücher haben diese Frage neuerdings in Frankreich zur Diskussion gestellt. Sie sind beide von namhaften Sozialisten verfaßt. Sie wollen beide dasselbe: die Verständigung mit Deutschland; aber sie wollen es auf zwei verschiedenen Wegen. Das eine hat den bekannten Antimilitaristen Gustave Hervé zum Verfasser und ist soeben unter dem Titel „Elsaß-Lothringen und die deutsch-französische Verständigung“ in deutscher Uebersetzung im Verlage von Duncker & Humblot in München erschienen. Das zweite stammt von dem Pariser Abgeordneten Marcel Sembat und führt den ironischen Titel: „Faites un Roi, sinon faites la Paix“.

Hervé stellt zunächst fest, daß seine bisherige Art, den Krieg zu bekämpfen (die Insurrektion und der Generalstreik der Proletarier als Antwort auf eine Kriegserklärung) schon deshalb Fiasko gemacht hat, weil die deutschen Sozialisten diese halbrecherische Taktik, die ihnen auf mehreren Kongressen zur Annahme vorgeschlagen wurde, nicht angenommen haben. Um also den Krieg auf andere Art unmöglich zu machen, fordert er die Verständigung mit Deutschland. Diese Verständigung ist seiner Meinung nach nur möglich, wenn man sich mit Deutschland vorerst über Elsaß-Lothringen so einigt, daß diese Einigung der französischen Nationaleigenliebe und Empfindlichkeit einige Befriedigung gibt. Eine deutsch-französische Verständigung ist also nur denkbar, wenn man zunächst den Zankapfel, Elsaß-Lothringen, beseitigt; dagegen werden alle Verständigungsversuche, die ohne Rücksicht auf Elsaß-Lothringen angestrebt werden, immer wieder an dem 1870/71 gekränkten Nationalhochmut des französischen Volkes scheitern.

Ganz anders Marcel Sembat: Wir haben schon zu lange geschwiegen und geschmolzt, sagt er seinen Landsleuten. Die Frage ist, ob Deutschland überhaupt noch ein Interesse daran hat, sich mit uns zu verständigen. Ich glaube nicht. Je mehr die Zeit fortschreitet, um so mächtiger wird Deutschland, um so weniger braucht es unsere Freundschaft. Wollt ihr euch mit ihm verständigen, dann stellt keine Bedingungen; verzichtet auf jede Forderung an Deutschland (zum Beispiel wird die Autonomie für Elsaß-Lothringen,

die Hervé als deutsche Konzession an den französischen Nationalhochmut fordert; den Reichslanden von der deutschen Regierung ganz von selbst gegeben werden, sobald einmal eine Annäherung an Frankreich erfolgt ist). Wie, ihr trotzt? Ihr rüstet? Die Republik darf nicht trotzen und rüsten. Es gibt nur zwei Wege: Entweder ihr versöhnt euch bedingungslos mit Deutschland und rüstet ab, oder ihr trotzt und rüstet weiter, und in diesem Falle ist eure Republik ein Widersinn. In diesem Falle macht einen König, denn ihr wollt augenscheinlich den Krieg. Und einen erfolgreichen Krieg könnte nur ein König führen. Die Republik dagegen ist die Versöhnung mit Deutschland und der Frieden. Wählt!“

* * *

Das Bedeutungsvolle dieser beiden Bücher liegt, wie gesagt, zunächst darin, daß einige französische Sozialisten jetzt, nach vierzigjährigem Schweigen, endlich den Mut finden, mit solchen für den entzündlichen französischen Volkscharakter höchst „gefährlichen“ Thesen vor ihre Landsleute zu treten, dann aber auch in zwei anderen Tatsachen:

Erstens fordern beide Bücher zur Neubildung des „Linksblockes“ auf und schlagen als Hauptprogrammpunkt dieses neuen Regierungsblocks die Verständigung mit Deutschland vor.

Zweitens wird uns mit diesen Büchern der Beweis geliefert, daß die französischen Sozialisten ihre marxistischen Dögmen in Sachen des Krieges allmählich fallen lassen.

Zu diesen beiden Punkten sind einige Kommentare unerlässlich:

1. Der neue Block aller Linksparteien ist im Keime bereits auf der Berner Konferenz gebildet worden. Radikale und Sozialisten fanden sich hier mit den gleichen Idealen und Forderungen auf einem gemeinsamen Terrain zusammen, und die Anwesenheit von vier ehemaligen französischen Ministern und wahrscheinlichen Ministern von morgen (Augagneur, Couyba, Boncour, Raynaud) ist in diesem Sinne sehr vielversprechend. — Ein solcher Regierungsblock bestand in Frankreich schon (als Folge der Dreyfusaffäre) von 1899 bis 1905 unter der Führung von Waldeck-Rousseau und Combes. Er hatte damals ein antiklerikales Kampfprogramm, und Frankreich verdankt ihm mehrere durchgreifende Reformen (Trennung von Kirche und Staat, Verbot der Unterrichtstätigkeit für religiöse Orden, Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre usw.). Leider aber wurde dieser Block auf Betreiben der deutschen Marxisten hin aufgelöst, denn der internationale Sozialistenkongreß von Amsterdam hatte die vom berühmten Dresdener Kongreß kommende Parole ausgegeben: Keine Kompromisse mit bürgerlichen Parteien. — Heute

beginnen die französischen Sozialisten endlich einzusehen, daß die Auflösung dieses Blocks einem Parteidogma zuliebe ein schwerer taktischer Fehler war. Wenn nämlich die nationalistische Reaktion seit einiger Zeit wieder in Frankreich zu triumphieren beginnt (Wiedereinführung der Militärfackelzüge, der dreijährigen Dienstzeit, Ueberschwemmung der Theater mit hurrapatriotischen Rührstücken, Hetzereien gegen den deutschen Import, Vorfälle in Nancy usw.), dann ist dies eine wesentliche Folge der Auflösung resp. Kräftezersplitterung des Linksblockes. Von den Sozialisten zu Fall gebracht, kann dieser Block nur wieder von den Sozialisten neu gebildet werden. Und deshalb fordern Hervé und Sembat (und mit ihnen Jaurès) ihre Parteigenossen für die nächsten Wahlen (Mai 1914) auf, sich mit den bürgerlichen Linksparteien zu verständigen, um die Reaktion zu Fall zu bringen, die politische Herrschaft zu gewinnen und . . . die Verständigung mit Deutschland anzustreben.

2) Das marxistische Dogma in Sachen des Krieges lautet bekanntlich so: Der Krieg ist eine notwendige Folge der kapitalistischen Wirtschaft und kann nur mit dieser enden; solange der Kapitalismus regiert, solange wird es Kriege geben, und solange hat es keinen Zweck, gegen den Krieg anzukämpfen. — Inwieweit heute die französischen Sozialisten von diesem Dogma abgekommen sind, darüber gebe ich Gustave Hervé selbst das Wort. Aus dem Auszug des Hervéschen Buches, den die Friedens-Warte in dieser Nummer veröffentlicht, wird der Leser ersehen, wie Hervé gegen jene Parteigenossen polemisiert, die auch heute noch unentwegt an ihrem marxistischen Dogma festhalten. Und es ist kein als Reformist bekannter Sozialist, der so von den Ursachen des Krieges spricht. Sondern es ist der Mann, der in Frankreich den äußersten linken Flügel der sozialistischen Partei befehligt. Zeichen der Zeit: Der Sozialismus beginnt auf seine doktrinäre Eigenbrödelei zu verzichten; er will endlich auch in der internationalen Politik praktische Arbeit leisten. Da, wo er vor einigen Jahren noch hartnäckig nur die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaft forderte, fordert er heute bereits die Verständigung zweier Kulturvölker auf dem Boden der gegenwärtigen politischen Zustände. Der Sozialismus verzichtet auf seine metaphysischen Dogmen. Er will nicht länger unfruchtbar bleiben.

Mit der Uebersetzung des Hervéschen Buches ins Deutsche wünschte ich meinen Landsleuten im allgemeinen und meinen sozialistischen Landsleuten im besonderen vor Augen zu führen, welche hoffnungsvollen Strömungen uns heute von der anderen Seite der Vogesen her entgegenkommen, um das

große Versöhnungswerk zu ermöglichen. Freilich haben auch hier wieder die Franzosen den ungeheuren Vorzug vor uns, daß sie sich nur unter sich zu verständigen brauchen, um in ihrer Demokratie die politische Macht zu erlangen und ihr Programm durchzusetzen. Es besteht kein Zweifel, daß, wenn sich die Linksparteien auf ein solches Programm hin einigen, die Wähler dieses Programm des neuen Blocks mit großer Mehrheit gutheißen werden. Von der französischen Seite wären dann alle Hindernisse zu einer freundschaftlichen Diskussion mit Deutschland aus dem Wege geräumt.

Zu dieser Diskussion aber gehören zwei. Die Frage ist, ob wir auch in Deutschland endlich jenen großen Linksblock werden bilden wollen und können, von dem man schon seit Jahren redet, und der bisher leider auf der einen Seite an der Lendenlahmheit des deutschen Liberalismus und andererseits an der Dogmatik des Sozialismus gescheitert ist. Dieser Block würde auch in Deutschland die Mehrheit der Wähler für sich haben. Und wie die Dinge liegen, gibt es kein anderes Mittel, um die deutsche Regierung zu jenen Konzessionen (die Autonomie für Elsaß-Lothringen usw.) zu zwingen, auf Grund deren allein eine Verständigung mit unseren Nachbarn möglich wird. Wenn das Hervésche Buch in deutscher Uebersetzung imstande wäre, dieses Hauptproblem der heutigen internationalen Politik allen liberalen und sozialistischen Parteiführern Deutschlands recht eindringlich vor Augen zu führen, dann wird es nicht umsonst geschrieben und übersetzt worden sein.

Ein französischer Sozialist über die Ursachen zum Kriege.

Wir haben heute das Vergnügen, mit Genehmigung der Herren Verleger einen Auszug aus dem Gustave Hervéschen Buche „l'Alsace-Lorraine“ zu veröffentlichen, das von unserem Mitarbeiter Herm. Fernau ins Deutsche übersetzt und soeben in München*) erschienen ist. — Als erster französischer Sozialist hat Gustave Hervé das elsäß-lothringische Problem auf dem letzten nationalen Kongreß der französischen Sozialisten in Brest zur Diskussion gestellt. Von diesem Kongreß berichtend, bespricht Hervé die Einwände, die man gegen seine Verständigungsvorschläge vorgebracht hat, und schreibt:

*) Gustave Hervé, „Elsaß-Lothringen und die deutsch-französische Verständigung“, aus dem Französischen übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Herm. Fernau. Verlag Duncker & Humblot, München. In eleganter Ausstattung 3 Mark.

Man darf tausend gegen eins wetten, daß, wenn diese Frage (der deutsch-französischen Verständigung) auf dem nächsten Kongreß der französischen Sozialisten diskutiert werden wird, dieser sich weder durch die Einwände Mistrals, noch durch die von Bracke oder Pressensé aufhalten lassen wird.

Diese alte Leier, daß die Kriege das Ergebnis des kapitalistischen Regimes sind, daß sie so lange dauern werden als dieses, hat die sozialistische Partei, leider, schon lange vor dem Kongreß in Brest hören müssen.

Gewiß sind die wirtschaftlichen Konflikte und Interessengegensätze in Europa und in den Kolonien — ungerechnet die chauvinistischen Herausforderungen der von den Kanonenhändlern und Panzerplattenlieferanten bestochenen kapitalistischen Presse — am Ursprung aller Kriege. Aber wie kann man wagen, wenn man die großen Nationalitätenkriege betrachtet, die das ganze 19. Jahrhundert mit Blut befleckt haben, sowie die nationalen Kriege, die soeben vor unseren Augen den Balkan verwüstet haben — um vielleicht morgen auch Zentraleuropa zu verwüsten —, wie kann man es wagen, sage ich, auf einem sozialistischen Kongresse diese grobe Auslegung des historischen Materialismus von Marx zu entwickeln, die nichts als eine groteske Verzerrung des Marxismus ist? Denn die Albernheit ist in der sozialistischen Partei doch hoffentlich noch nicht bis zu jenem Grade entwickelt, wo man uns glauben machen könnte, daß man sich im Balkan einzig und allein für die serbischen Schweine geschlagen hat oder um den Kanonen- und Geschützhändlern Vergnügen zu machen. Es ist unmöglich, daß sie so blind ist, um nicht zu begreifen, welche tief populären und sentimentalsten Gefühle beim Ausbruch der nationalen Leidenschaften in Serbien, Bulgarien, Griechenland und bis in das Liliputkönigreich des Brigantenkönigs von Montenegro hinein eine Rolle gespielt haben.

Armer Marxismus. Wenn man ihn durch solche Argumente verteidigt sieht, wird man schließlich noch von ihm abgeschreckt. Die politische Oekonomie ist ein schönes Ding, aber unter einer Bedingung: sie darf in uns nicht alle psychologischen Beobachtungsgaben töten.

Die ökonomischen Interessenverschiedenheiten sind eine augenscheinliche Ursache von Konflikten. Wer leugnet es?

Aber wie kann man so kurzsichtig oder blind sein, um nicht zu sehen, daß man sich nicht hauptsächlich für Interessenfragen schlägt, sondern für Gefühlsfragen? An der Seite der Verbrechen gegen das Eigentum gibt es im Leben der Völker, wie im Leben

der Individuen, auch die Verbrechen aus Leidenschaft, die weitaus häufigsten.

Man schlägt sich selten um Geldfragen; die Geldgeschäfte können unter Nationen leicht durch Verträge geregelt werden. Dies ist wieder einmal durch das deutsch-französische Abkommen über Marokko und den Kongo bewiesen worden. Was schwieriger zu regeln ist, das sind die Fragen des Hochmuts, der Eitelkeit, der Eigenliebe und Gefühle.

Die Angelegenheit Elsaß-Lothringens ist eine dieser Fragen.

Sie hat in Frankreich eine so lebhaft schmerzliche Erinnerung gelassen, daß 42 Jahre später, wo fast niemand mehr bei uns kaltblütig von einer bewaffneten Revanche zu sprechen wagt, jede Regierung, die mit dieser Erinnerung zu spielen wüßte, fähig wäre, das Land in die schlimmsten Abenteuer zu stürzen.

Ich bin nicht ganz sicher, daß, wenn die sozialistische Partei zusammen mit der Allgemeinen Arbeitskonföderation das Volk zu einer Straßenmanifestation aufriefe, wo es einige Fußtritte und Säbelhiebe zu riskieren gäbe, ich bin nicht sicher, sage ich, ob wir in ganz Paris mehr als 10 000 wären, um diese immerhin minderwertige Gefahr zu laufen.

Aber ich bin sicher, mit ganzer Sicherheit sicher, daß, wenn wir die sentimentale Saite anschlagen, wenn wir geschickt den Groll und die Wunden der Eigenliebe auszubuten wissen, die durch die Annexion Elsaß-Lothringens und durch die Ungerechtigkeit dieses Attentats verursacht wurden, wir würden allein in Paris 50 000 Männer finden, bereit, ihr Leben zu riskieren, um diese nationale Demütigung zu rächen.

Ich pflichte nicht bei.

Ich stelle fest.

Wie ich auch feststelle, daß der Marxismus zu beklagen wäre, wenn er uns mit Genossen Bracke zu dem Glauben verpflichtete, daß es ketzerisch und der gesamten kolonialen Auffassung der internationalen Sozialistenpartei zuwiderlaufend ist, eine Lösung des elsäß-lothringischen Problems ins Auge zu fassen, die als Basis den Austausch Elsaß-Lothringens gegen ein großes Stück des französischen Kolonialreichs hat.

Ohne Zweifel empfindet man einigen Widerwillen, nicht nur als Sozialist, sondern schon als einfacher Republikaner, jener Regierung, der man vorwirft, Elsaß-Lothringen 1871 wie ein Stück Vieh behandelt zu haben, als Entgelt für die Befreiung der annektierten Provinzen afrikanische oder asiatische Bevölkerungen anzubieten, die man selbst schlimmer als Vieh behandelt hat. Und wir sind einige in der Partei, die gelegentlich des letzten gegen die Marokkaner verübten Raubzuges mehr getan haben als nur Reden gehalten, um ihre Ausraubung zu verhindern,

denn wir haben Monate und Jahre dafür im Gefängnis gesessen.)*

Wir fühlen ebenso wie irgend jemand für die europäischen Eroberer die Pflicht, die Eingeborenen mit Menschlichkeit zu behandeln, die Pflicht der Sozialisten, sie zu beschützen, gegen die Auswüchse der kapitalistischen Kolonisation zu protestieren, ihnen nach Maßgabe ihrer Fähigkeit ohne Schaden für sich und die Menschheit, die Autonomie zu bewilligen, die England allen seinen Kolonien europäischen Ursprungs bewilligt hat. Aber nicht wahr, wir erheben nicht den Anspruch, daß die uns regierende Kapitalistenklasse von heut auf morgen auf ihre Kolonien verzichte, unter dem Vorwande, daß es den Menschenrechten zuwiderläuft, selbst minderwertigere Völker zu unterjochen? Wo also ist vom sozialistischen und menschlichen Standpunkt aus das Uebel, an Deutschland, so wie man es in der Marokko-Affäre getan hat, ein weiteres Stück Kolonialbesitz abzugeben, wenn dies ein Mittel ist, den verderblichen Rüstungswahnsinn in Europa durch eine deutsch-französische Verständigung zu mildern? Welches Unrecht würde man den Eingeborenen der abgetretenen Gebiete tun? Ob die Kapitalisten, Beamten und sonstigen Heuschrecken, die auf ihrem Rücken leben, deutscher oder französischer Nationalität sind, was kann das wohl den Kongonegern oder den Hovas von Madagaskar ausmachen? Es handelt sich nicht darum, Bevölkerungen der Eroberung preiszugeben, es handelt sich darum, schon eroberte Länder, in denen die blutige Eroberung eine vollendete Tatsache ist, abzutreten. Was kann wohl die koloniale Doktrin der sozialistischen Partei, der deutschen oder der französischen, damit zu tun haben?

Die Einwände des Herrn von Pressensé sind noch erstaunlicher.

Man wendet ein, daß, wenn die französische Regierung, von uns aufgefordert, mit dem deutschen Kaiser zu verhandeln, ihm offiziell eine Annäherung auf der von den elsäß-lothringischen Sozialisten und von der Mülhauser Versammlung (wo die Vertreter aller elsäß-lothringischen Parteien sprachen), vorgeschlagenen Basis anböte, dies

*) Nach dem Gemetzel von Casablanca (1907) veröffentlichte Gustave Hervé eine Reihe von Aufsätzen, auf Grund deren er wegen „Schmähung“ der französischen Armee zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Im Januar 1912 ertete er weitere drei Monate Gefängnis für einen Artikel, betitelt: „Attila in Marokko“, der als beleidigend für die französische Armee angesehen wurde. Mehrere seiner Mitarbeiter wurden ebenfalls zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt für Aufsätze, die sie gegen die „marokkanische Räuberei“ veröffentlicht hatten.

(Der Uebersetzer.)

im Falle einer Weigerung der Berliner Regierung einen Krieg bedeuten würde.

Aber wer hat denn jemals die abgeschmackte, wahnsinnige und verbrecherische Idee gehabt, dem deutschen Kaiser ein Ultimatum zu stellen?

Als wenn es keine diskreten diplomatischen Mittel gäbe, Verhandlungen über heiklige Dinge einzuleiten, ohne den Frieden zu gefährden. Ist es denn so kühn, zu glauben, daß eine solche Unterhaltung zwischen Berlin und Paris sich durch Vermittlung eines Dritten einleiten ließe?

Gustave Hervé.

Der Irrtum der Rüstungswut.

Von Richard Gädke, Berlin-Steglitz, früher Oberst und Regimentskommandeur.

Damit müssen wir uns leider abfinden, daß in allen Großmächten starke Teile gerade der besitzenden Klassen einem ausgesprochenen Imperialismus verfallen sind. Der Gedanke beherrscht sie, daß eine Ausbreitung des eigenen Volkstums, eine Vergrößerung seines Landbesitzes ein großes Glück nicht nur ideeller, sondern materieller Art sei, daß es letzten Endes ein Glück für die Welt sei. Denn man kann nicht gerade sagen, daß dasjenige, was der heranwachsenden Jugend aller Völker als Patriotismus gelehrt wird, an einem Uebermaß von Bescheidenheit kranke. Engländer, Franzosen, Deutsche halten sich sämtlich für das auserwählte Volk Gottes, und sogar die Russen träumen davon, daß am slawischen Wesen die Welt noch werde genesen. Einen Vorgeschmack davon haben wir in Mazedonien, Thrazien und Albanien bekommen.

Mit unheimlicher Gewalt hat sich der Gedanke in die Köpfe eines großen Teils der gebildeten Jugend festgesetzt, daß Macht und Ruhm und Größe des Staates mit dem Glück und der Wohlfahrt des Volkes gleichbedeutend sei. Zum Teil ist es freilich auch Gedankenlosigkeit. Im übrigen entbehrt der Satz für diejenigen Schichten, die die Träger des Staatsgedankens — aber auch die Nutznießer des Staates — sind, nicht einer gewissen Wahrheit.

Eine Vergrößerung des Staatsgebietes, eine Ausdehnung seines Herrschaftsbereiches, eine Erweiterung seiner Machtstellung und seines Einflusses setzen sich für die herrschenden Kreise des Staates allerdings leicht in sehr materielle Vorteile um, Beamte und Offiziere finden zahlreiche neue und gutbezahlte Stellen, die bewaffnete Macht wird vermehrt, der Bau von Kriegsschiffen beschäftigt die Werften, die Waffenrüstungen steigern Einkommen und Kapitalbesitz einiger Industriemagnaten ins Ungemessene*).

*) Das Einkommen des Hauses Krupp erreicht zum mindesten das des deutschen Kaisers.

die Grundbesitzer können ihre nachgeborenen Söhne versorgen, ihr Getreide und ihre Pferde zu guten Preisen dem Staate verkaufen, und Handeltreibende ergattern die Gelegenheit zu vorteilhaften Geschäften. Der Krieg sogar bringt manchen Leuten reichlichen Gewinn, und noch ein unglücklicher Krieg ist für viele Kreise eine Fundgrube, aus der ihnen Gold entgegenlacht. Das Ungeheuerliche, daß solcher Gewinn mit dem Blute, dem Siechtum, dem Elend Tausender von Volksgenossen erkauft werden muß, pflegt gemeinlich die Gewissen nicht allzusehr zu belasten. Das Mitleid mit dem Elend der anderen bleibt meist ein recht platonisches, solange dieses Elend sich nicht in gefährliches Mißvergnügen, in drohendes Murren umsetzt.

Daß die breiten Massen, bis weit in den Mittelstand hinauf, daß also die überwiegende Mehrheit des Volkes vom bewaffneten Frieden keinen Vorteil, noch weniger aber vom Kriege selbst hat, braucht in diesen Blättern nicht auseinandergesetzt zu werden. Norman Angell hat das so beweiskräftig dargelegt, daß jedes Wort mehr Verschwendung wäre. Die breiten Schichten merken nur den wachsenden Steuerdruck, die Verteuerung der Lebensbedürfnisse, den Wettbewerb fremder Arbeitskräfte, durch die die feiernden Hände der dienenden Jugend ersetzt werden müssen, das immer reichlicher fließende Blutopfer.

Es ändert an der Sachlage nichts, daß die offizielle Heuchelei in sämtlichen Staaten jeden Gedanken an Eroberungsgelüste mit Empörung abweist und die ungeheuren Rüstungen durch die feste Absicht begründet, mit ihrer Hilfe den Frieden bewahren zu wollen. Alle versichern, sich nur um der Verteidigung willen zu waffnen, sie wollen nur bereit sein, den Angriff des bösen Nachbars auf die heimischen Penaten abzuwehren.

Aber die im stillen arbeitenden Kräfte sind in Wirklichkeit entgegengesetzter Art. Man braucht nur das Treiben deutscher Imperialisten zu verfolgen, um die wahren Beweggründe dieses Wettrüstens zu erfahren. „Der Expansionstrieb Deutschlands ist noch lange nicht befriedigt,“ so heißt es dort; „unsere Grenzen werden uns zu eng, wir müssen unser Volkstum auf eine breitere Basis stellen“, oder gar: „Das deutsche Volk sehnt sich nach einem Kriege.“ Das ist eine kleine Blütenlese der Redensarten, die man in alldeutschen, in konservativen Zeitungen lesen kann. Paul Rohrbach, gewiß ein Alldeutscher, aber ein besonnener und gemäßigter Mann, schreibt in einem Aufsatz über Wilhelms II. auswärtige Politik als Leitmotiv den Satz: „Bereit sein ist alles.“ Er führt dann weiter aus, daß wir unserer Flotte die Möglichkeit einer deutschen Weltpolitik verdanken, und er weist

die Frage, ob Deutschland denn überhaupt Weltpolitik treiben müsse, als undiskutabel rundweg ab. Indem er sich mit dem Vorwurfe beschäftigt, der dem Kaiser je länger je öfter gemacht werde, daß er zu unentschlossen sei, im gegebenen Augenblicke die diplomatischen Mittel der Politik mit den kriegerischen zu vertauschen, gibt er unumwunden zu, „daß seit dreißig Jahren Deutschland allein unter den großen Nationen keine nennenswerten auswärtigen Fortschritte gemacht hat“. Und er schließt endlich eine Art Verteidigung des Kaisers wegen dieser angeblichen Unterlassungen mit dem bemerkenswerten, in der Urschrift gesperrt gedruckten Bekenntnisse: „Daß noch in keinem einzigen Augenblick die Voraussetzung, die für die Herbeiführung einer Waffen-Entscheidung die erstrebenswerteste ist, nämlich das möglichst günstige Verhältnis zwischen den eigenen Kräften und denen der verbündeten Gegner, auf unserer Seite erreicht gewesen ist. Bei der Flotte werden die Dinge vielleicht im nächsten Jahre so stehen, und dann wird man wohl auch die Befestigungen an und in der Nordsee und den Umbau des Nordostseekanals soweit gefördert haben, daß diese Werke in Funktion treten können. Welchen Sinn aber sollte es haben, eine Krisis herbeizuführen, bevor man bereit war?“ Endlich schließt er: „Wer uns vom Orient verdrängen will, der fordert uns auf Tod und Leben heraus, und der Entscheidung werden sich weder der Kaiser noch die Nation entziehen dürfen.“

Man kann nicht gut offenerherzig und bestimmter reden, in Tönen, die unsere Wettbewerber als ernste Warnung werden verstehen müssen.

Aber freilich: Verfahren sie nicht alle nach dem gleichen Rezept? Unwiderlegbar ist die eine Behauptung Rohrbachs, daß die Expansionspolitik der Wettbewerber Deutschlands in den letzten vierzig Jahren eine unvergleichlich größere — und vor allen Dingen durchaus nicht unblutige war. Man sehe das gewaltige afrikanische Kolonialreich an, das Frankreich mit großer Tatkraft und größeren Opfern gezimmert hat. In Marokko allein unterhält es zur Stunde etwa 70 000 Mann Truppen. Werfen wir unsere Blicke auf England, auf seine Erwerbung Aegyptens und Südafrikas, auf den Ausbau seines weltumspannenden Imperiums! Das gleiche Bild, wenn wir uns nach Rußland wenden, nach Japan, nach dem jungen Riesen in Nordamerika. Selbst das verhältnismäßig arme und schwächere Italien hat, von bei-

nahe einmütiger nationaler Leidenschaft getrieben, die Eroberung eines großen Stückes von Nordafrika begonnen und läßt die Augen begehrlieh nach Albanien und zu den Inseln an der kleinasiatischen Küste schweifen. Endlich hat auch Belgien, das kleine, neutralisierte Land, ein unermeßliches Herrschaftsgebiet im tropischen Afrika in seine Gewalt gebracht.

Bereit sein, ist alles!

Dieses Motto beherrscht zurzeit die gesamte europäische Staatenwelt. Nicht nur in Deutschland lauert die herrschende Schicht auf die Schicksalsstunde, die andern alle suchen die zukunfts kündenden Zeichen am Sternenhimmel ebenso zu deuten.

Und in dieser Erwartung hat das allgemeine Wettrüsten mit erneuter Wut, mit verbissener, finsterner Entschlossenheit eingesetzt. England baut Schiffe auf Schiffe, um sich die Herrschaft auf den Wogen des Ozeans für alle Zeiten zu sichern. „Rule Britannia, rule the waves!“ Frankreich macht Anstrengungen auf Anstrengungen, um dem Nachbar militärisch gewachsen zu bleiben, dessen Bevölkerungsüberschuß und dessen überquellende Energie ihm schlaflose Nächte ob seiner eigenen nationalen Zukunft bereitet. Niemand wird leugnen wollen, daß seine Leistungen, daß seine nationale Opferwilligkeit bewundernswürdig sind, wie sehr sie den Fortschritt der Kultur hemmen mögen. Vorbildlich geradezu ist die Bereitwilligkeit der besitzenden Klassen, ihren eigenen Söhnen die gleichen Lasten, das heißt die gleiche Dienstzeit, aufzuerlegen, wie den Söhnen der Armen. Ich muß gestehen, ich schäme mich des deutschen Bürgertums, dessen Patriotismus darin besteht, auf anderer Leute Kosten bewilligungsfreudig zu sein. Auch Rußland rüstet, auch Oesterreich rüstet, auch Italien rüstet, Belgien rüstet, die Balkanstaaten rüsten — wer rüstet nicht?

Bereit sein, ist alles!

Bisher haben sie alle noch nicht „das günstige Verhältnis zwischen den eigenen Kräften und denen der verbündeten Gegner“ erreicht. Das, und das allein, hat uns den Frieden erhalten. Wann aber werden sie es erreichen?

Diese Frage kennzeichnet den großen Irrtum dieser Rüstungswut. Deutschland glaubt im Handel um Marokko, mehr noch bei den gefährlichen Verwicklungen auf dem Balkan, zu bemerken, daß seine Rüstung Lücken hat; es wirkt auf Oesterreich mäßigend ein, dessen Rüstung größere Lücken vielleicht noch aufwies. Aber zugleich bringt es vor seinen Reichstag die größte Militärvorlage, die je ein Parlament in Deutschland beschäftigt hat, und bringt sie spielend durch. Es ist nicht zu kühn, zu behaupten, daß einer freiheitlichen Regierung bei einem Entgegenkommen in der

Beschränkung der Kommandogewalt und einigen anderen militärischen Zugeständnissen sogar ein Teil der Sozialdemokraten die Rüstungskredite bewilligt hätte. Und nun scheint es einen Augenblick, als sei Deutschland allen kriegerischen Stürmen gewachsen, stehe unangreifbar und drohend zugleich da.

Aber wieder einmal vergaß man, daß alle militärische Stärke etwas Verhältnismäßiges ist. Man kann mit 200 000 Mann jedem möglichen Gegner gewachsen, mit einer Million Soldaten noch sehr schwach sein. Bevor die neue Wehrvorlage Gesetz wurde, war Deutschland dem französischen Friedensheere um 60 000 bis 70 000 Mann überlegen; vom 15. November d. J. ab wird es kaum mehr gleich stark sein. Auch an Kriegsstärke hat es wenig gewonnen, da die Franzosen dem Feldheere jetzt vierzehn Jahrgänge gegen zwölf deutsche Jahrgänge zuführen, und da Deutschland die große Zahl seiner Reservisten und Landwehrleute organisatorisch nicht genügend verwertet, unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht verwerten kann.

Wo also bleibt der Sinn, der Zweck, der Nutzen dieser Rüstungswut? Sind wir jetzt bereit, das Kriegsglück zu versuchen? Und drückt unseren noch immer ärmeren Steuerzahler das gewaltig erhöhte Kriegsbudget auf die Dauer nicht stärker als den französischen?

Was aber ist die Folge der falschen Rechnung? Schon kündigt der Wehrverein für das Jahr 1916 neue erhebliche Forderungen an, die in ihrer Gesamtheit die soeben Gesetz gewordene Vorlage erreichen werden. Aber auch der Flottenverein beweist durch kräftige Opposition, daß er noch lebe. Und dann, werden wir dann die endgültige Ueberlegenheit gewonnen haben, so daß unsere Nebenbuhler „uff“ schreien und den Wettlauf aufgeben?

Wer vermag das zu glauben? Ist es nicht wahrscheinlicher, entspricht es nicht mehr der gegenwärtigen Lage der Dinge, daß sie eher zum Schwerte greifen und die blutige Entscheidung erzwingen werden, ehe sie sich im Frieden für endgültig überwunden erklären?

Unter solchen Auspizien wäre jeder Versuch mit Dank zu begrüßen, der diesem sinnlosen Wettrüsten Einhalt gebietet. Aber ebenso sicher ist es, daß er nicht unternommen werden wird. Der Geist und die Moral der herrschenden Klassen sind noch nicht so entwickelt, ihr Vorteil steht solcher Abmachung feindlich entgegen. Das Waffenkapital der ganzen Welt, unter dem Deckmantel des Patriotismus international verbrüdet, würde seinen ganzen Einfluß aufbieten, die Lösung zu verhindern, die der gesunden Vernunft entspricht.

Ich stimme Herrn Stadtpfarrer Umfrid zu, wenn er das Problem der Abrüstungsfrage unter den gegenwärtigen anarchischen Zuständen der Staatenwelt für schwer lösbar hält. Man versucht damit ein Symptom zu kurieren, anstatt der Krankheit selbst zu Leibe zu gehen. Ich selber habe alle denkbaren Modalitäten der Abrüstung durchdacht und bin schließlich zu dem pessimistischen Schlusse gekommen, daß sie sämtlich ohne jede Ausnahme umgangen werden können, und daß ihre Durchführung kaum zu überwachen wäre.

Aber gibt es denn keine andern Mittel, dem Gedanken des Völkerfriedens allmählich näherzukommen?

Kultur und Krieg.

Vortrag, gehalten am 6. Oktober 1913 am zweiten Verbandstag des „Verbandes für internationale Verständigung“ in Nürnberg von Professor W a l t h e r S c h ü c k i n g, Marburg.

Man hat sich in Deutschland gewöhnt, die Epoche des wirtschaftlichen Aufschwungs von dem letzten Kriege an zu datieren. Zeitlich mag das richtig sein, aber das Nacheinander zweier Ereignisse bedeutet bekanntlich noch nicht ein Infolgeinander. Die enorme Entwicklung von Handel und Industrie, die wir allerdings in dem letzten Menschenalter haben vor sich gehen sehen, hat ihre Parallele in anderen Ländern, die keinen siegreichen Krieg geführt haben. England, weit entfernt durch das Aufblühen Deutschlands verloren zu haben, wie unsere Chauvinisten behaupten, hat in dem gleichen Zeitalter ebenfalls einen glänzenden Aufschwung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse erlebt, ebenso andere Staaten wie z. B. das gewerbfleißige Belgien. Die Gründe dafür liegen tiefer, als unsere Nationalisten es wissen wollten. Die Fortschritte in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis haben alle Kräfte der Erde in ungeahnter Weise in den Dienst des Menschen gestellt, d. h. durch die Errungenschaften der Technik ist es möglich geworden, die Produktion ins Ungemessene zu steigern, und damit mußte natürlich der Wohlstand des Volkes sich entsprechend steigern. Deshalb sollen wir uns hüten, die wirtschaftlichen Resultate des Krieges von 1870/71 zu überschätzen und schon unter diesem Gesichtspunkt den Krieg als Kulturbringer zu preisen.

Fördert der Krieg wirklich die Kultur, wie es seine Anhänger behaupten? Die Antwort darauf mag eine persönliche Erinnerung geben.

Vor wenig Wochen war ich in Oxford. Wir wanderten von einem Kolleg zum andern und bewunderten die unsagbar schöne Pracht jener halb schloß-, halb klosterartigen Ge-

bäude mit ihren verschwiegenen Kreuzgängen, mit den weiten Binnenhöfen, deren Wände ein Epheu von vielen Jahrhunderten deckt, mit den alten Parks und ihren ehrwürdigen Bäumen und Alleen. Wir sahen die Bibliotheken dieser Studienhäuser mit ihren Schätzen des Mittelalters, alten Pergamenten und bunten Miniaturen, wir sahen an den Wänden die Oelbilder der größten Gelehrten aller Jahrhunderte, und wir waren alle ganz bezaubert von soviel Schönheit und Glanz. Da faßte ich mir ein Herz und fragte einen der hervorragenden Engländer, in deren Gesellschaft wir waren, woher nur all dieser Reichtum komme, einer Zeit entstammend, in der England noch nicht die Länder und die Meere fremder Erdteile beherrschte. Der von mir Gefragte war Sir Thomas Barclay, ein Friedensfreund, der mit unserem verehrten Gast Baron d'Estournelles de Constant England und Frankreich versöhnt und die Entente cordiale zustande gebracht hat. Und was gab er mir zur Antwort: „Hier ist nur nichts zerstört worden. Seit 1066 hat England keinen Feind in seinen Grenzen gesehen.“ Da dachte ich an meine deutsche Heimat, an den 30-jährigen Krieg, die Raubkriege Ludwigs XIV. in der Pfalz, den spanischen Erbfolgekrieg, den siebenjährigen Krieg, die napoleonischen Feldzüge, die Freiheitskriege und all die Kulturgüter, die uns der Krieg und immer wieder der Krieg gekostet hat. Wieviel schöner und herrlicher würde es in unserm deutschen Vaterlande aussehen, wenn bei uns noch all die Dome, Burgen und Schlösser, all die Patrizierhäuser mit ihrem alten Hausrat, all die Bauernhäuser mit Erzeugnissen bodenständiger Volkskunst zu finden wären, die die Fackel des Krieges verzehrt hat! Wir brauchten nicht in die paar Museen der Großstädte zu gehen, wo die Fülle der Stapelware uns müde macht, wir brauchten nicht Reisen zu machen, um entlegene Täler aufzusuchen, die von der Furie des Krieges verschont geblieben, wir brauchten nur um uns zu schauen und die Augen aufzumachen, wo wir uns gerade befänden. Und was das Schlimmste ist, es sind ja nicht nur die Kulturdenkmäler vergangener Zeit an sich, die bei uns tausendfach vom Kriege vernichtet, es ist die einzigartige Stimmung, die von ihnen ausgeht. Ob Sie das englische Parlamentsgebäude in Westminster betreten und im Unterhause den Verhandlungen beiwohnen, während die Sonne durch die bunten Scheiben lacht, die die normanischen Herrscher mit ihren Wappen und französischen Wappensprüchen dort eingefügt, ob wir in Warwick Castle auf dem Bowling green stehen und das Schloß bewundern, das mit all seinen Mauern, Wehrgängen, Türmen und Zinnen im edelsten Tudor-Stil vor uns aufragt, ob wir nach Stratford pilgern, von wo der Schwan des Avon seinen Flug genommen, und sehen die Stube, in der ein Shakespeare geboren, und das reizvolle Fachwerk-

haus, in dem er die Lateinschule besucht, überall stoßen wir in England auf die Traditionen einer ununterbrochenen Kultur von langen Jahrhunderten. Und wer kann uns sagen, wieviel erzieherische Wirkungen von solchen Eindrücken ausgehen! Jeder einzelne erscheint als Glied der Kette, die von der Vergangenheit ununterbrochen zu uns heraufreicht und uns wieder mit der Zukunft verknüpft, gemeinsame Erinnerungen einen das Volk, Heiligtümer der Vergangenheit geben unserem Volke seine Geschichte, und wenn das durch die moderne wirtschaftliche Entwicklung von der Heimat Boden entwurzelte Volk, zusammengepfercht in modernen Großstädten vielfach traditionslos geworden ist, nun so müssen wir ihm eben in aufbauender Arbeit von Geschlecht zu Geschlecht die neue Heimat lieb und reizvoll machen. Die deutsche Erde wohnlich machen auch für den Aermsten und Niedrigsten unserer Brüder, d. h. Kulturarbeit leisten, und nicht Kriege führen und Schlachten schlagen, mag es nun auf dem fremden oder schlimmer noch auf dem eigenen Boden sein. Wohl sind gelegentlich durch den Krieg mächtige Reiche gegründet, von denen die Zivilisation ihren Ausgang genommen, aber sind nicht ebenso viele Reiche mindestens durch den Krieg zerstört worden? Und sind wirklich nur diejenigen im Kriege überrannt worden, die innen faul und morsch gewesen, wie jetzt die europäische Türkei? Gerade die Geschichte der Türkei beweist das Gegenteil. Es waren keine Kulturwerte der Mongolen, die Tschingis-Khan bis vor die Tore Breslaus führte, es waren keine Fähigkeiten zur Kultur, die den Türken den Balkan für Jahrhunderte in die Hand spielten, die das große Serbien zerstörten in der Schlacht auf dem Amselfelde, so daß die Südslaven heute mühsam dort anfangen müssen, wo sie einst vor Jahrhunderten aufgehört, um unter dem Joch der Türken zu schmachten, die die Kultur nur gehemmt haben. Ist es umgekehrt nicht ewig schade, um die Vernichtung der einzigartigen Kultur der Araber in Spanien? Fürwahr, es ist unmöglich, den Krieg als den großen Kulturbringer hinzustellen und die Blüte der Völker davon abhängig zu machen, daß ihre Angehörigen von Zeit zu Zeit zu Tausenden einander hinschlachten.

Auch für die Kultur der Einzelpersonlichkeit leistet der Krieg nicht das, was man ihm zuschreibt. Gewiß kann es seinen erzieherischen Wert haben, wenn der einzelne genötigt wird, sein Leben einzusetzen für seine Volksgenossen, aber der Krieg zwingt ihn, den Seinen zu nützen, indem er die andern schädigt. Wer durch einen wohlgezielten Torpedoschuß einen Riesenpanzer mit Tausenden von Menschen in die Luft sprengt, der hat sich am besten verdient gemacht um Volk und Staat. Kann man wirklich behaupten, daß solche Arbeit veredelnd wirkt auf den Soldaten? Muß nicht gerade die Liebe zum Vaterlande und der

Ehrgeiz, dem Vaterlande zu dienen, im Kriege Haß und Mordlust gegen den Feind auslösen? Auch der Arzt und die Krankenschwester setzen oft ihr Leben ein für ihre Volksgenossen, aber sie bringen nur Hilfe und bringen niemandem den Tod. Und nicht nur die Schlachtfelder haben ihre Invaliden, sondern alle Stätten der Arbeit. Wer hinabsteigt in die dunklen Schächte der Erde, um durch die Gewinnung von Kohlen für Gewerbetreibende und Wohlstand seiner Mitbürger die nötigen Bedingungen zu schaffen, der wagt auch, wie die Erfahrung lehrt, immer wieder sein Leben, und seine stille, unsichtbare Arbeit da unten, die ihn oft siech macht in den Jahren der Kraft, bringt nur Segen und kein Verderben. Wir haben allen Grund, ein hohes Lied zu singen von der Arbeit, wie es der Dichter tut mit den Worten:

Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen;
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge, doch auch dessen,
Der mit Schädels und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen.

Aber zu behaupten, daß die grausige Arbeit des Schlachtfeldes, die nur im Vernichten blühender Leben besteht, die beste und edelste sei, und daß die Völker den Krieg zu ihrer Erziehung brauchten, das geht zu weit.

Ich habe vorhin von den Denkmälern alter Kultur in England gesprochen. Auch hier auf dem Boden des alten Nürnberg schauen wir um uns überall solche Denkmäler, wie sie herrlicher keine andere Stadt in Deutschland besitzt. Bei dem Anblick des Sebaldusgrabes von Peter Vischer oder des Sakramentshäuschens von Ulrich Krafft kann man sich wirklich fragen, ob wir uns überhaupt eine höhere Kultur denken können, als diejenige, die hier in Nürnberg schon einmal geblüht hat. Ich habe mir diese Frage selbst vorgelegt, aber ich habe sie kühnen Mutes bejaht, als ich die Folterwerkzeuge hier auf der Burg gesehen. Da bin ich zu der Einsicht gekommen, was hilft all die künstlerische und wissenschaftliche Kultur, die hier in Nürnberg schon einmal gewesen ist, so lange die Menschen gegeneinander so grausam gewütet haben. Der wahre Fortschritt in der Kultur ist der Fortschritt in der Humanität. Und vom Standpunkt der Humanität aus müssen wir die Einrichtung des Krieges verurteilen. Denken Sie einmal an die Schlacht bei Königgrätz, wo auf der einen österreichischen Seite 40 000 Sterbende und Verwundete durcheinander lagen. Es gibt keine Phantasie, die furchtbar und genial genug wäre, um dieses Masseneleid sich wirklich vorstellen zu können.

Mag man also behaupten, daß der Krieg heute noch zuweilen notwendig sei, wo es gilt, das Vaterland zu verteidigen, würden wir ja alle ohne Unterschied des Alters und der Partei die Flinte auf den Rücken nehmen, man soll aber nicht behaupten, daß der Krieg in sich etwas

Gutes sei. Der Fortschritt der Kultur liegt in dem Fortschritt der Humanität und der Geist der Menschlichkeit verhüllt schluchzend sein Haupt, wenn die Fackel des Krieges entzündet wird.

Darum versündigen sich diejenigen, frevelnd an der Menschheit im allgemeinen und an unserm Volk im besonderen, die immer wieder behaupten, die Zeit sei gekommen, wo unser Volk wieder einen Krieg brauche, um einmal aus dem Jagen nach Erwerb und Genuß herauszukommen und edlere Empfindungen des Herzens zu spüren. Das kann nur jemand sagen, der die Dinge von oben betrachtet und die wirkliche Lage des Volkes gar nicht kennt. Es mag ja wirklich Kreise geben, die sich zu sehr dem Genuß ihres Reichtums zugewandt haben, obgleich erfahrungsgemäß z. B. unsere Großindustriellen höchst arbeitsame Leute sind, die große Mehrzahl unseres Volkes ringt heute noch hart um seine Existenz. Die Mehrzahl der preußischen Staatsbürger hat weniger wie 900 Mark Einkommen. Ist da wirklich schon die Gefahr, daß unser Volk in einem Genußleben verkommt und haben wir nicht vielmehr allen Grund, unserm Kaiser dafür dankbar zu sein, daß er sich redlich und erfolgreich bemüht hat, von unserm Volke die furchtbare wirtschaftliche Not abzuwenden, die erfahrungsgemäß mit jedem Kriege für die Mehrzahl der Bevölkerung verbunden ist? Wer also glaubt, daß es in unserem Volke Schichten gibt, denen es zu gut geht, der sollte für eine andersartige Verteilung von Besitz und Einkommen durch innere Reformen eintreten, nicht aber für den Krieg als Volks-erzieher, der eine entsetzliche Krisis im Wirtschaftsleben mit sich bringen und gerade die Aermsten des Volkes in Hunger und Elend stürzen würde. Zum Glück hat sich ja unsere Regierung bisher durch das Treiben dieser Kriegshetzer, die manchmal wahrscheinlich nicht sowohl aus Verblendung, sondern aus kapitalistischer Gewinnsucht handeln, nicht im geringsten beeinflussen lassen. An ihrem ehrlichen Willen zum Frieden dürfen wir nicht zweifeln. Aber da die Regierungen der Kulturstaaten einander nicht trauen, werden die Rüstungen zum Schutze des Friedens von Jahr zu Jahr gesteigert. In den letzten 30 Jahren haben sechs europäische Großmächte 134 Milliarden Mark für militärische Zwecke ausgegeben. Rechnet man alle hierher gehörigen Ausgaben, wie z. B. auch die Militärpensionen, die Lohnverluste der unter den Waffen befindlichen Truppen usw. zusammen, so ergibt sich allein für das Deutsche Reich eine Jahreslast von etwa 4 Milliarden Mark. Das ist eine unermeßliche Summe, und was das Schlimmste ist, wenn die Dinge so weiter gehen wie bisher, so wird auch diese Summe noch von Jahr zu Jahr weiter gesteigert werden. Man pflegt zu sagen, das Geld bleibt im Lande, aber es liegt doch klar zutage, daß diese Ausgaben im volkswirtschaftlichen Sinne unpro-

duktiv sind. Volkswirtschaftlich betrachtet, liegt doch ein ungeheurer Unterschied darin, ob der Staat für 60 Millionen Mark eine neue Eisenbahnlinie baut, die eine entsprechende Verzinsung bringt, ob er dafür meilenweite Moore und Oedländereien in lachende Fluren verwandelt, oder ob 60 Millionen für die Erbauung und Armierung eines Riesenpanzers ausgegeben werden, der nach einer Anzahl Jahre schon wieder zum alten Eisen geworfen werden muß. Gewiß, wir wollen die positiven Werte, die unserm Volke die militärische Erziehung schon auf rein körperlichem Gebiete gibt, nicht verkennen, aber damit ist doch nicht gesagt, daß dieser Unfug des Wettrüstens zu Lande, zu Wasser und in der Luft immer so weiter gehen müsse. Die Anhänger dieses Systems, zum Teil pekuniär daran interessiert, rechtfertigen es mit der Erwägung, daß wir trotzdem immer reicher würden und die Lebenshaltung aller Schichten sich bessere. Gewiß sind das Tatsachen, die sich nicht bestreiten lassen. Aber ich habe schon vorhin gesagt, der wahre Fortschritt der Kultur zeigt sich in dem Fortschritt der Humanität — und vom Standpunkt der Humanität aus betrachtet, wie viel wäre da noch zu tun. Wir haben in Deutschland eine Säuglingssterblichkeit von etwa 350 000 Kindern jährlich; es gibt Arbeiterviertel in Berlin N., wo bloß infolge der ungünstigen sozialen Verhältnisse 42 Prozent aller Kinder und Säuglinge sterben; es sterben in Deutschland jährlich etwa 35 000 Wöchnerinnen, weil z. B. im Regierungsbezirk Gumbinnen beinahe bei der Hälfte der Geburten aus Armut sogar die Hebamme fehlt; ein großer Teil unserer Volksschulkinder leidet an Unterernährung, es wohnen in Berlin mehr als 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen mehr als fünf Personen auf ein heizbares Zimmer kommen. Während der ganze Krieg von 1870/71 uns nur 40 000 Menschenleben gekostet hat, gehen uns jährlich mehrere 100 000 Menschenleben verloren, weil der Zustand des bewaffneten Friedens all die Mittel verschlingt, mit denen sie erhalten werden könnten. Wir rühmen uns unserer Arbeiterversicherung, aber das Deutsche Reich gibt für diese Versicherung weniger aus, wie für einen einzigen Riesenpanzer. Nicht ohne Grund hat man von der Witwenversicherung, die jetzt der Arbeiterversicherung eingefügt ist, gesagt, daß es eigentlich nur eine Attrappe sei. Denn nur die invalide Witwe des Arbeiters bekommt eine Rente, nicht diejenige, die noch selbst schaffen kann, mag auch ihre Tätigkeit vollauf daheim durch die Erziehung und Verpflegung der Kinder in Anspruch genommen sein. Vom Standpunkt der Humanität aus müssen wir aber doch die Forderung aufstellen, daß jeder Mensch zunächst einmal auch eine menschenwürdige Existenz führe. Bekanntlich lebt der Mensch aber nicht von Brot allein, wir müssen auch unseren Volksgenossen über die bloße leibliche Er-

nahrung hinaus Anteil verschaffen an den höheren Kulturgütern dieses Lebens. Um nur eines zu nennen, die dramatische Kunst muß eine Sache des Volkes werden, wie sie es einst war in Athen. Dort baute der Staat die Theater und veranstaltete die Festspiele, jeder Bürger hatte freien Zutritt und erhielt noch eine Summe Geldes, um sich Erfrischungen zu kaufen, damit ihm im Theater nicht das Gefühl von Hunger und Durst den Kunstgenuß störe. Wenn wir so unsere Kunst demokratisieren könnten, dann würden wir unsere Kultur befruchten, dann könnten uns Dichter erheben wie Aeschylus, wie Euripides, wie Sophokles. Denn das Volk will eine große und edle Kunst. Es gibt nur zwei Dinge, die gut sind, auf der Welt, sagt W. v. Humboldt, Gott und das Volk.

Also, wer sein Volk lieb hat, der soll eintreten für jene große Kulturbewegung, die jetzt durch die Lande geht: das Streben nach internationaler Verständigung. Es handelt sich hier nicht um eine Utopie. Der Krieg bricht nicht aus, wie die Cholera und die Pest, den Krieg machen wir Menschen, und wenn wir Menschen eines Sinnes sind, dann brauchen wir weder den Krieg noch die Unsicherheit des bewaffneten Waffenstillstandes von heute. Schon dämmert am Horizont das Morgenrot einer neuen Zeit; schon haben die englischen und die deutschen Staatsmänner erklärt, daß man in bezug auf die Zahl der Riesenpanzer ein bestimmtes Verhältnis wahren wolle. Das ist ein schöner Anfang zu neuen Zielen. Es kommt nur darauf an, daß endlich die Völker guten Willens sind. Vor unsern Kindern und Enkeln sind wir dafür verantwortlich, daß wir Deutsche zu diesem großen Werk der internationalen Verständigung rechtzeitig unseren Beitrag leisten.

Drum jeder fleh', daß es gescheh',
Wie's einst geschieht, trotz alledem,
Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht, trotz alledem.

Über das Haager Werk. *)

Von Léon Bourgeois, Paris,
französischer Senator, ehemaliger Minister-
präsident, Mitglied des Haager Hofes.

Es ist eine ganz neue Welt, deren Werden man empfindet. Es sind die Organe einer neuen Menschheit, die allmählich Gestalt annehmen. Wohl weiß ich, daß zur Stunde, in der ich spreche, die Gegner unserer Arbeit glauben, sich das Recht beimessen zu können, von dem Scheitern einer Einrichtung zu reden, an deren Ausbildung wir, mein sehr verehrter

*) Autorisierte Wiedergabe einer Stelle in einer Rede, die Léon Bourgeois im Sept. d. J. auf dem Genfer Kongreß des ständigen Komitees für Sozialversicherungen usw. hielt.

Herr Präsident,*) vor sechs Jahren zusammen gearbeitet haben; jener großen Einrichtung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, die durch die Haager Abkommen geschaffen wurde.

Vor einigen Tagen eröffnete man im Haag den Friedenspalast, was der Kleinpresse beider Welten Gelegenheit gab, billige Scherze über das tragische Zusammentreffen zu machen, das die Tore jenes der Rechtssouveränität gewidmeten Gebäudes zur selben Stunde sich öffnen ließ, wo im Osten Europas die entsetzlichen Blutkonflikte sich abspielten.

Meine Herren, denken Sie an Bastiats Wort: „Es gibt Dinge, die man sieht, und solche, die man nicht sieht.“ Nein, das Haager Werk hat keine Niederlage erlitten. Es genügt, an die großen Dienste zu erinnern, die der Schiedshof der Welt bereits geleistet hat, indem er großen Staaten, wie Rußland und England, wie Frankreich und Deutschland, wie die Vereinigten Staaten und Japan, es ermöglichte, dank der Intervention unparteiischer und unabhängiger Schiedsrichter, solche diplomatische Konflikte zu vermeiden, aus denen sofort der Krieg hätte hervorgehen können.

Es wäre auch leicht, einfach zu sagen, daß jedes Menschenwerk unvollkommen ist, und daß man nicht hoffen kann, in wenigen Jahren jene Revolution vollzogen zu sehen, die größer als alle Revolutionen, die bisher die Welt erschüttert haben, das Reich der Ordnung und der Gerechtigkeit an Stelle der Gewalt setzen wird. Aber ist es nicht notwendig, bei aller Traurigkeit der Ereignisse, die den Orient und Europa mit Blut befleckten, und den Skeptikern, den Gleichgültigen und Egoisten den Anlaß geben, wieder einmal den Bankrott des Menschheitsbewußtseins zu verkünden, die schmerzliche Empfindung gegenüber zu stellen, die diese Ereignisse in der öffentlichen Meinung erweckten, und auch die energischen Aktionen, die jene öffentliche Meinung, als ein Ausdruck eines neuen Zustandes des Weltbewußtseins, unentworfelt im Sinne der Gerechtigkeit und des Friedens auf die Haltung der direkt oder indirekt in den Konflikt interessierten Regierungen ausübte?

Ich werde mich wohl in acht nehmen, hier nur die geringste politische Anspielung zu machen; aber es handelt sich um die einfache Anführung eines massenpsychologischen Faktums, wenn man feststellt, daß es gerade die europäische öffentliche Meinung, die Meinung der Männer der Arbeit und des Handels, die der Gesamtheit der tätigen Masse war, die die Ausbreitung des Krieges verhinderte. Ich will mich nicht darum kümmern, ob geheime Wünsche, uneingestandene Hoffnungen bestanden. Nichts derartiges vermochte Gestalt anzunehmen, und vielleicht zum erstenmal hat sich das Konzert der Großmächte vereinigt, nicht um unter sich irgendeine Verteilung von Eroberungen vorzunehmen, sondern um in dem entbrannten Kampfe ihre wechselseitige Un-

*) Van der Heuvel.

interessiertheit zu sichern, ihren Willen zur Begrenzung des Schlachtfeldes durchzuführen, den Abbruch der Feindseligkeiten vorzubereiten und nach Möglichkeit für ein Rechtsgleichgewicht zwischen den kämpfenden Staaten zu wirken.

Empfinden wir nicht, meine Herren, die Auflehnung, die in allen Geistern das Schreckensschauspiel dieses letzten Krieges und besonders des brudermörderischen Kampfes hervorbrachte, der ihn abschloß? Heute gibt es niemanden unter uns, der sich nicht die Frage vorgelegt hat, ob derartige Dinge wirklich noch in unsere Zeit hineingehören, und ob der gemeinsame Wille der Völker nicht schon auf jenen lasten sollte, die verantwortlich sind für die Verhinderung solcher Rückfälle.

Eine ganz einfache Beobachtung erlaubt uns, diesen täglich zunehmenden Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Richtung der internationalen Politik im Sinne der Verständigung und des Friedens zu ermessen: sogar die Erhöhung der Rüstungen wird der öffentlichen Meinung als eine durch den Willen zum Frieden bedingte Notwendigkeit dargestellt. Das ist paradox, aber zum Teil wahr. Wenn wir darauf bestehen, dann wird man uns klipp und klar beweisen, daß auch die Rüstungen eine internationale Organisation der sozialen Fürsorge bedeuten. Aber diese ist fürchterlich kostspielig, und jeder wird sich fragen, ob es nicht viel sparsamer und viel klüger wäre, sie durch eine Organisation zu ersetzen, die ebenso international und ebenso fürsorgend wäre, wo aber das den Frieden erzeugende Gleichgewicht in der Definition der beiderseitigen Rechte und nicht in der wechselseitigen Berechnung ihrer drohenden Streitkräfte gesucht werden würde.

Fast ebenso sprach noch gestern der Schatzkanzler von England: „Jeder ist davon überzeugt, daß es so nicht weiter geht.“ Die Lasten können nicht immer größer werden, ohne daß in einem gegebenen Moment der Zahlende, der schließlich in allen Dingen das letzte Wort hat, erklärt, daß er nicht mehr imstande sei, die Bürde weiter zu tragen.

Die deutsch-französische Journalistenkonferenz in Gent.

Von H. Kötschke, Berlin.

Muß das immer so fortgehen mit der ungemütlichen Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich, daß die Presse immer neuen Stoff zu gegenseitiger Verärgerung sucht und findet? Es war doch schon einmal viel besser. Vor zehn und fünfzehn und zwanzig Jahren herrschte auf beiden Seiten ein viel gemütlicherer Zustand als heute. Der Marokkostreit hat dann alles verdorben. Seit der Tangerfahrt des Kaisers und dann durch

Agadir gleicht Frankreich einem aufgeschreckten Bienenschwarm. Aber über Marokko hat man sich ja nun glücklich längst geeinigt. In der Heeresvermehrung ist man auf beiden Seiten nun wohl auch auf lange Zeit gesättigt. Da muß doch wieder einmal ein anderer Ton sich Bahn brechen.

Das war die Erkenntnis, die den Schreiber dieser Zeilen auf einer Reise im Juli in Paris mit einer Reihe französischer Journalisten Fühlung nehmen ließ. Er fand hier auch überraschend viel Verständnis. Selbst Jules Hedemann vom *Matin* war nicht abgeneigt, die Hand zu ergreifen, und der deutsche Botschafter sagte: „Was ich tun kann, das soll geschehen.“ Für den Augenblick hielt man die Stimmung in Paris zwar durch die Heeresvorlage für erregt. Aber das würde sich ja in etlichen Monaten legen.

Eine Gruppe von Pariser Schriftstellern, die sich schon immer mit der Einführung deutscher Literatur in Frankreich beschäftigt hatte, war sogar schon tätig gewesen und hatte unter Führung des Herrn Grand Carteret eine Gesellschaft gegründet: *pour mieux se connaître*. Man hatte das ganz richtige Gefühl: Lernt euch nur gegenseitig erst besser kennen, dann werdet ihr euch auch besser verstehen, und das Mißtrauen und der Haß werden schwinden. Dieser Gesellschaft hatte sich auch schon eine Reihe namhafter Deutscher angeschlossen. Wir nennen darunter: Gerhart und Carl Hauptmann, Hermann Sudermann, Hugo v. Hoffmannstal, Richard Dehmel, Manuel Schnitzer, Felix v. Weingartner, Richard Strauß, Eugen Diederichs, v. Tepper-Laski, v. Gwinner, Prof. Lamprecht, Prof. Reichert-Frankfurt a. M. usw.

Diese Gesellschaft hielt im September ihre Generalversammlung ab. Man wählte dazu Gent, den Weltausstellungsplatz. Die Belgier sollten auch in die deutsch-französische Annäherung hineingezogen werden. Leider war die Zeit zu kurz, um die deutsche Presse für diese Konferenz vollständig heranzuziehen. Immerhin zeigte man allgemein großes Interesse an der Sache. Man sagte sich: Wir sind vor etlichen Jahren mit der englischen Presse in engere Beziehungen getreten. Wir haben uns da gegenseitig besucht, einander kennen und schätzen gelernt. Manches Mißtrauen und Vorurteil ist durch persönliche Bekanntschaft überwunden worden. Für das jetzige bessere Verhältnis zwischen Deutschland und England sind diese Journalistenbesuche sicherlich nicht umsonst gewesen. Dasselbe mit den Franzosen zu versuchen, wird sich schon auch lohnen. So fuhr ich im Auftrag des Vereins Berliner Presse und des Provinzialverbandes Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes der deutschen Presse nach Gent. Gottfried Stoffers-Düsseldorf war da im

Namen des Gesamtvorstandes der deutschen Presse. Verschiedene andere journalistische Verbände hatten schriftlich ihre schönste Sympathie für die Sache ausgesprochen. Daneben waren die großen Zeitungen wie das Berliner Tageblatt, die Vossische Zeitung, die Münchener Neuesten Nachrichten usw. durch ihre Pariser oder Brüsseler Korrespondenten vertreten.

Eine starke Vertretung war an sich auch von Frankreich nicht da. Es war ja das ganze eben nur eine Art Vorbesprechung, wenigstens für die Vertreter der Presse. Aber eine größere Anzahl Zeitungen hatte schriftlich ihre Zustimmung mit den Bestrebungen ausgedrückt. So vor allem der Radical, l'Aurore, die Clémenceau seinerzeit gegründet hatte, le Journal, eine der bedeutendsten französischen Zeitungen, Paris-Journal, l'Humanité, und nicht zu vergessen le Figaro. Der Direktor dieses Blattes, Georges Bourdon, hat bekanntlich jetzt ein ausgezeichnetes Buch geschrieben, l'Enigme Allemand, das deutsche Rätsel, Verlag von der Librairie Plon in Paris. In diesem Buche gibt er die Eindrücke und Unterredungen wieder, die er auf einer Reise durch Deutschland gesammelt hat. Er findet da zu seinem Erstaunen, daß das deutsche Volk viel friedlicher gesinnt ist, als er angenommen hatte. Seine Beobachtungen sind sehr belangreich. Vor allem steht auch die Provinzpresse hinter der Sache. Von Bedeutung war auch ein Brief, den das angesehene Mitglied des Institut de France, Bonet-Mauvy, nach Gent gerichtet, und in dem er erklärt hatte, daß, wenn Elsaß-Lothringen eine Autonomie erhalten würde wie die andern deutschen Bundesstaaten, die Wünsche des französischen Volkes im ganzen befriedigt wären.

Die Verhandlungen in Gent drehten sich erstens um die Festsetzung gewisser Grundlinien, die für die deutsch-französische Annäherung maßgebend sein sollten. Die elsäß-lothringische Frage wurde natürlich völlig ausgeschaltet. An praktischen Aufgaben wurde beschlossen die Errichtung zweier Bureaus in Berlin und Paris zur Bekämpfung von gegenseitigen Mißverständnissen und mißgünstigen Artikeln in der Presse. Ferner die Herausgabe einer deutsch-französischen Zeitschrift, die den literarischen und Kulturaustausch zwischen beiden Ländern fördern soll. Dann wurde über einen weiteren Treffpunkt für eine stärkere Heranziehung der Journalisten beider Länder gesprochen. Da lag nun bereits eine Einladung der Stadt Leipzig vor, die für ihre Buchgewerbeausstellung im nächsten Jahre die französischen Journalisten gerne in ihren Mauern versammelt hätte. Aber die Franzosen waren der Ansicht, zunächst lieber noch eine Versammlung auf neutralem Boden abzuhalten. Die Franzosen müssen erst lang-

sam an den Gedanken, sich mit ihren deutschen Kollegen anzufreunden, gewöhnt werden. So wurde denn auf eine Anregung der belgischen Kollegen beschlossen, im nächsten Frühjahr in Brüssel in großem Maßstabe die deutsche und französische Presse zu einem Kongreß einzuladen. Für den Herbst, wo in Leipzig der internationale Pressekongreß ist, soll dann eine Studienreise der französischen Journalisten durch verschiedene deutsche Städte vorbereitet werden, die in Leipzig enden soll.

Man hielt dann in Gent noch Vorträge über den Gedankenaustausch zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahrzehnten, aus denen man ersah, wie man in Frankreich unser Kulturentwicklung viel mehr folgt, als wir das im allgemeinen annehmen. Im ganzen ist zu hoffen, daß die in Gent eingeleitete Annäherung der deutschen und französischen Journalisten nicht ohne Frucht für die Beziehungen beider Länder bleiben wird.

MIß P. H. PECKOVER.

Von Jacques Dumas, Versailles.

(Zum 27. Oktober 1913.)

Is it really possible, daß Miß P. H. Peckover, deren Herzensjugend der Zeit immer trotzte, ihr achtzigstes Lebensjahr erreicht hat? Die Vertreter des Fortschritts besitzen das seltene Privilegium, die Jahre mit Leichtigkeit zu ertragen. Es gibt für sie kein Greisentum, und keiner von ihnen, der die gewöhnlichen Lebensgrenzen überschritt, lernte Reue oder Entmutigung kennen. Der Glaube erhält und vermehrt ihre Kräfte und beweist uns, wie sehr die Seele den Körper mit aller jener Kraft beherrscht, die der Geist über die Materie ausübt. Wer hätte gewagt, an der Jugend des 90jährigen Frédéric Passy zu zweifeln? Wer zweifelte an jener von Lemonnier, Hodgson Pratt, Dudley Field, Tolstoi, Jules Simon, Castelar, als sie schon längst das Alter der Patriarchen zählten? Wer zweifelte an der Jugend F. Bajers, Moscheles, Monetas oder der Baronin v. Suttner? Wer würde endlich an derjenigen der Miß P. H. Peckover zweifeln?

Unter allen Persönlichkeiten, die dank ihrer moralischen Autorität, ihrer intellektuellen Tätigkeit, ihrer sozialen Stellung der internationalen Sache dienen konnten, gibt es wohl keine, die uneigennütziger, treuer und ausdauernder war als Miß P. H. Peckover. Freilich war ihre Stellung nicht eine derartige, daß die Öffentlichkeit sich darüber Rechenschaft geben konnte, denn ihre christliche Bescheidenheit hat mehr noch als ihre weibliche Zurückhaltung

sie veranlaßt, ihre Wohltaten zu verbergen, und jene, die ihr am meisten zu Dank verpflichtet waren, mußten oft nicht, aus welcher Quelle ihnen Hilfe kam. Ihre linke Hand durfte nie wissen, was ihre rechte gab, und die Schatten des Schweigens erschienen ihr nie dicht genug, um ihre Hochherzigkeit zu verhüllen. Ohne Zweifel waren die Leser des „Herald of Peace“ schon daran gewöhnt, jährlich einen hohen Betrag von ihr gezeichnet zu finden, und viele europäische Vereine, deren Werke sie durch Unterstützung förderte, fühlten sich verpflichtet, ihren Namen zu veröffentlichen; aber wie vielen anderen mag sie Stillschweigen zur Pflicht gemacht haben, weil sie daran festhielt, sich menschlichem Dank zu entziehen für das, was sie in Gottes Namen gab.

Es hieße einer solchen Bescheidenheit Unrecht tun, wollte man hier selbst aus Anlaß ihres achtzigsten Geburtstages ihre Biographie oder ihr Lob veröffentlichen. Wir erlauben uns eine solche Indiskretion nicht. Aber wir hoffen, sie nicht zu kränken, wenn wir unsere Ehrfurcht und die herzlichsten Glückwünsche von „La Paix par le Droit“ ausdrücken, der sie seit ihrer Gründung die aufopferungsvollste Freundin war, ja ich möchte sogar der Schutzengel sagen. Zur Zeit, als wir diese Verbindung gründeten, glaubten sehr wenige an ihre Zukunft. Wir waren bloß Schüler, und die Jugend wiegt leicht. Miß P. H. Peckover hat nie an unserem Glauben, nie an unserem Erfolg gezweifelt; und nur dank ihrer treuen Freundschaft, ihrer klugen Ratschläge, ihrer Weitsichtigkeit konnten wir unsere ersten fruchtbaren Ergebnisse verzeichnen. Sie war es, die seit 1887 die meisten von uns in jenen Umgebungen akkreditierte, wo wir unsere Aufgabe zu erfüllen hofften, und unser höchster Ehrgeiz ging dahin, ihr Vertrauen zu rechtfertigen. Der Dankbarkeit, die wir ihr hier zollen, könnten sich viele Gesellschaften aus Italien, Deutschland, aus den skandinavischen Ländern anschließen. Wieviel Herzen lernten sie lieben, von Kopenhagen bis Frankfurt a. M., von Mailand bis Palermo! Wieviel Freunde konnten in der stillen Stadt Wisbech, wo ihr Bruder, Lord Peckover, ihre drei Schwestern und sie selbst sich eines Rufes großer Hochherzigkeit, christlicher Liebe und Klugheit erfreuen, ihre Gastfreundschaft genießen, in ihrer Schule lernen, sich an ihrem Beispiel erbauen, sich an ihrem strahlenden Glauben erwärmen und durch ihr ebenso einfaches als einflußreiches Sprechen, in religiösen oder sozialen Vereinen das dreifache Geheimnis eines nützlichen, eines glücklichen und eines ewigen Lebens erfahren?

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Die Republik Mexiko und die Vereinigten Staaten. — Die Annahme des Bryanschen Friedensplanes. — Der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua. — Die japanisch-kalifornische Streitfrage. — Die Montrealrede Viscount Haldanes. — Der achte internationale Studenten-Kongreß.

New York, den 22. September 1913.

Seit meinem Schreiben vom 24. Juli sind in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko keine wesentlichen Änderungen eingetreten, aber die Situation ist im großen ganzen ermutigend. Der Gesandte in Mexiko, Henry Lane Wilson, erstattete in der letzten Juliwoche einen Bericht beim Präsidenten, der deutlich erkennen ließ, daß seine Ansichten mit jenen der Regierung der Vereinigten Staaten nicht übereinstimmten. Seine Demission, die er einige Zeit vorher gab, wurde deshalb angenommen. Da ein neuer Gesandter ohne Anerkennung der gegenwärtigen provisorischen Regierung von Mexiko nicht ernannt werden kann, bestimmte Präsident Wilson den früheren Gouverneur des Staates Minnesota, John Lind, zum Rat der amerikanischen Gesandtschaft in Mexiko. Lind kam am 12. August mit dem Auftrag nach Mexiko, die provisorische Regierung zur Annahme folgender vom Präsidenten Wilson gemachten Vorschläge in freundlicher Weise zu veranlassen:

Erstens: Schaffung eines Uebereinkommens, das zum Einstellen der Feindseligkeiten in Mexiko und zu einem endgültigen Waffenstillstand führen sollte.

Zweitens: Vorkehrungen für eine freie und sehr bald vorzunehmende Präsidentenwahl.

Drittens: keine Kandidatur Huertas für die Präsidentschaft.

Viertens: Alle Parteien müßten sich bereit erklären, das Ergebnis anzuerkennen.

Lind wurde in Mexiko gut empfangen und hatte schon mehrere private Besprechungen mit dem mexikanischen Minister des Auswärtigen. Er übergab auch der provisorischen Regierung Mexikos die vom Präsidenten Wilson für sie bestimmte Botschaft, die durch eine nach Washington gerichtete Erwidert wurde, durch welche Präsident Huerta die Vorschläge Wilsons zwar verwarf, aber in einer Weise, die weitere Verhandlungen ermöglichte. Am 27. August berichtete Präsident Wilson dem Kongreß über die mexikanische Krise, indem er die bis dahin geführten Verhand-

lungen beschrieb, und die künftige Politik, die die Unterstützung des ganzen Landes findet, skizzierte. Alle einflussreichen Persönlichkeiten sprechen sich gegen diese bewaffnete Intervention aus.

Im Oktober soll in Mexiko eine Präsidentenwahl stattfinden. Eine Kandidatur des Generals Huerta im Rahmen der mexikanischen Konstitution wird nicht für möglich gehalten. In einem am 21. September ausgegebenen Bericht betont Präsident Huerta, daß die provisorische Regierung weder einen offiziellen Kandidaten aufstellen, noch irgendeinen anderen bevorzugen, und daß sie die absolute Neutralität bewahren würde. Es erscheint unmöglich, die Ereignisse des kommenden Monats vorherzusehen. Wenn aber eine unparteiische und ehrliche Wahl in Mexiko vor sich gehen wird, dann ist eine Klärung der jetzt so verwickelten Situation wohl denkbar. Allem Anschein nach haben die Gegner der jetzigen provisorischen Regierung wenig Erfolg, und in den letzten Wochen haben sie sogar an Boden verloren.

Vier Monate nach Veröffentlichung des Bryanschen Friedensplanes, der für friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch internationale Kommissionen eintritt, wurde der erste Vertrag zwischen Staatssekretär Bryan und Don Frederico Mejia, Minister der Republik Salvador, am 7. August geschlossen, dem ähnliche Verträge mit der Republik von Guatemala und der Republik Panama folgten, die der Senat der Vereinigten Staaten noch ratifizieren muß. Die Tatsache, daß der erste Vertrag zwischen einer der größten und einer der kleinsten Nationen abgeschlossen wurde, wird als Beispiel eines ehrlichen Willens angesehen, internationale Streitigkeiten durch friedvolle Schlichtung zu erledigen.

Der ins Auge gefaßte Vertrag zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten, der diesen eine große Vorsorge durch das Protektorat über Nicaragua auferlegt, wurde vom Senat der Vereinigten Staaten eben wegen dieser Protektoratsklausel verworfen. Zuerst hatte dieser Vorschlag überall Zustimmung gefunden, dann sah man aber ein, daß dieser Präzedenzfall sehr viel Unannehmlichkeiten mit sich bringen könnte. Zweierlei kann nun erfolgen. Entweder der Vertrag wird ohne die Protektoratsklausel wieder vorgelegt oder er wird zu einem geeigneteren Augenblick einer späteren Senats-Session unterbreitet.

Die japanisch-kalifornische Frage kam auch in den letzten Wochen einer Lösung nicht näher. Es wurde ein neuer wirtschaftlicher Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vorgeschlagen, der alle durch den gegenwärtigen Streitfall entstandenen Fragen lösen sollte. Dieser Plan würde die Zustimmung der Vereinigten

Staaten finden, aber das Auswärtige Amt in Japan will die durch den gegenwärtigen Vertrag gebotenen Vorteile nicht verlieren, und ist dementsprechend auch nicht geneigt, diesen Vorschlag anzunehmen.

Der Besuch Viscount Haldanes, Lord Großkanzler von Großbritannien, in den Vereinigten Staaten und Kanada in der letzten Augustwoche begegnete großem Interesse. In seiner am 1. September in der American Bar Association in Montreal, Kanada, gehaltenen Rede überbrachte Lord Haldane die Grüße Königs Georg V. und trat ein für die Entwicklung einer internationalen „Sittlichkeit“ zwischen den Nationen in ihren Beziehungen zueinander, und für die Schlichtung internationaler Streitfälle in demselben Geist und in derselben Weise, wie solche Fälle zwischen Individuen geschlichtet werden.

Der in der Cornell-Universität, Ithaca, New York, vom 29. August bis zum 3. September abgehaltene achte internationale Studentenkongreß war außerordentlich erfolgreich. Mehr als zweihundert Delegierte von Nationen aller Weltteile waren erschienen, die dann die größeren Städte der östlichen Staaten besuchten. In Washington wurden sie vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, in New-York-City vom Bürgermeister empfangen. Am 18. September gab die New-Yorker Friedensgesellschaft zu Ehren der auswärtigen Delegierten ein Schlußbankett im Hotel Astor in New York, dem Prof. William M. Sloane von der Columbia Universität präsierte. Unter anderem sprach auch der Herausgeber des „Independent“, Hamilton Holt, der ausführte: „Es gibt vier große Probleme von vitalem Interesse. Das erste ist das wirtschaftliche Problem — die gerechte Verteilung von Besitztum. Das zweite ist das Frauenproblem — die neue Stellung der Frau oder die Stellungnahme der neuen Frau zum Heim, zur Politik und zu ähnlichen Fragen. Das dritte ist das — wohl am schwersten zu lösende — Rassenproblem. Das vierte ist das Problem des internationalen Friedens. Alle diese Probleme müssen durch einen Appell an die Gerechtigkeit ihrer Lösung zugeführt werden. Die Friedensbewegung ist eine Bewegung, um den Krieg durch das Gesetz zu ersetzen, keine Bewegung gegen den Krieg, sondern eine für das Gesetz; aufbauend, nicht zerstörend. Das Völkerrecht befindet sich heute auf der gleichen Stufe, wie sich das Privatrecht im zehnten Jahrhundert befand. Die wertvollsten Menschen der Vereinigten Staaten sind Anhänger der Friedensbewegung. Die letzten vier Staatssekretäre, Hay, Root, Knox und Bryan, haben ihr Bestes für das Friedenswerk geleistet.“

Dr. Mez aus München referierte über die Rüstungsfrage in folgenden Worten:

„Die menschliche Rasse bricht unter der schweren Bürde der Rüstungen zusammen. In Deutschland werden durch die Rüstungskosten die so notwendigen sozialen Reformen vernachlässigt, und dasselbe gilt für Frankreich, England, Italien und Oesterreich. Das alles geht aber auch Sie, die Vereinigten Staaten, an. Je mehr Geld wir in Deutschland für Rüstungszwecke ausgeben, desto weniger können wir von euch Amerikanern kaufen. Ich glaube sicher, daß wir von den Vereinigten Staaten ein besseres und erhöhtes Menschentum zu erwarten haben.“

□ RANDGLOSSEN □ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Baronin Bertha v. Süttner.

Schloß Stockern, Oktober 1913.

Immer noch muß man von Balkan reden. Die Friedensschlüsse und Kriegausbrüche wechseln dort in rascher Folge miteinander ab; es wird mobilisiert, demobilisiert und wieder mobilisiert; nachdem Verbündete sich verfeindet haben, verbünden sich Feinde — man muß nur die zwischen Türken und Bulgaren gewechselten Freundschaftsversicherungen lesen —; trotz der verschiedenen eingetretenen offiziellen Kriegseinstellungen wird ununterbrochen weiter gekämpft, geplündert und gesengt; nebstbei kommt es zu einem richtigen Albanesenaufrastand und Griechen und Türken rüsten gegeneinander, um über ein paar ziemlich bedeutungslose Differenzen einen neuen Feldzug zu inszenieren. Wenn einmal die Geschichte dieser Balkanereignisse wahrheitsgetreu geschrieben würde, so müßte sich daraus mit Sonnenklarheit die ganze Absurdität ergeben, die dem Begriffe „Krieg“ in unserer Gegenwart anhaftet. Dreifach absurd, wenn man ihn in Gedanken in unser Westeuropa und in die Zukunft versetzt.

Den serbischen Truppen ist es schnell gelungen, die von ihren Bergen herabgestiegenen albanesischen Rebellen zu vernichten. Kreuzotische Kanonen und das Maschinengewehr haben sich bewährt. Zum ersten Male wurde das Maschinengewehr von den Franzosen in Madagaskar erprobt. Der General beschrieb die Wirkung dieser Waffe mit folgenden Worten: „Die Geschosse klatschen in die Reihen, das Blut spritzt auf, das Fleisch fliegt in Stücken herum und auf dem Kampfplatz bleibt eine breiige, formlose Masse.“ Wahrlich: ein befriedigender Nutzeffekt — wie der militärisch-technische Ausdruck lautet.

Bei der letzten Eröffnung des italienischen Parlaments brachte die italienische Regierung in ihrem Motivenbericht u. a. folgendes vor:

„Die Tatsache, daß es infolge des einträchtigen Willens der Großmächte gelang, große Konflikte zu verhüten, ist ein Argument, das zur Hoffnung berechtigt, daß eine lange Periode des Friedens für Europa beginnt“ (wir lebten schon in einer solchen langen Periode, als der lybische Feldzug sie unterbrach!). „Indes der Friede, der das höchste Interesse der Völker ist“ (dies ist eine Konzession an den pazifistischen Gedanken. Es gibt aber Kreise; deren höchstes Interesse der Krieg ist, das wird freilich nur in Armeezeitungen und Wehrvereinsversammlung verkündet, und nicht in Regierungskreisen), „ist nicht sicher, wenn man nicht ein dauerhaftes Gleichgewicht der Kräfte“ — (décidément; „Gleichgewicht“ ist jetzt das beliebteste Schlagwort) „zwischen den verschiedenen Mächten aufrechterhält, und wenn somit nicht auch unsere Streitkräfte zu Wasser und zu Land (da haben wir's wieder, das verlogene para bellum-Argument) in dem Verhältnis aufrechterhalten werden, das seiner politischen Lage, sowie der Bedeutung der großen Interessen, welche es wahren muß, entspricht.“ — Welche Interessen? Das sollte doch einmal genau präzisiert werden. Das Publikum gibt sich mit dem so vagen Begriff „Interessen“ zufrieden, besonders wenn er durch den Zusatz „vital“ verstärkt wird. Man fragt nicht nach der substantiellen Begründung — die am ehesten in den Kreisen der Waffenindustrien und ihrer Aktionäre gefunden werden könnten, oder unter den Schachspielern des Machtprestiges. Was für Interessen aber durch die Rüstungsanspannung geschädigt werden, darnach fragt man schon gar nicht und daß das höchste Interesse der Völker der Frieden sei, wie einen Augenblick früher zugegeben wurde, das ist schon ganz vergessen, und mit keinem Wort wird darauf hingedeutet, daß es ja schon eine Bewegung, schon Institutionen gibt, die für die Sicherung des Dauerfriedens ins Leben getreten sind und des Ausbaues und der Anwendung harren. Solches wird mit keinem Wort erwähnt, es wird absichtlich totgeschwiegen. Dies muß von seiten Italiens besonders wundernehmen, wenn man bedenkt, wie vor dem lybischen Feldzug dieses Land in der Pflege des Pazifismus vorgeschritten war; wie mehr als zwei Drittel der Kammern der interparlamentarischen Union angehörten; wie der italienische Sekretär dieser Union (Marchese Pandolfi) die Idee eines europäischen Staatenbündnisses anregte.

Wenn auch nicht als erster: schon Victor Hugo hat die „Etats unis d'Europe“ gefordert, und Lemonier hat seine Zeitschrift so betitelt. Schlieff war auch ein Verkünder des Staatenbundes, Novicow schrieb seine „Fédération de l'Europe“, und heute ist es Sir Max Wächter, der diese Ideen verfißt. Man sollte glauben, daß der Moment zur Verwirklichung gekommen sei. „Europa“ ist schon mehr als ein geographischer Begriff, es ist — man könnte

sagen — eine latente Persönlichkeit geworden. Es handelt und verhandelt, es wird angerufen, es verkündet laut, daß die Verhütung eines europäischen Krieges sein höchstes Ziel sei und richtet danach seine Konferenzbeschlüsse; es steckt Grenzen ab, es entsendet Schiffe und Truppen — nur eins fehlt ihm noch: die Existenz. Es besteht ja noch — im politischen Sinne — aus gegnerischen Gruppen, die sich gegenseitig zu balancieren und zu imponieren trachten, wobei jede sich selber dem wirtschaftlichen Ruin entgegentreibt. „Ein geeinigtes, verbündetes Europa“, dies hat fortan das Lösungswort des geklärten Pazifismus zu sein. Das kann man nicht oft genug wiederholen.

Unser gemeinsamer Ministerrat in Oesterreich hat uns nun auch eine Heeresverstärkung im Preise von nahezu einer Milliarde beschert. Daß man vier neue Ueber-Dreadnoughts bauen will, läßt man uns schon wissen. In dem Ministerrate sitzen auch zwei Finanzminister, die durch mehrere Stunden bemüht sind, Abstriche zu machen, was ihnen ebenso sicher gelingt, als es den im selben Rate sitzenden Generalen gelingt, die prinzipielle Zustimmung für die unerläßliche Notwendigkeit der Verstärkungen zu erlangen. Die Sache spielt sich immer in denselben Gleisen ab, und die vorbereitenden Zeitungsartikel und offiziellen Mitteilungen benutzen frisch drauf los die ältesten Klischees. Z. B. „Das Bestreben der Heeresleitung, die Armee so zu heben, wie dies nach den Kraftanstrengungen der europäischen Staaten im letzten Jahre angemessen erscheint, wird mit dem begreiflichen Bestreben der beiden Finanzminister, mit der entsprechenden Schonung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler vorzugehen, in Einklang gebracht werden müssen.“

Statt der geforderten 40 000 Mann neuer Rekruten begnügt man sich schonend mit 31 300 Mann, und für die Zahlung der nötigen Summen (nahezu eine Milliarde) wird eine Verlangsamung der Fristen gewährt. So ist der schöne Einklang erreicht. Bis endlich die Saiten reißen. Die beiden „begreiflichen Bestrebungen“ können nicht fortwährend befriedigt werden, denn die finanzielle Leistungskraft (vielleicht auch die Lammesgeduld) der Steuerzahler hat Grenzen; die militärische Mehrforderungskraft hat keine.

Der japanischen Kriegspartei ist es nicht gelungen, den Konflikt mit China zur gewünschten Verschärfung zu bringen. Durch kluges Nachgeben hat China den Bruch verhütet. Inzwischen hat sich das Reich der

Mitte einen Präsidenten gewählt, und die Mächte erkennen die Republik an. Da ist ein gar großes demokratisches Gemeinwesen ins Leben getreten, das auf die weitere historische Entwicklung unseres Planeten noch gewaltigen Einfluß üben wird. Die einen werden prophezeien: „Wird nicht von Dauer sein.“ Andere werden besonders unheimlich ausrufen: „Gelbe Gefahr!“ Warum soll gerade „gelb“ gefährlicher sein? Als ob wir hier nicht jahrtausendlang unter den weißen Gefahren gelitten hätten und noch leiden! Während das chinesische Volk eigentlich jahrtausendlang ein friedliches Volk gewesen ist; — wenn es „Krieg erlernt“, so wird es dies nur Europa zu verdanken haben. Und man muß bedenken: China richtet sich nach dem Muster der Vereinigten Staaten Nordamerikas, zu welchen es mit Bewunderung und Freundschaft aufblickt. Seit vielen Jahren sind die Söhne der ersten Familien aus China nach den amerikanischen Universitäten gewandert und haben von dort die Kenntnis der Einrichtungen und der Ideale der amerikanischen Demokratie in ihr Land zurückgebracht.

Ein ganz merkwürdiges Phänomen spielt sich jetzt in Irland ab: der von Sir E. Carson organisierte Widerstand gegen die Erfüllung des alten irischen Traums: Homerule. Ein regelmäßiger Rebellenkrieg wurde da angekündigt und die Rüstung dazu unter dem Enthusiasmus der Bevölkerung durchgeführt. Ulster will von Homerule nichts wissen; es will weiter von England regiert werden. Auflehnung gegen die Regierung und gegen eine zum Gesetz gewordene Institution; noch dazu bewaffnete Auflehnung; dagegen gibt's doch nur eine alte bewährte Methode: hineinschießen. Man nennt das, „das Land von den Rebellen säubern“, oder „den Aufstand unterdrücken“, oder kurzweg „Pazifikation“. Die englische Regierung scheint anders vorgehen zu wollen, nämlich zu gestatten, daß von den acht Grafschaften Ulsters, die drei oder vier, wo die Unionisten überwiegen, sich vom Homerule ausschließen. Churchill schlägt auch vor, die Aktivierung des neuen Gesetzes bis zu den nächsten Neuwahlen zu verzögern. Kurz, vor dem Bürgerkrieg schreckt die Regierung zurück — sie scheint etwas wie Respekt vor dem Volkswillen zu hegen. Das ist auch etwas Neues.

Präsident Poincaré hat dem König von Spanien einen Besuch abgestattet, und dabei wurde bei den üblichen Toasten auf „die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Nachbarvölker“ besondere gegenseitige Bewunderung der beiderseitigen Armeen und Flotten ausgedrückt. Natürlich wird in der

politischen Welt sofort eine Verstärkung des Dreiverbandes gewittert, und daraus geschlossen, daß die Heeresverstärkungen des Dreibundes vielleicht schon in Voraussicht dieser Eventualität beschlossen worden sind. Das gibt wieder eine Verschiebung des famosen Gleichgewichts. Die Mittelmeerpoltik wird immer bedrohlicher, und kann nicht anders beschworen werden, als durch Dreadnoughts und Ueberdreadnoughts und Ueber-Ueberdreadnoughts — bis es endlich den F-Strahlen gelingt, mittels sowohl in Triest als in Marseille und in Gibraltar abgedrückter Knöpfe die sämtlichen Mittelmeerflotten in die Luft springen zu machen. Das wird auch ein gewisses Gleichgewicht herstellen. Gegen alle diese gefährlichen Spielereien gibt es auch nur das eine Mittel: die Einigung Europas.

Da ist im Weißen Hause in diesen Tagen in ganz anderem Sinne ein solcher Wunderknopf abgedrückt worden. Die Beschreibung davon liest sich wie ein Kapitel aus einem phantastischen Zukunftsroman — phantastischer noch als Kellermanns „Tunnel“. „Es herrschte feierliche Stille, als Präsident Wilson punkt 2 Uhr auf den Knopf der elektrischen Leitung drückte, die die 6400 Kilometer lange Strecke von Washington bis zur Barriere von Gamboa verbindet. 40 000 Gramm Dynamit waren notwendig, um die Barriere zu sprengen.“ (O, Alfred Nobel, so träumtest du stets die Verwendung deiner Erfindung!) „Am Orte selbst war die Wirkung des Druckes eine kolossale. Zuerst eine gewaltige Detonation, die auf hundert Meilen her vernehmbar war. Eine riesige Staubwolke erfüllte die Luft, so daß im weiten Umkreise das Tageslicht verfinstert war. Das Erdreich geriet ins Schwanken und die Wassermassen drangen ein. Erst langsam, dann immer stärker ergoß sich die Flut in das Kanalbett. Das Werk war vollendet... Die Kunde davon wurde telegraphisch ins Weiße Haus gemeldet und verbreitete sich wie ein Lauffeuer über das ganze Land — Salutschüsse erdröhnten, alle Glocken läuteten...“

Ein Siegeswerk ist es, der menschliche Genius — ein Friedenswerk, das ungeheure Perspektiven des Weltverkehrs, der Welt-einigung eröffnet. Das war ein Augenblick, um in die Knie zu sinken: „nearer, oh my God to thee“ — —

PAZIFISTISCHE CHRONIK

25. September. *Tagung des Internationalen Kongresses für Luftrecht in Frankfurt a. M.*

27. September. *Deutsch-französischer Journalistenkongress in Gent.*

30. September. *Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Türkei und Bulgarien.*

Ende September. Eine Versammlung der Vorstände der elsässischen Ortsgruppen der deutschen Friedensgesellschaft beschliesst in Colmar die Gründung eines Landesverbandes und die Abhaltung französischer und deutscher Vorträge zur Förderung der Friedensidee.

Ende September. Ein deutsch-französischer Ausschuss mit Ernst Haecckel und Maurice Maeterlinek an der Spitze tritt für den Ausbau einer deutsch-französischen Unterrichtsanstalt ein.

Ende September. Tagung der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern.

Ende September. König Konstantin von Griechenland trifft in Paris ein.

1. Oktober. Tagung des Kongresses für internationales Recht in Madrid.

4.—6. Oktober. Tagung des Verbandes für Internationale Verständigung in Nürnberg.

6. Oktober. Gründung der deutsch-französischen Liga zu Nürnberg.

6. Oktober. Besuch des Präsidenten der französischen Republik, Poincaré, in Madrid.

7. Oktober. In München findet eine Kundgebung des Verbandes für internationale Verständigung statt, in welcher Baron d'Estournelles de Constant den Gedanken der deutsch-französischen Verständigung entwickelt.

9. Oktober. Im Rahmen des Verbandes für Internationale Verständigung tritt in Frankfurt a. M. Baron d'Estournelles de Constant für eine deutsch-französische Annäherung ein.

DAVS DER ZEIT

Völkerrecht.

Verlängerung von Schiedsverträgen. :: :: :: :: :: :: ::

Der Schweizer Bundesrat unterbreitete im Juli d. J. der Bundesversammlung die neuen, mit Spanien und Portugal abgeschlossenen Schiedsverträge zur Genehmigung. Der neue Vertrag mit Spanien ersetzt den am 9. Juli 1912 abgelaufenen Schiedsvertrag vom 14. Mai 1907; während der alte Vertrag ein Obligatorium nicht kannte, ist im neuen Vertrag nach dem Muster des Schiedsvertrags mit Belgien ein fakultatives Obligatorium des Schiedsgerichts vorgesehen für jene besonders umschriebenen Streitfälle, die nach der Ansicht eines jeden der vertrag-schließenden Staaten weder die Ehre noch die Unabhängigkeit oder die Souveränität des andern Landes berühren. Der neue Vertrag gilt auf zehn Jahre; im Falle er nicht sechs Monate vor Ablauf dieser zehn Jahre gekündigt wird, gilt er stillschweigend weiter, mit fünfjähriger Kündigungsfrist. — Der neue Vertrag mit Portugal ist lediglich eine Verlängerung auf zehn Jahre des am 23. Oktober 1913 ablaufenden Schiedsvertrags vom 18. Juli 1905, der keinerlei Obligatorium des Schiedsgerichts vorsieht.

Rüstungsproblem.

Eine neue Wehrvorlage in Deutschland. :: :: :: :: ::

Auf dem alldeutschen Parteitag, der im September in Breslau stattfand, hat der bekannte Kriegs-Barde, Generalmajor a. D. Keim, seine Unzufriedenheit mit der Milliardenvorlage dieses Sommers ausgedrückt und die nächste Wehrvorlage an die Wand gemalt. Er sagte in seiner Rede:

„Mit unter dem Druck der öffentlichen Meinung, wobei der Wehrverein, unterstützt vom Alldeutschen Verband, die Hauptarbeit leistete, ist es endlich gelungen, nach zwei durchaus ungünstigen (!) Wehrvorlagen eine dritte in diesem Sommer durchzusetzen. So erfreulich das an sich auch ist, würde es eine schwere und schädliche Selbsttäuschung bedeuten, wenn diese Auffassung Fuß fassen sollte, als ob die letzte Wehrvorlage den Abschluß unserer Rüstungspolitik bedeutete. Es kommt bei dieser Frage nämlich in erster Linie in Betracht, welche militärischen Gegenmaßnahmen unsere voraussichtlichen Feinde getroffen haben und noch zu treffen bestrebt sind.“

Ob sich der rüstungsfreundliche Generalmajor schon einmal die Frage vorgelegt hat, welche Rüstungen getroffen werden müßten, die „die voraussichtlichen Feinde“ nicht zu Gegenmaßnahmen veranlassen werden?

Daß aber die Alldeutschen diese Rüstungen nicht zur Erhaltung des Friedens brauchen, sondern für den Krieg, geht aus einer anderen auf jenem Parteitage gehaltenen Rede, der des Verbandsvorsitzenden Rechtsanwalt Claß, in größter Deutlichkeit hervor. Dieser Herr sagte in seiner Programmrede über die politische Lage folgendes:

„Um den Preis der Entsagung können wir die Freundschaft der ganzen Welt genießen. Aber wir wollen und dürfen nicht entsagen! Schon heute hört man in allen Schichten unseres Volkes, zumeist aber im gebildeten Mittelstande, die Frage: wofür die ungeheuren Opfer für Flotte und Heer, wenn wir nichts wollen und nichts erreichen? Diese Frage kann die Regierung eigentlich nicht mißverstehen. Unsere Flotte ist so stark, daß England sich vor ihr hüten muß; unser Heer wird jetzt wieder auf die Höhe seiner Leistungsfähigkeit gebracht. Und da sollen wir eine Politik der Entsagung betreiben? Der Hunger nach Land drückt unserer Zeit den Stempel auf; er will und muß befriedigt werden.“

Das ist offenbarer Anarchismus und so staatsgefährlich wie dieser.

Neue Rüstungslasten für Oesterreich-Ungarn. :: :: ::

Nachdem Deutschland eine besondere Milliarde für Rüstungskosten auf sich genommen hat, glaubt die Regierung Oesterreich-Ungarns, diesem viel ärmeren Lande ein gleiches hohes Opfer zumuten zu dürfen. Der gemeinsame Ministerrat hat beschlossen, den demnächst zu-

sammentretenden Delegationen eine einmalige Forderung von

926 Millionen

vorzulegen.

Es werden in Anspruch genommen:

Für 4 Ueber-Dreadnoughts	280 Millionen
„ kleine Kriegsschiffe	146 „
„ die Kosten der Mobilisierung	350 „
„ die Vermehrung des Rekrutenbudgets um 90 000 Mann .	150 „

Eine Umbewaffnung der Artillerie, die ebenfalls einige hundert Millionen erfordern wird, steht bevor.

Wohin das führen soll in einem Lande, dessen Handelsbilanz passiv ist, dessen Wirtschaft darniederliegt und dessen Bevölkerung zum übergrößten Teil in Armut lebt, weiß niemand. Anscheinend auch nicht der österreichische Finanzminister v. Zaleski, der unmittelbar nach jenem gemeinsamen Ministerrat „krankheitshalber“ seine Demission gab. Man weiß nicht: Ist der Minister krank oder der Staat?

Der ungarische Staatsmann Franz Kosuth hat sich über diese militärischen Neuforderungen kürzlich in folgender Weise geäußert:

„In der Frage der Mehrforderungen auf militärischem Gebiete der Kriegsverwaltung ist mein Standpunkt der, daß, da bekanntlich die volkswirtschaftliche Lage Ungarns auf einer solchen Stufe steht, auf der es bereits schwer geworden ist, den bisherigen militärischen Anforderungen Genüge zu leisten, eine weitere Erhöhung des Standes der Armee zu keinem guten Ziele führen kann, da das Land nicht in der Lage ist, diese neueren Lasten an Geld- und Blutopfern zu leisten.“

Vom Rüstungsgeschäft. :: :: :: :: ::

Die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft verhandelt wegen Uebernahme einer neuen chinesischen Schatzscheinanleihe von 2 Millionen Pfund. Vor einigen Monaten hat die Bank 1,2 Millionen Pfund chinesische Schatzscheine übernommen und sich damals die Option auf weitere 2 Millionen Pfund Schatzscheine für die erste Oktoberhälfte vorbehalten. Falls die Verhandlungen, die gegenwärtig noch in der Schwebe sind, zu einem Ergebnisse führen, sollen für den Erlös der Schatzscheine 12 Torpedobootzerstörer in Oesterreich-Ungarn angeschafft werden.

Glückliches Land! :: :: :: :: ::

Aus Buenos-Aires wird unter dem 30. September gemeldet: Der Staatsvoranschlag für 1914 stellt die Gesamtsumme der Einnahmen auf 451 449 000, die der Ausgaben auf 451 439 222 Papierpiaster fest. Das Budget des Kriegsministeriums ist um 2 150 000 Piaster niedriger, das Unterrichtsbudget um 6 139 531 Piaster höher als im Jahr 1913.

Reichtumvermehrung und dennoch

Rückgang der Lebenshaltung.

In einem sehr beachtenswerten „Friede auf Erden!“ betitelten Artikel der in Hannover erscheinenden „Deutschen Volkszeitung“ äußert sich Oskar v. Voigt auch über den Einfluß der Rüstungen auf das Wirtschaftsleben. Er schreibt:

„Leider befinden wir uns in puncto Rüstungen noch nicht auf einer Bahn, die zu diesem Ziele (der Verminderung. Red.) hinführt. Für unsere Zwecke war vor allen Dingen der vernünftige Vorschlag Englands zu hören und zu beachten, der die Rüstungen beschränken will. Aber wir haben eine recht abweisende Antwort gegeben: die ungeheure Vermehrung unserer Heeresmacht. Auf diesem Wege entfernen wir uns von unserm Ziele. — Oder, so paradox es klingen mag, wir nähern uns ihm. Nur in einer Weise, die wir nicht wollen: Wir rüsten uns bankrott, das Rüstungsgebäude bricht zusammen und die Friedensbewegung tritt die Erbschaft an. Nun weiß ich wohl, daß der Gedanke des Rüstungsbankrotts von den Gegnern verlacht wird. Mit scheinbar richtiger Begründung wird entgegnet, daß Deutschland trotz der Rüstungen von Jahr zu Jahr reicher wird; die Statistik liefere den Beweis. Wenn aber bei der herrschenden und noch zunehmenden Teuerung alles, was Wert hat, einfach jedes Jahr um soundso viel Prozent höher angesetzt wird, so ist leicht auf dem Papier eine Vermögensvermehrung festzustellen. Sieht man aber nach der Lebenshaltung, z. B. nach dem Verbrauch von Fleisch, so ändert sich das Bild. Bezeichnend sind auch die Berichte der Konsumvereine, die hervorheben, daß der Verkauf von Surrogaten (wie Margarine) stetig zunimmt, der Verbrauch der echten Erzeugnisse (wie Butter) ebenso stetig zurückgeht. Also vielleicht mehr Geld, aber sicher weniger Kaufkraft, und die ist bei der Feststellung des Vermögens maßgebend.“

Zum Kapitel Wissenschaft und Pazifismus. 1 :: :: :: ::

In Hofrat Professor Lammachs neuester Veröffentlichung „Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange“, auf die in dieser Zeitschrift noch näher eingegangen werden wird, lesen wir auf Seite 36: „Niemand hätte die Idee des Schiedsgerichtes zwischen den Staaten jene Triebkraft und jenen Schwung erlangt, der zu den Haager Konferenzen von 1899 und 1907, zur Errichtung des internationalen Schiedsgerichtshofes, zu jener Ausbreitung schiedsgerichtlicher Tätigkeit geführt hat, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten sehen, wenn sie auf die Lösung von Konflikten auf dem Gebiete des Verwaltungsrechtes beschränkt geblieben wäre. Dazu bedurfte sie stärker wirkender Impulse. Solche sind in dem Eindringen der

Friedensbewegung, der pazifistischen Idee, in weite Kreise der Bevölkerung und schließlich auch in der Wissenschaft des Völkerrechts gelegen.“

Das ungeheure Hasardspiel. :: :: :: :: :: :: :: ::

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. August bespricht der Pariser fs.-Korrespondent jenes Blattes ein bei Plon in Paris erschienenes Buch von Germain Bapst über „La Bataille de St. Privat.“ Wir entnehmen der Besprechung einige Stellen, die an sich interessant sind, aber auch das Augenmerk auf das Buch lenken. „Germain Bapst“, so heißt es dort, „schildert die Vorgänge auf der deutschen Seite ganz kurz und beschreibt die Verwirrung im französischen Heere mit aller Offenheit und Ausführlichkeit. Er sieht davon ab, die Schrecken der Schlacht zu schildern. Aber abgesehen von allem, bleibt das Buch außerordentlich lehrreich. Wenn man es aus der Hand legt, fragt man sich: Wie können die Nationen ihre Schicksale noch von so ungewissen Dingen abhängig machen wie einer Schlacht? Das Glück, der Zufall spielen eine ungeheure Rolle. Weder Uebermacht noch Heldenmut und Feldherrngeschick allein entscheiden. Alles wirkt zusammen und durcheinander, am Ende ist nur der Sieger, der, wie Prinz Friedrich Karl sagt, am Abend sich selbst für den Sieger hält.“

Und zum Schluß sagt der Verfasser:

„Der Wille zum Sieg ist der entscheidende Faktor, predigen heute alle Gelehrten des Kriegs. Auch Bapst zieht diesen Schluß. Ich weiß nicht, ob das wirklich zutrifft. Die Bulgaren haben damit die Türken niedergekriegt, aber nicht die Serben und Griechen. Im Jahre 1870 war die französische Armee nur zu siegesgewiß. Der Krieg bleibt trotz der peinlichsten Vorbereitung, welche die Gegenwart erfunden hat, ein ungeheures Hasardspiel. Der Zufall nistet sich schon in die Vorbereitung ein. Ein unfähiger Oberbefehl macht die Vorteile der Uebermacht zunichte. Im Gewühle der Schlacht herrscht der Zufall noch mehr. Ich meine, die große Lehre, die man aus einem Schlachtengemälde wie dem von Bapst ziehen sollte, sind nicht strategische und taktische Lektionen. Das ist noch immer das, was die Hasardspieler mit einem „System“ versuchen. Die große Lehre scheint mir zu sein, daß der Krieg immer eine riskierte Sache bleibt, der man am klügsten aus dem Weg geht, solange man nicht unabweisbar dazu gedrängt wird. Der Kultus des Kriegs bei einer Nation ist keine Garantie für den Erfolg. Aber er schadet, weil er die Lösungen des Friedens für internationale Konflikte unbeliebt macht, und zuletzt liegt doch nur in diesen Lösungen die Dauer.“

Die französische Jugend gegen den Revanchekrieg.

Der am 25. September in Paris stattgehabte Kongreß der französischen Laien-Jugend nahm nach einem Vortrage Hervés einstimmig folgende Resolution an:

„Der Kongreß der Laienjugend weist jeden Gedanken des Revanchekrieges von sich, nimmt sich den pazifistischen Geist der Berner Zusammenkunft zum Vorbilde und ladet die Sozialisten und Radikalsozialisten Frankreichs und Deutschlands oder noch allgemeiner alle rechtschaffenen Leute beider Länder ein, an dem großen Werk der französisch-deutschen Versöhnung durch freundschaftliche Regelung der elsässisch-lothringischen Frage mitzuarbeiten.“

LITERATUR V. PRESSE

Elne Norman-Angell-Zeitschrift.

Unter dem Titel „War and Peace“ gibt William S. Searle in London eine neue pazifistische Zeitschrift heraus, die es sich zur Aufgabe stellt, die Lehre Norman Angells zu verbreiten und zu vertiefen. Die neue Zeitschrift wird unter der Führung der Garton-Foundation veröffentlicht und wird Norman Angell selbst zum Mitarbeiter haben. Außer von ihm sind bis jetzt Beiträge angekündigt von The Hon. Lady Barlow, G. K. Chesterton, G. P. Gooch, Prof. J. W. Graham, Canon Grane, Carl Heath, F. W. Hirst, Prof. L. T. Hobhouse, Prof. Starr Jordan, The Rt. Hon. Lord Loreburn, F. Maddison, Alfred Noyes, Alfred Ollivant, H. S. Perris, Arthur Ponsonby, M.P., J. E. Raphael, The Rt. Hon. Russell Rea, P.C., M.P., Stephen Reynolds, The Hon. Rollo Russell, H. G. Wood.

Einlgangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: (Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de Droit International Public (Paris). Juli—August 1913. Nr. 4.

Aus dem Inhalt: A. S. Hershey, La codification des règles de la guerre sur mer à la troisième Conférence de la Haye. — J. Brown Scott, Quelques observations sur le mouvement pacifique. — usw. usw.

The American Journal of International Law. A Quarterly. New York 1913. July.

Aus dem Inhalt: Elihu Root, Francis Lieber. — Blewett Lee, Sovereignty of the air. — Edwin M. Borchard, Basic Elements of diplomatic protection of citizens abroad. — George B. Davis, The prisoner of war. — Thomas Willing Balch, The Hudsonian Sea, is a great open sea. — The Nineteenth Lake Mohonk Conference on International Arbitration. — Mr. Bryans proposed commissions of inquiry. — The visit of Hon. Robert Bacon to South America. — usw.

Hierzu Supplement-Nummer, enthaltend Dokumente. —

Bulletin of the Pan-American Union. Washington. August.

Aus dem Inhalt: Hon. Robert Bacons tour of South America. — Eighth International Congress of Students. — Honor to Mr. Carnegie in Paris. — usw.

Abiturienten, An die, mit Beiträgen von Prof. Dr. Oswald Richter, Dr. Gust. Wyneken. Gr. 8°. Wien 1913. Der moderne Student. Flug-schriften. Erstes Heft. Herausgegeben vom akad. Komitee für Schulreform. Hugo Heller & Cie. 15 S. 30 Pf.

Bar, Prof. Dr. L. von, Gutachten über die Frage der Einrichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes für Klagen von Privatpersonen gegen fremde Staaten. 8°. Oberursel o. J. Druck von Jakob Abt. 12 S.

Berendsohn, Walter A., The international student and the German student Body. Gr. 8°. o. O. o. J. „Corda Fratres“. Fédération internationale des Etudiants. Eighth international congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca, N. Y. U. St. A. August 29—September 3, 1913. 12 S.

Eickhoff, Prof. Dr., Die Interparlamentarische Union 1912. Sonderabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. Gr. 8°. München und Leipzig. O. J. Duncker & Humblot. Von S. 1291—1303.

Fried, Dr. Alfred H., Die Friedensbewegung im Berichtsjahre 1912. Sonderabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. Gr. 8°. München und Leipzig (1913). Duncker & Humblot. Von S. 1303—1312.

Fried, Dr. Alfred H., Die panamerikanische Bewegung. Sonderabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. Gr. 8°. München und Leipzig (1913). Duncker & Humblot. Von S. 1419—1426.

Gold'scheid, Rudolf, Monismus und Politik. Vortrag, gehalten auf der Magdeburger Tagung des Deutschen Monistenbundes im Herbst 1912. Gr. 8°. Wien-Leipzig. o. J. Schriften des Monistenbundes in Oesterreich, Heft 4. Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky. 30 S.

Hein, Erich, Geheime Gesellschaften in alter und neuer Zeit, ihre Organisation, ihre Zwecke und Ziele. Mit besonderer Berücksichtigung der Freimaurer- und Odd-Fellow-Logen, des Druiden- und Illuminaten-Ordens. Gr. 8°. Leipzig 1913. Raimund Gerhard. 12 S. M. 3.—

Hoffmann, Géza von, Sammlung von Vererbungsdaten durch „Fieldworkers“ in den Vereinigten Staaten von Nord-

amerika. 40. Psychiatrisch - neurologische Wochenschrift, XIV. Jahrgang, Nr. 9. 31. Mai 1913. Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung in Halle a. S. 4 S.

Hoffmann, Géza von,
Das erste staatliche Amt für Rassenhygiene. Gr. 8°. Sonderabdruck aus „Dokumente des Fortschritts“. Berlin, Georg Reimer. Von S. 415—417.

Hönig, Berthold,
Individuum und Staat und aller Ethik innerster Kern. Gr. 8°. Neuschloß bei Hohenwamt. 1912. O. V. 24 S.

Jahrbuch
der Internationalen Handels-Union 1913/14. Gr. 8°; o. O. o. J. Herausgegeben von der Internationalen Handels-Union, Berlin W. 15, Düsseldorf Straße 14. 118 S.

Jahresrechnung von 1912.
Verzeichnis der bei der Freimaurergeschäftsstelle eingelangten Gaben von 1910 bis 31. Juli 1913. (Deutsch, englisch, französisch). 8° o. O. o. J. o. V. 37 S.

„Kunst und Leben 1914.“
Ein Kalender mit 53 Originalzeichnungen und Originalholzschnitten deutscher Künstler und Versen und Sprichen deutscher Dichter und Denker. Verlag Fritz Heyder, Berlin-Zehlendorf.

Mandere, H. van der,
Die Opiumkonferenz in Haag und die Opiumkonvention vom 23. Januar 1912. Separatabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. Gr. 8°. München und Leipzig. o. J. Bericht über Kongresse und Konferenzen. Verlag von Duncker & Humblot. Von S. 1239—1257.

Mandere, Henri van der,
Die Niederlande. (Literatur.) Sonderabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. Gr. 8°. München und Leipzig. o. J. Berichte über die völkerrechtliche Entwicklung der einzelnen Staaten 1911/12. Verlag von Duncker & Humblot. Von S. 1112—1123.

Martitz, Prof. Ferdinand von,
Völkerrecht. Sonderabdruck (im Buchhandel nicht erhältlich) aus „Systematische Rechtswissenschaft“. 2. verbesserte Auflage. Gr. 8°. Leipzig-Berlin 1913. Die Kultur der Gegenwart. B. G. Teubner. Von S. 470—550.

Müller-Lyer, F.,
Phasen der Liebe. Eine Soziologie des Verhältnisses der Geschlechter. Gr. 8°. München 1913. Verlag Albert Langen. 254 S. Geh. M. 3,50, geb. M. 5,—.

Ostwald, Wilhelm,
Festschrift aus Anlaß seines 60. Geburtstages (2. September 1913). Mit Ostwalds Porträt und mit Beiträgen von Prof. Dr. Rudolf Wegscheider, Geh. Rat und Prof. Dr. Ernst Haeckel, Prof. Dr. Friedrich Jodl, Univ.-Doz. Dr. Paul Kammerer, Geh. Rat Dr. Wilhelm Exner, Rudolf Goldscheid. Herausgegeben vom Monistenbund in Oesterreich. Gr. 8°. Wien-Leipzig 1913. Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky. 87 S.

Schücking, Prof. Dr. Walther,
Neue Ziele der staatlichen Entwicklung. 2. und 3. erweiterte Auflage. Gr. 8°. Marburg i. H. 1913. N. G. Elwert'sche Verlagsbuchhandlung. 110 S. Brosch. M. 1,—.

Weltfriedens, Sicherung des,
durch Etablierung eines internationalen Exekutivorgans. 8°. Separatabdruck aus dem „Militär-Kameradschaftsblatt“ Nr. 32, 33, 34, Jahrgang 1913. 19 S.

Wilson Woodrow,
Die neue Freiheit. Ein Aufruf zur Befreiung der edlen Kräfte eines Volkes. Mit einer Einleitung von Hans Winand. 2. Auflage. Gr. 8°. München 1914. Georg Müller. 225 S.

American School Peace League,
Salt Lake City, Utah. July 1913. Gr. 8°. Headquarters Hotel Utah. 19 S.

Association Concordia of Japan,
First Report. Gr. 8°. Tokyo 1913. o. V. 130 S.

Burne, Randolph S.,
Arbitration and International Politics. 8°. New York 1913. International Conciliation, September Nr. 70. American Association for International Conciliation. Sub Station 84. (407 west 117th street). 14 S. Kostenlos.

XX. Congrès Universel de la Paix,
The Project of an international Treaty for the Arrest of Armaments. Gr. 8°. o. O. o. J. o. V. 11 S.

Darby, W. Evans, Ll. O.,
International Arbitration Procedure. A Review of the Present Position. A Paper presented on his behalf by the Hon. Mr. Justice Phillimore to the conference of The International Law Association at Madrid, October 1 et 1913. 8°. London (1913) Peace Society, 47 New Broad St. 20 S.

Haldane, Viscount, of Cloan,
Higher Nationality. A Study in Law and Ethics. An address delivered before the American Bar Association at Montreal on September 1. 1913. 8°. New York City 1913. International Conciliation. American Association of International Conciliation. 30 S. Kostenlos.

Haldane, Viscount, of Cloan,
Higher Nationality. A Study in Law and Ethics. An Adress delivered before the American Bar Association at Montreal on 1 September 1913. 8°. London 1913, John Murray, Albermarle Street W.

Hartmann, Dr. Henry,
The educative work of the finnish students and its suggestions for students organizations in other countries. Gr. 8°. o. O., o. J., o. V. „Corda fratres“. Fédération internationale des Etudiants. Eighth International Congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca, N. Y. U. St. A. August 29—September 3, 1913. 4 S.

Havelock, Ellis,
The forces warring against war. 8°. Boston 1913. World Peace Foundation. Pamphlet Series. August. Vol. III No. 8. Published

monthly by the world Peace Foundation, 40 Mt. Vernon street. 19 S. Kostenlos.

Herzog, Edgar,
Some Suggestions for the future Development of the international federation. Gr. 8°. o. O., o. J., o. V. „Corda Fratres“. Fédération Internationale des Etudiants. Eighth International Congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca, N. Y. U. St. A. August 29—September 3, 1913. 4 S.

Kühnert, Dr. Herbert,
The German freie Studentenschaft and the study of international Problems. Gr. 8°. o. O. 1913 „Corda Fratres“. Fédération internationale des Etudiants. Eighth international Congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca, N. J. U. St. A. August 29—September 3, 1913. 4 S.

Lochner, Louis P.,
Report of Secretary of the International Central Committee of Corda Fratres. Gr. 8°. o. O., o. J., o. V. „Corda Fratres“. Fédération Internationale des Etudiants. Eighth International Congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca, N. Y. U. St. A. August 29—September 3, 1913. 4 S.

Marvin, F. S.,
The living past. A sketsch of western Progress. 8°. Oxford 1913. At the Clarendon Press. 288 S. cloth.

Moritzen, Julius,
The Peace Movement of America. With an introduction by James L. Tryon. with 64 illustrations. Gr. 8°. New York and London. 1912. G. P. Putnams Sons. The Knickerbocker Press. XIX u. 419 S. cloth.

Nasmith, George W.,
Third Circular letter of the President of the international central committee of Corda Fratres. Gr. 8°. Zürich 1913. „Corda Fratres“. Fédération internationale des Etudiants. Eighth international Congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca. N. Y. U. St. A. August 29—September 3, 1913. 8 S.

Pollard, F. E., M. A.,
Education and national service. 8°. London o. J. National Peace Council. Educational Series Nr. 9. National Peace Council, 167, St. Stephenshouse, Westminster S. W. 1d.

Proceedings,
of the American Society of International Law at its seventh annual meeting held at Washington (D. C. April 24—26, 1913. Lex. 8°. Washington 1913. Byron S. Adams, Printer. X u. 377 S.

Proceedings,
of third national conference. American Society for judicial settlement of International Disputes. December 20—21, 1912 Wahington, D. C. Edited by James Brown Scott. Gr. 8°. Baltimore 1913. William & Wilkins Company. XXVII n. 320 S. cloth.

Reinsch, Prof. Paul S.,
Precedent and Codification in international Law. Gr. 8°. Baltimore 1913. Judicial Settlement of International Disputes No. 12. May.

Published quarterly by American Society for Judicial settlement of International Disputes. 38 S.

Rowntree, Joshua,
Justice not force. Reprinted from the „Friends“ Quarterly Examiner. 8°. London o. J. National Peace Council. Political Series No. 8. National Peace Council 167, St. Stephenshouse, Westminster SW. 8 S. 1d.

Students of the World, The,
and International Conciliation. Published for the Eighth International Congress of Students. Gr. 8°. Ithaca (New York) 1913. Cornell Cosmopolitan Club. 134 S.

Tsao, S. K.,
The World Chinese Student Federation. Gr. 8°. o. O., o. J., o. V. „Corda Fratres“. Fédération Internationale des Etudiants. Eighth International Congress of Students. Cornell Cosmopolitan Club. Cornell University, Ithaca, N. Y. U. St. A. August 29 bis September 3, 1913. 4 S.

Wirth, Frederick, jr.,
War. Its effect upon the commercial relations of the Belligerents. Gr. 8°. Constantinople 1913. International Law. Printing Office of the Levant Herald, rue Asmali-Mesdjid. 35, Péra. 24 S.

Catalogue
de pamphlets et d'estampes concernant les Traités de Paix conclus avec les Pays-Bas depuis 1576—1815. Publié à l'occasion de l'ouverture solennelle du „Palais de la Paix“ En vente aux prix marqués chez Van Stockums Antiquariaat. 4°. La Haye 1913. (15 Prinsegracht). 40 S.

Lambert, Henri,
Pax Oeconomica. Gr. 8°. Paris 1913. Publication de la Ligue du Libre-Echange. Au Siège de la Ligue, Bureaux du Journal des Economistes, 108 Boulevard Saint-Germain. 15 S.

Union Interparlementaire.
Procès-Verbaux de la commission de la Juridiction internationale et de la Médiation entre Etats. Avec annexes. 8°. o. O. 1913. o. V. 92 S.

Union Interparlementaire.
XVII. Conférence La Haye, 3—5 Septembre 1913. Résolutions adoptées et nominations faites. Circulaire aux groupes. Gr. 8°. Uccle-Bruxelles 1913. Bureau Interparlementaire. 19 S.

Union Interparlementaire.
Documents interparlementaires. No. 8—9. Juni 1913. La Déclaration navale de Londres du 26 février 1909 et la Convention sur la Cour des Prises. Discussions au parlement britannique. Gr. 8°. Brüssel 1913. Misch & Thron. 231 S.

Vérité, La,
sur le désaccord Serbo-Bulgare. Mit Beiträgen von Pachitch, Drachkovitsch, usw. usw. Gr. 8° Genf 1913. Imperimerie et Litographie Zoellner S. A. 63 S.

Bajer, Frederik,
Fredsførelse (Paciférance). Gr. 8°. Kopenhagen 1913. Nordisk Interparlamentarisk

Forbunds Smaskrifter No. 1. A/S. J. H. Schultz Forlagsboghandel. 21 S.

Holstein, Lage Staët von, Internationalismen. En Oelverblick. 80. Lund 1913. Svenska Fredsförbundets Skriftserie VI. Håkan Ohlssons Boktryckeri. 26 S.

Malmgreen, Rob., Kriget och Privategendomen. 80. Lund 1913. Svenska Fredsförbundets Skriftserie IV. Håkan Ohlssons Boktryckeri. 28 S.

Nilsson, J. O., Sotilas ja Kuolema. („Soldat und Tod“). Finnische Uebersetzung von Johann A. Mäkinen. Kl. 80. Tampereella 1913. Tampereen Sanomain Kustannus- Osakeyhtiön Kirjapainossa. 32 S.

Nilsson, J. E., Balkanfrågan i dess viktigare skeden. 80. Lund 1913. Svenska Fredsförbundets Skriftserie V. Håkan Ohlssons Boktryckeri. 52 S.

Vecchio, Prof. J. del, El Fenomeno de la Guerra y la idea de la Paz. Kl. 80. Madrid 1912. Manueles Reus. Volumen VIII. Hijos de Reus. 171 S. geb.

Wehberg, Dr. Hans, Vorbereitung der dritten Haager Friedenskonferenz. Sonderabdruck (nicht im Buchhandel) aus „Jahrbuch des Völkerrechts“. 80. München und Leipzig. Duncker & Humblot. Von S. 1386—1395.

Κατήλouκα, Ιωαννης Ζ. Διεθνες Δικαιον του Πολεμου. Τομος πρωτος: Ιστορια του Δικαιου του Πολεμου και Δικαιον του κατα Ξηραν Πολεμου. Εν Αθηναις τυποις υποουργειου στρατιωτικων 1912. Gr. 80. 287 S.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (Eßlingen). Oktober. Dr. A. Heilberg, Breslau, Der XX. Weltfriedenskongreß im Haag. — Reinhold Schmidt, Die Forderung eines Ausland-Pflichtjahres. — Leopold Katscher, Friedenspädagogik. — Dr. G. Grosch, Widersprüche. — usw.

Der Friede (Bern). September. Einige Worte über den XX. allgemeinen Friedenskongreß im Haag vom 18.—24. August 1913. — (G.-C.) Die „Ideologen“ im Haag. — usw.

Korrespondenz des Verbandes für internationale Verständigung (Würzburg und München). September. Einladung und Programm des Verbandes für internationale Verständigung zum II. Verbandstag in Nürnberg vom 4. bis 6. Oktober 1913. — Prof. Piloty, Die Balkankriege im Lichte der internationalen Verständigung. — Prof. Nippold, Die Carnegie-Stiftung. — usw.

Die Friedensbewegung (Bern). September. Bericht über die Verhandlungen des XX. Weltfriedenskongresses im Haag. 18. bis 23. August 1913. — Die Pazifisten im Haager Friedenspalast. — Albert Gobat, Der Friedenspalast. — usw.

La Paix parle Droit (Paris). Nr. 17. Henri Lafontaine, Au Palais de la Paix. — Th. Ruysen, Le XX. Congrès de la Paix. — J. Prudhommeaux, L'Inauguration du Palais de la Paix. — usw.

The Arbitrator (London). October. At the Hague. — The Cremer Bust unveiled by Mr. Carnegie. — Conference of the inter-parliamentary Union. — usw.

Concord (London). Aug.—Sept. Felix Moscheles, A few meliorist impressions. — John D. Fitz Gerald, The reign of law in industrial and international Disputes. — usw.

The Peacemaker (London). September. The official Organ of the associated councils of churches in the British and German Empires for fostering friendly relations between the two peoples. Published quarterly by the British Council. — Aus dem Inhalt: „Sittlichkeit“. W. H. Dickinson, Deputation of the British Council to H. M. the German Emperor. — Unveiling of the Cremer Bust at the Temple of Peace at the Hague. Speech by Mr. Andrew Carnegie. — usw.

Monthly Circular of the National Peace Council (London). September.

The Messenger of Peace (Richmond). September. International Congress of Students. — The proposed Gift of the United States to the Palace of Peace. — usw.

The Herald of Peace and International Arbitration (London). September. The Peace Society and the Peace Palace. — The Hague Peace Congress. — Opening of the Palace of Peace. — usw.

„Vrede door Recht“ (Haag). Sept.-Oct. Het XX. Wereldcongres voor den Vrede. — De opening van het Vredespaleis. — De XVIII. Bijeenkomst der Interparlementaire Unie. — Bertha von Suttner op de Tentoonstelling „De Vrouw 1813—1913“. — De Jong van Beckendonk, De Congreszittingen van het XX. Wereldcongres voor den Vrede. — Dr. J. van der Flier, De Besluiten van de XVIII. Bijeenkomst der Interparlementaire Unie. — G. M. W. Jellinghaus, Voortdurende onzijdigheid. — H. van der Mandere, Staatsraad Mr. T. M. C. Asser. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). September. Emil Larsson, Gustaf Janson. — Knut Sandstedt, Världsfredskongressen. — usw.

Freds-Bladet (Kopenhagen). September. Fredspaladset i Haag. — Johanne Petersen Norup, Carnegie og Fredspaladset. — usw.

Artikel-Bibliographie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen: Oskar v. Voigt, Friede auf Erden. „Deutsche Volkszeitung“ (Hannover). 5. X. * Dr. Hans Wehberg, Das Werk vom Haag. „Zukunft.“ 13. IX. * Ders., Drei Oberstleutnant z. D. Hirzel, Der Friedenspalast im Haag. „Allgemeine Zeitung“ (München). 6. IX. * Theodor Kappstein, Kants Statue im Friedenstempel. „Weser-Zeitung.“ 9. IX. * Dr. Pachnicke, Friedensarbeit. „Vossische Zeitung.“ 15. IX. * Baron d'Estournelles de Constant, Ein französischer Friedensapostel. „Berliner Tageblatt.“ 23. IX. * Ludwig Wagner, Gerade aus! Eine ungeschminkte Antwort auf

die neugierige Frage des Germanikus. „Pfälzische Presse“ (Kaiserslautern). 25. IX. * Der Denkfehler in Carnegies Rede. „Die Mainbrücke“ (Frankfurt a. M.). 27. IX. * Prof. Otfried Nippold, Die Carnegie-Stiftung. „Wiesbadener Tageblatt.“ 1. X. * Prof. Walther Schücking, Der Verband für internationale Verständigung. „März.“ 4. X. * Der deutsche Chauvinismus. „Vorwärts.“ 22. IX. * Der Krieg im Lichte der christlichen Moral. „Dresdener Nachrichten.“ 2. X. * Der Krieg im Lichte der christlichen Moral. „Dresdener Anzeiger.“ 2. X. * Die 18. Konferenz der interparlamentarischen Union (3. bis 6. September. „Kölnische Zeitung.“ 9. IX. * XVIII. Konferenz der interparlamentarischen Union. „Frankfurter Zeitung.“ 9. IX. * Johannes Karl Barolin, Im Zeichen des Friedens. „Der Zirkel“ (Wien). 21. IX. * Dr. Alfred H. Fried, La presse au service du pacifisme. „Le Réveil“ (Cherbourg). 10. IX. * The Backward Nation: Prince di Cassano, An international Jury d'Honneur. Lester Burrell Shippee, Difficulties in the Way. „The Independent.“ 25. IX. * Amos S. Hershey, The peace palace at the Hague. „The Independent.“ 18. IX. * David Starr Jordan, The Suddenness of war. „The Independent.“ 18. IX. * The federation of Students. „The Independent.“ 11. IX. * Herm. Fernau, Ein Vorkämpfer der Friedensbewegung. „Der Weg“ (Charlottenburg). Okt. * Ein Appell an die Vernunft. „Vorwärts.“ 9. X. * Internationale Verständigung. „Vorwärts.“ 8. X. * Internationale Verständigung. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 6. X. * Verband für internationale Verständigung. „Deutsche Tageszeitung“ (Berlin). 8. X. * Ein lichter Augenblick der Nürnberger Verständigungskonferenz. „Hamburger Nachrichten.“ 7. X. * Prof. Dr. Friedländer, Die Bedeutung der Suggestion im Völkerleben. „Frankfurter Zeitung.“ 8. X. * Prof. Dr. Ludwig Stein, Wilhelm Ostwald als Philosoph. „Nord und Süd.“ Okt. * Dr. Alfred H. Fried, Die Nürnberger Tagung des Verbandes für internationale Verständigung. „Pester Lloyd.“ 11. X. * Ders., Mesothorium und Kriegsrüstungen. „Der Morgen“ (Wien). 29. IX.

II. Die internationale Politik: Hermann von Rath, Die Sittlichkeit in der Politik. „Der Tag“ (illustrierter). 18. IX. * Dr. George W. Nasmyth, Auswärtige Kulturpolitik und die deutschen Universitäten. „Akademische Rundschau“ (Leipzig). VIII. * Die Zukunft des Dreibundes. „Vossische Zeitung.“ 16. IX. * Berengar, Neuorientierungen? „Das freie Wort.“ Okt. * Dr. Ch. W. Eliot, Amerikas Dankesschuld an Deutschland. „Nord und Süd.“ Okt. * Prof. Hugo Münsterberg, Deutschland und Amerika. „Nord und Süd.“ Okt. * Sir Francis Trippel, Wilhelm II. als Friedensfürst. „Nord und Süd.“ Okt. * Prof. Karl Lamprecht, Der Kaiser. Aus einer Charakteristik des deutschen Kaisers. „Vossische Zeitung.“ 5. X. * Ein deutsch-französischer Journalistenkongreß. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 1. X. * Der Genter deutsch-französische Verständigungsversuch. „Schwäbischer Merkur“ (Stuttgart). 30. IX.

* Um sich besser kennen zu lernen. „Kölnische Zeitung.“ 3. X. * Prof. Dr. Martin Faßbender, Gallophobie? Zugleich eine Antwort an Herrn Prof. Aulard, Paris. „Der Tag“ (illustrierter). 23. IX. * F. Schotthöfer, Der Glaube an den Krieg. „Frankfurter Zeitung.“ 13. IX. * Die Bresche von Luxemburg. „Frankfurter Zeitung.“ 4. X. * Leon Bazalgette, Europa. „Frankfurter Zeitung.“ 5. X. * Balkan Anarchy and Bulgarian Losses. „The Economist.“ 4. X. * Herbert Adams Gibbons, After the Treaty of Bucharest. „The Independent.“ 18. IX.

III. Völkerrecht: Das Institut für Völkerrecht. „Frankfurter Zeitung.“ 10. IX. * Prof. Heinrich Geffken, Das „Luxemburger Loch“ im Lichte des Völkerrechts. „Magdeburgische Zeitung.“ 4. X. * Ders., Das „luxemburgische Loch“ im Lichte des Völkerrechts. „Neue Vogtl. Zeitung“ (Plauen). 4. X. * Prof. Rich. Eickhoff, Die Entwicklung des internationalen Rechts. „Der Tag“ (illustrierter). 24. und 26. IX.

V. Wirtschaftliches: Albert Thomas, Die dreijährige Dienstzeit und die französische Volkswirtschaft. „März.“ 27. IX. * Max Schippel, Abrüstung, Miliz und Heeresreformen. „Sozialistische Monatshefte.“ 13. IX. * Bewaffnete Handelsschiffe in Frieden und Krieg. „Vossische Zeitung.“ 24. IX. * Generalmajor a. D. Karl Bahn, Die Entwicklung der Luftfahrzeuge zum Kriegsmittel. „Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik.“ Okt. * Deutschlands Reichtum. „Frankfurter Zeitung.“ 2. X.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Friedenslotterie.

Unserer Gesellschaft wurde abermals die Abhaltung einer Lotterie bewilligt, deren Reinertragnis zur Stärkung des Propagandafonds dienen soll. Wir werden in der nächsten Nummer über die weiteren Einzelheiten berichten.

Schule und Friedensbewegung.

Am 27. v. M. wurde in Plan (Böhmen) eine Bezirkslehrrerversammlung abgehalten, bei der unser Mitglied Lehrer Franz Würl einen Vortrag über „Schule und Friedensbewegung“ hielt. Er beleuchtete die Kulturschädlichkeit des Krieges, zeigte dessen oft nichtige Ursachen und wies zahlenmäßig nach, wie die Volkswohlfahrt unter der Last des bewaffneten Friedens leide. Ferner gab er eine kurze Uebersicht über die Organisation der Friedensbewegung und forderte die Versammelten auf, in der Schule sowie im Volke für den Frieden zu wirken. Dem Redner wurde für seinen gediegenen Vortrag reicher Beifall zuteil.



November 1913.

Verständigung ohne „Preisgabe der Idee“.

Zwei deutsche Fürstenhäuser, die durch die Entscheidung des Krieges fast ein halbes Jahrhundert lang in Feindseligkeit lebten, haben sich ausgesöhnt. Was vor wenigen Monaten noch für unmöglich gehalten wurde, konnte sich erfüllen. Der Welfenherzog konnte den seinem Hause seit 27 Jahren vorenthaltenen Thron besteigen, ohne vorerst jene Bedingungen erfüllt zu haben, die man die Jahrzehnte hindurch als Voraussetzung für die Uebernahme der Regierung im Herzogtum Braunschweig bezeichnet hat. Der direkte Verzicht auf Hannover erfolgte nicht. Die Zeit, die über die Ereignisse von 1866 hingegangen ist, hat es ermöglicht, daß der Bestand der Dinge durch einen ihnen anscheinend entgegenstehenden Grundsatz nicht mehr erschüttert werden kann.

Das ist ein Ereignis von hoher Tragweite für die Technik des Weltfriedens. Zeigt es doch, daß alte, unversöhnlich scheinende Gegensätze auch in der Politik auf friedlichem Wege auszugleichen sind, wenn man sich dazu entschließt, sich über Formen hinwegzusetzen, die äußerlich noch drohend erscheinen, durch das Wirken der Zeit aber ihres Inhalts beraubt wurden. Solche Formen können oftmals nicht aufgegeben oder nur gewandelt werden, weil sich in ihnen Grundsätze, Ueberlieferungen, Ehrbegriffe und ähnliche Unwägbarkeiten verdichten, die mit dem Sein von ganzen Generationen auf das innigste verwachsen sind. Sie sind es, die gerade bei ernststen Konflikten der Aussöhnung und Verständigung unüberwindlich scheinende Hindernisse entgegenstellen. In dem Konflikte zwischen Welfen und Hohenzollern hat es sich gezeigt, daß man zur Verständigung gelangen kann, indem man über jene Hindernisse einfach hinwegschreitet und ihre völlige Erledigung weiter dem Wirken der Zeit überläßt.

Der konservative Politiker Prof. Delbrück, der seine Weltanschauung auf geschichtlicher Erkenntnis aufbaut, hat für die Unterlassung eines formellen Verzichtes auf Hannover seitens des jungen Welfenherzogs eine Rechtfertigung gefunden. Er bezeichnet es als unmöglich, daß der Sohn den „mystischen Begriff des angeborenen Königsrechts“, der den Großvater bereits erfüllt hatte und dem der Vater das Martyrium seines Lebens dargebracht hat, einfach verleugnen konnte. Die Rücksicht auf die treue Anhängerschaft in Hannover, die für den jungen Herzog eine Ehrenpflicht gewesen sei, die Rücksicht auf Männer, denen das Opfer, das die historische Entwicklung ihnen auferlegt hat, unendlich schwer geworden ist, und von denen noch heute viele unter uns leben, dies alles läßt er als ausreichende Erklärung für die Unterlassung des formellen Verzichtes gelten. „Der Erbe“ — so schreibt Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern“ — „dem all dieser Idealismus gewidmet war, kann wohl auf die praktische Verwirklichung der Restaurationspläne verzichten, aber die Preisgabe der Idee kann ihm nicht zugemutet werden.“ Sollte in dieser die Schwerkraft der Unwägbarkeiten richtig einschätzenden Rechtfertigung nicht auch ein Schlüssel für die Ueberwindung zwischenstaatlicher Gegensätze, nicht ein Weg auch für die fernere Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses zu finden sein? Sollte nicht, was den Fürsten recht war, den beiden großen Völkern billig sein können? Wie wäre es, wenn Deutschland von Frankreich „die Preisgabe der Idee“ nicht mehr fordern und beide Staaten entschlossen danach trachten würden, nach dem Muster von Welfen und Hohenzollern über das direkte Hindernis hinweg zu einem vernünftigen Verhältnis zu gelangen, das ihnen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung un-

eingeschränkte Zusammenarbeit gestatten würde.

Man wende mir nicht ein, daß eine solche, die Zusammenarbeit ermöglichende Aussöhnung undurchführbar ist, so lange bei den Franzosen gerade jene nicht preisgebende „Idee“ darauf hinausgeht, deutsche Gebietsteile, die ehemals französisch waren, ihrem Staate wieder einzufügen, und so lange der Gedanke an eine gewaltsame Wiederherstellung des früheren Standes der Dinge jenseits der Vogesen nicht erloschen ist. So liegen ja die Dinge doch nicht mehr. Frankreich als Ganzes genommen, nicht als ein unter besonderen politischen Einflüssen stehendes Segment, Frankreich nicht nach den Bewegungen beurteilt, die gerade der Tag mit sich bringt, sondern, zusammenfassend betrachtet, nach seiner 42 Jahre hindurch beobachteten Wahrung des Friedens, hat, ebenso wie Delbrück es richtig von dem Wolfenprinzen voraussetzt, „auf die praktische Verwirklichung der Restaurationspläne“ seit langem verzichtet. Nicht auf die Idee; wohl aber auf ihre Verwirklichung durch die Gewalt. Wer die letzten zehn bis fünfzehn Jahre des französischen öffentlichen Lebens in Presse, Literatur und im Parlament verfolgt hat, wird dies nicht bestreiten können. Von jedem ernsthaften französischen Politiker wird es unumwunden ausgesprochen, daß man an eine kriegerische Lösung des Konfliktes nicht mehr denkt, nicht denken kann; weil man mittlerweile erkannt hat, daß ein Krieg im modernen Europa, selbst wenn er siegreich wäre, in solchem Konflikte keine Lösung, höchstens eine Verschiebung bringen würde. Diese Anschauung haben 42 Jahre deutsch-französischer Geschichte und letzten Endes die Entwicklung der Dinge in Elsaß-Lothringen selbst bestätigt.

Wenn die Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber noch immer gegnerisch ist, wenn der Rüstungswettbewerb zwischen beiden Staaten auf der französischen Seite den Anschein erweckt, als rechnete man dort doch noch mit einer gewaltsamen Restauration, so liegt dieser Anschauung eine Verkennung der wirklichen Ursachen zugrunde. Die Gegnerschaft zwischen den beiden Völkern ist nämlich geblieben und nährt sich dauernd aus den wechselseitigen gegnerischen Handlungen, während die Ursache der Gegnerschaft schon längst durch den Einfluß der Zeit stark verblaßt ist. Wie das Licht mancher Sterne Jahrtausende braucht, bis es unseren Planeten erreicht,

so daß es vorkommen kann, daß unser Auge das glänzende Funkeln ferner Welten erst wahrnimmt, wenn diese schon längst erloschen sein mögen, so wirkt die längst in ihrer Wirklichkeit abgeschwächte Ursache jener Gegnerschaft noch immer auf das heutige deutsch-französische Verhältnis ein, wo durch den unversöhnlichen Schein und nicht mehr durch das reale Sein der Dinge das Schicksal zweier Völker bestimmt wird.

Jahrzehntelang hat man sich auf beiden Seiten der Vogesen die Köpfe darüber zerbrochen, wie es möglich wäre, die trennende Kernfrage zwischen den beiden Völkern zu lösen, um zu einer Arbeitsgemeinschaft zu gelangen. Schon vor zwanzig Jahren habe ich meiner Schrift über „Elsaß-Lothringen und der Krieg“ ein Wort Renans als Motto vorangesetzt, das da lautet: „Wie viele Fragen der Geschichte des armen Menschengeschlechts wollen dadurch gelöst sein, daß man sie nicht löst. Nach Verlauf von etlichen Jahren ist man ganz überrascht, daß die Frage gar nicht mehr vorhanden ist.“ Meine Ueberzeugung von der Richtigkeit dieses Satzes hat sich in den Jahrzehnten nicht geändert. Sie ist durch die Entwicklung, die die Dinge zwischen Frankreich und Deutschland genommen haben, nur gestärkt worden. Sie hat sich in der Wolfenfrage neuerdings als wahr erwiesen. Die trennende Frage steht zwar noch immer zwischen Deutschland und Frankreich, aber die Zeit hat sichtlich ihr Wesen geändert, und wahrscheinlich wäre sie überhaupt schon ganz verschwunden, wenn man nicht auf beiden Seiten den Fehler begangen hätte, sie — jeder Staat in seiner Art — „lösen“ zu wollen. Das Programm der Zukunft muß darin bestehen, jenen Fehler zu vermeiden. Man muß aufhören, dem konkreten Streit direkt zu Leibe gehen zu wollen. Solange dies nicht geschieht, kommen wir aus dem fehlerhaften Zirkel nicht heraus. Es ist nicht möglich, über einen Konflikt hinwegzukommen, solange die feindselige Gegnerschaft besteht, die aus jenem Konflikt hervorgegangen ist, und solange diese Gegnerschaft aus den täglichen Reibereien heraus sich fortwährend erneuert. Der konkrete Konflikt wird sich ganz von selbst lösen, wenn man über ihn hinweg zu der oben bereits angedeuteten Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete gelangt. Die Atmosphäre der Verständigung, die aus solcher Gemeinschaft entstehen muß, wird selbst-

tätig zu jener seit Jahrzehnten vergeblich gesuchten Lösung führen. In der Anbahnung dieser Zusammenarbeit soll für Frankreich kein Verzicht, für Deutschland kein Zurückweichen enthalten sein. Aber es wäre unklug, nicht die Hoffnung auszusprechen, daß eine Lösung sich dann auf ganz andere Weise wird vollziehen können, als man sie sich heute im Stadium der akuten Gegensätzlichkeit vorzustellen vermag. Höchstwahrscheinlich werden sich im Laufe einer solchen Kulturgemeinschaft ganz neue Begriffe einstellen, und nicht mehr um den Besitz der Provinzen wird es sich dann handeln, sondern um ein ganz neues Verhältnis, in dem das historisch Gewordene mit dem historisch Gewesenen sich ausgleichen wird. So wie Alfred Wolf, der treu zum Reiche haltende Elsässer, kürzlich in der „Hilfe“ anerkennend die Gefühle der Dankbarkeit hervorhob, die die Elsaß-Lothringer ihrem alten Vaterlande gegenüber hegen und mit Recht betonte, „es wäre schlimm, wenn es anders wäre“, so wird man alsdann auch anfangen, die Gefühle der Anhänglichkeit Frankreichs den Provinzen gegenüber als etwas Selbstverständliches zu betrachten, wenn die Art ihrer Äußerung den feindlichen Stachel verloren haben wird, der ihr heute noch anhängt. Es werden sich Wechselbeziehungen entwickeln, die aus dem Hindernis das bisher längst aber vergeblich erwünschte Verbindungsmittel machen werden. Es muß so kommen, weil es ja zum Teile schon so ist. Die beiden Völker sind ja heute schon durch Elsaß-Lothringen verbunden. Sie kommen nicht darüber hinweg, sie können nicht davon los. Es handelt sich gar nicht mehr um die Befreiung der beiden Provinzen, sondern um die Befreiung der beiden Staaten, die sich unter der Diktatur dieser Provinzen befinden. Es handelt sich darum, Deutschland und Frankreich, die heute die Vasallen von Elsaß-Lothringen sind, freizumachen, von dieser Hörigkeit und Zwangsverbindung, die Ketten, die sie heute aneinander geschmiedet, zu einem freien Bunde umzugestalten.

Dies kann geschehen, wenn die heilsame Lehre erfaßt wird, die die Lösung des Welfenkonfliktes bietet. Daß es möglich war, alten Zwiespalt zu überbrücken ohne Gewalt und durch Verzicht auf ein Beharren auf Bedingungen, die so lange die Verständigung verhindert haben, läßt uns hoffen, daß auch für Frankreich und Deutschland die Stunde schlagen wird, die

die lange Trennung zum Heile beider Länder, zum Heile ganz Europas überwinden wird. Und wir können das Herannahen dieser Stunde beschleunigen, wenn wir es aufgeben wollen, von einer Lösung des konkreten Konfliktes zur Verständigung zu gelangen, vielmehr den Weg einschlagen, der durch eine vorhergehende Verständigung zur allmählichen Beseitigung des ursprünglichen Streitgegenstandes führen wird. Und eine solche vorhergehende Verständigung ist möglich, wenn man sich zunächst auf ein kulturelles Zusammenwirken beschränkt und auf beiden Seiten Rücksicht nimmt auf begreifliche Gefühle, deren Preisgabe oder Revision man sich hütet zur Voraussetzung zu machen. A. H. F.

Deutschland, England und die Vereinigten Staaten.

Von Edwin D. Mead,
Direktor der „World Peace Foundation“
in Boston (Mass.).

Am 15. Juni feierten Deutschland und die ganze Welt das 25 jährige Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers. Ueberall, und nirgends mehr als in Amerika, wurde seiner großen Verdienste um Deutschland, um die Zivilisation im allgemeinen und hauptsächlich seiner Verdienste um den Weltfrieden gedacht. „Die geschichtliche Wahrheit fordert die Feststellung“, schrieb kürzlich der frühere Präsident Taft, daß im Hinblick auf die wichtige Stellung, die der Kaiser zwischen den Nationen einnimmt, er im letzten Vierteljahrhundert die einzige und mächtigste Kraft zur Erhaltung des Friedens war.“ „Der einzige Mensch außerhalb unseres Landes“, sagte Roosevelt, „der mich beim Abschluß des Friedens von Portsmouth unterstützte, war Seine Majestät Wilhelm II. Von keiner anderen Nation erhielt ich irgendeine Hilfe, nur der Kaiser half mir persönlich und durch seinen Gesandten in St. Petersburg, Rußland zu veranlassen, die vollzogene Tatsache anzuerkennen und zu einer Verständigung mit Japan zu gelangen.“

Der Kaiser wird allgemein als der „War Lord“ angesehen, aber es ist Tatsache, daß keine andere große Nation so ehrlich den Frieden hielt, als Deutschland, nicht nur während der letzten 25 Jahre, sondern während mehr als 40 Jahren; seit dem deutsch-französischen Krieg. Es wird ihm oft eine zu große Armee und eine zu starke Entfaltung seiner Flotte zum Vorwurf gemacht, und doch gibt es kein Land in Europa, das durch seine Lage und seine Verbindungen mit den großen angrenzenden Mächten mehr Berechtigung für seine großen Rüstungen hätte. Während dieser ganzen Zeit haben seine Rüstungen nur der Verteidigung gedient. Die

anderen Großmächte hatten in der Zwischenzeit Krieg geführt, Großbritannien und die Vereinigten Staaten furchtbare und blutige Kriege im Transvaal und in den Philippinen. Deutschland allein hielt, ausgenommen die unbedeutenden Zusammenstöße mit den Eingeborenen in Westafrika, den Frieden aufrecht. Daran muß erinnert werden, zu Deutschlands und seines Kaisers Ruhm.

Eine gewisse Verstimmung herrschte längere Zeit zwischen Deutschland und England, für die nicht hauptsächlich Deutschland verantwortlich gemacht werden kann. Glücklicherweise scheint diese Verstimmung zurzeit im Schwinden begriffen. Staatsmänner und Männer der Volkswirtschaft kamen beiderseits überein, daß eine Feindseligkeit sinnlos und wertlos sei, daß ein Krieg furchtbar wäre, und daß der Wohlstand des einen Landes das Gedeihen des anderen fördert. Die Vereinigten Staaten sind im Begriff, die Feier des hundertjährigen Friedens mit Großbritannien festlich zu begehen. Zwischen ihnen und Deutschland herrschte stets Frieden. Dies ist jetzt eine günstige Zeit, die Wirkung auf den Weltfrieden durch ein gemeinsames Zusammengehen dieser drei großen teutonischen Völker ins Auge zu fassen, wenn sie darin übereinkommen, die Führerschaft, die durch die Interessen der Zivilisation in diesem wichtigen Augenblick verlangt wird, zu übernehmen.

Gleich nach Erstehen der amerikanischen Republik veröffentlichte Immanuel Kant, der größte deutsche und gegenwärtigste Philosoph, sein berühmtes Traktat über „den ewigen Frieden“. Dies war gewissermaßen die bemerkenswerteste Prophezeiung und das ausgezeichnetste Programm, das je in bezug auf eine organisierte und friedliche Welt gemacht wurde. Es wurde im Jahre 1795 veröffentlicht, während der Regierung Washingtons, während der französischen Revolution, und einige Jahre nach der amerikanischen Revolution, deren Erfolg Kant eine so große Befriedigung gewährte und deren Prinzipien seine Sympathie hatten. In seinem Traktat identifiziert er kühn die Sache des Friedens mit der Sache der Selbstregierung, und er scheint die neue amerikanische Republik im Auge zu haben, wenn er schreibt: „Denn wenn das Glück es so fügt, daß ein mächtiges und aufgeklärtes Volk sich zu einer Republik, die ihrer Natur nach zum ewigen Frieden geneigt sein muß, bilden kann, so gibt diese einen Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten ab, um sich an sie anzuschließen und so den Freiheitszustand der Staaten, gemäß der Idee des Völkerrechts, zu sichern, und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten.“ Wie er der Ansicht war, daß die erste Bedingung für einen allgemeinen Frieden in dem Vorherrschen von Selbstregierungen in der Welt sei; es schien ihm dazu der Weg

in der Öffentlichkeit der Politik zu liegen. Deshalb tadelte er die geheimen Verträge ebenso scharf, wie die Friedenspartei in Frankreich es mit so großem Recht in diesem Jahr getan hat.

Immanuel Kant war nicht der einzige ausgezeichnete Deutsche, dessen Sympathien wir uns während unserer Revolution erfreuten. Die Bewunderung Friedrichs für Washington ist bekannt. Hessische Soldaten waren gemietet, um gegen uns zu kämpfen, — das war die Zeit der Söldnerheere — aber Steuben und De Kalb kamen uns freiwillig zu Hilfe und leisteten uns hervorragende Dienste. Wenn einem allgemeinen Frieden Selbstregierungen vorangehen müssen, dann war es angebracht, daß die Amerikaner sich bei der Einweihung des Steubendenkmales im Jahre 1911 durch Richard Bartholdt, dem Vorkämpfer des Friedens, dem Präsidenten der amerikanischen interparlamentarischen Gruppe, vertreten ließen.

Wenn wir an die Deutschen denken, deren Sympathien mit uns waren, und die mit uns für unsere Unabhängigkeit kämpften, dürfen wir auch nicht vergessen, daß unsere Landkarte eine ganze Reihe Städte besitzt, wie Chatham, Pittsfield, Foxboro, Conway, Grafton, Wilkes, Barre, deren Namen Denkmäler für große englische Männer bilden, die mit uns ebenso tapfer im Parlament gefochten haben, als unsere Väter bei Bunker Hill und Trenton kämpften.

Das germanische Element war schon zur Zeit der Revolution sehr groß in den Vereinigten Staaten. Es wurde dann immer größer und war eine Zeitlang das zweitgrößte Element unserer Bevölkerung: Wenn Professor Fausts Statistik richtig ist („The German Element in the United States“, S. 27), dann waren von unserer Gesamtbevölkerung (67 000 000) im Jahre 1900 20 000 000 Engländer, 18 000 000 Deutsche, 14 000 000 Schotten und Irländer, der Rest andere nationale Stämme. Da bei der letzten Zählung die Zahl größer war, ist eine wesentliche Änderung in den Zahlen der deutschen und englischen Abkömmlinge nicht anzunehmen. Es wird manchen überraschen, zu erfahren, daß die Anzahl der Amerikaner, deren Ursprung im englischen Mutterland liegt, nicht viel größer ist als jener, die aus dem deutschen „Vaterland“ stammen. Es gibt Staaten, wie Wisconsin, wo zwei Drittel der Bevölkerung deutschen Ursprungs sind, und große Städte, wie Milwaukee, St. Louis, Chicago, in denen mehr Deutsche als Engländer wohnen. New York selbst ist die fünftgrößte deutsche Stadt der Welt. Drei Fünftel unserer Gesamtbevölkerung, und zwar die am meisten ins Gewicht fallenden, sind englisch und deutsch. Die Vereinigten Staaten sind daher im wesentlichen eine teutonische Nation.

Was Deutsch-Amerikaner in unserem Bürgerkrieg auf politischen, literarischen, journa-

listischen, musikalischen, erzieherischen Gebieten unseres amerikanischen Lebens geleistet haben, ist so bedeutend, daß es töricht wäre, einzelne Deutsche lobend zu erwähnen. Doch sind uns gerade jetzt durch wirkungsvolle Gedächtnisfeiern zwei ausgezeichnete Namen nachdrücklich in Erinnerung gebracht worden. Im April widmete Senator Root seine Präsidentenrede auf der Jahresversammlung unserer American Society of international Law den bahnbrechenden Diensten von Francis Lieber, dessen berühmtes Gesetzbuch zur Kriegsreglementierung, das auf Veranlassung unserer Regierung während unseres Bürgerkrieges vorbereitet und an einem Apriltag im Jahre 1863 verkündet wurde, gerade 50 Jahre vor Senator Roots Erinnerungsrede. Dieses humane und immerhin revolutionäre Gesetzbuch war zu jener Zeit epochemachend; und es war so vollkommen, daß, als ein Zeitalter später, die erste Haager Konferenz sich mit dieser Frage beschäftigte, die von ihr angenommenen Kriegsgesetze nicht viel mehr als eine Wiederholung und Ergänzung des denkwürdigen Gesetzbuches von Lieber waren. Während seiner Studentenjahre in Berlin wurde Lieber wegen seiner Freiheitsgesänge ins Gefängnis geworfen; er focht wie Byron für die Freiheit der Griechen, und für die Freiheit kam er nach Amerika, wo er in Boston seine berühmte Laufbahn begann, die identifiziert werden kann mit dem South Carolina College und mit dem Columbia College in New York, wo er auch sein berühmtes „Code of war for the Government and the Armies of the United States in the Field“ vorbereitete.

Im Mai wurde in New York, Morningside Heights, zu gleicher Zeit, als diese Stadt die britische Delegation zur Erinnerungsfeier des hundertjährigen Friedens bewillkommnete, nicht weit von der Columbia Universität, die mit Liebers Gesetzbuch so unvergleichlich zusammenhängt, ein Denkmal für Karl Schurz enthüllt, der gleich Lieber seine Freiheitsliebe mit dem Gefängnis gebüßt hat, der Freiheit wegen nach den Vereinigten Staaten gekommen war und hier seine Laufbahn als Journalist, Soldat und Staatsmann begann, eine Laufbahn, die den stolzesten Besitz der letzten Generation bildet. Er trat für die höchsten Ideale in unserem öffentlichen Leben ein. „Wir müssen die Sterne herunterholen wollen,“ antwortete er auf die Frage, warum er um Ideale kämpfe, die so entfernt wie die Sterne wären. Er liebte die Freiheit und die Menschen und diesen beiden Leidenschaften wurde bei der Gedächtnisfeier gedacht. Dem höchsten deutschen Idealismus immer ergeben, forderte er auch vom amerikanischen Bürger das Höchste, und er hielt es für die vornehmste Pflicht, seines zweiten Vaterlandes, allen anderen Nationen voranzugehen auf dem Wege zur internationalen Gerechtigkeit und zum Frieden als Ersatz des veralteten Kriegssystems. Auf der im Jahre 1896 in Washing-

ton abgehaltenen Konferenz für Schiedsgerichtsbarkeit war er es, der am beredtsten und eindrucksvollsten sprach. „Als amerikanischer Bürger,“ sagte er, „kann mich diese edle Friedensmission meines Landes nur mit Stolz erfüllen; und ich muß gestehen, daß es mir wie ein Angriff auf die Würde dieser Republik erscheint, wenn ich höre, daß Amerikaner diese Friedensmission als von untergeordnetem Interesse für die Vereinigten Staaten zurückweisen und für den Schutz dieses Landes oder für die Vorbereitung zu kriegerischen Aktionen eine Durchdringung des Volkes mit kriegerischem Geist verlangen.“

Die Verpflichtungen unserer Studentenschaft gegenüber den Universitäten in Deutschland sind unberechenbar. Der erste Amerikaner, der eine deutsche Universität besuchte, war Benjamin Franklin, der dazu durch die genaue Uebereinstimmung zwischen den Gründern der Republik, die beständig und mit Nachdruck das Kriegssystem anklagten, veranlaßt wurde. Im Jahre 1766 wohnte Franklin einer Versammlung der königlichen Gesellschaft für Wissenschaft von Göttingen, der damals erst seit einem Zeitalter bestehenden Universität, bei, und nach Göttingen kam, ein halbes Jahrhundert später, die erste berühmte Gruppe amerikanischer Studenten, als Avantgarde der großen, nach Tausenden zählenden Armee amerikanischer Studenten, die in dem darauf folgenden Jahrhundert Göttingen, Leipzig, Berlin und andere deutsche Universitäten besuchten. Edward Everett, George Ticknor, George Bancroft und Joseph Cogswell bildeten jene hervorragende erste amerikanische Gruppe in Göttingen (die beiden ersten im Jahre 1815), und Bancroft war der erste Amerikaner, der an einer deutschen Universität einen akademischen Grad erhielt. Durch ein merkwürdiges Zusammentreffen wurde dieser erste an einer deutschen Universität graduierte Amerikaner ein halbes Jahrhundert später der erste amerikanische Botschafter des neuen Deutschen Reiches. In manchen Jahren des letzten Jahrhunderts gab es nahezu tausend amerikanische Studenten an allen deutschen Universitäten zusammen, beinahe fünfhundert in Berlin allein, und die Tausende von amerikanischen Gelehrten, die jetzt an unseren Hochschulen und Universitäten Lehrstühle innehaben, deren Kultur und Erziehung größtenteils in Deutschland erworben sind und die das deutsche Volk lieben, sind, zusammen mit unserer großen deutschen Bevölkerung, eine mächtige Bürgerschaft dafür, daß zwischen diesen großen Nationen letzten Endes immer Verständigung und guter Wille herrschen werden.

In der gegenwärtigen bemerkenswerten internationalen Studentenbewegung, die zu der Gründung der Cosmopolitan Clubs an dreißig amerikanischen Universitäten und zu zahlreichen ähnlichen Organisationen in ande-

ren Ländern führte, ist es eine bezeichnende und wohltuende Tatsache, daß die neuen internationalen Clubs an vielen deutschen Universitäten auf amerikanische Initiative zurückzuführen sind. Der zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eingeführte Professorenaustausch trägt noch mehr dazu bei, Brüderlichkeit und gegenseitige Achtung in der Studentenschaft zu fördern. Aus dieser Bewegung heraus entstand das Amerika-Institut in Berlin, das mit seiner ausgezeichneten Bibliothek dazu dient, deutschen Gelehrten und Studenten Kenntnis des Lebens, der Geschichte und der Institutionen in den Vereinigten Staaten zu geben. Es wäre wünschenswert, daß ein solches deutsches Institut in New York, vor allem aber in London, begründet werde. Woran es in England heute hauptsächlich mangelt, das ist jenes geschlossene Zusammengehen mit Deutschland, das zwischen deutschen und amerikanischen Gelehrten besteht. Viele Studenten der schottischen Universitäten haben im letzten halben Jahrhundert zur Vollendung ihrer Erziehung Deutschland besucht, dagegen sind von englischen Universitäten bedauerlicherweise nur wenige nach Deutschland gekommen. Im Jahre 1909 wohnte ich der Feier des 500jährigen Bestandes der Leipziger Universität, an der ich selbst studiert habe, bei, und äußerte zu einer Gruppe schottischer Professoren, die an derselben Universität studiert hatten, mein Bedauern über die damals herrschende Verstimmung zwischen Deutschland und Großbritannien. „Sagen Sie nicht Großbritannien“, erwiderten diese, „sagen Sie England. Es gibt keinen denkenden Menschen nördlich des Tweed, der dieses Fühlen teilte. Wir Schotten halten es einfach für eine Anwendung englischer Beschränktheit.“ Dies erhellte mir sofort die periodischen Paniken im vereinigten Königreich wegen einer deutschen „Invasion“.

Ich möchte, daß aus Anlaß der vor nahezu hundert Jahren begonnenen großen Wanderung amerikanischer Studenten nach Deutschland, in Berlin ein deutsch-amerikanisches Gedächtnis-Institut gegründet werde, um den sozialen und intellektuellen Bedürfnissen der großen Anzahl von Amerikanern zu begegnen. Ein Sammelort für Deutsche und Amerikaner sollte es werden, ein Mittelpunkt für internationale Aufklärung, mit einer Bibliothek und mit Konferenzräumen, die die Namen von Bancroft, Everett und der berühmten Pioniere tragen müßten. In erster Linie sollte eine Halle vorhanden sein, die den Namen Immanuel Kants führen würde. Das Gebäude müßte den Namen Andrew D. White führen, zu Ehren des großen Gelehrten, unseres internationalen Nestors, der jahrelang so viel zu den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika beige-

tragen, der Amerika und der Welt so ausgezeichnete Dienste als amerikanischer Gesandter in Berlin geleistet hat, und der diesen ehrenvollen Posten verließ, um unsere amerikanische Delegation bei der ersten Haager Konferenz zu leiten.

Nichts ist zwingender und nichts könnte bei dem gegenwärtigen internationalen Zeitpunkt segensvoller und wirksamer sein, als gute Verständigung und das geschlossenste Zusammenwirken zwischen diesen drei großen teutonischen Nationen: Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Dieses Zusammenwirken liegt besonders in der Macht der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, deren Wurzeln fast gleichmäßig ebenso im Mutterlande wie im „Vaterland“ verankert sind. Die Vereinigten Staaten sind auf keinen Fall nur Neu-England oder Neu-Deutschland. Sie sind ebenso Neu-Irland, Neu-Frankreich, Neu-Italien, Neu-Rußland. New York mit seinen Millionen Juden sicherlich auch Neu-Jerusalem; in internationalen Dingen sind alle Rassen in allen Ländern zusammen verantwortlich. In den Vereinigten Staaten fällt die hauptsächlichste Verantwortlichkeit auf die vorherrschenden, das ist auf die großen teutonischen Elemente der Nation.

Dies ist die Stunde der Tat. Diese drei durch alle Umstände ihrer Geschichte und ihres Charakters zur Führerschaft berufenen Nationen tragen heute als die drei größten Flottenmächte am meisten zum wahnsinnigen, die Nationen bedrohenden und entkräftenden Wettbewerb bei. Wir begrüßen es, daß diese Verstimmung zwischen Großbritannien und Deutschland während der letzten Jahre im Schwinden ist, und wir freuen uns der aufrichtigen Worte und ernststen Mahnungen, wie sie in der neulichen Ansprache des ersten Lords der britischen Admiralität an Deutschland gerichtet waren. Die augenblickliche große Verstärkung der deutschen Armee infolge der Stärkezunahme der östlich gelegenen Länder und der fortwährenden Agitation ihrer Militärparteien bedeutet eine neue Bürde für das belastete Volk, eine Quelle der Schwäche mehr denn der Stärke, und ein der ganzen Welt durch den Ansporn zu ähnlichen Verstärkungen zugefügtes Uebel. Ebenso wie Deutschland mit England zu einer Verständigung über den Flottenbau kommen konnte, könnte es mit Frankreich ein Uebereinkommen in bezug auf eine entsprechende Rüstungsverminderung treffen. Die Vereinigten Staaten müssen nicht warten und sollten auch nicht auf eine deutsche und britische Aktion zur Beschränkung der Rüstungen warten; wir freuen uns an dem Kraftwort unseres Staatssekretärs, der unserem Volke, als dem sichersten, als vornehmste Aufgabe die Pflicht auferlegte, jenes Werk zu vollbringen, auf das die Welt wartet.

Zur Ersetzung des Kriegssystems und des bewaffneten Friedens durch internationale Verständigung ist kein Schritt wichtiger als der einer gemeinsamen Bürgschaft der Nationen in bezug auf die Unantastbarkeit des Meeres während eines Krieges; und es ist eine bezeichnende Tatsache, daß der erste geschichtliche Vertrag, der dies zwischen zwei Staaten verbürgte, zwischen den Vereinigten Staaten und Preußen unter Friedrich dem Großen im Jahre 1785 abgeschlossen wurde. Deutschland vertrat diesen Standpunkt zusammen mit den Vereinigten Staaten auf der zweiten Haager Konferenz; und es ist Hoffnung vorhanden, daß auf der dritten Konferenz Großbritannien sich diesen beiden anschließen wird. Nichts könnte mehr dazu beitragen der anglo-deutschen Verstimmung entgegenzuwirken, als ein solches Zusammengehen.

Es ist jetzt ein bedeutsamer und viel-sagender Augenblick in dem Leben der drei teutonischen Nationen erschienen. Deutschland feiert die hundertjährige Wiederkehr des Sieges bei Leipzig, der es von Napoleon befreite und ihm seine vollständige Freiheit wiedergab. Großbritannien und die Vereinigten Staaten feiern nächstes Jahr den Bestand des hundertjährigen Friedens. Das neue Leben Deutschlands, das vor hundert Jahren mit Männern wie Fichte und Stein begann, war hauptsächlich durch die großartige Wiederaufbauung seines Erziehungs- und Unterrichtswesens ausgezeichnet, wofür Deutschlands große Fortschritte und seine Macht sprechen. Diese drei Nationen könnten gemeinsam aus Anlaß der hundertjährigen Gedenkfeiern eine große neue Zeit des internationalen Entgegenkommens und der internationalen Erziehung einleiten, eine geregelte und friedensvolle Aera für das Menschengeschlecht.

Als Wilhelm II. im Jahre 1888 Kaiser von Deutschland wurde, versicherte er, daß der Frieden seines Landes ihm heilig sei. „Als ich den Thron bestieg,“ sagte er dann in Breslau vor ungefähr sechs Jahren, „schwur ich, daß ich mein möglichstes tun werde, um Bajonette und Kanonen schweigen zu lassen.“ Und die 25 Jahre seiner Regierung beweisen, wie treu er diese Versicherung gehalten hat. „Ich wünschte,“ sagte er in Düsseldorf im Jahre 1891, „daß der Friede Europas in meine Hände gelegt werde. Ich würde sicherlich Sorge tragen, daß er nie wieder gebrochen wird.“ Im selben Jahre sprach er im gleichen Sinne in der Guildhall in London. Anläßlich des Empfanges, der ihm dort im Jahre 1907 bereitet wurde, betonte er im Anschluß an seine bei dem früheren Empfang gehaltene Rede wieder seinen sehlichsten Wunsch: „Ich sagte damals an diesem Orte, daß ich über alles danach strebe, den Frieden aufrecht zu erhalten. Ich hoffe, daß die Geschichte mir Gerechtigkeit darin wird widerfahren lassen, daß ich diesem Streben immer ge-

dient habe. Die hauptsächlichste Stütze und Bürgschaft für den Weltfrieden ist die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen unsern Ländern, und ich werde diese fern-herin so gut und freundschaftlich gestalten, als dies in meinen Kräften liegt. Die deutsche Nation hegt den gleichen Wunsch.“

Der stolzeste Titel des Königs, der im gleichen Jahre (1907) in England regierte, war „the Peacemaker“. Am 23. Mai des laufenden Jahres sagte sein Sohn in Berlin in seiner Rede an die britische Kolonie in der deutschen Hauptstadt: „Die Erhaltung des Weltfriedens ist mein heißester Wunsch, und dies war auch das einzige Ziel und der Lebenszweck meines teuern Vaters.“

Dies ist auch sicherlich heute der eifrigste Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, wie es das größte Streben seines Vorgängers war. Das Hauptbedürfnis und die wichtigste Forderung der ganzen großen Welt geht heute dahin, daß diese drei führenden teutonischen Nationen sich in einer großzügigeren Politik als es je in der Vergangenheit sich ereignete, vereinen sollen zum Zwecke eines dauernden Friedens und einer besseren Organisation der Welt.

Das bedenkliche Treiben des deutschen Flottenvereins.

Von L. Persius, Kapitän zur See, Berlin.

In seiner letzten Kundgebung schildert das Präsidium des Deutschen Flottenvereins die angebliche dringende Not an Panzerkreuzern, und fordert die durch zwingende Umstände (?) gebotene Beschleunigung des Baues von Ersatzschiffen. Ferner wird die vermehrte Indiensthaltung von kleinen Kreuzern, die Bereitstellung der Mannschaften und die Indiensthaltungskosten hierfür für nötig erachtet. Am Schluß heißt es: „Daß alle diese Gesichtspunkte der Marineverwaltung nicht fremd sind, kann ohne weiteres angenommen werden. Möchte die Arbeit des Flottenvereins dazu beitragen, ihr die Wege zu einer entsprechenden Vorlage zu ebnet. Die deutsche Volksvertretung hat, als sie im vergangenen Sommer trotz der erheblichen Schwierigkeiten auf Grund der vom Kriegsminister immer wieder betonten Notwendigkeit die bereits gestrichenen drei Kavallerieregimenter bewilligte, den Beweis geliefert, daß sie überzeugender Begründung nicht unzugänglich ist. Dieser Vorgang müßte den Marineminister daher veranlassen, einen Zustand abzustellen, der angesichts der rüstig voranschreitenden Bauten der möglichen Gegner (?) unsere Flotte immer mehr ins Hintertreffen bringt.“ Diese Kundgebung ist ein typischer Beweis für die Art, wie der Flottenverein der Reichsmarineamtsverwaltung die Wege ebnet! Es wird stets in

Abrede gestellt, daß der Staatssekretär irgendwelchen Einfluß auf den Flottenverein ausübe. Es braucht nicht daran erinnert zu werden, daß der Präsident des Vereins, der Großadmiral v. Köster, und der geschäftsführende Vorsitzende und zugleich der Leiter des Pressewesens, also der Verfasser der Kundgebungen und Mitteilungen, zumeist der Admiral Weber ist, der seinerzeit — 1908 —, als der dem Reichsmarineamt wegen seiner freimütigen Kritik unbecome General Keim gestürzt wurde, auf Verwenden des Staatssekretärs den Posten beim Flottenverein erhielt. Betrachtet man die Kundgebung genauer, so stellt sie eine Auslese von Irreleitungen der öffentlichen Meinung dar. Im letzten Satz z. B. wird von den „rüstig voranschreitenden Bauten der möglichen Gegner“ gesprochen, die unsere Flotte immer mehr ins Hintertreffen bringen. Wohlverstanden, die deutsche Flotte!, die nächst der englischen die weitaus stärkste heute ist! Deutschland hat jetzt 17 fertige Dreadnoughts, Frankreich hat 2, die Vereinigten Staaten haben 8, Rußland keinen, Oesterreich 2 und Italien 2. Da es sich in der Kundgebung des Flottenvereins diesmal nur um Kreuzer handelt, enthält die Äußerung aber eine direkt den Tatsachen ins Gesicht schlagende Behauptung. Die englische Flotte ist einer der möglichen Gegner, und sie ist die einzige, die den Kreuzerbau im größeren Stil, wie wir es tun, betreibt. Schlachtkreuzer und geschützte Kreuzer wurden bisher nur in Deutschland und England gebaut. Frankreich z. B. hat seit 1905 überhaupt keinen Kreuzer, weder Schlacht- noch geschützten, auf Stapel gelegt. Seine Kreuzerstreitkräfte sind sämtlich veraltet. Das gleiche gilt von der nordamerikanischen Flotte. Die italienische und österreichische Flotte verfügen nur über ganz unbedeutende Kreuzerkräfte.

Man ist an Skrupellosigkeiten gewöhnt, wenn es sich um Flottenrüstungsagitation handelt. Betont nicht die Regierung stets, wir bauen unsere Seemacht nach unserem eigenen Bedürfnis aus, ohne irgendwie eine andere Flotte als Gegner ins Auge zu fassen! Wie reimt sich diese im Reichstag unzählige Male vorgebrachte Phrase mit dem Schlußsatz der Flottenvereinskundgebung? Natürlich ist es nur eine Phrase. Welches sind unsere Bedürfnisse? Unsere Flotte steht am zweiten Platz. Wäre die englische nicht vorhanden, so würden unsere eigenen Bedürfnisse den weiteren Schiffbau schon längst nicht mehr erfordern. Früher hieß es, unsere Flotte muß unsere Handelsschifffahrt und unsere Kolonien zu schützen imstande sein. Als die Erkenntnis aufdämmerte, daß wir das gegenüber der seegewaltigsten Flotte doch nicht könnten, erfand ein genialer Herr am Leipziger Platz

den Risikogedanken, „unsere Flotte soll so stark sein, daß auch der seemächtigste Gegner sie nicht anzugreifen wagt.“ Er ist ein wunderbarer Kautschukbegriff. Aber unser Volk ließ sich von ihm hypnotisieren. Anfänglich las man im offiziösen Nautikus, wir erstreben eine Flotte, die es mit der französischen aufnehmen kann. Nun ist diese Stärke längst erreicht, ja weit überholt. Die französische Flotte ist knapp halb so kampfkraftig als die unsere, zieht man alle Schiffsgattungen an Quantität und Qualität in Betracht. Im vergangenen Jahre meinte der Staatssekretär des Reichsmarineamts, ein Verhältnis von 10 zu 16 der deutschen und englischen Schlachtschiffe wäre „akzeptabel“. Wenn wir diese Stärke erreicht haben werden, wird der Flottenverein sagen: Sicherer ist, wir sind ebenso stark wie England. Erst dann dürfen wir ruhig schlafen. Also wird er sich gemüßigt fühlen, „der entsprechenden Vorlage den Weg zu ebnen“. Sein Pflichtgefühl wird ihm das vorschreiben. Alle die Angestellten des Flottenvereins tun ja notabene ihren Dienst nur aus ideellen Rücksichten!

Man braucht die Perspektive, die die Agitation des Flottenvereins gewährt, nicht weiter auszuspinnen. Würde die deutsche Flotte der englischen an Stärke gleichgekommen sein, so müßte weiter agitiert werden, damit jeder Kombination die Spitze geboten werden könne, usw. Nun, es wird dafür gesorgt werden, daß die Bäume des Flottenvereins nicht allzu hoch wachsen. Zwei Möglichkeiten bestehen. Denkbar wäre es, daß dem Steuerzahler der Geduldsfaden reißt, d. h., unser gutmütig, allzu gläubiges Volk erkennt, wohin es vom Flottenverein geleitet wird, und daß es dem Verein die Gefolgschaft aufkündigt. Leider ist hierzu freilich geringe Aussicht vorhanden. Ein dickmaschiges Netz der Ortsgruppen des Flottenvereins ist über ganz Deutschland geworfen. Die Vorstände spielen an ihren Orten eine beträchtliche Rolle, auch z. B. im Wahlkampf. — Die Vorteile einer solchen Betätigung brauchen nicht näher erläutert zu werden! — Sie werden ferner für unermüdliche Werbearbeit belohnt. Vielfache Vergünstigungen gewährt die Mitgliedschaft. Anregende Vortragsabende, fast stets mit Tanz und ähnlichen Belustigungen, sorgen für die Unterhaltung. Man ist geschäftskundig im Flottenverein! Der simple Vortrag würde wenige herbeilocken, aber um so mehr Lichtbilder, Konzerte u. a. m. Und der Verkauf von Postkarten, Kalendern, Abzeichen bringt Geld in die Vereinskasse. Ehrendiplome werden als Orden auf der Brust getragen. Können auch nur wenige richtige Orden abfallen, so genügt auch schon solch eine Talmidekoration im engeren Kreise. Wie stolz wird das Abzeichen an der Vereinsmütze gezeigt. Das Präsidium kennt die kleinen Schwächen des Deutschen

und rechnet gern mit ihnen; bringt sich das doch reichlich ein. Für die Lehrer, die besonders geeignet erscheinen, schon in der Jugend die nötige Flottenbegeisterung zu verbreiten, wird besonders gesorgt. Für sie werden kostenlose Sommerfahrten zur Wasserkante arrangiert. Gewaltige Scharen von Schülern schafft ferner der Verein teilweise auf seine Kosten alljährlich nach den Kriegshäfen Kiel und Wilhelmshafen, wo ihnen die Marine die Matrosenkasernen als Quartier zur Verfügung stellt, die Besichtigung der Schiffe unter sachkundiger Leitung von Offizieren ermöglicht usw. Matrosenkapellen holen die Ausflügler vom Bahnhof ab, kurz, die Marine gewährt jede Unterstützung. Die „Mitteilungen“ des Vereins sind weiter ein vorzügliches Mittel, um, man kann sagen, fast die gesamte Presse Deutschlands in Bann zu schlagen. In Tausenden und aber Tausenden von Exemplaren gehen sie kostenlos an die Zeitungen. Nicht einmal die Herkunft braucht genannt zu werden. Es finden sich in der Presse zahllose Artikel über Marineangelegenheiten, die doch sämtlich immer die gleiche Tendenz verfolgen, Stimmung für gesteigerten Schiffbau zu machen. Wer kann es einem Blatt nicht nachfühlen, daß es gern einen Leitartikel oder dergleichen veröffentlicht, der ihm gratis zur Verfügung gestellt wird.

So bearbeitet der Flottenverein systematisch das Volk, predigt immer erneut von der bedrohlichen Gefahr, die durch die gewaltigen Rüstungen der anderen Flotten entsteht und ermahnt, einzutreten für den beschleunigten Kriegsschiffbau. Daß die einschlägigen Industrien dankbar die Bestrebungen des Vereins anerkennen und nicht nur mit Worten, sondern mit Taten unterstützen, bedarf nicht der Erwähnung.

Es dünkt ein unmögliches Unterfangen, gegen das verhängnisvolle Treiben des Flottenvereins aufzukommen. Verhängnisvoll, weil es eine ausgesprochene Spitze gegen England zeigt. Nur durch den Hinweis auf die noch allein stärkere Flotte, die englische, läßt sich ja eine Agitation für die Vermehrung unseres Schiffsparks begründen. Verschiedentlich wurde mir von Reichstagsabgeordneten eingeräumt, es sei fast ausgeschlossen, gegen irgendeine Forderung der Marineverwaltung Front zu machen. „Wir können es unserer Wähler wegen nicht unternehmen. Sie glauben nicht, welche Macht der Flottenverein darstellt, wie verhetzend er auf unsere Beziehungen zu England wirkt.“

Hiermit kommen wir zur andern Möglichkeit — wie dem Flottenwettüsten und den Treibereien des Flottenvereins ein Ende gesteckt werden könnte. Kurz gesagt, durch eine kriegerische Entladung. Nämlich dann, wenn England einsieht, daß die Begehrlichkeit des

deutschen Volkes, richtiger gesagt jener lärmenden und fanatisierenden Minorität, die durch den Flottenverein dargestellt wird, die aber das gesamte Volk in Marinefragen zu beherrschen scheint, unbegrenzt ist, d. h., wenn es merkt, daß die Rüstungsschraube ad infinitum von Deutschland gedreht wird. Es stehen heute nicht wenige Leute bei uns auf dem Standpunkt: „Besser ein Ende mit Schrecken.“ So kann es nicht weitergehen. Die Teuerung wird unerträglich, die Steuer-schraube denkt nicht daran, stillzustehen. Abgesehen von Oesterreich, lebt man nirgends kostspieliger als in Deutschland. Der Deutsche, wenn er ein billiges Dasein haben will, geht nach Frankreich oder England.

Man sagt, jede Rüstung sei wohlfeiler als ein Krieg. Heut, im Zeichen der Millionenheere und der Dreadnoughts, trifft das nicht mehr zu. Man erinnere sich der Summe, die allein die deutsche Flotte während des letzten Jahrzehnts gekostet hat, ganz abgesehen von dem Verlust an Menschenkraft, die, durch sie absorbiert, dem Lande entzogen wurde, usw. Es sind unter Hinzurechnung der Kosten des Baues und der Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals — er wäre der Handelsschifffahrt wegen nie bewilligt worden —, der Pensionen, des Flottenstützpunkts in Kiautschou usw. fünf Milliarden viel zu niedrig gegriffen. In der Tat scheint es also, daß eine blutige Auseinandersetzung billiger kommen würde als das endlose Wettüsten. Selbstverständlich leugnen der Flottenverein und seine Anhänger es ab, zu einem Krieg zu drängen. Man wird ihnen auch im gewissen Grade Glauben schenken dürfen, daß ihnen ein solches Resultat ihrer Hetzereien unerwünscht wäre. So klug sind die Präsidialmitglieder auch, daß sie wissen, daß Deutschland in einem Krieg gegen England nichts gewinnen kann und nur ärmer werden wird. Und weiter wissen sie, daß die Existenz des Flottenvereins dann zugleich ernstlich bedroht wäre, denn es würde auch dem Unmündigsten die Erkenntnis kommen, zu welchem unheilvollen Ende die Agitation des Vereins geführt hat, wer die Schuld an der Vernichtung unserer Kriegs- und Kauffahrteiflotte, an der Zerstörung unserer Handelsbeziehungen u. a. m. trägt.

Liest man jetzt wieder die Veröffentlichungen der die Bestrebungen des Vereins unterstützenden Presse über den erneuerten Vorschlag des englischen Marineministers Churchill zu einem Feiertag im Flottenbau, so kann kaum in Abrede gestellt werden, daß hier eine Sprache geführt wird, die mehr als provozierend genannt werden muß. Es wird die Grenze überschritten, die das gewöhnliche Anstandsgefühl vorschreibt. Mit Hohn und Spott wird Churchill übergossen. Man scheut sich nicht, ihn des Betrugs zu zeichnen, schiebt ihm einen Toren und ähnliches mehr. Man mag über den ersten Lord der britischen

Admiralität denken, wie man will. Es gibt wohl aber sonst keine Presse, die sich herausnahme, in einem so unqualifizierbaren Ton über einen der höchsten Regierungsbeamten einer fremden Macht zu sprechen. Man mag über die Rede verschiedener Ansicht sein. Liest man sie im Urtext, so kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß es Churchill bitter ernst ist mit seinem Wunsch, dem Unverstand des Rüstungswettbewerbs zu steuern. Keineswegs, daß man glauben brauchte, er hätte aus selbstlosen Gründen gehandelt. Er will seine Position auf innerpolitischem Gebiet verbessern, will England die Möglichkeit geben, durch Ersparnisse an der Flotte auf sozialem Boden endlich etwas zu leisten. Aber, sollten wir uns fragen, wollen wir denn nicht auch Geld sparen? Haben wir keinerlei Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiet mehr zu erfüllen? Es tut nicht nötig, die lange Liste her-zuzählen, die bei uns der Abarbeitung be-darf. Rein realpolitisch sollte gerade dem Churchillschen Vorschlag nähergetreten werden. Es ist ein Geschäft, wie jedes andere. Aber ein weit gewinnbringenderes, als mancher ahnt. Die Perspektive auf eine endliche allgemeine Rüstungsbeschränkung eröffnet sich. Hat man erst beim Flottenbau den Anfang gemacht, sah ein, daß dem ersten Feierjahr ohne Schaden weitere folgen können, so wird auch eine Formel gefunden werden, um die übermäßigen Ziffern der Heere herabzudrücken.

Zum Schluß. Man unterschätzt vielfach den Einfluß und die Macht, die nationalistische Vereine, wie der Flottenverein, in Deutschland ausüben. Er hat jetzt 322 000 Mitglieder, die sich auf 3786 Ortsgruppen verteilen. Fast eine Million ist die Gesamt-gefolgschaft, rechnet man die angeschlos-senen Vereine hinzu. Die „Flotte“, das Organ des Vereins, erscheint allmonatlich in 360 000 Exemplaren. Das Einkommen des Vereins betrug im vergangenen Jahre rund 445 000 M. Das verzinslich angelegte Vermögen beträgt etwa eine halbe Million. Diese Zahlen geben einen Begriff von dem Einfluß und der Kraft der Agitation des Flottenvereins. Der Hinweis auf seine den Frieden gefährdenden Machinationen soll dazu dienen, allen denen, die in einem Zusammengehen Englands und Deutschlands die wichtigste Bedingung für den Frieden Europas sehen, die Augen zu öffnen und sie zu bewegen, an ihrem Teil mitzuarbeiten, das unheilvolle Wirken des Flottenvereins und seine zügellose Agitation zu unterbinden. *)

*) Was hier vom Flottenverein gesagt wurde, gilt in analoger Weise vom Wehrverein. Er sucht den Zwiespalt Deutschland-Frankreich für seine selbstischen Zwecke auszubeuten. Der Ver-fasser gibt keine praktischen Winke, wie dem verderblichen Treiben dieser Vereine gesteuert werden kann. Jeder, der in seiner Zeitung

Das Rüstungs-Elend in Oesterreich-Ungarn.

Unter der Ueberschrift „Wehrreform und Finanznot“ bringt „Der österreichische Volks-wirt“ (Wien, 1913. 11. X.) aus der Feder des Herausgebers, Dr. Walter Federn, einen Artikel, der vom pazifistischen Gesichtspunkt im höchsten Grade beachtenswert ist, weshalb wir ihn, mit Einwilligung des Verfassers, hier zum größten Teil wiedergeben.

Der Artikel weist zunächst auf den wirt-schaftlichen Aufschwung Italiens hin, das eben einen Krieg geführt hat und fährt dann fort: „Oesterreich-Ungarn hat keinen Krieg ge-führt, aber sein Volkswohlstand, der sich wenige Jahre hindurch — allerdings zum großen Teile nur scheinbar — kräftig gehoben hat, ist erschüttert, alle Wirtschaftszweige leiden unter einer Produktions- und Absatz-krise. Industrie und Handel können nur mit den größten Opfern Kredit finden, die Bau-tätigkeit ist durch Kreditmangel nahezu voll-ständig unterbunden, unsere 4% igen Renten stehen nur wenig höher als 80 %, weit tiefer als die Renten der Türkei, die seit zwei Jahren in Kriege verwickelt ist, die dem Reiche nach dem afrikanischen fast den ganzen europä-ischen Besitz zu rauben schienen, tiefer als die serbische, verzinst sich kaum niedriger als die Rente Bulgariens, das nach einjährigem Kriege fast die ganzen Früchte seiner anfänglichen Siege eingeübt hat und wir müssen nun schon zum dritten Male seit einem Jahre, angesichts der Schwierigkeiten Rente anzubringen, kurz-fristige Schatzscheinoperationen zu einem Zins-fuße vornehmen, den irgendeiner anderen Großmacht zuzumuten nicht möglich wäre. Diesmal ist es Ungarn, das diese Zinssätze bewilligen muß, vielleicht wird in wenigen Monaten Oesterreich, so wie im Dezember vorigen Jahres ähnliche Opfer bringen müssen, wenn es seinen Geldbedarf zu decken streben wird.“

Der Verfasser untersucht alsdann, wie dies alles gekommen ist und gibt darüber folgende Aufschlüsse:

Die Militärlasten Oesterreich-Ungarns waren lange verhältnismäßig gering im Ver-gleiche zu den Aufwendungen anderer Groß-mächte, nicht nach dem Willen der Militär-verwaltung, sondern infolge der Verfassungs-kämpfe in Ungarn und der Schwierigkeiten der

völkerverhetzende oder das Wettrüsten auf-stachelnde Artikel findet, besonders, wenn sie den „Mitteilungen“ der Vereine entstammen, sollte dem Verlag seines Blattes mitteilen, daß er das Abonnement aufgeben würde, falls sich dergleichen Auslassungen nochmals darin vorfinden. Die Sorge vor dem verminderten Absatz ist das beste Mittel, Zeitungsverleger zu veranlassen, ihren Redakteuren größere Vor-sicht anzuempfehlen!

Der Herausgeber.

parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich. Auch damals waren aber die Lasten im Verhältnis zur Tragfähigkeit der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft nicht gering und seither sind sie ganz außerordentlich gestiegen. Die rapide Steigerung begann im Jahre 1907. Damals betrug das Budget des Kriegsministeriums noch 415 Millionen Kronen, pro 1912 war es auf 562 Millionen Kronen angewachsen, pro 1913 waren 584 Millionen Kronen präliminiert, allerdings einschließlich der außerordentlichen Heeres- und Marinekredite; aber diese sind eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung geworden und niemand kann diese Anforderungen mehr als einmalige ansehen. Tatsächlich ausgegeben wurden in diesem Jahre mehr als 1 Milliarde Kronen, da ja die mit 435 Millionen Kronen offiziös angegebenen Auslagen für die Bereitschaft während des Balkankrieges hinzukommen. Nach dem Wehrgesetz vom Jahre 1911 wachsen die ordentlichen Ausgaben von Jahr zu Jahr, so daß sie allein im Jahre 1915 um 71 Millionen Kronen höher sein werden als im Jahre 1911, wo sie 459 Millionen Kronen betragen haben. Zu diesen Erfordernissen kommen die der Landwehr und Honved mit etwa 120 Millionen Kronen jährlich, so daß wir schon jetzt mit über 700 Millionen jährlich belastet sind und nach Erreichung des Maximums der durch die letzte Wehreform bewirkten Ausgaben auf nahezu 800 Millionen Kronen jährlich kommen werden. Aber schon hat die Kriegsverwaltung einen neuen Heeres- und Flottenplan aufgestellt, über den im gemeinsamen Ministerrat, wie mitgeteilt wird, eine Einigung erzielt worden ist, dessen Kosten man noch nicht kennt, der aber jedenfalls die laufenden Ausgaben erhöhen und uns außerordentliche Ausgaben von etlichen hundert Millionen Kronen bescheren wird. Bevor dieser Aufwand erledigt ist, wird die Kriegsverwaltung vermutlich mit einem neuen Programm kommen, d. h. sie wird damit kommen, wenn sie noch kommen kann. Denn daran ist sehr zu zweifeln. Viel wahrscheinlicher ist es, daß man schon mit dem jetzigen Programm die Volkswirtschaft und die Staatsfinanzen zerstört und damit die militärische Schlagkraft in nicht gut zu machender Weise geschwächt haben wird. Und das mögen diejenigen bedenken, die unbekümmert um alle Not des Staates und der Bevölkerung im maßlosen Rüstungsaufwande mit den anderen Großmächten wetteifern wollen.“

Den Vergleich mit anderen Großmächten namentlich mit Deutschland, weist der Artikel zurück. Er legt die viel höhere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dar und kommt zu dem Schluß:

„Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Oesterreich-Ungarns ist weder mit der Deutschlands noch überhaupt mit der irgend-

einer der europäischen Großstaaten zu vergleichen.“

Die volkswirtschaftlichen Erträgnisse fließen nur aus der Produktion, was man davon für unproduktive Zwecke zu konsumieren vermag, kann also nur im Verhältnis zur Produktionsmenge und zum Produktionswerte gesetzt werden. Oder wird es unseren Rüstungsschwärmern lieber sein, wenn wir die Steuerlasten vergleichen? Mit der einmaligen Milliardenabgabe — so drückend sie auch empfunden wird — sind Deutschlands Steuerträger noch immer ungleich weniger belastet als die unseren. Oder mit den Aufwendungen des Staates für kulturelle, für volkswirtschaftliche Zwecke? Sie halten ebensowenig einen Vergleich aus.

Aber lassen wir die Vergleiche mit anderen Ländern, denn man könnte uns erwidern, wenn wir ein armes Land sind, so sind damit unsere Grenzen nicht weniger bedroht und wir müssen vorkehren, was nötig ist, um uns nach Möglichkeit zu schützen. Die Frage ist nur, ob wir es können. Wissen die Finanzminister vielleicht neue Steuern, die sie unserer Bevölkerung auferlegen können, wo das ganze Steuerbukett, um das seit Jahren im Reichsrat gekämpft wird, schon für andere Zwecke bestimmt ist, oder sehen sie die Möglichkeit, neue Anleihen für militärische Erfordernisse aufzunehmen? Für eine Milliarde hat Oesterreich-Ungarn kurzfristige Schatzscheine in Umlauf gesetzt, die innerhalb dreier Jahre zur Rückzahlung fällig werden; mindestens 250 Millionen Kronen ist der laufende Anleihebedarf für produktive Zwecke, so sehr man das Budget auch zu drosseln sucht, für Eisenbahninvestitionen und ähnliche Ausgaben, die zum größten Teile aus den laufenden Einnahmen bestritten werden sollten, die wir aber nicht aus den Steuereingängen und anderen staatlichen Einnahmen bedecken können. Glauben die Finanzminister, daß sie in den nächsten Jahren auch nur diese Anleihen zu halbwegs annehmbaren Kursen unterbringen können? Ist es nicht genug, daß unsere Renten tiefer stehen als die aller anderen europäischen Staaten, daß Ungarn für die Schatzscheine, die es soeben ausgegeben hat, $7\frac{1}{4}$ % Zinsen zahlt, nicht genug, daß Länder und Städte ihre dringendsten Kapitalsbedürfnisse nicht aufbringen können, daß die Bautätigkeit im Reiche vollständig ins Stocken geraten ist, weil auf dem Kapitalmarkte keine Abnehmer für Pfandbriefe vorhanden sind, weil keine Hypotheken gewährt werden können? Wo wollen die Finanzminister die Hunderte Millionen für Kasernen, Geschütze und Dreadnoughts überhaupt aufnehmen? Sollen unsere Renten von 80 % auf 70 und 60 % fallen? Wollen sie noch Schatzscheine emittieren, genügt es nicht, daß wir seit drei Jahren fast ein Fünftel unserer Budgets in schwebenden Schuldverpflich-

tungen laufen haben? Und denken sie nicht daran, daß, wenn so weiter gewirtschaftet wird, es auch geschehen kann, daß solche kurzfristige Schuldverpflichtungen in einem Augenblick fällig werden können, wo wir auch zu noch viel drückenderen Bedingungen das Geld zur Einlösung oder vielmehr zur Erneuerung nicht mehr aufbringen können? Ist eine solche Finanzwirtschaft überhaupt noch zu verantworten? Da glauben die Finanzminister, weiß Gott, was geleistet zu haben, wenn sie von den Militärforderungen den achten Teil herabdrücken, wenn sie die Hinausschiebung der Ausführung der Pläne der Militärverwaltung um ein halbes Jahr und der Erreichung des Maximaltruppenkontingents um ein paar Jahre erwirken. Ist keiner unter ihnen, der den Mut fände, zu erklären, daß Oesterreich-Ungarn diese neuen Lasten einfach nicht mehr ertragen kann, daß wir einer Katastrophe entgegentreiben? Ist nicht einer da, der lieber seinen Namen als verantwortlichen Verwalters der Staatsfinanzen rettet denn sein Portefeuille?

Nicht das erstemal geschieht es in der Geschichte der Monarchie, daß die maßlosen Forderungen der Kriegsverwaltung das Land wirtschaftlich, finanziell und militärisch an den Abgrund getrieben haben. Man denke an die Zeit vor 1859, die damit geendigt hat, daß zum Abbruch des italienischen Krieges in jenem Jahre auch der Umstand beitrug, daß es dem Finanzminister einfach nicht mehr möglich war, Geld zur Führung des Krieges aufzubringen. Weiß unsere Militärverwaltung nicht, daß die finanzielle Kriegsbereitschaft nicht minder wichtig ist als die militärische? Hat sie vergessen, was sich im Dezember vorigen Jahres abspielte, als man noch an eine aktive Politik dachte und etwa 800 Millionen Kronen aufnehmen wollte und von den Finanzinstituten die Antwort erhielt, daß dies unmöglich sei? erinnert man sich nicht, daß man damals auch die 250 Millionen Kronen, auf die die beiden Finanzverwaltungen schließlich ihre Forderungen herabgeschraubt hatten, im Inland nicht aufzubringen vermochte und zu 7% ins Ausland gehen mußte, glücklich jenseits des Ozeans das Geld zu finden?

Die Geschichte der fünfziger Jahre ist für die Gegenwart sehr lehrreich. Nach dem Jahre 1848 begann in Oesterreich trotz Reaktion, Absolutismus und Militärdiktatur eine Zeit der Wiedergeburt. Ungeheure Aufwendungen wurden gemacht, um das erschütterte Reich wieder zu heben. Das abgefallene Ungarn wurde an das Gesamtreich geschmiedet. Für kulturelle Bedürfnisse wurde vieles geleistet, der Hebung der Volkswirtschaft galt die Sorge tüchtiger Ressortchefs. Die Bauernbefreiung wurde mit großen Opfern durchgeführt, große Investitionen zur Hebung der

Produktion vorgenommen, die Grundlagen des Eisenbahnnetzes mit für die damalige Zeit enormen Kosten gelegt, und schließlich sogar die Währung reguliert. So verschwindend gering die aufgewendeten Ziffern jener Zeit sind, im Verhältnis zu den heutigen, so enorm waren die Lasten, die der Staatsschatz für die damaligen Verhältnisse auf sich nahm. Und sie wären nicht vergebens gewesen, wenn man der Volkswirtschaft Zeit gelassen hätte, die Früchte der reichen Aussaat einzuheimsen. Aber das ließ die Militärverwaltung nicht zu, die damals wie heute Wünsche und Ziele der Zivilverwaltung ignorierte und gegen alle Bedenken ihre Forderungen durchsetzte. Denn auch damals glaubte man imperialistische Politik treiben zu dürfen, ohne sich um die Tragfähigkeit der Volkswirtschaft zu kümmern. Und das hielten die Finanzen und die Volkswirtschaft nicht aus. Das Land, das mit der Sammlung seiner Kräfte eben erst begonnen hatte, brach unter den militärischen Lasten zusammen. Hätte man der Volkswirtschaft Zeit gelassen, bis die großen Kapitalsaufwendungen produktiv geworden wären, Ertrag geliefert hätten, hätte man die Last geteilt, erst die Volkswirtschaft leistungsfähig gemacht und ihr nachher Opfer für die militärische Bereitschaft zugemutet, die Katastrophe des Jahres 1859 hätte nicht eintreten müssen, der ganze Verlauf der österreichischen Geschichte wäre vielleicht ein anderer gewesen.

Und heute liegen die Dinge ähnlich. Zwar die Regierung kann sich nicht den Vorwurf machen, im letzten Dezennium zur Entfaltung der produktiven Kräfte des Reiches große Kapitalien investiert zu haben. Das einzige, was sie bauen wollte, die Wasserstraßen, konnte sie nicht bauen und der Aufwand wäre auch verfehlt und zweckwidrig gewesen, dasselbe Geld für wirklich produktive Zwecke verwendet, hätte ganz andere und raschere Früchte getragen. Regierung und Parlament — sie teilen die Verantwortung — haben in diesen Jahren nur die Beamtenschaft korrumpiert und das Budget zerrüttet. Und auch dafür findet sich die Analogie in den fünfziger Jahren in der unerhörten militärischen Korruption, dem Militärlieferungsschwindel usw. Aber die Volkswirtschaft selbst war in den letzten Jahren von einem ungeheuren, in Oesterreich-Ungarn bis dahin nicht erlebten Schaffensdrange erfüllt. Sie hat sich ausgedehnt, die produktiven Energien entfaltet und ungeheure Kapitalinvestitionen zu diesem Zwecke gemacht, die ebenso wie in den fünfziger Jahren erst nach Verlauf etlicher Jahre ihre Früchte tragen konnten. Schlimme Verfehlungen und Uebertreibungen sind dabei unterlaufen, aber trotzdem hätte man die Früchte nach etlichen Jahren einheimsen können. Aber auch diesmal ließ es die Militärverwaltung nicht zu. Zu der ungeheuren Kapi-

talsanspruchnahme für Investitionen der Volkswirtschaft gesellte sie ihre nicht minder großen Ansprüche an den Kapitalmarkt für die enorme Vermehrung der laufenden und sogenannten einmaligen, aber immer wiederkehrenden Ausgaben und überdies für die zweimalige Mobilisierung innerhalb fünf Jahren. Das vertrug der Kapitalmarkt nicht. Er ist zusammengebrochen und die Folgen sind eben unsere gegenwärtige Kapitalnot, die Unmöglichkeit, Renten anzubringen, Pfandbriefe zu begeben, Kredite für Produktion und Handel zu erlangen, die Produktions-, Absatz- und Kreditkrise, die Insolvenzen, die Not der Bevölkerung, die ungeheure Auswanderung derer, die nicht mehr Brot zu Hause finden können.

Wir sind kein militärisches Fachblatt. Wir haben nicht zu beurteilen, ob das, was die Kriegsverwaltung verlangt, wirklich notwendig ist. Gewiß, je größer das Heer, desto größer seine Erfolgchancen. Wir wollen nicht dabei verweilen, daß die Vermehrung der Quantität mit einer Verringerung der Qualität verbunden ist, daß, wie kürzlich unwidersprochen dargelegt wurde, schon jetzt, um die nötige Zahl an Rekruten aufzubringen, die Anforderungen in bezug auf Größe, Gehör- und Gesichtssinn herabgesetzt werden mußten. Wir haben auch heute nicht zu beurteilen, ob die politische Situation so ist, daß sie uns zu einem verstärkten Grenzschutz zwingt. Aber wir haben die finanziellen und ökonomischen Möglichkeiten für diesen Aufwand zu prüfen, da es die Heeresverwaltung selbst nicht tut und die Finanzverwaltungen ihrer Kenntnis der Unmöglichkeit, diesen Aufwand ohne wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe zu leisten, nicht in einem Veto Ausdruck verleihen. Und diese Prüfung sagt, daß, was die Militärverwaltung erreichen will, heute nicht möglich ist. Wir können diese Lasten nicht tragen. Der Kapitalmarkt — wenn man schon die anderen Zeichen der Wirtschaftskrise nicht sehen will — sagt es jedermann deutlich, daß wir nicht alljährlich für Hunderte von Millionen Anleihen aufnehmen können. Man lasse der Volkswirtschaft, dem Kapitalmarkt fünf Jahre Zeit, sich von den Folgen der durch die Leiter unserer auswärtigen Politik und unsere Kriegsverwaltung verursachten Wirtschaftskrise zu erholen. Man lasse der Bevölkerung Zeit, neue Ersparnisse zu bilden, frische Konsumkraft zu erwerben, damit die Tausende der jetzt ganz oder teilweise stillstehenden Betriebe wieder arbeiten, Güter und Einkommen schaffen können. Dann wird die Steuerkraft wieder gehoben sein, dann wird wieder Geld für die Anleihen da sein und, wenn nötig, verlange man dann von der Bevölkerung neue militärische Opfer. Heute geht es nicht.

Die Vorlagen, die die Kriegsverwaltung

jetzt ausarbeitet, werden in etlichen Monaten den Parlamenten vorgelegt werden, man wird an ihren Patriotismus appellieren. Aber ihren Patriotismus werden die Abgeordneten beweisen, wenn sie diese Vorlagen ablehnen, nicht, wenn sie sie annehmen. Sie haben nicht zu befürchten, daß man ihnen einst vorwerfen wird, daß sie für die Bedürfnisse der Wehrmacht kein Verständnis gezeigt haben. Nehmen sie die Vorlagen an, dann werden sie mit der Kriegsverwaltung und mit den Finanzverwaltungen dafür die Verantwortung teilen, daß dieser Staat finanziell und wirtschaftlich und damit auch militärisch dem Ruin zugeführt wird. Im Interesse unserer Wehrmacht müssen diese Vorlagen abgelehnt werden.“

— Soweit der Artikel des hervorragenden Wirtschaftspolitikers. Es fehlt der pazifistische Schluß: Internationale Vereinbarung zur Verminderung des Rüstungswettbewerbes. Das nationale Uebel, an dem nicht nur Oesterreich-Ungarn leidet, kann nur durch internationale Methoden beseitigt werden. Die verschiedenen, an die Donaumonarchie im Laufe der letzten Jahre herangetretenen Anregungen auf Vereinbarungen über die Ermäßigung der Rüstungslasten sind von dieser im Verein mit dem Deutschen Reich dauernd abgelehnt worden. Hier liegt der Fehler!

Das internationale Friedensseminar und die Ferienkurse für Ausländer in Kaiserslautern.

Ein Beitrag zur „Erziehung zum Frieden“ von Ludwig Wagner in Kaiserslautern.

Der Hauptgrund, den die Widersacher der Friedensbewegung gegen diese ins Feld führen, ist die Behauptung, daß trotz aller vorübergehenden Erfolge, die etwa die Pazifisten mit ihren Bestrebungen aufzuweisen haben, der Krieg die ultima ratio sei und nach der Gesetzmäßigkeit des historischen Weltgeschehens auch bleiben müsse. Diese Anschauung, daß der Krieg niemals ganz aus dem Leben der Völker verschwinden werde, ist aber auch in den Reihen derer zu finden, die sich für den Gedanken internationaler Verständigung einsetzen. Die politischen Ereignisse der letzten Jahre scheinen diesem Standpunkte recht zu geben. Fast allen Maßnahmen, mit denen sich seit Jahrzehnten die Friedensorganisationen an die Erwachsenen wenden, blieb bisher ein allgemein durchgreifender und dauernder Erfolg versagt. Wenn es auch unbedingt feststeht, daß die großen Massen des Volkes friedliebend sind und in normaler geistiger Verfassung den

Krieg verabscheuen, so ist es doch eine ebenso feststehende Tatsache, daß es sehr kleinen Minderheiten, die am Kriegshandwerk und an der Kriegshetze ein starkes persönliches Interesse haben, zur gegebenen Zeit oft sehr leicht gelingt, weite Volkskreise durch planmäßige Anwendung nie versagender Suggestionen aus der Ruhe ihres Daseins und ihrer politischen Betrachtungsweise herauszureißen und sie in den Strudel nationalistischer Aufregung und Kritiklosigkeit hineinzuziehen. Diese zielbewußte, zur nationalistischen Hypnose sich steigernde Massensuggestion wird mit Recht als das Haupthindernis für das Vordringen des Friedensgedankens angesehen. Wenn es freilich eine ausgemachte Sache wäre, daß diese Suggestibilität des Volkes für Fremdenhaß und Kriegsbegeisterung eine im Wesen der Volksseele begründete, unausrottbare Eigenschaft derselben sei, wenn es nicht möglich werden sollte, in der Volksseele einen Damm aufzurichten, an dem sich die erregten Wogen nationalistischer Hochflut brechen müssen, so müßte man tatsächlich den Glauben an eine in der Zukunft liegende, vollständige Ausschaltung des Krieges aus dem Völkerleben aufgeben. Bevor man sich aber diese für den human denkenden Menschen so grausame Verzichtleistung auferlegt, lohnt es sich doch, den Ursachen dieser Suggestibilität der Volksmassen nachzugehen und, wenn man sie gefunden hat, zu überlegen, ob und wie sie zu beseitigen seien. Wie Professor Dr. Friedländer auf der Nürnberger Tagung ausführte, gibt es eine zweifache Suggestion, eine wesenseigene und eine wesensfremde. Letzterer gelingt es in der Regel nicht so leicht, ihren Einfluß auszuüben, weil sie in dem zu Suggestierenden, zumal wenn er guten und starken Willens ist, oft kräftige Hemmungen und Widerstände zu überwinden hat. Die wesenseigene Suggestion dagegen findet in ihrem Opfer oft schon eine Fülle von Apperzeptionen, eine für die Beeinflussung vorbereitete und wohlgeneigte Seele. Diese wesenseigene Suggestibilität braucht gar nicht angeboren zu sein, sie kann auch anerzogen sein, und dies ist bei der nationalistischen Suggestibilität der Fall. Denn es gibt heute noch große Völker, die absolut friedliebend sind und nationalistischer Suggestion den stärksten Widerstand entgegenstellen. Auch unsere Kulturvölker wissen auf Grund ihrer Lebenserfahrungen, daß ihnen Glück und Wohlergehen nur im Frieden erblühen. Wenn sie trotzdem immer wieder der nationalistischen Suggestion erliegen, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die Volksseele von Kindheit an durch die Schul- und Hauserziehung mit zahllosen Fäden nationalistischer Denkweise umspinnen wird, in die sich später eine derartige Suggestion mit Leichtigkeit verankern kann. Dieser von Kindheit an gesponnenen Fäden können sich

die Völker trotz gegenteiliger Erkenntnisse und Erfahrungen nie mehr ganz entledigen. Denn die in der Jugend gewonnenen Eindrücke und Willensimpulse sind die für das ganze Leben nachhaltigsten. So wird die ganze Gesinnungs-, Willens- und Charakterbildung des Volkes von Jugend auf durch die staatlich organisierte Schulerziehung darauf eingestellt, den Nationalismus mit all seinen Aeüßerungen und Ausstrahlungen als die höchste Tugend des Volkes betrachten und wertschätzen zu lernen. Dem A-B-C-Schützen sowohl wie dem Primaner wird es in Fleisch und Blut eingepflichtet, daß der höchste Ruhm der ist, für das Vaterland zu sterben. Durch die ganze Art des Schulbetriebs, durch den kriegerischen Geist der historischen Unterweisungen, durch die von eitlen nationalem Ehrgeiz gefärbten Belehrungen über andere Länder und Völker wird das Volk von Generation zu Generation in einen von Nationalismus und Militarismus durchtränkten geistigen Habitus gesteckt, aus dem es auch im späteren Leben nie mehr ganz herauskommt. Hier liegt, wie ich bereits an anderen Stellen dargetan habe, der Angelpunkt, in dem die Friedensbewegung einzusetzen hat, wenn es ihr nicht bloß um vorübergehende Erfolge zu tun ist, sondern wenn sie ihre große Zukunftsaufgabe erfüllen will, nämlich die Gesinnungs- und Willensrichtung der Völker im Sinne des Friedensgedankens von Grund aus umzugestalten. Die Verwirklichung des Friedensgedankens ist im letzten Grunde eine Sache der Erziehung. Der Friedensgedanke muß aufs engste verknüpft werden mit dem Gedanken der Erziehung des Menschengeschlechtes, wie er unsern großen Geistesheroen Herder, Lessing, Goethe, Schiller, Wilh. von Humboldt und vielen anderen Führer war im Leben und im Wirken. Nur durch die Erziehung, durch eine planmäßige, wohlüberlegte Einwirkung auf die Jugend im Geiste der Versöhnlichkeit und der gegenseitigen internationalen Wertschätzung wird es möglich werden, die wesenseigene nationalistische Suggestion in eine wesensfremde unzuwandeln und so in der Volksseele selbst einen Damm gegen die wechselnden Stimmungen, gegen die die niedrigen Instinkte aufpeitschenden Verhetzungen aufzurichten. Durch die Erziehung muß das verkehrte Werturteil vom Tod für das Vaterland dahin umgewertet werden, daß es wertvoller ist, für das Vaterland zu leben, statt zu sterben, daß sich der echte Patriotismus in dem guten Willen zeigt, an der Lösung und Verwirklichung der vaterländischen Kulturaufgaben nach Kräften mitzuarbeiten. Die Erziehung muß die Erkenntnis vermitteln, daß Heldentum nicht bloß in der Schlacht zu finden ist, sondern daß sich Gelegenheit zu echtem Heldentum auch im kleinsten Wirkungskreise täglich darbietet; die Erziehung muß in die Jugend eine Vaterlandsliebe ein-

pflanzen, die sich jederzeit bewußt ist, daß das eigene Vaterland allein noch nicht die Welt bedeutet, sondern in seinem Gedeihen von den anderen Ländern der Erde abhängig ist, daß die Voraussetzungen für seine Wohlfahrt um so mehr gegeben sind, je mehr es ihm gelingt, im friedlichen Wettstreit mit den anderen Nationen um die Erzeugung der höchsten Kulturwerte sich die Achtung und Wertschätzung in der Welt zu erringen, und je mehr Freundschaftsbande es mit anderen Völkern verbindet. Diesen Weg, der durch die Jugenderziehung hindurchführt, hat uns Goethe schon gewiesen, wenn er sagt, daß mit Erwachsenen in solch großen Dingen nie viel anzufangen ist. „Fangt mit der Jugend an, und es wird gehen!“

Ein Blick in die Organisation des heutigen Erziehungswesens zeigt, daß die Umformung desselben im Sinne des Friedensgedankens keine leichte Arbeit ist, sondern unendlich viel Geduld und Ausdauer erfordert; denn Voraussetzung für ein Gelingen ist doch, daß die Erzieher erst selbst einmal den Friedensgedanken als einen sie in ihrer Berufsarbeit verpflichtenden Imperativ anerkennen. Daher gilt es vor allem, diejenigen für den Friedensgedanken zu gewinnen und zu begeistern, die in erster Linie zur Erziehung der Jugend berufen sind: Lehrer, Lehrerinnen, Professoren, Geistliche, Gelehrte. Eine weitere Vorbedingung für diese Umbildung ist, daß sie nicht einseitig in einem Lande einsetzt, sondern gleichzeitig in den benachbarten Kulturländern nach gemeinsamen Grundsätzen und Richtlinien sich vollzieht. Zu diesem Zwecke müssen sich die am Erziehungsgeschäfte in den verschiedenen Kulturländern Beteiligten selbst persönlich nähertreten, sich gegenseitig kennen und verstehen lernen. Um dies zu ermöglichen, könnte man verschiedene Wege einschlagen. Man könnte z. B. von Zeit zu Zeit internationale Kongresse für alle an der Jugenderziehung beteiligten Personen veranstalten. Dafür scheint mir aber jetzt die Zeit noch nicht gekommen zu sein. Denn, abgesehen davon, daß sich eine derartige Zusammenkunft doch immer auf eine verhältnismäßig kurze Zeit von einigen Tagen beschränken müßte und infolgedessen zu wenig Zeit für ein persönliches Sichnähertreten übrigließe, so würden solche Kongresse in der Hauptsache doch nur von solchen Personen besucht werden, die bereits dem Friedensgedanken mehr oder weniger nähergekommen sind. Die große Mehrheit der Lehrpersonen würde aber immer noch in Unkenntnis oder Teilnahmslosigkeit an der pädagogischen Friedensbewegung abseits stehen. Gerade diese Mehrheit aber gilt es zu gewinnen. Da der Friedensgedanke allein sie nicht zusammenbringen würde, so muß man nach anderen Gelegenheiten suchen, die zugkräftig genug sind, um regelmäßig eine

größere Anzahl von Lehrern und Erziehern aus allen Ländern auf möglichst lange Zeit zu gemeinsamer Arbeit und Beratung zusammenzuführen. Eine derartige Gelegenheit glaube ich durch unsere „Ferienkurse für Ausländer“ geschaffen zu haben, die in diesem Sommer zum achten Male stattgefunden haben. Sie verdanken ihre Entstehung hauptsächlich der Beobachtung, daß in den meisten Kulturländern sich in den Kreisen der Schulmänner immer mehr die Strömung die Oberhand verschafft, die fremde Sprache und Kultur, Land und Leute, Sitten und Einrichtungen in dem betreffenden Lande selbst an Ort und Stelle kennen zu lernen. Alles, was diesem Zwecke dient, muß daher in dem Programm solcher Kurse im Vordergrunde stehen, was nicht ausschließt, daß alle derartigen Darbietungen vom Gedanken und der Absicht internationaler Verständigung getragen werden. Im Gegenteil! Durch die Tatsache, daß die Kursteilnehmer wenigstens vier Wochen, viele sogar sechs und neun Wochen lang zusammengehalten werden, ist außerordentlich viel Gelegenheit zu gegenseitigem Gedankenaustausch gegeben, der es ermöglicht, bestehende Vorurteile zu zerstreuen und sich gegenseitig kennen und schätzen zu lernen. Im Gegensatz zu manchen anderen derartigen Einrichtungen, die meistens ausschließlich wissenschaftliche Unterweisungen an einheimische Lehrer zum Zwecke haben, oder die sich nur an ausländische Neuphilologen wenden, vereinigen unsere Kurse von Anfang an Lehrer, Lehrerinnen, Professoren und Schüler höherer Lehranstalten aus allen Kulturländern, und daher wirken an ihnen auch Lehrer und Professoren aller Schulgattungen, von Volks-, Mittel- und Hochschulen. Da mit den Ferienkursen auch solche in französischer und englischer Sprache verbunden sind, so stellt sich jährlich auch eine größere Anzahl deutscher Lehrer und Schüler bei denselben ein, so daß sich die verschiedenen Nationen durch gegenseitigen Sprachaustausch näher kommen. So stellten sich also unsere Ferienkurse von Anfang an durch Förderung des persönlichen Verkehrs und Gedankenaustausches an Diskussions-, Familien- und Unterhaltungsabenden, auf gemeinsamen Spaziergängen und Ausflügen in den Dienst des internationalen Verständigungsgedankens. Es ist doch leicht einzusehen, daß auf diese Weise in einer Reihe von Jahren in den verschiedenen Ländern ein Stab von Erziehern gewonnen wird, die als Pioniere des Friedensgedankens in diesem vornehmlichen Geiste auf die ihnen anvertraute Jugend und damit auf ihr Volk einwirken und so der internationalen Verständigung immer mehr den Boden bereiten. Da die Kurse jährlich im Durchschnitt von 200 Teilnehmern — die deutschen nicht eingerechnet — besucht werden, so wird in zehn Jahren eine Zahl erreicht, die in ihrem Ein-

fluß auf die Ausbreitung des Verständigungsgedankens gewiß nicht zu unterschätzen ist. Aus einer Fülle ganz spontaner Kundgebungen unserer Kursteilnehmer durften wir die Ueberzeugung gewinnen, daß man unserem Bemühen, dem Verständigungsgedanken immer mehr Anwälte und Verkündiger zu verschaffen, Verständnis und guten Willen entgegenbringt. Selbst Skeptiker und hartgesottene Nationalisten haben uns den Beweis geliefert, daß sie durch ihren hiesigen Aufenthalt allmählich zu einer besseren Einsicht gekommen sind.

Diese günstigen Erfahrungen ermutigten die Kursleitung, das Ziel weiter zu stecken und sich nicht bloß damit zu begnügen, die Kursteilnehmer einander persönlich näher zu bringen und sie für eine internationale Verständigung zu erwärmen. Wer planmäßig und zielbewußt für den Friedensgedanken arbeiten und gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen, gerüstet sein will, der muß den Friedensgedanken auch wissenschaftlich erfaßt und ihn nach allen Seiten betrachtet haben, nach seinen historischen, ethischen, sozialen, nationalen, wirtschaftlichen, völkerrechtlichen Stützpunkten. Diese allseitige Aufklärung über den Friedensgedanken soll unser internationales Friedensseminar bieten, das wir organisch mit unseren Ferienkursen verbunden haben und das im letzten Sommer zum erstenmal in Tätigkeit trat, wenn wir auch schon in den vorhergehenden Jahren stets einige rein pazifistische Vorträge aufs Programm gesetzt hatten. Hervorragende Vertreter und Führer der Friedensbewegung hatten wir für solche Vorträge gewonnen. Leider wurden einige Redner durch den Umstand, daß der Haager Kongreß in die zweite Hälfte des August fiel, verhindert zu kommen. Trotzdem boten die übrigen pazifistischen Vorträge eine solche Fülle von Anregungen, daß die Zeit kaum ausreichte, den dargebotenen Stoff zu verarbeiten. Bemerkenswert sei noch, daß die meisten dieser Vorträge öffentlich und daher für jedermann zugänglich waren. Schon zu dem ersten Vortrage hatte sich eine große Zuhörerschaft, rund 600 Personen, eingefunden und dem Redner, Richard Feldhaus, gelang es auch durch seine interessanten und fesselnden Ausführungen über das Thema „Der Balkankrieg und die Friedensbewegung“, erläutert durch viele Lichtbilder, die Hörer für den Friedensgedanken zu erwärmen und sie in atemlosem Lauschen bis zum Schlusse festzuhalten. Die wirtschaftliche Seite der Friedensbewegung behandelte der englische Professor Ernst Breul in seinen Vorträgen „Das Geld im täglichen Gebrauch“ und „Die Friedensrolle des Kredits“. Der Kursleiter nahm Veranlassung, das in diesem Jahre aktuelle Thema „Die vaterländische Dichtung von 1813“ vom Friedensgedanken aus zu beleuchten und in dessen pädagogische Grundlagen durch den Vortrag

„Erziehung zum Frieden“ einzuführen. Ueber „die Organisation der internationalen Friedensbewegung“ erstattete der Direktor des Berner Bureaus, Nationalrat Dr. Gobat, einen klar und übersichtlich aufgebauten Bericht. Den Höhepunkt erreichten unsere Kurse durch den Vortrag unserer hochverehrten Führerin, der Frau Baronin von Suttner, über „Die Friedensbewegung in Amerika“. Das war nicht bloß ein sensationelles Ereignis für unsere Kurse, sondern für ganz Kaiserslautern, ja für die Pfalz. Denn auch von auswärts trafen mit den Zügen zahlreiche Hörer ein und halfen Saal und Galerien der mehrere Tausend Menschen fassenden Fruchthalle füllen. Wer schon einmal das Glück hatte, dieser geistreichen Frau zuhören zu dürfen, wird sich keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, wie sehr es ihr auch bei dieser Gelegenheit gelungen ist, ihre Hörer unwiderstehlich in den Bannkreis ihrer Ideen zu ziehen und sie nicht bloß für ihre große Persönlichkeit, sondern auch für die große Sache, die sie vertritt, zu begeistern.

Mit dem Anhören der Vorträge sollte es aber nicht sein Bewenden haben. Friedensseminar heißen wir unsere Einrichtung, und zwar deshalb, weil sie den Teilnehmern Gelegenheit geben soll, selbsttätig zu den verschiedenen Problemen der Friedensbewegung Stellung zu nehmen, sich zu üben, den Friedensgedanken gegen vorgebrachte Einwände zu verteidigen und durch eigene Arbeit immer tiefer in denselben einzudringen. Zu diesem Zwecke wurden besondere Diskussionsstunden angesetzt, in denen die in den Vorträgen gehörten Gedanken und Anschauungen zur Aussprache gestellt wurden. Eingeleitet wurden diese Aussprachen stets durch einige kurze Referate, die von den Kursteilnehmern gern übernommen wurden. Bei Verteilung derselben wurde darauf gesehen, daß die verschiedenen Nationalitäten und auch diejenigen Teilnehmer, die dem Friedensgedanken noch gleichgültig oder ablehnend gegenüberstanden, zu Worte kamen. Zur Vorbereitung steht den Berichterstattern eine reiche Literatur zur Verfügung; denn mit dem Friedensseminar ist eine ständige Ausstellung und möglichst vollständige Sammlung der Friedensliteratur verbunden. Hier liegen auch die Weltpetitionsbogen von Miß Eckstein auf, die zudem auch während jedes öffentlichen Vortrages zur Verteilung kamen.

Wenn noch irgendwo Zweifel bestehen sollten, ob wir mit unserer Einrichtung den erwünschten Erfolg erzielen, so werden sie durch das Verhalten unserer Gegner beseitigt, die ihrem Groll über die von dem Friedensseminar ausgeübte Wirksamkeit durch scharfe, öffentliche Angriffe und Verdächtigungen, sogar in der Berliner Kreuzzeitung, Luft machten. Gerade dieses aufgerregte Gebaren unserer nationalistischen

Widersacher beweist uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Auch der zahlreiche Besuch der diesjährigen Kurse ist ein Beleg dafür, daß der Anschluß eines Friedensseminars an die Ferienkurse diesen selbst nur förderlich sein kann. Wenn auch diesmal die französischen Gymnasiasten infolge der hochgradigen Erregung, die im letzten Winter die Nachbarvölker ergriffen hatte, sich in geringerer Zahl einfanden, so haben wir doch auch einen Fortschritt im Besuch zu verzeichnen, insofern auch weiter abliegende Länder zum erstenmal vertreten waren. Die Hauptzahl stellte immer noch Frankreich, dann folgte England, Belgien, Rußland, Ungarn. Vertreten waren außerdem Griechenland, Norwegen, Indien, Aegypten, Algerien, Tunis und zum erstenmal auch Amerika. Freilich bedarf eine derartige Einrichtung, wenn sie Bestand haben und weiter entwicklungsfähig sein soll, auch der nötigen Geldmittel. Bis jetzt konnte sie nur durch die größten persönlichen Opfer gehalten werden. Der Leitgedanke unserer Ferienkurse und unseres Friedensseminars soll auch fernerhin sein und bleiben: Durch Erziehung zum Frieden!

Erlauschtes, Erlebtes, Erdachtes in Frankreich.

Ernste Betrachtungen
von einem patriotischen deutschen
Studenten*).

Der Liebenswürdigkeit des Herrn Professor Duménil-Ancenis verdanke ich meine Einladung in eine französische Familie Westfrankreichs. Ich fühle mich bewogen, Herrn Duménil, der ein geschätzter Mitarbeiter der „Friedenswarte“ ist, auch an dieser Stelle meinen wärmsten Dank für seine Freundlichkeit auszusprechen. Hatte ich mich doch schon lange danach gesehnt, eigene Erfahrungen in dem Nachbarreiche zu sammeln, um so ein objektives, ungetrübtes Bild des französischen Volkes zu erhalten und die ganze Tiefe seiner Seele nach Möglichkeit kennen zu lernen.

Einiges mitzuteilen, von dem, was ich in zweieinhalbmonatlichen Aufenthalte in Frankreich in stetem Verkehr und in enger Vertrautheit mit der französischen Volksseele schaute, erlauschte und erlebte, und die Gedanken, die mich gar oft in fremden Landen bestürmten,

*) Der Verfasser, dessen Name der Redaktion bekannt ist, schreibt dieser: „Ich stehe auf streng konservativem Standpunkte, was mich aber nicht hindert, unbedingt für die Friedensbewegung zu arbeiten, soviel in meinen schwachen Kräften liegt, da ich ihre Daseinsberechtigung, ja kategorische Forderung während meines Aufenthalts in Frankreich erkannt habe.“

jedermann offen kund zu tun, soll in nachfolgenden Ausführungen meine Aufgabe sein.

Ich lebte die ganze Zeit in einer einfachen, schlichten Handwerkerfamilie, wurde ganz wie zur Familie gerechnet, und man machte mir gegenüber nie aus seinen Gedanken ein Hehl. Ich lernte viele, viele kennen, in Stadt und Land, vom einfachen Arbeiter bis zum Führer des Volkes, verkehrte in vertrauter Weise viel in Familien und gewann dabei viele liebe Freunde, so daß ich im Laufe der Zeit ein ziemlich klares Bild des Franzosen von heute gewonnen habe.

Vor allem muß ich die große Gastfreundschaft und Liebenswürdigkeit des französischen Volkes loben. Ich war ein wildfremder Mensch, selbst für meine Wirtsleute, der nur auf Empfehlungen eingeladen war und noch dazu dem feindlichen Nachbarvolke angehörte. Trotzdem nahm man mich mit einer Herzlichkeit auf, die mich in Staunen setzte. Bald wurde ich ganz zur Familie gerechnet. Ich besuchte mit meinen freundlichen Wirtsleuten deren Verwandte, Bekannte und Freunde, und überall, wohin ich kam, fand ich gastfreundliches, herzlichstes Entgegenkommen, obwohl ich der Nation der „Prussiens qui font la guerre“ angehörte. Es waren meist einfache Landleute, mit denen ich näher verkehrte, Landleute, denen die Feinessen der diplomatischen Redewendungen meist fern waren, so daß ich stets die offene Wahrheit, ihr wahres Fühlen und Denken kennen lernte. Die guten Leute überboten sich förmlich in Freundlichkeit. Gerade, wenn man hörte, daß ich Deutscher sei, wurde ich um so ausgesuchter behandelt, mußte ich unbedingt ihren Wein trinken und mit ihnen anstoßen, und mehr als einmal tönte mir dabei der Ruf entgegen: „Vive l'Allemagne! Auf Ihr fernes Vaterland!“ Die Bewirtung war geradezu großartig. Gerichte über Gerichte wurden aufgetragen, selbst bei einfachen Leuten, und alles nur, weil ich ein Deutscher war.

Als ich einst durch den Mund eines Schülers des Gymnasium von Nantes dem dortigen Direktor den Wunsch ausgesprochen hatte, einmal den Unterrichtsbetrieb anzusehen, wurde mir dieses sofort auf bereitwilligste gewährt. Der Direktor führte mich persönlich von Klasse zu Klasse, und ich wohnte dem deutschen Unterricht in verschiedenen Klassen bei, ich, ein deutscher Student, der ich noch dazu nicht einmal Philologe bin. Jeder Professor der deutschen Sprache sprach ohne weiteres Deutsch mit mir, sobald er vernahm, daß ich Deutscher sei. —

Bald war ich ein gern gesehener Gast und Vertrauter in mehreren Familien des Ortes. Wie oft saßen wir des Abends in traulichem Familienkreise und erzählten uns von dem Großen und Schönen beider Nationen, und abwechselnd erklangen deutsche und französische Lieder. Namentlich wollte

man deutschnationale Lieder immer wieder hören.

Und dabei machte ich aus meiner patriotischen Gesinnung nie ein Hehl. Im Gegenteil, ich sprach stets mit Liebe und Achtung von meinem deutschen Vaterlande und erklärte stets, daß ich Deutscher und überzeugter Monarchist mit Herz und Seele sei.

Wie natürlich kam die Rede immer wieder auf das Politische. Und da mußte ich bald eine große Ueberraschung erleben. Das französische Volk, so wie ich es im Westen kennen gelernt habe, ist vollkommen friedlich gesinnt. Sein sehnlichster Wunsch ist, einen dauernden Frieden zu genießen. Der Revanchegeanke ist tot, man sehnt sich nach Frieden. Man hat mir bisweilen gesagt: „Wir wollen Elsaß-Lothringen gar nicht wieder haben.“ Im Laufe der Unterhaltung wurde ich dann stets gefragt: „Weshalb sind die Deutschen nur ein so kriegerisches Volk und sinnens stets darauf, uns zu bekriegen? Wie schön wäre es doch, wenn sie uns in Ruhe ließen und wir friedlich nebeneinander leben könnten!“ Die guten Leute waren stets aufs höchste erstaunt, wenn ich ihnen dann auseinandersetzte, daß das deutsche Volk nicht im entferntesten an Krieg denke, nichts aufrichtiger als den Frieden wünsche und seinerseits gleichfalls glaube, daß das französische Volk unserer Tage beständig an eine kriegerische Schwächung Deutschlands denke: „Ja, aber unsere Zeitungen!“ sagte man mir dann oft.

Ja, die Zeitungen, darin liegt leider gerade der wunde Punkt. Anstatt das Volk aufzuklären, hetzen sie es nur auf, und im Osten der Republik ist ihnen dieses bereits nur zu gut gelungen. Volksaufklärung tut daher bitter not. Und es ist so leicht, das französische Volk aufzuklären, wenn man es nur in geeigneter Weise anfängt. Ich habe mich überall stets bemüht, aufklärend zu wirken und ihnen ihre falschen Meinungen zu nehmen, was mir stets gelungen ist. Ja, ich habe selbst denen, mit denen ich näher verkehrte, durch meine Schilderungen aufrichtige Bewunderung für Deutschland eingeflößt. Einem Brief, den ich eben aus Frankreich erhalte, entnehme ich folgende Stelle:

„Ich gestehe, daß ich vordem, wenn ich auch nicht Deutschland haßte, so doch keineswegs es liebte. Sie haben meine Gefühle ganz geändert, indem Sie es mir so darstellten, wie es wirklich ist. Und von ganzem Herzen sage ich daher jetzt: Es lebe Frankreich! Es lebe Deutschland!“

Wenn schon der einzelne, landfremde solche Erfolge aufweisen kann, um wieviel mehr müßte da planmäßige, aufklärende Arbeit von berufener Seite wirken können. Es ist ein dankbares Gebiet, hier Volksaufklärungsarbeit zu leisten: „Die Saat ist reif. Frischauf, ihr Schnitter, zaudert nicht!“

Beide Völker wünschen heute in ihrer großen Gesamtheit ernsthaft den Frieden, ver-

stehen sich aber nicht, weil man sich absolut nicht kennt. Man rüstet, weil man sich fürchtet, man fürchtet sich, weil man rüstet. Das ist der beständige Kreislauf. Auf beiden Seiten sagt man, wir sind bereit; möge das Nachbarvolk die dargebotene Friedenshand annehmen. Aber niemand will den Anfang machen, und hierin liegt die ungeheure Gefahr, die jedem ernsthaften Mann zu denken geben muß. Der Deutsche muß aufhören, in jedem Franzosen den revanchelustigen Draufgänger zu sehen, der Franzose in dem Deutschen den finstern Kriegsmann, den Störenfried Europas, der beständig an Ueberfall und Zerstückelung Frankreichs denkt. Möchte man auch endlich einsehen in Frankreich, daß Kaiser Wilhelm ein Friedenskaiser ist. Denn unser Kaiser ist jenseits des Rheins der gefürchtetste Mann. Man hält ihn meist für den größten Feind des Weltfriedens, für den gewaltigen Organisator des feindlichen Deutschland, der beständig und unermüdlich seine gewaltige, eisengepanzerte Armee vermehrt und übt, um mit ihr dereinst den gewaltigsten Weltbrand zu erregen, den die Welt je gesehen hat. Oft hat man mir gesagt: „Ein dauernder Frieden ist nicht möglich, solange Kaiser Wilhelm lebt.“

Wieviel Aufklärungsarbeit gibt es da auf beiden Seiten zu leisten. Vor allem müßte man der chauvinistischen Presse den Krieg bis aufs Messer erklären. Dann müßte in Theaterstücken und Büchern alles vermieden werden, was das Nachbarvolk in seinen Gefühlen verletzen könnte. Ich denke hier vor allem an die französischen Theaterstücke, in denen die deutsche Armee und deutsches Wesen und deutsche Sitten lächerlich gemacht werden. In Deutschland müßte man aufhören, Bücher zu verfassen, wie z. B.: „Das Ende Frankreichs“, die unendlich zur Verschlechterung der Beziehungen beitragen.

Möchten doch die Völker endlich einsehen, daß es neben den Sonderinteressen der einzelnen Nationen Interessen gibt, die allen Staaten gemeinsam sind, und daß man daher am besten durch internationale Gemeinschaftsarbeit fährt. Schon die wirtschaftlichen Interessen drängen gebieterisch darauf hin. Deutschland bezieht aus Frankreich eine Menge Luxusartikel; Frankreich vollends ist vollständig in wirtschaftlicher Beziehung von Deutschland abhängig. Seine Hochöfen an der Ostgrenze sind auf deutsche Kohlen angewiesen; die wichtigsten Maschinen der französischen Schiffswerften stammen aus Düsseldorf, sämtliche elektrischen Apparate der Kriegsschiffe aus Berlin. Alle roten Hosenstoffe der französischen Armee stammen aus einer Fabrik in Ludwigshafen. Die Gläser der Feldstecher kommen aus Jena, die Konserven der französischen Feldküche sind gleichfalls deutsches Fabrikat (Knorr-Konserven). Auch der Stoff zu den Ballons wird aus Deutschland bezogen. Neuerdings werden die

modernen, großen Handelsschiffe in Stettin gebaut. Eine gewaltige Anzahl von Maschinen, Lokomotiven u. a. m., werden gleichfalls in Deutschland hergestellt.

Es muß aber im Interesse aller wahren Kultur nach Möglichkeit erwünscht und erstrebt werden, daß dieser gesteigerte Handelsverkehr die Völker auch innerlich näher bringt. Leider ist das nicht der Fall!

Wieviel würden wir voneinander lernen, wenn wir Deutschen und die Franzosen alle Vorurteile, allen nationalen Hochmut fahren lassen würden. Wir sind ja von Natur bestimmt, uns zu ergänzen. Wieviel das französische Volk von uns Deutschen, dem Volke der modernen Technik, methodischen Bildung und Disziplin, und von deutscher Gemütsiefe lernen könnte, brauche ich nicht erst zu sagen. Aber auch wir könnten gar viel von den Franzosen lernen. Sind sie doch das Volk der Gastfreundschaft und Ritterlichkeit, glühenden Freiheitsverlangens, Herzenswärme und Schwärmerei, mit edlem Sinn für Adel und Schönheit—, das Erbe der alten Troubadours.

Möchte dereinst eintreten, was schon jetzt von einsichtsvollen Geistern hüben und drüben ersehnt wird: ein ungetrübtes Nachbarverhältnis, ein aufrichtiger Freundschaftsbund zwischen den beiden großen Staaten.

Berliner Konferenz pazifistischer Pastoren.

Von Pastor Francke, Berlin.

Für den 15. Oktober war anlässlich der Jubiläumstagung des Deutschen Protestantenvereins in Berlin eine Konferenz pazifistischer Pastoren dahin einberufen worden. Die Einladung hatte sich an Theologen im Kirchen- und Schulamt ohne Unterschied der Richtung gewendet. Da sie aber von drei Mitgliedern des liberalen Protestantenvereins ausgegangen und in den Rahmen der Protestantentagung nachträglich eingefügt worden war, so war es begreiflich, daß die Konferenz Besichtigung ausschließlich aus liberalen Pfarrerkreisen erfuhr und daß auch diese nur durch solche Interessenten vertreten waren, die als Protestantenvereinsmitglieder die Jubiläumstagung in Berlin mitzumachen in der Lage waren. Angesichts dieser doppelt gesiebten Auswahl war die Beteiligung eine überraschend gute und der Verlauf der Verhandlungen dürfte trotz der sehr ungünstigen Begleitumstände, die die Konferenz einengten, bei den Teilnehmern den Eindruck hinterlassen haben, daß die Weltfriedensfrage bei den evangelischen Pfarrern en marche ist und daß der Prozentsatz mindestens der liberalen Theologen, die sich dafür interessieren, zusehends wächst. Eingeengt war die Konferenz nicht

nur durch den völlig unzulänglichen Raum, der ihr zur Verfügung stand, sondern vor allem durch die erdrückende Konkurrenz zweier gleichzeitig tagenden Versammlungen, die um 4 Uhr bereits begonnen hatten und um 6½ Uhr immer noch nicht zu Ende waren. Da um 8 Uhr abends jedermann wieder zu den großen Volksversammlungen eilte, so blieb der pazifistischen Konferenz knapp die Zeit von 6½ bis 7¾ Uhr; und in diesen fünfviertel Stunden hörte sie das feinsinnige Referat des bekannten Wortführers der pazifistischen Pastoren, des Pfarrers Nithack-Stahn von der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, sowie eine Diskussion von etwa 6 bis 8 Debatterednern, die sich äußerst lebhaft und interessant gestaltete. Nithack-Stahn hatte in seinem Referat ausgeführt: Es sei eine Gewissenspflicht der Theologen, die Gewaltanwendung bei Völkerstreitigkeiten als etwas dem Geiste Jesu Christi Widerstreitendes zu erkennen. Wer den Krieg als Element der göttlichen Weltordnung ansieht, der kennt die Weltordnung nicht, die der Vatergott Jesu durch ihn, den Sohn, geoffenbart hat. Und wer die von den Pazifisten gezeigten Möglichkeiten, den Krieg abzuschaffen, nicht würdigen mag, weil er grundsätzlich mißtrauisch ist, der hat eigentlich keinen Glauben. Er glaubt nicht an das Kommen des Reiches Gottes. Es ist sehr billig, die Pazifisten als Utopisten zu verspotten; also haben sie auch getan den „Schwärmern“ früherer Zeiten, die die Nachwelt beschämt als Propheten anerkennen mußte. Es wäre sehr bedauerlich, wenn gerade wieder die Geistlichkeit, das Priestertum und die Schriftgelehrsamkeit unserer Tage das Prophetische bekämpfen wollte, was von den nichtgeistlichen Bannerträgern der pazifistischen Bewegung in unsere Zeit hineingetragen worden ist.

Die sich anschließende Debatte konzentrierte sich bald auf 2 Punkte: Wie will die Kirche das Vertrauen der Arbeiterschaft wiedergewinnen, wenn sie sich in der Bemühung um Weltfrieden und Völkerverständigung von der Sozialdemokratie beschämen läßt?! Unerlässlich sei es, daß sie neben der Predigt vom Frieden auch den Willen zum Frieden und die Tat zum Frieden treibt, und zwar nicht nur zum Frieden der Seelen, sondern zum Frieden der Welt. Denn auch den wil die Bibel und verheißt die Bibel. — Sodann wurde psychologisch erörtert, ob Kriegsverherrlichung und Tapferkeitsruhm dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht. Mindestens nicht dem christlichen! wurde von der einen Seite gesagt. Denn es ist kein sonderliches Verdienst und erfordert nur geringe Selbstbeherrschung, in der tosenden Feldschlacht physische Tapferkeit zu beweisen, und aufsteigende Angst und Zaghaftigkeit zu unterdrücken. Woher sonst die kriegerische Ueberlegenheit ethisch tiefstehender Völ-

ker? — Es war sehr interessant, daß als dem von der anderen Seite entgegengehalten wurde, auch die Pazifisten dürften die im Kriege bewiesene Virtus, die Männlichkeit, nicht gering einschätzen, — sei sie doch die Seele der großen Zeit vor 100 Jahren, sowie auch der Großtaten unserer Väter von 1866 und 1870 gewesen! — seitens eines Oberlehrers, eines früheren Theologen, erwidert wurde: ihm sei von seinem Vater, einem Berufssoldaten und Feldzugsteilnehmer, bezeugt worden, daß von persönlicher Tapferkeit in der Feldschlacht nur in ganz seltenen Ausnahmefällen die Rede sein könne. Das, was die Massen fortreibt, sei nicht Tapferkeit, sondern Nervenaufregung; dieselbe könne auch in ihr Gegenteil, in allgemeine Depression, umschlagen und habe dann jene unbegreifliche Massenfurcht, die Panik, im Gefolge. — Sehr schade, daß dieser interessante Beitrag aus persönlicher Erfahrung nur noch von Wenigen gehört wurde. Die Versammlung hatte sich angesichts der bevorstehenden fünf großen Volksversammlungen desselben Abends schon sehr gelichtet und mußte von dem Leiter, Pfarrer Böhm e aus Kunitz bei Jena gegen $\frac{3}{4}$ Uhr geschlossen werden. Sie war von ca. 20 Theologen und zahlreichen Gästen besucht gewesen, unter den Ersten befand sich bezeichnenderweise ein Delegierter des evangelisch-protestantischen Kirchenblattes für Elsaß-Lothringen.

Irgend eine Beschlußfassung oder Herbeiführung eines engeren Zusammenschlusses der pazifistischen Pastoren konnte unter diesen Verhältnissen nicht erfolgen; doch ist gewiß, daß, wenn bei ähnlichen Anlässen bald weitere Zusammenkünfte der friedensfreundlichen Theologen folgen, dem Pazifismus aus diesen Kreisen eine starke und einflußreiche Hilfe erwachsen wird. Die Stimmung war eine ausgezeichnete.

Als besonders bedeutsam muß noch nachgetragen werden, daß diese für den Pazifismus günstige Stimmung sich wiederholt auch bei den anderen Versammlungen der Protestantenvereinstagung geltend machte. Den preußischen liberalen Pfarrern mag es noch überraschend gekommen sein, wie gleich der erste Hauptredner, der Baseler Theologie-Professor P. W. Schmidt in seinem Referat warme pazifistische Töne anschlug. Aber dem freien Sohn der Schweiz war das so selbstverständlich, daß sich die Preußischen Kollegen bald sehr ernst gefragt haben mögen, ob Militärschwärmerei und Kriegsbegeisterung mit echtem Liberalismus nicht ebenso schwer vereinbar sei, wie mit echtem protestantischen Christentum. Jedenfalls erfuhr Pfarrer Fredericking aus Charlottenburg in einer nur von Pfarrern besuchten, stark frequentierten Versammlung eine Ablehnung, als er die 400 Unterzeichner des Friedensaufrufs des Dilettantismus bezichtigte und andeutete, sie seien zu wenig politisch-geschichtlich orientiert,

um öffentlich aufzutreten. Unter dem Beifall der Versammlung konnte der Vertreter dieses Berichts erwidern, daß Pfarrer Fredericking in der Geschichte der Vergangenheit gewiß sehr gut zuhause wäre, daß er aber für die Mächte der Gegenwart offenbar keinen Blick habe.

Mit Spannung darf man erwarten, ob nach dieser Kundgebung von liberal-theologischer Seite auch die orthodoxen Pfarrerkreise sich bewogen fühlen werden, zum Weltfriedensproblem Stellung zu nehmen. Hoffen wir, daß ein edler Wettstreit entbrennt, auf diesem Gebiet sich von den erkannten Grundsätzen des wahren Christentums vorwärts treiben zu lassen.

Ein heimgegangener Friedensfreund.

Von Elisabeth Friedrichs, Schwetzingen.

Wir haben schon wiederholt die betäubende und unbegreifliche Erscheinung erlebt, daß Söhne unserer überzeugtesten und verdientesten Mitarbeiter, Führer, denen die pazifistische Mission Evangelium und Leitstern des Lebens war, daß die Söhne dieser Getreuen entgegengesetzte Wege wandelten, ja, sich bestrebten, den Tempel niederzureißen, den ihre Väter aufbauten. So der Frankfurter Franz Wirth, so der englische William Stead und andere. Wir haben alle Ursache, darüber zu trauern, wenn wir uns sagen, was kann ein Sohn erst vollbringen, dessen Vater das Fundament eines Baues schon errichtet hat, eines Baues, an dem Generationen arbeiten müssen. Was so eine Aufeinanderfolge von Vätern und Söhnen und wieder Söhnen für die stetige, ununterbrochene Förderung großer Kulturaufgaben vermag, das haben wir ja vereinzelt schon beobachtet auf dem Gebiete der Wissenschaft und auf dem der Kunst — man denke an die glänzende Reihe der Meister „Bach“, wo der Genius der Musik eine lange Ahnenreihe durchwanderte und den größten, Sebastian, jenen gewaltigen Kunstbau vollenden ließ, dessen Grundstein Jahrhunderte vorher von einem Vorvater Bach gelegt worden war. Wir haben das auch schon auf dem Gebiete der ethischen Kultur erlebt. Es gibt große, weltumfassende, menschenbeglückende Bewegungen, zu deren Förderung immer wieder der Sohn das Werkzeug aus der Hand des Vaters erhielt. Nun, das sind hervorragende Erscheinungen in der Kulturgeschichte. Sie kommen nicht allzu oft. Aber was man zu erwarten dürfen glaubt, das ist doch eine treue Anhänglichkeit der Söhne an die Ideale, denen der Vater sein Leben weihte, mit denen er das Geistes- und Gemütsleben seiner Kinder nährte.

Eine solche treue Anhänglichkeit hat ein in diesen Wochen Geschiedener seinem großen

Vater zeitlebens bewahrt. Es ist der älteste Sohn des Königsberger Philosophen Julius Rupp. Uns ist dieser Mann durch Hinweise in der pazifistischen Presse sowie namentlich durch das von Oskar Schwonder herausgegebene Büchlein „Von der ersten deutschen Friedensgesellschaft zu Königsberg“ bekannt geworden. Er war einer jener Größten, die nicht nur ihrer Zeit um Jahrhundert voraus sind, sondern, die frei von jeglichen Banden ihrer oder irgendeiner Zeit die reine, ewige Idee erkennen und ihr nachstreben, ob es auch Gut und Blut koste. So war es auch ganz selbstverständlich, daß ein solcher Mann zu den Pazifisten zählte, daß er ein Pazifist war, der nicht fragt, ob die Sache auch opportun ist, sondern der mitten in der Zeit schwerer Reaktion zur Tat schreitet, in seiner Vaterstadt Königsberg einen Friedensverein — den ersten deutschen überhaupt — gründet, öffentlich leitet und eine Friedenszeitung herausgibt. Dies wurde ihm bald darauf in brutalster Weise durch Polizeigewalt zerstört; doch der Mann setzte natürlich dessenungeachtet seine Friedensarbeit fort, wie und wo immer die Gelegenheit dazu sich bot. Er verstummte keinen Augenblick als Prediger des pazifistischen Evangeliums. Er verkündete es — als der einzige im Deutschen Reich — von der Kanzel und von der Rednertribüne herab, er verbreitete es in weiteren Privat- und Schülerkreisen und stritt dafür in zahlreichen seiner Schriften.

Als dieser Held im Jahre 1884 auf der Bahre lag, da reichten seine beiden Söhne, Theobald und Julius, über seiner Leiche einander die Hand in stummem Gelübde, auf allen Wegen, die der edle Streiter beschritten hatte, weiter zu klimmen, nach dem Maß ihrer Kraft seine Arbeit fortzusetzen. Sie haben ihren Schwur gehalten, sie beide waren getreu, der älteste, Theobald, getreu bis in den Tod. Er verschied vor wenigen Wochen als Vorsteher der „Ruppschen Gemeinde“ zu Königsberg, 70 Jahre alt, und die Gemeinde steht voll Dankes und voll Trauer nun vor der Urne, die seine Asche birgt.

Auch die Königsberger Friedensbewegung nimmt an dieser Trauer teil. Auch sie hat einen der ihren verloren, zwar nicht einen aktiven Arbeiter, aber einen festbewußten Vertreter und steten Förderer der Idee. Theobald Rupp besaß nicht die hohe Geisteskraft seines Vaters, er konnte nicht, wie jener, fast das ganze geistige Lebensgebiet tätig umfassen; aber er besaß den heiligen, felsenfesten ethischen Willen. Im Privatleben das reine Menschentum selbst zu erreichen und zu pflegen, in der Politik Gerechtigkeit und Offenheit und in der Religion Freiheit und Fortschritt zu fördern, dem hat er nachgestrebt, und sein größter, ihn immer wieder tief darniederdrückender Schmerz war die

Beobachtung der Rückfälle der verschiedenen Kreise nach jedem zeitweiligen Aufschwung.

Was war Theobald Rupp der Friedensbewegung? Wie hat er sie aufgefaßt, wie ihr gedient? Das ist schwer in Worte zu fassen. Unzählige Steine bilden einen Bau. So in diesem Falle. Man sieht es ja den Steinen nicht an, zu welchem Gebäude sie bestimmt sind. In der Seele des Verstorbenen lebte ein unzerstörbarer Glaube an den Sieg der Idee des Völkerfriedens — er war ihm ja schon vom Vater eingepflanzt worden — und diesem Glauben gab er als Politiker stets ruhig und fest Ausdruck, wenn ein Anlaß dazu war. So geschah es z. B. in jener Zeit, nach dem von Eugen Richter verkündeten „Ruck nach links“ innerhalb der Freisinnigen Volkspartei. Da verließ Theobald Rupp die Fortschrittliche Volkspartei um ihrer veränderten Haltung willen in Militär- und Marinefragen. Es gelang ihm nicht, dieselbe zu bekämpfen, und so wandte er der Partei den Rücken und gesellte sich der Freisinnigen Volkspartei zu. Das ist wohl eine pazifistische Tat angesichts der zahlreichen Friedensfreunde innerhalb der rüstungsfreundlicher Parteien, welche nicht daran denken, auch nur ein Wort gegen diese Haltung zu verlieren. Durch Rupp's ganze sehr lebhaft, politische Tätigkeit zieht sich sichtlich ein Bestreben, durch vornehme Gesinnung das gesamte politische Leben zu adeln. Er wurde beredt, wenn es sich darum handelte, dem Gegner gerecht zu werden, einerlei, ob dies eine gegnerische Partei innerhalb des Vaterlandes oder eine andere Nation war, stets trat er furchtlos dem Bestreben entgegen, den Gegner zu verdächtigen, schlechte Motive seiner Handlungen von vornherein anzunehmen, und sicherlich! er legte mit solchem Tun die Hand an die Wurzel eines der gefährlichsten Uebel in der Politik.

So gibt es Menschen, die, ihr Leben lang politisch tätig, doch keine einzige propagandistische Tat direkt für die Friedensbewegung leisten und doch der Bewegung mehr sind als gewisse pazifistische Eiferer, denen beim ersten Hahnenschrei patriotischen Aufbrausens in ihrem Vaterlande die Verleugnung ihrer bisherigen Ideale so schnell vom Munde geht. Solchem Wahn hätte Theobald Rupp nie verfallen können. Er glaubte an den einstigen Frieden, den konfessionellen, den ethischen unter den Menschen, den inner- und außerpolitischen unter den Völkern und Parteien, an diejenige Einigkeit, die dem Volke wie dem Individuum das volle Recht der Eigenart vorbehält, und für diesen Zustand wirkte er auf allen Gebieten. Gerechtigkeit, Offenheit, Fortschritt! In Flammenschrift standen diese für das Leben der menschlichen Gemeinschaft zu erstrebenden Zustände stetig vor der Seele des Verstorbenen.

Theobald Rupp hat sich niemals intensiv mit pazifistischen Problemen befaßt, er ver-

mied es daher, sich in längerer Rede zu solchen zu äußern. Seine Zugehörigkeit aber zur organisierten Friedensbewegung war ihm etwas Selbstverständliches, und so finden wir auch wieder in der letzten Organisation pazifistischer Art, der „Deutsch-französischen Liga“, seinen Namen auf der Mitgliederliste. Er hat es beklagt, daß in Königsberg, wo der erste Friedensverein getagt hat, nachher die Bewegung gänzlich schlief. Dann, sobald innerhalb seiner Gemeinde vom Prediger derselben die Einführung eines Friedenssonntages begonnen wurde, hat er freudig mit seinem Bruder, dem damaligen Vorsteher, diesen Plan unterstützt und noch mehr unterstützt, als sich daraus eine Gesellschaft zur Verbreitung des Friedenssonntages im ganzen Deutschen Reiche entwickelte. Er hat diese Bewegung auf die Tagesordnung der Generalversammlungen gesetzt, den Berichten über die Fortschritte mit freudiger Anteilnahme zugestimmt und die Arbeiten auch ständig von seiten der Gemeinde mit Geldmitteln gefördert. Als diese Friedenssonntagpropaganda dann weiter hinaustrat über den Rahmen der Gemeinde und sich zu einer Königsberger Friedensgruppe entwickelte, da war er wieder der Erster einer, die an dieser pazifistischen Vereinigung teilnahmen.

Wir haben also ein volles Recht, den Geschiedenen zu den Unseren zu zählen und durch diesen Ueberblick über seine pazifistische Gesinnungsfreudigkeit ihm auch bei uns ein warmes Andenken zu sichern.

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York. Die japanisch-kalifornische Streitfrage. — Die Vereinigten Staaten und Kolumbien. — Präsident Wilson und die Panamakanalfrage. — Die internationale Untersuchungskommission der Balkan-greuel. — Die Republik Mexiko und die Vereinigten Staaten.

New York, den 23. Oktober 1913.

Während der letzten Monate wurde keine der zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Regierungen schwebenden Fragen endgültig erledigt, ja man kann nicht einmal sagen, daß große Fortschritte zu ihrer Erledigung erzielt wurden. Gegen Ende des Sommers ließ die Haltung der japanischen Regierung darauf schließen, daß Japan einem neuen wirtschaftlichen Vertrag nicht geneigt sei. Als aber am 30. September eine neue Note über die kalifornische Frage nach Washington gesandt wurde, verlautete es, daß Japan seine Haltung ändere. Der Inhalt dieser Note wurde nicht veröffentlicht, aber es gilt als sicher, daß sie einen neuen wirtschaftlichen Vertrag, der alle Schwierigkeiten

lösen würde, begünstigt. Es ist zweifellos, daß ein beide Regierungen befriedigender Vertrag alle Streitfragen einer Lösung zuführen würde, aber es wird gewiß sehr schwierig sein, einen zu finden, der Japan befriedigt, und der dem Senat der Vereinigten Staaten, der erst jeden Vertrag ratifizieren muß, annehmbar erscheint.

Wahrscheinlich ist es, daß eine hinreichende Anzahl von Senatoren so weit von der Staatsrechtstheorie durchdrungen sind, daß es unmöglich sein dürfte, die Senats-Ratifikation für einen Vertrag zu erhalten, der den Einzelstaaten das Recht zur beliebigen Gesetzgebung in bezug auf die Frage des Landerwerbes durch Fremde verweigern würde. Die Streitfrage ist demnach einer befriedigenden Lösung nicht näher gekommen.

Die zwischen den Vereinigten Staaten und Kolumbien schwebenden Fragen beschäftigten wieder die Zeitungen. Nach einer am 29. September mit dem kolumbischen Gesandten bei den Vereinigten Staaten stattgefundenen Konferenz teilte der Staatssekretär William J. Bryan mit, daß ein einen vollen Erfolg verheißender Fortschritt zu einer direkten Abmachung zu verzeichnen sei. Die Oktobernummer der „Worlds Work“ veröffentlichte einen ersten Artikel von Earl Harding, der 1909 und 1910 längere Zeit in Panama verbrachte und dort die die Panamasezession betreffenden Tatsachen studierte. In diesem Artikel schlägt Harding den Erwerb weiterer Gebiete von der Republik Panama vor, wie die Rückgabe aller jener Territorien an Kolumbien südlich einer Grenze, die festgesetzt werden soll als die südlichste Grenze eines Landstriches, der von den Vereinigten Staaten zur eigenen Verwaltung des Panamakanals gebraucht wird. Dieser Plan hat viel für sich, und man hofft, daß beide Regierungen ihn ernstlich in Erwägung ziehen werden.

Es verlautet aus autoritativer Quelle, daß Präsident Wilson den Widerruf der Klausel begünstige, die eine Zollbefreiung aller im Küstenhandel der Vereinigten Staaten engagierten und den Panamakanal passierenden Schiffe vorsieht. Am 17. Oktober teilte Adamson, Mitglied des Repräsentantenhauses, Vorsitzender der parlamentarischen Kommission für zwischenstaatlichen und auswärtigen Handel und Urheber der Panamakanalakte, mit, daß er in der Dezember-sitzung des Kongresses eine Resolution einbringen werde, die die Verfügung der Panamakanalakte, den amerikanischen Schiffen freie Durchfahrt zu gewähren, so lange aufheben sollte, bis es erwiesen ist, daß der Kanal sich selbst erhält. Diese Methode zur Beseitigung der Schwierigkeiten ist wohl nur ein Kompromiß, doch könnte sie immerhin eine Zeitlang die Schlichtung der Frage bedeuten, die aber nicht aufhören würde zu bestehen, solange die Klausel, gegen die

Großbritannien Einwendung erhoben hat, nicht widerrufen ist.

Professor Samuel T. Dutton von der Columbia-Universität, Mitglied der durch die Carnegiestiftung ins Leben gerufenen internationalen Kommission zur Untersuchung der Ursachen und Wirkungen der letzten Balkankriege, kehrte am 13. Oktober zurück. Professor Dutton teilte mit, daß er bis zur Veröffentlichung des Berichtes der Kommission nichts Endgültiges über das Resultat sagen könne. Er deutete aber an, daß die Erzählungen über Greuelthaten, die von allen Seiten lanciert wurden, in der Tat begründet sind, aber keinen Anspruch auf unbedingte Richtigkeit erheben können. Der Bericht der Balkankommission wird wahrscheinlich gegen Ende des Jahres veröffentlicht werden, und ein unparteiisches Referat über den Befund der Kommission wird der Welt ein Bild aller Vorfälle geben, von denen es schwer fällt, zu glauben, daß sie sich tatsächlich im zwanzigsten Jahrhundert ereigneten.

Die mexikanischen Zustände haben schon chaotischen Charakter angenommen. Die willkürliche Annahme der Präsidentschaft durch den provisorischen Präsidenten Huerta, die Vertagung des Parlamentes und die Ermordung des Senators Dominquenz, die von manchen Huerta zugeschrieben wird, haben eine Situation geschaffen, die eine baldige Schlichtung der mexikanischen Ereignisse nicht wahrscheinlich erscheinen lassen. Trotzdem die mexikanische Konstitution vorsieht, daß ein provisorischer Präsident nicht für die Präsidentschaft bei den nächsten Wahlen kandidieren darf, verlautet, daß der provisorische Präsident Huerta auf irgendeine Weise die Ernennung und die Wahl annehmen würde, wenn sie auf ihn fällt. In Anbetracht dessen, daß seine eigenen Militär- und Zivil-Beamten die Wahlen leiten, ist es ganz gut möglich, daß er diese so vor sich gehen läßt, daß entweder er selbst oder einer seiner Freunde, der seine Politik gutheißt, gewählt wird. Präsident Wilson ließ durch eine formelle an die provisorische Regierung gerichtete Note erklären, daß es den Vereinigten Staaten durch die oben erwähnten Ungerechtigkeiten unmöglich gemacht werde, die für den 26. Oktober geplanten Wahlen ernst zu nehmen, es sei denn, daß nicht nur ein Präsident und Vize-Präsident, sondern auch Senatoren und Abgeordnete gewählt werden würden. Die Situation ist so kritisch geworden, daß drei europäische Regierungen es für notwendig erachtet haben, Kriegsschiffe zum Schutze der Interessen ihrer Untertanen hinzusenden.

Trotz der chaotischen Zustände in Mexiko und einiger ausländischer Kritiken über Präsident Wilsons Politik wird doch die eingeschlagene Politik vom Lande selbst nicht verurteilt, und die Presse ist einig in

Anerkennung der Haltung unseres Staatsdepartements. Eine Intervention oder eine Vermittlung werden nicht ernstlich erwogen, es sei denn, daß es als letztes Mittel und nur in Verbindung mit anderen interessierten Regierungen in Betracht käme.

Brief aus Schweden.

Die Feier des hundertjährigen Friedens in Schweden und Norwegen.

Von Knut Sandstedt, Stockholm.

Stockholm, 3. Okt. 1913.

Die Friedensfreunde der beiden skandinavischen Länder, Schweden und Norwegen, bereiten sich vor, im Jahre 1914 das Andenken eines hundertjährigen Friedens zu feiern. Nachdem Schweden im Jahre 1809 Finnland an Rußland abgetreten hat, wurde der berühmte französische Marschall Jean Bernadotte für den alten und kinderlosen König Carl XIII. zum Thronfolger gewählt. Nach dem Kriege gegen Napoleon im Jahre 1814 erhielt der Thronfolger, der später den Thron unter dem Namen Carl XIV. Johann bestieg, die Einwilligung der verbündeten Mächte als Ersatz für das verlorene Finnland, Norwegen mit Schweden vereinen zu dürfen. Dies geschah auch 1814 nach einem kurzen und wenig blutigen Krieg mit Dänemark und Norwegen. Seit jener Zeit haben die beiden Länder, Schweden und Norwegen, sich eines ununterbrochenen Friedens erfreuen können, und zwar nicht nur untereinander, sondern auch mit allen anderen Nationen. Und obwohl die Union zwischen Schweden und Norwegen im Jahre 1905 aufgelöst wurde, wurde auch bei dieser Gelegenheit der Frieden im Norden erhalten, und die skandinavischen Völker gaben der ganzen Welt das nachahmenswerte Beispiel, durch friedliche Unterhandlungen das schwere Problem zu lösen, das so leicht einen Krieg hätte hervorrufen können. Anlässlich dieses Ereignisses hat ein schwedischer Staatsmann geäußert, daß, „wo Ruhe und Besinnung herrscht, es keinen Platz für den Krieg gebe“, und die Wahrheit dieser Äußerung ist von den skandinavischen Völkern bestätigt worden.

Das Andenken dieses hundertjährigen Friedens wollen die schwedischen und norwegischen Friedensfreunde in der Weise feiern, daß sie ein Denkmal an der Grenze zwischen Schweden und Norwegen ganz nahe der Eisenbahnstation Charlottenberg errichten lassen. Um die Mittel zur Errichtung dieses Denkmals zu erhalten, wurden in Schweden und Norwegen Komitees gebildet, die Aufrufe und Sammelisten verbreitet und auf diese Weise schon 19 000 Kronen eingenommen haben. Von den eingereichten Entwürfen zum Friedensdenkmal ist der-

jenige des Architekten Lars Lehming, dessen Ausführung 24 000 Kronen kosten dürfte, angenommen worden.

Das Denkmal besteht aus zwei vier-eckigen Pfeilern, die aus demselben Grund hervorgehen, ebenso wie die beiden Völker derselben Wurzel entsproßen. Oben laufen die Pfeiler zusammen, und darauf stützt sich eine aus zwei männlichen Figuren bestehende Gruppe, die, eine Garbe umschließend, einander die Hände reichen. Das Denkmal dürfte 20 m hoch werden.

Der Sockel soll folgende, anlässlich einer Studentenversammlung von König Oskar I. gesprochenen Worte tragen: „Hiernach ist ein Krieg zwischen skandinavischen Brüdern unmöglich.“ Ferner soll auf dem Denkmal noch der Satz angebracht werden: „Schwedische und norwegische Friedensfreunde errichteten diesen Stein zum Andenken an einen 100jährigen Frieden.“ Die Einweihung des Denkmals soll am 14. August 1914 erfolgen. Wir hoffen, daß die Friedensfreunde der ganzen Welt ihre Sympathien und ihr Interesse den schwedischen und norwegischen Friedensanhängern, die sich so energisch um die Feier des 100jährigen Friedens bemüht haben, nicht versagen und recht zahlreich nächstes Jahr an dieser seltenen Feier teilnehmen werden.

Ueber die F-Strahlen.

Von Garret Fisher, London.

Kann die Wissenschaft, die so viel getan hat, um den Krieg immer kostspieliger und immer zerstörender zu gestalten, ihm ein Ende bereiten?

Es ist durchaus denkbar, daß die neue Form von Strahlung, die Signor Ulivi entdeckt und F-Strahlen getauft hat, in dieser Richtung einen großen Schritt bedeuten wird, wenn es sich herausstellt, daß sich seine Behauptung bewahrheitet, durch diese Strahlen Sprengstoffe auf Distanz entzündend zu können. In diesem Fall wird er ein größerer Wohltäter der Menschheit sein als sein Landsmann Marconi. So groß sich kürzlich die Macht der drahtlosen Telegraphie erwiesen hat, um Menschenleben auf der See zu retten, eine um so größere Wohltat für die Menschheit würde eine Erfindung sein, die den Krieg so gut wie unmöglich machen würde, oder doch die Außerdienststellung all der teuern Vernichtungswerkzeuge herbeiführte, für die jetzt jede Großmacht Hunderte von Millionen jährlich ausgibt.

Die F-Strahlen sollen eine neue Form jener strahligen Kraft sein, die von dem Punkte aus, wo sie erzeugt wird, nach allen Rich-

tungen mittels Wellen durch den Aether (der nicht nur den sogenannten leeren Raum, sondern alle Zwischenräume der festen Körper füllt) projiziert wird. Der augenfälligste Typus dieser Kraft zeigt sich in dem Licht und der Wärme, die uns die Sonne spendet. Dieser Typus ist uns von alters her bekannt, weil unsere Augen und unsere Körper dafür empfindlich sind. Aber wir wissen jetzt, daß Licht- und Wärmestrahlen nur einer kleinen Serie von Aetherwellen entsprechen, und daß es eine Unzahl anderer Strahlenvarianten gibt, welche verschiedene Wirkungen haben. Die drahtlose Telegraphie ist das Ergebnis einer speziellen Art von Strahlen, die viel länger sind als die Sonnenstrahlen, und die nur durch das „elektrische Auge“ (den sogenannten „Empfänger“) wahrgenommen werden können. Die Röntgen- oder X-Strahlen sind sicherlich wieder eine andere Art von Aetherwellen, ebenso die von den Radiumsalzen emittierten Gammastrahlen. Die Wellen der drahtlosen Telegraphie haben eine Länge von vielen Meilen, jene des Lichtes sind nur fünfzig Tausendstel Zoll lang. Es liegt kein Grund vor, die Existenz anderer Strahlen zu bezweifeln, die zwischen diesen beiden Extremen liegen und imstande sind, bisher ungeahnte Wirkungen hervorzubringen, wenn sie auf Empfänger stoßen, die auf ihre Pulsierungen gestimmt sind.

Wir alle können uns daran erinnern, mit welchem Sturm ungläubigen Spottes die erste Nachricht von Röntgens Entdeckung aufgenommen wurde. Eines lebendigen Menschen Skelett sollte photographiert werden können? Zu lächerlich! Heute sind wir weiser geworden und sind bereit, fast jede Wirkung der verschiedenen Strahlungen für möglich zu halten, wenn sie uns in plausibler Weise dargestellt wird. Die F-Strahlen seien fähig, so heißt es, Sprengstoffe von weitem zum explodieren zu bringen. Wenn das wahr ist, so hat das Kriegführen ein Ende. Denn dieses ist heutzutage einzig auf Sprengstoffe gestellt. Das moderne Heer mit all seiner komplizierten Organisation und seinem Material, hat einfach die Aufgabe, die größtmögliche Anzahl von Geschossen nach einem gegebenen Ziel feuern zu können. Das Schlachtschiff ist ein Riesen-Kanonengefährte. Nun denn, wenn die F-Strahlen wirklich das leisten, was ihr Entdecker behauptet, so muß die ganze Taktik und Strategik des 20. Jahrhunderts über Bord geworfen werden. Marconis erste öffentliche Vorführung fand in einem Vortragssaal statt, wo zwischen Absender und Empfänger eine Entfernung von etwa fünfzig Fuß lag. Und jetzt erstrecken sich die drahtlosen Wellen über Tausende von Meilen. Es ist ganz klar, daß, wenn die F-Strahlen im gleichen Verhältnis entwickelt werden, sämtliche Kordit- und Ekrastrabomben, alle Granaten und Schrapnells, kurz, der ganze Apparat der Fernschlächtereie auf-

■ RANDGLOSSEN ■ ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, den 7. November 1913.

Wieder einmal knapp am Abgrund vorbei! In der zweiten Hälfte Oktober (heute ist es beinahe schon vergessen, so rasch werden alte Sensationen von neuen abgelöst) wurde ganz plötzlich von Oesterreich-Ungarn an Serbien ein Ultimatum erlassen, des Inhalts, daß binnen zehn Tagen von sämtlichen Positionen, die Serbien jenseits seiner Grenzen in Albanien besetzt hielt, die Truppen zurückzuziehen seien. Widrigenfalls — nun, man weiß ja, was geschieht, oder was doch angedroht wird, wenn solch peremptorischem Befehl Widerstand geleistet wird. Es ist die alte Geste der an die Brust gesetzten Pistole. Nur daß, wenn Staaten — und nicht Straßenräuber — diese Geste machen, die Pistole mehrere hunderttausend Läufe hat. Dazu werden ja auch hauptsächlich die Heere und Flotten neuerdings zu immer größeren Dimensionen angeschwellt: als Drohinstrument, als begleitendes Orchester zum Text des stolzen Großstaatliedes: „Ich will“. Oesterreich-Ungarn singt dieses Lied gar so gern allein, und nicht im europäischen Chor. Serbien hat nachgegeben. Schön — aber wie, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre? Dieser Eventualität verschloß sich auch der Leitartikler der Neuen Freien Presse nicht, der unterm 22. Oktober schrieb: „Vor einigen Tagen war die Monarchie von einem Kriege nicht viel weiter entfernt, als das Hemd von der Haut. Eine Welle der Volksleidenschaften in Belgrad, eine plötzliche Auflehnung der militärischen Gewalten und die Kanonen hätten zu sprechen begonnen.“ Aber noch andere Chancen zum Losgehen der Kanonen hätte es gegeben. Ein so kleiner Staat wie der serbische kann natürlich den Befehlen eines so großen wie Oesterreich-Ungarn sich nicht widersetzen; aber was hätte z. B. Rußland gehindert, wenn es Krieg gewollt hätte, zu erklären, daß es sich an die Seite Serbiens stellt? Immer deutlicher und immer dringender zeigt es sich, daß nur eine Einigung des gesamten West- und Mitteleuropa die Zustände Osteuropas regeln und den Weltteil vor einem Universalbrand schützen kann.

✂

Unterdessen wird aber allenthalben mit dem fieberhaften Eifer und unter größten Opfern in einer Weise gearbeitet und vorbereitet („bereit sein ist alles!“), nicht, als wollte man den Brand verhüten, sondern als müsse man ihn gewärtigen und so verheerend wie möglich gestalten. Geld, Geld, Geld muß her! Und an allen Ecken und Enden Schatzscheinemissionen, Steuererzwingungen, Zollerhöhungen, und vor allem: Schulden, Schulden, Schulden! Der nationalökonomische

gegeben werden muß, da ja alle Munitionswagen und -magazine längst in die Luft fliegen werden, ehe die Heere oder Flotten einander begegnen können.

Die einzig gültige Erprobung der F-Strahlung wäre natürlich das Experiment, das unter gleichen Bedingungen auch von anderen Experimentatoren mit den gleichen Ergebnissen wiederholt werden könnte. Aber einstweilen kann man die a priori-Möglichkeiten betrachten. Diese sind nicht sehr ermutigend. Es bietet keine theoretische Schwierigkeit, einen Munitionsvorrat mittels eines Marconi-Apparates in die Luft zu sprengen, vorausgesetzt, daß man in das Magazin einen passenden Zünder einführt, auf den die drahtlose Welle einwirkt. Aber von den F-Strahlen heißt es, daß sie auf jeglichen Sprengstoff direkt einwirken. Soviel wir wissen, gibt es nur drei Arten, einen Sprengstoff zu entzünden: entweder durch Hitze (wie beim Schießpulver), durch Stoß (wie beim Dynamit) oder durch chemische Zersetzung (wie bei der Explosion der „Liberté“). Daher müssen die F-Strahlen imstande sein, entweder den Sprengstoff, auf den sie fallen, bis zu einer Temperatur von mindestens 400 Grad Fahrenheit zu erhitzen, oder (da der Schlag ausgeschlossen ist) irgendeine chemische Veränderung zu verursachen, die die spontane Verbrennung des Nitroglycerins herbeiführt, welches die Basis aller modernen Sprengstoffe abgibt. Die zur Erzielung der erstgenannten Wirkung erforderliche Kraft wäre so unberechenbar ungeheuer, daß man diese Möglichkeit füglich ausschalten kann; bleibt nun die Frage, ob die F-Strahlen imstande sind, in so labilen Stoffen, wie z. B. Pikrinsäure, eine spontane Veränderung hervorzubringen. Was uns das Radium über die verwickelten Eigenschaften des sogenannten Atoms gelehrt hat, sollte den modernen Physiker bestimmen, nicht allzu dogmatisch jene Möglichkeit abzuspochen. Kein wissenschaftlicher Grund verbietet uns, zu hoffen, daß Signor Uliva seine Kritiker besiegen wird. Und was wird dann mit dem Krieg geschehen? Wird das Aufgeben von Geschützen und Panzerplatten und allem, was drum und dranhängt, einfach eine Rückkehr zur blanken Waffe und zu der mittelalterlichen Artillerie von Bogen und Pfeil, Katapulten und Wurfspießen bedeuten? Oder wird es den Pazifisten die Gelegenheit geben, der Kriegsfurie sein „Halt“ zuzurufen? Wer kann es wissen? Der Mensch ist noch ein raufendes Tier. Aber möglicherweise kann der Schreck vor einem solchen Rückfall in finstere Zeiten ihm die Augen für die Tatsache öffnen, daß der Krieg zwischen zivilisierten Völkern ein wesentlicher Anachronismus ist.

(Daily Mail, 30. Okt.)

Grundsatz, daß Reichtum nur durch Arbeit, durch Gütererzeugung geschaffen werden kann, daß aber alles erpreßte, aus einer Tasche in die andere eskamotierte, und namentlich alles geborgte Geld nicht reicher, sondern nur ärmer macht, dieser Grundsatz wird ganz vergessen, und die Staaten verschaffen sich munter drauf los Millionen und Milliarden zu dem Zwecke — einer staune —, Güter zerstören zu können. Und dies, obwohl rings — eben als Folge dieser kriegerischen Politik — die Kurse fallen, die Geschäfte stocken, die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit überhand nimmt. Alles dies klingt verzweifelt, aber es läßt sich hoffen, daß der Exzeß dieser Mißlage eben zum Entschlusse führen wird, ihr abzuweichen. Denn es handelt sich dabei nicht um einen unabwendbaren Verlauf von Naturgewalten, sondern um eine willkürlich eingeschlagene Richtung, die zu verlassen den meisten unmöglich scheint, was jedoch auf Irrtum beruht. Denn der Ausweg ist leicht einzuschlagen, er heißt: Verständigung.

Was Winston Churchill angeboten hat: Ein Uebereinkommen zu einem Pausejahr im Schlachtschiffbau, ist ein Schrittchen in dieser Richtung. Auf dem europäischen Festland hat dieser Ruf kein günstiges Echo geweckt. Auch nicht in ganz England. Die navy-league hat lebhaft protestiert und sogar die Gelegenheit benützt, um statt zwei — sechs neue Dreadnoughts zu fordern. Einzig im amerikanischen Repräsentantenhause wurde am 31. Oktober von Hensley (Missouri) eine Resolution eingebracht, in welcher die Zustimmung zu einer Abrüstung im Umfange des Churchillschen Vorschlages verlangt wird. Der Sprecher sagte, er hege den Wunsch, daß die Resolution angenommen werde. Er fügte hinzu, daß Deutschland als Popanz benutzt worden ist, um bei den letzten Marinenedebatten die Amerikaner zu schrecken. Ach ja, wir kennen dieses Spiel mit dem kreditbewilligungsfördernden Popanz. Bei uns heißt er der Russ', der Serb'; in Deutschland der Franzos'; in Italien der Austriaco; in Frankreich Le Teuton; in England Germany; kurz, es hat dieser „Abgeordnetenschreck“ noch mehr verschiedene Gesichter, als das in den steirischen Bergen hausende, Bauernschreck genannte, Untier.



Die Geschäfte stocken, sagte ich vorhin. Nicht alle. Ein Blick in den Bericht eines Finanzblattes kann für uns Pazifisten ungeheuer lehrreich sein. Folgender Auszug aus einem Artikel des Wiener „Mercur“ (Nr. 1727) wirft so manche Streiflichter auf die internationale Kriegsindustrie:

Die Skodawerke sind seit ihrer Rekonstruktion in einer glänzenden Entwicklung begriffen. Bekanntlich haben sie nicht gleich nach ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (1899) die Hoffnungen ihrer Gründer erfüllt. Nur für die erste Geschäftsperiode

1899/1900 wurde eine Dividende von 6 Prozent bezahlt, dann folgten fünf dividendenlose Jahre. Eine Reihe ungünstiger Umstände wirkten zusammen, um die Kinderkrankheiten dieses großen Unternehmens besonders gefährlich erscheinen zu lassen. Bei der Reform des österreichischen Artilleriewesens machten die Skodawerke große Anstrengungen, um die von ihnen konstruierte Feldgeschütztype durchzusetzen. Die Konstruktionen, die Schießproben verschlangen enorme Summen, und schließlich blieb man doch bei dem System der Bronzekanonen, die im Arsenal hergestellt wurden. Die Teilbestellungen für die Ausrüstung dieser Kanonen sowie die Bestellungen von Haubitzen stellten keine ausreichende Entschädigung für diese enormen Ausgaben dar. Erst die Reorganisation der österreichischen Marine — die Schaffung neuer und größerer Schlachtschiffe schon vor der Ära der Dreadnoughts — führte die Genesung der Skodawerke herbei. Jahr für Jahr waren sie damit beschäftigt, Armaturen für die Kriegsschiffe (Panzertürme mit Geschossen) herzustellen und die Dimensionen dieser Geschütze und damit die Höhe dieser Aufträge wurden immer größer, bis sie den Dreadnoughttypus erreichten. Für diese Armaturen hatten die Skodawerke ein faktisches Monopol, und an der Ausführung derselben wuchsen sie empor, so daß sie auch bei Auslandsbestellungen immer konkurrenzfähiger wurden. Die Schiffsgeschütze haben die Skodawerke groß gemacht; darüber haben sie freilich auch die Erzeugung von Festlandgeschützen nicht vernachlässigt und insbesondere den Export auf diesem Gebiete kultiviert. Es ist augenscheinlich nicht nur die Eskomptierung der Dreadnoughtgewinne, welche die Skodaaktien wieder zum Favorit des Publikums gemacht hat, sondern die Entwicklung der Firma von einem Landes- zu einem Weltunternehmen, das seine geographische Sphäre immer weiter ausdehnt und beginnt, neben Krupp und Schneider genannt zu werden.

Die Expansionstendenz der Skodawerke, ihre Entwicklung zur Weltindustrie kommt nicht nur darin zum Ausdruck, daß sie sich in immer größerem Maße an Lieferungen für fremde Staaten beteiligen, so haben sie zum Beispiel im vergangenen Jahre für die holländischen Seefestungen Aufträge gehabt und vor wenigen Wochen eine Lieferung auf Geschütze im Werte von zirka 5 Millionen Kronen von der Türkei erhalten. Viel charakteristischer ist die Art, in welcher sie sich gegebenenfalls Lieferungen sichern. So haben sie im vorigen Jahre zweimal Bestellungen für China dadurch erhalten, daß entweder die Banken ihres Konzerns oder sie selbst auch die Beschaffung des für die Lieferungen erforderlichen Kredits übernahmen, in Form der Uebernahme von chinesischen Staatsscheinen, die in kurzer Zeit in London plaziert werden konnten. Wie es scheint, haben die Skodawerke die Absicht, gleich der Poldihütte irgendeine dauernde Beziehung zu der chinesischen Republik herzustellen. Die Nachricht von einer größeren chinesischen Anleihe, welche die Skodawerke gemeinsam mit Krupp übernehmen sollte, wurde zwar demontiert, aber daß diese Nachricht überhaupt verbreitet und geglaubt werden konnte, beweist deutlich, daß eine intime Beziehung der Skodawerke einerseits

zu Krupp, andererseits zu China durchaus auf dem Gebiete der Wahrscheinlichkeit liegt.

Der Artikel fährt fort, indem er über die Zusammenarbeit der Skodawerke mit Krupp und mit der neuen Kanonenfabrik in Raab ziffernmäßige Auskunft gibt. Die Gewinne werden verteilt und in späteren Jahren werden die Skodawerke ein Drittel ihrer Geschützbestellungen an die ungarische Fabrik abgeben müssen. Mit folgenden Worten schließt der Aufsatz: „Die Zunahme des Armeebedarfs mag dies wohl ausgleichen, und es ist auch möglich, daß der ungarische Staat als Eigentümer der ungarischen Kanonenfabrik sich lebhafter für den Ersatz der Bronze- durch Stahlkanonen einsetzen wird.“ — Lebhafter einsetzen? Also denn: patriotische Brusttöne, und Popanz, herbei! die Staatsnotwendigkeit ist fertig und — die Aktien steigen.

Von der balkanischen Großschlächtereifliegen noch immer Massakernachrichten in die Welt. Ueberhaupt, wie es auf dieser unglücklichen Halbinsel noch von Streit, Haß, Rache, Verwirrung und Gefahr brodelt, ist unsagbar. Das einzige Gute, was man bisher Kriegen noch nachsagen konnte: daß sie in verworrene Situationen Entscheidungen und Klärung bringen, hat sich durch diesen Balkankrieg auch als nichtig erwiesen. Nichts ist entwirrt. Die Friedensverhandlungen zwischen Türkei und Griechenland „schweben“ noch, und um solch unbedeutender Fragen wegen, wie Kirchengüter und „Wakufs“-Frage, die doch nach dem Haager Schiedsgerichte schreien. Das schlimmste aber ist dies: Kaum ist die Angelegenheit des österreichischen Ultimatus an Serbien aus der Welt geschafft, so ist Italien in einer Sonderaktion, der sich Oesterreich-Ungarn anschloß, mit einer die Grenzregulierung Südalbaniens betreffenden Forderung gegen Griechenland aufgetreten. Die Antwort Griechenlands ist nicht ganz befriedigend ausgefallen: Die Sache schwebt.

Auf hoher See geriet ein Schiff in Brand. Drahtlos durchschwirrten die Hilferufe des Volturmo den Aether, und von allen Richtungen eilten rettende Schiffe herbei. Hunderte der Passagiere wurden gerettet; viele sind zwar zugrunde gegangen, aber ohne Marconi — und ohne hilfsbeflissene Nächstenliebe — wären alle verloren gewesen. Das sind die Lichtbilder, die, zukunfts-erhellend, uns zeigen, was Ziel und Zweck der technischen Wunder sein soll und sein kann, die der menschliche Genius vollbringt: im Dienst des Lebens sich zu entfalten — und nicht des Tötens.

Aus Paris wird gemeldet: Der angekündigte Erlaß über die verbotenen Luftzonen wird in kürzester Zeit erscheinen. Wie

offiziös verlautet, wird in einem Umkreis von zehn Kilometern oberhalb aller Befestigungs- werke sowie oberhalb aller Uebungsplätze des Landheeres und der Kriegsflotte das Ueberfliegen derselben verboten werden. Was für ein Polizeiposten wird denn in 1000 Metern Höhe aufgestellt sein, um die Uebertreter des Verbots aufzuhalten? Die Schildbürgerei solcher Verbote ist beinahe spaßhaft. Aber etwas sehr Richtiges liegt ihnen doch zugrunde. Die Beherrschung der Luft und Festungen und Uebungsplätze und dergleichen passen nicht zueinander. Eines von beiden: — das Fliegen oder das Kriegführen — wird vor dem andern schließlich weichen müssen.

Die sich mehrenden Bestrebungen zu einer deutsch-französischen Annäherung sind der „Journaille“ — wie Fried die kriegs- hetzerischen Preßleute nennt — ein Dorn im Auge. Einen wahren Rekord dieser Richtung fand ich in einem Artikel des Dresdener Anzeigers. Es wird darin eine „Friedensschalmei“ des Temps besprochen: „In einer Zeit (so kommentiert der deutsche Journalist), wo der neue Geist des Chauvinismus in Frankreich die Gemüter stärker denn je beherrscht, wo die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit lediglich mit dem Blick auf uns begründet worden ist, muß eine solche einlenkende Sprache ohne weiteres überraschen. Als ein starkes Moment für diese Tatsache fällt ins Gewicht, daß die französische Armee während der nächsten sechs Monate, eben dank der einschneidenden Umwälzungen, in einem Zustande sich befindet, der eine kriegerische Verwicklung unerwünscht macht. Ist aber dieses Halbjahr erst vorüber, dann wird auch im „Temps“ eine ganz andere Sprache wieder angeschlagen werden. . . . Merkwürdig genug, daß es gerade ein Vorkämpfer einer deutsch-französischen Annäherung war, der bekannte Baron d'Estournelles, dem auf der jüngsten Nürnberger Tagung des Verbandes für internationale Verständigung Vieles verratende Worte entschlüpfen. Er trat für eine Entente zwischen beiden Mächten ein und ließ seine Worte in folgenden Sätzen ausklingen: „Mögen Sie in Deutschland gewissenhaft und unabhängig die Lage prüfen und uns das Maß der Zugeständnisse machen, das man machen kann; aber beeilen Sie sich! In wenigen Jahren ist es vielleicht schon zu spät.“ Vielleicht, so fügen wir hinzu, ist es schon in einem halben Jahre zu spät, wenn der Zustand der Desorganisation der französischen Linientruppen überwunden ist. Zugleich erinnern wir uns, daß der eben genannte Senator es war, der in dem Augenblick, als in Frankreich das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit zur Erörterung stand, mit der äußersten Energie auf die

Verstärkung der Zahl und Offensivkraft der französischen Wehrmacht hingewirkt und dabei in denkbar schärfsten Ausdrücken in Chauvinismus gearbeitet hat.“

Das ist die allerunverschämteste Umkehrung der Tatsachen! Wir kennen die tapfere Rede, mit der d'Estournelles das „Dreijahr-Gesetz“ im Senat bekämpft hat, sich dabei stürmischen Unterbrechungen aussetzend, und den Haß der ganzen Kriegspartei inner- und außerhalb des Landes auf sein Haupt ladend. Es gibt eine Redensart: „Dieser Mensch lügt wie ein roter Hund.“ Wer diesen fernliegenden Vergleich erfunden hat, der kannte die Journalle nicht.



In der Chronik der Zeitgeschichte kann man an der von Lloyd George in Angriff genommenen Bodenreformkampagne nicht vorübergehen. Hier bereitet sich vielleicht die größte Wandlung in der wirtschaftlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft vor.



Der Ritualmord-Prozeß in Kiew. Ganz im Geiste mittelalterlicher Hexenprozesse geführt, ist er eine Schande für Rußland. Doch nein, nicht für Rußland, denn auch dort erheben sich heftige Proteste, sondern nur für die „schwarzen Hundert“, für die „echt russischen Männer“. Und ist nur Rußland reaktionär? Gibt es brutalen Antisemitismus nur dort? Der Dreyfußprozeß wurde mit derselben judenverfolgenden Absichtlichkeit geleitet und unter ganz ähnlichen Begleiterscheinungen. Das fürchterliche ist nur die allerdings in Rußland mehr als anderswo liegende Pogromgefahr. Im österreichischen Parlament wurde über den Prozeß und über die drohenden Pogrome interpelliert. „Gibt es denn da kein Forum?“ fragte der Interpellant. Nein, leider, das gibt es noch nicht; aber die Vision davon ist in der pazifistischen Weltanschauung schon aufgestiegen. Sie wird sich verwirklichen, wie alles, was zugleich heiß ersehnt und klar begriffen ist, sich verwirklichen muß.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

Anfang Oktober. Auf dem englischen Kirchenkongress in Southampton wird die anglo-deutsche Verständigung in nachdruckvollster Weise vertreten.

Anfang Oktober. In London wird mit der Veröffentlichung eines neuen Friedensorgans, „War and Peace“ betitelt, begonnen, das sich die Vertretung der Norman Angell'schen Ideen zur Aufgabe macht.

15. Oktober. Abhaltung einer Konferenz pazifistischer Pastoren in Berlin anlässlich der Jubiläumstagung des Deutschen Protestantenvereins.

18. Oktober. In seiner Rede in Manchester wiederholt Lord Churchill seinen bereits im März gemachten Vorschlag zur Einführung eines Flotten-Feierjahres zwischen Gross-Britanien und Deutschland.

21. Oktober. Die Leipziger Stadtvertretung beschliesst, die Gruft der in der Schlacht bei Leipzig gefallenen französischen Soldaten fortan am 18. Oktober zu schmücken.

21. Oktober. Der russische Minister des Aeussern, Sasanow, in Berlin.

25. und 26. Oktober. Kaiser Wilhelm zum Besuch des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt und des Kaisers Franz Josef in Schönbrunn.

31. Oktober. Im amerikanischen Repräsentantenhaus tritt Hensley (Missouri) für den Vorschlag Lord Churchills ein. Der Sprecher Clark bezeichnet die gewöhnliche Rivalität im Flottenbau als „Gipfel des Idiotismus“.

Ende Oktober. In Berlin findet eine gemeinsame Tagung der britischen und der deutschen König-Eduard-Stiftung statt.

Ende Oktober. In Paris tagt eine Internationale Kommission für die Vereinheitlichung der Zeit.

Anfang November. König Ferdinand von Bulgarien in Wien.

DAVS DER ZEIT

Rüstungsproblem.

Unterirdische Arbeit. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Es wird uns geschrieben:

Der Krupp-Prozeß wirft ein eigentümliches Licht auf die unterirdische Arbeit, die der von Krupp angestellte frühere Oberfeuerwerker Brandt im Interesse der Firma geleistet hat, und zeigt, daß jene auch dort stattfindet, wo man sie bisher nicht vermutete. Auch bei der Verhetzung der Völker spielt unterirdische Arbeit zweifellos heutigen Tages eine große Rolle. Es ist auffallend, daß den Rüstungsforderungen in neuerer Zeit fast ausnahmslos eine tendenziöse Verhetzung vorangeht. In England, in Frankreich, in Deutschland, überall entstanden zur gegebenen Zeit Zeitungsartikel und Broschüren, die Mißtrauen und Mißstimmung zwischen den Völkern entfachten. Der Verdacht liegt nahe, daß diese Art Preßtätigkeit von den Kreisen unterstützt wird, die für Erweiterung der Rüstung sind, gleichgültig, ob sie ein patriotisches oder sonstiges Interesse dafür haben. Zu den Broschüren, die neben

manchem Wahren grobe Entstellungen und skrupellose, hetzende Behauptungen enthalten, die, wie ein kritischer Leser sofort erkennen muß, lediglich auf Mutmaßungen beruhen, gehört u. a. die Broschüre „Englands Weltherrschaft und die deutsche Luxusflotte von Lookout“ — 1912 —. Hinter dem Pseudonym des Verfassers haben viele zunächst irgendeinen hohen See-Offizier oder einen hohen Staatsbeamten vermutet, der die Sache aus bester Quelle wissen mußte. Tatsächlich hat jedoch der Schriftsteller Adolf Stein die Broschüre verfaßt. Bald nach dem Erscheinen derselben wurde ihm durch eine mehrtägige Einschiffung auf dem deutschen Linienschiff „Kaiser Wilhelm II.“, dem Flaggschiff des Konteradmirals Lans, jetzigem Vize-Admiral und Geschwaderchef, Gelegenheit gegeben, den Betrieb auf einem Linienschiff und auf dem unter Lans formierten Lehrgeschwader kennen zu lernen. Bei dem geheimen Charakter, den die Uebungen des Lehrgeschwaders wegen des Einblicks in die Taktik haben — es dient nämlich zur schulmäßigen Ausbildung der Torpedo- und Unterseeboote — bedeutete die Einladung des Schriftstellers Stein ein besonderes Vertrauen. Man könnte sie auch als eine besondere Anerkennung auffassen, und die Marine täte daher gut, in Zukunft derartige Schriftsteller nicht an Bord zu nehmen. Was sollen diese überhaupt an Bord? Es wäre zu weitgehend, eine Vermutung auszusprechen, welcher Protektion oder Fürsprache der Schriftsteller Adolf Stein seinen Aufenthalt auf dem Geschwader verdankt. Es ist betreffs der von ihm verfaßten Sensationsbroschüre bekanntgeworden, daß Stein, als ihm die Verlagsanstalt die Arbeit anbot, zunächst ablehnte, sich aber der Bearbeitung unterzog, als ihm das Material von der Verlagsanstalt zur Verfügung gestellt wurde. Auf wessen Veranlassung hat nun Adolf Stein geschrieben? War es der Flottenverein, war es die Großindustrie?



Das Flottenfeierjahr. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Wie schon einmal am 26. März dieses Jahres ist der englische Marineminister, Lord Churchill, am 18. Oktober in Manchester auf seinen alten Plan zur Anbahnung eines Feierjahres im Flottenbau zurückgekommen.

Er sagte dabei wörtlich:

„Der Vorschlag, den ich im Namen der Regierung vortrage, ist ganz einfach: Wir werden im nächsten Jahr — abseits von den kanadischen Schiffen oder ihren Äquivalenten,

abseits von allem, was durch irgendwelche Vorgänge im Mittelmeer erforderlich werden könnte — vier, Deutschland zwei große Schiffe auf den Kiel legen. Jetzt sagen wir zu Deutschland: Wenn du den Baubeginn deiner beiden Schiffe um zwölf Monate vertagen willst, werden wir getreulich den Baubeginn unserer vier Schiffe für genau die gleiche Periode vertagen.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede bemerkte Lord Churchill noch:

Deutschland würde bei der Pause sechs, wir fast zwölf Mill. (Pfund!) sparen. Die relative Stärke beider Länder würde absolut unverändert bleiben. Ein völliger Stillstand für ein ganzes Jahr ist unmöglich, wenn nicht andere Mächte überredet werden, ebenso zu handeln. Aber wenn Deutschland und England die Initiative ergriffen, den anderen europäischen Mächten voranzugehen, wäre das nicht eine große Aussicht auf Erfolg? Wenn Oesterreich und Italien nicht bauten, so würde eine Verpflichtung dazu auch für England und Frankreich wegfallen. Die Tatsache, daß der Dreibund keine Schiffe baute, würde den Vorschlag ohne die geringste Risikogefahr möglich machen. Und würde ein solches Ereignis nicht seine Wirkung auf den Schiffsbau Amerikas und Japans ausüben? Durch eine solche Politik würden viele Millionen für den Fortschritt der Menschheit frei werden, und selbst, wenn sie erfolglos bliebe, würde sie auf Europa einen wohlthätigen Eindruck machen, der später sicher Früchte tragen würde.“

Churchill schloß: „Ich mache diesen Vorschlag für 1914 oder, wenn dies zu nahe erscheint, für 1915. Ich bin für Gegenstände, die große Waffenfirmen in England und anderen Ländern zweifellos erheben werden, völlig unzugänglich; sie müssen Diener sein, nicht Herren! Manche werden mich wegen meines Vorschlages tadeln. Aber mögen sie spotten! Ich bin überzeugt, daß es für die Wohlfahrt und die Fortdauer unserer Zivilisation und des Aufbaues der europäischen Gesellschaft notwendig ist, daß Rüstungsfragen offen erörtert werden, nicht allein von den Diplomaten und Regierungen, sondern auch von den Parlamenten und Völkern.“

In einer gewissen deutschen Presse wurde gegen diesen vernünftigen Vorschlag natürlich Bedenken geltend gemacht. Kapitän z. See a. D., L. Persius, schreibt darüber im „Zwickauer Tageblatt“:

„Diese „Bedenken“ stammten durchgängig aus interessierten Kreisen. Sie zeichneten sich gleicherweise durch einen gereizten Ton aus, wie durch die Schwäche ihrer Argumente. Die schlagende Antwort lautete, daß unsere Privatwerften eingeständnermaßen an Kriegsschiffbauten, dank der kaufmännischen Qualifikation

unseres Reichsmarineamtes, herzlich wenig verdienten, ja in einem bekannt gewordenen Fall — Vulkan — zugesetzt hätten. Außerdem sei es übertrieben, von einem nahen Bankrott zu sprechen, wenn einmal zwei Werften während zwölf Monaten bei den Bestellungen unserer Regierung leer ausgingen. Das Flottengesetz sieht im nächsten Etatsjahr 1914—1915 nur zwei Schlachtschiffsneubauten vor. Es handelt sich außerdem nur um die ersten Raten, also überhaupt um einen nicht überwältigend großen Betrag. Aber ganz abgesehen davon, wäre es schließlich doch in hohem Grade unmoralisch, ein ganzes 60 Millionenvolk bluten zu lassen, weil sonst zwei Werftbetriebe vielleicht in einem Jahr geringere Dividende zahlen müßten.

Auch der Hinweis, eine Kontrolle über den Bau von Großkampfschiffen sei ausgeschlossen, ist unberechtigt. Es handelt sich um „Ueberdreadnoughts“. Man wird keinem Schulbuben weiß machen können, daß die Kielstreckung eines solchen Riesenschiffes sich irgendwo vereinlichen ließe. Und ferner, wenn im Marineetat keine ersten Raten eingestellt und bewilligt werden, sind eben die Mittel zum Beginn des Baues nicht vorhanden. Die Behauptung, Schiffsbauern könnten unter einem anderen Titel in den Etat eingeschmuggelt werden — auch dies wurde allen Ernstes entgegnet — ist geradezu grotesk. Endlich ist der Einspruch, eine Umgehung des Abkommens sei durch Übernahme fremder Bestellungen angängig, hinfällig, denn diese Verhältnisse haben mit dem Feierjahr nichts zu tun, sie bestehen jetzt ebenso wie später. Zudem ist anzunehmen, daß sich die kleineren Seemächte, um die es sich handelt, selbstverständlich dem Vorgehen der großen anschließen werden: sie werden froh sein, von der Pause im Flottenwettrüsten auch ihrerseits profitieren zu können.“

Rüstungs-Großmacht und soziales Elend. :: :: :: :: ::

In Oesterreich ist seit ungefähr fünf Jahren ein Gesetzentwurf für die Sozialversicherung nach reichsdeutschem Muster im vorberatenden Ausschuß ausgearbeitet worden. Warum dieser aber noch nicht Gesetz geworden ist, erfährt man aus dem vom Abgeordneten Seitz auf dem Wiener Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie (1. und 2. Nov.) erstatteten Bericht der Reichsratsfraktion. Da heißt es:

„Schwere Arbeit erfordern seit 1907 die Verhandlungen über die Sozialversicherung. Es ist uns seinerzeit gelungen, das Ministerium Beck zur Vorlage des Gesetzes zu zwingen, aber die Beratung zeigt den echt österreichischen Jammer. Die Beratungen im Ausschuß sind eigentlich zu Ende. Obwohl es schon jeder Mensch als selbstverständlich betrachtet, daß der Versicherte seine Beiträge zu leisten hat und daß ein Staatszuschuß zu jeder Rente gewährt wird, damit Krüppel und Greise zu

einer ausreichenden Rente kommen, stößt das Gesetz in Oesterreich plötzlich auf die schwersten Hindernisse. **Es hat sich herausgestellt, daß in weiten Gebieten des Staates der Bevölkerung nicht zugemutet werden kann, einen Beitrag von monatlich einer Krone zu zahlen.** Die Ruthenen haben erklärt, sie müssen gegen die Sozialversicherung sein, weil ihre Kleinhäusler nicht instande sind, für sich und ihre Arbeiter auch nur den geringsten Beitrag zu entrichten. Wer da weiß, daß man dort um Grundsteuern von je drei Kronen tausende Pfändungen vornehmen muß, und wer die Lebenslage dieses Volkes kennt, wird zugeben: es ist leider tatsächlich unmöglich, diesen Schichten die Zahlung von Prämien zuzumuten.“

Diese Feststellungen sollten diejenigen zur Kenntnis nehmen, die immer davon reden, daß die Bevölkerung die Rüstungslasten leicht trägt und daß unter der Last dieser Rüstungen die Kulturaufgaben nicht leiden. Auf welchem Tierzustande muß eine Bevölkerung leben, der es nicht möglich ist, 1 Krone (d. i. 85 Pfg.) monatlich für die Versorgung des erwerbsunfähigen Alters auszugeben. Und dieses so verelendete Volk muß Dreadnoughts für 70 Mill. bauen und zu seinem Schutze jährlich nahezu eine Milliarde ausgeben! **Zu seinem Schutze!!**

Die russischen Rüstungen. :: :: :: :: ::

In der Rüstungskette folgt nun auch Rußland dem durch die Rüstungen der anderen Länder gegebenen Antrieb.

Das Ausgabenbudget Rußlands erhöht sich 1914 um 310 Mill. Rubel (um 560 Mill. Rubel mehr als noch 1912). Davon entfällt für 1914 ein Drittel, d. i. 105 Mill. Rubel für Militärausgaben, die jetzt beinahe 1 Milliarde Rubel erreichen.

Die Ausgaben der letzten 8 Jahre stellen sich nach der Frankf. Ztg. wie folgt:

(in Mill Rbl.)	Gewöhnliche Ausgaben		Außerordentliche Ausgaben für beide Ministerien	Zusammen
	Kriegs-Ministerium	Marine-Ministerium		
1908	462,50	93,50	56,20	612,20
1909	488,90	96,20	65,—	650,10
1910	484,90	112,70	50,—	647,60
1911	497,80	120,90	50,60	669,30
1912	503,—	165,70	70,—	738,70
1913	550,90	228,23	90,11	869,24
1914	599,14	250,40	125,42	974,96

Gleichzeitig soll auch die Dienstzeit verlängert werden. Aus Petersburg wird darüber berichtet: „Die Regierung beabsichtigt, gleich nach Beginn der Tagungen in die gesetzgeberischen Körperschaften eine Vorlage einzubringen, derzufolge die aktive Dienstzeit für die Mannschaften der Armee und Flotte um 3 Monate, und zwar vom 1. Januar bis 1. April verlängert werden soll. Bereits in diesem Jahre werden auf be-

sondere Verfügung die Mannschaften, die sonst im Oktober zur Reserve entlassen werden, bis zum 1. Januar 1914 unter der Fahne gehalten. Die Regierung begründet diese entscheidende Maßnahme dadurch, daß sämtliche Staaten Westeuropas ebenfalls zur Verstärkung ihres aktiven Armeebestandes geschritten sind. Da der Beschluß, die Dienstleistung zu verlängern, erst gefaßt wurde, nachdem der Haushaltsentwurf für 1914 der Reichsduma schon übermittelt worden war, dürften Kriegs- und Marineministerium großer Ergänzungskredite benötigen.“

Es wird uns nicht wundernehmen, wenn diese Maßnahme von den anderen Staaten Europas baldigst nachgeahmt wird. Wo bleibt dann der Vorteil für Rußland?

Vom internationalen Rüstungsgeschäft. :: :: :: ::

Ueber das bei zwei österreichischen Banken aufgenommene Darlehen der chinesischen Regierung, für das diese Kriegsschiffe geliefert erhält (Siehe Fr.-W. S. 393), berichtet die N. Fr. Presse (19. 10.) weiter:

„Wie bereits gemeldet wurde, haben die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft und die Bodenkreditanstalt eine chinesische Anleihe von 2 Millionen Pfund abgeschlossen. deren Erlös zum großen Teile dahin verwendet werden soll, daß die Cantiere Navale Triestino einen großen Kreuzer baut, die Skoda-Werke die Armierung desselben besorgen. Es ist dies die dritte Anleihe, welche China mit der gleichen Bankengruppe vereinbart. Vor zwei Jahren haben die Skoda-Werke den Abschluß der ersten Anleihe mit China angeregt, und bei diesem Anlasse hat zum erstenmal in Oesterreich die Methode praktische Wirksamkeit erlangt, in Verbindung mit der Deckung der Kreditbedürfnisse eines fremden Landes durch österreichische Finanzinstitute zugleich industrielle Bestellungen aus dem Auslande nach Oesterreich zu ziehen. Aus der gestern abgeschlossenen Anleihe erhalten die Skoda-Werke Bestellungen für China in der Höhe von 12 Millionen Kronen. Im heurigen Jahre haben die Skoda-Werke durch die Erlöse der letzten zwei Anleihen Aufträge von mehr als 24 Millionen Kronen erzielt.*) Der größte Teil des Geldes, welches für diese Lieferungen bestimmt ist, erliegt aus den Anleihen bei den hiesigen Bankinstituten, so daß die Valuta der Anleihe nur zum geringen Teile nach China remittiert wurde, sondern hier geblieben und zu industriellen Bestellungen verwendet worden ist.“

Im Zusammenhang damit wird eine weitere Mitteilung der N. Fr. Presse (vom 27. 10.) von Interesse sein:

*) Siehe die Mitteilung über das Gedeihen der Skoda-Werke auf S. 425 der vorliegenden Nummer.

„In Triest hat gestern unter dem Vorsitze des Herrn Callisto Cosulich eine außerordentliche Generalversammlung des Cantiere Navale Triestino stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, das Gesellschaftskapital durch Ausgabe von 15 000 Aktien mit je 200 Kr. Nominale von 6 Mill. auf 9 Mill. Kr. zu erhöhen. Aus dem Erlöse der Kapitalserhöhung wird die beabsichtigte Ausgestaltung der Werfte (!) bestritten werden.“

Verschiedenes.

Offizielle Gedankengänge über die Leipziger Schlachtenfeier.

Bei dem Galadiner, das der König von Sachsen aus Anlaß der Feier zur Enthüllung des Völkerschlachtdenkmal am 18. Oktober seinen fürstlichen Gästen im Gewandhaus zu Leipzig gab, fielen uns einige Wendungen auf, die sich von den sonst bei solchen Gelegenheiten üblichen Reden verblümt abhoben. Der König hob den Gegensatz zwischen der Zeit der Völkerschlacht und der Jetztzeit hervor, wo die Nachkommen der Kämpfer der großen Völkerschlacht von nah und fern zu einem Fest des Friedens zusammenströmen. „Nicht nur,“ sagte der König, „was Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland und Schweden im Jahre 1813 gewesen sind, vor allem, was die Völker der Völkerschlacht von Leipzig heute geworden sind, wie Gottes Segen sichtbarlich auf den Fürstenthüusern dieser Völker geruht, ist uns angesichts dieser glänzenden Versammlung von Monarchen und Fürsten, dieser glänzenden Versammlung von hohen und höchsten militärischen Führern, dieser glänzenden Versammlung von Vertretern des deutschen Volkes zum freudigen Bewußtsein gekommen.“

Der König schloß: „Wie im Jahre 1813 die Völker von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland und Schweden in Wehr und Waffen gestanden, so haben sich auch heute Vertreter dieser Völker im Schmucke von Wehr und Waffen unseren bewundernden Blicken gezeigt. Nicht im Kampf und im Schlachtgetümmel jedoch stehen heute die Völker der Völkerschlacht von Leipzig vor unserem geistigen Auge, vielmehr in friedlichem Wettbewerb, den ernstesten Aufgaben der Kultur und Zivilisation zu dienen, deren Lösung uns allen gemeinschaftlich obliegt. Und so darf ich Sie begrüßen in der Erinnerung an eine Zeit der Kämpfe und Kriege bei einem Feste des Friedens.“

Die bulgarischen Verluste. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

44 892 Tote, 104 586 Verwundete.

Das bulgarische Kriegsministerium veröffentlicht nachstehende Bilanz des Menschenverbrauchs Bulgariens in beiden Kriegen.

Im ersten Krieg:

	Getötet:	Verwundet:	Vermißt:
Offiziere	313	915	2
Mannschaften	29 711	52 550	3 193

Im zweiten Krieg:

Offiziere	266	816	69
Mannschaften	14 602	50 305	4 500

Danach getötet: 44 892, verwundet: 104 586.

Die 7764 Vermißten werden wohl auch nicht mehr zu den Lebenden zu zählen sein. Auch muß angenommen werden, daß in jenen Zahlen diejenigen nicht eingerechnet sind, die an Krankheiten verstarben, auch jene Verwundeten nicht, die in einem späteren Zeitpunkt ihren Verwundungen erlegen sind.

Bulgarien hatte vor dem Kriege eine männliche Bevölkerung von 2 206 691 aller Altersklassen, so daß jeder 41. Einwohner männlichen Geschlechts — die Kinder mit eingerechnet — getötet wurde. Um die Verluste richtig einzuschätzen, muß man bedenken, daß die Engländer in dem drei Jahre währenden Transvaalkriege nur ca. 21 000 Mann verloren haben.

Für die anderen Balkanstaaten gibt es noch keine authentische Verlustliste.

Der Bericht über die Balkangreuel, :: :: :: :: ::

den die Mitglieder der von der Carnegie-Stiftung entsandten Kommission erstatten werden, dürfte Anfang Dezember erscheinen. Seiner Veröffentlichung, die gleichzeitig in mehreren Sprachen bewirkt wird, sieht man mit berechtigter Spannung entgegen.

Die Kommission setzte sich zusammen aus dem Amerikaner Prof. Dutton, der in der Friedensbewegung bereits bekannt ist — er ist Mitglied des Berner Bureaus —, aus dem Russen Paul Milukoff, Mitglied der Duma, dem Franzosen Godart, Wirtschaftspolitiker seines Zeichens, und dem Engländer C. H. Brailsford, Mitherausgeber der „Nation“. Die deutschen und die österreichischen Mitglieder der Kommission sind, wie erinnerlich, vor Beginn der Reise zurückgetreten.

Aus Mitteilungen, die Prof. Dutton an die Öffentlichkeit gelangen ließ, geht hervor, daß die Kommission, entgegen den Zeitungsnachrichten, überall in höflichster Weise empfangen wurde und ihre Aufgabe erfolgreich ausführen konnte. Ueber die Einzelheiten der Ergebnisse soll vor der vollen Veröffentlichung nichts mitgeteilt werden. Doch soviel glaubte Prof. Dutton sagen zu können, daß all die von Zeitungskorrespondenten und Touristen geschilderten Greuelthaten nicht die Hälfte der Leiden und Zerstörungen wiedergeben, die sich zugetragen haben. Als Zweck der Kommission gibt Dutton die Förderung der Friedenssache an, um die Nationen durch die Aufdeckung der Kriegsfolgen und der Vernichtung, die er verursachte, zurückhaltender zu machen, wenn wieder ein Krieg drohen sollte. Es ist anzu-

nehmen, daß manche einflußreiche Personen am Balkan einsehen werden, daß der Krieg nicht das beste Mittel zur Erledigung von Grenzstreitigkeiten ist.

Vom Nachrichtenschwindel. :: :: :: :: ::

Anbei drei Depeschen, die deutlich erkennen lassen, mit welcher Frivolität die Öffentlichkeit in Unruhe versetzt wird:

Newyork, 4. November.

Die „Associated Press“ meldet aus Mexiko: Der amerikanische Geschäftsträger hat dem Präsidenten Huerta ein Ultimatum zugestellt. Huerta müsse sofort die Präsidentschaft niederlegen und dafür weder den Kriegsminister Blanquet noch irgendein anderes Mitglied seines Kabinetts als Nachfolger hinterlassen.

London, 4. November.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Staatssekretär Bryan setzt der Meldung von der Absendung eines Ultimatus an General Huerta ein formelles Dementi entgegen. Bryan erklärt es für bedauerlich, daß die Presse in den Vereinigten Staaten derartigen Gerüchten Glauben geschenkt habe. Solche irrtümliche Meldungen könnten ernste Folgen nach sich ziehen.

Berlin, 5. November.

Wie die „B. Z.“ mitteilt, hat die amerikanische Botschaft in Berlin ein längeres Telegramm vom Staatsdepartement in Washington erhalten, in dem die Gerüchte von der Ueberreichung eines Ultimatus an Mexiko in den allerschärfsten Ausdrücken als vollkommen unbegründet bezeichnet werden und zugleich das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß derartige Nachrichten, denen sofort die Haltlosigkeit anzumerkensei, im großen Publikum Glauben fänden. Derartige Nachrichten seien nur geeignet, die amerikanischen Interessen zu schädigen.

Trotz der Dementis hat die falsche Nachricht ihre Wirkung ausgeübt. Die Börsen wurden erschüttert, Handel und Wandel gestört. Gewinn hatte allein die Sensationspresse, die sofort ihre kriegerischen Leitartikel ins Treffen führte und die „militärischen Sachverständigen“ zu Worte kommen ließ.

Wo bleibt die im Dienste des Friedens wirkende Nachrichtenagentur, wo, die Internationale Konvention gegen die verbrecherische Verbreitung falscher Nachrichten?

Kriegs-Eindrücke. :: :: :: :: ::

„Ich muß von einem jungen Griechen erzählen“ — so schreibt Felix Moscheles aus dem holländischen Städtchen Volendam, wo er nach Beendigung des Haager Kongresses Aufenthalt

nahm, um zu malen — „mit dem ich mich hier befreundet habe. Sein Name ist Georg Papagolus, und er ist Künstler. Er ist hierhergekommen, um die Last grausamer Erfahrungen abzuschütteln und sich von den physischen und moralischen Prüfungen zu erholen, die ihn im letzten Balkankriege heimgesucht haben. Kurz vor dem Beginn des Feldzuges zum aktiven Dienst einberufen, hat er an vielen Gefechten teilgenommen und kann als Augenzeuge von den Schrecken des Krieges reden. „Ich fühle mich noch ganz verschüchtert,“ sagte er, „ganz unwürdig, in geistesgesunder Gesellschaft mich zu bewegen, wenn ich doch erst gestern ein Wahnsinniger unter Wahnsinnigen war, einer aus dem Haufen wilder Bestien, die einander zerfleischen. Ein Bajonett-Angriff ist anbefohlen. Eine Stellung muß dem Feinde um jeden Preis entrissen werden. Keine Zeit für Wenn und Aber, für Verstand und Barmherzigkeit. Es gibt kein Zögern im Feuer. Töten oder getötet werden: das ist der Gedanke, der alles übrige beherrscht. Das Rote Kreuz? Darauf können wir nicht warten. Ueber die gefallenen, zerstochnen Leiber von Freund und Feind erklettern wir die Anhöhen und kümmern uns nicht, was für Tote oder Lebende wir unter unseren Fersen zermalmen. Man muß ein wildes Tier sein! Das ist die einzige Chance, seine Mutter wiederzusehen!“

Ich habe die Mutter nicht wiedergesehen! In Rodostos wars, daß sie niedergeschossen wurde, als sie, mit einem Haufen erschreckter Flüchtlinge, versuchte, aus der brennenden Stadt zu entkommen, die von den Bulgaren und Türken genommen und wiedergenommen worden war. Das war im zweiten Kriege, als der exasperierte Türke, nachdem er ein zweites Mal getrieben, mit Feuer und Schwert zerstörte, was von der Stadt und ihren 45 000 Einwohnern übriggeblieben war.

Ihr Grab? Nein, das werde ich nimmer finden. Tausende dieser von Panik ergriffenen Menschen wurden zusammen erschlagen und begraben in Gräben und improvisierten Friedhöfen.

Ich wollte meinen trauernden Freund nicht weiter reden lassen, aber nach einer Pause nahm er seine trübe Geschichte wieder auf und erzählte, wie sein Onkel — Zarikanstantes war sein Name — ein reicher und geachteter Bürger von Malzara, ein Greis von dreiundachtzig Jahren, von den Säbeln der bulgarischen Kavallerie niedergemäht wurde.

Wieder wollte ich ihn unterbrechen, aber er selber schauderte davor zurück, mir die Details von den ekelhaften, unaussprechlichen Folterformen mitzuteilen, die dort an manchen würdigen Priestern und Schullehrern verübt worden. „Man muß ein wildes Tier sein,“ wiederholte er — „der Krieg macht einen dazu.“

Mein Freund mag wohl schweigen, denn die gewissen Stubenteufel, die Apologeten der Barbarei, werden ihm doch sagen, daß trotz

allem der Krieg die schönsten Eigenschaften des Mannes wachruft und fördert, und daß eine Rasse ohne Bajonette bald degenerieren müßte und verurteilt wäre, von dem ruhmreichen Wilden ausgerottet zu werden, der in Massenmord schwelgt.“



Der Geburtenrückgang. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Dem ausgezeichneten Flugblatt der „Wienerbadener Friedensgesellschaft“, betitelt „Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Friedensbewegung“, entnehmen wir nachstehende, den Geburtenrückgang in Deutschland betreffende Daten:

„Seit 1876, also zeitlich zusammenfallend mit dem Einsetzen der deutschen Schutzzollpolitik, nimmt der Prozentsatz der Geburten ständig ab. 1876 gab es in Deutschland 42,6 Geburten jährlich auf das Tausend der Bevölkerung, heute ist diese Zahl bereits auf ca. 28 gesunken. Trotzdem gab es bis zum Jahre 1906 einen ständig wachsenden Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle, weil die Fortschritte in der Hygiene das Sterbealter heraufrückte. Seit 1906 aber geht der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle rapid zurück. 1906 betrug dieser Ueberschuß pro 1000 Menschen 14,9. Im Jahre 1912 aber waren es nur noch etwas über 10. Das will besagen, daß in 6 Jahren der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle um rund ein Drittel gesunken ist.“

Schuld an dieser Erscheinung ist die Erschöpfung des Volkes durch die Militärlasten, die die Lebensmittel verteuern, immer mehr Frauen zum Erwerb zwingen und so die Voraussetzung jener Zustände schaffen, die die Familiengründung und die Kinderaufziehung hindern. Schon erhebt sich drohend die proletarische Forderung eines Gebärstreiks. Wir nähern uns offenbar jenen Zuständen, die Goldscheid (Friedensbewegung und Menschenökonomie) andeutet, wenn er sagt, daß der Militarismus es schließlich wird „sein müssen, der zum Schutz der nationalen Kraft die schrittweise Rüstungseinschränkung befürwortet, eben weil die Rüstungsversicherung nur auf Kosten der sozialpolitischen, der sozialhygienischen, der wirtschaftlichen Versicherung sich ausdehnen kann und umgekehrt.“



Die Gefahr für die Zukunft Deutschlands. :: :: :: ::

Eine ernste Mahnung erläßt Hans Delbrück in seinen „Preußischen Jahrbüchern“. Bei der Erörterung der Veröffentlichung des bekannten Kronprinzenbriefes in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die er bei dieser Gelegenheit als „das böseste aller alldeutschen Hetzblätter“ bezeichnet, sagt der bekannte konservative Politiker: „Die Gefahr für die Zukunft Deutschlands liegt nicht in der Sozialdemokratie und

nicht im Zentrum, sondern bei den Alldeutschen.“

Das haben wir schon längst behauptet. Wir fragen: Wo bleibt der Reichsverband gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Alldeutschen? —

AVS DER BEWEGUNG

Charles Richet und Edoardo Giretti. :: :: :: :: ::

Charles Richet, unser hervorragender französischer Mitherausgeber, wird mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet. Richet gilt seit langem als Kapazität auf dem Gebiete der Physiologie. Er bekam erst kürzlich auf dem Londoner Aerztekongreß den „Preis von Moskau“ zuerkannt. Auch ist er Ehrendoktor der Universität Leipzig. Richet, der 63 Jahre alt ist, wirkt seit 1872 in der Friedensbewegung. Er ist Präsident der „Société française de l'Arbitrage entre nations“ und des ständigen Rats der französischen Friedensgesellschaften. Ebenso gehört er dem Berner int. Friedensbureau, dem Internationalen Friedensinstitut und dem europäischen Rat der ersten Abteilung der Carnegie-Stiftung als Mitglied an. Sein epochemachendes Buch „Le Passé de la guerre et l'avenir de la Paix“ ist von Bertha von Suttner ins Deutsche übersetzt worden. (Volksausgabe 1 M. bei Heinrich Minden, Dresden.) Auch als Dichter ist Richet für die Friedensbewegung eingetreten, so in seinen Fabeln, deren eine „Die Geier“ (auch deutsch übersetzt), zu den wirksamsten Propagandastücken der pazifistischen Literatur gehört. Richet, der auch als Redner und Verfasser zahlreicher Artikel hervorgetreten ist, und fast alle Friedenskongresse besucht hat, gehört der entschiedenen Richtung des Pazifismus an, der keine Konzessionen zuläßt. Sein „Deshonorons la guerre,“ das er bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Vordergrund stellt, kennzeichnet seine Anschauung. Als Persönlichkeit ist Richet eine der liebenswürdigsten und erfreulichsten Erscheinungen. Sein feinsinniges hochkultiviertes Wesen, sein vornehmer, immer konzilianter Redestil läßt ihn als den geborenen Diplomaten der Bewegung erscheinen. Der Nobelpreis für Medizin, der ihn als Gelehrten von Welttruf ehrt, wird seine Autorität im Kampfe gegen die Weltgeißel noch erhöhen. —

Edoardo Giretti, Mitglied des Berner int. Friedensbureaus, unser ausgezeichneter Kollege und Mitarbeiter, ist bei den jüngsten italienischen Wahlen ins Parlament gewählt worden. Giretti ist der hervorragendste und konsequenteste Pazifist Italiens, der auch während der Tripolis-Affäre das Banner des Pazifismus hochhielt. Dies wurde ihm als Vaterlandsverrat ausgelegt und bildete das Hauptargument seiner Gegner im Wahlkampf, die ihn unter anderem beschuldigten, daß er auf dem Genfer Friedenskongreß gegen Italien gesprochen hätte. Daß er diesen böswilligen Anschuldigungen zum

Trotz doch gesiegt hat, ist ein Beweis seiner starken Persönlichkeit, die jedem, der mit ihm in Berührung kommt, Achtung und Vertrauen einflößt. Giretti, der an den meisten Friedenskongressen teilgenommen hat, ist hervorragender Wirtschaftspolitiker, Freihändler (Ehrenmitglied des Londoner Cobdenklubs) und neben seiner Berufstätigkeit als Seidenindustrieller, angesehener Publizist.

Das Ausland-Pflichtjahr betreffend. :: :: :: :: ::

Die verehrliche Schriftleitung der „Friedens-Warte“ hat bei der im Septemberheft erfolgten teilweisen Veröffentlichung meines Aufrufs, der die Herbeiführung eines Ausland-Pflichtjahres für die deutsche und französische Jugend bezweckt, darauf hingewiesen, daß dieser Gedanke vielleicht durch eine internationale Organisation der „Wandervögel“- und „Pfadfinder“-Bewegung sich verwirklichen ließe. Ich möchte hierzu bemerken, daß ich selbst allerdings es für durchaus wünschenswert halte, daß alsbald nach aller Möglichkeit neben den Kreisen der friedensfreundlich gesinnten Erwachsenen auch die auf den kameradschaftlichen Zusammenschluß aller gleichdenkenden Elemente begründeten Jugend-Verbände diesseits und jenseits der Vogesen mit meiner Idee vertraut gemacht und für sie gewonnen werden. Denn wie der im Leben Herangereifte Empfänglichkeit für Pläne und Projekte eines mehr als alltäglichen Geschehens nur dann haben kann, wenn ihm die geistige Frische jugendlicher Spannkraft nicht ganz verloren gegangen ist, so müssen gleicherweise Regungen der Jugendseele von einem bestimmten Grade der Stärke und Ausdehnung an auf Grund der Wechselwirkung verwandter Kräfte ihren Einfluß auf die Volksseele ausüben. Wir sind ja nicht nur berechtigt, zu sagen: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft; wir können auch das andere behaupten, daß die in der Jugend entfachten und lebendig gewordenen Ideale ihre segensreichen Kreise sehr wohl über diese hinauszuziehen vermögen, so daß sie also eine Wiedergeburt des ganzen Volkes in neuem Geiste zu bewirken imstande ist. Das lehrt uns eindringlich die Zeit vor hundert Jahren. Fichte, Schleiermacher und andere edle Männer haben durch ihre Einwirkung auf die deutsche gebildete Jugend im Sinne einer Erstarkung aller sittlichen Kräfte und damit einer geistigen Erhebung überhaupt jene mit voller Absichtlichkeit zu dem „Sauerteig“ machen wollen, der das Lebensbrot deutschen Seins und Wirkens durchdringen sollte und auch tatsächlich durchdrungen hat.

Und so kann die erst einmal errungene freudige Zustimmung eines großen, jedenfalls wertvollen Teiles der Jugend beider Länder zu dem Gedanken eines Ausland-Pflichtjahres ganz gewiß die Brücke werden, die länderverbindend auch die bedenkllicheren Naturen der „älteren Jahrgänge“ den Weg zur Einigung finden läßt.

Reinhold Schmidt.

LITERATUR V. PRESSE

O. Umfrid, Europa den Europäern. Politische Ketzereien. Gr. 8°. Eßlingen a. N. 208 S. Wilh. Langguth. 2,50 M.

Die geistigen Werte, die Umfrid in seiner nun schon mehr als 1½ Jahrzehnte umfassenden pazifistischen Aktion hervor gebracht hat, bilden einen unschätzbaren Besitzstand der modernen Kultur. Noch ist der Tag nicht gekommen, wo er von den breiten Schichten entdeckt wurde. Nur ein kleiner, aber auserlesener Kreis kennt seine Schriften. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß dieser Tag kommen wird, daß man dann seinen verborgensten Veröffentlichungen nachspüren, alles zusammenstellen, neu herausgeben, mit Kommentaren und biographischen Daten versehen, einem begierig gewordenen Publikum vorsetzen wird. Dieser Tag wird kommen. Es wird diesem Europa-Deutschen nicht anders gehen, wie es Friedrich Liszt, Schopenhauer, Wagner gegangen ist. Und dann wird unser Volk stolz sein auf diesen Mann.

Wir, die wir das erkennen und voraussehen, haben die Pflicht, diesem Tag vorzuarbeiten, sein Kommen zu beschleunigen und dem großen Pfadfinder einer vernünftigen Weltordnung schon jetzt etwas von dem Dank zuteil werden zu lassen, ehe sich an ihm das Pionier-Schicksal mit seinem grausamen „Zu spät“ erfüllt.

Ich habe mir, um Umfrids neuestes Buch um so richtiger genießen zu können, aus meinem Bücherschrank seine erste Veröffentlichung hervorgeholt, das „Friede auf Erden!“ betitelte Buch, das mir vor nunmehr 17 Jahren auf den Schreibtisch flog. Mit Genuß habe ich mich der erneuten Lektüre dieser Schrift hingegeben, in der schon alle jene Gedankengänge freigelegt sind, deren Erweiterung und Vertiefung Umfrid die ertragreichsten Jahre seines Lebens gewidmet hat. Wenn man diese Schrift von 1897 durchliest, kommt man aus den Ueberraschungen nicht heraus. Wie vieles hat Umfrid damals schon klar erkannt, was heute erst von der pazifistischen Bewegung begriffen wird. Er hat darin die Lehren Schliefs zu einer Zeit vertreten, wo noch wenige sie verstanden. Er hat 1897 schon die Friedfertigung des Balkans empfohlen, um das Blutbad zu vermeiden, dessen Zeugen wir gestern waren, und das er kommen sah. Er hat schon in jenem Buch die großen Probleme des Pazifismus klargelegt, so die Stellung zum Patriotismus und zur Nation,

den franko-deutschen Gegensatz, und vieles andere. Wir sehen aus jener Schrift schon jenen realpolitischen Pazifismus hervorleuchten, der heute die Intelligenz Deutschlands erobert hat. Wenn Umfrid 1897 sagte: „In Wahrheit ist es patriotischer, das Wohl der eigenen Nation zu suchen mit fortwährender Rücksicht auf das Recht der anderen Völker. . . . In Wahrheit ist es viel patriotischer, ein Völkerbündnis anzustreben . . . , weil allein auf diese Weise dem internationalen Faustrecht samt den ungeheuren Opfern, die es uns auferlegt, sowie den ungeheuren Gefahren, die es mit sich bringt, ein Ende gemacht werden kann . . .“, wer sieht darin nicht den deutschen Urtext zu dem als modern ausgegebenen altpazifistischen Wahlspruch: „Pro patria pro orbis concordiam.“

Das neue Buch Umfrids zeigt uns seine Friedenslehre nunmehr vertieft, ausgebaut und — worauf es vor allen Dingen ankommt — durchgelebt in den 1½ Jahrzehnten des Kampfes und des Aufstiegs. „Europa den Europäern!“ ist der Titel. Ein schlechter Titel, der vermuten läßt, irgendeiner der pilzartig in die Höhe schießenden Weltleid-Doktoren priese ein neues Mittel an. Dieser Titel verschleiert den Inhalt. Und Umfrid, der dies zu fühlen schien, hat seiner Erklärung einen ganzen einleitenden Artikel gewidmet, und erläuternd sagt er darin: „Wenn wir nun das Losungswort erheben, ‚Europa den Europäern!‘, so geschieht es weniger in dem Sinn, als ob eine ernstliche Gefahr bestünde, daß unsere Gaue von mongolischen Horden überschwemmt würden und daß wir der Unterjochung durch die gelbe Rasse entgegengingen, als vielmehr in dem Gedanken daran, daß wir in eine Art neuer Sklaverei versinken und, mit den Ketten des Militarismus gebunden, das freie Atmen verlernen können.“ Das heißt, wir kommen vor lauter Schutzversuchen vor einander nicht zum Genuß des Besitzes unserer Länder. Lösen wir den Bann, und durch Befreiung von unserer gegenwärtigen Angst vor Beraubung erobern wir dieses Europa für uns Europäer.

Das meint der Titel, aber er besagt es nicht. Sonst ist allerdings an dem Buche nichts auszusetzen.

Der erste Teil, „Hochpolitisches“ überschrieben, enthält jene Darstellung der Politik, die wir dem posthumen Werke Treitschkes als Forderung der herannahenden Zeit gegenüberstellen können. Nicht Interessen-, sondern Realpolitik, nicht po-

litische Moral, sondern moralische Politik, nicht politische Expansion, sondern Regulierung der Auswanderung, nicht Isolierung, sondern Föderation, nicht Wettrüsten, sondern Uebereinkunft, nicht Krieg, sondern Vernunft und Kultur, nicht Rassenfanatismus, sondern Zusammengehörigkeitsbewußtsein, nicht Belastung, sondern Entlastung. Das sind die Kapitelüberschriften des ersten Teils. Sie bilden ein Programm und zeigen auch, auf welchen Wegen Umfrids die pazifistischen Probleme zu lösen sucht. Da ist nichts zu finden von der Forderung eines „Friedens um jeden Preis“, nichts von sittlicher Entrüstung. Das ist durchweg Wirklichkeits-Idealismus. Im zweiten und dritten Teil des Buches werden wirtschaftliche Probleme und gewisse Modefragen der Politik beleuchtet.

Man muß Umfrids Buch lesen. Und zwar empfiehlt es sich, es bald zu tun, ehe es zur Mode geworden ist und die Masse es im Munde führen wird. Das kann gar bald sein, denn die europäische Politik treibt Zuständen zu, wo man nach Vernunftmitteln verzweifelt Umschau halten wird, und man Umfrids Buch entdecken und mit Elan vertreiben wird. Es leben Ideen darin, die niemals sterben können, weil sie von der Vernunft gezeugt sind. Möge Umfrids Europa-Deutschtum die Gefahren des Altdeutschums überwinden helfen. Die Kraft dazu hat es. A. H. F.

Lamprecht, Geh.-Rat Prof. Karl, Die Nation und die Friedensbewegung. 80. Berlin 1914. 12 S. Verlag der „Friedens-Warte“. „Internationale Organisation“. Heft 7. 30 Pfg.

Ein vor einiger Zeit in der „Friedens-Warte“ veröffentlichter Artikel des weltbekannten Historikers gelangt hier in Broschürenform zur Ausgabe. Lamprecht, der als geistiger Führer der deutschen Nation in den am nationalsten gesinnten Kreisen anerkannt ist, nimmt hier Stellung zu dem in Deutschland noch immer so heiß umstrittene Problem: die Vereinbarkeit nationaler Gesinnung mit der Anhängerschaft an die Friedensbewegung. Viele glauben, daß hier etwas Unvereinbares sich zeige. So oft wir Anhänger der Friedensbewegung diese Anschauung auch bestritten, den vaterländischen Grundzug unserer Bestrebungen dargelegt haben, gelang es uns doch nicht, in erwünschter Breite auf die national gerichteten Parteien einzuwirken, aus dem einfachen Grunde, weil es noch immer bei den meisten Menschen Grundsatz ist, den andern Teil nicht erst anzuhören.

Nun kommt aber ein Mann, den jene Kreise anhören mußten, und der sagt ihnen, daß es von vornherein naheliegt, „in dem Pazifismus eine Erscheinung höchster politischer Kulturblüte der europäischen Welt zu sehen.“ Er erläutert

ihnen auch den „neuen Patriotismus“. Er definiert ihn folgendermaßen:

„Der alte Patriotismus hatte ein Moment des Exklusiven: hat doch ursprünglich jede Nation, die etwas auf sich gab, nur die ihr Angehörigen als volle Menschen, die anderen günstigenfalls noch als Barbaren betrachtet. Und noch unsere Nationallieder leben und weben zum großen Teile in dem Momente der Ausschließlichkeit, des partikularen Stolzes. Aber eben dieses Moment ließ sich nun nicht mehr im alten Sinne halten. Ständige und weithin sich verbreitende Erfahrung entdeckte, daß die anderen sozusagen auch etwas seien; der internationale Schätzungswinkel verschob sich zu eigenen Ungunsten, und übrig blieb nur die Vorstellung, daß, bei allen Vorzügen der andern in dieser oder jener Richtung, doch auch dem eigenen Volke in einigen Richtungen ein Vorzug gebühre. Auf diese Weise bildete sich die neue Basis des modernen Patriotismus: die Vorstellung von der spezifischen Veranlagung der Nationen, von ihrer arbeitsteiligen Bestimmung im Kreise der aufsteigenden Menschheit. Nun liegt es aber auf der Hand, daß diese Vorstellung wiederum, eben indem sie das eigene Wesen als durch fremdes ergänzungsfähig erkannte, als Grundlage einer solchen praktisch durchgeführten Ergänzungsfähigkeit Ruhe, Friede, Einheit letzter Interessen fordern mußte. Und so trafen neuer Kosmopolitismus und neuer Patriotismus in dem Gedanken der internationalen Friedensbewegung zusammen.“

Die Broschüre schließt mit den nachfolgenden Worten:

„Und so gilt es auch für Deutschland, an den Versuchen zur Wahrung und Mehrung internationalen Friedens teilzunehmen. Die Nation hat darauf ein Recht, denn ihre großen Denker, vom Schöpfer des kategorischen Imperativs an, haben sich dem Friedensgedanken vielfach geneigt gezeigt. Es wird ihr Vorteil sein, denn es muß für jedes große Volk gewünscht werden, daß es seinen vollen Anteil nehme an den unvermeidlichen Fortschritten im Bereiche des allgemein Menschlichen. Es ist ihr notwendig auch im Interesse der Völker: denn das Ganze eines neuen Friedensideals der Menschheit verspricht nur dann einmal, in den Grenzen der Unvollkommenheit, die allem Sterblichen gezogen sind, zur Wirklichkeit zu werden, wenn in ihm die Ingredienzien der Auffassung aller großen Nationen in gerechter Weise gemischt und vertreten sind.“

Die organisierte Friedensbewegung wird die Broschüre als willkommenes Propaganda-Werkzeug begrüßen. Eine große Auflage ist angefertigt worden. Man verbreite sie!

Emerson, Ralph Waldo, Ueber den Krieg. Deutsch von Sophie v. Harbou. 80. Berlin 1914. Verlag der „Friedens-Warte“. 27 S. „Internationale Organisation“ Heft 8. 30 Pfg.

Der vorliegende Essay des in Deutschland immer mehr zur Ansehung gelangenden Amerikaners Emerson erscheint zum erstenmal in deutscher Uebersetzung. Die Arbeit ist nicht neuesten Datums. Sie entstand, als ein im

Jahre 1838 in der „American Peace Society“ zu Boston gehaltener Vortrag, der 1849 in englischem Texte zum erstenmal zum Abdruck gelangte.

Seitdem hat sich in der Friedensbewegung vieles geändert. Doch könnte die Schrift Emersons heute geschrieben sein. Es ist eine Verurteilung des Krieges, deren Grundlagen unwandelbar geblieben sind, und eine optimistische Verkündigung, die um so mehr an Wert gewinnt, als wir heute die Erfüllung sehen, die die sechs Jahrzehnte gebracht haben, deren Ablauf zwischen der Zeit der Abfassung und unserer Gegenwart liegt.

Hier eine Stelle aus der bedeutsamen Schrift: „Wir lassen uns immer wieder durch den äußeren Schein entmutigen, ohne zu bedenken, daß dessen Bedeutung einzig und allein in unserem eigenen Gemüt wurzelt. Letzten Grundes sind doch Gedanken das Fundament dieses ganzen unheilschwangeren Kriegesgebäudes, und Gedanken sind es auch nur, die es einstmals stürzen werden. Jedes Volk und jeder einzelne tritt nach außen hin solcher Art in die Erscheinung, wie es seinem moralischen oder intellektuellen Zustand entspricht. Man achte nur einmal darauf, wie jede Wahrheit und jeder Irrtum, ja jeder menschliche Gedanke sich allmählich materialisiert, d. h. sich in Gesellschaften, Häuser, Städte, Sprachen, Gebräuche, Zeitungen umsetzt.“

Und weiter: „Furchtsame Gemüter werden den Friedensgedanken nicht seiner Verwirklichung näher bringen. Feiglinge vermögen ihn nicht zu verteidigen, noch zu fördern. Was großes geschieht, kann nur von wirklicher Größe vollbracht werden. Der Mannesmut, der sich bisher im Krieg betätigt hat, muß der Sache des Friedens dienstbar gemacht werden, wenn anders der Krieg seinen Reiz für die Menschen verlieren und der Friede ihnen anziehend werden soll.“

* * *

„Die Sache des Friedens ist nichts für Memmen! Wahr und verteidigt man den Frieden um der Furchtsamen und um derer willen, denen Wohlleben über alles geht, so ist es ein Pseudofriede und ein unwürdiger Friede. Dann, wahrlich, ist der Krieg besser, auch wird solcher dann nicht lange auf sich warten lassen. Soll der Friede von Dauer sein, so muß er von tapferen Menschen getragen werden, von Menschen, die um nichts schlechter sind, als Helden, die willens sind, ihr Leben in der Hand zu tragen und es jederzeit für ihre Ideale zu wagen, — die aber eins vor dem Helden voraus haben, daß sie niemals nach eines anderen Leben trachten, — Menschen, die dank ihrer intellektuellen Einsicht oder ihrer sittlichen Höhe, ihres eigenen inneren Wertes so gewiß sind, daß sie weder ihr Eigentum, noch ihr Leben für ein so großes Gut halten, als daß sie es um den Preis eines solchen Hochverrats ihrer Grundsätze retten möchten, wie ein Abschlachten von Menschen es bedeutet.“

Man sieht, daß auch die Verbreitung dieser Schrift ganz dazu angetan ist, dem pazifistischen Gedanken in Deutschland neue Anhänger zu

werben. Der Verlag bittet, die Veröffentlichung umfangreich zu verbreiten.



Jahrbuch des Völkerrechts. In Verbindung mit Staatsminister Asser (Haag), Prof. v. Bar (Göttingen), Dr. Barrios (London), Gesandter Itiberê da Cunha (Berlin), Prof. Fiore (Neapel), Prof. Fleischmann (Königsberg), Gesandter Hagerup (Kopenhagen), Prof. Huber (Zürich), Prof. Kohler (Berlin), Prof. von Korff (Helsingfors), Prof. Lammash (Wien), Prof. v. Liszt (Berlin), Prof. von Martitz (Berlin), Prof. Meurer (Würzburg), Prof. Nys (Brüssel), Prof. Okamoto (Kyoto), Prof. Marquês de Olivart (Madrid), Prof. Oppenheim (Cambridge), Prof. Renault (Paris), Prof. Sá Vianna (Rio de Janeiro), Prof. Schücking (Marburg), Gesandter Prof. v. Streit (Wien), Prof. Wilson (Harvard University), Prof. Zorn (Bonn), herausgegeben von Th. Nicmeyer und K. Strupp. I. Band. Lex. 8°. München und Leipzig. 1913. VIII und 1556 Seiten. 38.— M.

Der erste Band dieses Völkerrechtsjahrbuches ist schon durch seinen Umfang ein hervorragendes Dokument. Ein Beweis dafür, welchen Aufschwung die Wissenschaft des Völkerrechts in Deutschland in wenigen Jahren genommen hat. Es war erst gestern, daß man hier noch dem Völkerrecht den Rechtscharakter absprach, und heute noch gibt es an keiner deutschen Universität einen ausschließlich dieser Wissenschaft gewidmeten Lehrstuhl. Und da kommt dieses Jahrbuch mit seinem Riesenumfang, der uns die hohe Bedeutung des Völkerrechts, seine eindringliche Verzweigung mit allen Gebieten des öffentlichen Lebens darzut und das Interesse klarlegt, das dafür in Deutschland wie in der ganzen Welt vorhanden ist. Ein Buch der Mahnung für die Verächter; eine kraftvolle Forderung nach Anerkennung und Raumbewahrung an den Pflegestätten deutschen Geistes.

Von den beiden Herausgebern war Prof. Niemeyer unter den deutschen Völkerrechtsgelahrten der erste, der die Anregungen des Pazifismus verstand und ihre Bedeutung erkannte; der ihn der wissenschaftlichen Völkerrechtspflege, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, als „Faktor der Entwicklung“ zu respektieren empfahl. Das war 1905. Als er 1907 das Rektorat der Christian-Albrecht-Universität in Kiel antrat, hielt er eine Rede über „Internationales Recht und nationale Interessen“, worin zum erstenmal seitens eines deutschen Gelehrten die hohe Bedeutung der internationalen Organisation und die richtige Wertung des Internationalismus zum Ausdruck gebracht wurden. Dr. Strupp, der andere Herausgeber, ist einer aus dem immer größer werdenden Kreise der Jungen, die unter dem Eindruck der erwachenden Renaissance der Völkerrechtswissenschaft ihre Studien vollendeten und sich von Anfang an die Förderung des pazifistisch orientierten Völkerrechts zur Lebensaufgabe gemacht haben. Er hat uns bereits durch seine „Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts“ ein unentbehrliches Rüstzeug gegeben; ein Quellenwerk, das große Hoffnungen für seinen Herausgeber erweckte, die durch den jetzt vor-

liegenden Band des „Jahrbuches“ sich sicherlich nicht als Täuschungen darstellen.

Das „Jahrbuch“ zerfällt in fünf Teile. Der erste Teil enthält die völkerrechtlichen „Urkunden“ zur Zeitgeschichte. Die Fülle der internationalen Begebenheiten und die Menge der durch sie aufgeworfenen Rechtsbeziehungen ist erdrückend. Sie Jahr für Jahr zu sammeln und bequem zum Gebrauch zu stellen, ist eine der Hauptaufgaben des Jahrbuches. Nicht minder wichtig erscheint uns jedoch auch der darin enthaltene dokumentarische Beweis einer international lebenden Menschheit. Im zweiten Teil bietet uns das Jahrbuch Abhandlungen über die wichtigsten Vorgänge und Fragen des Jahres, Berichte über die völkerrechtlichen Vorgänge in den einzelnen Staaten und über die wichtigsten Kongresse und Konferenzen von internationaler Bedeutung. Die Berichterstattung ist durchweg Fachleuten übertragen. Ebenso bietet der vierte Teil fachmännische Abhandlungen über völkerrechtliche internationale Probleme, Einrichtungen oder über deren Vorbereitung. Der dritte Teil liefert den wichtigen und sonst so schwer erhältlichen Nachweis über Unterzeichnung, Ratifikation, Kündigung und Erlöschen von Staatsverträgen, während uns der fünfte Teil eine umfassende Bibliographie und das Sachregister liefert.

Diese Inhaltsangabe enthebt uns davon, das Jahrbuch zu empfehlen. Es geht daraus hervor, daß es eine wichtige Aufgabe erfüllt. Man wird es künftig nicht entbehren können. So dringend wird man es benötigen, daß die Herausgeber es sich überlegen sollten, ob es nicht ratsam wäre, die Veröffentlichung in zwei Halbjahresbänden vorzunehmen, wie dies bei den Geschichtskalendern mit großem Erfolg geschieht. A. H. F.



Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: (Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Herausgegeben von Prof. Dr. Josef Kohler, Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim, Cambridge, und Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf. VII. Band. 3. und 4. Heft. Festnummer zur Eröffnung des Haager Friedenspalastes. Breslau 1913. J. U. Kerns Verlag (Max Müller).

Aus dem Inhalt: Josef Kohler, Der Friedenstempel. — Prof. Heinrich Lammasch, Zur Eröffnung des Friedenspalastes im Haag. — Henri van der Mandere, Uebersicht über die Prozesse des Haager ständigen Schiedsgerichtshofes. — Prof. Freiherr v. Dünigern, Die historische Entwicklung des Schiedsgedankens. — Kurt Eduard Imberg, Die Schiedsgerichtsverträge der Vereinigten Staaten von Nordamerika bis zur ersten Haager Friedenskonferenz. — Prof. Nippold, Der gegenwärtige Stand der Vorarbeiten für die dritte Haager Friedenskonferenz. — Prof. Dr. Rafael Erich, Das Problem einer internationalen Polizeimacht. — Prof. Dr. Max Fleischmann, Emanuel von Ullmann. — Geh. Rat Prof. Dr. Emanuel v. Ullmann, Prisenangelegenheiten. — Prof. Dr. Max Huber, Die kriegsrechtlichen Verträge und die Kriegsraison. — Prof. Walther Schücking, Der Stand des völkerrechtlichen Unterrichts in Deutschland. — usw.

La Vie Internationale. Revue mensuelle des idées, des Faits et des organismes internationaux. Tome IV 1913. Numéros 2—3. Fascicule 16. Lex 8° Bruxelles. Office central des Associations Internationales.

Aus dem Inhalt: Prof. Wilhelm Ostwald, Théorie des Unités. — usw.

Bulletin of the Pan American Union. Washington. September.

Aus dem Inhalt: The Panama-Pacific International Exposition. — Peace plan of secretary Bryan. — Exchange of students. — Resolution on international arbitration. — Eighth International Congress of students. — usw.

Appelt, O.,
Ein europäischer Staatenbund? Zeitgemäße Betrachtung und Erörterung. 8°. Leipzig 1913. Otto Hillmann. 51 S. Brosch. 1 M.

Flur, F. und Kahn, Architekt Ph.,
Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Mit 160 Abbildungen. 9. Auflage. 8°. Wiesbaden. o. J. Heimkulturverlag Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. 148 S.

Forel, Prof. A.,
Die sexuelle Frage. 1. bis 20. Tausend. Ge kürzte Volks-Ausgabe. Gr. 8°. München 1913. Ernst Reinhardt. 299 S. 2,80 M.

Geschichtskalender, Deutscher,
für 1913. Neuntes Heft. September. 8°. Leipzig 1913. Felix Meiner. S. 113—169.

Hammer, Walter.
Nietzsche als Erzieher. 8°. Leipzig 1914. Dr. Hugo Vollrath Verlag. 166 S. Gebd. 2 M.

Hervé, Gustave,
Elsaß-Lothringen und die deutsch-französische Verständigung. Aus dem französischen übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Hermann Fernau. 8°. München und Leipzig 1913. Duncker & Humblot. 165 S.

Imberg, Kurt Eduard,
Die Schiedsgerichtsverträge der Vereinigten Staaten von Nordamerika bis zur ersten Haager Friedenskonferenz. Gr. 8°. Sonderabdruck aus: Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatenrecht. Von S. 272—285.

Kinkel, Walter,
Vom Sein und von der Seele. Gedanken eines Idealisten. Zweite vermehrte Auflage mit Buchschmuck von Ida Blell. Kl. 8°. Gießen 1914. Alfred Töpelmann (vormals J. Ricker). 148 S. Gebd. 2,40 M.

Krabbe, Prof. Dr. H.,
Die Lehre der Rechtssouveränität. Beitrag zur Staatslehre. 8°. Groningen 1906. J. B. Wolters. 254 S.

Lübeck, Friedrich,
Wie wirkt die Luftschiffahrt auf die Kultur- entwicklung der Nationen. Entworfen nach einer Welttragödie „Geist der Kultur und Arbeit“. 8°. Kiel 1913. Friedrich Lübeck Co. Verlag. 30 S.

Lułowici, August,
Das genetische Prinzip. Versuch einer Lebens- lehre. Gr. 8°. München 1913. F. Bruck- mann A.-G. 299 S.

Mandere, Henri van der,
Uebersicht über die Prozesse des Haager ständigen Schiedsgerichtshofes. 8°. Sonderab-

druck aus: Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatenrecht. Band VII. Von S. 215 bis S. 256.

Maurenbrecher, Hulda,
Wachstum und Schöpfung. Neue Eltern-
gesinnung und Kinderführung. Gr. 8^o.
München 1914. Ernst Reinhardt. 151 S. 2 M.

Nauticus,
Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen. Fünf-
zehnter Jahrgang 1913. Gr. 8^o. Berlin 1913.
Ernst Siegfried Mittler & Sohn. 640 S. geb.

Troll-Borostyáni, Irma von,
Die Gleichstellung der Geschlechter. Dritte
Auflage. Gr. 8^o. München 1913. Heraus-
gegeben vom Bayerischen Verein für Frauen-
stimmrecht. Ernst Reinhardt. 284 S. 1,25 M.

Webb, Sidney,
Die Schwächen des ökonomischen Individualis-
mus. Mit einer Einleitung über die Gesell-
schaft der Fabier vom Uebersetzer Dr. Her-
bert Kühnert. Gr. 8^o. München 1913.
Wege zur Kulturbherrschaft. Schriften aus
dem Euphoristenorden Heft 2. Ernst Rein-
hardt. 40 S. 50 Pfg.

Wehberg, Dr. Hans,
Vierzig ständige Schiedsverträge als Ergänzung
der vom Bureau des Haager Schiedshofes ver-
öffentlichten Sammlung sowie für Seminar-
übungen. Gr. 8^o. Breslau 1913. Beiheft 2
zum VII. Bande der Zeitschrift für Völker-
recht. J. U. Kerns Verlag (Max Müller).
117 S.

Arnaud, Emile,
Code International Public. (code de la Paix).
Notes et commentaires. Premier fascicule.
8^o. Paris 1913. Institut International de la
Paix. 54 S.

**Bibliographie trimestrielle
de Droit international. Législation comparée
— Diplomatie, Colonisation, Politique et Droit
étrangers. 8^o. Paris 1913 28 rue Corvisart
(XIIIe). Von Seite 33—48.**

**Congrès National Belge de la
Paix, Premier,**
réuni à Bruxelles les 8 et 9 juin 1913. Compte
rendu officiel. Gr. 8^o. Brüssel 1913. Publié
par le comité d'organisation. 115 S. und
Annexe.

Eysinga, Prof. W. J. M. van,
L'effet modificatif de la guerre sur le droit,
préexistant de la paix. Madrid Conference
1913. 8^o. London 1913. International Law
Association. Printed by Richard Flint & Co.,
2, Serjeants 'Inn. Fleet street E. C. 7 S.

Le Foyer, Lucien,
La politique extérieure et l'arbitrage inter-
national. Rapport présenté au 13e congrès
radical et radical-socialiste Pau 1913. 4^o.
Comité exécutif du parti républicain radical
et radical-socialiste. Paris, 9 rue de Valois.
20 S.

**Procès-Verbal
des Séances de la Commission du Bureau tenues
les 17 et 22 août 1913 à la Haye. Gr. 8^o.
Bern (1913). Bureau International de la Paix.**

**Union Interparlementaire.
Procès-Verbaux du conseil interparlementaire.
VIII. Séances du 2 au 5 septembre 1913
à la Haye. 8^o. o. O. (1913) o. V. 37 S.**

Eliot, Charles William,
Japanese Characteristics. 8^o. New York City
1913. International Conciliation. October
No. 71. American Association for Inter-
national Conciliation. Sub Station 84, (407
West 117th street). 14 S. Kostenlos.

Jordan, David Starr,
War and Waste. A Series of Discussions of
War and War accessories. 8^o. New York
1913. Doubleday, Page & Company. 296 S.

Pollock, Mary R., Anderson, Helen,
International peace. Winning Essays. In the
second Black prize contest. Under the aus-
pices of the Lake Mohonk Conference on
International Arbitration. 1912—1913. 8^o. o.
O. 1913. Published by the Lake Mohonk Con-
ference on International Arbitration. 21 S.

**Report
of the Chicago Peace Society. 1913. Gr. 8^o.
The Chicago Peace Society. 40 S.**

Smith, Bryant,
The present status of International Arbitration.
Winning Essay. In the fifth Pugsley Prize
Contest under the auspices of the Lake Mo-
honk Conference on International Arbitration.
1912—1913. 8^o. Mohonk Lake. N. Y..
1913. Published by the Lake Mohonk Con-
ference on International Arbitration. 14 S.

Oordt, H. L. van,
Eene Wereldstrijdmacht. Gr. 8^o. Utrecht.
Overdruk uit de Militaire Spectator 1913. A.
W. Bruna & Zoon. 23 S.

Oordt, H. L. van,
Volkenrechtelijke Homoeopathie. Gr. 8^o. Over-
druk mit „De Tijdspiegel“. o. O. o. J. o.
V. 17 S.

Fachpresse. : : : : : : : : : : : : : : : : :

**Völkerfriede (Eßlingen). Novbr. O. Um-
frid, Luftbauten. — Mead, Edwin D.,
Deutschland, England und die Vereinigten
Staaten. — Kongreß für internationale Ver-
ständigung. — Pastor Francke, Eine Kon-
ferenz pazifistischer Pastoren. — usw.**

**Der Friede (Bern). Oktober. Schiedsvertrag
zwischen den Vereinigten Staaten Amerikas
und Salvador. — Prof. Dr. Robert Piloty,
Die Carnegie-Balkankommission. — usw.**

**Die Friedensbewegung (Bern). Okto-
ber. Untersuchungskommission im Balkan.
— Dr. Oskar Wettstein, Die Presse
und die Völkerverständigung. — Lord Hal-
dane, Einfluß des Sittengesetzes auf die
internationalen Beziehungen. — usw.**

**Die Eiche. Vierteljahresschrift zur Pflege
freundschaftlicher Beziehungen zwischen
Großbritannien und Deutschland (Berlin)
No. 4 — F. Siegmund-Schultze, Völker-
schlachtdenkmal und Friedenspalast. — Ul-
rich von Hassell, Der Weltbund der
evangelischen Jünglingsvereine und Christ-
lichen Vereine junger Männer und der Völker-
friede. — P. Kramer, Die Bedeutung der deut-
schen evangelischen Gemeinden in Großbri-
tannien für die Pflege freundschaftlicher Be-
ziehungen zwischen unseren Ländern. —
O. Umfrid, Die Grundlagen einer
deutsch-englischen Einigung. — F. Sieg-
mund-Schultze, Ausländische Studenten
auf deutschen Universitäten. — usw.**

- La Paix par le Droit (Paris). No. 18. Le XX^{me} Congrès de la Paix. — usw.
 — No. 19. T. Baty, Les Insuffisances de l'Arbitrage International et social. — Le Rapprochement franco-allemand par M. d'Estournelles de Constant et Conrad Haussmann. — La XVIII^{me} Session de l'Union Interparlementaire. — usw.
 La Paix par la Raison (Paris). Octobre. Le XX^{me} Congrès Universel de la Paix à la Haye. — usw.
 Les Etats-Unis d'Europe (Bern). Septembre. Les Semaines Pacifistes de Hollande. — usw.
 The Arbitrator (London). November. Public Opinion and Armaments. — The „Naval Holiday“. — usw.
 Concord (London). October. J. F. Green, Notes and News. — Felix Moscheles, Impressions light and dark. — Edward G. Smith, „Lest we forget“. — W. M. J. Williams, The recruiting sergeant. — usw.
 War and Peace (London). October. Paul Dix, Krupps Raw Material. — G. Valentine Williams, The Balkan Atrocities. — Lord Loreburn, Prospects of Peace. — Norman Angell, Man v. The Statesman. — usw.
 Monthly Circular of the National Peace Council (London). October.
 Peace & Goodwill (Wisbech). October.
 Advocate of Peace (Washington). October. Twentieth International Peace Congress. — Project of an International Treaty for the Arrest of Armaments. — The Conference of Interparliamentary Union. — Corda Fratres. — Norman Angell, Commercial Rivalry and International Relations. — usw.
 The Messenger of Peace (Richmond). October. A Message from the Friends in Kansas City. — usw.

Artikel-Bibliographie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen: Elsbeth Friedrichs, Nachklänge vom zwanzigsten Weltfriedenskongreß. „Ethische Kultur.“ 1. X. * Dr. John Mez, Internationale Verständigung. „Das freie Wort.“ XI. * Dr. Pachnicke, M. d. R., Internationale Verständigung. „Der Tag“ (illustrierter). 21. X. * Die internationalen Friedensbestrebungen. „Der Staatsbürger.“ Heft 20. * Kommerzialrat Julius Reich, Ein finanzieller Vorschlag zur Friedensfrage. „Dokumente des Fortschritts.“ Heft 9. * Geheimrat Ed. König, Das schmiedeeiserne Tor am Friedenspalast im Haag. „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung.“ 17. X. * Ein Freund Nobels über die Nobelpreise. „Die große Glocke“ (Berlin). 15. X. * Der englische Kirchenkongreß und die deutsch-englische Verständigung. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 16. X. * O. Umfrid, Die Friedensidee als Zankapfel. „Der Beobachter.“ 11. X. * Dr. Alfred H. Fried, Aus der Friedensbewegung. „Das monistische Jahrhundert.“ 1. XI. * Dr. W. Doppeide, Weltbürgertum und Staatsbürgertum. „Die Grenzboten“ (Berlin). 15. X. * Inter-

ationale Verständigungspolitik. „Deutsche Revue“ (Stuttgart). Novbr. * Die Sittlichkeit in der Politik. „Kölnische Volkszeitung.“ 11. X. * H. Pohn von Dewitz, Weltnachrichtendienst. Von der großen Internationalen und ihrer Macht. „Der Kunstwart.“ Zweites Oktoberheft. * Gaston Moch, Le XX. Congrès universel de la paix (La Haye 18—23 août 1913) et la 2^{ème} assemblée de la Branche allemande de la Conciliation internationale. (Nuremberg, 4—6 octobre 1913). „Journal de Monaco.“ 21. X. * Edwin D. Mead, President Butlers international services. „Unity“ (Chicago). 18. IX. * Pour le rapprochement franco-allemand. „Le Réveil“ (Cherbourg). 29. X. und 1. XI.

II. Die internationale Politik. Graf Taisuke Itagaki, Japan, Amerika und der Weltfriede. „Greifswalder Zeitung“ (Greifswald). 26. X. * Conrad Haubmann, M. d. R., Der vierte Friede. „März.“ 11. X. * Dr. J. Reinke, Jenseits der Vogesen. „Der Tag“ (illustrierter). 31. X. * Elsaß-Lothringen und die deutsch-französische Verständigung. „Straßburger Post.“ 30. X. * Gustave Hervé, Paris, Vor einem neuen deutsch-französischen Kriege? „Der Staatsbürger.“ Heft 20. * Oesterreich und Albanien. „Vossische Zeitung.“ 22. X. * Das Ultimatum an Serbien. „Frankfurter Zeitung.“ 21. X. * General F. von Bernhardi, Deutschland und Oesterreich. „Die Post.“ 16. X. * William Jennings Bryan, Our Foreign Policy. „The Independent.“ 19. X.

III. Völkerrecht. Francis Hagerup, Die dritte Haager Friedenskonferenz. „Nord und Süd.“ November. * Englische Vorschläge zur Milderung des Seekrieges. „Frankfurter Zeitung.“ 12. X. * 28. Kongreß der Vereinigung für internationales Recht. „Frankfurter Zeitung.“ 11. X.

V. Wirtschaftliches. Dr. Otto Pringsheim, Sind Ersparnisse im deutschen Militäretat möglich? „Der Staatsbürger.“ Heft 19. * Dr. Walther Federn, Wehrreform und Finanznot. „Der österreichische Volkswirt“ (Wien). 11. X. * Dr. Alfred H. Fried, Ein Ferienjahr für die Seerüstungen. „Neues Wiener Journal.“ 26. X. * Kapitän zur See a. D. L. Persius, Das englisch-deutsche „Feierjahr“. „Zwickauer Tageblatt.“ 26. X. * Churchills Redelust und Schweigepflicht. „Deutsche Tageszeitung“ (Berlin). 20. X. Ekdal, Das Flotten-Feierjahr. „Breslauer Zeitung.“ 22. X. * Verhandelt doch! „Vorwärts.“ 21. X. * Das Feierjahr. „Münchener Neueste Nachrichten.“ 21. X. * Der Rüstungsfeiertag. „Pester Lloyd.“ 21. X. * R. Gädke, Churchills Feierjahr im Flottenbau. „Zeit am Montag.“ 27. X. * Ders., 2400 Millionen Rüstungsausgaben. „Zeit am Montag.“ (Berlin). 3. XI. * Churchills Seifenblasen. „Der Reichsbote“ (Berlin). 24. X. * Abermals das „Feierjahr“ Winston Churchills. „Hamburger Nachrichten.“ 21. X. * Fritz Röttcher, Der kommende Zusammenbruch des Militarismus. „Ethische Kultur.“ 15. X. * Financial Reform in Austria. „The Economist.“ 18. X. * The Armament Crisis in Austria. „The Economist.“ 11. X. * The Monster Ship in Peace and War. „The Economist.“ 1. XI.



Dezember 1913.

Der Balkankrieg als pazifistisches Dokument.

Die Geschichte dieses letzten Balkankrieges, namentlich die seiner diplomatischen Vorbereitung wie seiner Nachwirkung, müßte im Auftrage einer pazifistischen Organisation geschrieben werden. Ein besseres Dokument gegen den Krieg dürfte sich sobald nicht finden. Alle Rechtfertigungen jenes Krieges durch die unbedingten Kriegsanhänger sind schon heute, wo der Schleier seiner Vorgeschichte erst ganz wenig gelüftet ist, zu Schanden geworden. Was wurde uns nicht alles von dem geschichtlichen Entwicklungsgang erzählt, der den endgültigen Zerfall der Türkei bedingte; und doch wissen wir jetzt, daß dieser angeblich historisch notwendig gewordene Krieg ursprünglich gar nicht gegen die Türkei unternommen werden sollte, sondern als ein Vorstoß Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn geplant war, und daß die Türkei sogar Bundesgenosse bei jenem Unternehmen hätte sein sollen. Es ist dann anders gekommen. Die Einzelheiten über die Wendung fehlen uns noch. Doch steht fest, daß es in der Hand des Königs von Montenegro gelegen hat, dem vorhandenen Kriegswillen der Verbündeten die Richtung zu geben. Wir sahen sogar, wie der geschlagene Bundesgenosse der Balkanstaaten, der den Krieg pathetisch als einen Kreuzzug bezeichnet hatte, nach dem Gemetzel die Bundesgenossenschaft des Halbmonds anstrebte. Und als kürzlich ein während des Feldzuges der Selim Moschee in Adrianopel geraubtes Reliquienstück unter feierlichem Gepränge zurückerstattet wurde, war als Zeichen der Ehrerbietung und Freundschaft ein bulgarischer General in jene Stadt gesandt worden, ohne deren Besitz König Ferdinand einige Monate vorher glaubte, nicht auskommen zu können und zu deren Eroberung er Tausende von Menschenleben hingepflichtet hat.

Ja, die Geschichte dieses Balkankrieges als pazifistisches Dokument muß geschrieben werden. Es muß dargelegt werden, welche fragwürdige Arbeit die Diplomatie in diesem helleuchtenden 20. Jahrhundert sich noch zu leisten wagt. Wahrhaftig, die Gepflogenheiten der Stadtstaaten zur Zeit der italienischen Renaissance haben sich in mancher Beziehung

auch in unserem Zeitalter noch nicht geändert. Es wird zwar nicht mehr mit Gift und Dolch operiert, aber mit derselben Niedertracht, die zur Benützung jener Mittel führte. In unserer unzulänglichen Terminologie sprechen wir immer noch von Gesamtheiten in der Politik, von „Rußland“, „Oesterreich-Ungarn“, „Serbien“ oder „Bulgarien“, während wir in Wirklichkeit nur von einzelnen Personen sprechen sollten, die sich unter diesen pompösen Aushängeschildern verbergen. Der Krieg, den uns seine Anhänger gerne als eine Naturgewalt darstellen, zum mindesten aber als eine Explosion des Volkswillens, ist doch nichts weiter als das Privatunternehmen einiger Weniger. Was Jean Paul vor mehr als hundert Jahren geschrieben, trifft heute noch zu: „Das Unglück der Erde“ — so schreibt der hervorragende Schriftsteller — „war bisher, daß zwei den Krieg beschlossen und Millionen ihn ausführten, indes es besser gewesen wäre, daß Millionen ihn beschlossen hätten und zwei gestritten.“ Nur daß man die Zahl der Arrangeure etwas erhöhen könnte; es müssen nicht gerade zwei, es können auch fünf oder sechs sein. Der Balkankrieg ist entschieden nicht von „Rußland“ gemacht worden, wie man gedankenlos immer behauptet, sondern von einem oder zwei russischen Diplomaten, die sich mit einer Handvoll Balkandiplomaten in Verbindung gesetzt hatten und bei genauer Kenntnis des Terrains ganz allein ihre Minen legten, die nachher auf Rechnung einer ganzen Nation in die Luft flogen. Das Forschen nach den Krankheits-erregern, wie es die moderne Medizin handhabt, muß auch auf das Kriegsübel übertragen werden, und wenn es gelungen sein wird, die Krankheitserreger auch hier in Reinkultur darzustellen, wird die Ueberwindung des Uebels leichter sein. Erbringen wir erst den Nachweis, daß solch ein mörderischer Krieg nicht eine historische Entwicklungsnotwendigkeit, kein Naturereignis, keine soziale Explosion, sondern einfach das Arrangement einiger Herren ist, deren Namen, Adresse und Hausnummer man kennt, die man im schwarzen Rock und weißen Hemdkragen herumlaufen sehen kann, dann wird

die Mystik des Krieges und mit ihr selbst der Krieg überwunden sein. Die Geschichte dieses Balkanverbrechens, getreulich dargestellt, könnte dies bewirken.

Sie könnte uns zeigen, wie unter jener verderblichen Mystik der moderne Macchiavellismus, der viel verderblicher ist als der alte, an Grausamkeit zunimmt. Der höchste Beamte einer großen Kulturnation hat kürzlich jenseits des Ozeans von der zunehmenden Sittlichkeit in der Politik gesprochen. Eine Tatsache, die nicht bestritten werden soll, erfreulicherweise nicht mehr bestritten werden kann. Aber nicht auf dem ganzen Erdball ist diese Zunahme der politischen Sittlichkeit zu bemerken. Es gibt noch dunkle Zonen, wo solches Licht nicht eindringt. Dies beweist uns folgender Vorgang. Im Februar 1912 hat König Ferdinand von Bulgarien mit Serbien einen Geheimvertrag geschlossen, dessen hauptsächlichster Inhalt folgendes feststellt:

Falls Oesterreich-Ungarn Serbien angreift, so ist Bulgarien verpflichtet, unverzüglich Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären und mindestens 200 000 Kombattanten nach Serbien zu dirigieren, die, vereint mit der serbischen Armee, teils offensiv, teils defensiv gegen Oesterreich-Ungarn vorgehen werden.

Die gleiche Verpflichtung obliegt Bulgarien gegen Serbien, falls Oesterreich-Ungarn, unter welchem Vorwande auch immer, im Einverständnis oder ohne Zustimmung der Türkei mit seinen Truppen in den Sandschak Novibazar einbricht, so daß Serbien deshalb Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt, oder, um seine Interessen zu schützen, seine Truppen nach dem Sandschak dirigiert und dadurch einen bewaffneten Konflikt zwischen sich und Oesterreich-Ungarn herbeiführt.

Am 2. Juni 1912 finden wir den König von Bulgarien mit der Königin und den beiden Prinzen in Wien, wo ihm zu Ehren im Schlosse zu Schönbrunn eine Galatafel stattfand. Kaiser Franz Josef brachte einen Trinkspruch aus, aus dem folgende Stelle neu in Erinnerung gebracht werden soll: „Meine wärmsten Wünsche begleiten die friedliche Entwicklung Bulgariens, das dank der hohen Weisheit Eurer Majestät ein Element der Ordnung und der Ruhe auf dem Balkan bildet. Glückliche, die Anwesenheit Eurer Majestäten und Königlichen Hoheiten unter uns als neues Unterpfand der ausgezeichneten Beziehungen ansehen zu können, die zwischen unseren Staaten bestehen, erhebe ich mein Glas zu Ehren Eurer Majestäten und der ganzen Königlichen Familie.“

Aus der Erwiderung des also begrüßten Königs, der sich einige Monate vorher zum Kriege gegen den Herrscher verpflichtet hatte, dessen Gast er jetzt war, sei folgende Stelle festgehalten: „Mit besonderer Genugtuung er-

fülle ich heute diese Pflicht und nehme gleichzeitig Gelegenheit, die wahren Gefühle zu bezeigen, die ich für Eure Majestät hege, deren erhabene Person sich in einer langen historischen Regierung den höchsten Anspruch auf Bewunderung und Achtung ganz Europas erworben hat. Ebenso glücklich wie Sie, Sire, in diesem denkwürdigen Augenblick ein Unterpfand mehr für die ausgezeichneten Beziehungen zu sehen, die zwischen unseren beiden Staaten bestehen, erhebe ich mein Glas zu Ehren Eurer Majestät und der ganzen Kaiserlichen Familie.“

Und zwei Wochen nach diesem Gastmahl — am 19. Juni — unterzeichnet ein General dieses treuen Königs die geheime Militärkonvention mit Serbien, deren dritter Artikel folgenden Wortlaut hat:

„Wenn Oesterreich-Ungarn Serbien angreift, so hat Bulgarien ihm unverzüglich den Krieg zu erklären und wenigstens 200 000 Mann nach Serbien zu werfen und angriffsweise oder in Verteidigung mit dem serbischen Heere gegen Oesterreich-Ungarn zu kämpfen. Dieselbe Pflicht obliegt Bulgarien Serbien gegenüber, wenn Oesterreich-Ungarn, unter welchem Vorwande immer, in Uebereinstimmung mit der Türkei oder ohne sie seine Truppen in den Sandschak Novibazar einmarschieren läßt und infolgedessen Serbien ihm den Krieg erklärt, oder falls Serbien in Verteidigung seiner Interessen seine eigenen Truppen nach dem Sandschak Novibazar einmarschieren läßt und dadurch den Krieg mit Oesterreich-Ungarn heraufbeschwört.“

So sieht nun die Sittlichkeit in der Politik des europäischen Ostens aus. Die Sittlichkeit jener Institution, die ihr Recht von Gott herleitet. Das ist aber noch nicht der ganze Tiefstand der Vorgänge. Als jene Geheimverträge durch den „Matin“ veröffentlicht wurden, befand sich der treue König gerade in Wien, wo auch die Delegationen tagten, die von dem Grafen Berchtold Rechenschaft über seine Orientpolitik forderten. Die maßgebende österreichische Presse, die ihre Informationen von der Regierung erhält, beeilte sich, sowohl den König wie den durch jene Veröffentlichungen kompromittierten österreichisch-ungarischen Auslandsminister in Schutz zu nehmen. Nein, so halte es aus den Zeitungen heraus, König Ferdinand hat nicht unkorrekt gehandelt, hat nicht einen Vertrag gegen Oesterreich geschlossen, um sich einige Monate später unter dem Dache des Kaisers als dessen dankbarer Freund aufzuspielen. Nein! Damals im Juni 1912 hätte der treue König dem Kaiser vom Inhalt jenes Vertrages Kenntnis gegeben und erklärt, daß er nie daran denke, ihn zu halten. Er ist aber ein Ehrenmann! —

Und über jene Leute, die ob jener Erklärung etwas erschreckt waren, rümpften all-

deutsche Organe verächtlich die Nase, als über Phantasten, die nicht begreifen können, daß in der Politik Gefühlswerte keine Bedeutung hätten.

Man sieht, es ist notwendig, daß die Bilanz und die Entstehungsgeschichte des Balkanverbrechens geschrieben wird. Wir, die wir das traurige Schicksal haben, unter der drückenden Atmosphäre jener Verwesungsphilosophie zu leben, wir haben die traurige Pflicht, den kommanden Geschlechtern wenigstens zu beweisen, daß nicht alles verwest, verrottet und korrupt war in dem Europa am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts.

Zu den Lehren dieses Krieges gehören ja auch erfreuliche Tatsachen. So, daß es gelang, den Krieg zu lokalisieren und den erwarteten Zusammenstoß der europäischen Großmächte zu verhindern. Ferner, daß es gelang, den anglo-deutschen Konflikt zu überwinden und eine größere Stetigkeit in die europäischen Verhältnisse hineinzubringen. Die wichtigste Forderung ist es aber jetzt, den Zwiespalt zwischen den beiden Bündnisgruppierungen zu überbrücken, da er allein jene Situation schafft, die es den Privatunternehmern der Verhetzung ermöglicht, Kriegsgefahren zu zeitigen und sogar Kriege zum Ausbruch zu bringen. Der Balkankrieg ist noch nicht zu Ende. Seine direkte Aktion ist lediglich eingestellt worden. Jeder Friedensvertrag, der da unten unterzeichnet wurde, ist eine gleiserische Lüge und mit dem geheimen Vorbehalt geschlossen worden, ihn bei nächster Gelegenheit zu brechen. Europa, das sich so trefflich zu schützen weiß, wenn die Pest oder die Cholera an seiner äußersten Peripherie pochen, es hätte die Macht, auch den Balkan politisch zu sanieren, wenn es nur erst da wäre; wenn über unhaltbare mystische Voreingenommenheit hinweg jene Sonderbünde, die so grotesk dem Frieden dienen wollen und uns vor lauter Kriegsgefahr das Atmen rauben, sich endlich zum europäischen Friedensbunde gestalten wollten. A. H. F.

Unsere auswärtige Politik.

Von William Jennings Bryan,
Staatssekretär der Vereinigten Staaten.

Zur Veröffentlichung in der „Friedens-Warte“ vom Verfasser ausdrücklich bewilligt.

Krieg ist mehr Sache des Gefühls als Sache des Verstandes. Er kann gar nichts schlichten, das nicht auf eine bessere Art gelöst werden könnte. Die Völker haben ebenso wenig Grund, ihre Differenzen auf dem Schlachtfelde auszutragen, als Menschen Grund hätten, solche durch physische Kraft beizulegen. Wenn es aber etwas wie einen Gerechtigkeitssinn gibt — und wir können nicht daran zweifeln, wenn wir nicht ein Chaos annehmen wollen —, dann wird durch diese Gewaltlosigkeit bloß die endgültige Lösung auf-

gehalten, die mit dem zunehmenden Interesse kommen muß. Da die Nationen in ihrer Größe und in ihrer Kraft voneinander abweichen, so kann ein Krieg natürlicherweise ebensowenig eine gerechte Lösung bedeuten, als ein Kampf zwischen zwei Individuen über das Recht des einen entscheidet.

Persönliche Streitigkeiten sind durch die Errichtung von Gerichtshöfen viel seltener geworden, und die Gerichtshöfe haben an Bedeutung gewonnen, als der Mensch gelernt hat, sich zu beherrschen. Wir fangen an, die Worte der Heiligen Schrift zu verstehen, die da lauten: „Der Sanftmütige ist besser als der Zornige, und besser der, der seinen Geist beherrscht, als der, der eine Stadt bezwingt.“ Der Sieg über den bösen Trieb im eigenen Innern ist der allergrößte Sieg.

Die Zunahme der schiedsgerichtlichen Austragung von Streitigkeiten zwischen den Staaten hält Schritt mit dem zunehmenden Einfluß der Gerichtshöfe; und mit der wachsenden Intelligenz, die Hand in Hand geht mit einer Entwicklung der Gesinnung, neigen die herrschenden Kräfte in den Nationen zu einer friedlichen Lösung der internationalen Probleme. Es war ein Schritt nach vorwärts, als an Stelle des sofortigen Niederschießens das Duell trat, das Zeit zur Ueberlegung und zur Vermittlung durch die Freunde ließ; aber auch der Standpunkt des Duells ist überwunden, weil physischer Kampf das Allgemeingewissen verletzt.

Die Untersuchung von Streitigkeiten.

Der von Präsident Wilson vor kurzem gemachte Vorschlag bezieht sich auf Untersuchungen in allen Fällen und ist ein Schritt auf dem Wege, Gewalt durch Recht zu ersetzen, wenn er auch jedem Streitteil offen läßt, nach Abschluß der Untersuchung ganz unabhängig zu handeln. Das ist ein großer Schritt zum Frieden, weil er den Gefühlen Zeit läßt, ihre Leidenschaftlichkeit zu verlieren, und den Freunden des Friedens zum vermitteln Gelegenheit gibt. Der Tag wird zweifellos kommen, da alle Fragen friedlich durch ein Schiedsgericht gelöst werden, da er aber noch nicht da ist, sind wir mit unserem Vorschlag, alle Streitfragen, welcher Art diese auch seien, untersuchen zu lassen, im Recht.

Erstens werden wir danach trachten, Gerechtigkeit als nationale Politik einzusetzen, zweitens sind wir bereit, jede Klage, die erhoben wird, zur Kenntnis zu nehmen, sie zu untersuchen und der Welt unsere Gründe mitzuteilen. Weil wir Gerechtigkeitssinn und das Verlangen nach Recht haben und weil wir sowohl auf diesen Sinn als auf dieses Verlangen stolz sind, werden wir furchtlos unsere guten Absichten klarlegen.

Vor einigen Monaten erst haben die Vereinigten Staaten im allgemeinen und Washington im besonderen die britischen Friedens-

delegierten bewillkommt, die hierher kamen, um die Feier des hundertjährigen Friedens zwischen den englisch sprechenden Nationen vorzubereiten. Dieser Besuch erneuerte die Gewißheit des freundschaftlichen Zusammengehens dieser beiden durch eine gemeinsame Muttersprache verbundenen Staaten. Aber dieselbe Gelegenheit diente auch als Beweis, daß die gleiche Freundschaft und der gleiche gemeinsame Fortschritt des Friedens sich nicht nur auf die englisch sprechenden Nationen beschränken, sondern auch andere mit einschließen. Es wird von manchen Seiten als besonders bezeichnend angesehen, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten so lange den Frieden aufrecht erhalten konnten und ebenso bezeichnend, daß so viele verschiedene Nationalitäten den Frieden durch mehrere Generationen gewahrt haben trotz der so widersprechenden ethnologischen und Rassegegensätze, die innerhalb der Grenzen unseres Landes aufeinanderstoßen. Es erscheint aber weniger seltsam, wenn wir das Verhältnis untersuchen: wenn wir uns vor Augen halten, daß die friedliche Invasion der Völker aller Religionen, Rassen und Gewohnheiten in den Vereinigten Staaten nur dazu erfolgte, um gemeinsam ihre Lage zu verbessern, unter Umständen, die allen Gleichheit und freien Spielraum versprach.

Ersatz des Krieges durch Recht.

Die Vereinigten Staaten hegen für alle Nationen die freundschaftlichsten Gefühle. Wenn wir die letzten Vorfälle betrachten — die sich vor kürzerer oder längerer Zeit ereigneten —, finden wir nicht eine einzige Gelegenheit, keine noch so gewichtige Tatsache, wo die Vereinigten Staaten den Wunsch gezeigt hätten, zu den Waffen zu greifen, um sich Genugtuung zu verschaffen. Wir müssen der Welt höhere Ideale geben, als die des Krieges. Wir müssen den Geist des Krieges durch den Geist des Friedens ersetzen. Der Weltfrieden ist unser Ziel. Es gibt keine Sache, die nicht durch das Recht besser gelöst werden könnte, als durch den Krieg. Ich erwarte nicht nur, daß die Vereinigten Staaten während meiner Amtszeit keinen Krieg führen, sondern auch, daß unser Volk während meines ganzen Lebens nicht mehr in einen Krieg verwickelt wird.

Der Krieg liegt im Interesse einiger weniger, nicht im Interesse aller. Die Welt erfährt soeben, daß hinter dem Kriegsfuror, hinter der Aufstachelung der Völkerleidenschaften, das Interesse für Panzerplatten, Kriegsschiffe, Munitionslieferungen jener Personen und Institute steht, deren Geschäft es ist, diese Kriegsschiffe zu bauen, die notwendigen Panzerplatten zu liefern und mächtige Vernichtungswerkzeuge zu erfinden. Es wurde sogar ausfindig gemacht, daß Bewohner eines Landes Summen dafür ausgeben, um in einem anderen Lande

gegen ihr eigenes aufzuhetzen. Mit anderen Worten, es gibt Leute, die den Krieg um ihres eigenen persönlichen Vorteils willen geschäftlich ausbeuten, ohne die Wirkungen und den Verlust, den die Menschheit durch ihre verächtliche Propaganda erleidet, zu ermessen. Weil die Völker im allgemeinen jetzt anfangen einzusehen, wie belanglos manchmal die Ursachen sind, die zu einem vernichtenden Kriege führen können, gehen sie allen Ursachen, die Kriege entfesseln können, aus dem Weg. Zunehmende Intelligenz ist ein Schutz, weil sie eine für den Frieden wirkende Kraft ist.

Gleichzeitig ist auch eine wachsende Annäherung zwischen den Regierungen und den Völkern zu beobachten. Durch ein geschlosseneres Zusammengehen der regierten Völker und der Regierenden hatte und wird noch eine große Masse des Volkes Gelegenheit haben, zu erfahren, daß ein bewaffneter Kampf keinen Nutzen bringen kann, und daß jene, die die Steuern bezahlen und dann noch ihr eigenes Blut vergießen, nur zum Vorteil solcher arbeiten, die einen persönlichen Nutzen daraus ziehen.

Es wurde schon oft, auch von unseren größten Philosophen, gesagt, daß an den Frieden glauben, den Frieden erhalten bedeutet, gleichviel, ob es sich um eine Person, eine Gruppe oder ein Volk handelt. Ebenso kann man sagen, daß die Vorbereitungen zum Kriege einem solchen günstig sind, und daß jene Nationen, die am meisten Zeit, Kraft und Mittel für die Kriegsbereitschaft ausgeben, auch jene sind, die am ehesten zu einem Kriege neigen.

Ist es aber nicht gerade so leicht, diese Unterschiede vom Standpunkt des Friedens statt von dem des Krieges ins Auge zu fassen. Und Krieg bedeutet bloß die eine, am wenigsten wirksamste Art der Lösung, weil im Kriege die Völker von ihren niedrigsten Instinkten beherrscht sind, die jenen, in Zeiten der Gewalt zur Erwägung des Rechtes beider Teile so notwendigen, Sinn für Humanität und Gerechtigkeit zerstören. Andererseits können aber zur Vermeidung des Krieges verschiedene einem gegebenen Fall mehr oder minder angepaßte Methoden für die Lösung aller möglichen Streitfragen gefunden werden. Das Ergebnis wird immer die gewünschte Entscheidung bringen.

Die trivialen Ursachen des Krieges.

Allgemein gesprochen, ist die Welt heute mehr dem Frieden geneigt, als sie zu irgendeiner anderen Zeit gewesen ist. Wir müssen auch bedenken, daß individuelle und nationale Probleme sich vervielfacht haben und stärker geworden sind, und daß zu keiner anderen Zeit so viele Fragen für das Wohl der ganzen Welt zu lösen waren, wie jetzt. Die Geschichte wird uns beweisen, daß viele

unserer bittersten Kriege aus trivialen Ursachen entstanden sind. Hätten wir uns nicht einem idealen Zustand der internationalen Ruhe genähert, dann würde die Welt mehr als je Kriege führen. Wie die Sachen heute stehen, ist die Wahrscheinlichkeit für einen ernsten Krieg nicht groß, das heißt, er würde jene nicht befriedigen, die die Führung eines Krieges für vorteilhaft erachten. Europäische Nationen und die Vereinigten Staaten haben bei vielen Gelegenheiten des letzten Jahrzehnts das Schiedsgericht angerufen; vor einiger Zeit erst erledigte eine Spezialkommission in fünfzehn Tagen die Streitfrage zwischen Italien und Frankreich, die durch die Beschlagnahme einiger französischer Schiffe seitens Italiens entstanden war, eine Ursache, die der kriegerischen Presse wohl ein Schlachtfeld wert gewesen wäre. Die freundschaftliche und zufriedenstellende Schlichtung erforderte weniger Zeit, als das Stellen eines Ultimatums und die notwendigen Schritte vor einer Kriegserklärung gebraucht hätten.

Der Panamakanal, durch den wir bald den Isthmus trennen werden, wird uns mit der westlichen Küste Süd-Amerikas verbinden, d. i. mit einem Teil jenes Festlandes, das, obwohl geographisch nahe, von New York aus seit undenklichen Zeiten praktisch unerreichbar war. Ob wir nun wollen oder nicht, wir müssen Nachbarn werden, und es liegt in unserem beiderseitigen Vorteil, dieser Nachbarschaft gerecht zu werden. Wir können die nützlichen Ergebnisse, die aus gegenseitiger Hilfeleistung erstehen, auf das Höchstmaß bringen. Wir sind uns dann näher als wir den Ländern sind, die jenseits der Ozeane liegen. Alle Länder der nördlichen Küste Süd-Amerikas werden uns dann näher sein als Europa.

Unsere Politik Latein-Amerika gegenüber.

Die Republiken Latein-Amerikas gehen erst ihrer größten Entwicklung entgegen, weil sie sich bis jetzt nur teilweise entwickeln konnten. Ihre wirklichen und voraussichtlichen Hilfsmittel sind derart, daß sie die Menschheit veranlassen könnten, ihre Kräfte für deren beste und nützlichste Verwertung einzusetzen. Sie erhoffen für sich jenen Unternehmungsgeist und jene Tätigkeit, die während der letzten Jahrzehnte die Vereinigten Staaten aus einer Kolonie zu einer Weltmacht entwickelt haben. Wir besitzen Kapital im Ueberfluß und es ist nur logisch, daß unsere Nachbarn von uns jenen Beistand in Anspruch nehmen werden, der ihnen berechtigterweise geleistet werden kann. Wir besitzen konstruktive Fähigkeiten und die notwendige Erfahrung. Diese Erfahrung und dieses Kapital können erfolgreich zu beiderseitigem Nutzen verwendet werden.

Es ist trotzdem sicher, daß die Politik unserer Verwaltung unseren lateinischen Nach-

barn und anderen Ländern gegenüber von einigen Stellen mißverstanden wird. Dennoch hat der Präsident seine Meinung darüber in seinen Reden skizziert und durch Tatsachen erläutert. Amerikanische Unternehmungen sollten jede Unterstützung genießen, und er ist bereit, diese Unterstützung zu gewähren; da er aber weiß, daß der geschäftliche Verkehr seinen Wert und seine Beständigkeit durch gegenseitigen Vorteil erhält, will er darauf dringen, daß amerikanische Geschäftsleute in jedes Land, wo sie Geschäfte zu machen hoffen, die höchsten Begriffe von Ehre und Redlichkeit mitbringen sollen. Jeder erworbene Dollar müßte die Vergütung sein für einen im Werte eines Dollars geleisteten Dienst.

Eine Unterrichts-Kampagne.

All dies kann nur nach einer systematischen Unterrichtskampagne getan werden. Daß einer den anderen verstehe, ist eine absolute Notwendigkeit, und das zunehmende Interesse für die spanische Sprache in den Vereinigten Staaten wie die Bereitwilligkeit, mit der unsere südlichen Nachbarn Kenntnisse des Englischen erwerben, sind gute Vorboten einer engeren Freundschaft. Von da bis zu einem geistigen Austausch zwischen den amerikanischen Republiken ist nur ein Schritt. Das intellektuelle Leben aller Länder würde durch die Kenntnis und den Vergleich der Anschauungen angeregt werden. Jede Anstrengung müßte gemacht werden, um einen Gedankenaustausch zu beschleunigen und eine Beachsichtigung der Unterrichtsmethoden in die Wege zu leiten. Ein Teil des immer größer werdenden Stroms der Reisenden, der die alte Welt befruchtete, würde nach Süd-Amerika abgelenkt werden. Auf diese Weise sind wir zu unserer Grundbehauptung zurückgekehrt, nämlich, daß wir miteinander gut auskommen müssen. Das Bewußtsein dieser Zusammengehörigkeit — dieser Verwandtschaft, denn eine solche ist es — ist der erste Schritt zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen.

Der Wilson-Bryan-Plan.

Vor kurzem hatte ich die Ehre, im Namen des Präsidenten einen den Weltfrieden betreffenden Vorschlag den Mitgliedern des im Staatedepartement versammelten diplomatischen Korps zu unterbreiten. Dieser Vorschlag befürwortet, die Schiedsgerichtsbarkeit durch eine Klausel zu ergänzen, die die Untersuchung aller Streitfragen, welcher Art diese auch seien, vorsieht. Dieses Abkommen bedeutet eine Erweiterung der bestehenden Schiedsverträge und solcher, die noch beschlossen werden sollen. Es betrifft die durch jene Verträge bislang offen gelassene Lücke, nämlich die von der Schiedsgerichtsbarkeit ausgeschlossenen Fragen. Bei dem vorgeschlagenen Abkommen wird keine einzige Frage von der Untersuchung ausgenommen, wenn auch

jeder Nation die größte Freiheit bei Beurteilung des Falles eingeräumt wird. Wenn der Grundsatz der Untersuchung angenommen wird, und einzelne Vorschläge des Planes, gegen die Einwände möglicherweise erhoben werden sollten, richtiggestellt sind, bleibt nichts anderes zu tun übrig, als die Lösung der Untersuchungsmethode.

Der Entwurf des Abkommens, den ich den Vertretern der ausländischen Nationen unterbreitet habe, ist folgender:

Die Vertragsteile willigen ein, daß Streitfragen, welcher Art diese auch seien, nach Versagen diplomatischer Bemühungen zum Zweck einer Untersuchung und Erstattung eines Berichtes einer internationalen Kommission (über deren Zusammensetzung man übereinkommen müsse) unterbreitet werden sollen, und erklären sich bereit, keinen Krieg zu beginnen und keine Feindseligkeiten zu eröffnen, solange die Untersuchung nicht abgeschlossen und der Bericht nicht erstattet ist.

Die Untersuchung soll auf Initiative der Kommission als eine laufende Sache, ohne die Formalität eines Anschehens von irgendeiner Partei, vorgenommen werden. Der Bericht müßte binnen (die Zeit wäre zu bestimmen), vom Datum der Untersuchung des Streitfalles an gerechnet, vollendet sein, aber die Streitteile behalten sich das Recht vor, unabhängig von dem Befund, nach erfolgter Berichterstattung zu handeln.

Der Plan und seine Aufnahme.

Die wichtigsten Punkte des Uebereinkommens, das der Präsident mit Zustimmung des Senats mit anderen Nationen einzugehen bereit ist, sind im obigen Entwurf genannt. Die Tatsache, daß sich der Entwurf nicht in Details verlieren will, kann am besten dadurch erklärt werden, daß Details untergeordnete Bedeutung haben und zwischen zwei abschließenden Staaten in verschiedenen Fällen verschieden sein können. Die den ausländischen Diplomaten überreichte Ausfertigung enthält bloß den hauptsächlichsten Vorschlag, das heißt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten bereit ist, Abkommen mit ausländischen Ländern zu schließen, die auch andere Methoden zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten vorsehen, und die hauptsächlich jene Fragen betreffen, die nicht in einem gewöhnlichen Schiedsvertrag einbezogen sind. Schiedsverträge nehmen immer gewisse Fragen von der schiedsgerichtlichen Austragung aus, und wenn sie es nicht tun, so kann trotzdem eine Lücke in der Tatsache gefunden werden, daß die Schiedsgerichtsbarkeit nicht obligatorisch ist und, zumeist, nicht obligatorisch gemacht werden kann. Es wurde vorgeschlagen, diesen Plan als eine Klausel den künftigen Schiedsverträgen einzuverleiben, damit den Einwendungen, die gegen dieses Abkommen, das auch Fragen nationaler Ehre einschließt, dadurch begegnet wird. Aber sei es als Separat-, sei es als allgemeines Abkommen über Schiedsgericht und Untersuchung, — diese Klausel

wird immer einen wohltätigen Einfluß ausüben. Während dieser Artikel verfaßt wird, haben schon 26 Nationen den Vorschlag des Präsidenten Wilson wohlwollend in Erwägung gezogen.

Ueber die Zeit, in der der Bericht erstattet werden muß, müßte man sich noch schlüssig werden, aber jede, wenn auch noch so kurze Zeit läßt eine Möglichkeit zur Untersuchung und zur Beratung, und es ist zu hoffen, daß die festgesetzte Zeit genügen wird, um eine kriegslose Schlichtung zu sichern.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß, alles in allem genommen, die den Weltfrieden und das Gedeihen verheißenden Bedingungen niemals günstiger waren als jetzt, und indem ich dies behaupte, beziehe ich mich hauptsächlich auf jene Kriege, die sich zwischen zwei großen Mächten ereignen könnten, die früher oder später anderer Mächte Krieg veranlassen würden. Das würde Hunderte an Millionen, das Leben von Hunderten und Tausenden Menschen kosten, und an Zeit Monate, vielleicht Jahre beanspruchen. Die Hauptsache ist, uns einander davon zu überzeugen, daß wir zur Schlichtung der Streitfälle an Stelle des Krieges das Recht setzen wollen, weil, „wo ein Wille ist, auch ein Weg ist.“

Patriotismus und Dividendenhunger.

Von L. Persius,
Kapitän zur See a. D., Berlin.

Die Firma Krupp schüttet dieses Jahr eine Dividende von 14% aus. 1909/10 betrug die Dividende 8%, 1910/11 10% und 1911/12 12%. Man sieht, das Waffengeschäft steht in steigender Blüte, und auch für die Zukunft brauchen die Aktionäre keine Sorge zu haben. Fast in allen Ländern ist die Rüstungsschraube in Bewegung, die für sie arbeitet. Deutschland ging voran mit seinem Milliardenopfer, von dem ein recht beträchtlicher Prozentsatz in die Taschen der Militärlieferanten wandern wird. Frankreich mußte folgen. Die Kosten seiner Heeresvermehrung betragen auch etwa eine Milliarde. Aber in Deutschland ist man nun keineswegs zufrieden. Schon stellt der Wehrverein mit Emphase — Nachrichten vom 20. November — fest, daß das deutsche Heer auch nach Durchführung der letzten Vorlage dem französischen beträchtlich unterlegen sei, und es werden verschiedene Vermehrungen und Verbesserungen gefordert. Die Zeitschrift des deutschen Wehrvereins, „Die Wehr“, sagte wörtlich in ihrer September-Nummer 1913: „Die französische Armee hatte bisher eine Kopfstärke von rund 620 000 Mann, denen wir rund 670 000 Mann gegenüberstellten.“ Nach den neuen Berechnungen des Wehr-

vereins wird im Oktober 1915 — nach Durchführung der beiderseitigen Vermehrungen — die Stärke des deutschen Heeres 823 300 Mann, die des französischen 898 000 Mann betragen. Also gibt der Wehrverein zu, daß das Resultat des deutschen Milliardenopfers uns eine relative Verschlechterung unserer militärischen Stärke gegenüber der französischen Armee brachte!

Hervorragende Staatsmänner haben verschiedentlich öffentlich in Zeitschriften u. a. ausgesprochen, daß es keiner französischen Regierung je gelungen wäre, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich durchzudrücken, wenn nicht Deutschland durch die Riesenverstärkung seines Heeres den Anlaß gegeben und den Weg freigemacht hätte. Hierüber besteht ja auch unter objektiv Urteilenden keine Meinungsverschiedenheit. Früher standen wir also sicherer da. Jetzt, nach Erlegung einer Milliarde, die aufzubringen unendlich böses Blut machte, finden wir uns in schlechterer Position. Wer hat den Vorteil von den beiderseitigen Milliardenpenden? Die Rüstungsinteressenten, auf deren Betreiben ja auch nur die Heeresvermehrungen hüben und drüben vorgenommen wurden.

Das Vorgehen Deutschlands und Frankreichs findet naturgemäß ein Echo. Auch Oesterreichs und Italiens Rüstungsfirmen wollen am Gewinn Beteiligung haben. Ob ihnen das zurzeit gelingen wird, da die Staatsfinanzen alles andere als glänzend sind, ist freilich fraglich. Sie werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach etwas gedulden müssen! Es verlautet, daß die österreichisch-ungarische Heeresvermehrung sich in engen Grenzen halten wird, und die Flottenbaupläne der Doppelmonarchie wie auch die Italiens sind äußerst beschränkt. Der Ersatz der österreichischen „Monarch“-Klasse wird vorläufig noch nicht vom Marinekommandanten gefordert werden — so besagt eine offiziöse Versicherung —, und der italienische Marineminister verlangt nur eine sehr bescheidene Summe, um einen Dreadnought auf Stapel legen zu können. Dahingegen wird das britische nächste Flottenbudget eine abermalige Steigerung aufweisen. Es wird sich nach Ankündigung Mr. Churchills zum erstenmal über eine Milliarde erheben. Das diesjährige belief sich bereits auf 944,7 Mill. Mark. — Rußlands Marineetat endlich betrug 1912 355 Mill., 1913 497,4 und der nächstjährige soll um 120 Millionen anschwellen. Kurz, die Aussichten für die Waffenfabrikanten, die Rüstungslieferanten und die Erbauer von Kriegsschiffen sind rosig, und mit den steigenden Dividenden wächst ihr Patriotismus, der sie heißt, nach weiterer Rüstung zu rufen. Als wahrer Vaterlandsfreund gilt zumeist nur, wer Heer und Flotte nie stark genug haben kann, wer unentwegt die Aufstellung neuer Armeekorps und den Bau weiterer

Dreadnoughts fordert. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Kreise, welche „patriotisches Fühlen“ in Erbpacht erklärt haben, mehr oder minder sämtlich an der Waffenfabrikation und an Armee- und Marinelieferungen interessiert sind.

Der Begriff „patriotisches Fühlen“ ist nicht einfach zu definieren. Die nationalistischen Kreise in Deutschland wünschen jetzt eine Verstärkung der Seerüstung, d. h. die Kreise, die dem Flottenverein nahestehen. Der Konkurrenzneid zwischen Wehr- und Flottenverein hindert eine Verständigung über die Ziele und über eine entsprechend abwechselnd einsetzende Agitation. 1912 wurde freilich erst die letzte Flottennovelle geboren, die ein drittes aktives Geschwader zu acht Linienschiffen usw. brachte. Aber die große neue Heeresvermehrung reizt direkt, nun auch für die Marine einen gehörigen Machtzuwachs zu fordern. Vornehmlich ist es neuerdings der bedrohliche Ausbau der russischen Seemacht in der Ostsee — es werden eine größere Anzahl von Schlacht- und geschützten Kreuzern gebaut —, der zur Begründung der Propaganda für den forcierten Bau von Schlachtkreuzern usw. erhalten muß. Abgesehen von den verschiedenen Torpedoboote und Zerstörern, die auf deutschen Werften für die russische Regierung hergestellt werden, befinden sich bei Schichau in Elbing zwei geschützte Kreuzer von je 4500 t Displacement für Rechnung der russischen Regierung im Bau. Schichau hat zu gleicher Zeit einen Schlachtkreuzer — Ersatz „Kaiserin Augusta“ — für die deutsche Marine in Arbeit. Die Aktionäre der Firma ziehen also Nutzen von Freund und Feind, von den Kreuzerbauten Deutschlands und Rußlands. Und russische und deutsche Steuerzahler füllen ihre Taschen. Einen Spion steckt man ins Zuchthaus, vorausgesetzt, daß man seiner habhaft wird. Sein unheilvolles Treiben könnte dem Lande vielleicht Nachteil bringen. Russische Kreuzer und Torpedoboote werden, falls es zum Krieg kommt, bestimmt zu unserm Schaden eingesetzt werden. Es sei die Frage gestattet: Verträgt es sich mit „patriotischem Fühlen“, wenn man dem voraussichtlichen Gegner Waffen gegen das eigene Land in die Hand gibt?

Und den gleichen Fall erleben wir an unsern Parsevals. England gelang es bisher nicht, in der Luftfahrt vorwärts zu kommen. Die Konstruktionen der im eigenen Lande erbauten Luftschiffe, wie Alpha, Beta usw., waren so fehlerhaft, daß man ein Fiasko nach dem andern erlebte. Nun wurde ein Parseval angekauft. Er befriedigte ungemein, und jetzt werden schon drei neue Luftschiffe nach dem Parseval-Modell hergestellt. In England ist man in großer Sorge vor der deutschen Ueberlegenheit in der Luft. Aber deutsche Firmen verkaufen ihre Erzeugnisse an den voraussichtlichen Gegner. Parsevals

gingen n. b. auch nach Rußland, Japan usw. Verträgt sich ein solcher Verkauf mit „patriotischem Fühlen“? So selbstverständlich die Antwort hierauf lauten wird „nein“, ebenso selbstverständlich wird die Entschuldigung lauten: „Es geschieht doch aber überall auf der Welt.“ Und in der Tat, solange der Brauch nicht öffentlich verurteilt, solange er nicht allgemein als unmoralisch an den Pranger gestellt wurde, darf man keiner Firma im einzelnen einen Vorwurf machen. Verkaufen wir nicht Kriegsmaterial an das Ausland, so tut es ein anderer. Wir würden nur der Konkurrenz in die Hände arbeiten. In Anklagezustand sind die Völker in ihrer Gesamtheit zu versetzen, die solche Unmoral dulden.

Die Privatwerften jedes Landes, n. b., soweit sie Besteller finden, arbeiten für die eigene Marine ebenso wie für Freund und Feind. Man freut sich, wenn sie Aufträge fremder Regierungen erhalten. Man unterstützt alle Bestrebungen, die darauf abzielen, ihnen solche zu sichern. Die Marineverwaltungen selbst bemühen sich in dieser Hinsicht. Es werden Reklamefahrten von Kriegsschiffen nach fernen Ländern veranstaltet. So jetzt die Reise der beiden deutschen Dreadnoughts nach Südamerika. — Soweit es sich um exotische Staaten handelt, mit denen man nie in einen kriegerischen Konflikt verwickelt wird, mag es hingehen, wenn es auch besser unterbliebe. Wozu die Hand auch nur zum Bau von Miniatur-Flotten leihen? Selbst solche tragen zum Rüstungswettbewerb bei. Aber etwas ganz anderes ist es, wenn es sich um Lieferungen für die voraussichtlichen Gegner handelt. Und dennoch kennt man in dieser Beziehung nirgends den geringsten Skrupel. Warum? Allerorten sehen wir in den Parlamenten, in den Präsidien nationalistischer Vereine, unter den in der Presse arbeitenden, in Rüstungsfragen maßgebenden Generalen und Admiralen solche, die an der Waffenfabrikation interessiert sind. Mit größter Ungeniertheit widmen sie sich der Verhetzungsarbeit der Völker, agitieren für Rüstungsstärkung, und fallen über jeden her, der ihnen entgegentritt. Das ist besonders in Deutschland der Fall, wo Achtung vor politischer Gesinnung ein unbekannter Begriff ist, wo sich selbst z. B. das Regierungsblatt nicht von dem Versuch freihält, Kritiker durch persönliche Verunglimpfung in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Nur die, welche ständig für Heeres- und Flottenvermehrung eintreten, sind die wahren Vaterlandsfreunde, denen es ihr Pflichtgefühl vorschreibt, anzukämpfen gegen den Unverstand derer, die sich etwa vermessen, darauf hinzuweisen, wie sinnlos das Wettrüsten ist, das an dem relativen Stärkeverhältnis nichts ändert. Jede andere Ansicht wird von ihnen als vaterlandslos gekennzeichnet. Sie beherrschen die Öffentlichkeit und die Volks-

vertretung. Die Rüstungsfirmen mit ihren gewaltigen Gewinnen und ihrer Gefolgschaft haben auch die Presse fast vollkommen in ihrer Gewalt. Ueberall, ob in Staatsbetrieben oder im Parlament, macht sich ihr Einfluß geltend.

Eine diese Verhältnisse in England charakterisierende Flugschrift erschien vor kurzem in Manchester unter dem Titel „the war trust exposed“. Es werden die britischen Rüstungsfirmen aufgezählt, ihre Aktionäre, ihre Angestellten, und es wird bemerkt, welche von ihnen im Parlament sitzen. Der Ring der Harved united steel Co. wird beleuchtet, zu dem englische, nordamerikanische, französische, italienische und deutsche Firmen gehören. Die Machtstellung der Waffenfirmen den Regierungen gegenüber wird geschildert. Verschiedentlich herrscht volle Monopolisierung. So wurde z. B. bisher kein Zerstörer und kein Torpedoboot auf einer englischen Staatswerft erbaut. — Das ist in Deutschland der gleiche Fall. Krupp, Germania-Werft in Kiel, Vulkan in Stettin und Schichau in Elbing bauen alle deutschen Torpedofahrzeuge. — An verschiedenen Beispielen, so bei der Konstruktion der Luftschiffe und Flugzeuge, wird gezeigt, wie die Regierung der privaten Tätigkeit das ganze Feld überläßt, und es wird eine Uebersicht gegeben, wieviel Prozent des Marinebudgets an die Privatwerften und wieviel an die staatlichen Werften fallen. Die Tabelle zeigt eine beträchtliche Steigerung des Anteils der Privatwerften. So belief sich z. B. derselbe 1900 auf 69,1 % und 1912 auf 89,5 %. Die Macht der Rüstungsinteressenten wird gewürdigt. Wenn einmal der Fall eintretet, daß die Herrschaften nicht genug verdienen, so wurde die navy league in Bewegung gesetzt. Ihres Geschreis — es war vor einigen Jahren — „we want eight and we won't wait — wir wollen acht Schlachtschiffe und wir wollen nicht warten — wird man sich noch erinnern. Mc. Kenna wurde auf die Knie gezwungen. Die Bestellung für acht Linienschiffe, vier Kreuzer, dreißig Zerstörer ging in einem Jahr an die Privatwerften. Das Parlament bewilligte natürlich diese exorbitante Forderung, weil die Regierung erklärte, sie hätte sicheren Grund zur Annahme, daß Deutschland die Ausführung seines Flottengesetzes heimlich beschleunige. Dies Gerücht war von den Interessierten in die Welt gesetzt. Als es sich später als unwahr herausstellte, war es zu spät, um die Massenschiffbauaufträge rückgängig zu machen. Die Privatwerften hatten die Kiele schleunigst gestreckt, und die Aktionäre lachten sich ins Fäustchen. Welches die Leute sind, die hinter dem „war trust“ stehen, erfährt man ebenfalls aus der erwähnten Broschüre. Es finden sich dort recht bekannte Namen von Earls, Lords, Marquis usw. Sie sind zugleich mit den

Firmen genannt, für die sie sich interessieren. Wie ungeniert diese Herren für ihren Beutel eintreten, dafür ein Beispiel: Laut Bericht des Unterhauses vom Jahre 1912, Band 35, Seite 987, verbreitete sich der Admiral Lord Beresford des längeren über die Notwendigkeit der Einführung eines automatischen Gewehrs für das Heer. Er sagte u. a.: „Also was uns jetzt vor allem nützt, ist ein modernes Gewehr.“ Es fehlte nur noch, daß er hinzugefügt hätte: „und das erhält man am besten bei Andrew and Co.“. Der edle Lord ist nämlich Präsident der Gesellschaft von Henry Andrew, Ltd. Sheffield, einer Fabrik, die in Stahl für Gewehre, Schwerter usw. arbeitet, und speziell die Konstruktion des empfohlenen neuen automatischen Gewehrs betreibt.

In dem Präsidium des englischen Flottenvereins sitzen vier Herren, die Miteigentümer von italienischen Panzerplatten- und Geschützfabriken, einer österr.-ungarischen Torpedowerkstatt — in Fiume — und von russischen Werften sind. In der Jahresübersicht des Flottenvereins findet sich der Passus: „Großbritannien ist nicht nur von der rapiden Entwicklung deutscher Seegeltung abhängig, sondern es muß auch mit dem Fortschritt der Flotten seiner Dreibundsgenossen rechnen.“ Man darf annehmen, daß diese Worte den vier Präsidialmitgliedern aus dem Herzen gesprochen sind.

Auf die Frage: „Wie läßt sich die Macht des „war trust“ brechen?“ wird geantwortet: indem zunächst in allen Ländern die an der Rüstungsfabrikation Interessierten an den Pranger gestellt werden, also besonders auch die nationalistischen Vereine, in erster Linie die navy league, ferner die Direktoren und Aktionäre von Rüstungsfirmen, die diese Vereine unterstützen, im einzelnen z. B. der Protektor der Luftverteidigungsgesellschaft, Admiral Freemantle, der als Präsident der Deperdussin Aeroplan Co. die Herrschaft Englands in der Luft gesichert sehen will! Dann wird die Verstaatlichung jeder Waffenfabrikation gefordert.

Die Verstaatlichung der Geschütz-, Panzerplatten-, Geschöß- und Pulverfabrikation und die der Werften, kurz aller Betriebe, in denen Kriegsmaterial angefertigt wird, zeigt in der Tat den besten Weg, wie dem unmoralischen Handel mit Waffen an den voraussichtlichen Gegner ein Ende gesetzt werden kann. Weiter aber wird die Verstaatlichung der Waffenindustrie bald ein Abflauen des Rüstungswettbewerbs hervorrufen. Wenn keine Dividenden mehr den Pseudo-Patriotismus wachhalten, werden die Rufe nach Verstärkung von Heer und Flotte bald verstummen. Die nicht mehr durch die an der Waffenindustrie Interessierten unterstützten Vereine und Zeitungen werden dem Siechtum verfallen. Und dann werden auch die Volksvertreter endlich sich nicht länger

der Stimme der Vernunft verschließen, da sie nicht mehr durch die öffentliche Meinung beeinflusst werden, die militärischen Forderungen der Regierungen zu bewilligen. Und sie werden bereit sein zu internationalen Verhandlungen, die die Beschränkung der Rüstungen im Auge haben.

Besteht in Europa Aussicht für baldige Verwirklichung dieser Gedanken? Nur über großer Optimismus könnte die Frage bejahen. Es wird riesenhafter Anstrengungen bedürfen, ehe die Erkenntnis von dem Pseudo-Patriotismus der an den Rüstungen Interessierten in der breiten Masse Platz greift, ehe sie einsieht, daß ihr nur durch den Dividendenhunger einer skrupellosen, lächerlichen Minorität enorme Steuerlasten aufgebürdet werden, die zur Folge eine schier fabelhafte Verteuerung des gesamten Lebens haben.

In den Vereinigten Staaten sind Bestrebungen auf Verstaatlichung der Panzerplattenfabrikation im Gange. Große Schwierigkeiten türmen sich auf. Vielleicht ist trotzdem Wilson, der schon mancherlei vollbrachte, der Mann, um auch sie zu überwinden. Auch sonst regt es sich in den Staaten in besagter Richtung. So wurde eine recht verständige Bestimmung erlassen: Kein Marineoffizier darf nach seiner Verabschiedung eine Stellung in Privatbetrieben annehmen, die für die Flotte arbeiten. Es liegt auf der Hand, daß frühere Offiziere ihre Beziehungen zu aktiven Kameraden vielleicht nicht immer unter Wahrung des Interesses des Fiskus ausnutzen. Auch in Deutschland bricht sich jetzt diese Ansicht Bahn. Hauptmann Stavenhagen schrieb in der „Zukunft“, daß der jetzige Zustand bei uns unhaltbar sei. Der Gesetzgeber müsse einschreiten. Es müsse verboten werden, daß inaktive Offiziere in der Rüstungsindustrie beschäftigt würden. Ein solches Verbot wäre allerdings schon geeignet, dem Rüstungswettbewerb etwas das Wasser abzugraben. Gar zu viele inaktive Offiziere werden jetzt durch ihr Interesse an den Dividenden der Waffenfirmen verleitet, als Vorkämpfer für verstärkte Rüstungen aufzutreten. Immerhin bedeuten dergleichen Maßnahmen nur das Auslaufen eines Tropfens aus dem Meer der jetzt in Flor stehenden Unmoral. Nur die Verstaatlichung der Waffenindustrie kann den für das Wohl der Völker verhängnisvollen Patriotismus und Dividendenhunger beseitigen.

Knistern im Gebälk.

Die Rüstungen wachsen zwar in allen Ländern unausgesetzt weiter, aber es zeigt sich doch, daß immer mehr und mehr die in verantwortlichen Stellen befindlichen

Männer öffentlich und mit Nachdruck gegen dieses Ueberwuchern Stellung nehmen.

Eine ganze Blütenlese offizieller Reden gegen das Wettrüsten haben wir diesmal zu verzeichnen. In erster Reihe steht wieder England, wo nicht weniger als vier verantwortliche Staatsmänner zu Worte kamen, einer sogar mehrere Male. Am 8. November war es der Lord-Schatzkanzler **Lloyd George**, der in einer Rede, die er in Middleborough hielt, sagte, „es würde besser für Deutschland, England, Frankreich und Rußland sein, wenn sie ihre Ausgaben für die Rüstungen in die Nordsee werfen würden, als daß sie sie für die fürchterlichen Maschinen und Werkzeuge zur Menschenschlächtereie verwenden. Ein Land allein könne das nicht tun, aber alle zusammen könnten es, besonders, wenn sie sich von gewissen Zeitungen frei machen würden. Wenn dieses Geld für soziale Reformen verwendet würde, so würde ein neues England erstehen.“

Der Marineminister **Churchill**, der noch im Oktober seinen Vorschlag auf Herstellung eines Feierjahres im Flottenbau wiederholt hatte, benutzte das Lord-Mayors-Bankett (10. Nov.), um weitere große Auslagen für die Rüstungen zu Wasser und in der Luft anzukündigen. Es war keine Inkonsequenz in seinen Worten, denn er berief sich auf die steigenden Rüstungen der anderen Mächte, die die englische Regierung veranlaßten, die Wehrauslagen neuerdings zu steigern. Das ist die natürliche Folge seines Feierjahr-Vorschlages, der bislang nicht angenommen wurde. Es ist nicht unwichtig, die Worte des englischen Marineministers, der die Vergeudung des Volksvermögens durch den Rüstungswettbewerb wie kein anderer in ähnlicher Stellung beklagt, hier festzuhalten: „Sie dürfen jedoch nicht annehmen,“ so führte er aus, „daß gegenwärtig ein Nachlassen unserer Bemühungen möglich ist, noch dürfen Sie glauben, daß eine Verminderung der Last, die wir tragen, und die jedes andere Land außer dem unsrigen erdrücken würde, in unmittelbarer Zukunft wahrscheinlich ist. Die Stärke und die ungebrochene Entwicklung der deutschen Marine und der Umstand, daß viele große und kleine Mächte auf der ganzen Welt gleichzeitig große moderne Kriegsschiffe bauen, werden zweifellos von uns Ausgaben und Anstrengungen verlangen, die größer sind, als wir sie uns jemals zuvor in Friedenszeiten auferlegt haben. Nächstes Jahr wird es meine Pflicht sein, falls ich noch weiterhin für dieses wichtige Amt verantwortlich bin, dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten, die wesentlich höher sind als die ungeheure Summe, die ursprünglich im gegenwärtigen Jahre bewilligt wurde. Die Regierung wird gern jede günstige Gelegenheit

ergreifen, um den Wettbewerb in Marine- und Heeresrüstungen zu vermindern, die unheilvoll und ein Vorwurf für das moderne Europa sind. Was aber notwendig ist, muß getan werden (Beifall), und wir werden keinen Augenblick zögern, uns frank und frei um Bewilligung von Mannschaften und Geld an das Parlament zu wenden.“

Einige Tage später, am 15. November, sprach **Churchill** in einer großen liberalen Massenversammlung über „Die Rüstungssklaverei“. Er nahm Bezug auf eine Bemerkung des Vorsitzenden jener Versammlung, des Abgeordneten Percy Alden, der dem Marineminister besten Erfolg wünschte zu seinen Bemühungen, mit Deutschland zu einem Uebereinkommen über die Rüstungen zu gelangen. Churchill sagte: „Was könnte ein bißchen mehr guter Wille tun. Es ist unmöglich, die direkten und indirekten Lasten zu berechnen, die gegenwärtig auf Europa liegen. In den letzten fünf Jahren, seitdem wir die Verantwortlichkeit der Regierung tragen, haben Frankreich, Deutschland und Rußland allein ihre Jahresausgabe für Rüstungen um 70 Millionen Pfund jährlich erhöht. Davon wurde ein großer Teil für die Flotten ausgegeben, so daß wir natürlich auch eine große Summe daransetzen mußten. Die Frage ist die: Ist einer von uns sicherer durch diese ungeheuren Opfer, die wir ein jeder allen auferlegt haben? Fühlen Sie nicht zuweilen, daß dies alles nur eine Laune ist, daß wir durch die Stärke eines Papierblattes von einem Zustand des Weltbewußtseins, des Weltvertrauens, von einer Welt internationaler Freundschaft getrennt sind, die all diese beklagenswerten Vorbereitungen überflüssig machen oder imstande sein würde, eine ungeheure Ermäßigung herbeizuführen? Wenn ich an den heutigen Zustand Europas denke, mit all seinen immer offenerherziger untereinander vermischten Nationen, mit all seinen die höchste Freundschaft für die anderen Staaten bekundenden Regierungen, mit all seinen durch Blut und Interessen mit den Häuptern aller andern Mächte verbundenen Souveränen, mit all seinen die äußerste Korrektheit bekundenden auswärtigen Aemtern, und doch diese alle in der Sklaverei der Rüstungen gefangen sehe, auf einem in der Geschichte noch nie dagewesenen Maßstabe, der weit überragt, was in den wildesten und barbarischsten Zeitaltern sich ereignet hat, so kann ich mir nicht helfen, immer wieder an die Geschichte jenes spanischen Gefangenen erinnert zu werden, der zwanzig Jahre in einem Kerker schmachtete, bis er eines Tages zufällig an die Tür seiner Zelle stieß, die all die Zeit unverschlossen war, so daß er frei hinausgehen konnte. Und das Empfinden überkommt mich, um wieviel besser wir die Welt machen könnten, wenn

alle Völker und Klassen zusammen wirken würden. Was die Regierung anbelangt, wird kein Schritt unversucht bleiben, der nur irgendeine Aussicht auf Ermäßigung des erdrückenden Rüstungswettbewerbs bieten könnte."

Am 18. November war es der Lordkanzler **Haldane**, der anlässlich eines Bankettes, das den Delegierten der Seesicherheits-Konferenz zu Ehren veranstaltet wurde, auf die große Frage zu sprechen kam. „Ich glaube, die Zeit wird kommen,“ sagte der Lordkanzler, „wo man sich wundern wird, daß wir mit so viel Aufwand eine so große Aufmerksamkeit dem Schutze vor unserer gegenseitigen Furcht widmen, statt uns den großen gemeinsamen Aufgaben, die die Menschheit besser machen als sie in der Vergangenheit war, zu widmen. Ich bin nicht einer derjenigen, die glauben, daß diese Tage bald kommen werden, aber einer jener, die glauben, daß jeder nach dieser Richtung unternommene Schritt, daß jede die Nationen zu gemeinsamen Wirken zusammenbringende Gelegenheit doch ein Schritt nach vorwärts in der Entwicklung jenes großen Traumes ist, der die Völker eines Tages in engere Verbindung bringen wird, als wir es in der Vergangenheit jemals gekannt haben.“

Auf dem Kongreß der nationalliberalen Föderation, der am 27. November in Leeds stattfand, und der sich in der Hauptsache mit der Einschränkung der Rüstungen befaßte, sprach Premierminister **Asquith**. Er wies auf die ungeheure Vermehrung der Rüstungen hin und sagte: Die britische Regierung beklage diese in der ganzen Welt zutage tretende riesige Ablenkung von Nationalvermögen in unproduktive Kanäle. Ein englisches Kabinett, das aus Leichtfertigkeit oder im Geiste ruhsüchtigen Wettewifers oder rücksichtsloser Herausforderung die Ausgaben für die Rüstungen um nur ein einziges Pfund erhöhte, würde ein Verbrechen an der Nation begehen. Die Regierung könne sich dieses Vorwurfs nicht schuldig bekennen. Sie habe eine ernste Aufgabe zu erfüllen, und in ihrer Ausführung sei es ihre Pflicht, ein wachsames Auge zu haben auf das, was die übrigen Nationen täten, und ununterbrochen die weltumfassenden Interessen zu verfolgen, über die sie zu wachen habe."

Asquith fuhr fort: „Sie mögen fragen, wie lange dieser Zustand dauern wird. Ich habe letzthin auf dem Guildhall-Bankett eine Mahnung und einen Appell sowohl an die Staatsmänner als an die Geschäftsleute der Welt gerichtet. Sie mögen sagen, meine Worte seien gut, aber wie stehe es mit den Taten? Meine Antwort ist — und ich bin weder Schönredner noch sentimental: Kein wirklicher Erfolg kann erreicht werden ohne die Zusammenarbeit der Großmächte der Welt, herbei-

geführt durch das Verlangen ihrer Völker. Ich für meine Person glaube, daß die ständig wachsende Belastung durch neue Steuern und die zunehmende Schuldenlast den Erfolg haben werden, das herbeizuführen, was die Philanthropen und Idealisten vergeblich versucht haben, zu erreichen. Wir werden begierig jede Gelegenheit ergreifen, welche wir entdecken oder schaffen können, um die Lasten allgemein zu erleichtern, die die besten Hoffnungen und das beste Streben der Menschheit beschweren.“

Nicht nur aus England allein sind solche Äußerungen zu melden. Auch im amerikanischen Repräsentantenhause trat man für die Flottenverminderung ein. In der Sitzung des Repräsentantenhauses vom 31. Oktober wurde eine Resolution vorgeschlagen, die Churchills Vorschlag für ein Flottenfeierjahr befürwortete. Die Bedeutung der Debatte liegt in der Tatsache, daß sich die Häupter der beiden Parteien, Mr. Mann, der Leiter der republikanischen Minderheit, und der Speaker Clark, der den Präsidentensitz zur Unterstützung der Resolution verließ, und der Führer der demokratischen Mehrheit ist, sich gleichmäßig energisch dafür einsetzten. Der Sprecher Clark bezeichnete dabei die Methode der großen Rüstungen als „das idiotischste Vorgehen, das die Menschheit kennt.“ Der Sekretär der Flotte, **Mr. Daniels**, sprach sich ebenfalls zugunsten des Churchillschen Vorschlages aus. Auch in der Sitzung vom 30. November, über die uns erst eine ganz kurze telegraphische Meldung vorliegt, gab Marinsekretär Daniels bei Unterbreitung des Flottenvoranschlages der Hoffnung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen werden, um unter den Mächten eine dauernde, gegen das Uebermaß in den Marinerüstungen gerichtete Politik zu begründen.

Endlich haben wir auch aus Deutschland zwei offizielle Äußerungen gegen die Rüstungen zu verzeichnen. Die eine kommt von dem Ministerpräsidenten von **Hertling**, der in der Sitzung der bayerischen Kammer vom 29. November auf die Haltung Bayerns bei der Beratung der großen Wehrvorlage im Bundesrat zu sprechen kam. Bayern habe sich einer Notwendigkeit gegenübergesehen, von einem besonders eifrigen Willen könne nicht die Rede sein. Der Ministerpräsident schloß mit den denkwürdigen Worten: „In diesen Rüstungen muß Ruhe eintreten auf Jahre hinaus, denn das deutsche Volk ist nicht mehr imstande, weiter solche Lasten auf sich zu nehmen.“

Die andere Äußerung finden wir im Parlament des Hamburger Senats, wo bei der Beratung der Universitätsvorlage der Senatskommissar, **Senator Heidmann**, fol-

gendes sagte: „Die neue Universität soll ein Werkzeug des Friedens werden, ein Werkzeug des Friedens, indem es bestimmt ist, den Kampf gegen den Haß der Völker untereinander zu führen. Sind wir hierin erfolgreich, und gelingt es uns, mit den Führern anderer Nationen, die dasselbe Ziel wie wir verfolgen, die Völker zu überzeugen, daß ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen auch durch einen siegreichen Krieg nicht gefördert, sondern geschädigt werden, — daß jeder, welcher Nation er auch angehöre, der neue Werte schafft, allen Völkern nützt, — daß ein Krieg unter den Großmächten, wie er uns monatelang jetzt gedroht hat, die Weltkultur um ein Menschenalter oder länger zurückdrängen würde, gelingt uns dieses, so mag der Zeitpunkt kommen, an dem man daran denken kann, die immer wachsenden schweren Belastungen aller Völker durch die enormen Rüstungen einzuschränken und einen Teil der Gelder, die hierfür ausgegeben werden, für kulturelle Zwecke zu benutzen.“

Wer nach all diesen Aeußerungen — und sie können ja nicht einmal Anspruch machen auf Vollständigkeit — die richtigen Schlüsse zu ziehen versteht, der wird zugeben müssen, daß das Werk der internationalen Kritik und der internationalen Opposition gegen das Rüstungswesen bei den Regierungen selbst schon seine Anhänger gefunden hat. Das Knistern im Gebälk ist schon zu deutlich wahrnehmbar, um nicht den beglückenden Schluß daraus ziehen zu können, daß das Rüstungsgebäude in seinen Grundfesten erschüttert ist.

Die Friedens-Warte und die Wissenschaft.

Ein kleines Jubiläum. Die „Friedens-Warte“ beendet mit der vorliegenden Nummer ihren fünfzehnten Jahrgang. Aus diesem Anlaß hat sich der Herausgeber kürzlich mit einem Teil der Bezieher — soweit diese dem Verlage dem Namen nach bekannt sind — in Verbindung gesetzt, um ihre Meinung und ihre Vorschläge bezüglich einer eventuellen Ausgestaltung des Blattes entgegenzunehmen. Bei dieser Gelegenheit suchte er auch weiter mit den betreffenden Kreisen in Fühlung zu treten, sie um ihr Urteil über die „Friedens-Warte“ zu befragen, und zu erfahren, wie weit ihr Interesse an den darin erörterten Problemen geht. Das Ergebnis dieser Umfrage hat nach Zahl und Inhalt das Erwartete weit übertroffen. Es sind gegen elfhundert Antwortschreiben eingetroffen. Manche kurz die Fragen beantwortend, die meisten aber ausführlich darauf eingehend. An eine Veröffentlichung des Gesamtergebnisses ist bei dem

großen Umfang nicht zu denken. Man mußte sich auf eine Auswahl beschränken. Um diese zu erleichtern, entschloß sich der Herausgeber, wenigstens die Antworten einer bestimmten Klasse vollzählig, wenn auch im Inhalt nur auf das wesentlichste gekürzt, zu veröffentlichen. Die Wahl fiel auf die Vertreter der Wissenschaft. Später sollen dann, falls der Raum es gestattet, andere Klassen (Parlamentarier, Mittelschullehrer, Schriftsteller, Journalisten, Diplomaten, Bibliotheken, akademische Vereinigungen usw.) daran kommen.

Die im nachstehenden wiedergegebenen Aeußerungen von ungefähr 100 Gelehrten beziehen sich lediglich auf die Wertschätzung der „Friedens-Warte“ und der darin vertretenen Idee. Es ist für die Schriftleitung ganz besonders erfreulich, unter den Antwortenden eine stattliche Reihe von Gegnern oder Skeptikern zu sehen, die trotzdem ihr Interesse für das Blatt und ihre Achtung vor der Idee bekunden. Gerade daraus ist erkennbar, daß die in einem halben Menschenalter in der „Friedens-Warte“ geleistete Arbeit nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des Zeitgeistes geblieben ist.

Dr. Augustin Alvarez, Professor des Völkerrechts in Buenos Aires:

„Je trouve ce journal excessivement intéressant...“

Prof. H. G. Atkins, Professor für deutsche Sprache, London:

„Sehr nützlich und interessant.“

Dr. Aladár Ballagi, Professor für neue Geschichte an der Universität in Budapest:

Interesse: „Ja, ein außerordentliches sogar, da meiner Ansicht nach die Zeitschrift nicht nur notwendig, sondern für Berufspolitiker wie für Studierende ungemein lehrreich ist.“

Geheimer Hofrat Dr. Karl Ritter von Birkmeyer, Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie, München:

„...lese hie und da einzelne Artikel mit großem Interesse, und lege schon Wert darauf, mich über den Inhalt der einzelnen Hefte so bequem orientieren zu können.“

Georg Brandes, Schriftsteller, Kopenhagen:

„...lese sie mit Vergnügen... Ich halte die Zeitschrift für wohlgeschrieben und gesund in ihrer Denkart.“

Geh. Justizrat Dr. Siegfried Brie, Professor für Staats- und Rechtswissenschaft an der Universität Breslau:

„Sie entspricht sehr ihrem Zwecke.“

Reg.-Rat Dr. Karl Brockhausen, Professor an der Universität Wien:

„...großes Interesse...“ „...erstaunt und erfreut über den reichen Inhalt.“

Dr. Johannes Burchard, Professor für Rechtswissenschaft an der Akademie in Posen:

„...vielfach mit Interesse die ganze Nummer gelesen... halte die Friedens-Warte für geeignet, Verständnis für die großen Fragen der Zukunft im Verhältnis der Kulturvölker zueinander zu wecken und zu vermehren.“

Dr. Georg Cohn, Professor für deutsches Privatrecht an der Universität Zürich: Urteil? „Höchst anerkennend.“

Geh. Regierungsrat Hans Delbrück, Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“, Professor für neuere Geschichte an der Universität Berlin:

(Interesse?) „Ja.“ — (Urteil) „Wenig günstig.“

Avv. Giulio Diena, Professore Ordinario nella R. Università di Torino:

„La Friedens-Warte ha per me molto interesse... Stimo che questo giornale può servire una azione molto benefica per la pace e sopra tutto per la giustizia internazionale.“

Emil Doernenburg, Professor der deutschen Literatur an der Ohio-University Athens, Ohio, V. St. A.

„Ein vorzügliches Blatt, dem ich nur einen schärferen Ton wünsche.“

Dr. A. Drews, Professor für Philosophie, Karlsruhe:

„Ist ausgezeichnet redigiert, so daß ich nichts daran zu ändern wüßte.“

Dr. Anton Dyroff, Professor für Staatsrecht an der Universität München:

„Die Friedens-Warte ist vorzüglich geleitet und unterrichtet musterhaft über alles, was mit internationaler Organisation und Friedensbewegung zusammenhängt.“

Dr. Otto Ottovic Eichelmann, Professor für Völkerrecht an der Universität Kijew:

„...gleichfalls werden zwei Bibliotheken auf die interessante Zeitschrift auf mein Gutachten abonnieren. Ich treibe Völkerrechtswissenschaft schon 40 Jahre, gehöre also wohl zu den ältesten unter den gegenwärtigen Zeitgenossen und habe sozusagen persönlich den gewaltigsten Zuwachs der Disziplin und der Wissenschaft auf diesem Gebiete mitgemacht. Empfangen Sie meinen besten und herzlichsten Dank für die vielen schönen Anregungen, die wir Ihnen schuldig sind.“

A. Eleutheropoulos, Professor für Philosophie an der Universität Zürich:

„...ein gutes Organ für den Zweck, die pazifistische Idee zu verbreiten.“

Dr. D. van Embden, Professor für Oekonomie, Amsterdam:

„Sehr viel (Interesse)... Sie ist wissenschaftlich, in Form gemäßigt, von großem Nutzen.“

Dr. Karel Engliš, Professor für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Statistik an der k. k. böhmischen Technischen Hochschule in Brünn:

„Die Zeitschrift liegt in meiner volkswirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Lesehalle auf, die mit der Seminarbibliothek

meiner Lehrkanzel verbunden und daher auch den Hörern zugänglich ist. In meinen Vorlesungen lasse ich keine Gelegenheit unbenutzt, um im Geiste der Warte zu wirken.“

Prof. Rafael Waldemar Erich, Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Helsingfors:

„...mit dem Inhalt im allgemeinen sehr zufrieden bin und den Bestrebungen derselben ein lebhaftes Interesse entgegenbringe.“

Dr. Arthur Esche, Professor an der Technischen Hochschule in Dresden:

„...interessiert mich, weil ich mich gern über alle beachtlichen Bewegungen in der Welt, vor allem in unserem Volke, unterrichte und finde, daß wir auch von andern ernst gerichteten Menschen, die andere Ansichten vertreten, lernen können.“

Dr. Max Fleischmann, Professor für Völkerrecht an der Universität Königsberg:

(Interesse?) „...ein besonders großes.“

Dr. Heinrich Friedjung, Historiker, Wien:

„...lese jede Nummer mit vielem Interesse. Aus zahlreichen Artikeln habe ich Belehrung geschöpft... Sie ist ein ernstes, trefflich geleitetes Organ, was ich um so unbefangener konstatieren kann, als ich den Bestrebungen zur Herstellung des ewigen Friedens, so sympathisch sie mir auch sind, leider nicht Erfolg verheißen kann.“

Dr. H. Geffcken, Professor des öffentlichen Rechts a. d. Handelshochschule, Köln-Marienburg:

„Ich lese zwar nicht sämtliche darin erscheinenden Aufsätze, schon aus Zeitmangel nicht, aber ich halte mich immer über den hauptsächlichsten Inhalt Ihrer Zeitschrift unterrichtet... Ich bemerke dazu ausdrücklich, daß ich als Völkerrechtslehrer nicht unbedingter Anhänger der Friedensbewegung, selbst in dem gemäßigten Sinne Ihrer Zeitschrift bin, sondern da die auch von mir selbstverständlich gewünschte Vermeidung des Krieges einzig und allein von einer allmählichen Verstärkung der zwischenstaatlichen Interessengemeinschaft und von einem immer wachsenden Steigen des gegenseitigen Risikos eines Krieges abhängt, ich davon die Fortsetzung des Friedens erwarte.“

„Diese wissenschaftlich gewonnene Ueberzeugung aber hindert mich nicht, wie ich wiederholen will, die dankenswerten Bestrebungen der gemäßigten Friedensfreunde wohlwollend zu verfolgen...“

Dr. W. Gerloff, Universitätsprofessor, Innsbruck:

„Ist sehr verdienstlich.“

Dr. Friedrich Giese, Professor für öffentliches Recht an der Akademie in Posen:

„Ich bin ein entschiedener Gegner des sogenannten Pazifismus, weil ich darin eine ernste Gefahr für die Sicherheit unseres Staats-

wesens erblicke. Aber ich erkenne gern an, daß mir die Friedens-Warte insofern von Interesse ist, als sie eine gute Materialsammlung enthält und einen vortrefflichen Einblick in Wesen und Wirken des Pazifismus gewährt. Auch wer den Pazifismus völlig ablehnt und scharf bekämpft, wird daher gut tun, die ‚Friedens-Warte‘ nicht unbeachtet zu lassen.“

Heinrich Giesecke, Frankfurt a. Main:

„Eine Reihe von Artikeln aus dem überreichen Inhalt der Hefte ist für mich immer von Interesse.“

Dr. H. B. Greven, Professor für politische Oekonomie, Leiden:

„Lese jede Nummer. — Vortrefflich.“

Regierungsrat Dr. Joseph Gruntzel, Professor für politische Oekonomie an der Universität Wien:

„Die Zeitschrift ist in jeder Hinsicht ausgezeichnet. Obzwar ich nicht selbst Pazifist bin, so begrüße ich doch diese Bewegung und halte sie auch für segensreich, weil sie auf internationalem Gebiete die Gegensätze mildert, Mißverständnisse zerstreuen hilft und den zeitweise überschäumenden Nationalismus zügelt.“

Geheimrat Dr. Güterbock, Professor der Rechte, Königsberg:

„Wenn ich auch kein Anhänger des Pazifismus bin, interessiert mich doch die Bewegung und daher auch Ihre Friedens-Warte.“

Sr. Exzellenz Wirklicher Geheimer Rat Prof. Ernst Haackel, Jena:

„Als überzeugter Pazifist und Mitglied mehrerer Friedensgesellschaften wünsche ich Ihren philanthropischen Bestrebungen besten Erfolg!“

Bernhard Harms, Professor für Nationalökonomie an der Universität Kiel:

„Ich würde großen Wert darauf legen, ..., um so mehr, als ich sie (die ‚Friedens-Warte‘) im hiesigen Staatswissenschaftlichen Institut auslege, und ihr damit ein verhältnismäßig großer Leserkreis gesichert wird.“

Dr. Karl R. Heldmann, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Halle a. S.

„Ihr Mentoramt im Dienste der internationalen Verständigung gegenüber der internationalen Barbarei des Chauvinismus, der sich national gebärdet und am schlechtesten dem Deutschen zu Gesicht steht, halte ich für kulturell überaus wichtig, ohne mich mit ihren Ideen und Vorschlägen im einzelnen identifizieren zu wollen.“

Dr. Robert Hoener, Professor für Geschichte an der Universität Berlin:

„Die Friedens-Warte habe ich regelmäßig erhalten und von dem Inhalt stets Kenntnis genommen. Ich verhehle nicht, daß ich den Bestrebungen der Friedens-Warte zum Teil mit ernststen Bedenken gegenüberstehe.“

Dr. Friedrich Hoffmann, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel:

„Der Inhalt interessiert mich sehr, da ich so Einblick gewinne in eine eigenartige und anscheinend Umfang gewinnende Kulturbewegung.“

Dr. Alexander Freiherr Hold von Ferneck, Professor für Völkerrecht an der Universität Wien:

„... lese sie stets mit Aufmerksamkeit und Interesse — ohne freilich allen Ausführungen zustimmen zu können.“

Prof. Mr. D. Josephus Jitta, Amsterdam:

„... gebe Ihnen gerne die Versicherung, daß, wenn auch meine Arbeit sich bis jetzt mehr auf dem Gebiete des internationalen Privatrechtes befunden hat, ich auf die weitere Zusendung dieser Zeitschrift Wert lege. Meine zukünftige Arbeit, als Mitglied des Kronrates, an der Stelle des verstorbenen hochverehrten Staatsministers Asser, wird mich wohl auch mit dem öffentlichen internationalen Recht in Verbindung bringen, und es mir vielleicht möglich machen, dem Zwecke Ihrer Zeitschrift mehr dienstlich zu sein als durch die einfache gelegentliche Lesung.“

Wilhelm Kaufmann, Professor für Völkerrecht an der Universität Berlin:

„Sie hat sich Verdienste erworben im Kampfe für die Förderung der Friedensidee.“

Dr. Carl Kindermann, Professor für Volkswirtschaft, Stuttgart:

„Ich halte die Richtung für wertvoll, wenn ich mich auch nicht völlig mit ihr identifizieren kann.“

Dr. Walter Kinkel, Professor für Philosophie an der Universität Gießen:

„... das allergrößte Interesse...“ „Ich habe die verschiedenen Aufsätze immer mit Freude gelesen, verfolge auch die Chronik und Besprechungen mit Aufmerksamkeit. Besonders haben mich die kurzen Bemerkungen zur Zeitgeschichte aus der Feder der Frau Baronin von Suttner immer sehr angeregt.“

Dr. W. Kolbe, Professor für alte Geschichte an der Universität Rostock:

„Als Historiker lese ich Ihre Zeitschrift mit großem Interesse, aber — das darf ich nicht unterdrücken — häufig mit starker Opposition.“

Dr. A. S. Freiherr von Korff, o. ö. Professor der Rechte an der Universität zu Helsingfors:

„Vorzügliche Monatsschrift.“

Dr. H. Krabbe, Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Leiden:

„... viel Interesse. — Die Friedens-Warte ist durch die Hervorhebung von Tatsachen und den daraus entnommenen Prinzipien eine Zeitschrift von ausgezeichnetem Wert.“

J. Kräuterkraft, Professor an der Universität Turin:

„Ein sehr großes Interesse; ich kann sie fast gar nicht mehr entbehren. — Sie ist bis jetzt eine der besten pazifistischen Zeitschriften, die uns am besten über sämtliche Fragen

der Friedensbewegung und über manche wichtige Völkerrechtsfrage unterrichtet. Auch äußerst interessant und wichtig sind die Randglossen zur Zeitgeschichte von Bertha von Suttner.“

Dr. Oskar Kraus, Professor der Philosophie an der Deutschen Universität in Prag:

„Ich lese manche mich besonders interessierende Artikel, nicht alle. Was ich gelesen habe, hat meine volle Zustimmung. — Aber ihre Ziele billige ich nicht nur, sondern verurteile alle Propaganda, die in dem Krieg mehr sehen will als ein unter Umständen notwendiges Uebel, und die nicht alles daran setzt, um ihn durch minder verderbliche Institutionen zu ersetzen. Da Ihre Zeitschrift ihr möglichstes tut, um dem „bellum omnium civitatum contra omnes civitates“ ein analoges Ende zu setzen, wie es der Staat dem „bellum omnium contra omnes“ bereitet, so wünsche ich Ihrer Friedens-Warte nichts anderes als größtmögliche Verbreitung und besten Erfolg.“

Edward B. Krehbiel, Professor für Geschichte, Stanford University, Cal., V. St. A.:

„I find the periodical very useful in helping me to keep abreast with current happenings and with the literature of the peace movement.“

Prof. Heinr. Kretschmayr, Privatdozent für Geschichte des Mittelalters und der neueren Zeit an der Universität Wien:

„...anerkennend, wenn auch oft nicht zustimmend.“

Dr. Karl Kumpmann, Privatdozent für Staatswissenschaften an der Universität Bonn:

„... großes (Interesse).“ „Sie ist das beste Blatt der ganzen Friedensbewegung. In ihrer Vielseitigkeit, ihrem Ernst und ihrer Mäßigung ist sie mir ungemein sympathisch. Ich gestehe, daß die Friedens-Warte meine Ansichten über das Problem „Krieg und Frieden“ allgemach erheblich gemodelt hat — und nicht im Sinne des Militarismus, wenn ich freilich die Hoffnungsfreudigkeit vieler Ihrer Artikel nicht zu teilen vermag. Die weiteste Verbreitung der Friedenswarte in den Kreisen der Gebildeten scheint mir ein höchst verdienstliches Werk.“

Hofrat Prof. Lammach, Mitglied des Herrenhauses, Professor an der Universität Wien:

„Die Friedens-Warte ist für jeden, der sich für eine der allerwichtigsten Fragen der Menschheit interessiert, unentbehrlich geworden. Sie bringt die Korrektur zahlreicher falscher Nachrichten und Urteile, die von den am Kriege Interessierten in die Welt gesetzt werden. Mag man vielleicht nicht mit allem, was sie bringt, einverstanden sein (welchem Buch, welcher Zeitschrift gegenüber könnte man das?!), so wird doch jeder nicht völlig Voreingenommene aus ihr reiche Belehrung schöpfen.“

Geheimrat Prof. Lamprecht an der Universität Leipzig:

„Natürlich bin ich nach wie vor ein Freund der „Friedens-Warte“, und nicht bloß dies, auch, soviel ich vermag, stets Weiterverbreiter ihres Inhalts...“

Dr. Robert Liefmann, Professor für Volkswirtschaft, Freiburg i. Br.:

„Lese vieles daraus regelmäßig mit großem Interesse ... und glaube, daß, auch wenn ein augenblicklicher Erfolg Ihrer Bestrebungen nicht zu konstatieren ist, die Zeitschrift doch eine sehr nützliche Arbeit leistet.“

Geh. Hofrat Dr. Karl von Lilienthal, Professor für Strafrecht an der Universität Heidelberg:

„Ich interessiere mich sehr für das, wie ich meine, gut und umsichtig redigierte Blatt.“

Dr. E. Liljequist, Professor für Philosophie an der Universität Lund (Schweden):

„Ich würde es für glücklich halten, wenn sich die Friedensbewegung meines eigenen Landes (Schweden) der allgemeinen Haltung der „Friedens-Warte“ auch nur annäherte.“

Dr. Jacques Loeb, Professor für Biologie am Rockefeller-Institute, New York:

„I think the paper is excellent.“

Geh. Justizrat Dr. Edgar Loening, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Halle:

„Ich lese die Zeitschrift regelmäßig mit großem Interesse. Wenn ich den Bestrebungen der Friedens-Warte auch nicht in allen Beziehungen mich anschließen kann, so halte ich es doch für sehr verdienstlich, für ein Ideal zu kämpfen, dessen Verwirklichung allerdings m. E. nicht zu erreichen ist. Diesen Kampf aber führt die Friedens-Warte in rein sachlicher und vornehmer Weise.“

Oberfinanzrat Prof. Dr. Hermann Losch, Stuttgart:

„Ich habe schon manche bemerkenswerten Ausführungen in ihr gefunden. — ... stehe sehr vielen Äußerungen der sog. Friedensbewegung skeptisch, manchen mehr als skeptisch gegenüber, billige aber die Grundtendenz.“

J. de Louter, Professor des Völkerrechts an der Universität Utrecht:

„Großes Interesse... Ich bewundere die tiefe Ueberzeugung und unermüdliche Ausdauer im siegesbewußten Kampf für die Friedensbewegung.“

Geh. Regierungsrat Dr. von Luschan, Professor für Ethnographie und Anthropologie an der Universität Berlin:

„Ich stehe prinzipiell auf einem anderen Standpunkte und kann an das para pacem noch nicht recht glauben. Einstweilen glaube ich noch immer, daß der Friede, d. h. natürlich ein ehrenvoller Friede nur durch Rüstungen erhalten werden kann. Aber ich habe mich niemals für unfehlbar gehalten und lese jede einzelne Nummer der Friedenswarte mit großem Interesse.“

Ernest Mahaim, Professor für Völkerrecht an der Universität von Liège:

„... daß ich die „Friedens-Warte“ mit gespanntem Interesse lese.“

Dr. Alexander Marki, Professor für mittelalterl. und neuere Geschichte an der Universität Klausenburg (Ungarn):

„Ich begeistere mich für den Weltfrieden und bin dankbar, daß diese Idee durch Ihre Zeitschrift so energisch und geistreich verteidigt und fortgepflanzt wird. Ich halte sie für unentbehrlich für die Sache des Friedens.“

Geh. Oberregierungsrat J. von Maritz, Professor an der Universität Berlin:

„Die Friedens-Warte enthält viel wertvolles Material für das geltende Völkerrecht, für seine Weiterentwicklung und für seine wissenschaftliche Kultur.“

Dr. Arnold O. Meyer, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Rostock:

„Die Zeitschrift hat für mich Interesse... bewahre sie schon aus historischem und völkerrechtlichem Interesse auf. Ich habe vieles mit Zustimmung gelesen, halte aber die Grundstimmung der Friedens-Warte für zu optimistisch... finde das Blatt gut redigiert und ausgestattet.“

Exzellenz Geheimrat Prof. Robert Meyer, Professor für politische Oekonomie an der Universität Wien:

„Ich pflege, wenn es meine Zeit erlaubt, die Nummern ganz oder teilweise zu lesen und habe schon manchen Artikel gefunden, der mich lebhaft interessierte.“

Robert Michels, Professor für politische Oekonomie, Turin:

„Ich lese die Friedenswarte stets, manchmal mit Widerspruch, häufiger noch mit Beifall.“

Prof. Marshall Montgomery, Lektor an der Universität Gießen:

„Die Friedens-Warte scheint mir im allgemeinen einen sehr vernünftigen Standpunkt zu vertreten und eine wirkliche Kulturarbeit zu leisten.“

Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Ing. Muthesius, Nikolassee:

„Ich finde die Friedens-Warte sehr gut und lese sie mit Interesse.“

Dr. Paul Natorp, Professor für Philosophie an der Universität Marburg:

„...lese sie jedesmal mit großem Interesse, da ich als Mitglied des Verbandes für internationale Verständigung für die Sache, die sie vertritt, alles übrig habe, sie für eine der allerwichtigsten in unserem nationalen Leben halte. Ich interessiere mich besonders auch für ihre erzieherische Seite, und suche nach Wegen wirksamer Beeinflussung unserer gerade in dieser Sache so vielfach irgeleiteten Jugend. Wenn nach dieser Seite auch die Friedens-Warte noch mehr bringen könnte, wäre es sehr dankenswert, aber ich weiß zur

Genüge, daß an solchen, die darüber Förderliches zu sagen wissen, es sehr fehlt.“

Dr. Neumeyer, Professor für Rechtswissenschaft an der Universität München:

„Ich stehe Ihren Bestrebungen mit vollem Respekt gegenüber, bemühe mich auch, Ihre Gedankengänge zu verstehen, sehe mich aber freilich in wesentlichen Punkten nicht in der Lage, sie mir zu eigen zu machen.“

Generalmajor H. L. van Oordt, Völkerrechtsgelehrter, Breda:

„Mein großes Interesse für den Inhalt der Friedens-Warte basiert in dem Satze: „Audiat et alterem partem.“

Dr. Robert Petsch, Professor für deutsche Sprache an der Universität Liverpool:

„...sehr viel Interesse... Um so günstiger, je mehr sie den realen Verhältnissen gerecht wird und sich von Utopismus fernhält.“

Dr. Alexander Alexandrovic Pilenco, Professor für Völkerrecht an der Universität St. Petersburg:

„...ist für mich von Nutzen.“

Robert Piloty, Professor für Rechts- und Staatswissenschaft an der Universität Würzburg:

„Ich halte die Zeitschrift für einen wesentlichen Kulturfaktor, dessen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse im ganzen ein förderlicher ist.“

Prof. Politis, Professor für Völkerrecht an der Sorbonne, Paris:

„La Friedens-Warte est à mon avis, un des périodiques les plus utiles.“

M. Popoviliev, Professor des Völkerrechts und Internationalen Privatrechts an der Universität Sofia:

„Die Zeitschrift ist sehr interessant, beachtenswert und nützlich als Milderungsmittel gegen den Chauvinismus und für die Annäherung der Völker.“

Dr. Felix Rachfahl, Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte an der Universität Kiel:

„...daß ich den Inhalt Ihres Blattes immer mit größtem Interesse verfolgt habe, wengleich ich von Ihrem Standpunkt vielfach abweiche.“

Dr. theolog. M. Rade, Herausgeber der „Christlichen Welt“, Marburg i. H.:

„Ich finde Ihr Blatt sehr gut...“

Dr. H. Rauchberg, Professor für Statistik an der Universität Prag:

„...daß ich mich für Ihre Zeitschrift lebhaft interessiere.“

Lord Reay, Professor an der Universität London:

„Die Zeitschrift hat für mich Interesse.“

Dr. jur. et phil. Hans Reichel, Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Zürich:

„Ich lese die Friedens-Warte regelmäßig. Ohne in allem mit ihr einverstanden zu sein,

nehme ich die in ihr vertretenen Anschauungen stets mit großem Ernst in Erwägung. Für meine rechtsphilosophischen Studien ist mir die Bedachtnahme auf die Friedensfrage unerläßlich. Auch in meiner Vorlesung nehme ich auf sie oftmals Bezug. Die von mir mit herausgegebene Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“ hat wiederholt Referate über interessante Aufsätze der Friedens-Warte gebracht...“

Sr. Exzellenz Dr. von **Rennenkampff**, Professor für Staatsrecht an der Universität **Odessa**:

Interesse? „Ja, unbedingt. — Die Richtung der Zeitschrift ist meiner Meinung nach höchst sympathisch.“

Dr. **Karl Ludwig Reuterskiöld**, Professor des Völkerrechts an der Universität **Upsala**:

„Um die Entwicklung der Friedensbewegung, die allerdings als eine Bewegung der besseren juristischen Ausgestaltung der Weltverhältnisse große Bedeutung hat, folgen zu können, scheint mir Ihre Zeitschrift notwendig zu sein.“

Prof. Dr. **Gustav Ritter von Roszkowski**, k. k. Hofrat, ehem. Mitglied des Reichsrats, Professor an der Universität **Lemberg**:

„...orientiert vorzüglich in der gegenwärtigen Friedensbewegung. Ich lese die Friedens-Warte mit größtem Interesse.“

A. Sartorius Freiherr von Waltershausen, Professor für National- und Finanzwissenschaft an der Universität **Straßburg**:

„Viele wertvolle Artikel, auch für diejenigen, welche den prinzipiellen Standpunkt nicht oder nur bedingt teilen.“

Dr. **August Sauer**, Professor für deutsche Philologie an der Universität **Prag**:
(Interesse): „Sehr großes... Ein ausgezeichnetes Organ.“

Prof. Dr. **Schiemann**, Direktor des Seminars für osteuropäische Geschichte an der Universität **Berlin** und Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“:

„Die Friedenswarte, die sehr gut orientierend finde, lese ich regelmäßig...“

Dr. **Paul Schoen**, Professor für öffentliches Recht an der Universität **Göttingen**:

„Ich habe die mir zugegangenen Nummern meist ganz oder teilweise gelesen, denn wengleich ich durchaus nicht die in ihr vertretenen Ansichten immer teilen kann, haben mich viele Nummern doch sehr interessiert, und scheint sie mir besonders geeignet, ihre Leser über die Friedensbewegung dauernd auf dem laufenden zu halten.“

Dr. **A. W. Schüddekopf**, Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität **Leeds** (England):

„Lese die Friedenswarte regelmäßig mit dem größten Interesse... Ein vorzügliches

und wertvolles Blatt, das der internationalen Friedensbewegung große Dienste leistet.“

Geh. Justizrat **Joh. Friedrich Ritter von Schulte**, Professor für Rechts- und Staatswissenschaft an der Universität **Bonn**:

„Sehr großes (Interesse), lese sie nicht bloß genau, sondern suche auch andere dafür einzunehmen. — Ich teile zwar nicht alle darin ausgedrückten Ansichten, kann aber sagen, daß ich mit der Tendenz harmoniere und mich über viele Aufsätze gefreut habe.“

Dr. **Jakob Sieber**, Professor für Völkerrecht an der Universität **Bern**:

„Ich lese die Friedens-Warte stets mit dem größten Interesse und möchte sie nicht missen. — Die Friedenswarte gibt m. E. mit ihren kurzen und prägnanten Artikeln ein sehr gutes Bild von den gegenwärtigen Friedensbestrebungen. Ich kann ihre eifrige Propaganda nur billigen, wenn ich gleich den Optimismus ihrer Mitarbeiter nicht ganz teile.“

Dr. **Ernst Sieper**, Professor für engl. Philologie an der Universität **München**:

„Was den ausgezeichneten Inhalt der Zeitschrift anbetrifft, so habe ich kaum Wünsche namhaft zu machen.“

S. R. Steinmetz, Professor für Ethnologie an der Universität **Amsterdam**:

„...entschiedenes Interesse.“

Geh.-Rat **Carl Freiherr von Stengel**, Universitätsprofessor, **München**:

„Ich bin sehr dankbar für Zusendung der Friedens-Warte, die ich stets mit Interesse lese.“

Dr. **Stier-Somlo**, Professor für Völkerrecht an der Universität **Cöln**:

„...erregt stets mein lebhaftestes Interesse... Ich möchte in unseren literarischen politischen Strömungen die Note, die die Friedenswarte anschlägt, auch nicht vermissen. Der im allgemeinen ausgezeichnete Inhalt überhebt mich der Notwendigkeit einer Kritik.“

Dr. **C. A. Verryn Stuart**, Professor für Völkerrecht an der Universität **Groningen**:

„...daß ich Ihre bedeutungsvolle Zeitschrift immer mit Interesse durchsehe.“

Dr. **Lehel von Szigethy**, Professor der Nationalökonomie an der Universität **Kecskemet**:

„...teile die Intentionen des Blattes ... denke, daß die Agitation Früchte tragen wird.“

Prof. Dr. **Michael Freiherr von Taube**, Unterstaatssekretär im k. russ. Unterrichtsministerium, Exzellenz, **St. Petersburg**:

„... sehr großes Interesse. — Sie entspricht vollkommen ihren Zwecken und ermöglicht stets eine vorzügliche Orientierung auf dem Gebiete der Friedensbewegung.“

Dr. **Richard Thoma**, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität **Heidelberg**:

„Wiewohl ich den Grundanschauungen des Autorenkreises der Friedenswarte ferne

stehe, hat mir deren Lektüre wiederholt wertvolle Kenntnisse und Anregungen vermittelt.“

Dr. Lucien Paul Thomas, Professor für Französisch an der Universität Gießen:

„J'admire profondément le superbe effort de la Friedens-Warte, son but desintéressé, son haut idéal; je voudrais que les champions d'une campagne aussi noble ne se laissent pas décourager par les événements souvent décourageants qui pourraient les troubler mais qu'ils profitent plutôt dans un sens pratique des dououreuses expériences.“

Dr. Adolf Unzer, Professor für neuere Geschichte, Wiesbaden:

(Interesse?) „Ja. Ihr Streben ist sehr lobenswert, aber den Krieg kann man ebenso wenig beseitigen, wie Streitigkeiten unter Privatpersonen; größtmögliche Einschränkung muß das Ziel sein.“

Geheimer Regierungsrat Dr. Goswin Uphues, Professor für Philosophie an der Universität Halle a. S.:

„...vorzüglich redigierte Zeitschrift, mit deren Inhalt ich ganz einverstanden bin... Mit den Kurzen Aufklärungen auf S. 3 u. 4 des Umschlags bin ich ganz besonders einverstanden. Auch mit den Artikeln, die ich sorgfältig lese.“

Dr. Richard Wahle, Professor für Philosophie an der Universität Wien:

„Sie ist vorzüglich orientierend und gewiß wirkungsvoll...“

Dr. K. Wichmann, Professor an der Universität Birmingham:

„Die Friedens-Warte arbeitet an ihrer schweren Aufgabe mit Geschick und ist eine lebendige Kraft im Streben der Menschheit nach einem ihrer edelsten Ziele geworden.“

Dr. Hellmuth Wolff, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Halle a. S., Privatdozent der Staatswissenschaften.

„...manchen mir wertvollen Aufsatz in den bisherigen Heften gefunden.“

Ihr Interesse an der Friedens-Warte bekundeten ferner durch Zuschrift:

Dr. Adolf Günther, Privatdozent für Staatswissenschaften an der Universität Berlin. — Dr. O. Nagy von Eöttevény, Professor des Völkerrechts an der königl. ungarischen und staatswissenschaftlichen Fakultät zu Kassa, Ungarn. — Dr. Karl Breul, Professor für Germanistik an der Universität Cambridge. — Dr. Gilbert Waterhouse, Lektor für Englisch an der Universität Leipzig. — Dr. R. de Ridder Remy, Professor des Völkerrechts an der Universität Gent. — Dr. K. Florian, Professor für politische Oekonomie und Finanzrecht an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Eperjes (Ungarn). — Dr. Naum Reichesberg, Professor für Statistik und Nationalökonomie an der Universität Bern. — Se. Exzellenz Dr. Eugen von Böhm-Bawerk, Wirklicher Geheimer Rat und Professor für politische Oekonomie an der Universität

Wien. — Dr. P. Johs. Jørgensen, Professor für Rechtsgeschichte und Völkerrecht an der Universität Kopenhagen. — Dr. Alfred Vierkandt, Professor für Ethnologie und Völkerkunde an der Universität Berlin. — Dr. A. Struycken, Professor für öffentliches Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Amsterdam. — Dr. Adolf Stöhr, Professor für Philosophie an der Universität Wien. — Dr. J. Platter, Professor für Nationalökonomie und Statistik an der Universität Zürich. — Dr. Ferdinand Baumgarten, Professor für Handels- und Wechselrecht an der Universität Budapest. — Dr. Andor Kovats, Professor der Rechte an der Universität Kecskemet (Ungarn). — Dr. Johannes Niedner, Geheimer Justizrat, Professor für Völkerrecht an der Universität Jena und Oberverwaltungsgerichtsrat. — Prof. Dr. Ribbert, Bonn. — Dr. Felix Krueger, Professor für Philosophie an der Universität Halle a. S. — Geh. Justizrat Dr. Franz von Liszt, Professor der Rechte an der Universität Berlin, Mitglied des Reichstags. — Geh. Rat Dr. Max Sering, Professor für Staatswissenschaften an der Universität Berlin. — Dr. Georg von Mayr, Unterstaatssekretär z. D., Professor für Statistik, Finanzwissenschaft und Nationalökonomie an der Universität München. — Geh. Regierungsrat Dr. Max Lehmann, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Göttingen. — Dr. William Stern, Professor für Psychologie an der Universität Breslau. — Dr. Waldemar Zimmermann, Professor für Staatswissenschaften an der Universität Berlin. — Se. Exzellenz Wirkl. Geheimer Rat Dr. Gustav von Schmoller, Professor für Staatswissenschaften an der Universität Berlin. — Dr. Gustav Fred Steffen, Professor für Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Göteborg, Mitglied des Reichstags. — Geh. Rat Dr. Otto Mayer, Professor für Verwaltungs- und Staatsrecht an der Universität Leipzig. — Dr. Jakob Schneider, Professor für neuere Geschichte an der Universität Basel. — Dr. Hans Gmelin, Professor für Staatsrecht an der Universität Gießen. — Prof. Dr. Christ. Eckert, Studiendirektor der Handelshochschule und der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung in Köln. — Dr. Arthur Spiethof, Professor für politische Oekonomie an der Deutschen Universität in Prag. — Dr. F. M. Powicke, Professor für neuere Geschichte an der königl. Universität Belfast (Irland). — Dr. Franz Freiherr Myrbach von Rheinfeld, Professor für politische Oekonomie an der Universität Innsbruck. — Dr. jur. Kurt Perels, Professor des öffentlichen Rechts, Hamburg. — Hofrat Prof. Johann Loserth, Professor für Geschichte an der Universität Graz. — Geh. Regierungsrat Alois Brandl, Professor für englische

Philologie an der Universität Berlin. — Prof. H. Rehm, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Straßburg. — Prof. Dr. Ignaz Jastrow, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin. — Professor Ferdinand Toennies, Professor für Philosophie an der Universität Kiel. — Dr. Hugo Spitzer, Professor für Philosophie an der Universität Graz. — Dr. Leonard Nelson, Professor für Philosophie an der Universität Göttingen. — Dr. Schmöle, Professor für Nationalökonomie an der Universität Münster i. W. — S. J. Fockema Andreae, Professor für Rechtsgeschichte an der Universität Leiden. — F. Le Bourgeois, Dozent für Französisch an der Handelshochschule und der Verwaltungshochschule in Cöln.

Brief aus Rußland.

Von

Professor Baron S. A. Korff, Helsingfors. Die Balkanfrage. — Das Mongolei-Uebereinkommen mit China. — Die europäische Politik und die Reise des russischen Ministerpräsidenten. — Die Duma. — Drahtlose telegraphische Verbindung auf der Ostsee.

Helsingfors, den 1. Dezember 1913.

Nach der großen Erregung des letzten Sommers hat das Interesse, das Rußland und die russische öffentliche Meinung den Balkanfragen entgegenbrachte, wesentlich nachgelassen. Dies ist aus zweierlei Gründen leicht erklärlich: Erstens durch die Enttäuschung, die die brudermörderischen Streitigkeiten der Balkanstaaten in Rußland hervorriefen. Nach den entscheidenden und tapferen Siegen der Alliierten gegen die Türkei im letzten Frühjahr hatte die russische öffentliche Meinung wohl alle Ursache, zufrieden zu sein. Es herrschte auch eine echte Begeisterung in den verschiedenen Teilen der russischen Gesellschaft, die erfreut war, ihre slawischen Brüder siegreich und einig untereinander zu sehen. Andere dachten (sehr mit Unrecht, wie wir jetzt sehen), daß dies nun das endliche Austreiben der Türkei aus Europa bedeuten würde, was das alte Ziel Rußlands, freie Hand in der Dardanellenfrage zu erhalten, zur Folge haben würde. Die Ereignisse des zweiten Krieges machten alle diese Hoffnungen zunichte und töteten die Begeisterung, hauptsächlich als die Presse mit der Veröffentlichung jener schrecklichen Grausamkeiten begann, die die kriegerischen Nationen verübten. Zweitens wurde nach und nach im russischen Volke das Gefühl wach, daß die russische Regierung aus irgendeinem Grunde nicht bereit war, aktiven Anteil an der Schlich-

tung der Balkanunruhen zu nehmen. Dies dämpfte sehr den Eifer der Chauvinisten, die für eine aktive und militärische Aktion eintraten, während sie andererseits jene enttäuschten, die ehrlich eine Hilfe Rußlands für Bulgarien und eine größere Einflußnahme auf dessen Feinde wünschten. Dies waren die vielen Faktoren, die die frühere Begeisterung geringer und das Interesse des Landes an der Balkansituation schwächer werden ließen. Infolgedessen verließen die Ereignisse der Herbstmonate fast unbeachtet. Sogar jene Organe der russischen Presse, die früher so chauvinistisch waren, blieben gleichgültig; trotz der Tatsache, daß vieles sich ereignete, das unter anderen Umständen großem Interesse begegnet wäre. So war die Presse z. B. gleichgültig gegen die österreichische Politik und hauptsächlich gegen die unzweifelhafte Annäherung Bulgariens an Oesterreich-Ungarn; nur einige wenig bedeutende offizielle Interviews drückten die offizielle Unzufriedenheit über die seitens Bulgariens eingeschlagene Richtung aus. Das war aber unbillig, da Rußland seinen ehemaligen Freund, als dieser am meisten Hilfe benötigte, im Stiche ließ. Es wäre jetzt zu spät, über „Bulgariens Undankbarkeit“ zu sprechen, die Rußland tatsächlich verdient hat. Bulgariens Annäherung an Oesterreich ist bloß eine natürliche Folge der im Sommer vorgekommenen Ereignisse, und die russische Regierung hat keinerlei Recht, Bulgariens Undankbarkeit vorzuwerfen. Dieser einfache Beweis ist so klar, daß er allein die Gleichgültigkeit erklären kann, die sogar den offiziellen Interviews (die leider alle anonym erfolgten) von der Tagespresse entgegengebracht wurde; tatsächlich waren keine Kommentare notwendig. All dem schließt sich noch die wachsende allgemeine Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung mit der Politik der Regierung an.

Mitte November wurde ein offizielles „Communiqué“ veröffentlicht, das sich auf das in Peking am 23. Oktober unterzeichnete Abkommen bezog. Es betraf die mongolische Frage. Ein ganzes Jahr war notwendig, um China zu bestimmen, dem im Herbst 1912 zwischen Rußland und den mongolischen Prinzen erzielten Einverständnis zuzustimmen; nun ist dies endgültig erledigt. Beide vereinbarenden Mächte, Rußland und China, erkennen offiziell die Souveränität Chinas über die äußere Mongolei an. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß Rußland eine sehr genaue Unterscheidungslinie zwischen den als die innere und äußere Mongolei bezeichneten asiatischen Territorien zieht; der Oktobervertrag betrifft nur die letzteren. Andererseits verspricht China, die Autonomie Mongoliens anzuerkennen; die Mongolen und ihre Fürsten erhalten dadurch das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten ohne auswärtige Einmischung zu erledigen. Ueberdies ver-

sprach China Rußland, weder militärische Kräfte noch zivile Beamte in die Mongolei zu senden oder dort zu haben, sich in keiner Weise in die mongolischen Angelegenheiten zu mischen, und in Zukunft alle Versuche einer chinesischen Kolonisation auf mongolischen Gebieten zu verhindern. Als Ausnahme dieser Regel ist es China erlaubt, einen dauernden Vertreter in Urga und zeitweise, zu notwendigen Unterhandlungen mit mongolischen Behörden, auch an anderen Plätzen Vertreter zu ernennen. Das Verbot der chinesischen Kolonisation ist eine sehr wichtige Maßregel, wenn wir in Erwägung ziehen, daß es früher die beste und wirksamste Methode war, chinesischen Einfluß unter den Mongolen zu verbreiten. Diese Bewegung war nicht nur politisch, sondern auch kulturell, und ihre Gefahr scheint in St. Petersburg richtig eingeschätzt worden zu sein. Hinter dem chinesischen Kolonisten kam nicht nur der chinesische Beamte, kamen auch chinesische Kultur und Zivilisation, die in der Mongolei sehr verbreitet waren. Durch dieses Uebereinkommen verpflichtet sich auch Rußland, keine Truppen in die Mongolei zu senden, ausgenommen die militärische Bedeckung der Konsulate. Weitere Details würden später durch neue Abkommen, sobald sie durch die Lage bedingt sein sollten, getroffen werden. Der Vertrag sieht auch vor, daß in künftigen wichtigen Verhandlungen zwischen Rußland und China mongolische Autoritäten daran teilnehmen sollen. Dies ist eine wichtige Klausel, die den Mongolen die Möglichkeit gibt, etwaige Wünsche zu äußern. Es erübrigt sich, noch abzuwarten, wie nützlich und wertvoll dieses Uebereinkommen für beide Teile, Rußland und die Mongolei, sein wird. Während der letzten Monate schien mehr Unzufriedenheit mit dieser Politik als mit der früheren zu herrschen, was aber kaum ernstliche Konsequenzen zur Folge haben wird. Ende November kam eine Spezial-Kommission nach Rußland, um die schwebenden Fragen zu erledigen, und es ist unzweifelhaft, daß eine rasche Verständigung darüber erzielt werden wird. Die Abordnung wurde in St. Petersburg herzlich empfangen.

Große Erregung verursachten vor einiger Zeit die in Berlin vom russischen Ministerpräsidenten gehaltenen Reden, die zwei wichtige Fragen betrafen: die auswärtige und die innere Politik Rußlands. Ueber die auswärtige Lage ist nicht viel zu sagen. In auswärtigen Angelegenheiten gibt es gegenwärtig keine beunruhigenden Fragen, und über die wichtigsten Dinge ist eine klare Uebereinstimmung in Paris, Berlin, Wien und London erzielt worden. Das Konzert der Großmächte ist intakt, und Rußland hat keine Forderungen zu stellen. Kokokzew hat viele politische Unterhandlungen in Paris und Berlin gehabt und hat mit Leichtigkeit alle

schwebenden, den Balkan, die Türkei und Armenien betreffenden Fragen erledigen können. Eine ganz andere Rolle spielte aber der zweite Teil seiner Reden, die er mit Vertretern der Presse hatte. Es war tatsächlich ungewöhnlich, daß der russische Ministerpräsident sich Fremden gegenüber über russische Angelegenheiten beklagte und ihnen erzählte, daß die Duma und die Presse im Lande nicht sehr ins Gewicht fallen. Man mag über die Richtigkeit der Erklärung des Ministerpräsidenten im Zweifel sein; die Presse und die Duma haben unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Tat nicht viel zu sagen; aber daß ihre Stimme gar keine Wirkung in dem Lande hat, ist sicherlich ein Irrtum. Dies wird am besten durch den Sturm der Entrüstung bewiesen, der durch die Reden entfacht wurde, die allgemein sowohl von den Konservativen wie von den Liberalen verurteilt werden.

Bei der Duma kann man deutlich einen Mangel an Entscheidung wahrnehmen. Das wird durch die Schwäche des Zentrums verursacht. Die Parteien sind so geteilt, daß die kleine Zentrumsgruppe die wichtigsten Entscheidungen in ihren Händen hält und jederzeit die Wagschale auf die eine oder andere Seite neigen kann. Die Konservativen und Reaktionäre auf der einen, die Opposition auf der anderen Seite, sind hoffnungslos durch einen unüberbrückbaren Abgrund getrennt; nichts kann sie vereinen. In der Mitte das Zentrum, das von rechts nach links und von links nach rechts schwankt. Es ist sehr schwer zu sagen, wie die Dinge schließlich enden werden. Eines ist jedoch sicher: die öffentliche Meinung neigt immer stärker der Richtung verfassungsmäßiger Reformen zu. Dies macht die Zentrumsgruppe geneigter, mit der Opposition zu stimmen und zu handeln. Das Endresultat davon ist, daß die Regierung nicht mehr über eine sichere Mehrheit in der Duma verfügt und diese geneigter ist, dem Ministerium zu opponieren.

Wir müssen noch auf ein sehr wichtiges Vorgehen seitens der Marinebehörden hinweisen, die sich auf die drahtlosen telegraphischen Nachrichten in der Ostsee beziehen. Bis in die jüngste Zeit wurdensetzten sich diese Behörden dem Vorhaben, daß Nachrichten von oder zu einem Privatschiff gesandt werden dürften. Nun wird erklärt, daß alle Unfallbotschaften, betreffend Schiffbruch, Feuer usw., von jeder russischen Küstenstation übernommen und überall hin, wo es notwendig sei, weitergegeben werden sollten. Das gibt den Dampfschiffgesellschaften das Recht, an Bord ihrer Schiffe Telegraphenstationen zu errichten und diesen dadurch die Möglichkeit, im Bedarfsfalle mit der Küste zu verkehren. Wenn man die wichtige Rolle in Betracht zieht, die telegraphische Nachrichten bei den letzten Schiffskatastrophen gespielt haben und die wachsende große Sicherheit,

die sie den Seereisenden gewähren, dann muß man diese Maßregel der russischen Behörden als eine willkommene begrüßen. Die Dampfschiffgesellschaften werden sich gewiß so schnell als möglich dieses Privilegium zunutze machen und drahtlose Telegraphenstationen an Bord ihrer Schiffe einführen. Privater Nachrichtendienst ist noch nicht erlaubt; aber es wird gewiß nicht lange dauern, bis die Küstentelegraphenstationen auch diese annehmen werden, weil Rußland schon eingewilligt hat, solche durch ihre Stationen am Schwarzen Meere zu befördern. Private drahtlose Telegraphenküstenstationen sind in Rußland aus Gründen strategischer Natur nicht erlaubt.

Brief aus den Vereinigten Staaten.

Von Henry S. Haskell, New York.

Die Republik Mexiko und die Vereinigten Staaten. — Robert Bacons Reise nach Süd-Amerika. — Latein-amerikanischer Kongreß in Worcester. — Winston Churchills Vorschlag eines Feierjahrs im Flottenbau. — Japan und die Vereinigten Staaten. — Die internationale Kommission zum Studium der Balkangreuel.

New York, den 24. Nov. 1913.

Die Beziehungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten mit anderen Regierungen haben in dem letzten Monat keine wesentliche Veränderung erfahren. Die gespannten Beziehungen mit Mexiko werden selbstverständlich als gefährlich betrachtet. Die Presse beginnt die Politik des Präsidenten Wilson zu kritisieren, aber diese Kritiken sind in der Regel gemäßigt und vorsichtig. Einflußreiche Persönlichkeiten, die über die Fortschritte der Ereignisse genau informiert sind, halten es für notwendig, anzunehmen, daß Präsident Wilson, in bezug auf die Situation in Mexiko wertvolle Kenntnisse besitzt, die der Oeffentlichkeit unbekannt sind. Im allgemeinen scheint das Volk Präsident Wilson gutgläubig zu unterstützen.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Mexiko, wie der Wahlen, die sicherlich eine vom provisorischen Präsidenten Huerta überwachte Farce war, und die Organisation des neu erwählten Parlaments, die andauernden und wichtigen Siege der auführerischen Anhänger der Verfassung unter General Carranza, und der Versuch anderer Regierungen, auf Mexiko einen Druck auszuüben, haben bloß dazu beigetragen, die Situation kritischer zu gestalten und haben es nicht ermöglicht, irgendeine der schwebenden wichtigen Fragen zu erledigen. Das am meisten ermutigende Moment in dieser Situation ist, daß die auswärtigen Aemter der

europäischen Regierungen mit dem Staatsdepartement der Vereinigten Staaten in bezug auf die mexikanische Frage einig zu sein scheinen.

Eine bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko fängt an, ein wenig in Erwägung gezogen zu werden. Sie wird aber nur als ein letzter unwillkommener Ausweg angesehen, dem sich einflußreiche Kreise erbittert widersetzen. Es ist wahrscheinlich, daß Präsident Wilson jede Art feindseliger Intervention vermeiden wird, sofern er nicht durch die Aufforderung europäischer Regierungen, die Vereinigten Staaten mögen sofort eine Aktion einleiten, um die chaotischen Verhältnisse Mexikos in Ordnung zu bringen, zur Unternehmung kriegerischer Aktionen gezwungen werden sollte.

Es wurde angenommen, daß die Wichtigkeit der Oelfelder von Zentral-Amerika und der Wettbewerb der bedeutenden, Oel produzierenden Industrien der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Englands einen ernstlichen Einfluß auf die Beilegung der Schwierigkeiten in Mexiko haben könnte. Eine sorgfältige Prüfung dieser Annahmen zeigte aber, daß, soweit sich dies auf die in Rede stehenden Regierungen bezieht, den sich aus der Oelindustrie ergebenden wirtschaftlichen Fragen keine Bedeutung beigemessen wird. Es ist ganz gut möglich, daß die an der Oelindustrie interessierten Persönlichkeiten all ihren persönlichen Einfluß aufbieten werden, aber es erscheint nicht wahrscheinlich, daß dieser Einfluß auch nur die kleinste Wirkung auf die Politik der verschiedenen Regierungen ausüben könnte.

* * *

Im Auftrage der Carnegie Endowment for international peace besucht der ehemalige Staatssekretär Robert Bacon die Republiken Süd-Amerikas. Die Reise erfolgt, um die Völker der latein-amerikanischen Republiken mit den wirklichen Idealen der Regierungstheorie der Vereinigten Staaten bekannt zu machen, und etwaig vorhandenes Mißtrauen oder bestehenden Argwohn zu zerstreuen. Bacon wurde sehr herzlich empfangen und sein Besuch begegnete großem Interesse. Er erklärte sorgfältig die Arbeitsmethoden der Vereinigungen für internationale Verständigung und fand begeisterte Männer der Oeffentlichkeit, die bereit und willig waren, die Organisation ähnlicher Gesellschaften in Brasilien, Argentinien und Peru zu unternehmen.

* * *

Ein wichtiger latein-amerikanischer Kongreß wurde letzte Woche in der Clark-Universität, Worcester, Mass., abgehalten, wo eine Frage von großer Wichtigkeit, die der Monroe-Doktrin und ihre Anwendung auf Fragen der Gegenwart, erörtert wurde. Hon. Charles

H. Sherrill, früher Gesandter der Vereinigten Staaten in Argentinien, verteidigte die Fortsetzung der Doktrin, wonach Amerika nicht ein Feld für europäische Kolonisation sein solle, und erklärte es für angebracht, daß es unter den jetzigen Umständen wünschenswert wäre, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr allein die Lasten der Verteidigung dieser Doktrin tragen, sondern auch amerikanische Republiken auffordern sollten, sich den Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung dieser Politik anzuschließen. Professor Philipp M. Brown von der Princeton Universität, früherer amerikanischer Gesandter in Honduras, befürwortete eine Union der kleinen Republiken Zentral-Amerikas.

W. D. Boyce machte einen interessanten Vorschlag. Die Panamakanalzone sollte als Freistadt und Freihafen erklärt werden, wo weder Ein- noch Ausfuhrgebühren erhoben werden sollten. Solch ein Freihafen, der durch internationale Verträge geschützt und neutralisiert werden müßte, so daß kein Wechsel der Regierung oder der Politik und keine Aktion einer ausländischen Regierung etwas daran ändern könnte, würde ein Weltzentrum für einen freien Warenaustausch werden und dadurch sehr bedeutende internationale Handelsbeziehungen anbahnen und eine der ganzen Welt zugute kommende Handels erleichterung bewirken. Earl Harding, vom Redaktionsstab der New York World, erklärte dem Kongreß die Ursachen der noch unerledigten Streitfrage zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung von Kolumbien. Er befürwortete, daß das seitens Kolumbien während der Panamarevolution erlittene Unrecht, wenn möglich, durch diplomatische Vereinbarungen, eventuell durch Schiedsgerichtsbarkeit, gutgemacht werden sollte.

* * *

Bedeutendes Interesse brachte der Kongreß dem vom ersten Lord der britischen Admiralität Winston Churchill Deutschland gemachten Vorschlag, für eine bestimmte Zeit das Bauen von Kriegsschiffen einzustellen. Der Marine-Sekretär der Vereinigten Staaten, Josephus Daniels, trat dafür ein, daß alle Kulturnationen eine Vereinbarung eingehen sollten, die das Bauen von Kriegsschiffen für eine bestimmte Zeit verbietet. In einem Interview vom 26. Oktober sagte Daniels: „Ich glaube, daß eine solche Vereinbarung früher oder später aus wirtschaftlichen Rücksichten gemacht werden muß. Die Hysterie der Flottenvorbereitungen wird eine zu große Bürde der Völker. Wir geben jährlich ungefähr 140 000 000 Dollars für unsere Flotte und einen gleichen Betrag für unser Heer aus. Das ist aber nur eine Kleinigkeit gegen die Summen, die die europäischen Großmächte und Japan für neue Schiffe, die alle früher gebauten verdrängen und veraltet er-

scheinen lassen, ausgeben. Die Welt steht heute vor der Anomalie, ihre Flotte durch das beständige Anwachsen weniger zureichend zu machen. Denn wenn neue Schiffe mit ihrer mächtigeren Bewaffnung fertiggestellt sind, dann werden die kleineren Schlachtschiffe, abgesehen von der Küstenverteidigung, wertlos. Wenn nicht bald eine Vereinbarung getroffen wird, dann wird jeder Bürger — bildlich gesprochen — einen Soldaten auf seinem Rücken tragen.“ Im Senat und im Repräsentantenhaus wurden Resolutionen befürwortet, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten aufforderten, seine guten Dienste für das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den Nationen der Welt einzusetzen, zugunsten einer Periode der Untätigkeit im Kriegsschiffbau. Champ Clark, der Speaker des Repräsentantenhauses, sprach sich ebenfalls zugunsten einer solchen, der nächsten Kongreßsitzung vorzulegenden Resolution aus*).

* * *

Die diplomatische Situation zwischen Japan und den Vereinigten Staaten hat keinerlei Veränderung erfahren. Am 11. November hielt Dr. Hamilton Wright Mabie einen Vortrag in New York über den Frieden im fernen Osten. Dr. Mabie lobte sehr den Fleiß, die Loyalität, die fortschrittliche Gesinnung der Japaner, und beschrieb die wunderbare Raschheit ihrer Entwicklung während der vergangenen fünfzig Jahre. Als ein Beispiel dafür sei die Universität von Tokyo genannt, an der jährlich 6000 Studenten inskribiert sind, trotzdem sie erst vor 42 Jahren begründet wurde. Dr. Mabie erklärte, daß Japan ein Gefühl der Zuneigung und der Bewunderung für die Vereinigten Staaten habe, und daß die, die Japan für kriegslustig halten, die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennen.

Am 14. November hielt der frühere Präsident William H. Taft in der National Geographical Society in Washington eine Rede, worin er das Verhalten des kalifornischen Staates gegen die japanische Einwanderung einer strengen Kritik unterzog. Er führte unter anderem aus: „Die einzige Gefahr eines Krieges wird durch das Unrecht gegeben, das wir den Japanern zufügten. Wir haben als Ehrenmänner einen Vertrag hinsichtlich der Einwanderung ihrer Arbeiter in dieses Land mit ihnen abgeschlossen, durch den wir diese ihrer Aufsicht überließen, unter der Voraussetzung, daß die Einwanderung nicht zunehmen würde. Sie haben diese Vereinbarung gehalten.“

* * *

Sehr viel Interesse fand das Werk der Untersuchungskommission, die im August zum Studium der Greuel nach dem Balkan gesandt

*) Nachschrift der Redaktion: Wie ein Telegramm meldet, nahm das Repräsentantenhaus am 8. Dezember den Antrag über das Flottenfeierjahr mit 317 gegen 11 Stimmen an.

wurde. Die internationale Kommission ist daran gegangen, ihren Bericht abzufassen und herauszugeben. Er wird aber kaum vor Anfang des nächsten Jahres veröffentlicht und verbreitet werden können. Der Bericht wird dann in deutscher, französischer oder englischer Sprache, kostenlos, auf Wunsch, versandt werden.

II RANDGLOSSEN II ZUR ZEITGESCHICHTE

Von Bertha v. Suttner.

Wien, den 6. Dezember 1913.

„Die Unruh der Welt“ (the world's unrest), das ist ein Satz, der gegenwärtig in der englischen Publizistik geläufig als Spitzmarke für die Betrachtungen über die Ereignisse des Tages gebraucht wird. Und wahrlich mit Recht: Stillstand und volle Ruhe hat es zwar niemals gegeben; aber ein solches Gären und Brodeln, eine solche Unsicherheit, eine solche Ueberstürzung von Gefahren, Drohungen, Konflikten und Krisen, wie die jüngste Zeit sie aufweist, das hat noch keiner von uns erlebt. Wenn das so weiter kracht und wirbelt und aufblitzt, was soll da kommen? Die Antwort wäre einfach: „Was kommen muß, ist Zusammenbruch, Weltkrieg, Anarchie...“ Aber diese Antwort stützt sich nur auf eine Kategorie der gegenwärtigen Unruhphänomene, und zwar die lautesten, sichtbarsten, zornigsten. Sie zieht nicht die stillen Kräfte und leisen Mächte in Rechnung, die, im Lichte aufdämmernder Erkenntnis und erwachenden Gewissens an der Arbeit sind, mit rettenden Ideen und erlösenden Taten das Unheil abzuwehren.

Nehmen wir aus der Fülle der weltbeunruhigenden Erscheinungen z. B. diese heraus: den Rüstungswahnsinn. Er tobt weiter — aber die stillschweigende Konvention, daß man in politischen Kreisen nicht dagegen reden darf, und der allgemeine Glaube, daß man nichts dagegen tun kann, die werden immer häufiger durchbrochen. Es seien hier einige Anzeichen aus der letzten Zeit notiert. Daß es nicht die ersten sind, wissen wir ja; wir haben doch das Manifest des Zaren und so viele andere abgeschlagene Versuche und Anträge nicht vergessen. Aber um das Immerwieder-Auftauchen handelt es sich. Und um das Auftauchen unter neuen Gesichtspunkten, neuen Umständen, neuen Notwendigkeiten. Und auch um die Begleitmusik, welche die Tatsachen zu dem Texte abgeben. Der Vorschlag Churchills, ein Ferienjahr im Flottenbau eintreten zu lassen, wurde schon in der vorigen „Friedens-Warte“ besprochen; seither sind folgende offizielle Aeußerungen zu verzeichnen:

Lloyd George in seiner Rede vom 8. November in Middleton sagte: „Es wäre besser für England, Deutschland, Frankreich und Rußland, wenn sie die Ausgaben für die Rüstungen ins Meer würfen, als sie für Maschinen zu Menschenschlächtereien zu gebrauchen. Ein Land allein kann das nicht tun, aber alle zusammen können es. Besonders wenn sie sich von gewissen Zeitungen freimachen würden.“

Bei einer Versammlung der liberalen Partei in Leeds, deren Hauptresolution die Einschränkung der Rüstungen verlangte: sagte Premierminister Asquith: „Ich bedaure ebenso sehr wie jeder der Anwesenden, daß ein so großer Teil des nationalen Wohlstandes auf der ganzen Welt in unproduktive Kanäle geleitet wird. Wenn Sie mich fragen, ob das so weitergehen soll, muß ich zur Antwort geben, daß ohne Kooperation der Großmächte — angereizt durch die Forderungen ihrer Völker — keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist. Ich selbst und meine Kollegen würden sicherlich gern jede Gelegenheit ergreifen, die Last, die schwer auf den besten Hoffnungen und edelsten Aspirationen der Menschen lastet, zu erleichtern.“

Mit diesen Worten wird dem organisierten Pazifismus ein Placet gegeben, der ja darauf hinarbeitet, daß die Forderung der Völker die Regierungen zur Kooperation drängt.

Am 30. November machte der Marinesekretär Daniels dem Kongreß zu Washington seine Vorschläge. In der Einleitung seiner Rede drückte er die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen werden, um unter den Mächten eine dauernde, gegen das Uebermaß in den Marinerüstungen gerichtete Politik zu begründen.

Von so vielen Seiten her (und zwar von Marineministern selber) dieser Ruf nach Verständigung zur Einschränkung! Wie lange noch taube Ohren?

Die Auflehnung gegen die Rüstungen dringt schon an Stellen, wo man sonst nicht gewohnt war, sie zu finden. In ihrem Leitartikel vom 4. Dezember bespricht die Neue freie Presse den Sturz des Ministeriums Barthou, das wegen der Rentenfrage, also wegen eines finanziellen Tiefstandes des sonst so übermütig reichen Frankreichs erfolgt ist. In dem Leitartikel wird dieses Ergebnis der allgemeinen Rüstungspolitik zugeschrieben, „die das Mark der Völker aussaugt, die zur wirtschaftlichen Arbeit nötigen Säfte verbraucht, den Mangel an Kapital hervorruft, die Lebensverhältnisse verschlechtert und Not über die Erde verbreitet.“ Und weiter: „Es scheint, daß die Fluten bis zu jenem Strich am Pegel gestiegen sind, wo ein Zerreißen der schützenden Dämme droht, und die Besorgnis auf-

blitzt, ob die Rüstungen nicht mit Verwüstungen enden werden.“ Erst jetzt blitzt diese Besorgnis auf, fünfzehn Jahre nach Johann von Blochs dröhnendem Alarmruf? Und weiter: „Die Rüstungspolitik ist überall vor einer sich auftürmenden Mauer angelangt. Die Völker werden durch die Bedrängnis der Versuchung zugänglich, sich entweder gegen die Kriegsminister aufzulehnen, oder verzweifelt durch Blut und Eisen aus dem jetzigen Wirrsal herauszustürzen.“ Zum Glück führen noch andere Wege aus dem Wirrsal hinaus: nämlich Vernunft und edler Wille.

Der „Matin“ veröffentlichte einen Geheimvertrag, der im Juni 1912 zwischen dem serbischen und bulgarischen Generalstab abgeschlossen wurde. Darüber durch zwei Tage wilde Sensation in der österreichischen Presse, weil in dieser Militärkonvention vorgesehen war, daß sich die beiden Kontrahenten gegen etwaige Angriffe unserer Monarchie oder im Falle ihres Einmarsches in den Sandschak sich gegenseitig Schutz leisten und Oesterreich Krieg erklären würden. Wie eine geplante Bombe wurde diese Nachricht aufgenommen. „Geplanter Dolchstoß in den Rücken der Monarchie.“ — „Komplotte gegen den Frieden Europas.“ — „Also nicht gegen die Türkei, sondern gegen uns haben sich die Balkanstaaten verbündet!“ — „Und Rußland war davon verständigt — also eine regelrechte Verschwörung, Oesterreich mit Krieg zu überziehen.“ König Ferdinand weilte eben in Wien. Als entlarvter Verräter wurde er bezeichnet, den man sofort ausweisen müsse. Doch da geschah, daß der Kaiser den bulgarischen Zaren in Schönbrunn mit aller Auszeichnung empfing, ihm auf dem Treppensatz entgegenging und nach einer halb-stündigen Unterhaltung wieder zum Treppensatz hinausbegleitete. Da verstummte mit einem Schlage das antibulgarische Gezeter und es hieß: Die Veröffentlichung ist von der russophilen Partei Bulgariens ausgegangen, die damit Bulgarien vor Oesterreich-Ungarn zu kompromittieren sucht. Uebrigens habe die hiesige Regierung bereits längere Zeit vor Ausbruch des Balkankrieges genaue Kenntnis von diesen Verträgen gehabt, und hat sich doch nicht von ihrer bulgarenfreundlichen Politik abbringen lassen, weil sie „gewisse Versicherungen darüber hatte, daß diese Verträge nie erfüllt werden würden“. Verträge mit Rückversicherungen, daß sie niemals erfüllt werden — das ist auch so ein hübsches Gericht aus der diplomatisch-militärischen Geheimkoccherei! Nun wurde der publizistische Bulgarengroll gedämpft und die vorhandene Erregung ganz auf das intrigierende Rußland gelenkt, das mit Hilfe seiner beiden Verbündeten den Balkanbund zum Verderben Oesterreichs schmieden wollte. Es ist, als wäre die Welt von lauter Uebeltätern erfüllt und alle

Regierungskunst und -weisheit nur auf das Durchblicken und Durchkreuzen der nachbarlichen Uebeltaten beschränkt. Diese Wendung kam aber auch wieder den eben in den Delegationen verhandelten Militärforderungen (und den Panzerplattenfabriken) zugute, weil es doch zeigte, wie gut man getan hatte, gegen die Nachbarn zu mobilisieren und wie notwendig es ist, gegen die weiteren Eventualitäten weiter zu rüsten.

Die ganze Enthüllungssensation war aber schnell von der Bildfläche verschwunden, weil eine neue größere Sensation auftauchte: Zaber n, Militärgroteske in vier Aufzügen. Es hätte auch eine Tragödie werden können. Die ganze Affäre warf übrigens wieder ein grelles Licht auf den immer heftigeren Widerspruch zwischen dem sporenklirrenden Degen-durchden-Leib-rennenden Reitergeist und der modernen Zeit. Kaiser Wilhelm hat sich zum Glück zu rechter Stunde modern gezeigt. Wie übrigens das Kriegsgericht entscheiden wird, ist auch noch abzuwarten. Möglicherweise wird der General beförderungsweise versetzt, der Oberst leise gerügt, der junge „Führer wie wir sie brauchen“ etwas unzarter am Ohr gebeutel, am härtesten aber die ausplaudernden Rekruten gestraft.

Der Ministersturz in Frankreich ist etwas mehr als eine gewöhnliche Krise — es ist auch ein Symptom der tiefgehenden Unrast, von der das Land geschüttelt ist. „Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit!“ rufen die einen in der Kammer. „Es lebe Frankreich!“ rufen die andern zurück. Radikale und Reaktionäre stehen sich erbittert und kampfbereit gegenüber. Wird da wieder eine große Revolution vorbereitet? Nein, so sehr wiederholt sich die Geschichte nicht. Ganz neue Elemente sind jetzt in Tätigkeit gekommen. Wäre doch ein Léon Bourgeois an der Spitze der Republik! . . .

Der König von Italien hat eine Thronrede gehalten, welcher man bei uns vorgeworfen hat, daß sie ohne Wärme vom Dreibund gesprochen und dabei Oesterreich-Ungarn gar nicht erwähnte. Warum sollen denn Alliierte, die zwischen einander Grenzfürts bauen, miteinander warm sein? Der König sagte, der Dreibund und die Triple-entente sicherten durch ihr Gleichgewicht den Frieden. Wie sicher dieser Gleichgewichtsfrieden bei all den Verschiebungen ist, das haben wir im letzten Jahr gesehen. Ueberhaupt, wie kann man sich nur immer wieder freuen, daß der bestehende Zustand der Zweimächte-Gruppen, der zu all den Rüstungen und Befürchtungen und Aufregungen Anlaß gibt, weiter besteht. Die Notwendigkeit der Neugestaltung — nicht Verschiebung — der

beiden Dreibünde drängt sich doch immer eklatanter auf. Dann fiel auch die Frage weg, an welche Gruppe der etwaige wiederhergestellte Balkanbund sich anschliesse.



Die Türkei, die totgesagte, richtet sich wieder eine neue Flotte und ein neues Heer auf. Sie bestellt sich deutsche Instruktooren. Rußland protestiert dagegen. Bulgarien schickt seine übriggebliebenen Jünglinge in deutsche Kadettenschulen, auf daß sie sich vorbereiten mögen, das Verlorene zurückzugewinnen. Das wilde Albanien hat einen König erhalten, der sich eine Armee zusammenstellen wird. Die griechische Inselfrage schwebt noch... Sind das alles Gefahren? Ah, bah! Man braucht ja nur Dreadnoughts zu bauen — da gibt es nichts zu fürchten mehr.



Wenn man nach all dieser europäischen kriegerischen Unrast von der Botschaft vernimmt, die Präsident Wilson am 2. Dezember an den Kongreß gerichtet hat, so klingt das wie ein Geläute aus einem weltfernen Stern. „Unser Vaterland lebt glücklicherweise mit aller Welt in Frieden. Es mehren sich allenthalben die erfreulichen Kundgebungen, welche ein Erstarken der Freundschaft und des Gefühles der Interessengemeinschaft unter den Völkern zum Ausdruck bringen, so daß wir ein Zeitalter des gefestigten Friedens und des guten Einvernehmens voraussehen können. Mit jedem Jahrzehnt zeigen die Völker größere Bereitwilligkeit, in feierlichen Verträgen zur Erhaltung des Friedens, zu fortschreitender Offenheit und billigem Entgegenkommen sich zu verpflichten. Bisher waren es die Vereinigten Staaten, welche bei solchen Verhandlungen an der Spitze marschierten. Sie werden auch, wie ich ernstlich hoffe und bestimmt glaube, einen neuen Beweis ihres aufrichtigen Festhaltens an den Gedanken der internationalen Freundschaft gelegentlich der Ratifikation mehrerer Schiedsgerichtsverträge geben, die ihrer Erneuerung durch den Senat harren.“ — „Das Zeitalter des gefestigten Friedens“: Woodrow Wilson sieht es kommen. Und er arbeitet dafür.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

27. Oktober. *Es gelingt zum ersten Male eine zusammenhängende drahtlos gesprochene Mitteilung von Europa nach Amerika hinüberzugeben. (Zwischen Hannover und New Jersey auf 6500 Kilometer).*

27. Oktober. *Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Bryan, billigt die Erklärung des Marine-sekretärs Daniels, dass die Vereinigten Staaten bereit wären, ihre Schiffsbauten auf ein Jahr zu suspendieren, wenn andere Staaten dem Vorschlag Churchills folgen wollten.*

31. Oktober. *Im amerikanischen Repräsentantenhaus befürworten der Speaker Clark und der Vertreter Mann den Churchillschen Vorschlag für ein Flotten-Ferien-Jahr.*

Anfang November. *In Paris beginnt eine Monatsschrift zu erscheinen, die sich „Die Versöhnung“ betitelt und sich den franco-deutschen Ausgleich zur Aufgabe macht.*

Anfang November. *Die Leitung der Deutschen Friedensgesellschaft befürwortet in einer Eingabe an den Reichskanzler eine Zustimmung Deutschlands zu den Bryan'schen Schiedsvertrag-Vorschlägen.*

8. November. *Lloyd George sagt in Middlesburg: Es wäre besser für Deutschland, England, Frankreich, Russland, wenn sie ihre Ausgaben für die Rüstungen in die Nordsee werfen würden, als sie für die fürchterlichen Maschinen und Werkzeuge zur Menschenschlächtereie zu verwenden.*

10. November. *Am Lord-Mayor-Bankett teilt Marineminister Churchill mit, dass die Entwicklung der deutschen Flotte und anderer kleinerer Marinen von England Ausgaben verlangen werden, die grösser sind, als sie das Land sich je in Friedenszeiten auferlegt habe.*

12. November. *In London wird eine int. Konferenz für die Sicherheit auf dem Meere eröffnet.*

13. November. *Der Friede zwischen Griechenland und der Türkei in Athen unterzeichnet.*

14. November. *Tagung eines int. statistischen Kongresses in Brüssel.*

14. November. *Die in Brüssel tagende int. Konferenz für Handelsstatistik beschliesst die Gründung eines internationalen Bureaus in Brüssel.*

15. November. *Marineminister Churchill spricht in einer grossen liberalen Massenversammlung in London über die Flottenrüstungen. „Wieviel Gutes könnte in der Rüstungsfrage ein bisschen guter Wille tun! Nur eine Kleinigkeit trennt uns von dem Zustand eines weltweiten Vertrauens, internationalen Friedens und allgemeinen guten Willens, der all diese bedauernswerten Vorbereitungen unnötig machen oder wenigstens stark einschränken würde. Um wieviel besser könnten wir die Welt gestalten, wenn alle Nationen tatsächlich den Versuch machen wollten.“*

15. November. *Entsendung einer int. diplomatischen Kommission zum Zweck der Festsetzung der russisch-persischen und persisch-türkischen Grenze.*

15. November. *Baron Carlsson Bonde, Präsident des XVIII. Weltfriedenskongresses, Mitglied des Berner Bureaus zu Stockholm †.*

Mitte November. *Der österr.-ungar. Thronfolger Franz Ferdinand am Londoner Hofe.*

Mitte November. *Der russische Ministerpräsident Kokowzew in Berlin.*

17. November. *In Bern tagt eine int. Konferenz für Weltmatterschutz.*

18. November. *Int. Zollkonferenz in Paris.*

22. November. König Alfons von Spanien in Wien.

27. November. In der Volkshalle des Wiener Rathauses findet eine von der österr. Friedensgesellschaft einberufene Massen-Prottest-Versammlung gegen die Zunahme der Rüstungen statt.

29. November. Die Deutsche Vereinigung für internationales Recht veranstaltet in Berlin ihre erste Konferenz. (Thema: Einfluss des Seekrieges auf die Rechtsverhältnisse Privater.)

29. November. Der bayrische Ministerpräsident, Freiherr von Hertling, sagt im bayrischen Landtag: „In diesen Rüstungen muss Ruhe eintreten auf Jahre hinaus, denn das deutsche Volk ist nicht mehr imstande, weiter solche Lasten auf sich zu nehmen.“

30. November. Im amerikanischen Kongress gibt der Marineseekretär Daniels der Hoffnung Ausdruck, dass die Vereinigten Staaten die Initiative zu einer Politik des Ebenmasses in den Seerüstungen ergreifen werden.

Ende November. Auf der Jahreskonferenz der National Liberal Federation in Leeds wird eine Resolution gegen die von Churchill angekündigte Vermehrung der Rüstungen angenommen.

2. Dezember. In seiner Jahresbotschaft an den Kongress betont Präsident Wilson, dass wir ein Zeitalter des gefestigten Friedens voraussehen können. 31 Nationen hätten sich zu Verhandlungen über die Bryan'schen Schiedsverträge bereit erklärt.

8. Dezember. Das amerikanische Repräsentantenhaus nimmt einen Antrag zugunsten des Churchillschen Vorschlages über das Flottenfeierjahr mit 317 gegen 11 Stimmen an.

10. Dezember. Der Friedenspreis der Nobelstiftung fällt Henri La Fontaine und Elihu Root zu.

DAUS DER ZEIT

Völkerrecht.

Vorbereitung der III. Haager Konferenz. :: :: :: ::

In der Sitzung der ungarischen Delegation vom 21. November interpellierte der Delegierte Exzellenz Albert v. Berzeviczy den Minister des Aeußeren über die nächste Haager Konferenz, die seinen Informationen nach von der Ratifikation der Londoner Seerechtsdeklaration durch England abhängen soll. Er fragt über den Stand der Angelegenheit. Die Antwort des Regierungsvertreters lautete folgendermaßen:

„Bekanntlich begegnet die am 26. Februar 1909 in London zwischen den großen Seemächten geschlossene Seekriegsrechtsdeklaration dem Widerstande der englischen Handels- und Schifffahrtskreise, welche befürchten, daß einzelne Bestimmungen derselben im Kriegsfall eine den neutralen Handel lahm-

legende Interpretation erfahren werden. Die britische Regierung teilt, wie sich aus den parlamentarischen Verhandlungen über die Naval Prize Bill ergibt, diese Bedenken insoweit mit, als sie glaubt, daß die befürchtete Interpretation der Vertragsbestimmungen mit dem Wortlaute und Geiste der Deklaration nicht im Einklange wäre. Da sie aber im Hinblick auf die entstandenen Zweifel Gewicht darauf legt, daß ihre Auffassung über den Inhalt der fraglichen Stipulationen auch seitens der anderen Vertragsmächte in bindender Weise anerkannt werde, hat sie die Ratifizierung der Deklaration von dem Zustandekommen einer Vereinbarung der Signatarstaaten über die ihrem Standpunkte entsprechende Interpretation der in Frage stehenden Abmachungen abhängig gemacht.

Zwecks Herstellung dieses Einvernehmens ist die britische Regierung im November 1911 an die Vertragsmächte herangetreten, und wir haben uns, da unsere Auffassung über die gegenständlichen Fragen sich im wesentlichen mit jener der englischen Regierung deckt, damit einverstanden erklärt, daß anläßlich der Ratifizierung der Deklaration von den Vertragsstaaten eine einvernehmliche, inhaltlich übereinstimmende Erklärung über die Auslegung der zweifelhaften Vertragsbestimmungen abgegeben werde. Der Inhalt dieser Erklärung steht heute noch nicht fest, da die Verhandlungen der englischen Regierung mit einzelnen der Signatarstaaten noch nicht abgeschlossen sind. Im Ministerium des Aeußeren wurde bisher keine Kommission zur Beratung der Vorschläge eingesetzt, welche seitens der gemeinsamen Regierung der internationalen Vorbereitungskommission der dritten Haager Friedenskonferenz vorzulegen sein werden. Es wurden vielmehr seitens des Ministeriums des Aeußeren bisher nur zwei Fachreferenten mit der Aufgabe betraut, der internationalen Vorbereitungskommission unsererseits eventuell zu präsentierende Programmpunkte zu studieren. Die Arbeiten dieser Fachreferenten sind noch nicht abgeschlossen. Erst nach Fertigstellung ihrer Elaborate wird seitens des Ministeriums des Aeußeren eine Kommission eingesetzt werden, welcher es obliegen wird, auf Grundlage der von den zwei Referenten vorgelegten Arbeiten der internationalen Vorbereitungskommission von uns vorzulegenden Vorschläge festzustellen. In diese Kommission wird selbstredend nach Herstellung des Einvernehmens mit der ungarischen Regierung auch ein ungarischer Fachmann einberufen werden.“ —

Für die holländische Studienkommission zur Vorbereitung der dritten Haager Konferenz werden die Professoren de Louter (Utrecht) und van Vollenhoven (Leiden) als Mitglieder ernannt.

Rüstungsproblem.

Unterirdische Arbeit. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Bezugnehmend auf den Artikel „Unterirdische Arbeit“ im Novemberheft der „Friedens-Warte“ wird uns von einer anderen Seite geschrieben:

„Adolf Stein gehört neben dem Grafen Reventlow, dem General v. Bernhardt und dem Admiral Breusing zu den Schriftstellern, deren Tätigkeit einen geradezu verwüstenden Einfluß auf unsere Beziehungen zu England und Frankreich ausübt. Seine Artikel erscheinen hauptsächlich in der „Täglichen Rundschau“. Hier schreibt er z. B. unter „A.“ Ueber den Grund, warum er die Arbeiten nie mit seinem Namen unterzeichnet, laufen unkontrollierbare Gerüchte um. Seine außerordentlich engen Beziehungen zum Reichsmarineamt sind längst aufgefallen. Er bezieht manches Material von dort, und erfreut sich zahlreicher Aufträge, wenn es gilt, irgendeiner unbequemen Kritik, die an der Tätigkeit der Marineverwaltung geübt wird, zu begegnen oder die öffentliche Stimmung Neuforderungen geneigt zu machen.

Daß Stein auf dem Geschwader des Admirals Lans als dessen Gast weilte und in die geheimsten Dinge eingeweiht wurde, räumt er im übrigen öffentlich ein. Unter dem Pseudonym „Gerd Fritz Leberecht“, das er meist bei Buchausgaben beliebt, berichtet er in einem soeben erschienenen Werklein für die reifere Jugend von seinen Fahrten auf dem Geschwader des Admirals Lans, auf Torpedo- und Unterseebooten und auf dem Marine-Luftschiff „L. I“. Das Büchlein dient, wenn auch versteckt, dem Zweck, zum Krieg gegen England zu hetzen. Es zeichnet sich im übrigen, ebenso wie ein früheres unter dem gleichen Pseudonym — Leberecht — herausgegebenes Buch über Luftfahrten, durch seine grotesk unfachmännische Darstellung aus. Das Beste an den Büchern ist der Preis. Er ist so hoch, daß er hoffentlich vom Ankauf abhält, zu dem allerdings durch einen geradezu großartig abgefaßten Rezensionswaschzettel eindringlichst aufgefordert wird. In diesem wird so ungefähr zum Ausdruck gebracht, daß alle bisherigen Flottenbücher keines Blickes mehr gewürdigt werden dürften, seitdem Leberecht erschien. Selbst das berühmte „Buch von der deutschen Flotte“ von Admiral Werner müsse nun verschwinden. Es gehört schon etwas dazu, das Wernersche Buch, das so wunderbar poetisch und doch naturgetreu bis ins einzelste geschrieben ist, das noch nie übertroffen wurde und kaum übertroffen werden kann, in einem Atem mit einem Erzeugnis Leberechts zu nennen.

Daß der Verfasser von „Lookout“ Stein ist, war hier bekannt. Erst wurde — von wem? — die Mär verbreitet, Kontreadmiral v. Hintze, der jetzige Gesandte in Mexiko, hätte das Buch verfaßt. Jeder halbwegs

Sachverständige erkannte sofort, daß das nicht möglich sei, weil ein Seeoffizier sich nie die vielen fachmännischen Unstimmigkeiten, wie sie im „Lookout“ enthalten sind, zuschulden kommen lassen könnte, abgesehen davon, daß hoffentlich kein deutscher Seeoffizier es jemals fertigbringen würde, ein solches, die Interessen des Vaterlandes schädigendes Werk in die Welt zu setzen. Wenn ich mich recht erinnere, wurde dieses alles seinerzeit im „Berliner Tageblatt“ ausgesprochen.

Die „Friedens-Warte“ fragt, auf wessen Veranlassung hat A. Stein „Lookout“ geschrieben, war es der Flottenverein, war es die Großindustrie? Da der Herr beim Reichsmarineamt ständig aus und ein geht, ist wohl noch ein anderer Schluß möglich!

Zu begrüßen ist, daß die „Friedens-Warte“ darauf hinweist: „Darf die Marineverwaltung z. B. die Einladung des Admirals Lans auf sein Geschwader, die an Stein erging, gutheißen?“ Kennt man den Herrn Stein so genau, daß man ihn ohne Sorge in alle möglichen Geheimnisse, die sonst vor der Öffentlichkeit ängstlich versteckt werden, einweihen kann? Wer ist Herr Stein, was tat er bisher? Hat man sich darüber je in der Marine unterrichtet? Ist man endlich sicher, daß Stein zu unterscheiden weiß, was er von dem Gesehenen erzählen darf und was nicht, damit damit aus seinen Kenntnissen der Marine kein Schaden erwächst?

Es findet sich hoffentlich ein mutiger Reichstagsabgeordneter, der Auskunft über alle diese Fragen vom Staatssekretär fordert. Aber es bleibt immerhin bedauerlich, daß hohe Seeoffiziere sich so intim zu einem Schriftsteller stellen, der die Hetze gegen England ausgesprochen auf seine Fahne schrieb. Es heißt, deutsche Seeoffiziere verabscheuten einen Krieg gegen Großbritannien. Sie wären die besten Freunde der Engländer. Ist das der Fall, so dürfen sie einen Herrn, wie Stein, nicht in seinem bösen Treiben unterstützen.“

Wiener Protestversammlung gegen das internationale Wettrüsten.

In der von den Stadtbehörden in entgegenkommendster Weise zur Verfügung gestellten großen Volkshalle des Wiener Rathauses fand am 27. November eine von 1500 Personen besuchte große Protestversammlung gegen den internationalen Rüstungswettbewerb statt, in der verschiedene Redner zu Worte kamen.

Gemeinderat Dr. von Dorn, der auch Mitglied des Vorstandes der Friedensgesellschaft ist, sprach als erster Redner zu dem Hauptthema. „Vor allem anderen,“ sagte er einleitend, „soll folgendes festgestellt werden: Wir wollen nicht, daß Oesterreich allein abrüstet; wir wollen auch nicht, daß es durch

verminderte Wehrkraft seine staatliche Existenz aufs Spiel setze. Wir wollen nur, daß dem verderblichen Wahwitz des internationalen Wettrüstens endlich ein Ende gemacht werde und daß Oesterreich alles tue, was in seinen Kräften steht, um dieses Ziel zu erreichen. Von England gehe das stärkste Streben auf Besserung der Verhältnisse aus. Aber auch in dem sonst so militärfrommen Frankreich setze der Budgetausschuß den großen Anlehensforderungen der Regierung ernststen Widerstand entgegen.“

Die Referentin der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, Frau Helene Granitsch, kennzeichnete die große wirtschaftliche Bedeutung des Balkans für die Monarchie und schloß mit den Worten: „Nicht Rüstungen bis an die Zähne brauchen wir, die das Volksvermögen verschlingen, nicht nationalen Bürgerkampf, nicht Klassenkampf und Klassenhaß sollen fürder unsere Kräfte lähmen; wir brauchen friedliche, fleißige Kulturarbeit in Stadt und Land, die sich nicht als Gegner befenden dürfen; wir brauchen Arbeit an der Erziehung des Volkes, an der Wirtschaft des Volkes, die konkurrenzfähig bleiben muß in der Weltwirtschaft, Arbeit an der sittlichen und geistigen Weiterbildung des Volkes, eine Arbeit, an der Männer und Frauen Anteil haben müssen, Männer und Frauen zu dieser Arbeit — gerüstet um die Wette!“

Reichsratsabgeordneter Professor Masaryk sprach über das Budgetäre des österreichischen Militarismus. Die ganze Aufmerksamkeit der Regierenden sei auf das Heer statt auf die anderen Zweige der Volkswohlfahrt gerichtet.

Im Verlaufe der nun folgenden Rede des Lehrers Neumann, der über das Kinder- und Lehrerelend sprach, kam es zu stürmischen Demonstrationen, als der Regierungsvertreter den Redner, der sich in scharfen Ausdrücken gegen die Anschaffung von Mordinstrumenten wendete, zur Mäßigung mahnte.

Revident Schidl, Obmann des Vereins der Staatsbeamten, begründete das vitale Interesse der Staatsbeamtenschaft an der Erhaltung des Friedens.

Baronin Suttner, lebhaft begrüßt, führte im Schlußworte aus, daß die Rüstungsüberbietung als universelle Erscheinung vom internationalen Standpunkte betrachtet werden müsse. Es ist ein Wahnsinn, und wohin führt es? Zum wirtschaftlichen Zusammenbruch! Das ist keine Prophezeiung, sondern ein Rechenexempel; die Rüstungsforderungen haben keine Grenzen. Die Rüstung in jedem Lande folgt den äußeren Einwirkungen. Es gibt einen Weg ins Freie; den können auch nicht die einzelnen einschlagen, sie sind aneinandergeseilt; nur durch Verständigung kann der Knoten entzweigeschnitten werden. Der Weg zur Verständigung ist bereits ange-

bahnt worden. Die Annäherung, die von England vorgeschlagen wurde, schaffe eine andere Atmosphäre. Rednerin forderte die Pazifisten zum engen Zusammenschlusse auf, um die öffentliche Meinung zugunsten des Friedenswerkes zu verstärken, und es wird, wenn die Idee der Friedensfreunde die Welt durchdringt, eine neue Welt kommen, die jetzt schon herandämmert.

Zum Schluß wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Schon die Einberufung der ersten Haager Konferenz wurde veranlaßt durch die von autoritativer Seite erfolgte Feststellung der Tatsache, daß die durch die Kriegsrüstungen hervorgerufenen finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswirtschaft in ihrer Wurzel treffen, wodurch die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital, zum großen Teil von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt werden, und diese Feststellung gewinnt durch die leider noch immer stetig vermehrten militärischen Auslagen eine von Jahr zu Jahr erhöhte Bedeutung.

Um so gewissenhafter Beachtung von seiten der verantwortlichen Faktoren verdient daher die eben damals zum Ausdruck gebrachte Mahnung: Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das sei die höchste Pflicht, die sich allen Staaten aufzwingt.

Da nun durch die bestehende Verkettung der internationalen Beziehungen es jedem einzelnen Staate unmöglich gemacht wird, sich dem unglückseligen Wettrüsten zu entziehen, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, eine Vereinbarung zu erzielen, wie sie von mehreren höchst bedeutungsvollen Seiten bereits in verschiedener Weise angeregt wurde, und das Bestreben nach der Verwirklichung einer solchen muß sich um so stärker geltend machen, je schwächer die wirtschaftliche Kraft eines Staates ist und je drückender er daher die auferlegten Lasten empfindet.

Es muß daher als eine dringende Pflicht der österreichischen Regierung bezeichnet werden, alle Anstrengungen zu machen, damit ehestens eine solche für alle Völker segensreiche Vereinbarung zustande komme, insbesondere aber alle diesbezüglichen Anregungen, die von anderer Seite ausgehen, eifrigst aufzugreifen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und deren praktische Durchführung zu fördern.

Die Versammlung fordert und erwartet, daß die Volksvertreter im Parlament und in den Delegationen allen ihnen zu Gebote stehenden Einfluß aufwenden, um die Regierung zur Erfüllung dieser Pflichten zu veranlassen.“

Verschiedenes.

Lamprecht gegen Keim. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

General Keim hat im Braunschweiger Wehrverein eine Versammlung abgehalten. Er ist dabei gegen die pazifistischen Geistlichen aufgetreten, indem er ausführte:

„Jetzt soll es nach den evangelischen Geistlichen unchristlich sein, den Krieg als ein Gesetz in der Weltordnung anzuerkennen. Da muß der Wehrverein ein deutliches Wort sprechen. Was diese Geistlichen unserem Volke vorreden, **das ist die Erziehung zur Feigheit.** In dieser Friedensbewegung liegt eine große Gefahr für das deutsche Volk.“

Wir möchten dem Herrn General mit einem Zitat aus Geheimrat Professor Karl Lamprechts kürzlich erschienener Schrift: „Die Nation und die Friedensbewegung“*) antworten. Da heißt es auf Seite 11:

„Ruhige Erwägungen der eben angestellten Art werden auch den Vorwürfen, die Friedensbewegung entmännliche und bedrohe die kriegerische Tüchtigkeit der Nation, nur heiteres Lächeln entgegensetzen lehren. Welch groteske Vorstellung zunächst, daß nur der Krieg mit blanker Waffe zum Manne bilde! So kann nur denken, wer nichts von der zähen Energie weiß, zu der heute Wirtschaftsleben und Berufstätigkeit jeder, auch geistiger Art erziehen: **eine Energie, die momentanen Schlachten mit tausendfach überragen kann.** Und spezifische kriegerische Tüchtigkeit, und das heißt doch wohl Stärke an Ertragung von Strapazen und körperliche Spannkraft! Sie lassen sich auch in langen Friedensjahren so erhalten und stählen, daß sie im Falle letzter Not nicht versagen; und niemand wird einer Zeit des Sports und der Spiele vorwerfen wollen, daß sie die damit gestellten Aufgaben vernachlässige.“

Herr General! Die besten national gesinnten Männer stehen auf unserer Seite!

AVS DER BEWEGUNG

Der Friedenspreis der Nobelstiftung 1915. :: :: :: ::

Mit größtem Beifall wird in der ganzen pazifistischen Welt die diesjährige Entscheidung des norwegischen Nobelkomitees begrüßt werden. Es wurden in diesem Jahre, da im vorigen Jahre eine Verteilung nicht erfolgte, zwei Preise zugesprochen, von denen je einer an Henri La Fontaine in Brüssel und Senator Elihu Root in Washington fiel.

Es ist kaum nötig, in diesen Blättern die Bedeutung dieser beiden Männer aus-

*) Berlin. Verlag der „Friedens-Warte“. 30 Pfg.

drücklich hervorzuheben. Wer nur einen ganz oberflächlichen Einblick in die Verhältnisse hat, kennt nicht nur die Namen, sondern auch das Wirken der diesjährigen Nobel-Laureaten. Mit ihnen wurde aber nicht nur ihre Arbeit, sondern auch die Richtung ausgezeichnet, die sie verkörpern. La Fontaine steht als Präsident des Berner Internationalen Friedensbureaus an der Spitze der ureigentlichen pazifistischen Bewegung, während Elihu Root der des modernen Friedensdiplomaten ist, wie er noch nicht zahlreich bemerkt wird, der aber bereits anfängt, sich bemerkbar zu machen. Zwei Arbeiter sind es, die ihr ganzes Leben für die große Sache des Völkerfriedens eingesetzt haben und ohne Winkelzüge und ängstliche Konzessionen sich stets als Pazifisten gaben. Es wird ihnen hoffentlich noch lange gegönnt sein, ihre Arbeit fortzusetzen. La Fontaine zählt 59, Elihu Root 68 Jahre.

Henri La Fontaine steht seit 1889 in der Bewegung. Seine wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete des Schiedswesens haben den Haager Konferenzen vorgearbeitet. Seine Leistungen auf dem Gebiete der Bibliographie sind ein Kulturwerk von Weltbedeutung und seine neuerliche Leistung durch die Gründung des „Office Central des Associations internationales“ bildet die reale Grundlage für die zu erstrebende Weltorganisation. Er hat unaufhörlich und ohne materiellen Gewinn und ohne Rücksicht auf seine Gesundheit gearbeitet.

Elihu Root hat nicht nur die Ideen einer Friedensdiplomatie in seinen Reden und Schriften dargelegt, die Psychologie des Weltrechts erfunden, er hat sich während seiner diplomatischen Dienstzeit unter Roosevelt auch als Friedensdiplomate betätigt. Er war der erste Staatssekretär der Vereinigten Staaten, der während seiner Dienstzeit das Land verließ, um bei den südamerikanischen Staaten für ein harmonisches Zusammenwirken Panamerikas hinzuarbeiten. Er hat allein 23 Schiedsverträge der Vereinigten Staaten mit anderen Regierungen zustande gebracht und eine hervorragende Kampagne zugunsten der Taftschen Anregung über vorbehaltlose Schiedsverträge, wie zugunsten der schiedlichen Erledigung des Panamakanalstreites mit England geführt. In meinem „Handbuch“ nannte ich Root „das Haupt der Friedensidee in den Vereinigten Staaten und vielleicht die prominenteste pazifistische Persönlichkeit der Welt“.

Der Glückwunsch der „Friedens-Warte“ und ihrer Mitarbeiter sei den beiden großen Friedenskämpfern an dieser Stelle dargebracht.

A. H. F.

Baron Carl Carlsson Bonde † :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter tragischen Umständen ist am 15. November auf seinem Schlosse Ericsberg in Schweden Baron Carl Carlsson Bonde gestorben. Der Verstorbene war Präsident des

schwedischen Reichstages und der schwedischen Gruppe der interparlamentarischen Union. Er gehörte dem Berner Friedensbureau an, dem interparlamentarischen Rat und dem europäischen Rat der I. Abteilung der Carnegie-Stiftung. Dem denkwürdigen XVIII. Weltfriedenskongress in Stockholm präsiidierte er. Bonde war eine hochehrwürdige Erscheinung in der Friedensbewegung. Als ernster Politiker, dem sein Vaterland hohe Ämter zuwies, als Mitglied einer der ersten Familien des Landes gelang es ihm, der Friedensidee einflussreiche Kreise zu gewinnen. Auf den internationalen Kongressen und Versammlungen war er infolge seines liebenswürdigen Wesens eine gern gesehene und beliebte Erscheinung. Zuletzt sahen wir ihn im Frühjahr 1912 in Paris, wo damals aus Anlaß des 90. Geburtstages Fred. Passys die Sitzung des Berner Friedensbureaus stattfand. Bonde starb plötzlich, nachdem ihm der Tod seiner seit längerer Zeit kränzlich gewesenen Gattin gemeldet worden war. Er war 63 Jahre alt. Die internationale Friedensbewegung wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus Holland. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die anfangs Dezember stattgehabten Debatten in der zweiten Kammer über das Budget des Äußern waren zum größten Teil der Friedensbewegung und der kommenden dritten Friedenskonferenz gewidmet. Zunächst trat der frühere Minister de Beaufort für die Friedensbewegung ein, die, wie er ausführte, die moralische Unterstützung der Regierung verträuche, weil sie eine große Zahl offener und versteckter Feinde habe, wie das von Nippold kürzlich veröffentlichtes Schriftchen über den „Deutschen Chauvinismus“ zur Genüge beweise. In der Antwort, die der gegenwärtige Minister des Äußern, Loudon, erteilte, machte er die Mitteilung, daß Holland bereits einen im Sinne des Bryanschen Vorschlages gehaltenen Vertragsentwurf für einen Schiedsvertrag nach Amerika gesandt habe. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Vertrag als Modell für die anderen Staaten dienen werde. Er erklärte weiter, daß er es sich angelegen sein lasse, den Zusammentritt der internationalen Vorbereitungskommission für die dritte Haager Konferenz zu beschleunigen, obwohl einige Schwierigkeiten vorhanden seien, die sich namentlich aus der Art der Zusammensetzung dieser Kommission ergeben. Die Friedensbewegung erscheine ihm höchst wertvoll, und er sei bereit, sie zu fördern, wenn nötig auch durch finanzielle Unterstützung. Auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zur sogenannten bürgerlichen Friedensbewegung wurde berührt, das Wesen einer modernen Diplomatie erörtert und vielfach Schriften und Äußerungen hervorragender Pazifisten, so d'Estournelles, La Fontaines, Heilbergs, Mrs. Andrews' dabei zitiert.

B. d. J. v. B. e. D.

LITERATUR V. PRESSE

Zu Weihnachtsgeschenken

seien nachstehend verzeichnete Bücher empfohlen:

- Angell, Norman: Die falsche Rechnung. Mk. 1,25. — Diederich, Franz: Krieg, ein Buch der Not. Dem Willen zum Frieden gewidmet. Mk. 1,—. — Fried, Alfred H.: Handbuch der Friedensbewegung. 2 Bände. gbd. Mk. 10. — Derselbe: Der kranke Krieg, Mk. 1,—. — „Die Friedens-Warte“, Jahrgang 1913. Gebd. Mk. 7,—. — Hill, David J.: Völkerorganisation und der moderne Staat. — Jaurès, Jean: Die neue Armee. — Key, Ellen: Die neue Generation. — Lamszus, Wilhelm: Das Menschenschlachthaus. Mk. 1,—. — Lynkeus: Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen. — Müller-Lyer: Der Sinn des Lebens. — Internationale Organisation, Heft 1 bis 8. (Haldane: Deutschland und Großbritannien. — Goldscheid: Friedensbewegung und Menschenökonomie. — Fried: Panamerikanische Bewegung. — Jordan: Krieg und Mannheit. — Suttner: Barbarisierung der Luft. — Lamprecht: Die Nation und die Friedensbewegung. — Emerson: Ueber den Krieg.) Jedes Heft 30 Pfg. — Richet, Charles: Vergangenheit des Krieges, Zukunft des Friedens. Mk. 1,—. — Schücking, Walther: Der Staatenverband der Haager Konferenzen. — Suttner, Bertha von: Der Menschheit Hochgedanken. Mk. 4,—. — Umfrid, Otto: Europa den Europäern. — Wehberg, Hans: Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes. — White, A. D.: Sieben große Staatsmänner im Kampfe der Menschheit gegen Unvernunft.

Das Werk vom Haag“.

Die Arbeiten von Schücking über den „Staatenverband der Haager Konferenzen“ und von Wehberg über „Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofes“ (Band 1 und 2 der Sammlung „Das Werk vom Haag“) werden 1914 in englischer Uebersetzung bei der Clarendon Press in Oxford erscheinen. Die Festgabe über die Entscheidungen des Haager Hofes in derselben Sammlung hat sich verzögert, doch wird der erste Band dieser Abteilung in wenigen Wochen herauskommen.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Geschichtskalender, Deutscher, für 1913. Zehntes Heft. Oktober. 8°. Leipzig 1913. Felix Meiner. S. 171—247.

Hartmann, Eduard von, Philosophie des Unbewußten. Nach der elften erweiterten Auflage bearbeitet von Wilhelm von Schnehen. Mit einem Geleitwort von Johannes Volkelt. Erster Teil: Phänomenologie des Unbewußten. Zweiter Teil: Metaphysik des Unbewußten. Gr. 8°. Leipzig o. J. Alfred Kröner. XI u. 200 S. u. IV u. 251 S. Je 1,20 M.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Friedensbewegung. (Bern.) November. Albert Gobat, Trennung der Kräfte. — Ludwig Wagner, Verband für internationale Verständigung und die Friedensgesellschaften. — Th. Baty, 28. Kongreß der Vereinigung für internationale Recht. — usw.

Der Friede. (Bern.) November. (G.—C.), Was ist Hauptsache? — Aus einer Feldpredigt, gehalten vor dem Infanterie-Regiment 26, Sonntag, den 12. Oktober 1913, bei Guntaligen von K. von Greyerz, Feldprediger. — Alfred H. Fried, Wie ich Pazifist wurde. — usw.

Vaterland und Welt. (Göttingen.) Oktober/November. Edgar Herzog-Leipzig, Der VIII. int. Studentenkongreß zu Ithaca. — F. Knapp-Zürich, Die neuen Satzungen des Studentenwelt-Bundes „Corda Fratres.“ — usw.

Die Versöhnung. (Paris.) Oktober. Ernst Haeckel, Vernunft und Krieg. — usw.

November. Henriette Meyer, La Question d'Alsace-Lorraine. — usw.

La Paix par le Droit. (Paris.) No. 20. Charles Richet, Pacifisme et Langue internationale. — Th. Ruyssen, Le IIème Congrès de la Conciliation internationale allemande. — La XVIIIème session de l'Union interparlementaire. — usw.

— No. 21. Charles Richet, La Paix armée. — Jean Teyssaire, La Codification du Droit international américain. — (P. D.) Le Mouvement général de la vie et le Pacifisme. — usw.

La Paix parla Raison. (Paris.) November.

Concord. (London.) November. Our annual meeting. — William Heaford, International notes. — W. S. Clayton Greene, „Pax Britannica.“ — usw.

War and Peace. (London.) November. Pacifism at the Cross-roads. — Harry Johnston, Spheres of Influence and no more great wars. — Viscount Esher, G. C. B., A Mercenary or a Conscript Army. — Norman Angell, The clever Mr. Churchill. — Rollo Russell, The Racial Evils of war. — usw.

Monthly Circular of the National Peace Council. (London.) November.

Advocate of Peace. (Washington.) November. The Pacifists — All of Them. — Alfred H. Love and His Peace Work. — The Work of the Balkan Commission. — What is the matter with the militarists? — Dr. Gustav Wyneken, The German free School and the Peace Movement. — Arthur Deerin Call, The Doom of War. — usw.

Pax. The monthly organ of the Peace Society of New South Wales. (Sidney.) August. Francis W. Hirst, Loans for War. — Hypathia Bradlaugh Bonner, A Rationalist's View of the Peace Movement. — September. Suggestions for Peace Work in Schools. — usw.

The Cosmopolitan Student. (Madison.) Oktober. Ichiyi Akahoshi, Free trade and a World Language as a Means of Securing Universal Peace. — David Starr Jordan, The Stanford Spirit. — Andrea Hofer-Proudfoot, Internationalism. — Dr. K. Brunner, The Second Congress

of the German „Internationale Studentenvereine.“ — usw.

„Vrede door Recht.“ (Haag.) November. Onze Nieuwe van Buitenlandsche Zaken. — F. A. Löhnis, Landbouw en Vrede. — Prof. Dr. A. G. Honig, De Religie en de Vredesbeweging. — A. B. van der Vies, Over internationale inmenging en over vaderlandsliefde. — Ed. K. de Yong, Jong-Nederland Pacifisme. — usw.

Fredsfanan. (Stockholm.) November. Knut Sandstedt, Emile Riquiez. — usw.

Freds-Bladet. (Kopenhagen.) August. Da det danske Slesvig gik tabt. — Danmark og Haager-Fredskonferencen. — Miss P. H. Peckover. — usw.

Nemzetkôzi élet. (Budapest.) No. 10.

Artikel-Bibliographie. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

1. Friedensbewegung im allgemeinen: Prof. Wilhelm Ostwald, Patriotismus und Internationalismus. (II.) „Monistische Sonntagspredigten.“ 29. XI. * Prof. Walther Schücking, Kultur und Krieg. „Fortschrittliche Volkszeitung.“ (Freiburg i. B.) 25. XI. * Ders., Die organisatorische Bedeutung der Haager Konferenzen. „Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre.“ Nr. 5. * Prof. Dr. Friedländer, Die Bedeutung der Suggestion im Völkerleben. „Der Staatsbürger.“ Heft 22. * Dr. Hans Wehberg, Die Aufgabe des Rechts in der Friedensbewegung. „Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre.“ Nr. 5. * Otto Hörth, Ein Franzose über Amerika. „Frankfurter Zeitung.“ 23. XI. * Dr. J. Reinke, Jenseits des Kanals. „Der Tag“ (illustrierter). 23. XI. * Fredrik Bajer, Ueber das Ideal des ewigen Friedens und des Krieges. „Deutsche Revue.“ (Stuttgart.) XII. * Der Krieg und die Frauen. (Gegen Thea von Harbou.) „Frauen-Rundschau.“ Beilage der „Königsberger Hartungschen Zeitung.“ 12. XI. * Carl Ludwig Siemering, Gegen die Militarisation der Jugend. „Ethische Rundschau.“ XI. * Dr. Max Friedrichs, Zur Erinnerung an Theobald Rupp. „Ethische Kultur.“ 15. XI. * Jules Lippert, Die Frmrei. und die Friedensbewegung. „Der Herold.“ (Berlin.) 16. XI. * Alexander Giesen, Chauvinistische Tendenzen in der Jugenderziehung. „Frankfurter Zeitung.“ 30. XI. * Professor Dr. Otfried Nippold, Ziele der internationalen Verständigung. (I und II.) „März.“ 8. und 15. XI. * Internationale Verständigungspolitik. „Deutsche Revue.“ (Stuttgart.) XI. * Oesterreich und der Nobel-Preis. „Neues Wiener Journal.“ 18. XI. * Nicholas Murray Butler, The Carnegie Endowment for International Peace. „The Independent.“ 27. XI. * Edwin D. Mead, The Scholar and the united World. „The Boston Herald.“ 5. XI. * Ders., Push the Slayden Resolution. „Boston Daily Advertiser.“ 10. XI. * Dr. Alfred H. Fried, Zweiter Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung zu Nürnberg. „Dokumente des Fortschritts.“ Nr. 11.

II. Die internationale Politik: Ernst Bassermann, Die Weltlage. „Kieler Neueste Nachrichten.“ 21. XI. * Gedanken

eines Altelsässers. „Straßburger Post.“ 18. XI.
 * Dr. Paul Rohrbach, Deutsch-englische Auseinandersetzung. „Fränkischer Courier.“ (Nürnberg.) 3. XI. * Prof. Archibald Cary Coolidge, Die Vereinigten Staaten und Deutschland. „Der Zeitgeist.“ Beiblatt zum „Berliner Tageblatt.“ 17. XI. * Oesterreich-Ungarn auf dem Scheidewege. „Deutscher Kurier.“ (Berlin.) 20. XI. * Léon Boll, L'Opinion française et les rapports franco-allemands. „Journal d'Alsace-Lorraine.“ (Straßburg.) 28. XI. * Hamilton W. Mabie, Americans and the far East. „The Outlook.“ (New York.) 2. VIII. * J. Ingram Bryan, The Situation in Japan. „The Outlook.“ 2. VIII. * Francis G. Peabody, California and Japan. „The Outlook.“ 2. VIII. * Alfred H. Fried, L'entente sans „L'abandon préalable de l'idée“. „Journal d'Alsace Lorraine.“ (Straßburg i. E.) 23. XI. * Alfred Wolf, Elsaß-Lothringen und die deutsch-französische Verständigung. „Die Hilfe.“ 30. X. * Ernst Jäckh, Die deutsch-englische Verständigung. „Die Hilfe.“ 13. XI. * Dr. Julius Ullmann, Die Botschaft des Präsidenten Wilson. „Neue Freie Presse.“ 5. XII.

III. Völkerrecht: Prof. Otfried Nippold, Zur Völkerrechtsliteratur. „Frankfurter Zeitung.“ 23. XI. * Einfluß eines Krieges auf Privatverträge. „Hamburger Nachrichten.“ 30. XI. * Edwin D. Mead, Mahan at his worst. „Boston Daily Advertiser.“ 3. XI. * Professor Dr. Bingham, Die Gefahren der Monroedoktrin. „Berliner Tageblatt.“ 22. XI.

IV. Internationales: Dr. Heinrich Herner, Die internationale Schiffsvermessung im Verhältnis zu ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. „Weltwirtschaftliches Archiv.“ Oktober. * Prof. Dr. Hermann Levy, Der Ausländer, ein Beitrag zur Soziologie des internationalen Menschen-Austausches. „Weltwirtschaftliches Archiv.“ Oktober. * Geheimer Justizrat Dr. Felix Meyer, Die Einheit im Wechselrecht. „Dokumente des Fortschritts.“ 11. Heft. * Dr. Max Roscher, Ueber das Wesen und die Bedingungen des internationalen Nachrichtenverkehrs. „Weltwirtschaftliches Archiv.“ Oktober.

V. Wirtschaftliches: Prof. Lujo Brentano, Zum Krupp-Prozeß. „Berliner Tageblatt.“ 12. XI. * Friedrich Naumann, Internationale Ueberblicke. „Die Hilfe.“ 13. XI. * Neue Gefahren des Wettrüstens. „Die Tribüne.“ 6. XI. * Richard Gädke, Rüstungswahnsinn — Rüstungsschwindel. „Die Zeit am Montag.“ 24. XI. * Eine Anklage gegen den Finanzminister. „Neues Wiener Journal.“ 26. XI. * Prof. Dr. Eugen von Philippovich, Das Problem der Auswanderung in Oesterreich. „Frankfurter Zeitung.“ 20. XI. * Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, Der deutsch-österreichische Wirtschaftsverband. „Kleine Presse.“ ((Frankfurt a. M.) 22. XI. * Die Kriegsindustrien. „Mercur.“ (Wien.) Nr. 1726 und 1727. * Englands proposal to Germany for a naval Holiday. „The Independent.“ 30. X. * Myson, Das bißchen guter Wille. „Plutus.“ (Charlottenburg.) 22. XI. * Champ Clark, The Disarmament of the Nations — America should lead the way. The British proposal for a naval Holiday approved. „The Independent.“ 30. X.

MITTEILUNGEN DER FRIEDENSGESELLSCHAFTEN

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Kooptation.

Herr Dr. Paul Kammerer, Univ.-Privat-Dozent, wurde in den Vorstand unserer Gesellschaft kooptiert.

Vortragszyklus.

Für den am 5. Jänner k. J. beginnenden und in einem Saale der Wiener Universität stattfindenden Vortragszyklus haben wir bereits folgende Redner gewonnen: Professor Dr. Otto Freiherr v. Dungern (Czernowitz); Dr. Alfred H. Fried; Prälat Dr. Alexander Gießwein (Budapest); Rudolf Goldscheid; Prof. Dr. Hollatz (Leipzig); Prof. Dr. Paul Kammerer; Privat-Dozent Dr. Hans Kelsen; Pfarrer W. Nithack-Stahn (Berlin); Prof. Dr. Paszkowski (Berlin).

Spenden.

Herr Carl Buddeus, unser langjähriges Mitglied, hat unserem Propagandafonds den Betrag von 100 Kronen zugewiesen. — Frau Amalie Kubik, Revierförstergattin in Fröhlichsdorf, hat uns neuerlich, als Ergebnis einer Sammlung im Freundeskreise, 5 Kr. zugehen lassen.

Vorlesung Wilhelm Klitsch.

Donnerstag, den 14. Januar 1914, veranstaltet Wilhelm Klitsch, Schauspieler am Deutschen Volkstheater, zugunsten unserer Gesellschaft einen Leseabend im Großen Musikvereinsaal. Aus dem Programm sei erwähnt: Gerhard Hauptmanns Jahrhundert-Festspiel und Werke des mit dem Nobelpreis ausgezeichneten indischen Dichters Rabindranath Tagore. Populäre Preise. Vormerkungen werden in unserem Bureau, Wien I, Spiegelgasse 4 (3 bis 7 Uhr) entgegengenommen.

Ansichtskarten mit dem Bildnis der Baronin Suttner.

Anlässlich der kommenden Weihnachtsfeiertage machen wir unsere Mitglieder auf „Der Menschheit Hochgedanken“, Roman von Berta v. Suttner, aufmerksam. Das Buch eignet sich nicht nur vorzüglich zu einem Festgeschenk, es dient auch zur Verbreitung unserer Ideen. Es kostet broschürt 4,80 Kr., gebunden 6 Kr. Ferner „Die Waffen nieder“, Volksausgabe, in Leinwand gebunden, 1,20 Kr. Für Neujahr empfehlen wir Ansichtskarten mit dem Bildnis der Baronin Suttner (12 Stück 1 Krone). Alles durch unser Bureau zu beziehen.



JX
1903
F7
Jg.15

Die Friedens-Warte

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

